

LEHRBUCH

Andreas Forner

# Volkswirtschaftslehre

Eine praxisorientierte Einführung

2. Auflage



Springer Gabler

---

# Volkswirtschaftslehre

---

Andreas Forner

# Volkswirtschaftslehre

## Eine praxisorientierte Einführung

2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage



Springer Gabler

Andreas Forner  
Berlin, Deutschland

ISBN 978-3-658-36108-2                    ISBN 978-3-658-36109-9 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-36109-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer Gabler  
© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 1992, 2022

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Nora Valussi

Springer Gabler ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Vorwort

Die Volkswirtschaftslehre gilt unter den Wirtschaftswissenschaften als eine abstrakte. Sie untersucht und erklärt wirtschaftliche Zusammenhänge und Prozesse anhand ökonomischer Modelle. Aber es geht dabei am Ende doch immer um das Handeln von Menschen. Nicht einzelner, sondern aller – oder zumindest großer vergleichbarer Gruppen von ihnen. Die Volkswirtschaftslehre verallgemeinert einzelwirtschaftliche Vorgänge und geht dabei gleichsam auf Distanz zu ihnen. So wie der Landwirt über Aussaat und Ernte mit Blick auf die Gesamtwetterlage entscheidet, handeln auch Unternehmen und Konsumenten nicht im luftleeren Raum. Sie treffen ihre Entscheidungen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Gesamtsituation, beachten das Verhalten anderer Marktteilnehmer, die Entwicklung von Preisen, Zinsen oder Wechselkursen. Damit befasst sich die Volkswirtschaftslehre. Sie weckt das Verständnis dafür, wie der marktwirtschaftliche Mechanismus in seiner Gesamtheit funktioniert. Was die Welt, wie Goethe im Faust sagt (hier zumindest die wirtschaftliche), im Innersten zusammenhält.

Inhalt und Methodik dieses Buches bedienen Anforderungen, die Auszubildende, Fachschüler, Studienanfänger oder Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung stellen. Dazu gehören eine konzentrierte und verständliche Darstellung, Praxisnähe und bei alldem Vollständigkeit. Das Buch bedarf keiner begleitenden Anleitung, sondern führt selbst durch seine Inhalte. Damit ist es auch für Leser interessant, die sich autodidaktisch und mit überschaubarem Aufwand volkswirtschaftliche Kenntnisse aneignen wollen. Und es spricht Wirtschaftspraktiker an, die sich neben ihrem Beruf mit volkswirtschaftlichen Themen befassen, ihr Wissen auffrischen oder anhand neuer Beispiele und Zahlen aktualisieren wollen.

Ich habe die 1. Auflage dieses Buches „Volkswirtschaftslehre“ mit ähnlicher methodischer Ausrichtung, aber unter anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Prioritäten geschrieben. Dieser Nachfolger ist eine stark überarbeitete und ergänzte Neuauflage. Ich selbst habe durch langjährige Praxis in der Wirtschaft viele neue Erfahrungen gewonnen und weitergeben können. Die Kernsätze der Volkswirtschaftslehre haben sich wenig verändert, wohl aber der Rahmen, in dem sie gelten, anhand dessen sie illustriert werden und innerhalb dessen sie Beachtung fordern. Heute und hier verlangen Digitalisierung, demografischer Wandel, europäische Herausforderungen, Klimawandel

und Pandemie-Krise neue Antworten. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht. Dieses Buch möchte dazu beitragen, sie zu finden.

Berlin, Deutschland  
Januar 2022

Andreas Forner

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Volkswirtschaftslehre: Inhalt und Methodik</b> . . . . .	1
1.1 Wesen . . . . .	1
1.2 Methodik . . . . .	8
1.3 Quellen der Volkswirtschaftslehre . . . . .	13
Literatur . . . . .	20
<b>2 Grundbegriffe des Wirtschaftens</b> . . . . .	21
2.1 Bedürfnisse . . . . .	22
2.2 Güter . . . . .	26
2.3 Produktionsfaktoren . . . . .	30
2.4 Arbeitsteilung . . . . .	39
2.5 Das ökonomische Prinzip . . . . .	43
Literatur . . . . .	44
<b>3 Subjekte der Wirtschaft und Wirtschaftskreislauf</b> . . . . .	47
3.1 Sektoren der Wirtschaft . . . . .	47
3.2 Basiskreislauf und Kreislaufaxiom . . . . .	54
3.3 Erweiterter Wirtschaftskreislauf . . . . .	57
3.4 Zusammenhang von Geld - und Güterkreislauf . . . . .	62
3.5 Wirtschaftskreislauf und Globalisierung . . . . .	63
Literatur . . . . .	67
<b>4 Inlandsprodukt und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung</b> . . . . .	69
4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung . . . . .	69
4.2 Sozialprodukt und Inlandsprodukt . . . . .	74
4.3 Entstehung des Inlandsprodukts . . . . .	79
4.4 Verwendung des Inlandsprodukts . . . . .	81
4.5 Verteilung des Inlandsprodukts . . . . .	85
4.6 Wohlstandsindikation . . . . .	89
Literatur . . . . .	96

<b>5 Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung</b> . . . . .	99
5.1 Idealtypen und ihre aktuelle Relevanz . . . . .	101
5.2 Marktwirtschaft als Grundkonzept . . . . .	108
5.3 Soziale Marktwirtschaft in Deutschland . . . . .	113
5.4 Exkurs: Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung in der DDR . . . . .	117
Literatur . . . . .	124
<b>6 Markt und Wettbewerb</b> . . . . .	125
6.1 Der Markt . . . . .	125
6.2 Marktformen . . . . .	131
6.3 Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkungen . . . . .	135
6.4 Wettbewerbspolitik . . . . .	142
6.5 Messung und Bewertung von Unternehmenskonzentration . . . . .	148
Literatur . . . . .	156
<b>7 Preisbildung</b> . . . . .	159
7.1 Nachfrage . . . . .	160
7.2 Angebot . . . . .	172
7.3 Der Gleichgewichtspreis und seine Veränderung . . . . .	177
7.4 Eingriffe in den Preismechanismus . . . . .	184
7.5 Preisbildung und Marktform . . . . .	188
Literatur . . . . .	192
<b>8 Haushalts- und Unternehmenstheorie</b> . . . . .	193
8.1 Nutzentheorie und Güternachfrage . . . . .	194
8.2 Produktionsfunktion und Ertragsgesetz . . . . .	198
8.3 Kosten und Gewinne . . . . .	205
Literatur . . . . .	214
<b>9 Gesamtwirtschaftliche Ziele</b> . . . . .	215
9.1 Gleichgewichtskriterien . . . . .	216
9.2 Zielinhalte . . . . .	219
9.3 Zielverträglichkeit und Zielkonflikte . . . . .	242
9.4 Kriterien und Ziele in der deutschen Wirtschaftspolitik . . . . .	245
9.5 Zieldiskussion und Zielerweiterung . . . . .	249
Literatur . . . . .	252
<b>10 Konjunktur und Konjunkturpolitik</b> . . . . .	255
10.1 Konjunktur . . . . .	256
10.2 Wirtschaftspolitische Grundpositionen . . . . .	268
10.3 Wirtschaftspolitik und Konjunktur . . . . .	275
10.4 Europäische Konjunkturpolitik . . . . .	281
Literatur . . . . .	288

<b>11 Geld und Geldpolitik</b>	291
11.1 Wesen und Funktion des Geldes	291
11.2 Das Geldwesen in Deutschland	295
11.3 Euro und europäische Geldpolitik	306
11.4 Geldschöpfung, Geldmenge, Geldmengenpolitik	319
11.5 Instrumente der Geldpolitik	332
Literatur	339
<b>12 Finanzpolitik</b>	341
12.1 Inhalt und Ziele der Finanzpolitik	342
12.2 Einnahmen und Ausgaben des Staates	349
12.3 Steuern	356
12.4 Finanzpolitik und Konjunktur	362
12.5 Staatsverschuldung	368
12.6 Nationale und europäische Aspekte der Finanzpolitik	375
Literatur	385
<b>13 Außenwirtschaft</b>	387
13.1 Deutsche Außenwirtschaft in Europa und der Welt	388
13.2 Die Zahlungsbilanz	399
13.3 Der Wechselkurs	413
Literatur	429
<b>14 Exkurs: Megatrends und Volkswirtschaftslehre</b>	433
14.1 Europa	435
14.2 Weltwirtschaft und Globalisierung	448
14.3 Digitalisierung	462
14.4 Demographischer Wandel	479
14.5 Zuwanderung	488
14.6 Klimawandel und Umwelt	496
14.7 Volkswirtschaft im Krisenmodus	507
Literatur	520
<b>Stichwortverzeichnis</b>	525

---

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1	Gliederung und Abgrenzung der Volkswirtschaftslehre . . . . .	4
Abb. 1.2	Konsumfunktion und Sparfunktion. . . . .	12
Abb. 2.1	Grundbegriffe des Wirtschaftens. . . . .	22
Abb. 3.1	Sektor Unternehmen . . . . .	50
Abb. 3.2	Sektor Private Haushalte. . . . .	51
Abb. 3.3	Sektor Staat . . . . .	52
Abb. 3.4	Basiskreislauf . . . . .	56
Abb. 3.5	Erweiterter Wirtschaftskreislauf . . . . .	59
Abb. 3.6	Erweiterter Wirtschaftskreislauf: Zu- und Abflüsse . . . . .	59
Abb. 4.1	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung . . . . .	70
Abb. 4.2	Inlandskonzept . . . . .	75
Abb. 4.3	Inländerkonzept. . . . .	76
Abb. 4.4	Entstehung und Verwendung Inlandsprodukt . . . . .	82
Abb. 4.5	Verteilung des Inlandsprodukts. . . . .	86
Abb. 5.1	Idealtypische Wirtschaftssysteme . . . . .	102
Abb. 5.2	Transaktionskosten . . . . .	113
Abb. 5.3	Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR . . . . .	118
Abb. 6.1	Gütermärkte und Faktormärkte. . . . .	128
Abb. 6.2	Wettbewerbsfunktionen. . . . .	136
Abb. 6.3	Aufgaben des Bundeskartellamtes . . . . .	143
Abb. 6.4	LORENZ-Kurve für die Unternehmenskonzentration . . . . .	150
Abb. 7.1	Entstehung und Weg der Nachfrage . . . . .	160
Abb. 7.2	Nachfragefunktion des Preises . . . . .	163
Abb. 7.3	Anomale und preisunabhängige Nachfrage . . . . .	163
Abb. 7.4	Nachfrage als Funktion des Preises anderer Güter. . . . .	165
Abb. 7.5	Nachfrage als Funktion des Einkommens. . . . .	167
Abb. 7.6	Individuelle Nachfrage und Marktnachfrage . . . . .	170

Abb. 7.7	Verschiebung der Nachfragekurve . . . . .	171
Abb. 7.8	Entstehung und Weg des Angebots . . . . .	172
Abb. 7.9	Angebot als Funktion des Preises . . . . .	173
Abb. 7.10	Angebot als Funktion des Preises anderer Güter . . . . .	175
Abb. 7.11	Angebot als Funktion der Faktorkosten . . . . .	176
Abb. 7.12	Gleichgewichtspreis . . . . .	178
Abb. 7.13	Höchstpreis . . . . .	185
Abb. 7.14	Mindestpreis . . . . .	186
Abb. 8.1	Sättigungsgesetz . . . . .	196
Abb. 8.2	Limitationales Faktoreinsatzverhältnis . . . . .	200
Abb. 8.3	Substitutionales Faktoreinsatzverhältnis . . . . .	202
Abb. 8.4	Ertragsgesetz . . . . .	204
Abb. 8.5	Gesamtkostenkurve . . . . .	207
Abb. 8.6	Stückkostenkurve . . . . .	208
Abb. 8.7	Erlösfunction . . . . .	210
Abb. 8.8	Gewinnmaximum I . . . . .	211
Abb. 8.9	Gewinnmaximum II . . . . .	212
Abb. 9.1	Das magische Viereck . . . . .	218
Abb. 9.2	Lohn-Preis-Spirale . . . . .	224
Abb. 9.3	Inflationsursachen . . . . .	227
Abb. 9.4	Quellen des Wachstums . . . . .	230
Abb. 9.5	Vollbeschäftigungsgleichgewicht . . . . .	236
Abb. 9.6	Arten der Arbeitslosigkeit . . . . .	240
Abb. 9.7	Modifizierte PHILLIPS-Kurve . . . . .	244
Abb. 10.1	Konjunkturzyklus I . . . . .	258
Abb. 10.2	Konjunkturzyklus II . . . . .	258
Abb. 10.3	Konjunkturzyklus III . . . . .	259
Abb. 10.4	Konjunkturerklärungen . . . . .	262
Abb. 10.5	Wachstumsraten BIP Deutschland 1992 bis 2020. (Quellen Statista 2021a; Deutsche Bundesbank 2020) . . . . .	268
Abb. 10.6	Nachfrageinduzierte Konjunktur . . . . .	278
Abb. 10.7	Bereiche der Konjunkturpolitik . . . . .	279
Abb. 10.8	Langfristige Entwicklung von Wachstumsraten in Europa. (Quelle: Weltbank 2020) . . . . .	283
Abb. 10.9	Mittelfristige Entwicklung der Inflationsrate in Europa. (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte 12/2020) . . . . .	284
Abb. 11.1	Geldfunktionen . . . . .	293
Abb. 11.2	Zweistufiges Bankensystem . . . . .	296
Abb. 11.3	Funktionen der Zentralnotenbank . . . . .	301
Abb. 11.4	Zentralbankrat . . . . .	304

Abb. 11.5	EU-Länder im ESZB . . . . .	309
Abb. 11.6	Wechselkurs des EURO zum US-Dollar. (Quelle: Statista 2021a) . . . . .	313
Abb. 11.7	Geldarten . . . . .	320
Abb. 11.8	Entwicklung von Geldmenge M3 und Inflationsrate im Euro-Gebiet. (Quelle: Statista 2021b, c und eigene Berechnung) . . . . .	330
Abb. 11.9	Geldpolitik im Konjunkturverlauf . . . . .	331
Abb. 11.10	Instrumente der Geldpolitik . . . . .	332
Abb. 12.1	Modell Einnahmen und Ausgaben des Staates . . . . .	342
Abb. 12.2	Langfristige Entwicklung der Staatsquote in Deutschland (Quellen: Bundesministerium der Finanzen 2021a, 2021b) . . . . .	344
Abb. 12.3	Ziele der Finanzpolitik . . . . .	345
Abb. 12.4	Der Staat aus der Sicht der Finanzpolitik . . . . .	349
Abb. 12.5	Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2019 (Quelle: Sozialpolitik Aktuell 2019, eigene Berechnungen) . . . . .	352
Abb. 12.6	LAFFER-Kurve . . . . .	357
Abb. 12.7	Finanzausgleich . . . . .	361
Abb. 12.8	Kombinierte antizyklische Geld- und Finanzpolitik . . . . .	364
Abb. 12.9	Komponenten europäischer Finanzpolitik . . . . .	381
Abb. 13.1	Aufbau der Zahlungsbilanz . . . . .	400
Abb. 13.2	Gleichgewichtskurs am Devisenmarkt . . . . .	415
Abb. 13.3	Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses . . . . .	418
Abb. 14.1	Raumwirtschaftstheorie . . . . .	457
Abb. 14.2	Anteil des Online-Handels an Sparten des deutschen Einzelhandels 2019. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft 2020) . . . . .	471
Abb. 14.3	Begriffssystem Migration . . . . .	489
Abb. 14.4	Zuwanderung nach Deutschland von 2011 bis 2020. (Quelle: Statista 2021h) . . . . .	491
Abb. 14.5	Bruttostromerzeugung in Deutschland 2020. (Quelle: Bundesregierung 2021, eigene Berechnungen) . . . . .	503
Abb. 14.6	Lieferketten . . . . .	517

---

# Tabellenverzeichnis

Tab. 1.1	Wissenschaftliche Aussagen und Werturteile .....	7
Tab. 1.2	Wertetafel zur Einkommensverwendung.....	11
Tab. 1.3	Ausgewählte Theorien und ihre Hintergründe.....	18
Tab. 2.1	Bedürfnisstrukturen I: Dringlichkeit .....	24
Tab. 2.2	Bedürfnisstrukturen II: Weitere Kriterien .....	26
Tab. 2.3	Einteilung von Gütern .....	29
Tab. 2.4	Fläche Deutschlands und ihre Nutzung (Quelle: DESTATIS 2020) .....	34
Tab. 2.5	Dominierende Produktionsfaktoren nach Produktionsbereichen und Branchen .....	38
Tab. 2.6	Arbeitsteilung I .....	41
Tab. 2.7	Arbeitsteilung II.....	41
Tab. 3.1	Sektoren der Wirtschaft .....	48
Tab. 3.2	Die 10 größten deutschen Unternehmen 2020. (Quelle: GeVestor 2021) ..	49
Tab. 3.3	Kreditinstitute in der Bundesrepublik Deutschland. (Quelle: Deutsche Bundesbank 2020) .....	54
Tab. 3.4	Entwicklung des deutschen Exportvolumens. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021).....	64
Tab. 4.1	Entwicklung der Sparquote in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021).....	72
Tab. 4.2	Wertschöpfung und Umsatz.....	73
Tab. 4.3	BIP, Einkommen aus übriger Welt und BNE in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021) .....	77
Tab. 4.4	BIP und BNE im internationalen Vergleich. (Quelle: Petersen 2019).....	77
Tab. 4.5	Bruttonationaleinkommen und Volkseinkommen .....	78
Tab. 4.6	Entstehung des Bruttoinlandsprodukts 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021, eigene Zusammenstellung und Strukturierung) .....	80
Tab. 4.7	Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021, eigene Berechnungen, Zahlen gerundet) ..	82

Tab. 4.8	Konsumanteil am Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich. (Quelle: Statistisches Jahrbuch 2019, eigene Berechnungen) . . . . .	83
Tab. 4.9	Verteilung des Volkseinkommens in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021) . . . . .	87
Tab. 4.10	Entwicklung reales und nominales BIP in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021, reales BIP: Preisbasis 2015 nach Kettenindex, eigene Berechnungen) . . . . .	91
Tab. 4.11	Entwicklung realen Wirtschaftswachstums im internationalen Vergleich. (Quelle: Wirtschaftskammer Österreich (2020; 2020–2022), Prognose/vorläufige Werte) . . . . .	92
Tab. 4.12	Pro-Kopf-Einkommen im internationalen Vergleich. (Quelle: Statista 2021a, b, c, Lexas 2021, eigene Berechnungen) . . . . .	94
Tab. 5.1	Anteile staatlichen und privaten Eigentums am Anlagevermögen in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2020) . . . . .	104
Tab. 5.2	Soziale Marktwirtschaft – Ordnungsrahmen I . . . . .	117
Tab. 5.3	Soziale Marktwirtschaft – Organisationsrahmen II . . . . .	117
Tab. 5.4	Ministerien und Kombinate in der DDR . . . . .	119
Tab. 6.1	Einteilung von Märkten . . . . .	127
Tab. 6.2	Marktformen . . . . .	132
Tab. 6.3	Deutscher Mineralöl-Markt (Zahl Tankstellen 2021). (Quelle: Mineralöl Wirtschaftsverband/MWV 2021) . . . . .	133
Tab. 6.4	Markt und Wettbewerb . . . . .	137
Tab. 6.5	Die 15 größten deutschen Unternehmen von den „Hundert Größten“ 2018. (Quelle: Monopolkommission 2020) . . . . .	149
Tab. 6.6	Zahlenmodell Unternehmenskonzentration . . . . .	151
Tab. 6.7	Anteil der „100 Größten“ an der gesamtwirtschaftlichen realen Wertschöpfung. (Quelle: Monopolkommission 2020) . . . . .	153
Tab. 6.8	Anteil der Ränge an der Wertschöpfung der „100 Größten“. (Quelle: Monopolkommission 2020 und eigene Berechnungen) . . . . .	153
Tab. 6.9	Anteil der größten Unternehmen am Branchenumsatz. Konzentrationskoeffizient. (Quelle: Monopolkommission 2020) . . . . .	154
Tab. 7.1	Modell Bedürfnisstruktur . . . . .	161
Tab. 7.2	Gewinnmaximale Preis-Mengen-Kombination im Angebotsmonopol . . . . .	190
Tab. 8.1	Sättigungsgesetz . . . . .	195
Tab. 8.2	Grenznutzenausgleichsgesetz I . . . . .	197
Tab. 8.3	Grenznutzenausgleichsgesetz II . . . . .	198
Tab. 8.4	Technische und ökonomische Komponenten des Güterangebotes . . . . .	199
Tab. 8.5	Ertragsgesetz . . . . .	204
Tab. 8.6	Kostenverläufe im Überblick . . . . .	209

Tab. 9.1	Warenkorb – Hauptgruppen und Anteile 2021 (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a) . . . . .	221
Tab. 9.2	Entwicklung der Nominallöhne, Verbraucherpreise und Reallöhne in Deutschland (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021b) . . . . .	222
Tab. 9.3	Importierte Inflation (Quellen: Statista 2021a, b, Eigene Berechnungen) . . . . .	225
Tab. 9.4	Länder mit den höchsten Inflationsraten 2019 (Quelle: Statista 2021c) . . . . .	228
Tab. 9.5	Arbeitsmarktstatistik Deutschland (Quelle: Statista 2021d) . . . . .	238
Tab. 9.6	Arbeitsmarktstatistiken im Vergleich (Quelle: Statista 2021d) . . . . .	238
Tab. 9.7	Arbeitsmarktquoten (Quelle: Statista 2021d) . . . . .	238
Tab. 9.8	Erwerbslosenquote im internationalen Vergleich (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021c) . . . . .	239
Tab. 9.9	Jugenderwerbslosigkeit in Südeuropa (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021d) . . . . .	239
Tab. 9.10	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2020 . . . . .	247
Tab. 9.11	Gleichgewichtsindikatoren: Langfristige Entwicklung in Deutschland (Quelle: Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung. Verschiedene Jahrgänge) . . . . .	248
Tab. 10.1	Kondratieff-Zyklen . . . . .	257
Tab. 10.2	Krisenzyklen in Deutschland . . . . .	267
Tab. 10.3	Nachfrage- und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik . . . . .	272
Tab. 10.4	Wirtschaftspolitik . . . . .	277
Tab. 10.5	Träger der Konjunkturpolitik . . . . .	280
Tab. 10.6	Konjunkturindikatoren in Europa. (Quelle: Statista 2021b, c, d, e, f, g, h; Eurostat 2019; Statistisches Bundesamt 2019, eigene Berechnungen) . . . . .	282
Tab. 11.1	Euro-Banknotenumlauf 2019. (Quelle: Deutsche Bundesbank 2020) . . . . .	301
Tab. 11.2	Etappen des deutschen Notenbankwesens . . . . .	306
Tab. 11.3	Festlegung der Euro-Umrechnungskurse. (Quelle: EU-Info Deutschland 2017) . . . . .	312
Tab. 11.4	Geldmengendefinitionen der EZB. (Quelle: Europäische Zentralbank 2021a, b) . . . . .	324
Tab. 11.5	Die stärksten Krypto-Währungen 2021. (Quelle: Wirtschaftswoche 2021) . . . . .	326
Tab. 11.6	Leitzinspolitik . . . . .	333
Tab. 11.7	Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft. (Quelle: Statista 2021d, Wiedergabe ausgewählter Zeitdaten) . . . . .	334
Tab. 12.1	Staatsquote ausgewählter Länder 2019/2020 (Quellen: Bundesministerium der Finanzen 2021c, Statista 2021c, 2021d) . . . . .	343
Tab. 12.2	Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Haushalte 2020 (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a) . . . . .	351

Tab. 12.3	Eckdaten des Bundeshaushaltes 2022 und für die Folgejahre (Quelle: Bundesministerium der Finanzen 2021 b, eigene Berechnungen).....	354
Tab. 12.4	Die Ausgaben des Bundes 2021 und 2022 nach Einzelplänen. (Quelle: Statista 2021e).....	355
Tab. 12.5	Steuerklassifikation .....	359
Tab. 12.6	Steuereinnahmen nach Erhebungsebenen und Steuerarten (ohne Zölle). (Quelle: Deutsche Bundesbank 2021, eigene Berechnungen)....	359
Tab. 12.7	Anteil von Kreditarten an Gesamtverschuldung per 31.12.2019 (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021b) .....	370
Tab. 12.8	Finanzierungssaldo öffentlicher Haushalte (Quellen: Statistisches Bundesamt 2019, Bundeszentrale für politische Bildung 2020, Statista 2021f, eigene Berechnungen).....	371
Tab. 12.9	Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte (Quellen: Statistisches Bundesamt 2019 und 2021b, Bundeszentrale für politische Bildung 2020, eigene Berechnungen) .....	373
Tab. 12.10	Gesamtverschuldung in Europa (Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung 2021, Deutsche Bundesbank 2017) .....	374
Tab. 12.11	Einzahlungen und Saldenanteile der Mitgliedsländer am EU Haushalt (Quelle: Statista 2021a, 2021b, 2021f, eigene Berechnungen).....	379
Tab. 13.1	Die zehn größten Exportnationen. (Quelle: Statista 2021a, b, c, d, eigene Berechnungen) .....	390
Tab. 13.2	Weltdevisenreserven. (Quelle: Deutsche Bundesbank 1991; Statista 2020a) .....	391
Tab. 13.3	Die wichtigsten Rohöl-Lieferanten Deutschlands. (Quelle: Statista 2021e) .....	393
Tab. 13.4	Warenstruktur des deutschen Außenhandels 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a, eigene Berechnungen und Strukturierung) ..	394
Tab. 13.5	Terms of Trade im deutschen Außenhandel. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021b).....	397
Tab. 13.6	Länderstruktur des deutschen Außenhandels 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a, eigene Berechnungen).....	397
Tab. 13.7	Deutscher Export 2020 nach Ländergruppen. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a; Statista 2020b, eigene Berechnungen) .....	398
Tab. 13.8	Die deutsche Zahlungsbilanz 2018. (Quelle: Monatsbericht der Deutsche Bundesbank 2021; Statistisches Bundesamt 2021a, vereinfachte Darstellung, eigene Berechnungen).....	401
Tab. 13.9	Positionen der deutschen Dienstleistungsbilanz 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021c, vereinfachte Darstellung, eigene Berechnungen) .....	403
Tab. 13.10	Güter- und Kapitalverkehr in der Zahlungsbilanz .....	407

Tab. 13.11	Währungsreserven im Ländervergleich. (Quelle: Statista 2020c) . . . . .	409
Tab. 13.12	Wechselkurskorridore. (Quelle der Wechselkurstabellen: EZB 2020) . . . . .	412
Tab. 13.13	Zahlungsbilanzgleichgewicht und Devisenmarktgleichgewicht . . . . .	416
Tab. 13.14	Wechselkursänderung im Export. . . . .	416
Tab. 13.15	Zins- und Wechselkursentwicklung. (Quelle: Statista (2020d, 2021f, g) und Tab. 11.6) . . . . .	422
Tab. 14.1	Produktivitätsentwicklung in den Euro-Staaten. (Quelle: Statista 2021o; Statistisches Bundesamt 2021a, eigene Berechnungen) . . . . .	442
Tab. 14.2	Eckzahlen des Brexit. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2019, Statista 2021a, eigene Berechnungen) . . . . .	445
Tab. 14.3	Eckdaten Weltwirtschaft. (Quellen: Statista (2021b,c, d, 2021i, m), eigene Berechnungen, gerundete Werte) . . . . .	449
Tab. 14.4	Digitalisierungsgrad 2020 nach Branchen. (Quelle: Wirtschaftsdienst 2020) . . . . .	470
Tab. 14.5	Entwicklung der Weltbevölkerung nach Kontinenten. (Quelle: UN 2015, eigene Berechnungen) . . . . .	480
Tab. 14.6	Demographische Entwicklung in Deutschland. (Quellen: Statista 2021k, m; Statistisches Bundesamt 2019, 2020b, c, eigene Berechnungen) . . . . .	482
Tab. 14.7	Migration und Asylbewerbung: Herkunftsländer. (Quelle: Statista 2021i; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF 2021) . . . . .	491
Tab. 14.8	Altersstruktur Bevölkerung und Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2019. (Quelle: Statista 2021g; Statistisches Bundesamt 2021c, eigene Berechnungen) . . . . .	492
Tab. 14.9	Große Wirtschaftskrisen der Geschichte im Vergleich. (Quellen: Statistisches Bundesamt 2009, 2019, eigene Berechnungen, Wachstum: Deutschland, preisbereinigt) . . . . .	508



# Volkswirtschaftslehre: Inhalt und Methodik

1

## Zusammenfassung

Die Volkswirtschaft ist die Summe von Einzelwirtschaften in ihrer Verknüpfung zu einem komplexen Mechanismus, der eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt und auf die Einzelwirtschaften zurückwirkt. Hierin besteht ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zur Betriebswirtschaft. Die Volkswirtschaftslehre untersucht diesen Gesamtmechanismus. Sie gewinnt daraus Erkenntnisse zu seinen Triebkräften und deren zielorientierten Lenkung durch die Wirtschaftspolitik. Modelle mit ihrer starken Vereinfachung komplexer Prozesse ermöglichen dabei den Blick auf das Wesentliche. Die moderne Volkswirtschaftslehre stützt sich dabei auf Quellen eines über 200 Jahre gewachsenen Theoriengebäudes. Hierzu gehören unter anderem der Klassische Liberalismus und der Keynesianismus.

## 1.1 Wesen

Es ist gut, beim Bau eines Hauses mit dem Fundament anzufangen. Für dieses Buch heißt das, zuerst die Frage zu stellen, was die Volkswirtschaftslehre eigentlich ist. Weitgehend gesichertes, wenngleich unterschiedlich interpretiertes Wissen. Um beim Bild des Hausbaus zu bleiben, schließen sich in den nächsten Kapiteln die Etagen an. Die Themen der Mikroökonomie, der Makroökonomie und der Wirtschaftspolitik – darunter Unternehmen und Haushalte, Angebot und Nachfrage, Märkte und Preise, Wirtschaftskreislauf, Konjunktur oder Geld- und Finanzpolitik. Das Dach – und spätestens hier liegt der Sinn jedes neuen Buches oder jeder Neuauflage – bilden die Brücken und Bezüge zu den sich verändernden großen Entwicklungen in der Welt, in Wirtschaft und Gesellschaft. Die gilt es auch mit Hilfe der Volkswirtschaftslehre zu erklären und zu beeinflussen. Waren das vor 60 Jahren das deutsche Wirtschaftswunder, vor 30 Jahren die deutsche Wiedervereinigung

und die marktwirtschaftliche Transformation in Osteuropa, so sind es heute demographischer Wandel, Digitalisierung, Zuwanderung, Klimawandel und Pandemiekrisen. Volkswirtschaftslehre finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern schöpft ihre Erkenntnisse und künftige Existenzberechtigung aus der aktiven Beteiligung an diesen Themen. Dieses Buch greift das auf. Dort, wo es sich anbietet, themenkonkret in den jeweiligen Kapiteln sowie kompakt in einem eigens dafür geschriebenen Exkurs am Ende.

Der Begriff der „Volkswirtschaftslehre“, im angelsächsischen Sprachraum als „Political Economy“ oder „Economics“ bezeichnet, lässt sich offensichtlich leichter umschreiben als definieren. Manche Lehr- oder Fachbücher verzichten ganz auf eine Definition, setzen diese voraus oder halten es zumindest für ratsam, nicht gleich damit zu beginnen.

Wir wollen hier auf eine knappe und verständliche Definition unseres Buchtitels nicht verzichten. Aber tatsächlich empfiehlt es sich, zunächst ein paar Fragen voranzustellen. Womit beschäftigt sich die Volkswirtschaftslehre? Was macht sie anders als andere Wirtschaftswissenschaften? Was sind ihre Fragen und Ziele?

### 1.1.1 Gegenstand

Gegenstand, Erkenntnisobjekt der Volkswirtschaftslehre ist die Volkswirtschaft.

► **Volkswirtschaft** ist die Summe von Einzelwirtschaften in ihrer Verknüpfung untereinander sowie mit ökonomischen Erscheinungen, die sich nicht in einzelwirtschaftliche Bestandteile aufgliedern lassen. Die Gesamtheit dieser Verknüpfungen bildet einen Mechanismus, der eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt und rückwirkend den Rahmen für das Handeln der Einzelwirtschaften bildet. Die Abgrenzung dieses Mechanismus erfolgt mit Bezug auf die räumliche Gliederung des Wirtschaftens nach Staatsgebieten. Diese Abgrenzung wird im Prozess der Globalisierung durchlässiger.

Aus dieser Charakterisierung der Volkswirtschaft wird folgendes deutlich:

1. Eine Volkswirtschaft lebt vom Agieren der einzelnen Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen. Ohne Traditionssunternehmen und Startups, ohne den Laden an der Ecke und den Online-Lieferanten, ohne die Ehepartner, die das Familieneinkommen sichern und verplanen, ohne den Sparer, der sein Geld zur Bank bringt – also letztlich: ohne Menschen – gibt es sie nicht.
2. Die Volkswirtschaft ist mehr als ein Puzzle aus einzelwirtschaftlichen Teilen. Es ergibt sich erst ein Bild, wenn Kategorien dazu kommen, die sich nur gesamtwirtschaftlich erklären lassen: Konjunktur, Geld, Wechselkurs oder Staatshaushalt. Erst aus dem Geflecht aller Seiten entsteht jener Rahmen, in dem sich die Teilnehmer am Wirtschaftsleben gegenübertreten und dabei bestimmten Verhaltensgrundsätzen folgen.
3. „Volkswirtschaft“ oder besser noch ihr Synonym „Nationalökonomie“ („National Economy“) verdeutlichen bereits im Begriff den Bezug auf ein (politisch fixiertes) Staats-

gebiet. Daran hat sich bis heute nichts geändert, wenngleich das darauffolgende „aber“ an Lautstärke zunimmt. Zum einen sind die Volkswirtschaften dieser Welt durch Globalisierung immer stärker verflochten. Internationaler Transfer von Technologie und Wissen geht schneller und ungehinderter vonstatten, als der Transport von Erdöl oder Steinkohle auf dem Schiffs weg. Zum anderen zeigt das Beispiel Europa, wie fließend der Übergang von „Nationalökonomie“ zu „Internationalökonomie“ ist. Dass die Vereinigten Staaten von Amerika (und nicht Texas oder Kalifornien) eine Volkswirtschaft sind, daran zweifelt niemand. Trotz unterschiedlicher Gesetzgebung, Arbeitslosenquote oder Wachstumsrate. Die vereinigten Staaten von Europa sind ein (noch dazu umstrittenes) Ziel, das mit dem derzeit erreichten Stand in der Europäischen Union, mit Fort- und Rückschritten, noch in weiter Ferne liegt. Europa ist eine erst in Ansätzen einheitliche Volkswirtschaft, die auf absehbare Zeit von selbständigen Staaten getragen wird. Es gibt derzeit keine gemeinsame Finanzpolitik und keine gemeinsame Flüchtlingspolitik. Dafür aber eine gemeinsame Währung und eine gemeinsam für deren Stabilität zuständige Zentralnotenbank. Das alles sind für die Begriffsbestimmung der „Volkswirtschaft“ und für die Volkswirtschaftslehre selbst Herausforderungen, erfordern Dynamik und Kompromissfähigkeit.

Zur Vollständigkeit muss noch auf wirtschaftstheoretische Denkrichtungen unter den Bezeichnungen „Wirtschaftsgeographie“, „Standorttheorie“ oder „Raumwirtschaftslehre“ hingewiesen werden. Hier geht es um Standortfaktoren für die Ansiedlung von Akteuren der Wirtschaft, für die Staatsgrenzen kein Kriterium oder nur eines unter vielen ist. Hierauf geht Kap. 14 in Zusammenhang mit Globalisierung und Weltwirtschaft näher ein.

---

### Beispiel

Deutsche Autohersteller wie VW, BMW und Mercedes erbringen einen Teil ihrer Produktion an ausländischen Standorten – darunter in China, Mexiko oder den USA. Zu den Entscheidungskriterien gehören vor allem die Lohnkosten, aber auch Markterschließung und Kundennähe. In jedem Falle betriebswirtschaftliche Erwägungen und keine mit Blick auf den Verlauf von Staatsgrenzen. Mit Auswirkungen auf die Volkswirtschaft als Resultante – zum Beispiel für Wachstum und Beschäftigung. ◀

4. Die Definition der Volkswirtschaft ist so allgemein, dass sie nicht auf ein bestimmtes ordnungspolitisches System fixiert ist. Sie gilt für alle Situationen, in denen sich Wirtschaftsakteure innerhalb eines Staatswesens gegenüber treten. Sie galt für das England des Frühkapitalismus im 18. und 19. Jahrhundert (SMITH, MARX), die Zentralverwaltungswirtschaft in der jungen Sowjetunion (LENIN) und die Marktwirtschaften in der Weltwirtschaftskrise (KEYNES) genauso wie für die Wirtschaften der USA, Kubas oder der Mongolei heute. Sehr wohl vorhandene Unterschiede machen dabei vor allem das Verhältnis von Staat und Markt sowie die Rückwirkung des Gesamtmechanismus auf die Einzelwirtschaften (Kap. 5).

### 1.1.2 Strukturierung und Abgrenzung der Volkswirtschaftslehre

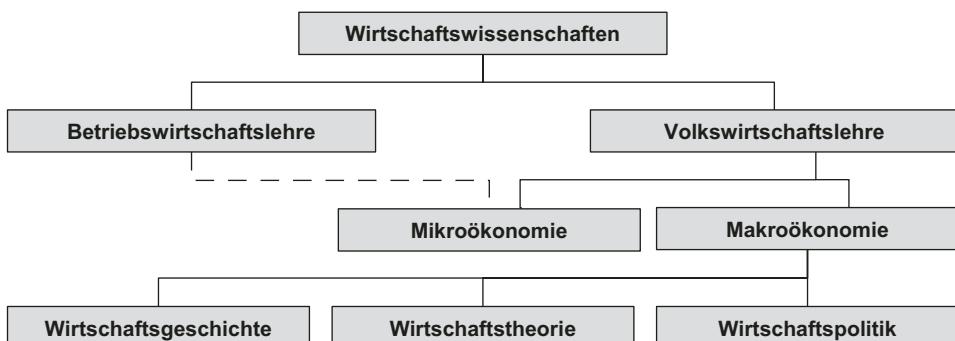
Die wichtigste Unterteilung der Wirtschaftswissenschaften ist die in Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre. Innerhalb der Volkswirtschaftslehre erfolgt eine Strukturierung unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten.

Ein **erster** Gesichtspunkt ist die Unterscheidung in Mikroökonomie (Betrachtung von Einzelwirtschaften) und in Makroökonomie (Betrachtung der Gesamtwirtschaft). Aus dieser Perspektive können wir uns der Erklärung von Zusammenhängen und Abgrenzung zwischen Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre nähern.

Ein **zweiter** Gesichtspunkt betrifft die Unterteilung der Volkswirtschaftslehre (im engeren Sinne der Makroökonomie) in Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.

Das Verbindungsstück zwischen Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre ist die Mikroökonomie (vgl. Abb. 1.1). Sie analysiert wirtschaftliche Erscheinungen und Prozesse auf der Ebene einzelner Wirtschaftssubjekte. Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre gehen dabei aber aus unterschiedlicher Sichtweise vor.

1. Die Volkswirtschaftslehre verallgemeinert im mikroökonomischen Bereich Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte. Es entstehen Unternehmenstheorie, Haushaltstheorie, Markt- und Preistheorie. Sie schafft damit eine Grundlage für gesamtwirtschaftliche Aggregation. Die Betriebswirtschaftslehre betrachtet ihren Gegenstand aus wirtschaftspraktischer Sicht, berücksichtigt gesetzliche Bestimmungen und verallgemeinert betriebliche Erfahrungen.
2. Die Volkswirtschaftslehre sieht die Wirtschaftssubjekte als geschlossene Einheiten – unteilbar wie Neutronen als kleinste Teilchen der Materie. Sie treten miteinander in Verbindung und reagieren auf „äußere“ Marktfaktoren wie Konkurrenz oder Preise. Die Betriebswirtschaftslehre untersucht das Wirtschaftssubjekt Betrieb von innen heraus. Für sie gibt es nicht das Teilbarkeitsstabs der Volkswirtschaftslehre. Sie behandelt das Unternehmen und seine Situation nicht neutral, sondern parteiisch. Aus seiner Interessenlage, bedacht auf sein Wohl.



**Abb. 1.1** Gliederung und Abgrenzung der Volkswirtschaftslehre

3. Zum Gegenstand der Mikroökonomie in der Volkswirtschaftslehre gehören als Wirtschaftssubjekte sowohl Unternehmen als auch Haushalte (vgl. Kap. 3). Die Betriebswirtschaftslehre ihrerseits konzentriert sich auf den Gegenstand „Unternehmen“. Haushalte (oder Staat) sind hier Quellen externer Einflüsse und Rahmenbedingungen.

In unterschiedlicher Gewichtung werden in der volkswirtschaftlichen Literatur die Elemente Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik behandelt. Die **Wirtschaftsgeschichte** befasst sich mit der Frage nach dem Zustand und der Entwicklung wirtschaftlicher Realität (Was war oder ist ...?). Die **Wirtschaftstheorie** erklärt die wirtschaftliche Realität, ihre Abläufe und Zusammenhänge (Warum ist ...?). Die **Wirtschaftspolitik** ist an die Formulierung gesamtwirtschaftlicher Ziele und die Bestimmung der Mittel zu ihrer Erreichung gebunden (Was soll sein und wie kommt man dazu ...?).

Die Wirtschaftsgeschichte hat sich als Lehrgegenstand relativ verselbstständigt und soll auch in diesem Buch nur an wenigen geeigneten Stellen zeigen, wie volkswirtschaftliche Theorien konkreten wirtschaftsgeschichtlichen Bedingungen und der Notwendigkeit ihrer Erklärung und des Umgangs mit ihnen entspringen. Wichtiger ist das Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. In vielen Fällen sind beide unterschiedliche Ansätze zu gleichen makroökonomischen Gegenständen: Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik, Geldtheorie und Geldpolitik oder Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik. Das eine erklärt, das andere beeinflusst und gestaltet.

In der volkswirtschaftlichen Literatur werden Theorie und Politik oft als getrennte Komplexe behandelt. Im Interesse besseren Verständnisses zwischen Erklären und Gestalten werden in diesem Buch bei den entsprechenden Themen Theorie und Politik miteinander verbunden.

### 1.1.3 Aufgaben

Mit der Struktur der Volkswirtschaftslehre sind ihre Aufgaben verknüpft.

- Beschreiben des Wirtschaftsgeschehens
- Erklären des Wirtschaftsgeschehens
- Prognostizieren des Wirtschaftsgeschehens
- Ansätze zur Gestaltung des Wirtschaftsgeschehens im Rahmen bestehender Ziele

Zur Verdeutlichung dieser Aufgaben und dazu, wie sie sich in einer konkreten Situation in einem Stufenprozess verbinden, soll folgendes Beispiel dienen.

---

#### Beispiel

1. Beschreibung: In der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 kommt es zu Zinsanstieg, Preisstürzen an den Rohstoffmärkten, Bankenzusammenbrüchen,

- Produktionsrückgängen (in Eurozone 2008/2009 um 20 %) und Unternehmensschließungen.
2. Erklärung: Eine Reihe finanzwirtschaftlicher und realwirtschaftlicher Ursachen in den USA – darunter Preisblase am US-Immobilienmarkt, falsche Kreditbewertung durch Ratingagenturen, wachsende Einkommensungleichgewichte und Sparschwemme – übertragen sich durch globale Vernetzung auf die Weltwirtschaft.
  3. Prognose: In Deutschland wird mit einer weiteren Stagnation der Konjunktur gerechnet und die Gefahr eines Kollapses des Bankensystems nicht ausgeschlossen. Langfristig und weltweit wird eine latente Bedrohung der Stabilität durch niedrige Zinsen, Handelskriege, Kriegsscherde, Brexit und „Multinationalismus“ gesehen.
  4. Einflussnahme: Die Wirtschaftspolitik antwortet international und national. International, u. a. im Rahmen von G20, entstehen eine Koordinierung der Zentralbanken, gemeinsame Konjunkturprogramme oder Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensystems. In Deutschland erfolgen für Banken (darunter Landesbanken) Kapitalerhöhungen vor allem durch staatliche Mittel. ◀

Wir nehmen mit dieser exemplarischen Konstruktion Inhalte und Zusammenhänge vorweg, die erst in späteren Kapiteln näher erklärt werden. Aber es zeigt sich daran bereits die Verbindung und gegenseitige Bedingung zwischen den Aufgaben der Volkswirtschaftslehre. Das Beispiel der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt zudem die Durchdringung von Nationalem und Internationalem im Definitionsgebilde der Volkswirtschaft.

Wollen wir dem Selbstverständnis der Volkswirtschaftslehre als **Wissenschaft** genügen, so müssen wir auf allen der dargestellten Stufen **Werturteile** vermeiden. Werturteile sind persönliche oder kollektive Einstellungen zu Sachverhalten. Sie stehen jenseits der Aufgaben der Volkswirtschaftslehre. Oft ist aber ein scharfer Trennstrich schwer zu ziehen. Das Verhältnis von wissenschaftlicher Aussage und Werturteil wird in Tab. 1.1 verdeutlicht.

#### 1.1.4 Fragestellungen

Kennen wir Gegenstand, Abgrenzung und Aufgaben der Volkswirtschaftslehre, wird es einfacher, Fragen aus ihrer Sicht zu stellen oder selbst zu formulieren? Warum findet Wirtschaft statt? Was sind die Selbstheilungskräfte des Marktes, und kann man sich immer auf sie verlassen? Welche Rolle kommt Staat und Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft zu? Passen die Ziele von Unternehmen und Haushalten zu den Zielen einer Volkswirtschaft? Wie entsteht ein Preis? Wer bestimmt, wieviel Geld in Umlauf ist? Warum fördert die Abwertung der Währung die Konkurrenzfähigkeit der Exporteure? Ist Zuwanderung für die Volkswirtschaft ein Segen oder eine Herausforderung?

In Quellen wie Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank oder der wirtschaftlichen Fachpresse werden Antworten zu solchen oder ähnlichen Fragen oft zu einem ganzen Komplex verknüpft.

**Tab. 1.1** Wissenschaftliche Aussagen und Werturteile

Tatbestand	Wissenschaftliche Aussage	Werturteil
Das Verbraucherpreisniveau steigt gegenüber dem Vorjahr um 4 %.	Die Preisniveauentwicklung liegt über dem Durchschnitt der EU.	Die Preise steigen zu schnell.
Die Corona-Pandemie wird nach Schätzung den deutschen Staat 1,9 Billionen € kosten.	Die Kosten der Corona-Pandemie betragen das 5-fache des letzten Bundeshaushaltes.	Der Staat geht mit seinem Geld verantwortungslos um. Oder: Die Gesundheit der Bevölkerung ist wichtiger als Geld.
Die Erhöhung der Lohn- und Gehaltstarife im letzten Jahr betrug 20 Prozent.	Die Lohn -und Gehaltstarife stiegen doppelt so schnell wie die Produktion.	Die Tariferhöhung ist sozial gerecht. Oder: Die Tariferhöhung ist ökonomisch verantwortungslos.

*„Sollten die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus über den Sommer hinaus andauern, könnte dies eine wirtschaftliche Erholung in das Jahr 2021 verzögern. In diesem Risikoszenario könnten die getroffenen Politikmaßnahmen womöglich nicht ausreichen, tiefgreifende Beeinträchtigungen der Wirtschaftsstruktur durch Insolvenzen und Entlassungen zu verhindern. Verschlechterte Finanzierungsbedingungen sowie die gestiegene und verfestigte Unsicherheit könnten zudem Investitionen bremsen und zu Kaufkraftzurückhaltung bei Haushalten führen. Schließlich drohen in einem solchen Szenario negative Rückkopplungen über die Finanzmärkte oder das Bankensystem.“*

Quelle: Sachverständigenrat (2020)

Das Lesen dieses Buches soll Sie in die Lage versetzen, Aussagen wie die zitierte nachzuvollziehen, zu bewerten und Schlussfolgerungen aus Unternehmenssicht abzuleiten.

### 1.1.5 Definition

Wollen wir zu einer idealen Definition der Volkswirtschaftslehre gelangen, müssten wir alle bisherigen Aussagen zu Gegenstand, Abgrenzung, Aufgaben und Fragestellungen zusammenfassen und sie in einem möglichst verständlichen Satz niederschreiben. Da das ausgeschlossen ist, besteht die Wahl zwischen hoher Abstraktion und Vereinfachung auf der einen und Genauigkeit und Vielfalt auf der anderen Seite.<sup>1</sup> Die nachfolgende Definition versucht, beiden Anliegen gerecht zu werden.

► **Volkswirtschaftslehre** ist eine Wirtschaftswissenschaft, die die Funktion des wirtschaftlichen Gesamtmechanismus und einzelner seiner Teile darstellt, erklärt und daraus Aussagen für die perspektivische wirtschaftliche Entwicklung gewinnt. Sie setzt die inneren Kräfte dieses Mechanismus ins Verhältnis zur zielorientierten Lenkung seiner Wirkungen.

<sup>1</sup> Darauf, dass die meisten Definitionen der Volkswirtschaftslehre Gefahr laufen, entweder zu eng oder zu weit auszufallen, verweist WOLL am Beispiel einiger klassischer englischsprachiger Beispiele. (Woll 2011).

Goethe hat seinem „Faust“ den Wunsch in den Mund gelegt, „zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält.“ Das Vorwort dieses Buches hat diese Parallelie übernommen. Der vergleichbare, wenn auch prosaisch ausgedrückte Anspruch der Volkswirtschaftslehre sind Erkenntnisse dazu, welche Kräfte eine Volkswirtschaft ins Gleichgewicht bringen, welche dieses Gleichgewicht stören können und wie die Rückkehr zu neuem Gleichgewicht erfolgt.

---

## 1.2 Methodik

Viele Leser, die zum ersten Mal ein volkswirtschaftliches Lehrbuch durchblättern, erleben zweierlei: Sie empfinden diese Lehre einerseits als erstaunlich abstrakt, ja anfangs trocken. Sie sind aber andererseits fasziniert von ihrer inneren Schlüssigkeit und Logik. Das ist kein Wunder. Der Anspruch der Volkswirtschaftslehre, den wirtschaftlichen Gesamtmechanismus in seiner Vielfalt komplex abzubilden und zu erklären, verlangt ein hohes Maß an theoretischer Abstraktion. Tiefe, Anforderungsniveau und Bezüge zum praktischen Wirtschaftsleben sind dabei in der Literatur so unterschiedlich und vielfältig wie ihr Leserkreis. Die methodischen Grundinstrumente aber unterscheiden sich kaum. Sie sind historisch gewachsen und haben sich über die Jahre vervollkommenet. Im Folgenden sollen einige wichtige Methoden der Volkswirtschaftslehre vorgestellt werden. Sie finden sich in ihrer Anwendung in den folgenden Kapiteln dieses Buches wieder.

### 1.2.1 Modelle

Um aus einem komplizierten Geflecht volkswirtschaftlicher Größen und Zusammenhänge die wichtigsten heraus zu filtern und sie so erst für den Leser sichtbar zu machen, ist es notwendig, von vielem abzusehen und vieles zu vereinfachen.

► Ein **Modell** ist eine starke Vereinfachung der Wirklichkeit.

Vorteil und Daseinsberechtigung von Modellen liegen darin, dass sie wesentliche Zusammenhänge sichtbar machen, indem sie weniger wesentliche ausklammern. Damit besteht natürlich andererseits die Einschränkung jedes Modells in der Begrenztheit und Relativierung seiner Aussagen. Die Verwertbarkeit von Aussagen aus Modellen für die praktische Wirklichkeit steht im Zusammenhang mit dem Grad der Widerspiegelung dieser Wirklichkeit durch das Modell. Würde man aber die Modellabstraktionen immer weiter abbauen, entstünde am Ende ein für den Betrachter unüberschaubares Bild, in dem sich die gewünschten Kernaussagen verwischen. Wie bei einem impressionistischen Gemälde, das man aus 50 Zentimeter Abstand betrachtet.

Zu den Modellabstraktionen, denen Sie in der Volkswirtschaftslehre häufig begegnen, gehören die folgenden.

- **2-Güter-Modell**

Die gesamte Gütervielfalt einer Volkswirtschaft wird auf Gut 1 und Gut 2 als ihre repräsentativen Vertreter reduziert.

- **Geschlossene Volkswirtschaft**

Der Kreislauf einer Volkswirtschaft wird als in sich geschlossen betrachtet. Von der wirtschaftlichen Verflechtung mit anderen Ländern wird abgesehen. Eine Abstraktion, die mit zunehmender Globalisierung relativiert werden muss.

- **Volkswirtschaft ohne Staat**

Es wird der Einfluss des Staates als Akteur in der Wirtschaft ausgeklammert und ausschließlich Unternehmen und Haushalte betrachtet. Die Abbildung von Wirtschaftspolitik bedarf natürlich einer Erweiterung dieser Modellabstraktion.

- **2-Länder-Modell**

Eine in der Außenwirtschaftstheorie übliche Abstraktion ist, dass die gesamte Weltwirtschaft auf zwei „Länder“ reduziert wird – das Inland und das Ausland. Letzteres als „Rest der Welt“.

- **Homogene Güter**

Güter oder Produktionsfaktoren (z. B. Arbeit) werden als homogen betrachtet. Das heißt, alle einer Art sind in ihrer Beschaffenheit vollständig gleich. Es gibt keine großen und kleinen Melonen, sondern nur Melonen. Keine Elektro-, Benzin- oder Roboterrasenmäher, sondern nur Rasenmäher. Keine qualifizierte und ungelernte Arbeit, sondern nur Arbeit.

- **Freier Wettbewerb**

Auf dem Markt befinden sich unbegrenzt viele Anbieter und Nachfrager. Aus ihrem uneingeschränkten Agieren ergibt sich der Marktpreis. Von marktseitigen oder staatlichen Wettbewerbsbeschränkungen wird abgesehen.

- **Ceteris paribus-Klausel**

Eine wichtige Voraussetzung für Modelle und die in ihnen enthaltenen Vereinfachungen der Wirklichkeit ist die Anwendung der Ceteris paribus-Klausel. Dieser lateinische Begriff heißt übersetzt „unter sonst gleichen Umständen“.

► **Die Ceteris paribus-Klausel** bedeutet, eine Größe aus der Wirkung eines bestimmten (des wichtigsten) Einflussfaktors zu erklären. Andere Einflussfaktoren bleiben ausgeklammert bzw. werden in ihrer Wirkung als konstant angesehen.

So gilt zum Beispiel der Lehrsatz: Wenn die Nachfrage nach einer Ware steigt, steigt (ceteris paribus) ihr Preis. Ceteris paribus heißt in diesem Falle: „Andere Einflussfaktoren, die neben der Nachfrage auf den Preis wirken, werden als gleichbleibend unterstellt“. So zum Beispiel das Anbieterverhalten, die Entwicklung alternativer Güter oder die Einkommen. Möglicherweise würde sich bei der Betrachtung aller Faktoren deren Wirkung überlagern und den gesuchten Zusammenhang unsichtbar machen.

## 1.2.2 Darstellungsformen

Die Volkswirtschaft bedient sich verschiedener Darstellungsformen, mit deren Hilfe der gleiche wirtschaftliche Sachverhalt auf unterschiedliche Weise erklärt werden kann. Wir unterscheiden die **verbale**, die **funktionale** und die **grafische** Darstellung. Mit allen drei soll, um das an einem Beispiel deutlich zu machen, ein und dasselbe gezeigt werden – die Verwendung des durch alle Erwerbspersonen eines Landes geschaffenen Einkommens.

**Verbale Darstellung** Das in einer Zeitperiode geschaffene Einkommen kann entweder zum Kauf von Waren (mit dem Ziel deren Konsums) verwendet oder aber gespart werden. Wieviel insgesamt konsumiert oder gespart werden kann, hängt in einer Volkswirtschaft (genauso wie im Familienhaushalt) von der Höhe des Einkommens ab. Wie sich das Einkommen in Konsum und Ersparnis aufteilt, hängt von der Neigung zum Konsum und zum Sparen ab.

**Funktionale Darstellung** Die Darstellung als Funktion erfolgt im Rahmen der KEYNES'schen Einkommensgleichung für eine geschlossene Volkswirtschaft. Hierbei wird das gesamtwirtschaftliche Einkommen (Volkseinkommen) mit **Y**, der Konsum mit **C** und die Ersparnis mit **S** bezeichnet.

$$Y = C + S \quad (1.1)$$

Die Abhängigkeit des Konsums und der Ersparnis von der Höhe des Einkommens erscheint als Funktionsgleichung:

$$C = f(Y) \quad (1.2)$$

$$S = f(Y) \quad (1.3)$$

oder

$$Y = C(Y) + S(Y) \quad (1.4)$$

Schließlich lassen sich die Anteile des Konsums und der Ersparnis am Einkommen durch die Konsumquote **c** und die Sparquote **s** bestimmen, die sich mit Notwendigkeit zu 1 ergänzen.

$$Y = c \cdot Y + s \cdot Y \quad (1.5)$$

Wobei

$$c + s = 1 \quad \text{ist.} \quad (1.6)$$

Die Gleichung (Gl. 1.6) sagt aus, dass nicht mehr konsumiert und gespart werden kann, als an Einkommen erarbeitet wurde.

Diese Aussage verdeutlicht gleich zwei Modellannahmen. Erstens die, dass der Konsum nur aus laufendem Einkommen getätigt wird und nicht aus der Nutzung von Ersparnissen aus früheren Perioden – aus dem sogenannten „Entsparen“. Zweitens wird die Annahme unterstellt, dass es keine weiteren, keine „Restgrößen“ gibt, die den funktionalen Zusammenhang auch nur geringfügig beeinflussen.

**Graphische Darstellung** Für die grafische Darstellung der bisher verbal beschriebenen und funktional dargestellten Einkommensverwendung brauchen wir sinnvollerweise konkrete Werte. Wir nehmen diese in Tab. 1.2 an.

Die Wertetafel unterstellt eine Konsumquote von 0,8 und eine Sparquote von 0,2. Es werden 80 % des Einkommens (einer Volkswirtschaft) konsumiert und 20 % gespart.

Die graphische Darstellung in Abb. 1.2 macht ihrerseits Zusammenhänge deutlich, die durch eine verbale Erklärung allein nur schwer zu vermitteln wären.

$$\text{Konsumneigung (0,8)} = \text{Steigungsmaß der Konsumkurve} = \tan \alpha$$

$$\text{Sparneigung (0,2)} = \text{Steigungsmaß der Sparkurve} = \tan \beta$$

$$\tan \alpha + \tan \beta = \tan 45^\circ = 1$$

Wir erhalten die graphische Bestätigung der Aussage von Gleichung (Gl. 1.6), dass die Summe aus Konsum und Ersparnis nicht größer sein kann als das gesamte Einkommen.

### 1.2.3 Elastizität

Entwickelt sich eine wirtschaftliche Größe in Abhängigkeit von einer anderen, ist es wichtig zu wissen, wie stark der Einfluss ist. Die Frage lautet: Um wieviel verändert sich die abhängige Größe, wenn sich die unabhängige Größe (Einflussfaktor) um eine Einheit verändert? Antwort gibt der Begriff der Elastizität, den wir wie folgt charakterisieren können:

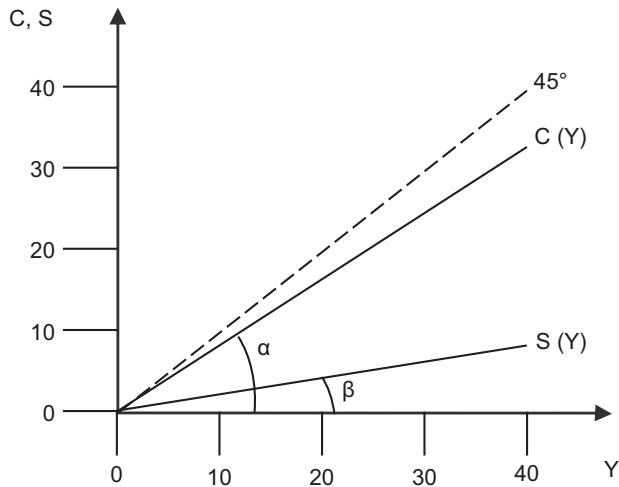
- **Elastizität** ist die Stärke der Reaktion einer Größe auf die Veränderung einer anderen.

Die Elastizität ist daher ein Maßstab, nach dem man die Stärke von Einflussfaktoren auf wirtschaftliche Größen gewichten kann. Ihre Ermittlung ergibt sich unter Zugrundelegung des funktionalen Zusammenhangs  $y = f(x)$  wie folgt:

**Tab. 1.2** Wertetafel zur Einkommensverwendung

Unabhängige Variable	Y	0	10	20	30	40
Abhängige Variable	C	0	8	16	24	32
Abhängige Variable	S	0	2	4	6	8

**Abb. 1.2** Konsumfunktion und Sparfunktion



$$\eta = \frac{\frac{\Delta y}{y}}{\frac{\Delta x}{x}} \quad (1.7)$$

Die Elastizität  $\eta$  ist der Quotient aus der Veränderung der abhängigen und der Veränderung der unabhängigen Variablen. Ist der Quotient größer als 1, gilt die Reaktion als elastisch. Die Folgewirkung ist stärker als die Ausgangswirkung. Ist der Quotient kleiner als 1, erfolgt eine unelastische Reaktion. Die Folgewirkung ist schwächer als die Ausgangswirkung. Der Elastizitätsbegriff kann in allen Bereichen des Lebens auf unzählige Zusammenhänge angewandt werden. In der Volkswirtschaftslehre treffen wir ihn häufig im Zusammenhang mit der Nachfrage und ihren Bestimmungsfaktoren, zum Beispiel dem Preis, an (vgl. Kap. 7).

### Beispiel

Nach der auf die Corona-Beschränkungen und entstandenen wirtschaftlichen Notlagen wieder möglichen Öffnung von Restaurants wurde ein Ausschlagen der Preise – in Tourismusgebieten mehr, anderswo weniger – bemerkbar. Im Bestreben, entstandene Lücken durch das Anheben freier Preise teilweise wieder zu schließen (auch Abstandsregeln auszugleichen), haben manche Betreiber die Reaktion der Nachfrage (Resonanz der Gäste) übersehen. Sichtbar wurde zum Beispiel, dass vor der Pandemie gut besuchte Bierlokale nur langsam wieder an Zulauf gewannen. Was war passiert? Wir wollen annehmen, ein Wirt verkaufte vor der Schließung den halben Liter Bier für 3,50 € und fordert nach Wiedereröffnung 4,00 €. Die Nachfrage, die im täglichen Umsatz zum Ausdruck kommt, möge dadurch von 300 l auf 200 l gesunken sein. Mit welcher Elastizität hat die Nachfrage reagiert? ◀

$$\eta = \frac{\frac{\Delta y}{Y}}{\frac{\Delta x}{X}} = \frac{\frac{\text{Veränderung der verkauften Biermenge}}{\text{Ursprünglich verkaufte Biermenge}}}{\frac{\text{Veränderung des Bierpreises}}{\text{Ursprünglicher Bierpreis}}} \quad (1.8)$$

$$\eta = \frac{\frac{-1001}{300l}}{\frac{0,50\text{€}}{3,50\text{€}}} = \frac{-0,33}{0,14} = -2,36 \quad (1.9)$$

$$|\eta| = 2,36 \quad (1.10)$$

Die abhängige Größe, die Biernachfrage, hat sich stärker verändert als die unabhängige Größe, der Bierpreis. Die Elastizität ist in ihrem absoluten Betrag größer als 1. Die Biernachfrage hat elastisch reagiert.

Nicht jeder Gemüseverkäufer oder Schankwirt kennt die Theorie, aber er handelt intuitiv danach. Bei der Entscheidung über den geforderten Preis oder seine Veränderung ist die Kenntnis der Nachfrageelastizität wichtig. Weil Preis und verkaufte Menge in ihrer Kombination letztlich den Gewinn beeinflussen. Im Bier-Beispiel sind offensichtlich Konsumenten dazu übergegangen, ihren Konsum zu verringern oder über andere Alternativen (preisgünstigerer Kauf im Einzelhandel) zu realisieren. In anderen Fällen ist Elastizität zweifellos geringer. Ältere Ostdeutsche erinnern sich an die Diskussion in der DDR, um wieviel der staatlich gestützte Brotpreis steigen müsste, bevor die Verschwendug (z. B. Verfütterung an Hühner) eingedämmt wird. Auch ein Wohnungsmieter wird im Falle einer Mietpreiserhöhung in der Regel zuerst andere Ausgaben einschränken, bevor er ein Zimmer oder die ganze Wohnung aufgibt.

## 1.3 Quellen der Volkswirtschaftslehre

Die moderne Volkswirtschaftslehre ist ein seit über 200 Jahren gewachsenes Theoriegebäude. Es ist inhaltlich geschlossen und in seinen Grundaussagen langfristig beständig. Das schließt Meinungsstreit, partielle „weiße Flecken“ und immer neue Bausteine der Theorienentwicklung nicht aus, sondern ein. Im Grunde aber bewegt sich die heutige volkswirtschaftliche Lehre und Forschung auf einem Sockel gesicherten Wissens, überprüft diesen an sich immer von neuen ändernden Rahmenbedingungen der Wirtschaftspraxis und vervollkommenet Modelle ihrer theoretischen Widerspiegelung.

### 1.3.1 Merkantilismus

In der Zeit zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert entwickelte sich in Europa eine wirtschaftliche Praxis, deren politischer Rahmen der absolutistische Feudalstaat war. Es

handelt sich um die Wirtschaftspolitik des Merkantilismus. Kennzeichnend für sie war eine starke Zentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen. Merkmale sind Handelsprotektionismus (Importzölle und Exportförderung) sowie die Orientierung gesamtwirtschaftlichen Wohlstandes an der Ansammlung von Geld. Die Größe des Staatsschatzes, die Hortung von Geld und Edelmetallen waren Kriterien erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Man erinnert sich an Märchen mit Königen und ihren Schatztruhen im Keller des Schlosses. Verschwenderische Prunkentfaltung der Monarchie und ihres Staates prägten das äußere Bild. Volle Ausprägung erlebte die mercantilistische Wirtschaftspolitik vor allem in Frankreich (Staatsfinanzierung unter LUDWIG XIX), in England (Handelsprotektionismus) und in Deutschland (Konsolidierung von Wirtschaft und Bevölkerungszahl nach dem Dreißigjährigen Krieg). Bekannte Vertreter des Merkantilismus sind Jean Baptist COLBERT (1619–1683), Thomas MUN (1571–1641), und Johann Heinrich Gottlob VON JUSTI (1717–1771).

### 1.3.2 Physiokratie

Als Reaktion auf den Staatsdirigismus mercantilistischer Wirtschaftspolitik entstand in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Frankreich die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Schule der Physiokratie. Die einseitige Förderung der gewerblichen, insbesondere der auf Export ausgerichteten Wirtschaft hatte in Frankreich während des Merkantilismus zu Vernachlässigung und Niedergang der Landwirtschaft geführt.

Ein wesentliches Element physiokratischen Konzepts ist die Forderung, staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsmechanismus auf ein Minimum zu reduzieren. Inspiriert durch naturwissenschaftliche Entdeckungen jener Zeit wird das Funktionieren einer „natürlichen Ordnung“ auch auf die Ökonomie übertragen. Sehr bildhaft zeigen sich das an der Entdeckung des Blutkreislaufs (1628) und seine Auslegung auf das Funktionieren der Wirtschaft. Noch heute trifft man in der Nationalökonomie auf den bildhaften Vergleich des Wirtschaftskreislaufs mit dem aufeinander abgestimmten Verhalten der Bestandteile des menschlichen Organismus. Dieses Bild stammt wohl aus der Zeit der Physiokratie.

Herausragende Vertreter der Physiokratie sind Francois QUESNAY (1694–1774) und Anne Robert Jaques TURGOT (1727–1781). QUESNAY, Leibarzt von Ludwig XV., schuf 1758 das wohl bekannteste Werk physiokratischer Wirtschaftstheorie: das „**tableau économique**“. In dieser Schrift wird erstmalig die Volkswirtschaft als in sich geschlossener und gleichgewichtiger Kreislauf von Güter- und Geldströmen dargestellt. Akteure in diesem Kreislauf sind die Landwirtschaft, das Gewerbe und der Handel.

Die Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und die Berufung auf das Funktionieren einer natürlichen Ordnung in der Wirtschaft führen bei den Physiokraten zur Forderung nach Privateigentum an den Produktionsmitteln und nach freien wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen. Damit sind die Physiokraten in vieler Hinsicht Vorgänger oder gar frühe Vertreter des klassischen Liberalismus.

### 1.3.3 Klassischer Liberalismus

Politischer Hintergrund des klassischen Liberalismus in der Ökonomie war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Kampf für individuelle Freiheit und gegen staatliche Bevormundung. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde diese Bewegung unterstützt durch die Herausbildung des Industriekapitalismus und seinen Drang nach Absatzmärkten. Es ist deshalb kein Zufall, dass der klassische Liberalismus und seine führenden Vertreter gerade aus England kommen – dem Ursprungsland der industriellen Revolution. Die englische Wirtschaft brauchte für ihre Expansion und die Verwirklichung ihres Selbstverständnisses als „Werkstatt der Welt“ vor allem freien Handel. Freihandel sollte dem englischen Kapitalismus einen Vorsprung vor dem Rest der Welt schaffen und sichern.

Adam SMITH (1723–1790) schuf mit seinem 1776 erschienenen umfangreichen Werk „**An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations**“ (Untersuchung des Wesens und der Ursachen des Wohlstands der Nationen) dafür die Grundlage. Der „Wohlstand (oder Reichtum) der Nationen“ ließ SMITH zum „Vater der Marktwirtschaft“ werden. Er führt zu der Einsicht, dass das freie Wirken der Marktkräfte nicht nur wirtschaftliches Gleichgewicht bewirken kann, sondern dessen unbedingte Voraussetzung ist. Von SMITH stammt in diesem Zusammenhang der bekannte Begriff von der „invisible hand“, der „unsichtbaren Hand“ als Synonym für die Selbstregulierungskräfte des freien Marktes. Als Motor der gleichgewichtigen Wirtschaftsentwicklung fungiert auf Privateigentum basierende Eigeninitiative, die (in positivem Sinne) von wirtschaftlichem Egoismus getragen wird.

*„Nicht vom Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihren Egoismus und sprechen ihnen nie von unseren Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen.“*

Quelle: Smith ([2009](#))

Es ergibt sich mit Logik die Rolle des Staates im ökonomischen Bild des klassischen Liberalismus. Seine Notwendigkeit wird nicht verneint, jedoch im Wesentlichen auf seine Schutzfunktion reduziert. Armee, Polizei, Gerichtsbarkeit – ja. Aber aus der Wirtschaft soll er sich heraushalten. So entstand nach einer spöttischen Charakterisierung von Ferdinand LASSALLE der Begriff vom „Nachtwächterstaat“.

Führende Köpfe des klassischen Liberalismus sind neben Adam SMITH , Thomas Robert MALTHUS (1766–1834), David RICARDO (1772–1823), John Stuart MILL (1806–1873) und Jean-Baptiste SAY (1767–1832). Obwohl während der Blütezeit des Merkantilismus lebend, gilt der englische Arzt William PETTY (1632–1687) als der Vorgänger oder eigentlicher Begründer des klassischen Liberalismus.

### 1.3.4 Wissenschaftlicher Sozialismus

Im Gefolge klassisch-liberalen Denkens vollzog sich eine Wirtschaftspolitik des Frühkapitalismus, in der der Staat keinen Einfluss auf die Verhinderung von Machtkonzentration

auf der einen und Verelung und sozialen Missständen auf der anderen Seite nahm. Diese als „Manchester-Kapitalismus“ bekannte Wirtschaftspolitik blieb den Nachweis schuldig, dass das Konzept des klassischen Liberalismus in seiner Reinheit zu Harmonie und wirtschaftlichem Gleichgewicht führen kann. Das war der Hintergrund für die Entstehung ökonomischer Konzeptionen auf dem Boden der Kritik am klassischen Liberalismus. Der bedeutendste Zweig dieser Kritik ist der wissenschaftliche Sozialismus von Karl MARX (1818–1883). Nicht zufällig war der wichtigste ökonomische Untersuchungsgegenstand von MARX der Industriekapitalismus in England. Und nicht ohne Grund überschrieb MARX den Vorgänger seines Hauptwerkes „**Das Kapital**“ mit dem Titel „**Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie**“ (1858). Im Unterschied zu anderen Kritiken am klassischen Liberalismus fordert MARX nicht ein „mehr“ an Staat, sondern dessen letztliche Abschaffung in einer Gesellschaft ohne Privateigentum und darauf basierendem wirtschaftlichem Egoismus. Sowohl die MARX'sche Konzeption als auch ihr deformierter Ausdruck in Gestalt des „real existierenden Sozialismus“ sind die Antwort schuldig geblieben, welche Triebkraft den von SMITH beschworenen wirtschaftlichen Egoismus ersetzen soll. Das Problem scheint mehr jenseits des Bereiches der Ökonomie zu liegen. SMITH legt seinem Konzept das Bild eines Menschen zugrunde, wie er ist, MARX das Bild eines Menschen, wie er sein sollte. Die Erfahrungen aus der früheren DDR und anderen Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas haben gezeigt, dass es zu keiner Zeit möglich war, durch Administration oder Appelle an das Bewusstsein jene Kräfte zu ersetzen, die durch Wettbewerb, Markt und letztlich das Streben nach individuellem Vorteil hervorgebracht werden. Ungeachtet dessen hat die ökonomische Lehre von MARX auf vielen Gebieten das nationalökonomische Denken vorangebracht. Ein Beispiel dafür ist die Weiterentwicklung des QUESNAY'schen Modells vom Wirtschaftskreislauf unter den Bedingungen des Industriekapitalismus. Auf der anderen Seite haben sich wichtige Prognosen von MARX nicht bewahrheitet, weil sie sich allein auf die Verhältnisse des Frühkapitalismus seiner Zeit stützen konnten. Dazu zählen das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“. Die davon abgeleitete ständige Konzentration des Kapitals führt nach MARX zur Verelung immer breiterer Schichten des Mittelstandes und wird schließlich zur wirtschaftlichen Basis für die marxistische Revolutionstheorie. Theoriengeschichtlich erhält der wissenschaftliche Sozialismus von MARX seine Bedeutung daraus, dass er die Grenzen einer auf klassischem Liberalismus basierenden Wirtschaftspolitik aufgezeigt und damit das Entstehen alternativer wirtschaftspolitischer Konzepte befördert hat.

### 1.3.5 Historische Schule

Ebenfalls im 19. Jahrhundert entstand in Deutschland eine ökonomische Forschungsrichtung, die auf die Kritik am klassischen Liberalismus gerichtet war und unter dem Namen „Historische Schule“ bekannt ist. Als ihr Vorläufer gilt Friedrich LIST (1789–1846). Bekannte Vertreter sind Wilhelm ROSCHER (1817–1894) und Friedrich von SCHMOL-

LER (1838–1917). Eine erste wesentliche Aussage der historischen Schule ist das „Nein“ auf die Frage nach einer allgemeingültigen Wirtschaftstheorie. Die Volkswirtschaftslehre kann, so die historische Schule, richtige Erkenntnisse nur aus der Analyse und Berücksichtigung von Spezifika einer historisch konkreten Periode gewinnen. Ein zweites Credo ist die Nichtanerkennung des allein ökonomisch motiviert handelnden Menschen. Die Hervorhebung von Handlungsmotiven wie Gewohnheiten, Sitten, Moralvorstellungen u. a. weist auf einen stark soziologischen Charakter der historischen Schule hin. Die Forderung nach staatlicher Aktivität in der Wirtschaft erfolgt daher nicht zuletzt mit Blick auf dessen sozialpolitische Funktion. Im Übrigen gehören die Handlungsmotive in der historischen Schule genau zu jenen Faktoren, von denen in liberal-ökonomischen Modellen im Sinne der Vereinfachung abstrahiert wird.

### 1.3.6 Grenznutzenschule

Zwischen 1870 und dem Beginn des ersten Weltkrieges entwickelte sich die Grenznutzenschule, die als Ausgangspunkt der Neoklassik betrachtet wird. Zu ihren wichtigsten Vertretern gehören die Österreicher Carl MENGER (1840–1921) und Eugen VON BÖHM-BAWERK (1851–1914), der Franzose Léon WALRAS (1834–1919) sowie der Engländer William Stanley JEVONS (1835–1882). Der Hauptbeitrag der Grenznutzenschule zur Entwicklung der Volkswirtschaftslehre liegt im Bereich der Mikroökonomie. Ihre Vertreter führen den Wert der Güter auf ihren Nutzen und damit auf eine Größe subjektiver Wertschätzung zurück. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für die Herausbildung eines zentralen Punktes der Mikroökonomie geschaffen: des Verhältnisses von Nachfrage, Angebot und Preis.

### 1.3.7 Keynesianismus

John Maynard KEYNES (1883–1946) erreichte mit seinem 1936 erschienenen Hauptwerk „**General theory of employment, interest and money**“ (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinsen und des Geldes) eine fundamentale Neuorientierung volkswirtschaftlichen Denkens. Er begründete die moderne Makroökonomie. Hintergrund ihres Entstehens waren einmal mehr konkrete wirtschaftsgeschichtliche Rahmenbedingungen. KEYNES schrieb seine „Allgemeine Theorie“ unter dem Eindruck und in Auswertung der Weltwirtschaftskrise 1929–1931. Die klassisch-liberale Vorstellung von einem sich selbst stabilisierenden Wirtschaftsmechanismus war mit dem weltweiten wirtschaftlichen Zusammenbruch und der Massenarbeitslosigkeit nicht vereinbar. KEYNES und seine Nachfolger brachten subjektive Erwartungshaltungen und ihre Konsequenzen in das volkswirtschaftliche Denken ein. Sie erklärten die Möglichkeit volkswirtschaftlichen Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung und die Ursachen, die in der Marktwirtschaft notwendig zu Konjunkturzyklen führen. Hierauf basiert die wichtigste Schlussfolgerung keynesianischer Wirt-

schaftslehre: Die Selbstregulierungs Kräfte des Marktes allein reichen nicht aus, um gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen oder beizubehalten. Es bestehe nicht nur das Vermögen, sondern sogar die Pflicht des Staates, die Gesamtnachfrage zu beeinflussen und damit die Wirtschaft global zu steuern. Dabei geht es nicht um die Ausschaltung oder den Ersatz des Marktmechanismus der klassischen Liberalisten, sondern um die zweckmäßige Ergänzung, wenn er versagt oder zu sozial extrem unerwünschten Folgen führt.

### 1.3.8 Kommentierung der theoriengeschichtlichen Betrachtung

Die gedrängte Darstellung der wichtigsten Quellen unserer heutigen Volkswirtschaftslehre, ihrer Vertreter und des jeweils wirtschaftsgeschichtlichen Rahmens kann als Bezugspunkt für einige generelle Aussagen zur Entwicklung nationalökonomischen Denkens dienen.

1. Die Geschichte der Entwicklung volkswirtschaftlicher Lehrmeinungen ist geprägt von der Suche nach dem ökonomischen Schlüssel zu den allgemeinen Zielen Wohlstand und Stabilität.
2. Eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen allen betrachteten Quellen ist die Beantwortung der Frage nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft, nach dem Verhältnis von Markt und Staat. Sie ist die Gretchenfrage der Nationalökonomie. Die Haltung zu ihr teilt die Quellen und Denkrichtungen der Volkswirtschaftslehre in liberale und interventionistische.
3. Es wird sehr deutlich, dass keine ökonomische Lehre aus einem wirtschaftsgeschichtlichen Vakuum heraus entsteht. Die konkreten historischen Umstände, Handlungszwänge und Erfahrungen sind der Boden, auf dem neue Theorien wachsen. Dies wird in Tab. 1.3 verdeutlicht.
4. Die Entstehung neuer volkswirtschaftlicher Denkrichtungen hat ihre Vorgänger nicht ausgelöscht. Zum einen sind Elemente vorheriger Theorien in neue eingegangen (z. B. Physiokratie und klassischer Liberalismus). Andererseits bestehen viele Denkrichtungen selbst bis heute fort und tauchen in verschiedenen Ausprägungen als Elemente praktischer Wirtschaftspolitik auf. So hatte das Außenhandelsmonopol des Staates

**Tab. 1.3** Ausgewählte Theorien und ihre Hintergründe

Theoriequelle	Wirtschaftspolitischer   gesellschaftspolitischer Hintergrund
Merkantilismus	Absolutistischer Feudalstaat   Überlebter Feudalstaat
Physiokratie	Aufklärung
Klassischer Liberalismus	Industrielle Revolution
Wissenschaftlicher Sozialismus	Manchester-Kapitalismus und Verelendung der Arbeiter
Historische Schule	
Keynesianismus	Weltwirtschaftskrise   Massenarbeitslosigkeit

tes in der früheren DDR zweifellos mercantilistische Züge. In der sozialen Marktwirtschaft der heutigen Bundesrepublik vereinen sich liberale und keynesianische Elemente. Immer in unterschiedlicher Ausprägung parteipolitischer Strategien, aber auch zwischen Vertretern innerhalb einer Partei. So brachte die Agenda 2010 der SPD-geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder polarisierende Reformen der deutschen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit sich. Sie galten und gelten für die einen als mutiger und notwendiger Schritt, für die anderen als unsozial und nicht gerecht. In jedem Falle widerspiegelt sie eine Verschiebung der Gewichte von keynesianisch-interventionistischen hin zu liberalen Elementen. Aus dem Fortbestehen verschiedener Schulen volkswirtschaftlichen Denkens und Handelns bis heute ergeben sich Begriffe wie „Neoklassik“ oder „Neokeynesianismus“. Es wäre deshalb falsch, die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Theoriengebäudes ausschließlich als eine Entwicklung vom Niederen zum Höheren im Darwin'schen Sinne zu verstehen.

5. Die hier aus Gründen von Vereinfachung und Transparenz vorgenommene Zuordnung von Nationalökonomien zu der einen oder anderen Schule beschwört natürlich die Gefahr eines gewissen „Schubladendenkens“ herauf und muss deshalb letztlich relativiert werden. Das betrifft zum Beispiel die Haltung von Adam SMITH zur Rolle des Staates, die der amerikanische Volkswirt Paul A. SAMUELSON in einem früheren Essay zum 200. Todestag von SMITH (und unter dem Eindruck marktwirtschaftlicher Transformation in Osteuropa Anfang der 1990er-Jahre) sehr bildhaft vermittelt:

*„Nachdrücklich betonte Adam Smith, dass Freiheit – bis zu einem Punkt – produktiv und gut sei. Nichtsdestoweniger definiert er in „Wealth of Nations“ auch klar umrissene Aufgaben des Staates. Aufgrund der Kenntnis des Temperaments von Adam Smith ist wohl der Schluss erlaubt, dass er heute – 200 Jahre nach seiner Zeit, einer begrenzten Vermögensumverteilung über das Steuersystem seinen Segen geben würde. Den Ungarn und Tschechen hängt die Kommandowirtschaft mittlerweile derart zum Halse heraus, dass sie nur noch eins wollen: den reinen Kapitalismus – keinen mit Attributen wie „human“ oder „gemäßigt“. Welche Vorteile der goldene Mittelweg von Adam Smith zu bieten hat, werden sie später noch erkennen.“*

Quelle: Samuelson (1990)

### I. Themenprägende Begriffe

- Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre
- Mikroökonomie, Makroökonomie
- Modell, ceteris paribus – Klausel, Elastizität
- Klassischer Liberalismus, Keynesianismus
- „Tableau économique“,
- „Invisible hand“

## II. Fragen zur Überprüfung

- Worin unterscheiden sich Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre?
- Was bedeuten Modelle in der Darstellung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge?
- Nennen Sie Beispiele für graphische Darstellung in volkswirtschaftlichen Modellen.
- Worin unterscheiden sich klassischer Liberalismus und Keynesianismus?
- Nennen Sie Beispiele für volkswirtschaftliche Denkrichtung in der Wirtschaftspolitik.

---

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Sachverständigenrat (2020) *Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona Pandemie, Sondergutachten*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, S. 2  
Samuelson, P.A. (1990) *Profit und Moral*, Wirtschaftswoche 29/1990  
Smith, A., (2009) *Reichtum der Nationen, Buch 1*, Köln: Anaconda. S. 21  
Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 3–4

### Weiterführende Literaturempfehlungen

- Hacke, J. (2021) *Wie treibt man Neoliberalen und Antikapitalisten aus den Schützengräben?*, Wirtschaftswoche 28/2021, S. 42 f.  
Haller, K., (2019) *Die Narzissmusfalle*, Salzburg-München: ecowin Verlag, Abschnitt: Die narzistische Gesellschaft  
Keynes, J.M. (1936) *Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*  
Losse, P. (2021) *Das große Missverständnis*, Wirtschaftswoche 29/2021, S. 38 f.  
Quesnays, F. (1758) *Tableau Economique*  
Ricardo, D. (1817) *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie*  
Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch

# Grundbegriffe des Wirtschaftens

2

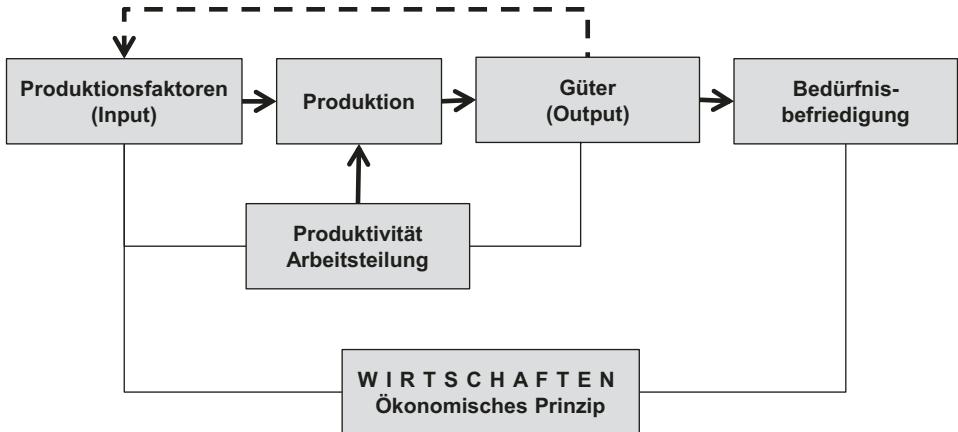
## Zusammenfassung

Akteure des Wirtschaftens sind Menschen. Sie handeln als Einzelwirtschaften (Unternehmen/Produktion und Haushalte/Konsum) und als ganze Volkswirtschaften. Wirtschaften ist notwendig, um zu entscheiden, welcher Teil unbegrenzt vorhandener Bedürfnisse durch begrenzt vorhandene Güter befriedigt werden soll. Eine von mehreren üblichen Einteilungen von Gütern ist die nach Produktionsgütern und Konsumgütern. Produktionsgüter haben die Zweckbestimmung, in einen neuen Produktionsprozess einzugehen. Konsumgüter dienen direkt dem Verbrauch, geben in diesem Prozess ganz oder schrittweise ihre Existenz auf und setzen diese in die Stiftung von Nutzen um. Grundlegende Produktionsfaktoren sind Arbeit, Boden und Kapital. Sie werden im Produktionsprozess zur Erstellung von Gütern eingesetzt. Ihre Kombination ist nach Branchen und Stand des technischen Fortschritts unterschiedlich. Das Verhältnis aus der Menge erstellter Güter und eingesetzter Produktionsfaktoren ist die Produktivität. Arbeitsteilung ist Spezialisierung auf die Herstellung bestimmter Produkte, die zu Warenaustausch, Handel und Markt führt. Sie nimmt im Verlauf der Wirtschaftsgeschichte und technischen Entwicklung tendenziell zu. Dass Menschen im Wirtschaftsprozess nach dem ökonomischen Prinzip rational handeln, macht volkswirtschaftliche Prozesse erst erkennbar, erklärbar, modellierbar und steuerbar.

*„Das könnt ihr glauben, dass die Vögel dort gebraten in der Luft herumfliegen, Gänse und Truthähne, Tauben und Kapaunen, Lerchen und Krammetsvögel, und wenn es zu viel Mühe macht, die Hand danach auszustrecken, dem fliegen sie schnurstracks ins Maul hinein.“*

(Gebrüder Grimm, Das Märchen vom Schlaraffenland)

Schlafraffenland in der Sprache des Volkswirtes heißt: Alle Bedürfnisse der Menschen bestehen ausschließlich aus Essen und Trinken, und es gibt unbegrenzte Möglichkeiten, sie zu befriedigen. Unter diesen Umständen brauchte niemand zu wirtschaften. Da dies aber



**Abb. 2.1** Grundbegriffe des Wirtschaftens

nur im Märchen so ist, stellt sich die Frage: Was sind die Voraussetzungen dafür, dass Wirtschaften notwendig ist, und welches sind die wichtigsten Begriffe für seine Erklärung?

Dieses Kapitel soll solche Begriffe vorstellen und zueinander in Verbindung bringen. Um ihnen der besseren Übersicht halber bereits am Anfang ihren Platz im Wirtschaftsprozess zuordnen zu können, soll die in Abb. 2.1 enthaltene Übersicht allgemeinster Art allem Weiteren vorangestellt werden.

## 2.1 Bedürfnisse

### 2.1.1 Bedürfnisse und Wirtschaften

Die Bedürfnisbefriedigung steht, wie Abb. 2.1 zeigt, am Ende der Kette des Wirtschaftens. Die Bedürfnisse des Menschen sind damit letzlicher Gegenstand, ihre Befriedigung letzliches Ziel, auf das jede wirtschaftliche Aktivität gerichtet ist. Ohne Bedürfnisse kein Wirtschaften.

► Ein **Bedürfnis** ist die Empfindung von Mangel mit dem Verlangen, diesen Mangel zu beseitigen.

Damit sind Bedürfnisse zunächst keines ökonomischen, sondern vielmehr biologischen oder psychologischen Ursprungs. Bedürfnisse und ihre Befriedigung nehmen dann ökonomische Konturen an, wenn wir unterstellen, dass nicht jedes Bedürfnis zu jedem Zeitpunkt befriedigt werden kann. Was zweifellos der Fall ist.

Die eigentliche **Ursache des Wirtschaftens** besteht also darin, dass einer unbegrenzten Menge an Bedürfnissen nur eine begrenzte Menge an Mitteln gegenübersteht, um diese zu befriedigen. Für einen Menschen, in einem Land, in der Welt. Jede Ebene verfügt nur über

ein bestimmtes Maß an natürlichen Ressourcen, an Arbeitskraft, Technik und Wissen, um Mittel zur Bedürfnisbefriedigung bereitzustellen. Es kann also immer nur darum gehen, dieses Verhältnis zwischen unbegrenzten Bedürfnissen und begrenzten Ressourcen so günstig wie möglich zu gestalten.

Dem folgend, ist **Ziel des Wirtschaftens** die größtmögliche Befriedigung von Bedürfnissen bei rationellem Einsatz der dafür begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel. Für den Einzelnen wie für die Volkswirtschaft entspringt Wirtschaften immer aus Wahlhandlung.

► **Wirtschaften** ist der Verzicht auf die Befriedigung eines Bedürfnisses zugunsten eines anderen.

Mit der Entscheidung auf die Befriedigung eines Bedürfnisses wird also der aus dem Verzicht auf die Befriedigung eines anderen entgangene Nutzen in Kauf genommen. Die Größe des entgangenen Nutzens bezeichnet die Volkswirtschaftslehre als opportunity costs (Opportunitätskosten, Alternativkosten).

► **Opportunitätskosten** eines Gutes A sind der in Mengeneinheiten eines anderen Gutes B ausgedrückte Verzicht, der sich aus der Wahlentscheidung für Gut A ergibt.

### Beispiel

Nehmen wir zur Illustration an, ein junges Ehepaar steht mit seinen vorhandenen Mitteln vor der Entscheidung, eine Eigentumswohnung zu erwerben, zwei Sportwagen zu kaufen oder vier Weltreisen zu machen. Entscheiden sich beide für die Autos, sind die Opportunitätskosten für eines davon eine halbe Eigentumswohnung oder zwei Weltreisen. ◀

Welchen Kriterien solche Wahlhandlungen folgen, welche Bedürfnisprioritäten wer hat – das wollen wir uns an anderen Stellen dieses Kapitels „Einteilung von Bedürfnissen“ und „Ökonomisches Prinzip“ näher anschauen. Auch aus Sicht einer ganzen Nation oder Volkswirtschaft. Hier ist zunächst wichtig, zu sehen, welchen Einfluss Wahlentscheidungen haben, wenn es an die Befriedigung von Bedürfnissen geht.

Dabei sind Art und Spektrum solcher Wahlentscheidungen unterschiedlich zu illustrieren, je nachdem, auf welcher Stufe menschlicher Entwicklung, Marktentfaltung und Arbeitsteilung wir uns befinden. Auf der Stufe absoluter Autarkie und Selbstversorgung eines Stammesverbandes in der Urgemeinschaft lagen Entscheidungen und ihre Konsequenzen nahe. Hätte man alle vorhandenen Kräfte auf die Beschaffung von Nahrung verwendet, wäre man ohne Kleidung womöglich erfroren. Eine ausschließliche Konzentration auf die Kleidung hätte zum Verhungern geführt. Womöglich betrugen die Opportunitätskosten für ein erlegtes Reh zwei Fellumhänge. Auf der Stufe des Naturaltauschs wurden diese Prozesse bereits über den Markt vermittelt und die Opportunitätskosten traten als Tauschverhältnis (ein Reh gegen zwei Umhänge) noch deutlicher hervor.

Am allersichtbarsten ist die Sache auf der Stufe des durch Geld vermittelten Tauschhandels in einer modernen Wirtschaft. Die Opportunitätskosten für alle Mittel der Bedürfnisbefriedigung werden in Einheiten ein und desselben Tauschgegenstandes – des Geldes gemessen. Diese Einheiten sind der Preis. Die Begrenzung der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung bildet das Einkommen. Wird dabei entschieden, einen Teil des Einkommens zu sparen, so verbirgt sich dahinter nichts anderes, als das Bedürfnis nachwirtschaftlicher Sicherheit oder nach überproportionalem Konsum zu einem späteren Zeitpunkt.

Alle hier in Abstraktion oder Beispielen vorgestellten Akteure **wirtschaften**. Sie wirtschaften, indem sie mit dem Einsatz ihrer begrenzten Mittel über den Verzicht auf die Befriedigung eines Bedürfnisses zugunsten eines anderen entscheiden. Damit schlagen wir die Brücke zu zwei weiteren, eng mit den Bedürfnissen verbundenen und auf ihnen aufbauenden Begriffen. Der **Bedarf** ist eine Teilmenge der Bedürfnisse. Jener Teil von ihnen, für dessen Befriedigung sich der Bedürfnisträger mit seiner Wahlhandlung entschieden hat. Er hat bereits einen Bezug auf die Mittel, die zu dieser Befriedigung geeignet sind. Begibt man sich mit dieser Erkenntnis in die uns bekannte Geldwirtschaft, so wird aus dem Bedarf die **Nachfrage**. Diese drückt die im Ergebnis der Wahlentscheidung für den Kauf der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung eingesetzte Geldmenge aus. Oder besser: Die mit dem Ziel des Erwerbs der Mittel vorgesehene bzw. geplante Geldsumme.

### 2.1.2 Einteilung von Bedürfnissen

In unserer heutigen Welt haben die Menschen eine Unzahl einzelner Bedürfnisse. Will man Aussagen über Bedürfnisstrukturen treffen, ist es wichtig, diese Unzahl in übersichtliche Schubladen zu sortieren. Diese Einteilung von Bedürfnissen wird in der Literatur nach unterschiedlichen Kriterien vorgenommen. WOLL spricht in diesem Zusammenhang von Präferenzstrukturen (Woll 2011). Eines der wichtigsten und gebräuchlichsten Unterscheidungskriterien der Bedürfnisse ist das der **Dringlichkeit**. Tab. 2.1 zeigt eine hierauf basierende Struktur in sehr vereinfachter Form.

Betrachten wir die Einteilung der Bedürfnisse nach Schubladen „dringlich“ und weniger „dringlich“ genauer, so ergibt sich Relativierungsbedarf. Zum ersten sind Bedürfnisse wie die nach Bildung die Voraussetzung für die Befriedigung solcher wie Nahrung oder Wohnen. Zum zweiten gibt es natürlich für die Menschen keine Dringlichkeitsschablone. Jeder hat andere Prioritäten. Ist man jung und ungebunden, kann beispielsweise Reisen und Bildung wichtiger sein, als Kleidung und Wohnen.

**Tab. 2.1** Bedürfnisstrukturen I: Dringlichkeit

Dringliche Bedürfnisse	Weniger dringliche Bedürfnisse
Nahrung	Kultur
Kleidung	Reisen
Wohnen	Mode
Gesundheit	Bildung

Oft wird auch darauf verwiesen, dass innerhalb eines jeden Bedürfnisses eine Graduierung besteht, in welchem Maße seine Befriedigung Priorität genießen soll. Das relativiert eine kategorische Einteilung wie in Tab. 2.1. So kann Nahrung ein dringliches Bedürfnis sein, wenn es um die Bewahrung vor dem Verhungern geht. Und sie kann ein weniger dringliches oder Luxusbedürfnis sein, wenn von einem Fußballprofi Bilder durch die Medien gehen, auf denen er in einem Restaurant mit einem vergoldeten Steak posiert. Ähnliche Beispiele finden wir bei „Wohnen“, „Kleidung“ oder „Kultur“.

Die Kenntnis des Dringlichkeitsgrades von Bedürfnissen ist für wirtschaftliche Entscheidungen auf betrieblicher Ebene durchaus von Bedeutung. Je dringlicher ein Bedürfnis ist, umso weniger wird in der Regel die Nachfrage nach den Mitteln zu seiner Befriedigung auf Umfeld-Veränderungen reagieren. Die Nachfrage nach Brot, Milch oder Wohnung wird weniger stark auf konjunkturelle oder Preisschwankungen reagieren, als die nach Sekt, Fußballkarten oder Antiquitäten.

Im Modellfall entsteht die Bedürfnishierarchie aber immer aus freiem subjektivem Ermessen. In der öffentlichen Diskussion und Bewertung der Corona-Einschränkungen des Jahres 2020 wird eine Ausnahme hiervon deutlich. Deshalb ist es interessant, sie an der Regel zu spiegeln. Wann darf und muss es einen staatlich vorgegebenen Rahmen geben, der Strukturen von Bedürfnissen oder besser: von Möglichkeiten ihrer Befriedigung vorgibt? Was ist, wenn es ein Spannungsverhältnis zwischen Bedürfnisprioritäten und „Systemrelevanz“ gibt? Und wenn sich zwei Bedürfnisse alternativ oder konträr gegenüberstehen?

### Beispiel

Stark diskutiert wird unter den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie die Schließung von Kultureinrichtungen. Zum einen wegen existenzieller Folgen für die Branche und ihre Beschäftigten. Zum anderen, und das ist hier mehr relevant, aus der Sicht der Konsumenten. Handelt es sich um einen leicht verzichtbaren Teil der Bedürfnisbefriedigung oder hinterlässt der erzwungene Verzicht mehr Spuren als vermutet? Politik, Medien oder Konsumforscher äußern sich hierzu in verschiedenen Akzenten. Oft in einem „Sowohl-als-auch“ – Korridor wie im Interview mit der Staatsministerin, Monika Grütters: „Die aktuelle Situation macht auf schmerzhafte Weise deutlich, dass Kultur kein dekorativer Luxus ist, den man sich nur in guten Zeiten gönnt, sondern, dass sie elementarer Bestandteil unseres Zusammenlebens und unseres Menschseins ist. Auf sie verzichten zu müssen, ist ein großer Verlust an Lebensqualität, Inspiration und Kontemplation. Aber in der jetzigen Situation ist völlig klar: „Die Gesundheit geht vor.“ (Grütters 2020) Die sich gegenüberstehenden Bedürfnisse sind in diesem Fall das nach Gesundheit und das nach Kultur. ◀

Neben der Dringlichkeit gibt es auch noch andere Möglichkeiten der Einteilung von Bedürfnissen (vgl. Tab. 2.2).

**Tab. 2.2** Bedürfnisstrukturen II: Weitere Kriterien

Kriterium	Unterteilung	Beispiel
Häufigkeit	einmalig – wiederkehrend	Weltreise – Kinobesuch
Verhältnis zueinander	primär – abgeleitet	Teppich – Staubsauger
Beschaffenheit	materiell – immateriell	Auto – Bildung
Träger	individuell – gesellschaftliche	Kleidung – Sicherheit

## 2.2 Güter

### 2.2.1 Güter im Wirtschaftsprozess

Wie wir in Abb. 2.1 zu Beginn dieses Kapitels gesehen haben, steht zwischen der Produktion und der Bedürfnisbefriedigung der Güterbegriff. Die inhaltliche Charakterisierung von Gütern ergibt sich somit aus ihrer Stellung im Wirtschaftsprozess.

- **Güter** sind Mittel der Bedürfnisbefriedigung.

Eine solche Definition ist allgemein anerkannt. In Ihrer Einfachheit vermittelt sie das Wesentliche, bedarf aber deshalb einer Kommentierung.

1. Es gibt Güter, die der Bedürfnisbefriedigung unmittelbar dienen, indem sie direkt in den Konsum eingehen: Brot, Musik-CDs, Radios, Wein, Wohnzimmersmöbel oder auch (für den Zuschauer) ein Fußballspiel. Und es gibt Güter, die ebenfalls einem Produktionsprozess entspringen, aber in einen nächsten wieder eingehen und damit mittelbar der Bedürfnisbefriedigung dienen: zum Beispiel Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen oder Schmierstoffe. Zwischen beiden ist zu unterscheiden. Die einen werden als **Konsumgüter**, die zweiten als **Produktionsgüter** bezeichnet. Wir wollen hier zunächst und im engeren Sinne die Konsumgüter betrachten. Produktionsgüter werden im Zusammenhang mit einem anderen Begriff – den „Produktionsfaktoren“ Gegenstand von Abschn. 3 dieses Kapitels sein.
2. Ein Gegenstand wird erst dann zum Gut, wenn er ein Bedürfnis befriedigen oder, was dasselbe ist, Nutzen stiften kann. Ein Maler beispielsweise, der ein Bild schafft, das sich kein Mensch an die Wand hängen, also auch nicht kaufen würde, hat Arbeitszeit investiert. Aber er hat im Sinne unserer Definition kein Gut erstellt. Die Höhe des Nutzens, den ein Gut zu stiften vermag ist zusammen mit seiner Knappheit bestimmt für seinen Wert. In diesem Verständnis besitzt der Wert zunächst eine stark subjektive Komponente. Über das Verhältnis von Nachfrage und Angebot und dessen Ausdruck in Geldeinheiten wird der Wert objektiviert und als Preis ausgedrückt (vgl. Kap. 7).

**Exkurs**

Diesem Wertverständnis gegenüber stehen die Produktionskostentheorie von SMITH und die Arbeitswerttheorien von RICARDO und MARX. MARX betrachtete die in den Gütern enthaltene „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ als alleinige „wertbildende Substanz“.

3. Güter sind nicht nur stofflicher Natur. Zu ihnen können ein Violinkonzert, eine Unterrichtsstunde oder eine Taxifahrt ebenso gehören wie ein Glas Senf, ein iPhone oder ein Fahrrad. So, wie Bedürfnisse materiell oder immateriell sein können, unterscheidet man auch zwischen materiellen Gütern (Synonyme: Waren, Sachgüter) und immateriellen Gütern (Dienstleistungen). Ein vergleichbares (und übliches) Begriffspaar sind also „Waren und Dienstleistungen“. „Güter und Dienstleistungen“ wären wie „Obst und Äpfel“ – Begriffe unterschiedlicher Ordnung, bei denen der erste den zweiten einschließt.

### 2.2.2 Wirtschaftliche Güter

Die Definition eines Gutes als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung verlangt zunächst nicht zwingend, dass es einer Produktion entspringt – solange es nur Nutzen stiftet. Handelt es sich um Güter, die nahezu unbegrenzt vorhanden und nicht das Produkt menschlicher Arbeit sind, so handelt es sich um **freie Güter**. Traditionell wird hierfür die Luft zum Atmen oder Wasser zum Trinken als Beispiele angeführt. Es leuchtet jedoch ein, dass sich im Zeitalter der modernen Industrie, progressiven Anwachsens der Weltbevölkerung, Klimawandel und steigenden Aufwendungen für den Erhalt der Umwelt der Begriff unbegrenzt verfügbarer, also freier Güter stark relativiert, lokalisiert und in den Bereich der Modellabstraktionen zurückzieht.

Demgegenüber sind alle Güter, die nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen, deren Bereitstellung Aufwand verursacht und damit wirtschaftliches Handeln erfordert, knappe oder **wirtschaftliche Güter**. Die Volkswirtschaftslehre beschäftigt sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Gütern.

Das begrenzte Vorkommen der überwiegenden Mehrzahl der Güter ergibt sich aus der begrenzten Verfügbarkeit der zu ihrer Herstellung erforderlichen Mittel. Oder aus der Beschränkung ihres natürlichen Vorkommens. Das führt zu der bereits erklärten Diskrepanz zwischen Unbegrenztheit der Bedürfnisse und Begrenztheit der vorhandenen Güter. Sie wurde eingangs dieses Kapitels als der Nährboden für die Notwendigkeit menschlichen Wirtschaftens vorgestellt.

Nun mögen manche angesichts der Fülle an Angeboten in Warenhäusern, Supermärkten oder Online-Handel entgegenhalten, dass es doch gerade die schiere Übermächtigkeit des Angebotes an Waren ist, die eine Marktwirtschaft ausmacht und zum Funktionieren bringt. Dieser scheinbare Widerspruch klärt sich auf, wenn wir folgendes in Rechnung stellen.

1. Es geht um die Unbegrenztheit der Bedürfnisse und nicht des Bedarfs. Was dem Güterangebot auf dem Markt gegenübertritt, ist der Bedarf – in seinem Geldausdruck, der Nachfrage. Es ist derjenige Teil der Bedürfnisse, der nach der Wahlentscheidung des Trägers übriggeblieben ist. Den er sich „leisten kann und will“. Überprüfen wir unsere potentiellen Kaufentscheidungen für den Fall, dass alle unsere Bedürfnisse **vor** der notwendigen Wahlentscheidung kaufwirksam würden. Dass jeder alles mitnähme, das bei ihm einen Nutzen zu stiften in der Lage ist. Die Regale wären nach wenigen Stunden leer. Das Produktionspotential auch der leistungsfähigsten Wirtschaft müsste kapitulieren.
2. Das Spannungsverhältnis zwischen unbegrenzten Bedürfnissen und begrenzten Gütern bezieht sich auf deren gesamtwirtschaftliche Summe. Das schließt selbstverständlich nicht aus, dass für einzelne Güter eine wirkliche Sättigungsgrenze erreicht ist, über die hinaus niemand – auch nicht ohne notwendige Wahlentscheidung – den Wunsch hat, es zu konsumieren. Denken wir an aus der Mode gekommene Kleidung, Kassettenrekorder oder Festnetztelefone. Da jedoch, bevor im Einzelfall Güter über das Bedürfnisvolumen hinaus „auf Halde“ produziert werden, setzt die sinkende Nachfrage am Markt ein Signal. Auf dieses hin ist der Marktpreismechanismus (vgl. Kap. 7) in der Lage, die erforderliche Reaktion des Angebotes hervorzurufen und Gleichgewicht herzustellen.

### Exkurs

Die Verschiebung von Bedürfnisproportionen und Absatzstrukturen bei einzelnen Gütern sind oft Folge von Mode, technischer Entwicklung und Verbrauchergewohnheiten – und damit in der Regel ein verstetigter Prozess. Aber nicht immer. Ein Beispiel hierfür ist die Renaissance der Vinyl-Schallplatte am Musikmarkt. Der Bericht der Recording Industry Association of America (RIAA 2019/2020) zur Entwicklung des US-amerikanischen Musikmarktes stellt für 2019 ein unaufhaltbares Wachstum bei Streaming und Downloads fest. Im Bereich der physischen Tonträger sind Vinyl-Schallplatten dabei, den CDs wieder den Rang abzulaufen. Seit 14 Jahren erhöht sich der Abkauf jährlich. Mit 504 Mio. US\$ wurde 2019 bei Vinyl-LPs der höchste Umsatz seit 1988 erzielt. (RIAA 2019/20). Einen vergleichbaren Trend weisen Statistiken in Deutschland auf. Auf der Suche nach Gründen für diesen Turnaround in Nachfrage und ihren zugrundeliegenden Bedürfnissen trifft man den Hinweis auf „Haptik“. In diesem Falle frei übersetzt mit „berührende Wahrnehmung“ in der Klangqualität. Hinzu kommt mit Blick auf die Hauptkundengruppe „40–49 Jahre“ neben einem nostalgischen Moment das der Kaufkraft (einsetzbare Mittel nach Wahlentscheidung). In Deutschland findet man eine LP mit einem CD-Preis von 15 € in der VC-Variante bei 21 €. Wenn Grund hierfür begrenzte Produktionsmöglichkeiten und ein veralteter Maschinenpark sind, zeigt das, dass die Güterproduktion der Bedürfnisentwicklung zeitlich nur verzögert folgt.

3. Entwicklung von Bedürfnissen und von Möglichkeiten der Güterproduktion, sie zu befriedigen, ist ein in der Geschichte sehr dynamischer Prozess. Dass sich das Spannungsverhältnis zwischen beiden Seiten stets auf höherem Niveau reproduziert, bleibt Triebfeder wirtschaftlicher Entwicklung. Das gilt innerhalb einer Volkswirtschaft und im Rahmen der Globalisierung zunehmend weltweit. Hieraus leiten sich

eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen ab: Gleichen sich weltweit ehemals unterschiedliche Bedürfnisgrößen und -strukturen schneller an, als die Mittel für die zu ihrer Befriedigung herzustellenden Güter? Besteht hierin eine ökonomische Wurzel für Menschenströme von Süd nach Nord und von Ost nach West – für Wirtschaftsmigration? Kann man, wie der Amerikaner GALBRAITH in den 1950er-Jahren des letzten Jahrhunderts in seinem Buch „Die Gesellschaft im Überfluss“ die Grenze eines physischen Minimums setzen, nach deren Überschreitung die Bedürfnisbefriedigung vorwiegend unter dem Zwang von Mode und Werbung erfolgt und mit Blick auf arme Länder der Welt gar unmoralisch ist? Oder kann man, wie in den früheren Ostblockstaaten, die Bedürfnisentwicklung durch mangelnde Güterbreitstellung von westeuropäischen Bedürfnissen (Autos, Reisen, Haushaltstechnik, Kleidung) über Jahrzehnte abkoppeln und auf einem überlebten Stand konservieren? Es ist nicht Anliegen dieses Buches all diesen Fragen nachzugehen. Sie zeigen uns aber, wieviel wirtschaftliche und politische Lebendigkeit hinter den hier vorgestellten Kategorien steckt.

### 2.2.3 Einteilung von Gütern

Bei den zurückliegenden Kommentierungen der knappen und einfachen Güter-Definition haben wir bereits drei Einteilungsmöglichkeiten von Gütern vorweggenommen und kennengelernt. Wir haben zwischen Konsumgütern und Produktionsgütern, materiellen und immateriellen Gütern sowie zwischen freien und wirtschaftlichen Gütern unterschieden. Tab. 2.3 zeigt diese und weitere wichtige Abgrenzungen von Güterbegriffen in zusammengefasster Übersicht.

Die Einteilung von Gütern in **Gebrauchsgüter** und **Verbrauchsgüter** erfolgt mit Blick auf Nutzungszeitraum oder Lebensdauer. Von einem Gebrauchsgut spricht man, wenn es über einen längeren Zeitraum und damit mehrfach genutzt wird und nicht, wie ein Verbrauchsgut, sofort mit seinem Konsum aufhört, als Gut zu existieren. Typische Gebrauchsgüter sind unter den Konsumgütern Eigenheime, Autos oder Wohnungseinrichtungen, unter den Produktionsgütern zum Beispiel Maschinen, IT-Technik oder Büroeinrichtung. Verbrauchsgüter sind Konsumgüter wie Nahrungsmittel oder Kosmetika sowie Produktionsgüter wie Schmierstoffe, Heizöl oder Zulieferungen, die in ein Endprodukt eingehen. Auch Dienstleistungen sind in aller Regel Verbrauchsgüter.

**Tab. 2.3** Einteilung von Gütern

Unterscheidungskriterium	Güterbegriffe
Verwendungszweck	Konsumgüter und Produktionsgüter
Beschaffenheit	materielle Güter und immaterielle Güter
Verfügbarkeit	freie Güter und wirtschaftliche Güter
Lebensdauer	Gebrauchsgüter und Verbrauchsgüter
Beziehung untereinander	Substitutionsgüter und Komplementärgüter
Innere Struktur	Homogene Güter und heterogene Güter

Die Unterscheidung von **Substitutionsgütern** und **Komplementärgütern** erfolgt entsprechend des Verhältnisses von Gütern untereinander. Substitutionsgüter sind in der Lage, gleiche oder ähnliche Bedürfnisse zu befriedigen. Sie können sich gegenseitig ersetzen und bilden für den Bedürfnisträger Alternativen bei seiner Wahlentscheidung. Hinsichtlich ihrer Verwertbarkeit als Beilage für eine Mahlzeit können Substitutionsgüter zum Beispiel Reis, Nudeln oder Kartoffeln sein. Komplementärgüter hingegen hängen in ihrer Nutzung gegenseitig voneinander ab. Ein PC ist ohne Monitor ebenso unbrauchbar wie ein Monitor ohne PC. Eine Pfeife ohne Tabak nutzt dem Raucher genauso wenig, wie Tabak ohne Pfeife. Wenn Güter überhaupt keine erkennbare Beziehung zueinander haben – zum Beispiel Tomaten und iPad – spricht man von **unabhängigen Gütern**.

**Homogene Güter** sind in ihrer Beschaffenheit völlig gleichartig. Sie können einander ohne jeden Abstrich ersetzen, weil sie ein und dasselbe sind. Zum Beispiel zwei Tische aus der gleichen Produktionsserie einer Möbelfabrik. Demgegenüber sprechen wir von **heterogenen Gütern**, wenn sie sich zwar in bestimmtem Maße ersetzen können, aber in ihrer Beschaffenheit ungleichartig sind. Oft werden heterogene Güter zu einem Oberbegriff zusammengefasst – Gouda und Emmentaler zu Käse, Kopfsalat und Gurke zu Gemüse oder Mini und VAN zu Automobil. Güter sind in der Regel, und seien es in ganz geringem Maße, heterogen. Das bewusste Ignorieren bestehender kleiner Unterschiede und ihre Rückführung auf homogene Güter sind vor allem notwendig, um zu klaren Aussagen in volkswirtschaftlichen Modellen zu gelangen. Wir werden das in Kap. 7 bei der Preisbildung weiterverfolgen.

---

## 2.3 Produktionsfaktoren

### 2.3.1 Produktionsfaktoren und Produktion

Wie wir gesehen haben, sind Güter in der Regel Ergebnis eines Produktionsprozesses und dienen der Bedürfnisbefriedigung. Hier soll nun der Frage nachgegangen werden, wie dieser Produktionsprozess verläuft und welche Voraussetzungen er braucht. Während die aus der Produktion hervorgehenden Güter den Output (O) bilden, beschreibt das, was dafür in die Produktion eingehen muss, worin ihr Input besteht. Dieser Input sind die Produktionsfaktoren.

► **Produktionsfaktoren** sind Güter, die im Prozess der Produktion eingesetzt und kombiniert werden, um Outputs (Produkte) zu erzeugen. Diese Outputs sind ihrerseits Güter, die entweder direkt dem Konsum dienen oder als neue Produktionsfaktoren in einen Produktionsprozess eingehen.

Ob ein dem Produktionsprozess entspringendes Gut Konsumgut oder neuer Produktionsfaktor ist, hängt nicht nur von seiner Beschaffenheit, sondern vielmehr auch von seiner Zweckbestimmung ab. In vielen Fällen ist die Sache klar. Wird eine CNC-Maschine pro-

duziert, ist sie ein Produktionsfaktor, der in einen neuen Produktionsprozess eingeht. Niemand wird sie sich zur Dekoration ins Wohnzimmer stellen. Etwas Anderes ist ein Tisch, der sowohl in diesem Wohnzimmer als auch im Büro stehen kann. Im ersten Fall ist er ein Konsumgut, im zweiten ein Produktionsfaktor. Steht er zu Hause, und man kann ihn als Arbeitsmittel steuerlich absetzen, oder er wird im Rahmen von Home-Office sogar durch das Unternehmen finanziert, mutiert er vom Konsumgut zum Produktionsfaktor. Ähnlich zwittrig kann die Rolle von Schuhen (Arbeitsschuhe) oder Auto (Dienstwagen) sein. Einem Kinderwagen oder einem Vanilleeis wird niemand die Konsumgüterrolle streitig machen. Es finden sich in der Literatur unterschiedliche Abgrenzungen zwischen den Begriffen „Produktionsfaktor“ und „Produktionsgut“. Der Einfachheit halber verwenden wir sie in diesem Buch als Synonyme.

- Aus volkswirtschaftlicher Sicht werden drei grundlegende Produktionsfaktoren unterschieden: **Arbeit A, Boden B und Kapital K**.

Es ist wie vielfach in der Volkswirtschaftslehre auf Erweiterungsansätze und Ergänzungsbeiträge zu verweisen. Sie haben das Ziel, in bestehende Systeme aktuelle Entwicklungen und Sichtweisen einzubringen. Bei den Produktionsfaktoren betrifft das vor allem die Hinzufügung eines vermeintlich vierten, der mit technischem Wissen oder technischem Fortschritt bezeichnet und aktuell auch mit IT verbunden wird. Über den sich neue Arbeitswelten und Digitalisierung auf den Produktionsprozess übertragen. Viele Aussagen sind dabei unstrittig. Es ist nur die Frage, ob dafür eine Veränderung und Verkomplizierung des Grundsystems erforderlich ist, oder ob sich dieses nur in seiner inhaltlichen Substanz modifiziert. Und das nicht erst seit zehn Jahren, sondern im Rahmen der gesamten Wirtschaftsgeschichte. Technischer Fortschritt prägt insbesondere die Produktionsfaktoren Arbeit (Qualifizierung) und Kapital (Technologie, Organisation). Hiervon gehen wir aus, wenn wir im Folgenden das Drei-Faktoren-Modell zugrunde legen. Und befinden uns dabei in guter Gesellschaft mit Paul A. SAMUELSON und seinem internationalen Standardwerk „Volkswirtschaftslehre“ (Samuelson 2017) oder dem gleichnamigen deutschsprachigen Klassiker von Artur Woll (Woll 2011). Auch hier wird zwischen den drei grundlegenden Produktionsfaktoren unterschieden.

In diese drei Gruppen lassen sich alle Inputs eines beliebigen Produktionsprozesses einordnen. In der Regel verlangt eine Produktion den Einsatz aller drei Faktoren – in welchem Verhältnis auch immer.

- **Produktion** ist der kombinierte Einsatz von Produktionsfaktoren mit dem Ergebnis der Erzeugung von Gütern.

Zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (Input) und den Gütermengen, die diesen Produktionsprozess verlassen (Output), besteht eine Verknüpfung, die sich als **Produktionsfunktion** darstellen lässt. Produktionsfunktionen können sich auf den einzel-

wirtschaftlichen Produktionsprozess ebenso beziehen wie auf den gesamtwirtschaftlichen. Als allgemeinste Darstellung ergibt sich folgender Zusammenhang:

$$\mathbf{O} = \mathbf{f}(\mathbf{A}, \mathbf{B}, \mathbf{K}) \quad (2.1)$$

Diese wichtige funktionale Beziehung setzt das Produktionsergebnis, den Output O, in Abhängigkeit zu den einzelnen Produktionsfaktoren A, B und K. Quantifiziert man diese Beziehung, so ergibt sich die Produktivität, mit der der Prozess der Gütererzeugung von stattfindet geht.

► **Definition Produktivität** ist das Verhältnis aus Menge an produzierten Gütern zur Menge der dafür eingesetzten Produktionsfaktoren.

$$\text{Produktivität} = \frac{O}{A, B, K}$$

Bezieht man das Produktionsergebnis auf die Menge eines einzelnen der eingesetzten Faktoren, so erhält man eine partielle Produktivität – die Faktorproduktivität. Die wohl am meisten bekannte Arbeitsproduktivität drückt beispielsweise das Verhältnis zwischen der erstellten Gütermenge und der eingesetzten Menge des Faktors Arbeit aus.

Es muss auf zwei Abstraktionen hingewiesen werden, für die wir uns hier im Interesse einer einfachen Modelldarstellung entscheiden. *Erstens*: Eine Gegenüberstellung von Mengeneinheiten setzt sowohl beim Output (Produktionsergebnis) als auch beim Input (Produktionsfaktoren) die Annahme voraus, dass sowohl der Zähler der Formel (Ergebnis) als auch der Nenner (Aufwand) ein einziges homogenes Gut sind, dessen Mengen sich dann (und nur dann) vergleichen lassen. Das ist bereits für die einzelwirtschaftliche Ebene zu betonen und erst recht für die gesamtwirtschaftliche. *Zweitens*: Die Quantität von Ergebnis und Mitteleinsatz erfolgt in Mengeneinheiten. In volkswirtschaftlichen Statistiken finden Sie in Geldeinheiten ausgedrückte Werte. In diesen lassen sich dann auch bei Inhomogenität verschiedene Güter im Ergebnis und im Aufwand auf einen vergleichbaren gemeinsamen Nenner bringen.

Um genauere Aussagen über die Kombination der Produktionsfaktoren treffen zu können, ist zunächst eine nähere Betrachtung jedes Einzelnen von ihnen empfehlenswert.

### 2.3.2 Produktionsfaktor Boden

Das Verständnis vom Produktionsfaktor Boden hat in der Geschichte von Wirtschaft und Wirtschaftstheorien eine Entwicklung genommen. Aus der Zeit einer vorwiegend landwirtschaftsdominierten Wirtschaft stammt wohl der originäre Bezug auf Feld und Ackerboden. Eine Erweiterung stellt bereits die Ausdehnung auf alle Bodenschätze dar. Hinzu kommen Luft, Wasser, Vegetation und natürliche Energiequellen wie zum Beispiel die Sonne. Damit umfasst der Produktionsfaktor Boden letztlich die gesamte Umwelt oder,

was dasselbe ist, alle natürlichen Ressourcen. Daher röhrt auch die zuweilen für diesen Produktionsfaktor verwendete Bezeichnung „Natur“.

- Der Produktionsfaktor **Boden** bezeichnet alle natürlichen Ressourcen, die im Produktionsprozess zur Gütererzeugung genutzt werden.

„Boden“ erfüllt alle Bedingungen für ein wirtschaftliches Gut. Er ist einerseits in seiner Verfügbarkeit begrenzt, also knapp, und eröffnet andererseits die Möglichkeit, als Input in den Produktionsprozess (seltener direkt in den Konsum) Bedürfnisse zu befriedigen. Da „Boden“ im erweiterten Sinne von der Natur gegeben ist, also selbst keinem Produktionsprozess entspringt, bezeichnen wir ihn auch als ursprünglichen oder **originären** Produktionsfaktor. Er ist nicht vermehrbar und unbeweglich. Unvermehrbarkeit bedeutet in besonderem Maße Knappheit. Knappheit zusammen mit dem Maß der Bedürfnisbefriedigung bestimmt, wie wir später sehen, Wert und Preis. Damit ist Knappheit ein Kriterium der Entwicklung von Rohstoffpreisen oder von Grundstückspreisen in Großstädten und industriellen Ballungsgebieten. Und die Begrenztheit des Produktionsfaktors Boden setzt dem Wirtschaftswachstum relative Grenzen.

Kehren wir wieder vom erweiterten Produktionsfaktorverständnis als Natur oder Umwelt zurück zum Boden im engeren Sinne. Hier kann eine produktive Nutzung des Bodens in dreierlei Eigenschaften erfolgen: als Anbauboden, als Abbauboden und als Standortboden. Boden als **Anbauboden** dient der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung. Als solcher wird er nicht zerstört und ist reproduzierbar. Felder werden neu bestellt, Wälder aufgeforstet. **Abbauboden** ist Voraussetzung für die Gewinnung von Rohstoffen. Er wird in dieser Funktion einmalig ausgebeutet und ist nicht reproduzierbar. Kohle oder Erdöl wachsen nicht nach. **Standortboden** dient der gewerblichen und öffentlichen Nutzung.<sup>1</sup> Die Bezeichnung von Standortboden als Immobilie macht in besonderem Maße die allgemeine Eigenschaft der Unbeweglichkeit deutlich. Während Boden als Abbauboden ausschließlich dem Zweck der Produktion dient, kann er als Anbauboden (Kleingarten) oder als Standortboden (Grundstück für Einfamilienhaus) auch direkt dem Konsum dienen. In diesen Fällen ist er kein Produktionsfaktor.

Im volkswirtschaftlichen Maßstab ergibt sich der Produktionsfaktor Boden aus der Gesamtfläche eines Landes. Tab. 2.4 zeigt die Nutzungsstruktur dieser Fläche am Beispiel Deutschlands.

---

<sup>1</sup> Die Frage, ob Boden im Allgemeinen und Standortboden im Besonderen nicht dem Produktionsfaktor Kapital zuzurechnen sei, ist nicht unumstritten. Hierauf verweist ein Beitrag im Handelsblatt unter dem Titel „Als der Boden aus der Ökonomie verschwand“. Dabei wird mit Bezug auf die Klassiker Smith, Ricardo und Marx sowie auf wesentliche seiner Unterscheidungsmerkmale vom Sachkapital für Boden als eigenständigen Produktionsfaktor plädiert. (Häring 2017).

**Tab. 2.4** Fläche Deutschlands und ihre Nutzung (Quelle: DESTATIS 2020)

	km <sup>2</sup>	Anteil
Gesamtfläche	357.581	100 %
davon Siedlung	33.433	9,4 %
davon Verkehr	18.056	5,0 %
davon Vegetation	297.897	83,3 %
davon Gewässer	8195	2,3 %

### 2.3.3 Produktionsfaktor Arbeit

Der Produktionsfaktor Arbeit unterscheidet sich von anderen Produktionsfaktoren dadurch, dass sein Träger der Mensch selbst ist. Der Mensch, auf dessen Bedürfnisbefriedigung jede Produktion ausgerichtet ist, trägt mit seiner Arbeit nicht mittelbar, sondern direkt zu dem Maß an Bedürfnissen bei, das mit den hergestellten Gütern befriedigt werden kann.

► **Arbeit** ist geistige und körperliche Tätigkeit der Menschen, die der Güterproduktion dient und auf Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet ist.

Wie andere Produktionsfaktoren auch ist Arbeit ein wirtschaftliches (immaterielles) Gut, da sie zum einen begrenzt vorhanden und zum anderen Voraussetzung für Güterherstellung und Bedürfnisbefriedigung ist.

Bei der Bezeichnung der Arbeit als knappes Gut drängt sich die Frage auf, wie sich das mit Arbeitslosigkeit, also der nicht vollständigen Nutzung des Produktionsfaktors Arbeit, vereinbaren lässt. Hierzu die folgende Kommentierung.

1. Güterproduktion ist der kombinierte Einsatz von Produktionsfaktoren in einem bestimmten Verhältnis. Die Begrenztheit eines Faktors setzt somit die Einsatzmöglichkeit des anderen, auch wenn dieser in größerem Umfang vorhanden ist, ebenfalls Grenzen. So müssen zum Beispiel Investitionen (Produktionsfaktor Kapital) im erforderlichen Umfang gegeben sein, um eine hohe Beschäftigung zu sichern. In Kap. 10 werden wir sehen, wie der Grad der Beschäftigung dem Konjunkturverlauf tendenziell folgt, wie bei hohen Investitionen im Boom die Beschäftigung steigt und wie sie bei Zurückhaltung in der Krise sinkt.
2. Zur Beantwortung der oben gestellten Frage müssen wir die Modellannahme auflösen, Arbeit sei ein homogenes Gut. Dann treten in Höhe und beruflicher Ausrichtung unterschiedliche Qualifikation, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen und ihrer Arbeitskraft in den Mittelpunkt. Die Nachfrage nach Menge und Struktur der Arbeit und ihr vorhandenes Angebot sind wie zwei Schablonen am Arbeitsmarkt, die idealerweise genau übereinander passen, es aber niemals vollständig tun. In dem Maße, in dem keine Übereinstimmung besteht, sprechen wir von „Mismatch“ – „Nicht zu-

einander passen“. Die Minimierung dieses „Mismatch“ ist eine ständige Aufgabe von Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

### Beispiel

Im Jahr 2019 – repräsentativ, weil vor Corona – standen in Deutschland durchschnittlich 2.266.720 arbeitslos gemeldeten Menschen 774.345 frei gemeldeten Stellen entgegen. Das heißt, auf jeden dritten Arbeitslosen kommt eine unbesetzte Stelle. Das Verhältnis tendiert voraussichtlich zugunsten der freien Stellen, weil von denen – branchen- und unternehmensspezifisch – nicht alle offiziell gemeldet werden.

Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation ([2020](#)) ◀

Hinzuzufügen ist, dass eine solche Proportion, das „Mismatch“ überhaupt nicht nur von objektiv unterschiedlichen Angebots- und Nachfragestruktur in Bezug auf das Arbeitspotential bestimmt wird. Hinzu kommen subjektive Faktoren. Einer ist der Grad an Mobilität. Nicht jeder arbeitsuchende Mechatroniker aus Mecklenburg-Vorpommern wird bereit sein, eine freie Stelle für seinen Beruf in Bayern zu besetzen. Beide Seiten dieses fiktiven Beispiels würden in die o. g. Statistik eingehen. Ein anderer subjektiver Faktor sind Prioritätensetzung bei der Wahl der Tätigkeit und die Bereitschaft zu Qualifizierung und Profilierung.

### Beispiel

2019 gab es auf dem Berliner Arbeitsmarkt Wunschberufe, in die mehr Bewerber hineinwollen, als das möglich ist. Hierzu zählen Verwaltungsfachangestellte oder Kfz-Mechatroniker. Sogenannte Modeberufe. Andererseits suchten Branchen wie die Gastronomie, Altenpflege das Fuhrgewerbe oder das Handwerk dringend und oft erfolglos Bewerber und Nachwuchs. Im Berufswunschkverhalten gibt es im Übrigen kaum Unterschiede zwischen Arbeitsuchenden mit und ohne Migrationshintergrund und Auszubildenden. Zum tendenziellen Ausgleich eines solchen Deltas ist eine intensive und qualifizierte Berufsorientierung erforderlich, die in der Schule beginnt. ◀

3. Der Produktionsfaktor Arbeit ist reproduzierbar. Durch Geburtenzuwächse kann er sich quantitativ erweitern, durch Geburtenrückgänge verringern. Die Weltbevölkerung wächst. 1950 betrug ihre Zahl 2,5 Milliarden, 2020 werden 7,8 Milliarden ausgewiesen und in 2100 prognostiziert die UNO 10,9 Milliarden. In vielen Ländern der Dritten Welt halten die Wirtschaftspotentiale den zum Teil starken Geburtenzuwachsen nicht stand. Hier liegt eine wesentliche Ursache für Wirtschaftsmigration. In Deutschland ist es umgekehrt. Hier haben wir bekanntlich einen umgekehrten Trend. Nach einer Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sinkt die Zahl der Erwerbspersonen (potentiell für Beschäftigung zur Verfügung stehende Menschen) von 43,7 Mio. 2010 auf 40,9 Mio. 2030. Das ist innerhalb von 20 Jahren ein Rückgang um 2,8 Mio. oder um 7 % (BMAS 2013). Gleichzeitig wird für diesen Zeitraum ein durch-

schnittliches jährliches Wachstum (des Bruttoinlandsprodukts) erwartet. Wie geht bei- des zusammen? Nur über die qualitative Komponente. Über eine Kompensation sinkender Quantität des Faktors Arbeit, durch steigende Qualität. Hier kommt der entscheidende Beitrag von Bildung ins Spiel. Von Bildung als dem Mittel zur Hebung des Qualifikationsstandards entsprechend dem Bedarf der Wirtschaft. Von Bildung auf allen Ebenen des Systems – von Schule über Ausbildung und Studium bis zur beruflichen Weiterbildung. Von Bildung, die angesichts neuer Arbeitswelten und Digitalisierung noch schneller und enger als bisher am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet werden muss.

*„Wenn die nachwachsende Generation kleiner ist, als die heutige Aktive. Die Aktive möchte aber ihren Lebensstandard mindestens gesichert wissen. Wenn wir nicht davon ausgehen dürfen, dass er weiter steigt. Was muss man dann mit der nachwachsenden Generation machen? Man muss sie besser ausbilden, als man selbst ausgebildet ist und man muss ihr Kapital hinterlassen, damit sie mit dem Kapital und der besseren Ausbildung eine Chance hat, obwohl sie kleiner an Zahl ist, die gleiche Leistung zu erbringen wie ihre Eltern.“*

Quelle: Biedenkopf (2012)

### 2.3.4 Produktionsfaktor Kapital

Während Boden und Arbeit originäre Produktionsfaktoren sind, muss ein Gut, um Kapital (im Sinne von Sachkapital) zu sein, bereits einen Produktionsprozess durchlaufen haben. Kapital ist deshalb ein abgeleiteter oder **derivater** Produktionsfaktor.

► Als Produktionsfaktor **Kapital** bezeichnet man alle in die Produktion eingehenden Güter, die ihrerseits bereits Ergebnis eines Produktionsprozesses sind (Produktionsgüter).

Kapital als Produktionsfaktor kann also stets nur Sach- oder **Realkapital** sein. Die andere Erscheinungsform des Kapitals, das **Geldkapital**, ist kein Produktionsfaktor. Banknoten oder Wertpapiere wären technologisch nur sehr bedingt in der Lage, zur Güterherstellung beizutragen. Die durch ihre Verbrennung entstehende Hitze würde nicht einmal ausreichen, um Eisen formbar zu machen. Geldkapital ist jed eine notwendige Voraussetzung dafür, das Realkapital zur Verfügung steht. Sollen neue Maschinen in der Produktion eingesetzt werden (Kapitalbildung), ist die Bereitschaft erforderlich, nicht das gesamte Einkommen zu konsumieren, sondern einen Teil davon zu sparen. Sparen bedeutet zeitweiligen Konsumverzicht. Ersparnis ist Geldkapital, wenn sie für Investitionszwecke eingesetzt wird. In diesem Falle erfolgt die für die Wirtschaft so wichtige Umwandlung von Geldkapital in Realkapital. Die hiermit verbundene Übernahme unternehmerischen Risikos wird mit dem möglichen Gewinn aus der Produktion vergolten. Wir finden diesen Vorgang in der unter Kap. 1 exemplarisch vorgestellten KEYNES'schen Einkommensgleichung.

$$Y = C + S \quad (2.2)$$

ausgedrückt. Diese wird nach Verwandlung von Geld- in Realkapital zu

$$Y = C + I \quad (2.3)$$

Der Teil des Einkommens, der unter Konsumverzicht gespart wurde, ist investiert und in Realkapital umgewandelt worden. Sollen in der Volkswirtschaft Produktion und Wohlstand wachsen, ist es notwendig, neben dem Ersatz verbrauchten Realkapitals (Ersatzinvestitionen, ermöglicht über Amortisation) durch Sparen und Investieren neues Real- kapital zu schaffen (Neuinvestitionen I), der Wirtschaft zuzuführen und so den gesamten **Kapitalstock** zu erweitern. Ersatzinvestitionen und Nettoinvestitionen ergeben zusammen die Bruttoinvestitionen.

### Beispiel

Die DZ Bank verweist auf eine Erhöhung der Sparquote (S:Y) in der deutschen Volks- wirtschaft infolge der Corona-Krise. Deutsche Verbraucher geben im Zuge der Ein- dämmungsmaßnahmen und möglicherweise aus Vorsicht weniger Geld für den Kon- sum aus. Gegenüber einem Wert von 10,9 % 2019 wurden im ersten Quartal 2020 16,5 % und im zweiten Quartal 20,1 % gemessen (vgl.)

Quelle: Handelsblatt (2020) ◀

### Beispiel

Auf eine Differenz zwischen Sparen und Investieren und ihre internationale Dimension verweist Fischer. Weil China in den letzten Jahren mehr sparte als im Inland investierte, wurden weltweit hohe Kredite gewährt. China ist damit nach Japan der zweitgrößte ausländische Gläubiger der USA.

Quelle: Fischer (2020) ◀

Der Produktionsfaktor Kapital ist nicht nur im bestehenden, sondern auch im erweiterten Umfang reproduzierbar. Zu ihm gehören dauerhafte Produktionsgüter/ Produktionsmittel und nichtdauerhafte Produktionsgüter/Produktionsmittel. **Dauerhafte Produktionsgüter** bleiben über mehrere Produktionsperioden in ihrer stofflichen Existenz erhalten. Sie verschleißt schrittweise physisch und schreiben sich deshalb wertmäßig ab. Zu ihnen gehören Produktionsgebäude, Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge oder Werkzeuge. **Nichtdauerhafte Produktionsgüter** sind Zulieferungen, Material oder Hilfsstoffe, die in den Produktionsprozess ein- und in diesem mit einem Mal stofflich aufgehen.

Der dem Konsumgüterbegriff oft gegenübergestellte Begriff der **Investitionsgüter** erfasst sowohl dauerhafte als auch nichtdauerhafte Produktionsgüter und ist in diesem Sinne mit „Realkapital“ oder „Produktionsfaktor Kapital“ gleichzusetzen.

### 2.3.5 Kombination der Produktionsfaktoren

Produktionsfaktoren gehen in die Produktion nicht unabhängig voneinander, sondern in einer bestimmten Kombination ein. Bestimmt wird diese sowohl von der Art der herzustellenden Güter als auch von der dafür zur Verfügung stehenden Technologie. Das gilt für den einzelnen Produktionsprozess wie auch für die gesamte Volkswirtschaft. In der Regel werden alle drei Produktionsfaktoren benötigt, ihre Gewichtung ist jedoch (vgl. Tab. 2.5) nach Branchen und Stand der Technik unterschiedlich.

Da verschiedene Länder unterschiedlich mit den einzelnen Produktionsfaktoren ausgestattet sind, ergibt sich eine natürliche Tendenz zu unterschiedlichen Produktions- und Exportstrukturen in verschiedenen Volkswirtschaften. Die geschichtliche Entwicklung der Produktion zeigt auch, dass sich die Faktorkombination im Zeitverlauf ändern kann. Der technische Fortschritt (und steigender Aufwand für den Faktor Arbeit) können tendenziell zu einer Substitution von Arbeit durch Realkapital (Maschinen) führen. Erstmalig wurde die soziale Dimension dieser Tendenz in der Maschinenstürmerei im Ergebnis der industriellen Revolution („Industrie 1.0“) sichtbar. In ihr kam es im 19. Jahrhundert vor allem in England zur massiven Zerstörung von Maschinen durch Arbeiter, die in ihnen die Ursache für ihre eigene Verelendung sahen. Freisetzung von Arbeit durch Kapital infolge technischen Fortschritts ist eine dauerhafte Erscheinung. Dass daraus nicht unausweichlich steigende Arbeitslosigkeit entsteht, zeigt die reale wirtschaftliche Entwicklung. Entgegenwirkende Kräfte sind der Einsatz von Arbeitskraft für die Entwicklung und Herstellung neuer Maschinen sowie die Verbilligung der Produktion. Letztere lässt zusätzliche Kaufkraft entstehen, die ihrerseits Angebot und Beschäftigung initiiert. Das beklemmende Bild einer künftigen Produktionswelt von Maschinen, in der der Mensch keinen Platz mehr hat, wird eine Science-Fiction-Vision bleiben.

Die Diskussion hierüber wird mit Industrie 4.0 und Digitalisierung neuen Nährstoff erhalten. Hierauf wird der Exkurs am Ende dieses Buches unter „Megatrend Digitalisierung“ näher eingehen. Wie beeinflussen Digitalisierung und neue Arbeitswelten das Verhältnis im Einsatz der Produktionsfaktoren nachhaltig? Speziell im Verhältnis Arbeit und Kapital geht es dabei um die arbeitsmarktpolitisch wesentliche Frage: Kostet die Digitalisierung per Saldo mehr Arbeitsplätze als sie neu schafft? Begriffe wie „Vollautomatisierte Fabrik“, Interaktion digitaler „Systeme“ oder „menschenlose Werkhallen“ treten aus der Welt der Visionen in die Realität hervor. Taugt der Vergleich mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert? Haben Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik heute wirksamere Instrumente, um gegenzusteuern? Unstrittig ist, dass durch Digitalisierung neue, an-

**Tab. 2.5** Dominierende Produktionsfaktoren nach Produktionsbereichen und Branchen

Produktionsbereich/Branche	Dominierender Produktionsfaktor
Landwirtschaft, Bergbau, Tourismus	Boden/Natur
Handwerk, Dienstleistungen	Arbeit
Hochautomatisierte Finalproduktion	Kapital

spruchsvolle Arbeitsplätze entstehen. Darüber, ob sie in ihrer Zahl die eingesparten ausgleichen, bestehen unterschiedliche Meinungen.

*„Das Tempo der Veränderungen wird sich in der nächsten Dekade erheblich beschleunigen.“ Die Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) hat jetzt ausgerechnet, dass der technische Wandel hierzulande (Deutschland, A.F.) bis zum Jahr 2025 fast acht Millionen Beschäftigte erfassen dürfte. „Niemand kann mit Gewissheit sagen, ob am Ende der Entwicklung insgesamt mehr oder weniger Arbeitskräfte gebraucht werden als heute. Sicher ist aber, dass ein großer Teil der Beschäftigten neue Kompetenzen benötigen wird, um im Arbeitsmarkt der Zukunft gefragt zu sein.“*

Quelle: Eckert ([2017](#))

*„Studien der Autoren zeigen, dass die Digitalisierung in den Regionen – wie im Bund – auf das Gesamtniveau der Beschäftigung kaum Auswirkungen hat. Dennoch führt sie zu größeren Verschiebungen von Arbeitsplätzen zwischen Branchen, Berufen und Anforderungsniveaus.“*

Quelle: Zika et al. ([2018](#))

Bei aller unterschiedlicher Nuancierung in der Bewertung der Auswirkungen von Digitalisierung am Arbeitsmarkt wird eines deutlich: der bereits an anderer Stelle dieses Buches betonte wachsende Stellenwert von Bildung – in diesem Falle beruflicher Weiterbildung.

---

## 2.4 Arbeitsteilung

Wie kann es in einer Volkswirtschaft prinzipiell gelingen, mit einer möglichst hohen Güterherstellung einen möglichst hohen Teil an vorhandenen Bedürfnissen zu befriedigen? Und damit einen möglichst hohen Wohlstand zu sichern? Es sind hierzu folgende Faktoren denkbar.

1. Die Erhöhung der Einsatzmenge an Produktionsfaktoren – der quantitative Faktor. Dem Wachstum des Wohlstandes aus dieser Quelle sind deutliche Grenzen gesetzt. Der Faktor Boden ist eine gegebene und nicht oder wenig erweiterbare Größe. Der Einsatz einer größeren Arbeitsmenge ist abhängig von der Zahl der Erwerbspersonen und damit der Geburtenraten und demographischen Entwicklung in der Volkswirtschaft. Zu den begrenzten potentiellen Quellen der Erweiterung gehören eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit oder die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland. Tendenziell steht aber einer Erhöhung der einsetzbaren Arbeitsmenge eine Erhöhung der zu befriedigenden Bedürfnismenge gegenüber, was in diesem Falle Wohlstandseffekt relativiert. Allein dem Produktionsfaktor Kapital sind mengenmäßig geringere Grenzen gesetzt.
2. Die Verbesserung der Qualität der Produktionsfaktoren. Das betrifft zum einen die Arbeit, wenn man sich von der Abstraktion „homogenes Gut“ trennt und höhere Qualifizierung und damit den Faktor Bildung zur Wirkung kommen lässt. Das betrifft zum

anderen das Realkapital mit allen Potentialen des technischen Fortschritts – aktuell vor allem mit den Impulsen der Digitalisierung.

3. Ein höheres Produktionsergebnis kann auch durch optimierte Kombination der Produktionsfaktoren erreicht werden. Diese basiert auf einem erhöhten Niveau von Realkapital (Technik), bezieht aber alle Produktionsfaktoren ein und kann damit eher mit dem Begriff „Technologie“ verdeutlicht werden.
4. Sowohl die Qualität der Produktionsfaktoren als auch ihr Zusammenwirken (Technologie) hängen stark vom Grad der Spezialisierung in einer Volkswirtschaft ab. Damit ist eine entscheidende Wachstums- und Wohlstandsquelle die Arbeitsteilung. Sie nimmt einerseits auf die Qualität und Kombination der Produktionsfaktoren Einfluss. Sie ist andererseits eine eigenständige Einflussgröße auf höhere Produktivität und Bedürfnisbefriedigung. Jede moderne Volkswirtschaft ist ein in hohem Grade arbeitsteiliges System.

► **Arbeitsteilung** ist die ökonomisch sinnvolle Konzentration auf die Herstellung bestimmter Güter über die eigenen Bedürfnisse hinaus und die Befriedigung verbleibender Bedürfnisse im Tausch gegen bewusst produzierte Überschussgüter anderer.

Diese Definition gilt für Einzelwirtschaften wie für Volkswirtschaften. Es ist kein Zufall, dass Adam SMITH seinen „Wohlstand der Nationen“ mit dem Kapitel „Von der Teilung der Arbeit“ beginnt. Er erhebt sie zum Hauptfaktor für Produktivität und Wachstum im Verlaufe der menschlichen Entwicklung. Mit der Vertiefung der Arbeitsteilung, mit ihrer Erweiterung von der zwischen Menschen über die zwischen Betrieben bis hin zur internationalen Arbeitsteilung zwischen Volkswirtschaften geht eine Intensivierung der Tauschbeziehungen, des Handels und der Märkte einher.

Wie wirtschaftlich sinnvoll das ist, liegt schon bei simpler Illustration auf der Hand. Keiner würde auf die Idee kommen, von einem Programmierer zu verlangen, ein Viertel seines Arbeitstages mit der Unterrichtung seiner Kinder, ein zweites Viertel mit der Reparatur seines Autos, das dritte mit der Herstellung von Brot für seine Mahlzeiten und erst das vierte mit derjenigen Tätigkeit zu verbringen, die er gegenüber dem Lehrer, KFZ-Mechatroniker oder Bäcker eigentlich besser kann. Bei denen er (absolute) Vorteile hat. Selbst aber, wenn er ein Universalgenie und in allen vier Tätigkeiten besser wäre als die drei anderen, würde er sein Können am besten allein dort einsetzen, wo seine Vorteile (relativ oder komparativ) am größten sind.

Die produktivitätssteigernde Wirkung der Arbeitsteilung lässt sich noch besser in Zahlen illustrieren. Nehmen wir zunächst völlige Autarkie an. Ein Bäcker und ein Schuster stellen für ihren Eigenbedarf jeder pro Jahr 1000 Brötchen und 2 Paar Schuhe her. Jeder für sich allein (vgl. Tab. 2.6).

Jedem der beiden Akteure stehen 60 Zeiteinheiten zur Verfügung. Der Bäcker verliert seine Vorteile beim Brötchenbacken durch Ungeschick bei der Schuhproduktion. Der Schuster gibt seine Vorteile beim Herstellen von Schuhen durch Nachteile beim Brötchenbacken her. Nun nehmen wir einmal an, der Bäcker bäckt anstelle von 1000 Brötchen 2000

**Tab. 2.6** Arbeitsteilung I

Arbeitsaufwand in Zeiteinheiten	1000 Brötchen	2 Paar Schuhe	Zeiteinheiten gesamt
Bäcker	20	40	60
Schuster	40	20	60

**Tab. 2.7** Arbeitsteilung II

Arbeitsaufwand in Zeiteinheiten	2000 Brötchen	4 Paar Schuhe	Zeiteinheiten gesamt
Bäcker	40	-	40
Schuster	-	40	40

Brötchen. Und der Schuster produziert anstelle von 2 Paar Schuhen 4 Paar. Jeder schafft durch eigene Überschüsse das mit, was der andere braucht. Es ergibt sich die in Tab. 2.7 gezeigte Situation.

Nehmen wir Bäcker und Schuster vereinfacht als Repräsentanten für die gesamte Volkswirtschaft, so ergibt sich: Für die Herstellung der gleichen Gütermenge wurde insgesamt ein geringerer Einsatz von Produktionsfaktoren (hier am Beispiel „Arbeit“) benötigt. Die Produktivität ist gestiegen. Nimmt man weiter an, dass Bäcker und Schuster in der gewonnenen Zeit nicht auf der faulen Haut liegen, sondern weitere Brötchen und Schuhe herstellen, so folgt: Mit der gleichen Menge an Produktionsfaktoren kann eine größere Gütermenge hergestellt werden. Arbeitsteilung hat Produktivität und Wohlstand erhöht.

Diese hier an traditionellen Berufen illustrierte Erkenntnis, gilt raum- und zeitunabhängig. Ebenso, wenngleich im Ergebnis nicht so einfach quantifizierbar, auch für Social-Media-Redakteure, Online-Marketing-Manager oder Customer-Experience-Designer.

Zurück zu Adam SMITH. Die hier bisher beschriebene Teilung der Arbeit basiert auf der Spezialisierung bei der Herstellung bestimmter Erzeugnisse insgesamt. Im Rahmen der Produktion eines Erzeugnisses trifft man jedoch in der Regel – in der modernen Großproduktion in jedem Fall – auch eine Spezialisierung der Menschen auf bestimmte Arbeitsgänge an. Diese Form der Arbeitsteilung hat SMITH im Auge, wenn er in seinem „Wohlstand der Nationen“ die Arbeitsteilung anhand seines berühmt gewordenen Stecknadelbeispiels illustriert, das er auf eigene praktische Beobachtungen zurückführt.

*„Ein Arbeiter, der für diese Tätigkeit (Gewerbe des Nadelmachens, A.F.) ... nicht angelernt wäre, der mit dem Gebrauch der dazu verwendeten Maschinen ... nicht vertraut wäre, könnte vielleicht mit dem äußersten Fleiß täglich kaum eine, gewiss aber keine zwanzig Nadeln herstellen. In der Tat aber, wie diese Tätigkeit jetzt betrieben wird, ist es nicht nur ein besonderes Gewerbe, sondern sie teilt sich in eine Anzahl von Zweigen, von denen die meisten wiederum besondere Gewerbe sind. Der eine zieht den Draht, ein anderer streckt ihn, ein dritter schneidet ihn ab, ein vierter spitzt ihn zu, ein fünfter schleift ihn am oberen Ende, wo der Kopf angesetzt wird; die Herstellung des Kopfes erfordert zwei oder drei verschiedene Tätigkeiten, das Ansetzen desselben ist eine besondere Tätigkeit, das Weißglühen der Nadeln eine andere; ja sogar das Einlegen der Nadeln in Papier bildet ein Gewerbe für sich. So ist das wichtige*

*Geschäft der Stecknadelfabrikation in ungefähr achtzehn verschiedene Verrichtungen geteilt ... Ich habe eine kleine Fabrik dieser Art gesehen, wo nur zehn Menschen beschäftigt waren und manche daher zwei oder drei verschiedene Verrichtungen zu erlernen hatten. Obgleich nun diese Menschen sehr arm und damit nur leidlich mit den nötigen Maschinen versehen waren, so konnten sie doch, wenn sie sich tüchtig daranhielten, in einem Tag zusammen etwa zwölf Pfund Stecknadeln liefern. Ein Pfund enthält über viertausend Nadeln von mittlerer Größe ... Hätten sie dagegen alle einzeln und unabhängig gearbeitet und wäre keiner für diese besondere Tätigkeit angelernt worden, so hätte gewiss keiner zwanzig, vielleicht nicht eine Nadel täglich machen können.“*

Quelle: Smith ([2009](#))

Hätte man die Akribie und Liebe zum Detail wie SMITH, so könnte man auf gleiche Weise auch die moderne Fließbandproduktion von Elektroautos durch Tesla in seiner neuen Fabrik bei Grünheide beschreiben. Und es wird zum wiederholten Male in diesem Buch die Rolle von Qualifikation durch Bildung deutlich.

Die Vertiefung der Arbeitsteilung im Verlauf der Wirtschaftsgeschichte ist eine wesentliche Voraussetzung für technischen Fortschritt und Produktivität. Wichtige Vorzüge von Arbeitsteilung sind:

1. Arbeitsteilung ermöglicht optimale Ausschöpfung spezieller Leistungsfähigkeit und Bedingungen von Menschen, Unternehmen und Ländern.
2. Der spezialisierte Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit führt zu Zeitgewinn und Qualität in der Produktion.
3. Arbeitsteilung ermöglicht aufgrund der Gütererzeugung über die eigenen Bedürfnisse hinaus eine kostengünstigere (Massen-) Produktion in größeren Stückzahlen.

Solange wir uns zu Wirtschaftswachstum und Wohlstandserhöhung bekennen, gibt es zur Arbeitsteilung keine Alternative. Dennoch dürfen wir bei ihrer Vertiefung mögliche Nachteile nicht übersehen.

1. Arbeitsteilung bedeutet Abhängigkeit. Der Schuster aus unserem Zahlenbeispiel ist vom funktionierenden Ofen des Bäckers ebenso abhängig wie ein moderner Autohersteller von seinem Just in time – Zulieferer.
2. Arbeitsteilung, vor allem bei Spezialisierung auf bestimmte Routinetätigkeiten in der Produktion, kann Monotonie hervorrufen und die Beziehung des Produzenten zu seinem Produkt schwächen. Das wiederum kann die Arbeitsmoral senken. In vielen Unternehmen tritt man dem mit „Nest-Fertigung“ oder Rotation am Arbeitsplatz entgegen.
3. Arbeitsteilung bedeutet in der Regel zusätzlichen Transport von Gütern oder Halbfabrikaten. Das ergibt sich aus der personellen und damit in der Regel räumlichen Trennung von Produzent und Konsument. Transport verursacht Aufwand und belastet die Umwelt. Hier liegt ein Grund, warum in Welthandel über große Entfernung der Austausch von immateriellen Gütern (Wissenstransfer) schneller wächst als die Bewegung transportaufwendiger Rohstoffe.

## 2.5 Das ökonomische Prinzip

Alles, was in einer Volkswirtschaft passiert, beruht auf dem Verhalten, auf Entscheidungen von Menschen im Wirtschaftsprozess. Dabei setzen wir unausgesprochen voraus, dass sowohl Produzenten als auch Konsumenten (Unternehmen und Haushalte) nach bestimmten Grundsätzen handeln. Diese gibt es und wir fassen sie unter dem Begriff „Ökonomisches Prinzip“ zusammen.

- Das **ökonomische Prinzip** ist der Handlungsgrundsatz von Wirtschaftsakteuren, sich bei ihren Wahlentscheidungen von vernünftigen, rationalen Motiven leiten zu lassen.

Würde man eine solche rationale und einem einheitlichen Prinzip folgende Verhaltensweise nicht unterstellen, ließen sich überhaupt keine verallgemeinerten Aussagen über den Funktionsmechanismus der Wirtschaft treffen. Jede einzelne Handlung wäre irrational, zufällig und unvorhersehbar. Im Unterschied dazu helfen gesicherte Erkenntnisse. Zum Beispiel die, dass die Nachfrage nach einem Gut sinkt, wenn sein Preis steigt. Das aber setzt voraus, dass die Nachfrager dem ökonomischen Prinzip folgen. Müsste man im Gegensatz dazu annehmen, dass die Leute umso mehr kaufen je teurer ein Gut wird, so stünden hierauf aufbauende volkswirtschaftliche Modelle und Theorien auf wackeligen Füßen. Auch die Wirtschaftspolitik hätte für ihre Entscheidungen zu erforderlichen Rahmenbedingungen keine gesicherte Grundlage. Da jedoch die Wirtschaftspraxis die Modellannahmen bestätigt, können wir von der Wirkung des ökonomischen Prinzips in der realen Welt ausgehen.

Rationales Handeln nach dem ökonomischen Prinzip kann in zwei Richtungen erfolgen – dem Maximalprinzip und dem Minimalprinzip. Beim **Maximalprinzip** geht es darum, mit gegebenem Mitteleinsatz ein möglichst hohes Ergebnis zu erzielen. Das **Minimalprinzip** setzt ein Ergebnis voraus und strebt dessen Erzielung mit dem geringstmöglichen Mitteleinsatz an. Ein Arbeitnehmer, der mit einem bestimmten Einkommen zufrieden ist und dieses mit einer möglichst geringen Arbeitszeit erzielen möchte, handelt nach dem Minimalprinzip. Versucht er, in einer gesetzten Arbeitszeit ein möglichst hohes Einkommen zu erzielen, folgt er dem Maximalprinzip. Auch Unternehmen folgen, je nach Marktsituation und Managementstrategie sowohl dem einen als auch dem anderen Prinzip. Geht die Strategie davon aus, mit einem konstant verfügbaren Kapitalbestand so viel wie möglich zu produzieren und abzusetzen, liegt ihr das Maximalprinzip zugrunde. Sind die Absatzmärkte objektiv begrenzt oder schrumpfend, wird das Unternehmen nicht versuchen zu expandieren, sondern eine gegebene und verkäufliche Gütermenge mit möglichst wenig Aufwand zu produzieren. Dann folgt es dem Minimalprinzip.

Das ökonomische Prinzip gilt sowohl für die einzelwirtschaftliche als auch für die gesamtwirtschaftliche Ebene. Einzelwirtschaftlichen Entscheidungen werden in Modellen zwei Ziele zugeordnet. Produzenten (Unternehmen) wollen den Gewinn (Ergebnis minus Mitteleinsatz) maximieren, Konsumenten (Haushalte) den Nutzen. Diese **einzelwirtschaftlichen Ziele** stehen durchaus damit im Einklang, dass sie sowohl über das

Maximal- als auch über das Minimalprinzip verfolgt und erreicht werden können. Gewinn lässt sich über Erlössteigerung ebenso generieren wie durch Kostensenkung. Auch der Arbeitnehmer mit dem Wunsch nach möglichst geringer Arbeitszeit will seinen Nutzen maximieren. Er verspricht sich einen wichtigen Teil seiner Bedürfnisbefriedigung aus Freizeit.

Wir haben auf den zurückliegenden Seiten viele für die Volkswirtschaftslehre wichtige Begriffe definiert, erklärt, mit Beispielen illustriert und an aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen gespiegelt. Ein Blick zurück zum Anfang dieses Kapitels lässt nun die Logik des in Abb. 2.1 dargestellten Systems der Grundbegriffe des Wirtschaftens und ihrer Verknüpfung noch besser nachvollziehen als vorher.

#### I. Themenprägende Begriffe

- Bedürfnisse
- Güter
- Wirtschaften
- Produktion
- Produktionsfaktoren
- Produktivität
- Arbeitsteilung
- Ökonomisches Prinzip

#### II. Fragen zur Überprüfung

- Welche Verbindungen bestehen zwischen den wichtigen Begriffen des Wirtschaftens?
- Warum müssen Menschen wirtschaften?
- Nach welchen Kriterien und in welche Unterbegriffe werden Güter eingeteilt?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen Produktionsfaktoren und Produktivität?
- Wie lässt sich der Zusammenhang von Sparen und Investieren darstellen?
- Was sind die Vorteile von Arbeitsteilung und wo liegen ihre Risiken?
- Durch welche praktischen Beispiele lässt sich das ökonomische Prinzip erklären?

---

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Biedenkopf, K. (2012) *Rede zum 40-jährigen Jubiläum des bbw Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg*
- Eckert, D. (2017) *Das große Jobsterben – und wie es sich aufhalten lässt*, Die Welt 26.11.2017

- DESTATIS (2020) *Bodenflächen insgesamt nach Nutzungsarten in Deutschland*, [Bodenfläche insgesamt nach Nutzungsarten in Deutschland – Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Fischer, M. (2020) *Scheiden tut weh*, Wirtschaftswoche 43/2020
- Grüters, M. (2020) *Corona-Krise: „Kultur ist Ausdruck von Humanität“*, Deutscher Kulturrat 29.03.2020. <https://www.kulturrat.de/corona-pandemie/lageeinschaetzungen-kulturbereiche/corona-krise-kultur-ist-ausdruck-von-humanitaet/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Handelsblatt 01.11.2020 *Sparquote dürfte 2020 auf rund 16 Prozent steigen*
- Häring, N. *Als der Boden aus der Ökonomie verschwand*, Handelsblatt 29.05.2017
- Institut Arbeit und Qualifikation (2020) *Arbeitslosigkeit und freie Stellen*, unter Bezug auf Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarkt in Zahlen 2020, [Sozialpolitik aktuell: Das Informationsportal zur Sozialpolitik – Sozialpolitik aktuell: Das Informationsportal zur Sozialpolitik \(sozialpolitik-aktuell.de\)](#) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- RIAA Report (2019/2020) <https://www.gearnews.de/riaa-bericht-2019-streaming-unahfhaltsam-vinyl-auf-1980er-jahre-hoch/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 32, 33
- Smith, A. (2009) *Wohlstand der Nationen*, Köln: Anaconda, S. 12/13
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 29, 70
- Zika, G., Helmrich, R., Maier, T., Weber, E., Wolter, M. (2018) *Arbeitsmarkteffekte der Digitalisierung bis 2035: Regionale Branchenstruktur spielt eine wichtige Rolle*, EconStor: IAB-Kurzbericht 9/2018. <https://www.econstor.eu/handle/10419/185844> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Altmann, J. (2014) *Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart: Lucius & Lucius
- Bofinger, P (2019) *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, München: Pearson
- Heusel, B., Lenk, T., Neuäumer, R. (2005) *Volkswirtschaftslehre*, Wiesbaden: SpringerGabler
- Klitzsch, W. (2019) *Grundbegriffe der Wirtschaft*, Wiesbaden: SpringerGabler
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag

# Subjekte der Wirtschaft und Wirtschaftskreislauf

3

## Zusammenfassung

In Kreislaufmodellen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene unterscheiden wir Pole und Ströme. Pole sind Gruppen handelnder Wirtschaftssubjekte – die Sektoren. Das Modell vom Basiskreislauf enthält die beiden Sektoren Unternehmen und Private Haushalte. Im Modell des erweiterten Wirtschaftskreislaufs kommen die Sektoren Banken, Staat und Ausland hinzu. Zwischen den Sektoren finden Austauschbeziehungen statt, die sich in Güterströme und Geldströme aufteilen. Güterströme und Geldströme fließen in entgegengesetzte Richtungen und gleichen einander aus. Das Kreislaufaxiom besagt, dass die Summe der in einen Sektor hineinfließenden Ströme gleich der aus einem Sektor herausfließenden Ströme ist. Grundlage und Voraussetzung für Sektoren der Wirtschaft und zwischen ihnen fließende Austauschströme ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Mit zunehmender Internationalisierung der Arbeitsteilung, Integration der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, Globalisierung wächst die Bedeutung des Sektors Ausland für die Widerspiegelung des Wirtschaftsgeschehens in Kreislaufmodellen.

## 3.1 Sektoren der Wirtschaft

### 3.1.1 Varianten der Unterteilung

Würden die Menschen in völliger Autarkie für ihren Lebensunterhalt sorgen, täten alle in der Wirtschaft Gleisches oder Ähnliches. Es ist letztlich die Arbeitsteilung, die den Markt herauptsbildet und seine Teilnehmer in verschiedene Marktparteien oder Wirtschaftssubjekte gliedert. **Wirtschaftssubjekte** sind alle natürlichen oder juristischen Personen, die am

Wirtschaftsgeschehen teilnehmen. Je nach Art ihrer Stellung am Markt fassen wir sie durch Aggregation zu Sektoren zusammen. Eine solche Strukturierung dient dem Zweck der Darstellung gesamtwirtschaftlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren wie auch statistischer Erfassung ihrer Aktivitäten. (vgl. Kap. 4).

► **Sektoren** sind Gruppen von Wirtschaftssubjekten, die im arbeitsteiligen System der Wirtschaft eine gleichartige Stellung am Markt und vergleichbare Aktivitäten aufweisen.

In Modelldarstellungen werden folgende Sektoren der Wirtschaft unterschieden (vgl. Tab. 3.1).

Die offizielle volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Deutschlands (Statistik) weist gegenüber dem volkswirtschaftlichen Modell eine leicht veränderte Systematik aus. Der Unternehmenssektor umfasst hier sowohl die produzierenden Unternehmen als auch die im Modell eigenständigen Akteure „Banken“. Er gliedert sich in folgende Abteilungen (Statistisches Bundesamt 2021):

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe
- Baugewerbe
- Handel, Verkehr, Gastgewerbe
- Information und Kommunikation
- Finanz- und Versicherungsdienstleister
- Grundstücks- und Wohnungswesen
- Unternehmensdienstleister
- Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit
- Sonstige Dienstleister

Zurück zum volkswirtschaftlichen Modell. Zum Verständnis des volkswirtschaftlichen Kreislaufs wird in der Literatur, zum Beispiel bei Woll, zunächst in der Regel die bis zum äußersten vereinfachte Darstellung einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Staat und Banken vorangestellt (WOLL 2011). Banken sind in diesem Modell Bestandteil des Unternehmenssektors. Von ihrer Rolle bei der Umwandlung von Ersparnissen in Kredite wird abstrahiert. „Haushalte“ wird als Oberbegriff für private Haushalte und öffentliche Haushalte (Staat) benutzt. Was bleibt, ist die Rückführung auf die beiden elementaren Sektoren

**Tab. 3.1** Sektoren der Wirtschaft

Unternehmen	Basisfaktor/Basiskreislauf
Private Haushalte	Basisfaktor/Basiskreislauf
+ Banken (Kredit)	Erweiterter Wirtschaftskreislauf
+ Staat	Vollständiger Wirtschaftskreislauf
+ Ausland	Kreislauf in einer offenen Volkswirtschaft

Unternehmen und Haushalte. Ihre Gegenüberstellung ist allerdings am besten geeignet, mit unverstelltem Blick den Wirtschaftskreislauf klar und einfach zu vermitteln (Abschn. 3.2).

Zunächst und bevor wir sie miteinander in Verbindung bringen, wollen wir uns jeden der fünf Sektoren in seiner Beschaffenheit und seinen Besonderheiten betrachten und damit die Grundpfeiler für das Verständnis der nachfolgenden Kreislaufmodelle setzen.

### 3.1.2 Sektor Unternehmen

Der Sektor Unternehmen ist die Summe aller produzierenden Wirtschaftseinheiten. Sein wichtigstes Merkmal besteht darin, dass durch ihn auf den Faktormärkten Produktionsfaktoren nachgefragt und auf dem Gütermarkt produzierte Güter angeboten werden. Unternehmen, verstanden als produzierende Unternehmen, brauchen für ihren Produktionsprozess die dafür erforderlichen Mittel – die Produktionsfaktoren. Das heißt, sie fragen auf dem Immobilienmarkt Grund und Boden, auf dem Arbeitsmarkt Arbeit und auf dem Kapitalmarkt Realkapital (Produktionsgüter) nach. Ob der Output der Produktion aus Produktionsgütern, Konsumgütern oder aus beidem besteht, spielt dafür, ob ein Unternehmen ein Unternehmen ist, keine Rolle. Wichtig ist das allerdings für die Beziehungen zwischen den Sektoren. Produziert ein Unternehmen Produktionsgüter, so gehen diese in einen neuen Produktionsprozess. Der Verkauf eines Zwischenprodukts, zum Beispiel von Reifen an einen Autohersteller, ist eine Transaktion von Gütern innerhalb des Unternehmenssektors. Sie verlassen ihn nicht und werden daher in den Kreislaufmodellen nicht sichtbar. Anders ist das bei der Produktion von Konsumgütern. Diese gehen aus dem Sektor Unternehmen in den Sektor Haushalte über und werden dort verbraucht.

Im Ranking der 10 größten Unternehmen der Welt 2021 findet sich auf Platz 10 Amazon. Davor liegen neben der weltgrößten Erdölfördergesellschaft Saudi Aramco acht Banken und Finanzdienstleister – chinesische und US-amerikanische. (Wirtschaftswoche 2021). Wie Tab. 3.2 zeigt, ist die Struktur führender Unternehmen in Deutschland eine

**Tab. 3.2** Die 10 größten deutschen Unternehmen 2020. (Quelle: GeVestor 2021)

Rang	Unternehmen	Zweig	Umsatz 2020 (Mrd. US \$)
1	Volkswagen Gruppe	Automobil	215,49
2	Daimler	Automobil	149,17
3	Allianz	Versicherungen	110,16
4	Deutsche Telekom	Telekommunikation	97,61
5	BMW Gruppe	Automobil	95,66
6	Deutsche Post DHL	Post	64,62
7	Münchener Rück	Versicherungen	62,67
8	E.ON	Energie	58,94
9	BASF	Chemie	57,16
10	Siemens	Mischkonzern	49,19

andere. Sie wird anstelle von Banken vor allem durch Autohersteller dominiert. Ein Bild, dessen Entwicklung durch die notwendige Einstellung auf alternative Antriebssysteme in den nächsten Jahren mit Interesse zu verfolgen ist.

Da der Sektor Unternehmen letztlich die zu verbrauchenden Güter hervorbringt (vgl. Abb. 3.1), sind seine Stärke und Struktur in jeder Volkswirtschaft ein wichtiges Kriterium für das mögliche Maß an Bedürfnisbefriedigung, für den Wohlstand eines Landes.

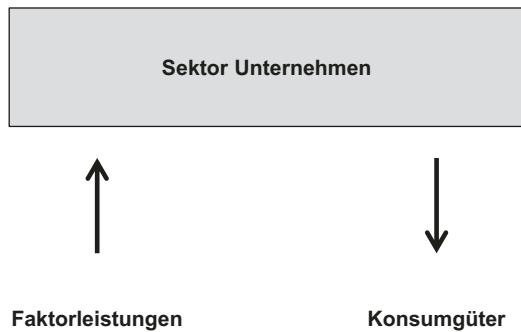
### 3.1.3 Sektor Private Haushalte

Unter dem Sektor „Private Haushalte“ verstehen wir die Summe aller Verbraucher von Konsumgütern einer Volkswirtschaft. Die Mittel für ihren Verbrauch gewinnen die privaten Haushalte dadurch, dass sie den Unternehmen Produktionsfaktoren zur Verfügung stellen. Damit sind private Haushalte in einer Wirtschaft der Gegenpol, das Pendant, zu den Unternehmen. Sie bieten auf den Faktormärkten Produktionsfaktoren (z. B. Arbeit auf dem Arbeitsmarkt) an und fragen auf den Gütermärkten Konsumgüter nach. (vgl. Abb. 3.2). Auch hier gilt die Betrachtung des Sektors als gesamtvolkswirtschaftliche Größe.

Nun könnte man einwenden, dass auch in einem Haushalt Güter produziert werden. Der Vater baut im Herbst einen Papierdrachen für seinen Sohn, die Mutter weckt Kirschen ein. Diese Güterproduktion erfolgt jedoch in der Regel für den Eigenverbrauch. Sie berührt nicht Märkte und Wirtschaftskreislauf und erfährt somit auch keine statistische Erfassung. Sie ist ein durch die Haushalte gewollter Rest an Autarkie – dem historischen Vorläufer und Gegenentwurf zur Arbeitsteilung. Das Ausklammern dieser Besonderheit aus den volkswirtschaftlichen Kreislaufmodellen ist ein gutes Beispiel für Modellabstraktionen (vgl. Abschn. 1.2), die den Blick auf das Wesentliche erleichtern und durch Ausklammern des Unwesentlichen in ihren Grundaussagen nicht eingeschränkt werden.

Die Mittel, die dem Sektor Haushalte für den Erwerb von Konsumgütern zur Verfügung stehen, heißen Faktorentgelte oder Einkommen. Sie sind der Preis dafür, dass der Sektor Haushalte dem Sektor Unternehmen Produktionsfaktoren zur Verfügung stellt. Für den Faktor Boden ist das die **Grundrente**, für den Faktor Arbeit der **Arbeitslohn** und für den Faktor Kapital der **Zins**.

**Abb. 3.1** Sektor Unternehmen



**Abb. 3.2** Sektor Private Haushalte

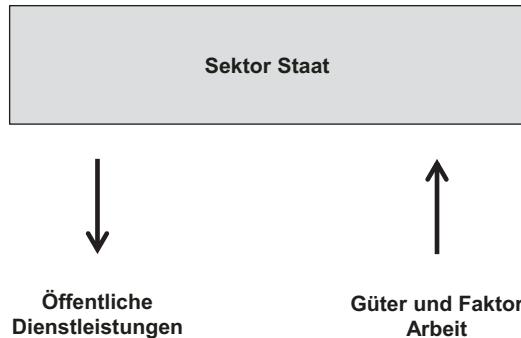


### 3.1.4 Sektor Staat

Dem Sektor Staat werden sowohl die **öffentlichen Haushalte** (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen) als auch die **staatlichen Unternehmen** zugerechnet.

Da im Gegensatz zum Kreislaufmodell die staatlichen Unternehmen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Deutschlands dem Unternehmenssektor zugeordnet werden, wollen wir sie hier im Folgenden ausklammern – was ebenfalls eine zulässige Modellabstraktion ist. Der Sektor Staat umfasst damit im engeren Sinne alle öffentlichen Haushalte. In dieser Rolle bietet der Staat Güter spezieller Natur an – öffentliche Dienstleistungen wie Verwaltung, Schutz, Bildung oder Rechtsprechung. Dabei handelt es sich um Güter, die im direkten Sinne unentgeltlich sind. Sie kommen dem Sektor Private Haushalte wie auch dem Sektor Unternehmen zugute. Ohne sie kann keine moderne Gesellschaft existieren. Der Staat ist seinerseits Nachfrager auf dem Gütermarkt. Schulbücher, Jets der Bundeswehr oder Uniformen der Polizei dienen dem staatlichen Konsum. Staatliche Nachfrage auf den Faktormärkten erfolgt zum Beispiel am Arbeitsmarkt bei der Gewinnung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst.

Da der Staat nicht wie die privaten Haushalte selbst Faktoreinkommen erzielt, muss er die Mittel für seinen Verbrauch an Konsumgütern und Produktionsfaktoren, die er für seine „unentgeltlichen“ Leistungen benötigt, über eine besondere Quelle gewinnen. Diese Quelle sind **Steuern** und Abgaben – die Mittel für staatliche Aktivitäten, seitdem es Staaten gibt. Dass der Staat diese Aktivitäten (wie die privaten Haushalte) auch durch die Aufnahme von Krediten bestreiten kann, soll uns erst später interessieren. Der Sektor Staat bezieht seine Einnahmen aus Steuern und Abgaben sowohl vom Sektor Unternehmen als auch vom Sektor Private Haushalte. Steuern sind Zwangsabgaben. Sie sind im engeren Sinne zunächst einmal ohne Gegenleistungen, da sie sich nicht direkt der konkreten Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen zuordnen lassen. Auf einem Hunderteuroschein an Einkommensteuer klebt kein Etikett dazu, ob dieser in Form von Schulbildung, Rechtsprechung oder Landesverteidigung zurückkehrt. Aus Steuermitteln erbringt der Staat nicht nur öffentliche realwirtschaftliche Leistungen. Er sichert damit auch **Sozialleistungen**, wie Kindergeld, Wohngeld oder Arbeitslosengeld II. Letzteres übrigens im Unterschied zu Arbeitslosengeld I, das sich aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung

**Abb. 3.3** Sektor Staat

finanziert. Auch **Subventionen** für bestimmte Produktionen sind eine mögliche staatliche Leistung – gegenüber Unternehmen.

Will man wie in Abb. 3.3 analog zu den Darstellungen in Abb. 3.1 (Sektor Unternehmen) und in Abb. 3.2 (Sektor Private Haushalte) auch für den Sektor Staat eine geldlose Input-Output-Gegenüberstellung vornehmen, so stößt man zunächst auf ein paar Schwierigkeiten. Das röhrt daher, dass sich hier Güter- und Geldströme weniger sichtbar in Abhängigkeit befinden. Im weitesten Sinne können wir in Abb. 3.3 die Steuern als den Geldpreis für Öffentliche Dienstleistungen (Output) verstehen. Güterpreise und Arbeitslohn dagegen sind der Geldpreis für den Input.

Wir hatten uns bereits dazu verständigt, das Kreislaufmodell auf die Öffentlichen Haushalte zu konzentrieren und staatliche (öffentliche) Unternehmen zulässig auszuklammern. An dieser Stelle soll beispielhaft auf einige bekannte staatliche Unternehmen in Deutschland verwiesen werden. Dabei gilt die Bezeichnung „Staatliches Unternehmen“ gewöhnlich auch dann, wenn der Staat nicht alleiniger, aber Mehrheitseigentümer ist.

### Beispiel

Zu staatlichen Unternehmen, die vollständig Eigentum der Bundesrepublik Deutschland sind, gehören das ZDF (Anstalt öffentlichen Rechts), die Deutsche Bahn (AG), die Bundesdruckerei (GmbH) oder der Flughafen Berlin-Brandenburg (GmbH). Beim BER halten die Länder Berlin und Brandenburg jeweils 37 % und der Bund 26 % der Anteile. Die Deutsche Post hingegen ist nach ihrer Privatisierung nur noch mit 21 % Anteil im Eigentum des Bundes (über KfW) und damit nach unseren Kriterien kein staatliches Unternehmen. ◀

Aussagen über deutliche Trends in Richtung Privatisierung oder Verstaatlichung von Unternehmen sind schwer zu treffen. Erst recht im wirtschaftlich und politisch heterogenen Maßstab. Um das Millennium herum verwiesen viele Beiträge auf eine zunehmende Tendenz der Privatisierung staatlicher Unternehmen. Offensichtlich auch im Gefolge der marktwirtschaftlichen Transformation in Osteuropa. Aktuell gibt es in der Literatur zu diesem Thema unterschiedliche Nuancierungen bei einer Trendbestimmung. Faktoren für

die Entwicklung in die eine oder andere Richtung sind Effizienz (die stärker privaten Unternehmen zugestanden wird), politischer Einfluss auf systemrelevante Bereiche (was für staatliche Unternehmen spricht) oder die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung (was in beide Richtungen ausschlagen kann).<sup>1</sup>

### 3.1.5 Sektor Banken

Der Sektor Banken umfasst Unternehmen mit einer speziellen Funktion – der, den Zahlungsverkehr abzuwickeln und (Geld) Vermögen zu verwalten. Banken unterliegen in der Bundesrepublik Deutschland dem **Gesetz über das Kreditwesen**.

Kreditwesengesetz	Gesetz über das Kreditwesen	KWG	i. d. F. vom 17.07.2020	BGBI. I S. 1633/35
-------------------	--------------------------------	-----	----------------------------	-----------------------

Die Bildung von Geldvermögen setzt, wie wir bereits wissen, voraus, dass ein Teil der Einkommen des Sektors Haushalte nicht konsumiert, sondern gespart wird. Ersparnisse im Haushaltssektor sind Voraussetzung für (Netto-) Investitionen des Unternehmenssektors. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sektors Banken besteht dabei darin, dass er die Ersparnisse der Haushalte bündelt, den Unternehmen auf dem Kreditwege zur Verfügung stellt und damit dort die Umwandlung von Geldkapital in Realkapital (Investitionen in Produktionsmittel) ermöglicht. Wie für produzierende Unternehmen, besteht auch für Banken das Ziel in der Maximierung von Gewinn aus der Differenz von Output und Input. Bei produzierenden Unternehmen wird das durch das Verhältnis zwischen den Erträgen für die produzierten Güter und den Kosten für die eingesetzten Produktionsfaktoren ausgedrückt.

Bei Banken ergibt sich das Verhältnis aus den Zinseinnahmen für verliehenes Geld (Output) und den Zinsausgaben für geliehenes Geld (Ersparnisse/Input).

Wie aus Tab. 3.3 hervorgeht, umfasst der Bankensektor in Deutschland mehr als viertausend Kreditinstitute unterschiedlicher Formen und Aufgabenstellungen.

Die Europäische Zentralbank oder die Deutsche Bundesbank sind kein Bestandteil des Sektors Banken, sondern gehören zum Sektor Staat. Auf ihren spezifischen Auftrag wollen wir in Kap. 11<sup>2</sup> zurückkommen.

### 3.1.6 Sektor Ausland

Die Sektoren Unternehmen, Private Haushalte und Banken ergeben zusammen das Modell der „Geschlossenen Volkswirtschaft“. Dabei klammern wir jegliche wirtschaftliche, insbesondere Handelbeziehungen zum Ausland aus. Es ist folglich noch ein fünfter Sektor

---

<sup>1</sup> vgl. u. a. Bauer (2012); Merkel (1992); Mühlenkamp (2001); Sack (2019).

**Tab. 3.3** Kreditinstitute in der Bundesrepublik Deutschland. (Quelle: Deutsche Bundesbank 2020)

Bankengruppen 2019		Zahl der Kreditinstitute	Zahl der Beschäftigten
Kreditbanken		275	153.250
davon	Großbanken	(4)	
	Regionalbanken	(154)	
	Zweigstellen ausländischer Banken	(117)	
Landesbanken		6	28.150
Sparkassen		380	205.000
Kreditgenossenschaften		844	140.650
Realkreditinstitute		10	
Bausparkassen		19	12.850
Banken mit Sonderaufgaben		20	20.995
<b>Alle Bankengruppen</b>		<b>1554</b>	<b>560.895</b>

zur Abbildung realen Wirtschaftskreislaufs erforderlich. Mit dem Sektor „Ausland“ gelangen wir vom Modell der „geschlossenen“ zum Modell der „offener“ Volkswirtschaft. Natürlich besteht das Ausland zum einen aus einer ganzen Reihe eigenständiger Volkswirtschaften. Und natürlich gliedert sich wieder jede von ihnen in die vorgestellten vier Sektoren. Gewahrt werden sollen aber Überschaubarkeit und die Möglichkeit, wesentliche Aussagen abzuleiten. Deshalb hilft man sich hier wiederum mit einer Modellabstraktion. Das Ausland wird auf ein einheitliches Ganzes, auf den Sektor Ausland, auf den „Rest der Welt“ zurückgeführt.

## 3.2 Basiskreislauf und Kreislaufaxiom

### 3.2.1 Der Kreislaufgedanke

Seit jeher bewegt die Nationalökonomie die Frage, wie in den unzähligen Tauschakten der Akteure einer Volkswirtschaft ein System zu erkennen ist. Ein solches könnte das Verständnis dafür, wie die Wirtschaft funktioniert und welchen Gesetzmäßigkeiten sie folgt, erheblich erleichtern.

Grundlage jedes **Kreislaufkonzepts** ist die Zusammenfassung einzelwirtschaftlicher Subjekte zu **Sektoren**, so wie wir es im zurückliegenden Abschn. 3.1 gezeigt haben. Die Sektoren bilden im Wirtschaftskreislauf die **Pole**. Zwischen diesen Polen vollziehen sich Transaktionen, die aus Leistung und Gegenleistung bestehen. Transaktionen sind **Ströme** zwischen den Polen. Da in einer modernen Wirtschaft eine Güter-Leistung in aller Regel mit einer Geldleistung vergolten wird, wollen wir bei der folgenden Betrachtung des Wirtschaftskreislaufs zwischen Güter- und Geldkreislauf unterscheiden.

Die Bezeichnung der Transaktionen zwischen den Polen als „Ströme“ macht verständlich, warum bei der Entstehung des wirtschaftlichen Kreislaufgedankens naturwissenschaftliche Erkenntnisse (z. B. Blutkreislauf) Pate standen. Das erste zusammenhängende Konzept vom Wirtschaftskreislauf begründete QUESNAY mit seinem 1758 veröffentlichten „tableau économique“ (vgl. Kap. 1). Die der Zeit QUESNAYs entsprechende Sektorenteilung in Landwirte und Pächter (produktive Klasse), Grundbesitzer sowie Handel und Handwerk hat heute lediglich noch theoriengeschichtlichen Wert. Geblieben ist die Kreislaufidee. Erst bei MARX spielt der Kreislaufgedanke wieder eine zentrale Rolle. Im zweiten Band seines Buches „Das Kapital“ (1885) untersucht er die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. MARX unterscheidet dabei zwischen Abteilungen der Produktion – der produktionsmittelproduzierenden und der konsumtionsmittelproduzierenden. Seine Aussagen über die Metamorphose von Warenkapital und Geldkapital zeichnen das Bild des Zusammenhangs von Güter- und Geldkreislauf.

Unsere heutigen Kreislaufmodelle basieren im Wesentlichen auf den makroökonomischen Untersuchungen im Anschluss an KEYNES. In seiner „Allgemeinen Theorie“ stellt KEYNES den Zusammenhang zwischen den Sektoren der von uns als „geschlossen“ bezeichneten Volkswirtschaft her. Dabei verdient vor allem die Einbeziehung der Sektoren „Banken“ und „Staat“ als Akteure im Wirtschaftskreislauf Beachtung.

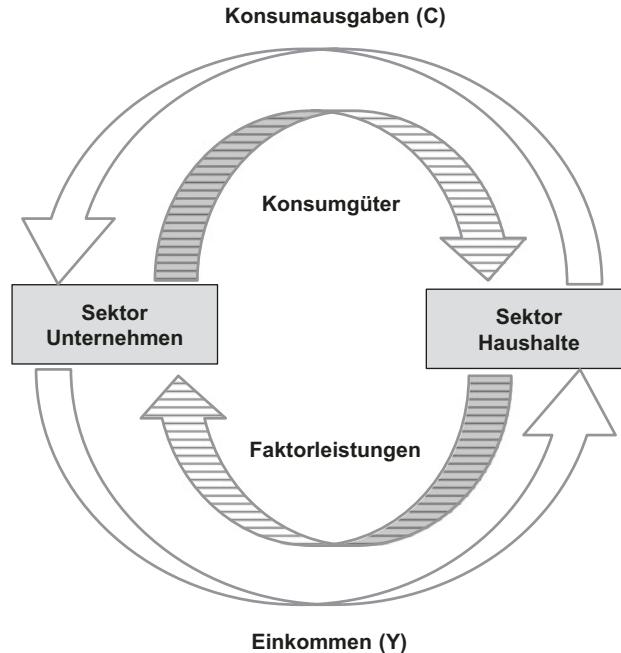
### 3.2.2 Basiskreislauf

Für das Verständnis grundlegender volkswirtschaftlicher Austauschbeziehungen ist zunächst nicht sofort der Blick auf alle fünf Sektoren, sondern die Betrachtung des **Basiskreislaufs** zweckmäßig. Er enthält als Pole den Sektor „Unternehmen“ auf der einen und den Sektor „Haushalte“ auf der anderen Seite und verbindet sie mit zwischen ihnen fließenden Strömen.

Hinsichtlich der übrigen Sektoren unterstellen wir vereinfachend: Der Sektor „Staat“ ist in den Sektor „Haushalte“ integriert. Spezifika öffentlicher Haushalte gegenüber privaten werden vernachlässigt. Den Sektor „Banken“ gibt es nicht. Mehr noch – wir gehen hier davon aus, dass das gesamte Einkommen für den Konsum ausgegeben wird ( $Y = C$ ). Unter diesen Bedingungen reproduziert sich die Volkswirtschaft auf gleichem Niveau. Neu- bzw. Erweiterungsinvestitionen ( $I$ ) sind in einem solchen Modell nicht möglich, weil die dafür notwendige Ersparnis ( $S$ ) fehlt. In dieser Abstraktion sind dem Sektor Banken Basis und Notwendigkeit entzogen. Schließlich verzichtet das Modell vom Basiskreislauf auf den Sektor „Ausland“. Es wird eine „geschlossene Volkswirtschaft“ unterstellt

Wie Abb. 3.4 zeigt, ist der Basiskreislauf dennoch – oder gerade deshalb – geeignet, wichtige Grundbegriffe des Wirtschaftens wie Güter (Konsumgüter) und Produktionsfaktoren mit den elementaren Sektoren Unternehmen und Haushalte in ein aussagefähiges Beziehungsgefüge zu bringen.

Die in den Abb. 3.1 und 3.2 dargestellten Inputs und Outputs- des Unternehmens- und des Haushaltssektors werden im Modell des Basiskreislaufs passgerecht gekoppelt. Die



**Abb. 3.4** Basiskreislauf

schraffierten Pfeile symbolisieren den **Güterkreislauf**. Der Haushaltssektor bietet dem Unternehmenssektor Produktionsfaktoren (Faktorleistungen) an, die dieser für seine Produktion benötigt. Der Unternehmenssektor versorgt den Haushaltssektor dafür mit Konsumgütern, die dieser Produktion entspringen. Produzierte Produktionsgüter (z. B. Maschinen) verbleiben im Unternehmenssektor und werden somit im Kreislaufmodell nicht sichtbar. Der Gütertausch „Faktorleistungen gegen Konsumgüter“ wird vermittelt durch den **Geldkreislauf**. Die Faktorleistungen bringen dem Sektor Haushalte Einkommen, die er für den Kauf der Konsumgüter verwendet. Dem Sektor Unternehmen fließen die Konsumausgaben des Sektors Haushalte zu, die er seinerseits zur Bezahlung der Faktorleistungen einsetzt. Jedem Güterstrom ist folglich im Modell ein Geldstrom entgegengerichtet.

### 3.2.3 Kreislaufaxiom

Es leuchtet die alte Weisheit ein, dass jeder nur so viel ausgeben kann, wie er einnimmt. Auch wenn das Wirtschaftsleben in seiner Buntheit und Vielfalt teilweise davon abzuweichen scheint, gilt dieses Prinzip auf Dauer sowohl für einzelne Wirtschaftssubjekte wie auch für ganze Sektoren. Unternehmen können unter dem Strich nur so viele Produktionsfaktoren einsetzen wie ihnen Konsumausgaben aus dem Verkauf ihrer Güter zufließen.

Haushalte können nur so viel für ihren Konsum ausgeben, wie sie aus ihren Faktorleistungen an Einkommen erlösen. Von Krediten wollen wir hier absehen, das diese Ersparnisse erfordern, die der Basiskreislauf ausschließt. Auch die Einräumung von Kredit ist im Übrigen nur eine zeitliche Verschiebung von Einnahmen und Ausgaben, die nichts an den hier getroffenen Grundaussagen ändert. Diese bringt das Kreislaufaxiom zum Ausdruck.

► Das **Kreislaufaxiom** besagt: Die Summe der in einen Sektor hineinfließenden Ströme ist gleich der Summe der aus diesem Sektor herausfließenden Ströme.

Analog, wie in der Physik Materie sich nicht in Nichts auflösen, sondern nur ihre Daseinsform wechseln kann, ist es hier in der Wirtschaft: Der Güterwert oder die ihn ausdrückende Geldsumme kann im Wirtschaftskreislauf nicht verschwinden oder in einem Sektor „versickern“. Für den in Abb. 3.4 gezeigten Basiskreislauf lässt sich das Kreislaufaxiom noch weiter untersetzen:

- a. zwischen dem hinein- und herausfließenden Güterstrom;
- b. zwischen dem hinein- und herausfließendem Geldstrom;
- c. zwischen hineinfließendem Güterstrom und herausfließendem Geldstrom;
- d. zwischen herausfließendem Güterstrom und hineinfließendem Geldstrom.

Eine solche transparente Untersetzung ist für das 5-Sektorenmodell (vgl. Abschn. 3.3) nur noch schwer möglich, da hier von Güterströmen abgekoppelte Geldströme zwischen den Sektoren hinzukommen. Transparent oder kompliziert – das Kreislaufaxiom in seiner Grundaussage gilt für den erweiterten Wirtschaftskreislauf am Ende ebenso wie für den Basiskreislauf. Der durch das Kreislaufaxiom zum Ausdruck gebrachte Input-Output-Ausgleich verführt zum Vergleich mit den Regeln der doppelten Buchführung, der Erfassung von Geschäftsvorgängen auf Konto und Gegenkonto. Tatsächlich lässt sich jeder Wirtschaftskreislauf nach diesem System darstellen. Jeder Strom ist für den einen Sektor Input und für den anderen Output, wird also doppelt erfasst. Die Sektoren sind in diesem Falle „Konten“, auf deren Sollseite die abfließenden Ströme und auf deren Habenseite die zufließenden Ströme zu Buche schlagen. Das Kreislaufaxiom führt dazu, dass das Konto jedes Sektors ausgeglichen ist.

---

### 3.3 Erweiterter Wirtschaftskreislauf

#### 3.3.1 Modellerweiterungen

Der erweiterte Wirtschaftskreislauf erfasst alle fünf Sektoren einer offenen Volkswirtschaft mit Staat und die zwischen ihnen fließenden Ströme. Eine einheitliche Basis erfordert hierbei die Konzentration der Ströme zwischen den Sektoren auf ihre monetäre

Komponente – auf die Geldströme. Die Erweiterungen gegenüber dem Basiskreislauf rücken das Modell näher an die tatsächliche Wirtschaftspraxis heran, machen es aber wie immer in solchen Fällen komplexer.

Eine **erste Erweiterung** besteht darin, dass der Staat aus dem Haushaltssektor ausgliedert und ihm eine eigenständige Rolle im Wirtschaftskreislauf zugewiesen wird.

Eine **zweite Erweiterung** berücksichtigt die volkswirtschaftliche Ersparnis S. Das gesamte Einkommen Y wird, wie es real zutrifft, nur noch zu einem Teil für Konsumzwecke ausgegeben. Die Ersparnis geht in den vermögensbildenden Sektor Banken ein und bildet die Grundlage für (Neu- oder Netto-) Investitionen I.

$$Y = C + S \quad (3.1)$$

$$I = S \quad (3.2)$$

Formel 3.2 stellt die Gleichgewichtsbedingung für den erweiterten Wirtschaftskreislauf dar. Mit dem Übergang von der Annahme ausschließlichen Konsums hin zur Berücksichtigung von Sparen und Investieren wird der Schritt von der **stationären** zur **evolutionären**, also zur sich nach oben entwickelnden, wachsenden Wirtschaft vollzogen.

Eine **dritte Modellerweiterung** gegenüber dem Basiskreislauf besteht schließlich in der Einbeziehung des Sektors „Ausland“. Damit wird die „Öffnung“ der bisher als „geschlossen“ dargestellten Volkswirtschaft vollzogen.

### 3.3.2 Geldströme im erweiterten Wirtschaftskreislauf

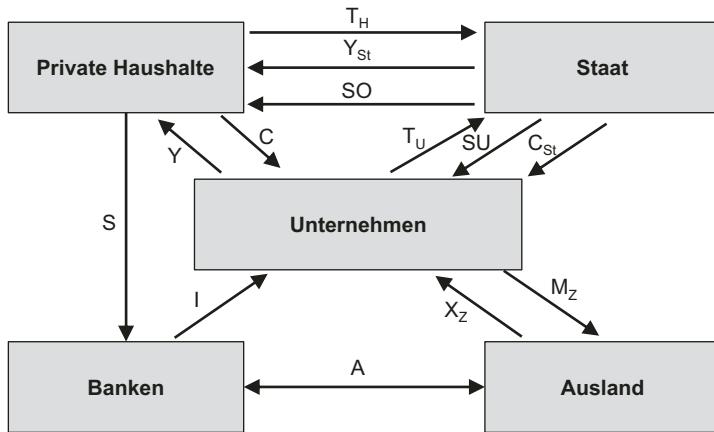
Die im erweiterten Wirtschaftskreislauf zwischen den Sektoren fließenden Geldströme repräsentieren nun nur noch zum Teil sichtbar gegenläufige Güterströme. Sie zu erfassen wird einfacher, wenn wir wie folgt vorgehen:

1. Verbale Darstellung des Geldstromes
2. Einsetzen des Geldstromes in ein graphisches Modell (Abb. 3.5)
3. Abtragen desselben Stromes als Zu- und Abfluss im jeweiligen Sektor (Abb. 3.6)

Indem wir jeden der nachfolgend verbal vollzogenen Schritte mit den Abb. 3.5 (Grafik) und 3.6 (Formel) vergleichen, erleichtern wir uns das Verständnis über den Zusammenhang zwischen den drei Darstellungsformen.

#### 1. Schritt: Private Haushalte - Unternehmen

Vom Sektor Unternehmen fließt an den Sektor Private Haushalte der Strom der Einkommen für Faktorleistungen Y. In Abb. 3.6 wird Y als Zufluss im Sektor Private Haushalte und als Abfluss im Sektor Unternehmen abgetragen. Umgekehrt vollzieht sich die Erfassung der Konsumausgaben C, die als Strom vom Haushaltssektor an den Unter-



$Y$ Einkommen (ohne Staat)	$T_H$ Haushaltssteuern (direkte)	$C_{St}$ Konsumausgaben Staat
$C$ Konsumausgaben	$T_U$ Unternehmenssteuern	$A$ Außenbeitrag
$S$ Ersparnisse	$Y_{St}$ Einkommen (Staat)	$M_Z$ Zahlung für Import
$I$ (Netto-)Investitionen	SO Sozialleistungen	$X_Z$ Zahlung für Export
	SU Subventionen	

**Abb. 3.5** Erweiterter Wirtschaftskreislauf

Pol/ Sektor	Zuflüsse	Abflüsse
Unternehmen	$C + I + C_{St} + SU + X_Z$	$Y + T_U + M_Z$
Private Haushalte	$Y + Y_{St} + T_H$	$C + S + T_H$
Staat	$T_H + T_U$	$Y_{St} + T_H + SU + C_{St}$
Banken	$S \pm A$	$I \pm A$
Ausland	$M_Z \pm A$	$X_Z \pm A$

**Abb. 3.6** Erweiterter Wirtschaftskreislauf: Zu- und Abflüsse

nehmenssektor fließen. Im Gegensatz zum Basiskreislauf muss dabei beachtet werden, dass  $Y$  und  $C$  wertmäßig differieren – und zwar genau um die Größe der Ersparnisse  $S$ . Im erweiterten Kreislaufmodell sind Einkommen und Konsumausgaben nicht die einzigen Ströme, die die Sektoren Unternehmen und private Haushalte berühren. Ihre wertmäßige Differenz steht damit nicht im Widerspruch zum Kreislaufaxiom.

## 2. Schritt: Private Haushalte Banken

Neu gegenüber dem Basiskreislauf ist der Sektor Banken. In ihm findet Vermögensbildung – oder besser: Vermögensveränderung – statt. Neu ist damit auch der Geldstrom der Ersparnisse **S** vom Sektor Private Haushalte zum Sektor Banken. Haushalte legen ihre Ersparnisse an. Die Abtragung dieses Stroms erfolgt im Sektor Private Haushalte als Abfluss und im Sektor Banken als Zufluss. Die vom Sektor Private Haushalte ausgehenden Geldströme für Konsumausgaben an die Unternehmen und von Ersparnissen an die Banken muss mit Notwendigkeit gleich sein der Summe der durch die Haushalte generierten Einkommen.

## 3. Schritt: Unternehmen – Banken

So, wie sich vom Sektor Private Haushalte ein einseitiger Geldstrom der Ersparnisse zum Sektor Banken bewegt, fließt ein einseitiger Geldstrom an Krediten für (Netto-) Investitionen **I** vom Sektor Banken an den Sektor Unternehmen. Banken kreditieren mit ihren Einlagen die Unternehmen der Wirtschaft. Die (Netto-) Investitionen **I** sind Zufluss im Sektor Unternehmen und Abfluss im Sektor Banken. Unterstellt man, dass die Banken alle Einlagen für Kredite an die Unternehmen verwenden, so gilt:  $S = I$ . Für den Sektor Unternehmen gleicht diese Größe die Differenz zwischen den Abflüssen der Einkommen an die Privaten Haushalte **Y** und den um **S** verringerten Konsumausgaben der privaten Haushalte aus. Damit wird auch hier trotz Umleitung von Geldströmen über den Bankensektor das Kreislaufaxiom gewahrt.

## 4. Schritt: Private Haushalte Staat

Die Geldströme, die den Sektor Staat berühren, lassen sich vereinfacht wie folgt erklären: Der Staat erhält Steuern aus den Sektoren Private Haushalte und Unternehmen (Zuflüsse) und deckt damit seine Aufwendungen für Produktionsfaktoren, die er für die Erbringung seiner öffentlichen Dienstleistungen für Private Haushalte und Unternehmen benötigt. Die Betrachtung der Steuern als Synonym für Abgabe ohne direkte Gegenleistung und der vermeintlich unentgeltlichen öffentlichen Dienstleistungen des Staates ist daher nur auf den ersten Blick richtig. Letztlich sind Steuern der geldliche Gegenstrom für öffentliche Dienstleistungen. Dabei sind Umverteilungen zwischen den Sektoren Private Haushalte und Unternehmen sowie innerhalb dieser Sektoren möglich.

Was nun die Geldströme zwischen Privaten Haushalten und Staat betrifft, so lassen sich vor allem drei unterscheiden. Von Privaten Haushalten fließen an den Staat Steuern **T<sub>H</sub>** – direkte Steuern der Haushalte, zum Beispiel Einkommensteuern. Vom Sektor Staat fließen an den Sektor Private Haushalte einerseits der Geldstrom der Faktoreinkommen **Y<sub>St</sub>** (z. B. Gehälter für Beschäftigte im öffentlichen Dienst) und andererseits der Geldstrom staatlicher Sozialausgaben **SO**, zum Beispiel Arbeitslosengeld 2, Kindergeld oder Wohngehalt. **T<sub>H</sub>** ist Abfluss im Sektor Private Haushalte und Zufluss im Sektor Staat. **Y<sub>St</sub>** und **SO** sind Abflüsse im Sektor Staat und Zuflüsse im Sektor private Haushalte.

## 5. Schritt: Unternehmen – Staat

Auch vom Sektor Unternehmen fließen an den Staat Steuern –  $T_U$ . Diese können direkte Steuern (z. B. Körperschaftsteuern) oder indirekte Steuern (z. B. Umsatzsteuern) sein. Unternehmenssteuern sind ein Abfluss für den Sektor Unternehmen und ein Zufluss für den Sektor Staat. In umgekehrter Richtung laufen zwei andere Geldströme. Zum einen fließen vom Sektor Staat Subventionen  $S_U$  an den Sektor Unternehmen. Zum anderen gehen in den Sektor Unternehmen die Ausgaben des Staates für Konsumgüter  $C_{St}$  ein. Sowohl  $S_U$  als auch  $C_{St}$  sind Abflüsse im Sektor Staat und Zuflüsse im Sektor Unternehmen.

## 6. Schritt: Unternehmen – Ausland

Von den vielfältigen Beziehungen der Volkswirtschaft zum Ausland – bis hin zum Tourismus – wollen wir in unserem erweiterten Modell vor allem die internationalen Verflechtungen des Sektors Unternehmens einbeziehen. Vom Sektor Unternehmen fließt zur Bezahlung der Importgüter der Geldstrom der Importzahlungen  $M_Z$  an den Sektor Ausland. Vom Sektor Ausland fließen die Zahlungen für Exporte der Unternehmen  $X_Z$  an den Sektor Unternehmen.

$X_Z$  ist ein Zufluss im Sektor Unternehmen und ein Abfluss im Sektor Ausland.  $M_Z$  ist ein Zufluss im Sektor Ausland und ein Abfluss im Sektor Unternehmen. Für den Fall einer Differenz zwischen Export- und Importzahlungen im betrachteten Zeitraum – nehmen wir einen Exportüberschuss an – steht dem Sektor Unternehmen ein positiver Saldo zur Verfügung. Gleichzeitig wird dieser Saldo aber wieder aufgehoben, weil von den Unternehmen Einkommen für die überschüssige Exportproduktion an die Haushalte gezahlt werden müssen. Diese kehren weder als Konsumausgaben  $C$  direkt noch als Ersparnis  $S$  über den Bankensektor indirekt zurück. Dieser Ausgleich wird im Modell durch einen Strom zwischen den Sektoren Banken und Ausland mit  $A$  symbolisiert.  $A$  steht für den **Außenbeitrag** und ist gleich der positiven oder negativen Differenz aus Export- und Importwerten. Für die Sektoren Banken und Ausland kann  $A$  je nach dem Export-Import-Verhältnis Zu- oder Abfluss sein.

### 3.3.3 Resümee

Das doppelte Abtragen der Ströme zwischen den Sektoren in Abb. 3.6 führt dazu, dass jeder Strom, der bei einem Sektor als Zufluss auf der linken Seite steht, bei einem anderen Sektor auf der rechten Seite als Abfluss auftaucht. Daraus ergibt sich am Ende die Wertegleichheit aller Zuflüsse und Abflüsse. Auch für jeden einzelnen Sektor lassen sich Verknüpfungen zwischen zu- und abfließenden Geldströmen herstellen. Einfach ist das im Falle des Bankensektors beim Vergleich zwischen  $S$  (Zufluss) und  $I$  (Abfluss). Beim Sektor private Haushalte besteht eine solche Verbindung zwischen  $Y$  (Zufluss) und  $C+S$  (Abfluss). Eine andere zwischen  $Y_{St} + SO$  (Zufluss) und  $T_H$  (Abfluss). Ähnliche Zuordnungen finden wir in Abb. 3.6 für die Sektoren Unternehmen, Staat und Ausland.

Selbst im Modell des erweiterten Wirtschaftskreislaufs können bei weitem nicht alle Ströme erfasst werden, die im wirklichen Wirtschaftsleben zwischen den Sektoren fließen. Auch hier gilt: Je lebensnäher ein Modell, desto komplizierter ist es. Ausgespart sind in den Abb. 3.5 und 3.6 zum Beispiel die Zinseinnahmen und Zinszahlungen des Bankensektors. Ausgespart bleibt weiter der Umstand, dass auch Haushalte und nicht nur Unternehmen Kredite von Banken erhalten. Abgesehen wird auch von der Möglichkeit privater Haushalte, gespartes Geld nicht über die Banken zu investieren, sondern im Sparstrumpf unterm Bett verschwinden zu lassen. Nicht berücksichtigt sind auch Faktoreinkommen, die Haushalte durch Tätigkeit oder Geldanlage im Ausland erzielen sowie die vielfältigen Verbindungen der Sektoren Banken und Staat mit dem Ausland. Natürlich sind – erst recht heute im Zeitalter der Digitalisierung – beliebig viele Modellverfeinerungen und Vertiefungen möglich. Ohne übrigens, dass damit die Gültigkeit des Kreislaufaxioms aufgehoben würde. Dennoch gilt hier wie bei allen Abbildung wirtschaftlicher Realität durch volkswirtschaftliche Modelle: Sie müssen hinreichend detailliert sein, um die wesentlichen Kernaussagen wahrheitsgetreu abilden und erklären zu können. Sie müssen hinreichend einfach sein, um den Blick für diese Kernaussagen nicht durch eine Vielzahl weniger wichtiger Details zu verstellen.

### 3.4 Zusammenhang von Geld - und Güterkreislauf

Güterströme und Geldströme können wir als die Zusammenfassung aller Käufe und Verkäufe verstehen, bei denen Güter und Geld oder Geld und Güter die Hände wechseln. Das wird im Basiskreislauf sichtbar, gilt aber ebenso für den erweiterten Wirtschaftskreislauf, bei dem relativ verselbstständigte Gelströme (Steuern, Subventionen u. a.) lediglich eine monetäre Umverteilung darstellen. Insgesamt muss genau so viel Geld für Geldströme vorhanden sein, wie als Gegenwert für die Gesamtheit aller Güterströme erforderlich ist.

Der einzelne Güterwert (Umsatzwert  $u$ ) errechnet sich aus dem Produkt der Menge eines Gutes ( $q$  für quantity) und dem dazugehörigen Preis ( $p$  für price) pro Mengeneinheit.

$$u = q \cdot p \quad (3.3)$$

Fasst man alle umlaufenden Güter einer Volkswirtschaft zusammen, so ergibt sich der gesamtwirtschaftliche Wert  $U$ . Er ist das Produkt aus der gesamten Gütermenge und dem volkswirtschaftlichen Preisniveau  $P$ .

$$U = Q \cdot P \quad (3.4)$$

Für die Bezahlung der Gesamtheit aller Güterströme in einem Zeitraum ist folglich die Geldmenge  $M$  (für money) erforderlich, die dem Gesamtwert der Güter  $U$  entspricht.

$$M = U \quad (3.5)$$

oder

$$M = Q \cdot P \quad (3.6)$$

Gl. 3.6 gilt unter der Voraussetzung, dass in einer betrachteten Zeitperiode jede Geldeinheit nur einmal für den Kauf einer Gütereinheit benutzt wird. Schlägt jede Geldeinheit in der Periode zweimal um, ist für die Realisierung aller Kaufakte nur noch die halbe Geldmenge M erforderlich. Die Häufigkeit, mit der das Geld in einer Periode durchschnittlich für Güterkäufe verwendet wird, bezeichnen wir mit „Umschlagzahl“ oder „Umschlaggeschwindigkeit“ V (für velocity). Der Geldmenge M muss also die Umlaufgeschwindigkeit V zugeordnet werden, um die Nachfrage nach dem gesamtwirtschaftlichen Güterangebot monetär absichern zu können.

$$M \cdot V = Q \cdot P \quad (3.7)$$

Gl. 3.7 ist als **FISHER'sche Verkehrsgleichung** bekannt. Sie wurde in dieser Form von dem amerikanischen Nationalökonom Irvin FISHER (1867–1947) entwickelt und begründet den Zusammenhang von Güterkreislauf (rechte Seite der Gleichung) und Geldkreislauf (linke Seite der Gleichung) in einer Volkswirtschaft. Gleichzeitig ist sie eine wesentliche Grundlage für die Erklärung, warum Geldpolitik (vgl. Kap. 11) zu gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht und zu Verhinderung von Inflation beitragen kann und muss.

### Exkurs

Beim Lesen dieser Regeln werden manchem Zweifel kommen, wenn er zum Beispiel an die wirtschaftlichen Verwerfungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009, an die Immobilienblase in den USA, die Auswirkungen auf Produktion und Wachstum in der Welt, die abgeleitete Verallgemeinerung einer zunehmenden Entkopplung von Geldwirtschaft und Realwirtschaft denkt. Was wir in volkswirtschaftlichen Modellen beschreiben, sind Abbildungen einer funktionierenden, sich in Gleichgewicht und Stabilität befindlichen Wirtschaft. Dies ist ein angenommener Idealzustand, ein Schwankungszentrum, von dem ständig neu entstehende Instabilitäten immer wieder abweichen. Eine Rückkehr zu neuen Gleichgewichtsproportionen erfolgt durch den Ausgleichsmechanismus des Marktes und durch staatliche Regulierung. In unterschiedlichen Proportionen und immer mit Auswirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft.

---

## 3.5 Wirtschaftskreislauf und Globalisierung

Der abschließende Exkurs unter Abschn. 3.4 mit Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 ist ein geeigneter Übergang dafür zu zeigen, wie durch die Globalisierung von Märkten, real- und geldwirtschaftlichen Prozessen auch die Auswirkungen von Instabilitäten weltweit sind und wirtschaftspolitische Gegensteuerung auch nur international einheitlich oder zumindest abgestimmt die gewünschte Wirkung bringen kann.

Kap. 14 wird aktuelle Herausforderungen an Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre zeigen. Dort wird die Globalisierung unter dem Abschn. 14.2 „Weltwirtschaft“ ein komplexes Thema sein. Hier wollen wir dem – ausschließlich mit Bezug auf den Wirtschaftskreislauf – ein bisschen vorgreifen.

### 3.5.1 Globalisierung und Sektor Ausland

Wir haben den Sektor Ausland aus dem Basiskreislauf ausgespart und in den erweiterten Wirtschaftskreislauf einbezogen. Das ist allgemeiner Lehrinhalt. Mit zunehmender Globalisierung und weltwirtschaftlicher Verflechtung ist natürlich die Frage berechtigt, wie lange noch die Aussparung des Auslands im Basismodell vertretbar ist.

Dieser Abschnitt soll einen Beitrag dazu leisten, sich dem Thema Wirtschaftskreislauf mit Trend zunehmender Globalisierung zu nähern und Ansätze neuer Fragestellungen und Antworten zu finden.

Wie bei Digitalisierung, Klimawandel oder Demographie (vgl. Kap. 14) werden wir dabei sehen, dass es sich bei diesen „Megatrends“ einerseits um langfristige Prozesse handelt, die nicht erst dadurch wichtig wurden, dass sie in den letzten Jahren in die Schlagzeilen der Medien geraten sind. Das wollen wir mit Blick auf die Globalisierung hier noch zeigen. Andererseits tragen natürlich Kommunikation, ja auch teilweise Inflationierung der genannten Begriffe dazu bei, die ihnen gebührende Beachtung zu fördern.

### 3.5.2 Internationale Arbeitsteilung

Im zweiten Kapitel wurde die Arbeitsteilung vereinfacht als Konzentration und Spezialisierung auf die Herstellung bestimmter Güter und deren Austausch gegen andere definiert. Das heißt zunächst: Arbeitsteilung ist die Voraussetzung jedes Wirtschaftskreislaufs. Ohne Arbeitsteilung, bei völliger Autonomie, gibt es in der Wirtschaft weder Sektoren noch Ströme. Verlegen wir jetzt diesen Gedanken über die Landesgrenzen hinaus, heißt das: Mit jeder internationalen Arbeitsteilung wächst die Verflechtung der eigenen Volkswirtschaft mit anderen und erhöht sich die Bedeutung des Sektors „Ausland“ im Wirtschaftskreislauf.

Dabei ist internationale Arbeitsteilung kein Urknall unter dem Begriff „Globalisierung“, sondern ein evolutionärer Prozess seit hunderten von Jahren. Aber er verstärkt sich natürlich durch Faktoren wie Weltpolitik, digitale Kommunikation und Strukturen des Güterkreislaufs (wachsender Anteil an immateriellen Leistungen). So hat sich der Export Deutschlands allein in der Zeit von 2000 bis 2015 verdoppelt (vgl. Tab. 3.4).

**Tab. 3.4** Entwicklung des deutschen Exportvolumens. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021)

Jahr	Deutscher Export in Mrd. €
2000	597,4
2005	786,2
2010	952,0
2015	1193,6
2019	1328,2

### 3.5.3 Internationale Mobilität von Güter- und Geldströmen

Globalisierung, Vertiefung internationaler Arbeitsteilung und Ausdehnung des internationalen Handels hängen unter anderem von der Mobilität der Ströme unseres Kreislaufmodells ab. Da die zu überwindenden Distanzen zwischen Ländern in der Regel größer sind als innerhalb eines Landes, gilt dies in besonderem Maße für die internationale Öffnung von Kreislaufmodellen und die Einbeziehung des Sektors „Ausland“.

Betrachten wir unter diesem Aspekt die Ströme im Einzelnen. Je mobiler sie sind, desto geringer die Hemmschwelle für ihre internationale Ausdehnung. **Geldströme** sind von Natur aus global mobil. Ihre relative Verselbstständigung, internationaler Zahlungsverkehr unter Bedingungen der Digitalisierung, setzen für Entfernung und Tempo kaum Grenzen. Bei den **Güterströmen** braucht es schon einer differenzierteren Betrachtung. Der Produktionsfaktor Boden ist von Natur aus immobil und prägt mit seinen Komponenten wie Bodenschätze, Natur, Klima unverwechselbar die Besonderheiten eines Landes und seiner Volkswirtschaft. Der Produktionsfaktor Arbeit gewinnt mit Migration, Internationalisierung von Unternehmensstrukturen, dem Markt für Spezialisten sowie internationalem Wissenstransfer an Mobilität. Diese ist jedoch durch seine Träger, die Menschen selbst, nicht unbegrenzt.

#### Beispiel

Das deutsche duale Ausbildungsmodell ist ein „Exportschlager“ in Länder, die unter der Hochschulebene über eine nur schwache oder verschulte Facharbeiterausbildung verfügen. Die Bildungspolitik in vielen dieser Länder, darunter in China, fördert die Nutzung praxisorientierter deutscher Ausbildungserfahrungen – vorzugsweise durch die Leitung und Koordinierung von Ausbildung an den Colleges vor Ort durch deutsche Ausbilder. Hier gibt es teilweise gute Erfahrungen; ein Engpass sind aber qualifizierte Ausbilder, die bereit sind, ihren Lebensmittelpunkt über eine längere Zeit in zehntausend Kilometer Entfernung zu verlegen. ◀

Die Ströme von Konsum- und Produktionsgütern (Waren und Leistungen) sind in ihrer internationalen Mobilität stark an ihre Struktur und Beschaffenheit gebunden. In unserer heutigen Wissensgesellschaft nimmt der Anteil von immateriellen Leistungen am Gesamtumfang der Güterströme zu. Das verringert die Bedeutung von Distanzen und Grenzen und ist einer der Impulse für internationale Arbeitsteilung und internationale Handel. Wissen und Bildung vermögen schneller Entfernungen zu überschreiten als Steinkohle.

*„Der technologische Fortschritt wirkt sich auch auf den Dienstleistungshandel aus: Während die geographische Nähe von Produzenten und Konsumenten in der Vergangenheit entscheidend war, erleichtert die Digitalisierung den grenzüberschreitenden Handel von Dienstleistungen. Im Gegensatz zum Warenhandel hat der Dienstleistungshandel im Verhältnis zum*

*BIP auch nach der Finanzkrise weiter zugenommen und stieg insgesamt weltweit von 11 % in 2005 auf 13 % in 2018 und noch deutlicher in Deutschland, von 13 % auf 18 % im selben Zeitraum.“*

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019)

### **3.5.4 Internationale Arbeitsteilung bei der Herstellung ein und desselben Gutes**

Heben wir schließlich im Zusammenhang mit Globalisierung und Sektor Ausland im Kreislaufmodell eine bisherige Annahme auf. Nämlich die, dass sich Spezialisierung und Kreislaufströme immer nur auf fertige Güter – nach Abschluss ihres Produktionsprozesses – beziehen. In Wirklichkeit erfolgt aber Arbeitsteilung – und zunehmend auch die internationale – auch bei der Herstellung ein und desselben Gutes. Spezialisierung nicht nur bei der Herstellung von Gütern, sondern auch zwischen verschiedenen Arbeitsgängen in ihrem Verlauf.

Wir erinnern uns an die detaillierte Beschreibung der arbeitsteiligen Stecknadelherstellung in einer Manufaktur in England des 18. Jahrhunderts durch Adam SMITH in seinem „Wohlstand der Nationen“ (Abschn. 2.4). Mit ähnlicher Akribie und Liebe zum Detail schildert Paul A. SAMUELSON in seiner „Volkswirtschaftslehre“ die – und diesmal internationale – Arbeitsteilung bei der Produktion des iPods.

*„Die Produktion des iPods ist ein höchst interessantes Beispiel für die globalisierte Ökonomie. Wer stellt den iPod eigentlich her? Sie meinen vielleicht, es sei Apple, aber wenn Sie auf der Rückseite des iPod nachsehen, steht dort ‚Made in China‘. Was stimmt hier also? Der iPod ist in Wirklichkeit ein kleiner, tragbarer Computer, der Musik abspielt. Er besteht aus mindestens 451 Teilen, die über die ganze Welt verteilt hergestellt werden. Apple entwirft die Software, kontrolliert den Produktionsprozess und macht bei einem Verkaufspreis von 299 USD ca. 80 USD Gewinn. Chinas Hauptaufgabe ist, die einzelnen Teile unter einem taiwanesischen Zuliefervertrag zu montieren.“*

Quelle: Samuelson (2017)

Solange Spezialisierung und Arbeitsteilung bei der Herstellung eines Produkts innerhalb eines Unternehmens derselben Volkswirtschaft (SMITH'SCHES Stecknadelbeispiel) oder zwischen Unternehmen einer Volkswirtschaft stattfindet, ist dies für Kreislaufmodelle nicht von Belang. Alles spielt sich im Unternehmenssektor ab. Es ergeben sich keine aus ihm heraus- oder in ihn hineinfließenden Ströme. Anders ist das beim SAMUELSON'SCHEN iPod-Beispiel. Auch wenn hier die Arbeitsteilung bei der Erstellung eines Produkts betrachtet wird, so findet diese zwischen zwei Sektoren des erweiterten Kreislaufmodells statt – zwischen dem Sektor Unternehmen und dem Sektor Ausland. Die Ströme der Halbfabrikate oder Zulieferungen und ihrer Entgeltung sind dann den Exporten und Importen an Fertigerzeugnissen hinzu zu rechnen oder in diesen inbegriffen zu verstehen. Was die Bedeutung des Sektors „Ausland“ im Wirtschaftskreislauf und seinen Modellen tendenziell weiter erhöht.

**I. Themenprägende Begriffe**

- Sektoren
- Güterströme
- Geldströme
- Basiskreislauf
- Erweiterter Wirtschaftskreislauf
- Kreislaufaxiom
- Globalisierung

**II. Fragen zur Überprüfung**

- Welche Sektoren unterscheidet das Modell vom Basiskreislauf?
- Welche Sektoren unterscheidet das Modell vom erweiterten Wirtschaftskreislauf?
- Welche Ströme fließen zwischen den Sektoren?
- Von welchen weiteren wirtschaftlichen Aktivitäten abstrahieren die Kreislaufmodelle?
- Was ist die Aussage des Kreislaufaxioms?
- Welche Entwicklungen führen zu wachsender Bedeutung des Sektors „Ausland“?
- Was ist die Grundvoraussetzung für Sektoren und Ströme in einer Volkswirtschaft?

---

**Literatur****Literaturverzeichnis**

- Bauer, H. (2012) *Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung*, <https://publishup.uni-potsdam.de/frontdoor/index/index/docId/5992> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- BMWi (2019) *Weltwirtschaft im Wandel*, S. 7, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-Wirtschaftspolitik/2019/12/kapitel-1-3-weltwirtschaft-im-wandel.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Deutsche Bundesbank *Monatsbericht (September 2020)*, S. 91
- GeVestor Financial Publishing Group (2021) *Die 10 größten Unternehmen Deutschlands*, Stand: 28.07.2021 mit Bezug auf Quelle Forbes Global 2020 <https://www.gevestor.de/finanzwissen/oekonomie/rankings/die-10-groessten-unternehmen-deutschlands-753239.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Handelsblatt (2020) *Die zehn größten Unternehmen der Welt* <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ranking-2019-die-zehn-groessten-unternehmen-der-welt/24452302.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Merkel, W. (1992) *Verstaatlichung, Privatisierung und Sozialdemokratie*, ZBW Leibnitz-Informationszentrum Wirtschaft (ECONSTORE)
- Mühlenkamp, H. (2001) *Rechtsform, Trägerschaft und Effizienz öffentlicher Unternehmen: Eine Untersuchung der Auswirkungen formeller Privatisierungsmaßnahmen am Beispiel öffentlicher Theater*, <https://www.jstor.org/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

- Sack, D. (2019) *Vom Staat zum Markt: Privatisierung aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden: Springer
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch, S. 65
- Statistisches Bundesamt (2017) *Export und Import im Zeichen der Globalisierung*, S. 7
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2021) *Gesamtkatalog 2021* [https://www.Gesamtkatalog2021 – Stand: September 2021 – Statistisches Bundesamt \(destatis.de\), Fachserie 7, Reihe 1, 2019 und Fachserie 18, Reihe 1.1.2020 \(letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021\)](https://www.Gesamtkatalog2021 – Stand: September 2021 – Statistisches Bundesamt (destatis.de), Fachserie 7, Reihe 1, 2019 und Fachserie 18, Reihe 1.1.2020 (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021))
- WELTEXPORTE. Das Fachmagazin (19.09.2020) *Die größten Unternehmen Deutschlands nach Umsatz.* <https://www.weltexporte.de/deutschland-unternehmen/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Wirtschaftswoche (2021) *Die zehn größten Unternehmen der Welt*, 13.07.2021 mit Bezug auf Quelle Forbes, <https://www.wiwo.de/unternehmen/ranking-der-groessten-firmen-die-zehn-groessten-unternehmen-der-welt/26826998.html> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Woll, A (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 36

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Altmann, J. (2014) *Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 75–108
- Brook, D. (2018) *Globalisierung*, Wiesbaden: Springer
- Morasch, F./ Bartholomae (2017) *Handel und Wettbewerb auf globalen Märkten*, Wiesbaden: Springer



# Inlandsprodukt und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

4

## Zusammenfassung

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist die Darstellung des volkswirtschaftlichen Kreislaufmodells in realen Werten. Zentrale Größe ist das Bruttoinlandsprodukt. Zu unterscheiden davon sind das Bruttonationaleinkommen und das Volkseinkommen. Das Bruttonationaleinkommen ist der begriffliche Nachfolger des Bruttosozialprodukts. Entsprechend der Messstellen im Kreislaufmodell werden mit Bezug auf diese Größen Entstehungsrechnung, Verwendungsrechnung und Verteilungsrechnung unterschieden. Gegenstand der Verteilung ist das Volkseinkommen. Durch Aktivitäten des Staates werden Primärverteilung und Sekundärverteilung unterschieden. Das Bruttosozialprodukt ist der in einer zentralen Größe ausdrückbare Indikator für Leistungskraft und Wohlstand eines Landes – sowohl im Zeitverlauf als auch im internationalen Vergleich. Zu den Faktoren, die die Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsindikator einschränken, gehört die Schattenwirtschaft.

## 4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

### 4.1.1 Inhalt und Abgrenzung

Wirtschaftliche Kreislaufmodelle stellen die arbeitsteilige Verflechtung der verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft dar. Sie beschränken sich dabei aber auf qualitative Aussagen, ohne die Größe der zwischen den Sektoren fließenden Ströme zu beziffern. Dabei können wesentliche volkswirtschaftliche Zusammenhänge abgebildet werden. Gleichwohl erscheint es wünschenswert, diese Aussagen durch Untersetzung mit realen Zahlen praktisch verwertbar und zur Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen machen zu können. Hier knüpft die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung an.

► Die **volkswirtschaftliche Gesamtrechnung** ist die zeitraumbezogene Quantifizierung des volkswirtschaftlichen Kreislaufmodells. Mit Hilfe eines Instrumentariums von Definitionen, Konten, Tabellen und Gleichungen werden die wirtschaftlichen Aktivitäten eines Landes in Form statistischer Daten erfasst, aggregiert und als Zusammenwirkung der Sektoren bei der Entstehung, Verwendung und Verteilung von Einkommen ausgewiesen. Zentrale Größe ist das Bruttoinlandsprodukt, das gemäß dem Kreislaufaxiom sowohl die Wirtschaftsleistung eines Jahres als auch die Größe ihres Verbrauchs ausdrückt.

Je größer der Kuchen, der gebacken wird, umso mehr kann davon gegessen werden. Durch wen und in welchen Portionen auch immer.

Wie Abb. 4.1 zeigt, ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im engeren Sinne Bestandteil des über sie hinausgehenden gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens. Ein vereinfachtes Verständnis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung setzt diese mit dem gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesen gleich.

Abb. 4.1 zeigt, dass wir eine Reihe von Teilrechnungen unterscheiden. Die wichtigste Unterscheidung ist die zwischen Bestandsgrößen und Stromgrößen. Stromgrößen lösen, wie auch in der betrieblichen Buchhaltung, in einem Zeitraum Veränderungen in Bestandsgrößen zu bestimmten Zeitpunkten aus. Nehmen wir an, das Volksvermögen als Bestandsgröße in der Volksvermögensrechnung (darunter Geldvermögen in Banken, Wertpapieren und bei Versicherungen minus Verpflichtungen) beträgt zum Zeitpunkt A (Jahresbeginn) 100. Die wirtschaftlichen Aktivitäten im Jahresverlauf (Stromgröße/Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im engeren Sinne) sei 7. Dann beträgt das Volksvermögen zum Zeitpunkt B (Jahresende) 107. Dies ist wieder eine Bestandsgröße der Volksvermögensrechnung.

Wie die Volksvermögensrechnung gehört auch die Zahlungsbilanzstatistik nicht zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im engeren Sinne, Sie ist die detaillierte monetäre Aufzeichnung aller Geld- und Güterströme zwischen Inland und Ausland und wird durch die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nur als undifferenzierte Größe erfasst.

Darstellungsformen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die „Input-Output-Rechnung“ und die „Finanzierungsrechnung“.

Volkswirtschaftliches Rechnungswesen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung i.w.S.				
Volksvermögensrechnung	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung i.e.S.			Zahlungsbilanzstatistik
	Nationale Buchhaltung	Input-Output-Rechnung	Finanzierungsrechnung	

**Abb. 4.1** Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die **Input-Output-Rechnung** erfasst die realwirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb einer Volkswirtschaft als Ströme zwischen Sektoren und Wirtschaftsbereichen. Einbezogen hierin sind auch die Güterströme zwischen der Volkswirtschaft und dem Ausland. Wesentliche Vorarbeiten dafür lieferte der amerikanische Ökonom Wassily LEONTIEF in den 1930er-Jahren des 19. Jahrhunderts.

Die **Finanzierungsrechnung** („Flow of Funds – Analyse“) ist die Erfassung der Geldströme im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf und ergänzt damit das Bild realwirtschaftlicher Verflechtungen der Input-Output-Rechnung. Sie vermittelt einen Überblick über Anlage- und Finanzierungsverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten.

In Deutschland erstellt das Statistische Bundesamt die Input-Output-Rechnung und weist sie im Statistischen Jahrbuch – seit 2020 im Statistischen Gesamtkatalog – aus. Zuständig für die Finanzierungsrechnung ist die Deutsche Bundesbank, die regelmäßig in ihren Monatsberichten eine Übersicht über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in Deutschland veröffentlicht.

### 4.1.2 Nutzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Teil der amtlichen Statistik zahlreicher Länder ausgebaut und weitgehend standardisiert. Als „National Income Accounting“ ist sie heute Bestandteil internationaler Statistiken.

Wo liegt der Nutzen der Ergebnisse über ihren rein statistischen Wert hinaus? Bei der Antwort auf diese Frage unterscheiden wir drei Hauptfelder, für die die Erfassung und Auswertung gesamtvolkswirtschaftlicher Daten von Bedeutung ist.

1. Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind ein wichtiges Fundament für die **Forschung**. Die Untersuchung und Erklärung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge ist umfassender und überzeugender, wenn sie auf statistisch ermittelten Daten der realen Wirtschaftspraxis basieren. Einerseits entstehen volkswirtschaftliche Theorien aus empirischen Beobachtungen. Andererseits muss sich ihre Gültigkeit am Kriterium der Wirtschaftspraxis messen und beweisen. Selbstverständlich kann durch logische Überlegung festgestellt werden, dass der Konsum C und die Ersparnis S in einem funktionalen Zusammenhang zum Einkommen Y stehen (vgl. Kap. 1). Wie hoch aber ist der Anteil der Ersparnis am Einkommen? Bleibt er bei steigendem Einkommen konstant, wächst oder sinkt er? Den empirischen Nachweis darüber kann allein die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erbringen.

Tab. 4.1 zeigt die Entwicklung von verfügbarem Einkommen, privater Ersparnis und Sparquote seit 2011. Es ist an dieser Stelle nicht Aufgabe, aus der Analyse dieser Zahlen volkswirtschaftlich Grundsätzliches abzuleiten. Um zu Aussagen zu gelangen, ob sich Einkommen und Ersparnis bei relativ konstanter Sparquote langfristig synchron bewegen oder ob die Zunahme der Sparquote um ein oder zwei Prozent in zehn Jahren schon ein repräsentativer Trend nach oben ist, dazu bedarf es der Einbeziehung vieler

**Tab. 4.1** Entwicklung der Sparquote in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021)

	BIP 2018 in Mio. US-\$	Bevölkerung in Mio.	BIP/Kopf 2018 in US-\$	BIP/ Kopf	BIP/Kopf x Bevölkerung
Deutschland	4000	82,8	48.264	48.309	3.996.259,20
Frankreich	2775	66,9	42.878	41.480	2.868.538,20
Großbritannien	2829	66,3	42.558	42.670	2.821.595,40
Italien	2072	60,5	34.260	34.248	2.072.730,00
Schweden	551	10,1	53.873	54.554	544.117,30
Schweiz	704	8,5	82.950	82.824	705.075,00
Luxemburg	69	0,6	114.234	115.000	68.540,40
USA	20.494	327,2	62.606	62.634	20.484.683,20
China	13.407	1392,70	9608	9627	13.381.061,60
Japan	4972	126,5	39.306	39.304	4.972.209,00
Russland	1631	144,5	11.327	11.287	1.636.751,50
Indien	2717	1352,60	2036	2009	2.753.893,60

weiterer Faktoren. Zum Beispiel der Betrachtung eines längerfristigen Zeitraumes sowie der Korrelation zur wirtschaftlichen Entwicklung (Konjunktur, Finanzkrisen, Pandemien). Die infolge der Corona-Lockdowns 2020 drastisch gestiegene Sparsamkeit (vgl. Tab. 4.1) wird an anderer Stelle Thema sein. Gesichertes Wissen ist, dass all diese Überlegungen nicht ohne die Erfassung und Vorlage der dafür notwendigen, hochaggregierten Daten möglich sind.

Eine interessante Brücke zwischen Punkt 1 „Forschung“ und dem nachfolgenden Punkt 2 „Wirtschaftspolitik“ sind die Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der „5 Weisen“ (vgl. Kap. 9). Hier erfolgt die Verwertung gesamtwirtschaftlicher Daten in der Forschung als Zwischenstation für Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik.

2. Die **Wirtschaftspolitik** braucht die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Für die Konjunkturpolitik (vgl. Kap. 10) zum Beispiel sind gesamtvolkswirtschaftliche Daten Indikatoren dafür, ob sich die Wirtschaft im Aufschwung oder im Abschwung befindet. In Abhängigkeit davon wählt der Staat seine konjunkturpolitischen Mittel. Zum Beispiel die Steuerpolitik der Regierung oder die Zinspolitik der (Europäischen) Zentralnotenbank. Gleichzeitig ist das gesamtwirtschaftliche Datenmaterial ein Kontrollinstrument dafür, ob die politischen Maßnahmen einschlagen. Ob sie erfolgreich sind oder ob es Korrekturen bedarf.
3. Schließlich orientiert sich auch die **Unternehmensstrategie** an gesamtwirtschaftlichen Daten. Ein Unternehmen operiert nicht unabhängig von seinem Umfeld. Weist die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum aus, so heißt das, dass Einkommen und Nachfrage tendenziell steigen. Ein Unternehmen wird in einer solchen Situation Investitionen positiver gegenüberstehen, als wenn das

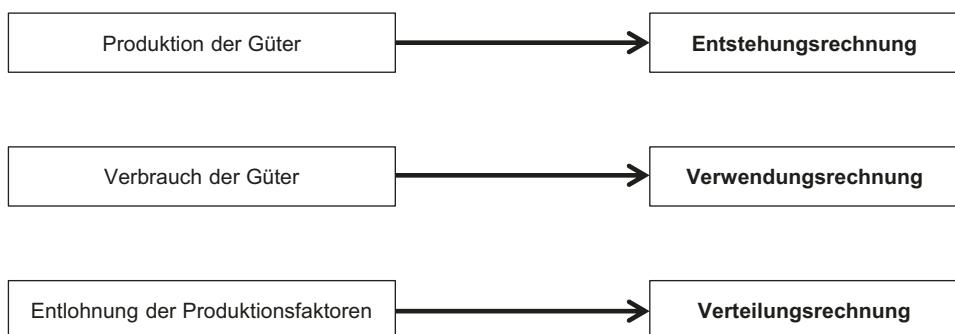
Wirtschaftsbarometer auf Schlechtwetter zeigt. Auch Strukturveränderungen zwischen Wirtschaftsbereichen und Branchen sind Signale für Produktions- und Absatzstrategie auf betrieblicher Ebene.

### 4.1.3 Gegenstand

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist eine **Wertschöpfungsrechnung** und keine Umsatzrechnung. Das heißt, dass nur diejenigen wirtschaftlichen Aktivitäten gemessen werden, die eigene Leistung auf der jeweiligen Produktionsstufe verkörpern, und dass die in einem Zuliefererzeugnis bereits steckende Leistung ausgeklammert wird. So werden aus der Sicht der gesamten Volkswirtschaft Doppel- und Dreifach-Zählungen vermieden. Ein sehr einfaches Beispiel für eine solche Abgrenzung liefert Tab. 4.2.

Verstehen wir nun A, B und C als Repräsentanten aller Produzenten einer ganzen Volkswirtschaft, so beläuft sich die Wertschöpfung, die erfasst wird, auf 65. Der gesamte Produktionswert (vereinfacht: Umsatzsumme aller Unternehmen) beträgt 140. Den in der Volkswirtschaft insgesamt erwirtschafteten Einkommen entspricht die Wertschöpfung. Das Entgelt für die an der Konsumgüterproduktion C beteiligten Haushalte misst sich an ihrer erbrachten Leistung und nicht an der, die bereits an der Rohstoffproduktion beteiligte Akteure erbracht und vergolten bekommen haben. Deshalb stehen die Wertschöpfung und nicht die Umsatzsumme im Mittelpunkt der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung entnimmt dem Wirtschaftskreislauf ihre Daten an drei unterschiedlichen Messstellen:



**Tab. 4.2** Wertschöpfung und Umsatz

	Rohstoff- Produzent A	Produktionsgüter- Produzent B	Konsumgüter- Produzent C	Gesamt
Vorleistung	0	30	45	75
Eigene Leistung (Wertschöpfung)	30	15	20	65
Umsatz	30	45	65	140

## 4.2 Sozialprodukt und Inlandsprodukt

Bis hierher haben wir festgestellt, dass a) für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die Wertschöpfung die entscheidende Größe ist und b) für ihre Erfassung und Bewertung drei Messstellen von Bedeutung sind. Wir haben bisher noch bewusst darauf verzichtet, uns dazu zu platzieren, welchen Namen diese hochaggregierte Größe der Wertschöpfung einer Volkswirtschaft trägt. Was das Synonym für Leistungskraft und Wohlstand einer Wirtschaft ist. Wir haben es hier nicht mit einem, sondern mit mehreren Begriffen zu tun. Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt, Volkseinkommen oder Nationaleinkommen. Diese unterscheiden sich inhaltlich teilweise und haben in der jüngeren Vergangenheit ihre Gewichtung und Priorisierung verändert.

Ältere von uns werden sich an die Neue Deutsche Welle und den Hit von Geier Sturzflug „Bruttosozialprodukt“ von 1983 erinnern:

„Ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt.  
Wir steigern das Bruttosozialprodukt!“  
(Geier Sturzflug 1983)

Die singen nicht „Bruttoinlandsprodukt“, sondern „Bruttosozialprodukt“. Synonym für wirtschaftliche Leistungskraft und Wohlstand zur damaligen Zeit. Tatsächlich war bis Anfang der 1990er-Jahre das Bruttosozialprodukt (BSP) die zentrale Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Statistik in Deutschland. An ihm wurden andere Größen wie Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Volkseinkommen (VE) gespiegelt. In den 1990er-Jahren dreht sich diese Relation, und im Statistischen Jahrbuch 1999 verschwindet das Bruttosozialprodukt gänzlich und wird durch das Bruttonationaleinkommen (BNE) – seinen begrifflichen Nachfolger – ersetzt. Inzwischen geht die Diskussion – vor allem unter dem Eindruck von Globalisierung und Wohlstandsbewertung wieder in Richtung einer Renaissance des Bruttosozialprodukts unter seinem neuen Namen. This Petersen stellt fest, „dass der den Bürgern eines Landes zur Verfügung stehende materielle Wohlstand wohl besser durch das BNE, als durch das BIP gemessen wird. Selbst wenn eine Ablösung des BIP durch das BNE gegenwärtig wenig wahrscheinlich ist, sollte das BIP zukünftig zumindest durch das BNE ergänzt werden.“ (Petersen 2019)

### 4.2.1 Gemeinsames und Unterschiede

Beim Vergleich der oben genannten Begriffe überwiegen die Gemeinsamkeiten. Sie alle drücken die Wertschöpfung im Sinne von Tab. 4.2 und nicht die Umsatzrechnung aus – sind also für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung grundsätzlich von Belang. Dass hier Sozialprodukt oder Inlandsprodukt „Brutto“ im Namen führen, hat, wie wir später sehen werden, andere Bezüge als den auf eine etwaige Umsatzrechnung.

Die nächsten Abschnitte gehen genauer auf die Entstehungsrechnung, Verwendungsrechnung und Verteilungsrechnung ein. Dort werden wir den genannten Begriffen und ihrem Verhältnis zueinander mit Bezug auf die jeweilige Messstelle immer wieder begegnen. Hier soll zunächst Grundsätzliches zu ihrem gegenseitigen Verhältnis festgestellt werden. Auch um die Präambel zum Einstieg in diesen Abschnitt besser zu verstehen.

### 4.2.2 Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen und Bruttoinlandsprodukt

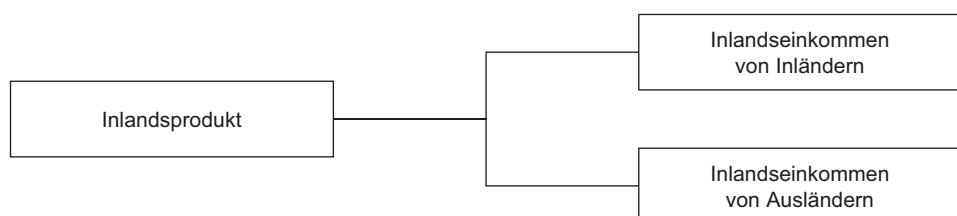
Zunächst gilt es festzustellen, dass es den Begriff **Bruttosozialprodukt (BSP)** in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und in der Statistik der Bundesrepublik Deutschland seit Ende der 1990er-Jahre nicht mehr gibt. Er begegnet uns aber seitdem mit anderem Namen gleichen Inhalts: als **Bruttonationaleinkommen (BNE)**.

Wenn wir also hier dem **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** das Bruttosozialprodukt vergleichend gegenüberstellen, tun wir das im gleichen Maße mit seinem Nachfolger, dem Bruttonationaleinkommen. Auf diesen Namen legen wir uns im Folgenden auch fest.

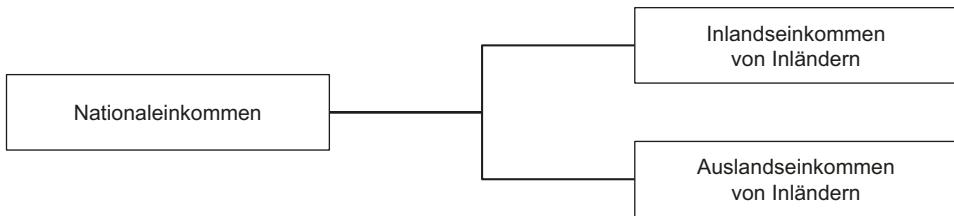
Das Bruttoinlandsprodukt wie auch Bruttonationaleinkommen drücken die volkswirtschaftliche Wertschöpfung eines Jahres in Einheit und Gleichheit zwischen Leistung und Einkommen, wie wir zunächst unterstellen, aus. Auf die für beide gleichermaßen gelgenden Berechnungsschritte von Brutto über Steuern und Subventionen auf Netto kommen wir in den folgenden Abschnitten zu sprechen. Hier ist zunächst der Verweis auf den Unterschied wichtig. Dieser liegt in der Verflechtung der Volkswirtschaft mit dem Rest der Welt und somit im Sektor Ausland.

Beide, BNE (BSP) und BIP haben in ihrer Substanz all jene Einkommen zum Inhalt, die inländische Haushalte (Inländer) im Inland erzielen. Ohne den Sektor Ausland wäre es das, BNE (BSP) und BIP wären identisch. Der Unterschied im Ansatz von BNE (BSP) und BIP liegt in ihrer unterschiedlichen Einbeziehung von Einkommen begründet, die zum einen Inländer im Ausland und zum anderen Ausländer im Inland erzielen.

Hier setzten die beiden unterschiedlichen Erfassungen an. Das Bruttoinlandsprodukt folgt dem **Inlandskonzept** und stellt die räumliche Abgrenzung der Wertschöpfung und nicht deren Träger in den Mittelpunkt. Es beinhaltet alle (durch wen auch immer) im Inland produzierten Werte bzw. erzielten Einkommen. Dazu zählen die Inlandseinkommen von Inländern und die Inlandseinkommen von Ausländern. Dies stellen wir in Abb. 4.2 dar.



**Abb. 4.2** Inlandskonzept



**Abb. 4.3** Inländerkonzept

Dem Bruttonationaleinkommen liegt das **Inländerkonzept** zugrunde. Hier kommen zu den Einkommen von Inländern im Inland die Einkommen von Inländern im Ausland hinzu. Damit folgt das Inländerkonzept nicht der räumlichen, sondern der personellen Abgrenzung zwischen Inland und Ausland. Diesen Zusammenhang zeigt Abb. 4.3.

### Beispiele

Was ein kanadischer Personalchef bei der Eisenbahnproduktion von Bombardier in Hennigsdorf verdient, ist Inlandseinkommen von Ausländern. Es zählt damit zum Bruttoinlandsprodukt, aber nicht zum Bruttonationaleinkommen. Das Einkommen eines deutschen Ausbilders in China (vgl. Beispiel unter Abschn. 3.5) ist Auslandseinkommen von Inländern. Damit gehört es zum Bruttonationaleinkommen, aber nicht zum Bruttoinlandsprodukt. Voraussetzung für die Einkommenserzielung von Ausländern im Inland oder von Inländern im Ausland ist dabei nicht deren körperliche Präsenz jenseits der Grenzen ihres Landes. Einen hohen und wachsenden Anteil haben Einkommen aus Kapitaleinlagen. Die Zinsen aus dem Kauf deutscher BMW-Aktien durch einen finnischen Anleger sind Inlandseinkommen von Ausländern und damit Bestandteil des Bruttoinlandsprodukts, nicht des Bruttonationaleinkommens. Bezieht ein deutscher Anleger Zinsen aus US-amerikanischen Wertpapieren, sind das Einkommen von Inländern im Ausland. Damit Bestandteil des Bruttonationaleinkommens, nicht des Bruttoinlandsprodukts. ◀

Nun könnte die Frage auftreten, ob sich beides am Ende ausgleicht, alles ein Nullsummenspiel ist und Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen trotz unterschiedlicher Berechnungsbasis wertmäßig am Ende etwa gleich sind. Die Antwort lautet „Nein“. Zwischen beiden Größen steht wertmäßig der „Nettokapitalexport“ („Einkommen aus übriger Welt“). Es handelt sich hier genau um den Saldo aus den Einkommen von Inländern im Ausland und den Einkommen von Ausländern im Inland.

Die für Deutschland gezeigten Proportionen zwischen BIP und BNE sind nicht selbstverständlich (vgl. Tab. 4.3). Rein rechnerisch können die Einkommen aus übriger Welt auch ein negatives Vorzeichen haben und das BIP das BNE wertmäßig übersteigen. Ein Nettokapitalexportüberschuss ist aber typisch für die deutsche Volkswirtschaft (vgl. Abschn. 13.2 „Zahlungsbilanz“). Er besagt, dass Deutsche mehr Geld im Ausland verdienen, als Ausländer in Deutschland. Eine solche Proportion ist in der Weltwirtschaft

**Tab. 4.3** BIP, Einkommen aus übriger Welt und BNE in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021)

in Mrd. €	BIP	+ Einkommenssaldo „übrige Welt“	= BNE
2010	2564	+ 52	2616
2011	2693	+ 70	2773
2012	2745	+ 66	2811
2013	2811	+ 65	2876
2014	2927	+ 59	2986
2015	3026	+ 69	3095
2016	3135	+ 78	3213
2017	3260	+ 77	3337
2018	3356	+ 91	3447
2019	3449	+ 94	3543
2020	3329	+ 98	3427

**Tab. 4.4** BIP und BNE im internationalen Vergleich. (Quelle: Petersen 2019)

Land	BIP (Mrd. US-\$)	BNE (Mrd. US-\$)	Relation BNE/BIP
Japan	4872	5043	1,035
Frankreich	2583	2647	1,025
<b>Deutschland</b>	<b>3693</b>	<b>3771</b>	<b>1,021</b>
USA	19.485	19.872	1,020
Italien	1944	1955	1,006
Spanien	1314	1313	0,999
China	12.238	12.207	0,997
Kanada	1647	1629	0,989
Großbritannien	2638	2589	0,981
Russland	1578	1539	0,975
Indien	2651	2572	0,970

eher typisch für entwickelte Industrieländer, während weniger entwickelte Volkswirtschaften hier oft einen negativen Saldo ausweisen. Das zeigt sehr anschaulich eine internationale Übersicht für das Jahr 2017 in Tab. 4.4.

Die Verhältniszahlen in Spalte 3 von Tab. 4.4 suggerieren geringe Unterschiede. Im Falle Deutschlands weicht das BNE 2017 um + 2 % vom BIP ab, im Falle Indiens um – 3 %. Betrachtet man aber die Dimension dieser volkswirtschaftlichen Aggregate, so sprechen wir bei den Differenzen um zweistellige Milliardenzahlen – egal ob in US-\$ oder Euro.

### 4.2.3 Volkseinkommen

Es bleibt für die Transparenz zwischen den Hauptkategorien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung noch die Einordnung des **Volkseinkommens Y**.

**Tab. 4.5** Bruttonationaleinkommen und Volkseinkommen

Bruttonationaleinkommen	
-	Abschreibungen
=	Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen
-	Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen
=	Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten (Volkseinkommen Y)

Zunächst steht das Volkseinkommen in engerer Verbindung zum Nationaleinkommen (ehemals Sozialprodukt) als zum Inlandsprodukt. Dies deshalb, weil es dem Inländerkonzept und nicht dem Inlandskonzept folgt. „Einkommen der Inländer im Ausland drin. Einkommen der Ausländer im Inland draußen.“ Zwischen Bruttonationaleinkommen und Volkseinkommen stehen rechnerisch zwei Stufen: *Erstens* die Verminderung des Bruttonationaleinkommens um die Abschreibungen (die für Ersatzinvestitionen für den Verschleiß bestehender Investitionsgüter dienen) und *zweitens* die Herausrechnung des Einflusses des Staates – den Abzug von preiserhöhenden Steuern und die Hinzufügung von preissenkenden Subventionen.

Tab. 4.5 weist darauf hin, dass das Volkseinkommen geringer sein muss als das Bruttonationaleinkommen. Tatsächlich ist diese Proportion für die deutsche Volkswirtschaft 2020 2500 Mrd. € (Y) zu 3427 Mrd. € (BNE). Das heißt für 2020, das Volkseinkommen beträgt 73 % des Bruttonationaleinkommens oder: 27 % des Bruttonationaleinkommens sind Abschreibungen oder um Subventionen verminderte indirekte (preiserhöhende) Steuern.

- Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Faktoreinkommen (Erwerbs- und Vermögensseinkommen), die Inländern innerhalb einer Periode zugeflossen sind.

#### 4.2.4 Prioritätenwechsel in der deutschen Gesamtrechnung und Statistik

Kommen wir zurück zur eingangs dieses Abschnitts gestellten Frage nach möglichen Ursachen für Veränderung in der Hierarchie zwischen den betrachteten Kategorien.

Hier können wir zunächst feststellen, dass volkswirtschaftliche Leistungskraft (Summe aller im Inland hergestellten Güter) mit dem Wohlstand der Bevölkerung (Summe aller durch inländische Haushalte erzielter Einkommen) nicht genau übereinstimmt. Damit trennen wir uns von einer bisher stillschweigend vorgenommenen Abstraktion. Das die Leistungskraft besser zum Ausdruck bringende Bruttoinlandsprodukt differiert um die Einkommen aus übriger Welt vom Bruttonationaleinkommen, das seinerseits besser den Wohlstand der Bevölkerung ausdrückt.

Wie eingangs erwähnt, hat sich Anfang der 1990er-Jahre ein Prioritätenwechsel von Bruttosozialprodukt zu Bruttoinlandsprodukt ergeben. Daran änderte auch die begriffliche

Ablösung von Bruttosozialprodukt durch Bruttonationaleinkommen Ende der 1990er nichts.

Inzwischen gibt es wieder verstärkte Diskussion zu diesem Thema, ohne dass von ihrem Niederschlag in einer veränderten Gesamtrechnung und Statistik, von einer Ablösung des BIP als Primus unter den Kategorien, auszugehen ist. Klar ist die beste Aussagekraft des BIP als Leistungsindikator. Umstritten ist sie als Wohlstandsindikator. Weil es für die zu Konsum und Sparen verfügbaren Einkommen der Haushalte egal ist, ob sie im Inland oder im Ausland erzielt wurden. Gleichzeitig spielt es für die Haushalte einer Volkswirtschaft keine Rolle, ob neben ihnen auch ausländische Akteure Einkommen im Inland erzielt haben.

Ergänzend für die Aussagekraft des Bruttonationaleinkommens spricht *zum einen* (im Falle Deutschlands) ein positiver Außensaldo. Das heißt, das BNE klammert weniger Einkommen von Ausländern im Inland aus als das BIP Einkommen von Inländern im Ausland. Ergänzend pro BNE spricht weiter, dass mit zunehmender Globalisierung und internationaler Verflechtung die Ströme zwischen Volkswirtschaft und Ausland stärker werden und sich die Bedeutung eines positiven Außensaldos auch quantitativ verstärkt.

Wir werden auf dieses Thema unter Abschn. 4.6 und unter Abschn. 14.2 zurückkommen.

Gegenstand der nachfolgenden Abschnitte sind Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts. Die darin getroffenen Aussagen gelten ebenso für dessen Geschwisterbegriffe „Bruttonationaleinkommen“ (ehemals „Bruttosozialprodukt“) und „Volkseinkommen“. Nur eben mit den zurückliegend erklärten Unterschieden zwischen ihnen.

---

## 4.3 Entstehung des Inlandsprodukts

### 4.3.1 Berechnungsprinzip

Die **Entstehungsrechnung** erfasst die wirtschaftliche Leistung einer Periode nach den Quellen ihrer Herkunft. Wie Tab. 4.6 zeigt, ordnet sich die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts nach Bereichen der Wirtschaft in ein System des Zusammenhangs zwischen den anderen Kategorien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein.

### 4.3.2 Entstehungsstruktur

Die Ausgangsfrage der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts ist: Welche Bereiche der Volkswirtschaft haben innerhalb einer Periode welchen Anteil an seiner Entstehung? Tab. 4.6 gibt in ihrem ersten Teil hierauf die Antwort der offiziellen Statistik der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2018. Dabei wird der Sektor „Unternehmen“ gegliedert in „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Produzierendes Gewerbe“ (darunter Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Energie, Wasser, Bau) und „Dienstleistungsbereiche“

**Tab. 4.6** Entstehung des Bruttoinlandsprodukts 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021, eigene Zusammenstellung und Strukturierung)

Wirtschaftsbereich/Kategorie		2018 in Mrd. €
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>		<b>23</b>
<b>Produzierendes Gewerbe</b>		<b>947</b>
<b>Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)</b>		<b>787</b>
Bergbau	4	1
Verarbeitendes Gewerbe	705	
Energieversorgung	47	1
Wasserversorgung, Entsorgung	31	1
<b>Baugewerbe</b>		<b>160</b>
<b>Dienstleistungsbereiche</b>		<b>2,084</b>
<b>Handel, Verkehr Gastgewerbe</b>		<b>497</b>
Handel	305	
Verkehr und Lagerei	143	
Gastgewerbe	49	
<b>Information und Kommunikation</b>		<b>144</b>
<b>Finanz- und Versicherungs-Dienstleister</b>		<b>112</b>
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen</b>		<b>326</b>
<b>Unternehmensdienstleister</b>		<b>330</b>
<b>Öffentliche Dienstleister</b>		<b>555</b>
Verwaltung, Verteidigung, SV		
Erziehung, Unterricht		
Gesundheits- und Sozialwesen		
<b>Sonstige Dienstleister</b>		<b>120</b>
darunter Kunst, Unterhaltung, Erholung		
<b>Wertschöpfung</b>		<b>3,054</b>
+ indirekte Steuern	+ 340	
- Gütersubventionen	- 8	
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>		<b>3,386</b>
+ Einkommen aus übriger Welt	+ 201	
- Einkommen an übrige Welt	- 128	
<b>Bruttonationaleinkommen</b>		<b>3,459</b>
Abschreibungen	- 600	
<b>Nettonationaleinkommen</b>		<b>2,859</b>
- Produktions- und Importabgaben	- 356	
- Staatliche Subventionen	+ 29	
<b>Volkseinkommen</b>		<b>2,532</b>

(darunter Handel/Verkehr/Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Finanzen und Versicherungen, Immobilien, Unternehmensdienstleistungen). Auch öffentliche Dienstleistungen des Sektors Staat wie Verteidigung oder Bildung werden der Wertschöpfung zugeordnet.

Seine selbständige Rolle kommt dem Staat in der Differenz zwischen Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt – durch die Hinzurechnung der indirekten Steuern und den Abzug der Gütersubventionen – zu. Der übrige Teil von Tab. 4.6 bildet die bereits allgemein hergestellten Zusammenhänge des Bruttoinlandsprodukts zum Bruttonational-einkommen und zum Volkseinkommen ab. Diesmal anhand statistischer Daten.

Tab. 4.6 dient der praktischen Illustration der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Unsere Aufgabe ist es hier nicht, die Strukturen der Wertschöpfungen und deren Entwicklung in Deutschland im Detail zu analysieren und zu interpretieren. Zwei wichtige Aussagen sollen trotzdem erlaubt sein.

1. Die Wertschöpfung in Deutschland besteht bis 2019 – das wird in Tab. 4.6 nicht sichtbar, zu einem Drittel aus produzierendem Gewerbe und zu zwei Dritteln aus Dienstleistungen. Letztere in einer besonders breiten Strukturpalette. Das hier ausgewiesene Jahr 2020 zeigt eine Proportion von 30 % zu 70 %. Diese noch stärkere Gewichtung des Dienstleistungssektors ist vorerst vor allem auf den einmaligen Einfluss der Corona-Beschränkungen auf die Wertschöpfung zurückzuführen. Von 2019 zu 2020 ging die Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) allein um knapp 10 % zurück. Bei Dienstleistungen konnten die bekannten starken Rückgänge im Gastgewerbe durch leichte Anstiege bei Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen und bei Öffentlichen Dienstleistungen kompensiert werden.
2. Trotz sich verändernder Strukturen innerhalb einzelner statistischer Größen lässt sich bisher mittelfristig eine relative Stabilität in den Grundproportionen erkennen. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Wertschöpfung Deutschlands liegt 2019 ebenso bei einem Drittel wie zehn Jahre zuvor. Auf die Besonderheiten des Jahres 2020 haben wir bereits hingewiesen. Ob Digitalisierung und eine (teilweise) Verfestigung von Strukturveränderungen durch die Corona-Krise eine längerfristige Verschiebung bewirken, bleibt abzuwarten.

---

## 4.4 Verwendung des Inlandsprodukts

### 4.4.1 Berechnungsprinzip

Die unter Abschn. 4.3 gezeigte Wertschöpfung führt uns über den Saldo aus güterbezogenen Steuern und Subventionen zum Bruttoinlandsprodukt – und zwar zu Marktpreisen. Wir präzisieren hier deshalb von BIP zum genaueren BIP<sup>M</sup>. Dieser Wert steht (sehen wir vom Außeneinkommenssaldo ab) sowohl für den Wert der erbrachten Leistungen als auch für den Wert der zu ihrem Verbrauch verfügbaren Mittel. Hierin liegt die doppelte Bedeutung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Mittlerfunktion zwischen Entstehungsrechnung und Verwendungsrechnung. Abb. 4.4 bringt das in einfacher Form zum Ausdruck.



**Abb. 4.4** Entstehung und Verwendung Inlandsprodukt

**Tab. 4.7** Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021, eigene Berechnungen, Zahlen gerundet)

Verwendungsposition		Mrd. € 2020 jeweilige Marktpreise	Anteil
Bruttoinlandsprodukt	BIP <sup>M</sup>	3329	100 %
Privater Konsum	C	1709	51 %
Konsumausgaben Staat	G	751	23 %
Bruttoinvestitionen	(I <sup>E</sup> + I)	681	20 %
Export-Import-Saldo	(X-M)	188	6 %

Dem Bild der Verwendungsstruktur liegt die einfache Überlegung zugrunde, dass die in einer Volkswirtschaft produzierten Güter (BIP<sup>M</sup>) entweder für den privaten Konsum, die Investitionen oder den Export – besser: den Saldo zwischen Export und Import (Außenbeitrag) – eingesetzt werden können. Das Bruttoinlandsprodukt schließt den abzuschreibenden Wert der Produktionsanlagen – da „zu Marktpreisen“- (vgl. Tab. 4.7) ein. Folglich müssen in seiner Verwendung nicht nur die Neuinvestitionen (oder Nettoinvestitionen) I, sondern auch die Ersatzinvestitionen I<sup>E</sup> und damit die Bruttoinvestitionen insgesamt berücksichtigt sein. Der Ausweis des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen schließt weiterhin den Saldo aus Steuereinnahmen und Subventionsausgaben des Staates ein. Deshalb muss am Ende auch der Staatsverbrauch G eine Position der Verwendungsrechnung sein.

#### 4.4.2 Verwendungsstruktur

Tab. 4.7 zeigt die Verwendungsstruktur des in Deutschland geschaffenen Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen im Jahr 2020. Entsprechend unserem Berechnungsprinzip lautet die Verwendungsgleichung, die dieser Statistik zugrunde liegt

$$\text{BIP}^M = C + G + I^E + I + (X - M) \quad (4.1)$$

Aus Tab. 4.7 geht hervor, dass 72 % (52 + 20) des deutschen Bruttoinlandsprodukts für den **Konsum** verwendet werden. Diese Proportion ist sehr stabil. Sie betrug im Jahr 1990, (vgl. Vorgänger dieses Buches von 1992) 72 % (53 + 19). Das ist bemerkenswert. Tab. 4.8 zeigt, welche Differenz im Konsumanteil verschiedener Länder besteht.

Tab. 4.8 lässt bei näherer Betrachtung eine Reihe analytischer Erkenntnisse gewinnen, denen wir hier nicht weiter folgen wollen. Gegenstand könnten dabei Thesen wie die folgenden sein.

**Tab. 4.8** Konsumanteil am Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich. (Quelle: Statistisches Jahrbuch 2019, eigene Berechnungen)

Land	Anteil am BIP 2018 in Prozent		
	Privater Konsum	Staatsverbrauch	Konsum gesamt
Deutschland	52	20	72
Frankreich	54	24	78
Großbritannien	66	18	84
Italien	61	19	80
Schweden	45	26	71
USA	69	14	83
China	39	15	54
Japan	56	20	76
Russland	53	18	71
Irland	31	12	43

- Bei langfristiger Konstanz von Höhe und Proportion von privatem und staatlichem Konsum in Deutschland können diese im Vergleich zwischen den Ländern erheblich abweichen.
- Die Konsumausgaben insgesamt lassen, vernachlässigen wir den Außenbeitrag, Rückschlüsse auf die Intensität im Investitions- und damit im Produktionsbereich zu. Hierfür ist bei einer Proportion wie in Irland mehr Raum als in Großbritannien, Italien oder den USA.
- Unterschiedliche Anteile von privatem Konsum zu staatlichem Konsum sind (unter sonst gleichen Umständen) ein Indiz dafür, wieviel von den geschaffenen Werten direkt dem Verbrauch der privaten Haushalte zur Verfügung stehen, und wieviel über den Staat umverteilt wird. Möglicherweise sind daraus Rückschlüsse auf Maß oder Stärke der Rolle des Staates in der Wirtschaft zu ziehen. Ein Anteil des privaten Konsums am Gesamtkonsum als ein Indikator für viel oder wenig Staat in der Wirtschaft scheint bei einem Vergleich wie dem zwischen den USA (83 % Privat/17 % Staat) und Schweden (63 % Privat/37 % Staat) nachvollziehbar zu sein.
- Es handelt sich hier um die Betrachtung repräsentativer Proportionen. Kurzeitige Ausschläge in den Verwendungsproportionen des BIP in Krisen wie (Finanz- oder Pandemiekrise) wollen wir in Kap. 14 näher betrachten.

Die Verwendungsstatistik bezieht sich, wie wir in den Tab. 4.7 und 4.8 sehen, in der Regel auf das BIP. Natürlich kann sie analog auch auf Bruttonationaleinkommen oder Volkseinkommen bezogen werden und wird dabei in der Auswertung zu ähnlichen Aussagen wie den hier getroffenen führen. Wir müssen dabei nur beachten, dass auch hier die unter Abschn. 4.2 erklärten Unterschiede zwischen diesen Kategorien ihre Geltung behalten. So unterscheidet sich zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen  $BIP^M$  vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen  $Y$ ), wie wir wissen, durch drei Komponenten. **Erstens** liegt dem Volkseinkommen (wie auch dem BNE) das Inländer-

konzept und nicht das Inlandskonzept zugrunde. **Zweitens** enthält das Volkseinkommen nicht die Abschreibungen als Wertäquivalent der Ersatzinvestitionen. **Drittens** enthält es nicht den Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen. Deshalb entfallen gegenüber Gl. 4.1 die Ersatzinvestitionen  $I^E$  und der Staatsverbrauch  $G$ . Wir kommen auf diesem Weg zu der uns bereits bekannten Gleichung

$$Y = C + I + (X - M) \quad (4.2)$$

Dem im Inland in einer Periode geschaffenen Volkseinkommen stehen Güter für den Konsum und die (Netto-) Investitionen gegenüber. Ihr Wert weicht in Höhe des Export-Import-Saldos ( $X - M$ ) von der Größe des Volkseinkommens ab. Im Falle eines Exportüberschusses nach unten, im Falle eines Importüberschusses nach oben.

#### 4.4.3 Außenbeitrag und Verwendungsrechnung

Der Export-Import-Saldo in seiner Rolle als „Verwendungsposition“ volkswirtschaftlicher Faktorentgelte bedarf einer näheren Erklärung. Betrachten wir der Einfachheit halber zunächst die Rolle des Exports allein. Außer im Inland konsumiert oder investiert zu werden, können erzeugte Güter auf dem Wege des Exports das Land verlassen und stehen damit für den eigenen, inländischen Verbrauch nicht zur Verfügung. Man gibt von dem Kuchen, den man gebacken hat, zunächst ein Stück an andere ab. Da die Exportproduktion wie jede andere aber im Inland Einkommen schafft, bezeichnet man in der Gleichung

$$Y = C + I + X \quad (4.3)$$

Y auch als die **volkswirtschaftliche Endnachfrage**. Nun kommen die Importe ins Spiel. Jede Volkswirtschaft exportiert nicht nur, sondern sie bezieht auch Güter über den Import, die einem Produktionsprozess und Einkommensgenerierung im Ausland entspringen, aber im Inland für die Verwendung zur Verfügung stehen.

$$Y + M = C + I + X \quad (4.4)$$

Gl. (4.4) besagt, dass die in einer Periode im Inland produzierten oder importierten Güter entweder konsumiert, investiert oder exportiert werden können.

Würden sich Importe und Exporte wertmäßig ausgleichen, könnten sie auf beiden Seiten von Gl. (4.4) entfallen. Denn die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist eine Wertrechnung, in der ausgleichende Export- und Importbeträge unsichtbar blieben. Das im Inland Produzierte und das im Inland Verwendete wiese den gleichen Wert aus, hätte nur um die Größe von Export und Import seine qualitative Beschaffenheit verändert.

Ist der Export der Periode nun aber größer als der Import, so ist die für die Volkswirtschaft bleibende Verwendung geringer als das im Inland Geschaffene. Und zwar um den Wert der Differenz zwischen Export und Import. Übertragen wir in Gl. (4.4) den Import  $M$

---

von der linken Seite auf die rechte, entsteht die bereits vorgestellte Verwendungsgleichung des Volkseinkommens (4.2). In ihr ist (X-M) der **Außenbeitrag**. Er drückt den Beitrag des Außenhandels zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung aus und ist das wichtigste Bindeglied zwischen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und der in Kap. 13 vorgestellten Zahlungsbilanz. Den in einer Periode geschaffenen Einkommen Y (Nachfrage) steht eine Gütermenge (Angebot) gegenüber. Diese ist im Falle eines positiven Außenbeitrages um dessen Wert vermindert. Sie ist im Falle eines negativen Außenbeitrags (Importüberschuss) um dessen Wert erhöht. In Höhe eines Exportüberschusses werden Güter für das Ausland produziert und im Inland Einkommen erzielt, die zu einem potentiellen Nachfrageüberhang im Inland führen. Mit vielen weiter in diesem Buch zu beleuchtenden Konsequenzen. Zum Beispiel der Entwicklung des Preisniveaus. Umgekehrt verhält sich das alles bei einem Importüberschuss.

---

## 4.5 Verteilung des Inlandsprodukts

### 4.5.1 Berechnungsprinzip

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen hatten wir als „Brücke“ zwischen Entstehungs- und Verwendungsrechnung bezeichnet. Die Grundfrage der Verteilungsrechnung ist nun: Wie verteilen sich die zum Verbrauch erbrachter Leistungen generierten Einkommen auf die einzelnen Einkommensträger – auf die Haushalte. Bei der Antwort hierauf ist dreierlei zu beachten.

1. Was kann eigentlich verteilt werden? Doch diejenigen Einkommen, die den Haushalten nach Entlohnung ihrer Faktorleistungen zur Verfügung stehen – die Faktoreinkommen. Das sind nicht alle Einkommen, die im Inland erzielt werden (Inlandskonzept – Inlandsprodukt), sondern alle Einkommen, die durch Inländer erzielt werden (Inländerkonzept – Nationaleinkommen). Also muss von Bruttoinlandsprodukt in der Verwendungsrechnung auf Bruttonationaleinkommen als Ausgangspunkt der Verteilungsrechnung umgeschaltet werden. Dazu werden dem Bruttoinlandsprodukt die Einkommen der Ausländer im Inland abgezogen und die Einkommen der Inländer im Ausland hinzugerechnet.
2. Damit haben wir aber immer noch das Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen. Dieses kann in seiner vollen Höhe nicht Gegenstand sein, da es Komponenten enthält, die bei der Verteilung der Faktoreinkommen nicht zur Verfügung stehen.
  - Das sind
  - a. die Abschreibungen;
  - b. die indirekten Steuern, um die die Einkommen zu hoch ausgewiesen würden, weil sie nicht den Haushalten, sondern dem Staat zufließen;

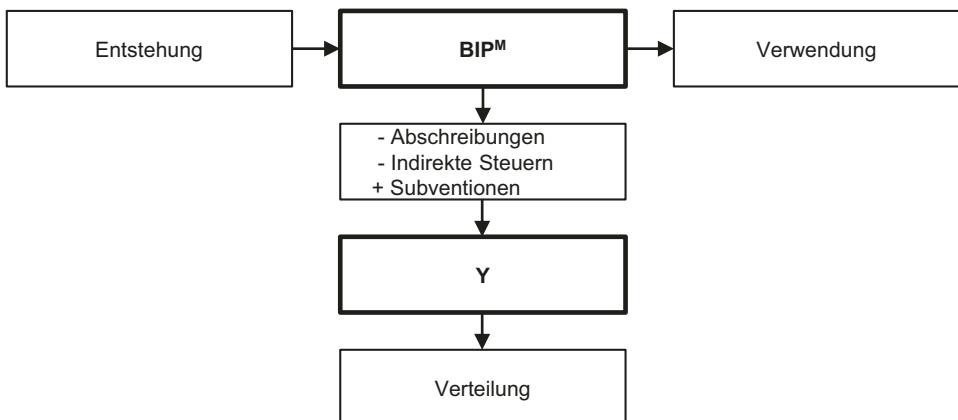
- c. die Subventionen (für Produktionszwecke), um die die Einkommen zu niedrig ausgewiesen werden, da diese als Faktorentgelte gezahlt werden, aber nicht im Marktpreis enthalten sind.

Bereinigt man das Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen um diese drei Komponenten, so erhält man das Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten oder das uns schon bekannte **Volkseinkommen Y** (vgl. Abschn. 4.2). Die Nettowertschöpfung als Volkseinkommen Y ist Ausgangspunkt der Verteilungsrechnung, wie sie in Abb. 4.5 schematisiert ist.

3. Das Volkseinkommen Y als Summe der Entgelte, die den privaten Haushalten für ihre Faktorleistungen aus Arbeit, Boden und Kapital zufließen, enthält Löhne und Gehälter, Unternehmergevinne, Rente (Pacht, Miete) sowie Zinsen.

Nun wissen wir spätestens beim Ausfüllen unserer Einkommensteuererklärung, dass die meisten von uns den Hauptteil ihres Jahreseinkommens aus Lohn oder Gehalt beziehen. Dass vielen aber auch zusätzlich Zinsbeträge aus Sparguthaben und Wertpapieren oder Honorare aus Nebentätigkeit zufließen. Die Struktur der Einkommensquellen ist also vielfältig und damit für die gesamte Volkswirtschaft schwer erfassbar. Daher nimmt die Verteilungsrechnung keine Unterscheidung in diese oder jene Haushalte, sondern eine Gliederung nach Einkommensarten vor. Die beiden grundlegenden Arten sind dabei „Einkommen aus unselbständiger Arbeit“ und „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“.

**Einkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen Bruttolöhne und -Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Sie sind im Wesentlichen Entgelte für Leistungen, die dem Produktionsfaktor Arbeit entspringen. **Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** können als Entgelte für den Einsatz aller drei Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) verstanden werden. Sie ergeben sich rechnerisch aus dem Abzug der Einkommen aus unselbständiger Arbeit vom Volkseinkommen.



**Abb. 4.5** Verteilung des Inlandsprodukts

kommen. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen schließen einen kalkulatorischen Unternehmerlohn – das Entgelt für eingesetztes eigenes und fremdes Sach- und Geldkapital – sowie einen Unternehmergegewinn – das Entgelt für unternehmerische Leistung – ein. Enthalten sind ebenfalls Einkommen von Landwirten, Handwerkern und freiberuflich Tägigen. Und enthalten sind schließlich Einkommen aus Vermietung und Verpachtung.

Der **Verteilungsrechnung** liegt somit der in Gl. (4.5) dargestellte Zusammenhang zugrunde.

$$Y = L + G \quad (4.5)$$

Das den Haushalten als Faktorleistung zufließende Volkseinkommen spaltet sich entsprechend der konkreten Art der Faktorleistungen in Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit (**Lohneinkommen L**) und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – oft kurz als **Gewinneinkommen G** bezeichnet.

## 4.5.2 Verteilungsstruktur

Tab. 4.9 zeigt eine Gegenüberstellung von Lohneinkommen und Gewinneinkommen in den letzten 15 Jahren.

Der Anteil des „Lohneinkommens“ (Bruttoeinkommen aus tändiger Arbeit) am Volksinkommen L/Y und der Anteil des „Gewinneinkommens“ (Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) am Volkseinkommen G/Y ergänzen sich logischerweise zu Eins.

$$L / Y + G / Y = 1 \quad (4.6)$$

In Gl. 4.6 ist L/Y die **Lohnquote**. G/Y wird ihr vereinfacht als **Gewinnquote** gegenübergestellt. Tab. 4.9 zeigt, dass sich die Lohnquote in Deutschland in den letzten 15 Jahren – mit logischer Ausnahme eines Anstiegs im Corona-Jahr 2020 – insgesamt sehr stabil zur Gewinnquote entwickelt hat. Das Verhältnis liegt bei 68/69 % zu 31/32 %. Ein klarer langfristiger Trend in die eine oder in die andere Richtung ist nicht zu erkennen.

Veränderungen im Verhältnis von Lohnquote und Gewinnquote können sich theoretisch **zum einen** aus Veränderungen in der Erwerbstätigengruppe ergeben. Nehmen wir an, es gibt einen Trend von Selbstständigkeit in versicherungspflichtige Arbeitsverhäl-

**Tab. 4.9** Verteilung des Volkseinkommens in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021)

in Mrd. €	„Lohneinkommen“	„Gewinneinkommen“	Volkseinkommen
2005	1149	68 %	553
2010	1295	68 %	32 %
2015	1565	69 %	610
2020	1836	73 %	688
			2253
			2500

nisse, ergäbe sich unter sonst gleichen Umständen eine Erhöhung der Lohnquote. Lohnquote und Gewinnquote können sich **zum anderen** unter sonst gleichen Umständen aus unterschiedlicher Entwicklung von Lohneinkommen und Gewinneinkommen verändert zueinander stellen. Speziell dieser zweite Aspekt besitzt eine wirtschafts-, ja gesellschaftspolitische Dimension. So ist die Gewinnentwicklung auf der einen Seite wichtiges Argument der Gewerkschaften gegenüber Arbeitgeberverbänden bei Forderungen in Tarifverhandlungen (Lohnentwicklung) unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit. Auf der anderen Seite würde eine permanent über der Gewinnentwicklung liegende Lohnentwicklung das Investitionsklima verschlechtern und sich letztlich negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken.

#### 4.5.3 Primärverteilung und Sekundärverteilung

Die bislang dargestellte Verteilung des Volkseinkommens entspricht der Entlohnung der Produktionsfaktoren und wird als **Primärverteilung** bezeichnet. Im Modell des einfachen Wirtschaftskreislaufs, in dem sich allein Unternehmen und Haushalte gegenüberstehen, staatliche Aktivitäten aber ausgeschlossen werden, wäre damit die Verteilung beendet. Eine Umverteilung fände nicht statt. Den Haushalten stünden die Faktorentgelte, die sie aus der ursprünglichen Verteilung beziehen (Löhne, Unternehmergevinne, Zinsen, Mieteinnahmen u. a.) für den Verbrauch zur Verfügung. Uneingeschränkt, aber auch ohne Zugaben. Berücksichtigt man jedoch die Aktivitäten des Staates zur Umverteilung über seinen Haushalt, so muss man zweierlei hervorheben.

1. Das Volkseinkommen enthält zwar nicht die indirekten, in den Marktpreisen der Güter enthaltenen, Steuern. Wohl aber die direkt an die Haushalte adressierten Steuern wie Lohn- oder Einkommensteuer. Diese können nicht unmittelbar dem Verbrauch zufließen, sondern sind an den Staat abzuführen.
2. Es kann ein Haushalt nach dem Abzug der direkten Steuern  $T_H$  vom Bruttoeinkommen auf der einen anderen Seite zusätzlich über Einkommen verfügen, die ihm aus staatlichen Sozialleistungen  $SO$  auf der anderen Seite zufließen – zum Beispiel Kindergeld oder Wohngeld.

$$Y^V = Y - T_H + SO \quad (4.7)$$

Gl. 4.7 besagt, dass das ursprüngliche Volkseinkommen  $Y$  nach Abzug der direkten Steuern  $T_H$  und dem Hinzukommen von Sozialleistungen  $SO$  zum verfügbaren Volkseinkommen  $Y^V$  wird. Diese durch die Aktivitäten des Staates erfolgenden Veränderungen am ursprünglichen, nach der Primärverteilung entstandenen Volkseinkommen heißen **Sekundärverteilung**.

## 4.6 Wohlstandsindikation

### 4.6.1 Indikatoren

Geht es uns heute besser als vor 20 Jahren? Und wenn ja, um wieviel? Welche Länder sind arm und welche reich? Und woran messe ich gesamtwirtschaftlich Armut und Reichtum?

Solche Fragen verlangen nach einem Maßstab, auf den sehr unterschiedliche wirtschaftliche Bedingungen einheitlich und vergleichbar zurückgeführt werden müssen. Ein solcher Maßstab kann nur eine volkswirtschaftlich aggregierte und möglichst in einer Zahl ausdrückbare Größe sein.

Zu Beginn des Abschn. 4.2 haben wir gesehen, dass die zentrale Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gleichzeitig geeignet ist, als aussagefähigster Wohlstandsindikator zu dienen. Oder auch umgekehrt: Dass eine Größe, weil sie am besten Auskunft über den Wohlstand geben kann, zur zentralen Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird. Und wir haben dabei auch gesehen, dass es in der jüngeren Vergangenheit einen Bezugswchsel von Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen (Inländerkonzept) zum Bruttoinlandsprodukt (Inlandskonzept) gegeben hat. Bei jeder dominierenden Größe gab und gibt es in Literatur und Medien auch Argumente für die jeweils andere.

Die aktuelle Statistik in Deutschland verwendet das Bruttoinlandsprodukt als zentrale Größe. Überwiegend wird das Bruttoinlandsprodukt auch als Wohlstandsindikator genutzt. Dafür spricht auch seine Konformität und Vergleichbarkeit mit internationalen Statistiken. Das Bruttoinlandsprodukt ist der bei internationalen Vergleichen von Wirtschaftsleistung und Wohlstand am häufigsten verwendete Indikator. Im **Zeitvergleich** ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts die wichtigste Messgröße für Konjunkturanalysen, wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigungspolitik oder Geldpolitik der Zentralnotenbank. Im **internationalen Vergleich** ist das Bruttoinlandsprodukt wichtigster Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verschiedener Länder oder für deren Einteilung in „arme“ und „reiche“.

*„Seit langem und mit viel Geld bemüht sich die EU, die Lebensverhältnisse innerhalb der Staatengemeinschaft anzugeleichen, indem sie die ärmeren Länder und strukturschwachen Regionen unterstützt. Trotzdem ist der Wohlstand noch immer recht ungleich über den europäischen Kontinent verteilt. So erzielte Dänemark im Jahr 2015 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von fast 48.000 Euro je Einwohner – Griechenland kam lediglich auf ein Drittel dieses Wertes. Die noch immer vergleichsweise jungen Marktwirtschaften Mittel- und Osteuropas liegen sogar noch weiter zurück- das Schlusslicht Bulgarien verbucht 2015 gerade mal ein Pro-Kopf-BIP von 6300 Euro.“*

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (2018)

Dieser Einschätzung des IW liegt als Vergleichsbasis das Bruttoinlandsprodukt zugrunde, Was die oben getroffenen Aussagen zur Wohlstandsindikation belegt. Dass es aber hierbei bis heute weltweit keinen alternativlosen Maßstab gibt, zeigt das folgende Beispiel:

**Beispiel**

Als 1971 auf Beschluss der UNO-Vollversammlung erstmalig die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder („Least Developed Countries – LDC“) konstituiert wurde, galt als Kriterium neben einer Analphabetenrate von 80 % und höher sowie einem Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt von 10 % und weniger ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter 100 US-Dollar. Die Zahl der Länder, auf die das zutraf, betrug damals 24 – darunter Länder wie Afghanistan, Äthiopien, Somalia, Haiti oder Laos.

Die mehrmals geänderte Liste an Kriterien wurde zuletzt im Jahr 2009 angepasst. Jetzt zählen dazu ein Bruttonationaleinkommen pro Kopf im Dreijahresdurchschnitt von weniger als 992 US-Dollar sowie ein menschlicher Vermögensindex HAI (Gesundheit, Bildung.) und ein wirtschaftlicher Verwundbarkeitsindex EVI (Instabilität wirtschaftlicher Entwicklung). Gegenwärtig zählen nach diesen Kriterien weltweit 47 Länder zur Gruppe der LDC. ◀

Für uns ist dieses Beispiel deshalb interessant, weil es zeigt, dass die Wohlstandsindikation durch das BIP zwar dominant, aber nicht in Stein gemeißelt ist. Dass sie zwischen verschiedenen Anlässen und im Zeitverlauf durchaus auch auf Alternativen trifft. Während zur Konstituierung der Gruppe der LDC in der UNO-Vollversammlung 1971 als Armutssymbol das Bruttoinlandsprodukt galt, war es zur letzten Anpassung der Kriterien 2009 das Bruttonationaleinkommen.

#### **4.6.2 Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt**

Das Bruttoinlandsprodukt ist eine Wertgröße. Der Wert ergibt sich aus der Multiplikation der Menge eines jeden Gutes mit seinem Preis. In der gesamtwirtschaftlichen Aggregation folgt:

► **Wert = Menge x Preisniveau**

Wird dem **Zeitvergleich** von wirtschaftlicher Leistungskraft oder Wohlstand der Wert des Bruttoinlandsprodukts (oder auch seiner „Schwesterkategorien“) zugrunde gelegt, so gilt: Die wertmäßige Veränderung des Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus der Veränderung der beiden Wertkomponenten Menge und Preisniveau. Dem entspricht die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts als nominales Bruttoinlandsprodukt.

► Das **nominale Bruttoinlandsprodukt** basiert auf dem Preisniveau des jeweiligen Jahres. Seine wertmäßige Veränderung schließt neben Veränderung der produzierten Gütermasse auch Veränderung des Preisniveaus (Inflationsrate) ein.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – zum Beispiel im statistischen Jahrbuch – wird das nominale Bruttoinlandsprodukt mit dem Hinweis „in jeweiligen Preisen“ versehen. Für Leistungs- oder Wohlstandsvergleiche im Zeitverlauf erscheint das nominale Bruttoinlandsprodukt nur bedingt geeignet, da Leistung und Wohlstand nicht dadurch steigen, dass sich die Preise aufblähen. Denkbar ist einerseits eine Preisniveauerhöhung um 10 % bei gleichbleibendem Produktionsausstoß und andererseits eine Erhöhung der Menge an produzierten Gütern um 10 % bei gleichbleibendem Preisniveau. Die Erhöhung des nominalen Bruttoinlandsprodukts betrüge in jedem Falle 10 %. Von einem wirklichen Leistungs- und Wohlstandszuwachs könnten wir allerdings nur im zweiten Fall sprechen. Genau genommen ergibt sich Leistungs- und Wohlstandszuwachs aus der positiven Differenz vom Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts und Preisniveauerhöhung.

Für wertende Ableitungen aus dem Zeitvergleich scheint daher die Ausschaltung der Preisniveaukomponente wünschenswert. Gelingt das, ist die ausgewiesene Wertveränderung des Bruttoinlandsprodukts identisch mit seiner mengenmäßigen Veränderung. Diesem Anspruch wird das reale Bruttoinlandsprodukt gerecht.

► Das **reale Bruttoinlandsprodukt** stützt sich auf das Preisniveau eines Basisjahres. Seine wertmäßige Veränderung schließt Veränderung des Preisniveaus (Inflationsrate) aus und bringt den mengenmäßigen Zuwachs der produzierten Güter einer Periode zum Ausdruck.

In der Statistik wird hierauf mit dem Hinweis „preisbereinigt“ aufmerksam gemacht. Tab. 4.10 zeigt den Vergleich in der Entwicklung von nominalem und realem Bruttoinlandsprodukt seit 2010. Dem realen Bruttoinlandsprodukt liegt die einheitliche Basis des Preisniveaus des Jahres 2015 (Basisjahr) zugrunde.

Zwischen dem Jahreszuwachs des nominalen BIP und dem Jahreszuwachs des realen BIP in Tab. 4.10 liegt der Anstieg des Preisniveaus – die Inflationsrate. Für das Jahr 2015

**Tab. 4.10** Entwicklung reales und nominales BIP in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021, reales BIP: Preisbasis 2015 nach Kettenindex, eigene Berechnungen)

Jahr	Reales BIP in Mrd. €	Zuwachs zum Vorjahr in %	Nominales BIP in Mrd. €	Zuwachs zum Vorjahr in %
2010	2788		2564	
2011	2819	3,9	2694	5,1
2012	2860	0,4	2745	1,9
2013	2916	0,4	2811	2,4
2014	2971	2,2	2927	4,1
2015	3026	1,5	3026	3,4
2016	3067	2,2	3135	3,6
2017	3108	2,2	3260	4,0
2018	3159	2,7	3356	2,9
2019	3229	1,1	3449	2,8

ergibt sich diese beispielsweise aus 3,4 % (Zuwachs BIP nominal) und 1,5 % (Zuwachs BIP real). Der Preiseinflussindex, der Deflator, ist der Quotient aus nominalem und realem Wachstum. Oder anders ausgedrückt: Ein Anstieg des nominalen BIP von 3,4 % setzt sich aus einem Anstieg des realen BIP von 1,5 und einem zusätzlich in ihm enthaltenen Preisniveauzuwachs (Inflation) zusammen. Der Zuwachs des nominalen BIP von 2010 bis 2019 von 34 % entsteht knapp zur Hälfte aus Mengenwachstum der Produktion und aus Erhöhung des Preisniveaus. Die Leistungs- und Wohlstandserhöhung in der betrachteten Periode beträgt unter sonst gleichen Umständen (z. B. Bevölkerungszahl) rund 16 %. Das Corona-Jahr 2020 haben wir in dieser Übersicht ausgeklammert, weil hier einige einmalige Faktoren den erklärten Zusammenhängen zwar nicht die Geltung nehmen, sie aber hinter einer Reihe spezifischer Entwicklungen schwerer sichtbar machen. Dazu gehören ein (sonst höchst seltener) Rückgang des BIP gegenüber dem Vorjahr sowie eine sehr geringe, gegen Preisniveauerhöhung. Ursachen hierfür sind u. a. die Einbrüche von Weltmarktpreisen bei Rohstoffen (z. B. Erdöl) sowie die vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer im 2. Halbjahr 2020.

Auch für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums im internationalen Vergleich ist die Veränderung des realen BIP der geeignete Indikator (vgl. Tab. 4.11).

Die Aussagekraft von Tab. 4.11 ist in vielerlei Hinsicht umfassend. Auf die meisten Bereiche werden wir in weiteren Kapiteln, darunter Kap 9 „Gesamtwirtschaftliche Ziele“, Kap. 10 „Konjunktur und Konjunkturpolitik“ und Kap. 14 „Aktuelle Herausforderungen (Volkswirtschaft im Krisenmodus)“ zurückkommen. Ziel ist es hier, zunächst zu zeigen, dass für alle diese Erörterungen eine international einheitliche Gesamtrechnung als Vergleichsbasis unabdingbare Voraussetzung ist. Nur auf diesem Wege kann eine Übersicht wie die in Tab. 4.11 zu Fragen und Thesen wie den folgenden animieren.

**Tab. 4.11** Entwicklung realen Wirtschaftswachstums im internationalen Vergleich. (Quelle: Wirtschaftskammer Österreich (2020; 2020–2022), Prognose/vorläufige Werte)

Land	Jährliche Veränderung des realen BIP							
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
<b>Welt</b>	<b>3,3</b>	<b>3,2</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>	<b>2,7</b>	<b>– 4,3</b>	<b>4,6</b>	<b>3,6</b>
darunter								
Deutschland	1,5	2,2	2,6	1,3	0,6	– 5,6	3,5	2,6
Frankreich	1,1	1,1	2,3	1,8	1,5	– 9,4	5,8	3,1
Großbritannien	2,4	1,7	1,7	1,3	1,3	– 10,3	3,3	2,1
Italien	0,8	1,3	1,7	0,9	0,3	– 9,9	4,1	2,8
Schweden	4,5	2,1	2,6	2,0	1,3	– 3,4	3,3	2,4
USA	2,9	1,6	2,4	2,9	2,3	– 4,6	3,7	2,5
China	6,9	6,8	7,0	6,7	6,1	+ 2,1	7,3	5,6
Japan	1,2	0,5	2,2	0,3	0,7	– 5,5	2,7	0,9
Russland	– 2,0	0,2	1,8	2,5	1,3	– 4,2	2,0	1,0
Indien	7,5	9,0	6,6	6,8	4,9	– 8,3	7,6	5,2

- Das weltweite Wachstum der letzten fünf Jahre liegt über dem der EU und wird vor allem durch große asiatische Volkswirtschaften wie China oder Indien bestimmt.
- Die Jahre 2017 und 2018 zeigen im Vergleich zu davor und danach überdurchschnittlich hohe reale Wachstumsraten. Sind daraus Konjunkturverläufe zu erkennen?
- Die Bewegung der Wachstumsraten in der Zeit differieren zwischen den Ländern, folgen aber sichtbar gleichen Trends. Gibt es eine „Weltkonjunkturkurve“?
- Die prognostizierte Wachstumsentwicklung für das Pandemiejahr 2020 und danach ist eine einmalige Basis für die Gewinnung von Erkenntnissen über Volkswirtschaften in der Krise. Wie erklärt sich, dass China als einziges in der Quellenstatistik enthaltenes Land das Jahr 2020 mit einem positiven realen Wirtschaftswachstum beendet?

#### 4.6.3 Pro-Kopf-Einkommen

Das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2018 betrug in der Schweiz 704 Mrd. US-\$, in Italien 2072 Mrd. US-\$. Keiner von uns käme auf die Idee, daraus zu schlussfolgern, wirtschaftliche Leistungskraft und Wohlstand seien in Italien dreimal so hoch wie in der Schweiz. Schließlich wird in Italien diese Leistung durch eine Bevölkerung von 60,5 Millionen erbracht und muss auch für den Verbrauch auf ebenso viele Köpfe verteilt werden. In der Schweiz hingegen beträgt die Bevölkerungszahl 8,5 Millionen. Es leuchtet ein, dass das Bruttoinlandsprodukt als einheitliche Basis für internationalen Leistungs- und Wohlstandsvergleich notwendig aber nicht hinreichend ist. Dass weiter die unterschiedliche Bevölkerungszahl der verglichenen Länder beachtet werden muss. Das geschieht durch die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung – kurz als „Pro-Kopf-Einkommen“ bezeichnet.

► Das **Pro-Kopf-Einkommen** setzt das (in der Regel nominale) Bruttoinlandsprodukt eines Landes ins Verhältnis zu dessen Bevölkerungszahl. Es schaltet damit den Einfluss unterschiedlicher Bevölkerungszahlen aus und eignet sich besonders für internationale Leistungs- und Wohlstandsvergleiche.

Tab. 4.12 zeigt das Pro-Kopf-Einkommen Deutschlands im internationalen Vergleich. Die Werte zeigen deutlich, dass der Bezug des Bruttoinlandsprodukts zur Größe der Bevölkerung unabdingbar für Aussagen zu Leistungsfähigkeit oder Wohlstand ist. Indien hat etwa das gleiche Bruttoinlandsprodukt wie Großbritannien, muss es aber auf 20-mal mehr Menschen verteilen und hat deshalb auch nur ein zwanzigstel des Pro-Kopf-Einkommens Großbritanniens.

Wir haben in diesem Abschnitt auf die Gruppe der Least Developed Countries LCD – der am wenigsten entwickelten Länder – verwiesen. Zu den aktuellen Kriterien gehört ein jährliche Pro-Kopf-Einkommen unter 992 US-\$. Diesen Kriterien entspricht keines der in Tab. 4.12 verglichenen Länder. Indien hat mit rund 2000 US-\$ das Doppelte. Zu den gegenwärtig 47 Ländern der LDC-Gruppe gehören 9 aus Asien, 4 aus Ozeanien, 1 aus der

**Tab. 4.12** Pro-Kopf-Einkommen im internationalen Vergleich. (Quelle: Statista 2021a, b, c, Lexas 2021, eigene Berechnungen)

	BIP 2020 in Mio. US-\$	Bevölkerung 2020 in Mio.	BIP/Kopf 2020 in US-\$
Deutschland	3803	79,9	47.597
Frankreich	2599	68,1	38.164
Großbritannien	2711	66,0	41.976
Italien	1885	62,4	30.208
Schweden	538	10,2	52.745
Schweiz	747	8,5	87.882
Luxemburg	73	0,6	121.667
USA	20.933	335,0	62.487
China	14.723	1397,9	10.532
Japan	5049	124,7	40.619
Russland	1474	142,3	10.358
Indien	2709	1339,3	2023

Karibik und 33 aus Afrika. Ein Indiz für die Verteilung von Armut auf der Welt, das in seinen politischen Konsequenzen weit über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hinausgeht.

#### 4.6.4 Grenzen der Aussagefähigkeit

Seinen Stellenwert als Indikator für Leistungs- und Wohlstandsvergleiche verdankt das Bruttoinlandsprodukt seiner gesamtwirtschaftlichen Aggregation und Quantifizierbarkeit. Dennoch muss auf eine Reihe von Faktoren und Argumenten hingewiesen werden, die seine Aussagefähigkeit – selbst in der Form des Pro-Kopf-Einkommens – einschränken.

1. Speziell mit Blick auf den Wohlstandsvergleich ist zu beachten, dass das Bruttoinlandsprodukt eine ausschließlich ökonomische Betrachtungsweise erlaubt. „Wer viel hat, dem geht es gut. Wer wenig hat, ist arm.“ Wenn auch das Gegenteil nicht zutrifft, so ist Wohlstand, verstanden als Lebensqualität im Allgemeinen mehr als Einkommen und Konsum. Aussagen zu Wohlstand eines Landes erfordern darüber hinaus vor allem die Beachtung **sozialer und ökologischer** Indikatoren.

*Das kommt zum Beispiel in den aktuell erweiterten Kriterien für die Gruppe der Least Developed Countries (Bildung, Gesundheit, Klima) zum Ausdruck. Die Erweiterung der Vorstellung von Lebensqualität gegenüber dem im engeren Sinne einkommensbezogenen „Wohlstand“ (oder dessen eigene begriffliche Erweiterung) ist wohl auch ein Generationentrend. So gewinnt die Work-Life-Balance und damit der Wert von Privatleben und Freizeit mit der Generation Y (heute 20–30-Jährige – „Millennials“) an Bedeutung. Auch der mit „Fridays-for-Future“ verbundene Begriff „Klima-Jugend“ spricht für diesen Trend.*

Das alles steht für eine stärkere Beachtung weiterer Maßstäbe für „Wohlstand“ und eine Differenzierung für dessen Verständnis. Ein sich daraus ergebendes Wertesystem aus unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Komponenten ist gegenüber dem Pro-Kopf-Einkommen näher an der Wirklichkeit, dafür aber deutlich komplexer und weniger komprimierbar. Deshalb ist ein Nebeneinander volkswirtschaftlich und international aggregierter und vergleichbarer Daten auf der einen Seite und ihre Ergänzung sowie die Relativierung ihrer Aussagen durch weitere Wohlstandskriterien auf der anderen ein sinnvoller Weg.

2. Das Bruttoinlandsprodukt – als Wohlstandsindikator – umfasst alle produzierten Güter einer Zeitperiode. Wie wir wissen, gehören dazu Konsumgüter, aber auch Produktions- oder Investitionsgüter. Im engeren Sinne wird aber der Wohlstand an den für den Konsum zur Verfügung stehenden Mittel gemessen. Bei dieser Betrachtungsweise gilt allein der private Konsum C als Gradmesser für Wohlstand und Lebensstandard. Nimmt man zwei Länder mit gleichem Pro-Kopf-Einkommen, so wäre dasjenige Land mit der größeren Konsumquote (C/Y) das mit dem höheren Wohlstand. Das scheint zunächst verständlich. Keiner ist geneigt, seine Lebensqualität an der Menge produzierter Hafenkrane, Pumpen oder Verdichter zu messen, wohl aber an Wohnungsmöbeln, Bekleidung, Elektroautos, Restaurantbesuchen oder Urlaubsreisen. Doch hierbei ist Vorsicht geboten. Investitionen von heute schaffen die Voraussetzung für Konsum von morgen. Eine über Jahre unterproportionale Investitionsquote (I/Y) kann die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft untergraben und damit die künftige Wohlstandsentwicklung begrenzen.
3. Im Bruttoinlandsprodukt kann nur der Teil einer Wirtschaftsleistung eines Landes erfasst werden, der der offiziellen Statistik zugänglich ist. Das setzt voraus, dass Güter für den Markt produziert und am Markt verkauft werden. Ein Teil durchaus nützlicher und den Wohlstand letztlich mitprägender Tätigkeiten entzieht sich aber der statistischen Erfassung. Geht eine Familie zur Geburtstagsfeier ins Restaurant, so geht dessen Umsatz in das Bruttoinlandsprodukt und damit den offiziellen Wohlstandsausweis ein. Wird dasselbe Essen, wie aufwendig auch immer, zu Hause zubereitet, entzieht sich das der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Nicht als Leistung erfasst wird auch Schwarzarbeit. Wohnungsreinigung, Kleinreparaturen oder Gartenpflege, soweit nicht versteuert, sind nicht erlaubt, gleichwohl aber Quelle nicht erfasster Wertschöpfung. Auch illegaler Handel mit Waffen oder Rauschgift ist wirtschaftliche Leistung an der offiziellen Statistik vorbei. Von einem Bezug auf die Indikation von Wohlstand wollen wir hier sowieso Abstand nehmen.

Die Struktur der beschriebenen Aktivitäten ist sehr differenziert in ihren einzelnen Komponenten nach legal oder illegal und nach nutzbringend oder nicht unterschiedlich zu bewerten. Eines haben sie aber gemeinsam: Sie sind Teil wirtschaftlicher Aktivitäten, die durch die offizielle Statistik nicht erfasst werden. Wir bezeichnen sie als **Schattenwirtschaft**. Der Anteil der Schattenwirtschaft an der gesamten wirtschaftlichen Leistung eines Landes ist teilweise größer als vermutet. Für internationale Leistungs- und Wohlstandsvergleiche ist bedeutsam, dass statistisch nicht erfasste Wirtschaftsaktivitäten in einzelnen Ländern unterschiedliches Gewicht haben. Allgemein

ist der Anteil der Schattenwirtschaft in weniger entwickelten Ländern, in denen ein höherer Grad an Eigenversorgung in Großfamilien besteht, höher als in entwickelten Industrieländern. Schätzungen zum Verhältnis der Schattenwirtschaft zum ausgewiesenen Bruttoinlandsprodukt belaufen sich für Deutschland auf rund 10 %, für einige Länder Afrikas oder Lateinamerikas auf mehr als 50 %.

### I. Themenprägende Begriffe

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
- Wertschöpfungsrechnung
- Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen
- Entstehungsrechnung, Verwendungsrechnung, Verteilungsrechnung
- Primärverteilung und Sekundärverteilung
- Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt
- Außenbeitrag
- Pro-Kopf-Einkommen
- Schattenwirtschaft

### II. Fragen zur Überprüfung

- Wie stehen Kreislaufmodell und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zueinander?
- Worin unterscheiden sich Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen?
- Welche Rolle spielen Abschreibungen, Steuern und Sozialbeiträge?
- Worin unterscheiden sich nominales und reales Bruttoinlandsprodukt?
- Wie berechnet sich das Volkseinkommen und welche Rolle spielt der Außenbeitrag?
- Was spricht für das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator?
- Welche Faktoren schränken die Rolle des BIP als Wohlstandsindikator ein?

---

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (2018) *Regionen in der EU: Von schwerreich bis bitterarm*, <https://www.iwd.de/artikel/regionen-in-der-eu-von-schwerreich-bis-bitterarm-378993/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Lexas Länderdaten (2021) *Einwohner nach Ländern 2020*, <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/einwohner.aspx> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Petersen, T. (2019) *Wohlfahrtsmessung: Inlandsprodukt versus Nationaleinkommen*, Wirtschaftsdienst 10/2019, S. 2, 5, 6 <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/10/beitrag/wohlfahrtsmessung-inlandsprodukt-versus-nationaleinkommen.html> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)

- Statista (2021a) *Die größten Volkswirtschaften weltweit nach Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021b) *Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Luxemburg bis 2026*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14405/umfrage;bruttoinlandsprodukt-bip-von-luxemburg/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021c) *Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Schweden bis 2026*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14414/umfrage;bruttoinlandsprodukt-bip-in-schweden/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2021) *Gesamtkatalog 2021, Stand September 2021*, Fachserie 18, Reihe 1.1, 2020 [https://Gesamtkatalog 2021 – Stand: September 2021 – Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://Gesamtkatalog 2021 – Stand: September 2021 – Statistisches Bundesamt (destatis.de)) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Jahrbuch 2019 Deutschland und Internationales, S. 674, 675
- Wirtschaftskammer Österreich WKO mit Bezug auf Quelle EU-Kommission (2020) *Wirtschaftswachstum weltweit*. <https://wko.at/statistik/jahrbuch/worldgdp.pdf> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Baron, S. (1997) *Ohne Not*, Wirtschaftswoche 40/1997
- Baron, S. (1998) *Schwerer Irrtum*, Wirtschaftswoche 6/1998
- Deutsche Bundesbank (2019) *Bargeldnachfrage in der Schattenwirtschaft*, Monatsberichte März/2019, S. 43–59
- Fleischhauer, J./ Schäfer, U./ Schumann, H. (1999) *Die Gerechtigkeitsfalle*, Wirtschaftswoche 37/ 1999
- Hecheltjen, P. (2008) *Verbraucherpreisindizes. Thema 10: Kettenpreisindizes am Beispiel des BIP-Deflators*, Universität Trier, Fachbereich IV – Volkswirtschaftslehre: [Thema\\_5\\_Arbeit\\_1\\_p.pdf](https://uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/VWL/AMK/downloads/Seminare/SS08/Verbraucherpreisindizes/Thema_5_Arbeit_1_p.pdf) ([uni-trier.de](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/VWL/AMK/downloads/Seminare/SS08/Verbraucherpreisindizes/Thema_5_Arbeit_1_p.pdf))[https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/VWL/AMK/downloads/Seminare/SS08/Verbraucherpreisindizes/Thema\\_5\\_Arbeit\\_1\\_p.pdf](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/VWL/AMK/downloads/Seminare/SS08/Verbraucherpreisindizes/Thema_5_Arbeit_1_p.pdf) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Schneider, F./ Boockmann, B. (2018) *Die Größe der Schattenwirtschaft*, IAW der Universität Tübingen/ Johannes Kepler University Linz Brook, D. (2018)
- Schneider, F./ Enste, D. (2000) *Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit*, München: R. Oldenburg Verlag



# Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung

5

## Zusammenfassung

Wirtschaftssysteme sind an wesentlichen Kriterien gemessene idealtypische Wege der Wirtschaftslenkung. Die Wirtschaftstheorie unterscheidet hierbei zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf der Welt trägt der größeren Effizienz marktwirtschaftlicher Grundprinzipien Rechnung. Innerhalb der in ihrer Ausschließlichkeit theoretischen Idealtypen gibt es reale Wirtschaftsordnungen, die in allen Ländern verschieden sind, aber in ihrer Gesamtausrichtung in der Regel klar dem einen oder anderen Wirtschaftssystem zuzuordnen sind. Ist das im Ausnahmefall schwer möglich, spricht man von „mixed economies“. Marktwirtschaft ist ein Wirtschaftssystem, in dem sich alle ökonomischen Prozesse auf dem Wege der Koordinierung individueller Pläne von Anbietern und Nachfragern durch den Markt und den Markt-Preis-Mechanismus vollziehen. Weitere sind Privateigentum, Leistungsprinzip, Vertragsfreiheit und Wettbewerbsfreiheit. Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung in Deutschland. Sie basiert auf dem marktwirtschaftlichen System und verbindet dessen liberale Grundprinzipien mit sozialen Zielen.

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den neuen Bundesländern und in Osteuropa waren ein Umbruch – auch in den Rahmenbedingungen für volkswirtschaftliches Denken. Viele Lehrsätze wurden an dieser neuen Wirklichkeit gespiegelt, viele praktische Beispiele ihr entnommen. Das gilt für alle Inhalte der Volkswirtschaftslehre, besonders aber natürlich für das traditionelle Thema „Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung“. Die Behandlung dieses Themas in den achtziger Jahren und davor fand vor dem Hintergrund zweier grundsätzlich unterschiedlicher Wirtschaftssysteme auf der Welt statt. Systeme, die unterschiedliche historische Wurzeln hatten und für eine unbestimmte Zeit

miteinander konkurrierten und koexistierten. Das waren auf der einen Seite die westlichen Marktwirtschaften und auf der anderen Seite die Zentralverwaltungswirtschaften in der Sowjetunion und einer Reihe osteuropäischer, asiatischer und lateinamerikanischer Staaten. Und es gab, auch geprägt durch den Einfluss dieser beiden Grundsysteme, vor allem in Ländern der Dritten Welt eine Vielfalt an Mischsystemen, die auch im Zeitverlauf und unter dem Einfluss politischer Machtverhältnisse häufig schnellen Veränderungen unterlagen.

---

### Beispiel

Das südostafrikanische Land Mosambik stand 500 Jahre unter portugiesischer Kolonialherrschaft. Mit der Nelkenrevolution 1975 erlangte das Land seine Unabhängigkeit und wurde zur Volksrepublik Mosambik. Der Präsident der Freiheitsbewegung FRELIMO, Samora Machel, wurde erster Staatspräsident. In den Folgejahren gingen Verstaatlichung der Industrie und Kollektivierung der Landwirtschaft mit massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auch durch die Abwanderung europäischer Spezialisten, einher. Sowjetunion, Kuba und die DDR entsandten in dieser Zeit neben militärischen auch Wirtschaftsberater nach Mosambik. Es entstand ein Wirtschaftssystem mit stark zentralwirtschaftlichen Zügen, das sein Ende mit der Abkehr der FRELIMO vom Marxismus Ende der 80-iger Jahre fand. Jetzt überwogen marktwirtschaftliche Tendenzen unter der Bedingung großer Armut und starker gesellschaftlicher Gegensätze. Ein klares Wirtschaftsmodell gibt es seitdem in Mosambik bis heute nicht. ◀

Veränderungen von Wirtschaftssystemen sind in der Wirtschaftsgeschichte keine kontinuierlichen Prozesse wie Konjunkturzyklen oder Wechselkursbewegung. Sie stehen in starkem Zusammenhang mit politischen Umbrüchen und haben ihre größten Dimensionen im Ergebnis des 2. Weltkrieges 1945 und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989. Heute werden als verbliebene Zentralverwaltungswirtschaften auf der Welt Kuba und Nordkorea – mit Abstrichen China – genannt. Das Thema erhält seine Bedeutung heute neben wirtschafts- und theoriengeschichtlichen Aspekten vor allem aus der Möglichkeit, die Marktwirtschaft in ihren vielfältigen Erscheinungsformen an theoretischen Alternativen zu spiegeln und damit den Blick für ihre Vorteile wie auch ihre Herausforderungen zu schärfen. Vor allem auch für die junge Generation. Dabei wird auch deutlich werden, dass volkswirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten, wie sie dieses Buch erklärt, nicht wie an einer Wasserscheide in zentralverwaltungswirtschaftliche und marktwirtschaftliche zerfallen.

Elementare Aussagen der Volkswirtschaftslehre sind allgemeingültig. Unendliche Vielfalt der Bedürfnisse, begrenzte Mittel zu ihrer Befriedigung, die daraus folgende Notwendigkeit zu wirtschaften sowie die Arbeitsteilung als Faktor höherer Produktivität sind nicht an bestimmte Zeiten oder Länder oder Systeme gebunden. Sie galten für das alte Inka-Reich ebenso wie für den Frühkapitalismus in England. Sie sind heute für China genauso relevant wie für Deutschland. Immer geht es um die Grundfrage, was, wie, wann,

wo und wofür produziert werden soll. Das Wirtschaftssystem und seine räumlich und zeitlich konkrete Form, die Wirtschaftsordnung, sind dabei der Resonanzboden, vor dem wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten ihre voneinander abweichenden Wirkungen zeigen.

---

## 5.1 Idealtypen und ihre aktuelle Relevanz

### 5.1.1 Grundbegriffe

Angesichts einer unüberschaubar großen Vielfalt des Zusammenwirkens von Haushalten, Unternehmen, Staat und politischem Überbau eines Landes stellt die Volkswirtschaftslehre die Frage, ob nicht der eine dem anderen Mechanismus mehr ähnelt als einem dritten. Lassen sich solche Ordnungsmechanismen, wenn man weniger bedeutende Unterschiede bei Seite lässt, in wenige verschiedene Schubladen einsortieren? Hier knüpft der Begriff des Wirtschaftssystems an. Er bezeichnet die reine, abstrakte, idealtypische und auf ihr Wesen reduzierte Form der in der realen Welt vorhandenen Mechanismen.

► Das **Wirtschaftssystem** ist die an wesentlichen Kriterien gemessene idealtypische Art und Weise der Wirtschaftslenkung. Es vereinheitlicht eine Vielzahl realer Formen dieser Wirtschaftslenkung durch Konzentration auf deren übergreifende Merkmale und determiniert ihr Wesen.

Die hier als Ordnungsmechanismus oder reale Form der Wirtschaftslenkung bezeichnete Wirklichkeit wird in der Volkswirtschaftslehre als Wirtschaftsordnung bezeichnet. Sie ist real, praktisch und in Raum und Zeit konkret. Es gibt auf der Welt wohl keine zwei Länder, deren Wirtschaftsordnungen völlig identisch sind. Seien es die konkreten Instrumente, mit denen der Staat die Konjunktur beeinflusst, sei es die Lohn- und Tarifgestaltung zwischen den Sozialpartnern Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften oder sei es der Einfluss von Zöllen auf die Importpreise für Unternehmen und Haushalte. Keine Wirtschaftsordnung gleicht der anderen.

► Die **Wirtschaftsordnung** ist die zeitlich und räumlich konkrete Gesamtheit aller normativen und institutionellen Rahmenbedingungen, die Wirtschaftssubjekte bei Herstellung, Verwendung und Verteilung von Gütern vorfinden. Und auf die sie selbst Einfluss nehmen.

Soweit diese Rahmenbedingungen juristisch fixiert sind, spricht man von der **Wirtschaftsverfassung**. Sie ist der vom Gesetzgeber vorgegebene ordnungspolitische Korridor, innerhalb dessen sich die Wirtschaftssubjekte mit ihrem entsprechenden Handlungsspielraum bewegen.

Schauen wir auf die Definition des Wirtschaftssystems, so liegt die Annahme nahe, dass sich jede der konkreten und vielfältigen Wirtschaftsordnung einem bestimmten Wirt-

schaftssystem zuordnen lassen. Das erscheint zunächst eine statische Angelegenheit zu sein, die sich entweder nur über sehr lange Zeiträume ändert. Oder die sich, wie wir eingangs dieses Kapitels bemerkt haben, in wirtschaftlich revolutionären Umbrüchen zeigt, wie es die marktwirtschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa nach 1989 waren. In solchen historisch seltenen Fällen verlassen, bildlich gesprochen, Wirtschaftsordnungen das eine System und treten in das andere über. Eine erste kurze Aufbereitung damaliger Erfahrungen, Fehler und Erfolge in einem Prozess ohne jedes Beispiel und ohne jede Schablone findet sich im Vorgänger dieses Buches aus dem Jahr 1992.

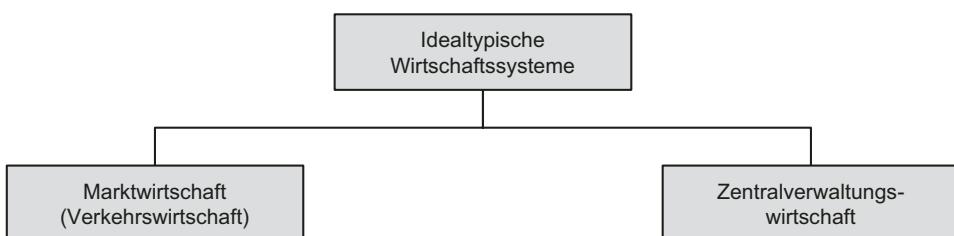
### 5.1.2 Idealtypen

Die übliche Lehrauffassung zu Idealtypen basiert auf Walter EUCKEN. Danach wird, wie Abb. 5.1 im Überblick zeigt, zwischen zwei gegensätzlichen Wirtschaftssystemen unterschieden, denen sich alle bestehenden Wirtschaftsordnungen anhand ihrer übergreifenden Merkmale zuordnen lassen.

Wesentliche Kriterien der Unterscheidung zwischen beiden Wirtschaftssystemen sind die **Eigentumsformen** (privat oder gesellschaftlich/staatlich) und die **Planungsformen** (dezentrale oder zentrale Entscheidung und Lenkung). Weitere Kriterien sind die wirtschaftlichen Mittel des Staates, die Formen des Tausches, die Prinzipien der Preisbildung und die Konvertierbarkeit der Währung.

Keine konkrete Wirtschaftsordnung der Vergangenheit oder Gegenwart entspricht den Unterscheidungskriterien lupenrein und „klinisch sauber“. Jede Wirtschaftsordnung enthält Elemente beider Idealtypen. Die EUCKEN'sche Lehre geht aber immer vom Übergewicht der einen oder anderen Seite aus und verneint Mischsysteme. Die wirtschaftspolitische Entwicklung auf der Welt in den letzten Jahrzehnten bestätigt diese Auffassung von der Unvereinbarkeit zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft. In der Regel. Wir werden noch an anderer Stelle die Frage stellen, ob es in Geschichte und Gegenwart auch Ausnahmen gibt.

Hier wollen wir uns zunächst mit dem Verhältnis der beiden idealtypischen Wirtschaftssysteme anhand der beiden wichtigsten Unterscheidungskriterien – Eigentumsformen und Planungsformen befassen.



**Abb. 5.1** Idealtypische Wirtschaftssysteme

**Erstens: Eigentumsform** Die Eigentumsform unterstreicht wohl am deutlichsten und bezifferbarsten, dass eine bestimmte Wirtschaftsordnung entweder dem einen oder dem anderen Wirtschaftssystem zuzuordnen sind.

Die für die Marktwirtschaft typische Eigentumsform ist das Privateigentum. Gemeint ist dabei immer das Eigentum an Produktionsmitteln. Häusliche Kücheneinrichtung, persönliches iPhone oder Sandaletten sind überall auf der Welt Privateigentum. Die Zentralverwaltungswirtschaft, verstanden als idealtypische, kennt allein das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln. Konkrete Wirtschaftsordnungen weisen zwar nirgends den Idealtyp hundertprozentig privaten oder staatlichen Eigentums auf. Es besteht (oder bestand) aber in aller Regel ein prägendes Übergewicht der einen oder anderen Form des Eigentums an Produktionsmitteln oder Produktionsvermögen.

### Beispiel

Der Anteil privaten Eigentums am Produktionsvermögen in Bulgarien hat sich im Zuge der Transformationsprozesse von 1 % 1990 (Forner 1992) auf 66 % 2018 erhöht. Dass der Prozess von Staatseigentum zu Privateigentum in den osteuropäischen Wirtschaften in dieser Dimension in der Geschichte ohne Vorbild und nicht geradlinig ist, zeigt die folgende Bewertung des Beispiels Bulgarien: „Wegen vermuteten Machenschaften bei der teilweise intransparenten „Entstaatlichung“ wurde das Wort Privatisierung Synonym für Korruption und Misswirtschaft.“

Quelle: Zitat: Der Tagesspiegel 17.02.2020 ◀

In Deutschland entwickelt sich die Proportion von privatem und staatlichem Eigentum am Produktionsvermögen, wie Tab. 5.1 zeigt, langfristig stabil – bei leichtem Rückgang des staatlichen Anteils.

**Zweitens: Planungsform** Wir bezeichnen das Pendant zu Marktwirtschaft bewusst als Zentralverwaltungswirtschaft und nicht – wie manchmal zu lesen – als Planwirtschaft. Es geht nicht um Planung oder Anarchie. Nach einem Plan richtet sich ein US-amerikanisches Großunternehmen ebenso wie eine deutsche Gemeinde oder eine australische Familie. Nach einem Plan, und zwar einem zentralen, wurden die Wirtschaften der Sowjetunion oder der DDR gelenkt. Entscheidend für ein Wirtschaftssystem ist die Ebene, auf der Planung und wirtschaftliche Entscheidungen stattfinden.

In einer Marktwirtschaft, einer idealtypischen, werden Produktion und Konsum dezentral durch die Unternehmen und Haushalte geplant. Über Markt und Preis wird entschieden, welche Pläne sich letztlich durchsetzen lassen. Eine idealtypische Marktwirtschaft kennt keine Lenkung von Wirtschaftsprozessen aus zentraler (politischer) Position.

Demgegenüber wird in der idealtypischen Zentralverwaltungswirtschaft jegliche wirtschaftliche Entscheidung von zentraler – über der Ebene der Einzelwirtschaften lie-

**Tab. 5.1** Anteile staatlichen und privaten Eigentums am Anlagevermögen in Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2020)

Jahr	Anteil am gesamtvolkswirtschaftlichen Anlagevermögen	
	Staat	Private Eigentumsformen
1991	18 %	82 %
1995	17 %	83 %
2000	15 %	85 %
2005	15 %	85 %
2010	15 %	85 %
2015	14 %	86 %
2018	14 %	86 %

genden – Stelle getroffen. Das betrifft direkt Umfang und Struktur der Produktion durch die Unternehmen und in der Folge – indirekt – Umfang und Struktur des Konsums der Haushalte. Die Aktivität selbst in der letzten Verästelung des Wirtschaftsmechanismus, so der Idealtyp, beruht auf zentraler Vorgabe.

Wir merken schon: Sowohl die idealtypische Marktwirtschaft als auch die idealtypische Zentralverwaltungswirtschaft im EUCKEN'schen Sinne sind wie jedes volkswirtschaftliche Modell auf Distanz zur Wirklichkeit – eröffnen aber gerade damit den Blick aufs Wesentliche. Reale Wirtschaftsordnung marktwirtschaftlicher Prägung weisen bis zu einem bestimmten Grad „zulässige“ Elemente zentraler Steuerung und Koordinierung auf. Ebenso nehmen/nahmen in realen Wirtschaftsordnungen zentralverwaltungswirtschaftlicher Prägung auch dezentrale Entscheidungen einen mehr oder weniger breiten Raum ein. Es geht hier um nüchterne volkswirtschaftliche Betrachtung und nicht um Glaubensentscheidung zwischen Himmel und Hölle.

### Beispiele

Regierungsentscheidungen in den USA zur Förderung der Finanzierung von Wohn-eigentum (Community Reinvestment Act) werden als eine der Ursachen für die Supprime-Krise (Finanzkrise 2007/2008) zunächst in den USA und dann weltweit bewertet. Gleichzeitig wird, um zukünftig Ähnliches zu verhindern, eine breite staatliche Regulierung der Finanzmärkte inklusive einer staatlichen Finanzaufsicht gefordert. Und damit erklärtermaßen „nicht weniger, sondern mehr Staat“.

In Deutschland werden mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (jährlich im Januar) Ziele für zentrale wirtschaftliche Eckdaten – so für Wachstum, Beschäftigung und Preisniveauentwicklung angestrebt und der Wirtschaftspolitik zugrunde gelegt.

Die letzte Planungsordnung der DDR für den Zeitraum 1986–1990 enthielt unter ihren Grundsetzen „die Verantwortung die Aufgaben und das koordinierende Zusammenwirken der Staatsorgane, wirtschaftlichen Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen bei der Ausarbeitung der Pläne“. (vgl. Abschn. 5.4 dieses Buches) ◀

### 5.1.3 Mixed Economies und Konvergenz im historischen Kontext

EUCKEN kommt zu seinen Aussagen über idealtypische Systemmodelle in Ablehnung der konkret-historischen Betrachtungsweise (vgl. Kap. 1: Historische Schule). Die Unvereinbarkeit und alternative Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft entspringen theoretischer Abstraktion und Streben nach dem allgemeingültigen Wesen. Die konkrete wirtschaftliche und politische Entwicklung auf der Welt nach dem 2. Weltkrieg – insbesondere in den 1960er- und 1970er-Jahren – schien dieser Auffassung zumindest in ihrer Absolutheit zu widersprechen. Beobachtungen über Entstehung und Veränderung konkreter Wirtschaftsordnungen führten zu dem Begriff der „Mixed Economies“ und zur Konvergenztheorie. Beides mit Bezug auf mehr als nur punktuelle Abweichungen von den beiden Idealtypen.

Über viele Jahre waren in der Volkswirtschaftslehre „Mixed Economies“ und „Konvergenz“ zwei Themen auf Augenhöhe. In volkswirtschaftlichen Betrachtungen wurden „Mixed Economies“ und „Konvergenztheorie“ oft in einem Atemzug genannt. Beides Abweichungen – mehr als nur unbedeutende. Und damit beides ernstzunehmende Alternativen zu den beiden Idealtypen? Die reale wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass „Mixed Economies“ ein durchaus relevantes Thema der Gegenwart, „Konvergenz“ aber inzwischen aufgrund der Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Grundansatzes eher eine Utopie ist.

Mixed Economies sind eine Aufhebung der theoretischen Modellabstraktion von den „reinen“ Idealtypen und können in der Gegenwart durch konkrete Beispiele belegt werden. Darauf wurde eingangs dieses Kapitels bereits hingewiesen.

► **Mixed Economies** sind existierende Wirtschaftsordnungen, die sich nicht eindeutig einem der beiden idealtypischen Wirtschaftssysteme zuordnen lassen.

Sehr differenzierte Kombinationen von Wirtschaftsordnungen im Korridor zwischen den beiden Idealtypen finden wir bei CASSEL in den 1980ern des letzten Jahrhunderts vor:

#### Beispiele

CASSEL nennt das Selbstverständnis des schwedischen Modells vom Wohlfahrtsstaat als „Verbindung von kapitalistischer Wirtschaft und sozialistischer Politik“, die Wirtschaftspolitik Japans als „jenseits von Markt und Plan“. Er spricht von „Sozialistischen Marktwirtschaften“ mit überwiegend staatlichem Eigentum in Ungarn oder Jugoslawien vor der eigentlichen marktwirtschaftlichen Transformation in Osteuropa.

Quelle: Cassel (1984) ◀

Ein wohl am meisten kommentiertes Phänomen zentraler Planung bei privatem Eigentum ist die Wirtschaft des deutschen Nationalsozialismus in der Zeit von 1939 bis 1945.

### Exkurs

In der deutschen Wirtschaft des Nationalsozialismus – insbesondere unter Kriegsbedingungen ab 1939 – überwog bei allen formalen Einschränkungen weiter das Privateigentum am Produktionsvermögen. Privatwirtschaftliche Unternehmen wie Siemens, Krupp, AEG, Flick, Mannesmann, Deutsche Bank, Daimler-Benz, Schering, Bosch, Osram oder Carl Zeiss, prägten auch in dieser Zeit das Profil der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig kam es zur Ersatzung des autonomen Marktmechanismus durch einen allgemeinen zentralen Direktionismus der Kriegswirtschaft. Dazu gehörten unter anderem eine staatliche Konjunkturpolitik zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Ausrichtung der Industrie auf Rüstungsproduktion wie auch die in diesem Maß nie bekannte Kreditausweitung (Rüstungskredite) durch Erhöhung der Geldmenge durch die Deutsche Reichsbank. Mit dem Reichsbankgesetz von 1939 wurde der Zentralnotenbank durch die direkte Unterstellung unter den „Führer und Reichskanzler“ ihre wesensprägende Autonomie bei der Geldmengensteuerung entzogen. Die Folge war eine Geldentwertung, die erst mit der Währungsreform 1948 in Westdeutschland beendet wurde.

Das Bild von den „Mixed Economies“ bekam Nahrung durch die äußerst breit gefächerten Wirtschaftsordnungen in der Dritten Welt, die – auch bedingt durch politische Einflussbereiche – Anleihen bei marktwirtschaftlichen wie auch bei zentralverwaltungswirtschaftlichen Idealtypen genommen haben. Auffällig ist bei allen gezeigten Beispielen: Es handelt sich bei realen Mixed Economies in aller Regel um eine Kombination von Privateigentum und zentralstaatlicher Wirtschaftslenkung. Ohne praktisches Beispiel ist dagegen das theoretische Szenarium staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln bei dezentralem und freiem Agieren der Betriebe.

Die Erfahrung der jüngeren Geschichte zeigt, dass Mischsysteme weder in der Ersten, Zweiten oder Dritten Welt der Schlüssel zur Meisterung der Menschheitsprobleme waren oder sind. Kritik am System von Mischwirtschaften wird vor allem mit Verweis auf die Verbindung von Wirtschaftsordnung und politischer Ordnung geübt. Der idealtypische Status ist die Verbindung des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems mit einer parlamentarischen Demokratie und der Zentralverwaltungswirtschaft mit politischer Diktatur. Dass auch hier Ausnahmen zeitweilig möglich sind, zeigen marktwirtschaftliche Diktaturen in der Vergangenheit (Chile unter Pinochet) oder in der Gegenwart – China.

---

### Beispiel

Das Paradebeispiel einer Mixed Economy der Gegenwart ist China. Es wird oft, auch im chinesischen Selbstverständnis, als eine sozialistische Marktwirtschaft bezeichnet. Die eine Säule ist das mit geschätzt 70 % überwiegende privatwirtschaftliche Eigentum – vor allem in der Konsumgüterproduktion. Aber auch das weltweit größte Versicherungsunternehmen, die Ping An Insurance Group, hat als Aktiengesellschaft privatwirtschaftlichen Status. Zu den verbleibenden 30 % in staatlicher Hand gehören wirtschaftlich strategische Großunternehmen wie Sinopec Group (Öl), Bank of China (Finanzen) oder State Grid Corporation (Energie). Die zweite Ordnungs-Säule ist die dominierende zentrale Planung und Koordinierung. Die zentrale Wirtschaftsplanung gilt – unabhängig von den Eigentumsformen – für die gesamte chinesische Wirtschaft.

Sie erfolgt wert- und mengenmäßig und wird auf die Ebenen der Provinzen und Einzelunternehmen aufgeteilt. Planungszeitraum sind fünf Jahre – aktuell von 2021 bis 2025. Nach chinesischem Verständnis ist die „Sozialistische Marktwirtschaft“ eine Übergangsphase. Aber nicht zu einer reinen Marktwirtschaft, sondern zu einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft, in der sich der Weg zu einem ökonomisch überlegenen Staatseigentum als evolutionärer Prozess von selbst vollzieht. ◀

Mixed Economies sind, wie wir sehen, die Abbildung eines realen Ist-Zustandes. Im Gegensatz dazu steht die Konvergenztheorie, die ein evolutionäres Zusammenwachsen beider idealtypischen Wirtschaftssysteme zu einer optimalen Mitte in der Zukunft als möglich und erstrebenswert betrachtet. Einer Mitte, die die Vorzüge beider Idealtypen miteinander vereint.

► Die **Konvergenztheorie** vertritt die These, dass sich industriell entwickelte Wirtschaftsordnungen immer mehr von ihrem marktwirtschaftlichen oder zentralverwaltungswirtschaftlichen Idealtyp (Pol) weg- und aufeinander zubewegen. Es entsteht eine Mischung beider Systeme, deren Ordnung die Vorzüge beider Idealtypen miteinander vereint.

Die Aussagen der Konvergenztheorie widersprechen der „Entweder – Oder“ – Sichtweise EUCKEN's. Sie werden maßgeblich durch den Schweden Jan TINBERGEN (1903–1994) und den Amerikaner John Kenneth GALBRAITH (1908–2006) geprägt. Der Gedankengang ist einfach: Wirtschaftsordnungen beider Systeme sind nicht ohne Probleme bei der Bewältigung aller wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Warum nicht zum Nachbarn über den Zaun schauen, Bewährtes übernehmen und Unzulängliches beseitigen? Die Entwicklung in den 1960er- bis 1980er-Jahren des letzten Jahrhunderts schien das vorübergehend zu bestätigen. Zunehmend globale Wirtschaftslenkung, partielle Eingriffe des Staates (Erhaltungs-Subventionen, Preiskontrolle) in der Marktwirtschaft – Verringerung zentraler Vorgaben, zunehmendes Gewicht von Geldinstrumenten und verstärkte Beachtung des Konsumbereichs in der Zentralverwaltungswirtschaft.

Spätestens nach dem weltweiten Zusammenbruch von Zentralverwaltungswirtschaften ist die Konvergenztheorie mit dem Markenzeichen „Utopie“ etwas in den Hintergrund getreten. Die Vorzüge beider Idealtypen optimierend zu vereinen, setzt voraus, dass es wesentliche Vorzüge auf beiden Seiten gibt oder, dass diese als solche anerkannt werden.

Eine der bekanntesten Diskussionen zum praktischen Zusammenwachsen zweier Wirtschaftssysteme erfolgte im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung.

### Exkurs

Im Umfeld der deutschen Wiedervereinigung gab es sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern – auch geprägt durch das jeweilige politische Lager – eine breite Diskussion über den Weg zu einem wieder vereinten Deutschland. Dabei entstanden auch Konvergenzideen, die eine Übernahme von Erfahrungen beider Seiten – zum Beispiel aus dem Wirtschaftssystem der BRD oder aus dem Bildungssystem der ehemaligen DDR – befürworteten. Der Weg dorthin wären eine staatliche Fusion zwischen BRD und DDR sowie eine neue gemeinsame Verfassung gewesen. Ein

aufwendigerer und komplizierterer Weg, dessen Chancen, auch angesichts des erforderlichen Einverständnisses der vier Siegermächte des 2. Weltkrieges und des Drucks im Osten auf die Einführung der D-Mark, von Beginn an gering waren. Auf der Basis des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 31.08.1990 erfolgte am 03.10.1990 der Beitritt der DDR zur BRD.

---

## 5.2 Marktwirtschaft als Grundkonzept

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten 30 Jahre in der Welt hat mit Blick auf die Dualität von Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft den marktwirtschaftlichen Idealtyp als den überlegenen bestätigt. Das erweitert naturgemäß die Palette konkreter Wirtschaftsordnungen und das ihnen innewohnende Potential an Erfolgen, Herausforderungen und Krisen. Umso notwendiger ist es, sich des idealtypischen Rahmens all dessen bewusst zu sein und seine Merkmale genau festzuhalten. Dabei wollen wir hier *zunächst* die Elle des idealtypischen Modells der Marktwirtschaft – auch als „reine“ oder „freie“ Marktwirtschaft verstanden – anlegen.

### 5.2.1 Grundsätze der Marktwirtschaft

Der Markt gibt der Marktwirtschaft ihren Namen. Er ist Dreh- und Angelpunkt dafür, dass ihr ganzer ökonomischer Mechanismus funktioniert.

► **Marktwirtschaft** ist ein Wirtschaftssystem, in dem sich alle ökonomischen Prozesse auf dem Wege der Koordinierung individueller Pläne von Anbietern und Nachfragern durch den Markt und den Markt-Preis-Mechanismus vollziehen.

Damit dieser einzelwirtschaftliche Mechanismus (Individualprinzip) funktionieren kann, bedarf es in der Marktwirtschaft weiterer Grundprinzipien. Die wichtigsten davon sind

- Leistungsprinzip
- Privateigentum
- Vertragsfreiheit
- Wettbewerbsfreiheit

Voraussetzungen für eine Marktwirtschaft sind ferner Konsumentenfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes.

Das **Leistungsprinzip** basiert auf Eigeninteresse. Ein Zusammenhang, der dem klassischen Liberalismus in der Wirtschaftstheorie entspringt. Die Grundidee besteht darin, dass der Einzelne beim Verfolgen seiner individuellen Interessen durch die „unsichtbare Hand“

des Marktes (Adam SMITH) dazu gebracht wird – ohne es zu wollen oder zu wissen – dem Allgemeinwohl zu dienen.

*„Verfolgt er (der Einzelne, A.F.) sein eigenes Interesse, so befördert er das der Nation weit wirksamer, als wenn er dieses wirklich zu beförtern die Absicht hätte.“*

Quelle: Smith (2009)

Einzelwirtschaftliche Ziele – größtmöglicher Gewinn für das Unternehmen, größtmöglicher Nutzen für den Haushalt – werden so über die Brücke des Leistungsprinzips mit dem Allgemeinwohl der Gesellschaft in Zusammenhang gebracht. Indem der Einzelne von seiner größeren individuellen Leistung mehr hat als von einer kleineren, trachtet er nach der größeren und dient so dem Gemeinwohl.

Die so beschriebene Leistungsmotivation ist, wie die Erfahrung zeigt, wohl einer der entscheidenden Merkmale der Marktwirtschaft gegenüber der Zentralverwaltungswirtschaft. Wir werden an anderer Stelle sehen, dass ein unumschränktes Leistungsprinzip unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen auch negative Nebenwirkungen haben kann. Das betrifft sowohl die Harmonie zwischen einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Zielen wie auch die Wahrung sozialer Ziele. In realen marktwirtschaftlichen Ordnungen folgt das Leistungsprinzip nicht im Sinne des „freien“ Idealtyps den „Gesetzen des Dschungels“, sondern schließt – hier mehr, dort weniger – begleitende staatliche Koordinierung ein.

Wie stark das Kriterium des **Privateigentums** mit dem Leistungsprinzip verbunden, ja dessen Voraussetzung ist, zeigt wieder eine handfeste Beschreibung in SMITH s „Wohlstand der Nationen“:

*„Ein Mensch, der kein Eigentum erwerben kann, kann auch kein anderes Interesse haben, als so viel als möglich zu essen und so wenig als möglich zu arbeiten.“*

Quelle: Smith (2009)

Privateigentum stellt eine wichtige Grundlage für die Verwirklichung von Eigeninteresse und für das Funktionieren des marktwirtschaftlichen Mechanismus insgesamt dar. Sein Schutz ist daher einer der Grundsätze jeder marktwirtschaftlichen Ordnung. Damit Privateigentum wirtschaftliche Leistung fördert, ist es notwendig, Eigentum akkumulieren, über dessen wirtschaftlichen Einsatz entscheiden und so den realisierten Gewinn selbst beeinflussen zu können. Ein Unternehmer, der den überwiegenden Teil seines Gewinns in den Strom staatlicher Umverteilung einspeisen muss, wird wenig Interesse an der Mobilisierung seiner wirtschaftlichen Initiative haben. Das gilt umso mehr, wenn ihm der Gegenstand seines unternehmerischen Tuns gar nicht gehört.

Hier knüpft die Theorie von den „Property Rights“ (Eigentums-/Festigungsrechte) an. Sie entstand in den 1960ern des letzten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten auf dem Boden der neoklassischen Mikroökonomie. Property Rights stehen für das Recht, über Güter und Vermögen auf Basis privaten Eigentums zu verfügen. Die Verteilung von Ver-

fügungsrechten wird als die wichtigste Quelle menschlichen Eigeninteresses und wirtschaftlicher Entwicklung bewertet.

Das Bekenntnis zum Verfügungsrrecht über privates Eigentum als einem marktwirtschaftlichen Grundprinzip führt mit Konsequenz zur Anerkennung von **Vertragsfreiheit** als einem weiteren. Der Verfügungsberechtigte kann Güter und Vermögen nur dann frei einsetzen, wenn er ungehindert und in seinem Namen Verträge über diesen Einsatz abschließen kann. Vertragsfreiheit in der idealtypischen Marktwirtschaft bezieht sich auf die freie Entscheidung von Wirtschaftssubjekten zum Vertragsabschluss selbst zur Wahl des Vertragspartners und zum Vertragsinhalt.

### **Exkurs**

Ein sehr aktueller Aspekt der Vertragsfreiheit ist 2021 die mit dem Corona-Impfprozess aufkommende Diskussion um die Gleichbehandlung von Geimpften und Nichtgeimpften. Während auf der einen Seite berechtigte grundrechtliche Bedenken gegen eine gesetzlich verordnete Impfpflicht bestehen, wird die freie privatwirtschaftliche Wahlentscheidung über Geschäftskontakte mit geimpften und ungeimpften Kunden mehrheitlich anerkannt. Die aufkommende Diskussion über die Verwehrung des Zugangs zu Restaurants, Konzerten, Kinos oder Flugzeugen gegenüber Ungeimpften wird nicht nur in Deutschland geführt. Auch in den Schweizer Medien sind diese Fragen bereits seit längerem Thema: „Unternehmen dürfen ihrer Kundschaft vorschreiben, unter welchen Voraussetzungen sie mit ihnen geschäften wollen. ... Ein privater Kulturanbieter ist kein Grundrechtsadressat. Nur gegenüber dem Staat kann ich eine Grundrechtsverletzung geltend machen. Mit Privaten verhandle ich über Verträge oder haftpflichtrechtlich. Ich müsste geltend machen können, dass ich einen Anspruch darauf habe, dass der Kulturanbieter mit mir einen Vertrag abschließt.“

Quelle: Belser (2020)

Bleibt als viertes Grundprinzip die **Wettbewerbsfreiheit**. Diese ist als klassisches Grundprinzip der idealtypischen Marktwirtschaft gleichzusetzen mit „vollkommenem Wettbewerb“ und „freier Konkurrenz“. Dieser Modellstatus realisiert sich allein über den Markt (vgl. Kap. 6). Er wäre dann gegeben, wenn alle Marktteilnehmer mit gleicher Zielstellung unbegrenzt und gleichberechtigt Zutritt zum Markt besitzen und kein Anbieter oder Nachfrager eine marktbeherrschende Position hat. Ist das der Fall, so führt die Verwirklichung des Einzelinteresses eines jeden Wettbewerbers unter den Anbietern dazu, sich dem Interesse der anderen Marktpartei, den Nachfragern anzunähern. Damit sind Wettbewerbsfreiheit und Konkurrenz Motor von technischem Fortschritt und wirtschaftlicher Entwicklung. Das Eigeninteresse des Anbieters am Markt zwingt ihn im Angesicht der Wettbewerber (Qualität als gegeben vorausgesetzt), kostensparende Technologien zu entwickeln, um zu einem konkurrenzfähigen Preis anbieten zu können. Der Preiskampf im freien Wettbewerb bildet gleichzeitig die Barriere für überdimensionale Gewinne bei einzelnen Anbietern.

## 5.2.2 Marktwirtschaft und Staat

Der marktwirtschaftliche Idealtyp – den unterstellen wir in diesem Abschnitt weiter – gibt dem Staat als Akteur in der Wirtschaft keine aktive Rolle. In seiner Rolle als „Nachtwächterstaat“ (LASALLE/Kap. 1) obliegt ihm lediglich die Aufgabe, die marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien gegen äußere Feinde zu schützen, Gesetze zum Schutz dieser Prinzipien zu erlassen und diese umzusetzen. Dieser vollständige Verzicht des Staates auf Einmischung in die Wirtschaft wird in der Nationalökonomie als Laissez-faire bezeichnet.

Jede wirtschaftliche Aktivität des Staates ist danach eine Einschränkung der „unsichtbaren Hand“ des Marktes. Aus klassischer Sicht bedeutet das immer einen Abstrich an Effizienz, Stabilität und Allgemeinwohl. Die Gretchenfrage der Nationalökonomie „Staat oder Markt“ wird im Modell der idealtypischen Marktwirtschaft laut und alleinig mit „Markt“ beantwortet.

Dass das komplizierte Gebilde eines Wirtschaftsmechanismus zentral nicht zu überblicken, geschweige denn mit Erfolg zu steuern ist, hat die Praxis der Zentralverwaltungswirtschaften gezeigt. Wie das andererseits durch die Kräfte des Marktes geschieht, zeichnet SAMUELSON beeindruckend am Beispiel des Wirtschaftsverkehrs der Stadt New York.

### Beispiel

Ohne einen ständigen Strom von Gütern in die Stadt New York hinein und aus ihr heraus, stünden ihre Bewohner innerhalb einer Woche am Rande des Verhungerns. Tag für Tag sind aus den umliegenden 50 Staaten und den entlegensten Winkeln der Welt Güter mit dem Bestimmungsort New York unterwegs. SAMUALSON fragt, wie es möglich sei, dass 10 Millionen Menschen nachts ruhig schlafen können, ohne mit Schrecken an den Zusammenbruch dieses komplizierten Wirtschaftsablaufs denken zu müssen, der ohne Zwang und zentrale Lenkung abläuft. Er illustriert damit die Wirkung des Marktmechanismus, der eine Aufgabe mit Millionen unbekannter Variablen und Beziehungen löst. „Millionen Menschen produzieren täglich tausende Güter, freiwillig, ohne Befehl einer zentralen Verwaltung, ohne einen großen, umfassenden Plan..... Es handelt sich einfach um ein System mit einer inneren Logik. Und das funktioniert.“

Quelle: Samuelson (2017) ◀

## 5.2.3 Markt, Unternehmen und Transaktionskosten

Der marktwirtschaftliche Idealtyp sieht das Unternehmen als einzelnes Wirtschaftssubjekt, das im Ensemble aller Anbieter und Nachfrager am Markt seine individuellen Pläne mit denen der anderen koordiniert. Das Unternehmen ist bei dieser modellhaften Betrachtung gleichgesetzt mit dem Unternehmer. Es ist gewissermaßen ein Punkt. Und kein Kreis, in

dem ebenfalls ein hierarchisch aufgebauter Mechanismus funktioniert. Durch den Mantel der Unternehmensgrenzen isoliert von den Kräften des Marktes.

In Wirklichkeit ist ein Unternehmen aber ein solcher Kreis. Ein kleines ein kleiner und ein großes ein großer. Innerhalb dieses Kreises, also *in* einem Unternehmen, wird die Koordination des Marktes durch hierarchische Koordination ersetzt. Der Markt koordiniert zwischen Unternehmen, aber nicht innerhalb von Unternehmen. Der Redakteur einer Zeitung schließt keinen Vertrag mit dem Drucker im selben Hause ab. Geht der Druckauftrag aber an ein anderes Unternehmen, entsteht aus der innerbetrieblichen Arbeitsteilung eine zwischenbetriebliche und damit ein Marktverhältnis. Im ersten Fall gibt es nicht Verhandlung und Preis, im zweiten natürlich. Ein Bildungsinstitut kann eine E-Learning-Software selbst entwickeln oder bei einem Dritten in Auftrag geben. Hier herrscht derselbe beschriebene Unterschied. Innerhalb eines Unternehmens werden alle Beteiligten vergütet und vollziehen ihre Transaktionen auf Anweisung im Rahmen der innerbetrieblichen Ordnung. Sie befinden sich gewissermaßen in einem zentralverwaltungswirtschaftlichen Mikrokosmos.

In den zurückliegenden Kapiteln haben wir Unternehmen als Selbstverständlichkeit hingenommen. Jetzt sei die Frage erlaubt: Warum gibt es eigentlich Unternehmen? Das Verdienst, diese Frage gestellt und beantwortet zu haben, gebührt Ronald H. COASE – Träger des Wirtschaftsnobelpreises 1991. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass die „unsichtbare Hand“ des Marktes nicht zum Nulltarif wirkt. Transaktionen am Markt verursachen den Marktparteien Kosten. Transaktionskosten.

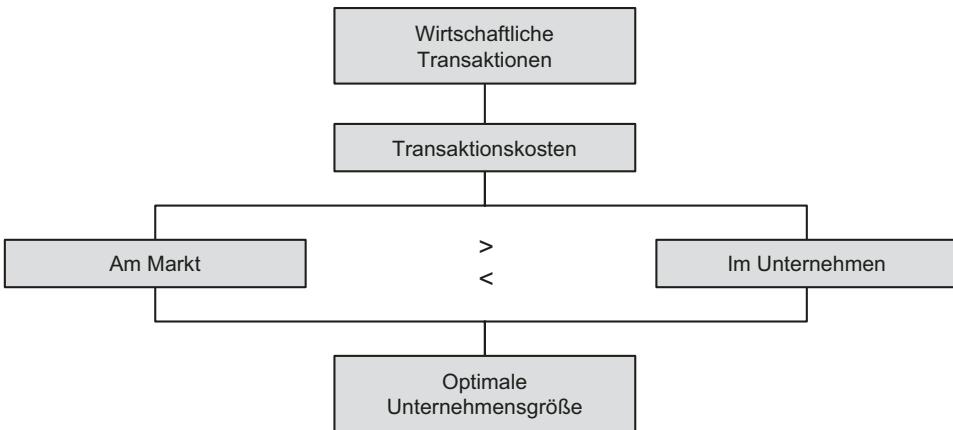
---

### Beispiel

Kommen wir auf das o. g. Beispiel der Herstellung einer Zeitung zurück. Sind Redaktion und Druckerei nicht Elemente ein und desselben Verlags, sondern unabhängige Marktparteien, so entstehen für die Transaktion am Markt zusätzliche Aufwendungen. Verlag und Druckerei müssen sich über den Angebots- und Nachfragemarkt für Druckleistungen informieren. In der Regel muss der eine Ausschreibungs-Unterlagen, der andere ein Angebot erstellen. In den meisten Fällen sind die Vertragsverhandlungen mit Reise- und Bewirtungskosten verbunden. Für die Vertragsgestaltung wird eine Rechtsanwaltskanzlei hinzugezogen. Sind Verlag und Druckerei nicht Nachbarn, kommen Transportaufwendungen für das Druckerzeugnis hinzu. ◀

Selbstverständlich ergeben sich auch bei einer innerbetrieblichen Arbeitsteilung Transaktionskosten. Im Beispiel wie dem hier gewählten aber deutlich geringere.

- **Transaktionskosten** sind Kosten, die der Koordinierung am Markt oder innerhalb von Unternehmen entspringen. Sie sind ihrem Charakter nach ein Preis für die Vorteile, die der Arbeitsteilung entspringen – zwischenbetrieblich oder innerbetrieblich.



**Abb. 5.2** Transaktionskosten

Nach COASE entstehen Unternehmen immer dann, wenn die Transaktionskosten in deren hierarchischer Organisation geringer sind als am Markt. Sie wachsen bis zu derjenigen Größe, bei der die Kosten für die innerbetriebliche Organisation und Kommunikation („Wasserkopf“) die Transaktionskosten am Markt zu übersteigen beginnen (vgl. Abb. 5.2).

### Exkurs

In der ökonomischen Theorie von MARX, später fortgesetzt durch LENIN, wird ein Zusammenhang über die Stufen „Akkumulation von Kapital – Unternehmensgrößen – Konzentration und Zentralisierung – Monopolisierung“ hergestellt. Aus dieser ökonomischen Kausalkette schlägt sich über die weiteren Stufen „Erhöhung der Ausbeutung und Massenverelendung – wachsende Unzufriedenheit – Revolutionäre Situation“ eine Brücke zur Revolutionstheorie. Die Entwicklung des Kapitalismus in der Folgezeit hat gezeigt, dass aus dem Markt selbst heraus Stabilisierungskräfte erwachsen, die Unternehmensgrößen immer wieder in einen wirtschaftlichen Korridor zurückführen.

Eine interessante aktuelle, hier beileibe nicht zu beantwortende Frage – vielleicht ein Promotionsthema – ist: Führen Digitalisierung und mit ihr verbundene geringere Transaktionskosten am Markt unter sonst gleichen Umständen zu einem Trend geringerer Unternehmensgrößen?

---

## 5.3 Soziale Marktwirtschaft in Deutschland

### 5.3.1 Begriffsinhalte und Ziele

„Soziale Marktwirtschaft“ ist der Name der auf dem marktwirtschaftlichen Grundmodell basierenden konkreten Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland – seit ihrer Gründung. Wenngleich sie als wirtschaftspolitisches Leitbild auch für andere Länder an-

wendbar ist, wurde sie von ihren Vätern stark an den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen im Nachkriegs-Deutschland ausgerichtet.

Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft wurde von Alfred MÜLLER – ARMACK (1901–1978) und von Ludwig ERHARD (1897–1977) entwickelt und hielt seinen Einzug in die deutsche Wirtschaftspolitik mit der Währungsreform 1948. Der Krieg hatte die deutsche Wirtschaft zerstört und menschliche Wertvorstellungen zerrüttet. Es ging um die Schaffung einer wirtschaftlichen Ordnung, die funktionsfähig und menschenwürdig zugleich ist.

► Die **soziale Marktwirtschaft** ist eine Wirtschaftsordnung, die die liberalen Grundprinzipien des marktwirtschaftlichen Systems mit sozialen Zielen verbindet. Fundament sind Privateigentum, funktionsfähiger Wettbewerb und Koordinierung durch den Markt. Korrekturen durch den Staat erfolgen in dem Maße, wie es wirtschaftspolitisch notwendig ist.

Die soziale Marktwirtschaft vereint damit zwei Prinzipien: das freiheitliche Prinzip (Liberalprinzip) und das soziale Prinzip.

Das **Liberalprinzip** stützt sich auf alle Grundsätze der idealtypischen Marktwirtschaft – Leistungsprinzip, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Wettbewerbsfreiheit. Deshalb ist die soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung eindeutig dem marktwirtschaftlichen System zuzuordnen. Die soziale Marktwirtschaft ist kein „Mischsystem“ oder „Dritter Weg“.

Das **soziale Prinzip** baut auf der Erkenntnis auf, dass der marktwirtschaftliche Idealtyp – die „freie“ Marktwirtschaft – den Markt in ein alternatives Spannungsverhältnis zu menschlichen Moralvorstellungen setzt. Alleinige Dominanz von wirtschaftlichem Egoismus führt zu einer Ellenbogengesellschaft, zu sozialer Ungerechtigkeit – national und international – sowie zur Gefährdung der Umwelt. Das soziale Prinzip bringt eine Verbindung von christlicher Ethik mit sozialem Gerechtigkeitsstreben, Nächstenliebe, Schutz des Schwachen und sozialer Sicherheit in das Gefüge der marktwirtschaftlichen Grundordnung ein. Diese sozialen Ziele, sollen sie erreicht werden, setzen ihrerseits die freiheitlichen Prinzipien des Marktes und eine stabile Wirtschaftsentwicklung voraus. Damit besteht die Aufgabe der Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft darin, scheinbar Unvereinbares zu vereinbaren.

*„Wettbewerb ist keineswegs ein sozialdarwinistischer Dschungel, in dem sich der Brutalste durchsetzt, sondern ein System sozialer Kontrollen, in dem Konflikt und Kooperation, Selbsterhaltungsstreben und Mitgefühl mit dem anderen, Rivalität und Sympathie vereinbar sind.“*

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland (1991)

Die mit dem sozialen Prinzip angestrebten Ziele ähneln zweifellos den vormals in sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften proklamierten. Dass in der sozialen Marktwirtschaft Anspruch und Wirklichkeit näher beisammen liegen, gründet sich auf die gleich-

wertige Beachtung des Liberalprinzips als Voraussetzung für effizientes Wirtschaften. Liberalprinzip ohne Sozialprinzip ist wie ein Haus ohne Dach. Aber es gilt auch der Umkehrschluss: Das soziale Prinzip ohne Liberalprinzip und funktionierende Wirtschaft ist wie ein Dach ohne tragende Mauern darunter.

Die sich in der Welt vollziehenden Veränderungen rücken globale Themen wie das Verhältnis von armen und reichen Nationen oder den Klimawandel stärker in den Mittelpunkt. Für die Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft ergeben sich daraus zunehmend über die Landesgrenzen hinausgehende Herausforderungen. Deren Meisterung ist mit neuen Dimensionen und ständiger Dynamik in der Verzahnung von liberalem und sozialem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft verbunden.

### 5.3.2 Soziale Marktwirtschaft und Staat

Im Gegensatz zum idealtypischen System der Marktwirtschaft obliegen dem Staat in der sozialen Marktwirtschaft Aufgaben bei der aktiven Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens. Bei der Bestimmung dieser Aufgaben ist von folgendem auszugehen.

1. Das alleinige Wirken der Marktprozesse kann partiell wirtschaftlich wie sozial zu unerwünschten Ergebnissen führen. Sie sind durch sinnvolle staatliche Aktivitäten zu regulieren oder zu korrigieren.
2. Wirtschaftliche Aktivitäten des Staates dienen der Stabilisierung der Marktprozesse und stehen ihnen nicht alternativ gegenüber. Der Staat hat sich bei der Wahl seiner Mittel im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems zu bewegen.

Diese Aufgaben sind in der sozialen Marktwirtschaft Deutschlands klar bestimmt und gesetzlich verankert. Sie werden – mit unterschiedlicher Ausprägung – durch die staatliche Wirtschaftspolitik jeder entwickelten Industrienation der Welt wahrgenommen. Es gibt keine ernstzunehmenden Zweifel an dem notwendigen Miteinander von Markt und Staat in einer funktionierenden Marktwirtschaft. SAMUELON bezeichnet das Ansinnen, eine Volkswirtschaft ohne Staat oder ohne Markt zu betreiben als den Versuch, mit nur einer Hand zu klatschen.

Bei seinen wirtschaftlichen Aktivitäten in der sozialen Marktwirtschaft lässt sich der Staat von zwei gleichwertigen Zielen leiten. Vom Schutz der marktwirtschaftlichen Grundprinzipien (darunter des Wettbewerbs) und von der Sicherung sozialer Stabilität.

Soziale Stabilität und Absicherung ist nicht zwangsläufig Ergebnis reinen Marktgescchehens, in dem sich der Stärkere durchsetzt und der Schwächere unterliegt. Da aber andererseits nur verteilt werden kann, was geschaffen wurde, ist Sozialität immer eine Korrektur der ursprünglichen Verteilung durch den Markt. Der Staat nimmt solche Umverteilung durch das System der Besteuerung vor. Indem er beispielsweise höhere Einkommen höher versteuert als niedrige, gewinnt er Spielraum für die Zahlung von Sozialleistungen wie Wohngeld oder Kindergeld. Das optimale Ausmaß sozialer Umverteilung

ist umstritten, weil bei allem das Leistungsprinzip als Motor auch der sozialen Marktwirtschaft gewahrt bleiben muss.

Dass hierzu die gesellschaftliche Diskussion weit über statische Lehrsätze hinausgeht, zeigt die allzeit konträre Diskussion des Verteilungs- und Gerechtigkeitsthemas. Selten treffender wird die Brisanz zwischen Freiheits- und Sozialprinzip beschrieben als in den Editorials der „Wirtschaftswoche“ durch ihren langjährigen Chefredakteur Stefan BARON. Drei Kostproben aus den 1990er-Jahren:

„Was nützt es, den Kuchen in gleiche Stücke aufzuteilen, wenn dabei diejenigen, die den Kuchen herstellen, die Lust am Backen verlieren.“

„Die meisten Deutschen fürchten Wettbewerb und Globalisierung ganz offenkundig mehr, als den wuchernden Sozialstaat, steigende Steuern und den Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Ihnen gibt es anscheinend schon zu viel Markt im Lande und zu wenig Staat.“

„Nicht Wettbewerb und Effizienz also sind unsocial, sondern ihre Verhinderung ... Der große Fehler der deutschen Politik ... ist es, nur auf den Zieleinlauf zu starren und die Nachzüger per Sozialpolitik zu trösten, statt dafür zu sorgen, dass alle mit Siegeschancen an den Start gehen.“

Quellen: Baron (1991, 1997, 1998)

Innerhalb des Korridors der Verknüpfung von Liberalprinzip und Sozialprinzip sicherlich eine stark zum Liberalen tendierende Position. Aber bildhaft und plausibel. Selbstverständlich gibt es zum Thema „gerechte Verteilung“ auch gegenteilige Meinungen. Ein ganz besonderes Gewicht hat die Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage angesichts des außergewöhnlich starken Eingreifens des Staates in der Zeit der Corona-Pandemie (vgl. Kap. 14). Unstrittiges Fazit aber ist: Soziale Politik setzt eine starke Wirtschaft voraus.

Bei der Verwirklichung seiner Ziele bedient sich der Staat in der sozialen Marktwirtschaft ordnungspolitischer und ablaufpolitischer Instrumente.

Mit Hilfe der **ordnungspolitischen Instrumente** wird der rechtlich-institutionelle Rahmen für die Wirtschaft gesetzt und seine Einhaltung kontrolliert. Ein wichtiges Leitmotiv ist dabei, dass die Gewährleistung individueller Freiheitsrechte der einen nicht die gleichen Rechte der anderen beeinträchtigen darf.

Der juristische Rahmen für die soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist nicht in einem eigens dafür gemachten Gesetz festgeschrieben, sondern schlägt sich im bestehenden Gesetzeswerk als Gesamtheit nieder. Das Grundgesetz legt sich nicht auf eine konkrete Wirtschaftsordnung fest. Es enthält aber Grundsätze, die mit den Zielen der sozialen Marktwirtschaft konformgehen. Dazu gehören:

- Berufung der Präambel auf Verantwortung vor Gott und den Menschen;
- Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2) als Basis freier wirtschaftlicher Betätigung im Sinne marktwirtschaftlicher Grundprinzipien;
- Recht auf Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), auf dessen Basis Personal- und Kapitalgesellschaften gegründet werden können, das erlaubt, Arbeitskämpfe zu führen und die Tarifautonomie garantiert;

**Tab. 5.2** Soziale Marktwirtschaft – Ordnungsrahmen I

Kartellgesetz	27.07.1957	Kap. 6
Stabilitätsgesetz	08.06.1967	Kap. 9
Bundesbankgesetz	26.07.1957	Kap. 11
Haushaltsgrundsätzgesetz	19.08.1969	Kap. 12
Außenwirtschaftsgesetz	28.04.1961	Kap. 13
Sozialgesetzbuch I	01.01.1976	Kap. 9
Sozialgesetzbuch II	01.01.2005	Kap. 9

**Tab. 5.3** Soziale Marktwirtschaft – Organisationsrahmen II

Bundes- und Länderparlamente
Bundes- und Länderregierungen
Bundeskartellamt
Bundesagentur für Arbeit
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Europäische Zentralbank/Deutsche Bundesbank
Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (Tarifparteien)
Sozialversicherungen
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Wirtschaftswissenschaftliche Institute

- Recht auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl (Artikel 12);
- Recht auf Eigentum (Artikel 14), womit privates Eigentum geschützt wird, was seinen Gebrauch zum Wohle der Allgemeinheit einschließt.

Zu den aktuellen Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland, in denen wesentliche Inhalte der sozialen Marktwirtschaft verankert sind, gehören die in Tab. 5.2 enthaltenen.

Neben dem Gesetzeswerk verfügt die soziale Marktwirtschaft über einen institutionellen Rahmen. Tab. 5.3 zeigt ausgewählte, dem Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft dienende Institutionen.

Neben ordnungspolitischen verfügt der Staat über **ablaufpolitische Instrumente**. Hierzu zählt vor allem die Konjunkturpolitik (vgl. Kap. 10), die marktbedingte konjunkturelle Schwankungen mildern und gesamtwirtschaftliche Stabilität fördern soll. Auch mit seiner Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik greift der Staat im Sinne politischer Ziele in das Wirtschaftsgeschehen ein.

## 5.4 Exkurs: Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung in der DDR

Die Wirtschaftsordnung der DDR war eine bekennende Zentralverwaltungswirtschaft. Dafür standen das staatliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, zentrale Planung und Steuerung der Wirtschaft wie auch die Rolle des Staates in Verbindung mit

dem politischen System. Von Dominanz, sogar von zunehmender, war das staatliche Eigentum (sozialistisches Eigentum, Volkseigentum). Bis 1972 bestanden in der DDR 11.000 private Betriebe, die etwa 15 % der Industrieproduktion erbrachten. Nach der Verstaatlichung des größten Teils von ihnen erhöhte sich der Anteil des Volkseigentums am Produktionsvermögen weiter. Er betrug Ende der achtziger Jahre 98 %. Den Rechtsrahmen für die Planung legte die auf 5 Jahre ausgerichtete Planungsordnung fest. Nach ihr bestand in der DDR eine Planungspyramide mit Dominanz der zentralen Planung. Ihre Werte wurden auf die Ministerien und Betriebe aufgeteilt. Sie wurden ergänzt durch weitere, von vornherein dezentral zu planende Kennziffern.

Mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) 1963 wurde in der DDR zwischenzeitlich eine stärkere Dezentralisierung (wirtschaftliche Anreize und Eigenständigkeit der Betriebe) ermöglicht. Dieser Trend wurde Anfang der 1970er-Jahre wieder umgekehrt, was sich zeitlich mit der o. g. Verstaatlichung privater Betriebe deckt.

#### 5.4.1 Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR: Institutionen

Abb. 5.3 zeigt den institutionellen Wirtschaftsrahmen in der DDR. Die Hauptlinie der Planung der Wirtschaft verlief vom Wirtschaftsressort im ZK der SED (strategische Vorgaben) über die Staatliche Plankommission (Organ des Ministerrates/Umsetzung strategischer Vorgaben in zentrale Planungsproportionen und – Kennziffern) über die Fachministerien zu den Kombinaten. In der Zentralen Plankommission bestehende Fachabteilungen glichen in ihrer Struktur der der Fachministerien (z. B. Elektrotechnik/Elektronik oder Chemie) und standen mit ihnen bei der Erarbeitung und Umsetzung des Planes in enger Abstimmung.

Die Struktur der Fachministerien entsprach im Groben der Branchenstruktur der Wirtschaft. In ihrem Zuständigkeitsbereich lagen die produzierenden Betriebe. Von Gründung der DDR bis Anfang der 1970er-Jahre waren diese Betriebe auf einer Metaebene unter den



**Abb. 5.3** Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR

**Tab. 5.4** Ministerien und Kombinate in der DDR

Ministerium	Kombinate (Prägende Beispiele)
Kohle und Energie	Gaskombinat Schwarze Pumpe
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	Kombinat Kali
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	MK „Fritz Heckert“ Chemnitz
Schwermaschinen- und Anlagenbau	TAKRAF Leipzig, SKET Magdeburg
Allgemeiner Landmaschinen- und Fahrzeugbau	LM Fortschritt Neustadt, IFA
Elektrotechnik/Elektronik	Robotron Dresden, Carl Zeiss Jena
Chemische Industrie	BUNA Schkopau, Leuna-Werke
Bauwesen	Wohnungsbaukombinat Berlin
Leichtindustrie	Schuhkombinat Weißenfels
Glas- und Keramikindustrie	Lausitzer Glas Weißwasser
Bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie	Möbelkombinat Hellerau

Branchenministerien zu VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) zusammengefasst. In den 1970ern wurde die Zwischenebenen der VVB durch die Kombinate abgelöst. Auch sie fassten unter der Branchenebene Betriebe eines Produktionsbereichs zusammen, besaßen aber von vornherein ein größeres strategisches Gewicht als die vormaligen VVB. In der DDR gab es knapp 170 zentral geleitete und etwa 90 bezirksgeleitete Kombinate. Unter ihnen Leuchttürme der DDR-Wirtschaft wie Carl Zeiss Jena oder SKET Magdeburg. Eine kleine Auswahl mit Zuordnung zu den Fachministerien zeigt Tab. 5.4.

Auch wenn, wie Abb. 5.3 zeigt, zwischen ZK der SED und Kombinaten eine Reihe von Zwischenebenen lagen, bestand hier in wichtigen Fragen ein direkter Kontakt und kurzer Weg. Das spricht für Stellenwert und „kurze Leine“ gleichermaßen.

## 5.4.2 Planungssystem

Gesetzliche Grundlage der Planung in der DDR war die für einen Fünfjahreszeitraum herausgegebene Planungsordnung. Sie enthielt Wert- und Naturalkennziffern. Ein Bestandteil der Planung war auch die Pyramide der Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüter (MAK) – Bilanzen. In ihnen wurde in Menge und Wert güterkonkret Aufkommen und Verwendung geplant. Die wichtigsten Positionen wurden in mehr als 400 Staatsbilanzen (S-Bilanzen/Staatliche Plankommission) erfasst. Auf Ebene der Ministerien (M-Bilanzen) kamen weitere etwa 650 Positionen hinzu. Den Sockel bildeten 4500 durch die Betriebe erstelle Bilanzen.

### Exkurs

Zu Beginn der 1980er-Jahre kam es in der DDR zu einem starken Engpass bei der Herstellung von Kronenverschlüssen, was die Getränkeversorgung der Bevölkerung gefährdete. Um das scheinbar zweitrangige Produkt zur Chefsache zu machen, wurde es vorübergehend in der Pyramide von der C-Ebene zur S-Bilanz befördert. Das Beispiel zeigt auch, wie unmöglich es für eine zentrale Instanz ist, Angebot und Nachfrage bis in ihre letzte Verästelung zu beherrschen: Es zeigt damit sehr anschaulich die Grenzen zentraler Steuerung der Wirtschaft.

Die mittelfristige Wirtschaftsplanung erfolgte durch Fünfjahrpläne, die den strategischen Rahmen für die sie unterstützenden Jahrespläne bildeten und gleichzeitig mit ihnen fortgeschrieben wurden. Der Fünfjahresplan 1971–1976 begründete die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, mit dem Ziel einer Alternative zur sozialen Marktwirtschaft unter zentralverwaltungswirtschaftlichen Vorzeichen.

Die außenwirtschaftlichen Verflechtungen im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurden über die Koordinierung der Fünfjahrespläne zwischen den Zentralen Plankommissionen der Mitgliedsländer – und zwar bilateral – gesteuert.

Auf Basis der Fünfjahresplankoordinierung durch die zentralen Planungsorgane und in Umsetzung ihrer Inhalte wurden zwischen den Ministerien für Außenhandel der RGW-Länder langfristige Handelsabkommen abgeschlossen und durch Jahresprotokolle unterstellt.

### 5.4.3 Preise

Das Preissystem der DDR war durch staatliche Festpreise gekennzeichnet, die sich – für gleiche Produkte – über einen längeren Zeitraum wenig änderten. Dafür wurde ein Anstieg notwendiger Subventionen in Kauf genommen.

#### Beispiel

Zwischen den Jahren 1971 und 1987 stiegen in der DDR die Preissubventionen für Waren des Grundbedarfs, Dienstleistungen und Mieten von 9 Milliarden Mark auf 57 Milliarden Mark. Sie hatten damit Ende der 1980er-Jahre einen Anteil von knapp einem Viertel des produzierten Nationaleinkommens erreicht. ◀

So etwas hat gesamtwirtschaftliche wie auch einzelwirtschaftliche Konsequenzen.

1. Der Preis fällt als Regulator zwischen Angebot und Nachfrage aus.
2. Ein Nachfragestau löst sich nicht durch Preisreaktion – es entsteht „verdeckte Inflation“
3. Die Warendecke kann der Nachfrageentwicklung (Geldmenge) nicht folgen.
4. Ergebnis ist ein Trend zum Naturaltausch, wie wir ihn aus der DDR kennen.

### 5.4.4 Außenhandelsmonopol

Die Verfassung der DDR erklärte unter Artikel 9 die Außenwirtschaft einschließlich des Außenhandels und der Valutawirtschaft zum staatlichen Monopol. Damit folgte sie dem sowjetischen Vorbild, das eine solche Regelung 1936 zum Verfassungsgrundsatz gemacht hat. Im Unterschied zu allen anderen wirtschaftlichen Aktivitäten waren damit die produzierenden, exportierenden und importierenden Betriebe von den direkten Vertragsverhältnissen abgeschnitten.

nissen mit ausländischen Partnern ausgeschlossen. Oder zumindest nicht federführend. Ziel war eine besondere Kontrolle des Staates über die wirtschaftlichen Kontakte zum Ausland, über Einnahmen und Ausgaben von Devisen, über die Steuerung von Abhängigkeiten und über die, insbesondere mit westlichen Ländern, spezifischen Handelsusancen.

Zuständig für die vertragliche Vereinbarung und Abwicklung von Außenhandelsgeschäften waren die dem Ministerium für Außenhandel unterstellten Außenhandelsbetriebe (AHB). Die Struktur der AHB folgte weitgehend den Branchen. Der AHB Spielwaren/Sportartikel bündelte eine Vielzahl kleiner und mittelständiger Betriebe, der AHB Chemie immerhin 12 große Chemie-Kombinate. In einigen Fällen war der AHB auch auf das Profil eines einzelnen Kombinats zugeschnitten. Beispiele sind AHB Polygraf, AHB SKET, AHB Fortschritt Landmaschinen. Im Falle des AHB Robotron gab es sogar eine Eingliederung in das Kombinat. Die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen produzierenden Kombinaten und Außenhandelsbetrieben war in jedem Fall ein wichtiger Faktor – teilweise auch Schwachstelle oder Herausforderung – bei der Abwicklung effizienter Außenhandelsbeziehungen.

#### 5.4.5 Binnenwährung und Währungskurse

Die Währung der DDR war die Mark – zuletzt „Mark der DDR“. Wie die Währungen auch in anderen Zentralverwaltungswirtschaften war die Mark der DDR eine Binnenwährung. Sie war, abgesehen von begrenzten Umtauschsätzen im Tourismus, nicht frei in andere Währungen konvertierbar. Der offizielle Kurs der Mark der DDR zur D-Mark war 1:1. Wenngleich die Kaufkraft beider Währungen in verschiedenen Gütersegmenten unterschiedlich war (Mark der DDR bei gestützten Grundnahrungsmitteln und Mieten höher, bei technischen Konsumgütern niedriger) liegen reale Kaufkraftschätzungen etwa bei 1 DM = 4 bis 5 Mark der DDR. Im Außenhandel, wo die Berührung der Mark der DDR mit konvertierbaren Währungen anderer Länder unvermeidlich war, wurde die Valutamark als Rechnungseinheit zur Bewertung der Export- und Importgüter eingesetzt. Ihr Kurs zur D-Mark war konstant mit 1:1 fixiert. Die Kurse der Valutamark zu anderen konvertierbaren Währungen folgten deren Wechselkurs zur D-Mark. Das wirkliche Verhältnis im Preisniveau wurde durch den „Richtungskoeffizienten“ hergestellt. Er betrug Ende der 1980er-Jahre 1 Valutamark =: 4,40 Mark der DDR. Anders und im Durchschnitt ausgedrückt: Wenn eine in der DDR hergestellte Erzgebirgs-Pyramide Herstellungskosten von 50 Mark der DDR hatte und einen inländischen Verkaufspreis von 100 Mark der DDR erzielte, verblieb beim Produzenten ein rechnerischer Gewinn von 50 Mark der DDR. Wurde dieselbe Pyramide an ein Hamburger Versandhaus für 30 D-Mark exportiert, so ergab sich die Rechnung „30 D-Mark = 30 Valutamark  $\times$  4,40 (Riko) = 132 Mark der DDR“. Der verbuchbare Gewinn betrug anstelle 50 Mark der DDR im Binnenabsatz 82 Mark der DDR aus dem Export. Damit war der Richtungskoeffizient auch ein betriebswirtschaftlicher Stimulator für die Exportproduktion.

Rechnungswährung im Außenhandel zwischen der DDR und den anderen RGW-Ländern war der Transferable Rubel. Sein Umrechnungsverhältnis zur Mark der DDR („Valutagegenwert“) war Ende der 1980er-Jahre „1 Transferabler Rubel = 4,67 Mark/VGW“.

### 5.4.6 Marktwirtschaftliche Transformation und Treuhand

Es existiert viel Literatur darüber, was Marktwirtschaften und Zentralverwaltungswirtschaften kennzeichnet. Und der real existierende Sozialismus hat, gestützt auf seine Klassiker, verschiedene Konzepte hinterlassen, wie der Übergang vom Kapitalismus (Marktwirtschaft) zum Sozialismus (Zentralverwaltungswirtschaft) zu bewerkstelligen sei. Für den nach 1990 vor den Ländern Osteuropas anstehenden umgekehrten Weg gab es in der Wirtschaftstheorie keine Rezepte. Sind alle Merkmale einer Marktwirtschaft – Privateigentum, dezentrale Planung, freie Preisbildung am Markt oder Währungskonvertierbarkeit bei Drei herzustellen? Braucht es Prioritäten und Reihenfolgen? Freie Preise erfordern Wettbewerb. Wettbewerb setzt Privateigentum und Währungskonvertierbarkeit voraus. Konvertierbarkeit der Währung – soll diese nicht ständig abwerten – setzt die Deckung der vorhandenen Geldmenge mit produzierten Gütern voraus. Güterdeckung des Geldes verlangt freie Preise. Ein vermeintlicher Teufelskreis. Der dadurch verstärkt wird, dass Marktmechanismen – sollen sie funktionieren und dabei nicht zu sozial unverantwortbaren Nebenwirkungen führen – ein Maß an Stärke und Stabilität der Wirtschaft voraussetzt, dass es in den osteuropäischen Ländern nicht gab. Entsprechend schwer war die Steuerung des Transformationsprozesses – und ist es bis heute. Teilweise wurden dabei im Glauben, alles funktioniere, wenn nur der Staat seine Finger aus dem Spiel lasse, selbst liberalste Wirtschaftsordnungen des Westens links überholt.

Unter damit nicht vergleichbaren Vorzeichen verlief der Weg zur Marktwirtschaft für die DDR. Durch den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 01.07.2020 übernahm die DDR eine funktionierende Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft und ging damit alle oben genannten Teilschritte in einem. Davor und danach wurde viel über Zweckmäßigkeit und Risiken beim Herunterschneiden vieler Unterschiede (zum Beispiel des Produktivitätsgefälles) auf das Einheitsmaß einer einheitlichen Währung diskutiert. Und natürlich verlief auch dieser Prozess nicht ohne Spannungen, Ungleichgewichte und dem Erfordernis staatlicher Steuerung. Deren Preis erscheint aber mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern und im Vergleich zur auf sich allein gestellten Transformation gerechtfertigt. So war die deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ein lediglich durch Marktkräfte nicht realisierbarer, aber letztlich erfolgreicher Kraftakt. Ein Kraftakt, der einmalig und im Kleinen möglich war, aber nicht auf europäische oder globale Ebene übertragbar ist.

Teil des Weges der DDR in die soziale Marktwirtschaft war die Privatisierung staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln durch die Treuhandanstalt. Im Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens („Treuhandgesetz“) vom 17.06.1990 wird die Absicht erklärt,

*„.... die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen ...“*

Quelle: Gesetzblatt der DDR Teil I Nr. 33 (1990)

Im Vorfeld des Gesetzes war als Alternative zur Überführung in Unternehmensrechtsformen der Treuhandgedanke mit einer staatlichen Dachgesellschaft verbunden worden, die das Volkseigentum unter sich bündelt – mit dem Ziel der Anteilsrechte (Anteilsscheine) aller Bürger am Volkseigentum.

Die Treuhändanstalt hatte nach dem Treuhandgesetz eine in Umfang und Komplexität bis dahin weltweit einmalige Privatisierungsaufgabe. Ihr waren mehr als 8000 Betriebe mit 4 Millionen Mitarbeitern unterstellt. Von diesen Stellen wurden bis 1994 1,5 Millionen erhalten. Der vollständige oder teilweise Erhalt der ehemals volkseigenen Betriebe wurde erschwert durch den mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zugrunde gelegten Umrechnungskurs der Mark der DDR zur D-Mark von 1:1. Das entsprach einer de facto – Aufwertung um das Vierfache. Mit den entsprechenden Konsequenzen für die – besonders internationale – Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Andererseits hätte ein an der Arbeitsproduktivität orientierter Umrechnungssatz von 4:1 das Lohn- und Lebensniveau der Menschen in den neuen Bundesländern erheblich reduziert. Eine Quadratur des Kreises bei der Aufgabe der Vereinbarung von Liberalprinzip und Sozialprinzip (vgl. Abschn. 5.3).

### I. Themenprägende Begriffe

- Wirtschaftssystem
- Wirtschaftsordnung
- Kriterien von Wirtschaftsordnungen
- Mixed Economies
- Soziale Marktwirtschaft
- Transaktionskosten
- Grundprinzipien der Marktwirtschaft
- Spezifische Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft
- Marktwirtschaftliche Transformation

### II. Fragen zur Überprüfung

- Worin unterscheiden sich die beiden idealtypischen Wirtschaftssysteme?
- Welche Grundprinzipien sind maßgebend für eine Marktwirtschaft?
- Wie bedingen sich die marktwirtschaftlichen Grundprinzipien untereinander?
- Welche geschichtlichen Wurzeln hat die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland?
- Worin bestehen die beiden speziellen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft?
- Welche Rolle spielt der Staat in der idealtypischen und in der sozialen Marktwirtschaft?
- Welchen Einfluss haben Transaktionskosten auf die Unternehmensgröße?

- Was prägt den gesetzlichen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland?
- Welche Institutionen sichern in Deutschland die Funktion der sozialen Marktwirtschaft?

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Baron, S. *Offene Rechnungen*, Wirtschaftswoche 31/1991, *Ohne Not*, Wirtschaftswoche 40/1997, *Schwerer Irrtum*, Wirtschaftswoche 6/1998
- Belser, E.M. (2020) *Zutritt nur für Geimpfte: Private haben das Recht auf ihrer Seite*, Echo der Zeit, 29.12.2020 <https://www.srf.ch/news/schweiz/diskussion-um-corona-impfung-zutritt-nur-fuer-geimpfte-private-haben-das-recht-auf-ihrer-seite> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Cassel (1984) *Wirtschaftspolitik im Systemvergleich*, München: Verlag Vahlen
- Der Tagesspiegel (17.02.2020) *Bulgarien überprüft alle Privatisierungsdeals nach der Wende*
- Evangelische Kirche in Deutschland (1991) *Gemeinwohl und Eigennutz*, Denkschrift
- Forner, A. (1992) *Volkswirtschaftslehre*, Wiesbaden: Gabler Abschnitt 5.4  
*Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens („Treuhandgesetz“) (17.06.1990)*, Gesetzblatt der DDR Teil I Nr. 33/1990
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag (S. 56)
- Smith, A. (2009) *Wohlstand der Nationen*, Köln: Anaconda Verlag (S. 389, 451)
- Statistisches Bundesamt/DESTATIS (2020) *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Anlagevermögen nach Sektoren 2019*, Seiten 5–9, Anlagevermögen nach Sektoren ab 1991 bis 2019 – Stand: August 2020 – Statistisches Bundesamt (destatis.de) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)

### Weiterführende Literaturempfehlungen

- Alvarez, S., Goffart, D., Haerder, M (2021) *Und ewig lockt der Zentralismus*, Wirtschaftswoche 14/2021, S. 34
- Coase, R.H. (1937) *The Nature of the Firm*, Economica: Band 4, Nr. 16, S. 386–405
- Coase, R.H. (1960) *The Problem of Social Cost*, Journal of Law and Economics: Band 3, S. 1–44
- Czada, R., Lütz, S., Mette, S. (2003) *Regulative Politik*, Wiesbaden: Springer VS
- Depenreuer, O./Kahl, B. (2017) *Staatseigentum*, Berlin, Heidelberg: Springer Verlag
- Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste (2019) *Die Treuhandanstalt im Spiegel der wissenschaftlichen Forschung*, AZ: WD 1 – 3000 – 010/19
- Ehrhard, L. (2020) *Wohlstand für Alle*, Düsseldorf: Econ Verlag
- Eucken, W. (1989) *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Berlin, Heidelberg, New York, London, Paris, Tokyo, Hong Kong: Springer-Verlag
- Hacke, J. (2021) *Wie treibt man Neoliberalen und Antikapitalisten aus den Schützengräben?*, Wirtschaftswoche 28/2021, S. 42 f.
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 55–84
- Siegrist, H./Sugarman, D. (2011) *Eigentum im internationalen Vergleich*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 41–56



# Markt und Wettbewerb

# 6

## Zusammenfassung

Auf dem Markt treffen Angebot und Nachfrage zusammen. Je nach Zahl der Marktteilnehmer werden Polypol, Oligopol und Monopol als Marktformen unterschieden<sup>2</sup>. Vollkommene Märkte sind Idealmodelle, unvollkommene die Regel. In Wettbewerbsfreiheit besteht eine wichtige Voraussetzung für Marktmechanismus und funktionierende Marktwirtschaft. Wettbewerb ist Leistungskampf zwischen Vertretern einer Marktpartei. Funktionsfähiger Wettbewerb ist unvollkommener Wettbewerb mit der Fähigkeit, die mit den Wettbewerbsfunktionen gesetzten Ziele zu erreichen. Zu den Wettbewerbsfunktionen zählen Allokationsfunktion, Innovationsfunktion und Verteilungsfunktion. Um Wettbewerbsbeschränkungen handelt es sich, wenn unvollkommener Wettbewerb zur Beeinträchtigung der Wettbewerbsfunktionen führt. Formen von Wettbewerbsbeschränkungen sind Kartell, Konzern und Fusion. Wettbewerbsbeschränkungen stören dann den funktionierenden Wettbewerb, wenn sie zu Marktmacht und deren Missbrauch führen. Die Wettbewerbspolitik des Staates ist darauf gerichtet, den Wettbewerb zu schützen, indem sie Missbrauch von Marktmacht verhindert. Das „Grundgesetz“ der Marktwirtschaft ist das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz), die für seine Durchsetzung verantwortliche Institution das Bundeskartellamt. Der Wettbewerbspolitik liegt die Messung und Bewertung von Unternehmenskonzentration zugrunde. Hierfür bilden die Gutachten der Monopolkommission die empirische Grundlage.

## 6.1 Der Markt

Die Marktwirtschaft ist ein Mechanismus, der auf dem Funktionieren des Marktes beruht.

Sie führt ihn im Namen. Unzählige Begriffe sind mit dem Markt verknüpft. Marktpreis, Marktanteil, Marktforschung, Wochenmarkt, Marktbeherrschung, Weltmarkt, Marktgleichgewicht, Marktnische, Marktversagen, Marktzins, Supermarkt und so weiter.

Die „unsichtbare Hand“ des Marktes koordiniert, wie wir in Kap. 5 gesehen haben, perfekter als Vorgaben einer Zentrale, Millionen von wirtschaftlichen Aktivitäten und hält sie im Gleichgewicht. Durch wen wird sie geführt? Warum steigt die Produktion von Kleiderstoff, wenn die Mode von Mini zu Maxi wechselt? Warum geht die Produktion von CD zurück, wenn ein wachsender Teil von Musikhörern Online-Quellen nutzt? Warum reagiert die Produktion von Toilettenpapier nach kurzer Zeit auf Vorratskäufe in Erwartung eines Corona-Lockdowns?

Mit solchen Fragen befassen sich dieses und das folgende Kapitel. Während wir hier Markt und Wettbewerb als wichtige Voraussetzungen einer funktionierenden Wirtschaft vorstellen, handelt Kap. 7 von den inneren Kräften, die diesen Funktionsmechanismus zuwege bringen.

### 6.1.1 Marktbegriff

Der Einkauf von Gemüse am Stand ist ebenso Teilnahme am Markt wie der Kauf einer Kamera bei Amazon oder der Verkauf von Aluminium an der internationalen Rohstoffbörsen. Auch die späte Einladung zum Geburtstag, die den Gast nach Ladenschluss noch Blumen über den Zaun kaufen lässt, führt zu einer Markttransaktion.

- Der **Markt** ist das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage, in dessen Ergebnis Preise entstehen.

So einfach diese Definition klingt, so wichtig ist es, sie zu kommentieren.

1. Der Markt ist ein Begriff von hoher **Abstraktion**. Er ist nicht an einen bestimmten Ort im Sinne eines Marktplatzes gebunden. Anbieter und Nachfrager können, müssen sich aber nicht beim Tausch gegenüberstehen. In vielen Fällen, zum Beispiel beim Handel an der Börse, wissen sie nicht einmal voneinander. Auch die gehandelte Ware ist an der Börse nicht körperlich vorhanden.
2. Der Markt ist eine Kategorie der **Mikroökonomie**. Angebot und Nachfrage beziehen sich immer auf ein bestimmtes Gut. Somit ist auch der Markt güterbezogen. Dabei ist es unwichtig, wie weit oder eng im Einzelfall der Güterbegriff gefasst wird. Ob es der Markt für Obst oder der für Äpfel ist. In jedem Falle existiert in einer Volkswirtschaft oder in der Weltwirtschaft nicht „der Markt“ an sich, sondern eine Vielzahl von Märkten.
3. Angebot, Nachfrage und Markt sind Ergebnis der **Arbeitsteilung**. Solange jeder seine Bedürfnisse einzig aus den Ergebnissen seiner eigenen Arbeit befriedigt, bedarf es keines Marktes. Je ausgeprägter Arbeitsteilung und Spezialisierung, desto entfalteter der

Markt. Mit der Erweiterung der regionalen Arbeitsteilung auf den internationalen Maßstab entstand im Verlauf der Wirtschaftsgeschichte der Weltmarkt.

4. Die sich auf dem Markt vollziehenden Tauschakte zwischen Anbietern und Nachfragern sind in unserer Vorstellung mit dem Tausch von Ware gegen **Geld** (vgl. Kap. 11) verbunden. Geld spielt zwar seit der Antike und erst recht in einer modernen Volkswirtschaft eine wichtige Vermittlerrolle, ist aber keine unabdingbare Marktvoraussetzung. So, wie wir den Markt definiert haben, bedarf er nicht mit Notwendigkeit des Geldes. Geldloser Tauschhandel ist in der Geschichte des Marktes eine wichtige Etappe. Der Marktpreis, der sich beim Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage herausbildet, ist in diesem Falle kein Geldpreis. Er wird dann ausgedrückt in „opportunity costs“ – d. h. in Mengeneinheiten eines anderen Gutes (vgl. Kap. 2). Auch der Tausch auf dem Schulhof ist ein Markt. Hat sich hier zum Beispiel ein Preisverhältnis von 2 Zehnerpacks Pokemon-Karten gegen 1 Fan-Schal vom Lieblingsbundesligaverein herausgebildet, so dürfte es sowohl der einen als auch der anderen Seite schwerfallen, dieses Verhältnis grundlegend zu durchbrechen.
5. Ein Markt bedarf der realen Potenz von Angebot und Nachfrage. Der Blumenkauf über den Gartenzaun in unserem Beispiel käme als Marktransaktion nicht zustande, würde der Hobbygärtner aus Prinzip keine Blumen abschneiden (fehlendes Angebot) oder hätte der, der die Blumen braucht, kein Geld dabei (fehlende Nachfrage).

### 6.1.2 Einteilung von Märkten

Die unüberschaubare Zahl und große Verschiedenartigkeit von Märkten lassen es sinnvoll erscheinen, sie nach unterschiedlichen Kriterien und Betrachtungsstandpunkten einzuteilen. Tab. 6.1 zeigt die wichtigsten Formate von Marktgliederungen. Um Märkte derart einteilen zu können, müssen wir uns wieder einmal auf das wesentliche Gemeinsame konzentrieren und weniger wichtige Unterschiede außer Betracht lassen.

Die Einteilung von Märkten in **Marktarten** knüpft an die Einteilung von Gütern in Kap. 2 an. Als Güter im engeren Sinne wurden dort Konsumgüter betrachtet, die die Haushalte erwerben. Ihnen stehen Produktionsfaktoren gegenüber, mit denen Unternehmen

**Tab. 6.1** Einteilung von Märkten

Kriterium	Markteinteilung	Begriff
Tauschgegenstand	Gütermärkte und Faktormärkte	Marktarten
Zahl Anbieter und Nachfrager	Monopol, Oligopol, Polypol u. a.	Marktformen
Homogenität der Güter, Markttransparenz, Präferenzen	Vollkommene und unvollkommene Märkte	Markttypen
Kräfteverhältnis von Anbietern und Nachfragern	Käufermärkte und Verkäufermärkte	
Rolle des Staates bei Preisbildung	Freie und regulierte Märkte	
Marktzutrittsmöglichkeiten	Offene und geschlossene Märkte	

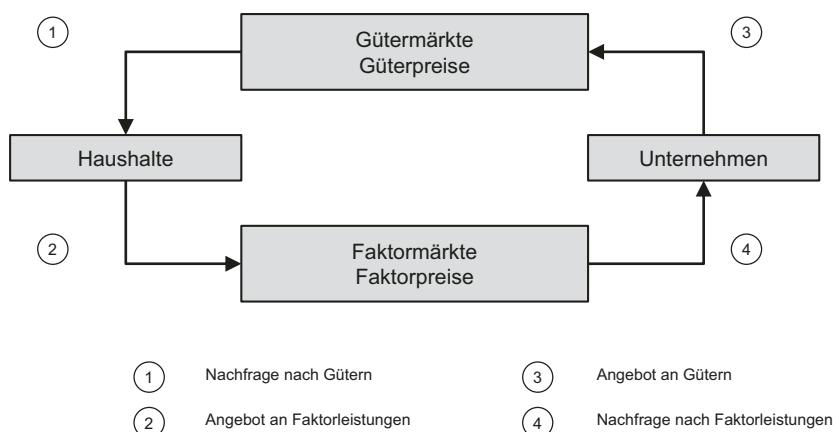
diese Konsumgüter herstellen. Je nachdem, ob konsumreife Güter oder Produktionsfaktoren Gegenstand des Tausches sind, unterscheiden wir zwischen **Gütermärkten und Faktormärkten**. Entsprechend dem Kreislaufmodell unter Kap. 3 lassen sich Gütermärkte und Faktormärkte auch dadurch unterscheiden, wer Anbieter und wer Nachfrager ist. Auf den Gütermärkten bieten Unternehmen Güter an, die durch die Haushalte nachgefragt werden. Auf den Faktormärkten bieten Haushalte Produktionsfaktoren an, die die Unternehmen nachfragen.

Dieser Zusammenhang von Gütermärkten und Faktormärkten wird in Abb. 6.1 verdeutlicht.

Sowohl Gütermärkte als auch Faktormärkte werden gewöhnlich in Teilmärkte aufgeteilt und anhand von ihnen betrachtet. Für die Tiefe der Unterteilung gibt es keine Regel. Teilmarkt des Gütermarktes kann zum Beispiel der Lebensmittelmarkt, der Milchproduktemarkt oder der Joghurtsmarkt sein. Die Grundeinteilung des Faktormarktes ist die nach den Teilmärkten Arbeit, Boden und Kapital. Ein Unternehmen, das eine Stellenausschreibung online stellt, ist Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt. Ein Bewerber darauf ist Anbieter.

Im Wesentlichen ist die Entstehung des Marktpreises zwischen Angebot und Nachfrage auf den Gütermärkten und auf den Faktormärkten vergleichbar. Wenn wir im Folgenden von Märkten (Kap. 6) und Marktpreisbildung (Kap. 7) sprechen, wollen wir die Besonderheiten der Faktormärkte vereinfachend übergehen und uns auf die Gütermärkte konzentrieren.

Bei der Einteilung von Märkten in **Marktformen** steht die Anzahl der Marktteilnehmer unter den Anbietern und Nachfragern im Mittelpunkt. Damit wird das Idealmodell des Marktes mit unendlich vielen Anbietern und Nachfragern verlassen und ein Schritt zur realen Praxis vollzogen. Da hiermit die Grundfesten des marktwirtschaftlichen Funktionsmechanismus berührt werden, ist dieses Thema Gegenstand eines gesonderten Abschn. 6.2 dieses Kapitels.



**Abb. 6.1** Gütermärkte und Faktormärkte

Die Einteilung der Märkte in **vollkommene** und **unvollkommene Märkte (Markttypen)** entspringt ebenfalls dem Verhältnis von Abstraktion und Realität. Annahmen des Modells vom vollkommenen Markt sind:

- **Homogene Güter**

Unterschiede in der Beschaffenheit von Gütern gleicher Art werden vollständig ausgeschlossen. Es gibt nach dieser Unterstellung nicht große und kleine oder alte und neue Kartoffeln, weder die „Rote Emmalie“ noch die „Blaue Anneliese“ – nur die Kartoffel an sich – die homogene Kartoffel. Angebot und Nachfrage in Bezug auf eine 4-Zimmer-Wohnung setzen gleiche Lage und Qualität voraus und unterscheiden sich nicht zwischen Lüneburg und Berlin. Dem theoretischen Status homogener Güter entsprechen am ehesten an Warenbörsen gehandelte wie Getreide, Baumwolle, Kupfer oder Zucker.

- **Vollständige Markttransparenz**

Jeder Teilnehmer am Markt kennt und überschaut die ganze Palette aller individueller Angebote und Nachfragen. Ein Gemüseverkäufer in München kennt jeden Konkurrenten und dessen Kunden in Rostock. Apple verkauft im Jahr rund 170 Millionen Apple iPhones. Vollständige Markttransparenz würde voraussetzen, dass jeder Käufer und Verkäufer auf der ganzen Welt alle anderen kennt. Und, dass jede Veränderung der Augenblicks-Fotographie des Marktes im Modell vollständiger Transparenz sofortige und räumlich unbegrenzte Resonanz und Veränderung nach sich zöge.

- **Ausschluss persönlicher Präferenzen**

Es gibt keine subjektive Beziehung zwischen Anbietern und Nachfragern. Alle Entscheidungen werden nur aus ökonomischen Erwägungen getroffen. Ein Kunde würde von seinem langjährigen Friseur sofort zu einem anderen wechseln, wenn der erste den Preis seines Haarschnitts gegenüber der Konkurrenz um 50 Cent erhöht.

### **Exkurs**

Präferenzen bei der Vergabe von Aufträgen zwischen Unternehmen soll das Instrument öffentlicher Ausschreibungen entgegenwirken. Das eröffnet größere Nähe zum ausschließlich ökonomischen Erwägungen unterliegenden vollkommenen Markt. Seine Wirksamkeit ist in ihrem Maß aber auch wieder von der Abstraktion anderer als ökonomischer Faktoren – z. B. Qualität, Zuverlässigkeit und Vertrauen – abhängig. Diese spielen in keinem ökonomischen Modell eine Rolle, gehören aber ebenfalls zu dem Fundament, auf dem letzten Endes wirtschaftliche Realität und Erfolge aufbauen.

Märkte, die die drei genannten Voraussetzungen nicht hundertprozentig abbilden, sind unvollkommene Märkte. Der vollkommene Markt ist ein fiktives Modell. Er abstrahiert von vielen realen Erscheinungen des unvollkommenen Marktes, wie er sich in der ökonomischen Wirklichkeit darstellt. Gerade, weil er aber seine Betrachtung auf das Wesentliche reduziert, ist er am besten geeignet, das Modell des Marktpreismechanismus (vgl. Kap. 7) zu erklären. Die bewusst in Kauf genommenen Abstraktionen ändern nichts an der Richtigkeit der Modellaussagen und gewährleisten deren Transparenz.

Die Einteilung der Märkte in **Käufermärkte** und **Verkäufermärkte** basiert auf zeitweiligen (nur in Ausnahmefällen dauerhaften) Ungleichgewichten zwischen Angeboten und Nachfrage in Bezug auf einzelne Güter. Vermag das Angebot ohne Probleme der Nachfrage zu folgen, so vollzieht sich die Konkurrenz auf der Seite der Verkäufer. Vorteile und Positionsstärke liegen auf der Seite der Käufer. Man spricht in diesem Regelfall von einem Käufermarkt. Käufermärkte sind für eine entwickelte Marktwirtschaft typisch.

Auf einem Verkäufermarkt befindet sich der Verkäufer in der stärkeren Position. Die Käufer konkurrieren um das tendenziell unter ihrer Nachfrage liegende Güterangebot. Verkäufermärkte bestehen dort, wo dem Angebot an einem bestimmten Gut objektive Grenzen gesetzt sind. Solche Grenzen können auf der Begrenztheit an natürlichen Ressourcen liegen. Aber auch die Schlange vor der Verkaufskasse zu einem Lang Lang-Konzert zeugt von einem Verkäufermarkt. Auch beim Impfstoff gegen Corona – zumindest in der ersten Phase nach seiner Entwicklung – gibt es vergleichbare Strukturen. Allerdings greift hier aufgrund der globalen gesundheitlichen Brisanz richtigerweise staatliche Regulierung.

Damit sind wir bei **freien** und **regulierten Märkten**. Sie unterscheiden sich durch die Rolle des Staates bei der Herausbildung des Preises auf dem jeweiligen Markt. Bleibt die Preisbildung allein dem Regulierungsmechanismus des Marktes (Marktpreismechanismus) überlassen, handelt es sich um einen freien Markt. Greift der Staat aus wirtschafts- oder sozialpolitischen Gründen in die Preisbildung ein (zum Beispiel mit Subventionen oder Zöllen), so entsteht ein regulierter Markt.

Auch die Einteilung in **offene** und **geschlossene Märkte** geht auf staatlichen Zugriff zurück. Besitzt jeder der will, unbegrenzten Zutritt zum Markt, ist dieser Markt offen. Wenn der Zutritt durch staatliche Restriktionen eingeschränkt oder verhindert wird, handelt es sich um einen geschlossenen Markt. Grund können Staatsmonopole auf der Nachfrage-Seite (Rüstungsgüter/Sicherheit) oder auf der Angebotsseite (Staatliche Krankenversicherung (soziale Gerechtigkeit) sein. Ehemalige durch Staatsmonopole in der Infrastruktur geschlossene Märkte wie Post oder Bahn folgen einem Trend zunehmender Zutrittsmöglichkeiten für dritte Anbieter. Einschränkungen und damit geschlossene Märkte gibt es auch mit Blick auf Verbraucherschutz und Sicherheit. Beispiele sind hier auf der Anbieterseite erforderliche Konzessionen in der Gastronomie oder Trägerzertifizierung im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit in der beruflichen Weiterbildung. Auf der Nachfrageseite gibt es die Notwendigkeit eines Waffenscheins für den Erwerb von Waffen oder Altersuntergrenzen beim Kauf von Alkohol oder beim Zugang zu dafür gekennzeichneten Kinofilmen.

Blicken wir auf die Kriterien der Markteinteilung in Tab. 6.1 zurück, so ergibt sich als Modell für die idealtypische Marktwirtschaft eine durchgängige Marktlandschaft mit folgenden Eigenschaften: Viele Anbieter und Nachfrager (Polypol), homogene Güter, Transparenz und keine Präferenzen (vollkommener Markt), Vorteile beim Nachfrager (Käufermarkt), Ausschluss des Staates aus der Preisbildung (freier Markt) und unbegrenzter Marktzugang für alle (offener Markt). Aus den zurückliegenden Betrachtungen und Beispielen wird deutlich, dass ein solcher Zustand weder a) real möglich noch b) wünschenswert

ist. Deshalb ist eine Einschränkung des idealtypischen Modells der Marktwirtschaft keine Schwäche und kein Makel, sondern etwas Unabdingbares, Wünschenswertes und Notwendiges. „Freie Marktwirtschaft“ ist kein Ziel, das als Höchstmaß der Perfektion angestrebt werden kann und soll, sondern ein theoretisches Modell zur Erklärung des Mechanismus. Reale Wirtschaftsordnungen, darunter die soziale Marktwirtschaft in Deutschland, gehören eindeutig in das Lager der Marktwirtschaft. Sie sind keine Verschnitt- oder light-Varianten, sondern bringen punktuell und gezielt die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Marktmechanismus in Übereinstimmung mit dem politisch Gewollten.

---

## 6.2 Marktformen

### 6.2.1 Marktformen und Marktwirtschaft

Aus den im zurückliegenden Abschnitt vorgestellten Einteilungsmöglichkeiten von Märkten wollen wir hier die nach Marktformen, nach der Zahl der Marktteilnehmer auf der Anbieter- und Nachfrageseite, herausgreifen und genauer betrachten. Dieses Thema hat für das Funktionieren des Marktmechanismus und seines Motors, des Wettbewerbs, eine besondere, lebenswichtige Bedeutung.

Neben den zielgerichteten Regulierungen des Staates in ausgewählten Bereichen gibt es in einer Marktwirtschaft auch Kräfte, die dem Markt selbst entspringen und geeignet sind, seine Funktion zu beeinträchtigen.

In den einfachen volkswirtschaftlichen Modellen von Markt und Marktpreisbildung wird von solchen Wettbewerbshemmissen abgesehen. Ihnen liegt auf jeder Marktseite eine große Anzahl von Akteuren zugrunde, die den sich herausbildenden Preis als gegebene und durch sie als Einzelne nicht beeinflussbare Größe vorfinden. Koordinierung von Angebot und Nachfrage über den Marktpreis, unbegrenzte Konkurrenz und Wettbewerb sind Attribute eines solchen Modell-Marktes.

Die Praxis weist jedoch eine große Vielfalt konkreter Marktformen auf, die sich in Zahl der Anbieter und Nachfrager sowie in deren Größe und Marktmacht unterscheiden. Entsprechend weichen auch die Verhaltensweisen der Marktteilnehmer voneinander ab.

### 6.2.2 Typisierung von Marktformen

Das wirtschaftliche Leben hat eine Vielzahl von Marktformen entstehen lassen, deren Grenzen untereinander fließend sind. Verständlicherweise gibt es daher auch unterschiedliche Versuche einer Systematisierung. Je stärker die Differenzierung, desto größer die Zahl der Marktformen. Am bekanntesten ist die Einteilung, die Heinrich von STACKELBERG (1905–1946) vorgenommen hat. Grundgedanke seines Modells ist, dass auf jeder

Marktseite, der der Anbieter und der der Nachfrager, drei Kategorien hinsichtlich der Zahl von Marktteilnehmern unterschieden werden.

- viele = Polypol (atomistische Konkurrenz)
- wenige = Oligopol
- einer = Monopol

Kombiniert man jede Variante auf der Angebotsseite mit jeder Variante auf der Nachfrageseite, so ergeben sich 9 Marktformen, wie sie in Tab. 6.2 dargestellt sind. EUCKEN erweiterte das STACKELBERG'sche Modell auf 25 Marktformen.

Alle Formen des STACKELBERG'schen Modells sind theoretisch denkbar und in der Wirtschaftspraxis nachweisbar. Sie treten jedoch in unterschiedlicher Häufigkeit auf. Die wohl typischste Marktform in einer modernen Volkswirtschaft ist das Angebotsoligopol. Äußerst selten dagegen finden wir Marktformen, die die Bedingungen des Polypols oder des zweiseitigen Monopols an beiden Rändern der Skala erfüllen. So könnte man in Tab. 6.2 eine Tendenz der Häufigkeit unterstellen, die von den Ecken des Modells zur Mitte hinzunimmt.

**Polypol** Es stehen sich viele (kleine) Anbieter und viele (kleine) Nachfrager gegenüber. Diese Konstellation erfüllt die idealtypische Bedingung freier (vollständiger) Konkurrenz und vollkommenen Wettbewerbs. Und zwar auf beiden Seiten. Auf dem Polypol setzt das einfache Modell vom Marktpreis als Gleichgewichtspreis (vgl. Kap. 7) auf. Beispiele für ein wirkliches Polypol sind äußerst selten. Am besten erfüllt wohl der Devisenmarkt oder der Wertpapiermarkt die genannten Bedingungen. Auf ihnen bildet sich der Preis (in Form des Kurses) an der Börse durch eine unüberschaubare Vielzahl von Kauf- und Verkaufswünschen heraus. Der polypolistischen Konkurrenz zuträglich ist hier auch, dass Anbieter, Nachfrager und Handelsgegenstand nicht an einem Ort sein und keine räumliche Entfernung überwinden müssen. Und dass Devisen- und Wertpapiermärkte in der Regel internationale Dimensionen besitzen und von hoher Transparenz sind. Das trifft auch für Güter wie Tabak, Weizen oder Baumwolle zu, soweit sie an der Rohstoffbörsen gehandelt werden.

**Tab. 6.2** Marktformen

Nachfrager	viele	wenige	einer
Anbieter			
viele	Polypol	Nachfrageoligopol (Oligopson)	Nachfragemonopol (Monopson)
wenige	Angebotsoligopol	Zweiseitiges Oligopol	Beschränktes Nachfragemonopol
einer	Angebotsmonopol	Beschränktes Angebotsmonopol	Zweiseitiges Monopol

[Marktformen]

**Nachfrageoligopol** Viele (kleine) Anbieter stehen auf dem Markt wenigen (mittleren) Nachfragern gegenüber. Eines der wenigen plausiblen Beispiele für eine solche Konstellation kann der Ankauf von Antiquitäten oder Münzen durch hierauf spezialisierte Handelsfirmen sein.

**Nachfragemonopol** Marktparteien sind auf der einen Seite viele (kleine) Anbieter und auf der anderen nur ein (großer) Nachfrager. Die Bedingungen für einen solchen einzigen großen Nachfrager sind am ehesten dort erfüllt, wo der Staat auf der Nachfrageseite ins Spiel kommt. Der Landerwerb von privaten Eigentümern durch den Staat oder in dessen Auftrag für große öffentliche Infrastrukturprojekte – zum Beispiel den Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) – kann diese Marktkonstellation illustrieren. Mit diesem Beispiel machen wir allerdings einen Ausflug zu den Faktormärkten (hier: Boden).

**Angebotsoligopol** Viele (kleine) Nachfrager stehen wenigen (mittleren) Anbietern gegenüber. Die Szenerie dieser wohl häufigsten Marktform lässt sich am besten durch die uns allen vertraute Fernsehwerbung verdeutlichen. Nahezu alle Anbieter in Werbespots adressieren ihre Botschaften an eine Vielzahl einzelner Haushalte auf der Nachfrageseite. Die zweite Seite kennt die erste, nicht aber die erste die zweite. Wenngleich deren allgemeines Kaufverhalten. Die Anbieter versuchen durch die Werbung, ihr Produkt gegenüber einer überschaubaren Anzahl an Konkurrenten in Position zu bringen. Milka, Ritter Sport, Lindt oder Merci bei Tafelschokolade; VW, Daimler-Benz, BMW oder Opel bei PKW; Bosch, Siemens, Miele oder Liebherr bei Haushaltgeräten. Auch Märkte wie die für Waschmittel, Skiausrüstungen oder Zigaretten erfüllen die Kriterien für Angebotsoligopole. Tab. 6.3 zeigt die Struktur der Anbieter auf dem deutschen Mineralölmarkt.

**Tab. 6.3** Deutscher Mineralöl-Markt (Zahl Tankstellen 2021). (Quelle: Mineralöl Wirtschaftsverband/MWV 2021)

Anbieter	Zahl der Tankstellen	Anteil
Aral	2300	16 %
Shell	1955	14 %
Total	1157	8 %
Esso	961	7 %
Avia	839	6 %
JET	818	6 %
Orlen	582	4 %
Agip	468	3 %
Tamoil	411	3 %
OMV	272	2 %
Weitere	4337	31 %
<i>Gesamt</i>	<i>14.100</i>	<i>100 %</i>

**Zweiseitiges Oligopol** Auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite stehen sich wenige (mittlere) Akteure gegenüber. Typisch für das zweiseitige Oligopol ist der Handel von Produktionsgütern, zu denen auch Halbfabrikate und Zulieferzungen gehören, zwischen Anbietern und Nachfragern innerhalb des Unternehmenssektors. Zu potentiellen Zulieferern für eine überschaubare Zahl deutscher Autohersteller (Nachfrager) gehört eine ebenso überschaubare Zahl von Anbietern. Bei Reifen Michelin, Continental, Dunlop, Goodyear oder Pirelli – bei Batterien für Verbrenner oder Elektroautos BYD, CATS (China), SK Innovation, Samsung (Südkorea) oder Tesla (USA).

**Beschränktes Nachfragemonopol** Wie im Nachfragemonopol, so existiert auch im beschränkten Nachfragemonopol nur ein Nachfrager – in der Regel der Staat. Die Zahl der Anbieter (wenige mittlere) ist hier überschaubar. Als Polizei-PKW dominieren in Deutschland die Marken (Anbieter) VW, Mercedes-Benz, BMW, Opel und Ford. Ein zweites Beispiel ist die Herstellung von Dokumenten für den Bund. Hierfür sind in Deutschland vor allem die Bundesdruckerei in Berlin (Identitätspapiere wie Personalausweise oder Pässe) oder der Bundesanzeiger-Verlag in Köln (Bundesgesetzbücher) zuständig. Ähnlich ist für Deutschland das Verhältnis von Zentralnotenbank und Giesecke & Devrient in Leipzig beim Druck von Euro-Banknoten.

### Exkurs

Das Druckereibeispiel für öffentliche Papiere zeigt aber auch, wie stark die Zuordnung zu einer Marktform von der Betrachtungsebene in gütterseitigem oder regionalem Bezug abhängt. Verstehen wir als „Gut“ nicht „Bundeskunden“, sondern „Banknoten“, „Pässe“ oder „Gesetzblätter“, wird aus dem Beschränkten Nachfragemonopol ein zweiseitiges Monopol. (Wobei hier präzisierend vorweggenommen werden muss, dass Auftraggeber bei der Banknotenstellung die Zentralnotenbank ist, die hier dem „Staat“ im weiteren Sinne zugeordnet wird, dabei aber unabhängig von der Bundesregierung ist.) Gehen wir bei der EURO-Banknotenherstellung von der deutschen Betrachtungsebene auf die europäische, werden aus einem Anbieter 11 Hochsicherheitsdruckereien. Und damit auch bei alleiniger Betrachtung des Marktes für EURO-Banknoten aus einem zweiseitigen Monopol ein beschränktes Nachfragemonopol. Auf globaler Ebene bewegen sich real vorhandene Beispiele in der Marktformen-Matrix (Tab. 6.2) tendenziell weg von „rechts unten“ (einzelne oder wenige Akteure) zu „links oben“ (mehrere oder viele Akteure).

**Angebotsmonopol** Ein einziger (großer) Anbieter steht auf dem Markt vielen (kleinen) Nachfragern gegenüber. Typisch hierfür ist die Erbringung strategisch wichtiger Leistungen durch ein allein dazu berechtigtes Staatsunternehmen. Klassische Beispiele hierfür sind/waren Post, Eisenbahntransport oder Telekommunikation. Hier erfolgte in den vergangenen Jahrzehnten – auch infolge von Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik in der EU – eine Aufhebung vieler Monopole. Deutsche Bahn, Deutsche Post oder Deutsche Telekom sind zwar weiterhin dominierende Anbieter auf ihrem jeweiligen Markt, sehen sich aber inzwischen Mitanbietern wie PIN, DHL oder UPS (Post), BeNEX, Transdev oder Abellio (Schiene) oder T-Mobile, Vodafone, E-Plus oder O2 (Telekommunikation) gegenüber. Aus Angebotsmonopolen sind Angebotsoligopole geworden. Wenige staatliche Angebotsmonopole wie das Glücksspielmonopol bestehen in Deutschland weiter.

**Beschränktes Angebotsmonopol** Ein einziger Anbieter und eine überschaubare Anzahl von Nachfragern sind die Marktparteien. Beispiele hierfür sind selten. Der Hersteller einer in patentiertem Verfahren hergestellten Chemikalie auf der Anbieterseite und eine Reihe von Pharma-Unternehmen auf der Nachfrageseite kann dabei als plausibles gelten.

**Zweiseitiges Monopol** Auf dem Markt steht ein einziger Anbieter einem einzigen Nachfrager gegenüber. Das Gegenteil vom Polypol. Auch hier haben wir eine nahezu theoretische Marktkonstellation und damit Marktform. Im zweiseitigen Monopol ist jede Konkurrenz ausgeschaltet. Annahme: Der einzige Flugzeugproduzent eines Landes liefert Linienflugzeuge an das einzige Luftfahrtunternehmen dieses Landes. Erstens muss es sich aber dabei um ein sehr kleines Land handeln, und zweitens hört dieses Beispiel für ein zweiseitiges Monopol spätestens auf internationaler Ebene auf, zu gelten.

Beispiele für theoretische Modelle zu zeigen, macht diese verständlicher und anfassbarer. Die zurückliegenden Illustrationen zeigen aber auch, in wie wenigen Fällen ein Beispiel luppenrein ein Modell illustriert. Wie viele Abstriche oder Einschränkungen teilweise gemacht werden müssen. Das ist aber kein Beinbruch. Deshalb widerspiegelt ein Modell die Theorie und ein Beispiel die Praxis. Die zurückliegende Erklärung von Marktformen führt uns unter anderem zu folgenden Erkenntnissen.

1. Die Einteilung konkreter Marktformen in neun Schubladen ist eine willkürliche Strukturierung. Dennoch zeigt sich deutlich, dass die reale Marktlandschaft einer Wirtschaft nicht gleichmäßig auf alle Schubladen (Marktformen) verteilt ist. Vielmehr lebt die Realität vor allem in Kombinationen aus der Mitte des Tableaus. Dort, wo sich die Oligopole befinden. Polypol- und Monopolkombinationen liegen – auch visuell – am Rande der Struktur von Marktformen.
2. Diese Erkenntnis gilt für in der Regel auf die Volkswirtschaft bezogene Marktform-Beispiele. Sie zeigt sich noch weitaus deutlicher beim Blick auf die Weltwirtschaft und globalen Märkte.
3. Es gibt Veränderungen der Zuordnung von Beispielen zu Marktformen in der zeitlichen Entwicklung der Wirtschaft. Die Liberalisierung auf Märkten mit früheren Staatsmonopolen wie Post, Eisenbahn oder Telekommunikation sind Belege hierfür. Das zeigt wiederum, dass Struktur und Ausprägung von Marktformen in einer Volkswirtschaft auch Ergebnis staatlicher Politik, hierbei besonders der Wettbewerbspolitik (Abschn. 6.4), sind.

---

## 6.3 Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkungen

### 6.3.1 Begriff und Funktion des Wettbewerbs

Markt und Wettbewerb (Konkurrenz) sind untrennbar miteinander verbunden. Wettbewerbsfreiheit ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Marktwirt-

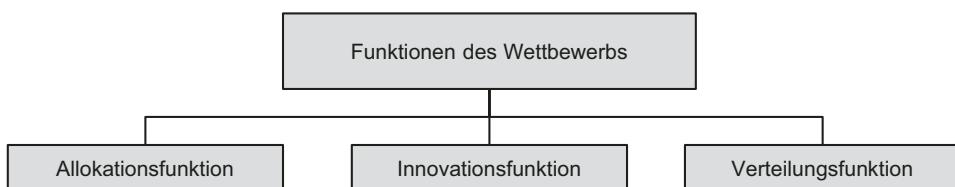
schaft. Wettbewerb im allgemeisten Sinne ist eine Erscheinung in allen Bereichen, in denen Menschen mit unterschiedlichen Mitteln und Voraussetzungen gleiche oder ähnliche Ziele anstreben. In Ausbildung, Sport, Kultur, Wissenschaft oder Wirtschaft gilt er als Leistungsvergleich, in dem sich der Stärkere durchsetzt. Durch Leistungsdruck entstehen Ergebnisse, die sonst geringer wären. Ein Zehntausendmeterläufer würde auf der Zielgerade wohl kaum die letzten Kraftanstrengungen mobilisieren, wenn er nicht einen Meter hinter sich den Schritt seines Rivalen vernähme. Und ein Schüler setzt sich am Abend vor einer Klassenarbeit mehr auf den Hosenboden, wenn er in deren Ergebnis eine gute Note erzielen kann, als wenn eine klare Bewertung als für ihn nicht zumutbar erklärt wird.

Besonders in der Wirtschaft gilt der Wettbewerb als Motor einer dynamischen Leistungsentwicklung. Wettbewerb, den wir im Folgenden immer als wirtschaftlichen Wettbewerb verstehen wollen, vollzieht sich am Markt.

► **Wettbewerb** ist der Leistungskampf zwischen Vertretern einer Marktpartei.

Unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft, in der Käufermärkte die Regel sind, wird der Wettbewerbsbegriff in aller Regel auf die Marktpartei der Anbieter bezogen. Kriterium ist in diesem Falle, die Nachfrage mit möglichst hohem Ergebnis und mit möglichst niedrigem Aufwand zu befriedigen. Wettbewerb ist nicht letzliches Ziel der Marktwirtschaft, sondern Mittel zum Zweck. Er ist aus volkswirtschaftlicher Sicht der Weg zum Ziel einer hohen Wirtschaftsleistung und zu daraus erwachsendem Wohlstand. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Wettbewerb drei Grundfunktionen erfüllen, die in Abb. 6.2 zusammengefasst sind.

**Allokationsfunktion** Allokation heißt steuernde Verteilung. Der Wettbewerb trägt zu einem optimalen Verhältnis zwischen unbegrenzten Bedürfnissen und begrenzten Mitteln zu ihrer Befriedigung bei. Erstens lenkt er die Produktionsfaktoren in die bedarfsgerechesten und produktivsten Einsatzrichtungen. Die Verfolgung des einzelwirtschaftlichen Ziels der Gewinnmaximierung wirkt durch Kostenminimierung gesamtwirtschaftlicher Ressourcenverschwendungen entgegen. Zweitens steuert der Wettbewerb Größe und Struktur des Angebots an Gütern in Übereinstimmung mit den Präferenzen der Nachfrager (Kunden). Die Verfolgung des einzelwirtschaftlichen Ziels der Gewinnmaximierung (hier: durch Ertragserhöhung) dient dabei gesamtwirtschaftlich einem Höchstmaß an Bedürfnis-



**Abb. 6.2** Wettbewerbsfunktionen

befriedigung. Vereinfacht: Die Allokationsfunktion des Wettbewerbs fördert viel Bedürfnisbefriedigung mit wenig Ressourceneinsatz.

**Innovationsfunktion** Der Wettbewerb schafft zum einen Anreize zur Produktentwicklung. Das Bestreben der Anbieter, hohe Erträge zu erzielen, fördert die Entwicklung neuer, besserer Güter. Ohne die Innovationsfunktion hätte sich das iPhone nicht gegen seine Vorgänger bis zum Schnurtelefon mit Drehscheibe durchgesetzt. Zum anderen führt das am Gewinn ausgerichtete Ziel der Kostensenkung zur Entwicklung moderner Produktionsverfahren. Diese klassische Theorie erlebt wohl mit der Digitalisierung ihre bisher überzeugendste Bestätigung. Auch Digitalisierung ist kein Endziel, sondern Mittel zum Zweck. Wer sie verschläft – ob Land oder Unternehmen – verliert den Wettbewerb. In beiden Fällen, dem produktorientierten wie dem verfahrensorientierten, ist Wettbewerb Motor des technischen Fortschritts.

**Verteilungsfunktion** Sie wird vielfach als dritte Funktion des Wettbewerbs genannt. In dem Wettbewerb die sonst drohende Marktmacht einzelner Anbieter in Grenzen hält, verhindert er Preisdictate zu Lasten der Nachfrager. Wettbewerb ist in seiner Verteilungsfunktion Garant – oder zumindest Grundlage – für eine gerechte Einkommensverteilung.

### 6.3.2 Der funktionsfähige Wettbewerb

Versteht man den Begriff des vollkommenen Marktes sehr weit, so setzt er nicht nur homogene Güter, Transparenz und keine Präferenzen voraus, sondern auch freien Marktzutritt und atomistische Konkurrenz im Polypol. In dieser abstrakten Auslegung findet vollkommener Wettbewerb auf vollkommenem Markt statt. Das ist das Leitbild des klassischen Liberalismus. In allen anderen Fällen – den wirklichen – herrscht unvollkommener Wettbewerb auf unvollkommenem Markt. (vgl. Tab. 6.4).

Wie überall im Leben ist auch im Falle des Wettbewerbs Vollkommenheit das Ideal, Unvollkommenheit die Regel. Der vollkommene Wettbewerb ist damit ein Sonderfall des unvollkommenen Wettbewerbs, der sich im weiten Feld zwischen Polypol und Monopol abspielt. Aus der Sicht der lebendigen Wirtschaft ist vollkommener Wettbewerb weder möglich noch in jedem Falle förderlich. Die Innovationsfunktion des Wettbewerbs verlangt Spitzentreiter, Bahnbrecher, die auf ihrem Gebiet – bis die Konkurrenz nachzieht – zeitweilig eine Monopolstellung einnehmen können. Denken wir an Biontech bei der

**Tab. 6.4** Markt und Wettbewerb

Vollkommener Markt	Unvollkommener Markt
Vollkommener Wettbewerb	Unvollkommener Wettbewerb
Vollkommene Konkurrenz	Unvollkommene Konkurrenz

Corona-Impfstoffherstellung. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung erfordern oft eine Konzentration von Kapital, die 10 mittlere Unternehmen eher zuwege bringen als 100 kleine.

So hat sich das Konzept vom funktionsfähigen Wettbewerb herausgebildet. „Funktionsfähig“ steht dabei für „arbeitsfähig“, „wirksam“, „dynamisch“. Die Unvollkommenheit des Wettbewerbs wird dabei nicht als beklagenswerter Makel verstanden, der der Realität leider anhaftet. Sondern er kann unter bestimmten Voraussetzungen besonders effizient sein. Der Wettbewerb wird nicht an seiner klinischen Sauberkeit, sondern an der Erfüllung seiner Funktionen gemessen. Im Mittelpunkt steht nicht die Marktform, sondern das Marktergebnis.

► **Funktionsfähiger Wettbewerb** ist unvollkommener Wettbewerb mit der Fähigkeit, die mit den Wettbewerbsfunktionen anvisierten Allokations-, Innovations- und Verteilungsziele zu erreichen.

Das Konzept vom funktionsfähigen Wettbewerb („workable competition“) geht auf John Maurice CLARK (1884–1963) zurück, der seine Ideen noch vor Ende des 2. Weltkrieges veröffentlichte. Es stellt heute eine wesentliche Grundlage der Wettbewerbspolitik in Deutschland dar.

### 6.3.3 Wettbewerbsbeschränkungen

Nicht jede Form des unvollkommenen Wettbewerbs gräbt an den Wurzeln einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Umgekehrt ist unvollkommener Wettbewerb kein Freibrief, mit dem die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs unbeeinträchtigt gewährleistet ist.

► **Wettbewerbsbeschränkungen** liegen dann vor, wenn unvollkommener Wettbewerb zur Beeinträchtigung von Wettbewerbsfunktionen führt.

Wettbewerbsbeschränkungen können vor allem auf Oligopol – Märkten entstehen, wenn diese sich tendenziell in Richtung Monopol bewegen. Das geschieht über die Kette „Unternehmenskonzentration – Konzentration von wirtschaftlicher Macht – Konzentration von Marktmacht – Missbrauch von Marktmacht“. Die wichtigsten Formen wirtschaftlicher Konzentration sind

- Kartell
- Konzern
- Fusion

Das Kartell ist die schwächste Form wirtschaftlicher Konzentration. In ihm begeben sich juristisch selbständige Unternehmen in eine begrenzte wirtschaftliche Abhängigkeit.

► Ein **Kartell** ist die mündliche oder vertragliche Vereinbarung von eigenständigen Unternehmen über abgestimmtes Verhalten in Bereichen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit.

Wegen des oft schwer nachweisbaren Zustandekommens von Kartellabsprachen bezeichnet man mündliche Absprachen auch zuweilen als „Frühstückskartelle“. Entscheidend sind die Ergebnisse vor allem auf Oligopol-Märkten. Jeder Autofahrer bestaunt die Präzision, mit der sich die Benzinpreise verschiedener Anbieter trotz häufiger Schwankungen beieinander halten. Potentieller Gegenstand von Kartellabsprachen können sein:

• Preiskartelle	Absprache von Preisen und Preisobergrenzen
• Quotenkartelle	Absprache von Produktionsumfängen
• Gebietsschutzkartelle	Abstimmungen zu regionalen Absatzmärkten
• Ausfuhrkartelle	Sicherung und Förderung des Exports
• Normen- und Typenkartelle	Einheitliche Anwendung von Normen und Typen
• Konditionenkartelle	Abstimmung bei Zahlungs- und Lieferbedingungen
• Rabattkartelle	Anwendung einheitlicher Rabattsätze
• Spezialisierungskartelle	Rationalisierung wirtschaftlicher Vorgänge
• Mittelstandskartelle	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
• Strukturkrisenkartelle	Anpassung Kapazitäten an Absatzrückgänge

Wettbewerbsbeschränkungen können sich vor allem aus Preiskartellen, Quotenkartellen und Gebietsschutzkartellen (Kartelle höherer Ordnung) ergeben. Sofern sich Kartelle zur Umsetzung ihrer Vereinbarung Organisationen oder Institutionen schaffen, so nennt man sie **Syndikat**. Ein Syndikat vertritt die Kartellmitglieder als gemeinsame Absatzorganisation am Markt.

### Beispiel

Ein weltbekanntes Rohstoffkartell – hier nicht zwischen Unternehmen, sondern zwischen Staaten – ist die 1960 gegründete Organisation erdölexportierender Länder (OPEC). Ziel war und ist die Steuerung des Ölpreises (gegen Weltmarkttrends) durch Festlegung von Förderquoten. Gründungsmitglieder waren Irak, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela. Heute hat die OPEC 13 Mitglieder und korrespondiert mit weiteren 10 Ländern (darunter Russland). Insgesamt kontrolliert diese Gruppierung ca. 40 % der weltweiten Ölproduktion. Die auch durch politischen Hintergrund geprägten Ölkrise 1973 und 1979/80 wurden durch aktives Handeln der OPEC mitgeprägt. Als Reaktion gegen die Parteinahme westlicher Industrieländer für Israel im Jom-Kippur-Krieg mit Ägypten im Oktober 1973 drosselte die OPEC die Ölfördermenge um 5 %. Der Erdölpreis stieg von 3 auf 5 \$ pro Barrel und damit um zwei Drittel. Folge waren schwere Rezessionen in den westlichen Industrieländern. Wegen

Benzinmangels kam es zu Fahrverboten. In der jüngsten Vergangenheit vor dem Hintergrund des weltweiten Corona-Lockdowns vom Frühjahr 2020 hat die OPEC ihre Kartellmacht durch Quotensenkung nicht zum Preisanstieg, sondern zur Abwendung oder Abfederung eines Preissturzes gebraucht. Der rapide Schwund der Benzinnachfrage ließ die Ölpreise von einem stabil über 60 \$/Barrel liegenden Niveau auf 18 \$/Barrel im April 2020 abstürzen. Dem wurde durch eine bisher einmalige Produktionskürzung der OPEC-Staaten entgegengewirkt. ◀

Gegenüber dem Kartell ist der Konzern die nächsthöhere Form wirtschaftlicher Konzentration. In einem Konzern (oder „Unternehmensgruppe“) sind juristisch selbständige, jedoch wirtschaftlich abhängige Unternehmen zusammengeschlossen.

► Der **Konzern** ist die unter einer gemeinsamen Leitung vollzogene Zusammenfassung juristisch selbständiger Unternehmen, deren wirtschaftliche Aktivität einer einheitlichen Strategie untergeordnet ist.

Oft bestehen zwischen Konzernbetrieben durch Gesellschafteranteile auch vertikale Strukturverflechtungen. Eine Dachgesellschaft oder „Holding“ mit oft nur geringem eigenem Geschäftsbetrieb kann Muttergesellschaft unter ihr agierender (selbstständiger) Konzernbetriebe sein.

Eine der wichtigsten Unterscheidungsmöglichkeiten von Konzernen ist die nach der Art ihres produktionstechnischen (nicht gesellschaftsrechtlichen) Verhältnisses zueinander. **Horizontalkonzerne** sind Gruppen von Unternehmen der gleichen Produktionsstufe.

---

#### Beispiel

Im Daimler-Konzern agieren unter dem Dach der Daimler-AG (Strategie und Steuerung) die drei Konzernunternehmen Mercedes-Benz AG (Cars & Vans), Daimler Truck AG (Trucks & Buses) und Daimler Mobility AG (Mobility & Financial Services). Die Konzernunternehmen bilden keine Produktionskette, sondern sind auf unterschiedliche, sich ergänzende, Erzeugnisse der gleichen Produktionsstufe spezialisiert. ◀

Im Unterschied zu Horizontalkonzernen bestehen **Vertikalkonzerne** aus Produzenten verschiedener zusammenhängender Produktionsstufen. Die Betriebe arbeiten sich in einer Lieferkette „in die Hand“.

---

#### Beispiel

Gegen Ende des Jahres 2020 wurden Pläne von Tesla bekannt, seine in Brandenburg Grünheide entstehende Gigafabrik für Elektroautos durch eine geplante eigene Batteriefabrik zu beliefern. ◀

Eine nicht selten anzutreffende dritte Form ist der **Diagonalkonzern** (Mischkonzern, Konglomerat). Hier stehen Betriebe mit unterschiedlichen Plätzen in der gesamten Unternehmenslandschaft unter einer strategischen Leitung. Ein Motiv für solche „Warenhauspaletten“ können mögliche Gewichtsverlagerungen im Zuge von Veränderungen auf dem Weltmarkt und Streuung des Risikos sein.

### Beispiele

Noch vor einigen Jahren galt für den Oetker-Konzern mit seinen 40 Unternehmen das Bild „vom Puddingpulver über Banken bis zur Tankerflotte“. Inzwischen hat sich der Konzern eine Komprimierung seiner Geschäftsfelder auferlegt. 2017 erfolgte die Trennung von der Schiffssparte, 2020 der Verkauf des Bankhauses Lampe.

China Shenhua Energy ist der größte Kohleförderer Chinas. Zu den 9 Tochterunternehmen des Konzerns zählen neben Coal Trading Co. auch die Shenhua Railway Co. (Eisenbahnnetz) oder die Shenhua Huanghua Port Co. (Hafenbetriebe).

Als wohl größter deutscher Mischkonzern gilt Siemens. Zu seinen aktuellen Geschäftsfeldern gehören Industriearmatisierung und -digitalisierung (Digital Industries), Schienenfahrzeugbau (Siemens Mobility), Medizintechnik (Healthineers) und Immobilien-Service (Real Estate). Aus länger zurückliegenden der Aufgabe des Feldes der Telekommunikation und der Abspaltung der Energietechnik auf eine Abkehr vom Mischkonzern-Profil zu schließen, wie es teilweise getan wird, erscheint vor diesem Hintergrund unangebracht. ◀

Die intensivste Form wirtschaftlicher Konzentration ist die Fusion von Unternehmen. In ihr geben die Beteiligten neben ihrer wirtschaftlichen auch ihre gesellschaftsrechtliche Selbstständigkeit ab.

► Die **Fusion** ist der Zusammenschluss von Unternehmen, bei dem die Beteiligten zu einer neuen wirtschaftlichen und juristischen Einheit verschmelzen.

Unternehmen können zum einen dadurch fusionieren, dass das eine das andere übernimmt („schluckt“). Unternehmen A (das kleinere) wird auf Unternehmen B (das größere) fusioniert. Eine Fusion kann zum anderen auch auf dem Wege der Firmierung unter einem neuen Namen erfolgen, in die beide vormaligen Unternehmen eingehen. Von einer Großfusion oder „Elefantenhochzeit“ spricht man gewöhnlich, wenn die fusionierenden Unternehmen ein Volumen von mehr als 10 Mrd. US-\$ einbringen.

### Beispiel

Eine der jüngsten Großfusionen fand im Januar 2021 in der Automobilbranche statt. Peugeot S.A. und Fiat Chrysler fusionierten zum neuen Großkonzern Stellantis. Zu ihm gehören künftig Marken wie Fiat, Peugeot, Citroen, Opel oder Alpha Romeo. Der Absatz wird jährlich bei knapp 9 Millionen Fahrzeugen bei einem Umsatz von rund 170

Milliarden Euro liegen. Stellantis ist damit der viertgrößte Autobauer der Welt. Die behördlichen Genehmigungen, darunter die der für den Wettbewerbsschutz zuständigen Europäische Kommission, wurden erteilt. ◀

---

## 6.4 Wettbewerbspolitik

Wettbewerbsbeschränkungen können, wie wir gesehen haben, auch ohne das Zutun des Staates, aus dem Schoße des Marktes selbst heraus, entstehen. Sie erwachsen allein aus dem Agieren der Akteure am Markt und können dessen Funktionieren behindern. Da der Wettbewerb aber eine Grundsäule der Marktwirtschaft ist, muss die Politik seine Gefährdung verhindern. Damit sind wir bei der Wettbewerbspolitik.

► **Wettbewerbspolitik** ist die Gesamtheit staatlicher Maßnahmen, die gegen Beschränkung des Wettbewerbs und damit auf seinen Schutz gerichtet sind.

Die Wettbewerbspolitik ist in jeder marktwirtschaftlichen Ordnung ein zentrales Element der Wirtschaftspolitik. Sie muss in ihrer Umsetzung das Prinzip der Vertragsfreiheit berücksichtigen, solange damit keine Benachteiligung Dritter verbunden ist. Der Wettbewerbspolitik liegt realistischer Weise das Prinzip des funktionsfähigen (und nicht des vollkommenen) Wettbewerbs zugrunde. Der Inhalt dieses Abschnitts orientiert sich an der Wettbewerbspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

*„Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es, den funktionierenden Wettbewerb auf den Märkten zu garantieren. Spezielle Regularien und Eingriffe helfen dabei, volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von wettbewerbsbeschränkendem Verhalten zu verhindern. Wirtschaftliche Macht muss dort begrenzt werden, wo sie wirksamen Wettbewerb und die ihm innenwohnenden Tendenzen zur Leistungssteigerung beeinträchtigt.“*

Quelle: Bundeswirtschaftsministerium BMWi (2020)

### 6.4.1 Rechtlicher und institutioneller Rahmen

Die Wettbewerbspolitik basiert in Deutschland auf dem **Kartellgesetz**.

Kartellgesetz	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	GWB	27.07.1957	BGBI. I 1081
---------------	--	-----	------------	--------------

Als Ausdruck seiner Bedeutung für den Schutz der marktwirtschaftlichen Ordnung wird das Kartellgesetz auch als „Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“ bezeichnet. Mit seiner 2. Novelle (1973) orientiert es sich am Leitbild des funktionsfähigen Wettbewerbs. Die 7. Novelle (2005) dient der Anpassung des GWB an europäisches Wettbewerbsrecht. Die 9. Novelle (2017) richtet das GWB auf den Wettbewerbsschutz unter den Bedingungen der Digitalisierung aus. Paragraph 1 des Kartellgesetzes enthält das allgemeine Verbot von Wettbewerbsbeschränkungen:

*„Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.“*

Quelle: GWB § 1

Die elementare Aussage des Kartellgesetzes lautet somit: Wettbewerbsbeschränkungen sind grundsätzlich verboten. Ausnahmen regelt das Gesetz.

Auch die marktwirtschaftliche Ordnung anderer Länder wird durch Gesetze geschützt. In den USA nimmt der Staat diese Aufgabe auf der Basis der Antitrust-Gesetze wahr. Diese gehen auf die Sherman Antitrust Act von 1890 zurück. In Österreich und der Schweiz gelten Bundesgesetze (2005/1995) gegen/über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen. Auf EU-Ebene ist das Kartellrecht in den Artikeln 101 und 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt.

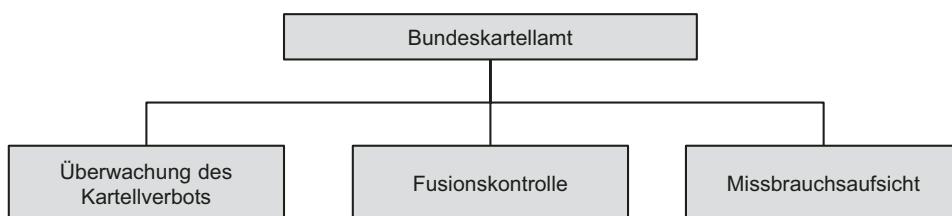
Oberste Bundesbehörde für die Wahrnehmung der staatlichen Pflichten zum Wettbewerbsschutz in Deutschland ist das **Bundeskartellamt** mit heutigem Sitz in Bonn. Seine Aufgaben sind im Kartellgesetz festgelegt. Das Kartellamt gehört zum Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Seit 1973 gibt es daneben die **Monopolkommission** - ein unabhängiges Sachverständigen-Gremium, das Bundesregierung und Gesetzgeber in Fragen der Wettbewerbspolitik berät. Seine Aufgaben sind im Kartellgesetz (§§ 44 ff.) festgelegt.

Auf der Basis des deutschen Wettbewerbsrechts ergeben sich für das Bundeskartellamt drei zentrale Aufgaben, die in Abb. 6.3 dargestellt sind.

Neben den drei Aufgaben in Abb. 6.3 gehören zum Ressort des Kartellamtes auch die Überprüfung öffentlicher Aufträge des Bundes und der Verbraucherschutz.

## 6.4.2 Durchsetzung des Kartellverbots

Das Verbot von Wettbewerbsbeschränkungen in § 1 GWB gilt generell auch für Kartelle. Bis zur 7. Novelle des GWB 2005 unterschieden die Ausnahmeregelungen zwischen Anmeldekartellen (mit Anmeldung wirksam), Widerspruchskartellen (nach dreimonatiger Widerspruchsfrist wirksam) und Erlaubniskartellen (ausdrückliche Genehmigungspflicht). Mit der 7. Novelle des GWB gelten nahezu alle Kartelle ohne Anmeldung oder Antrag als zulässig (Legalausnahme), es sei denn, die Freistellungsvoraussetzungen gemäß § 2 GWB



**Abb. 6.3** Aufgaben des Bundeskartellamtes

sind auf sie nicht anwendbar. Zu den potentiell für die Legalausnahmen infrage kommenden Kartellen gehören Ausfuhrkartelle, Normen- und Typenkartelle, Konditionenkartelle, Rabattkartelle, Spezialisierungskartelle, Mittelstandskartelle und Strukturkrisenkartelle (vgl. Abschn. 6.3).

Grundsätzlich verboten sind Preiskartelle, Quotenkartelle (in Produktion) und Gebietskartelle. Durch sie werden Wettbewerb und Marktmechanismus besonders nachhaltig eingeschränkt.

**Preiskartelle** im Absatz sind Absprachen zwischen Unternehmen zu Fest- oder Mindestpreisen zur Vermeidung von Preiskampf und zur Erhöhung des Gewinns. Durch das Außerkraftsetzen des Marktpreismechanismus liegen die abgestimmten Preise über den sich am freien Markt herausbildenden Preisen – zum Schaden für den Verbraucher.

#### Exkurs

Eine besondere Form von Preiskartellen ist die „Preisbindung zweiter Hand“ (vertikale Preisbindung). Sie liegt vor, wenn der Produzent eines Gutes („erste Hand“) dem Verkäufer (Handel) vorschreibt, zu welchem Preis er das Produkt an die nächste Handelsstufe oder den Endverbraucher weiterverkauft. Die vertikale Preisbindung „zweiter Hand“ ist nach § 1 GWB verboten. Unter das Verbot fallen nicht „unverbindliche Preisempfehlungen“. Hier handelt es sich um vom Hersteller empfohlene Preise zur Orientierung des Endverbrauchers, die für den Händler nicht bindend sind.

**Quotenkartelle** in der Produktion sind Abstimmungen von Produktionsmengen zwischen Branchenführern, um mit Blick auf die (bekannte) Nachfrage Überproduktion und damit Wettbewerb mit Tendenz zur Preissenkung zu vermeiden. Ähnlich wie bei Preiskartellen werden Marktmechanismen ausgeschaltet und Verbraucher benachteiligt.

**Gebietskartelle** sind Einschränkungen des Wettbewerbs durch regionale Aufteilung des Marktes unter Anbietern einer Branche. Durch die Zurückhaltung der Konkurrenten wird für einen Anbieter in den gesetzten regionalen Grenzen ein Monopolstatus geschaffen. Wettbewerb ist ausgeschlossen, Preisdictat möglich. Sowohl die dadurch höheren Erträge als auch Kosteneinsparungen in Transport und Logistik wirken tendenziell gewinnerhöhend.

Eine besondere Form von Kartellen ist die **Ausschließlichkeitsbindung**. Hier werden einem Unternehmen durch den Lieferanten Beschränkungen auferlegt, vergleichbare Waren von Dritten zu beziehen. Ausschließlichkeitsbindungen können entsprechend ihrer Markteinschränkungen nach § 1 GWB verboten oder nach § 2 GWB (Freistellungsvoraussetzungen) erlaubt sein. Beispiele für Ausschließlichkeitsbindung sind die Bierbelieferung von Gaststätten, Pauschalreisen, Franchising oder Lizenznahme.

### 6.4.3 Fusionskontrolle

Bei einer Fusion gehen mindestens zwei vorher juristisch selbstständige Unternehmen zu einer wirtschaftlichen und gesellschaftsrechtlichen Einheit über. Die Fusion großer Unternehmen schafft noch größere. Das kann mit Blick auf Innovationskraft und internationale

Wettbewerbsfähigkeit durchaus von wirtschaftlichem Vorteil und wünschenswert sein. Eine übermäßige Konzentration, vor allem zwischen Unternehmen gleicher Produktionsstufen einer Branche, kann in der Folge allerdings zu einer empfindlichen Einschränkung des Wettbewerbs und zur Schwächung der Position der Nachfragerseite führen. Das abzuwägen, ist Aufgabe des Bundeskartellamtes. Überschreitet das Volumen einer Fusion bestimmte festgelegte Grenzen, so ist die Fusion beim Bundeskartellamt zu beantragen und darf erst nach Genehmigung vollzogen werden.

Die Fusionskontrolle ist im GWB Kap. 7 (§§ 35–43) geregelt. Die Vorschriften der Zusammenschlusskontrolle finden Anwendung, wenn die beteiligten Unternehmen zusammen weltweit einen Umsatz von mehr als 500 Mio. Euro erzielen. Genehmigungspflicht besteht auch, wenn innerhalb Deutschlands mindestens eines der beteiligten Unternehmen einen Umsatz von mehr als 25 Mio. Euro und ein anderes von mindestens 5 Mio. Euro erzielt. Nach der 9. GWB-Novelle 2017 gelten die Vorschriften für die Zusammenschlusskontrolle auch, wenn der Umsatz in Deutschland unter 5 Mio. Euro, der Unternehmenswert/Kaufpreis aber über 400 Mio. Euro liegt. Nach Prüfung des beantragten/angemeldeten Unternehmenszusammenschlusses durch das Bundeskartellamt in festgelegten Fristen wird die angemeldete Fusion untersagt oder genehmigt. Ist die Fusion vollzogen, muss sie angezeigt werden.

Es ist anzumerken, dass sich die Vorschriften der Fusionskontrolle mit den Novellierungen des GWB in den vergangenen Jahrzehnten eher verschärft haben. Die Untersagung eines Zusammenschlusses durch das Bundeskartellamt hängt von dessen Einschätzung ab, ob in der Folge marktbeherrschende Positionen entstehen. Zwar ist der Begriff der Marktbeherrschung im Kartellgesetz eindeutig definiert, es bleibt aber ein beträchtlicher Ermessensspielraum. Der reale Anteil beantragter und durch das Bundeskartellamt untersagter Zusammenschlüsse ist eher gering. Ihre Zahl beträgt vom Beginn der Fusionskontrolle 1973 bis Ende 2019 193. Quelle: Monopolkommission (2020)

Nach § 45 GWB kann der Bundesminister für Wirtschaft und Energie auf Antrag einen vom Bundeskartellamt untersagten Zusammenschluss erlauben, wenn im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkung von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen kompensiert oder der Zusammenschluss von außerordentlichem gesellschaftlichen Interesse ist. Auch eine solche **Ministererlaubnis** muss sich im Rahmen der Wahrung der marktwirtschaftlichen Ordnung bewegen.

### Beispiel

Sehr wirksam in der Öffentlichkeit war der Rechtsstreit um die Ministererlaubnis für die Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch EDEKA 2016. Nachdem das Bundeskartellamt diese Fusion mit Hinweis auf die im Ergebnis entstehende marktbeherrschende Stellung untersagt hatte, erteilte der damalige Bundeswirtschaftsminister, Siegmar Gabriel, vor allem mit Blick auf den Erhalt von 15.000 Arbeitsplätzen, die Ministererlaubnis gegen Auflagen, in deren Mittelpunkt der Erhalt dieser Arbeitsplätze stand. In einem Eilverfahren setzte daraufhin das Oberlandesgericht Düsseldorf

diese Erlaubnis wegen Rechtswidrigkeit zunächst außer Kraft. Am Ende kam es zu einem Kompromiss, innerhalb dessen sich EDEKA und REWE (das gegen die ursprünglich geplante Fusion geklagt hatte) über die Aufteilung der verbliebenen 400 Kaiser's Tengelmann Filialen per Kaufvertrag einigten. Der Erhalt der Arbeitsplätze wurde durch beide Erwerber gesichert. ◀

#### 6.4.4 Missbrauchsaufsicht

Die Akzeptanz des Wettbewerbs als „funktionsfähig“ schließt die Akzeptanz eines gewissen Maßes an Marktmacht mit Notwendigkeit ein. Das Kartellgesetz knüpft daher die Missbrauchsaufsicht nicht an Marktmacht schlechthin, sondern an deren Missbrauch durch Marktbeherrschung. Das Bundeskartellamt hat das Marktverhalten bestimmter Unternehmen, darunter nach legalisierten Kartellen und Zusammenschlüssen, daraufhin zu überwachen.

Das Kartellgesetz regelt, wann ein Unternehmen marktbeherrschend ist (§ 18), und unter welchen Voraussetzungen es diese Position in verbotenem Sinne missbraucht (§ 19).

Ein Unternehmen ist nach dem GWB unter anderem dann marktbeherrschend, wenn es

- auf dem Markt ohne Wettbewerber ist;
- keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist oder
- eine im Verhältnis zu seinen Wettbewerbern überragende Marktstellung hat.

Bei der Bewertung der Marktstellung werden Kriterien wie Marktanteil, Finanzkraft, Marktzugang, Verflechtungen mit Dritten, Flexibilität bei der Angebotsumstellung und Möglichkeit der Nachfrage, auf andere Anbieter auszuweichen, zugrunde gelegt.

Missbräuchliche und damit verbotene Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung liegt nach dem GWB unter anderem dann vor, wenn

- ein anderes Unternehmen behindert oder anders behandelt wird als gleichartige Dritte;
- Preise oder andere Konditionen gefordert werden, die von marktüblichen abweichen;
- Preise oder andere Konditionen schlechter als gegenüber Dritten gefordert werden;
- anderen Unternehmen Zugang zu eigener Infrastruktur verweigert wird oder
- von anderen Unternehmen ungerechtfertigte Vorteile gefordert werden.

Das Bundeskartellamt kann bei Marktbeherrschung den Missbrauch von Marktmacht untersagen und darauf abzielende Verträge für unwirksam erklären.

Im Zusammenhang mit Marktmisbrauch stehen auch seine Formen „Behinderungsmissbrauch“ (Preisdifferenzierung, Geschäftsverweigerung) und „Ausbeutungsmissbrauch“ (überhöhte Preise gegenüber Nachfragern).

Wir sehen in diesem Abschnitt, dass sich die deutsche Wettbewerbspolitik an seiner zentralen Norm, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWG, Kartellgesetz),

orientiert. Es verbleibt uns ein Blick auf das **Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG)**, dass mit dem GWG nicht verwechselt werden darf. Während das GWG klare Normen und Sanktionen (sozusagen die harten Faktoren) definiert, soll das UWG mit Sittlichkeit, Lauterkeit und Fairness vor allem die „weichen Faktoren“ im Wettbewerbsverhalten der Akteure am Markt sichern. Das UWG datiert in seiner Urform bereits aus dem Jahr 1896.

#### 6.4.5 Probleme und Grenzen der Wettbewerbspolitik

Die Novellierungen des Kartellgesetzes zeigen, dass die Wettbewerbspolitik Veränderungen in den Rahmenbedingungen (Beispiele: Europa oder Digitalisierung) erkennt, sich ihnen anpasst und damit befasst ist, immer wieder neu entstehende Lücken zu schließen.

Wir wollen hier einige Herausforderungen und objektive Grenzen der Wettbewerbsaufsicht durch das Bundeskartellamt skizzieren. Ihre umfassende Diskussion ist nicht Anliegen dieses Buches.

1. Früher wegen Staatsmonopol ausgeklammerte Bereiche wie Post oder Bahn sind nach Liberalisierung ihrer Märkte auch Gegenstand der Wettbewerbspolitik. Beleg dafür sind Kartellverfahren gegen die Deutsche Post AG 2017 (Vertragskonditionen mit Zeitungsverlagen) oder gegen die Deutsche Bahn AG 2019 (Fahrkartenvortrieb). Sonderregelungen bestehen nach wie vor für die Bereiche Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Wasserwirtschaft und Presse.
2. Das Bundeskartellamt besitzt eingeschränkte Mittel und Möglichkeiten, illegale mündliche Kartellabsprachen offenzulegen, nachzuweisen und zu sanktionieren.
3. Verstöße gegen das Kartellgesetz sind keine Straftaten, sondern Ordnungswidrigkeiten. Die Paragraphen 81 bis 86 GWB enthalten die damit verbundenen Regeln zu Bußgeldern und ihrer Vollstreckung. Der Korridor von Bußgeldern („Zwangsgeld“) wird zwischen mindestens 1000 Euro und höchstens 10 Millionen Euro definiert. Die Abschreckungswirkung insbesondere für große, finanzstarke Unternehmen dürfte dabei, auch angesichts der mit Verstößen möglichen wirtschaftlichen Vorteile, limitiert sein.
4. Teilweise auslegbar sind Formulierungen zum regionalen Bezug von Missbrauch marktbeherrschender Positionen. Ein Unternehmen kann auf dem Weltmarkt kaum eine Rolle spielen, im Lande mehrere Konkurrenten haben und in seiner Region ein Angebotsmonopol besitzen.
5. Umgekehrt stellt sich die Frage, wie weltweit agierende Unternehmen (multinationale Unternehmen) in die Wettbewerbsaufsicht einzubeziehen sind. Das gilt im Zuge der Globalisierung zunehmend. Multis wie Apple, Google, McDonald's, Shell, Volkswagen, Microsoft oder Samsung beherrschen entscheidende Bereiche der Weltwirtschaft. Ihrer internationalen Verflechtung steht eine vornehmlich nationale (schrittweise europäische) Wettbewerbsgesetzgebung mit begrenzten Zugriffsmöglichkeiten

gegenüber. Europäische Wettbewerbspolitik ist in der Verordnung über die Arbeitsweise der EU (AEUV von 2009) verankert und fließt zunehmend in die nationale Kartellgesetzgebung der Mitgliedsstaaten ein. Weltweit werden hier vorrangig Ziele formuliert. In der Literatur spricht man von Ansätzen internationaler Wettbewerbspolitik.

---

## 6.5 Messung und Bewertung von Unternehmenskonzentration

### 6.5.1 Unternehmenskonzentration

Notwendigkeit und Erfolg staatlicher Maßnahmen zum Schutz des Wettbewerbs und zur Eindämmung von Wettbewerbsbeschränkungen müssen sich gesamtwirtschaftlich an einem einheitlichen, quantifizierbaren Kriterium messen lassen. Ein solcher Maßstab ist die Unternehmenskonzentration.

Status und Entwicklung der Unternehmenskonzentration liefern Aussagen für die Einschätzung der Markt- und Wettbewerbsentwicklung in einer Volkswirtschaft.

► **Unternehmenskonzentration** ist die als struktureller Zustand oder als Prozess verstandene und mit Marktmacht verbundene Ballung ökonomischer Größen.

Die so formulierte Definition kommt wohl dem lateinischen Ursprung des Wortes „Konzentration“ als „Vereinigung um einen Mittelpunkt“ sehr nahe.

Will man die Ballung messen, so stehen als ökonomische Größen vor allem zwei zur Verfügung: Der Umsatz (oder der Teil der Neuwertschöpfung von ihm – vgl. Kap. 4) und die Beschäftigtenzahl. Unternehmenskonzentration liegt vor

- bei internem Wachstum von Unternehmen – d. h. bei überdurchschnittlicher Umsatzerweiterung gegenüber dem Gesamtumsatz am Markt „aus eigener Kraft“;
- bei externem Wachstum – d. h. durch Zusammenschlüsse von Unternehmen.

### 6.5.2 Die Monopolkommission

Nach dem Kartellgesetz ist in Deutschland die Monopolkommission dafür zuständig, Stand und Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland zu beurteilen (vgl. Abschn. 6.4). Die Monopolkommission erstattet alle zwei Jahre einen detaillierten Konzentrationsbericht, dessen Teil die Beurteilung der „aggregierten Unternehmenskonzentration“ ist. Den Berechnungen liegt die inländische Wertschöpfung der „100 Größten“ zugrunde.

Tab. 6.5 zeigt die Unternehmen, die im jüngsten Hauptgutachten der Monopolkommission 2020, bezogen auf das Berichtsjahr 2018, auf den ersten 15 Plätzen dieses Rankings liegen.

**Tab. 6.5** Die 15 größten deutschen Unternehmen von den „Hundert Größten“ 2018. (Quelle: Monopolkommission 2020)

Platz	Unternehmen	Wertschöpfung Mio. EUR	Beschäftigte	Geschäftsvolumen Mio. EUR
1.	Volkswagen AG	31.517	292.729	158.844
2.	Daimler AG	18.474	174.663	113.590
3.	BMW AG	14.224	92.725	80.464
4.	Deutsche Bahn AG	13.347	196.334	24.970
5.	Robert Bosch GmbH	12.551	139.422	47.668
6.	Siemens AG	12.056	113.000	35.198
7.	Deutsche Telekom AG	11.443	98.092	24.358
8.	Schaeffler GmbH	8506	96.675	20.858
9.	Deutsche Post AG	8160	145.628	14.353
10.	Bayer AG	7672	32.140	19.002
11.	Deutsche Lufthansa AG	6951	72.716	25.231
12.	REWE-Gruppe	6547	178.453	43.634
13.	BASF SE	6483	53.543	18.365
14.	Deutsche Bank AG	6480	41.669	845.272
15.	SAP SE	6078	21.122	15.718

Neben der Analyse der aggregierten Unternehmenskonzentration werden durch die Monopolkommission deren Stand und Entwicklung auch nach Branchen analysiert.

### 6.5.3 Konzentration und ihre Messung

Die Statistik verwendet vorrangig Umsatz oder Wertschöpfung als Messgröße – bezogen auf das Unternehmen als juristisch selbstständige Einheit und auf seine Aktivitäten im Inland.

Wie lässt sich der Grad der Unternehmenskonzentration mathematisch ausdrücken? Es werden hier vor allem zwei Methoden angewandt: die Messung durch den GINI-Koeffizienten und die Messung durch den Konzentrationskoeffizienten.

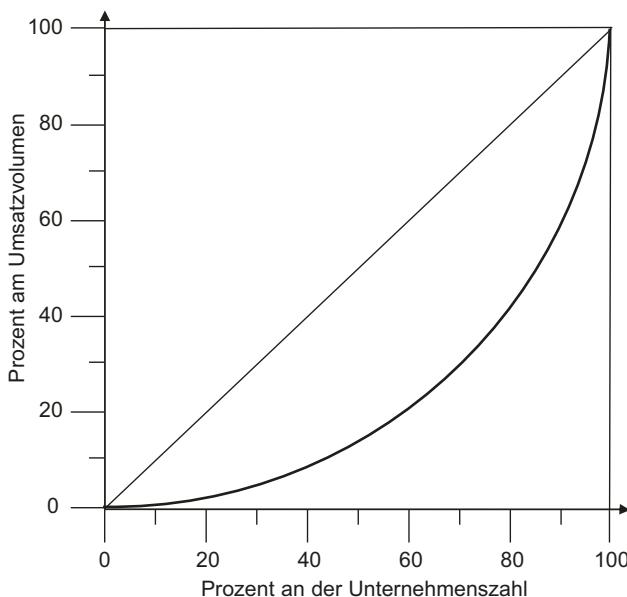
**GINI-Koeffizient** Nehmen wir modellhaft an, in einem Wirtschaftszweig X gibt es auf dem Markt 100 Anbieter. Viele von ihnen erbringen geringe Umsätze, wenige von ihnen hohe. Der stärkste von ihnen möge einen Umsatz von 100 Mio. EUR haben. Unter weiteren Modellannahmen ergibt sich die in Tab. 6.6 gezeigte Konstellation.

Was sagen die in Tabelle zur Verdeutlichung konstruierten Zahlen aus? Die 40 umsatzschwächsten Unternehmen (Gruppe von 0 bis 20 Mio. €) erbringen einen Anteil am Gesamtumsatz von 5 Prozent. Selbst 95 Prozent aller Unternehmen (ohne die ganz gro-

ßen) kommen nur auf einen Umsatzanteil von 50 Prozent. Erst durch Hinzunahme der letzten 5 Unternehmen (Umsatzgruppe zwischen 80 und 100 Mio. EUR) wird die zweite Umsatzhälfte am Markt generiert. Oder anders ausgedrückt: Die Gruppe der 5 stärksten Unternehmen hat die zehnfache Marktmacht gegenüber der Gruppe der 40 schwächsten.

Eine solche Marktkonstellation lässt sich noch bildhafter durch eine Grafik beschreiben. Man bedient sich dabei der **LORENZ-Kurve**. Die Darstellungsweise stammt von dem amerikanischen Statistiker Max Otto LORENZ. Sie ist auf viele Bereiche der Wirtschaft anwendbar und wird häufig auch genutzt, um die Verteilung der Einkommen eines Landes anzuzeigen. Die LORENZ-Kurve drückt ganz allgemein den Grad der Abweichung von der gleichmäßigen Verteilung einer ökonomischen Größe aus. Sei es die der Einkommen der Menschen eines Landes oder sei es – wie hier – die von Umsatzstärke und Marktmacht auf die am Markt teilnehmenden Unternehmen. Im Beispiel der Unternehmenskonzentration zeigt die LORENZ-Kurve, welcher Anteil der Unternehmen welchen Anteil am Gesamtumsatz auf dem Markt auf sich vereint. In Abb. 6.4 werden dazu auf der Ordinate die kumulierten Anteile am Gesamtumsatz und auf der Abszisse die kumulierten Anteile an der Gesamtunternehmenszahl abgetragen. Der Kurvenverlauf orientiert sich an den Werten von Tab. 6.6.

Durch die Verbindung der abgetragenen Punkte entsteht die LORENZ-Kurve. Je mehr sie „durchhängt“, desto größer ist die Unternehmenskonzentration. Eine Extremvariante wäre die völlige Gleichverteilung, wie sie durch die eingezeichnete Diagonale ausgedrückt wird. In jedem Punkt ist hier der Anteil der Unternehmen an der Unternehmenszahl mit dem Anteil ihres Umsatzes am gesamten Marktumsatz identisch. Jeder Anbieter realisiert den gleichen Umsatz.



**Abb. 6.4** LORENZ-Kurve für die Unternehmenskonzentration

**Tab. 6.6** Zahlenmodell Unternehmenskonzentration

Umsatz in Mio. EUR	Kumulierter Anteil der Unternehmen an der gesamten Unternehmenszahl (in Prozent)	Kumulierter Anteil der Unternehmen am Gesamtumsatz (in Prozent)
0–20	40	5
0–40	70	15
0–60	85	30
0–80	95	50
0–100	100	100

Mit diesem Wissen können wir nun die Messung der Unternehmenskonzentration durch den GINI-Effekt erklären. Der GINI-Koeffizient ist das Verhältnis aus

- Fläche zwischen LORENZ-Kurve und Diagonaler (Dividend) und
- Fläche zwischen Diagonaler und den Achsen (Divisor).

Der GINI-Koeffizient wird nach dem italienischen Statistiker Corrado GINI (1884–1965) bezeichnet und ist wie die LORENZ-Kurve auf verschiedene ökonomische Sachverhalte anwendbar. Im vorliegenden Fall ist er umso größer, je stärker die LORENZ-Kurve „durchhängt“, je größer also die Fläche zwischen LORENZ-Kurve und Diagonale ist.

Ein hoher GINI-Koeffizient weist auf eine starke Unternehmenskonzentration, ein niedriger auf eine geringe hin. Theoretisch kann sich der GINI-Koeffizient zwischen Null und Eins bewegen. Verstehen wir Unternehmenskonzentration als Zustand, drückt der GINI-Koeffizient den Unterschied zwischen dem Anteil von Anbietern an ihrer Gesamtzahl auf der einen Seite und ihrem Anteil am gesamten Marktgewicht auf der anderen aus. Verstehen wir Unternehmenskonzentration als Prozess, so geht es um die Vergrößerung dieses Unterschieds.

Allerdings bringt der GINI-Koeffizient zwar die Abweichung von der Gleichgewichtsverteilung zum Ausdruck, lässt aber offen, ob er sich aus insgesamt einem, zehn oder hundert Unternehmen errechnet. Das gerade ist aber für die Bewertung der Wettbewerbs situation von großer Bedeutung. Würde ein Markt beispielsweise gleichmäßig auf zwei Anbieter aufgeteilt werden, ergäbe sich aus dem GINI-Koeffizienten (in dem Falle = 1) eine geringere Unternehmenskonzentration als bei 50 Konkurrenten, deren Marktanteile geringfügig voneinander abweichen. Deshalb ist häufig eine zweite Messungsmethode aussagefähiger.

**Konzentrationskoeffizient** Mit dieser zweiten Variante der Konzentrationsmessung findet die Zahl der beteiligten Unternehmen Berücksichtigung. Maßstab des Konzentrationskoeffizienten ist der Anteil einer bestimmten Zahl der größten Unternehmen am Gesamtumsatz am Markt – oder an der Gesamtbeschäftigung. Die Frage lautet: Wie groß ist der Anteil der größten 3, 6 oder 10 Unternehmen am Gesamtumsatz der Branche? Je größer der Konzentrationskoeffizient, desto stärker die Konzentration. Obergrenze ist ein

Konzentrationskoeffizient von 100 – das Monopol. Gegenüber dem GINI-Koeffizienten lässt der Konzentrationskoeffizient allerdings Teile des Marktes (nach den Beispielzahlen oben: die Unternehmen, die kleiner als die 3, 6 oder 10 größten sind) unberücksichtigt. Trotzdem gilt er in vielerlei Hinsicht als aussagefähiger für die Wettbewerbssituation als der alleinige Bezug auf Gleichheit oder Ungleichheit der Marktaufteilung.

#### 6.5.4 Unternehmenskonzentration in der deutschen Wirtschaft

Kommen wir auf die Monopolkommission zurück, die in diesem Kapitel bereits als das in Deutschland zuständige Sachverständigengremium zur Messung und Bewertung der Unternehmenskonzentration vorgestellt wurde. Es ist folgerichtig, dass die umfassendsten und genauesten Messdaten zur Wettbewerbssituation in den Gutachten der Monopolkommission zu finden sind.

Es gibt in Deutschland etwa 65 Tausend selbstständige Unternehmen. Es leuchtet ein, dass man deren Zahl zwar theoretischen Messungsmodellen, aber nicht praktischen Analysen zugrunde legen kann. Das ist der Grund, warum die Monopolkommission ihren Gutachten als eine wichtige Basis die „100 Größten“ (vgl. Tab. 6.5) zugrunde legt. Erstens ist hundert eine analytisch noch handhabbare Zahl, zweitens liegt die Gefahr von Wettbewerbsbeschränkung durch Unternehmenskonzentration mehr bei den Großen als bei den Kleinen.

Ein **erster** Maßstab der Unternehmenskonzentration in Deutschland sind der Anteil der „100 Größten“ an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und seine Entwicklung (Tab. 6.7).

Der Anteil der „100 Größten“ an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung liegt 2018 mit 14,8 % deutlich unter dem langfristigen Mittel von 17,7 % und hat sich in den vergangenen Jahren weiter verringert. Das wird über Tab. 6.7 hinaus noch deutlicher, wenn man die Werte von 1994 (19,6 %) oder von 2000 (20,1 %) betrachtet. Ähnlich wie bei der realen Wertschöpfung sind die Aussagen bei Verwendung der Beschäftigtenzahlen. Daraus folgt eine Marktentwicklung in Deutschland, aus der keine akute Gefährdung des funktionsfähigen Wettbewerbs hervorgeht.

*„Insgesamt sieht die Monopolkommission für die Unternehmenskonzentration in Deutschland weiterhin keinen besorgniserregenden Trend und damit keinen unmittelbaren wettbewerbspolitischen Handlungsbedarf.“*

Quelle: Monopolkommission (2020)

Ein **zweiter** Maßstab der Unternehmenskonzentration in Deutschland knüpft an das Grundmodell des GINI-Koeffizienten (Tab. 6.6) an und bezieht dieses auf die „100 Größten“. Tab. 6.8 ist gewissermaßen das mit Leben erfüllte theoretische Modell aus Tab. 6.6.

Die Bewertung der Unternehmenskonzentration nach dem Anteil der Ränge unter den „100 Größten“ gleicht zum einen in ihrer Aussage dem Modell zum GINI-Koeffizienten.

**Tab. 6.7** Anteil der „100 Größten“ an der gesamtwirtschaftlichen realen Wertschöpfung. (Quelle: Monopolkommission 2020)

Jahr	Reale Wertschöpfung aller Unternehmen (Mrd. EUR)	Reale Wertschöpfung „100 Größte“ (Mrd. EUR)	Anteil „100 Größte“
2014	1984	310	15,6 %
2016	2060	307	14,9 %
2018	2143	318	14,8 %

**Tab. 6.8** Anteil der Ränge an der Wertschöpfung der „100 Größten“. (Quelle: Monopolkommission 2020 und eigene Berechnungen)

Ränge unter den „100 Größten“	Kumulierter Anteil der 100 Unternehmen deren Gesamtzahl (in Prozent)	Kumulierter Anteil der Unternehmen an deren Gesamtwertschöpfung (in Prozent)	
		2016	2018
1–25	25	66,22	64,98
26–50	50	83,28	82,36
51–75	75	92,56	92,23
76–100	100	100,00	100,00

Es bestätigt zum anderen den bereits beim ersten Maßstab (Anteil der „100 Großen“ an der Gesamtwertschöpfung) festgestellten Trend eines leichten Rückgangs der Unternehmenskonzentration in Deutschland.

Trotzdem haben die ersten 25 bereits einen Anteil von zwei Dritteln an der gesamten Wertschöpfung der ersten Hundert. Eine Konzentration innerhalb der Konzentration. Die anderen drei 25-er Ranggruppen steuern dann einen im Korridor zwischen 17 % und 7 % abnehmenden Beitrag zum Ganzen bei.

Der **dritte** Maßstab ist schließlich die Projektion des Anteils der „100 Größten“ an der Wertschöpfung insgesamt (Tab. 6.7) auf einzelne Branchen. Hierbei werden die 50 größten Industrieunternehmen, die 10 größten Handelsunternehmen, die 10 größten Verkehrs- und Dienstleistungsunternehmen, die 10 größten Banken und die 10 größten Versicherungen jeweils am Anteil ihres Umsatzes am Gesamtumsatz ihrer Branche gemessen. Bei Banken sind Basis die Bilanzsumme, bei Versicherungen die Beiträge. Tab. 6.9 zeigt einen zusammengefassten Branchenvergleich für 2018.

Der in Tab. 6.9 gezeigte dritte Maßstab der Unternehmenskonzentration – der nach Branchen – basiert nach dem GINI-Koeffizienten im zweiten Maßstab (Anteile der Ränge) seinerseits auf dem Konzentrationseffekt. Das wiederum zeigt, dass theoretische Modelle (wenn auch in praktisch umsetzbarer Form) Berücksichtigung in Wirtschaftsanalyse und Wirtschaftspolitik finden oder umgekehrt: dass Wirtschaftsanalyse und Wirtschaftspolitik theoretische Modelle als Fundament benötigen.

Die Darstellung der Konzentration nach Branchen (Tab. 6.9) erlaubt dabei unter anderem folgende Schlüsse:

**Tab. 6.9** Anteil der größten Unternehmen am Branchenumsatz. Konzentrationskoeffizient. (Quelle: Monopolkommission 2020)

Branche	Umsatzanteil der Auswahl der Größten am Umsatz <sup>1</sup> der Branche gesamt		
	2014	2016	2018
Industrie	35,4 %	33,6 %	32,1 %
Handel	10,8 %	10,6 %	9,9 %
Verkehr/Dienstleistungen	13,4 %	13,3 %	12,8 %
Kreditinstitute	53,1 %	52,7 %	46,4 %
Versicherungsunternehmen	58,6 %	59,5 %	55,7 %

<sup>1</sup>bei Kreditinstitutionen: Bilanzsumme | bei Versicherungen: Beitragseinnahmen

1. Wie zu erwarten, haben die größten Unternehmen einer Branche unterschiedliche Anteile an deren Gesamtumsatz. Grundaussagen sind ableitbar, auch wenn sich der Quervergleich zu den Zahlen der Gesamtwirtschaft oder auch zwischen den Branchen aufgrund der unterschiedlich zugrunde gelegten Zahl an „größten“ Unternehmen relativiert. Dass es aber in der deutschen Wirtschaft mehr Handelsbetriebe als Banken gibt, und der Anteil der größten 10 im Handel geringer ist als im Kreditwesen, ist plausibel, hat historische Ursachen wie auch betriebsorganisatorische. Dabei befinden sich selbst die größten deutschen Kreditinstitute wie die Deutsche Bank im internationalen Ranking weit hinter den amerikanischen oder chinesischen Wettbewerbern zurück. Was ein Indiz dafür ist, dass die unterschiedliche Unternehmenskonzentration nach Branchen national und international nicht grundsätzlich voneinander abweicht.
2. Was den Vergleich zur Gesamtwirtschaft wie auch zwischen den Branchen in Tab. 6.9 ohne Abstriche zulässt, ist der Trend in der Zeit. Und hier bestätigt der dritte Maßstab (Branchenkonzentration) die Aussagen der beiden vorangegangenen: Es gibt in Deutschland einen Trend leichten Rückgangs der Unternehmenskonzentration. Ob das gut oder schlecht ist, darüber wollen wir uns jetzt abschließend zu diesem Kapitel verstündigen.

### 6.5.5 Bewertung von Unternehmenskonzentration

Unter Nationalökonom und Wirtschaftspolitikern nimmt die Diskussion über die Unternehmenskonzentration, ihre Bewertung und ihre Konsequenzen für den funktionierenden Wettbewerb einen breiten Raum ein. Dabei lassen sich zwei entgegengesetzte Gruppen von Argumenten unterscheiden.

Eine **erste Gruppe** von Argumenten mündet in der Feststellung: Zunehmende Konzentration gefährdet direkt den Wettbewerb. Die Wettbewerbspolitik muss ihr verstärkt entgegenwirken. Dafür sprechen unter anderem folgende Gesichtspunkte:

- Je stärker eine geringe Zahl von Großunternehmen die gesamte Wirtschaft dominiert, desto anfälliger wird diese für mögliche Instabilität und Schwankungen einzelner

Großunternehmen. Der Zusammenbruch eines Riesenunternehmens hätte wirtschaftlich und sozial verheerende Folgen und würde damit den Staat in unzulässiger Weise zur Verhinderung auf den Plan rufen.

- Konzentration führt zu Marktmacht und Marktmacht zu politischer Macht. Große Unternehmen rücken automatisch stärker in das Blickfeld politischer Entscheidungsträger. Das kann positive Effekte der wirtschaftlichen Kommunikation haben, aber auch die Grenzen zwischen einzelwirtschaftlichen Interessen (Betrieb) und gesamtwirtschaftlichen Interessen (Staat) verwischen.
- Führt Unternehmenskonzentration zu mehr Marktmacht, so liegt es im betrieblichen Interesse, hieraus Effekte für hohe Preise und hohe Gewinne zu erzielen. Wettbewerbsfunktionen wie Innovation und Verteilung können beeinträchtigt, Wohlfahrtseinbußen die Folge sein.

Die Fortschreibung des Kartellgesetzes, insbesondere die Einführung von Fusionskontrolle und Missbrauchsauflauf mit seiner 2. Novelle 1973, folgt wohl auch diesen Argumenten – um eine „freiheitliche und sozial befriedigende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ zu schützen und zu erhalten.

Eine *zweite* Gruppe von Argumenten lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Wachsende Unternehmenskonzentration führt nicht notwendigerweise zu Einschränkungen des funktionsfähigen Wettbewerbs. Sie kann mit wirtschaftlichem Potential die Innovationskraft einer Volkswirtschaft erhöhen, sie im internationalen Wettbewerb besseren stellen und Motor von technischem, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt sein. Diese These stützt sich unter anderem auf folgende Aussagen:

- Der Stand der technischen Entwicklung erhöht das Niveau optimaler Produktionsmaßstäbe, verlangt höheres Kapitalvolumen für Forschung und Entwicklung und erhöht das Innovationsrisiko. Diesen Herausforderungen – die mit der Digitalisierung eine neue Dimension erreichen – sind große Unternehmen besser gewachsen als kleine. Außerdem haben sie wegen größerer wirtschaftlicher Sicherheiten besseren Zugang zu Fremdkapital.
- Die soziale Absicherung von Arbeitnehmern ist in großen Unternehmen in der Regel besser als in kleinen. Das betrifft Vertragskonditionen und Arbeitsbedingungen. Bei abflauender Konjunktur ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes tendenziell größer.
- Es muss zwischen Unternehmenszusammenschlüssen und Konzentration auf horizontaler Ebene (Anbieter auf gleichem Markt) und Mischkonzernen (Konglomeraten) unterschieden werden. Letztere sind mit geringeren Wettbewerbsrisiken verbunden und dominieren tendenziell Zusammenschlüsse und Profil multinationaler Unternehmen. Insbesondere große Digitalunternehmen wie Microsoft, Google/YouTube, Amazon, Apple oder Facebook sind Beispiele hierfür. Ein Global Player wie Amazon ist Wettbewerber als Online-Händler für stationäre Handelsbetriebe, mit digitaler Musik (Amazon Music, Echo/„Alexa“) für Hersteller physischer Tonträger oder mit seinem E-Book („Kindle“) für klassische Buchverlage.

**I. Themenprägende Begriffe**

- Markt
- Gütermärkte und Faktormärkte
- Polypol, Oligopol, Monopol
- Wettbewerb
- Funktionsfähiger Wettbewerb
- Wettbewerbsfunktionen
- Wettbewerbsbeschränkungen
- Kartell, Konzern, Fusion
- Wettbewerbspolitik
- Kartellgesetz
- Bundeskartellamt
- Monopolkommission
- Unternehmenskonzentration

---

**II. Fragen zur Überprüfung**

- In welchem Verhältnis stehen Markt, Angebot, Nachfrage und Preis?
- Nach welchen Kriterien können Märkte eingeteilt werden?
- Welche Kombinationen können Marktformen aufweisen und welche Beispiele gibt es?
- Worin unterscheiden sich freier und funktionsfähiger Wettbewerb?
- Was sind Wettbewerbsbeschränkungen und in welchen Formen treten sie auf?
- Wann behindern Wettbewerbsbeschränkungen den funktionsfähigen Wettbewerb?
- Welches Ziel verfolgt staatliche Wettbewerbspolitik?
- Welches ist die gesetzliche Grundlage staatlicher Wettbewerbspolitik in Deutschland?
- Welche Hauptaufgaben hat das Bundeskartellamt?
- Was ist Unternehmenskonzentration und wer misst und bewertet sie in Deutschland?

---

**Literatur****Literaturverzeichnis**

- Bundeswirtschaftsministerium/BMWi (2020) *Funktionierenden Wettbewerb schützen*, S. 1, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/wettbewerbspolitik.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen/GWB 4. Auflage (2020), Merseburg: G. Recht (Herausgeber)
- Mineralöl Wirtschaftsverband/MWV (2021) *Tankstellenbestand* Tankstellenbestand | MWV – Mineralölwirtschaftsverband e.V. – Mineralölwirtschaftsverband e.V. (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

Monopolkommission (2020) *Hauptgutachten Wettbewerb 2020 gemäß § 44 Absatz 1 Satz 1 GWB*, Baden-Baden: Nomos Verlag

## Weiterführende Literaturempfehlungen

Kokott, J./Pohlmann, P./Polley, R. (2018) *Europäisches, Deutsches und Internationales Kartellrecht*, Köln: Verlag Dr. Otto Schmidt

Neumann, M. (2000) *Wettbewerbspolitik*, Wiesbaden: Gabler Verlag

Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 232–323

Schmidt, I. (2012) *Wettbewerbs- und Kartellrecht. Eine interdisziplinäre Einführung*, Oldenbourg: Wissenschaftsverlag Oldenbourg

# Preisbildung

7

## Zusammenfassung

Die Nachfrage wird bestimmt durch die Bedürfnisstruktur, den Preis, den Preis anderer Güter und das Einkommen. Das Angebot wird bestimmt durch die Produktionsvoraussetzungen, den Preis, den Preis anderer Güter und die Kosten der Produktionsfaktoren. Nach dem Gesetz der Nachfrage ist die Nachfrage bei hohem Preis gering und bei niedrigem Preis stark. Nach dem Gesetz des Angebots ist das Angebot bei hohem Preis groß und bei niedrigem Preis gering. Marktnachfrage und Marktangebot treffen am Markt für ein Gut aufeinander. Im Ergebnis ihrer Koordinierung entsteht der Gleichgewichtspreis oder Marktpreis. Der Gleichgewichtspreis ist derjenige Preis, zu dem die nachgefragte und die angebotene Menge eines Gutes übereinstimmen. Der Marktpreismechanismus gewährleistet über eine Anpassung des Preises an Veränderungen von Nachfrage und Angebot ein Marktgleichgewicht. Störungen des Marktpreismechanismus können aus dem Markt selbst heraus (Preisbildung im Monopol und im Oligopol) oder durch staatliche Eingriffe (Höchst- und Mindestpreise) entstehen.

Bisher haben wir den Markt als das Zusammentreffen von Nachfrage und Angebot kennengelernt und sind so weit gegangen, hinzu zu fügen, dass im Ergebnis dieses Zusammentreffens Preise entstehen. Die Frage nach dem „wie“ haben wir noch offengelassen. Die Antwort auf diese Frage sowie darauf, wie der Preis seine Rolle als Regulator und Stabilisator des Marktes wahrnimmt, soll in diesem Kapitel gegeben werden.

## 7.1 Nachfrage

### 7.1.1 Determinanten der Nachfrage

Erinnern wir uns zunächst, dass wir die Nachfrage in Kap. 2 als diejenige Geldsumme definiert haben, die im Ergebnis von Wahlhandlung für den Kauf eines Gutes von den Haushalten bereitgestellt wird. Nun soll die Frage lauten: Wodurch wird die Geldsumme, die alle Nachfrager am Markt für ein bestimmtes Gut auszugeben bereit sind, beeinflusst? Oder worauf ist es zurückzuführen, wenn sich die Nachfrage ändert? Was muss passiert sein, wenn auf dem deutschen Markt, angenommen, jährlich nicht mehr 20, sondern nur noch 15 Milliarden Eier gekauft und verbraucht werden? Zeigen Warnungen vor zu hohem Cholesterinspiegel Wirkung? Sind die Eierpreise gestiegen oder andere Lebensmittelpreise gesunken? Oder verdienen die Leute weniger Geld? Oder alles zusammen? Damit fragen wir nach den Bestimmungsfaktoren oder Determinanten der Nachfrage.

Es werden vier Determinanten der Nachfrage unterschieden:

- Bedürfnisstruktur und Bedürfnisintensität
- Preis des (nachgefragten) Gutes
- Preis anderer Güter
- Einkommen

Diese Bestimmungsfaktoren wirken auf die Nachfrage nach einem Gut nicht isoliert, sondern im Konzert. Das macht es im Einzelfall schwierig, aus einer bestimmten Nachfrageentwicklung den Einfluss der einen oder anderen Determinante explizit herauszufiltern. Um Wesen und Richtung jeder einzelnen von ihnen im Modell zu verdeutlichen, bedient man sich der *ceteris paribus* – Klausel (vgl. Kap. 1). Jeder Bestimmungsfaktor wird der Reihe nach so betrachtet, als gäbe es die anderen nicht, oder sie wären zumindest ohne Einfluss.

Die individuelle Nachfrage für ein Gut, die sich am Ende aus der Wirkung aller Bestimmungsfaktoren ergibt und aggregiert wurde, gelangt als Gesamtnachfrage auf den Markt und trifft dort auf das Angebot. Aus der „Ehe“ dieser beiden entsteht der Marktpreis. Diese Abfolge ist in Abb. 7.1 illustriert.

Auf ihrer Basis wollen wir nun die Wirkung jeder einzelnen Nachfrage-Determinante genauer betrachten.



**Abb. 7.1** Entstehung und Weg der Nachfrage

### 7.1.2 Bedürfnisstruktur und Bedürfnisintensität

Die Bedürfnisstruktur ist ein elementarer und zugleich kaum in Zahlen zu fassender Bestimmungsfaktor der Nachfrage. Angenommen, ein Mensch hat den Wunsch, 26 Bedürfnisse von A bis Z zu befriedigen, und diese haben für ihn persönlich unterschiedliches Gewicht. Die unterschiedliche Stärke jedes einzelnen Bedürfnisses wird in Tab. 7.1 durch eine unterschiedliche Zahl von Bedürfniseinheiten ausgedrückt. Zur Befriedigung jedes der 26 Bedürfnisse sei jeweils ein dafür geeignetes Gut vorhanden.

Die Notwendigkeit des Wirtschaftens erfordert Wahlentscheidungen. Die Nachfrage als in Geld ausgedrücktes Ergebnis dieser Wahlentscheidungen soll, nehmen wir an, die Befriedigung von insgesamt 12 Bedürfniseinheiten zulassen. Dann ist es von der Bedürfnisstruktur, aber auch von der Intensität jedes einzelnen Bedürfnisses abhängig, wofür sich der Betreffende letztlich entscheidet – welche Präferenzen er vergibt. Nehmen wir weiter an, von den 12 zur Befriedigung möglichen Bedürfniseinheiten entfallen 3 auf das Bedürfnis B. Bedürfnisstruktur und Bedürfnisintensität haben in diesem Falle dazu geführt, dass die Nachfrage auf dem Markt des Gutes  $G_B$  (Gut zur Befriedigung des Bedürfnisses B) gleich 3 ist.

Es versteht sich, dass Struktur und Intensität der Bedürfnisse bei jedem Menschen (Haushalt, Nachfrager) unterschiedlich sein können und sind. In Abhängigkeit davon auch die vergebenen Präferenzen. Die in Tab. 7.1 enthaltenen Werte modellieren Bedürfnisstrukturen und -intensitäten eines Individuums. Uns geht es aber am Ende um den Markt, auf dem die Summe aller Einzelnachfragen, die Gesamtnachfrage, nach einem Gut zur Wirkung kommt. Rechnerisch würde das im Modell bedeuten: Der am jeweiligen Gesamtmitteleinsatz gewogene Durchschnitt aller individueller Nachfragen nach Gut  $G_B$  ergibt die Gesamtnachfrage  $GG_B$  nach diesem Gut. Ein Modellansatz, aus dem der reale Markt aus zwei Gründen empirisch nicht zu spiegeln ist. Erstens: Wir haben uns eingangs „*ceteris paribus*“ auf die Wirkung eines Bestimmungsfaktors der Nachfrage konzentriert. Die Wirkung anderer wurde außer Acht gelassen. Zweitens: Zur Modell-Illustration wurden – schon in Bezug auf den einzelnen Menschen – Bedürfnispräferenzen in ein Zahlenkorsett „gezwungen“. Im wirklichen Leben unterliegen sie selbst verbal schwer zu erfassenden biologischen, psychologischen, biographischen und anderen Faktoren (vgl. Abschn. 2.1).

Offen bleibt daher selbst im Modell, **warum** sich jemand gerade für 3 Einheiten eines Gutes  $G_B$  und vielleicht für 4 Einheiten des Gutes  $G_A$  und für gar keines des Gutes  $G_C$  entscheidet. Unterliegt die Bedürfnishierarchie Regeln, die einer ökonomischen Erklärung überhaupt zugänglich sind? In Abschn. 8.1 wird der bekannteste Ansatz für eine solche Erklärung – die „*GOSSEN*schen Gesetze“ – vorgestellt. Hier wollen wir uns zunächst den anderen Determinanten der Nachfrage zuwenden.

**Tab. 7.1** Modell Bedürfnisstruktur

Bedürfnis	A	B	C	....	Z
Zu befriedigende Bedürfniseinheiten	4	10	2	....	7

### 7.1.3 Preis des (nachgefragten) Gutes

Beim Preis wie auch bei den anderen Bestimmungsfaktoren der Nachfrage bewegen wir uns ebenso wie bei der Bedürfnisstruktur und -intensität im Focus auf einzelne Güter und Märkte und damit auf dem Boden der Mikroökonomie. Um den Einfluss zu untersuchen, den der Preis eines Gutes auf die Nachfrage nach diesem (demselben) Gut hat, müssen wir wieder andere Einflüsse eliminieren und sie als nicht existent oder zumindest unverändert betrachten. Das gilt in diesem Falle für die Bedürfnisstrukturen und -intensitäten, den Preis anderer Güter und das Einkommen. Dann verbleibt die Frage der Abhängigkeit der Nachfrage vom Preis. Diese wird in der Nachfragefunktion ausgedrückt.

$$N = f(P) \quad (7.1)$$

Die Nachfrage (abhängige Variable) ist eine Funktion des Preises des nachgefragten Gutes (unabhängige Variable). Um die Art des funktionalen Zusammenhangs herauszufinden, muss man rationelles Handeln der Nachfrager („Ökonomisches Prinzip“, Abschn. 2.5) unterstellen. Werde ich (unter sonst gleichen Umständen), wenn die Flugpreise steigen, mehr fliegen oder weniger? Wird mein Plan zum Grundstückskauf bei einem Rückgang der Grundstückspreise größer oder kleiner? Die Antwort ist bei ökonomischer Vernunft klar: Ich werde im gewählten Beispiel weniger fliegen und mehr Grundstücksfläche nachfragen. Stellt man die Nachfrage in Mengeneinheiten dar, so ergibt sich der in Abb. 7.2 dargestellte Kurvenverlauf.

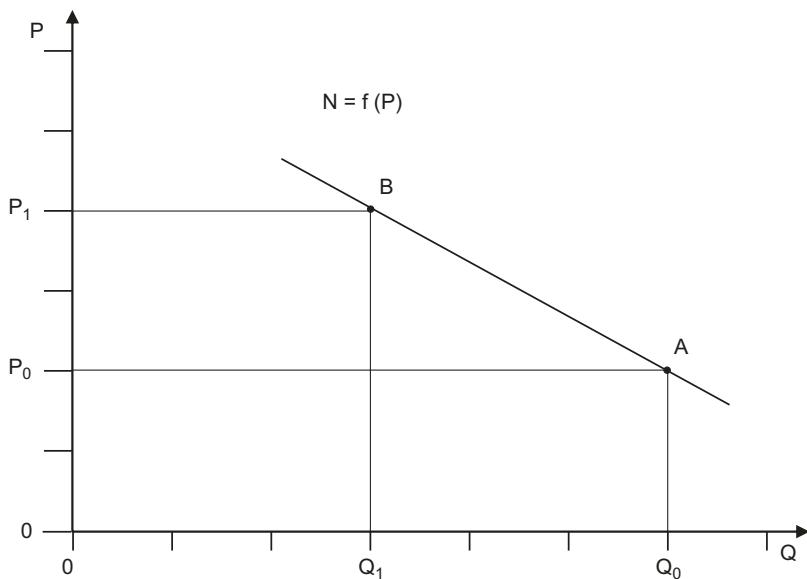
Die Nachfragekurve als die Kurve der individuellen Nachfrage zeigt in jedem der auf ihr liegenden Punkte die Menge eines Gutes an, die ein Haushalt bereit ist, zu dem dazugehörigen Preis nachzufragen.

- Das **Gesetz der Nachfrage** besagt, dass die Nachfrage bei hohem Preis gering und bei geringem Preis hoch ist.

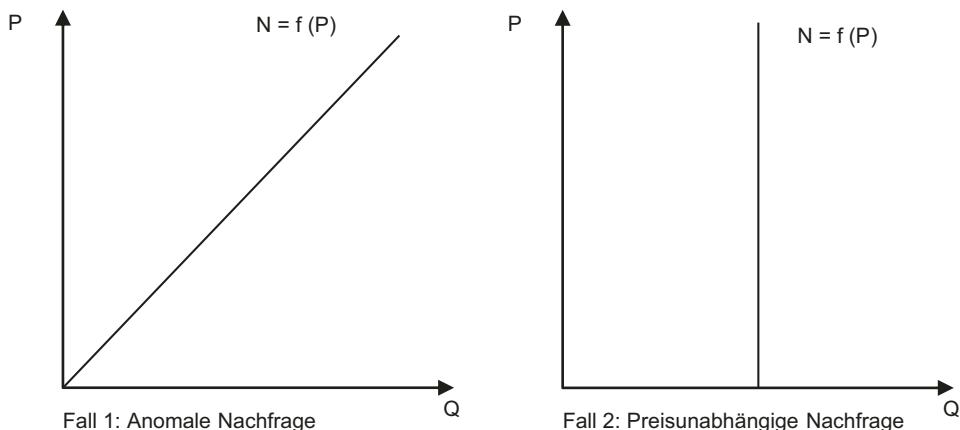
In Abb. 7.2 ist der Nachfrager zum niedrigeren Preis  $P_0$  bereit, die größere Menge  $Q_0$ , zum höheren Preis  $P_1$  nur noch die geringere Menge  $Q_1$  zu kaufen. Die Verbindung der beiden Punkte A und B ergibt eine fallende Nachfragekurve. Wir sprechen in diesem Falle von einer „normalen“ Nachfrage oder einer „normalen“ Nachfragefunktion. Dass der Kurvenverlauf linear ist, ist eine vereinfachende Annahme.

Denkbar sind Ausnahme- oder Sonderfälle im Nachfrageverhalten. Dabei kann zwischen der „anomalen Nachfrage“ (Fall 1) und der „preisunabhängigen Nachfrage“ (Fall 2) unterschieden werden. Abb. 7.3 zeigt diese beiden Fälle im abhebenden Vergleich zur normalen Nachfragefunktion in Abb. 7.2.

Die **anomale Nachfrage** nach einem Gut wird neben anderem auf das sogenannte „Snob-Verhalten“ zurückgeführt. Hierbei wird die Nachfrage im Einzelfall bei steigendem Preis nicht abnehmen, sondern zunehmen. Man kauft, weil's teuer ist.



**Abb. 7.2** Nachfragefunktion des Preises



**Abb. 7.3** Anomale und Preisunabhängige Nachfrage

### Beispiel

Ein Ehemann möchte seiner Frau einen Ring zum Hochzeitstag schenken. Es ist ein runder, was durch die Art des Geschenkes unterstrichen werden soll. Ein Ring in der Auslage gefällt dem Mann, der Preis ist ihm aber für seine Absicht zu gering. Wäre derselbe Ring doppelt so teuer gewesen, hätte der Mann ihn gekauft. Die Wahl des Weines beim Geschäftsessen mit einem wichtigen Kunden oder die Wahl des Autos

eines hochdotierten Fußballprofis können ähnlichen Motivationen unterliegen. Solche Fälle repräsentieren jedoch kein Regelverhalten und schränken die Gültigkeit des Gesetzes der Nachfrage am Markt nicht ein. ◀

Die **preisunabhängige Nachfrage** unterstellt: Der Preis kann sich beliebig nach oben oder unten ändern – die nachgefragte Menge bleibt gleich. Hier handelt es sich in ihrer Luppenreinheit natürlich um eine stark theoretische Annahme, der sich die Praxis nur entfernt annähern kann. Nachfrage nach existenziell wichtigen Gütern (für Leben und Gesundheit) kommt hierfür infrage. Eigentlich geht es aber in der Praxis nicht um Preisunabhängigkeit, sondern eher um eine besonders schwache Resonanz der Nachfrage auf den Preis. Das wollen wir in diesem Abschnitt im Zusammenhang mit der „Elastizität“ der Nachfrage noch näher erklären.

### 7.1.4 Preis anderer Güter

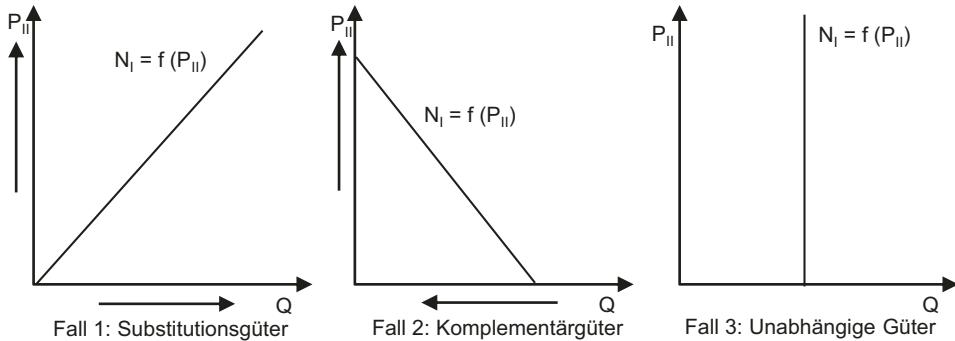
Wie bei den beiden vorherigen Bestimmungsfaktoren soll auch hier die Wirkung der anderen ausgeschlossen werden. Das sind in diesem Falle die Bedürfnisstruktur- und Intensität, der Preis des nachgefragten Gutes und das Einkommen. Kann unter diesen Bedingungen die Veränderung des Preises für ein anderes Gut die Nachfrage für unser eigentliches Gut beeinflussen? Oder in konkreten Beispielen gefragt: Verändert sich die Nachfrage nach Vinylschallplatten, wenn sich die Preise für CDs, für Plattenspieler oder für Regenschirme verändern? Und, wenn ja – wie? Die Beispiele, das wird der eine oder andere merken, sind nicht zufällig, sondern mit Blick auf die Beziehungsoptionen von Gütern untereinander (vgl. Abschn. 2.2) ausgewählt. Wir rufen uns an dieser Stelle „Substitutionsgüter“, „Komplementärgüter“ und „unabhängige Güter“ ins Gedächtnis. Je nach dem betreffenden Verhältnis des Gutes, um dessen Nachfrage es geht, zum Gut, dessen Preis  $P_H$  sich verändert, stellt sich der funktionale Zusammenhang

$$N_I = f(P_H) \quad (7.2)$$

her. Abb. 7.4 zeigt den unterschiedlichen Verlauf der Nachfragekurve, je nachdem, ob es sich bei dem anderen Gut um ein Substitutionsgut (Fall 1), ein Komplementärgut (Fall 2) oder ein unabhängiges Gut (Fall 3) handelt.

Zur Illustration der unterschiedlichen Kurvenverläufe bietet sich an, das oben gewählte Schallplattenbeispiel wieder aufzugreifen.

**Substitutionsgüter (Fall 1)** Vinylschallplatten und CD (wie ebenso digitale Musik) erfüllen die Voraussetzung von Substitutionsgütern. Sie können einander beim Hören ein und derselben Musik ersetzen. Steigt nun der Preis für CD, so wird (nach dem Gesetz der Nachfrage) die Nachfrage nach CD sinken. Unterstellen wir das Bedürfnis nach Musik hören wie alle anderen Umfeldbedingungen als konstant und gegeben, und verstehen wir



**Abb. 7.4** Nachfrage als Funktion des Preises anderer Güter

Schallplatte und CD als vollständig austauschbar (die Diskussion um Klangqualitäten bleibt außen vor), so erhöht sich automatisch die Nachfrage nach unserem Gut „Vinylschallplatte“. Es ergibt sich der Kurvenverlauf aus Abb. 7.4 (Fall 1). Er ist der Nachfragekurve (bei Preisveränderung des nachgefragten Gutes – Abb. 7.2) entgegengesetzt. Sie fällt nicht, sondern steigt. Das wiederum erklärt sich daraus, dass ein Substitutionsgut eine Alternative am Markt darstellt, die mit dem betrachteten Gut in einem Konkurrenzverhältnis steht. In der Wirtschaftsgeschichte finden wir auch global-strategische Beispiele.

### Beispiel

Die Nachfrage nach Erdgas (Anteil am Primärenergieverbrauch) betrug in der Bundesrepublik Deutschland 1973 knapp 1 Prozent. Er erhöhte sich über 15 % 1980 und 16 % 1990 auf 23 % 2018. Gleichzeitig betrug der Anteil von Mineralöl vor der ersten Ölpreiskrise 1973 47 %. Dieser verringerte sich über 40 % 1980 (zweite Ölpreiskrise) und 35 % 1990 auf 34 % 2018. Beim Substitutionsgut Mineralöl gab es in der ersten Ölpreiskrise 1973/74 einen Preissprung von 3 auf 12 US-\$ pro Barrel und nach der zweiten Ölpreiskrise einen Spitzenwert von 38 US-\$ pro Barrel. Der Preis für Erdgas folgt dem für Mineralöl in der Tendenz, aber in den genannten Fällen extrem abgeschwächt. Lassen wir das wie auch die Wirkungen aller anderen Bestimmungsfaktoren der Nachfrage außer Acht, so finden wir hier ein bedeutsames Beispiel für die Reaktion der Nachfrage eines Gutes auf die Veränderung des Preises eines anderen – eines Substitutionsgutes.

Quelle: [BMWi](#) und eigene Berechnungen ◀

**Komplementärgüter (Fall 2)** Komplementärgüter hängen in ihrer Nutzung voneinander ab – bedingen einander. Zu unserem Schallplattenbeispiel. Vinylschallplatten und Plattenspieler sind Komplementärgüter. Ohne Plattenspieler nützt die Schallplatte nichts, ohne Schallplatte braucht aber auch niemand einen Plattenspieler. In Abb. 7.4 (Fall 2) zeigt sich das – im Unterschied zu Fall 1 – in einem abfallenden Kurvenverlauf. Das heißt, die Nach-

frage nach dem betrachteten Gut (Schallplatte) reagiert bei Preisveränderungen des Komplementärgutes Plattenspieler ähnlich wie bei eigener Preisveränderung. Steigt der Preis für Plattenspieler, so sinkt zunächst die Nachfrage nach ihnen. Die zurückgehende Nachfrage nach Plattenspielern führt dazu, dass die Nachfrage nach dem Komplementärgut Schallplatte sinkt.

**Unabhängige Güter (Fall 3)** Hier ist der Fall klar. Irgendwie, sagt man, steht auf dieser Welt alles in einem Zusammenhang. Vinylschallplatten und Regenschirme aber höchstens in einem nicht erkennbar kleinen. Man kann sie deshalb getrost als unabhängige Güter bezeichnen. Ob sich der Preis für Regenschirme halbiert oder verzehnfacht – es lässt die Nachfrage nach Schallplatten unberührt. Dem entspricht der senkrechte Kurvenverlauf in Abb. 7.4 (Fall 3). In Preispunkt für Gut  $G_2$  (Regenschirme) auf der Abszissenachse bleibt die Nachfragemenge  $Q$  für das Gut  $G_1$  (Schallplatten) konstant.

### 7.1.5 Einkommen

Soll der Einfluss des Einkommens  $Y$  auf die Nachfrage herausgegriffen und bestimmt werden, schließen wir wieder die Wirkung der drei anderen Bestimmungsfaktoren aus. Diesmal die von Bedürfnisstruktur und -intensität, vom Preis des nachgefragten Gutes und vom Preis anderer Güter. Weiterhin wollen wir vereinfachend annehmen, dass das Einkommen der betrachteten Zeitperiode durch den Haushalt in voller Höhe für den Konsum ausgegeben, also nicht gespart, sondern nachfragewirksam gemacht wird. Dann gilt der funktionale Zusammenhang:

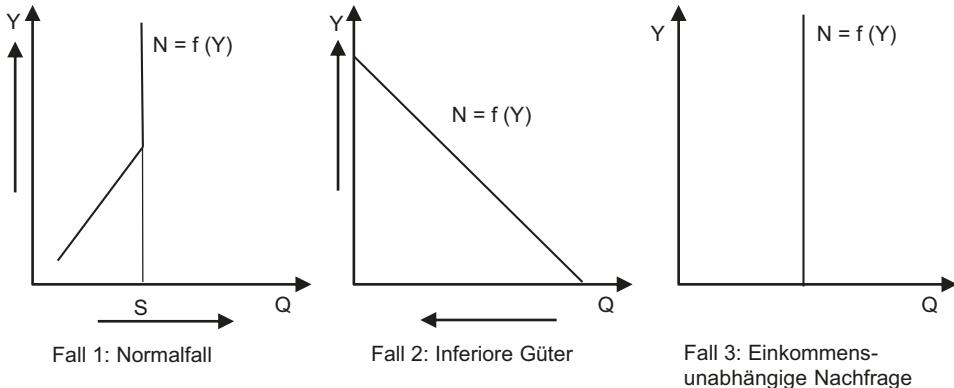
$$N = f(Y) \quad (7.3)$$

Verständlicherweise wird ein Haushalt unter den gesetzten Bedingungen einen umso größeren Ausschnitt seines jeweiligen Bedürfnisspektrums in Nachfrage umsetzen können, je höher sein Einkommen ist. Damit ergibt sich für die Nachfrage nach einem Gut (wie auch die nach anderen): Steigt das Einkommen, so steigt die Nachfrage. Diese Konstellation zeigt Abb. 7.5.

Fall 1 in Abb. 7.5 stellt den Normalfall dar. Zunächst erhöht sich die Nachfrage im selben Maße wie das Einkommen, was sich in einem  $45^\circ$ -Anstieg der Kurve ausdrückt. In einem bestimmten Sättigungspunkt  $S$  (Befriedigung eines Bedürfnisses ohne verbleibenden Rest) wird die nachgefragte Menge auch bei weiter steigendem Einkommen nicht mehr wachsen. Die Kurve dreht zur Senkrechten.

#### Beispiel

Ein junges Ehepaar geht schon in seiner Studentenzeit gern in die Sauna. Das Budget ist begrenzt, viel davon geht für die Wohnung, später auch für die Kinder drauf. Deshalb gönnt man sich zunächst alle zwei Wochen einen Sauna-Tag. Verantwortung im



**Abb. 7.5** Nachfrage als Funktion des Einkommens

Job und Einkommen steigen, man erhöht die Sauna-Frequenz auf einen Tag pro Woche und schließlich auf zweimal pro Woche. Die Gehälter stiegen weiter, aber die Zahl der Sauna-Besuche reicht. Man ist bei diesem Gut am Sättigungspunkt  $S$  angelangt. Es mag Menschen geben, bei denen „ $S$ “ bei einmal täglich liegt, aber irgendwann kolliert eine grenzenlose Nachfrageerhöhung nach Sauna-Besuchen mit dem gesundheitlich Vertretbaren. ◀

Fall 2 in Abb. 7.5 zeigt das Nachfrageverhalten bei wachsenden Einkommen im Falle **inferiorer Güter**. Das sind Güter mit geringerer Wertigkeit, die bei höheren Einkommen von **superioren Gütern** mit höherer Wertigkeit abgelöst werden. Die Nachfrage nach inferioren Gütern sinkt bei wachsenden Einkommen zu Gunsten von superioren Gütern. Das ist eine differenziertere Abgrenzung zwischen „Gütern“, rückt aber mehr an das praktische Leben heran. In unserem Sauna-Beispiel würde das Ehepaar seine Sauna-Besuche nicht auf „täglich“ (reine Mengenbetrachtung), sondern vielleicht bei gleicher Zahl von „Schwimmhalle“ auf „Wellnessstempel“ verändern. Der Aspekt der Qualität kommt hier durch eine kleinteilige Abgrenzung des Güterbegriffs ins Spiel.

Einen Sonderfall stellt die **einkommensunabhängige Nachfrage** dar. Wir werden hier erinnert an die preisunabhängige Nachfrage in Abb. 7.3 (Fall 2). Eine senkrechte Nachfragekurve – bei jeder Einkommenshöhe die gleiche Nachfragemenge. Und wie beim Preis so auch beim Einkommen in seiner Luppenreinheit mit Abstand zur Wirklichkeit. Beispiele kommen auch hier am ehesten aus der konstanten Nachfrage nach existenziell wichtigen Gütern – wohl vornehmlich aus dem Gesundheitsbereich.

### 7.1.6 Elastizität der Nachfrage

Um die Methodik der Volkswirtschaftslehre vorzustellen, haben wir uns in Kap. 1 bereits einen kleinen Vorgriff auf das erlaubt, was eigentlich jetzt erst an die Reihe kommt. Wir

haben dort die Elastizität als „die Stärke der Reaktion einer Größe auf die Veränderung einer anderen“ definiert. Besitzt eine ökonomische Größe, wie die Nachfrage, mehrere Bestimmungsfaktoren, so lässt sich die Stärke der Wirkung jedes von ihnen mit Hilfe der Elastizität, mit der die Nachfrage auf seine Veränderung reagiert, bestimmen. Reagiert die Nachfrage elastisch, ist die Wirkung des Bestimmungsfaktors stark. Reagiert die Nachfrage unelastisch, ist die Wirkung schwach. Darstellen lässt sich das anhand der Nachfragedeterminanten „Preis des Gutes“, „Preis anderer Güter“ und „Einkommen“. Die Elastizität wird üblicherweise mit dem griechischen Buchstaben  $\eta$  (Eta) bezeichnet.

**Preiselastizität der Nachfrage** Wie stark reagiert die Nachfrage auf Veränderung des Preises des nachgefragten Gutes? Der Elastizitätswert ergibt sich als Verhältnis zwischen der Veränderung der abhängigen Größe (hier: Nachfragemenge Q) als Dividend und der Veränderung des Einflussfaktors (hier: Preis des nachgefragten Gutes) als Divisor:

$$\eta_P = \frac{\frac{\Delta Q}{Q}}{\frac{\Delta P}{P}} \quad (7.4)$$

Neben dem in Kap. 1 gewählten „Bier-Beispiel“ lässt sich die Preiselastizität der Nachfrage durch eine Reihe weiterer Szenarien illustrieren.

### Beispiel

Vor und um 2020 erhöhen sich die Gewerbemietpreise in Berlin drastisch. Die Mieten für Büroflächen steigen von 12,40 €/m<sup>2</sup> 2010 über 15,10 €/m<sup>2</sup> 2015 auf 28,70 €/m<sup>2</sup> 2020. Nebenkostenerhöhungen und rückwirkende Nachforderungen nicht mitgerechnet. Es entsteht ein Verkäufermarkt mit sich dieser Position bewussten Anbietern. Angesichts paralleler Einflüsse von Digitalisierung, Corona (dauerhafter Anstieg von Home-Office und Insolvenzen), E-Learning und Homeschooling steht zur Diskussion, ob die Erwartungen der Vermieter in eine niedrige Elastizität der Mietnachfrage (das widerspruchslöse Hinnehmen der Preisentwicklung) überzogen war. Und ob es in der Folge aus der beschriebenen Gemengelage eine Tendenz des Rückzugs der Büromietnachfrage (mehr Elastizität der Nachfrage) geben wird. Angesichts des von 26,30 € 2019 auf 28,70 € im ersten Corona-Jahr 2020 weiter gestiegenen Mietpreises eine noch nicht belegbare These. In Branchenmedien wird eine Reaktion der Gewerbemietpreise nicht ausgeschlossen, wobei man den Premium-Flächen die größte Standhaftigkeit zuspricht.

Quellen: Statista (2021) und Immobilien Aktuell Magazin (2020) ◀

**Kreuzpreiselastizität der Nachfrage** Wie stark reagiert die Nachfrage nach einem Gut auf die Veränderung des Preises eines anderen Gutes. Im Zähler steht wieder die anteilige Veränderung der nachgefragten Menge Q, im Nenner die anteilige Veränderung des Preises des anderen Gutes – eines substitutiven oder komplementären Gutes. Unabhängige

Güter sind für diesen Fall uninteressant. Hier wäre die Elastizität, mit der die Nachfrage reagiert, von vornherein gleich Null.

$$\eta_{P_H} = \frac{\frac{\Delta Q}{Q}}{\frac{\Delta P_H}{P_H}} \quad (7.5)$$

Halten wir uns zur Erklärung weiter an unser Schallplattenbeispiel. Angenommen, in einem Fall steigt der Preis des Substitutionsgutes CD um 5 Prozent, und in einem anderen Fall steigt der Preis des Komplementärgutes Plattenspieler um 20 Prozent. In beiden Fällen möge als Ergebnis die Nachfrage nach Schallplatten mit einer Veränderung von 10 Prozent reagieren (steigen oder fallen).

Im ersten Fall ergibt sich:

$$\eta_{P_H} = \frac{+0,10}{+0,05} = +2,0 = |2,0|$$

Im zweiten Fall ergibt sich:

$$\eta_{P_H} = \frac{-0,10}{+0,20} = -0,5 = |0,5|$$

Bei der Bestimmung der Elastizität interessiert uns allein die Stärke der Reaktion, nicht aber die durch das Vorzeichen angegebene Richtung. Deshalb stellen wir das Ergebnis als absoluten Betrag dar – vorzeichenneutral in den senkrechten Strichen.

Die Richtung des Einflusses im Falle des Substitutionsgutes CD ist entgegengesetzt der des Komplementärgutes Schallplattenspieler. Vor allem aber, und darum geht es hier, ist im gewählten Modellbeispiel die Stärke des Einflusses unterschiedlich. Der Betrag der Kreuzpreiselastizität ist im Falle der Preisveränderung des Substitutionsgutes CD 2,0 – im Falle des Komplementärgutes Schallplattenspieler 0,5. Die Nachfrage nach Schallplatten hat einmal elastisch (Veränderung der Wirkung stärker als die der Ursache) und einmal unelastisch (Veränderung der Wirkung geringer als die der Ursache) reagiert.

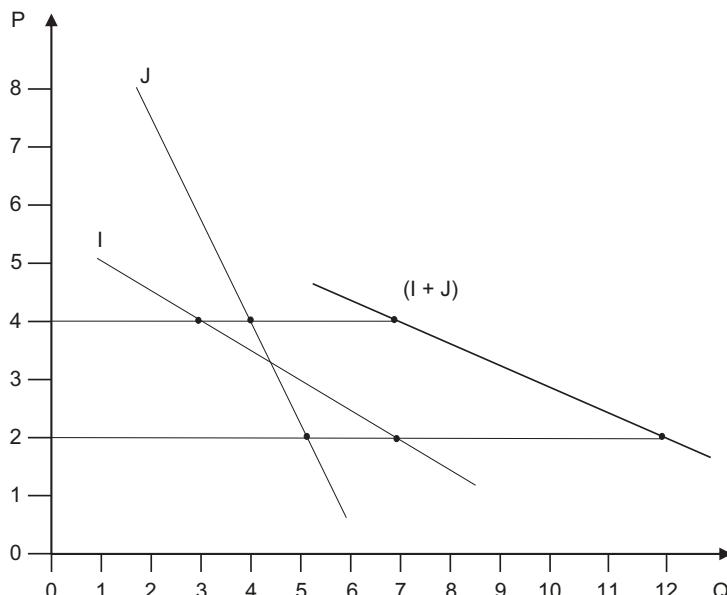
**Einkommenselastizität der Nachfrage** Mit welcher Stärke beeinflusst eine Veränderung des Einkommens die nachgefragte Menge eines Gutes? Die Einkommenselastizität ist der Quotient aus anteiliger Veränderung der nachgefragten Menge im Zähler und der diese hervorrufenden anteiligen Einkommensveränderungen im Nenner.

$$\eta_Y = \frac{\frac{\Delta Q}{Q}}{\frac{\Delta Y}{Y}} \quad (7.6)$$

Es gilt wie beim Preis auch beim Einkommen die Regel, dass die Nachfrage bei lebensnotwendigen Gütern weniger elastisch und bei Luxusgütern elastischer reagiert. Wie beim Preis würde sich der Sonderfall einer einkommensunabhängigen Nachfrage (senkrechte Nachfragefunktion) in einer Einkommenselastizität der Nachfrage von Null ausdrücken. Verliefere andererseits die Nachfragekurve horizontal, also parallel zur Achse der nachgefragten Menge Q, so wäre – auch das eine rein mathematische Ableitung – die Einkommenselastizität der Nachfrage gleich Unendlich.

### 7.1.7 Individuelle Nachfrage und Marktnachfrage

Wir haben eingangs dieses Abschnitts betont, dass Gegenstand der funktionalen und grafischen Darstellungen zunächst die Einzelnachfrage, d. h. die Nachfrage eines individuellen Haushalts nach einem Gut, ist. Für die Preisbildung am Markt für ein Gut ist aber die Summe aller individuellen Nachfragen – die **Marktnachfrage** – maßgebend. Wir erhalten die Kurve der Marktnachfrage, indem wir zu jedem Preis (Ordinatenachse) die individuellen Nachfragemengen (Abszissenachse) horizontal addieren. Abb. 7.6 zeigt das vereinfachend für zwei Nachfrager I und J, die in diesem Fall für alle Nachfrager einer Volkswirtschaft stehen. ( $I + J$ ) ist die Kurve der Marktnachfrage. Zum Preis von 2 werden auf dem Markt  $5 + 7 = 12$  Mengeneinheiten, zum Preis von 4 nur noch  $3 + 4 = 7$  Mengeneinheiten nachgefragt.



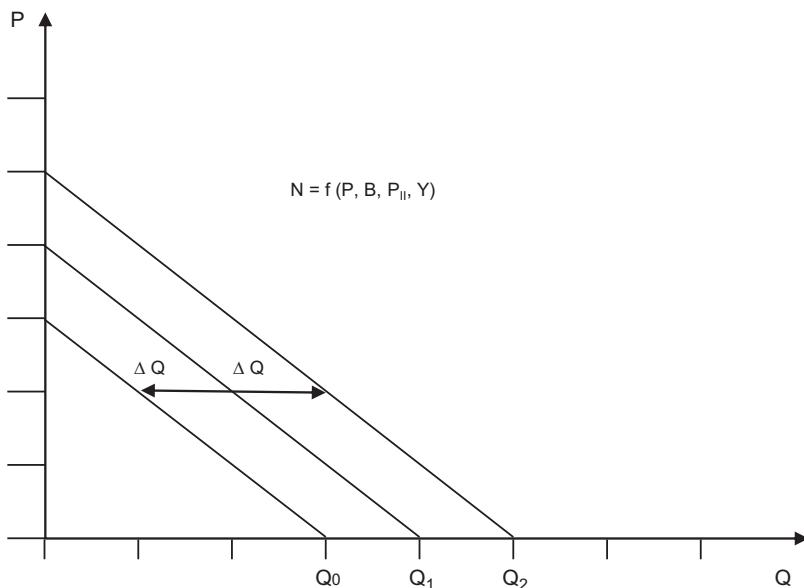
**Abb. 7.6** Individuelle Nachfrage und Marktnachfrage

Abb. 7.6 vollzieht die Summierung individueller Nachfragen zur Marktnachfrage wiederum allein anhand eines ihrer Bestimmungsfaktoren – in diesem Falle des Preises für das nachgefragte Gut. Um die Wirkung aller Bestimmungsfaktoren in einer Kurve zu vereinen, müssen wir eine entsprechende Verschiebung infolge jedes weiteren von ihnen vornehmen (vgl. Abb. 7.7).

Verschieben sich **Struktur und Intensität der Bedürfnisse (B)** zugunsten des betrachteten Gutes, so erhöht sich ceteris paribus die nachgefragte Menge um  $\Delta Q$  – und zwar gleichermaßen bei jedem Preis. Die Folge ist eine Verschiebung der Kurve nach rechts – von  $Q_1$  auf  $Q_2$ . Sinkt der Nutzen des Gutes in der Bedürfnishierarchie, so verschiebt sich die Kurve von  $Q_1$  auf  $Q_0$  – also nach links.

Im Falle von **Preisveränderungen bei anderen Gütern ( $P_{II}$ )** ergibt sich folgender Sachverhalt: Erhöhen sich die Preise für Substitutionsgüter, oder sinken die Preise für Komplementärgüter, so verschiebt sich die Nachfragekurve nach rechts. Erhöhen sich dagegen die Preise für Komplementärgüter oder sinken die Preise für Substitutionsgüter, so ist eine Linksverschiebung der Nachfragekurve die Folge.

Verändern sich schließlich die **Einkommen (Y)**, so liegt die Folge auf der Hand. Ceteris paribus verschiebt sich die Nachfragekurve von  $Q_1$  auf  $Q_2$ , also nach rechts, wenn sich die Einkommen erhöhen. Die Folge einer Einkommensverringerung ist eine Linksverschiebung von  $Q_1$  auf  $Q_0$ .



**Abb. 7.7** Verschiebung der Nachfragekurve

## 7.2 Angebot

Nachdem wir nun wissen, mit welcher Ausstattung die Nachfrage auf dem Markt erscheint, wollen wir uns nun ihrem Pendant, dem Angebot, zuwenden. Hier lautet die Frage: Wodurch wird bestimmt, welche Mengen welcher Güter Unternehmen bereit sind, auf dem Markt anzubieten? Dabei gibt es natürlich Berührungs punkte mit der Betriebswirtschaftslehre, insbesondere mit Bezug auf die Absatzwirtschaft. Deshalb wollen wir uns hier vor allem auf diejenigen Aussagen konzentrieren, die für das Verständnis der Preisbildung (als rein volkswirtschaftliche Kategorie) wichtig sind. Ausgewählte Gesichtspunkte (Produktionsfunktionen, Kosten, Gewinne) werden in Kap. 8 aus unternehmerstheoretischer Sicht weiter untersetzt.

Wir unterscheiden folgende Determinanten des Angebots:

- Natürliche und technische Voraussetzungen
- Preis des (angebotenen) Gutes
- Preis anderer Güter
- Kosten der Produktionsfaktoren

Die Methodik, nach der die Angebotsdeterminanten erklärt werden, ähnelt derjenigen, die wir von der Nachfrageseite kennen. Wie die Nachfrage, so wird auch das Angebot von seinen Bestimmungsfaktoren geformt und in Position gebracht, bevor es auf dem Markt erscheint. Erst nachdem beide, Nachfrage und Angebot, so ausgestattet auf dem Markt zusammentreffen, sind sie für eine Koordinierung miteinander gerüstet (Abb. 7.8).

### 7.2.1 Natürliche und technische Voraussetzungen

Natürliche und technische Voraussetzungen sind für das Angebot ein ebenso elementarer Bestimmungsfaktor wie Bedürfnisstruktur und -intensität für die Nachfrage. Ich kann nur aus dem produzieren, was ich habe, und ich kann nur das nachfragen, was ich brauche. Beide Determinanten sind nichtökonomischen Ursprungs, schwer zu quantifizieren und zu modellieren.

Die Bedeutung der natürlichen und technischen Voraussetzungen für das Angebot indes leuchtet ein. Ich kann einen Diamantring nur produzieren, wenn ich über natürliches Vorkommen dieses seltenen Steines verfüge. Ich kann Bananen nur anbieten, wenn sie bei mir wachsen. Ich kann die Besichtigung des schiefen Turmes nur verkaufen, wenn er bei mir steht. Ich kann Batterien für Elektroautos nur anbieten, wenn mir die dafür erforderliche



**Abb. 7.8** Entstehung und Weg des Angebots

Technologie zur Verfügung steht. Und ich kann Impfstoff gegen Corona nur zur Verfügung stellen, wenn ich vorher in der Lage war, ihn zu entwickeln. Die hier betrachtete originäre Determinante des Angebots ist dessen durch Natur und menschliches Wissen gesetzter Rahmen.

### 7.2.2 Preis des (angebotenen) Gutes

Auch die Wirkung der Bestimmungsfaktoren des Angebots beruht auf dem ökonomischen Prinzip. Es wird vorausgesetzt, dass das Unternehmen in seinen Angebotsentscheidungen die Maximierung des Gewinns anstrebt.

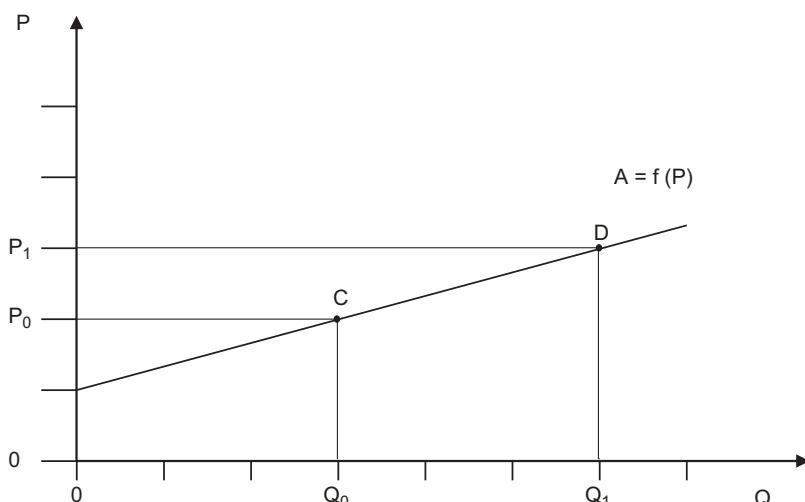
Erhöht sich der Preis des angebotenen Gutes, so ergibt sich ein höherer Gewinn. Unter sonst gleichen Umständen – natürliche und technische Voraussetzungen – Preise anderer Güter und Kosten werden als unverändert vorausgesetzt. Ein Unternehmen wird unter diesen Bedingungen bestrebt sein, das Angebot an dem betreffenden Gut zu erhöhen.

Die Angebotsfunktion

$$A = f(P) \quad (7.7)$$

setzt die angebotene Menge in Abhängigkeit zum Preis des angebotenen Gutes. Ihre grafische Darstellung ergibt die in Abb. 7.9 gezeichnete Angebotskurve.

Ein Preis von  $P_0$  führt zu einem Angebot von  $Q_0$ . Zu einem höheren Preis von  $P_1$  ist dasselbe Unternehmen bereit, die größere Menge  $Q_1$  anzubieten. Die Angebotsfunktion hat einen steigenden Verlauf, wobei auch hier wie bei der fallenden Nachfragekurve die Linearität vereinfachende Annahme ist.



**Abb. 7.9** Angebot als Funktion des Preises

- Nach dem **Gesetz des Angebots** ist das Angebot bei hohem Preis groß und bei niedrigem Preis gering.

Wie beim Gesetz der Nachfrage gibt es auch hier abweichende Sonderfälle. Ein preisunabhängiges Angebot ist eine theoretische Annahme und praktisch nur näherungsweise vorstellbar – zum Beispiel aus einem Verkaufszwang heraus. „Alles muss raus“ bei Schließung eines Handelsbetriebes oder „Wer einen Schokoladenosterhasen kauft, bekommt (nach dem Fest) zwei gratis“ sind uns allen bekannte Beispiele. Grafisch würde im theoretischen Extremfall die Angebotsfunktion senkrecht zur horizontalen Achse der Angebotsmenge Q stehen.

### 7.2.3 Preis anderer Güter

Wie verhält sich nun ein Anbieter, wenn sich unter sonst gleichen Umständen der Preis anderer Güter ändert? Substitutions-, Komplementär- und unabhängige Güter werden hier nicht wie bei der Nachfrage über den Verbrauch, sondern über ihre Herstellung definiert. Wir setzen hier deshalb diese Begriffe zur besseren Unterscheidung in Anführungsstriche. Für alle drei Fälle gilt dabei der funktionale Zusammenhang

$$A_I = f(P_H) \quad (7.8)$$

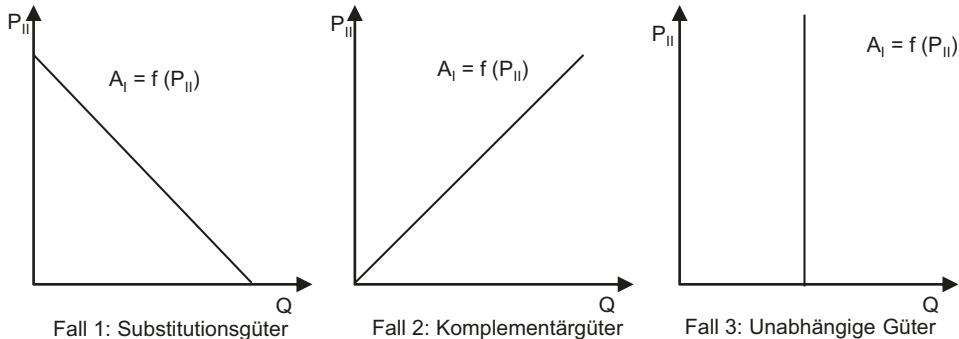
„**Substitutionsgüter**“ aus der Sicht des Anbieters sind Güter, die dieser mit Hilfe seiner vorhandenen Produktionsausstattung alternativ herstellen und anbieten könnte.

#### Beispiel

Ein Produzent von elektrischen Haushaltgeräten beobachtet die Preisentwicklung für seine Produkte. Steigen unter sonst gleichen Bedingungen die Preise für Kühlschränke bei gleichbleibenden Preisen für Waschmaschinen, wird er Teile seiner Kapazitäten für die Waschmaschinenproduktion auf Kühlschrankproduktion verlagern. Interessant in diesem Zusammenhang: Kühlschränke und Waschmaschinen können wie in diesem Beispiel für den Anbieter „Substitutionsgüter“ sein. Aus der Sicht des Nachfragers wären sie es nicht, denn eine Waschmaschine kühlte nicht und ein Kühlschrank wäscht nicht. ◀

Es ergibt sich der Schluss: Die angebotene Menge eines Gutes verringert sich, wenn der Preis des anderen Gutes (Substitutionsgut) steigt (vgl. Abb. 7.10, Fall 1).

„**Komplementärgüter**“ sind vom Betrachtungspunkt des Anbieters Güter, deren Herstellung produktionstechnisch miteinander verbunden sind. Die angebotene Menge eines Gutes erhöht sich, wenn der Preis des anderen Gutes (Komplementärgut) steigt (vgl. Abb. 7.10, Fall 2)



**Abb. 7.10** Angebot als Funktion des Preises anderer Güter

### Beispiel

Ein Betrieb stellt Möbel aus Holz her. Von der Holzverarbeitung fallen Späne ab, die, weiter zerkleinert, in Tierhandlungen als Bodenbelag für Kleintierkäfige angeboten werden. Erhöht sich der Preis für Holzmöbel (Komplementärgut), wird sich mit deren Angebot auch das Angebot an zerkleinerten Holzspänen erhöhen. ◀

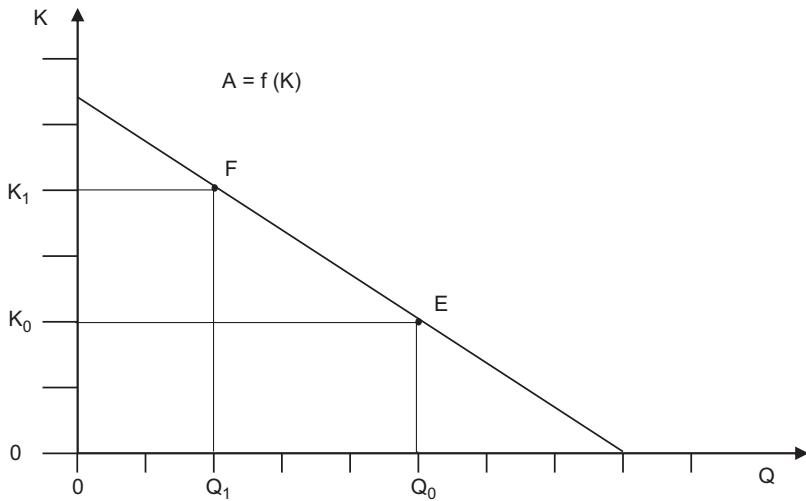
„**Unabhängige Güter**“ sind aus Anbietersicht Güter, deren Produktion weder untereinander ausgetauscht werden kann noch technisch miteinander verknüpft ist. Das ist in der realen Wirtschaft wohl der mit Abstand häufigste Fall. Unter normalen Umständen wird ein Bekleidungsproduzent nicht auf Hafenkräne umstellen oder eine technologische Verbindung zwischen Bierbrauen und Softwareproduktion bestehen. Wie unter besonderen Umständen Hersteller über die Grenzen ihres Produktionssortiments hinausgehen, zeigt die Herstellung von Atemschutzmasken in der Zeit ihrer anfänglichen Knaptheit zu Beginn der Corona-Pandemie. Im Falle „unabhängiger Güter“ steht die Angebotskurve senkrecht auf der Achse der Angebotsmenge (vgl. Abb. 7.10, Fall 3).

## 7.2.4 Kosten und Produktionsfaktoren

Die Kosten der Produktionsfaktoren entscheiden zusammen mit dem Erlös (auf Basis des Preises) über den Gewinn, der die positive Differenz zwischen beiden und das Hauptkriterium unternehmerischer Tätigkeit ist. Je höher der Preis und je niedriger die Faktorkosten, desto höher der Gewinn. Der Verlauf der Angebotskurve

$$A = f(K) \quad (7.9)$$

muss daher der Kurve des Angebots in Abhängigkeit vom Preis entgegengesetzt sein. Wie Abb. 7.11 zeigt, fällt sie, während die Kurve der Preisfunktion (Abb. 7.9) steigt.



**Abb. 7.11** Angebot als Funktion der Faktorkosten

Liegen die Kosten für die eingesetzten Produktionsfaktoren in Abb. 7.11 auf dem niedrigen Niveau von  $K_0$ , so wird die hohe Menge  $Q_0$  angeboten. Bei einer Erhöhung der Kosten auf  $K_1$  sinkt die angebotene Menge auf  $Q_1$ .

Abb. 7.11 bildet auf der Ordinatenachse die Faktorkosten als eine zusammengefasste Größe ab. Wie wir aus Kap. 2 wissen, unterscheiden wir zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital. Entsprechend strukturieren sich die Faktorkosten mindestens in die drei großen Gruppen Arbeitskosten (Löhne und Gehälter), Bodenkosten (z. B. in Form von Miete) und Kapitalkosten (Zulieferungen und Dienstleistungen, Zinsen für Fremdkapital). Tatsächlich haben wir damit bereits die Grundstruktur der Kosten in wirtschaftenden Unternehmen (der sich alle anderen zuordnen lassen) beschrieben. Für den mit der Kostenkurve beschriebenen funktionalen Zusammenhang ist aber die Strukturierung der Kosten zweitrangig, hierfür ist die Gesamtsumme der Faktorkosten hinreichend.

## 7.2.5 Elastizität, Marktangebot und Verschiebung

Am Ende des Nachfrage-Abschnitts 7.1, nach der Untersuchung der Wirkung jeder einzelnen Determinante der individuellen Nachfrage, haben wir drei Dinge getan. Wir haben *erstens* mit dem Begriff der „Elastizität“ die Stärke der Wirkung eines Bestimmungsfaktors beschrieben. Wir haben *zweitens* den Schritt von der bis dahin betrachteten individuellen Nachfrage nach einem Gut hin zu dessen Gesamtnachfrage, zur „Marktnachfrage“ getan. Und *drittens* haben wir die bisher betrachteten Einzelwirkungen der Bestimmungsfaktoren (*ceteris paribus*) durch „Verschiebung“ der Preiskurve zusammengeführt. Damit sind wir bis zur endgültigen Lage der Nachfragekurve am Markt vorangekommen.

Der Weg zur endgültigen Lage der Angebotskurve ist ein vergleichbarer. Da sich bei seiner Beschreibung vieles aus dem Nachfrageabschnitt 7.1 wiederholen würde, wollen wir uns hier beim Angebot auf eine kurze Zusammenfassung beschränken.

**Elastizität des Angebots** Auch für die Reaktion des Angebots auf die Veränderung eines seiner Bestimmungsfaktoren (soweit quantifizierbar) kann die Elastizität ermittelt werden. Sie wird beim Angebot im Unterschied zur Nachfrage ( $\eta$  – Eta) mit  $\epsilon$  (Epsilon) bezeichnet. Die Angebotselastizität drückt aus, wie stark (elastisch) das Angebot eines Gutes auf Veränderung dessen Preises, des Preises anderer Güter oder der Faktorkosten reagiert.

**Marktangebot** Aus der horizontalen Addition der individuellen Angebotskurven (vgl. in Bezug auf die Nachfrage Abb. 7.6) ergibt sich die Kurve des Marktangebots.

**Verschiebung** Wie die Marktnachfragekurve befindet sich auch die Marktangebotskurve in einem Preis-Mengen-Koordinatensystem. Pate steht dabei in beiden Fällen der funktionale Zusammenhang von Nachfrage und Angebot mit dem Preis des betreffenden Gutes. Der Einfluss der anderen Determinanten wird in der Kurve des Marktangebots (wie in der Kurve der Marktnachfrage) durch eine Kurvenverschiebung erfasst. Alle Wirkungen, die das Angebot erhöhen, verschieben die Kurve des Marktangebots nach rechts. Alle entgegengesetzten Wirkungen verschieben sie nach links.

---

### 7.3 Der Gleichgewichtspreis und seine Veränderung

Nachdem wir uns in den zurückliegenden beiden Abschnitten zu Nachfrage und Angebot darauf vorbereitet haben, gelangen wir nun mit der Gleichgewichtspreisbildung in den Maschinenraum oder ins Herz des marktwirtschaftlichen Funktionsmechanismus. Das hierfür mitzunehmende wichtigste Ergebnis der beiden zurückliegenden Abschnitte lautet: Das Verhalten aller Nachfrager nach einem Gut führt auf der einen Seite zur Kurve der Marktnachfrage. Das Verhalten aller Anbieter für ein Gut führt auf der anderen Seite zur Kurve des Marktangebots. Steigt der Preis, sinkt die Marktnachfrage, und es steigt das Marktangebot. Sinkt der Preis, steigt die Marktnachfrage, und es sinkt das Marktangebot. So hat die Nachfragekurve einen fallenden und die Angebotskurve einen steigenden Verlauf.

Beten müssen wir hier noch, dass die Punkte auf der einen oder der anderen Kurve Vorstellungen der Nachfrager und Anbieter sind, die zu Marktnachfrage und Marktangebot führen, bevor diese tatsächlich auf dem Markt zusammentreffen. Erst dann, wenn sie das tun, wenn sich beide Marktparteien mit ihren Vorstellungen begegnen, wird sich herausstellen, inwieweit und in welchem Maße diese jeweils realisierbar sind.

Diesen Schritt wollen wir jetzt vollziehen. Wurden bisher Nachfrage und Angebot isoliert voneinander betrachtet, sollen sie nun zusammengeführt werden. Dabei unterstellen wir als Voraussetzung zunächst den polopolistischen Markt (viele Nachfrager, viele An-

bieter), weil nur in diesem Modell der Preisbildungsmechanismus in seiner Reinheit darzustellen und zu erklären ist.

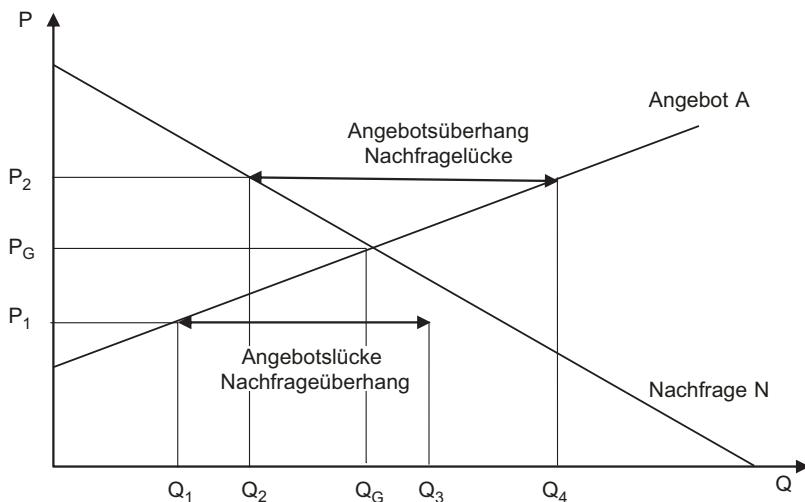
### 7.3.1 Der Gleichgewichtspreis

Das Funktionieren des Marktmechanismus beruht auf Preisen, die sich beim Aufeinandertreffen von Nachfrage und Angebot herausbilden. Deshalb finden wir mit vergleichbarer Bedeutung auch den Begriff Marktpreismechanismus. Jeder Preis, der sich aus Nachfrage und Angebot frei und ohne Einwirkung Dritter am Markt entfaltet, ist ein **freier Preis** oder, was dasselbe ist, ein **freier Marktpreis**. Durch sein Vermögen, frei auf Veränderungen von Nachfrage und Angebot zu reagieren, besitzt ein solcher Preis die Potenz, tendenziell Gleichgewicht zwischen beiden Seiten herzustellen.

Abb. 7.12 verdeutlicht am Modell, wie ein solches Gleichgewicht, eine solche Übereinstimmung von Nachfrage und Angebot sowie der dazugehörige Preis, der Gleichgewichtspreis, zustande kommen. Dazu werden die Kurve der Marktnachfrage und die Kurve des Marktangebots in ein und dasselbe Koordinatensystem übertragen. Die eine fällt, die andere steigt. Der Schnittpunkt zwischen beiden Kurven kennzeichnet auf der Abszissenachse die Gleichgewichtsmenge und auf der Ordinatenachse den Gleichgewichtspreis.

► Der **Gleichgewichtspreis** ist derjenige Preis, zu dem die nachgefragte und die angebotene Menge eines Gutes übereinstimmen.

Zum Preis  $P_1$  sind in Abb. 7.12 alle Nachfrager zusammen bereit, die hohe Menge  $Q_3$  zu erwerben. Auf der anderen Seite reicht es zu diesem Preis nur zu einem Marktangebot von  $Q_1$ . Auf dem Markt wird zum Preis  $P_1$  eine größere Gütermenge nachgefragt als an-



**Abb. 7.12** Gleichgewichtspreis

geboten. Es besteht eine Angebotslücke bzw. ein Nachfrageüberhang mit Größe der Mengendifferenz zwischen  $Q_3$  und  $Q_1$ .

Im Falle des hohen Preises  $P_2$  ist es umgekehrt. Zu ihm wollen die Nachfrager nur noch die geringere Menge  $Q_2$  erwerben. Dagegen ist bei diesem Preis das Angebot natürlich hoch. Seine Menge liegt bei  $Q_4$ . Angebotsüberhang bzw. Nachfragelücke bemessen sich nach der Differenz zwischen den Mengen  $Q_4$  und  $Q_2$ .

Zwischen  $P_1$  und  $P_2$  liegt der Preis  $P_G$ . In ihm schneiden sich die Kurve der Marktnachfrage und die Kurve des Marktangebots. Es gibt weder eine Angebots- noch eine Nachfragelücke. Nachfrage und Angebot sind im Gleichgewicht.  $P_G$  ist in der Grafik (Abb. 7.12) der von uns oben definierte Gleichgewichtspreis. Fällt man das Lot vom Schnittpunkt beider Kurven auf die Mengen-Achse zu, zeigt dieses auf die Menge  $Q_M$  – die Gleichgewichtsmenge.

Der Gleichgewichtspreis  $P_G$  ist dann auch und unabhängig von allen vorherigen Vorstellungen der Marktteilnehmer derjenige Preis, zu dem am Markt schließlich alle Käufe und Verkäufe des jeweiligen Gutes vorgenommen werden.

Auf der Kurve der Marktnachfrage repräsentiert jeder Punkt diejenigen Nachfrager, die zum jeweils dazu gehörigen Preis nachfragen würden. Auf der Kurve des Marktangebots sind in jedem Punkt genau diejenigen Anbieter vereint, die zu dem dazugehörigen Preis anbieten würden. Wer also kauft und verkauft nun am Ende wirklich?

In Abb. 7.12 werden all diejenigen Nachfragen und Angebote wirksam, die auf den Kurvenabschnitten links von der Gleichgewichtsmenge liegen. Diejenigen, die sich auf der anderen Seite befinden, fallen heraus. Angenommen, der Gleichgewichtspreis für 1 kg Äpfel liegt am Markt bei 3 Euro. Anbieter, die erst über diesem Preis, zum Beispiel bei 4 Euro verkaufen würden, kommen in diesem Falle ebenso wenig zum Zuge, wie Nachfrager, die nur unter 3 Euro kaufen würden.

Betrachten wir nun die Abschnitte der Nachfragekurve und der Angebotskurve links von der Gleichgewichtsmenge  $Q_G$ , so wird deutlich: Genaugenommen stimmen die Vorstellungen der Nachfrager und Anbieter mit dem wirklich entstandenen Preis nur in einem Punkt auf ihrer Kurve überein – dem Schnittpunkt.

Alle anderen Nachfrager links vom Schnittpunkt liegen auf Punkten der Nachfragekurve, die einen höheren Preis repräsentieren. Sie wären nach ihrem Kalkül auch bereit gewesen, für 1 kg Äpfel 4, 5 oder mehr Euro zu bezahlen. Diese Nachfrager erzielen mit dem wirklich entstandenen Preis eine unverhoffte Ersparnis, die Konsumentenrente.

► Die **Konsumentenrente** ist die positive Differenz zwischen dem Preis, den ein Nachfrager am Markt zu zahlen bereit gewesen wäre und dem Preis (Gleichgewichtspreis), den er tatsächlich zahlt.

Alle anderen Anbieter links des Schnittpunktes wären bereit gewesen, auch zu einem niedrigeren Preis als dem Gleichgewichtspreis zu verkaufen. In unserem Beispiel etwa für 2 Euro oder weniger für 1 kg Äpfel. Sie erzielen ihrerseits einen unverhofften Gewinn – die Produzentenrente.

- Die **Produzentenrente** ist die positive Differenz zwischen dem Preis, zu dem am Markt tatsächlich getauscht wird (Gleichgewichtspreis) und dem Preis, zu dem ein Anbieter bereit gewesen wäre, zu verkaufen.

Wird zu einem Gleichgewichtspreis  $P_G$  die Gleichgewichtsmenge  $Q_G$  umgesetzt, so herrscht **Marktgleichgewicht**. Es bleibt kein Nachfrager unbedient, der bereit ist, zum Gleichgewichtspreis zu kaufen. Und es bleibt keine Ware unverkauft, die ihr Anbieter bereit ist, zum Gleichgewichtspreis abzugeben.

### Exkurs

Die hier angenommenen Bedingungen eines polypolistischen Marktes treffen, so hatten wir angemerkt, am ehesten für den besonderen Markt „Börse“ zu. Der Marktpreis, der sich an der Börse zwischen Nachfrage und Angebot (Rohstoffe, Aktien, Wertpapiere, Devisen) herausbildet, ist der Kurs. Nachfrage und Angebot treten sich an der Börse in Form von Kaufaufträgen und Verkaufsaufträgen (Orders) an den Makler gegenüber. Dabei setzen Nachfrager und Anbieter gewöhnlich Preislimits. Als amtlicher Kurs wird der Preis festgestellt, zu dem das größte Ordervolumen umgesetzt werden kann. Alle Nachfrager, deren Limit unter dem amtlichen Kurs liegt, und alle Anbieter, deren Limit darüber liegt, fallen heraus. Die Käufer und Verkäufer handeln zum amtlichen Kurs. Sie realisieren im oben beschriebenen Sinne Konsumenten- oder Produzentenrenten.

### 7.3.2 Marktpreismechanismus

Würden sich Nachfrage und Angebot am Markt nicht verändern, wäre der Gleichgewichtspreis eine stabile, unveränderliche Größe. In Wirklichkeit aber bewegen sich auf Märkten Nachfrage und Angebot ständig. Ursache sind Veränderungen in den Bestimmungsfaktoren. Bedürfnisstrukturen sind im Fluss, Produktionspotentiale verändern sich, Kosten, Preise und Einkommen schwanken. Was hält dieses unüberschaubare Geflecht ständiger Bewegung im Zaume?

Die Erklärung liefert der **Marktpreismechanismus**. Er absorbiert gewissermaßen äußere Störungen des Marktgleichgewichts. Da Nachfrage und Angebot sich ständig verändern, muss sich auch der sie beider vereinende Marktpreis ständig verändern. Er schafft mit dieser Veränderung tendenziell neue Übereinstimmung von Nachfrage und Angebot und bewegt sich damit um den im Modell durch den Kurvenschnittpunkt ursprünglich bestimmten Gleichgewichtspreis.

Wie läuft dieser ständige Anpassungsprozess ab? Der Übersicht halber wollen wir hier einen Schritt nach dem anderen machen.

#### 1. Ausgangssituation: $N = A$

Es herrscht Marktgleichgewicht. 1 kg Äpfel wird zum Gleichgewichtspreis von 3 Euro am Markt gehandelt.

## 2. Angebotserhöhung: $N < A$

Durch eine gute Ernte ist ein Angebotsüberhang entstanden. Quelle unter den Bestimmungsfaktoren des Angebots wären „natürliche (und technische) Voraussetzungen“. Zum ursprünglichen Gleichgewichtspreis stimmen Nachfrage und Angebot nicht mehr überein.

## 3. Preissenkung

Da zum alten Gleichgewichtspreis von 3 Euro einige Anbieter ihre Äpfel nicht mehr an den Mann bringen können, werden diese versuchen, ihre Konkurrenten im Preis zu unterbieten, um doch noch zu verkaufen. Es entsteht eine Tendenz zur Preissenkung.

## 4. Nachfrageerhöhung: $N > A$

In der Regel wird sich der neue Preis nicht sofort als Gleichgewichtspreis einpegeln, zunächst ein Stück über das Ziel hinausschießen und sich dann in immer kleineren Ausschlägen festigen. Der sinkende Preis ruft mehr Nachfrager auf den Markt, auch solche, die bisher rechts vom Schnittpunkt lagen und herausfielen. Umgekehrt sind einige Anbieter unter den Bedingungen des gesunkenen Preises nicht mehr bereit, zu verkaufen. Sie rücken von der linken Seite des Schnittpunkts auf die rechte. Es entsteht ein Nachfrageüberhang, der in der Regel kleiner ist, als der ursprüngliche Angebotsüberhang.

## 5. Preissteigerung

Nun ist es zum wieder (leichter) gestiegenen Preis einigen Nachfragern nicht mehr möglich, im Spiel zu bleiben. Um trotzdem nicht leer auszugehen, werden sie versuchen, etwas mehr zu bieten als andere Nachfrager. Die Preistendenz führt wieder nach oben.

## 6. Wiederholung

Der Prozess von Preissenkung und Preiserhöhung wird sich in immer kleineren Ausschlägen wiederholen. Das abnehmende Schwingen des Gleichgewichtspreises führt letztlich zum Marktgleichgewicht – auf welchem neuen Niveau auch immer – zurück.

## 7. Endsituation: $N = A$

Wenn aber wie in unserem Modell nach Störungen und einer gewissen Anpassungszeit Nachfrage und Angebot durch die Kräfte des Marktes immer wieder in Übereinstimmung gelangen, sprechen wir von **stabilem Gleichgewicht**.

Vereinfachend haben wir bei den sieben Schritten davon abgesehen, dass in der realen Praxis der dargestellte Prozess schon nach den ersten Schritten durch neue externe Ein-

flüsse überlappt wird, die sich aus der ständigen Veränderung aller Bestimmungsfaktoren von Angebot und Nachfrage ergeben. Das macht die Sache komplizierter, ändert aber nichts an den Grundaussagen zum beschriebenen Mechanismus.

Die charakteristische Funktionsweise des Marktpreismechanismus wird durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage ausgedrückt.

- Das **Gesetz von Angebot und Nachfrage** besagt: Steigt die Nachfrage oder sinkt das Angebot, so steigt ceteris paribus der Preis. Sinkt die Nachfrage oder steigt das Angebot, so verringert sich ceteris paribus der Preis.

### 7.3.3 Gesamtwirtschaftliche Dimension

Der Marktpreismechanismus bezieht sich wie Nachfrage und Angebot auf einen Markt für ein Gut. Es handelt sich deshalb um mikroökonomische Kategorien. Gleichzeitig ist der Marktpreismechanismus aber eine wichtige Voraussetzung für den Wettbewerb in einer Marktwirtschaft als Ganzes. Einige Aspekte, die die gesamtwirtschaftliche Bedeutung eines funktionierenden Marktpreismechanismus verdeutlichen, sind die folgenden:

1. Der Marktpreismechanismus reguliert Nachfrage und Angebot. Das Reagieren des Preises nach oben oder unten führt dazu, dass es auf Dauer weder unverkäufliche Mengen eines Gutes beim Anbieter noch ungesättigte Nachfrage gibt. Der Markt wird „geräumt“. „Keine ungesättigte Nachfrage“ schließt aber ein, dass bei limitiertem Angebot auf Verkäufermärkten durch einen sehr hohen Preis die ansonsten größere Nachfrage beschnitten wird. Das sichert modellgerecht Marktgleichgewicht, kann aber im Falle lebenswichtiger Güter – zum Beispiel Wohnraum in Ballungsgebieten – zu sozial unerwünschten Konsequenzen führen. Der Marktpreismechanismus erfüllt seine Aufgabe, wenn er Marktgleichgewicht herstellt. Die Unterscheidung in Kategorien wie „sozial gerecht“ oder „sozial ungerecht“ gehört nicht zu seinen Aufgaben. Hier ist die Verzahnung mit der Politik wichtig, die bei sozial unerwünschten Entwicklungen Einfluss nimmt. Soviel wie nötig und nicht so viel wie möglich. Mietpreisbindung, Mietpreisbremse oder der 2020 in Berlin in Kraft getretene und 2021 durch das Bundesverfassungsgericht wieder gekippte Mietendeckel sind Beispiele dafür, dass die Grenze zwischen beidem ein öffentlich immer umstrittenes Thema ist.
2. Die auf einem Markt für die Nachfrage eingesetzte Geldsumme wird über den Marktpreis mit dem Wert der angebotenen Güter in Übereinstimmung gebracht. Was für einen Markt gilt, gilt auch für die Summe aller Märkte. Der Marktpreismechanismus unterstützt, dass die Geldmenge (Nachfrage) und die Wertsumme der Güter (Angebot) in einer Volkswirtschaft tendenziell übereinstimmen. Große Geldüberhänge, die in den ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften durch subventionierte Verbraucherpreistabilität zu indirekter Geldentwertung und Tauschhandel geführt haben, werden damit ausgeschlossen.

3. Der Marktpreismechanismus führt dazu, dass sich das Angebot immer an der Entwicklung der Nachfrage orientiert. Sinkt diese, sinken die Preise. Seine einzelwirtschaftliche Zielstellung „Gewinnmaximierung“ lässt den Anbieter auf dieses Signal reagieren und die Angebotsmenge reduzieren. Umgekehrt verhält es sich bei steigender Nachfrage und steigenden Preisen. Der Kunde wird „König“ durch den Marktpreismechanismus und nicht durch Wohlwollen oder Ehrfurcht des Anbieters. Der Marktpreis erfüllt für den Anbieter eine wichtige Informationsfunktion.
4. Auch die Nachfrage kann durch den Marktpreismechanismus gelenkt werden. Sind einem Angebot zum Beispiel durch Rohstoffverknappung natürliche Grenzen gesetzt, wird ein steigender Preis die Nachfrage in der Tendenz auf billigere Alternativvarianten umlenken. Das vollzieht sich im reinen Modell aus wirtschaftlichem Egoismus und ohne Vorgaben. Gleichzeitig kann der reine Mechanismus auch hier zu gesamtgesellschaftlich und globalökologisch unerwünschten Wirkungen führen. In Fällen wie dem Abholzen der Regenwälder ist der Staat wiederum zu korrigierendem Eingreifen aufgerufen.
5. Dadurch, dass moderne Erzeugnisse tendenziell zu stärkerer Nachfrage und höheren Preisen führen als veraltete, ist der Marktpreismechanismus Motor für Produktinnovation auf der Anbieterseite.
6. Da sich das Angebot an der Nachfrage orientieren muss, und andererseits die Kosten für die Produktionsfaktoren das Angebot begrenzen, führt der Marktpreismechanismus zu einer optimalen Verteilung von Produktionsfaktoren und wirkt ihrer Verschwendungen entgegen.

Wir werden bei der Beschreibung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Marktpreismechanismus an die Funktionen des Wettbewerbs in Kap. 6 erinnert. Das ist kein Zufall, sondern zeigt nur, wie dieser Voraussetzung für Wettbewerb und Wettbewerb Voraussetzung für die Marktwirtschaft ist. Da kein funktionierender Wettbewerb ohne funktionierenden Marktpreismechanismus möglich ist, dient die Politik zum Schutz des Wettbewerbs unmittelbar auch dazu, die Bildung von freien Marktpreisen zu schützen. Natürlich ist der hier im Modell dargestellte „lupenreine“ Marktpreismechanismus eine ebenso theoretische Modellannahme wie vollkommener Wettbewerb auf vollkommenen Märkten. Dass das die Grundaussagen der Modelle nicht beeinträchtigt, wissen wir aus Kap. 6.

Die wichtigsten Beschränkungen für die Bildung freier Marktpreise bei vollständiger Konkurrenz – wie in diesem Abschnitt beschrieben – resultieren aus

- staatlichen Eingriffen in den Marktpreismechanismus
- Preisfestsetzungen durch Anbieter auf oligopolistischen und monopolistischen Märkten

Solche Beschränkungen sollen Gegenstand der folgenden beiden Abschnitte sein.

## 7.4 Eingriffe in den Preismechanismus

Dem Staat, das haben wir im 5. Kapitel festgestellt, kommt in der sozialen Marktwirtschaft eine aktive, über Laissez-faire und Nachwächterstaat hinausgehende, Rolle zu. Eine wichtige Aufgabe ist in diesem Zusammenhang der Schutz des freien Wettbewerbs. Was, wie wir zurückliegend gesehen haben, freie Preisbildung einschließt. Wenn also der Staat im Ausnahmefall und, um sozial oder ökologisch ungewollte Wirkungen zu verhindern, selbst in den Marktpreismechanismus eingreift, so gerät er damit notwendigerweise in Konflikt zu seiner Aufgabe, den freien Wettbewerb zu schützen. Er muss die Auswirkungen seiner Eingriffe auf das notwendige Minimum reduzieren, Schädigung des funktionsfähigen Wettbewerbs vermeiden und sich dennoch einer politischen Debatte bewusst sein, wo die Preisgabe marktwirtschaftlicher Grundprinzipien beginnt. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden potentiellen Möglichkeiten des Staates, in den Preismechanismus einzugreifen, zu bewerten.

### 7.4.1 Höchstpreis

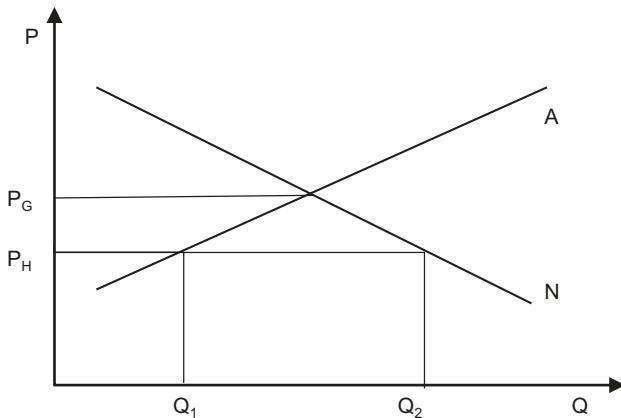
Der Höchstpreis ist eine Preisgrenze, die unterschritten, aber nicht überschritten werden darf. Höchstpreise werden durch den Staat vor allem aus sozialpolitischen Motiven herausgesetzt. Sie beziehen sich in der Regel auf lebensnotwendige Güter. Mit der Festsetzung von Höchstpreisen werden gegenüber der freien Preisbildung am Markt die Nachfrager bevorteilt. Höchstpreise sind aus Zentralverwaltungswirtschaften bekannt, in funktionierenden Marktwirtschaften beschränken sie sich auf Ausnahmen.

---

#### Beispiel

Am Häufigsten wird in diesem Zusammenhang das Mietpreisbeispiel gewählt. Wir hatten die Begriffe Mietpreisbindung, Mietpreisbremse und Mietendeckel in Abschn. 7.3 kurz angesprochen. In Deutschland ist seit 01.06.2015 das „Mietrechtsnovellengesetz“ („Mietpreisbremse“) in Kraft. Hintergrund sind Zuzug in Ballungsgebiete und steigende Mietpreise, in deren Folge sich Menschen mit niedrigen Einkommen Wohnungen in Großstädten nicht mehr leisten können und alteingesessene Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Die Mietpreisbremse sieht bei Neuvermietung in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt eine Mietobergrenze von maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete vor. Ein Preis, der beim freien Wirken von Angebot und Nachfrage deutlich überschritten werden könnte. Im Januar 2019 und im April 2020 wurden die Regelungen nachgebessert. ◀

Höchstpreise dienen nur dann ihrem Zweck, wenn sie unter den sich sonst am Markt herausbildenden Gleichgewichtspreisen liegen. Abb. 7.13 macht die Wirkung solcher staatlicher Eingriffe in den Marktpreismechanismus sichtbar.

**Abb. 7.13** Höchstpreis

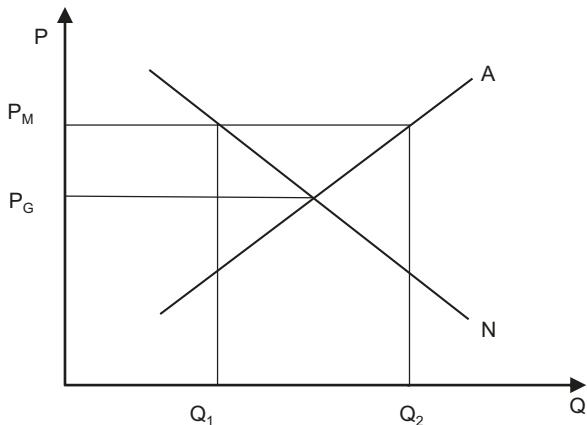
Der Höchstpreis  $P_H$  liegt unter dem Gleichgewichtspreis  $P_G$ . Die Folge ist ein Nachfrageüberhang von  $(Q_2 - Q_1)$ , für dessen Sättigung sich unter den gegebenen Bedingungen kein Anbieter bereitfindet. Ein solcher Rückzug der Anbieter vom Markt ist eine häufige Erscheinung, wenn vom Staat Höchstpreise festgesetzt werden und müssen durch diesen bei seinen Entscheidungen im Vorhinein berücksichtigt werden. Eine Variante hierbei ist, dass durch staatliche Unternehmen die entstandene Lücke im privatwirtschaftlichen Angebot geschlossen wird. Im Falle unseres Mietbeispiels ist das der soziale Wohnungsbau.

Eine Form der Reaktion von Nachfrage und Angebot auf staatliche Höchstpreise, die unter dem Gleichgewichtspreis liegen, ist der **Schwarzmarkt**. Er ist das illegale Ausweichen von Nachfrage und Angebot auf Preise, die das reale Verhältnis zwischen beiden Seiten repräsentieren. Schwarzmarktpreise können somit de facto als Gleichgewichtspreise unter den Bedingungen staatlicher Höchstpreisfestsetzung gelten.

## 7.4.2 Mindestpreis

Der Mindestpreis ist eine Preisuntergrenze, die überschritten, aber nicht unterschritten werden kann. Mindestpreise werden durch den Staat vor allem dort festgesetzt, wo aus wirtschaftspolitischen Gründen Produktionen unterstützt werden sollen, die zum Gleichgewichtspreis nicht lebensfähig werden. Mindestpreise bevorteilen gegenüber freier Preisbildung am Markt die Anbieter. Beispiele finden sich in der Agrarwirtschaft bei Milch, Getreide oder Fleisch. Abb. 7.14 verdeutlicht die Konsequenzen für das Marktgleichgewicht.

Der Mindestpreis  $P_M$  liegt über dem Gleichgewichtspreis  $P_G$ . Es ergibt sich ein Angebotsüberschuss von  $(Q_2 - Q_1)$ . Für ihn findet sich unter den gegebenen Bedingungen keine Nachfrage. Um einer solchen Überproduktion entgegenzuwirken, bleiben dem Staat im Prinzip zwei Wege. Erstens, eine Minderproduktion oder die Beseitigung des überzähligen Angebots zu subventionieren. Oder zweitens, durch Eigenaufkauf oder Preissubventionen

**Abb. 7.14** Mindestpreis

die Nachfrage zu erhöhen. Für beides gibt es Beispiele. Für den ersten Fall staatliche Zahlungen für Kapazitätsbeschränkungen bei den Anbietern – Stilllegeprämien im Kohlebergbau oder Abschlachtpremien in der Landwirtschaft. Für den zweiten Fall Aufkauf und Einlagerung des Angebotsüberhangs an Landwirtschaftserzeugnissen durch den Staat.

### Beispiel

„Butterberge“ und „Milchseen“ waren bis 2007 Ausdruck der Überproduktion von Butter, Milch/Milchpulver und anderer Agrarprodukte aufgrund staatlicher Mindestpreise und Abnahmegarantien in Westeuropa. Durch Veräußerung dieser Bestände zu niedrigeren Preisen an Dritte und natürliche Produktionsrückgänge wurden diese Vorräte bis 2007 abgebaut. Seit etwa 2015 führen die weiter vorhandenen Agrarpreissubventionen in der EU zu einer Renaissance der beschriebenen staatlichen Agrar-Überbevorratung in Europa. ◀

Der Staat kann auch, um die Nachfrage zu erhöhen, die Preisdifferenz zwischen  $P_M$  und  $P_G$  (vgl. Abb. 7.14) selbst zahlen. Damit verbilligt sich das Gut auf dem Markt und die Nachfrage steigt auf das gewünschte Maß. In Abb. 7.14 würde sich die Nachfragekurve N auf der Angebotskurve A nach rechts oben verschieben, bis auf Höhe des Mindestpreises  $P_M$  ein Gleichgewichtspreis entstanden ist. Die beschriebenen Szenarien im Kohlebergbau oder der Agrarwirtschaft sind hierfür praktische Beispiele.

In jedem Falle ist die Beseitigung eines Nachfrageüberhangs bei Mindestpreisfestsetzung mit der Verwendung staatlicher Mittel verbunden, die aus anderen Verwendungsgebieten des Etats abgezogen oder durch Steueraufkommen neu generiert werden müssen. Das Verhältnis aus Subventionierung alter Strukturen und innovativer Bereiche ist deshalb ein fortwährendes Thema wirtschaftspolitischer Diskussion. Auch in Zusammenhang mit der Verteilung staatlicher Hilfen für die Wirtschaft zur Bewältigung der Corona-Krise.

### 7.4.3 Exportsubvention und Importzölle im internationalen Handel

Instrumente der Außenwirtschaftspolitik sind auf die Einflussnahme des Staates auf Umfang und Struktur des Außenhandels eines Landes gerichtet. Sie sind damit Gegenstand von Kap. 13 (Außenwirtschaft) und Abschn. 14.2 (Weltwirtschaft und Globalisierung). Hier wollen wir einen Blick auf die Instrumente Exportsubventionen und Importzölle werfen, weil diese neben internationalen Interessen der Wirtschaftspolitik spezielle, auf den Außenhandel gerichtete Formen staatlicher Einflüsse auf den Preismechanismus darstellen.

Um Parallelen festzustellen, wollen wir uns dabei möglichst dicht am bisherigen methodischen Vorgehen bei der Erklärung von Höchst- und Mindestpreisen bewegen.

**Exportsubventionen** kompensieren ihrem Charakter nach Höchstpreise, die auf dem Niveau des Gleichgewichtspreises – hier verstanden als freier Weltmarktpreis – oder unter ihm liegen. Inländischen Produzenten, deren Herstellungskosten einen höheren, nicht konkurrenzfähigen Preis erfordern würden, wird durch die staatliche Erstattung der Differenz der Zugang zu Exportmärkten und die Verdrängung dort bestehender inländischer Konkurrenz ermöglicht. Lange Jahre waren Exporterstattungen der EU für Agrarexporte aus westeuropäischen Ländern – zum Beispiel von Weizen und Mehl in afrikanische Länder – Beispiele für solche Eingriffe. Liegen die Preise für die Exportgüter tendenziell unter dem freien Weltmarktpreis (Gleichgewichtspreis), gibt es zwei Szenarien. Im statischen Szenarium entsteht wie bei allen Höchstpreisen ein Nachfrageüberhang (vgl. Abb. 7.13). Im genannten Beispiel in den Zielländern der Exporte, in denen lokale Anbieter der Kostenkonkurrenz nicht mehr standhalten können. Der aber im internationalen Handel durch einen Angebotsüberhang in den Exportländern kompensiert werden kann. Im dynamischen Szenarium, wie wir es durch die sieben Schritte des Marktpreismechanismus unter Abschn. 7.3 dargestellt haben, werden Exportsubventionen tendenziell zur Anpassung des Gleichgewichtspreises (Weltmarktpreises) nach unten führen. Mit den gleichen Folgen für kleinere inländische Anbieter in den Zielländern. Sie können mit ihren (nicht subventionierten) Herstellungskosten nicht mehr konkurrenzfähig zum Weltmarktpreis anbieten.

**Importzölle** wirken in der Richtung von Mindestpreisen. Durch staatliche Erhebung von Importzöllen werden Preise ausländischer Anbieter, die sich auf Höhe des Weltmarktpreises (Gleichgewichtspreis) befinden, für den potentiellen inländischen Abnehmer um die Höhe des Zollsatzes künstlich verteuert. Es entsteht ein Mindestpreis, der sich über dem weltweiten Gleichgewichtspreis befindet (vgl. Abb. 7.14). Und über dem inländischen Gleichgewichtspreis, zu dem nationale Produzenten anbieten. Damit werden diese – und das ist in vielen Fällen das Ziel von Importzöllen – bevorteilt und gegen internationale Konkurrenz geschützt. Nach der Mindestpreisgrafik (vgl. Abb. 7.14) muss sich als Folge ein Angebotsüberhang zeigen. Da wir aber hier den internationalen Handel betrachten, muss sich – ähnlich wie beim Nachfrageüberhang durch Exportsubventionen – auch im Falle der Importzölle die Angebotsüberhänge nicht dort zeigen, wo die staatlichen Eingriffe (Mindestpreise) erfolgen, sondern bei den durch die Importzölle betroffenen ausländischen Anbietern.

Die in unseren Höchst- und Mindestpreisgrafiken gezeigten Nachfrage- oder Angebotsüberhänge müssen im Falle staatlicher Eingriffe in die Export- und Importpreise nicht in dem Land entstehen, in dem die Quelle des Eingriffs liegt, sondern im Land des jeweiligen Außenhandelspartners. Die Diskussion um die Folgen von Importzöllen und Zollkriegen im Zusammenhang mit der Politik der US-amerikanischen Trump-Regierung „America first“ gegenüber der EU und China sind vielen noch geläufig. Darunter die Verhängung von Zöllen für US-Importe an Stahl und Aluminium aus der EU.

Wie wir sehen, sind die Eingriffe in die Exportpreise wie auch in die Importpreise vor allem auf die Interessen der inländischen Wirtschaft, auf deren Schutz durch Bevorteilung gerichtet. Die beschriebenen Instrumente sind deshalb auch unter dem Begriff „Protektionismus“ bekannt. Protektionismus schirmt die eigene Wirtschaft ab, bremst tendenziell Welthandel und Globalisierung und behindert die Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus weniger entwickelter Länder. Die EU nimmt seit 2013 von Exporterstattungen in der Agrarwirtschaft Abstand. Seit 2015 sind Exportsubventionen durch einen Beschluss der Welthandelsorganisation WTO verboten. Der Bedeutung von Protektionismus oder Freihandel für weltweite Arbeitsteilung und Globalisierung wird sich Kap. 14 genauer zuwenden.

---

## 7.5 Preisbildung und Marktform

Wie mehrfach betont, haben wir bisher für unser Modell der Preisbildung die Marktform des klassischen Polypols unterstellt. In vollständiger Konkurrenz und störungsfrei entsteht der Marktpreis. Unter Abschn. 7.4 wurde gezeigt, dass der Marktpreis als Gleichgewichtspreis durch staatliche Eingriffe (die wir nun wieder ausblenden wollen) beeinträchtigt werden kann.

Jetzt geht es uns um eine zweite Form der Beeinträchtigung freier Marktpreisbildung bei vollständiger Konkurrenz. Eine, die nicht von außen kommt, sondern dem Markt selbst entspringt. Nämlich dann, wenn er monopolistische oder oligopolistische Formen annimmt.

Stellvertretend für alle Mischformen des Tableaus unter Abschn. 6.2 wollen wir uns hier auf das Verhalten der Marktteilnehmer und die Preisbildung im Angebotsmonopol und im Angebotsoligopol konzentrieren. Als Vergleichsbasis soll zunächst noch einmal der Blick auf das Polypol dienen.

### 7.5.1 Preisbildung und Polypol

Im Polypol stehen sich viele Nachfrager und viele Anbieter gegenüber. Aus der Summe ihrer Einzelpläne ergeben sich die Marktnachfrage und das Marktangebot. Beide bestimmen gleichberechtigt den Marktpreis.

Alle einzelnen Nachfrager und Anbieter sind in diesem Prozess ein winzig kleiner Teil, dessen individueller Plan zwar schon, aber mit mikroskopisch kleiner Wirkung an der gesamten Marktkoordinierung und Preisbildung beteiligt ist. Weder der eine noch der andere besitzt im Polypol die Möglichkeit, in irgendeiner Weise spürbar auf die Herausbildung des Marktpreises Einfluss zu nehmen. Der Preis ist für ihn im Polypol ein **Datum**, eine gesetzte Größe, die er entweder akzeptieren kann oder nicht. Nachfrager und Anbieter im Polypol **agieren** nicht in Bezug auf den Preis, sie **reagieren**. Sie reagieren mit der Menge, die sie bei einem gegebenen Preis nachzufragen oder anzubieten bereit sind. Sie sind „Mengenanpasser“.

Am Verhaltensmuster der Marktteilnehmer im Polypol wird deutlich, warum hier Marktmacht und Wettbewerbsbeeinträchtigung ausgeschlossen sind. Preisdiktate einzelner oder weniger sind nicht möglich.

### 7.5.2 Preisbildung im Angebotsmonopol

Im Angebotsmonopol stehen viele kleine Nachfrager einem großen Anbieter gegenüber. Dieser Monopolist hat auf seiner Marktseite (Angebot) keine Konkurrenten. Sein individuelles Angebot ist gleich dem Marktangebot. Ihm gegenüber steht die Marktnachfrage, die sich aus der Summe der vielen individuellen Pläne der Nachfrager ergibt. Wie im Polypol. Es ergibt sich mit Notwendigkeit die besondere Konstellation in Bezug auf den Preis.

Der Monopolist muss den Preis nicht, wie der Anbieter im Polypol, als Datum akzeptieren. Er kann ihn selbst bestimmen – als **Monopolpreis**. Allerdings hat er dabei zu beachten, dass die Marktnachfrage mit der gewünschten Menge reagiert. Will der Monopolist andererseits nicht einen bestimmten Preis, sondern eine bestimmte Absatzmenge realisieren, so kann er auch diese bestimmen. Allerdings ist dann der Preis die variable Größe. Ein Monopolist kann somit nicht Preis und Menge gleichzeitig, sondern immer nur eines von beiden bestimmen. Er ist „Mengen- oder Preisfixierer“.

Legt man als Ziel des Monopolisten (wie jedes Anbieters) einen maximalen Gewinn zugrunde, so wird er versuchen, die Kombination zwischen Preis und Menge an diesem Ziel auszurichten. Tab. 7.2 zeigt das im Modelfall des monopolistischen Anbieters eines Gutes X.

Wir sehen, dass das absolute Gewinnmaximum für den Monopolisten weder bei einem maximalen Preis noch bei einer maximalen Absatzmenge, sondern dazwischenliegt. In Tab. 7.2 erkennen wir diese optimale Konstellation an der grau markierten Zeile. Die gewinnmaximale Preis-Mengen-Kombination des Monopolisten wird nach Antoine Augustin COURNOT (1801–1877) auch als der COURNOTsche Punkt bezeichnet.

In der Regel wird im COURNOTschen Punkt der Monopolpreis bei aller notwendigen Optimierung immer noch über dem vergleichbaren Preis im Falle vorhandener Angebotskonkurrenz liegen. Grund ist, dass die Nachfrage aufgrund fehlender Alternativen relativ unelastisch auf erhöhte Preise reagiert.

**Tab. 7.2** Gewinnmaximale Preis-Mengen-Kombination im Angebotsmonopol

Kosten (EUR/Stück)	Preis (EUR/Stück)	Gewinn (EUR/Stück)	Verkaufte Menge (T Stück)	Gesamtgewinn (T EUR)
2	8,00	6,00	10	60
2	7,00	5,00	40	200
2	6,00	4,00	80	320
<b>2</b>	<b>5,00</b>	<b>3,00</b>	<b>120</b>	<b>360</b>
2	4,00	2,00	160	320
2	3,00	1,00	200	200
2	2,00	0	240	0

Monopole sind wegen ihrer Möglichkeit, Preis oder Menge eines Gutes am Markt zu diktieren und der daraus entspringenden Tendenz zu höheren Preisen und/oder geringerer Leistung in der Marktwirtschaft unerwünscht. Ihre Vermeidung ist Ziel der Wettbewerbspolitik. In Abschn. 6.3 haben wir gleichzeitig gesehen, dass Monopole in ihrer reinen Form in der realen Wirtschaft und über einen längeren Zeitraum äußerst selten sind.

### 7.5.3 Preisbildung im Angebotsoligopol

Im Angebotsoligopol befinden sich auf der einen Marktseite viele kleine Nachfrager, auf der anderen Seite wenige und dafür relativ starke Anbieter. Der Anbieter im Oligopol muss neben der Marktnachfrage auch das Verhalten seiner Konkurrenten im Auge behalten. Er kann den Preis nicht bestimmen, wie der Monopolist, steht ihm aber auch nicht machtlos gegenüber wie der Anbieter im Polypol.

Da das Angebotsoligopol die in einer modernen Wirtschaft vorherrschende Marktform ist, ist das Preisverhalten der Anbieter hier von besonderem Interesse. Wichtig ist für den Oligopolisten, dass er bei Veränderung seines Preises mit Gegenmaßnahmen der Konkurrenz rechnen muss. Aus Reaktion und Gegenreaktion kann sich eine **zirkulare Konkurrenz** entwickeln, die dem Wettbewerb durchaus förderlich ist und bis zu hartem Verdrängungswettbewerb auf dem Markt führen kann.

Der Beobachter oligopolistischer Märkte wird aber das Toben eines solchen Wettbewerbs zu einem Teil feststellen, zu einem größeren wohl aber vermissen. Während der Markt in der Autoindustrie gerade in Zeiten alternativer Antriebsformen (auch preislich) hart umkämpft ist, beobachten wir auf Oligopol-Märkten wie der Energiewirtschaft oder der Mineralölanbieter weniger Ellenbogen. Wenden wir uns letzteren zu.

Typisch für viele oligopolistische Märkte sind längere Phasen von **Preisstarrheit**. Das Vorpreschen eines Anbieters kann negative Folgen für ihn selbst haben. Senkt er seinen Preis, können die anderen nachziehen – mit dem Ergebnis der Gewinnschmälerung für alle zusammen. Erhöht er den Preis, kann er von den anderen allein gelassen werden und Marktanteile verlieren. Preisstarrheit im Oligopol erinnert deshalb ein wenig an die Stehversuche im Radsprint, bei denen die beiden Rivalen am oberen Rand der schrägen Kurve

ihr Rad im Stillstand balancieren, einander misstrauisch beobachten, aber keiner dem anderen vorausfahren will.

Die Gefahr für den Anbieter im Oligopol bei unabgestimmtem Verhalten führt häufig zur Gruppensolidarität. Dabei werden in vielen Fällen **Preisführer** anerkannt, deren Aktivitäten nach oben oder unten als Signal für die anderen gilt. Gegenseitige Abhängigkeit und Gruppensolidarität im Angebotsoligopol sind ein wichtiger Grund dafür, dass gerade diese Marktform prädestiniert für Kartellabsprachen (vgl. Abschn. 6.3) ist. In solchen Fällen ist der Schutz des Wettbewerbs durch die Wettbewerbspolitik des Staates erforderlich.

### I. Themenprägende Begriffe

- Nachfrage-Determinanten
- Angebotsdeterminanten
- Elastizität
- Gesetz der Nachfrage
- Gesetz des Angebots
- Gesetz von Angebot und Nachfrage
- Gleichgewichtspreis
- Marktpreismechanismus
- Konsumentenrente und Produzentenrente
- Höchstpreise und Mindestpreise
- Exportsubventionen und Importzölle
- Preisbildung im Monopol und im Oligopol
- COURNOTSCHER Punkt
- Zirkulare Konkurrenz

### II. Fragen zur Überprüfung

- Welche Faktoren bestimmen Nachfrage und Angebot?
- Worin unterscheiden sich hohe und niedrige Nachfrage- oder Angebots-Elastizität?
- Welche Kombinationen können Marktformen aufweisen und welche Beispiele gibt es?
- Wie verhalten sich Nachfrage und Angebot bei hohen und bei niedrigen Preisen?
- Was ist der Gleichgewichtspreis und wie reagiert er auf Marktveränderungen?
- Wie funktioniert der Marktpreismechanismus?
- Wie entstehen vorübergehende Nachfrage- oder Angebotsüberhänge?
- Wer realisiert in welchen Fällen eine Konsumentenrente oder eine Produzentenrente?
- Welche Gründe kann es für staatliche Höchst- oder Mindestpreise geben?
- Welche Szenarien des Preisverhaltens gibt es im Angebotsoligopol?

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Bundeskonsumentenschutzministerium/BMWi (Verschiedene Jahrgänge) *Energiedaten*  
Immobilien Aktuell Magazin (2020) *Corona und die Auswirkungen auf die Immobilienbranche*,  
<https://www.immobiliens-aktuell-magazin.de/topics/covid-19-corona-auswirkungen-auf-immobilienbranche/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)  
Statista (2021) *Entwicklung der Durchschnittsmieten für Büroflächen in Berlin von 2008 bis 2020*,  
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/177523/umfrage/entwicklung-der-mietpreise-von-buerothaechen-in-berlin-seit-2003/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)

### Weiterführende Literaturempfehlungen

- Addendum (2020) *Wie die EU 400.000 Tonnen Milch verpulverte*, <https://www.addendum.org/milch/milchpulverberg/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)  
Christmann, Jürgen (1993) *Die Preisbildung in der Volkswirtschaft*, Wiesbaden: SpringerGabler  
Deutsche Handwerkszeitung DHZ (01.04.2020) *Mietpreisbremse einfach erklärt: Das gilt seit 2020*,  
<https://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/uebersicht-zur-mietpreisbremse-was-sie-zum-thema-wissen-muessen/150/3093/365886> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)  
Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 111–136  
Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 161–188  
Zeit Online (01.12.2020) *Aus für Steinkohlenetz: 317 Millionen für Betreiber – nach dpa*



# Haushalts- und Unternehmenstheorie

8

## Zusammenfassung

Haushalts- und Unternehmenstheorie gehen der Frage nach, nach welchen Gesetzmäßigkeiten Haushalte und Unternehmen ihre individuellen Nachfrage- und Angebotspläne aufstellen, bevor diese dann im Rahmen von Gesamtnachfrage und Gesamtangebot am Markt aufeinandertreffen. Zur nutzentheoretischen Erklärung der Güternachfrage tragen die GOSENNSchen Gesetze bei. In ihnen spielt der Grenznutzen, der Nutzen, der durch die zuletzt konsumierte Teilmenge gestiftet wird, eine zentrale Rolle. Die Angebotsplanung der Unternehmen geht von technischen Kriterien (Produktionsfunktion und Ertragsgesetz) und von ökonomischen Kriterien (Kosten und Gewinne) aus. Zu den Erklärungen tragen Ertragsgesetz, Kostenfunktion, Erlösfunktion und Gewinnfunktion bei. Kosten sind der in Geldpreisen bewertete Verbrauch von Produktionsfaktoren. Der Erlös ist die in Geldpreisen bewertete Menge verkaufter Güter. Der Gewinn ist die positive Differenz zwischen dem Erlös (E) und den Gesamtkosten (K).

Im vorangegangenen Kapitel haben wir die Faktoren kennengelernt, die Nachfrage und Angebot bestimmen. Dabei deckten sich, wenn auch mit unterschiedlichen Wirkungsrichtungen, der Preis des Gutes, der Preis anderer Güter und das Einkommen. Spezifisch waren jeweils Faktoren, deren Quelle über die Grenzen der Ökonomie hinausgeht und die weniger einfach zu quantifizieren sind. Bei der Nachfrage sind das Bedürfnisstruktur und -intensität, beim Angebot natürliche und technische Voraussetzungen für die Produktion. Bereits in Kap. 7 wurde darauf hingewiesen, dass wir hier näher auf diese beiden Bestimmungsfaktoren eingehen werden. Wie entsteht der Einkaufsplan des Haushaltes und wie der Verkaufsplan des Unternehmens? Damit beschäftigt sich die Haushalts- und Unternehmenstheorie. Indem wir hier deren wichtigsten Aussagen zusammenfassen, bewegen wir uns weiter auf dem Boden

der Mikroökonomie. Auf der Nachfrageseite sollen die nutzentheoretische Erklärung der Güternachfrage durch die GOSSENschen Gesetze stehen. Auf der Angebotsseite betrachten wir die Erklärung der Kombination von Produktionsfaktoren durch Produktionsfunktion und Ertragsgesetz sowie Kernaussagen der Kosten- und Gewinntheorie.

---

## 8.1 Nutzentheorie und Güternachfrage

### 8.1.1 Nutzen

Abschn. 7.1 des vorangegangenen Kapitels hat herausgestellt, welche Bestimmungsfaktoren in welche Richtung auf die Nachfrage einwirken und am Ende zu einer fallenden Nachfragekurve führen. Bis auf den Hinweis auf die Unterstellung, dass alle Akteure nach dem ökonomischen Prinzip handeln, haben wir die Frage nach dem „Warum“ aber offen gelassen. Warum reagiert die Nachfrage auf Veränderungen ihrer Bestimmungsfaktoren so und nicht anders?

Folgt ein Haushalt dem ökonomischen Prinzip, so wird er mit seinen Wahlentscheidungen versuchen, den Nutzen aus dem Konsum der nachgefragten Güter zu maximieren.

► **Nutzen** ist das Maß an Befriedigung, das ein Gut auf dem Weg seines Konsums stiftet.

Was aber ist dieses „Maß“? Kann man Befriedigung irgendwelcher Art in Zahlen fassen? Gibt es Gesetzmäßigkeiten beim Verteilen von Präferenzen, und sind diese numerisch bewertbar? Natürlich stößt hier jede Wissenschaft an ihre Grenzen. Dennoch sind es die wichtigsten Versuche, die es hierbei gibt wert, näher vorgestellt zu werden.

Das klassische Beispiel ist die **Grenznutzen-Analyse**. Ihr praktischer Aussagewert ist, das sei vorweggenommen, äußerst gering. Dennoch stellt sie eine interessante Verbindung zwischen subjektiven Größen wie Nutzen, Bedürfnisbefriedigung oder Bedürfnisstruktur auf der einen und ökonomisch-mathematischer Modellierung auf der anderen Seite dar.

Um den Begriff des Grenznutzens zu erklären, müssen wir ein Gut als aus mehreren Mengeneinheiten bestehend oder in diese teilbar betrachten. Ist ein Gut teilbar, dann ist es auch sein Konsum.

---

#### Beispiel

Eine Torte ist ein Gut. Schneidet man sie in 12 gleiche Teile, besteht dieses Gut aus 12 Teilmengen. Es kann sowohl die gesamte Torte als auch eine beliebige Zahl ihrer Stücke (Teilmengen) gegessen (konsumiert) werden. ◀

Bleiben wir beim Tortenbeispiel, so ist der Gesamtnutzen derjenige Nutzen, den der Konsum der gesamten Torte bei dem, der sie isst, stiftet. Die Teilmengen eines anderen Gutes, auf die der Konsument zugunsten der Torte verzichtet hat, zum Beispiel eine Sa-

lami – bestehend aus 40 Scheiben -, sind der Ausdruck dieses Nutzens in Opportunitätskosten (vgl. Abschn. 2.1). Vom Gesamtnutzen zu unterscheiden ist nun der Grenznutzen.

- Der **Grenznutzen** ist der Nutzen, den die jeweils zuletzt konsumierte Teilmenge eines Gutes zu stiften vermag.

Bezieht sich der Gesamtnutzen auf den Konsum der ganzen Torte, so ist der Grenznutzen der Nutzen aus dem zwölften Stück. Bezieht sich der Gesamtnutzen auf den Konsum der halben Torte, so ist der Grenznutzen der Nutzen, den das sechste Stück stiftet.

An dieser Überlegung knüpfen die **GOSSENschen Gesetze** an. Sie gehen auf Hermann Heinrich GOSSEN (1810–1858) zurück und stellen, den empirischen Versuch der nutzentheoretischen Erklärung der Güternachfrage auf logisch-abstrakter Ebene dar.

GOSSENs Hauptwerk, „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“ entstand 1854. Wie brisant sein Anspruch ist, zeigt der Titel einer seiner zeitgenössischen Besprechungen „Die Berechnung des Glücks. Das Leben des Hermann Heinrich Gossen“. Quelle: Laufenberg (2012)

### 8.1.2 Erstes GOSSENsches Gesetz

Betrachten wir zunächst den Konsum eines Gutes, und bleiben wir bei unserem Beispiel.

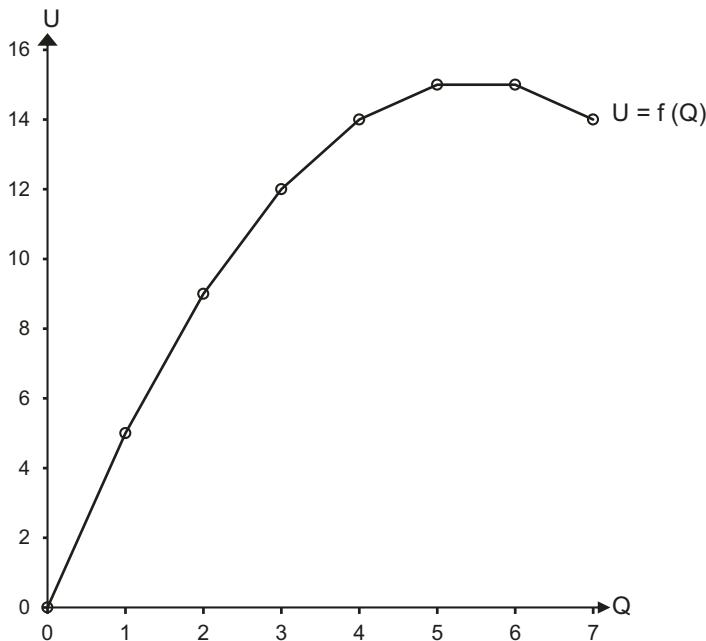
Wird die gesamte Torte Stück für Stück konsumiert, stiftet dann jedes Stück den gleichen Nutzen beim Esser? Dieser mag das erste Stück mit großem Genuss vertilgen, das zweite schon mit weniger, mit dem dritten hat er zu kämpfen, und beim vierten gibt er auf. Viele werden reklamieren, dass bei ihnen die Sättigungsmenge schon bei zwei Stück liegt.

Entscheidend ist die Aussage: Je näher die zuletzt genossene Teilmenge dem Sättigungspunkt kommt, desto weniger Nutzen stiftet sie. Hierauf bezieht sich das erste GOSSENsche Gesetz.

- **Erstes GOSSENsches Gesetz (Sättigungsgesetz):** Mit fortschreitender Verbrauchsmenge eines Gutes nimmt der Nutzen der zuletzt konsumierten Teilmenge (Grenznutzen) ab, bis er schließlich am Sättigungspunkt gleich Null ist.

**Tab. 8.1** Sättigungsgesetz

Konsumierte Teilmenge Q	Gesamtnutzen U	Grenznutzen $\Delta U$
1	5	5
2	9	4
3	12	3
4	14	2
5	15	1
6	15	0
7	14	-1



**Abb. 8.1** Sättigungsgesetz

Deutlich wird der **abnehmende Grenznutzen** in der grafischen Darstellung sichtbar. Ihr wollen wir die Werte in Tab. 8.1 voranstellen.

Überträgt man die Werte aus Tab. 8.1 in ein Koordinatensystem, so ergibt sich ein Verlauf der Grenznutzenkurve, wie er in Abb. 8.1 abgebildet ist. Deutlich wird darin der abnehmende Zuwachs des Gesamtnutzens  $U$ , je mehr Teilmengen  $Q$  verbraucht werden. Der Grenznutzen aus der zuletzt konsumierten Teilmenge beträgt bei einer Gesamtmenge von 1 noch 5. Bei einer Gesamtmenge von 5 hat er sich auf 1 verringert, trägt damit aber immer noch zur Erhöhung des Gesamtnutzens bei. Das zeigt der Verlauf der **Gesamtnutzenkurve**. Auf dem Scheitelpunkt dieser Kurve ( $Q = 5,5$ ) ist die Sättigungsgrenze erreicht. Weiter konsumierte Teilmengen sind nutzeneutral und müssten in einem Kurvenverlauf parallel zur  $Q$ -Achse münden. In unserem Modellbeispiel gehen wir sogar davon aus, dass die siebente Teilmenge nicht nur keinen Nutzen mehr, sondern, bleiben wir beim Torten-Beispiel, Übelkeit hervorruft (Grenznutzen  $-1$ ), den Gesamtnutzen abbaut und einen wieder fallenden Verlauf der Kurve verursacht.

### 8.1.3 Zweites GOSSENsches Gesetz

Wenn alle Konsumgüter uneingeschränkt zur Verfügung ständen, wäre die Rechnung einfach: Jedes Gut wird bis zu der Menge konsumiert, bei der die Sättigungsgrenze erreicht

ist. Das hieße aber, dass Bedarf und Nachfrage am Markt ohne Wahlentscheidung das Bedürfnisvolumen in vollem Umfang erreichen würden. Wir wissen aus Kap. 2, dass das nicht möglich ist.

Also stellt sich die Frage, bis zu welchem Grad welches Bedürfnis befriedigt werden soll, will man eine anteilig maximale Befriedigung der gesamten Bedürfnismenge (Nutzenmaximierung) erreichen. Wo liegt dieses Maximum? Der Antwort auf diese Frage können wir uns, zumindest theoretisch, mit Hilfe des zweiten GOSSENschen Gesetzes nähern.

► **Zweites GOSSENsches Gesetz (Grenznutzenausgleichsgesetz):** Der Gesamtnutzen aus dem Konsum aller mit den gegebenen Mitteln verfügbaren Güter ist dann am größten, wenn der Nutzen aus der jeweils zuletzt konsumierten Einheit eines jeden Gutes (Grenznutzen) gleich groß ist.

Zur Erklärung wollen wir vereinfachend annehmen, es existieren nur zwei Güter, die im Modell die gesamte Palette der Bedürfnisse befriedigen: Milch und Brot. Die Teilmenge Milch sei in Glas bemessen, die Teilmenge Brot in Scheiben. Die Beschaffung eines Glases Milch und einer Scheibe Brot kostet den Verbraucher gleichviel. So sind aus der Sicht seines Budgets verschiedene Kombinationen möglich. Er muss berücksichtigen, dass dem zusätzlichen Nutzen eines weiteren Glases Milch der entgangene Nutzen einer Scheibe Brot gegenübersteht. Tab. 8.2 stellt die Situation wieder mit angenommenen Zahlen, dar. Damit wird die in den GOSSENschen Gesetzen unterstellte Möglichkeit übernommen, dass der Nutzen, zumindest im Modell, eine quantifizierbare Größe ist, und sich somit der Nutzen verschiedener Güter addieren lässt.

Tab. 8.2 wird angenommen, dass der Verbraucher mit seinen Mitteln die Möglichkeit hat, insgesamt 5 Einheiten – gleichgültig, ob Milch oder Brot – zu konsumieren. Folgt er dem Grenznutzenausgleichsgesetz, so wird er in unserem Beispiel 4 Gläser Milch trinken und 2 Scheiben Brot essen. Der Grenznutzen aus dem vierten (letzten) Glas Milch ist ebenso gleich 3 wie der Grenznutzen aus der zweiten (letzten) Scheibe Brot. Der Gesamtnutzen beträgt

$$18(\text{Milch}) + 7(\text{Brot}) = 25$$

Aus insgesamt 6 konsumierten Einheiten lässt sich kein größerer Nutzen ziehen. Der Gesamtnutzen ist maximal. Trinkt unser Konsument ein Glas Milch weniger und isst dafür

**Tab. 8.2** Grenznutzenausgleichsgesetz I

	Milch		Brot	
Teilmenge (Glas/Scheibe)	Gesamtnutzen U	Grenznutzen $\Delta U$	Gesamtnutzen U	Grenznutzen $\Delta U$
1	6	6	4	4
2	11	5	7	3
3	15	4	9	2
4	18	3	10	1
5	20	2	10	0

**Tab. 8.3** Grenznutzenausgleichsgesetz II

Mengenkombination		Grenznutzen		Gesamtnutzen
Milch	Brot	Milch	Brot	
5	1	2	4	$20 + 4 = 24$
<b>4</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b><math>18 + 7 = 25</math></b>
3	3	4	2	$15 + 9 = 24$
2	4	5	1	$11 + 10 = 21$
1	5	6	0	$6 + 10 = 16$

eine Scheibe Brot mehr, tauscht er einen entgangenen Nutzen von 3 gegen einen hinzukommenden Nutzen von 2. Der Gesamtnutzen wäre nur noch  $15 + 9 = 24$ .

Tab. 8.3 zeigt, dass der Gesamtnutzen umso geringer wird, je mehr die beiden Grenznutzen voneinander abweichen. Zugrunde gelegt sind wiederum die Werte aus Tab. 8.2 bei insgesamt 5 konsumierbaren Einheiten.

Wählt der Konsument die Variante aus Zeile 2 von Tab. 8.3 und entscheidet sich damit (bewusst oder unbewusst) für den höchsten Gesamtnutzen von 25, so handelt er nach dem ökonomischen Prinzip – als homo oeconomicus. Damit ist eine numerische Verbindung zu den Präferenzen der Bedürfnisbefriedigung und dem Verlauf der Nachfragekurve hergestellt. Das war unsere Ausgangsfrage.

## 8.2 Produktionsfunktion und Ertragsgesetz

### 8.2.1 Technische und ökonomische Kriterien

Während die Nachfragekurve durch das Ziel der Haushalte bestimmt wird, den Nutzen zu maximieren, folgt die Angebotskurve dem Ziel der Unternehmen, den Gewinn zu maximieren. Die Unternehmenstheorie untersucht nun, wodurch auf der Angebotsseite der Produktionsplan eines Unternehmens bestimmt wird. Vorausgesetzt wird auch hier das Handeln allein nach dem ökonomischen Prinzip.

Die Entscheidung des Unternehmens, welche Güter es in welchem Umfang produziert und auf dem Markt anbietet, ist von technischen und ökonomischen Kriterien abhängig. Technische Zusammenhänge zwischen dem Einsatz der Produktionsfaktoren (Input) und dem Güterausstoß (Output) werden in der **Produktionstheorie** untersucht. Faktoreinsatz und Produktionsertrag sind dabei technische Größen, die in Mengeneinheiten gemessen werden können.

Demgegenüber untersucht die **Kosten- und Gewinntheorie** die ökonomischen Zusammenhänge zwischen Ergebnis und Aufwand im Produktionsprozess. Entscheidend ist hier nicht die Kombination der Produktionsfaktoren (Technologie), sondern das in Geldpreisen bewertete Verhältnis von Kosten (Input) und Erlös (Output). Tab. 8.4 fasst die allgemeinen Ausgangspunkte für die Planung des Unternehmens zusammen.

Technische und ökonomische Analyse des Güterangebotes sind ein umfangreiches Gebiet der Mikroökonomie, welches in vielen Punkten die Brücke zur Betriebswirtschafts-

**Tab. 8.4** Technische und ökonomische Komponenten des Güterangebotes

Angebotsentscheidung des Unternehmens	
Technischer Aspekt	Ökonomischer Aspekt
Produktionstheorie	Kosten- und Gewinntheorie
Aufwand – Ertrag	Kosten – Erlöse
Mengeneinheiten	Geldpreise
Produktionsfunktion, Ertragsgesetz	Kostenfunktion, Erlösfunktion

lehre schlägt. Ziel soll hier sein, einige wesentliche Aussagen einfach und übersichtlich vorzustellen. In diesem Abschnitt geht es dabei zunächst um die technischen Aspekte und damit die Produktionstheorie. Abschn. 8.3 wird sich danach mit den ökonomischen Aspekten in der Kosten- und Gewinntheorie beschäftigen.

## 8.2.2 Produktionsfunktion

Im zweiten Kapitel (Gl. 2.1) wurde die Produktionsfunktion als das Verhältnis zwischen den in der Produktion eingesetzten Mengen an Produktionsfaktoren (Input) und der ausgebrachten Gütermenge (Output) charakterisiert. Wie dort soll auch hier die vereinfachende Annahme aufrechterhalten werden, dass der Output O aus einem einzigen homogenen Gut besteht. Gleichzeitig wollen wir im Interesse einer übersichtlichen Darstellung annehmen, dass es sich beim Input um den Einsatz von nur zwei (homogenen) Produktionsfaktoren  $F_1$  und  $F_2$  handelt, deren Gesamtmenge gegeben ist.

Die Frage, um die es nun geht, lautet: Wie verändert sich der Output O, wenn das Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren  $F_1$  und  $F_2$  verändert wird? Oder: Mit welchem variierenden Einsatzverhältnis an Produktionsfaktoren ist derselbe Output zu erzielen? In beiden Fällen geht es um die Kombination der Produktionsfaktoren und damit um die Produktionstechnologie. Konsequenzen aus der Beantwortung der gestellten Fragen ergeben sich zum einen für das Angebot des Unternehmens am erzeugten Gut und zum anderen für seine Nachfrage nach Produktionsfaktoren. Es kann an dieser Stelle zunächst nur vermutet werden, dass sich unter bestimmten Umständen dieselbe Menge eines Gutes sowohl mit einer großen Einsatzmenge des Faktors Arbeit und einer geringen Einsatzmenge des Faktors Kapital (Maschinen) als auch umgekehrt produzieren lässt. Logischerweise würde die Nachfrage des Unternehmens auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Kapitalmarkt entsprechend variieren. Auch für die Kostenverläufe (ökonomischer Aspekt – Abschn. 8.3) ist die Faktorkombination bei einem als gegeben betrachteten Produktionsergebnis von Bedeutung.

Die Beziehung zwischen Faktoreinsatzverhältnis und Produktionsertrag wird wesentlich durch die Stellung beeinflusst, die die Produktionsfaktoren im Produktionsprozess zueinander einnehmen. Wir unterscheiden dabei zwei grundsätzliche Möglichkeiten.

- Limitationales Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren
- Substitutionales Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren

► Bei **limitationalem Faktoreinsatzverhältnis** gibt es zur Herstellung eines bestimmten Outputs O ein und nur ein technisch effizientes Verhältnis zwischen der Einsatzmenge des Produktionsfaktors  $F_1$  und des Produktionsfaktors  $F_2$ .

„Limitational“ heißt dabei, dass die eingesetzte Menge des einen Produktionsfaktors die eingesetzte Menge des anderen Produktionsfaktors limitiert. Werden von dem anderen Produktionsfaktor weitere Mengen eingesetzt, sind sie vergeudet. Sie bewirken dann nicht die geringste Erhöhung des Outputs.

Bevor wir diesen Sachverhalt grafisch darstellen, wollen wir seine Verständlichkeit durch ein Beispiel erhöhen.

### Beispiel

Eine Bauleistung (Output O) wird mit Hilfe eines Kranes (Faktor  $F_1$  – Kapital) und eines Kranführers (Faktor  $F_2$  – Arbeit) erbracht. Ein Kran und ein Kranführer gewährleisten einen Output O von 1. Kommt allein ein Kran dazu, steht er herum. Kommt allein ein Kranführer dazu, sitzt er herum. Erst, wenn der Faktoreinsatz im gleichen Verhältnis erhöht wird, von 1:1 auf 2:2, steigt der Output O von 1 auf 2. ◀

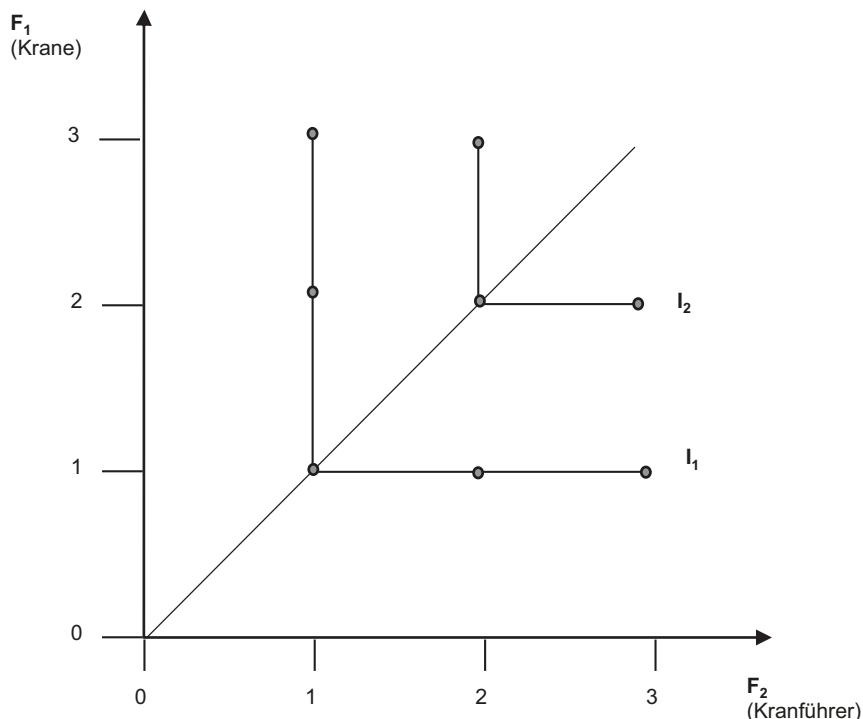


Abb. 8.2 Limitationales Faktoreinsatzverhältnis

Übertragen wir die im Beispiel dargestellte Situation in ein Koordinatensystem, so ergibt sich das in Abb. 8.2 gezeichnete Bild.

Es ist zunächst rein theoretisch möglich, die Produktionsfaktoren  $F_1$  und  $F_2$  in beliebigen Verhältnissen zu kombinieren. Alle Kombinationen führen dabei zu einem und demselben Output. Im Beispiel „Kran – Kranführer“ wird ein Output von 1 durch die Faktoreinsatzverhältnisse 3:1, 2:1, 1:1, 1:2 und 1:3 erzielt. Die Linie, die all diese Punkte miteinander verbindet, heißt Isoquante, in diesem Falle  $I_1$ . Isoquante  $I_2$  ihrerseits verbindet in Abb. 8.2 die Faktoreinsatzverhältnisse 3:2, 2:2 und 2:3, die alle zu einem Output von 2 führen.

► Eine **Isoquante** ist die Linie aller Faktorkombinationen, die zu gleichen Erträgen führen.

Der Begriff „Isoquante“ steht für „Gleiche Ertragsmenge“. „Iso“ für „gleich“ und „quante“ für Menge. Aus der Meteorologie kennen wir „Isobaren“ als Linien gleichen Luftdrucks.

Von den vielen möglichen Punkten einer Isoquante drückt bei limitationalem Faktoreinsatzverhältnis **nur einer** die aus technischer Sicht effiziente Lösung aus. Diese ist in Abb. 8.2 der Scheitelpunkt der jeweils rechtwinklig verlaufenden Isoquanten  $I_1$  und  $I_2$ . Die 45-Grad-Achse verbindet die technisch effizienten Punkte. Sie ergeben sich aus dem gleichen Faktoreinsatzverhältnis, aber aus unterschiedlichen Faktoreinsatzmengen.

Da es im Falle des limitationalen Faktoreinsatzverhältnisses nur **eine** technisch effiziente Faktorkombination gibt, ist diese gleichzeitig auch die einzige ökonomisch effiziente. Unabhängig von den Faktorkosten (Preis des Kranes, Lohn des Kranführers) kommt auch aus ökonomischer Sicht kein anderes Verhältnis als 1:1 in Frage. Der gleiche Bau ist bei einem Kranführer mit einem Kran billiger als mit zweien.

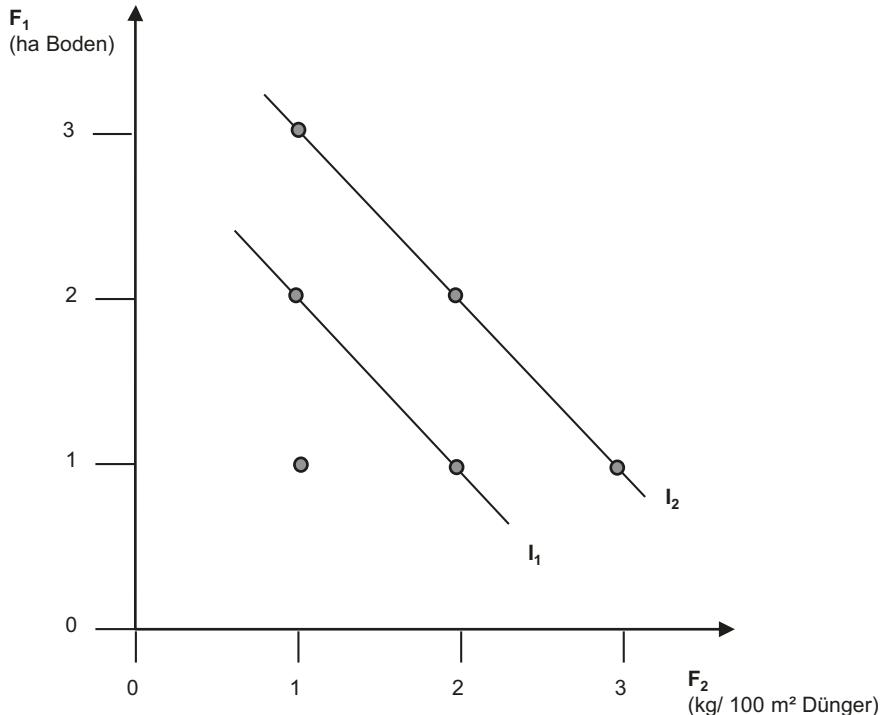
Unsere bisherige Betrachtungsweise ändert sich deutlich bei einem substitutionellen Faktoreinsatzverhältnis. Hier vermag bei der Erbringung des gleichen Outputs O ein Produktionsfaktor den anderen zu ersetzen (substituieren). In der Regel nicht vollständig, aber in bestimmten Grenzen.

► Bei **substitutionalem Faktoreinsatzverhältnis** kann ein Output O mit verschiedenen, technisch gleichermaßen effizienten, Verhältnissen zwischen der Einsatzmenge des Produktionsfaktors  $F_1$  und des Produktionsfaktors  $F_2$  erbracht werden

Auch hier soll zur Verdeutlichung ein Beispiel dienen.

### Beispiel

Eine bestimmte Menge Getreide (Output O) wird mit Hilfe des Anbaubodens (Faktor  $F_1$  – Boden) und von Düngemittel (Faktor  $F_2$  – Kapital) gewonnen. Dieselbe Menge Getreide wächst auf einer großen Fläche bei geringem Düngereinsatz ebenso wie auf einer kleineren Bodenfläche bei verstärktem Düngereinsatz. ◀



**Abb. 8.3** Substitutionales Faktoreinsatzverhältnis

Auch diese Situation wollen wir in einem Koordinatensystem darstellen. In Abb. 8.3 variiert der Einsatz von Boden zwischen 1 und 3 Hektar, der Einsatz von Düngemittel zwischen 1 und 3 kg (pro 100 m<sup>2</sup>).

Die Punkte, die die einzelnen Faktorkombinationen ausdrücken, sind in Abb. 8.3 die gleichen wie in Abb. 8.2. Der wichtigste Unterschied besteht darin, dass es bei substitutio-nalem Faktoreinsatzverhältnis nicht nur eine, sondern mehrere technisch effiziente Punkte auf einer Isoquante gibt. Die gleiche Menge Getreide kann im Falle der Isoquante I<sub>1</sub> sowohl mit 1 kg Dünger (pro 100 m<sup>2</sup>) auf 2 ha Boden als auch mit 2 kg Dünger (pro 100 m<sup>2</sup>) auf 1 ha Boden produziert werden.

Bei Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren bestehen Möglichkeit und Notwendigkeit, aus mehreren technisch effizienten Faktoreinsatzverhältnissen das ökonomisch effizienteste auszuwählen. Dazu muss man zusätzlich die Preise für die Produktionsfaktoren kennen. Mit ihrer Hilfe kann nach dem Minimalkostenprinzip eine bestimmte Gütermenge mit der kostengünstigsten Variante erzeugt werden. Womit wir aber schon der Kosten- und Gewinntheorie vorgreifen.

Abschließend sei noch auf eine in Abb. 8.3 vorgenommene Vereinfachung hingewiesen. Die Isoquanten I<sub>1</sub> und I<sub>2</sub> nehmen hier einen linearen Verlauf. Das setzt voraus, dass bei Produktion einer konstanten Getreidemenge jede Einheit Boden durch eine Einheit Düng-

ger (oder umgekehrt) zu ersetzen ist. Am Ende kämen im Schnittpunkt der Isoquanten mit den beiden Achsen Faktorkombinationen zustande, bei denen zum Beispiel ganz ohne Boden und mit sehr viel Dünger Getreide wachsen würde. Deshalb kommt es in Abb. 8.3 nicht bis zum Schnittpunkt. Auch substitutionale Produktionsfaktoren können sich oft nur bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Je mehr von einem Faktor zugesetzt wird, eine umso kleinere Menge des anderen kann er in der Regel ersetzen. In solchen Fällen würden im Koordinatensystem gekrümmte fallende Isoquanten entstehen, die sich asymptotisch den Achsen nähern, ohne sie zu berühren.

### 8.2.3 Ertragsgesetz

Bisher haben wir den Output als konstant gegeben unterstellt. Diese Annahme wollen wir jetzt fallen lassen. Die Frage lautet: Welche Beziehungen bestehen zwischen Faktoreinsatzverhältnis und Produktionsertrag, wenn wir Substitutionalität unterstellen und einen der beiden Produktionsfaktoren als konstant setzen?

Das Verhältnis zwischen der Veränderung im Einsatz eines (variablen) Produktionsfaktors und dem Produktionsertrag wird im Ertragsgesetz ausgedrückt. Das Ertragsgesetz wurde ursprünglich vom Physiokraten TURGOT (vgl. Kap. 1) für die landwirtschaftliche Produktion formuliert und durch Johann Heinrich von THÜNEN (1783–1850) weiterentwickelt.

Der Erklärung des Ertragsgesetzes soll die Unterscheidung dreier Begriffe voranstellen werden:

- Der **Gesamtertrag** ( $O$ ) ist bei zunehmendem Einsatz des variablen Produktionsfaktors der Ertrag aus der Gesamtheit der eingesetzten Faktormengen.
- Der **Grenzertrag** ( $\Delta O$ ) ist der Ertragszuwachs, der der letzten eingesetzten Faktormenge entspringt.
- Der **Durchschnittsertrag** ( $O/n$ ) ist der durchschnittliche Ertrag aus einer eingesetzten Einheit des variablen Produktionsfaktors. Er ergibt sich als Quotient aus dem Gesamtertrag und der insgesamt eingesetzten Menge des variablen Produktionsfaktors.

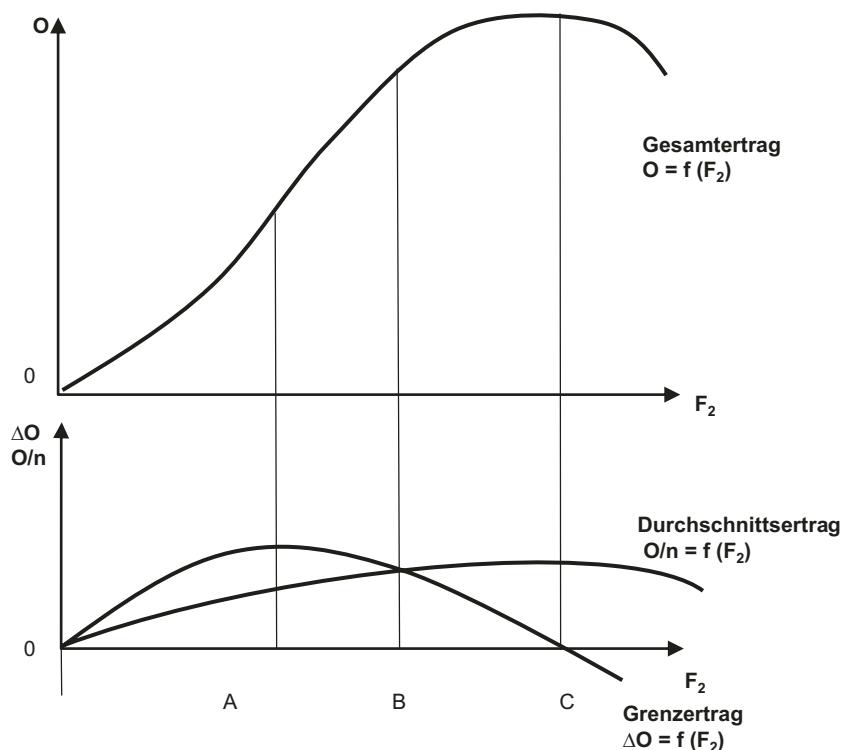
► Das **Ertragsgesetz** besagt, dass bei Erhöhung des Einsatzes eines variablen Produktionsfaktors und bei Konstanz des (der) anderen die Grenzerträge zunächst zunehmen und der Gesamtertrag überproportional steigt. Nach Überschreitung eines bestimmten Punktes nehmen die Grenzerträge ab, und der Gesamtertrag steigt unterproportional.

Aufgrund seines Inhalts ist das Ertragsgesetz auch unter den Namen „Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs“, „Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag“ oder (mit Blick auf den ursprünglichen landwirtschaftlichen Bezug) als „Bodenertragsgesetz“ bekannt.

Wir wollen wieder auf unser Beispiel des Einsatzes der Produktionsfaktoren Boden und Kapital (Düngemittel) zurückkommen. Wenngleich die im Modell illustrierten Zu-

**Tab. 8.5** Ertragsgesetz

Einheiten Düngemittel n	Gesamtertrag Getreide O	Grenzertrag Getreide $\Delta O$	Durchschnittsertrag Getreide $O/n$
1	20	20	20,0
2	45	25	22,5
3	80	35	26,7
4	130	50	32,5
5	150	20	30,0
6	155	5	25,8
7	145	-10	20,7

**Abb. 8.4** Ertragsgesetz

sammenhänge auch auf beliebige andere Produktionen mit substitutivem Faktorverhältnis zutreffen.

Tab. 8.5 enthält angenommene Ertragswerte, wie sie sich bei konstanter Einsatzmenge des Faktors  $F_1$  (Boden) und bei zunehmender Einsatzmenge des Faktors  $F_2$  (Kapital/Düngemittel) ergeben.

Noch deutlicher als im Zahlenbeispiel wird das Ertragsgesetz, wenn wir die Ertragskurven in Abb. 8.4 betrachten. Im Koordinatensystem werden auf der senkrechten Ordinate die Werte für den Gesamtertrag (oben) sowie die Werte für den Grenzertrag und den Durchschnittsertrag (unten) abgetragen. Auf der horizontalen Abszisse finden wir die Faktoreinsatzmengen. Abb. 8.4 zeigt für das Ertragsgesetz typische Kurvenverläufe.

Der zunehmende Einsatz des variablen Produktionsfaktors  $F_2$  lässt sich in 4 verschiedene Phasen einteilen. In ihnen weist die Ertragskurve spezifische Merkmale auf.

- **Erste Phase (0–A):** Der Gesamtertrag steigt mit zunehmendem Einsatz des variablen Produktionsfaktors überproportional. Die Grenzerträge steigen. Das heißt, jede neue Einsatzmenge des variablen Faktors bewirkt einen größeren Ertragszuwachs als die vorangegangene. Die Grenzerträge liegen in dieser Phase über den Durchschnittserträgen, in die ja stets die niedrigeren Ertragszuwächse aus vorherigen Teilmengen von  $F_2$  mit eingehen. Das Maximum der Grenzerträge liegt dort, wo sich die Gesamtertragskurve von überproportionaler Steigerung zu unterproportionaler Steigerung wendet – in Punkt A.
- **Zweite Phase (A–B):** Der Gesamtertrag steigt weiter, aber jetzt unterproportional. Mit jeder neuen Teilmenge des variablen Produktionsfaktors wird ein kleinerer Ertragszuwachs erzielt. Die Gesamtnutzenkurve steigt weiter, dreht aber, bildlich gesprochen, von „stolz“ auf „gebückt“. Die Grenzertragskurve fällt. Dennoch steigen die Durchschnittserträge vorerst noch an. Im Punkt B schneiden sich die Kurve des Grenzertrags und die Kurve des Durchschnittsertrags. Die Durchschnittserträge, die bis dahin von den überdurchschnittlichen ersten Teilmengen profitierten, erreichen in diesem Punkt ihr Maximum.
- **Dritte Phase (B–C):** Die Gesamterträge steigen noch immer – jetzt aber nicht nur bei zurückgehenden Grenzerträgen, sondern auch bei sinkenden Durchschnittserträgen. Dass jede neue Einsatzmenge des variablen Produktionsfaktors überhaupt noch zu einem (wenn auch immer geringeren) Ertragszuwachs führt, korrespondiert mit Grenzerträgen noch über Null. Sie werden hier schon immer kleiner als die Durchschnittserträge.
- **Vierte Phase ( $F_2 > C$ ):** Der Gesamtertrag geht zurück. Der Sättigungspunkt ist überschritten. Der Grenzertrag ist eine negative Größe. Jede weiter eingesetzte Menge des variablen Produktionsfaktors schadet dem Ertrag mehr, als sie nützt. Um bei unserem Getreide-Beispiel zu bleiben: Der Boden wird überdüngt.

---

## 8.3 Kosten und Gewinne

Bisher ging es um die mengenmäßige Seite der Produktionstheorie – um Faktoreinsatzmengen und Faktorertragsmengen. Damit sind wichtige technische und technologische Prämissen für Produktionsentscheidungen von Unternehmen gesetzt. Dass Unternehmen tendenziell nach den erklärten Gesetzmäßigkeiten handeln, heißt nicht, dass in der Praxis

bei jeder realen Entscheidung die Kurve befragt wird. Zumal zur Erklärung des Güterangebotes diese technisch-technologische Seite nicht ausreicht. Die Produktionsplanung von Unternehmen folgt neben dieser, und das vor allem, **ökonomischen** Erwägungen. Das erfordert, nicht nur die Mengen, sondern auch die zu ihnen gehörenden Preise zu berücksichtigen.

Aus der makroökonomischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Kap. 4) kennen wir den Zusammenhang zwischen Menge, Preisniveau und Wert. Auf die hier betrachtete einzelwirtschaftliche Ebene gespiegelt, ergibt sich ein analoges Verhältnis:

- **Wert = Menge x Preis/Mengeneinheit**

Indem wir die Mengeneinheiten mit Geldpreisen bewerten, werden aus Aufwand **Kosten** und aus Erträgen **Erlöse**. Die Relation zwischen Erlösen und Kosten entscheidet über den **Gewinn**. Unter diesem Abschnitt setzen wir das bisher mengenmäßige Herangehen der Produktionstheorie mit dem wertmäßigen Herangehen der Kosten- und Gewinntheorie fort.

### 8.3.1 Kosten

Durch den Ausdruck der eingesetzten Produktionsfaktoren in Geldpreisen kann Ungleiches auf ein einheitliches Maß gebracht werden. Hektar Boden, Kilogramm Dünger oder Tonnen Getreide werden alle zu Geldpreisen – zu Euro. Sie lassen sich ebenso addieren oder subtrahieren wie Eier, Milch, Kranführer oder Blockflöten. Um bei den Kosten zu bleiben: Der Ausdruck in Geldeinheiten ermöglicht es, Bodenkosten (Grundrente), Arbeitskosten (Lohn) und Kapitalkosten (Zins) zusammenzufassen.

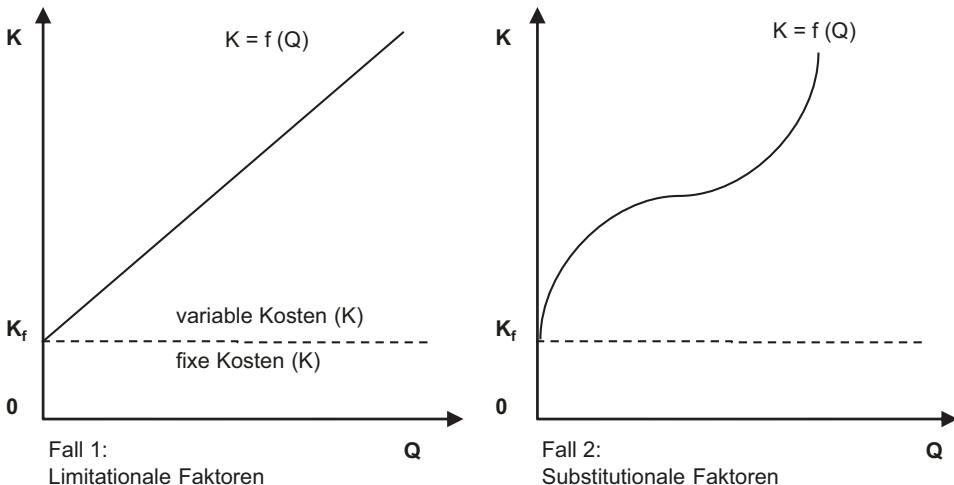
- **Kosten** sind der in Geldpreisen bewertete Verbrauch an Produktionsfaktoren.

In der Produktionstheorie wird der Zusammenhang von Input und Output derart dargestellt, dass sich der Faktorertrag in Abhängigkeit von den eingesetzten Faktormengen verändert.

Jetzt wollen wir Ursache und Wirkung vertauschen. Die Frage heißt: Wie verändern sich die in Geldpreisen bewerteten Faktoreinsatzmengen (Kosten), wenn die erbrachte Produktionsmenge variiert? Der Output ist die unabhängige, der Input die abhängige Variable. Diese Verknüpfung wird durch die Kostenfunktion ausgedrückt.

- Die **Kostenfunktion** zeigt die Ursache-Wirkung-Beziehung zwischen der Produktionsmenge und den für sie erforderlichen Faktorkosten.

Aus der Sicht der Produktionsplanung verdeutlicht die Kostenfunktion, wie die Entwicklung der Kosten ( $K$ ) verläuft, wenn sich die produzierte Menge ( $Q$ ) eines Gutes verändert. Mathematisch ausgedrückt, gilt für diese Beziehung die Funktionsgleichung

**Abb. 8.5** Gesamtkostenkurve

$$K = f(Q) \quad (8.1)$$

Um dem Zusammenhang zwischen Produktionsmenge und Kosten auf den Grund zu gehen, macht sich die Verständigung zu bestimmten Kostenbegriffen erforderlich.

- **Fixe Kosten** sind Kosten, die für den Ablauf der Produktion erforderlich sind, jedoch unabhängig von der produzierten Menge anfallen.
- **Variable Kosten** sind diejenigen Kosten, die sich in Abhängigkeit von der Produktionsmenge verändern.
- **Gesamtkosten** sind die Summe aller fixen und variablen Kosten.
- **Stückkosten** sind die durchschnittlichen Kosten pro produzierter Mengeneinheit. Sie ergeben sich als Quotient aus Gesamtkosten und produzierter Menge.

Abb. 8.5 zeigt den Zusammenhang von Produktionsmenge und **Gesamtkosten** als Kostenkurve.

Stehen die Produktionsfaktoren in einem limitationalen Einsatzverhältnis, ist der Verlauf der Kostenkurve in Abb. 8.5 linear steigend (Fall 1). Im substitutionalen Einsatzverhältnis (Fall 2) steigen die Gesamtkosten erst immer langsamer (abnehmende Grenzkosten) und von einer bestimmten Produktionsmenge an wieder schneller (zunehmende Grenzkosten). Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang an das substitutionale Faktoreinsatzverhältnis im Ertragsgesetz (Abb. 8.4). Deren wellenförmige Krümmung ist genau entgegengesetzt. Wenn wir Kostenkurve und Ertragskurve an einer  $45^\circ$  – Achse spiegeln würden, ergäbe sich ein symmetrisches Bild.

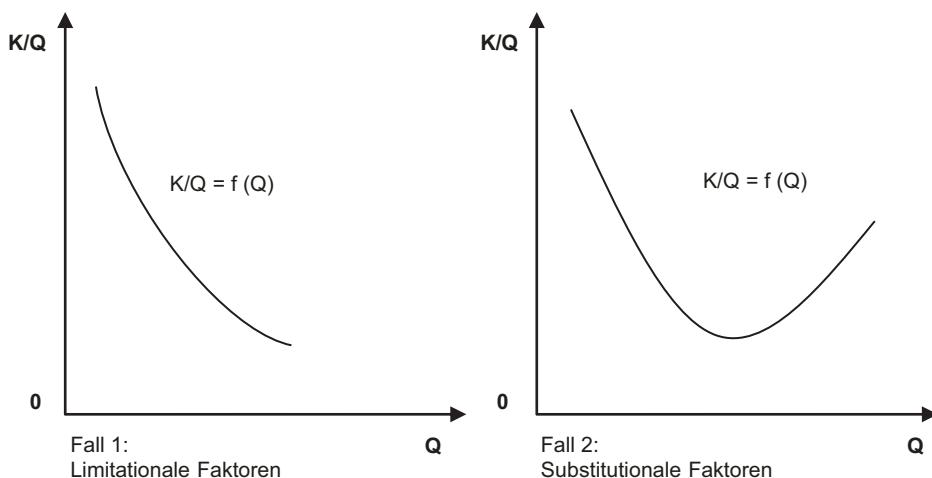
Den Sockel für die Gesamtkosten bilden in jedem der beiden Fälle die fixen Kosten. Gesamtkosten würden in jedem Falle in einer Höhe  $K_f$  entstehen – selbst dann, wenn für

eine bestimmte Zeit gar nicht produziert würde. Es müssten Gehälter für unbefristet Beschäftigte, Mieten, Leasinggebühren, Gebäudereinigung, Softwarelizenzen oder Abschreibungen finanziert werden.

Zu den fixen Kosten kommen in dem Maße, wie die produzierte Menge steigt, variable Kosten hinzu. Ist die Auflage einer Zeitung gleich Null, so sind es auch Aufwand an Papier und damit die Materialkosten. Mit wachsender Auflage steigen die Kosten für das insgesamt zu bedruckende Papier. Steht dabei die Papiermenge in einem festen Einsatzverhältnis zu den anderen Produktionsfaktoren, ergibt sich eine lineare Kostenfunktion wie in Abb. 8.5 (Fall 1). Vollzieht eine Redaktion den Weg ihrer Zeitung von „analog“ zu „online“, so finden wir die bereits als geschwungen beschriebene Gesamtkostenkurve in Abb. 8.5 (Fall 2) für substitutionelle Faktorenkombination (Internet statt Papier) vor.

Wie reagieren nach den Gesamtkosten nun die **Stückkosten** auf eine Erhöhung der Produktionsmenge? Eine Antwort hierauf lässt sich aus Abb. 8.5 nur indirekt finden. Die Stückkosten vereinigen in sich sowohl die durchschnittlichen fixen Kosten pro Stück als auch die durchschnittlichen variablen Kosten pro Stück. Da die fixen Kosten bei Erhöhung der Produktionsmenge unverändert bleiben, verteilen sie sich, je größer der Output, auf immer mehr Stücke des produzierten Gutes. Ihr Anteil an den Stückkosten sinkt. Damit sinken auch die Stückkosten selbst. Abb. 8.6 zeigt, dass sich dieser Sachverhalt in einem gekrümmten Verlauf der Stückkostenkurve  $K/Q$  widerspiegelt. Bei einem limitationalen Faktoreinsatzverhältnis (Fall 1) sinken die Stückkosten bis zur Kapazitätsgrenze. Bei substitutionalem Faktoreinsatzverhältnis (Fall 2) steigen sie nach einem Betriebspunkt wieder an.

Es leuchtet mit Blick auf Abb. 8.6 ein, dass ein Unternehmen an einer bestimmten Produktionsgröße interessiert sein muss. Im Fall 1 setzt eine natürliche Grenze die auslastbare Produktionskapazität. Im Fall 2 ist die gewollte Grenze das Betriebspunktum, sofern



**Abb. 8.6** Stückkostenkurve

**Tab. 8.6** Kostenverläufe im Überblick

	Limitationale Faktoren (Fall 1)	Substitutionale Faktoren (Fall 2)
Gesamtkosten	linear steigend	steigend – erst unter, dann über Durchschnitt
Stückkosten	fallend	erst fallend, dann steigend
Grenzkosten	gleichbleibend	erst fallend, dann steigend

es unter der Kapazitätsgrenze liegt. Das Verhalten der fixen Kosten bei Produktionssteigerung führt aber, da weiter konstant, zunächst in jedem Falle dazu, dass mit zunehmender Kapazitätsauslastung die Stückkosten abnehmen. Wir sprechen hierbei von Kostendegression.

Einen zusammenfassenden Überblick über den Verlauf aller Kostenformen bei limitationalem Faktoreinsatzverhältnis (Fall 1) und bei substitutionalem Faktoreinsatzverhältnis (Fall 2) gewährt Tab. 8.6.

Da bei wachsender Produktion die Stückkosten ab einer größeren Menge sinken, liegt der Vorteil nahe, wenn man die Kapazitätsgrenze möglichst weit hinausschiebt. Dass sich die Fixkosten bei hoher Produktionsmenge auf mehr Güter verteilen als bei geringer, führt zum **Gesetz der Massenproduktion**. Es wurde von Karl Wilhelm BÜCHER (1847–1930) formuliert und erfuhr durch die Entwicklung von Großunternehmen seine Bestätigung. Oft wird mit dem Gesetz der Massenproduktion auch die Unterlegenheit kleiner gegen große Wettbewerber und die begrenzte Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern im Polypol begründet.

### Beispiel

Das Gesetz der Massenproduktion wird oft am produzierenden Gewerbe erklärt, lässt sich aber genauso an Beispielen aus dem Einzelhandel illustrieren. Oft dient es als Erklärung dafür, dass kleine Tante-Emma-Läden großen Handelsketten unterlegen sind und im Stadtbild Platz machen müssen. Alle anderen Bedingungen als gleich unterstellt, haben kleinere Läden mit kleinen Absatzmengen höhere Fixkosten pro Stück als Anbieter mit höherem Umsatz. Mit entsprechenden Nachteilen im Preiswettbewerb. Mit zunehmender Digitalisierung kämpfen die stationären Handelsketten ihrerseits gegen noch größere Online-Anbieter um ihre Existenz. Nicht erst seit den Corona-Lockdowns, wohl aber verstärkt durch diese. ◀

### 8.3.2 Erlösfunktion und Gewinn

Wir haben zurückliegend den Schritt von der Mengenbetrachtung zur Kostenbetrachtung bei den Produktionsfaktoren gemacht und deren Abhängigkeit vom Output ( $O$ ) gezeigt. Dieser war aber immer noch die produzierte Menge. Jetzt wollen wir konsequenterweise auch die Faktorertragsmenge zu Geldpreisen bewerten. Damit gelangen wir von Erträgen zu Erlösen.

- Der **Erlös** ist die in Geldpreisen bewertete Menge verkaufter Güter.

Die neue Frage besteht darin, wie sich der Erlös bei Variation der produzierten Menge eines Gutes verändert.

$$E = f(Q) \quad (8.2)$$

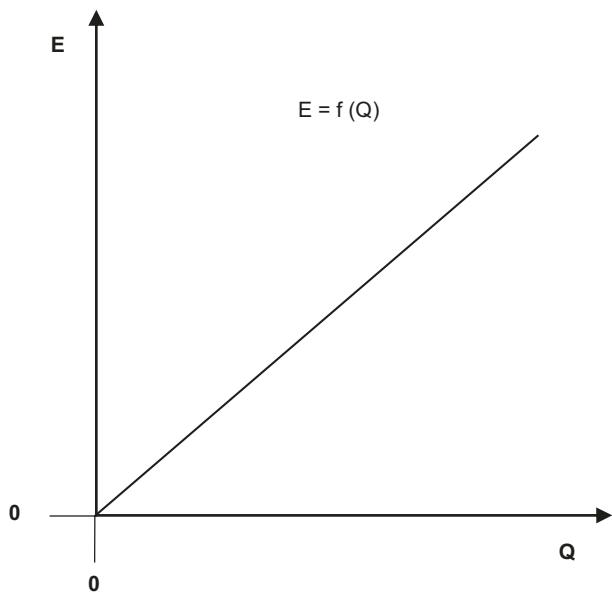
Zu Beginn dieses Abschnitts haben wir nach den Gründen für Entscheidungen von Unternehmen gefragt, in welcher Menge ein Gut produziert und angeboten wird. Die allgemeine Antwort mit der Gewinnmaximierung als dem einzelwirtschaftlichen Ziel von Unternehmen wollen wir nun präzisieren. Dazu ist es erforderlich, den Verlauf von Kosten und Erlösen miteinander zu verbinden.

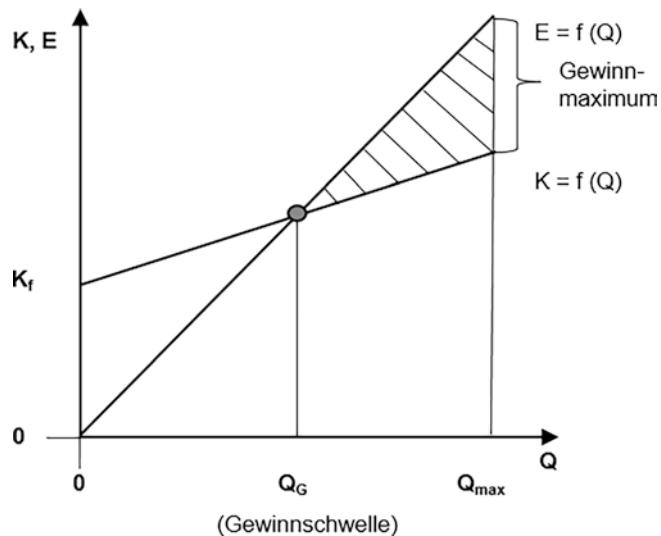
- Der **Gewinn** ist die positive Differenz zwischen dem Erlös (E) und den Gesamtkosten (K).

Da sowohl Erlös als auch Kosten Funktionen der Produktionsmenge sind, ist es folglich auch der Gewinn. Bevor wir aber die Beziehung des Gewinns zur produzierten und verkauften Menge darstellen, muss der Verlauf der Erlösfunktion geklärt werden. Gehen wir davon aus, dass der Preis jedes Stücks eines Gutes gleich ist, ergibt sich die linear steigende Erlöskurve in Abb. 8.7.

Der lineare Verlauf der Erlösfunktion bedeutet auch: Der Grenzerlös ist konstant und seine Höhe ist gleich dem Preis für jede Teilmenge des verkauften Gutes. Dabei macht es

**Abb. 8.7** Erlösfunktion



**Abb. 8.8** Gewinnmaximum I

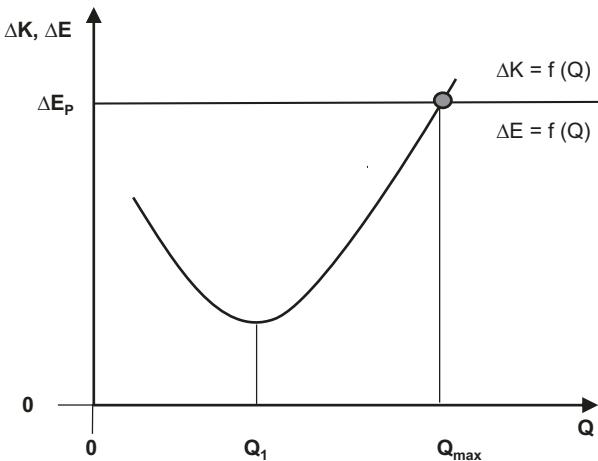
keinen Unterschied, ob es sich um die letzte, vorletzte, zweite oder erste Teilmenge handelt.

Nachdem wir den Verlauf der Kostenkurve und den Verlauf der Erlöskurve bei zunehmender Produktionsmenge kennen, ist es möglich, uns näher dem Gewinn zuzuwenden. Es gilt, diejenige Produktionsmenge zu bestimmen, in der der Gewinn das Maximum erreicht. Wir fragen nach dem **Gewinnmaximum** – die Gretchenfrage der Unternehmenstheorie.

Es erscheint sinnvoll, auch bei der Suche nach der gewinnmaximalen Produktionsmenge zwischen limitationalem und substitutionalem Faktoreinsatzverhältnis zu unterscheiden. Schauen wir zuerst auf das Gewinnmaximum bei limitationalem Faktoreinsatzverhältnis (Fall 1). Abb. 8.8 verknüpft den Verlauf der Gesamtkostenkurve mit dem Verlauf der Erlöskurve.

Bei einer Produktionsmenge von Null ist der Erlös ebenfalls gleich Null. Es fallen trotzdem Kosten (Fixkosten) in Höhe von  $K_f$  an. Der Gewinn beträgt ( $-K_f$ ) oder anders ausgedrückt: Das Unternehmen weist einen Verlust in Höhe von  $K_f$  aus. Mit steigender Produktionsmenge verringert sich der Vorsprung der Kosten vor dem Erlös – der Verlust verringert sich. Bei der Produktionsmenge  $Q_G$  sind Erlös und Gesamtkosten gleich hoch. Gewinn oder Verlust sind gleich Null. Dieser Punkt heißt **Gewinnschwelle**. Das Unternehmen arbeitet in diesem Status „kostendeckend“. Den Bereich knapp unter oder knapp über diesem Punkt kennen wir umgangssprachlich als rote oder schwarze Null. Mit jeder weiteren produzierten und verkauften Mengeneinheit steigt die positive Differenz zwischen Erlös und Gesamtkosten. Eine unendliche Ausweitung des Gewinns wird durch das Erreichen der Kapazitätsgrenze bei der Produktionsmenge  $Q_{\max}$  verhindert.

Das **Gewinnmaximum** bei einem limitationalen Faktoreinsatzverhältnis liegt bei der Menge  $Q_{\max}$ , die durch die Kapazitätsgrenze des Unternehmens bestimmt wird.

**Abb. 8.9** Gewinnmaximum II

Wer hier die ebenfalls begrenzende Wirkung von Marktnachfrage und Wettbewerb vermisst, muss die logische und zeitliche Abfolge beachten. Wir betrachten hier die einzelwirtschaftliche Planung eines Unternehmens dazu, was es in welcher Menge produziert. Und zwar, bevor es damit auf dem Markt erscheint. Aus den Kap. 6 und 7 wissen wir, dass sich Unternehmen und Haushalte mit ihren individuellen Plänen (als nächsten Schritt) auf den Markt begeben und erst dort mit allen externen Faktoren (Wettbewerber auf der eigenen Seite, Nachfrager auf der anderen) in koordinierende Berührung gelangen.

Wie verhält sich nun das Gewinnmaximum bei einem substitutionellen Faktoreinsatzverhältnis, also bei einem Kostenverlauf nach Ertragsgesetz? Zur Erklärung wollen wir die Entwicklung von Grenzkosten und Grenzerlösen bei steigender Produktion zu betrachten.

Aus Abb. 8.6 und Tab. 8.6 wissen wir, dass die Grenzkosten  $\Delta K$  (wie auch Stückkosten) bei zunehmender Produktionsmenge erst fallen und dann steigen. Der Grenzerlös  $\Delta E$  ist identisch mit dem Verkaufspreis einer Mengeneinheit  $\Delta E_p$  und daher konstant und als Kurve parallel zur Mengenachse verlaufen. Abb. 8.9 verbindet beide Kurven.

Solange die produzierte Menge unter der Menge  $Q_{max}$  liegt, wird mit jeder neuen Teilmenge ein Grenzerlös  $\Delta E$  erzielt. Dieser ist größer als die dafür zusätzlich entstehenden Grenzkosten  $\Delta K$ . Damit leistet bei substitutionalem Faktoreinsatzverhältnis jede neue Teilmenge einen positiven Beitrag zum Gesamtgewinn. Dieser Beitrag wird zwar von  $Q_1$  an zunehmend geringer, erhöht aber den Gesamtgewinn noch immer. Im Schnittpunkt der Grenzkostenkurve und der Grenzerlöskurve wird mit der letzten zugesetzten Kosteneinheit gerade noch der Erlös erzielt, der sie deckt. Grenzkosten und Grenzerlös sind in diesem Schnittpunkt, zu dem die produzierte Menge  $Q_{max}$  gehört, gleich. Jede Menge über  $Q_{max}$  bedeutet: Ein Teil des Gesamtgewinns wird damit vergeudet, den Verlust aus jeder weiteren Teilmenge rechts von  $Q_{max}$  zu speisen.

- Das **Gewinnmaximum** bei substitutionalem Faktoreinsatzverhältnis liegt bei derjenigen Menge, bei der Grenzerlös und Grenzkosten gleich groß sind.

### Exkurs

In Kap. 5 und 7 wurde bereits das Verhältnis von lungenreinen Marktmodellen und staatlichen Rahmenbedingungen für politisch-strategisch erforderliche Entwicklungen thematisiert. Der Staat mit seiner Wirtschaftspolitik darf grundsätzlich ökonomisch orientiertes Handeln der Unternehmen nicht verhindern, sondern muss es fördern. Er darf sich aber auch nicht auf der Unfehlbarkeit von Produktionsfunktion und Ertragsgesetz ausruhen. Die in diesem Kapitel vorgestellte Unternehmenstheorie erklärt Produktions- und Angebotsentscheidungen ausschließlich und bekennend aus ökonomischen Modellen und Erwägungen. Möglicherweise würde aus ihnen heraus die notwendige Ablösung von Kohle durch Windkraft oder der plötzlich notwendige Aufbau von Kapazitäten für die Corona-Impfstoffentwicklung und -produktion nicht erklärt werden können und im gewünschten Maß und Tempo erfolgen. Kap. 14 wird darauf eingehen, wie staatliche Wirtschaftspolitik einerseits solchen außerordentlichen Handlungsbedarf früh erkennen und konsequent begleiten muss. Und wie solche „Starthilfen“ mittelfristig in Eigendynamik der Marktkräfte umschlagen müssen, in der unternehmenstheoretische Modelle und Mechanismen aus sich selbst heraus zu den gesamtwirtschaftlich und global erforderlichen Handlungsweisen führen.

#### I. Themenprägende Begriffe

- Nutzen
- Grenznutzen
- GOSSENsche Gesetze
- limitationale und substitutionale Faktorkombination
- Produktionsfunktion
- Ertragsgesetz
- Grenzertrag, Gesamtertrag, Durchschnittsertrag
- Kosten
- Grenzkosten, Gesamtkosten, Stückkosten
- Kostenfunktion
- Erlös
- Erlösfunktion
- Gewinn
- Gewinnmaximum

#### II. Fragen zur Überprüfung

- Was sind Gegenstand und Ziel der Grenznutzenanalyse?
- Wie trägt der Grenznutzen zur Erklärung des Verhaltens von Nachfragern bei?
- Auf welche Grenzen stößt die nutzentheoretische Erklärung der Güternachfrage?
- Nach welchen Kriterien entscheiden Unternehmen über ihren Angebotsplan?
- Worin unterscheiden sich limitationale und substitutionale Faktorkombination?
- Wie verhalten sich Gesamtertrag, Grenzertrag und Durchschnittsertrag bei wachsender Produktionsmenge?
- In welchen Einheiten werden Aufwand und Ertrag sowie Kosten und Erlös gemessen?

- In welchem Verhältnis stehen Kosten, Erlös und Gewinn?
- Wie bestimmt sich das Gewinnmaximum bei limitationalem Faktoreinsatzverhältnis?
- Wie bestimmt sich das Gewinnmaximum bei substitutionalem Faktoreinsatzverhältnis?

---

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Gossen, H.H. (1987) *Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs, und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln*, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen. Erstaufage: Braunschweig: Friedrich Viehweg & Sohn (1854)
- Laufenberg, W. (2012) *Die Berechnung des Glücks. Das Leben des Hermann Heinrich Gossen*, München: SALON Literaturverlag

### Weiterführende Literaturempfehlungen

- Löchel, H. (2003) *Mikroökonomik*, Wiesbaden: Gabler Verlag
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 199–231
- Schumann, J., Meyer, U., Ströbele, W. (2011) *Grundzüge der mikroökonomischen Theorie*, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 91–158



# Gesamtwirtschaftliche Ziele

9

## Zusammenfassung

Die gesamtwirtschaftlichen Ziele werden bildhaft als „magisches Viereck“ dargestellt. Zu ihnen gehören Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Hinzu kommen beim magischen Sechseck die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Gemessen werden die Geldwertstabilität an der Inflationsrate, das Wirtschaftswachstum an der jährlichen Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts, die (Voll)Beschäftigung an der Erwerbslosenquote oder der Arbeitslosenquote und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht am Verhältnis des Export-Import-Saldos (Außenbeitrag) zum Bruttoinlandsprodukt. Gesetzliche Grundlage der Gleichgewichtspolitik in Deutschland ist das Stabilitätsgesetz von 1967. Ausdruck der wissenschaftlichen und politischen Begleitung einer stabilen Wirtschaft sind in Deutschland die Jahresgutachten des Sachverständigenrates für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung.

Wir haben in diesem Buch bisher nach einführenden Themen und kleinen, als Sockel wichtigen, Ausflügen in die Makroökonomie (z. B. Wirtschaftskreislauf oder volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) vor allem die zentralen Themen der Mikroökonomie behandelt. Ihr Gegenstand sind Einzelwirtschaften. Die Ergebnisse deren Handelns sind gesamtwirtschaftlich aggregierbar. Zentrale Kategorien der Mikroökonomie, wie wir sie aus den Kap. 6, 7 und 8 kennen, sind Markt, Wettbewerb, Nachfrage, Angebot, Preis, Nachfrageplanung der Haushalte und Angebotsplanung der Unternehmen.

Mit diesem Kapitel kehren wir zurück auf die makroökonomische Ebene, betrachten die Gesamtwirtschaft mit ihren Bestandteilen, Triebkräften und Entwicklungen. Im Mittelpunkt steht nicht mehr die Produktion eines Unternehmens, sondern gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Nicht mehr der Preis eines Gutes, sondern das Preisniveau der Volkswirtschaft. Wir begegnen neuen Begriffen wie Wachstum, Konjunktur, Inflation, Beschäftigung, Zahlungsbilanz, Wechselkurs und gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht. Es wird deutlich werden, dass diese makroökonomischen Größen in besonders engem Zusammenhang zur Wirtschaftspolitik stehen. Teilweise werden in der volkswirtschaftlichen Literatur Makroökonomie und Wirtschaftspolitik als eigenständige Gegenstände behandelt. Wir wollen hier jedem makroökonomischen Thema die jeweiligen Komponenten der Wirtschaftspolitik zuordnen. Ziel ist, damit die enge Verknüpfung beider Seiten sichtbar machen zu können. Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik, Geldtheorie und Geldpolitik. Außenwirtschaftstheorie und Außenwirtschaftspolitik werden in den folgenden Kapiteln in dieser Verknüpfung auftreten.

Will man etwas über den Zustand eines Unternehmens wissen, so schaut man in dessen Jahresabschlüsse. Ein Wirtschaftsprüfer erkennt daran, wie es um den Betrieb bestellt ist. Wann aber ist eine Volkswirtschaft gesund oder krank, stabil oder instabil? Welche Kriterien sind hierfür auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ausschlaggebend? Sind es dieselben wie in einzelnen Unternehmen oder Haushalten? Was können Markt und Wirtschaftspolitik für eine gleichgewichtige Wirtschaft tun?

Mit solchen Fragen sind wir beim Thema dieses Kapitels.

---

## 9.1 Gleichgewichtskriterien

### 9.1.1 Einzel- und gesamtwirtschaftliche Ziele

Unternehmen, das wissen wir bereits, verfolgen das einzelwirtschaftliche Ziel der Gewinnmaximierung, Haushalte das der Nutzenmaximierung. Ideal erschiene der automatische Schluss, beides würde in seiner Addition eine gleichgewichtige Gesamtwirtschaft bedeuten. Die Wirklichkeit ist aber komplizierter. Das gesamtwirtschaftliche Ziel von Gleichgewicht und Stabilität ist einerseits ohne die Verfolgung einzelwirtschaftlicher Ziele durch Unternehmen und Haushalte nicht möglich. Es ist aber auch nicht mit ihr identisch. Wir wollen auf ein paar Zusammenhänge und Unterschiede zwischen beiden Seiten schauen.

1. Indem Wirtschaftssubjekte frei ihren individuellen Zielen nachgehen, dienen sie tendenziell Effizienz, allgemeiner Wohlfahrt und gesamtwirtschaftlichem Fortschritt. Hierauf gründet sich das Funktionieren der Marktwirtschaft. Einzel- und gesamtwirtschaftliche Ziele stehen sich folglich nicht alternativ und feindlich gegenüber. Gesamtwirtschaftliche Ziele sind in einer Marktwirtschaft nur erreichbar, wenn der

- Marktmechanismus zwischen den einzelwirtschaftlichen Plänen der Nachfrager und Anbieter funktioniert.
2. Dennoch sind gesamtwirtschaftliche Ziele nicht gleichzusetzen mit der Summe einzelwirtschaftlicher Ziele. Partiell kann es Konflikte zwischen beiden geben. Ein Wirtschaftssubjekt verfolgt sein individuelles Ziel nicht mit Blick und erst recht nicht mit Rücksicht auf die Ziele des anderen. Des Ersten Gewinn kann des Zweiten Verlust sein. Zur Volkswirtschaft gehören aber nicht nur zwei, sondern unzählbar viele Wirtschaftssubjekte.

---

**Beispiel**

Es ist möglich, dass durch technischen Fortschritt und Digitalisierung in einem Unternehmen die Gesamtkosten gesenkt werden können, indem die Kosten für den Produktionsfaktor Kapital (neue, digitale Technik) langsamer steigen, als die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit sinken. Indem das Unternehmen Stellen abbaut, erhöht es bei gleichem Erlös den Gewinn und handelt so nach seiner einzelwirtschaftlichen Zielvorgabe. Die Einzelwirtschaft hat für ihre Produktion den Faktor Arbeit reduziert. Die Volkswirtschaft aber kann diesen Faktor (wie andere auch) nicht reduzieren. Sie kann ihn nur nutzen oder brachliegen lassen. Freigesetzte Arbeitskräfte verlassen die Grenzen des Unternehmens, die der Volkswirtschaft in der Regel aber nicht. Sie sind im Unterschied zum Unternehmen für die Volkswirtschaft in jedem Falle eine Ressource und Aufwandsgröße. Diese schafft bei Einsatz und Beschäftigung Ertrag und bei Nichtbeschäftigung keinen – sondern sogar Aufwand. Abgesehen von sozialen Gesichtspunkten sprechen aus volkswirtschaftlicher Sicht also auch ökonomische Gründe für eine hohe Beschäftigung. Was im Falle unseres Beispiels der Digitalisierung, wie wir wissen, die Frage nach deren gesamtwirtschaftlichen Auswirkung auf die Beschäftigung auf den Plan ruft. Schafft Digitalisierung ebenso viele neue Arbeitsplätze, wie sie alte einspart? Welche Aufgaben kommen dabei Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik und Bildungspolitik zu? Die aktuelle Praxis und Diskussion zeigt, dass Antworten auf diese Fragen nicht einfach sind. Dass sie aber gefunden werden müssen. ◀

---

**Beispiel**

Das einzelwirtschaftliche Ziel der Gewinnmaximierung lässt Unternehmen nach hohen Erlösen durch hohe Preise streben. Das nutzt ihnen. Addiert sich diese Wirkung über alle Unternehmen, käme es aber gesamtwirtschaftlich zu einer Erhöhung des Preisniveaus insgesamt. Mit der Gefahr von Inflation, auf deren Folgen wir unter diesem Kapitel noch zurückkommen werden. ◀

3. Wir haben in den zurückliegenden Beispielen gesehen, dass es Größen wie die Beschäftigung gibt, die es als Kostenfaktor im Sinne des Unternehmensziels zu minimieren gilt, die aber gesamtwirtschaftlich in möglichst hohem Grad anzustreben sind. Und dass es Größen wie den Preis gibt, die ein Unternehmen im Sinne seines Ziels so hoch wie möglich anstrebt, während eine solche Tendenz gesamtwirtschaftlich von Schaden und daher nicht Ziel sein kann. Gleichzeitig haben wir es auf gesamtvolkswirtschaftlicher Ebene mit Kategorien zu tun, die sich nicht einfach von der Einzelwirtschaft auf die Volkswirtschaft hoch oder von dieser wieder herunter rechnen lassen. Wir werden ihnen als Wachstum, Inflation, Konjunktur, Währung oder Wechselkurs in diesem und den nächsten Kapiteln noch oft begegnen.

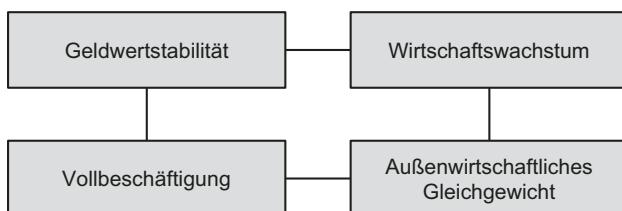
### 9.1.2 Das magische Viereck

Die gesamte Wirtschaft eines Landes, ihr Gleichgewicht und ihre Stabilität, können ebenso wenig einem einzigen Ziel unterworfen werden, wie es sinnvoll erscheint, eine unüberschaubar große Zahl von ihnen mit gleicher Priorität zu verfolgen. Woran sollte sich also die Wirtschaftspolitik orientieren? Die Volkswirtschaftslehre weist allgemeine Übereinstimmung über die Kriterien für eine gleichgewichtige Wirtschaft auf. Dabei gibt es aber keine allein autorisierte Festschreibung solcher Ziele. Weder in Zahl noch in Formulierung.

Das muss vorausgeschickt werden, wenn wir uns nun mit dem, zumindest in der deutschsprachigen Literatur, klassischen Modell, dem **magischen Viereck**, vertraut machen. Die vier Ecken dieses in Abb. 9.1 zusammengefassten Modells bezeichnen die vier zentralen gesamtwirtschaftlichen Ziele. Sie sind hier in Kurzform enthalten und gehen auf ihre Formulierung im Stabilitätsgesetz von 1967, das Gegenstand des 4. Abschnitts dieses Kapitels ist, zurück.

Der wünschenswerte Fall für eine Volkswirtschaft ist ohne Zweifel die gleichzeitige und volle Realisierung aller vier Ziele. Wird dieser Zustand wenigstens annähernd erreicht, so herrscht **gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht**.

Mit dem Zusatz „magisch“ wird uns aber schon vermittelt, dass es mit der Eintracht und Verträglichkeit der vier Ziele so einfach offenbar nicht ist. Wie den gesamtwirtschaftlichen Zielen gegenüber den einzelwirtschaftlichen, so geht es ihnen auch untereinander. Auf der einen Seite können sie ohne einander nicht sein und bedingen sich. Auf der ande-



**Abb. 9.1** Das magische Viereck

ren Seite können sie untereinander in Konflikt stehen. Was verhindert, dass sie sich jemals alle gleichzeitig zu hundert Prozent erreichen lassen. Die Notwendigkeit, gegebenenfalls und situationsbedingt Prioritäten zu setzen, ist für die Wirtschaftspolitik vorprogrammiert. Und macht ihr das Leben nicht leichter. Bevor wir zum wechselseitigen Verhältnis der 4 Ziele unter Abschn. 9.3 kommen, wollen wir unter Abschn. 9.2 den Inhalt jedes einzelnen von ihnen näher betrachten. Über mögliche Zielerweiterungen informiert Abschn. 9.5.

---

## 9.2 Zielinhalte

### 9.2.1 Geldwertstabilität

Das beste Argument dafür, dass die Geldwertstabilität zum engsten Kreis der gesamtwirtschaftlichen Ziele gehört, sind die Erfahrungen unserer Großeltern, Urgroßeltern und noch früherer Generationen mit zwei großen Inflationen in Deutschland. Beide Inflationen waren Folge der Rüstungsfinanzierung im ersten und im 2. Weltkrieg und hinterließen 1923 und 1948 eine zerrüttete Währung. Im Jahre 1923 war das Preisniveau auf das 1,25 Billionenfache gestiegen. Der sozial verheerende Charakter großer Inflationen besteht darin, dass nicht nur Geld, sondern auch dafür erbrachte Leistungen entwertet werden. Die sozialen Folgen für große Teile Bevölkerung sind große Verluste, Arbeitslosigkeit und Armut.

*„Vor einem großen Walde wohnten ein armer Holzhacker mit seiner Frau und seinen zwei Kindern; das Bübchen hieß Hänsel und das Mädchen Gretel. Er hatte wenig zu beißen und zu brechen, und einmal als große Teuerung über das Land kam, konnte er das tägliche Brot nicht mehr schaffen.“*

(Gebrüder Grimm, Hänsel und Gretel)

Nicht jeder, der von Armut bedroht ist, wird seine Kinder gleich in den Wald schicken. Aber „Teuerung“ heißt „Inflation“. Der kleine Ausflug zeigt, dass Geldentwertung nicht nur ein Phänomen der Neuzeit ist, und er malt auf drastische Weise das Bild sozialer Konsequenzen.

Der **Geldwert** entspricht der Menge an Gütern, die mit einer Geldeinheit erworben werden kann. Deshalb ist der Geldwert identisch mit der Kaufkraft des Geldes. Es gibt nur einen einzigen Anlass dafür, dass sich die Menge an Gütern pro Geldeinheit und damit der Geldwert verringert: das Steigen des **Preisniveaus**. Je höher das Preisniveau, desto niedriger der Geldwert.

$$\text{Geldwert} = \frac{1}{\text{Preisniveau}}$$

Bleibt das Preisniveau stabil, bleibt es notwendigerweise auch der Geldwert. Preisniveaustabilität und Geldwertstabilität sind verschiedene Begriffe für den gleichen Sachverhalt.

- **Geldwertstabilität** ist der auf Preisniveaustabilität beruhende Zustand, bei dem innerhalb einer Zeitperiode die Menge an Gütern, die mit einer Geldeinheit erworben werden kann, gleich groß bleibt.

Es ist also möglich, das gesamtwirtschaftliche Ziel der Geldwertstabilität auch durch Preisniveaustabilität auszudrücken. Hüten müssen wir uns aber vor einer Verwechslung von Preisniveaustabilität mit Preisstabilität. Stabilität jedes einzelnen Preises ist nicht möglich und nicht erwünscht. Sie würde den Marktpreismechanismus, das freie und flexible Reagieren von Preisen auf Nachfrage und Angebot, außer Kraft setzen. Deshalb ist Preisstabilität in einer Marktwirtschaft weder einzelwirtschaftliches noch gesamtwirtschaftliches Ziel.

Ist Geldwertstabilität als gesamtwirtschaftliches Ziel identisch mit Preisniveaustabilität, so ist sie es auch mit der Verhinderung von Inflation.

- **Inflation** ist ein Prozess permanenter Preisniveauerhöhung.

Selbstverständlich können Veränderungen im Preisniveau auch in dessen Verringerung bestehen. Wir sprechen dann von Deflation. Deflation ist auch in der realwirtschaftlichen Entwicklung nicht ausgeschlossen. Da sie aber als Ausnahmefall von geringerem Gewicht ist, wollen wir uns im Folgenden auf die Inflation konzentrieren.

Inflationäre Prozesse sind von außerordentlicher Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und folglich auch für die Wirtschaftspolitik. Wir werden das in Kap. 11 weiter vertiefen. Hier wollen wir uns auf einige wichtige Kommentierungen zu Definition der Inflation beschränken.

**Inflationsmessung:** Soll die Inflation gemessen werden, muss das Preisniveau eines Zeitraumes mit dem Preisniveau eines zurückliegenden Zeitraumes verglichen werden. Setzen wir dabei das Preisniveau des zurückliegenden Zeitraumes (Basisjahr) gleich 100, so ist der Wert für den betrachteten Zeitraum (Berichtsjahr) der **Preisindex**. Basisjahr kann ein beliebig zurückliegendes Jahr sein. Oft wird aber als Basisjahr das Vorjahr gewählt. In diesem Falle ergibt der Preisindex die **Inflationsrate**.

Preisniveau Jahr (x-1)	100
Preisniveau Jahr x	102
Inflationsrate	2 %

Nun wirft sich eine entscheidende Frage auf. Wie kann man aus der Entwicklung unzähliger einzelner Preise (Einzelwirtschaft) auf die Entwicklung des Preisniveaus (Gesamtwirtschaft) schließen? Theoretisch müsste alle einzelwirtschaftliche Entwicklung zusammengefasst werden und dann noch gewogen an ihrem jeweiligen Anteil. Weil das natürlich nicht möglich ist, bedient man sich hierbei (ähnlich wie bei repräsentativen

Meinungsumfragen) einer pragmatischen Lösung. Diese ist im Falle der Preisniveaumittelung ein **Warenkorb**. In ihn gehen alle zur Analyse einbezogenen Güter ein. Als Warengruppen, gewichtet nach ihrer Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Preisniveau. Mit Blick auf die wirkliche Preisniveauentwicklung werden dabei durch spezielle statistische Verfahren Einflüsse eliminiert, die auf Qualitätsveränderung im abgelaufenen Zeitraum zurückzuführen sind. Die Wahl des Warenkorbs hängt vom Ziel der Analyse ab. Am wichtigsten aus der Sicht des Verbrauchers (Haushaltes) ist der **Preisindex für die Lebenshaltung (Verbraucherpreisindex)**. Tab. 9.1 zeigt den Warenkorb des Statistischen Bundesamtes in Deutschland, unterschieden in 12 Hauptgruppen und gewichtet nach den Ausgabestrukturen verschiedener Haushalte. Diese 12 Hauptgruppen basieren auf dem gewogenen Ausweis von rund 650 Güterarten. Deren Struktur bleibt über 5 Jahre gleich. Unter dieser Ebene werden monatlich mehr als 300.000 Einzelpreise erfasst.

Die Anteile der Hauptgruppen am Warenkorb für den Verbraucherpreisindex lassen grobe Aussagen für die durchschnittliche Ausgabenstruktur der Haushalte in Deutschland zu.

Der Verbraucherpreisindex ist neben dem Preisindex für das Bruttoinlandsprodukt das für die Inflationsmessung am häufigsten genutzte Instrument. Das Statistische Bundesamt weist darüber hinaus eine Reihe weiterer Preisindizes aus.

Die Methoden der Inflationsmessung sind über viele Jahre entwickelt und international angeglichen worden. Aber sie sind nicht unumstritten. Das betrifft angesichts stark vernetzter Volkswirtschaften noch stärker die Prognosen. Die Basis des Verbraucherpreisindex wurde im Immobilienbereich erweitert, und gleichzeitig spricht man von verstärkter Entwicklung und Nutzung von Instrumenten künstlicher Intelligenz durch die Zentralbanken (Zeinlinger 2021).

**Tab. 9.1** Warenkorb – Hauptgruppen und Anteile 2021 (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a)

Hauptgruppe	Bestandteil	Gewicht für 2021
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	9,7 %
02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren	3,8 %
03	Bekleidung und Schuhe	4,5 %
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	32,5 %
05	Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	5,0 %
06	Gesundheit	4,6 %
07	Verkehr	12,9 %
08	Post und Telekommunikation	2,7 %
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,3 %
10	Bildungswesen	0,9 %
11	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	4,7 %
12	Andere Waren und Dienstleistungen	7,4 %

**Inflation und Lohn:** Für die Tarifforderungen der Gewerkschaften ist die zu erwartende Inflationsrate ein wichtiges Kriterium. Würden die Löhne und Gehälter um denselben Prozentsatz steigen, wie das Verbraucherpreisniveau, hieße das: Die Haushalte können sich im Durchschnitt für ihr gestiegenes Einkommen dieselbe Menge an Gütern kaufen wie bisher.

Bei der Beurteilung der Kaufkraft der Haushalte ist also neben der Lohnentwicklung (und einiger anderer Faktoren) vor allem die Entwicklung des Preisniveaus einzubeziehen. Setzt man Nominallohn und Preisindex zueinander ins Verhältnis, so ergibt sich der **Reallohn**.

$$\text{Reallohn} = \frac{\text{Nominallohn}}{\text{Preisindex}}$$

Der Nominallohn ist die tatsächlich im jeweiligen Jahr gezahlte Lohn- oder Gehaltssumme. Die Höhe des Reallohnes gibt Auskunft über die reale Kaufkraft des Nominallohnes. Liegt die jährliche Nominallohnentwicklung über der jährlichen Inflationsrate, ist die reale Kaufkraft und damit der Reallohn gestiegen. Liegt sie darunter, ist die reale Kaufkraft, selbst bei nominaler Lohnerhöhung, gesunken.

Tab. 9.2 setzt die Entwicklung der Löhne und Gehälter mit der jährlichen Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus ins Verhältnis. Kommentierungen des Tableaus sind:

**Tab. 9.2** Entwicklung der Nominallöhne, Verbraucherpreise und Reallöhne in Deutschland (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021b)

Jahr	Nominallohnindex	Verbraucherpreisindex	Reallohnindex
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
2008	3,0	2,6	0,4
2009	0,2	0,3	-0,1
2010	2,6	1,1	1,4
2011	3,3	2,1	1,2
2012	2,5	2,0	0,5
2013	1,4	1,4	-0,1
2014	2,7	1,0	1,8
2015	2,7	0,5	2,1
2016	2,3	0,5	1,8
2017	2,5	1,5	1,0
2018	3,1	1,8	1,3
2019	2,6	1,4	1,2
2020	-0,7	0,5	-1,1

Nominallohnindex: Veränderung des Nominallohns zu einem Basisjahr (= 100)

Verbraucherpreisindex: Veränderung der Verbraucherpreisniveaus zu einem Basisjahr (= 100)

Reallohnindex: Nominallohnindex : Verbraucherpreisindex × 100

1. Die abgebildeten Werte sind nicht die Indizes (Definition vgl. Fußzeilen der Tabelle), sondern deren jährliche prozentuale Veränderung. Eine positive Differenz zwischen dem prozentualen Zuwachs des Nominallohnindex und dem prozentualen Zuwachs des Verbraucherpreisindex ergibt den – verbleibenden – prozentualen Zuwachs des Reallohnindex. Diese Differenz repräsentiert die Menge an Gütern, die den Haushalten nach Abzug der Preisniveauerhöhung von ihrer nominalen Lohnerhöhung zusätzlich zur Verfügung steht.
2. Es zeigt sich das für Deutschland typische Bild wachsender Reallöhne. Im Zeitraum von 2008 bis 2019 entwickeln sich die Nominallöhne 1,78 Mal schneller als das Verbraucherpreisniveau.
3. Der Rückgang der Reallöhne 2020 stellt eine auf Corona-Pandemie und Eindämmungsmaßnahmen (in der Folge Produktionsrückgänge und Kurzarbeitergeld) zurückzuführende Sondersituation dar. Die Tendenz setzt sich aber 2021 zunächst fort.

**Inflationsursachen:** Soll die Wirtschaftspolitik zur Verhinderung von Inflation beitragen, so muss sie wissen, wo der Hebel anzusetzen ist. Sie muss die Ursachen möglicher permanenter Preisniveauerhöhung, die Ursachen von Inflation, kennen. Grundsätzlich unterscheidet die Volkswirtschaftslehre zwischen drei Ursachen der Inflation:

- Monetäre Inflationsursachen
- Realwirtschaftliche Inflationsursachen
- Inflationsimport

Die **monetären Inflationsursachen** liegen im Verhältnis von Geldmengenentwicklung und Entwicklung der produzierten Gütermenge. Nach der FISHERschen Verkehrsgleichung (3.7) besteht Gleichheit zwischen der umlaufenden Geldmenge und dem Wert der produzierten Güter. Steigt nun die Geldmenge schneller als die der produzierten Güter, stellt sich der Ausgleich durch die Erhöhung der Preise für diese Güter her. Statistischer Ausdruck monetär verursachter Inflation ist eine Geldmengenexpansion, die größer ist, als der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Ein Gefahrenherd hierfür ist die vielgescholtene Staatsverschuldung. Durch massive Kreditaufnahme des Staates expandiert die Geldmenge in einem Maße, das nicht durch reale Produktionsentwicklung abgedeckt ist. Hierauf werden wir in den Kapiteln 11, 12 und 14 (Neue Herausforderungen – hier: staatliche Unterstützung der Wirtschaft während der Corona-Lockdowns) zurückkommen.

**Realwirtschaftliche Inflationsursachen** können auf der Nachfrageseite oder auf der Angebotsseite liegen. Wir unterscheiden deshalb nachfrageinduzierte und angebotsinduzierte Inflation. **Nachfrageinduzierte** Inflationsgefahr entsteht bei allzu hoher Auslastung der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren in Phasen der Hochkonjunktur, wenn die Wirtschaft boomt. Das gesamtwirtschaftliche Angebot stößt hier auf seine natürlichen Grenzen. Demgegenüber steigt die Nachfrage durch Verringerung der Sparquote der Haushalte oder durch Erhöhung von Investitionen der Unternehmen. Wir sprechen in solchen Fällen von überhitzter Konjunktur. So wie in der Einzelwirtschaft konstantes

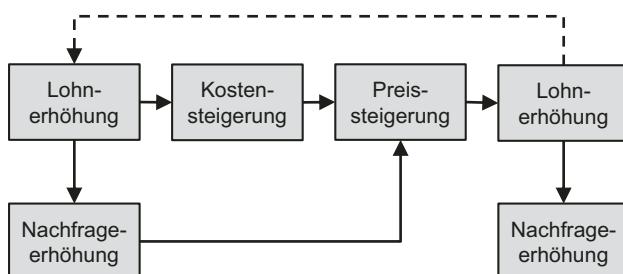
Angebot und steigende Nachfrage über ein Steigen des Preises reguliert wird, ist es vergleichbar in der Gesamtwirtschaft. Eine über das gesamtwirtschaftliche Gesamtangebot hinausgehende Gesamtnachfrage reguliert sich über die Erhöhung des Preisniveaus – über Inflation. **Angebotsinduzierte** Inflation kann entweder durch erhöhten Gewinndruck oder durch Kostendruck entstehen. Gewinne können preistreibend wirken, wenn der Wettbewerb beschränkt ist. Erhöhte Kosten können das Preisniveau erhöhen, weil sich die Unternehmen an veränderte Bedingungen anpassen. Das betrifft vor allem Bewegung bei wesentlichen Kostenpositionen, zum Beispiel Gewerbe mieten oder Personal. Ein klassisches Beispiel für die Erklärung angebotsinduzierter Inflation ist die **Lohn-Preis-Spirale**. Abb. 9.2 zeigt ihr Grundprinzip.

Die Kernaussage aus Abb. 9.2 ist: Lohnerhöhungen führen zu Preissteigerungen mit gesamtwirtschaftlicher Tendenz zur Inflation. Erhöhung des Preisniveaus ihrerseits ist mit dem Argument der Reallohnsicherung wiederum Quelle von Lohnerhöhungen. Bei der Frage nach dem originären Ursprung dieser langfristigen Kettenreaktion drängt sich das Bild vom Huhn und dem Ei auf. In theoretischen Modellen finden wir dabei wenig Aussagen darüber, in welcher Stärke, wie elastisch das Preisniveau auf Lohnsteigerungen reagiert.

### Exkurs

In realwirtschaftlichen Analysen ist der Einfluss von Lohnerhöhungen auf das Preisniveau nachweisbar. Aber diese Umwälzung, der „Pass-Through“, liegt nach Auswertung von Analysen durch die Deutsche Bundesbank nicht bei 1:1, sondern bei etwa einem Drittel. „Eine Lohnänderung um 1 % führt somit zu einer Änderung der Verbraucherpreise von rund 0,3 %.“ Seit 1970 ist eine leichte Abschwächung der Wirkung zu beobachten, nach der Finanzkrise ist dieser Rückgang aber zum Erliegen gekommen. „Insofern spricht einiges dafür, dass sich das überdurchschnittliche Lohnwachstum der letzten Jahre in Deutschland in einem allmählichen Anstieg der Inflation niederschlagen dürfte.“ Die Bundesbank spricht von einer „Multidimensionalität“ der Einflüsse – also von nicht nur einem, sondern mehreren Faktoren. Zu denen gehören u. a. Abpuffern höherer Lohnstückkosten durch Preismargen, nach Sektoren unterschiedliche Anteile der Lohnkosten an den Gesamtkosten, Export- und Importpreise, zeitliche Verzögerung des Pass-Through, Rückkopplung und Analyseansätze.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2019)



**Abb. 9.2** Lohn-Preis-Spirale

Aktuell stellt sich ein Zusammenhang zwischen seit längerem expansiver Geldpolitik, veränderten Rahmenbedingungen durch die Corona-Pandemie und der Lohn-Preis-Spirale her. Deutlich wird das am Beispiel der Geldpolitik der EU, aber auch in den USA.

*„Selbst Keynesianer fürchten angesichts der ohnehin lockeren Geldpolitik und einer anziehenden Wirtschaft eine konjunkturelle Überhitzung – und eine Inflationsspirale. Solche Spiralen entstehen, wenn nach den Preisen auch die Löhne zum Höhenflug ansetzen und die Unternehmen daraufhin abermals die Preise anheben. Noch ist eine solche Lohn-Preis-Spirale in den USA nicht in Sicht. Die in der Coronakrise gestiegene Arbeitslosigkeit hat die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer geschwächt. Doch das dürfte sich in absehbarer Zeit ändern.“*

Quelle: Fischer, Heissler, Kiani-Kress, Reimann, Steinkirchner (2012)

Diese Prognose basiert auf der Tatsache, dass nach den Corona-Einschränkungen die Wirtschaft anzieht, sich der Arbeitsmarkt entspannt, der bestehende Fachkräftemangel wieder verstärkt zutage tritt, die Arbeitnehmerseite in den Tarifverhandlungen an Position gewinnt und vor diesem Hintergrund sowie angesichts vorhandener Inflation ein Lohnschub vielerorts erwartet wird.

Dritte Inflationsursache nach monetärer und realwirtschaftlicher ist die **importierte Inflation**. Sie kann auf zweierlei Wegen ins Land gelangen. Die wohl wichtigste ist der direkte **internationale Preiszusammenhang**. Setzen wir vereinfachend feste Wechselkurse voraus, erhöhen Preiserhöhungen im Ausland (auf dem Weltmarkt) über gestiegene Importpreise die Kosten der Importeure. In dem Maße, wie es denen gelingt, ihre erhöhten Kosten auf die inländischen Abnehmer umzuwälzen, ist die Inflation im Lande (Tab. 9.3).

**Tab. 9.3** Importierte Inflation (Quellen: Statista 2021a, b, Eigene Berechnungen)

Jahr	Erdölpreis US-\$/Barrel	Erhöhung des Erdölpreises gegenüber Vorjahr	Inflationsrate in Deutschland
1970	1,21		3,60 %
1971	1,7	40,50 %	5,20 %
1972	1,82	7,10 %	5,40 %
1973	2,7	48,40 %	7,10 %
1974	11	307,40 %	<b>6,90 %</b>
1975	10,43	-5,20 %	6,00 %
1976	11,6	11,20 %	4,20 %
1977	12,5	7,80 %	3,70 %
1978	12,79	2,30 %	2,70 %
1979	29,19	128,20 %	<b>4,10 %</b>
1980	35,25	20,80 %	5,40 %
1981	34	-3,50 %	6,30 %

**Beispiel**

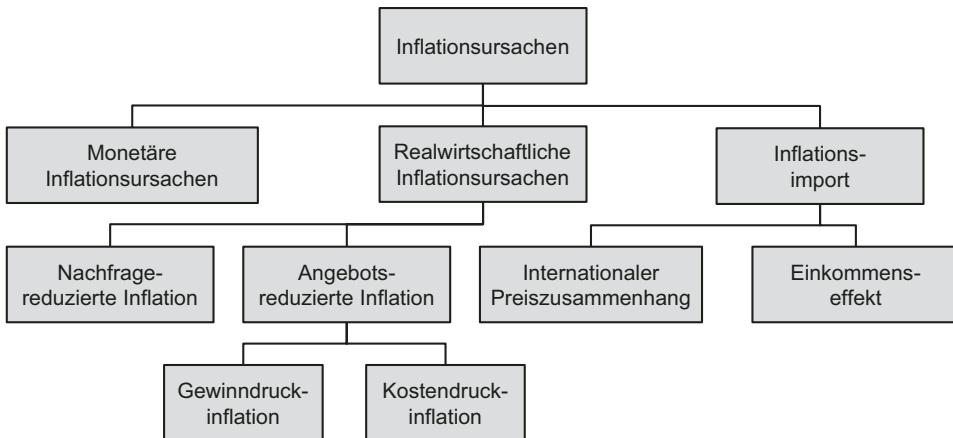
Die Erdölpreiskrisen 1973 und 1979 liegen zwar einige Jahrzehnte zurück als andere für die Illustration geeignete Szenarien. Sie sind aber das klassische Beispiel für importierte Inflation in einer vom Erdöl stark abhängigen Volkswirtschaft wie der deutschen. Nie gab es stärkere Reaktionen des Preisniveaus auf die Entwicklung internationaler Preise. In Deutschland schlossen die Tankstellen, es gab Fahrverbote, die Autoindustrie brach ein. In der Literatur spricht man von Stagflation (wirtschaftliche Stagnation bei steigendem Preisniveau) und vom Ende des deutschen Wirtschaftswunders.

Aber auch aktuelle ergeben sich aus dem weltweiten Anstieg der Rohstoffpreise Prognosen für eine importierte Inflation.: „Der Anstieg der Verbraucherpreise könnte in der zweiten Jahreshälfte (2021, A.F.) ,an die vier Prozent‘ heranreichen, prognostiziert der Chefvolkswirt der Berenberg Bank, Holger Schmieding. „Der große Treiber der Inflation sind die Ölpreise.““

Quelle: Doll, Schürmann (2021) ◀

Ein zweiter Weg importierter Inflation ist neben oder nach dem internationalen Preiszusammenhang der **Einkommenseffekt**. Steigen die Preise im Ausland schneller als im Inland (und wird das nicht durch eine Anpassung der Wechselkurse ausgeglichen), entsteht ein Exportüberschuss. Für die inländischen Anbieter wird es attraktiver, im Ausland anstatt im Inland zu verkaufen. Bei gleichen Einkommen verlässt ein größerer Teil der produzierten Güter das Land. Im Inland steht das Einkommen (Nachfrage) einem reduzierten Güterangebot gegenüber. Wir wissen aus Kap. 7, dass sich eine solche Schere über steigende Preise ausgleicht. Gesamtwirtschaftlich folgt eine Tendenz zur Preisniveauerhöhung und damit zur Inflation. Abb. 9.3 fasst abschließend alle Inflationsursachen in einem systematischen Schema zusammen.

**Inflationsarten:** Bei der Unterscheidung von Inflationsarten wollen wir zwei Varianten betrachten. Nach dem Kriterium des Erscheinungsbildes unterscheiden wir offene und verdeckte Inflation. Nach dem Kriterium der Stärke wird die Inflation in Korridore nach Höhe der Inflationsrate unterteilt. Die **offene Inflation** äußert sich in der tatsächlichen Erhöhung des Preisniveaus, wie sie am Preisindex oder der Inflationsrate ablesbar ist. Nur sie entspricht unserer vorgenommenen Inflations-Definition. Die **verdeckte Inflation** ist eine „Hätte“-Inflation. In der Regel wird hier die bei freiem Wirken der Marktkräfte eintretende Preisniveauerhöhung dadurch eingedämmt, dass der Staat auf die Preisbremse tritt. Das kann, wie wir aus Kap. 7 wissen, durch Preisobergrenzen, Preisstopp oder Festpreise geschehen. Solche Tendenzen sind auch in einer funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht ausgeschlossen. Typisch aber war die verdeckte Inflation für das System der Zentralverwaltungswirtschaften. Erinnert sei an die im Beispiel unter Abschn. 5.4 genannten Größenordnungen an Preissubventionen in der DDR. Symptom verdeckter Inflation sind nicht Preisniveauerhöhung, sondern Warteschlangen.



**Abb. 9.3** Inflationsursachen

Die Unterscheidung von **Korridoren nach Höhe der Inflationsrate** kennt keine exakte und autorisierte Abgrenzung. Gleichwohl haben sich die folgenden allgemeinen Sprachregelungen eingebürgert:

Inflationsrate	< 10 %	„schleichende Inflation“
Inflationsrate	10 % bis 50 %	„trabende Inflation“
Inflationsrate	> 50 %	„galoppierende Inflation“ (Hyperinflation)

Nun mag der eine oder andere einwenden, dass sich alle Inflationsraten, die er bisher in diesem Buch kennengelernt hat, ja sowieso im untersten Bereich des ersten Korridors bewegen. Da haben wir aber immer auf die deutsche (oder europäische) Wirtschaft geschaut. Tab. 9.4 zeigt, dass es auf der Welt aber auch ganz andere „Gangarten“ und Beispiele für alle drei Korridore gibt. Abgebildet sind die 10 Länder mit den höchsten Inflationsraten 2019.

**Inflationswirkungen:** Viele Auswirkungen der Inflation sind in ihrem Kern Umverteilung von Einkommen und Vermögen zwischen Wirtschaftssubjekten. Gewinnern auf der einen Seite stehen Verlierer auf der anderen gegenüber. Zu den Inflationswirkungen gehören folgende.

- **Zinslücke**

Die Nominalzinsen, der Preis für geliehenes Geld, folgen nur verzögert der Preisniveauerhöhung. Gläubiger (vor allem einfache Kontensparer) verlieren, Schuldner (vor allem der Staat) gewinnen. Extremes Beispiel ist die Entschuldung des deutschen Staates im Verlaufe der großen Inflationen nach den beiden Weltkriegen.

**Tab. 9.4** Länder mit den höchsten Inflationsraten 2019 (Quelle: Statista 2021c)

Land	Inflationsrate 2020 (in Prozent)
Venezuela	2355,2
Simbabwe	557,2
Sudan	163,3
Libanon	88,1
Argentinien	42,0
Südsudan	38,0
Iran	36,5
Surinam	34,9
Jemen	26,2
Haiti	23,0
<i>Deutschland (zum Vergleich)</i>	0,5

- **Flucht in Sachwerte**

Geldentwertung führt dazu, dass schwächelndes Geldvermögen alternativ in Sachvermögen wie Edelmetalle, Immobilien oder Antiquitäten angelegt wird. Das ist denen, die über größere Geldsummen verfügen, eher möglich, als kleinen Sparern.

- **Lohnlücke**

Kann in einer starken Inflation die Lohnentwicklung nur noch verzögert und abgeschwächt der Preisniveauentwicklung folgen, so sinken die Reallöhne. Das führt zu Verlusten auf der Arbeitnehmerseite.

- **Rentenlücke**

Können auch die Renten (wie die Löhne) nur in geringerem Maße dem Preisniveau folgen, sinkt die Kaufkraft der Einkommen aus Renten. Rentenempfänger zählen daher ebenfalls zu den Inflationsverlierern.

Nicht jede Wirkung muss mit Notwendigkeit bei jeder Inflation auftreten. Dennoch handelt es sich um empirisch belegte Tendenzen. Fasst man alle Wirkungen von Inflation zusammen, so tritt deutlich ihr unsozialer Charakter hervor: Es vollzieht sich eine Umverteilung von den wirtschaftlich Schwachen zu den wirtschaftlich Starken. Auch für die Gesamtwirtschaft haben große Inflationen schwerwiegende Folgen. Verminderte Sparsamkeit, Rückgang von Investitionen, Wachstum und Beschäftigung sowie Flucht von Kapital ins Ausland sind mögliche Indikatoren.

Eine antiinflationäre Wirtschaftspolitik des Staates muss stets vor dem Hintergrund der Vermeidung von Folgewirkung wie der geschilderten gesehen werden. Selbstverständlich ist dabei immer das Ausmaß der Preisniveauerhöhung für die Angemessenheit der Gegensteuerung von Bedeutung. Definitionsgemäß sprechen wir bei jeder Inflationsrate größer Null von Inflation. Die hier beschriebenen Wirkungen aber beziehen sich nicht auf jährliche Inflationsraten von ein oder zwei Prozent. Am folgenschwersten sind die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen bei einer Hyperinflation. Mit Preisniveauprogressionen wie

sie Tab. 9.4 zeigt oder wie wir sie in Deutschland aus der Geschichte kennen. Hier konnte die Selbstbeschleunigung der Inflation zweimal nur mit Hilfe des ebenfalls empfindlichen, aber wirksamen Schrittes einer Währungsreform gestoppt werden.

### 9.2.2 Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum gilt traditionell als erstrebenswertes Ziel volkswirtschaftlicher Entwicklung. Begriffe wie Wachstumsregionen, Wachstumsbranchen, Wachstumspotential, Wachstumsschwäche, Wachstumsziele oder Wachstumspolitik begegnen uns in der Wirtschaftsliteratur und Wirtschaftspresse häufig. Aber auch Wachstumsfetischismus, Wachstumsskepsis und Wachstumsgrenzen. An ausbleibendem Wachstum scheitern Regierungen. Wachstum fördert die wirtschaftliche Angleichung wenig entwickelter Länder. Aber Wachstum wird auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel diskutiert.

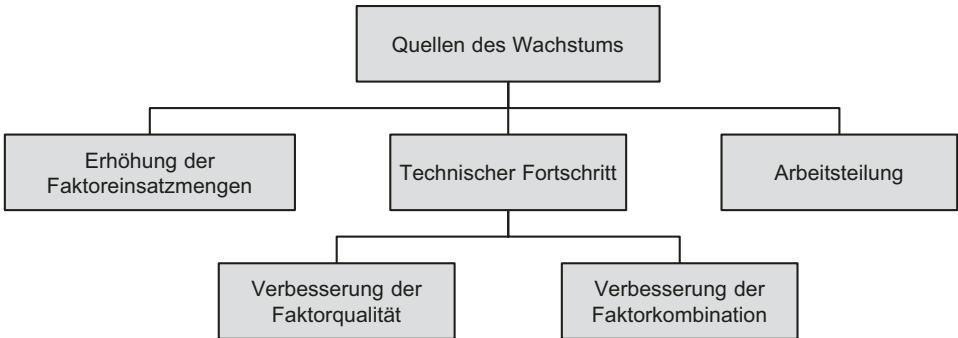
Ein Ziel, das es sich offensichtlich lohnt, näher und differenzierter zu betrachten. Was ist Wachstum – verstanden als Wirtschaftswachstum –, worin besteht seine offenbar unersetzliche Wirkung? Was spricht für und was gegen Wachstum, und wo liegen seine Grenzen?

► **Wirtschaftswachstum** wird in der Regel an der Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes innerhalb eines Zeitraumes gemessen.

Damit ist Wirtschaftswachstum (kurz: Wachstum) die um die Preisniveauerhöhung be reinigte Erhöhung volkswirtschaftlicher Wertschöpfung. Sie wird üblicherweise auf ein Jahr bezogen und durch die Wachstumsrate ausgedrückt. Gleichzeitig spricht man aber auch im Zusammenhang mit langfristigem Wachstum von „Wachstumstrend“ oder „Wachstumspfad“. Hier ist Maßstab auch die Entwicklung und Ausschöpfung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials.

**Quellen des Wachstums:** Ist Wachstum die Vergrößerung des gesamtwirtschaftlichen Outputs, so kann diese erstens aus der Vergrößerung des gesamtwirtschaftlichen Inputs (Faktoreinsatzmengen) und zweitens aus der Qualität von Faktoren und Technologie des Produktionsprozesses, aus technischem Fortschritt erwachsen. Drittens stellt die Arbeitsteilung eine Wachstumsquelle dar. Sie forciert zum einen den technischen Fortschritt. Sie gilt zum anderen als eigenständige Wachstumsquelle, weil sie die Konzentration der Anbieter auf diejenigen Produktionen fördert, für die sie die vergleichsweise besten Voraussetzungen haben. Abb. 9.4 stellt die Quellen des Wachstums im Überblick vor.

Die am meisten begrenzten Wachstumsquellen sind die in einer Volkswirtschaft eingesetzten **Faktormengen**. Unter ihnen besteht noch der größte Bewegungsspielraum in einer Erhöhung des Kapitalbestandes. Eine Erhöhung der Einsatzmenge des Faktors Arbeit kann (unter der Annahme von Vollbeschäftigung) nur durch Zuwachs der erwerbsfähigen Bevölkerung erzielt werden. Beim Faktor Boden liegt die Begrenztheit auf der Hand.



**Abb. 9.4** Quellen des Wachstums

Die Verbesserung der **Faktorqualität** ist dagegen eine weniger begrenzte Wachstumsquelle. Auch das **technische Niveau** von Maschinen und Produktionsanlagen, ihre **technologische** Verknüpfung und die Qualifikation der Beschäftigten stoßen auf wenig Schranken und erhöhen sich beschleunigt. Technologischer Wandel und Digitalisierung zeigen, dass diese Entwicklung nicht gleichförmig, sondern in langfristigen Schüben erfolgt. Die Begriffe Industrie 1.0 bis 4.0 bezeichnen solche Phasen. In der letzten befinden wir uns gerade.

In engem Zusammenhang dazu ist die Qualität des Faktors Arbeit zu sehen. Sie wird wesentlich geprägt durch die Qualität und Praxisnähe der Bildung in allen Phasen und auf allen Ebenen. Die Herausforderungen des derzeitigen Strukturwandels erfordern eine verstärkte Ausrichtung von Qualifizierungsprofilen an den Anforderungen neuer Arbeitswelten. Und diese sind nicht allgemein, sondern mindestens branchenspezifisch. Dieser Prozess notwendiger Anpassung und Ausrichtung von Bildung ist gegenwärtig noch unterwegs und steht vor großen Herausforderungen. In Schule, Ausbildung, Studium und beruflicher Weiterbildung. Schließlich birgt auch der Faktor Boden, betrachten wir ihn nicht mengenmäßig, sondern in seiner Qualität, Wachstumspotentiale. Ackerland, das jahrelang unter tropischer Dürre litt, vergrößert seinen Ernteertrag, wenn eine Regenzeit kommt (natürliche Quelle) oder wenn es bewässert wird (externe Quelle).

Die Beziehung zwischen **Arbeitsteilung**, Wachstum und Wohlstand steht bereits im Mittelpunkt der Untersuchung von Adam SMITH in seinem „Wealth of Nations“ (vgl. Kap. 1). Die Spezialisierung jedes Produzenten auf diejenige Produktion, für die er die besten Fähigkeiten und Voraussetzungen hat, bringt am Ende mehr, als wenn jeder alles täte. Sie führt insgesamt zu einem Mehr an Produktion und zu Wachstum. Ohne eine tiefe und weltweit arbeitsteilige Verflechtung wäre heute kein Land in der Lage, sein volkswirtschaftliches Produktions- und Einkommensniveau und dessen Wachstum zu gewährleisten.

**Wachstumskontroversen:** Die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen des Wirtschaftswachstums und darüber, ob es sich dabei um einen Segen oder einen Fluch handelt, ist so alt wie die Marktwirtschaft. Und wie bei der Diskussion über Tierversuche oder

Schwangerschaftsabbrüche geht es dabei nur zum Teil um ökonomische Faktenlage und belegbare Prognosen, aber ebenso um subjektive Überzeugungen, Glauben und Weltbilder. Deshalb ist auch kaum mit einem Sieg der Wachstumsbefürworter oder der Wachstumsskeptiker und damit mit einem Ende der Debatte zu rechnen.

Nach den klassischen und neoklassischen Modellen ist Wirtschaftswachstum Ergebnis freien Agierens der Marktkräfte. Zu den Vertretern dieser Auffassung gehören die Amerikaner Robert Merton SOLOW (geb. 2024) und Joseph E. STIGLITZ (geb. 1943). Die Hinterfragung dieser Position im Rahmen der Wachstumsdiskussion hatte ihre ersten Höhepunkte in den 1960ern und 1970ern vor dem Hintergrund der Ölpreiskrisen und in Deutschland des Endes vom „Wirtschaftswunder“. Neuen Nährstoff erhielt die Debatte durch die weltweite Finanzkrise 2008/2009 und dauert in Verbindung mit Wegen zur Verhinderung des Klimawandels bis heute an. Zu den jüngeren Vertretern der Wachstumskritik gehören der Österreicher Leopold KOHR (1909–1994) und der Deutsch-Brite Ernst Friedrich SCHUMACHER (1911–1977).

Unabhängig vom zeitlichen Verlauf der kontroversen Wachstumsdiskussion wollen wir uns einige Argumente, die für und die gegen Wirtschaftswachstum sprechen, vor Augen führen.

- **Pro-Kopf-Einkommen**

- *Für Wachstum spricht:* Wachstum erhöht bei gleicher Bevölkerungszahl den Lebensstandard. In Kap. 4 haben wir die Argumente dafür kennengelernt, warum das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ein wesentlicher Wohlstandsindikator ist. Wächst die produzierte Menge der Güter bei konstanter Bevölkerungszahl, oder wächst sie zumindest schneller als diese, so steht (im Durchschnitt) jedem Einzelnen ein Mehr davon bzw. ein Mehr an Einkommen zur Verfügung. Wachstum erhöht den Wohlstand.
- *Gegen Wachstum spricht:* Wohlstand lässt sich nicht (allein) an der Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes messen. Aus Kap. 4 wissen wir, dass die alleinige Repräsentanz von Wohlstand durch das Pro-Kopf-Einkommen infrage gestellt und alternativ oder ergänzend soziale und ökologische Indikatoren ins Feld geführt werden.

- **Ressourcenbegrenztheit und Nachhaltigkeit**

- *Für Wachstum spricht:* Wachstum erfordert zwar tendenziell höheren Einsatz an Produktionsfaktoren. Aber zum einen kann dieser aufgrund verbesserter Produktionstechnologien langsamer wachsen als das Produktionsergebnis. Und zum anderen können begrenzte Faktoren (Boden, Arbeit) von relativ unbegrenzten Faktoren (Kapital/Produktionsausstattung) ersetzt werden.

### Exkurs

Die Befangenheit in enger zeitlicher Betrachtungsweise wird zum Beispiel MALTHUS zugeschrieben, der aus der Sicht der landwirtschaftlichen Produktion und begrenzter Bodenfläche zum Schluss auf Grenzen des Wachstums gelangte. Unter Ausklammerung der wachstumsfördernden Rolle des technischen Fortschritts gelangte MALTHUS mit Blick auf ständiges Bevölkerungswachstum zu einem düsteren Bild: Die Einkommen pro Kopf sinken solange, bis das Existenzminimum erreicht ist. Wird es unterschritten, reduziert sich auf natürliche Weise (Geburten, Krankheiten, Kriege) die Bevölkerung. Das solange, bis „Gleichgewicht“ hergestellt ist, und die Pro-Kopf-Einkommen wieder steigen.

Verstehen wir Nachhaltigkeit, einen inzwischen auch stark rhetorisch besetzten Begriff, als die Bewahrung dauerhaften Regenerationsvermögens von Natur und Wirtschaft, so ist diese nicht zum Nulltarif zu haben. Es braucht erwirtschafteter Mittel, um sie zu ermöglichen. Das betrifft auch Ökologie und Klimaschutz. Lebensnah vermittelt diesen Gedanken die Wirtschaftswoche:

*„Wachstum und technischer Fortschritt gehören zusammen. In einer Welt ohne Innovationen wären wir zur Stagnation verdammt. Wenn mir jemand sagt, er lehne Wachstum ab, dann entgegne ich, dass er dann auch Coronaimpfstoffe ablehnen müsse. Und ich lade jeden Degrowth-Ökonomen ein, zu einem Zahnarzt zu gehen, der ihn mit Instrumenten aus den Sechzigerjahren behandelt. Ich garantiere: Vor diese Wahl gestellt, wird er ein Wachstumsanhänger.“*

Quelle: Finkenzeller (2021)

- *Gegen Wachstum spricht:* Wirtschaftliches Wachstum beschleunigt die Ressourcenverknappung und schadet durch höheren Produktionsausstoß der Umwelt. Es ist technologisch nicht dauerhaft möglich, klimaschädigende Nebenwirkungen eines erhöhten Produktionsausstoßes völlig zu vermieden. Nachhaltigkeit hat eine qualitative, aber auch eine quantitative Komponente. Außerdem ist die Verfügbarkeit nicht reproduzierbarer Rohstoffe wie Erdöl begrenzt. Das heißt: Maximales Wachstum von heute ist Wohlstandsverringerung von morgen. Hinzu kommen bei steigender Produktion und zunehmender Globalisierung erhöhte und zur Umweltschädigung beitragende Gütertransporte. Die entscheidende Frage, ob sich Wirtschaftswachstum und Verbrauch natürlicher Ressourcen durch Wissenschaft und Technik vollständig entkoppeln lassen, wird aus diesem Betrachtungsstandpunkt mit „nein“ beantwortet.

### • Konzepte der Wachstumskritiker

- *Nullwachstum.* Die Wirtschaft reproduziert sich auf konstantem Niveau. Klassische Quelle dieses Konzepts ist der **Club of Rome** – eine 1968 in Rom gegründete private Vereinigung von ca. 100 Persönlichkeiten, die von der Besorgnis um die globalen Probleme der Menschheit getragen wurde. Diese werde nicht überleben, wenn sie weiter auf Verschwendug und Kurzsichtigkeit setzte. Die bekanntesten Arbeiten im Auftrag des Club of Rome sind „Grenzen des Wachstums“ (1972) und „Menschheit am Wendepunkt“ (1974). Die Prognosen und Lösungsvorschläge bleiben in Konkretheit und Wissenschaftlichkeit zum Teil hinter den beschriebenen Szenarien

zurück. Gefordert werden Verminderung des Bevölkerungswachstums, drastische Reduzierung des Rohstoffverbrauchs, Beschränkung von Produktion und Investition. Der Blick auf den Club of Rome zeigt auch, dass die Klimabewegung von heute und ihre Argumente nicht innerhalb weniger Jahre aus dem Nichts heraus entstanden sind. In seinem Buch „2052. Der neue Bericht an den Club of Rome“ gibt der Norweger, Jørgen RANDERS 2012 Antworten auf die Fragen des Club of Rome aus der Sicht heutiger Probleme und Erkenntnisse. Er fordert wie dieser einen Wertewandel und stellt gleichzeitig in den vergangenen 40 Jahren gewonnene Erkenntnisse und erzielte Erfolge in Rechnung.

- *Qualitatives Wachstum.* Gefordert wird eine Abkehr von quantitativem Wachstum, welches die Menge der produzierten Güter erhöht. Wohlstand kann sich auch vergrößern, wenn sich Qualität und Struktur der hergestellten Güter, nicht aber ihre Menge erhöhen. Ein Anstieg des Dienstleistungsanteils am Bruttoinlandsprodukt, materialärmere und umweltfreundlichere Produkte oder Rohstoffwiederverwendung durch Recycling sind Beispiele für qualitatives Wachstum. Ziel ist höhere Bedürfnisbefriedigung bei verbesserter Umweltqualität.
- *Angemessenes Wachstum.* Verneint wird nicht Wachstum an sich, auch nicht mengenmäßiges. Die Argumente für wirtschaftliches Wachstum werden anerkannt. Abgelehnt wird Wachstum ohne Grenzen und um jeden Preis. Im Interesse aller gesamtwirtschaftlichen Ziele wird ein Wirtschaftswachstum befürwortet, das die Grenzen des ihm gesetzten Korridors weder nach unten noch nach oben übertritt. Die Grenzen werden nicht numerisch definiert, sondern mit „angemessen“ beschrieben. Auf das Konzept vom angemessenen Wirtschaftswachstum werden wir im Zusammenhang mit deutscher Wirtschaftspolitik in diesem Kapitel noch zurückkommen.

Blicken wir abschließend noch einmal auf die eingangs vorgestellten neoklassische Wachstumsauffassung, die Erklärung von Wachstum aus dem freiem Agieren der Marktkräfte und deren Ergebnissen. Wachstum oder Nichtwachstum wäre nach dieser reinen Theorie nicht Ziel oder Konzept, sondern zu registrierendes Ergebnis. Natürlich haben wir in diesem Buch schon an vielen Stellen erkannt, dass es im Interesse übergreifender sozialer oder ökologischer Ziele durchaus möglich und erforderlich sein kann, durch staatliche Politik steuernd einzugreifen. Auch und gerade in einer sozialen Marktwirtschaft. Aber wir haben auch die Maxime „so viel wie nötig und nicht so viel wie möglich“ hervorgehoben. Diskussion hierzu mündet immer schnell in die Frage, wo die Grenzen einer Marktwirtschaft überschritten werden. In Bezug auf die Wachstumskontroversen bringt das WOLL treffend auf den Punkt. Im Anschluss an die Abwägung, ob das der Marktwirtschaft innerwohnende Leistungsstreben der Individuen ein ergebnisorientiertes Produkt von Erziehung und Umwelt sein könne, und bei Anerkennung von Entwicklungspotential der marktwirtschaftlichen wie jeder Ordnung, schreibt er:

„Doch ist es nicht einzusehen, wieso sie (die Ansicht der Sachverständigen, A.F.) als Antwort auf das Argument verstanden werden kann, Wachstum sei das Ergebnis von Einzelent-

*scheidungen. Nur wenn man unterstellt, man könne auf die ‚Erziehung und Umwelt‘ von Millionen Haushalten und Unternehmen so einwirken, dass das prognostizierte quantitative Wachstum exakt eintritt, ließe sich diese Antwort halten. Der utopische Charakter einer derartigen Ansicht ist evident. Es geht nicht darum, die Einwirkungsmöglichkeiten auf menschliches Handeln zu leugnen, sondern um die Implikation der Ansicht, dass Menschen in einer Weise beeinflussbar und ihre Umweltbedingungen so gestaltungsfähig sind, dass man nach einem Jahr ein Wirtschaftswachstum von z. B. 2,4 % erreicht.“*

Quelle: Woll (2011)

### 9.2.3 Vollbeschäftigung

Der Begriff der Beschäftigung bezieht sich im weitesten Sinne auf die Nutzung aller Produktionsfaktoren. Wird einer von ihnen nicht vollständig zum Zwecke der Produktion genutzt, so findet aus Sicht der gesamten Volkswirtschaft Ressourcenverschwendungen statt. Das gilt für die Faktoren Boden und Kapital ebenso wie für den Faktor Arbeit.

Im engeren Sinne und als gesamtwirtschaftliches Ziel wird „Beschäftigung“ als Auslastung oder Beschäftigung des Produktionsfaktors Arbeit verstanden. Davon wollen wir hier im Folgenden ausgehen.

Gesamtwirtschaftliche Ziele und Auslastung der Produktionsfaktoren werden vorrangig unter ökonomischem Aspekt gesehen. Ihr Einsatz bringt Ertrag, ihr Nichteinsatz entgangenen Ertrag. Das ist natürlich auch beim Produktionsfaktor Arbeit bzw. beim gesamtwirtschaftlichen Ziel dessen Vollbeschäftigung der Fall. Hinzu kommen hier aber zusätzlich zwei weitere wesentliche Aspekte.

**Erstens.** Träger von Arbeit und Beschäftigung ist der Mensch selbst. Der, für dessen Wohlergehen sich das gesamte Räderwerk der Wirtschaft dreht. Das verzahnt naturgemäß ökonomische und soziale Aspekte. Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen neben geringeren Einkommen mit Nebenwirkungen verbunden, die jenseits des Feldes der Ökonomie liegen. Ist Arbeitslosigkeit unfreiwillig und längerfristig, so nimmt sie den Betroffenen die Möglichkeit der Selbstverwirklichung, stellt sie ins gesellschaftliche Abseits, kann zu Verlust an Selbstachtung, Hoffnungslosigkeit und gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen.

**Zweitens.** Bei Nichtbeschäftigung bleiben nicht nur volkswirtschaftliche Erträge aus, es entstehen für die Gesellschaft nicht unbeträchtliche zusätzliche Kosten.

---

#### Beispiel

Zu Beginn des Jahres verfügte die Bundesagentur für Arbeit aus angesparten Beitragsgeldern der Arbeitgeber und Beschäftigten in Höhe von 26 Mrd. Euro. 2020 mussten, auch um die Folgen der Corona-Pandemie am Arbeitsmarkt abzufedern, 61 Mrd. Euro aufgewendet werden. 2019 waren das noch 33 Mrd. Euro. Dem standen 2020 Einnahmen von 34 Mrd. Euro gegenüber. Es ergab sich ein Defizit von 27 Mrd. Euro. Zu seiner Deckung wurden 20 Mrd. Euro aus den Rücklagen eingesetzt und 7 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt zugewiesen. Die verbleibenden 6 Mrd. Euro aus den Rück-

lagen werden für den Ausgleich eines Teils des für 2021 zu erwartenden Defizits verwendet. Bis zum Jahresende 2021 wird die über viele Jahre für Krisenphasen angesparte Rücklage der Bundesagentur für Arbeit aufgebraucht sein.

Ein hoher Teil der Aufwendungen in 2020 resultierte aus der Zahlung von Kurzarbeitergeld. In der Spalte des Lockdowns im Frühjahr 2020 befanden sich bis zu 6 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Dadurch stiegen die Ausgaben für Kurzarbeitergeld 2020 auf das historische Hoch von 22 Mrd. Euro. 2019 waren es noch 157 Mio. Euro, und in der gesamten Auswirkungsdauer der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2012 knapp 9 Mrd. Euro.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2021), Haufe (2020) ◀

Die Arbeitsmarktpolitik verfolgt das Ziel, durch Steuerung von Nachfrage und Angebot am Arbeitsmarkt zu einer hohen und stabilen Beschäftigung beizutragen. Bei dem angestrebten Gleichgewicht geht es nicht nur um ein numerisches (Zahl freier Stellen und Zahl an Bewerbern), sondern auch um ein strukturelles. Um fehlende Passfähigkeit („Missmatch“) zu verringern, bedarf es vor allem einer wirtschaftsnahen Qualifizierung und Vermittlung. Träger der Arbeitsmarktpolitik sind in Deutschland das Ministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die unter dessen Rechtsaufsicht tätige Bundesagentur für Arbeit. Hinzukommen als Akteure der Arbeitsmarktpolitik die Tarifparteien – Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Den rechtlichen Rahmen bilden vor allem das SGB II und das SGB III.

Drittes Buch Sozialgesetzbuch Arbeitsförderung	SGB III	24.12.1998	BGBI. I S. 594/95/55
Zweites Buch Sozialgesetzbuch Grundsicherung für Arbeitsuchende	SGB II	24.12.2003	BGBI. I S. 2954/55

In Bezug auf den Produktionsfaktor Arbeit ist die Vollbeschäftigung eine zentrale Kategorie der Volkswirtschaftslehre.

► **Vollbeschäftigung** ist ein volkswirtschaftlicher Zustand, bei dem alle Arbeitswilligen zum geltenden Lohn Arbeit finden.

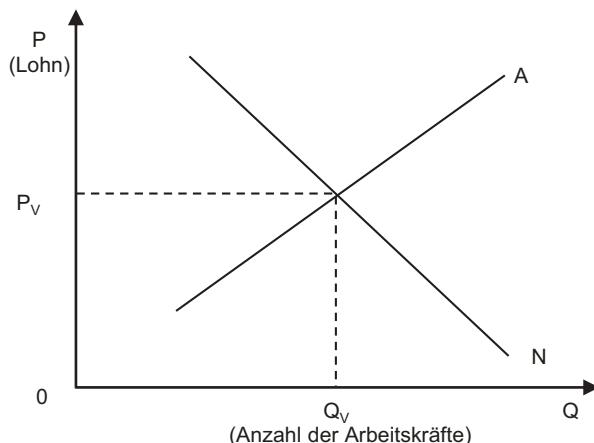
Diese Definition knüpft an das klassische Modell der Marktpreisbildung (vgl. Kap. 7) an. Am Markt für ein beliebiges Gut herrscht Gleichgewicht dann, wenn zum geltenden Gleichgewichtspreis jedes Angebot seine Nachfrage und jede Nachfrage ihr Angebot findet. Nachfrage- und Angebotsüberhänge werden durch die Reaktion des Preises ausgeglichen.

Übertragen wir dieses Grundmodell auf den Arbeitsmarkt, so vollzieht sich auf seiner theoretischen Abstraktionsebene der uns bekannte Mechanismus. Abb. 9.5 zeigt das Modell der Gleichgewichtspreisbildung am Arbeitsmarkt. Auf der vertikalen Preisachse wird

der Preis des Faktors Arbeit, der Lohn, abgetragen. Maßstab der horizontalen Mengenachse ist die Zahl der Arbeitskräfte.

In Abb. 9.5 begegnet uns das Herangehen des klassischen Liberalismus (und von Neoklassikern) an das Arbeitsmarktgleichgewicht. Nachfrage und Angebot reagieren wie auf einem beliebigen anderen Gütermarkt. Steigt der Preis (Lohn), so erhöht sich das Angebot an Arbeit in Richtung einer vollen Kapazitätsauslastung, die Nachfrage sinkt. Geht der Preis (Lohn) zurück, so sinkt das Arbeitsangebot und die Nachfrage nach Arbeit steigt. Im Schnittpunkt der Nachfragekurve und der Angebotskurve herrscht zum Gleichgewichtslohn ( $P_V$ ) Vollbeschäftigung ( $Q_V$ ). Diesen Zustand bezeichnet die Volkswirtschaftslehre als **Vollbeschäftigungsgleichgewicht**. Es handelt sich dabei im Modell um ein stabiles Gleichgewicht, wie wir es aus Kap. 7 kennen. Das heißt, Störungen im Verhältnis von Nachfrage und Angebot werden durch die Reaktion des Marktpreismechanismus absorbiert, und der Gleichgewichtspreis wird wiederhergestellt. Eine Unterbeschäftigung (Arbeitslosigkeit) löst Reaktionen im Mechanismus aus, die zur Vollbeschäftigung zurückführen.

Der offensichtliche Widerspruch zwischen diesem klassischen Preismodell vom Vollbeschäftigungsgleichgewicht und der Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise (1929–1933) bildete den Hintergrund für die Theorie von KEYNES (vgl. Kap. 1). Eine der wichtigsten Aussagen dieser Theorie ist: Vollbeschäftigung stellt sich nicht automatisch ein. Es kann auch einen dauerhaften Gleichgewichtszustand bei Unterbeschäftigung geben. Dieser Zustand heißt **Unterbeschäftigungsgleichgewicht**. KEYNES führt hierfür neben anderem eine Besonderheit des Arbeitsmarktes an: Im Gegensatz zu anderen Güterpreisen kann der Lohn (mit extremen Ausnahmen) ein einmal erreichtes Niveau nicht wieder unterschreiten, sondern nur noch überschreiten. Tariflöhne besitzen in der Praxis den Charakter von Mindestlöhnen. Damit fällt der Preis (Lohn) als flexibler Regulator von Nachfrage und Angebot zumindest nach einer Seite aus. Sinkt in der Phase wirtschaft-



**Abb. 9.5** Vollbeschäftigungsgleichgewicht

lichen Rückgangs die Nachfrage privater Unternehmen nach Arbeitskräften, ist die Folge nicht das Sinken der Löhne, sondern das Wachsen der Unterbeschäftigung. Hier knüpft die wirtschaftspolitische Forderung von KEYNES an, der Staat möge in dieser Phase die private Nachfragelücke nach Arbeit durch vermehrte eigene Aufträge schließen. Autobahnbau im Dritten Reich 1935, Konjunkturprogramme in den USA, Deutschland und anderen Ländern während und nach der Finanzkrise 2007/2008 oder ABM (bis 2012), Geförderte Arbeitsgelegenheiten (ab 2006) und Teilhabechancengesetz (2019) am deutschen Arbeitsmarkt sind wirtschaftliche Beispiele für antizyklische KEYNESianische Konjunkturförderprogramme.

### Beispiel

„Geförderte Arbeitsgelegenheiten“, besser bekannt als 1-Euro-Jobs, sind ein seit 2006 in Deutschland bestehendes Instrument zur Eingliederung Arbeitsuchender mit Vermittlungshemmnissen in den Arbeitsmarkt. Kriterien für diese öffentlich finanzierte Tätigkeit sind „Zusätzlichkeit“ (zum bestehenden Arbeitsmarkt), Wettbewerbsneutralität (zu privatwirtschaftlichen Anbietern) und öffentliches Interesse an den Arbeitsergebnissen. In der Hochzeit des Instruments 2006–2010 waren mehr als 10 % aller Langzeitarbeitslosen (SGB II) in solchen Maßnahmen beschäftigt. Aktuell ist dieser Anteil auf rund 4 % gesunken. ◀

Für die Bewertung der Beschäftigungssituation und die Ableitung wirtschaftspolitischer Maßnahmen ist die **Messung der Erwerbslosigkeit** eine wichtige Voraussetzung. Grundlage der Arbeitsmarktstatistik in Deutschland sind eine Reihe fest definierter Größen. Tab. 9.5 stellt diese vor und unterstellt sie mit konkreten Werten.

Die in Tab. 9.5 gezeigte Systematik des Statistischen Bundesamtes folgt der ökonomisch orientierten ILO-Statistik der International Labor Organization. Maßstab der Unterauslastung ist die Erwerbslosigkeit. Demgegenüber basiert die Kategorie der Arbeitslosigkeit auf der nach eher sozialen Kriterien ausgerichteten Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote sind in Politik und Medien gebräuchlicher, aber international weniger vergleichbar als die ILO-Statistik.

Tab. 9.6 zeigt einige ausgewählte Unterschiede in den beiden statistischen Ansätzen.

Die geringere Zahl der Menschen ohne Beschäftigung und demzufolge die niedrigere Quote in der ILO-Erwerbslosen-Statistik gegenüber der BA-Arbeitslosen-Statistik ergibt sich aus ihrer breiteren Auslegung und Definition des Beschäftigtenstatus. Wie sich die für den Arbeitsmarkt signifikanten Verhältnisse errechnen, schauen wir uns mit den Zahlen von 2020 in Tab. 9.7 an.

Die Erwerbslosenquote im internationalen Vergleich zeigt Tab. 9.8 für das Jahr 2019.

Von den vielen Interpretationsmöglichkeiten von Tab. 9.8 wollen wir eine wichtige herausgreifen. Im Unterschied zu anderen wirtschaftlichen Daten liegt bei der Erwerbslosigkeit das Problem (mit Ausnahmen) weniger in Übersee, sondern auf dem eigenen

**Tab. 9.5** Arbeitsmarktstatistik Deutschland (Quelle: Statista 2021d)

Statistische Größe	Wert für Deutschland 2020 in Tausend
Selbstständige	4012
+ Arbeitnehmer	40.682
= Erwerbstätige	44.694
+ Erwerbslose	1846
= Erwerbspersonen	46.540
+ Nichterwerbspersonen	36.620
= Bevölkerung	83.160

**Tab. 9.6** Arbeitsmarktstatistiken im Vergleich (Quelle: Statista 2021d)

Kriterium	ILO-Arbeitsmarktstatistik	BA-Arbeitsmarktstatistik
Erhebung	Stichprobenbefragung	Totalerhebung
Erwerbsfähigkeit	Alter: 15 bis 74 Jahre	Alter: 15 Jahre bis Rentenalter
Beschäftigungslos	wenn, weniger als 1 h/Woche	wenn, weniger als 15 h/Woche
Status erfüllt	Erwerbslos: Aktivitäten in letzten 4 Wochen	Arbeitslos: gemeldet und verfügbar
in Maßnahmen	„erwerbslos“	„nicht arbeitslos“
Zahl 2020	Erwerbslose: 1.846.000	Arbeitslose: 2.746.000
Quote 2020	Erwerbslosenquote: 4,0 %	Arbeitslosenquote: 5,9 %

**Tab. 9.7** Arbeitsmarktquoten (Quelle: Statista 2021d)

Statistische Größe	Berechnungsprinzip	Werte 2020 in Tausend	Quote
<b>Erwerbsquote</b>	Erwerbspersonen	46.540	56,0 %
	Bevölkerung	83.160	
<b>Erwerbslosenquote</b>	Erwerbslose	1846	4,0 %
	Erwerbspersonen	46.540	
<b>Arbeitslosenquote</b>	Arbeitslose	2746	5,9 %
	Erwerbspersonen	46.540	

Differenzen in der Zahl der Erwerbspersonen als Bezugsgröße von Erwerbslosen und Arbeitslosen ergeben sich aus der unterschiedlichen Berechnungsbasis. Zum Beispiel nimmt die Erfassung der Arbeitslosenquote Bezug auf „zivile Beschäftigte“. Die Erwerbspersonen definieren sich hier mit „alle zivilen Erwerbstätigen (inkl. Selbstständige und Beamte) + Arbeitslose“.

Kontinent – in Ländern Südeuropas. Und dort, wo die hier dargestellte Gesamterwerbslosigkeit am höchsten ist, ist es in noch größerem Maße die in der Statistik gesondert ausgewiesene für die Altersgruppe 15–24 Jahre. Das Phänomen der „Jugendarbeitslosigkeit“. Tab. 9.9 stellt beide Werte für 2019 gegenüber.

Hier zeigt sich Handlungsbedarf neben ökonomischer vor allem aus sozialpolitischer und generationenpolitischer Sicht. Europäische Programme wie MobiPro, in deren Rahmen Jugendliche aus südeuropäischen Ländern Bewerberlücken für Ausbildung in

**Tab. 9.8** Erwerbslosenquote im internationalen Vergleich (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021c)

Land	Erwerbslosenquote 2019 (in Prozent)
Deutschland	3,0
Frankreich	8,4
Griechenland	17,2
Italien	9,9
Russland	4,6
Spanien	14,0
Tschechien	1,9
Türkei	13,5
Großbritannien	3,9
Ägypten	10,8
Kenia	2,6
Südafrika	28,2
Brasilien	12,1
Mexiko	3,4
USA	3,7
Iran	11,4
Japan	2,3
Thailand	0,8
Vietnam	2,0

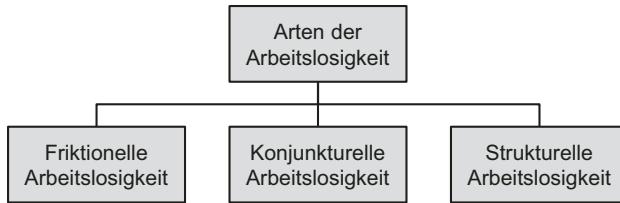
**Tab. 9.9** Jugenderwerbslosigkeit in Südeuropa (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021d)

Land	Erwerbslosenquote gesamt	Jugenderwerbslosenquote
Griechenland	17,2	35,1
Spanien	14,0	32,9
Italien	9,9	29,3
Türkei	13,5	23,7

Deutschland schlossen, waren ein guter Ansatz, wurden aber wegen kritischer Bewertung der Ergebnisse nicht fortgeführt.

Die Antwort auf eine wichtige Frage der Volkswirtschaftslehre sind wir bisher noch schuldig geblieben. Warum kommt es zu Arbeitslosigkeit? (Jenseits aller für die Statistik wichtiger Erfassungsfragen bleiben wir mit der Rückkehr zur Theorie bei diesem Begriff.) Die **Ursachen der Arbeitslosigkeit** sind vielschichtig. Ihre Unterscheidung führt, wie Abb. 9.6 zeigt, zu drei **Arten der Arbeitslosigkeit**. Diese sind hinsichtlich ihrer Dauer und den Möglichkeiten, ihnen mit wirtschaftspolitischen Mitteln beizukommen, sehr unterschiedlich.

**Friktionelle Arbeitslosigkeit** resultiert aus der natürlichen und ständigen Bewegung von Arbeitskräften zwischen Unternehmen, Berufen und Regionen. Sie wird deshalb auch als Fluktuations- oder Sucharbeitslosigkeit bezeichnet. Es ist wie eine fotografische Momentaufnahme, bei der immer ein kleiner Teil der Erwerbspersonen auf dem Weg von



**Abb. 9.6** Arten der Arbeitslosigkeit

einem Arbeitsplatz zu einem anderen angetroffen wird. Oft schließt sich die Aufnahme einer neuen Beschäftigung nicht ganz nahtlos an die Aufgabe der alten an. Friktionelle Arbeitslosigkeit trägt daher vorwiegend kurzfristigen Charakter und ist für die wirtschaftliche Stabilität harmlos. Sie ist Ausdruck der Mobilität am Arbeitsmarkt, die in einer modernen Wirtschaft größer ist als in früheren Epochen. Als der „Beruf fürs Leben“ noch die Regel war.

Teilweise wird der Begriff der friktionellen Arbeitslosigkeit auch auf die Ebene des Werdens und Vergehens von Unternehmen gehoben. Betriebe schließen und Betriebe werden neu gegründet. Hält sich beides die Waage, was in einer funktionierenden Wirtschaft die Regel ist, so ändert dieses erweiterte Verständnis nichts am Übergangscharakter friktioneller Arbeitslosigkeit. Werden dagegen über einen längeren Zeitraum mehr Arbeitsplätze beseitigt, als neu geschaffen, so wird aus friktioneller Arbeitslosigkeit in diesem weiteren Sinne eine strukturelle Arbeitslosigkeit, die eine Wirtschaft im Krisenmodus begleitet.

**Konjunkturelle Arbeitslosigkeit** tritt zyklisch dann auf, wenn im Konjunkturverlauf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Arbeit zurückgeht. Diesem Rückgang folgt im Aufschwung wieder eine erneute Zunahme der Nachfrage an Arbeit. Die Minderauslastung des Produktionsfaktors Arbeit hat einen mittelfristig kommenden und gehenden Charakter. So wie andere Konjunkturdaten auch. Im Rahmen seiner Konjunkturpolitik (vgl. Kap. 10) kann der Staat die Entstehung konjunktureller Arbeitslosigkeit steuernd eindämmen. Es gibt aber auch direkte Instrumente wie das konjunkturelle Kurzarbeitergeld, mit dem verhindert wird, dass Unternehmen im Abschwung Arbeitskräfte freisetzen und im Aufschwung einstellen müssen. Kurzarbeitergeld ist in dieser Rolle eine staatlich finanzierte Überbrückung konjunkturell bedingter personeller Unterauslastung.

**Strukturelle Arbeitslosigkeit** entsteht dann, wenn in einer Region oder in einer Branche die Nachfrage nach Arbeit langfristig und dauerhaft hinter das bestehende Angebot zurückgeht. Gründe hierfür können technologische Entwicklungen, Mismatch zwischen Qualifikationsprofil und Bedarfsprofil von Betrieben und Branchen, Einflüsse des Weltmarktes oder wirtschaftliche Krisen sein. Strukturelle Arbeitslosigkeit bedroht das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht am stärksten und nachhaltigsten. Sie erfordert daher das besondere Augenmerk staatlicher Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ebenso vielfältig wie die Ursachen müssen dabei auch die Konzepte und Instrumente zur Vermeidung struktureller Arbeitslosigkeit sein. Sie brauchen Komplexität, langfristigen Vorlauf und Finan-

zierung. Wichtiger Bestandteil von Programmen gegen strukturelle Arbeitslosigkeit ist immer die berufliche Weiterbildung. Von Beschäftigten, um Arbeitslosigkeit präventiv zu vermeiden und von Arbeitslosen um sie in neue Strukturen zu integrieren. So braucht es zum Beispiel eine Qualifizierungsoffensive zur Ausrichtung von Beschäftigtenprofilen an Digitalisierung und neue Arbeitswelten. Ebenso müssen Perspektiven von Branchen, die durch Corona-Lockdowns besonders betroffen waren, analysiert und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen angepasst werden. Das betrifft unter anderem Branchen wie Messen und Veranstaltungen oder Tourismus. Und es gibt dabei keine gesicherten Erkenntnisse. Beispielsweise darüber, ob es nach der Corona-Krise in Branchen wie dem Tourismus zu einer Rückkehr auf altes Niveau, dessen Überschreitung durch eine Nachholewelle oder einen dauerhaften Rückgang, auch in komplexer Verflechtung mit Klimapolitik, geben wird. Ein komplexes Beispiel für (drohende und zu vermeidende) strukturelle Arbeitslosigkeit für Branche und Regionen gleichermaßen ist der Kohleausstieg.

### Beispiel

Mit dem Kohleausstiegsgesetz vom 03.07.2020 soll in Deutschland die Förderung und Verstromung von Kohle bis 2038 beendet werden. Betroffen sind die drei Regionen Lausitz, Mitteldeutschland und Rheinisches Revier. Allein in der Lausitz, einem ohnehin strukturschwachen Gebiet, hängen direkt oder indirekt 24.000 Arbeitsplätze an der Braunkohle. Damit hat gegenüber vergleichbaren Zahlen von über 100.000 zu DDR-Zeiten bereits eine deutliche Verringerung eingesetzt. Mit dem Ergebnis des Wegzugs von rund 20 % der Bevölkerung in den letzten 20 Jahren. Der Strukturwandel in der Lausitz ist zu einem komplexen Projekt von Bund und den beiden beteiligten Ländern Brandenburg und Sachsen geworden. Zugessagt sind 17 Mrd. Euro Strukturwandelförderung, die u. a. für die Ansiedlung und Erweiterung alternativer Wirtschaftszweige, darunter Metallindustrie, Ernährungsindustrie und Tourismus sowie Existenzgründungen eingesetzt werden sollen. In diesem Rahmen ist die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen (z. B. der Außenstelle des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Weißwasser) geplant. Damit sollen allein 5000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden. Wichtig ist es, dass die langfristigen Konzepte struktureller Veränderungen und Anpassung von einem Qualifizierungskonzept für diejenigen begleitet wird, die Träger des strukturellen Wandels sind. Hier braucht es eine konzertierte Aktion aller Akteure der Arbeitsmarktpolitik. Eingeordnet sein kann dabei die bestehende Idee einer Lausitz-Akademie für Qualifizierung und Weiterqualifizierung. ◀

#### 9.2.4 Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Das Außenwirtschaftliche Gleichgewicht wird als gesamtwirtschaftliches Ziel mit zweierlei Inhalt definiert. Die einfachere, wenngleich nicht vollständige, Variante ist: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht herrscht dann, wenn Export und Import gleich groß sind, ihr

Saldo (**Außenbeitrag/Handelsbilanz**) folglich gleich Null ist. In diesem Falle besteht Gleichheit zwischen dem im Inland geschaffenen Einkommen Y und der Wertsumme der zur Verfügung stehenden Konsum- und Investitionsgüter (C+I). Gesamtwirtschaftliche Nachfrage und gesamtwirtschaftliches Angebot stimmen ceteris paribus überein. Dagegen führt ein permanenter Überschuss des Exports über den Import dazu, dass mehr Einkommen verteilt werden, als Güterangebot (C+I) im Inland verbleibt. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage übersteigt in diesem Falle das gesamtwirtschaftliche Angebot. Folge ist eine Tendenz zu Preisniveauerhöhung, zu Inflation. Umgekehrt muss ein Überschuss des Imports über den Export auf vier alternativen Wegen ausgeglichen werden: durch zukünftigen Exportüberschuss, durch Abbau der Währungsreserven zur Bezahlung des Saldos, durch Verschuldung oder durch Export von Kapital (vgl. Kap. 13). Eine Situation permanenten Importüberschusses wie in den USA oder permanenten Exportüberschusses wie in Deutschland der 1970er- und 1980er-Jahre signalisieren im hier verstandenen Sinne kein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Demgegenüber schwankt der Außenhandel Japans in den letzten Jahrzehnten nahezu zyklisch zwischen Export- und Importüberschüssen. Donald Trump hat seinen handelspolitischen Kurs des Protektionismus gegenüber Europa und China gerade mit der Notwendigkeit des Abbaus hoher Importüberschüsse der USA begründet.

Die Definition außenwirtschaftlichen Gleichgewichts über eine ausgeglichene Handelsbilanz (Export = Import) lässt die Kapitalbewegung aus dem Ausland und in das Ausland außer Acht. Deshalb stellt die zweite Definitionsvariante den Ausgleich eines Export-Import-Saldos in der Handelsbilanz durch einen entgegengerichteten Saldo von Kapitalexport und Kapitalimport in Rechnung. Sie lautet: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht besteht dann, wenn die **Zahlungsbilanz** (als Summe von Handelsbilanz und Kapitalbilanz) ausgeglichen ist. Das ist der Fall, wenn die Devisenströme aus dem Ausland in das Inland genauso groß sind, wie die Devisenströme aus dem Inland in das Ausland. In diesem Falle bleiben die Devisenreserven konstant. Sinken die Devisenreserven, so sind sie irgendwann aufgebraucht. Steigen sie, kommt im Gegenzug mehr inländische Währung in Umlauf. Was nach der FISHERschen Verkehrsgleichung (vgl. Kap. 3) die Gefahr der Inflation in sich trägt. Ausführlicher wollen wir uns in Kap. 13 mit diesem Thema befassen.

---

### 9.3 Zielverträglichkeit und Zielkonflikte

Mit der zurückliegenden Einzelbetrachtung jedes der vier gesamtwirtschaftlichen Ziele haben wir den Grundstein gelegt, um uns nun die Wechselwirkungen zwischen ihnen zu erklären. Gäbe es nur ein Ziel, hätte es die Wirtschaftspolitik leicht. Sie brauchte nur alles zu tun, dass es möglichst vollständig erreicht wird. Ähnlich wäre es, wenn die vier unabhängig voneinander wären. Das sind sie aber nicht, und das macht die Wirtschaftspolitik zur Kunst. Zur Kunst, ein Zielsystem in seiner Wechselwirkung zu erfassen, Konflikte auszusteuern, Kompromisse einzugehen und notfalls Prioritäten zu setzen. Das Verfolgen eines Ziels kann dem zweiten förderlich und dem dritten hinderlich sein. Alle Ziele gleich-

zeitig in vollem Maße zu erreichen, ist aufgrund ihres teilweisen gegenseitigen Konkurrenz ein unmögliches Unterfangen. Wir haben diese Herausforderung schon eingangs dieses Kapitels mit dem Attribut „magisch“ beschrieben.

In diesem Abschnitt wollen wir einige ausgewählte Zielharmonien und Zielkonflikte vorstellen und näher betrachten.

### 9.3.1 Zielverträglichkeit

Zielverträglichkeit liegt dann vor, wenn das Erreichen des einen Ziels das Erreichen des anderen Ziels nicht behindert, sondern ihm sogar förderlich ist.

Das klassische Beispiel ist hier das Verhältnis zwischen den Zielen **Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung**. Wenn einer nach „Wachstum und Beschäftigung“ googelt, wird ihm eine Fülle an Beiträgen begegnen. Setzen wir alle anderen Umstände, vor allem Technologie und Arbeitsproduktivität, als unverändert an, so gilt: Ein höherer volkswirtschaftlicher Output (Wachstum) erfordert einen höheren Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit (Beschäftigung). Der Satz „Wachstum schafft Arbeitsplätze“ sowie Argumente pro Wachstum basieren auf dieser Erkenntnis. Der Zusammenhang lässt sich an der Entwicklung von Wachstumsrate und Arbeitslosenquote im Konjunkturverlauf nachweisen.

Auch zwischen **Geldwertstabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht** besteht Zielverträglichkeit. Wenn unter sonst gleichen Bedingungen (Preisniveau im Ausland, Wechselkurs, Kapitaltransfer) der Geldwert sinkt, also das Preisniveau steigt, verteuern sich die Exporte, während die Importe billiger werden. Die Folge sind in diesem Falle ein Importüberschuss, Devisenabfluss und gestörtes außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Steigt der Geldwert, sinkt also das Preisniveau, so tritt das Gegenteil ein: Die Exporte verbilligen sich und übersteigen die sich verteuerten Importe. Als Folge fließen der Volkswirtschaft per Saldo Devisen zu und eigene Währung gelangt im Gegenzug zusätzlich in Umlauf. Auch hierdurch wird das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gestört. Soll dieses aber erhalten bleiben, ist, wie wir gesehen haben, ein stabiles Preisniveau hilfreich.

Das Verhältnis von Preisniveau und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht sowie die Rolle des Wechselkurses zwischen inländischer und ausländischer Währung soll in Kap. 13 weiter vertieft werden.

### 9.3.2 Zielkonflikte

Stehen zwei gesamtwirtschaftliche Ziele in Konflikt zueinander, so schließt das volle Erreichen des einen Ziels das volle Erreichen des anderen aus. Auf den Konflikt zwischen **Wachstum** und dem zum erweiterten Zielkreis gehörenden **Klima- und Umweltschutz** hatten wir bereits unter „Wachstumskontroversen“ in Abschn. 9.2 hingewiesen.

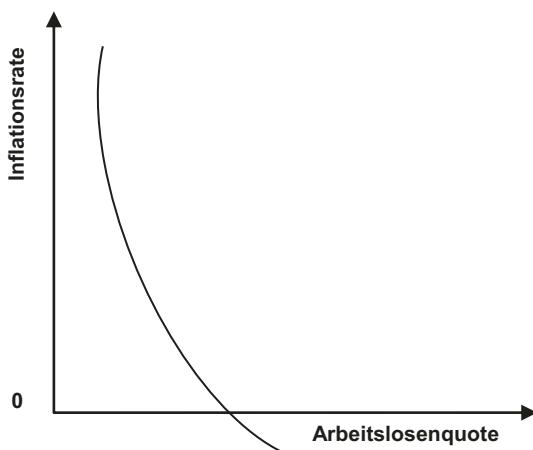
Ein weiterer Zielkonflikt besteht zwischen (maximalem) **Wachstum** und **Vollbeschäftigung** auf der einen und **Geldwertstabilität** auf der anderen Seite. Übersteigt das Wirtschaftswachstum die Kapazitätsgrenzen einer Volkswirtschaft, so entsteht ein Nachfrageüberhang, das Preisniveau steigt und der Geldwert sinkt. Mit gleichzeitigen destabilisierenden Wirkungen auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, wie wir wissen. Wird umgekehrt eine gefährdete Geldwertstabilität wiederhergestellt, so kann das zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung gehen. Weil Stabilisierung des Preisniveaus eine Verknappung des Geldangebotes erfordert. Diese kann über steigende Zinsen erreicht werden, die ihrerseits Kredite teurer machen und private Investitionen dämpfen. Gerade aber diese sind Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Ein „magisches“ Wirkungsflecht.

Ein klassisches Beispiel für die Modellierung von Zielkonflikten ist die **PHILLIPS-Kurve**. Sie veranschaulicht den Konflikt zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote, also zwischen den gesamtwirtschaftlichen Zielen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung. Der englische Ökonometriker Alban William PHILLIPS (1914–1975) beschrieb im ursprünglichen Modell zunächst

die Beziehung zwischen der Inflationsrate und der Nominallohnnerhöhung in England. Ergebnis war, dass bei hoher Beschäftigung größere Lohnsteigerungen durchgesetzt werden können als bei hoher Arbeitslosigkeit. Paul A. SAMUELSON (1915–2009) und Robert Merton SOLOW (\*1924) modifizieren das ursprüngliche Modell, indem sie das Durchwirken von Lohnerhöhungen auf das Preisniveau (Kostendruckinflation) unterstellen. Abb. 9.7 zeigt an der modifizierten PHILLIPS-Kurve das wirtschaftspolitische Dilemma zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Zunehmende Beschäftigung, so ist das Ergebnis, führt tendenziell zu Inflation.

In der Wirtschaftspraxis ist der durch die PHILLIPS-Kurve modellierte logisch nachvollziehbare Zusammenhang von Inflationsrate und Arbeitslosenquote empirisch nur sehr eingeschränkt nachweisbar. Das resultiert vor allem aus der Überlagerung durch weitere

**Abb. 9.7** Modifizierte PHILLIPS-Kurve



Faktoren, die Inflation und Arbeitslosigkeit beeinflussen. Die hier vorgestellten Zielharmonien und Zielkonflikte können im Modell immer durch den Ausschluss anderer Wirkungen („*ceteris paribus*“) luppenrein dargestellt werden. In der realen Statistik gibt es aber kein „*ceteris paribus*“. Einzelne Wirkungen überlagern sich und lassen sich nicht oder nur schwer aus empirischen Daten herausfiltern.

Das ändert nichts an der Herausforderung der Politik, geeignete Rahmenbedingungen für gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht in all seinen Komponenten zu setzen. Die Unverträglichkeit zwischen einzelnen Zielen zwingt die staatliche Wirtschaftspolitik dabei zu Kompromissen und zum Setzen von Prioritäten. Es ist sowohl möglich, vertretbare Abstriche bei allen Zielen gleichermaßen zu machen und sie so alle auf Augenhöhe über die Ziellinie zu bringen. Als auch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf das wichtigste oder am stärksten gefährdete Ziel zu konzentrieren und Rückstände bei den anderen in Kauf zu nehmen. Konflikte zwischen gesamtwirtschaftlichen Zielen können dabei auch zu Konflikten bei der Priorisierung durch staatliche Entscheidungsträger und politische Parteien und zu Konflikten zwischen wirtschaftspolitischen Instrumenten zur jeweiligen Zielerreicherung führen.

---

## 9.4 Kriterien und Ziele in der deutschen Wirtschaftspolitik

### 9.4.1 Das Stabilitätsgesetz

Die Akzeptanz von Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht als gesamtwirtschaftliche Ziele sagt noch nichts Konkretes darüber, welche Rolle dem Staat bei der Erreichung dieser Ziele zugebilligt wird. Aus Kap. 1 kennen wir die unterschiedlichen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen zur Rolle des Staates in der Wirtschaft. Das bezieht sich selbstverständlich auch auf seine Aufgaben bei der Wahrung oder Wiederherstellung wirtschaftlichen Gleichgewichts.

In Deutschland steht diese Rolle in Übereinstimmung mit dem Grundkonzept der sozialen Marktwirtschaft, so wie wir es aus Kap. 5 kennen. Pflichten von Bund und Ländern werden in diesem Zusammenhang durch das **Stabilitätsgesetz** geregelt.

Stabilitätsgesetz	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	StabG	08.06.1967	BGBI.I 582
-------------------	--	-------	------------	---------------

Das Stabilitätsgesetz hat seit seiner Verabschiedung 1967 einige Novellen erfahren, die seine Ausrichtung aber nicht wesentlich ändern. Auch nach zwischenzeitlichen Überprüfungen (z. B. 2015) steht die deutsche Politik weiter zur grundsätzlichen Ausrichtung des Gesetzes. Das wird unter anderem durch ein Dokument des Deutschen Bundestages zum 50-Jährigen Jubiläum 2017 manifestiert. Es ist wichtig, hier darauf hinzuweisen, weil

wir unter Abschn. 9.5 sehen werden, dass diese „Treue“ in der Literatur nicht umstritten ist.

In § 1 bezeichnet das Stabilitätsgesetz die Ziele staatlicher Stabilitätspolitik in Deutschland sowie die Mittel zu ihrer Erreichung.

*„Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“*

Quelle. StabG 1967, § 1

Die hier komprimierten Positionen sind so wichtig, dass wir sie kurz kommentieren wollen:

1. Die im „magischen Viereck“ enthaltenen gesamtwirtschaftlichen Ziele sind Maxime der deutschen Wirtschaftspolitik und werden durch diese anerkannt.
2. Der Staat ist nach dem Stabilitätsgesetz kein „Nachtwächterstaat“. Ihm werden Recht und Pflicht zur stabilitätspolitischen Gestaltung übertragen. Dabei werden gleichzeitig die nicht zu überschreitenden Grenzen der marktwirtschaftlichen Ordnung gesetzt.
3. Das Stabilitätsgesetz setzt auf die Verfolgung aller vier Ziele gleichzeitig und nicht auf Selektion. Das erfordert einschränkende Attribute, die es im Gesetz auch gibt: „Hoher Beschäftigungsstand“ (und nicht Vollbeschäftigung) oder „angemessenes Wirtschaftswachstum“. Damit wird bei der Verfolgung aller Ziele gleichzeitig den bestehenden Zielkonflikten Rechnung getragen.

Die Relativierung mancher Ziele führt in der Praxis dazu, dass man, ohne dass es hierfür autorisierte Werte gibt, von gesamtwirtschaftlicher Stabilität spricht, wenn die Inflationsrate nicht größer als 2 Prozent, die Arbeitslosenquote nicht höher als 3 Prozent und das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts bei 2 bis 3 Prozent liegt. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht besteht (in seinem engeren Verständnis) dann, wenn der Saldo aus Export und Import ein Verhältnis von 2 bis 3 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt nicht überschreitet.

Entsprechend den Bestimmungen des Stabilitätsgesetzes legt die Bundesregierung im Januar jeden Jahres einen **Jahreswirtschaftsbericht** vor. Dieser Bericht enthält:

- Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten des Sachverständigenrates zur Be-gutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung;
- Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele („Jahresprojektion“);
- Darlegung der im laufenden Jahr dafür geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die tatsächlich eingetretenen Werte des abgelaufenen Jahres werden in der Jahresprojektion mit den ursprünglich angestrebten Zielindikatoren verglichen. Tab. 9.10 zeigt diese Werte für das Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr.

Der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** veröffentlicht seinen Jahresgutachten (seit 1963) Mitte November jeden Jahres. Damit schafft er für den zwei Monate später vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung eine sehr aktuelle Bezugsbasis. Der Sachverständigenrat setzt sich aus fünf unabhängigen Wirtschaftswissenschaftlern („5 Weise“) zusammen und hat für die Wirtschaftspolitik eine beratende Funktion. Dafür erstellt er jährliche Gutachten sowie Sondergutachten – das letzte 2020 zur „Gesamtwirtschaftliche(n) Lage angesichts der Corona-Pandemie“. Aufgabe des Jahresgutachtens ist es, zu untersuchen, wie die Ziele Geldwertstabilität, hoher Beschäftigungsstand, angemessenes Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht gewährleistet werden. Auf dieser Basis weist der Sachverständigenrat auf Fehlentwicklungen und alternative Lösungsmöglichkeiten hin.

*„Die Politik hat in der Krise rasch und entschlossen gehandelt. ... Das Konjunkturpaket ist jedoch nicht in allen Teilen zielgenau. So zeigt sich etwa in einer durch den Sachverständigenrat durchgeführten Umfrage, dass von der befristeten Senkung der Umsatzsteuer nur in geringem Maß die von der Krise besonders betroffenen Haushalte profitieren und die Weitergabe der Steuersenkung nur teilweise zu mehr Konsum führt.“*

Quelle: Sachverständigenrat (2021)

## 9.4.2 Gleichgewicht in Zahlen

Schließlich soll nun die Entwicklung der signifikanten Gleichgewichtsindikatoren in Deutschland über einen längeren Zeitraum verfolgt werden. Tab. 9.10 zeigt die Entwicklung von Inflationsrate, Wachstum des realen BIP, Arbeitslosenquote und dem Verhältnis von Außenbeitrag zum BIP von 2000 bis 2020.

Ausgewählte Aussagen der Werte in Tab. 9.11 sind:

1. Die Gleichgewichtsindikatoren für die deutsche Wirtschaft entwickeln sich über einen längeren Zeitraum stabil. Die Werte verlassen zeitweise den engeren Gleichgewichtskorridor, kehren aber immer wieder in ihn zurück. Damit erfüllen sie insgesamt die

**Tab. 9.10** Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2020

in %	Preisniveau-stabilität		Angemessenes Wirtschaftswachstum		Hohe Beschäftigung		Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	
2020	Inflationsrate		BIP real		Arbeitslosenquote		Außenbeitrag zu BIP	
	Projektion	IST	Projektion	IST	Projektion	IST	Projektion	IST
	1,4	0,6	1,0	- 5,0	4,9	5,9	6,6	5,7

Arbeitslosenquote hier: Bezugssgröße ausschließlich „abhängige Erwerbspersonen“

Bedingungen eines stabilen wirtschaftlichen Gleichgewichts. Absehen wollen wir hier von der Ausnahmesituation im Corona-Jahr 2020.

2. Zum 01.01.2000 wurde in Deutschland die D-Mark als geltende Währung durch den Euro abgelöst. Die Zuständigkeit zur Sicherung der Geldwertstabilität ging damit von der Deutschen Bundesbank an die Europäische Zentralbank über. Die Entwicklung der Inflationsrate als Indikator der Geldwertstabilität lässt sich davon nichts anmerken und spricht für einen nahtlosen Wechsel. Das setzt sich in den Folgejahren bis heute fort.
3. Die Fußnote in Tab. 9.10 verweist eine Berechnungsbasis der Arbeitslosenquote, die von denen in vorherigen Statistiken abweicht. Indem nur abhängige Erwerbspersonen (im Sinne SV-pflichtiger Beschäftigung) und nicht Selbstständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte einbezogen werden, ist die Bezugsbasis kleiner und die Quote höher. Dennoch ruft der mit 11,7 % 2005 erreichte Höchstwert seit der deutschen Wiedervereinigung nach Erklärung. Diese liegt vor allem in der statistischen Erfassung. Zum 01.01.2005 wurde auf der Basis des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu Arbeitslosengeld II zusammengelegt. Damit wurden bisherige Sozialhilfeempfänger (ca. 300.000) zusätzlich in der Arbeitslosenstatistik erfasst. In den Folgejahren geht die Arbeitslosenquote wieder deutlich nach unten. Ob *auch* im Ergebnis der veränderten Arbeitsmarktpolitik, soll eigenständigen Untersuchungen überlassen bleiben.
4. Die Finanzkrise in den USA 2007 führte in den Jahren 2008 und 2009 zu einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 mit drastischen Produktionseinbrüchen in wichtigen Branchen und Wachstumsrückgängen in den Wirtschaften. Grund waren u. a. verknappte Liquidität der Banken und hoher Vertrauensverlust. Ein außergewöhnliches „Negativwachstum“ (Rückgang des realen BIP) von – 5,5 % 2009 zeigt in Tab. 9.11 die Folgen für die deutsche Wirtschaft.

**Tab. 9.11** Gleichgewichtsindikatoren: Langfristige Entwicklung in Deutschland (Quelle: Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung. Verschiedene Jahrgänge)

Jahr	Preisniveaustabilität	Angemessenes Wirtschaftswachstum	Hohe Beschäftigung	Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
in %	Inflationsrate	BIP real	Arbeitslosenquote	Außenbeitrag zu BIP
<b>2000</b>	1,5	2,9	9,7	1,0
2001	1,9	0,6	9,4	1,4
2002	1,4	0,2	9,8	1,5
2003	1,0	– 0,1	10,5	– 0,6
2004	1,5	1,7	10,5	1,2
<b>2005</b>	1,3	0,9	11,7	0,4
2006	1,4	2,5	10,8	0,7
2007	1,7	2,5	9,0	1,5
2008	2,2	1,3	7,8	– 0,3
2009	0,1	– 5,0	8,2	– 3,4
<b>2010</b>	1,8	3,6	7,7	1,1
2011	2,2	3,0	7,1	0,8

(Fortsetzung)

**Tab. 9.11** (Fortsetzung)

Jahr	Preisniveaustabilität in %	Angemessenes Wirtschaftswachstum BIP real	Hohe Beschäftigung Arbeitslosenquote	Außenwirtschaftliches Gleichgewicht Außenbeitrag zu BIP
2012	2,0	0,7	6,8	1,1
2013	1,6	0,4	6,9	- 0,3
2014	1,0	1,6	6,7	0,4
<b>2015</b>	0,6	1,7	6,4	0,2
2016	0,6	1,9	6,1	- 0,3
2017	1,7	2,2	5,7	0,2
2018	1,6	1,5	5,2	1,5
2019	1,3	0,6	5,0	0,6
<b>2020</b>	0,6	- 0,5	5,9	5,7

Arbeitslosenquote hier: Bezugsgröße ausschließlich „abhängige Erwerbspersonen“

5. Der Außenbeitrag im Verhältnis zum BIP schwankt bis 2019 um die Null – zwischen -3,4 % und + 1,5 %. Damit werden beschriebene Probleme dauerhaft hoher Export- oder Importüberschüsse vermieden und außenwirtschaftliches Gleichgewicht gesichert.
6. Die langfristige Entwicklung der Gleichgewichtsindikatoren lässt eine wellenförmige Entwicklung erkennen. Die Inflationsrate schwankt im Korridor zwischen 2,2 % und 0,1 %, die Wachstumsrate zwischen - 0,1 % und 3,0 % und die Arbeitslosenquote zwischen 9,7 % und 5,0 %. Die wellenförmigen Schwankungen weisen auf das Reagieren der Indikatoren auf die konjunkturelle Entwicklung hin. Hierauf wollen wir in Kap. 10 zurückkommen.

---

## 9.5 Zieldiskussion und Zielerweiterung

### 9.5.1 Fortgeltung der vier klassischen Ziele

Mit Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht haben vier wesentliche Kriterien wirtschaftlicher Stabilität Eingang in das „Magische Viereck“ gefunden. Sie werden in der Literatur nicht infrage gestellt und bilden den Kern der Wirtschaftspolitik bzw. den Maßstab, an deren Erfolg sie gemessen wird.

Gleichzeitig sind die Ecken des magischen Vierecks zumindest in ihrer Zahl willkürlich ausgewählt und erheben nicht den Anspruch auf totale Repräsentanz wirtschaftlichen Wohlergehens. Ebenso gibt es in der Wirtschaftspolitik nicht vier Schubladen, aus denen je nach Bedarf die Instrumente entnommen werden.

Vor diesem Hintergrund gibt es in der Literatur Stimmen, nach denen die Gleichgewichtskriterien zu überdenken und vor allem zu erweitern sind und nach denen das mit ihnen eng verbundene Stabilitätsgebot einer Modernisierung bedarf. Wir wollen im Folgenden zwei Grundtendenzen der Zielerweiterung näher betrachten.

### 9.5.2 Magisches Sechseck: Umwelt und Verteilung

Das magische Viereck stellt in den Mittelpunkt gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor allem ökonomische Faktoren. Selbst deren Ausrichtung und damit der des Stabilitätsge setzes (angebots- oder nachfrageorientiert – vgl. Kap. 10) ist umstritten. Vor allem aber für eine funktionierende Wirtschaft wichtige soziale und ökologische Faktoren, so die Argumentation, bleiben unberücksichtigt und müssen einbezogen werden.

Auch wenn das magische Viereck nach wie vor eine feste Größe ist, ist der Platz sozialer und ökologischer Kriterien im gesamtwirtschaftlichen Zielkanon unstrittig. Deshalb ist die Erweiterung des magischen Vierecks zum magischen Sechseck als Grundlage der Wirtschaftspolitik anerkannter Lehrinhalt. Die zusätzlichen zwei Ecken sind:

- Erhaltung einer lebenswerten Umwelt
- Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Die hohe Aktualität des ökologischen Ziels wird Gegenstand von Kap. 14 sein. Zum sozialen Ziel der gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung wird auf Abschn. 4.5 verwiesen. Beide Kriterien nehmen einen wichtigen Platz in den Gutachten des Sachverständigenrates und Jahreswirtschaftsberichten der Bundesregierung ein. Der Schutz der natürlichen Lebensbedingungen hat mit Artikel 20 a Eingang in das Grundgesetz gefunden. Einer zu starken Vergrößerung der Einkommensschere wird in Deutschland mit dem Mindestlohngesetz von 2014 entgegengewirkt.

Im Unterschied zu den vier Indikatoren des magischen Vierecks (vgl. Jahresprojektion Tab. 9.10) sind die ökologischen Ziele und die sozialen Verteilungsziele in hohem Maße qualitativer Natur oder zumindest nicht in einem zentralen Wert darstellbar.

Die bisher dargestellte Komplexität in der Verflechtung der Zielgrößen nimmt natürlich bei ihrer Erweiterung von vier auf sechs zu. Und damit die Herausforderungen an die Politik. Das klassische Beispiel von Wachstum und Umwelt haben wir bereits unter dem Thema „Zielkonflikte“ vorweggenommen.

### 9.5.3 Vorschläge zur Vervielfachung der Indikatorenliste

Sicherlich ist es nicht zu vermeiden, dass die Erweiterung des magischen Vierecks bzw. des magischen Sechsecks durch weitere zweifellos für eine funktionierende Wirtschaft und allgemeine Wohlfahrt wichtige Ziele eine Eigendynamik entwickelt.

So legte 2013 die Enquete-Kommission (vom Bundestag eingesetzte überfraktionelle Arbeitsgruppe) in ihrem Schlussbericht ein Bündel von 10 Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität vor: Materieller Wohlstand (Pro-Kopf-Einkommen, Einkommensverteilung und Staatsschulden), Soziales/Teilhabe (Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Freiheit) sowie Ökologie (Treibhausgase, Stickstoff und Artenvielfalt). (Enquete-Kommission 2013).

Noch komplexer ist ein 40 Indikatoren umfassendes alternatives Zielmodell von KOLL. In ihm sind neben bereits Bekanntem wie Stabilität des Preisniveaus Indikatoren wie Armutsrisko, Bildung, politische Teilhabe, persönliche Aktivitäten, soziale Kontakte, Lebenszufriedenheit, Immobilienpreislücke oder öffentliche Entwicklungshilfe enthalten. (Koll 2016)

Die meisten Erweiterungsvorschläge an gesamtwirtschaftlichen Zielbündeln reagieren auf zunehmende Komplexität globaler Herausforderungen und deren Prioritätsveränderungen in der Zeit. Eine praktikable Jahresprojektion auf ihrer Basis ist indes schwer vorstellbar. Wir müssen sicherlich unterscheiden zwischen möglichst vollständigen Zielmodellen und wirtschaftspolitischer Praktikabilität und Funktionalität. Das erfordert weniger gut gemeinte Verzettelung als Mut zur Komprimierung.

#### I. Themenprägende Begriffe

- Gesamtvolkswirtschaftliches Gleichgewicht
- magisches Viereck, magisches Sechseck
- Preisniveaustabilität
- Wirtschaftswachstum
- Vollbeschäftigung
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Erhaltung einer lebenswerten Umwelt
- Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung
- Inflation
- Wachstumskontroversen
- Vollbeschäftigungsgleichgewicht
- Zielverträglichkeit und Zielkonflikte
- Stabilitätsgesetz
- Jahresgutachten des Sachverständigenrates
- Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

#### II. Fragen zur Überprüfung

- Worin unterscheiden sich einzelwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Ziele?
- Welche wirtschaftspolitischen Ziele umfasst das magische Viereck?
- Was ist am magischen Viereck „magisch“?
- Worin bestehen die Erweiterung des magischen Sechsecks und ihre Bedeutung?
- Welche Beziehung besteht zwischen Geldwertstabilität, Kaufkraft und Inflation?
- Worin unterscheiden sich Nominallohn und Reallohn?
- Welche Ursachen und Wirkungen hat Inflation?
- Welche Argumente sprechen für und gegen Wirtschaftswachstum?
- Welche Formen der Arbeitslosigkeit werden unterschieden?
- Was ist in Deutschland die gesetzliche Grundlage der Arbeitsmarktpolitik?

- Wie harmonisiert das Stabilitätsgesetz die vier zentralen wirtschaftlichen Ziele?
- In welchem Verhältnis stehen Jahresgutachten des Sachverständigenrates und Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung?

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Bundesagentur für Arbeit (2021) *Haushalt der BA: Rekordausgaben im Jahr 2020*, [Haushalt der BA: Rekordausgaben im Jahr 2020 – Bundesagentur für Arbeit \(arbeitsagentur.de\)](https://www.destatis.de/DE/Service/Bibliothek/gesamtkatalog.pdf) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Deutsche Bundesbank (2019) *Zum Einfluss der Löhne auf die Preise in Deutschland: Ergebnisse ausgewählter empirischer Analysen*, Monatsberichte (09/2019) S. 15 – 39
- Deutsche Bundesregierung *Jahreswirtschaftsbericht 2021*, Übersicht 10
- Deutscher Bundestag (2017) *Vor 50 Jahren: Bundestag beschließt das Stabilitätsgesetz*, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw19-kalenderblatt-stabilitaetsgesetz-505290> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Doll, F., Schürmann, C. (2021) *Da helfen nur Warren Buffett und Rohstoffe*, Wirtschaftswoche 26/2021, S. 77
- Enquete-Kommission (2013) *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität*, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Fischer, M., Heissler, J., Kiani-Kress, R., Reimann, A., Steinkirchner, P. (2012) *Im Strudel der Preise*, Wirtschaftswoche 23/2021, S. 19
- Haufe Online Redaktion (2020) *Hohe Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit* [https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/personal-tarifrecht/hohe-ausgaben-der-bundesagentur-fuer-arbeit\\_144\\_525322.html](https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/personal-tarifrecht/hohe-ausgaben-der-bundesagentur-fuer-arbeit_144_525322.html) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Koll, W. (2016) *Von Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zum Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz*, Wirtschaftsdienst, Heft 1 / 2016, S. 40–48
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. *Jahresgutachten 2020/21, Corona-Krise gemeinsam bewältigen. Resilienz und Wachstum stärken*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, S. 3
- Statista (2021a) *OPEC-Rohöl: Preisentwicklung bis 2021*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/810/umfrage/rohohoelpreisentwicklung-opec-seit-1960/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021b) *Inflationsrate in Deutschland von 1950 bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4917/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-seit-1948/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021c) *Die 20 Länder mit der höchsten Inflationsrate 2020* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157867/umfrage/ranking-der-25-laender-mit-der-hoechsten-inflationsrate/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021d) *Bevölkerung / Erwerbspersonen/ Erwerbstätige/ Erwerbslose/ Arbeitslose/ Erwerbslosenquote/ Arbeitslosenquote/ Erwerbsquote Einwohnerzahl von Deutschland bis 2020 | Statista* Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept bis 2020 | Statista Anzahl der Erwerbslose in Deutschland bis 2020 | Statista Erwerbslosenquote in Deutschland bis 2020 | Statista Arbeitslosenquote in Deutschland 2021 | Statista (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021a) *Gesamtkatalog 2021, Stand: September 2021*, Fachserie 17, Reihe 17, Preise Verbraucherpreisindizes für Deutschland, <https://www.destatis.de/DE/Service/Bibliothek/gesamtkatalog.pdf> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

- Statistisches Bundesamt (2021b) *Entwicklung der Reallöhne, der Nominallöhne und der Verbraucherpreise*, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Tabellen/liste-reallohnentwicklung.html> (letztes Zugriffsdatum. 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021c) *Basistabelle Erwerbslosenquote 2019* [https://www.destatis.de/DE-Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle\\_Erwerbslosenquote](https://www.destatis.de/DE-Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_Erwerbslosenquote) (letztes Zugriffsdatum. 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021d) *Basistabelle Jugenderwerbslosenquote 2019* [https://www.destatis.de/DE-Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle\\_Jugenderwerbslose.html](https://www.destatis.de/DE-Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_Jugenderwerbslose.html) (letztes Zugriffsdatum. 18.10.2021)
- Statistisches Jahrbuch 2019 *Deutschland und Internationales*, S. 241, 246, **358**, 367, 376, 418, **678, 679**
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 398
- Zeinlinger, T. (2021) *Das Mysterium der Preise*, in: Wirtschaftswoche 31/2021, S. 39

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Chaloupek, G./ Feigl, G. (2012) *Die Wachstumskontroverse vor vierzig Jahren und heute*, in: Wirtschaft und Gesellschaft 38. Jahrgang 2012, S. 771–800
- Kohr, L. (2011) *Das Ende der Großen: Zurück zum menschlichen Maß*, Salzburg: Otto Müller Verlag
- Randers, J. (2012) *2052 Der neue Bericht an den Club of Rome*, München: Oekom-Verlag
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 743 – 770, 867 – 926
- Schumacher, E.F. (1977) *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. „Small ist Beautiful“*, Hamburg: Rowohlt Verlag
- Statistisches Bundesamt. DESTATIS (2021) *Verdienste und Arbeitskosten. Reallohnindex und Nominallohnindex*, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Publikationen/Downloads-Realloehne-Nettoverdienste/reallohnindex-pdf-5623209.pdf> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 345 – 408, 461 – 484



# Konjunktur und Konjunkturpolitik

10

## Zusammenfassung

Konjunktur ist die mittelfristige wellenförmige Schwankung in der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Größen. Der Konjunkturzyklus hat vier Phasen: den Aufschwung, den Boom, die Rezession und die Krise. Den Konjunkturzyklus bestimmen mehrere Indikatoren – als wichtigster die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts. Ihr vorgelagert sind Frühindikatoren wie Investitionen und Spätindikatoren wie Inflationsrate und Erwerbslosenquote. Zur Bestimmung der Konjunkturursachen gibt es exogene und endogene (in der Wirtschaft liegende) Erklärungen. Zu letzteren gehören monetäre und realwirtschaftliche. Die nachfrageorientierte Grundposition sieht die Ursache konjunktureller Schwankungen und damit den Ansatzpunkt staatlicher Einflussnahme auf der Nachfrageseite. Die angebotsorientierte Grundposition hingegen auf der Angebotsseite. Konjunkturpolitik ist der Bereich der Wirtschaftspolitik, der auf die Vermeidung oder Dämpfung konjunktureller Schwankungen gerichtet ist und damit der Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Zielbündels im Konjunkturverlauf entgegenwirkt. In diesem Sinne hat Konjunkturpolitik stärker nachfrageorientierten Charakter. Bestandteile der Konjunkturpolitik sind Geldpolitik, Finanzpolitik, Außenwirtschaftspolitik und Einkommenspolitik. Europäische Konjunkturpolitik beinhaltet eine gemeinsame Geldpolitik und die Koordinierung national eigenständiger anderer Bereiche der Wirtschaftspolitik.

## 10.1 Konjunktur

Das vorhergehende Kapitel hat verdeutlicht, dass gesamtwirtschaftliche Zielgrößen mehr oder weniger großen Veränderungen unterliegen. Sind diese zufällig, oder lassen sich dabei Regelmäßigkeiten erkennen? Mit dieser Frage sind wir bei der Konjunkturtheorie. Sie ist ein prägender Bereich der Makroökonomie innerhalb der Volkswirtschaftslehre.

Zyklische Schwankungen sind keine spezielle Eigentümlichkeit der Wirtschaft. Ihre natürliche Existenz zeigt sich am Wechsel der Jahreszeiten, an Tag und Nacht, an Regen und Sonnenschein, an Ebbe und Flut. Es fehlt daher auch nicht an Versuchen, konjunkturelle Schwankungen psychologisch oder naturwissenschaftlich zu erklären. Begründungen von Konjunkturzyklen durch die Kurve der Luftfeuchtigkeit, Sonnenflecken oder Wirbelstürme auf dem Planeten Venus sind Beispiele dafür.

Die Konjunkturtheorie sucht ökonomische Erklärung des Zustandekommens von Wirtschaftszyklen im ökonomischen Bereich. Sie basiert auf der Erkenntnis, dass konjunkturelle Schwankungen so alt sind wie die Marktwirtschaft selbst und vorrangig aus ihr selbst heraus entstehen. Der Staat verursacht sie nicht durch Eingriffe, sondern steht mit seiner Konjunkturpolitik vor der Aufgabe, negative Auswirkungen übermäßiger Schwankungen abzuschwächen. Vermeiden, das zeigt die Wirtschaftsgeschichte bis heute, kann er sie nicht.

### 10.1.1 Der Konjunkturzyklus

Die grafische Abbildung des Konjunkturverlaufs als Welle, die einer Sinuskurve ähnelt, ist für viele Einsteiger in die Volkswirtschaftslehre das Sinnbild für die ökonomische Grafik schlechthin. Die Definition der Konjunktur knüpft an dieses Bild an.

► **Konjunktur** ist die mittelfristige wellenförmige Schwankung in der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Größen.

Der Bezug des Konjunkturbergriffs auf einen mittelfristigen Zeitraum ist wichtig. „Mittelfristig“ ist dabei nicht mit der Stoppuhr messbar. Wir gehen allgemein von einem Konjunkturzyklus von 4 bis 5 Jahren aus, wobei sich die durchschnittliche Dauer eines Zyklus nach dem 2. Weltkrieg verkürzt hat. SAMUELSON fasst den Korridor breiter und spricht, mit Bezug auf die Wirtschaft der USA, von 2 bis 10 Jahren (Samuelson 2017).

Mit dem Bezug auf einen mittelfristigen Zeitraum sind erstens kurzfristige saisonale Schwankungen ausgeklammert, die es aufgrund von Witterungsbedingungen, Urlaubsperioden, Schulferien und ähnlicher Ursachen gibt. In der Statistik finden wir oft in der Fußnote den Hinweis auf „saisonbereinigte Werte“. Damit werden aus der Veränderung wirtschaftlicher Größen innerhalb eines Jahres derartige Einflüsse aufgrund von Erfahrungswerten herausgerechnet.

Zweitens ist der Bezug auf einen mittelfristigen Zeitraum die Abgrenzung zu langfristigen Wachstumswellen. Bei diesen, auch als **KONDRATIEFF-Zyklen** bekannten,

Schwankungen geht es um langfristige Wellen von 40 bis 50 Jahren. Der sowjetische Ökonom Nikolai KONDRAEFF (1892–1938) führte diese auf bahnbrechende technische Neuerungen und daraus folgende innovationsinduzierte Investitionen zurück. Der Österreicher Joseph SCHUMPETER (1883–1950) spricht in diesem Zusammenhang von Basisinnovationen. Allgemein werden in der Geschichte der Marktwirtschaft die in Tab. 10.1 enthaltenen langfristigen Wachstumszyklen unterschieden.

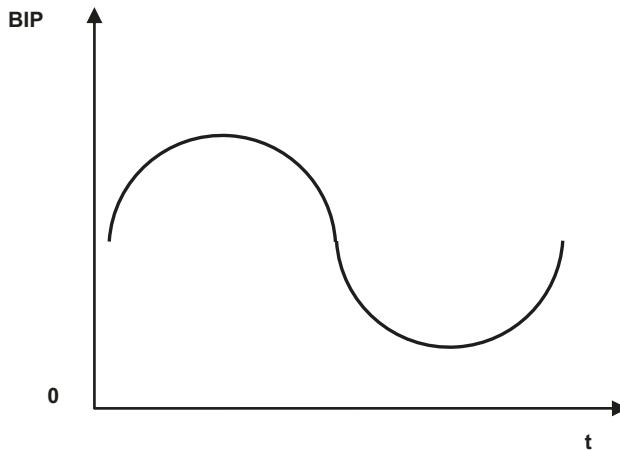
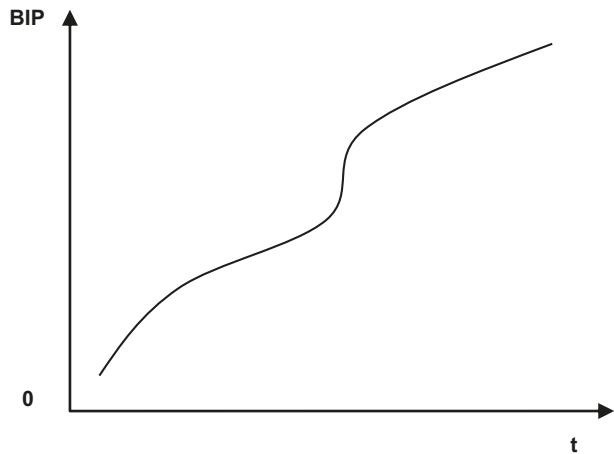
Auch bei langfristigen Zyklen finden wir abweichende zeitliche Strukturierungen. Die Angaben korrespondieren mit den Stufen der industriellen Revolutionen in Abschn. 14.3, wenngleich sie nicht mit ihnen identisch sind. Aber wir können uns in den letzten Jahren zunehmend begleitende Schlagworte wie Industrie 4.0 und Digitalisierung bereits jetzt besser einordnen. Es handelt sich um Prozesse, die in der Wirtschaftsgeschichte nicht einmalig sind. Von denen wir aber auch nicht alle zehn Jahre neue antreffen. Und da jede Generation in der Regel nicht mehr als einen solchen langfristigen Zyklus erlebt, stehen die mit der Digitalisierung verbundenen Wachstumspotentiale und strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft (und wie bei den anderen Zyklen auch in der ganzen Gesellschaft) zurecht im Fokus. Abschn. 14.3 dieses Buches trägt den damit verbundenen Herausforderungen für Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre Rechnung.

Nach diesem Ausflug in angrenzende Bereiche sollen uns hier im Folgenden allein die mit „Konjunktur“ bezeichneten mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Schwankungen beschäftigen. Für die Interpretation des Verlaufs der Konjunkturkurve im Koordinatensystem brauchen wir Klarheit über die Größen, die auf der senkrechten Ordinate abgetragen werden. Während die horizontale Abszisse den in jedem Fall den (mittelfristigen) Zeitverlauf misst, bieten sich für die Ordinate grundsätzlich verschiedene gesamtwirtschaftliche Größen (z. B. Wachstum, Inflation oder Beschäftigung) an. In der Regel wird in den Grundmodellen des Konjunkturzyklus das Wirtschaftswachstum in Form seines Indikators Bruttoinlandsprodukt (BIP) gewählt. Aber auch hier gibt es verschiedene Maßeinheiten und damit Möglichkeiten – genau genommen drei. Wie die Abb. 10.1, 10.2 und 10.3 zeigen, erhält die Kurve danach eine unterschiedliche Form.

**Erste Variante** Auf der Ordinate wird die absolute Größe des im jeweiligen Jahr erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts abgetragen. Die Maßeinheit ist **BIP**. Den in diesem Falle entstehenden Kurvenverlauf zeigt Abb. 10.1.

**Tab. 10.1** Kondratieff-Zyklen

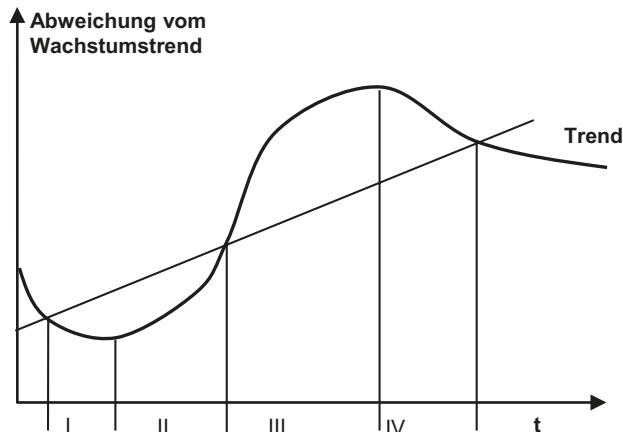
Zeitraum	Basisinnovation
1800–1850	Dampfmaschine, Webstuhl
1850–1900	Eisenbahn, Dampfschifffahrt
1900–1950	Elektrotechnik, Schwermaschinenbau, Chemie
1950–2000	Automobil, Luft- und Raumfahrt
2000–	Informationstechnologien

**Abb. 10.1** Konjunkturzyklus I**Abb. 10.2** Konjunkturzyklus II

Eine Darstellungsform wie in Abb. 10.1 ist vielleicht die elementarste, aber relativ unüblich. Da im Falle Deutschlands das reale BIP gegenüber dem Vorjahr nur im Ausnahmefall zurückgeht, wird sich die Konjunkturkurve beständig nach oben bewegen. Die Wellen entstehen nicht durch ein auf und nieder, sondern durch die unterschiedliche Größe des jährlichen Zuwachses.

**Zweite Variante** Auf der Ordinate wird nicht das Bruttoinlandsprodukt selbst, sondern dessen jährliche (prozentuale) Wachstumsrate abgetragen. Die Maßeinheit ist  $\Delta \text{BIP}$ . Es entsteht der in Abb. 10.2 sichtbare Kurvenverlauf. Wir können ihn bereits aus dem Verhalten der in Kap. 9 kennengelernten Wachstumsraten nachvollziehen und werden auch im Folgenden noch diesen Konjunkturverlauf empirisch nachzuweisen bemüht sein.

**Abb. 10.3** Konjunkturzyklus III



In Abb. 10.2 entsteht das wohl am meisten mit „Konjunktur“ in Verbindung gebrachte Bild einer waagerecht liegenden Sinuskurve. Das Fallen der Kurve bedeutet nicht den absoluten Rückgang des realen BIP, sondern lediglich kleiner werdende Zuwachsrate.

**Dritte Variante** Eine weitere mögliche Darstellungsform des Konjunkturzyklus beruht schließlich auf seinem Verständnis als Schwankung wirtschaftlicher Größen um ihren langfristigen **Trend** oder **Wachstumspfad**. In diesem Falle wird auf der Ordinate dieser Trend (als Durchschnitt der in Abb. 10.1) gezeigten Entwicklung, als aufsteigende Gerade, abgetragen. Die wellenförmig verlaufende Kurve um ihn entsteht nicht aus den absoluten Größen des BIP (wie in Abb. 10.1), sondern aus der Messung der Abweichung des jeweiligen BIP vom Trend. Der langfristige Wachstumspfad widerspiegelt das über einen längeren Zeitraum (z. B. 10, 20 oder 30 Jahre) ermittelte durchschnittliche Wachstum des realen BIP. So, wie die Konjunkturkurve von saisonalen Schwankungen bereinigt ist, ist es der langfristige Wachstumspfad von konjunkturellen Schwankungen. Wie Abb. 10.3 zeigt, schlängelt sich die Konjunkturkurve tendenziell steigend um den Wachstumspfad. Die Stärke der Ausschläge nach oben und unten visualisiert die Abweichungen des jeweiligen jährlichen Anstiegs des BIP vom langfristigen Trend. Die Sinuskurve in Abb. 10.3 verläuft aufwärts und abwärts, ist hier aber im Trend ansteigend. Sie unterscheidet sich damit sowohl von der in der Regel nicht rückläufigen Kurve in Abb. 10.1 als auch von der in der Horizontalen liegenden Kurve in Abb. 10.2. Nehmen wir den langfristigen Wachstumspfad mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 2 % an, so folgt: Jede tatsächliche jährliche Wachstumsrate größer 2 % liegt auf den Kurvenabschnitten über den Schnittpunkten. Jede tatsächliche jährliche Wachstumsrate kleiner 2 % liegt darunter. Nur in den Schnittpunkten der Konjunkturkurve mit dem Wachstumspfad selbst stimmen Zunahme des realen BSP im betreffenden Jahr mit dem langfristigen Trend überein.

Wie wir später sehen werden, ist es Aufgabe der Konjunkturpolitik, das Ausmaß der Ausschläge und damit die konjunkturellen Schwankungen zu glätten. Da der langfristige

Wachstumspfad auch für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten steht, trägt jede Glättung der Ausschläge zur Gleichmäßigkeit ihrer Auslastung bei.

Abb. 10.3 liefert noch eine zweite Information. Sie markiert die in einem Konjunkturzyklus unterschiedenen (in der Regel) vier **Konjunkturphasen**.

- **Phase I: Depression** (Tief, Krise). Die Auslastung der Kapazitäten ist auf dem Tiefpunkt. Es wird wenig investiert. Die Wachstumsraten sind gering oder negativ. Es herrscht hohe Arbeitslosigkeit. Das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung ist schwach.
- **Phase II: Expansion** (Aufschwung, Erholung, Prosperität, Konjunktur im engeren Sinne). Die wirtschaftliche Talsohle ist durchschritten. Die Kapazitätsauslastung steigt. Zunächst langsam, dann beschleunigt, nehmen Investitionen, Produktion und mit ihnen die wirtschaftlichen Erwartungen zu. Auch die Beschäftigung, wenn auch verzögert, steigt.
- **Phase III: Boom** (Hochkonjunktur, Spitze). Die Investitionen sind hoch. Aufgrund wirtschaftlicher Euphorie steigt die Kapazitätsauslastung bis an ihre Grenzen – damit auch die Beschäftigung. Kann das Angebot der überhitzen Nachfrage nicht mehr in vollem Umfang folgen, kommt es zu einer Tendenz der Preismiveauerhöhung.
- **Phase IV: Rezession** (Abschwung, Stagnation). Etappe auf dem Weg vom Boom in die konjunkturelle Krise. Investitionen und Kapazitätsauslastung gehen zurück. Die Folge sind geringere Wachstumsraten bei sich stabilisierendem Preisniveau. Die Arbeitslosigkeit steigt. Sinkende Gewinne bringen schwächere Unternehmen in Schwierigkeiten. Der wirtschaftliche Optimismus geht zurück.

Alle vier Phasen zusammen ergeben den Konjunkturzyklus. Er reicht, egal wo man den Anfang setzt, vom Beginn der ersten Konjunkturphase bis zum Ende der letzten. Seinen Zeitraum hatten wir zu Beginn dieses Abschnitts mit 4 bis 5 Jahren eingeschätzt. Wie wir später noch genauer sehen werden, stützen die Konjunkturzyklen in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg diese Aussage.

### 10.1.2 Konjunkturindikatoren

In den bisher gezeigten Zyklusmodellen haben wir dem Konjunkturverlauf erklärtermaßen allein die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zugrunde gelegt. In Wirklichkeit aber wird die Konjunktur von der Veränderung eines ganzen Bündels gesamtwirtschaftlicher Größen reflektiert. Viele von ihnen, die wir bereits in Kap. 9 als Gleichgewichtsindikatoren kennengelernt haben, treten uns hier, wie soll es anders sein, als **Konjunkturindikatoren** entgegen. Eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale ist ihr Zeitverhalten. Danach unterscheiden wir Präsensindikatoren, Frühindikatoren und Spätindikatoren.

**Präsensindikatoren** sind solche ökonomischen Größen, deren Veränderung den Konjunkturverlauf unmittelbar und ohne zeitliche Abweichung prägt. Die also direkt oder

ziemlich dicht auf der bisher dargestellten Kurve liegen. Präsensindikatoren werden gewöhnlich als Maßstab für Modelle von Konjunkturzyklen gewählt. Wie wir in Abb. 10.1 bis 10.3 sehen, ist der wichtigste Präsensindikator das Bruttoinlandsprodukt. Da dieser auch relativ konjunkturunabhängige Bereiche (z. B. Staat/Öffentlicher Dienst) einschließt, wird die Wertschöpfung in ihrem engeren Sinne als „Produzierendes Gewerbe“ als genauerer Präsensindikator verstanden. Seine Kurve weist im Konjunkturverlauf (aufgrund des Fehlens abschleifender Wirkungen) stärkere Konturen auf als die des gesamten Bruttoinlandsprodukts.

**Frühindikatoren** sind in ihrer Reaktion den Präsensindikatoren zeitlich vorgelagert. Wartet die Wirtschaft auf den Aufschwung, so sind die Frühindikatoren die ersten Schwalben am Konjunkturhimmel oder das Licht am Ende des Tunnels. Zu ihnen gehören auf Basis wirtschaftlicher Erwartungen Investitionen und Auftragseingänge.

**Spätindikatoren** folgen den Präsensindikatoren zeitlich verzögert. Wichtige von Ihnen sind das Preisniveau und die Beschäftigung. Die Beschäftigung geht in der Krise zurück und steigt im Boom. In der Regel wird aber dabei ein bestimmter Sockel an Arbeitslosigkeit nicht unterschritten.

Ein „normales“ Verhalten des Preisniveaus lässt dieses im Boom aufgrund hoher Nachfrage steigen und in der Krise zurückgehen oder nur sehr verhalten steigen. Eine davon abweichende Erscheinung ist die **Stagflation**. Erstmals in den 1950er-Jahren in den USA beobachtet, zeigen sich ihre Symptome mit Beginn der 1970er-Jahre (erste Erdölpreiskrise) auch in Deutschland. Die Kombination der beiden Wörter „Stagnation“ und „Inflation“ beschreibt den Zustand, bei dem trotz zurückgehender Nachfrage und wachsender Arbeitslosigkeit in der Krise das Preisniveau nicht sinkt, sondern steigt. Als Erklärung für ein solches selten vorkommendes anomales Verhalten werden verschiedene Ansätze angeboten. Ein wichtiger von ihnen ist der starke Anstieg der Produktionskosten wie in den Erdölpreiskrisen.

### Beispiel

In die Nähe einer Stagflation ging es für die Weltwirtschaft auch im Umfeld der Weltwirtschaftskrise im Ergebnis der Finanzkrise in den USA. So betrug bei bereits abflauender Konjunktur (2009 war der Tiefpunkt) die Wachstumsquote des BIP 2008 in Deutschland 1,0 %, in den USA –0,3 %. Demgegenüber erreichte im gleichen Jahr die Inflationsrate in Deutschland mit 2,6 % den Höchstwert seit 14 Jahren. In den USA lag sie bei 4,0 %. Unter den Ursachen wird auch die Kette „Zurückhaltende Kreditvergabe der Banken – Verknappung der Geldmenge (FISHERsche Verkehrsgleichung) – Nachfrageüberhang nach Geld – Preisniveauerhöhung“ genannt. Die Wirtschaftspolitik wird bei einer Stagflation vor eine schwierige Aufgabe gestellt, weil man mit Instrumenten der Inflationsbekämpfung (Zinsen erhöhen, Geldmenge verknappen), Kredite verteilt, Investitionen hemmt und damit dem Wachstum schadet. Und umgekehrt. Auch im zweiten Corona-Jahr 2021 sehen Ökonomen im Mangel an Rohstoffen und ihrer

Verteuerung bei nur langsamer Wiederbelebung heruntergefahrener Produktion den Boden für eine neuerliche Stagflation. ◀

Die Phasenverschiebung zwischen Früh-, Präsens- und Spätindikatoren der Konjunktur kann beträchtlich sein. Oft beträgt sie zwischen Frühindikatoren und Spätindikatoren mehr als 2 Jahre. Die Verbesserung der Auftragslage im Baugewerbe würde danach auf einen Anstieg der Produktion nach etwa einem Jahr und einer Verbesserung der Beschäftigungssituation nach zwei Jahren schließen lassen.

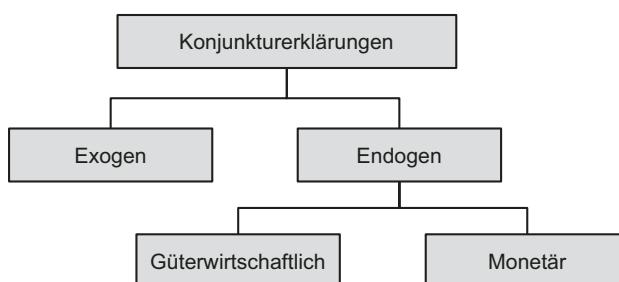
Neben der Phasenverschiebung unterscheiden sich die drei Indikatoren-Gruppen auch hinsichtlich der Intensität ihrer Veränderung im Konjunkturverlauf. Während die Ausschläge der Frühindikatoren am stärksten sind, reagieren die Spätindikatoren nur abgeschwächt auf die Veränderung der konjunkturellen Gesamtlage.

### 10.1.3 Konjunkturerklärungen

Seit fast zwei Jahrhunderten werden in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zyklische Schwankungen beobachtet. So alt sind auch die vielfältigen Versuche der Nationalökonomie, dieses Phänomen konjunkturtheoretisch zu erklären. Für die Vorhersage künftiger Konjunkturentwicklungen und die gezielte Abschwächung daraus erwachsender negativer Effekte ist das durchaus auch von Interesse für die Wirtschaftspolitik.

Die in Abb. 10.4 systematisierten Erklärungsmuster sollen hier voneinander abgegrenzt und grob skizziert werden.

**Exogene Konjunkturerklärungen** führen konjunkturelle Schwankungen auf exogene, also außerökonomische, Ursachen zurück. Zu ihnen zählen neben psychologischen Faktoren wie Optimismus oder Pessimismus technische Innovationen, Kriege oder Naturkatastrophen. Wir wollen diesen Ansätzen hier nicht weiter nachgehen. Psychologische Faktoren, Erwartungen, beziehen sich meist auf die Entwicklung der Konjunktur und sind selbst Teil ihres Zyklus. Und damit in diesem Sinne nicht exogen. Technische Innovationen verursachen, wir erinnern uns an den KONDRAEFF-Zyklus, langfristige Wellen, die eher den langfristigen Wachstumspfad, nicht aber die um ihn schwankenden



**Abb. 10.4** Konjunkturerklärungen

Konjunkturwellen beeinflussen. Einmalige Katastrophen und Krisen beeinflussen selbstverständlich Produktion und Wachstum, heute in der Regel weltweit. Sie überlagern sich mit konjunkturellen Entwicklungen, erklären diese aber nicht. Jüngstes Beispiel ist die Corona-Krise. Sie trifft im Jahr 2020 auf einen bereits eingesetzten wirtschaftlichen Abschwung, der ohne sie aber bei weitem nicht in einem Minus-Wachstum von – 4,6 % gemündet hätte.

**Endogene Konjunkturerklärungen** suchen die Ursachen zyklischer Schwankungen im ökonomischen Bereich. Die klassische **güterwirtschaftliche Erklärung** geht dabei auf das **SAYsche Theorem** zurück. Kerngedanke ist: Es wird nur produziert, um zu konsumieren. Steigt die produzierte Gütermenge, so steigen analog auch die damit erwirtschafteten Einkommen. Jedes Angebot schafft sich (quantitativ) seine eigene Nachfrage. Gesamtwirtschaftlich müssen Angebot und Nachfrage daher stets übereinstimmen. Die Ursache vorübergehender Absatzrückgänge kann also einzig darin liegen, dass (qualitativ) am Bedarf vorbei produziert wird.

Manch einem wird auffallen, dass ein so unterstelltes unzerstörbares Gleichgewicht mit den Erfahrungen der modernen Geldwirtschaft schwer zu vereinbaren ist. Damit liegt die Unhaltbarkeit des SAYschen Theorems darin, dass in ihm die Rolle des Geldes allein auf die Vermittlung des Gütertauschs reduziert wird. Hier knüpft die **monetäre Erklärung** von Konjunkturschwankungen an. Einer ihrer bekanntesten Vertreter ist der Brite George HAWTREY (1879–1975). Monetäre Konjunkturerklärungen beziehen ein, dass Geld auch dazu dient, gespart zu werden (Akkumulation, Schatzbildung). Ersparnisse, das wissen wir bereits aus Kap. 1, sind eine Voraussetzung für die Kreditwirtschaft. Diese führt ihrerseits zu Schwankungen im Geldumlauf. Sie bewirkt dabei ein Abweichen zwischen Nachfrage und Angebot und damit letztlich den Konjunkturzyklus. Im Aufschwung kommt es zum Beispiel durch niedrige Zinsen zu einer Kreditexpansion, damit zu einer Erhöhung der Geldmenge, damit zu einer Erhöhung der Nachfrage. Zinspolitik ist Geldpolitik. Mit diesem Erklärungsansatz relativiert sich unsere eingangs gesetzte Prämisse, konjunkturelle Schwankungen entstünden ausschließlich aus der Wirtschaft selbst heraus und nicht durch externes Zutun.

Neben rein güterwirtschaftlichen und rein monetären Konjunkturerklärungen gibt es zahllose andere Modelle, die beide Komponenten in sich vereinen. Dazu gehört das Zurückführen zyklischer Schwankungen auf Überinvestitionen oder Unterkonsum.

Die meisten Konjunkturtheorien schließen ein, dass im Konjunkturverlauf **Verstärker** bzw. **Beschleuniger** wirken, die die Ausschläge der Zykluskurve nach oben oder unten vergrößern. Die Verursacher solcher Wirkungen wollen wir uns kurz ansehen.

**Multiplikator** (Verstärker): Als ein Verstärker gilt der Investitionsmultiplikator. Er lässt sich einfach aus der KEYNESschen Einkommensgleichung ableiten. Ausgangspunkt ist der Umstand, dass in einer geschlossenen Volkswirtschaft (ohne Außenhandel und Staat) die produzierten Güter entweder konsumiert oder investiert werden.

$$Y = C + I \quad (2.3)$$

Betrachten wir nun den Konsum als abhängig vom Einkommen  $Y$  ( $C = c \cdot Y$ ), so gilt auch:

$$Y = c \cdot Y + I \quad (10.1)$$

Oder, aufgelöst nach  $Y$ :

$$Y(1 - c) = I \quad (10.2)$$

Beziehungsweise:

$$Y = \frac{1}{1 - c} \cdot I \quad (10.3)$$

$c$  ist dabei die Konsumquote, die den Anteil des Einkommens, der für den Konsum ausgegeben wird, ausdrückt. Da sich, wie wir bereits wissen, Konsumquote  $c$  und Sparquote  $s$  zu 1 ergänzen, können wir für  $(1 - c)$  auch die Sparquote  $s$  einsetzen.

$$Y = \frac{1}{s} \cdot I \quad (10.4)$$

Nehmen wir nun an, das sich in der Wirtschaft die Investitionen um  $\Delta I$  erhöhen, so ergibt sich eine Einkommensgleichung von

$$\Delta Y = \frac{1}{s} \cdot \Delta I \quad (10.5)$$

Da es sich bei der Sparquote  $s$  in jedem Fall um eine Größe handelt, die kleiner ist als Eins (im Extremfall völligen Konsumverzichts höchsten gleich Eins), wird der Kehrwert  $1/s$  stets größer (oder mindestens gleich) Eins sein. Das bedeutet für unser Szenarium: Es kommt zu einer Veränderung des Einkommens, welche am Ende größer ist, als die sie auslösende Veränderung der Investitionen. Damit sind wir beim **Investitionsmultiplikator**, der mit dem Faktor  $1/s$  ausgedrückt wird.

Der Multiplikator-Prozess läuft in Stufen ab. Auf der ersten Stufe wird eine Erhöhung der Investitionen zu einer ebenso großen Erhöhung der Einkommen führen. Bei einer Konsumquote größer Null wird ein Teil des erhöhten Einkommens für zusätzliche Konsumausgaben eingesetzt, die ihrerseits auf einer nächsten Stufe das Einkommen vergrößern. Dieser Prozess setzt sich fort. Er wird aber auf jeder weiteren Stufe abgeschwächt, weil immer ein Teil des zusätzlichen Einkommens durch Sparen „versickert“. Schließlich kommt der Multiplikator-Prozess ganz zum Erliegen. Seine gesamte Stärke und Dauer sind umso größer, je kleiner die Sparquote oder je größer damit der Investitionsmultiplikator ist. Je mehr Geld also in zusätzliche Konsumausgaben fließt.

Setzen wir in Gl. (10.5) für die Sparquote einen beliebigen Wert ein, zum Beispiel 0,2, so wird eine Aussage darüber möglich, um das Wievielfache des ursprünglichen Investitionschubs (Annahme: 2 Millionen Euro) sich das Einkommen am Ende des Multiplikator-Prozesses erhöht hat.

$$\Delta Y = \frac{1}{0,2} \cdot 2 \text{ Millionen Euro} \quad (10.5a)$$

$$\Delta Y = 5 \cdot 2 \text{ Millionen Euro} \quad (10.5b)$$

$$\Delta Y = 10 \text{ Millionen Euro} \quad (10.5c)$$

Als Ergebnis des Multiplikator-Prozesses ist das Einkommen um das Fünffache der Investitionserhöhung gestiegen, die diesen Prozess ausgelöst haben.

Lösen wir uns nun von unserer anfänglichen Ausklammerung staatlicher Aktivitäten, so erklärt sich auch, wie in Konjunkturprogrammen erhöhte Staatsausgaben oder Steuersenkungen die Einkommen (BIP) und den Konjunkturverlauf nachhaltig beeinflussen.

**Akzelerator** (Beschleuniger): Beschleunigungseffekte im Konjunkturverlauf werden zum einen auf psychologische Wirkungen zurückgeführt. Der englische Ökonom Arthur Cecil PIGOU (1874–1956) begründete, wie pessimistische Erwartungen in der Phase wirtschaftlicher Depression (nomen est omen) die Passivität bei den Investitionen verstärken und damit Produktion und Beschäftigung weiter sinken lassen. Umgekehrt beschleunigt wirtschaftlicher Optimismus den Aufschwung, der zunächst zu diesem Optimismus geführt hat.

Neben der psychologischen Erklärung der Konjunkturbeschleunigung gibt es die produktionstechnische. Solche Beschleunigerwirkungen auf die Konjunktur werden durch den Akzelerator erklärt. Seine Entdeckung geht auf den Franzosen Albert AFTALION (1874–1956) zurück. Während in den oben gezeigten Multiplikator-Gleichungen die Veränderung des Einkommens allein auf den Konsum bezogen ist, unterstellt die Beschleunigungserklärung durch den Akzelerator: Eine Erhöhung (oder Verringerung) von Produktion und Einkommen führt zu einer Erhöhung (oder Verminderung) des Kapitalstocks. Im Falle der Erhöhung sind dafür neue Investitionen (Nettoinvestitionen) erforderlich. Damit wird eine Verbindung zwischen Einkommenserhöhung und Investitionen hergestellt. Vor diesem Hintergrund lautet eine knappe Erklärung des technischen Beschleunigers „Akzelerator“ folgendermaßen: Im wirtschaftlichen Aufschwung steigen die Einkommen und mit ihnen die Nachfrage nach Konsumgütern. Eine steigende Nachfrage nach Konsumgütern ruft (ausgelastete Kapazitäten vorausgesetzt) eine ebenfalls steigende Nachfrage nach Investitionen für ihre Produktion hervor. Der Akzelerator ist in diesem Falle der Quotient aus Nettoinvestitionen und gestiegener Konsumgüternachfrage. Ein akzelerierender (beschleunigender) Effekt für die Konjunkturentwicklung tritt im eigentlichen Wortsinn nur dann ein, wenn der Akzelerator einen Wert größer Eins annimmt. Die Erhöhung der Konsumgüternachfrage führt in diesem Falle zu einer sie selbst übersteigenden Erhöhung der Investitionen. Ein analoger „Bremseffekt“ ergibt sich im Abschwung.

**Kombination von Multiplikator und Akzelerator** Das Modell der kombinierten Wirkung von Multiplikator und Akzelerator wurde von SAMUELSON entwickelt. Es bietet den eigentlichen Erklärungsansatz dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht nur in einer Richtung verstärkt bzw. beschleunigt wird. Sondern mit oberen und

unteren Wendepunkten die Richtung wechselt. Setzen wir in das kombinierte Multiplikator-Akzelerator-Modell angenommene Werte ein, so ergeben sich Schwankungen im BIP, die je nach Art der Modellannahmen größer oder kleiner sind.

Beim Rückblick auf die wichtigsten Erklärungsmuster von Konjunkturzyklen müssen wir immer in Rechnung stellen: Es handelt sich um theoretische Modelle von hoher Abstraktion. Keines von ihnen kann für sich in Anspruch nehmen, seinen empirischen Nachweis in der Wirtschaftspraxis zu Lasten eines anderen Modells angetreten zu haben. Die Konjunkturtheorie ist daher kein autorisiertes, einheitliches und in sich schlüssiges Gebäude.

#### 10.1.4 Empirischer Nachvollzug von Konjunktur

Wenn schon aus der Konjunktur in der praktischen Wirtschaft nicht die Wirkung jedes theoretischen Modells abgebildet werden kann – kann es zumindest der Verlauf wellenförmiger Schwankungen, der sie ausmacht, selbst? Bildet die Entwicklung des Wirtschaftswachstums (BIP) oder anderer Indikatoren tatsächlich auch nur annähernd die bisher als gegeben angenommenen Kurvenverläufe und Phasen ab? Und lässt sich aus der Wirtschaftsstatistik die eingangs mit ungefähr 4 bis 5 Jahren bezifferte Dauer eines Gesamtzyklus auch nur grob nachweisen? Das soll zum Ende dieses Abschnitts zur Konjunktur anhand dreier ausgewählter Beispiele empirisch verfolgt werden.

Als **erstes** wollen wir uns die Zeitfolge der Krisenphasen (Depression) seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland anschauen. Vergleiche zu den Jahren davor weisen auf eine Verkürzung der Konjunkturzyklen nach dem 2. Weltkrieg hin. Im Konjunkturverlauf der Wirtschaft Nachkriegsdeutschlands von 1949 bis heute sind aus der Entwicklung der Wachstumsraten des BIP die in Tab. 10.2 enthaltenen Krisenjahre ablesbar.

Tab. 10.2 sagt noch nichts über die empirische Nachvollziehbarkeit des Kurvenverlaufs der Konjunktur aus. Sie bestätigt aber zunächst und in der Regel die mit 4–5 Jahren veranschlagte Dauer eines Gesamtzyklus. Das heißt, die Zeit, bis ein beliebiger Punkt auf der Konjunkturkurve im nächsten Zyklus wieder erreicht ist. Zwar folgen die Konjunkturphasen den der Wirtschaft immanenten zyklischen Schwankungen der Nachfrage, treffen aber auch, das wird bei der Verfolgung der Krisenjahre deutlich, auf einmalige, darunter nur zum Teil wirtschaftliche, Einschnitte. Die jeweiligen Einflüsse überlagern sich und lassen sich im Ergebnis der Indikator-Entwicklung kaum voneinander trennen. Die Konjunkturkrisen 1975 und 1981 fallen zeitlich mit den massiven Produktionseinbrüchen im Ergebnis der beiden Ölpreiskrisen zusammen. Die außergewöhnlich lange krisenfreie Zeit zwischen 1982 und 1993 ist auf eine Verzögerung der eigentlich schon früher „fälligen“ Krise durch den wirtschaftlichen Nachhole-Effekt der deutschen Wiedervereinigung zurückzuführen. Die Krise 2002 trifft zeitlich auf die weltweite wirtschaftliche Lähmung im Ergebnis der Terroranschläge vom 11. September 2001. Die Depression von 2009 (−5,7 %) lag zeitlich genau im Konjunkturzyklus, hätte aber dieses Ausmaß nie ohne die Auswirkungen der

**Tab. 10.2** Krisenzyklen in Deutschland

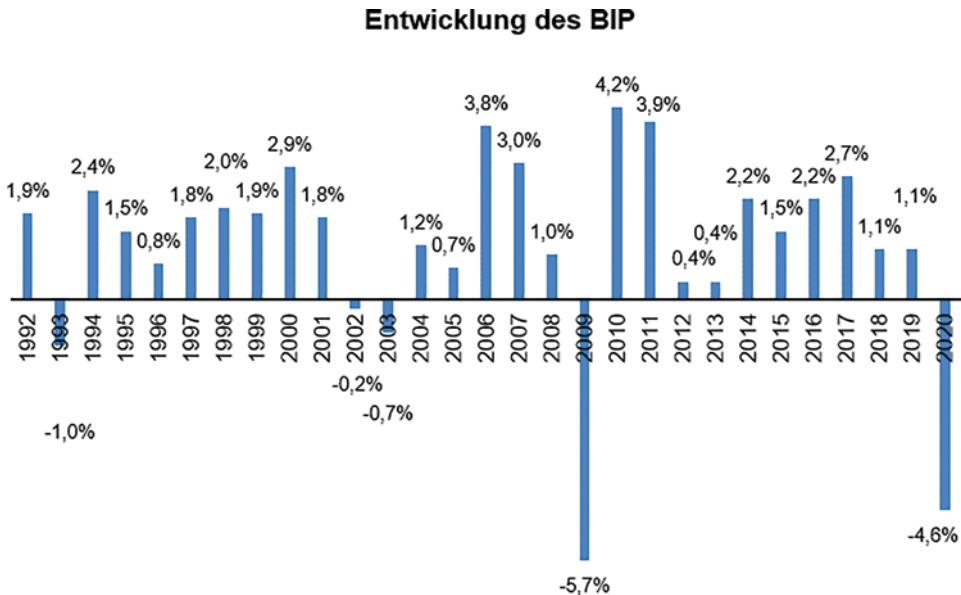
Jahr der Konjunkturkrise	Abstand zur vorherigen Depression
1949	
1954	5 Jahre
1958	4 Jahre
1962	4 Jahre
1967	5 Jahre
1971	4 Jahre
1975	4 Jahre
1982	7 Jahre
1993	11 Jahre
1996	3 Jahre
2002	6 Jahre
2009	7 Jahre
2014	5 Jahre
2019	5 Jahre

Im Interesse der Transparenz werden auch über zwei Jahre erstreckte Krisen auf das Hauptjahr reduziert

Finanzkrise in den USA 2007 auf die Weltwirtschaft in den Folgejahren gehabt. Und auf einen 2019 abflauenden Trend (0,6 %) ist die Wirtschaft bereits im Jahre 2018 (1,3 %) zugesteuert. Die zu diesem Zeitpunkt noch unbekannte Corona-Pandemie hat die Tiefe der Talfahrt (2020 – 4,6 %) „nur“ extrem verstärkt.

Die **zweite** Illustration konkreter Konjunkturverläufe zeigt Abb. 10.5. Diesmal in der Darstellung eines Balkendiagramms. Gegenstand ist die Veränderung des realen Bruttoinlandproduktes in Deutschland. Erfassungszeitraum sind die Jahre 1992 bis 2020. Verbinden wir die oberen Punkte der Balken, so erkennen wir, natürlich nicht mit dem Zirkel gezeichnet, den horizontalen, wellenförmigen Kurvenverlauf aus Abb. 10.2. Die Ausschläge nach oben oder unten sind in den einzelnen Konjunkturzyklen aufgrund vielfältiger Einflussfaktoren nicht gleich. Der höchste Ausschlag nach oben (+4,2 % 2010) folgt auf den niedrigsten (–5,7 2009). Eine direkte Folge positiver auf negative Ausschläge liegt natürlich nahe, weil sich die Steigerungsrate eines Jahres immer auf den absoluten Stand des Vorjahres bezieht. Hieraus erklären sich auch die Konjunkturprognosen der Bundesbank für die deutsche Wirtschaft (nach –5,5 % 2020) auf 3,0 % 2021, 4,5 % 2022 und 1,8 % 2023. Unter den wichtigen Annahmen einer Lockerung des Lockdowns ab Frühjahr 2021 und dessen völliger Überwindung mit Beginn 2022. (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Dezember 2020). Ähnliche Prognosen (bis 2022) finden wir im Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021.

Ein **drittes** Beispiel empirischer Konjunkturabbildung finden wir bei SAMUELSON. (Quelle: Samuelson 2017). Gezeichnet wird hier als Kurvendiagramm die langfris-



**Abb. 10.5** Wachstumsraten BIP Deutschland 1992 bis 2020. (Quellen Statista 2021a; Deutsche Bundesbank 2020)

tige Konjunkturdevelopment in den USA von 1920 bis 2010. Wie in den ersten beiden Beispielen zeichnen sich die wellenförmigen Konjunkturzyklen ab. Dabei begegnen sich Konjunkturverlauf und einmalige, die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussende historische Einschnitte. Im SAMUELSON – Diagramm sind das die Nachkriegsdepression 2020, die Weltwirtschaftskrise 1930, Aufrüstungsboom im 2. Weltkrieg 1939–1945, Depression durch Demilitarisierung der Wirtschaft 1945–1950, Boom Koreakrieg 1950–1953, Boom Vietnamkrieg 1964–1975, Depression aus Inflationsbekämpfung 1982, „New-Economy-Boom“ 2000 und die Depression nach der Finanzkrise 2009. Viele globale Einschnitte sind mit denen in der deutschen Wirtschaft (vgl. Abb. 10.1) vergleichbar. Deutlich stärker als in Deutschland zeigt sich in den USA der nachvollziehbar stärkere Einfluss von militärischen Auseinandersetzungen und Rüstungsproduktion auf den Verlauf der Wirtschaft.

## 10.2 Wirtschaftspolitische Grundpositionen

Aus Kap. 5 wissen wir, dass die Kräfte des Marktes, lässt man sie ungebremst agieren, zwar immer zu ökonomisch gleichgewichtigen Ergebnissen führen, aber nicht immer zu den durch die Politik sozial oder ökologisch gewollten. SAMUELSON wird in diesem Zusammenhang das treffende Beispiel von der Katze des Reichen zugeschrieben, welche die Milch trinkt, die dem Kind des Armen fehlt, weil der Markt der Kaufkraft der Nachfrage folgt. Es ist in einer modernen Marktwirtschaft unstrittig, dass hier der Staat mit

seiner Wirtschaftspolitik – im zitierten Fall beispielsweise mit Kindergeld – korrigierend eingreifen muss. Ewig umstritten ist der Umfang dieses Zutuns, vielmehr aber noch dessen Ansatzpunkt. Das „Wo?“. Allein darum diesen soll es hier gehen.

Wenn der Idealzustand die Übereinstimmung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot ist, so leitet sich als Umkehrschluss ab: Störungen dieser Harmonie haben ihren Ausgangspunkt in Abweichungen zwischen den beiden. Will der Staat mit seiner Wirtschaftspolitik solche Abweichungen beseitigen oder verringern, steht die Schuldfrage: Ist die Nachfrage ursächlicher Ausgangspunkt der Abweichungen, oder ist es das Angebot? Je nachdem, wie die Politik diese Frage beantwortet, setzt sie den Hebel ihrer Instrumente entweder auf der einen oder auf der anderen Seite an. Sie nimmt entweder Einfluss auf die Nachfrage, um sie dem als gegebene Größe verstandenen Angebot anzugeleichen. Oder sie wählt das Angebot zum Gegenstand ihrer Aktivitäten, um es den Erfordernissen der als gegeben gesetzten Nachfrage anzupassen. Hierin besteht eine wirtschaftspolitische Grundsatzfrage, ja fast schon eine Frage von Überzeugung und Glauben.

### 10.2.1 Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik

Die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik geht davon aus, dass die vorhandenen Produktionskapazitäten (als Basis des Angebots) eine gegebene Größe sind. Sind sie unzureichend ausgelastet, liegt es an fehlender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Sie gilt es, durch staatliche Politik zu fördern.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik wird nicht erst seit dem Erscheinen von KEYNES’ „Allgemeiner Theorie“ 1936 praktiziert, erfuhr jedoch durch dieses Werk ihre theoretisch-konzeptionelle Begründung. Mit Konjunkturförderprogrammen schließt der Staat durch eigene Nachfragen Lücken – Lücken, die fehlende private Nachfrage reißt. Und verhindert damit, so die Argumentation, wirtschaftliche Fehlentwicklung. Durch zusätzliche staatliche Nachfrage werden Einkommen geschaffen, die ihrerseits wieder Konsumgüter nachfragen. Deren Produktion und Angebot führt zu der erwünschten Kapazitätsauslastung. Fazit: Einkommen und Nachfrage mobilisieren das Angebot und führen zu wirtschaftlichem Aufschwung. Der Staat agiert „antizyklisch“ – immer in entgegengesetzter Richtung des sich ohne ihn vollziehenden Konjunkturverlaufs.

Bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang das folgende KEYNES zugeschriebene Gleichnis: Der Staat beschäftigt Leute damit, ein Loch zu graben, um es anschließend wieder zuzuschäufeln. Die damit mit staatlicher Finanzierung geschaffene Nachfrage kann ungeachtet des Effekts der Tätigkeit selbst geeignet sein, den Konjunkturmotor anspringen zu lassen. Ein zur Verdeutlichung sicher extrem gewähltes Beispiel. Reale Konjunkturförderung verbindet, mit welchen Proportionen auch immer, die Schaffung zusätzlicher Einkommen und Nachfrage mit der Erarbeitung von Ergebnissen von gesellschaftlichem Nutzen. Im Idealfall mit dem Forcieren innovativer Zweige.

Auch die Verbesserung anderer Rahmenbedingungen wie Senkung von Haushaltsteuern, Mindestlöhne oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für geförderte Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt gehören zum Portfolio nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik.

Soweit mit der Finanzierung dieser Aktivitäten eine Erhöhung der Staatsverschuldung verbunden ist, so gehört der Vorwurf, damit privatwirtschaftlichen Geldnachfragern am Kapitalmarkt das Leben zu erschweren, zu den klassischen Argumenten der Gegenseite.

### 10.2.2 Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik sieht ihr Aktionsfeld in der Verbesserung der Bedingungen für Produktion und gesamtwirtschaftliches Angebot bei als gegeben unterstellter Nachfrage. Befürworter sehen als Ursache wirtschaftlicher Fehlentwicklung mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Gefragt sind Maßnahmen, die durch verbesserte Rahmenbedingungen Anreize für Unternehmen bieten.

Typisch sind strukturpolitische Maßnahmen mit dem Ziel, Innovationstempo zu erhöhen und Strukturwandel zu Gunsten der Zukunftsin industrien zu erhöhen. Die Grundüberzeugung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik besteht in Folgendem: Eine konkurrenzfähige, innovative und am Markt orientierte Produktion besitzt oder erhält Lebensfähigkeit aus sich selbst heraus. Eine lebensfähige Produktion ist Basis für hohe Beschäftigung. Auch ohne deren staatlich finanzierte und damit nicht dauerhafte Herbeiführung. Daraus erwachsen ihrerseits, angebotsinduziert, Einkommen und Nachfrage. Die Bedeutung der Verwendung staatlicher Mittel zur Stärkung der Wirtschaft hebt der Sachverständigenrat in seinem Jahrestatistik 2020/2021 in Bezug auf Wege aus der Corona-verursachten Wirtschaftskrise.

*„Klassische Konjunkturprogramme, die auf die Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abzielen, waren in diesem Zeitraum nicht erfolgversprechend .... Sie hätten die gesundheitspolitischen Maßnahmen, mit denen der Konsum eingeschränkt wurde, sogar konterkariert. Stattdessen galt es im Frühjahr, **Einkommen und Erwartungen der Wirtschaftsakteure zu stabilisieren**. Ziel war der Erhalt wirtschaftlicher Kapazitäten, für die nach einer erfolgreichen Bekämpfung des Virus wieder Bedarf besteht. Dafür kamen viele Instrumente zum Einsatz, zum Beispiel Kurzarbeitergeld, das Einkommensausfälle der Haushalte – und damit Verlust von Kaufkraft – zumindest teilweise kompensiert und es Unternehmen ermöglicht, Beschäftigung zu erhalten. Wichtig war zudem die ausreichende Bereitstellung von Liquidität für Unternehmen, deren finanzielle Mittel infolge der Umsatzausfälle schwanden.“*

Quelle: Sachverständigenrat (2021)

Im Mittelpunkt angebotsorientierter Politik steht neben der Überwindung der wirtschaftlichen Folgen von Corona, und zwar zeitgleich, die Förderung der Digitalisierung. Neben den Initiativen der Länder stellt der Bund hierfür 2020 3,8 Mrd. Euro zur Verfügung.

**Beispiel**

Das Bundesprogramm „Digital Jetzt“ ist auf die Unterstützung des deutschen Mittelstandes bei der Digitalisierung ihrer Produktions- und Geschäftsprozesse gerichtet. Investitionsförderung und finanzielle Zuschüsse dienen Investitionen in digitale Technik und in die Qualifizierung von Beschäftigten zu Digitalthemen. ◀

Die in den 1980er-Jahren als „Reagonomics“ in den USA oder als „Thatcherismus“ in Großbritannien bekannt gewordene Wirtschaftspolitik war zu einem großen Teil angebotsorientiert. Ihre Ergebnisse erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen (Abbau des Staatsdefizits, Beschäftigungsschub) nicht überzeugend. Demgegenüber gilt als Beispiel für erfolgreiche angebotsorientierte Wirtschaftspolitik die Entwicklung einer Reihe von süd- und südostasiatischer Staaten. Die „vier kleinen Tiger“ Südkorea, Taiwan, Singapur und (vormals) Hongkong, in zweiter Generation gefolgt von Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand und Vietnam haben mit einer Wirtschaftspolitik freier Märkte und geringer Steuerbelastungen der Unternehmen lange überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten erreicht. Und sich damit in den letzten Jahrzehnten von rückständigen Agrarländern zu modernen Industriestaaten entwickelt.

### 10.2.3 Nachfrage oder Angebot: Ausrichtung deutscher Wirtschaftspolitik

Als Brücke zwischen der kurzen Vorstellung von nachfrage- und angebotsorientierter Wirtschaftspolitik und ihrem Gewicht in Deutschland wollen wir beide in Tab. 10.3 noch einmal vergleichend gegenüberstellen. Dabei wird im Interesse der Plausibilität eine Schärfe der Abgrenzung gewählt, die es im praktischen Leben, in dem sich beide Überzeugungen und Politikrichtungen überlagern, in dieser Einseitigkeit nicht gibt.

Beide wirtschaftspolitischen Grundorientierungen, das haben wir zurückliegend gesehen, liefern marktwirtschaftskonforme Rezepte. Ungeachtet von deren Fehlbarkeit in den Ergebnissen. Ihr Verhältnis und ihre Priorisierung unterscheiden sich dabei in Raum und Zeit. Betrachten wir allein die Bundesrepublik Deutschland, so war und ist die Widerspiegelung beider Grundpositionen in ihrer Wirtschaftspolitik Veränderungen unterworfen. Diese ergeben sich notwendigerweise aus einer Gemengelage aus Veränderungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und politischen Gesamtüberzeugungen handelnder Akteure.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland war von den Nachkriegsjahren bis nach den beiden großen Ölpreiskrisen eine stark auf KEYNESianischem Boden stehende, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Wirtschaftsminister wie Ludwig ERHARD oder Karl Schiller prägten den Beginn der sozialen Marktwirtschaft und des Aufschwungs in der Ära des Wirtschaftswunders. Mit der Globalsteuerung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren war es Ziel, Konjunkturschwankungen zu verhindern und Gleichgewicht zu

**Tab. 10.3** Nachfrage- und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Kriterium	Nachfrageorientierung	Angebotsorientierung
Leitbild	Gleichgewicht durch wettbewerbsfähiges Angebot	Gleichgewicht durch Einkommen und Beschäftigung
Status der Gleichgewichtskriterien	alle gesamtwirtschaftlichen Ziele mit gleicher Priorität („Globalsteuerung“)	Priorität von Geldwertstabilität und Wachstum
Rolle der EZB (nach Bundesbank-Muster)	angemessen	sehr stark
Staatshaushalt	staatliche Aktivitäten durch Kreditaufnahme	Haushaltskonsolidierung, „schwarze Null“
Unternehmenssteuern	höher (für Spielraum staatlicher Aktivitäten)	niedriger (für Entlastung der Unternehmen)
Theoretische Basis	Keynesianismus	Neoliberalismus
Staat	tendenziell mehr Staat	tendenziell weniger Staat
Instrumente	Konjunkturprogramme (kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme)	Strukturförderprogramme (für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit)
zum Stabilitätsgesetz	konform	abweichend (Forderung: Novellierung)

sichern. Das Stabilitätsgesetz von 1967 (vgl. Kap. 9) gab dieser Politik einen gesetzlichen Rahmen.

Mit den Ölpreiskrisen der 1970er-Jahre, den auf sie folgenden Wirtschaftskrisen und dem Phänomen der Stagflation kam es Anfang der 1980er-Jahre zu verstärkten Zweifeln an der Wirksamkeit nachfrageorientierter Instrumente. Seit dieser Zeit hat sich auch der Austausch von Argumenten und der Meinungsstreit zwischen beiden Lagern verstärkt. Und mit ihm die Frage, ob und wie lange das nachfragepolitisch ausgerichtete Stabilitätsgesetz noch zeitgemäß sei. Gerade im 50. Jahr seines Bestehens 2017 gab es in den Wirtschaftsmedien zunehmende Stimmen, die eine Novellierung, Neuaustrichtung oder gar Ersetzung des Stabilitätsgesetzes forderten. Weil man sonst Gefahr laufe, dass es durch die inzwischen längst auf Angebotsorientierung umgeschwenkte Wirtschaftspolitik ignoriert werde.

Mit der Ablösung der sozialliberalen Koalition 1982 und dem Beginn der Ära Kohl gab es deutliche politische Bekenntnisse zu weniger Staat und mehr Freiheit für den Einzelnen – im neoliberalistischen Sinne. Die Ankündigung Kohls' in seiner Regierungserklärung am 04.05.1983 „Wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurück“ (Kohl 1983), ist Ausdruck dessen. Schon zuvor hatte es angesichts langanhaltender Wirtschaftsschwäche verstärkte Forderungen nach konsequenter Sparpolitik, auch bei den Sozialausgaben, nach deregulierten Märkten und nach Steuersenkungen gegeben. Damit war der Übergang zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vollzogen. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre zeigten sich allerdings in Form leicht steigender Wachstumsraten und zurückgehender Arbeitslosigkeit positive Wirkungen. Auch in anderen Regierungskonstellationen

in den 1990er-Jahren und danach setzt sich in Deutschland eine Wirtschaftspolitik mit starken angebotsorientierten Komponenten durch. Die Unternehmenssteuersätze gehen in Deutschland von 59 % 1996 auf 30 % 2018 zurück. Sie sind damit auf fast die Hälfte und schneller gesunken, als im EU-Maßstab. Dennoch liegen sie damit immer noch im internationalen Spitzenbereich. (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Auch die 2003 durch Gerhard Schröder verkündete Agenda 2010 ist ein klassisches Programm angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. Eine Reform mit dem Ziel der Schaffung besserer Rahmenbedingung für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.

Bemerkenswerterweise finden wir auch in der Ära angebotsorientierter Wirtschaftspolitik nachfrageorientierte Konjunkturprogramme, wenn die Not am größten ist.

Ein **erstes Beispiel** ist die deutsche Wirtschaftspolitik nach der deutschen Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern. Der Staat erhöht, zum Beispiel durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Einkommen und Nachfrage im Osten Deutschlands. Hierauf folgen steigendes Angebot und steigende Kapazitätsauslastung – aufgrund der noch geringen Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Unternehmen, aber vor allem im Westen Deutschlands. Hier wachsen Produktion und Einkommen, um zu einem Teil als staatliche Fördermittel wieder in den Osten zurückzufließen. Der Prozess läuft von neuem ab mit einem Konservierungseffekt bestehenden Produktivitätsgefälles. Ein in dieser Form einmaliges Gewicht regionaler Komponenten in der Modellabfolge nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik. Das war schon Anfang der 1990er-Jahre nicht unumstritten.

*„Die Defizitfinanzierung des Ostens wirkt derzeit wie ein gigantisches keynesianisches Konjunkturprogramm, das eine wirtschaftliche Scheinblüte hervorbringt, die Probleme aber nicht löst, sondern lediglich verschiebt. Wer ... ein solches Programm für ein Heilmittel hält, der übersieht, dass wir es nicht mit Nachfragemangel zu tun haben, sondern dass die Arbeitsplätze fehlen, auf denen sich konkurrenzfähige Produkte zu konkurrenzfähigen Preisen erzeugen lassen. Keynesianische Rezepte bei dieser Diagnose ähneln dem Versuch, einen Beinbruch durch Verschreiben von Aspirin zu heilen.“*

Quelle: Engels (1991)

Zwei große Konjunkturförderprogramme in Deutschland, das Konjunkturpaket I von 2008 und das Konjunkturpaket II von 2009 sind ein **zweites Beispiel**. Beide Programme sollten die durch die Finanzkrise 2007 ausgelöste Rezession abmildern und tragen zumindest stark nachfrageorientierte Züge. Der Staat engagiert sich mit erhöhten Finanzmitteln bei Aufträgen in der Gebäudesanierung, in der Infrastruktur, in der Informationstechnologie.

**Drittes** und jüngstes **Beispiel** ist das Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket, mit dem Deutschland nach der Corona-Krise schnell wieder auf einen „nachhaltigen Wachstumspfad“ geführt werden soll. Elemente sind die befristete Senkung des Mehrwertsteuersatzes, die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge, erweiterte Kurzarbeitergeldregelungen, das Vorziehen geplanter Investitionen und Überbrückungshilfen. Hier wird durchaus eine Gemengelage aus nachfrage- und angebotsorientierten Instrumenten deutlich. Dennoch besteht naturgemäß ein Disput zwischen den Lagern der Sozialpartner über

eine „gerechte Verteilung“ der Fördermittel zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Krise.

Vor dem Hintergrund dieser Beispiele soll Kap. 14 der Frage weiter nachgehen, ob Angebotspolitik die bessere Variante ist, wenn der Weg durch die Ebene führt und ob sie nachfrageorientierter Unterstützung bedarf, wenn es ins Gebirge geht. Vieles deutet darauf hin und findet auch Unterstützung in wirtschaftswissenschaftlichen Wortmeldungen.

Insgesamt bestätigt sich die überwiegende Angebotsorientierung der jüngeren deutschen Wirtschaftspolitik. Jahrestagsberichte des Sachverständigenrates und Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung enthalten weniger Programme für ein konzertiertes Zusammenspiel der Instrumente zur Beeinflussung aller gesamtwirtschaftlicher Zielgrößen im Sinne der Globalsteuerung. Vielmehr stehen neben der gesonderten Betrachtung einzelner Zielgrößen vor allem Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und ihre zunehmende Einbettung in den europäischen und internationalen Rahmen. Nachdem der Jahreswirtschaftsbericht 2020 Abschnitte mit Vorgaben titelt wie „Bürokratie abbauen, Unternehmen entlasten“, wird an anderer Stelle unter „Mehr Forschung und Innovation“ die Entwicklung des Fördervolumens des Bundes im Energiebereich dargestellt. Es steigt von 648 Mio. € 2011 auf 1060 Mio. € 2018. Quelle: Jahreswirtschaftsbericht (2020)

#### 10.2.4 Fiskalismus und Monetarismus

Neben nachfrage- und angebotsorientierter Wirtschaftspolitik stellen auch Fiskalismus und Monetarismus alternative Grundpositionen dar. Vereinfachend werden die Fiskalisten der nachfrageorientierten und die Monetaristen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zugeordnet. Das erscheint insofern berechtigt, als sich die Fiskalisten zu KEYNES bekennen und für eine aktive Rolle des Staates im Konjunkturverlauf plädieren. Dagegen fordern die Monetaristen, dass sich der Staat (im engeren Sinne die Regierung) einer Beeinflussung der Konjunktur durch seine Budgetpolitik weitgehend enthält.

Die **Fiskalisten** gehen davon aus, dass eine erfolgreiche Begegnung negativer Konjunktureffekte neben der Geldpolitik der Zentralnotenbank gleichermaßen einer konjunkturorientierten Finanzpolitik der Regierung bedarf (vgl. Kap. 11/12). Nur im abgestimmten Konzert beider Instrumente kann nach ihrer Ansicht die Konjunktur wirksam beeinflusst werden.

Dagegen meinen die **Monetaristen**, dass ein solches Konzert konjunkturelle Schwankungen nicht dämpft, sondern gerade erst hervorruft. Erfolgreich ist nach ihrem Konzept allein eine antizyklische Geldpolitik der Zentralnotenbank. Das Hauptziel der Monetaristen ist identisch mit dem der Angebotspolitik: Bekämpfung der Inflation und Sicherung von Geldwertstabilität. Das ist, so die Monetaristen, allein durch die Steuerung der Geldmenge durch die Zentralnotenbank möglich, keinesfalls durch die Finanzpolitik der Regierung. Während die Fiskalisten die Geldmenge eher als Ergebnis von Produktion und Einkommen betrachten (die es deshalb zu beeinflussen gilt), sehen die Monetaristen in der

Geldmenge im Gegenteil den Ausgangspunkt, die Quelle, für alle anderen gesamtwirtschaftlichen Größen. Wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, trägt die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, in deren Statuten das Leitbild der Deutschen Bundesbank maßgeblich eingeflossen ist, insbesondere mit der jährlichen Vorgabe von Geldmengenzielen eindeutig monetaristische Züge.

Der Monetarismus ist im Grunde eine neoklassische Geldtheorie (Quantitätstheorie). Er geht auf die „Chicagoer Schule“ zurück, als deren führender Vertreter Milton FRIEDMAN (1912–2006) gilt.

---

## 10.3 Wirtschaftspolitik und Konjunktur

Nach Konjunkturtheorie und Grundpositionen soll nun die Konjunkturpolitik vorgestellt und in ein Politiksystem eingeordnet werden. Erstens mit Blick nach oben – in Bezug auf ihren Platz in der Wirtschaftspolitik. Zweitens nach unten hinsichtlich ihrer Teilbereiche. Für eine solche Standortbestimmung gibt es in den Quellen unterschiedliche Abgrenzungen und vielfältige Überschneidungen. Deshalb wollen wir uns im Folgenden auf einige grundlegende Aussagen, auf den gemeinsamen Nenner, konzentrieren. Und uns bei Beispielen an der Wirtschaftspolitik in Deutschland orientieren.

### 10.3.1 Wirtschaftspolitik: Inhalt und Ziele

Eine umfassende Charakterisierung der Wirtschaftspolitik müsste sehr weit greifen und ist nicht Ziel dieses Abschnitts. Wir haben an anderer Stelle bereits unter verschiedenen Aspekten dazu beigetragen: Bezug zum System der Wirtschaftswissenschaften (Kap. 1), Verknüpfung mit dem durch die Wirtschaftsordnung gesetzten Rahmen (Kap. 5), Ausrichtung an den gesamtwirtschaftlichen Zielen (Kap. 9). Als Grundlage für den Gegenstand dieses Abschnitts, die Einordnung der Konjunkturpolitik in die Wirtschaftspolitik, wollen wir all diese genannten Zusammenhänge auf eine knappe Formel bringen.

► **Wirtschaftspolitik** ist die Gesamtheit aller staatlichen Maßnahmen, die innerhalb des gesetzten Ordnungsrahmens die Wirtschaft eines Landes im Sinne gesamtwirtschaftlicher Ziele beeinflussen. Sie stützt sich bei ihren Entscheidungen auf Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte und auf Empfehlungen der Wirtschaftstheorie. Mittel sind das Setzen von Rahmenbedingungen und selektiv direkte staatliche Aktivitäten.

Der Bezug der Wirtschaftspolitik auf den Träger „Staat“ ist eine allgemein übliche verallgemeinernde Abstraktion. Im Einzelnen stützt sich die Wirtschaftspolitik auf eine Vielzahl von Akteuren – auf staatliche und nichtstaatliche Instanzen.

Allein die Reihe staatlicher Akteure ist beträchtlich. Neben Parlament (Gesetzgeber), Bundesregierung und Landesregierungen gehören hierzu im weiteren Sinne auch Institu-

tionen, die zwar dem Staat, aber nicht Parlamenten und Regierungen zuzuordnen sind. Hierzu zählen die Träger der Gelpolitik. Die Deutsche Bundesbank, die ihre geldpolitischen Befugnisse mit der Einführung des Euro 1999 an die Europäische Zentralbank abgegeben hat. Auch nachgelagerte Institutionen wie das Bundeskartellamt (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie), die Bundesagentur für Arbeit (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) oder das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) besitzen wirtschaftspolitische Kompetenz.

Eine zweite Gruppe wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger sind Interessenverbände, die nicht dem Staat zuzuordnen sind. Allem voran die Tarifparteien (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften). Deren Tarifautonomie ist im Grundgesetz verankert. Tarifentscheidungen sind zwar in erster Linie auf den Arbeitsmarkt gerichtet, haben aber auch Einfluss auf die Kosten der Unternehmen und die Einkommen der Haushalte und damit auf die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Größen, auch die der Geldwertstabilität.

### 10.3.2 Platz der Konjunkturpolitik – Systematisierung

Die Vielfalt wirtschaftspolitischer Aktivitäten und ihrer Zuordnung mag auf den ersten Blick irritierend wirken: Beschäftigungspolitik, Verteilungspolitik, Entwicklungspolitik, Wachstumspolitik, Investitionspolitik, Umweltpolitik, Strukturpolitik, Wettbewerbspolitik, Konjunkturpolitik, Einkommenspolitik, Geldpolitik, Zinspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Finanzpolitik, Außenwirtschaftspolitik. Wo ist da oben und unten, wo links und rechts?

Viele der genannten Bereiche lassen sich zueinander in Beziehung setzen. Das passiert, indem wir einerseits Bereiche gleicher Ordnung voneinander abgrenzen und andererseits Bereiche niederer Ordnung Bereichen höherer Ordnung zuteilen. Die Abgrenzung wird dabei auf das jeweils verfolgte Ziel bezogen. Eine mögliche Strukturierung zeigt Tab. 10.4. Dabei wird im Interesse einer plausiblen Übersicht auf Vollständigkeit verzichtet und ein vertretbares Maß an Subjektivität in Kauf genommen.

Der Versuch einer Systematisierung von Wirtschaftspolitik in Tab. 10.4 soll hier vor allem der näheren Bestimmung des Stellenwertes von Konjunkturpolitik dienen.

► **Konjunkturpolitik** ist derjenige Bereich der Wirtschaftspolitik, der auf die Vermeidung oder Dämpfung konjunktureller Schwankungen gerichtet ist und damit der Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Zielbündels im Konjunkturverlauf entgegenwirkt.

Konjunkturpolitik und Stabilitätspolitik werden gewöhnlich als synonyme Begriffe verstanden. Natürlich bestehen unterhalb der Ebene „Konjunkturpolitik“ wie auch zwischen Konjunkturpolitik und anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik vielfältige Verbindungen und Wechselwirkungen, zum Teil auch gegensätzliche. Ihre Kenntnis und Berücksichtigung ist Voraussetzung dafür, dass sich die Wirkungen im Sinne gesamtwirtschaftlicher Prioritäten verstärken und nicht gegeneinander aufheben.

**Tab. 10.4** Wirtschaftspolitik

Ziel	Bereich der Wirtschaftspolitik
Gestaltung der Wirtschaftsordnung	<b>Ordnungspolitik</b> Wettbewerbspolitik
Erreichen gesamtwirtschaftlicher Ziele	<b>Beschäftigungspolitik</b> Arbeitsmarktpolitik Ausbildungspolitik
	<b>Wachstumspolitik</b> Investitionspolitik Technologie- und Innovationspolitik Mittelstandspolitik Bildungspolitik
	<b>Geldpolitik</b> Zinspolitik Geldmengenpolitik
	<b>Finanzpolitik</b> Haushaltspolitik Förderpolitik Schuldenpolitik Steuerpolitik
	<b>Außenwirtschaftspolitik</b> Zollpolitik Wechselkurspolitik Zahlungsbilanzpolitik
	<b>Umweltpolitik</b> Klimapolitik Energieträgerpolitik Artenpolitik Recyclingpolitik
	<b>Verteilungspolitik</b> Tarifpolitik Mindestlohnpolitik
Wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur	<b>Strukturpolitik</b> (Branchen, Regionen)
Glätten von Konjunkturschwankungen	<b>Konjunkturpolitik</b> <i>Koordinierung des Bündels zur Erreichung gesamtwirtschaftlicher Ziele – vor allem Geldpolitik und Finanzpolitik</i>

### 10.3.3 Konjunkturpolitik und Nachfrage

In Tab. 10.4 finden wir als ein wichtiges Element der Wirtschaftspolitik die Konjunkturpolitik. Nachfrageorientierte und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (vgl. Abschn. 10.2) sind übergreifende Grundpositionen, die im Sinne von Tab. 10.4 nicht zu institutionalisieren sind. Wir wissen, dass Angebotspolitik vor allem auf optimale Produktionsbedingungen und Geldwertstabilität setzt. Definieren wir andererseits Konjunkturpolitik als Zugriff

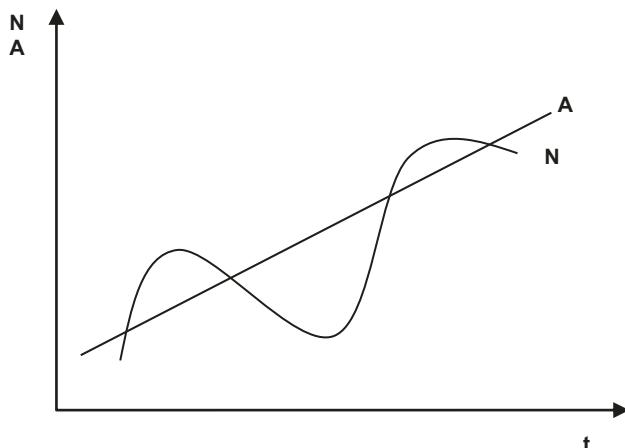
auf das gesamte Bündel gesamtwirtschaftlicher Ziele im Sinne der Globalsteuerung so rückt sie zwangsläufig stärker in den Bereich der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Da dieser Abschnitt der Konjunkturpolitik gewidmet ist, soll hier noch einmal speziell ihr Verhältnis zur Nachfrage im Mittelpunkt stehen.

Konjunkturzyklen entspringen dem regelmäßigen Auseinander- und Wiederaufeinanderzubewegen von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und gesamtwirtschaftlichem Angebot. Der Ansatz der Konjunkturpolitik ist nachfrageorientiert. Damit wird die pulsierende Lücke zwischen Nachfrage und Angebot weniger auf Schwankungen der Produktionskapazitäten, sondern vor allem auf schwankendes Ausgabeverhalten der Haushalte (Nachfrage) zurückgeführt. Abb. 10.6 illustriert das, indem sie die Angebotskurve als langfristig wachsende Gerade der Produktionsmöglichkeiten darstellt, um die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zyklisch schwankt.

Einige werden sich beim Bild von Abb. 10.6 an Abb. 10.3 erinnern, die den Konjunkturverlauf als wellenförmige Aufwärtsbewegung des Bruttoinlandsprodukts abbildet, die um einen geradlinigen Aufwärtstrend schwankt – den langfristigen Wachstumspfad. Baut man die Brücke, so ist hier das BIP in seinem Einkommen – Verständnis die Nachfragekurve und der langfristige Wachstumstrend das Angebot. Und damit die Produktionskapazität eine gegebene Größe. Abb. 10.6 ist so die nachfrageorientierte, die konjunkturpolitische, Variante der (hinsichtlich der Grundpositionen eher neutralen) Abb. 10.3. In jedem Punkt oberhalb des Schnittes beider Kurven überfordert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das gesamtwirtschaftliche Angebot und muss im Selbstverständnis der Konjunkturpolitik gedämpft werden. Unterhalb der Schnittpunkte kann die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das gesamtwirtschaftliche Angebot nicht auslasten und muss durch die Konjunkturpolitik mobilisiert werden.

Wir haben die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und mit ihr die Konjunkturpolitik an anderer Stelle mit dem Stabilitätsgesetz und der globalen Steuerung makroökonomischer Zielgrößen, mit Globalsteuerung, in Verbindung gebracht. In diesem Rahmen bewegen sich Konjunkturpolitik und Globalsteuerung im marktwirtschaftlichen Rahmen. Diese

**Abb.**  
**10.6** Nachfrageinduzierte Konjunktur



Steuerung erfolgt, ohne interventionistisch (z. B. durch Verbote oder Kontingente) in die individuelle Entscheidungsfreiheit der Wirtschaftssubjekte einzugreifen.

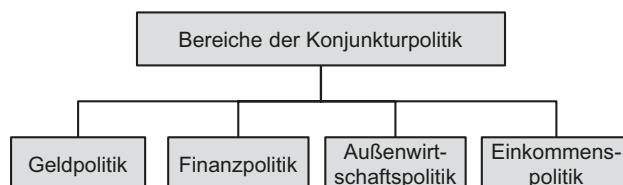
► **Globalsteuerung** ist die marktkonforme Beeinflussung gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Konjunkturverlauf, durch die das Verhalten der Wirtschaftssubjekte mit dem gesamtwirtschaftlichen Zielbündel tendenziell in Übereinstimmung gebracht werden soll.

#### 10.3.4 Bereiche der Konjunkturpolitik

Da sich Konjunkturpolitik „global“ dem gesamten Zielbündel nähert, muss sie breiter angelegt sein und über einen größeren Instrumentenkasten verfügt, als eine rein angebotsoorientierte Geldpolitik. Wer die Wirtschaftsmedien oder politischen Debatten verfolgt, der wird darin unschwer immer wiederkehrende Begriffe erkennen, die Bereiche der Konjunkturpolitik wie auch die sie tragenden Instanzen (nicht selten sogar Repräsentanten) erkennen. Hier soll es uns mit Abb. 10.7 zunächst um die Gliederung der Konjunkturpolitik in ihre wichtigsten Bereiche gehen.

Wie aus Tab. 10.4 hervorgeht, sind Geldpolitik, Finanzpolitik, Außenwirtschaftspolitik und Einkommenspolitik auch und zuallererst eigenständige und weit über die Konjunkturpolitik hinausgehende Teile der Wirtschaftspolitik. In ihren Schnittmengen zueinander sind sie Konjunkturpolitik.

Ein Hinweis zum Verhältnis von Finanzpolitik und Fiskalpolitik erscheint noch angebracht: Tab. 10.4 (Wirtschaftspolitik) und Abb. 10.7 (Bereiche der Konjunkturpolitik) enthalten beide die Finanzpolitik und nicht die Fiskalpolitik. Obwohl zumindest im zweiten Fall auch der Bezug auf die Fiskalpolitik richtig wäre und üblich ist. Definitionen beider und ihres Verhältnisses zueinander sind widersprüchlich. Auch mit Blick auf die Ansprache in Gutachten des Sachverständigenrates und Jahreswirtschaftsberichten liegt diesem Buch folgendes – auch für Titel und Inhalt von Kap. 12 wichtige – Verständnis zugrunde: Fiskalpolitik ist Teil der Finanzpolitik. Sie ist derjenige Teil der Finanzpolitik, der auf die Glättung konjunktureller Schwankungen im Sinne gesamtwirtschaftlicher Ziele ausgerichtet und damit im engeren Sinne Bereich der Konjunkturpolitik ist. Neben dieser Aufgabe der Fiskalpolitik, vor ihr oder zum Teil auch im Konflikt zu ihr, hat die Finanzpolitik ihre originäre Aufgabe eines konsolidierten Haushaltes, der Deckung von Ausgaben des



**Abb. 10.7** Bereiche der Konjunkturpolitik

Staates durch Einnahmen des Staates, wahrzunehmen. Da, bei aller Widersprüchlichkeit, in Gegenstand und Ziele der Finanzpolitik auch Gegenstand und die Ziele ihres Teilbereichs, der Fiskalpolitik, eingehen, sprechen wir sowohl hier bei den Bereichen der Konjunkturpolitik als auch beim weiter gefassten Kap. 12 einheitlich von „Finanzpolitik“.

### 10.3.5 Träger der Konjunkturpolitik

Die Bereiche der Konjunkturpolitik werden in ihrer Verantwortung durch verschiedene Träger (vgl. Tab. 10.5) wahrgenommen.

So wie die gesamtwirtschaftlichen Ziele ein „magisches Viereck“ bilden, und wie auch die Bereiche der Konjunkturpolitik Verzahnung und Konflikte miteinander verbinden, zeigt sich das verständlicherweise auch bei ihren Trägern. Wenn verschiedene Seiten verschiedene Verantwortungen wahrnehmen, so liegt es auf der Hand, dass auch Ressort-Interessen miteinander kollidieren können, ja müssen. Das kommt, wie oben angedeutet, auch daher, dass die Träger der Konjunkturpolitik neben ihrer stabilitätspolitischen Verantwortung auch weiteren, eigenständigen Aufgaben verpflichtet sind, deren Erfüllung nicht immer in die gleiche Richtung geht. Soll ein Staatshaushalt in der Krise auf seine Ausgeglichenheit achten, oder durch Ausgabeüberhang und Verschuldung die Wirtschaft stimulieren? Soll die Zentralnotenbank in der Krise die Zinsen senken, die Geldmenge erhöhen und so Wirtschaftswachstum durch Inflation erkaufen?

Die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeitnehmer kämpfen am Tisch der Tarifparteien, das ist ihre Aufgabe, um Lohnerhöhungen. Sind in einer progressiven Konjunkturphase die Gewerkschaften (weil Arbeitskräfte rar werden) stärker als ihre Gegenpartei, so setzen sie Löhne durch, die schneller steigen als die Arbeitsproduktivität. Ergebnis ist Inflation. Die Gewerkschaften erfüllen in diesem Falle ihren originären Auftrag, verhalten sich aber nicht stabilitätskonform. Setzen sie sich aber andererseits mit ihren Forderungen nicht durch, und es steigen die Löhne langsamer als die Arbeitsproduktivität, sinken tendenziell die Reallöhne. Das dient der Geldwertstabilität, aber nicht der Wahrnehmung ihrer verteilungspolitischen Verantwortung.

Ähnliche Konflikte können auch für andere Träger der Konjunkturpolitik entstehen. Ihre Lösung ist immer gesamtpolitische Einzelfallentscheidung und nicht unabhängig von den beiden uns bekannten wirtschaftspolitischen Grundpositionen. In Abhängigkeit von ihnen findet die für solche Fälle von Gefährdung gesamtwirtschaftlicher Ziele gemachte

**Tab. 10.5** Träger der Konjunkturpolitik

Bereich der Konjunkturpolitik	Institutioneller Träger
Geldpolitik	Zentralnotenbank (Europäische Zentralbank)
Finanzpolitik	Regierung (Ministerium der Finanzen)
Außenwirtschaftspolitik	Regierung (Wirtschaftsministerium) Zentralnotenbank (Europäische Zentralbank)
Einkommenspolitik	Tarifparteien (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften)

---

Forderung des Stabilitätsgesetzes Gehör. Die Forderung nach koordiniertem Vorgehen aller beteiligten Instanzen (Träger).

*„In diesem Falle stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele ... zur Verfügung.“*

Quelle: StabG (1967)

Oft steht bei konjunkturpolitischen Maßnahmen die Abstimmung zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik, teilweise die Außenwirtschaftspolitik, im Mittelpunkt. Weniger die Einkommenspolitik. Das mag auch daran liegen, dass sich die Mittel der Einkommenspolitik bei verfassungsmäßiger Tarifautonomie weitgehend auf Appelle an stabilitätspolitische Einsicht der Akteure beschränken. **Einkommenspolitik** (in ihrer konjunkturpolitischen Komponente) ist die Gewährleistung einer solchen Lohnentwicklung, mit der die gesamtwirtschaftlichen Ziele, allen voran die Geldwertstabilität, nicht gefährdet werden. In Ausnahmefällen kann im Rahmen konzertierter Aktionen, wie sie das Stabilitätsgesetz vorsieht, darüber hinausgegangen werden. Das letzte denkbare Mittel staatlicher Eingriffe in Form allgemeiner Preis- und Lohnstopps, haben in der Bundesrepublik Deutschland noch nie Anwendung gefunden. Im Unterschied zu Maßnahmen in umgekehrte Richtung, der gesetzlichen Festlegung von Mindestlöhnen.

Wichtige empirische Grundlagen der Einkommenspolitik haben wir in Kap. 4 (Inlandsprodukt und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) kennengelernt. Geldpolitik, Finanzpolitik und Außenwirtschaftspolitik folgen in den Kap. 11, 12 und 13 jeweils vor ihrem makroökonomischen Hintergrund.

---

## 10.4 Europäische Konjunkturpolitik

Die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union (EU) liegt zu einem großen Teil in der nationalen Kompetenz der Mitgliedsstaaten. Gleichwohl bedarf sie kontinuierlich und mit besonderer Notwendigkeit bei Herausforderungen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 einer gemeinsamen Abstimmung und Koordinierung. Die Diskussion darüber, ob diese Koordinierung zu stark oder zu schwach ist, wollen wir in Kap. 14 weiter verfolgen.

Ein Blick auf die verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik in Tab. 10.4 legt den Schluss nahe, dass in ihrer europäischen Dimension das Verhältnis von Eigenständigkeit, Abstimmung und Gemeinsamkeit sehr unterschiedlich ist. Vergleichen wir allein die Geldpolitik und die Finanzpolitik. Das setzt sich natürlich in der Konjunkturpolitik fort, weil diese ja die gleichgewichtspolitische Schnittmenge einer Reihe von Wirtschaftspolitikbereichen ist. Hierzu, zur Konjunkturpolitik in Europa, wollen wir in diesem Abschnitt einige Informationen zusammentragen und Erkenntnisse ableiten.

### 10.4.1 Konjunkturentwicklung in Ländern der EU

Bevor man konjunkturpolitisch etwas beeinflussen will, bietet sich zunächst die Antwort auf die Frage an, was man beeinflussen will. Wie verläuft die europäische Konjunktur? Unterscheidet sich ihr Verlauf von der deutschen Konjunktur? Was ergibt ein Größenvergleich von Gleichgewichtsindikatoren zwischen wichtigen EU-Mitgliedsstaaten? Diese Fragen wollen wir uns hier zunächst in drei Schritten zuwenden.

**Erster Schritt** Es werden Konjunkturindikatoren ausgewählter EU-Länder zeitpunktbezogen – sozusagen als Momentaufnahme – verglichen. Tab. 10.6 zeigt einen solchen Vergleich zwischen dem EU-Durchschnitt, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien.

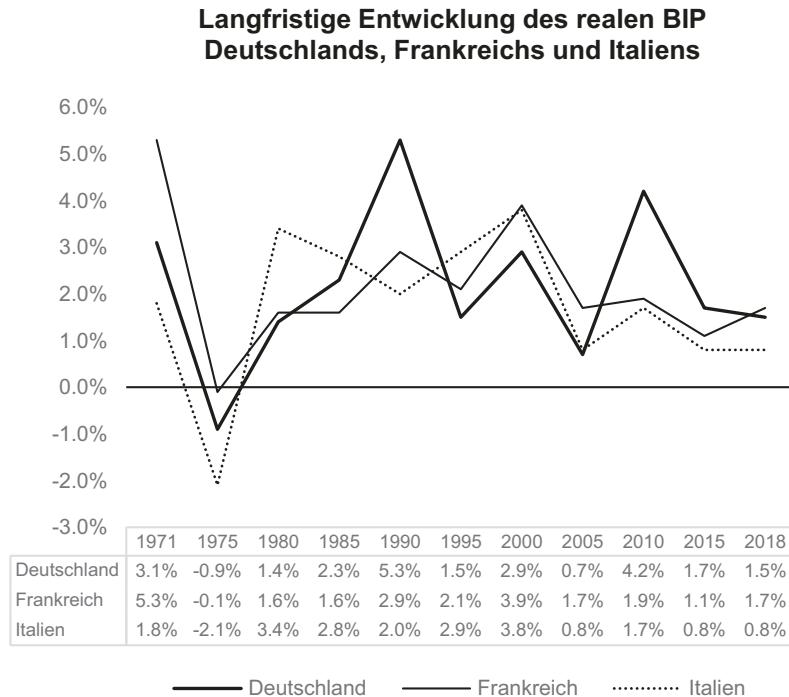
Tab. 10.6 zeigt für die Indikatoren zeitpunktbezogene Abweichungen zwischen den Ländern und zum EU-Durchschnitt. In der Rangfolge der jeweils größten Abweichung eines Landes von EU-Durchschnitt ergeben sich beim Außenbeitrag 427 % (Deutschland zur EU), bei der Erwerbslosenquote 109 % (Spanien zu EU), bei der Inflationsrate 43 % (Deutschland zur EU) und beim Wachstum 25 % (Spanien zu EU). Als Bezugsjahr wurde 2019 gewählt, weil in den Corona-Jahren 2020 und 2021 einmalige Abweichungen verallgemeinernde Aussagen einschränken.

**Zweiter Schritt** Wie gleich oder abweichend zeigt sich die konjunkturelle Entwicklung diese als absolute Größen unterschiedlichen Indikatoren? Ebenso unterschiedlich, oder als relativer Vergleich in der Veränderung angepasster? Das wollen wir mit Abb. 10.8. (Vergleich der langfristigen Entwicklung der Wachstumsraten) und Abb. 10.9 (mittelfristige Entwicklung der Inflationsrate) prüfen.

Hauptaussage von Abb. 10.8 ist, dass die Konjunkturzyklen zwischen EU-Mitgliedsländern relativ gleichförmig verlaufen. Gleichförmiger, als der Vergleich der absoluten, zeitpunktbezogenen Größen von Indikatoren, wie wir sie aus Tab. 10.6 kennen. Was sich in Abb. 10.8 am Beispiel des BIP zeigt, wird durch die Entwicklung der Inflationsraten in Abb. 10.9 bestärkt.

**Tab. 10.6** Konjunkturindikatoren in Europa. (Quelle: Statista 2021b, c, d, e, f, g, h; Eurostat 2019; Statistisches Bundesamt 2019, eigene Berechnungen)

Land	Wachstumsrate 2019	Inflationsrate 2019	Erwerbslosenquote 2019		Außenbeitrag 2019
	BIP real zu Vorjahr		Gesamt	Jugend	zum BIP
EU	+1,6	1,4	6,7	15,1	1,1
Deutschland	+0,6	1,3	3,0	5,4	5,8
Frankreich	+1,5	1,3	8,4	19,1	-3,0
Italien	+0,3	0,6	9,9	29,3	3,1
Spanien	+2,0	0,7	14,0	32,9	-1,2

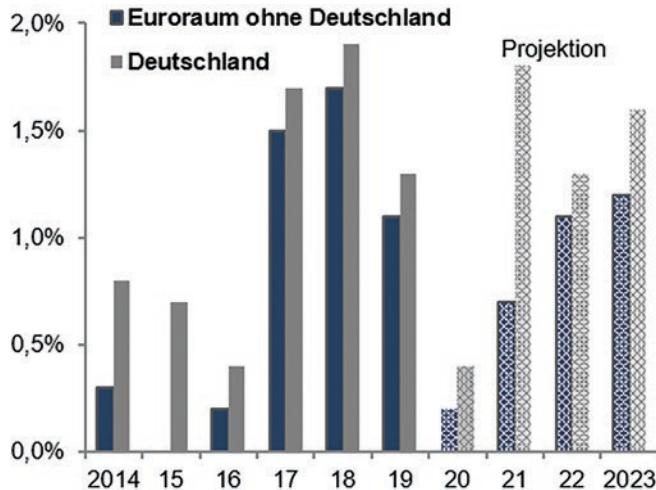


**Abb. 10.8** Langfristige Entwicklung von Wachstumsraten in Europa. (Quelle: Weltbank 2020)

Auch Abb. 10.9 bestätigt, bei allen Abweichungen in der absoluten Größe der Indikatoren, einen relativ harmonischen Konjunkturkurvenverlauf. Hier am Beispiel der Inflationsrate im Vergleich von Deutschland zur EU (ohne Deutschland).

**Dritter Schritt** Ziehen wir ein kurzes Zwischenfazit.

- Die absolute Höhe der Konjunkturindikatoren differiert zwischen den EU Ländern – u. a. wegen historisch gewachsener wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie gesamtpolitischer Konstellationen.
- Es lassen sich Unterschiede in den Abweichungen der Indikatoren zwischen den EU-Ländern ausmachen, je nachdem, um welchen von ihnen es geht. Die vergleichsweise geringen Abweichungen der Inflationsraten und die relativ hohen Abweichungen bei den Erwerbslosenquoten legen eine Verbindung zum unterschiedlichen Grad an Gemeinsamkeit – hier zwischen Geldpolitik und Arbeitsmarktpolitik – nahe.
- Die Entwicklung der Indikatoren im Konjunkturverlauf lässt deutlich mehr Deckungsgleichheit erkennen, als die absolute zeitpunktbezogene Größe einzelner Indikatoren. Hierzu tragen sowohl verstärkt international wirkende Markteinflüsse auf die Konjunktur wie auch die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer in der Konjunkturpolitik bei.



**Abb. 10.9** Mittelfristige Entwicklung der Inflationsrate in Europa. (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte 12/2020)

#### 10.4.2 Konjunkturpolitischer Rahmen der Europäischen Union

Es ist auffällig, dass die Forderungen nach einer gemeinsamen europäischen Konjunkturpolitik in der Zeit vom Ende des 2. Weltkrieges bis heute in Stärke und Vielzahl nicht zu-, sondern abgenommen haben. Was sicherlich im Zusammenhang mit dem Trend von nachfrageorientierter hin zu angebotsorientierter Wirtschaftspolitik insgesamt steht.

Eine der ersten Quellen und ein „Klassiker“ unter den Konzepten einer europäischen Konjunkturpolitik ist die Arbeit von Alfred MUELLER-ARMACK, eines der Väter der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, mit dem Titel „Institutionelle Fragen der europäischen Konjunkturpolitik“ von 1958. Nach einem Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise 1929 und nationalistische Konjunkturpolitik in den Diktaturen der dreißiger Jahre gelangt er zu der Forderung nach einer europäischen Konjunkturpolitik und eines dafür geeigneten institutionellen Rahmens. Konjunkturpolitik wird dabei im definierten Sinne als optimaler Ausgleich bei der Verfolgung aller gesamtwirtschaftlichen Ziele gleichermaßen verstanden.

„Europäische Konjunkturpolitik ... ist so ein zeitgerechtes Postulat der Wirtschaftspolitik, um die Sicherheit der inneren Marktentwicklung endlich in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der internationalen Kooperation zu bringen.“ ... „Realisierbar in diesem Sinne scheint die Errichtung einer europäischen Institution für Konjunkturfragen – hier auch Konjunkturboard genannt –, die die Aufgabe hat, als Stabilisator im Gefüge der europäischen Wirtschaft zu dienen.“

Quelle: Müller-Armack (1958)

Bei Befürwortung des institutionellen Rahmens („Board“) verbindet MUELLER-ARMACK dessen hohe Eigenständigkeit realistisch mit der Beibehaltung einzelstaatlicher wirtschaftspolitischer Autonomie. Bemerkenswerterweise sieht er aus seinem historischen Blickwinkel eine solche Institutionalisierung für eher und einfacher möglich als

den Endpunkt einer gemeinsamen Geldpolitik durch eine Europäische Zentralbank. Die Wirklichkeit war anders.

Den Blick auf einen institutionellen Rahmen richtet auch der (unterschiedlich verstandene) Begriff einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“. In der Diskussion um den EU-Vertrag von Maastricht 1992 wurde er vor allem mit Blick auf die geldpolitische Autonomie einer künftigen Europäischen Zentralbank verstanden. Neu belebt wurde die Diskussion im Zusammenhang mit den Ergebnissen europäischer Wirtschaftspolitik während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009. Vor allem auf Seiten Frankreichs gibt es Befürworter. Haupttenor ist aber bis heute: Koordinierung „ja“, Wirtschaftsregierung „nein“.

Die Grunddokumente der EU – der EU-Vertrag von Maastricht 1992 und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU Vertrag) – sind in ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung überwiegend angebotsorientiert. Im Mittelpunkt stehen Geldwertstabilität und konsolidierte Haushalte. Das betrifft auch die Konvergenzkriterien zur Begrenzung von Neu- und Gesamtverschuldung, wie sie im Maastrichter Vertrag stehen und seit 1997 als Stabilitäts- und Wachstumspakt gelten. Sie sind eher ein haushaltspolitisches Plädoyer für Ausgabendeckung durch Einnahmen als für konjunkturbelebende Kreditaufnahme und Neuverschuldung. Konzertierte Verfolgung des Pakets gesamtwirtschaftlicher Ziele und Glättung von Konjunkturschwankungen auf europäischer Ebene nehmen eine eher zurückgesetzte Position ein.

*„Die Union ... wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz ...“*

Quelle: EU-Vertrag (1992), Artikel 3

*„Demgegenüber erscheint im Gründungsvertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ von 1957 noch explizit der Begriff „Konjunkturpolitik“.*

*„Die Mitgliedsstaaten betrachten ihre Konjunkturpolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse. Sie setzen sich miteinander und mit der Kommission über die unter den jeweiligen Umständen zu ergreifenden Maßnahmen ins Benehmen.“*

Quelle: EWG-Vertrag (1957)

Hier wird einerseits die Konjunkturpolitik als für Europa wichtiger Bereich der gemeinsamen Wirtschaftspolitik anerkannt. Andererseits weist „ihre Konjunkturpolitik“ klar auf die einzelstaatliche Zuständigkeit hin. Eine Zuständigkeit, die es zu koordinieren gilt.

### 10.4.3 Ergebnis

Konjunkturpolitik auf europäischer Ebene ist also einerseits auf das gleiche Hauptziel, die konzertierte Sicherung wirtschaftlichen Gleichgewichts durch Glättung konjunktureller

Schwankungen, gerichtet. Andererseits findet europäische Konjunkturpolitik national eigenständige Träger, in den Mitgliedsländern unterschiedliche Indikatoren-Werte und teilweise unterschiedliche nationale Prioritäten vor.

► **Europäische Konjunkturpolitik** ist das nach einzelnen Zielen in unterschiedlichem Maße mögliche Gleichschalten nationaler Konjunkturpolitik. Anliegen ist, nationale und europäische Konjunkturverläufe von Indikatoren, die sich ihrer absoluten Größe unterscheiden, anzugeleichen und zu glätten.

Stärker als auf nationaler Ebene muss in der europäischen Konjunkturpolitik zwischen geldpolitischer und finanzpolitischer Komponente unterschieden werden. Gelpolitik basiert mit der Europäischen Zentralbank (EZB) auf einer gemeinsamen Institution und ist daher von Natur aus einheitlich. Finanzpolitik sowie das gesamte Netz konjunkturpolitischer Instrumente basiert dagegen auf nationalen Trägern und Zuständigkeiten. Sie können daher nicht gleich, sondern nur in ausreichendem oder ungenügendem Maße abgestimmt sein. Auch muss eine abgestimmte Konjunkturpolitik, beispielsweise zur Belebung der Wirtschaft, vorwiegend auf nationale Mittel zurückgreifen, da die Eigenmittel des EU-Haushaltes weder umfangreich noch flexibel genug einsetzbar wären.

Ebenso, wie in der nationalen Wirtschaftspolitik, ist der Stellenwert der Konjunkturpolitik auch in Europa abhängig vom Prioritätenverhältnis zwischen nachfrageorientierter und angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. So ist die Europäische Zentralbank (EZB) als Träger europäischer Gelpolitik nach Artikel 2 ihrer Satzung vorrangig der Preisniveaustabilität verpflichtet. Und der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU – damit auch ihrer Konjunkturpolitik – nur soweit, wie damit das Hauptziel nicht gefährdet wird.

#### 10.4.4 Europäische Konjunkturpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009

In Abschn. 10.2 haben wir mit Blick auf die Prioritäten von Nachfrage- und Angebotsorientierung in der Geschichte deutscher Wirtschaftspolitik die Frage aufgeworfen: Erfolgt auch in Phasen einer stark angebotsorientierten Wirtschaftspolitik der Rückgriff auf nachfrageorientierte Konjunkturprogramme, wenn in besonderen Krisensituationen das Wasser bis zum Halse steht? Diese Frage wollen wir mit Blick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 auf die Ebene europäischer Wirtschaftspolitik übertragen.

Wie sich zeigen wird, kann man die Frage mit „ja“ beantworten. Wie bei allen großen Krisen spielt auch im Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise die Sicherung von Kapazitätsauslastung und Beschäftigung im Paket gesamtwirtschaftlicher Ziele eine hervorragendere Rolle, als im „normalen“ Wirtschaftsablauf. Massenarbeitslosigkeit oder die Gefahr ihres Eintretens haben die Weltwirtschaftskrise 1929, die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 und die Corona-Krise 2020/2021 gemeinsam. Und mit ihnen offensichtlich die Attraktivität keynesianischer Konjunkturprogramme – national wie europäisch. Dabei

besaßen konjunkturpolitische Eingriffe in der Weltwirtschaftskrise vor allem nationalen Charakter, und internationale Koordinierungsversuche wiesen eher Enttäuschung als Erfolg auf.

Aber beginnen wir mit der Geldpolitik. Sie gehört neben Globalsteuerung und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik auch zu den vergleichsweise wenigen Instrumenten angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. Und sie spielt in der europäischen Konjunkturpolitik 2008/2009 in zweifacher Hinsicht eine besondere Rolle. **Erstens** ist es der einzige Bereich der Wirtschaftspolitik, bei der durch EZB und Euro nationale und europäische Komponente gleichgeschaltet sind. Hier braucht es keine Koordinierung, hier gibt es eine gemeinsame Politik. **Zweitens** spielt die Gelpolitik 2007–2009 deshalb eine Schlüsselrolle, weil die Krise originär im Banken- und Finanzsektor entstand und sich erst in der Folge auf die Realwirtschaft übertrug. Die EZB reagierte mit einer expansiven, Liquiditätserweiternden Geldmengenpolitik und setzte damit fördernde Impulse für die Finanzierung (Kredite) von Banken und Unternehmen. Im Ergebnis wird die europäische Gelpolitik während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise allgemein als ausgewogen und erfolgreich bewertet. Und damit natürlich die Europäische Währungsunion als ihre Voraussetzung.

*„Hätte es die Währungsunion nicht gegeben, wäre der Abwertungsdruck auf einzelne Währungen in Europa sehr viel größer geworden, was zu noch viel stärkeren Ungleichgewichten und Marktverwerfungen hätte führen können.“*

Quelle: Schmidt (2009)

Den Rahmen für das gesamte europäische Konjunkturpaket, im engeren Sinne die Fiskalpolitik, setzt das „Umfassende Konjunkturprogramm für Wachstum und Beschäftigung zur Ankurbelung der Nachfrage und Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäische Wirtschaft“ vom 26.11.2008. Beim richtigen Hinschauen sticht „Ankurbelung der Nachfrage“ ins Auge. Ein deutlicheres Plädoyer für Nachfrageorientierung schon im Titel gibt es nicht. Gleichzeitig hat das europäische Konjunkturprogramm mit den deutschen Konjunkturpaketen I und II etwas gemeinsam. Es erhöht zum einen gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch zusätzliche Aktivitäten des Staates am Markt. Im europäischen Konjunkturpaket sind das 200 Milliarden Euro, davon allein 170 Milliarden Euro anteilig aus den nationalen Haushalten. Es trägt zum anderen angebotsorientierte Züge, indem die staatliche Nachfrage nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern auf innovative Wachstumsbereiche konzentriert wird. Das ist die Verbindung nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik mit Strukturpolitik und damit Angebotspolitik. Beispiele im europäischen Konjunkturpaket sind Investitionen in den Energiesektor und das Breitbandinternet in ländlichen Gebieten. Hierfür erforderliche Kreditaufnahmen erscheinen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nach dessen Novellierung 2005 vereinbar. Danach sind Abweichungen vom vorgegebenen Korridor der 3 % jährlichen Neuverschuldung dann möglich, wenn die Entwicklung des BIP deutlich unter dem langfristigen Wachstumspfand liegt (vgl. Abschn. 10.1). Im Unterschied zur durchgängig positiven Bewertung der Gelpolitik werden die Ergebnisse des Konjunkturpakets und der Koordinierung zwischen den Mitgliedsländern differenziert eingeschätzt.

**I. Themenprägende Begriffe**

- Konjunktur
- Konjunkturzyklus
- Wachstumspfad
- Konjunkturphasen
- Konjunkturindikatoren
- Konjunkturerklärungen
- Multiplikator und Akzelerator
- Nachfrageorientierte und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik
- Fiskalismus und Monetarismus
- Wirtschaftspolitik
- Konjunkturpolitik
- Bereiche der Konjunkturpolitik
- Träger der Konjunkturpolitik
- Europäische Konjunkturpolitik

**II. Fragen zur Überprüfung**

- Wie unterscheidet sich Konjunktur von kurzfristigen und langfristigen Schwankungen?
- Aus welchen Phasen besteht der Konjunkturzyklus und was sind ihre Merkmale?
- Welche Konjunkturindikatoren gibt es und wie ist ihr Zeitverhalten?
- Worin unterscheiden sich exogene und endogene Konjunkturerklärungen?
- Was kennzeichnet die praktische Entwicklung von Konjunkturzyklen in Deutschland?
- Worin unterscheiden sich die beiden wirtschaftspolitischen Grundpositionen?
- Welche Rolle spielen beide wirtschaftspolitischen Grundpositionen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland?
- Welche Rolle spielt die Konjunkturpolitik innerhalb aller Bereiche der Wirtschaftspolitik?
- In der Zuständigkeit welcher Träger erfolgt Konjunkturpolitik?
- Was kennzeichnet die europäische Konjunkturpolitik, und wie ist die Bewertung ihrer Erfolge?

---

**Literatur****Literaturverzeichnis**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020) *Jahreswirtschaftsbericht 2020*, S. 20, S. 50

- Bundeszentrale für politische Bildung (2020) *Unternehmenssteuern*, <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70564/unternehmenssteuern#:-text=> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Dezember 2020 *Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023*, S. 17–38, Abb. S. 32 unter Quellenbezug „Statistisches Bundesamt, Eurostat und eigene Berechnungen“
- Engels, W. (1991) *Rauchschleier*, in: *Wirtschaftswoche* 18/1991
- Eurostat (2019) *Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 1,3 % gestiegen*, Pressemitteilung Euroindikatoren vom 17.07.2019, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9984118/2-17072019-AP-DE.pdf> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Kohl, H. (1983) *Regierungserklärung am 4. Mai 1983*, Plenarprotokoll der 10. Wahlperiode, 4. Sitzung, S. 57–58
- Müller-Armack, A. (1958) *Institutionelle Fragen der europäischen Konjunkturpolitik*, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Band 7, Heft 3, Seite 7–24 – Quelle: S. 11, 13) Berlin: Verlag De Gruyter Oldenbourg
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2020/2021) *Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, S. 40, S. 87
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 643, 644
- Schmidt, A. (2009) *Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – die erste Bewährungsprobe für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion*, Integration, Vol. 32 Nr. 4 (Oktober 2009) Seiten 388–397, Quelle: S. 395
- Statista (2021a) *Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandsprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021b) *Prognose zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP in den EU-Ländern bis 2022*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159507/umfrage/prognose-zur-emwicklung-des-bip-ind-den-laendern-der-eurozone/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021c) *Bruttoinlandsprodukt in der EU*, <https://de.statista.com/themen/2280/bruttoinlandsprodukt-bip-in-eu-und-euro-zone/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021d) *Entwicklung des BIP in der EU und der Eurozone*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156282/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-der-eu-und-der-eurozone/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021e) *Handelsbilanz der Europäischen Union*, <https://statista.com/statistik/daten/studie/909572/umfrage/handelsbilanz-der-europaeischen-union-im-warenhandel-in-us-dollar> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021f) *Bruttoinlandsprodukt Frankreich/Italien/Spanien*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14396/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-frankreich/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14402/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-italien/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/19358/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-spanien/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021g) *Handelsbilanz Deutschland*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37793/umfrage/exportueberschuss-in-deutschland-seit-1999> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021h) *Handelsbilanz Frankreich/Italien/Spanien*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15613/umfrage/handelsbilanz-von-frankreich/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15619/umfrage/handelsbilanz-von-italien/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15630/umfrage/handelsbilanz-von-spanien/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2019) *Statistisches Jahrbuch 2019 Deutschland und Internationales*, S. 652, 674, 678, 367, 682

Weltbank (2020) *World Development Indicators*, <https://datatopics.worldbank.org/sdgatlas/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Bofinger, P. (2020) *America immer noch first?* in: Internationale Politik Gesellschaft, 12.11.2020, <https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/trumps-erbe-4788/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021) *Weniger Staat, mehr Markt*, <https://www.100.bmwi.de/BMWI100/Navigation/DE/Meilenstein-07/1982-1989.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Busch, K. (2010) *Europäische Wirtschaftsregierung und Koordinierung der Lohnpolitik. Krise der Eurozone verlangt Strukturreformen*, Friedrich-Ebert-Stiftung
- Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 12/2020 *Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023*, S. 17–38
- Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 10/2020 *Muster internationaler Konjunkturzyklen*, S. 41–66
- Deutscher Bundestag, Unterabteilung/Fachbereich Europa (2018), *Zuständigkeitsverteilung zwischen Europäischer Union und den Mitgliedsstaaten im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion zur Steuerung der Konjunkturpolitik*, Ausarbeitung PE 6 – 3000 – 31/18
- Heilemann, U. (2019) *Rezessionen in der Bundesrepublik Deutschland von 1966 bis 2013*, Wirtschaftsdienst 2019/Heft 8/Seiten 546–551
- Herrmann, A. (2016) *Von der Inflationsphobie bis zur „schwarzen Null“*, in: Wirtschaftsdienst/2016/ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
- Patel, K. (2018) *Projekt Europa*, München: C.H. Beck Verlag
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 641–676
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 491–514



## Zusammenfassung

Geld ist Geld, wenn es die Funktionen als Tauschmittel, Rechenmittel und Wertaufbewahrungsmittel wahrnimmt. Hauptträger der Geldpolitik ist die Zentralnotenbank. Ihre Aufgabe ist die Steuerung der Geldversorgung der Wirtschaft mit dem primären Ziel der Preisniveaustabilität. Die Rolle der Kreditinstitute besteht darin, Ersparnisse der Haushalte gegen Zahlung von Zinsen zu bündeln und gegen Zahlung von Kreditzinsen für Investitionen zeitweilig weiterzureichen. Eine der wichtigsten Erfahrungen der Deutschen Bundesbank war die Festschreibung ihrer Unabhängigkeit von der Regierung. Mit Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion ist im Eurogebiet die Europäische Zentralbank für die Geldpolitik zuständig. Sie nimmt diese Aufgabe im Europäischen System der Zentralbanken zusammen mit den Zentralnotenbanken der Mitgliedsländer des Euro-Systems wahr. Seit 1999 ist der Euro die gemeinsame europäische Währung der Mitgliedsstaaten des Euro-Systems. Seine Einführung ist die Vollendung der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion, bietet Vorteile für Menschen und Wirtschaft und ist ein Signal europäischer Integration.

## 11.1 Wesen und Funktion des Geldes

*„Das elende Geld hat leider nur gar zu viel Einfluss auf den Pöbel aller Stände.“*  
(Adolph Freiherr von Knigge)

Kaum ein Mensch wird mit dem Schicksal darüber hadern, dass er zu viel Geld besitzt. Für eine Volkswirtschaft ist die Lage anders. Zu viel Geld kann ihr Gleichgewicht stören und dazu führen, dass gesamtwirtschaftliche Ziele infrage gestellt und Stabilitäten gestört werden.

Wodurch aber wird bestimmt, wieviel Geld die Volkswirtschaft braucht? Wie kann man dieses Maß, wenn man es kennt, schützen und steuern? Und welche Wirkungen kann man damit erzielen? Solche Fragen und ihre Beantwortung bilden den Kern dieses Kapitels.

Und wir machen Ausflüge in Randbereiche. Wie vor allem in unserer Welt, macht Digitalisierung auch vor der guten alten Geldwirtschaft nicht halt. Diskussionen um Bitcoin, digitalen Euro und Abschaffung von Bargeld machen die Runde. Hängen diese Dinge zusammen oder nicht? Wie konservativ oder innovativ ist hier die Geldpolitik. Wie ist, gerade beim Geld, das Verhältnis von Sicherheit und Schnelligkeit? Wie das von Aufwand und Nutzen? Um so viel vorwegzunehmen: Mit diesen Themen werden Geldtheorie und Geldpolitik nicht auf den Kopf gestellt. Dieses Kapitel wird sie nicht aussparen und ihnen an geeigneter Stelle in angemessenem Maße nachgehen. Vieles des im Folgenden vermittelten gesicherten Wissens ist aber unabdingbare Basis für die Einordnung und Bewertung neuer Entwicklungen.

### 11.1.1 Ursprünge des Geldes

Die elementare Form der Vermittlung von Arbeitsteilung in der Geschichte ist der geldlose Tauschhandel. Auch hier muss es Preise gegeben haben. Aber nicht in allgemein vergleichbaren Geldeinheiten, sondern in Einheiten des jeweiligen Tauschgutes. Wir haben solche Preise unter dem Begriff „Opportunitätskosten“ in Kap. 2 kennengelernt. In den alten Kulturen Ägyptens und Mesopotamiens des 3. Jahrtausends vor Christi war Geld bereits als allgemeines Tauschäquivalent bekannt. Aber noch nicht als Münzen, sondern als Recheneinheiten („Shat“). Ihr Wert besaß Deckung durch Gold oder Silber. Ein großer Vorteil der Geldwirtschaft war aber damit schon gegeben: die Praktikabilität des Tauschs. Die Möglichkeit des Verzichts auf aufwendiges Zählen, Messen oder Abwiegen. Wenn Sie Münzen sammeln und tief in die Vergangenheit greifen, dann werden Sie im Internet die ältesten Angebote aus dem Mittelmeerraum des 1. Jahrtausends vor Christi – vor allem aus Griechenland (Drachme) finden. Gefolgt vom Denar aus dem antiken Rom ab 200 vor Christi.

Falsch wäre die Annahme, dass das Geldwesen den geldlosen Tauschhandel mit einem Urknall über Nacht abgelöst hätte. Die Position des Geldes als allgemeines Tauschmittel ist langsam, schrittweise aber beständig über Jahrtausende gewachsen und hat den Tauschhandel auch bis heute noch nicht überall und vollständig abgelöst. Immer noch erzählt man von abgelegenen pazifischen Inseln, auf denen sich die Menschen an Stelle von Geld selten vorkommender Steine oder Muscheln bedienen.

Vom Münzgeld zum Papiergegeld hat es dann noch einmal mehr als zweitausend Jahre gedauert. Die ersten Geldscheine wurden 1660 in Schweden gedruckt. Manch einer sieht in den heutigen Aktivitäten Schwedens (neben oder nach China) bei der Digitalisierung seiner Währung eine Fortsetzung dieser Vorreiterrolle. Das soll aber an späterer Stelle Thema sein.

### Exkurs

Das Deutsche Münzmagazin bezeichnet vormünzliche Zahlungsmittel als „Primitivgeld“. Vor allem die Naturvölker in Asien, Afrika und Amerika bevorzugten andere Materialien als die aus Metall geprägter Münzen, teilweise bis in die heutige Zeit hinein. Diese konnten tierischen Ursprungs sein wie Federn, Schnecken und Zähne. Aber auch begehrte Pflanzen wie beispielsweise Tabak, Kakao-bohnen oder Tee galten als probate Zahlungsmittel. Quelle: Deutsches Münzmagazin (2021)

Vom Münzgeld zum Papiergele hat es dann noch einmal mehr als zweitausend Jahre gedauert. Die ersten Geldscheine wurden 1660 in Schweden gedruckt. Manch einer sieht in den heutigen Aktivitäten Schwedens (neben oder nach China) bei der Digitalisierung seiner Währung eine Fortsetzung dieser Vorreiterrolle. Das soll aber an späterer Stelle Thema sein.

### 11.1.2 Geldfunktionen

In einer modernen arbeitsteiligen Wirtschaft spielt Geld eine zentrale Rolle. Vielfältige wirtschaftliche Verflechtungen, Globalisierung von Märkten und Handel, werden durch Geld nicht nur erleichtert, sondern überhaupt erst möglich.

Was macht ein Ding zu Geld? Oder konkreter gefragt: Welche Funktionen muss es wahrnehmen können, um als Geld anerkannt zu werden und wirken zu können. Abb. 11.1 zeigt die wichtigsten Funktionen des Geldes.

**Tauschmittel** Die Funktion als Tauschmittel erfüllt Geld dann, wenn mit ihm ein Anspruch auf beliebige Güter beliebiger Art erhoben werden kann. Deshalb wird Geld in seiner Funktion als Tauschmittel auch als Zahlungsmittel oder generalisierte Kaufkraft bezeichnet.

*„Aber wo habt Ihr die schöne Gans gekauft? Die hab ich nicht gekauft, sondern für mein Schwein eingetauscht. Und das Schwein? Das hab ich für eine Kuh gekriegt. Und die Kuh? Die hab ich für ein Pferd bekommen. Und das Pferd? Dafür hab ich einen Klumpen Gold so groß als mein Kopf gegeben.“*

(Gebrüder Grimm, Das Märchen vom Hans im Glück)

Wer das Märchen kennt, weiß, am Ende der Tauschkette steht der Wetzstein. Wären anstelle Tauschhandel Geldpreise in der Vermittlerrolle gewesen, hätte es für den Hans ein besseres Ende nehmen können.



**Abb. 11.1** Geldfunktionen

Indem Geld in beliebige Güter eintauschbar ist, fördert es Arbeitsteilung und Handel. Will einer seinen Gebrauchtwagen veräußern und dafür eine Flugreise unternehmen, wird er schwerlich ein Autohaus oder ein Reisebüro finden, dass sich auf einen solchen Handel einlässt. Geld als anerkanntes Tauschmittel oder Zahlungsmittel kann hier die Brücke bauen. Es trennt den Tauschakt zwischen Gütern in zwei voneinander unabhängige Vorgänge. Erster Vorgang ist der Tausch Gut I gegen Geld, der zweite Vorgang der Tausch Geld gegen Gut II. Der Verkäufer seines Autos erhält als Zwischenauftauschgut Geld, ohne sich damit sofort für eine alternative Gegenleistung entscheiden zu müssen. Ohne diese Vermittlerrolle des Geldes würden in einer modernen Wirtschaft die unzähligen Tauschakte nicht nur erschwert, sondern unmöglich gemacht.

**Rechenmittel** Als Rechenmittel macht Geld Ungleiches gleich. Eine Geldeinheit ist Bezugsgröße der Preise für alle Güter. Würde der Preis eines Gutes in Mengeneinheiten eines anderen Gutes ausgedrückt (Opportunitätskosten), so besäße jedes Gut Millionen von Preisen. Der Preis eines Fahrrades wäre vielleicht gleich 200 Stück Butter, einem vierzigstel Auto, einem zweihundertstel Haus, einer hundertstel CNC-Maschine oder 500 Feuerzeuge. Erst die Geldeinheit als alleinig anerkannter Maßstab all dieser Tauschpreise macht Marktprozesse überschaubar. Kosten oder Erlöse unterschiedlicher Herkunft können mit Hilfe des Geldes zusammengerechnet werden.

**Wertaufbewahrungsmittel** Die Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel ergibt sich daraus, dass zwischen den beiden Tauschvorgängen Gut I – Geld und Geld – Gut II Zeit vergehen kann. Die im Geld enthaltene Kaufkraft kann aufbewahrt und zu jedem beliebigen Zeitpunkt eingesetzt werden. Eine Voraussetzung dafür ist die dem Geld innerwohnende Wertbeständigkeit. Geld wird nicht ranzig oder sauer, und es rostet nicht. Dass es sich, was seinen Wert betrifft, um keine absolute Wertbeständigkeit handelt, haben wir im Zusammenhang mit Inflation in Kap. 9 gesehen. Geld als Wertaufbewahrungsmittel gestattet es, Vermögen zu bilden, welches seinerseits gewinnbringend investiert werden kann. Die Wertaufbewahrungsfunktion ist das Salz in der Suppe einer modernen Wirtschaft. An sie sind Kreditwirtschaft, Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung geknüpft. An ihr setzt die Geldpolitik an. Nur, indem Haushalte zeitweilig auf Konsum verzichten, kann das Geld seine Wertaufbewahrungsfunktion erfüllen. Nur, indem das Geld seine Wertaufbewahrungsfunktion erfüllt, kann die Wirtschaft wachsen. Und je geringer die Inflation und je höher die Zinsen, umso eher werden die Haushalte sparen.

### 11.1.3 Das Wesen des Geldes

Es ist überliefert, dass in einer Parlamentsdebatte zum Gesetz über eine Reform der Bank von England im Jahr 1844 der spätere Premier Gladstone bemerkte, die Liebe selbst habe nicht mehr Menschen zum Narren gemacht als das Grübeln über das Wesen des Geldes. Offensichtlich enthalten sich eingedenk dieser Gefahr viele Autoren einer Gelddefinition.

Sucht man sie, so fällt das Ergebnis erstaunlich schlicht aus. In aller Regel beziehen sich Gelddefinitionen auf die Tauglichkeit für die hier vorgestellten drei Funktionen. Geld ist Geld, wenn es die Geldfunktionen erfüllt. Daran wollen wir uns hier auch halten.

► **Geld** ist gesellschaftlich anerkanntes Tausch-, Rechen- und Wertaufbewahrungsmittel.

Zuweilen treffen wir auf die Charakterisierung des Geldes als „nicht spezifizierte Anweisung auf das Inlandsprodukt“. Wenn das auch auf den ersten Blick eigentlich anmutet, und wenn es auch kopflastig auf die Tauschfunktion bezogen ist, so enthält sie doch etwas Wichtiges: Geld ist ein Güter-Vertreter. Der gesamtwirtschaftliche Wert ist gleich dem gesamtwirtschaftlichen Güterwert. Wir erinnern uns an die FISHERsche Verkehrsgleichung in Kap. 3. Jeder Teil des Wertes, den ich besitze, manifestiert so meinen Anspruch auf einen gleich großen Teil produzierter Güter.

---

## 11.2 Das Geldwesen in Deutschland

Mit dem Europäischen System der Zentralbanken, der Europäischen Zentralbank und der Gemeinschaftswährung Euro ist das deutsche Geldwesen in eine neue Etappe eingetreten. Die Länder des Euro-Währungsgebietes, zu denen Deutschland gehört, verfolgen eine einheitliche Geldpolitik auf Basis einer gemeinsamen Währung.

Es gibt eine Reihe von Gründen, in der Reihenfolge vor die europäische Geldpolitik das Geldwesen und die Geldpolitik in Deutschland zu setzen. **Erstens** ist Geldpolitik in Europa nicht am Reißbrett entstanden. Sondern sie erklärt sich aus Geschichte und Erfahrungen der nationalen Geldpolitik der Länder des Euro-Systems. Hier spielt, wie wir sehen werden, das deutsche Geldwesen eine wichtige Rolle. **Zweitens** sind die Grundsätze der deutschen Bundesbank, allem voran die geldpolitische Autonomie von der Regierung, wesentlich in die Satzung der Europäischen Zentralbank (EZB) eingeflossen. **Drittens** wird europäische Geldpolitik im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) wahrgenommen, in dem die Europäische Zentralbank als Herzstück mit den nationalen Zentralbanken zusammenarbeitet. Die Bundesbank ist nicht durch die EZB abgelöst worden, sondern gemeinsam mit ihr und den anderen Zentralbanken im Rahmen des ESZB für europäische Geldpolitik zuständig. **Viertens** gelten Grundprinzipien des Geldwesens und der Geldpolitik auf europäischer Ebene ebenso wie in den Mitgliedsländern des Euro-Währungsgebietes. Das Prinzip des zweistufigen Bankensystems gehört dazu.

### 11.2.1 Das zweistufige Bankensystem

Das Geldwesen ist durch ein zweistufiges Bankensystem gekennzeichnet. Abb. 11.2 stellt dieses vereinfacht dar. Bei allen nationalen Besonderheiten gilt dieses Grundprinzip für alle Marktwirtschaften gleichermaßen.

1. Stufe	Zentralnotenbank
2. Stufe	Kreditinstitute

**Abb. 11.2** Zweistufiges Bankensystem

Der Begriff „Bank“ wird in engerem Sinne auf die Kreditinstitute (Synonym: Geschäftsbanken) bezogen. Nach diesem Verständnis ist die Zentralnotenbank selbst keine Bank im eigentlichen Sinne.

Die **Zentralnotenbank** (1. Stufe) ist Träger der Geldpolitik.

- Die **Geldpolitik** beinhaltet alle Maßnahmen der Zentralnotenbank zur Steuerung der Geldversorgung der Wirtschaft unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Ziele – mit Priorität des Ziels der Preisniveaustabilität.

Zentralnotenbanken, verkürzt oft auch Zentralbanken genannt, gibt es in jedem Land nur einmal. Federal Reserve Systeme in den USA, Chinesische Volksbank, Nippon Ginko, Zentralbank der Russischen Föderation, Bank of England, Banca d’ Italia, Banque de France oder die Deutsche Bundesbank. Eine Besonderheit in Europa ist, dass die Europäische Zentralbank im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken mit den Zentralnotenbanken der gegenwärtig 19 Staaten der Euro-Zone gemeinsam für die Geldpolitik zuständig ist. Wie, wird Gegenstand von Abschn. 11.3 sein.

*Eine Zentralnotenbank regelt die Geldversorgung der Wirtschaft mittelbar über ihre Geld- und Kreditbeziehungen zu den Geschäftsbanken. Direkte Beziehungen zur Wirtschaft, zu Unternehmen und Haushalten, gehören in der Regel nicht zu ihren Aufgaben.*

Neben grundsätzlichen Gemeinsamkeiten gibt es zwischen den Zentralnotenbanken verschiedener Länder auch eine Reihe von Unterschieden. Sie betreffen die innere Organisationsstruktur, die Eigentumsform, Befugnisse und – allem voran – den Grad der Unabhängigkeit von der Regierung. Wir werden auf solche Unterschiede in diesem Kapitel nicht weiter eingehen. Im Mittelpunkt sollen die Aufgaben der Europäischen Zentralbank und der deutschen Bundesbank im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) stehen.

Die 2. Stufe des Bankensystems sind die **Kreditinstitute**. Kreditinstitute bilden in der Volkswirtschaft den Sektor Banken, wie wir ihn aus Kap. 3 kennen. Sie können private, genossenschaftliche oder öffentliche Eigentumsform besitzen. Die wichtigsten Arten von Kreditinstituten (Geschäftsbanken) wurden in Tab. 3.3 vorgestellt. Ihre Zahl betrug 2020 1554. Die Aufgaben der Kreditinstitute sind durch das Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz/KWG) von 1935 in seiner Neufassung von 1962 geregelt. Dieses (für Kreditinstitute und Finanzdienstleister geltende) Gesetz definiert die Kreditinstitute wie folgt.

*„Kreditinstitute sind Unternehmen, die Bankgeschäfte gewerbsmäßig oder in einem Umfang betreiben, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.“*

Quelle: KWG

Die wichtigste volkswirtschaftliche Funktion der 2. Stufe des Bankensystems besteht darin, Geld von dort, wo es zeitweilig entbehrlich ist, gegen Zahlung von Zinsen dort einzusetzen, wo es für die Finanzierung der Wirtschaft gebraucht wird. Dieser Vorgang heißt Liquiditätsausgleich. Die Kreditinstitute spielen damit eine wichtige Rolle bei der Sicherung reibungsloser Wirtschaftsabläufe. Sie finanzieren sich, stark vereinfacht, aus der Differenz zwischen Vergabezinsen aus dem Unternehmenssektor und Einlagezinsen an die Haushalte.

Kreditinstitute selbst betreiben keine Geldpolitik. Ihre Beziehungen zur Zentralnotenbank, zum Beispiel ihre Refinanzierung durch Kredite bei ihr (Zentralbankgeld) zum Leitzins, sind aber das Fundament, auf dem die Zentralnotenbank geldpolitisch wirksam wird.

Da es in diesem Kapitel nicht um Bankbetriebslehre, sondern um die Geldpolitik geht, sollen fortan die Aktivitäten der Zentralnotenbank im Mittelpunkt stehen.

### 11.2.2 Das deutsche Notenbankwesen bis zur Deutschen Währungsunion

Ein kurzer Blick zurück in die Vergangenheit der deutschen Zentralnotenbank ist von Nutzen. Nicht nur im historischen Sinne, sondern weil er das Verständnis für den späteren geldpolitischen Kurs der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank fördert.

Der Ursprung eines einheitlichen deutschen Notenbankwesens liegt in der Gründung der deutschen **Reichsbank** und der Schaffung einer einheitlichen deutschen Währung im Jahr 1876.

Im Kleinstaaten-Deutschland vor 1871 lag die Münzhoheit bei den jeweiligen Monarchen. Ebenso chaotisch wie viele andere bürokratische Abgrenzungen (Gesetze, Zölle) war das Münzwesen. Die geltende Währung lautete meist auf Taler und Pfennig. Jedoch unterschieden sie sich von Fürstentum zu Fürstentum in Golddeckung und Kaufkraft und waren nur sehr begrenzt jenseits der jeweiligen Grenzen anerkannt. Versuche, durch „Münzverträge“ begrenzte Ordnung in diesen Zustand zu bringen, waren weitgehend erfolglos. Dieser kurze Blick zurück hilft, die auch wirtschaftlichen Vorteile der deutschen Reichsgründung 1871 einzuordnen. Und für uns Deutsche darüber hinaus, um die Vorzüge einer mit dem Euro geschaffenen einheitlichen, grenzüberschreitenden europäischen Währung wertschätzen zu können.

Nachdem die goldgedeckte Mark 1871 einheitliche deutsche Währung wurde, kam es 1876 zur Gründung der Reichsbank, der ersten Zentralnotenbank in der deutschen Geschichte. Die Reichsbank befand sich im Eigentum privater Anteilseigner. Sie unterstand direkt dem Reichskanzler und unterlag damit in hohem Maße dem Einfluss der Regierung.

Bis zum 1. Weltkrieg bestand für die deutsche Währung Goldeinlösepflicht. Das heißt, die Reichsbank musste auf Verlangen Gold im Tausch gegen Geld in einem festen Wertverhältnis abgeben oder umgekehrt Barrengold zu einem festen Preis aufkaufen.

Der hohe Geldbedarf des deutschen Staates zur Kriegsfinanzierung führte dazu, dass sich die Menge des umlaufenden Geldes über ihre Deckungsmöglichkeit hinaus erhöhte. Die Goldeinlösepflicht wurde abgeschafft. Der ungehinderte Zugriff der Regierung auf die Geldmenge war ein wichtiger Grund für den Weg in die **große Inflation** von 1923. Ende 1923 wurde diese durch den harten Schnitt einer Währungsreform zum Stehen gebracht. Dass in der Folge mit der Reichsmark wieder eine „harte Währung“ entstand, ist zum einen auf die Stabilitätshilfe der als Übergangswährung 1923/24 eingeführten Rentenmark und zum anderen auf die Neuordnung des Geldwesens in Deutschland zurückzuführen. Die Reichsmark war wieder eine goldeinlösepflchtige und durch Gold und Devisen gedeckte Währung. Eine wichtige Schlussfolgerung aus dem Schiffbruch der alten Währung war, dass das neue Bankgesetz die **Unabhängigkeit der Reichsbank** von der Reichsregierung vorsah. Nach dem Autonomiegesetz von 1922 hatte die oberste Leitung der Reichsbank nicht mehr der Reichskanzler, sondern deren Direktorium. Dem Zugriff der Regierung auf die Geldmenge war damit ein, zumindest gesetzlicher, Riegel vorgeschoben. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit des Reichen, bei der Reichsbank staatliche Kredite aufzunehmen, stark begrenzt.

Mit dem Nationalsozialismus kam es zu einer raschen Einschränkung der gewonnenen Autonomie der Deutschen Reichsbank. Der Zugriff der Regierung auf geldpolitische Entscheidungen wurde größer und mündete im Reichsbankgesetz von 1939, nachdem die deutsche Zentralnotenbank unter ihrem neuen Namen Deutsche Reichsbank direkt Adolf Hitler als „Führer und Reichskanzler“ verstanden. Sie wurde Teil der Kriegswirtschaft und musste den ausufernden Finanzbedarf des Staates durch Aufblähen der Geldmenge und Kredite decken. Das aus dem 1. Weltkrieg bekannte Bild einer zerrütteten Währung wiederholte sich in erschreckender Deckungsgleichheit.

Die Währungsreform von 1948 ersetze die entwertete Reichsmark durch die **Deutsche Mark**. Die neu geschaffene Zentralnotenbank war ein System nach dem Vorbild der Federal Reserve System (Fed) in den USA. Es entstanden rechtlich selbstständige Landeszentralbanken, die als gemeinsame Tochter 1948 für die westlichen Besatzungszonen die **Bank deutscher Länder** schufen. Wer in seiner Münzsammlung noch 10- oder 50-Pfennigstücke aus dieser Zeit hat, wird dort die Aufschrift „Bank deutscher Länder“ finden, die später durch „Bundesrepublik Deutschland“ ersetzt wurde. 1957 wurde das beschriebene duale Zentralbankensystem (nicht zu verwechseln mit dem zweistufigen Bankensystem) durch die Gründung der **Deutschen Bundesbank** abgelöst. Die Landeszentralbanken sind seitdem keine rechtlich selbstständige Ebene mehr, sondern regionale Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank. Den Erfahrungen der Fed sowie der eigenen deutschen Zentralbankgeschichte folgend, ist die Autonomie gegenüber der Regierung fest im Leitbild der Deutschen Bundesbank verwurzelt.

In der sowjetischen Besatzungszone entstand 1948 die Deutsche Notenbank, die als Zentralnotenbank 1968 durch die Staatsbank abgelöst wurde. Das Staatsbanksystem in der

DDR war kein zweistufiges Bankensystem, wie eingangs dieses Abschnitts beschrieben. Die Staatsbank fungierte neben ihrem Emissionsrecht für Banknoten und Münzen auch als Hauptkreditgeber für die staatlichen Betriebe und damit gleichzeitig als Kreditinstitut. Die Unterstellung des Staatsbankpräsidenten unter den Ministerpräsidenten war wiederum die Basis für die Finanzierung ungedeckter Staatsausgaben durch die Notenpresse. Der Geldüberhang wuchs in einem Umfang an, dass eine Stabilisierung des Geldwertes aus eigener Kraft wohl kaum an einer erneuten Währungsreform hätte vorbeiführen können. In die Zeit zwischen Mauerfall und deutscher Währungsunion fällt die Änderung des Gesetzes über die Staatsbank der DDR, das, gewissermaßen auf der Zielgerade, die Einführung eines zweistufigen Bankensystems sowie die Unabhängigkeit von der Regierung nach dem Vorbild der deutschen Bundesbank vorsah.

Die Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 01.07.1990 ist ein wichtiges Datum in der Geschichte des deutschen Notenbankwesens. Mit ihr wurde das Währungsgebiet der Deutschen Mark auf das Gebiet der DDR ausgedehnt. Die geldpolitische Verantwortung für den neuen Teil des D-Mark-Währungsgebietes ging an die Deutsche Bundesbank als alleinige Emissionsbank der Deutschen Mark über. Der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verpflichtete die Beteiligten zu den Modalitäten der Währungsumstellung, mit denen Inflationsimpulse im Gesamtbereich der Währungsunion vermieden werden. Das bezog sich vor allem auf den Umtauschsatz von Mark der DDR in deutsche Mark.

### 11.2.3 Die Deutsche Bundesbank

Bis zur Gründung der Europäischen Zentralbank und der Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung war die Deutsche Bundesbank für das gewachsene D-Mark-Währungsgebiet die allein zuständige Zentralnotenbank. Sie ist eine Person öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt (Main). Ihre Aufgaben sind im **Gesetz über die Deutsche Bundesbank** festgelegt.

Bundesbankgesetz | Gesetz über die Deutsche Bundesbank | BBankG | 07/26/1957 | BGBl.I 745

Solange die D-Mark die für Deutschland geltende Währung war, galt das Bundesbankgesetz von 1957 in seiner Neufassung von 1992. Mit ihm hat der Gesetzgeber die Erfahrung deutscher Notenbankgeschichte berücksichtigt und die Deutsche Bundesbank mit Befugnissen ausgestattet, die für eine auf Geldwertstabilität gerichteten Politik erforderlich sind. Zum besseren Verständnis des Verhältnisses von Deutscher Bundesbank und Europäischer Zentralbank im heutigen Europäischen Währungssystem (EWS) wollen wir hier die wichtigsten Bestimmungen des Bundesbankgesetzes bis zu dieser Zeit (Fassung von 1992) und in ihrer Veränderung danach (aktueller Stand 2021) festhalten. Und schließlich einen Blick darauf werfen, was in die Satzung der EZB Eingang gefunden hat. Dabei sollen vier Prämissen voranstehen.

1. Mit Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion am 01.01.1999 sind Zuständigkeit und Verantwortung für die Geldpolitik von der deutschen Bundesbank auf das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) übergegangen. Nicht an die Europäische Zentralbank (EZB). Dieser Unterschied ist wichtig, weil die Deutsche Bundesbank wie auch die anderen nationalen Zentralbanken nicht als Institutionen der Vergangenheit neben dem ESZB stehen, sondern dessen integraler Bestandteil sind.
2. Die EZB ist eine gemeinsame Tochter der weiter bestehenden nationalen Zentralnotenbanken. Ihr größter Kapitaleigner ist die Deutsche Bundesbank. Die nationalen Zentralnotenbanken nehmen die an das ESZB übertragenen geldpolitischen Aufgaben gemeinsam mit der EZB wahr. Rahmen der gemeinsamen Geldpolitik ist eine für das ESZB und für die EZB gleichermaßen geltende Satzung.
3. Die institutionelle Integration der nationalen Zentralbanken in die europäische Geldpolitik wird auch im Aufbau der EZB und der personellen Zusammensetzung ihrer Entscheidungsgremien deutlich. Im obersten Gremium, dem EZB-Rat, sind neben den Mitgliedern des Direktoriums (Exekutive) die Präsidenten der Zentralbanken derjenigen Staaten vertreten, die den Euro eingeführt haben.
4. Das Statut der EZB hat das Bundesbankgesetz zum Vorbild. Das betrifft vor allem ihre Unabhängigkeit von nationalen und europäischen Regierungsinstitutionen sowie das Verbot der Vergabe von Krediten zur Finanzierung nationaler Haushaltsdefizite.

**Aufgaben der Zentralnotenbank** Die wichtigste Aufgabe der Deutschen Bundesbank nach dem Bundesbankgesetz vor dem EWS war die Sicherung der Geldwertstabilität, einer stabilen deutschen Währung oder im allgemeinen Sprachgebrauch, einer „harten D-Mark“. Das Bundesbankgesetz räumt dieser Aufgabe den Vorrang vor allen anderen ein.

*„Die deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern, und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland.“*

Quelle: Bundesrepublik Deutschland ([1957](#))

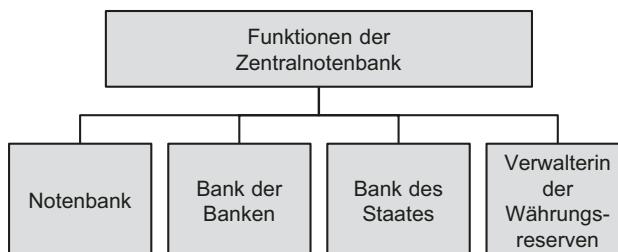
Die aktuelle Fassung von § 3 definiert die Aufgabe der Deutschen Bundesbank als integralem Bestandteil des ESZB an der Mitwirkung an der Erfüllung der geldpolitischen Aufgaben von ESZB und EZB mit dem vorrangigen Ziel, die Preisstabilität zu gewährleisten. Bemerkenswert ist neben dem Schritt von „Befugnisse“ auf „Mitwirkung“ das erstmalige Auftauchen des Wortes „vorrangig“. Damit wird die Priorität der Preisniveaustabilität unter den Aufgaben der Zentralnotenbank noch weiter verstärkt.

Die Satzung von ESZB und EZB bestimmt deren Aufgaben (ebenfalls) unter Artikel 3. Hier wird die Übernahme der Zuständigkeit für die Geldpolitik der Gemeinschaft festgeschrieben. In einem vorangestellten Artikel 2 „Ziele“ wird die „Vorrangigkeit“ des Ziels der Preisniveaustabilität, so, wie im „neuen“ Bundesbankgesetz explizit hervorgehoben.

**Funktionen der Zentralnotenbank** Damit eine Zentralnotenbank ihre Verantwortung für die Stabilität des Geldwertes und anderer volkswirtschaftlicher Größen wahrnehmen kann, braucht sie vom Gesetzgeber geldpolitische Befugnisse. Diese münden in 4 Hauptfunktionen, die in Abb. 11.3 zusammengefasst sind.

Als **Notenbank** besitzt allein die Zentralnotenbank das Recht, auf die geltende Währung lautende Banknoten herauszugeben. In der Kontrolle des hieraus entstehenden Banknotenumlaufs besteht eine ihrer Zugriffsmöglichkeiten auf die insgesamt umlaufende Geldmenge und damit auf die Geldwertstabilität. Neben den Banknoten gibt die Zentralnotenbank auf die Währung lautende Münzen heraus. Dieser Aufgabe nachzukommen, war nach Bundesbankgesetz von 1992 (§ 14) für dessen Geltungsbereich alleiniges Recht der Deutschen Bundesbank.

Mit Schaffung von ESZB und EZB genehmigt der EZB-Rat die Ausgabe von Banknoten innerhalb der Gemeinschaft (Artikel 16 Satzung ESZB und EZB). Das Recht der Ausgabe der Banknoten selbst besitzen EZB und die nationalen Zentralbanken. Entsprechend verändert ist § 14 im aktuellen Bundesbankgesetz. In der Praxis werden Euro-Banknoten (und Münzen) ausschließlich durch die nationalen Zentralbanken in Umlauf gebracht. Tab. 11.1 enthält die Ende 2019 im Wert von mehr als einer Billion in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten, gegliedert nach Stückelung und anteiligem Wertvolumen.



**Abb. 11.3** Funktionen der Zentralnotenbank

**Tab. 11.1** Euro-Banknotenumlauf 2019. (Quelle: Deutsche Bundesbank 2020)

Noten in Euro	Stand Ende 2019	
	Mrd. €	Anteil
5 €	9,9	1 %
10 €	27,5	2 %
20 €	83,8	7 %
50 €	560,8	43 %
100 €	305,1	24 %
200 €	82,5	6 %
500 €	223,0	17 %
<i>Gesamt</i>	<i>1292,6</i>	<i>100 %</i>

Neben den Banknoten geben die Deutsche Bundesbank und die anderen nationalen Zentralbanken auf Euro und Cent lautende Münzen heraus. Ihr Gesamtaufwert betrug Ende 2019 rund 30 Mrd. €. Die Herstellung dieser Münzen erfolgt im Euro-System an insgesamt 14 Münzprägestätten – darunter in Deutschland an den Standorten Berlin, Hamburg, Karlsruhe, München und Stuttgart.

Als **Bank der Banken** gewährleistet die Zentralnotenbank die Zahlungsfähigkeit des gesamten Währungssystems. So, wie ein beliebiges Kreditinstitut die „Hausbank“ eines Unternehmens oder eines privaten Haushalts sein kann, ist die Zentralnotenbank „Hausbank“ der Kreditinstitute. Diese unterhalten bei ihr Girokonten, welche im Falle von Schwankungen zwischen ihrem Geldangebot und ihrer Geldnachfrage durch die Zentralnotenbank ausgeglichen werden können. Außerdem müssen die Kreditinstitute auf ihren Konten bei der Zentralnotenbank einen bestimmten Anteil an ihren deponierten Einlagen als **Mindestreserve** unterhalten. Wir werden in diesem Kapitel an anderer Stelle (Abschn. 11.5) noch genauer sehen, wie die Zentralnotenbank gerade über ihre Funktion als Bank der Banken die Geldversorgung der Kreditinstitute (ihre „Refinanzierung“) und über diese Kreditattivitàt, Zinsen und Investitionen steuert. Und wie sie damit am Ende gesamtwirtschaftliche Gleichgewichtsindikatoren im Konjunkturverlauf im Sinne der Geldpolitik beeinflussen kann.

Das Bundesbankgesetz legte für den Einsatz der hierfür vorhandenen geldpolitischen Instrumente Diskont-, Kredit- und Offenmarktpolitik bis zur 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in § 15 das alleinige Recht der deutschen Bundesbank fest. Ebenso wie in § 16 das Recht zur Mindestreservenpolitik. Beide Paragrafen sind im danach angepassten Bundesbankgesetz gestrichen. Sie sind als „währungspolitische Aufgaben“ in der Satzung von ESZB und EZB in den Artikeln 18 und 19 enthalten.

*„Daneben ist für ein nationales Instrumentarium kein Raum mehr. Folglich werden die Vorschriften des BBankG über die Diskont-, Kredit- und Offenmarktpolitik sowie die Mindestreservenpolitik aufgehoben werden...“*

Quelle: Deutsche Bundesbank ([1998](#))

In ihrer Rolle als **Bank des Staates** ist die Zentralnotenbank neben ihrer Kreditfinanzierung der Geschäftsbanken auch „Hausbank“ staatlicher Instanzen, insbesondere des Bundes. Das „alte“ Bundesbankgesetz enthält hierzu unter § 17 die Regelung, dass Bund und Länder ihre flüssigen Mittel bei der Deutschen Bundesbank auf Girokonto einzulegen haben. Dieser Paragraph wurde im Zuge des Übergangs der Einlagenpolitik an die EZB ebenfalls gestrichen. Eingedenk historischer Erfahrungen ist es dieser nach Artikel 21 ihrer Satzung aber ebenso wie den nationalen Zentralbanken ausdrücklich verboten, mit Krediten Schuldenfinanzierung nationaler staatlicher Instanzen zu betreiben. Die eigentliche Staatsverschuldung, wie wir sie in Kap. 12 thematisieren, führt daher im Grundsatz nicht aus Kassen- oder langfristigen Krediten bei der Zentralnotenbank, sondern aus der Kreditnahme des Staates am Kapitalmarkt und zu Bedingungen, wie sie jeder andere Kreditnehmer dort ebenfalls vorfindet. Will die Zentralnotenbank auf Haushaltspolitik und

Kreditnahme des Staates einwirken, so kann sie das nicht direkt als „Bank des Staates“, sondern über die Beeinflussung der am Kapitalmarkt allgemein herrschenden Bedingungen. Das betrifft vor allem die Höhe der Zinsen. Die Wirksamkeit solchen Bestrebens ist aber dadurch begrenzt, als sich Staaten bei ihrer Kreditpolitik als resistenter erweisen als Unternehmen oder private Haushalte.

Die vierte Funktion der Zentralnotenbank ist schließlich die der „Hüterin“ oder **Verwalterin der Währungsreserven**. Währungsreserven sind Bestände an Fremdwährungen (Devisen) und Gold. Sie dienen der Stabilität von Wirtschaft und Währung im internationalen Güter- und Kapitalverkehr. Eine erste Aufgabe besteht dabei darin, Schwankungen im außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, zum Beispiel in den auf die jeweilige Währung lautenden Zahlungsbilanzen, auszugleichen. Exportiert ein Land (oder ein Währungsgebiet) über eine längere Zeit mehr, als es importiert, so nimmt es mehr Devisen ein als es ausgibt. Die Währungsreserven steigen. Im Gegenzug sinkt die umlaufende Menge der eigenen Währung. Bei einem Importüberschuss ist es umgekehrt. Hier muss auf den internationalen Märkten mehr in Devisen bezahlt werden als hereinkommt. Der Topf der Währungsreserven leert sich. Währungsreserven sind weiterhin für die Wechselkurspolitik (vgl. Kap. 13) und die Durchführung von Devisengeschäften erforderlich. Bei letzterem gilt die erklärte Maxime der Zentralnotenbank „Liquidität und Sicherheit gehen vor Rendite“.

Vor der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion lag die Verwaltung der Währungsreserven ausschließlich bei der Deutschen Bundesbank und den anderen, für die jeweilige Landeswährung zuständigen Zentralnotenbank. Mit ihrer Gründung wurden der EZB durch die nationalen Zentralnotenbanken Währungsreserven übertragen.

### Exkurs

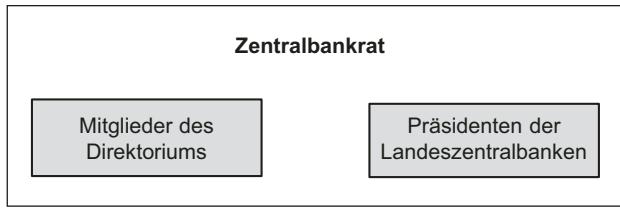
Die Übertragung der Währungsreserven der nationalen Zentralnotenbanken an die EZB erfolgte in einem Gesamtwert von 40 Milliarden Euro. Der Anteil der Deutschen Bundesbank betrug dabei 12 Mrd. Euro. 15 % des Gesamtwertes bestand in Devisen, 15 % (232 Tonnen) in Gold. Im Gegenzug erfolgte durch die EZB der Ausgleich in Euro.

Quelle: Deutsche Bundesbank ([2017](#))

Die Währungsreserven der EZB betragen 2020 rund 70 Mrd. Euro, ein Viertel davon in Gold. Die wichtigsten Fremdwährungen sind dabei US-\$ und Yen. Im Auftrag und im Namen der EZB verwalten die Deutsche Bundesbank und andere nationale Zentralnotenbanken einen Teil der Devisenreserven selbst. Die Rolle als Hüterin der Währungsreserven wird also durch EZB und nationale Zentralnotenbanken gemeinsam wahrgenommen und ist deshalb als solche auch Bestandteil der aktuellen Fassung des Bundesbankgesetzes.

Nach der Vorstellung ihrer vier wichtigen Funktionen wollen wir nun einen Blick auf die Organe der Zentralnotenbank werfen. Wie zurückliegend, auch hier am Beispiel der deutschen Bundesbank und ihres Übergangs in das neue ESZB.

**Organe der Zentralnotenbank** Ihnen kommt in Gesetzen und Statuten ein breiter Raum zu, weil sich hier natürlich wichtige geldpolitische Entscheidungen institutionalisieren und personifizieren.

**Abb. 11.4** Zentralbankrat

Das Bundesbankgesetz legt in seiner Fassung von 1992 die klassische Organstruktur einer Zentralnotenbank fest, wie er in Abb. 11.4 abgebildet ist.

Alle wichtigen geldpolitischen Entscheidungen werden durch den **Zentralbankrat** getroffen, der durch einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten geleitet wird und sich aus den Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der Landeszentralbanken zusammensetzt. Das **Direktorium** ist die Exekutive der Zentralnotenbank. Es ist verantwortlich für die Umsetzung der geldpolitischen Beschlüsse des Zentralbankrates. Es leitet und verwaltet die Bank. Neben dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Bundesbank gehören nach dem Bundesbankgesetz von 1992 dem Direktorium bis zu weitere 6 Mitglieder an. Neben den Mitgliedern des Direktoriums sind im Zentralbankrat die Präsidenten der 9 **Landeszentralbanken** vertreten.

### Exkurs

Vor der deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion war die regionale Zuordnung der Landeszentralbanken klar föderalistisch geregelt. „Jedes Bundesland hat eine Landeszentralbank“ – was insgesamt eine Zahl von 11 ergab. Das Beibehalten dieses Prinzips hätte nach der Währungshoheit der Deutschen Bundesbank auch für die neuen Bundesländer zu 16 Landeszentralbanken geführt. Föderative Interessen (Gesetzesentwurf des Bundesrates) sprachen für eine solche „Aufstockung“. Argumente der Effizienz und Handlungsfähigkeit dagegen für eine Straffung der Organisationsstruktur. Im März 1992 wurde die bereits mehrfach zitierte Neufassung des Bundesbankgesetzes verabschiedet, der künftig nur noch 9 Landeszentralbanken vorsah. Gleichzeitig, um die dezentrale Majorität im Zentralbankrat zu wahren, eine Begrenzung der Zahl der Direktoriumsmitglieder von 10 auf 8. Zum neuen System gehörte je eine Landeszentralbank für Baden-Württemberg, für Bayern, für Berlin und Brandenburg, für Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, für Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, für Hessen, für Nordrhein-Westfalen, für Rheinland-Pfalz und Saarland sowie für Sachsen und Thüringen.

Mit dem Eingang geldpolitischer Befugnisse der deutschen Bundesbank in das Europäische System der Zentralbanken hat sich das beschriebene Organisationsprinzip von der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen. Es gilt in der Satzung der EZB nahezu exakt die in Abb. 11.4 dargestellte ehemalige Organstruktur der deutschen Bundesbank. Zu ersetzen ist „Zentralbankrat“ durch „EZB-Rat“ und „Präsidenten der Landeszentralbanken“ durch „Präsidenten der nationalen Zentralnotenbanken“. Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB sowie vier weiteren Mitgliedern. Durch einen nicht unkomplizierten Berechnungsmodus wird mit Blick auf die Veränderlichkeit der Zahl der Euro-Länder deren Majorität im EZB-Rat gesichert.

Wichtig erscheinen dabei zwei Kommentierungen. **Erstens** ist der Vergleich der Organisationsstruktur der heutigen EZB mit der der früheren Bundesbank nach der Rolle ihrer Autonomie ein weiterer Beleg dafür, dass in der Satzung der EZB die Handschrift der Gründungsväter der Deutschen Bundesbank erkennbar ist. **Zweitens** trifft das auch auf die Zusammensetzung des obersten Entscheidungsgremiums zu. Die Repräsentanz der Präsidenten der nationalen Zentralnotenbanken im EZB-Rat ist gegenüber dem Zentralbankrat der früheren Bundesbank auch Föderalismus – nur „eine Treppe höher“.

Eine Beibehaltung der Organe der früheren Deutschen Bundesbank nach der Übertragung geldpolitischer Aufgaben an ESZB und EZB wäre auf das Bestehen von Doppelstrukturen hinausgelaufen. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass das angepasste und aktuelle Bundesbankgesetz eine Verschlankung beinhaltet. Oberstes Organ ist jetzt der Vorstand. Er leitet und verwaltet die Bank, in vielem vergleichbar mit dem früheren Direktorium. Der **Vorstand** besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern. Die ehemaligen 9 Landeszentralbanken haben bei Beibehaltung ihrer oben beschriebenen regionalen Strukturierung den Status von **Hauptverwaltung**.

**Autonomie** Als Beweis für die Berücksichtigung der Lehren aus stabilitätspolitischen Verfehlungen in der Geschichte des deutschen Notenbankwesens durch das Bundesbankgesetz ist wohl am besten sein legendärer Autonomieparagraph 12 geeignet. In ihm wird durch den Gesetzgeber das Verhältnis der Bundesbank zur Bundesregierung bestimmt.

*„Die deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Sie ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig.“*

Quelle: BBankG (1992)

Die Befolgung dieses Autonomiegrundsatzes war Fundament dafür, dass sich die D-Mark Zeit ihres Bestehens als eine der stabilsten Währungen der Welt entwickelt hat. Die mit Verteuerung von Staatskrediten verbundene Erhöhung von Leitzinsen oder die Durchsetzung bei der Festlegung des ökonomischen Regelumtauschsatzes von 1:2 gegenüber einem politisch gewollten von 1:1 bei der deutschen Währungsunion sind Beispiele für die Wahrnehmung ihrer Autonomie durch die Deutsche Bundesbank.

Das Autonomieprinzip ist ein Bestandteil des früheren Bundesbankgesetzes, der sich nahezu deckungsgleich auch in § 12 des neuen Bundesbankgesetzes wiederfindet. Gleichzeitig wird er sinngemäß in Artikel 7 der Satzung von ESZB und EZB fortgesetzt. Das unterstreicht das Gewicht des Bundesbank-Modells bei der Konstruktion des europäischen Zentralbankwesens. Und es ist keine Selbstverständlichkeit. Ein Blick auf Zentralnotenbanken europäischer EU-Mitgliedsländer und ihrer Geschichte zeigt durchaus größere Unterschiede in ihrer gesetzlich zugesicherten und praktizierten Autonomie.

Dass die Verankerung der Autonomie einer Zentralnotenbank in ihrer Satzung kein Freibrief für ihre jederzeit erfolgreiche Durchsetzung, vor allem in schweren Zeiten ist, zeigt ein Zitat der als kritisch-wirtschaftsnah bekannten Fachzeitschrift „Wirtschaftswoche“ 2012 vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 und der im Gefolge unter Druck geratenen Stabilität des Euro.

**Tab. 11.2** Etappen des deutschen Notenbankwesens

Jahr	Ereignis
1871	Mark als erste einheitliche deutsche Währung
1876	Gründung der Reichsbank
1923	Verfall der Mark und Hyperinflation – Währungsreform – Reichsmark
1939	Reichsbankgesetz – Verlust Autonomie – Deutsche Reichsmark
1948	Währungsreform – Deutsche Mark und Mark der DDR
1957	Gründung Deutsche Bundesbank
1990	Deutsche Währungsunion – D-Mark auch in neuen Bundesländern
1998	Gründung der Europäischen Zentralbank
1999/2002	Euro als gemeinsame Europäische Währung

„Nullzinspolitik, Anleihenkäufe, demnächst auch noch die Bankenaufsicht – nie zuvor war die Macht der Zentralbanken größer und nie zuvor ihre Kapitulation vor der Politik so total. Die Unabhängigkeit der Geldpolitik hat sich in eine königliche Knechtschaft gewandelt.“

Quelle: Schnaas (2012)

Am Ende dieses Abschnitts zum Geldwesen in Deutschland fasst Tab. 11.2 die wichtigsten Marksteine seiner Entwicklung in einer Zeittafel zusammen.

## 11.3 Euro und europäische Geldpolitik

Prinzipien, Aufgaben und Funktionen einer Zentralnotenbank sind in einer Marktwirtschaft vergleichbar. Aber wie wir bereits gezeigt haben, nicht identisch. Wir haben sie im letzten Abschnitt am Beispiel der Deutschen Bundesbank erklärt. Zum einen, weil sie es notenbankhistorisch und wegen ihres Anteils an der erfolgreichen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung Deutschlands verdient hat. Zum anderen, weil sich vieles an einer europäischen Währung und Geldpolitik, die nun Gegenstand sind, daraus herleitet und nur so verständlich ist. Die deutsche und die europäische Notenbankgeschichte haben sich nicht mit einem lauten Knall über Nacht abgelöst, sondern haben zeitliche Schnittmengen und bestehen, wenn auch in veränderter Form, nebeneinander fort. Das Notenbankwesen um die Deutsche Bundesbank ist in das europäische Notenbankwesen eingegangen und prägt dieses maßgeblich mit. Wenn wir deshalb bei seiner Erklärung nicht strikt an der Grenze zu europäischen Themen Halt gemacht haben, so war das keine Inkonsistenz, sondern gewollt.

### 11.3.1 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Da es in diesem Kapitel um Geld und Gelpolitik geht, erscheint es geboten, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) aus der Gesamtheit der Europäischen Integration in ihren zeitlichen Etappen und aus ihrer gesellschaftlichen Breite herauszu-

lösen und hier auf die Währungsunion im engeren Sinne zu reduzieren. Einige währungs-politische Schritte sind der EWWU vorausgegangen.

1972 wurden der **Europäische Währungsverbund** und mit ihm die **Europäische Währungsschelange** gegründet. Inhalt war ein durch die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) errichtetes gemeinsames **Wechselkursystem**. Danach waren die Wechselkurse der Währungen der Mitgliedsländer untereinander in einem festen Verhältnis mit einer Bandbreite von plus minus 2,25 % zu halten. In einem **Blockfloating** konnten sie bei Einhaltung dieses Korridors gegenüber dem US-\$ frei schwanken.

Das **Europäische Währungssystem** (EWS) löste 1979 den Währungsverbund ab. Es setzte den Mechanismus des Wechselkursverbunds zunächst in der gleichen Bandbreite von 2,25 fort. Ab 1993 wurde diese Bandbreite auf plus minus 15 % erweitert und gleichzeitig von einem Interventionsmechanismus begleitet. Danach stützten die Zentralnoten-banken Wechselkurse von Währungen, die an die obere oder untere Grenze des Korridors gerieten. Sie kauften schwache Währungen und verkauften starke. Übergeordnetes Ziel war es, die Wirtschaften der Mitgliedsländer zu stärken, Wechselkursrisiken im gegenseitigen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu verhindern und damit den Binnenmarkt zu stärken. Die Konformität der Währungen sollte mit Blick auf eine künftige gemeinsame Währung so erhöht werden, dass sie am Ende die Notwendigkeit von Wechselkursschwankungen ganz überflüssig machte. Weitere Elemente des EWS waren ein finanzielles Beistandssystem sowie die Einführung einer Europäischen Währungseinheit/European Currency Unit (ECU). Sie diente als Referenzwährung für den Wechselkursmechanismus und als Rechengröße zwischen den Zentralnotenbanken. Der Kurs des ECU zur D-Mark war 0,6242.

*Nachrichtlich:* Mit der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion trat das **Europäische Währungssystem II** in Kraft. Mit ihm wurde der ECU im Kurs 1:1 durch den Euro ersetzt. Bandbreiten von 15 % und Interventionsmechanismus galten nicht mehr zwischen den EG-Währungen und ihrem gemeinsamen Wechselkurs zum US-\$, sondern (in gleicher Höhe) zwischen Währungen von Nicht-Euro-Mitgliedsstaaten der EU zum Euro.

Die **Europäische Wirtschafts- und Währungsunion** (EWWU) wurde im Verbund mit der Politischen Union durch deren spätere Mitgliedsstaaten über einen längeren Zeitraum ausgearbeitet und vorbereitet. Sie gilt als der wichtigste Schritt der europäischen Integration seit Gründung der EWG 1957. Ihre offizielle Einführung erfolgte mit dem Vertrag von Maastricht 1993. Dem gleichen Jahr, in dem der 1991 ebenfalls in Maastricht verhandelte Vertrag über die Europäische Union sowie der Europäische Binnenmarkt in Kraft trat.

Mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist durch die Mitgliedsstaaten der EU eine Vereinbarung getroffen worden, die Integration der Wirtschafts- und Währungspolitik zwischen ihnen in einem dreistufigen Prozess enger zu gestalten. Kernziel des Prozesses ist die Ergänzung des Europäischen Binnenmarktes durch eine gemeinsame, stabile Währung.

**Erste Stufe (1990–1993)** Es erfolgt eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Die Regierungen stimmen sich wirtschaftspolitisch enger ab. Die Zentralbanken arbeiten verstärkt zusammen.

**Zweite Stufe (1994–1998)** Kern der zweiten Stufe sind Reformen, um strenge, auf die Stabilität einer künftigen gemeinsamen Währung gerichtete Aufnahmebedingungen für die 3. Stufe der EWWU zu erfüllen. Diese Bedingungen sind als „Maastrichter Konvergenzkriterien“ bekannt. Sie beziehen sich auf die Stabilität wichtiger, uns aus Kap. 9 bekannter, gesamtwirtschaftlicher Indikatoren. Konvergenzkriterien von Maastricht sind:

- a. *Geldwertstabilität*. Die Grenze, bis zu der die Inflationsrate eines EU-Mitglieds über der durchschnittlichen Rate der drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten liegen darf, wird mit maximal 1,5 % bestimmt.
- b. *Zinsen*. Die langfristigen Zinssätze eines EU-Mitgliedes dürfen maximal 2 Prozent über dem durchschnittlichen Zinssatz der drei Länder mit den niedrigsten Zinsen liegen.
- c. *Wechselkurs*. Ein EU-Mitglied muss mindestens 2 Jahre dem Europäischen Währungssystem angehören und seine Währung in dieser Zeit nicht eigenständig abgewertet haben.
- d. *Staatsverschuldung*. Das jährliche Haushaltsdefizit darf maximal 3 % und die kumulierte Gesamtverschuldung maximal 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Weiterhin enthält Stufe 2 den Aufbau eines Europäischen Währungsinstituts (EWI), dem Vorläufer einer künftigen Europäischen Zentralbank (EZB).

**Dritte Stufe (ab 1999)** Diese letzte Stufe der EWWU sieht deren Vollendung vor und enthält als wichtige Elemente:

- Unwiderrufliche Festlegung der Umrechnungskurse
- Einführung des Euro als gemeinsame Währung
- Durchführung einer gemeinsamen Geldpolitik durch das ESZB
- Inkrafttreten des EWS II mit dem Wechselkursmechanismus in der EU
- Inkrafttreten eines Stabilitäts- und Wachstumspakts

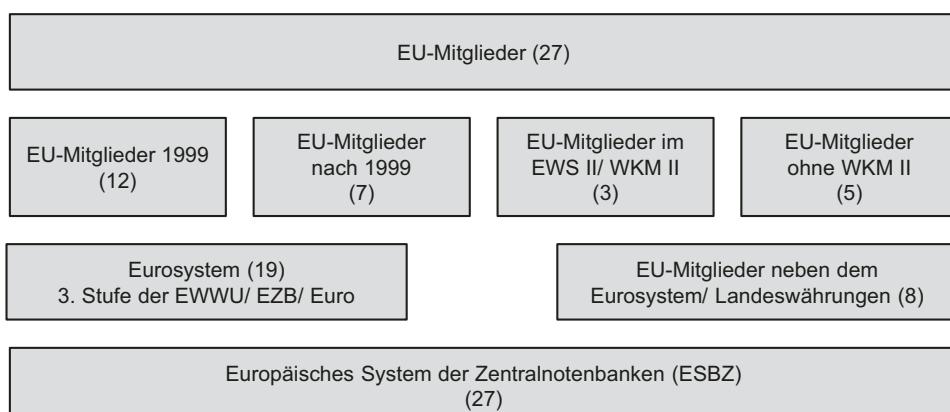
Die ersten beiden Stufen der EWWU werden allgemein als Erfolg bewertet. Vor allem ist es durch die Messlatte der Konvergenzkriterien für die dritte Stufe gelungen, in den beteiligten Ländern weitreichende Reformen zur Stabilisierung ihrer Wirtschaften umzusetzen. Gleichzeitig hat sich der Euro weltweit zur zweitwichtigsten Reservewährung nach dem US-\$ entwickelt. Die Elemente der dritten Stufe sind inzwischen umgesetzt worden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 begründet. Die Aufgabe des EWWU besteht nun darin, ihre Funktionsfähigkeit angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen und neuer Herausforderungen (vgl. Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 und Corona-Krise) unter Beweis zu stellen und gewonnene Erfahrungen für Anpassungsprozesse zu nutzen. Vor allem nach der Finanz- und Wirt-

schaftskrise 2007–2009, der wachsenden Staatsverschuldungen und der Gefahr des Staatsbankrotts in Ländern wie Griechenland wurde der Fortbestand des EWWU-Systems in seiner bestehenden Form von einigen in Frage gestellt. Auch wurden Stimmen lauter, die von Beginn an einen „Strickfehler“ im System darin sahen, dass eine gemeinsame Geld- und Währungspolitik einer weiterhin nationalstaatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik gegenübersteht. Und dass Instrumente der EU im Rahmen des Stabilitätspakts kaum in der Lage seien, ausgewogene einzelstaatliche Haushaltspolitik zu erwirken. Besonders nicht in Drucksituationen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009. Wir wollen dieses Thema unter Kap. 14, das bestehende Systeme und Lehrsätze an den großen aktuellen Herausforderungen misst, wieder aufgreifen.

### 11.3.2 Europäisches System der Zentralbanken und Europäische Zentralbank

Mit dem Europäischen System der Zentralbanken, der Europäischen Zentralbank und dem Euro sind die wichtigsten Ziele der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion benannt und umgesetzt. Das betrifft die Mitgliedsstaaten der EU in unterschiedlichem Maße. Abb. 11.5 gibt über die Struktur dieser Staaten und ihre Zuordnung zu einer Reihe von verschiedenen Institutionen oder Kategorien einen zusammengefassten Überblick. Dieser bezieht sich darauf, wie Europäische Union (EU), Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), Eurosyste (ES) , Europäisches System der Zentralbanken (ESZB), Europäische Zentralbank (EZB) und Wechselkursmechanismus II zusammenhängen, und wie sie sich unterscheiden.

Von den heute 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben 19 den Schritt in die dritte Stufe der EWWU und damit ins Eurosyste vollzogen.<sup>12</sup> zum Zeitpunkt des Beginns der 3. Stufe 1999 – Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland



**Abb. 11.5** EU-Länder im ESZB

(seit 2001), Italien, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Nach ihrem Beitritt in die EU 2004 bzw. 2007 sind 7 weitere Staaten in das Eurosystem eingetreten – Slowenien (2007), Malta (2008), Zypern (2008), die Slowakei (2009) Estland (2001), Lettland (2014) und Litauen (2015). Von den EU-Mitgliedsstaaten, die nicht im Eurosystem sind, beteiligen sich 3 (Bulgarien, Dänemark, Kroatien) am oben beschriebenen Wechselkursmechanismus II. Sie halten die Kurse ihrer nationalen Währungen in der vorgegebenen Bandbreite zum Euro. 5 weitere Nicht-Mitglieder des Euro-Systems (Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn) wenden den Wechselkursmechanismus II nicht an. Zu dieser Gruppe gehörte auch Großbritannien bis zu seinem EU-Austritt („Brexit“) 2020.

Am Europäischen System der Zentralbanken nehmen, das ist wichtig, zu unterscheiden, neben der Europäischen Zentralbank nicht nur die 19 Zentralnotenbanken des Eurosystems, sondern alle 27 Zentralnotenbanken der EU-Mitgliedsstaaten teil. Solange noch keine vollständige Identität zwischen Mitgliedsstaaten der EU auf der einen Seite und der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf der anderen besteht, unterscheiden wir zwischen dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) und dem Eurosystem. Dem Eurosystem gehören die Europäische Zentralbank (EZB) und die Zentralnotenbanken der Länder, die den Euro eingeführt haben, an. Beim Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) sind es die Europäische Zentralbank (EZB) und die Zentralnotenbanken aller EU-Mitgliedsstaaten. Beide bestehen seit 01.06.1998. Die EZB ist das Herzstück des ESZB und nach Artikel 9 der Satzung Rechtspersönlichkeit. Rechtliche Grundlage der durch ESZB und EZB wahrgenommenen europäischen Geldpolitik sind deren gemeinsame Satzung sowie der Vertrag über die Arbeitsweise der EU.

Da in der gemeinsamen Satzung an unterschiedlichen Stellen in unterschiedlichem Maße von ESZB und EZB die Rede ist, wollen wir das Verhältnis beider zueinander an einigen markanten Beispielen zeigen.

**Ziele und Aufgaben** europäischer Geldpolitik, allem voran die Sicherung der Preisniveaustabilität, sind Aufgabe des ESZB (Artikel 2). Die EZB stellt sicher, dass die Aufgaben des ESZB entweder durch sie selbst oder durch die nationalen Zentralbanken erfüllt werden.

Der die **Unabhängigkeit** der Geldpolitik von Regierungsinstitutionen regelnde Artikel 12 richtet sich an die EZB. In ihm wird die Autonomiepolitik fortgeschrieben, die wir aus § 12 des Bundesbankgesetzes kennen.

Die Wahrnehmung der **operativen geldpolitischen Funktionen** wie Offenmarkt, Leitzinspolitik und Mindestreservepolitik (Artikel 18 und 19) liegen bei der EZB.

**Beschlussorgane** der EZB sind der EZB-Rat und das Direktorium. Der EZB-Rat erlässt Leitlinien und Beschlüsse zur Gewährleistung der satzungsmäßigen Aufgaben des ESZB. Er besteht aus Präsident und Vizepräsident, vier weiteren Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken. Und zwar derjenigen 19 Länder, die den Euro eingeführt haben und zum Euro-System gehören. Mit Stimmrecht im EZB-Rat sind von den Präsidenten der 19 am Eurosystem beteiligten nationalen Zentralnoten-

bank nach einem festgelegten Rotationsprinzip jeweils 15. Damit ist in jedem Falle deren Majorität im EZB-Rat gesichert. Als Übergangsgremium, solange es (noch) EU-Mitglieder mit nationalen Währungen gibt, gilt daneben der Erweiterte EZB-Rat. In ihm sind neben Präsident, Vizepräsident und Direktorium die Präsidenten aller 27 EU-Staaten vertreten. Er nimmt Aufgaben wahr, die vor der 3. Stufe der EWWU dem Europäischen Wirtschaftsinstitut zukamen und nun bei der EZB liegen. Dazu gehören u. a. statistische Erfassungen sowie Umsetzung des Wechselkurssystems nationaler Währungen gegenüber dem Euro im EWS II. Das Direktorium leitet und verwaltet die EZB und ist für die Umsetzung der Beschlüsse des EZB-Rates verantwortlich.

Die Ausgabe von **Banknoten** obliegt nach Artikel 16 der EZB und kann mit den nationalen Zentralbanken der Länder des Euro-Systems geteilt werden.

### 11.3.3 Euro – gemeinsame europäische Währung

Am 01.01.1999 wurde der Euro als gemeinsame Währung von heute inzwischen 19 EU-Mitgliedsstaaten eingeführt. Seit 01.01.2022 ist er als Bargeld in Umlauf. Das Euro-Währungsgebiet repräsentiert mit 14 Billionen US-\$ nach den USA und gleichauf mit China die höchste Wirtschaftsleistung (BIP) der Welt. Er ist Währung für rund 340 Millionen Menschen und eines der wichtigsten Zahlungsmittel in der Welt.

Die Entwicklung des Euro in mehr als 20 Jahren wird insgesamt als erfolgreich eingeschätzt. Das hat drei Gründe.

**Erstens: Politisches Signal** Mit der gemeinsamen Währung rückt Europa näher zusammen. Ländergrenzen werden weniger spürbar.

**Zweitens: Vorteile für die Wirtschaft** Die gemeinsame Währung stärkt den Binnenmarkt, erleichtert den Handel und sichert Arbeitsplätze. Es bestehen keine Verlustrisiken durch Wechselkursschwankungen, Umrechnungsformalitäten entfallen. Deutschland profitiert als Exportnation (40 % Anteil der EU-Länder am Gesamtexport) hiervon in besonderem Maße. Gegenüber der D-Mark hat der Euro an Währungsstabilität nichts eingebüßt. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate im Euro-Währungsraum liegt mit 1,7 % noch unter der in Deutschland vor der Euro-Einführung (2,8 %). Quelle: Bundesfinanzministerium (2019)

**Drittens: Vorteile für die Menschen** Wer seinen Italien-Urlaub mit dem in den 1990er-Jahren vergleicht, wird es merken. Es entfällt im Tourismus der Umtausch. Ich kann in einer Taverne auf Sizilien mit demselben Geld bezahlen, wie zu Hause im Kino um die Ecke. Preise erscheinen überall in gleicher Währung, müssen nicht erst im Kopf oder mit dem iPhone umgerechnet werden und sind deshalb transparenter. Ihre bessere Vergleichbarkeit führt europaweit tendenziell zu mehr Wettbewerb und niedrigeren Preisen.

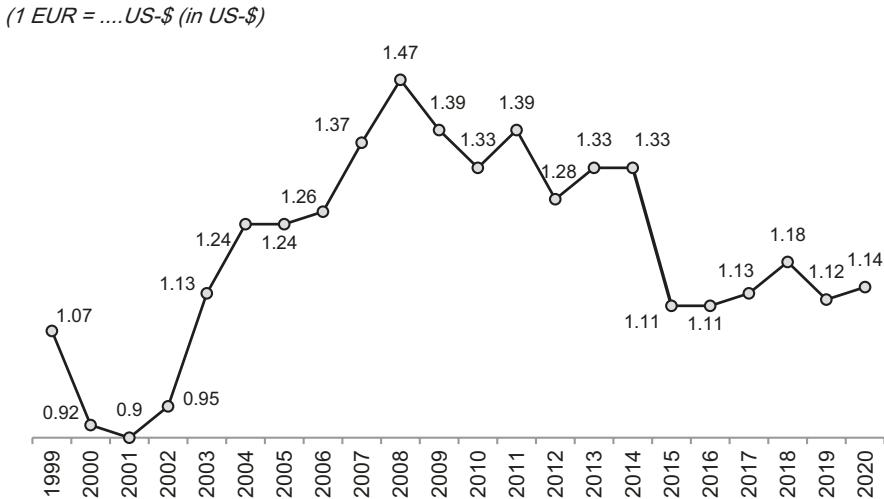
Die Ermittlung des Startkurses des Euro zu den bisherigen nationalen Währungen zum 01.01.1999 wurde in einem mehrschrittigen Berechnungsmechanismus vorgenommen. Über die Wechselkurse der Währungen aller EU-Länder zum US-\$ wurde im Korb der Wechselkurs zur EWS-Verrechnungswährung ECU und damit dessen Wechselkurs zum US-\$ ermittelt. Und über diesen Schritt am Ende die Wechselkurse der Landeswährungen zum ECU. Für die Länder des künftigen Eurosystems wurden diese Kurse als unwiderruflicher Euro-Umrechnungskurs festgeschrieben. Daraus ergaben sich beim Übergang der zunächst 12 nationalen Währungen die in Tab. 11.3 enthaltenen Euro-Kurse:

Die Höhe dieser Umrechnungssätze war für die Wirtschaften der teilnehmenden Länder von hoher Bedeutung. Sie waren auch in Deutschland Basis u. a. für die statistischen Systeme und vor allem für die Umrechnung aller betriebswirtschaftlichen und Buchhaltungsdaten in jedem einzelnen Unternehmen.

Die Entwicklung nach außen zeigt Abb. 11.6. am Beispiel des Euro-Wechselkurses zum US-Dollar. Der Wechselkurs, das werden wir in Kap. 13 sehen, ist der Preis einer Währung, ausgedrückt in Einheiten einer anderen Währung. Und wie bei jedem Preis wird seine Höhe bestimmt durch das Verhältnis von Nachfrage und Angebot. Die Erforschung der Faktoren einer Wechselkursentwicklung in der Vergangenheit und erst recht seine Prognose für die Zukunft sind äußerst kompliziert, weil die Einflüsse sehr vielschichtig und veränderlich sind. Deshalb wollen wir uns bei der Kommentierung der Wechselkurzkurve des Euro in Abb. 11.6 auf einige wenige Punkte beschränken. Sie betreffen vor allem drei wichtige Größen. Als erstes die reale Entwicklung des Zinsniveaus. Geld geht dorthin, wo seine Verwertungsbedingungen am besten sind. Sind die Zinsen niedrig, fließt es ab in andere Währungen und die eigene wird geschwächt. Sind sie hoch, stärkt das den Kurs. Zweitens spielen psychologische Faktoren, Erwartungen in die Entwicklung von Wirtschaft eine Rolle. Ausgangspunkt sind hier oft Ereignisse, die zunächst jenseits der Grenzen der Ökonomie liegen. Und drittens kann die Währungspolitik auf dem Wege von Ankauf und Verkauf einer Währung deren Menge, Nach-

**Tab. 11.3** Festlegung der Euro-Umrechnungskurse. (Quelle: EU-Info Deutschland 2017)

1 Euro (EUR) entspricht	
40,3399	Belgischen Franken (BEF)
1,95583	Deutsche Mark (DEM)
5,94573	Finnmark (FIM)
6,55957	Französischen Franken (FRF)
340,750	Griechischen Drachmen (GRD)
0,787564	Irischen Pfund (IEP)
1936,27	Italienischen Lire (ITL)
40,3399	Luxemburgischen Franken (LUF)
2,20371	Niederländischen Gulden (NLG)
13,7603	Österreichische Schilling (ATS)
200,482	Portugiesischen Escudos (PTE)
166,386	Spanischen Pesetas (ESP)



**Abb. 11.6** Wechselkurs des EURO zum US-Dollar. (Quelle: Statista 2021a)

frage-Angebot-Verhältnis und Wechselkurs in eine gewünschte Richtung zeitlich begrenzt beeinflussen (Intervention).

- Der Euro-Kurs zum US-Dollar ist 1999 bei 1,07 gestartet und liegt 2020 bei 1,14. (*Nachrichtlich:* im Juli 2021 bei 1,18). Betrachtet man allein diese beiden Werte, ist das über einen langfristigen Zeitraum eine vergleichsweise marginale Abweichung. Ein Land muss auf die Stabilität seiner Währung achten und kann auch nicht an ihrer dauerhaften Aufwertung interessiert sein. Das würde die Exporte verteuern, die dort aktive Industrie schwächen und Arbeitsplätze gefährden.
- Zwischen den beiden Eckwerten gab es allerdings Ausschläge um mehr als einen halben Dollar. Von einer Talsohle um die Jahrtausendwende über 10 Jahre eines über dem Ausgangsniveau liegenden Euro-Kurs bis zu einem seit 2015 geradlinigem Verlauf auf mittlerem Niveau.
- Der Start in den Euro war von einem deutlichen Kursabsturz von 1,07 1999 auf 0,9 2002 gegenüber dem US-Dollar gekennzeichnet. Die Leitzinsen waren für beide Währungen hoch, in den USA aber mit  $6 \frac{1}{2} \%$  noch höher als im Euro-Raum mit  $4 \frac{1}{2} \%$ . Da ein schwacher Euro auch eine Gefahr für die Stabilität der Weltwirtschaft war, kam es in dieser Zeit zu einem klassischen Beispiel konzertierter Intervention mehrerer Zentralnotenbanken. Neben der EZB der USA und der Japans. Die negative Kursentwicklung des Euro konnte damit vorübergehend gebremst, aber nicht gestoppt oder umgekehrt werden. Das schaffte dann eher die reibungslose und damit vertrauensbildende Einführung des Euro-Bargeldes 2002.
- Der Anstieg des Eurokurses 2002 auf 0,95 und 2003 auf 1,13 kann auch auf negative Erwartungen in die US-Wirtschaft im Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom

11. September 2001 sowie der Vorbereitung auf den Irak-Krieg am 20. März 2003 zurückzuführen sein.
5. Seinen Höchstwert hat der Euro-Kurs 2008 mit 1,47. Der US-\$ war im zweiten Jahr mit der in den USA entsprungenen Finanzkrise konfrontiert. Aufgeblähte Geldmenge und zu hohe Liquidität zwangen die US-Zentralnotenbank, die Leitzinsen drastisch zu senken. Das erfolgte von einem sehr hohen Niveau von über 5 % 2007 über etwa 3 % 2008 auf 0 % 2009. In diesen beiden letzten Jahren war der Leitzins im Euroraum mit mehr als 4 % noch hoch. Was aus rein zinspolitischer Sicht (wir sehen hier von Erwartungen und Vertrauen in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 ab) eine Erklärung für den hohen Euro-Kurs ist. Mit einem Jahr Verzögerung hatte die Krise Europa und die Welt erreicht. Die EZB senkte ebenfalls die Leitzinsen und der Euro-Kurs ging zurück.

Neben der Wechselkursentwicklung, aber natürlich in engem Zusammenhang mit ihr, ist ein weiteres wichtiges Merkmal für die Stärke einer Währung ihre Rolle als international durch die Zentralnotenbanken gehaltenen Devisenreserven. Hier liegt der Euro mit 20 % nach dem US-Dollar (60 %) an zweiter Stelle aller Währungen weltweit.

#### 11.3.4 Europäische Geldpolitik

Geldpolitik haben wir im zweiten Abschnitt dieses Kapitels als Bündel von Maßnahmen zur Regelung der Geldversorgung der Wirtschaft mit dem vorrangigen Ziel der Geldwertstabilität bei Beachtung auch anderer gesamtwirtschaftlicher Ziele definiert. In dieser allgemeinen Form gilt der Inhalt der Geldpolitik für jede Marktwirtschaft, für jede Zentralnotenbank und für jede Währung. Wir finden ihn im Bundesbankgesetz an hervorragender Stelle ebenso wieder wie in der Satzung von ESZB und EZB. Maßnahmen zur „Sicherung der Währung“ sind dabei nach innen auf Preisniveaustabilität (Geldwertstabilität, Kaufkraftstabilität) und nach außen auf die Stabilität der Währung gegenüber anderen Währungen (Wechselkurs) gerichtet. Ihre geldpolitische Funktion erfüllt die Zentralnotenbank über die Steuerung des Geldumlaufs und die Kreditversorgung der Wirtschaft. Dabei gilt es, die Balance zwischen zwei Seiten zu wahren. Zum einen muss die Geldmenge knapp gehalten werden, damit der Geldwert unbeschadet bleibt. Zum anderen muss der Geldmantel so weit geschniedert sein, dass er ausreichend für die Versorgung der Wirtschaft ist. Geldwertstabilität versus Wachstum. Wir erinnern uns an das magische Viereck in Kap. 9. Ihre Aufgabe der Geldmengensteuerung nimmt die Zentralnotenbank über deren Instrumente wahr. Das sind drei: die Leitzinspolitik, die Offenmarktpolitik und die Mindestreservepolitik. Leitzinspolitik war bei der Deutschen Bundesbank die Diskont- und Lombard-Politik. Bei der EZB sind es die Hauptfinanzierungsgeschäfte und die ständigen Fazilitäten. Die Instrumente aktueller Geldpolitik sollen im einzelnen Gegenstand des Abschn. 11.5 sein.

Bei ihrer Geldpolitik lässt sich die EZB seit ihrer Gründung von den beiden Grundprinzipien „Preisniveaustabilität und Unabhängigkeit bei deren Sicherung“ leiten. Das Autonomieprinzip bezieht sich auf nationale und europäische Regierungsinstitutionen.

Dem Europäischen Parlament, dem direkt gewählten Organ der Europäischen Union, gegenüber ist die EZB unmittelbar rechenschaftspflichtig. An der Ernennung der Mitglieder des EZB-Direktoriums ist das Europäische Parlament beteiligt.

Die Preisniveaustabilität schöpft ihre Bedeutung daraus, dass sowohl Inflation als auch Deflation zu Instabilität der Gesamtwirtschaft führen und mit hohen Kosten verbunden sind.

Zu den Gründen dafür, warum das so ist, und die für Preisniveaustabilität sprechen, zählen neben den negativen, zu unsozialer Umverteilung führenden, Inflationswirkungen, die wir aus Kap. 9 kennen (Zinslücke, Flucht in Sachwerte, Lohnlücke, Rentenlücke), die folgenden:

- Abgrenzbarkeit einzelner Preisveränderungen von Veränderungen des Preisniveaus;
- keine Inflationskomponente in Zinsen: niedrigere Zinsen – Investitionen – Wachstum;
- keine Zurückhaltung von Ressourcen für produktive Verwendung;
- keine Verzerrung von nicht an Inflation angebundenen Steuer- und Sozialsystemen

Die EZB definiert ihr Preisniveauziel und damit „Preisniveaustabilität“ numerisch mit „mittelfristig unter, aber nahe 2 %“. Dieser enge Zielkorridor vermeidet die Schwächung von Währung und Wirtschaft bei seiner Überschreitung. Und er schützt vor Risiken aus Deflation bei seiner Unterschreitung. Realwirtschaftliche Auswirkungen von Deflation werden oft als schädigender als die Folgen von Inflation eingeschätzt. Sie sind mit einem Trend von Produktionsdrosselung, Lohndruck nach unten, Arbeitsplätze-Abbau und in der Folge Konsumrückgang verbunden. Mit Blick auf Kap. 9: „Lohn-Preis-Spirale rückwärts“.

Seine geldpolitischen Beschlüsse trifft der EZB-Rat auf der Basis einer umfassenden Analyse der Risiken für die Preisniveaustabilität. In diesem Zusammenhang besteht ein System von **zwei Säulen** der geldpolitischen Strategie – der wirtschaftlichen (realwirtschaftlichen) Analyse und der monetären Analyse. Beide sind zwei sich einander ergänzende Sichtweisen zur Bestimmung und Vorhersage der Preisniveauentwicklung. Die **wirtschaftliche Analyse** ist auf die Entwicklung realwirtschaftlicher Bestimmungs faktoren der Preisniveauentwicklung und deren Projektion nach vorn gerichtet. Faktoren, durch die das Verhältnis von Nachfrage und Angebot auf den Gütermärkten bestimmt wird. Die Analyse beinhaltet auch Schocks, die die Wirtschaft des Euroraumes von außen treffen. Die wirtschaftliche Analyse ist kurz- und mittelfristig ausgerichtet. Die **monetäre Analyse** hat mittel- bis langfristigen Charakter. Sie bewertet in diesem zeitlichen Horizont Inflationstrends mit Blick auf den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau.

Die geldpolitische Strategie der EZB geht davon aus, dass mit der Wahrung von Preisniveaustabilität als Hauptziel gleichzeitig auch zu gesamtwirtschaftlicher Stabilität beigetragen wird. „Geldwertstabilität fördert Wachstum und Wohlstand“.

*„All diese Argumente legen den Schluss nahe, dass eine Zentralbank, die Preisstabilität gewährleistet, einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der weiter gefassten wirtschaftlichen Ziele (z. B. höherer Lebensstandard, kräftige Wirtschaftstätigkeit und bessere Beschäftigungsaussichten) liefert.“*

Quelle: ESZB (2011)

(In Veröffentlichungen wie dieser wird Preisniveaustabilität gemeint, wenn von „Preisstabilität“ die Rede ist. A.F.)

Die Zentralnotenbank allein ist berechtigt und in der Lage, die Geldmengenbasis zu steuern und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beeinflussen. Mit der kurzfristigen Gestaltung der Geldmarktzinsen löst die EZB zahlreiche Verhaltensmechanismen der Marktteilnehmer aus, die ihrerseits realwirtschaftliche Größen wie Produktion und Preise beeinflussen. Diesen Prozess von Zinsgestaltung über realwirtschaftliche Größen zur Preisniveauentwicklung nennt die EZB **Transmissionsmechanismus**.

Langfristig gilt die These, dass sich eine Veränderung in der Geldmenge zwar im Preisniveau, nicht aber in realwirtschaftlichen Größen wie Wachstum und Beschäftigung niederschlägt. Man spricht in diesem Zusammenhang von der **langfristigen Neutralität** des Geldes. Einfluss auf realwirtschaftliche Größen haben über einen langfristigen Zeithorizont dagegen nach Einschätzung der EZB vor allem angebotsseitige Faktoren. Hierzu zählen die Entwicklung von technischem Fortschritt, Demographie, Qualifikation und Impulse der Wirtschaftspolitik.

Das Verständnis von Inflation als ein „vornehmlich monetäres Phänomen“ zeugt von einer Priorisierung der monetären unter den Inflationsursachen (vgl. Kap. 9). Bestätigung findet eine solche Sichtweise dadurch, dass eine Verbindung zwischen der Entwicklung von Geldmengen, Inflation (wie auch der Leitzinsen) empirisch nachweisbar ist. Realwirtschaftliche Inflationsursachen (z. B. Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, Rohstoffpreisentwicklung) können kurzfristig das Preisniveau zwar ebenfalls beeinflussen, in ihrer Wirkung langfristig aber durch Geldmengenanpassungen ausgeglichen werden. Daraus ergibt sich die Fähigkeit der Zentralnotenbank, auf lange Sicht Preisniveauentwicklung oder Inflation zu steuern.

Die Geldpolitik der EZB seit ihrer Gründung 1999 kann, misst man sie am Hauptkriterium der Stabilität der Währung nach innen und außen, als erfolgreich bezeichnet werden. Wir haben das am internationalen Stellenwert des Euro gesehen und finden es an der Entwicklung der Inflationsrate in dieser Zeit bestätigt. Sie lag unter dem Vergleichswert der EU insgesamt. Die mittelfristige Zielstellung von unter, aber nahe 2 %, wurde mit Blick auf die Obergrenze nur in den Nachkrisenjahren 2011 und 2012 überschritten. Versteht man die Unterschreitung des Korridors nach unten als Deflationsgefahr, so war diese in den Jahren von 2014 bis 2016 mit Inflationsraten näher an Null als an 1 durchaus vorhanden. Es zeigt sich in dieser Zeit auch der bereits erwähnte Zusammenhang der Inflationsrate mit dem Zinsniveau. Zur Wiederankurbelung der Wirtschaft durch hohe Geldmenge und Liquidität lagen die Leitzinsen der EZB seit 2009 auf niedrigem Niveau und liegen das bis heute.

Die geldpolitischen Rahmenbedingungen für die EZB waren seit ihrer Gründung von turbulenten und von vergleichsweise ruhigen Phasen gekennzeichnet. Zu den negativen Schocks gehörten starke Schwankungen der Rohstoffpreise, weltweite Spannungen im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September 2001, die schwere globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 sowie die jüngsten beispiellosen Belastungen der Wirtschaft durch die Corona-Pandemie und die erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen.

Insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 offenbarte im institutionellen Rahmen und in der wirtschaftlichen Funktionsweise der EWWU Schwachstellen.

Die EZB hat in Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 eine Reihe von Sondermaßnahmen ergriffen, deren zeitliche Befristung sie mit dem Hinweis auf „außergewöhnliche Antworten unter außergewöhnlichen Umständen“ deutlich betont. Zu ihnen gehören die konventionelle Zinssenkung auf ein historisch niedriges Niveau, Sondermaßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe und das Programm für die Wertpapiermärkte.

Mit Blick auf die Rolle des US-amerikanischen Bankensektors zu Beginn der Finanzkrise 2007 gab es in einem schrittweisen Prozess bis 2014 zu einer Stärkung von Stabilität und Widerstandskraft des Europäischen Bankensystems im Rahmen der Weiterentwicklung der Architektur der Europäischen Bankenunion. Die bisher bei den nationalen Behörden liegende Aufsicht über das System der Kreditinstitute und Finanzdienstleister wurde direkt an die EZB übertragen. Kernregelungen sind der Bankenaufsichtsmechanismus und der Bankenabwicklungsmechanismus. Verschärfte Vorgaben gelten für Eigenkapitalausstattung und Liquiditätsstandards.

Zu den Schlussfolgerungen der EZB aus der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 gehören auch eine Verstärkung der monetären Analyse im Rahmen ihrer Zweistufenstrategie und eine Verstärkung informierender und vertrauensbildender Kommunikation der geldpolitischen Strategie.

Das geldpolitische Krisenmanagement der EZB stößt bei ungenügender Verzahnung mit der einzelstaatlichen Finanzpolitik, darauf haben wir schon hingewiesen, an seine Grenzen. Herausforderungen betrafen, so deshalb auch die Einschätzung der EZB, vor allem die wirtschaftspolitische Steuerung im Eurogebiet unter den Gegebenheiten einer gemeinsamen Geldpolitik bei einzelstaatlichen Zuständigkeiten für die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Auf die Verbesserung der finanzpolitischen Komponente zielte vor allem der neue Stabilitäts- und Wachstumspakt von 2011 ab.

### **Exkurs**

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 legt Regeln für die Koordinierung und Überwachung der nationalen Finanzpolitiken in der EU fest. Mit ihm wurden die Maastrichter Konvergenzkriterien für den Beitritt in die 3. Stufe der EWWU, darunter zu den Obergrenzen für die Neuverschuldung und Gesamtverschuldung der Mitgliedsstaaten der EU, fortgeschrieben. Eine erste Reform des Paktes führte Vorgaben ausgeglichener Haushalte ein, mit denen haushaltspolitisches Verhalten in „guten und in schlechten Zeiten“ besser ineinander greifen sollen. Die Schwachstelle war, dass die Vorgaben nicht durch Sanktionsregelung bei ihrer Nichtbefolgung gestützt wurden. Nachdem diese Schwachstelle unter dem Druck der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 besonders deutlich zutage getreten war, wurde mit der Reform von 2011 mehr Haushaltsdisziplin nicht nur gefordert, sondern im Interesse seiner tatsächlichen Umsetzung bei Nichtbefolgen auch mit Sanktionen (präventiven und korrigierenden) belegt. Das gilt für alle Länder der EU und ist für die Mitgliedsstaaten des Euroraumes besonders zwingend gefasst. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt kann dort unterstützen, wo die Zentralnotenbanken mit ihrer Geldpolitik allein an ihre Grenzen stoßen. Diese Grenzen sind für Geldpolitik und Stabilitätspakt im Zusammenhang mit Corona, Hilfspaketen und der

damit verbundenen Neu- und Gesamtverschuldung erneut deutlich aufgezeigt worden. Das Gesamtverschuldungslimit (60 % des BIP) wird 2020 von Griechenland mit rund 200 % oder von Italien um rund 150 % überschritten. Die vorgeschriebene Obergrenze bei der jährlichen Neuverschuldung beträgt in der EWWU 3 % des BIP. Diese Grenze hatte Deutschland im Zuge der ins Grundgesetz aufgenommenen Selbstdisziplinierung („Schuldenbremse“) auf 0,35 % reduziert. Corona-bedingt liegt der für 2021 beschlossene Haushalt bei einer Neuverschuldung von 180 Mrd. €. Das sind rund 6 % des BIP. Legitimation entsteht in Deutschland durch das Aussetzen der Schuldenbremse bei Nachweis einer Notlage, in Europa durch das Aussetzen des Regelwerkes des Stabilitätspakts. Angesichts der genannten Schuldenexplosionen bezweifeln Kritiker des Paktes seine reale Zukunft generell und dauerhaft. Zur Finanzpolitik wird in diesem Zusammenhang auf Kap. 12 verwiesen.

Damit sind die Regeln erklärt und abgesteckt. Die Praxis und ihre kritische Bewertung seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 und befügt durch die Corona-Krise 2020/2021 ist differenzierter. Fassen wir die mit Beginn der 2020er-Jahre verstärkte Diskussion zusammen, so ergeben sich folgende Punkte und Fakten:

1. Staaten, darunter die europäischen, sind durch die Krisen in finanzielle Notlagen geraten, die sie zur Verschuldung über die gesetzten Ziele hinaus zwingen.
2. Die Europäische Zentralbank reagiert darauf a) mit einer Aufweichung ihres Inflationsziels von „unter, aber nahe“ zwei Prozent und mit der situationsbedingten Abkehr vom Prinzip, keine Staatsverschuldung zu finanzieren.

*„Der Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank muss weitergehen! Der Grund liegt auf der Hand. Müssten die Euro-Staaten ihre Schulden zu marktgerechten Zinsen bedienen, wären viele schnell insolvent.“*

Quelle: Reimer (2021)

*Käufe von Staatsanleihen, so Bundesbank-Präsident Jens Weidemann, sind nicht von Natur aus ein Sakrileg, sondern können „ein effektives und legitimes Instrument der Geldpolitik sein.“ Dabei kommt es aber auf ihren Umfang und ihren Ausnahmeharakter an.*

*„Daher habe ich immer gesagt, dass Staatsanleihenkäufe ein Instrument für Notfälle sein sollten. Die Pandemie ist so eine klassische Notfallsituation, in der aus meiner Sicht Anleihekäufe gerechtfertigt sind. Aber auch hier kommt es auf das richtige Maß an, und die Notenbank darf keine monetäre Staatsfinanzierung betreiben. ...Meine ...Sorge, dass die Fiskalpolitik die Geldpolitik zunehmend umklammert, treibt mich weiter um.“*

Quelle: Weidemann (2021)

Die EZB steht mit dieser Situation nicht allein. Eine vergleichbare Politik erfolgt unter anderem auch durch die Fed in den USA.

*„Schauen Sie sich das hohe Wachstum der Geldmenge in den USA an. Darin spiegeln sich die Käufe von Staatsanleihen der Fed. Die Notenbank pumpt Zentralbankgeld in das Bankensystem, damit die Geldhäuser Staatsanleihen kaufen können; das Geld fließt als staatliche Coronahilfe direkt an Bürger und Unternehmen. Amerika hat insgesamt fünf Billionen Dollar gedruckt – das entspricht der Staatsverschuldung des Landes.“*

Quelle: Fischer (2021a)

3. Die durch Ankäufe bei der EZB gesammelten Staatsanleihen haben einen Wert von 2500 Milliarden Euro, das sind 25 % aller Staatsschulden in der Euro-Zone. Ihre Rückzahlung vollständig

und in überschaubarem Zeitraum erscheint unmöglich und daher unwahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund werden vereinzelte Forderungen an die EZB laut, den Staaten mit einem Schnitt ihre Schulden zu erlassen. In einem Gutachten zum EU-SchuldentHEMA weist der Deutsche Bundestag solche Vorschläge als unvereinbar mit dem Verbot monetärer Staatsfinanzierung und den Zielen der Stabilitätsgemeinschaft zurück. Quelle: Fischer (2021b)

4. Die EU-Kommission denkt über eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts nach, bei der die bisherigen stringenten, wenngleich nur bedingt ernst genommenen, Begrenzungsregeln für das Haushaltsdefizit auf 3 Prozent und der Gesamtstaatsverschuldung auf 60 Prozent des Brutto-inlandsprodukts auf dem Prüfstand stehen. Die durchschnittliche Staatsverschuldung in der Eurozone wird 2020 mit 100 Prozent des BIP beziffert.
5. Infolge der zentralbankfinanzierten Staatsverschuldung und dafür weiter niedrig gehaltenem Zinsniveau erhöhen sich Geldmenge und Inflationsgefahr. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise bis heute, also in nur 13 Jahren, ist die Zentralbankgeldmenge im Euro-Raum von knapp 900 Milliarden Euro auf knapp 5,8 Billionen Euro gestiegen und hat sich damit versechsfacht. Rechnet man die in dieser Zeit gewachsene nominale Wirtschaftsleistung heraus, so bleibt ein Geldüberhang von 4,7 Billionen Euro. Mit den ihm innenwohnenden Inflationsgefahren. Quelle: Sinn (2021)

---

## 11.4 Geldschöpfung, Geldmenge, Geldmengenpolitik

Bisher wurde deutlich, dass die Zentralnotenbank Einfluss auf die Preisniveaustabilität und andere gesamtwirtschaftliche Zielgrößen nehmen kann, indem sie die Geldmenge steuert. Bevor wir genauer darauf schauen, wie sie das macht, müssen wir wissen, was diese Geldmenge ist, woraus sie besteht und was sie verändert.

### 11.4.1 Geldschöpfung (Geldarten, Giralgeldschöpfung, Geldmengenmultiplikator)

Zunächst unterscheiden wir zwischen verschiedenen Geldarten. Im überlieferten Sinne verbindet sich eine große Geldmenge mit dem Bild einer dicken Brieftasche oder einer prallen Geldbörse. Die mit diesem Bild verbundenen Geldarten sind Banknoten und Münzen, zusammengefasst als **Bargeld**. Der Diskussion über dessen Perspektive wollen wir uns weiter hinten in diesem Abschnitt widmen. Darunter auch den Argumenten pro und contra Bargeld überhaupt. Gegenwärtig reichen trotz zunehmender Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs die Pro-Argumente aus, um Banknoten und Münzen in einem bestimmten Umfang zu halten und mit ihnen tägliche Zahlungsvorgänge unkompliziert abzuwickeln. Solange Bankkunden ihre Guthaben abheben, also in Bargeld zurückverwandeln wollen, müssen auch Kreditinstitute über solches verfügen.

Wir wissen aus Abschn. 11.2, dass die EZB zusammen mit den nationalen Zentralnotenbanken des Euro-Systems berechtigt ist, Bargeld in Umlauf zu bringen. Aktuell wird diese Aufgabe allein und abgestimmt durch die Zentralnotenbanken der Mitgliedsländer wahrgenommen. Die umlaufende Bargeldmenge kann durch Hineingabe von Bargeld (Emission) in den Umlauf oder dadurch verändert werden, dass Noten und Münzen aus

dem Verkehr gezogen werden. Die Zentralnotenbank kann die umlaufende Bargeldmenge auch dadurch beeinflussen, dass sie fremde Währungen kauft oder verkauft. Im Falle des Kaufs handelt es sich um Bargeldschöpfung. Fremde Währungen gelangen in den Besitz der Zentralnotenbank. Die als Gegenwert durch diese gezahlte Menge an inländischer Währung (Euro) gelangt zusätzlich in Umlauf. Umgekehrt (Verkauf fremder Währungen) kann eigenes Geld dem Umlauf entzogen werden.

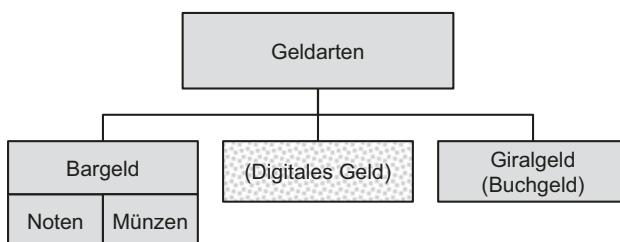
Das Bargeld bildet – auch historisch – den Kern des Geldwesens. Dennoch macht es in seinem Volumen nur einen geringen Teil dessen aus, was Geld ist. Die zunehmende Nutzung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs führt darüber hinaus dazu, dass die gesamte Geldmenge schneller wächst, als die Bargeldmenge. Bevor wir uns konkreten Größenvergleichen zuwenden, wollen wir mit Abb. 11.7 das Bild der Geldarten komplettieren.

Die bisherige, klassische Geldartenstruktur kennt die Unterteilung des Bargeldes in Banknoten und Münzen. Wir haben hier mit Blick nach vorn das „digitale Geld“ hinzugefügt. Auch wenn wir erst an anderer Stelle noch genauer auf die Flut von Informationen und Diskussionen zu digitalem Zentralbankgeld und dezentralen „Krypto-Währungen“ wie Bitcoin – was nicht dasselbe ist – eingehen, bedarf es bereits hier einiger wesentliche Kommentierungen.

**Erstens** ist digitales Geld (im Sinne von Abb. 11.7) auf die eigene Währung lautendes Bargeld, das – wie Banknoten und Münzen – einlösbares Zentralbankgeld ist. Es unterscheidet sich damit zum einen vom durch private Banken geschöpften und im Folgenden näher erklärten Giralgeld. Es wäre vielmehr im Euro-Währungsgebiet bei seiner möglichen Einführung der noch fiktive digitale Euro.

**Zweitens** ist digitales Geld (im Sinne von Abb. 11.7) Bestandteil der auf eigene Währung lautenden und durch die Zentralnotenbank steuerbaren Geldmenge. Es ist Bestandteil der Geldmenge der bestehenden Währung. Es stellt nur eine neue Form dar, die bei Digitalisierung der Wirtschaft veränderten Nutzerpräferenzen entspricht. Digitales Geld unterscheidet sich damit von künstlichen privaten „Währungen“, die (obwohl sehr konträr diskutiert) keine eigentliche Währung, sondern eine wertunbeständige Ware, ein Spekulationsobjekt, sind. Gleichwohl erwächst aus ihnen für die Stabilität der Geldsysteme, wie wir sie bisher kannten, Konkurrenz, Risiko und Handlungsbedarf.

**Drittens** sind digitale Zentralbankwährungen (CBDC) im oben verstandenen Sinne in einigen Ländern bereits am Start. Allem voran der E-Renminbi in China und die E-Krone



**Abb. 11.7** Geldarten

in Schweden. Auch die russische Zentralbank kündigt an, dass sie noch 2021 seine Vorbereitungen für einen digitalen Rubel abschließen werde. Digitales Zentralbankwährungen sind auf bestehende Währungen lautendes Geld, das die Geldsysteme anderer Währungen nicht destabilisiert, aber im Sinne des Wettbewerbs unter eigenen Handlungsdruck setzt.

**Viertens** Elektronisches Geld erfüllt die Funktionen von Bargeld. Mit Blick auf die Struktur in Abb. 11.7 könnte eine Erfolgswelle elektronischen Geldes nicht die hier noch zu erklärende Rolle des Giralgeldes ersetzen, sondern direkt und unmittelbar den Rückzug des als Banknoten und Münzen verstandenen Bargeldes beschleunigen und Argument für die Befürworter seiner völligen Abschaffung sein.

Wenden wir uns nun der zweiten Geldart, dem Giralgeld, zu. Giralgeld ist (obwohl nicht zu verwechseln mit digitalem Geld) kein „Geld zum Anfassen“. Es erfüllt aber das wichtigste Kriterium des Geldes, einen nicht spezifizierten Anspruch auf Teile der Wertschöpfung, des Bruttoinlandsprodukts.

► **Giralgeld** sind Einlagen von Nichtbanken (Haushalte, Unternehmen) bei Kreditinstituten. Über sie kann im Falle von Sichteinlagen sofort verfügt werden. Im Falle von Spar- oder Termineinlagen können sie entsprechend ihrer Fälligkeit zahlungswirksam werden.

Der Einfachheit halber wollen wir hier Giralgeld im engeren Sinne als Sichteinlagen verstehen, die der Bankkunde täglich und nach Belieben in Bargeld zurückverwandeln kann. Es versteht sich, dass für den Einleger ein solches Bankguthaben ebenso Guthaben und Zahlungsfähigkeit bedeutet, wie die Scheine in seiner Brieftasche. Auch die Transaktion von Giralgeld in Bargeld findet heute (im Gegensatz zum früheren Scheck) digital statt. Der Weg zum Bankautomaten, Online-Banking oder der Auftrag zur Auflösung eines Depots genügen, damit Giralgeld dieselben Funktionen wie Bargeld erfüllt. Das alles ist (schon seit längerem) digital, aber nicht gemeint, wenn wir, wie oben kurz angesprochen, von digitalem Bargeld sprechen.

### Giralgeldschöpfung

Im Unterschied zum Bargeld durch die Zentralnotenbank wird Giralgeld im Bankensektor durch private, genossenschaftliche oder staatliche Kreditinstitute geschöpft. Will die EZB im Rahmen ihrer Aufgaben auf die Entwicklung der gesamten Geldmenge Einfluss nehmen, so kann sie das auch beim Giralgeld – muss sich in diesem Falle aber anderer Instrumente als bei der Bargeldschöpfung bedienen.

Für das Verständnis der Giralgeldschöpfung soll beispielhaft folgendes Grundschema dienen: Eine Bank erhält als Einlage Geld, sagen wir 100 Euro, von einem Kunden und nutzt dieses Geld zur Kreditvergabe an einen zweiten Kunden. Beide Kunden, der erste und der zweite, können über die ursprünglich nur einmal vorhandene Geldmenge von 100 Euro verfügen. Das anfangs eingezahlte Geld ist plötzlich zweimal da.

Dieses Schema ist sehr vereinfacht. Es zeigt aber schon den wichtigen Umstand, dass Giralgeldschöpfung immer an Vergabe von Kredit durch eine Geschäftsbank gebunden ist.

Je mehr Kredite nachgefragt und vergeben werden, desto größer ist die potentielle Geldmengenschöpfung.

Um den schrittweisen Prozess deutlich zu machen, in dem sich eine ursprüngliche Basisgeldmenge (B) durch Giralgeldschöpfung ausdehnt und schließlich zum Geldangebot  $M_A$  wird, wollen wir jeden der Schritte unter die Lupe nehmen. Dabei gehen wir im Unterschied zu unserem eben vorgestellten vereinfachten Denkansatz jetzt davon aus, dass die Bank nicht die gesamte Menge an Einlagen als Kredit weitervergeben kann. Sie muss, neben den erforderlichen Barreserven, immer einen bestimmten Prozentsatz dieser Einlagen als Mindestreserve zurückhalten.

► **Mindestreserven** sind gesetzlich vorgeschriebene nichtverzinsliche Guthaben, die Kreditinstitute in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes (Mindestreservesatz) auf ihre Einlagesumme auf Girokonto bei der Zentralnotenbank deponieren müssen.

Bei den folgenden Schritten reduzieren wir die Vereinfachung auf die Annahme, dass außer der Mindestreserve alle übrigen Einlagen als Kredit weitergegeben werden. Weiterhin wollen wir zur Verdeutlichung einen fiktiven Mindestreservesatz von 20 % annehmen. Der wirkliche, das werden wir später sehen, liegt weit darunter.

- 1. **Stufe:** Ein Kunde 1 zahlt bei seiner Bank 1 einen Betrag von 1250 € ein.
- 2. **Stufe:** Bank 1 bildet eine Mindestreserve von 250 € und vergibt die verbleibenden 1000 € als Kredit an einen Kunden 2. Das Guthaben von Kunden 1 in Höhe von 1250 € ist Geld geblieben. Hinzu kommt das dem Kunden 2 als Kredit zur Verfügung gestellte Geld in Höhe von 1000 €. Die Geldmenge hat um 1000 € zugenommen. Kehrt diese Summe nicht ins Bankensystem zurück, ist der Prozess der Giralgeldschöpfung abgeschlossen. Die Sache ist erledigt. Wir wollen, aber realistischer weise annehmen, dass es weitergeht.
- 3. **Stufe:** Kunde 2 benutzt seinen Kredit für den Kauf eines Elektroherdes bei Lieferant 1, der sein Konto bei der Bank 2 führt. 1000 € werden von Bank 1 an Bank 2 überwiesen. Bank 2 vergibt davon (abzüglich Mindestreserve) 800 € als Kredit an Kunden 3. Dieser kann seinerseits über die gewährte Summe verfügen. Die Giralgeldschöpfung setzt sich fort.
- 4. **Stufe:** Kunde 3 kauft von dem Kredit für 800 € ein Fahrrad. Der Lieferant 2 zahlt die erhaltenen 800 € bei seiner Bank 3 ein. Diese vergibt nach Abzug der Mindestreserve den verbleibenden Betrag von 640 € als Kredit an Kunden 4.

Um dieses Modell nicht endlos fortsetzen zu müssen, nehmen wir jetzt an, dass das Geld an dieser Stelle das Bankensystem verlässt und der Prozess der Giralgeldschöpfung abgeschlossen ist. Was ist mit der Geldmenge passiert? Eine ursprünglich vorhandene Summe von 1250 € ist durch die Giralgeldschöpfung angewachsen.

Die am Ende insgesamt verfügbare Geldmenge beträgt

$$1250 \text{ €} + 1000 \text{ €} + 800 \text{ €} + 640 \text{ €} = 3690 \text{ €}.$$

### 11.4.2 Geldmengenmultiplikator

In unserem Modell hat sich die Basisgeldmenge B (1250 €) infolge der Giralgeldschöpfung auf ein Geldangebot (und eine damit am Markt wirksame Nachfrage)  $M_A$  in Höhe von 3690 € vergrößert. Der Faktor, um den sich eine Basisgeldsumme durch Giralgeldschöpfung erhöht, heißt **Geldmengenmultiplikator m**. Er ist der Quotient aus Geldangebotsmenge und Basisgeldmenge.

$$m = \frac{M_A}{B} \quad (11.1)$$

Die letztlich als Geldmengenangebot fungierende Größe  $M_A$  ergibt sich aus der um den Geldmengenmultiplikator vervielfachten Basisgeldmenge.

$$M_A = m \cdot B \quad (11.2)$$

Will die EZB als Zentralnotenbank im Konjunkturverlauf das Geldangebot (Güternachfrage) in Übereinstimmung mit der Produktionsmenge (Güterangebot) halten, erreicht sie das über die Steuerung des Geldangebotes  $M_A$ . Unter welchen Bedingungen ist der somit zu beeinflussende Geldmengenmultiplikator groß und unter welchen klein? Unser Stufenmodell hat gezeigt, dass die Stärke der Giralgeldschöpfung unter anderem von der Höhe der Mindestreserve abhängig ist, die durch die Zentralnotenbank im gesetzlichen Rahmen unmittelbar bestimmt werden kann. Beträgt der Mindestreservesatz statt der angenommenen 20 % zum Beispiel 40 %, verringert sich der Geldmengenmultiplikator von 2,952 auf 2,176. Dem Zugriff auf die Geldmenge durch den Mindestreservesatz sind jedoch Grenzen gesetzt. Wirkungsvoller ist für die Zentralnotenbank die Steuerung derjenigen Bedingungen, die Einfluss auf den Wunsch von Haushalten und Unternehmen ausüben, Kredite bei Banken aufzunehmen. Das sind die Zinsen. Und damit die Zinspolitik, die Thema von Abschn. 11.5 sein wird.

Ebenso, wie die Nachfrage nach Gütern in Abhängigkeit von deren Preis steigt oder sinkt, verändert sich die Nachfrage nach Kreditgeld in Abhängigkeit von dessen Preis – dem Zins. Die Steuerung des Zinsniveaus in der Wirtschaft ist damit eine der wichtigsten Möglichkeiten der Zentralnotenbank, die Giralgeldschöpfung, mit ihr die Geldmenge und in der Folge Preisniveau und Geldwert zu beeinflussen und zu schützen.

### 11.4.3 Geldmengendefinition

Für die Steuerung der Geldmenge grenzt die Europäische Zentralbank verschiedene Geldmengenbegriffe (Geldmengendefinitionen) voneinander ab. Sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit internationalen Verfahrensweisen. Je nach Wahl der einen oder anderen Definition wird die Geldmenge enger oder weiter gefasst. Wie eine Zwiebel mit Kern, innerer und äußerer Schale. Tab. 11.4 enthält die drei grundlegenden Geldmengendefinitionen der EZB mit den Werten von 2020.

**Tab. 11.4** Geldmengendefinitionen der EZB. (Quelle: Europäische Zentralbank [2021a, b](#))

Geldmengenabgrenzung	Dezember 2020		Juni 2021	
	Mrd. €	Anteil	Mrd. €	Anteil
Bargeldumlauf	1359	9 %	1419	9 %
+ Täglich fällige Einlagen (Sichteinlagen)	8895	61 %	9353	63 %
= <b>Geldmenge M1</b>	<b>10.254</b>	<b>70 %</b>	<b>10.772</b>	<b>72 %</b>
+ Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis 2 Jahre	1041	7 %	936	6 %
+ Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis 3 Monate	2449	17 %	2490	17 %
= <b>Geldmenge M2</b>	<b>13.744</b>	<b>94 %</b>	<b>14.198</b>	<b>95 %</b>
+ Repogeschäfte	100	1 %	119	1 %
+ Geldmarktfondsanteile	649	5 %	608	4 %
+ Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis 2 Jahre	29	0 %	26	0 %
= <b>Geldmenge M3</b>	<b>14.522</b>	<b>100 %</b>	<b>14.951</b>	<b>100 %</b>

Die Abgrenzung zwischen dem was Geld ist und was nicht, kann nie eindeutig sein, sondern ist am Ende subjektive, wenngleich autorisierte Entscheidung. Das bezieht sich zum Beispiel auf die Festlegung zeitlicher Obergrenzen der Fälligkeit von Termineinlagen sowie deren nur eingeschränkte Funktion als Tausch- bzw. Zahlungsmittel.

Ohne jede Position der Geldmengendefinition im Einzelnen vorzustellen, soll die Geldmengenstruktur des Euro in Tab. 11.4 kurz kommentiert werden.

1. Bargeld ist das Symbol für Geld schlechthin, macht aber aktuell nur 9 % dessen aus, was Geldfunktionen erfüllt und Geldmenge ist.
2. Den größten Anteil an der am weitesten verstandenen Geldmenge M3 haben mit mehr als 60 % die Sichteinlagen. Sie bestehen vor allem aus Guthaben auf den allen bekannten Girokonten und sind der Grund, warum die Geldmenge M1 mit rund 70 % den mit Abstand höchsten Anteil an der gesamten Geldmenge M3 hat.

Nur zum Teil Element der Geldmengendefinition ist das „Zentralbankgeld“, auch als „monetäre Basis“ bezeichnet. **Zentralbankgeld** besteht zum einen aus dem Bargeld, das auch Bestandteil der Geldmenge M1 ist. Zum anderen gehören zum Zentralbankgeld die Einlagen von Kreditinstituten (darunter Mindestreserven) sowie von Nichtbanken bei der Zentralnotenbank. Im Unterschied zur Geldmenge M3 gehen damit in die Zentralbankgeldmenge die Einlagen aus Sichtguthaben, Termineinlagen und Spareinlagen nur zu dem (geringen) Prozentsatz ein, der dem Mindestreservesoll entspricht. Oder anders ausgedrückt: Die Zentralbankgeldmenge verkörpert denjenigen Teil der Geldmenge M3, der nur durch die Zentralnotenbank, die EZB, bereitgestellt werden kann. Sie schließt denjenigen Teil der Geldmenge M3 aus, der als Giralgeld durch die Kreditinstitute geschöpft wird. Der Begriff der Zentralbankgeldmenge ist damit eine exakte Abgrenzung desjenigen Geldes, auf dessen Umfang die Zentralnotenbank direkten Zugriff hat. Gegenüber dem Teil der Geldmenge, auf den sie nur indirekt Einfluss nehmen kann.

### Exkurs

Von 1975 bis 1998 hat die Deutsche Bundesbank ihre Steuerung der Geldmenge als **Geldmengenziele** im Vorhinein festgelegt und jeweils zum Ende des Vorjahres öffentlich kommuniziert. Basis der Berechnung waren das mittelfristige Trendwachstum des realen BIP, die erwartete Inflationsrate und die erwartete Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge. Zunächst der Zentralbankgeldmenge, ab 1988 der Geldmenge M3. Wir erinnern uns an die FISHERsche Verkehrsgleichung. Beabsichtigt war, durch die Bundesbank der Wirtschaft einen Rahmen des Geldangebots vorzugeben und berechenbare Signale dafür zu setzen, welche geldpolitischen Maßnahmen von ihr zu erwarten sind. Die Formulierung des Geldmengenziels als Korridor (z. B. 3–6 %) sollte es ermöglichen, kurzfristige innere und äußere Faktoren mit einer begrenzten Flexibilität geldpolitisch zu berücksichtigen. Umstritten ist damals wie heute, ob die Geldpolitik, die am Ende ihrem Hauptziel, der Geldwertstabilität, verpflichtet ist, diesem mit einer direkten Orientierung an der Inflationsrate („Inflations-Targeting“) oder auch am monetären Zwischenziel der Geldmenge dienlich sein kann. Gegen Steuerung über Geldmengenziele wird ins Feld geführt, dass kurzfristige Schwankungen der Geldnachfrage nicht vorhersehbar und nicht planbar sind. Auch würden bindende Vorgaben der Geldmengenentwicklung die Flexibilität der Geldpolitik beeinträchtigen. Verkündete Geldmengenkorridore wurden zudem oft überschritten, und außerdem weise die Geldnachfrage im Euroraum trotz kurzfristiger Schwankungen ohnehin eine langfristige Stabilität auf. So war das Instrument des Geldmengenziels bereits vor der EZB-Ära in seiner Wirksamkeit umstritten und wurde nicht von allen Zentralnotenbanken der EU-Länder angewandt. Die Geldpolitik der EZB folgt der Strategie des Inflations-Targeting, das der Geldmenge einen hohen Stellenwert einräumt, sie aber nicht als eigenständige Steuerungsgröße vorgibt. Was nicht Forderungen nach einem wiederum geldpolitischen Strategiewechsel hin zur Geldmengensteuerung ausschließt.

#### 11.4.4 Exkurs: Bitcoin, Digitaler Euro und Abschaffung von Bargeld

Anspruch dieses Buches ist es nicht, die in Hochkonjunktur befindliche Diskussion um digitale oder Krypto-Währungen sowie die Abschaffung herkömmlichen Bargeldes weiter zu bereichern. Es sollen hier lediglich ihr Inhalt und Stand komprimiert dargestellt werden.

Wie schon eingangs dieses Abschnittes erklärt, müssen und wollen wir mindestens zwischen drei Dingen unterscheiden: Krypto-Währungen, digitales Zentralbankgeld und die Abschaffung des Bargeldes. Leider werden diese Themen oft vermischt.

**Krypto-Währungen** sind digitale Währungen privater Emittenten mit einem dezentralen, auf kryptografischen Werkzeugen beruhenden Zahlungssystem. „kryptos“ kommt aus dem Griechischen und heißt „geheim“ oder „verborgen“. Im digitalen Bereich steht der Begriff für Informationssysteme, die widerstandsfähig gegen Manipulationen sind. Ziel von Krypto-Währungen ist es, unabhängig von Kontrolle oder Aufsicht durch Banken oder Behörden bargeldlosen Zahlungsverkehr zu ermöglichen. Die bekannteste Krypto-Währung und bereits im Handel ist Bitcoin. Die Facebook-Währung Libra (neu: Diem) steht dem Vernehmen nach kurz davor. Tab. 11.5 vermittelt einen Überblick über die 2021 unter den Top Ten genannten Krypto-Währungen.

Das Geldangebot von Bitcoin ist auf 21 Mio. Bitcoin-Einheiten begrenzt. 2020 waren davon 18 Mio. in Umlauf. Per 03.02.2021 betrug der Kurs 1 Bitcoin = 30.184,00 Euro. Umtausch ist möglich und findet statt. Umfragen besagen, dass die Nutzung von Krypto-

**Tab. 11.5** Die stärksten Krypto-Währungen 2021. (Quelle: Wirtschaftswoche 2021)

Platz	Krypto-Währung		Marktkapitalisierung in Mrd. US-\$ 2021
1	Bitcoin	BTC	864,3
2	Ethereum	ETH	369,4
3	Tether	USDT	62,6
4	Binancecoin	BNB	60,1
5	Cardano	ADA	47,4
6	XPP-Ripple	XRP	38,0
7	Dogecoin	DOGE	33,9
8	USDCoin	USDC	27,9
9	Polkadot	DOT	20,5
10	Uniswap	UNI	17,3

Währungen am höchsten in weniger entwickelten und Schwellenländern ist. El Salvador kündigt im Sommer 2021 an, dass es als erstes Land Bitcoin neben dem US-Dollar als offizielle Zahlungswährung einführen will. Eine Wirtschaftsgröße wie China geht zunehmend auf Distance zum Bitcoin, was dessen Kurs zur Talfahrt bringt. Wenig berechenbar ist auch das kursbeeinflussende Engagement von Global Playern wie Tesla, Apple oder Facebook für bestehende oder selbstkreierte Krypto-Währungen. Dass Krypto-Währungen oft als „Quasi-Währung“ bezeichnet werden, weist darauf hin, dass ihre Fähigkeit, die Geldfunktionen zu erfüllen, in Zweifel gezogen werden. Gerade die im Namen geführte Manipulationssicherheit ist eher ein Risiko. Ebenso wie ihre Wertbeständigkeit oder die Verlässlichkeit der Emittenten. (Die Entstehung von Bitcoin wird der Hacker-Szene zugeschrieben.) Mehrheitlich werden Krypto-Währungen eine Rolle als mutige Anlagevariante, weniger als Geld in allen seinen erforderlichen Funktionen, zuerkannt. Krypto-Währungen werden deshalb eher als Ware oder Spekulationsobjekt verstanden. Dieses Buch schließt sich dem an und hat Krypto-Währungen nicht in die Systematik der Geldarten („Digitales Geld“ in Abb. 11.7) einbezogen. Wenngleich ihnen oft nur ein Nischenstatus vorhergesagt wird, muss man sie aus zwei Gründen ernst nehmen. *Erstens.* Gewinnen Krypto-Währungen an Bedeutung am Markt, lassen sich aus dem, was wir inzwischen über die Sensibilität der Geldpolitik und Währungssicherheit wissen, die Konsequenzen und Handlungsbedarfe der Zentralnotenbanken als „Währungshüter“ erahnen. *Zweitens.* Die (in welchem Umfang auch immer) vorhandene Nutzung und Akzeptanz weist auf Vorteile hin, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung in der ganzen Gesellschaft stehen. Zu ihnen gehören die weltweite Einsetzbarkeit, die Möglichkeit, sie von jedem Rechner aus zu nutzen, simple und kostengünstige Transaktionen sowie Anonymität.

### Kommentierung

Krypto-Währungen wie Bitcoin sind dezentrale Zahlungssysteme, die auf Basis der „Distributed Ledger – Technologie“ entwickelt wurden. Und mit den Zahlungssystemen gleichzeitig die digitalen Werteinheiten, die zur Übertragung verwendet werden. „Die **Distributed-Ledger-Technologie (DLT)** ist eine Technologie zur Aufzeichnung von Informationen über eine auf mehreren Computern verteilte, d. h. dezentrale, Datenbank. Regelmäßig beruht DLT auf der Public-Key-Kryptografie,

einem kryptografischen System, das Schlüsselpaare verwendet: zum einen öffentliche Schlüssel, die öffentlich bekannt sind und der Identifizierung dienen und zum anderen private Schlüssel, die geheim gehalten werden und zur Authentifizierung und Verschlüsselung verwendet werden.“

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2019)

Die Deutsche Bundesbank steht dezentralen Krypto-Währungen in ihren Fachbeiträgen offen und sachlich gegenüber. Sie stellt deren unberechenbare und sprunghafte Wertentwicklung sowie das Interesse an mit ihnen verbundenen technologischen Innovationen, gleichzeitig aber sich aus dezentralen Strukturen ergebende Herausforderungen und Risiken in Rechnung. In einer schematisierten Übersicht über Geldformen platziert sie „Krypto-Token“ neben die klassischen Geldformen Warengeld und Zentralbankgeld/Bargeld (physisch) und Geschäftsbankgeld (Giralgeld). Quelle: Deutsche Bundesbank (2021a). Für die Zukunft werden dabei keine unkontrollierten dezentralen Alleingänge, sondern entweder digitale Formen bestehender autorisierter Währungen mit den Vorteilen ihrer digitalen Anwendung oder eine Kombination beider Formen als Lösung gesehen.

*„Als weitere Entwicklungsstufe ist eine zunehmende Verflechtung mit dem konventionellen Finanzsystem denkbar. Daraus könnte sich ein stärkerer Wettbewerb ergeben, verbunden mit niedrigen Transaktionskosten. Gleichzeitig können Risiken für das Finanzsystem entstehen, die regulatorische Anpassungen erforderlich machen, wenngleich die Regulierung dezentraler Finanzanwendungen dabei eine besondere Herausforderung darstellt.“*

Quelle: Deutsche Bundesbank (2021b)

**Digitales Zentralbankgeld – Central Bank Digital Currency (CBDC)** Oft mit Krypto-Währungen in einen Topf geworfen, hat digitales Zentralbankgeld mit ihnen nicht viel mehr gemein, als seine digitale Natur. Es wäre potentiell in der Lage, die genannten Vorteile einer solchen digitalen Natur mit der Stabilität und Sicherheit eines zentralen Notenbanksystems zu verbinden. Digitales Zentralbankgeld lautet nicht auf eine „Quasiwährung“, sondern auf eine eingeführte Währung mit weitgehend garantierter Geldwertstabilität. Hinter einem digitalen Euro stünden die Europäische Währungsunion und die Zentralbanken des Eurosystems . Die Einführung eines digitalen Euro ist in Planung. Mit ihr wird zwischen 2025 und 2030 gerechnet. Digitales Zentralbankgeld ist Bargeld – neben Banknoten und Münzen als dritte Form. Ebenso wie diese liegt seine Emission bei der Zentralnotenbank. Ebenso wie bei diesen kann es über die Kreditinstitute gegen bestehende Bankguthaben oder Euro-Noten eingetauscht werden. Erste Pilotprojekte in Vorbereitung der Einführung digitalen Zentralbankgeldes sind aus China (e-Renbindi) und aus Schweden (e-Krona) bekannt. Die Einführung auf bestehende Währungen lautenden digitalen Zentralbankgeldes wird kommen. Sie ist normaler Ausdruck einer digitalisierten Gesellschaft und einer durch diese geprägte Generation. Inclusive ihrer Kauf- und Zahlungsgewohnheiten. Mit der neuen Bargeldform sind zunächst keine größeren Auswirkungen auf die Stabilität bestehender Währungssysteme verbunden. Gleichwohl sind in zweiter Instanz durchaus Folgewirkungen verbunden, zu denen die nachstehenden zählen. Erstens: Wird digitales Zentralbankgeld für verschiedene Währungen um Jahre zeitversetzt eingeführt, dann ist

erstens, vorausgesetzt es ist von den Nutzern erwünscht, mit einer Veränderung der Nachfrage nach den verschiedenen Währungen zu rechnen. Verbunden mit Bewegungen in den Wechselkursen und mit allen Wirkungen, die wir in Kap. 13 kennenlernen werden. Es ist die Faustregel denkbar, dass in der Übergangszeit Währungen mit bereits eingeführtem digitalem Zentralbankgeld zur Aufwertung und solche, bei denen es länger dauert, zur Abwertung tendieren. In diesem Zusammenhang gibt es für den Fall eines erfolgreichen Pilotprojekts in China bereits heute Stimmen, die auf den Druck auf die US-Notenbank Fed hinweisen, mit Blick auf Welthandel und globale wirtschaftliche Kräfteverhältnisse nachzuziehen. Ähnliches gilt zweifellos für den Euro. Zweitens entscheiden, die These sei erlaubt, Umfang und Erfolg der Einführung digitalen Zentralbankgeldes als der „besseren Variante“ unter sonst gleichen Umständen über die Perspektive der Krypto-Währungen. Darüber, ob diese ein zeitweiliges Nischendasein führen oder in eine sich dauerhaft auftuende und unbesetzte Marktlücke stoßen. Ökonomen weisen gleichzeitig darauf hin, dass eine solche Erweiterung konventioneller Währungen um die Komponente digitalen Zentralbankgeldes die Marktkräfte in ihrer Wirkung schwächt.

*„Was viele Kritiker bisher übersehen: Der digitale Euro stärkt auch die Macht der staatlichen Zentralbank – und senkt somit den disziplinierenden Einfluss des Marktes auf Staaten, Unternehmen und Banken.“ Für die Banken fiele „eine wichtige Finanzierungsquelle weg, sobald die Bürger ihre Bankguthaben in digitale Euro umtauschen, also Geld von ihren Konten bei den Geschäftsbanken (Giralgeldschöpfung, Kredite, Investitionen, Wirtschaftswachstum, A.F.) auf ihre Konten bei der EZB überweisen.“*

Quelle: Krämer (2021)

**Bargeldabschaffung** Lassen wir zunächst das digitale Geld außer Acht. Dann reduziert sich das übliche Abwagen von Pro und Contra auf den Vergleich von Bargeld, verstanden als Banknoten und Münzen, mit dem Giralgeld, verbunden mit Kartenzahlung oder Online-Banking zu Lasten des eigenen Kontos. Zu den klassischen Argumenten zählen

für Bargeld:

- Bezahlung einfach, sofort und ohne technische Voraussetzungen (wie Internet)
- Geringe Umstände vor allem bei kleinen Ausgaben (Eis, Brötchen, Trinkgeld)
- Bezahlung ohne Transaktionskosten (z. B. bei Online Banking)
- Ausgabeverhalten, direkter Bezug zum Geld, geringeres Überziehungsrisiko

gegen Bargeld:

- Unsicherheitsfaktor: Verlieren, Diebstahl
- Bargeld erleichtert Kriminalität, zum Beispiel Geldwäsche
- Aufwand für Abheben (Bankautomat) und Transport (Brieftasche, Portemonnaie)
- geringere Kaufflexibilität, weil erforderliche Beträge immer vorhanden sein müssen
- Hygieneaspekt – Beispiel Corona-Pandemie

Es liegt der Schluss nahe, dass die Argumente beide Lager ihre Berechtigung haben und dass es offenbar vom konkreten Fall abhängt, ob die einen oder anderen überwiegen. Was wiederum die dominierende Meinung stärkt, Bargeld soll und wird, in welchem Grad an Bedeutung auch immer, erhalten bleiben. Zumindest für eine nähere, überschaubare Zukunft. Ein Plädoyer für diese Position ist das 3. Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank 2016. Auch zu verstehen als deutliches Signal der Geldpolitik an andere politische Akteure. Neben funktionalen Argumenten für Bargeld spielte in vielen Beiträgen vor allem der nicht zu unterschätzende Aspekt des Vertrauens in die Währung eine Rolle. So in der Eröffnungsrede des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Jens Weidemann.

*„Bargeld „ist sozusagen die Visitenkarte aller europäischen Institutionen, die jeder Bürger regelmäßig in die Hand nimmt. Auch deshalb ist Bargeld für uns von so großer Bedeutung.“ „Nur die Euro-Banknoten geben als einziges unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel den Bürgern die absolute Sicherheit, jederzeit frei und unabhängig über ihr Geld verfügen zu können. „Nur Bares ist Wahres“ sagt der Volksmund.“*

Quelle: Weidemann (2021)

Bisher haben wir bei der Abwägung von pro und contra nur Bargeld im engeren Sinne als Banknoten und Münzen mit (auch elektronischen) Girogeld-Transaktionen verglichen. Die zitierte Position der Deutschen Bundesbank, die sich nicht grundsätzlich von der EZB unterscheiden dürfte, legt den Schluss nahe, dass sie auch bei Einführung eines digitalen Euros nicht umschwenken würde. Gleichwohl erscheint es angebracht zu prüfen, was sich in einem solchen Falle an der Rolle von Banknoten und Münzen ändern würde.

1. Digitales Zentralbankgeld ist kein Girogeld, sondern wird von uns hier als eine dritte Form des Bargeldes verstanden. Bei als gleich betrachteter Geldmenge insgesamt, ist die Nutzung jedes digitalen Euros mehr eine Euro-Münze weniger. Die Akzeptanz digitalen Zentralbankgeldes hat also auch eine quantitative Konsequenz für den Gebrauch von Noten und Münzen.
2. Die in vielem noch unklare konkrete Ausstattung des digitalen Euro wird darüber entscheiden, wie viele der oben genannten Pro-Bargeld-Argumente er neu auf sich vereinen kann und welche er schuldig bleiben muss. Und vor allem, ob er das beschworene Vertrauen in der Lage ist, auf sich herüber zu ziehen. Ein ausstehender Wettbewerb zwischen Bargeldformen, der noch nicht entschieden ist.
3. Da digitales Zentralbankgeld auch Bargeld ist, wird die Frage nach der Abschaffung des Bargeldes hinfällig und allein zur Frage nach der Konkurrenz der Bargeldformen untereinander.

#### **11.4.5 Geldpolitik im Konjunkturverlauf**

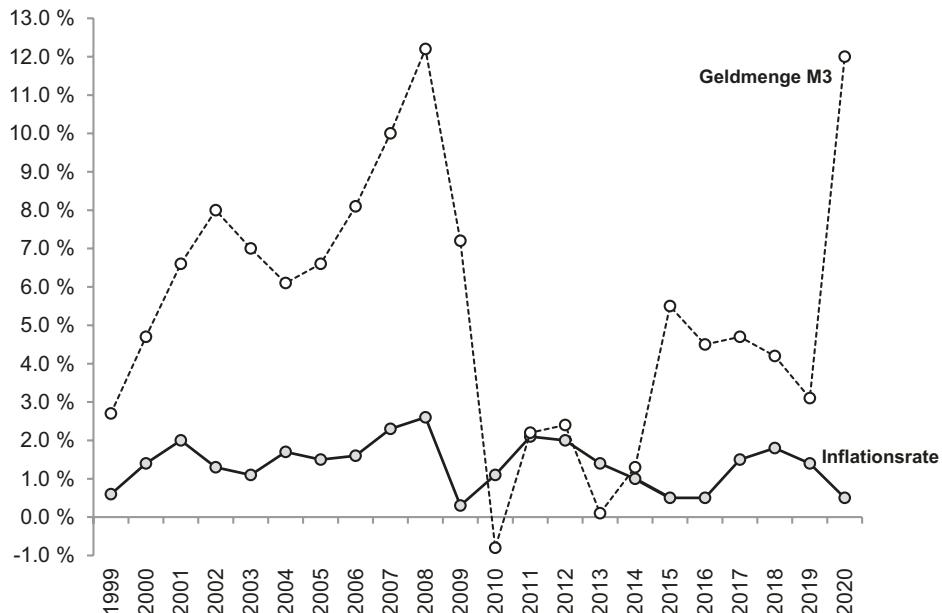
Eine der Ausgangsfragen dieses Kapitels war, wie die Geldpolitik mit der Steuerung der Geldmenge Einfluss auf den Konjunkturverlauf in der Gesamtheit seiner Indikatoren neh-

men kann. In Vorbereitung einer Antwort wollen wir zunächst bisherige Aussagen, die dafür geeignet erscheinen, zusammenfassen.

**Erstens** wird als wichtigste Aufgabe der Zentralnotenbank die Sicherung der Preisniveaustabilität und damit der Geldwertstabilität anerkannt. Damit sind die Geldwertstabilität unter den gesamtwirtschaftlichen Zielen und das Preisniveau unter den Konjunkturindikatoren von hervorgehobener Bedeutung.

**Zweitens** spielt bei der Sicherung von Preisniveaustabilität die Steuerung der Geldmenge (unabhängig von ihrer Zielvorgabe) eine Schlüsselrolle. Abb. 11.8 zeigt die langfristigen Entwicklungskurven von Geldmenge M3 und Inflationsrate im Eurogebiet. Hier wird eine Verbindung zwischen beiden Größen deutlich sichtbar. Würden wir die Steigerungsrate der Geldmenge M3 um das jährliche Potentialwachstum des realen BIP bereinigen, wiesen beide Kurven nicht nur einen vergleichbaren Verlauf, sondern auch ein etwa gleiches prozentuales Niveau auf. Eine Besonderheit stellt das Corona-Jahr 2020 mit hoher Staatsverschuldung und einem entsprechenden Geldmengensprung dar.

**Drittens** sind, das haben wir bereits festgestellt, die Möglichkeiten der Zentralnotenbank, die Geldmenge durch bloße Beschränkung oder Erweiterung der Bargeldbereitstellung zu beeinflussen, nur gering. Die wirksamste Steuerung der Geldmenge ist indirekter Natur. Sie besteht neben Instrumenten wie Mindestreservepolitik und Offenmarktpolitik (vgl. Abschn. 11.5) vor allem in der Bestimmung der Zinsen, zu denen die Bundesbank Kreditinstituten Geld bereitstellt – der Leitzinsen. Veränderungen bei die-



**Abb. 11.8** Entwicklung von Geldmenge M3 und Inflationsrate im Euro-Gebiet. (Quelle: Statista 2021b, c und eigene Berechnung)

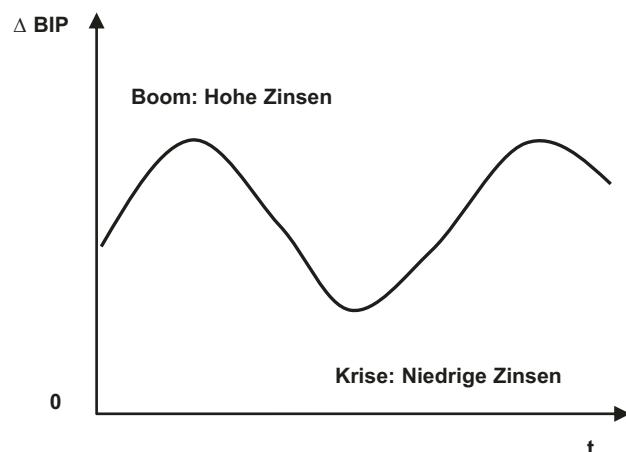
sen Zinsen werden durch die Kreditinstitute in der Tendenz nach oben oder unten an die Kreditnehmer (Haushalte und Unternehmen, aber auch Staat) weitergegeben und beeinflussen so das Zinsniveau der gesamten Wirtschaft. Hohe Zinsen verringern die Kreditnachfrage. Niedrige Zinsen fördern sie. So ist das Fazit: Mit ihrer Zinspolitik steuert die Zentralnotenbank die Geldmenge.

Die Entwicklung des Produktionspotentials ist für die Geldpolitik immer nur Orientierungsgröße, keine dogmatische Vorgabe. Steigt im Boom die Nachfrage nach Gütern und nach Möglichkeiten für deren Produktion, so herrscht eine Tendenz zur Preisniveauerhöhung, zur Inflation. Die Zentralnotenbank muss dieser Tendenz entgegenwirken, indem sie die nachfragewirksame Geldmenge beschränkt. Sie erhöht zu diesem Zweck die Zinsen. Befindet sich die Wirtschaft auf dem Weg nach unten, in der Rezession, ist ein Teil bestehender Produktionskapazitäten durch Rückgang der Nachfrage nicht ausgelastet. Das Preisniveau sinkt in der Regel nicht, aber es stagniert. Die Zentralnotenbank kann in diesem Falle geringer Inflationsgefahr die Zinsen senken und damit den Geldmantel für die wirtschaftliche Erholung weiter schneidern. Abb. 11.9 zeigt diese sehr vereinfachte Faustregel der Geldpolitik im Konjunkturverlauf.

Auch, wenn die Zinspolitik der Zentralnotenbank vorrangig auf die Geldwertstabilität gerichtet ist, kann sie doch im Gefolge auch die anderen Gleichgewichtsindikatoren im Konjunkturverlauf positiv beeinflussen. Werden in der Krise die Zinsen gesenkt und damit Kredite verbilligt, fördert das Investition, Wachstum und Beschäftigung.

Wir erinnern uns an die Forderung des Stabilitätsgesetzes an alle Wirtschaftsakteure, sich stabilitätskonform zu verhalten. Dort, wo dabei andere Ressorts wie zum Beispiel Haushaltspolitik, Tarifpolitik oder auch Außenwirtschaftspolitik gefordert sind, stößt die Geldpolitik an die Grenzen ihres Einflussbereichs. Das bestätigt die bereits in Kap. 10 gewonnene Erkenntnis, dass Konjunkturpolitik durch die Geldpolitik der Zentralnotenbank in hohem Maße beeinflusst werden, aber nur im Konzert aller ihrer Träger erfolgreich sein kann.

**Abb. 11.9** Geldpolitik im Konjunkturverlauf



## 11.5 Instrumente der Geldpolitik

Wir haben die Geldpolitik als das politische Ressort kennengelernt, das für die Stabilität der Währung verantwortlich ist. Wir haben die dafür gewählten Strategien und die Prinzipien der Geldmengensteuerung im Konjunkturverlauf beschrieben und gesehen, wie damit neben der Geldwertstabilität auch zur Erreichung anderer gesamtwirtschaftlicher Ziele beigetragen werden kann. Den Abschluss dieses Kapitels soll nun das Handwerkliche bilden – die Instrumente. Wie gelingt es der Zentralnotenbank mit ihrer Geldpolitik, im komplexen Geflecht volkswirtschaftlicher Abläufe das zu erreichen, was sie vorhat. Und zwar im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung – nicht durch Zwang, sondern durch die Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen für die letztlich freien Entscheidungen der Akteure.

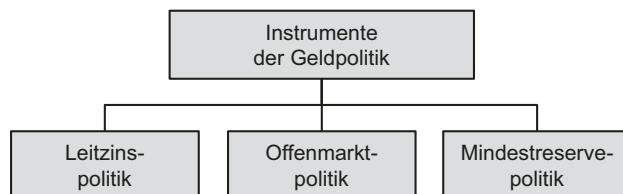
Die Instrumente der Geldpolitik sind in ihrem Grundansatz vergleichbar zwischen den Zentralnotenbanken und relativ stabil in der Zeit. In ihrer konkreten Ausprägung und Gestaltung unterscheiden sie sich aber und sind veränderlich. Das betrifft auch den Vergleich zwischen den Instrumenten der Deutschen Bundesbank bis 1999 und denen der EZB heute. Der in Abb. 11.10 gezeigten Grundstruktur geldpolitischer Instrumente kann in dieser Form ein gewisser Bestandwert zugebilligt werden.

Alle drei Instrumente sind letztlich auf die Geldwertstabilität durch Geldmengensteuerung gerichtet, die die Berücksichtigung konjunktureller Schwankungen einschließt. Ansatzpunkte sind dabei der direkte Einfluss auf die Ausstattung der Kreditinstitute mit Liquidität (Offenmarktpolitik, Mindestreservenpolitik) oder der indirekte über die Vorgabe von Zentralbankzinsen (Leitzinspolitik).

Da wir im Folgenden über den Allgemeinheitsgrad von Abb. 11.10 hinausgehen wollen, entscheiden wir uns für die Erklärung der geldpolitischen Instrumente am Beispiel der ESZB. In geeigneten Fällen werfen wir einen vergleichenden Blick zu den früheren Instrumenten der Deutschen Bundesbank. Im Euro-System ist die EZB zuständig für die Festlegung der Leitzinsen.

### 11.5.1 Leitzinspolitik

Leitzinsen sind die von der Zentralnotenbank (EZB) festgelegten Zinssätze, zu denen sich Kreditinstitute (Gesellschaftsbanken) bei ihr Geld beschaffen oder es bei ihr anlegen können.



**Abb. 11.10** Instrumente der Geldpolitik

Über welchen Mechanismus kann die EZB mit der Festlegung ihrer Leitzinsen die Inflationsrate beeinflussen, damit ihr Hauptziel, die Geldwertstabilität sichern und andere Konjunkturindikatoren steuern? Die EZB kann *erstens* die Leitzinsen anheben. Kredite für Geschäftsbanken – und durch sie weitergegeben an die Wirtschaft – werden teurer. Die Aufnahmen von Krediten für Investitionen gehen zurück. Eine solche „restriktive Geldpolitik“ ist geeignet für wirtschaftliche Wachstumsphasen, in denen das Investitionsvolumen ohnehin hoch genug ist und steigende Nachfrage tendenziell zu Preisniveauerhöhung (Inflation) führt. Die EZB kann *zweitens* die Leitzinsen senken. Kredite für Investitionen verbilligen sich, die Nachfrage nach ihnen steigt. Wachstum und Beschäftigung werden gefördert. Eine solche „expansive Geldpolitik“ hilft in Rezession und Krise, die Wirtschaft anzukurbeln, Inflationsrisiken sind aufgrund rückläufiger Nachfrage gering.

Die gesamtwirtschaftliche Wirkung der Leitzinspolitik ist in Tab. 11.6 zusammengefasst.

Die EZB unterscheidet in ihrer Geldpolitik drei verschiedene Leitzinsen:

- das Hauptrefinanzierungsgeschäft
- die Spaltenrefinanzierungsfazilität
- die Einlagefazilität.

**Hauptrefinanzierungsgeschäft** *main refinancing operations*. Der Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft ist die wichtigste zinspolitische Steuerungsgröße der EZB. Zu ihm stellt die EZB den Kreditinstituten Zentralbankgeld ab einer Woche Laufzeit zur Verfügung.

**Spaltenrefinanzierungsfazilität** Über diesen Zinssatz können sich Kreditinstitute kurzfristig („über Nacht“) benötigte Liquidität von der ESZB beschaffen. Eine Geschäftsbank wird am Geldmarkt kurzfristig Kredite (Tagesgeld) nicht teurer nachfragen, als sie es bei der EZB haben kann. Damit wird als Steuergröße eine Zinsobergrenze für kurzfristige Geldmarktkredite gesetzt.

**Tab. 11.6** Leitzinspolitik

Erhöhung der Leitzinsen	Senkung der Leitzinsen
Rückgang der Kreditnachfrage der Geschäftsbanken bei der EZB	Erhöhung der Kreditnachfrage der Geschäftsbanken bei der EZB
Geringere Bankenliquidität	Höhere Bankenliquidität
Erhöhung der Kreditzinsen durch Banken	Senkung der Kreditzinsen durch Banken
Dämpfung der Investitionen	Belebung der Investitionen
Begrenzung Wachstum/ Beschäftigung	Förderung Wachstum/ Beschäftigung
Tendenz der Nachfrageerhöhung	Tendenz der Nachfragedrosselung
Geringerer Inflationstrend	Größerer Inflationstrend

**Einlagenfazilität** Zu diesem Zinssatz können Kreditinstitute überschüssige Zentralbankguthaben kurzfristig bei der EZB einlegen. Da sich eine Geschäftsbank beim Verleihen von Geld nicht mit niedrigeren Zinsen als für ihre Einlagen bei der EZB begnügen wird, besteht hierin die Steuergröße für die Zinsuntergrenze für kurzfristige Geldmarktkredite.

Mit den beiden Fazilitäten definiert die EZB somit den Korridor für Tagesgeld.

### Exkurs

Zu den Instrumenten der Leitzinspolitik der Deutschen Bundesbank gehörten bis 1999 die Diskontpolitik und die Lombardpolitik. Bei **Diskontgeschäften** (am Geldmarkt allgemein üblich) werden Wechsel (Schuldscheine mit Anspruch gegenüber dem Aussteller) vor deren Fälligkeit verkauft. Dabei wird dem Käufer eine Summe des noch nicht fälligen Betrages als „Diskont“, gewissermaßen als Zins, abgezogen. Mit dem Aufkauf solcher Wechsel zu unter den Marktsätzen liegenden „Rediskontsätzen“ beeinflusste die Deutsche Bundesbank Geldmarktzinsen, Geldmenge und Preisniveau. **Lombardgeschäfte** sind die Gewährung von Krediten, die durch das Versetzen eines Pfandes gesichert sind. Lombardkredite der Bundesbank an Geschäftsbanken erfolgten zum festgelegten Lombardsatz gegen Verpfändung von in einem Lombardverzeichnis definierten Wertpapieren. Lombardkredite der Bundesbank wurden kurzfristig gewährt und waren kein Mittel zur Dauerfinanzierung. Diskontgeschäfte sind kein geldpolitisches Instrument der ESZB. Lombardgeschäfte tragen ergänzenden Charakter – zu ihnen ist die EZB nach ihrer Satzung befugt.

Während sich die geldpolitischen Instrumente der Deutschen Bundesbank ausschließlich auf die Zinssteuerung über Kreditvergabe an die Geschäftsbanken konzentrierte, hat die EZB mit der Einlagefazilität auch ein Instrument der Kreditnahme in ihrem Portfolio. Damit wird, genaugenommen, nicht nur Einfluss auf den Refinanzierungsrahmen, sondern auch auf den Finanzierungsrahmen für die Kreditinstitute genommen. Offensichtlich ist das der Grund dafür, dass sich die „Refinanzierungspolitik“ als geldpolitisches Instrument der Zentralnotenbank aus dem Sprachgebrauch zurückgezogen hat. Mit unserem hier gewählten Begriff „Leitzinspolitik“ tragen wir dem Rechnung.

Tab. 11.7 zeigt die Entwicklung der Höhe der Leitzinsen der EZB anhand ihres wichtigsten Steuerungsinstruments, des Hauptrefinanzierungssatzes. Aus dessen tendenziellem Rückgang seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 und dem Erreichen des Null-

**Tab. 11.7** Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft. (Quelle: Statista 2021d, Wiedergabe ausgewählter Zeitdaten)

Datum	Zinssatz der EZB für das Hauptrefinanzierungsgeschäft
01.01.1999	3,00 %
06.10.2000	4,75 %
06.06.2003	2,00 %
09.07.2008	4,25 %
13.05.2009	1,00 %
09.12.2014	0,05 %
16.03.2016 (und seitdem)	0,00 %

wertes seit 2016 werden die bekannte aktuelle Niedrigzinspolitik der Gegenwart sichtbar und die Diskussion um „Negativzinsen“ bei Geschäftsbanken verständlich. Die damit be zweckte Stärkung der Wirtschaft wird nach der Corona-Krise eher noch bedeutsamer.

### 11.5.2 Offenmarktpolitik

Im Unterschied zur Leitzinspolitik ist die Offenmarktpolitik ein geldpolitisches Instrument, das die EZB in seinen wesentlichen Zügen aus dem „Werkzeugkasten“ der Deutschen Bundesbank übernommen hat. Offenmarktpolitik besteht darin, dass die Zentralnotenbank auf den Geld- und Kapitalmärkten Wertpapiere auf eigene Rechnung kauft oder verkauft. Kauft sie mehr, als sie verkauft (Nettokäufe), so gelangt Zentralbankgeld in Umlauf. Die Geldmenge erhöht sich. Verkauft sie mehr, als sie kauft (Nettoverkäufe), so wird Geld vom Markt abgezogen. Die Geldmenge verringert sich. Im Unterschied zu der auf vergleichbare Ziele ausgerichteten Leitzinspolitik (und zur Mindestreservenpolitik) gilt die Offenmarktpolitik als sehr filigranes und geräuschloses Instrument der Geldpolitik. Man bezeichnet sie deshalb als **Feinsteuierung**. Wer den Vergleich möchte: Das Sandpapier unter den Feilen der Geldpolitik.

Geschäfte am „offenen Markt“ abzuwickeln, heißt für die EZB, dass sie Wertpapiere nicht direkt von ihrem Emittenten (Schuldner) entgegennimmt. Das betrifft auch und vor allem Schuldentitel des Staates – in Deutschland zum Beispiel Bundesanleihen oder Bundesschatzbriefe. Weiterhin heißt „offener Markt“ im wörtlichen Sinne, dass zu diesem Markt jedermann Zutritt hat. Wie wir noch sehen, gilt das für Märkte, auf denen die EZB Offenmarktpolitik betreibt, nur zum Teil. Die Erklärung liegt in den geschichtlichen Wurzeln des Begriffes „Offenmarktpolitik“ – in England und den USA nach dem 1. Weltkrieg. Dort gab es den offenen Markt für Staatsanleihen, auf dem die jeweiligen Nationalbanken (Zentralnotenbanken) im Rahmen ihrer „open market policy“ mit jedermann handelten.

Die EZB betreibt Offenmarktgeschäfte am **Geldmarkt** und am **Kapitalmarkt**. Maßstab der Unterscheidung zwischen beiden ist die Befristung der gehandelten Wertpapiere.

#### Exkurs

Geldmarkt und Kapitalmarkt gehören (zusammen mit dem Devisenmarkt) zu den Finanzmärkten. Während auf dem Geldmarkt kurzfristige Wertpapiere gehandelt werden, sind Gegenstand des Kredit- und Kapitalmarktes längerfristige Wertpapiere. Die Trennung liegt bei Laufzeiten von etwa 1 Jahr, wobei es da keine exakte Abgrenzung gibt. Der **Geldmarkt** ist nicht „offen“. Er ist im Wesentlichen den Zentralnotenbanken und den Geschäftsbanken vorbehalten, die mit ihrem „Interbankenhandel“ horizontalen Liquiditätsausgleich betreiben. Je nach Fristigkeit der gehandelten Gelder unterscheidet man Tagesgeld, Monatsgeld, Dreimonatsgeld und länger befristete Gelder bis zu einem Jahr. Ein zweiter Bestandteil des Geldmarktes ist der Handel mit Geldmarktpapieren – darunter Schatzwechsel oder unverzinsliche Schatzanweisungen sowie der Abschluss von Wertpapierpensionsgeschäften. Der Wertpapierhandel am **Kapitalmarkt** ist tatsächlich offen. Er findet an der Wertpapierbörsen statt. Dort werden sowohl Aktien als auch festverzinsliche Wertpapiere (Rentenwerte) gehandelt. Den höchsten Anteil am Rentenmarkt haben Kommunalobligationen und Staatsanleihen. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf den kritischen Exkurs unter Abschn. 11.3 zur Finanzierung der Staatsverschuldung in Krisenzeiten durch die Zentralbank.

Der Schwerpunkt der Offenmarktpolitik der EZB liegt am Geldmarkt und hier vor allem bei den Wertpapierpensionsgeschäften. Wertpapierpensionsgeschäfte wurden 1979 durch die Deutsche Bundesbank entwickelt und gehören zu denen durch die EZB übernommenen geldpolitischen Instrumenten. Bei einem **Wertpapierpensionsgeschäft** kauft die EZB festverzinsliche Wertpapiere von den Kreditinstituten unter der Bedingung auf, dass sie diese zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder zurückkaufen. Die Wertpapiere werden durch die EZB vorübergehend (1–2 Monate) in „Pension“ genommen. Damit können dem Bankensystem sehr filigran Geldmittel (Liquidität) entzogen oder zugeführt werden. Wertpapierpensionsgeschäfte werden durch die EZB den Kreditinstituten in einem Ausschreibungsverfahren, einem **Tenderverfahren** als Mengentender oder Zinstender angeboten. Beim Zinstender entscheiden die Kreditinstitute (und damit der Markt), zu welchem Zinssatz sie an Wertpapierpensionsgeschäften teilzunehmen bereit sind. Mit einem Mindestzinssatz errechnet die EZB aus der ausgeschriebenen Menge und den Zinsangeboten die Zinsuntergrenze, bis zu der sie die Angebote der Kreditinstitute annimmt. Eine indirekte Steuerung des Zinssatzes. Beim Mengentenderverfahren gibt die EZB den Zinssatz selbst vor. Die Kreditinstitute ihrerseits entscheiden, welches Refinanzierungsvolumen sie unter diesen Bedingungen in Anspruch nehmen wollen. Das Mengentenderverfahren eignet sich damit in unmittelbarer Weise zur Steuerung des Zinsniveaus und der Geldwertstabilität.

Wertpapierpensionsgeschäfte tragen bei der EZB den Namen der uns bekannten Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Wodurch eine wichtige Schnittmenge zwischen den Instrumenten der Leitzinspolitik und der Offenmarktpolitik – so, wie wir sie definiert haben – deutlich wird. Mitunter wird diese Schnittmenge begrifflich dadurch vermieden, dass man als Instrumente der Geldpolitik der Mindestreservepolitik und der Offenmarktpolitik (inclusive Hauptrefinanzierungsgeschäfte) nicht die Leitzinspolitik, sondern lediglich die Fazilitäten gegenüberstellt.

### 11.5.3 Mindestreservepolitik

Mindestreservepolitik als Instrument der Geldpolitik ist ein Steuerungsinstrument zur Geldwertsicherung. Es setzt aber auf einer anderen, grundlegenden, die Einlagesicherheit betreffenden Funktion der Mindestreserven auf.

Ein Albtraum jedes Bankdirektors muss folgender sein. Er schließt morgens die Tür zu seiner Bank auf, alle Kunden stehen davor und wollen ihr sämtliches Geld abheben. Heutzutage relativiert sich das Bild, weil das nicht am Schalter, sondern über die Vielzahl an Bankautomaten geschehen würde. Es wäre aber dasselbe. In normalen Zeiten ist das eine Fiktion, der durch das Geschäftsverhalten der Kreditinstitute entgegengewirkt werden soll und kann.

#### Exkurs

Eine überlieferte Erfahrung, wie Banken ihre Liquidität bewahren, ist die „**Goldene Bankenregel**“. Nach ihr sollen Ausleihungen (Kredite) in Höhe und Befristungen den Einlagen entsprechen. Kurzfristige Einlagen sollen nur kurzfristig verliehen, langfristige Einlagen für langfristige Kredite genutzt werden. Hält sich eine Bank daran, sprechen wir von Finanzkongruenz, tut sie es nicht, von Fristentransformation. Letzteres ist aus Rentabilitätsgründen nicht unüblich, birgt aber Risiken.

Wie real Liquiditätsprobleme von Banken im Sinne unseres oben beschriebenen Albtraums sein können, zeigen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 in Griechenland, die sich dort auch in einer Bankenkrise zeigte. Angesichts drohenden „Grexit“ und Staatsbankrotts, versuchten die Bankkunden an ihr Geld zu kommen. Banken und Geldautomaten blieben geschlossen. Zeitungen kommentierten den Bank-Run 2015 mit Titeln wie „Griechen heben Milliarden von Konten ab“, „Bankensturm des Volkes“ oder „Griechen horten Milliarden unter Matratze“. Wir hatten an anderer Stelle darauf verwiesen, wie wichtig für ein stabiles Geldsystem der subjektive Faktor „Vertrauen“ in die Währung ist.

Mit Blick auf solche Krisensituationen wurde das Instrument der Mindestreserven geschaffen. Seine ursprüngliche und originäre Aufgabe ist es (neben dem Effekt der „Goldenen Bankenregel“) für Liquiditätsengpässe von Kreditinstituten in Krisenzeiten Pflicht – Rücklagen bei der Zentralnotenbank zu bilden. Solche Rücklagen sind gesetzlich vorgeschrieben – in den USA erstmals 1913 durch die Federal Reserve Act. In Deutschland wurden Mindestreserven 1948 durch die Bank deutscher Länder erhoben. Das Recht zur Verordnung von Mindestreserven steht der EZB gemäß Artikel 19 ihrer Satzung zu.

Somit sind die Banken im Eurosysteem verpflichtet, eine bestimmte anteilige Summe ihres Einlagevolumens als **Mindestreserve** zinslos auf Konto bei der EZB und/oder ihrer nationalen Zentralnotenbank (in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank) zu halten. Aktuelle Praxis im Euro-System sind Konten bei den nationalen Zentralnotenbanken. Der zu deponierende Anteil auf das Einlagevolumen heißt Mindestreservesatz. Das sich damit real zurückzuhaltende Geldvolumen (Mindestreservesoll) in Summe aller Geschäftsbanken im Eurogebiet beträgt aktuell rund 100 Milliarden Euro. Da eine Bank dieses Soll nicht täglich punktgenau erreichen kann, wird davon die Ist-Reserve unterschieden.

Die Mindestreservesätze sind tendenziell rückläufig. Anfang der 1990er-Jahre wurden sie durch die Deutsche Bundesbank noch in Höhe zwischen 6 und 12 Prozent auf die Gesamteinlagen festgelegt. Im Euro-System ist ihre Höhe auf maximal 10 % begrenzt, 2021 beträgt der Satz mittlerweile nur noch 1 %. International streuen die Mindestreservesätze breit. Ende 2020 betrugen sie bei der Chinesischen Volksbank 13,5 %, beim Federal Reserve System der USA 0,0 %, bei der Schweizerischen Nationalbank 2,5 % und bei der Bank of Japan 0,8 %.

Nachdem wir nun ausführlich darüber Bescheid wissen, was Mindestreserven sind und worin ihre originäre Funktion bei der Liquiditätssicherung von Kreditinstituten besteht, wollen wir nun zum eigentlichen Gegenstand dieses Abschnitts zurückkommen: der Geldpolitik. Wie können die Mindestreserven von Kreditinstituten bei ihrer Zentralnotenbank durch diese zur Steuerung der Geldmenge mit dem Ziel der Geldwertstabilität eingesetzt werden?

Die EZB kann über die Mindestreservepolitik direkt und nicht über den Umweg der Zinsen auf die Geldmenge einwirken. Erhöht sie den Mindestreservesatz, wird dem Markt Liquidität entzogen, dem Geldmarkt fehlt Geldmenge, die Zinsen steigen. Erhöhung des Mindestreservesatzes ist geldpolitisch restriktiv, verringert die Nachfrage und wirkt dämpfend auf das Preisniveau. Wie hohe Zinsen sind sie für Zeiten einer Wirtschaft im Aufwind geeignet. Senkt die EZB den Mindestreservesatz verläuft das gesamte beschriebene Sze-

narium in umgekehrte Richtung. Durch „Freiwerden“ bisheriger Reserven erhöhen sich Geldmenge und Nachfrage. Die Wirtschaft wird angekurbelt, die Gefahr von Inflation ist dennoch gering. Niedrige Mindestreservesätze und niedrige Leitzinsen haben deshalb auf den Konjunkturverlauf eine vergleichbare Wirkung. Deshalb ist nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 eine inzwischen zehnjährige Phase niedriger Leitzinsen und Mindestreservesätze gleichermaßen kein Wunder.

Die Mindestreservepolitik ist dazu geeignet, die Versorgung der Kreditinstitute mit Zentralbankgeld auf längere Sicht zu beeinflussen. Sie wird daher auch, wie die Leitzinspolitik und im Unterschied zur Offenmarktpolitik, der **Grobsteuerung** zugeordnet. Während die Leitzinspolitik jedoch vorrangig Geldmenge und Geldwertstabilität indirekt über die Kreditkosten (Zinshöhe) beeinflussen, kann das die Mindestreservepolitik direkt, unmittelbar und mit „Ansage“.

Aus der Höhe der Mindestreservesätze geht auch ein zinspolitischer Nebeneffekt hervor. Da bei der Zentralnotenbank zu haltende Mindestreserven nicht verzinst werden, reduziert sich die Liquidität der Kreditinstitute bei hohen Mindestreserven zusätzlich durch entgangene Zinseinnahmen. Es ergibt sich daraus die Tendenz einer Zinserhöhung für die verbleibenden Guthaben, um diesen Verlust auszugleichen. Hohe Mindestreserven wirken daher in der Volkswirtschaft tendenziell zinserhöhend, niedrige zinssenkend.

Der Umstand, dass die Mindestreservesätze der EZB sehr niedrig sind und sich seit Jahren nicht verändert haben, lässt darauf schließen, dass ihre konjunkturpolitische Wirksamkeit nicht überbewertet wird. Damit wird ein internationaler Trend sichtbar, der bis zur Forderung reicht, die Mindestreserven völlig abzuschaffen. In Kanada, Australien, Großbritannien oder Schweden fordern die Zentralnotenbanken derzeit offiziell keine Mindestreserven, in den USA liegt der Satz, wie wir gesehen haben bei 0 %.

#### I. Themenprägende Begriffe

- Geldfunktionen
- Zweistufiges Bankensystem
- Zentralnotenbank
- Kreditinstitute
- Geldpolitik
- Deutsche Bundesbank
- Europäische Zentralbank
- Europäisches System der Zentralbanken
- Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
- Euro
- Bargeld
- Girogeld
- Geldmenge
- Geldpolitische Instrumente

## II. Fragen zur Überprüfung

- Was sind die Hauptlehrnen aus der Geschichte des deutschen Notenbankwesens?
- Was ist das Hauptziel der Geldpolitik?
- Welche Funktionen muss eine Zentralnotenbank erfüllen?
- Welche Schritte führten von der D-Mark zum Euro als Gemeinschaftswährung?
- Wie arbeiten Deutsche Bundesbank und Europäische Zentralbank im Europäischen System der Zentralbanken zusammen?
- Mit welchen Schritten lässt sich die Giralgeldschöpfung beschreiben?
- Woraus besteht die Geldmenge, und welche Bedeutung hat sie für den Geldwert?
- Welche Argumente werden in der Diskussion für und gegen Bargeld verwandt?
- Wie beeinflusst die Geldpolitik Zinsen und Geldmenge im Konjunkturverlauf?
- Über welche geldpolitischen Instrumente verfügt die EZB und wie funktionieren sie?

---

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Bundesministerium der Finanzen (2019) *20 Jahre Euro: Eine erfolgreiche Währung* <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/2019-12-08-zwanzig-jahre-euro.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Bundesministerium der Finanzen (2019) *Krypto-Token und die Distributed-Ledger-Technologie – ein finanzmarktbezogener Überblick*, Monatsbericht des BMF Juni 2019, S. 9
- Bundesrepublik Deutschland (1957) Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26.07.1954, § 3 „Aufgabe“, Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 33 vom 30.07.1957, Seite 745. Der zitierte Text hat sich bis zur Neufassung vom 22.10.1992, Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 49, S. 1782 ff. nicht geändert.
- Deutsche Bundesbank (2020) *Zahlen und Fakten rund ums Bargeld*; S. 7
- Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 01/1998 *Änderung des Gesetzes über die deutsche Bundesbank für die Stufe 3 der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*, S. 25–31, Quelle: S. 28
- Deutsche Bundesbank (2016) *3. Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank*, 13.06.2016, S. 11, 13
- Deutsche Bundesbank (2017) *Die Deutsche Bundesbank. Notenbank für Deutschland*, S. 220
- Deutsche Bundesbank (2021a) *Krypto-Token und dezentrale Finanzanwendung*, in: Monatsbericht Juli/2021, S. 48
- Deutsche Bundesbank (2021b) *Digitales Geld: Optionen für den Zahlungsverkehr*, in: Monatsbericht April/2021, S. 69
- Deutsches Münzmagazin, 3/2021, S. 49 ff.
- EU-Info Deutschland (2017) *Das Verfahren der Festlegung der Umrechnungskurse*, [www.eu-info.de/euro-waehrungsunion/5007/5222/5171](http://www.eu-info.de/euro-waehrungsunion/5007/5222/5171) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Europäische Zentralbank – Eurosystem (2011) *Die Geldpolitik der EZB*, Frankfurt am Main: Eigenverlag, S. 61
- Europäische Zentralbank – Eurosystem (2021a) *Geldmengenentwicklung im Euro-Währungsgebiet: Juni 2021*, Pressemitteilung vom 27. Juli 2021 <https://www.bundesbank.de/resource/blob/830384/93f622e5a1d59d88f792a287166f3796/mL/2021-07-27-geldmengenentwicklung-download.pdf> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

- Europäische Zentralbank – Eurosystem (2021b) *Geldmengenentwicklung im Euro-Währungsgebiet: Dezember 2020*, Pressemitteilung vom 29. Januar 2021 <https://www.bundesbank.de/resource/blob/816274/dd4fd8bc725f5a4bf8a751e92e04eea3/mL/2021-01-29-geldmengenentwicklung-download.pdf> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Fischer, M. (2021a) *Inflation ist wie ein Erdbeben*, in: Wirtschaftswoche 26/2021, S. 39
- Fischer, M. (2021b) *Undenkarbar* in: Wirtschaftswoche 8/2021, S. 41
- Krämer, J. (2021) *Der digitale Euro schwächt die Marktwirtschaft*, in: Wirtschaftswoche 1, 2/2021, S. 41
- Reimer, H. (2021) *Bezahlt wird später* in: Wirtschaftswoche 30/2021, S. 3
- Schnaas, D. (2012) *Die Unabhängigkeit der EZB ist reine Fiktion*, in Wirtschaftswoche, 04.11.2012 <https://www.wiwo.de/politik/europa/euro-krise-die-unabhaengigkeit-der-ezb-ist-reine-fiktion/7304040.html> letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Sinn, H.-W. (2021) *Exit? Welcher Exit?* In: Wirtschaftswoche 29/2021, S. 41
- Statista (2021a) *Jährliche Entwicklung des Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1999 bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200194/umfrage/wechselkurs-des-euro-gegenuber-dem-us-dollar-seit-2001> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021b) *Inflationsrate in Deutschland von 1992 bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1046/umfrage/inflationsrate-veranderung-des-verbraucherpreisindexes-zum-vorjahr/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021c) *Entwicklung der Geldmenge M3 in der Euro-Zone von 1997 bis Dezember 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241829/umfrage/entwicklung-der-geldmenge-m3-in-der-euro-zone/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021d) *Entwicklung des Zinssatzes der Europäischen Zentralbank für das Hauptrefinanzierungsgeschäft von 1999 bis 2021*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaeft-seit-1999/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Weidemann, J. (2021) *Eine Fiskalunion nicht durch die Hintertür einführen*, Interview in Berliner Zeitung vom 03.05.2021, S. 2
- Wirtschaftswoche (2021) *Das sind die zehn größten Kryptowährungen 2021* <https://www.wiwo.de/finanzen/boerse/bitcom-ethereum-und-co-das-sind-diezehn-groessten-kryptowaehrungen-2021/27456842.html> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Balz, B., Diehl, M., Winter, H. (2020) *Digitales Geld: Welche Optionen hat Europa?* Deutsche Bundesbank – Eurosystem. Gastbeitrag in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 15.12.2020, <https://www.bundesbank.de/de/presse/gastbeitraege/digitales-geld-welche-optionen-hat-europa-854026> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Deutsche Bundesbank (2020) *Zahlen und Fakten rund ums Bargeld*, S. 7
- Deutsche Bundesbank (2014) *Geld und Geldpolitik*
- Deutsche Bundesbank (1998) Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank für die Stufe 3 der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Monatsbericht der deutschen Bundesbank 01/1998, S. 25–31, Quelle: S. 28
- Deutscher Bundestag (2018) *Das Verhältnis der Deutschen Bundesbank zur EZB*, Ausarbeitung des Fachbereichs Europa
- Fischer, M., Heissler, J., Kiani-Kress, R., Reimann, A., Steinkirchner, P. (2021) *Im Strudel der Preise* in: Wirtschaftswoche 23/2021, S. 14 ff.
- Losse, B. (2021) *Das Erbe von Bretton Woods*, in: Wirtschaftswoche 33/2021, S. 36 f.
- Wettach, S. (2021) *Gute Schulden, schlechte Schulden* in: Wirtschaftswoche 30/2021, S. 36 ff.
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Verlag Franz Vahlen, S. 429–460



## Zusammenfassung

Darüber, in welchem Maße der Staat durch seine Finanzpolitik Einfluss auf die Wirtschaft nimmt, gibt die Staatsquote Auskunft. Sie setzt die Staatsausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Die Finanzpolitik verfolgt drei Ziele: das fiskalische Ziel, das Stabilisierungsziel und das Umverteilungsziel. Die wichtigste Einnahmequelle staatlicher Haushalte sind die Steuern. Fiscal policy ist der auf das Stabilisierungsziel gerichtete Teil der Finanzpolitik. Sie dient dem Ausgleich konjunktureller Schwankungen durch antizyklisches Einnahme- und Ausgabeverhalten. Ausdruck von Staatsverschuldung sind Nettoneuverschuldung und Gesamtverschuldung. Die Konvergenzkriterien der Europäischen Union legen hierfür Obergrenzen fest. Die europäische Finanzpolitik findet in ihrer direkten, aber kleineren Komponente über den eigenen Haushalt der Europäischen Union statt. Die eigentliche Finanzpolitik liegt in der Kompetenz der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Niveau und Wirksamkeit der europäischen Finanzpolitik ist abhängig von der Qualität deren Koordinierung.

Die am spürbarsten empfundene finanzielle Berührung mit dem Staat ist wohl für viele von uns der Moment, an dem er seine jährliche Steuererklärung abgibt. Die im Gegenzug erfolgenden Leistungen, die für den Staat Ausgaben bedeuten, sind dagegen breit gefächert und werden oft als gegebener Anspruch unterstellt. Schulunterricht der Kinder, Benutzung öffentlicher Bibliotheken, staatliche Forschungsprojekte (auch für die Impfstoffherstellung), Polizei, Armee, Kindergeld oder Arbeitslosengeld II sind staatliche Ausgaben- und Leistungsbereiche, deren Ergebnisse dem Einzelnen direkt oder indirekt, mehr oder weniger, zugutekommen.

Kaum ein Bereich der Wirtschaft steht so im Mittelpunkt der Diskussion, wie der Umgang des Staates mit seinen Einnahmen und Ausgaben. Steuererhöhung oder Steuersenkung, Abfederung des Kohleausstieges, notwendiger oder aufgeblähter Beamtenapparat, Mehrkosten für den BER oder Knauserei bei der Corona-Impfstoff-Bestellung – all das sind Themen, die in den Bereich der staatlichen Finanzpolitik gehören.

In Kap. 10 haben wir uns beim Thema Konjunkturpolitik in einem nicht immer begrifflich transparenten Punkt klar platziert und wiederholen das hier gern. Fiskalpolitik ist Teil der Finanzpolitik. Sie ist derjenige Teil der Finanzpolitik, der auf die Glättung konjunktureller Schwankungen im Sinne gesamtwirtschaftlicher Ziele ausgerichtet und damit im engeren Sinne Bereich der Konjunkturpolitik ist. Neben dieser Aufgabe der Fiskalpolitik, vor ihr oder zum Teil auch im Konflikt zu ihr, hat die Finanzpolitik ihre originäre Aufgabe eines konsolidierten Haushaltes – der tendenziellen Übereinstimmung von Einnahmen und Ausgaben. Wir wollen in diesem Kapitel beide Seiten (und weitere Ziele) untersuchen und dabei sehen, wie sie miteinander zu vereinbaren sind. Oder wie das zumindest versucht wird.

## 12.1 Inhalt und Ziele der Finanzpolitik

### 12.1.1 Der Staat im Wirtschaftskreislauf

In Kap. 3 haben wir den Staat als „Mitspieler“ im Wirtschaftskreislauf, als einen Sektor unter anderen, kennengelernt. Will er kein „Nachtwächter-Staat“ bleiben und Einfluss auf den Gang der Wirtschaft nehmen, kann er das nur über sein Einnahme- und Ausgabeverhalten tun. Oder genauer gesagt: über Höhe und Struktur seiner Haushaltsaufkommen und deren Verwendung. Dabei soll an das Kreislaufaxiom erinnert werden, nach dem die Summe der in einen Sektor hineinfließenden Ströme gleich der Summe der aus diesem Sektor herausfließenden Ströme ist. Während dabei in Kap. 3 (vgl. Abb. 3.3) vor allem die Güterströme im Mittelpunkt standen, sind für die Finanzpolitik jetzt die Geldströme von Interesse, die, wie Abb. 12.1 zeigt, in den Sektor Staat hinein und wieder aus ihm herausführen.

Deckt der Staat ein Defizit zwischen geringeren Einnahmen und höheren Ausgaben durch Kreditaufnahmen (Neuverschuldung), so wird damit das Kreislaufaxiom nur scheinbar verletzt. Kreditaufnahme ist in buchhalterischem Sinne ebenso eine Aufkommensquelle, wie hier zum Beispiel Steuereinnahmen. Wenn der Staat auch nur ein Akteur im Wirtschaftskreislauf ist, so ist er doch ein sehr mächtiger. Seine Einnahmen und Ausgaben haben Dimensionen, die die jedes privaten Haushalts oder Unternehmens übersteigen. Und deren Bewegung das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nachhaltig beeinflussen

**Abb. 12.1** Modell Einnahmen und Ausgaben des Staates



kann. SAMUALSON hat einmal die Regierung der Vereinigten Staaten als das größte Unternehmen der Welt bezeichnet.

Unabhängig vom Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben zueinander ist zunächst deren absolute Höhe, die Stärke der Aktivitäten des Staates in einer Volkswirtschaft, von Interesse. Der Vergleich der Staatsausgaben zur gesamten Wirtschaftsleistung ist hierfür ein wichtiger Indikator. Welcher Teil des erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts wird durch den Staat umverteilt?

- Die **Staatsquote** ist das prozentuale Verhältnis der Staatsausgaben zum (nominalen) Bruttoinlandsprodukt.

Wir wollen uns der Staatsquote empirisch aus doppelter Sicht nähern. Und uns dabei schon einmal an Kap. 10 und den Zusammenhang zwischen wirtschaftspolitischen Grundpositionen und der Stärke staatlicher Einflussnahme erinnern.

**Staatsquote im internationalen Vergleich.** Ein Blick auf die Staatsquote ausgewählter Länder 2019 zeigt, dass die Grundausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik (innerhalb des marktwirtschaftlichen Grundrahmens) durchaus unterschiedlich ist. Tab. 12.1 zeigt einen zusammengefassten Überblick. Bemerkenswert ist dabei auch, dass, unabhängig vom politischen System, die Staatsquoten in China oder Russland eher am unteren Ende der Skala liegen. Und dass auch traditionell als Sozialstaatsmodell geltendes Land wie Schweden (mit 64 % 1995) 2019 „nur noch“ unter 50 % liegt.

Tab. 12.1 richtet die Reihenfolge der Länder nach der Höhe ihrer Staatsquote 2019, einem für die reguläre Gesamtentwicklung repräsentativen Jahr. Die Werte des in der zweiten Spalte ausgewiesenen Jahres 2020 sind damit nur bedingt vergleichbar, weil sie die unterschiedlichen Reaktionen der Staatsfinanzen auf den Unterstützungsbedarf der Wirtschaften während der Corona-Pandemie beinhalten. Kap. 14 wird das weiter ver-

**Tab. 12.1** Staatsquote ausgewählter Länder 2019/2020 (Quellen: Bundesministerium der Finanzen 2021c, Statista 2021c, 2021d)

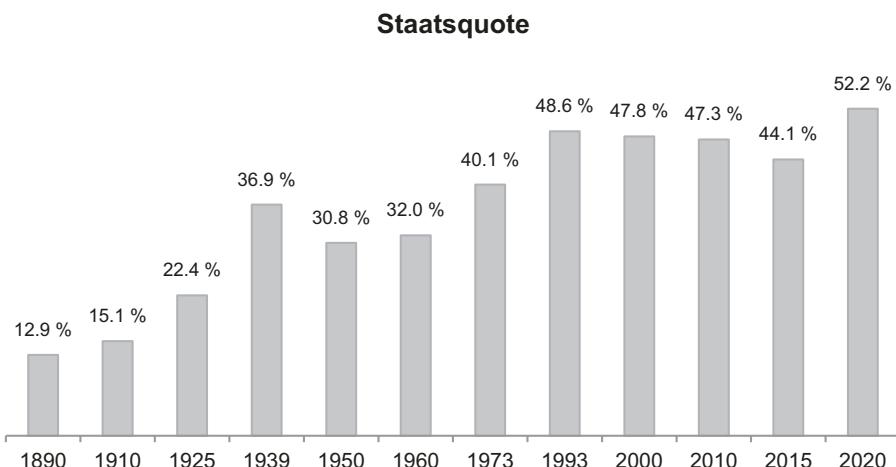
Land	Staatsquote	
	2019	2020
Frankreich	55,6 %	62,4 %
Italien	48,6 %	58,8 %
Schweden	49,4 %	53,5 %
Deutschland	45,2 %	52,2 %
Spanien	42,1 %	53,3 %
Großbritannien	41,1 %	51,2 %
Japan	39,7 %	45,9 %
USA	35,7 %	46,1 %
China	34,1 %	37,0 %
Russland	33,9 %	38,8 %

folgen. Wir erkennen zum Teil einmalige Sprünge, die es wirtschaftspolitisch interessant sein wird, in den Folgejahren wieder zurückzugehen zu sehen – oder nicht. Die Ausbrüche von Staatsquoten 2020 nach oben sind aber dabei nach Ländern sehr unterschiedlich. In China und Russland erhöhen sie sich von einem niedrigen Sockel vergleichsweise gering, in den USA von einem niedrigen Sockel eher stark und in Ländern wie Italien, Spanien, Frankreich und auch Deutschland von einem hohen Sockel noch einmal deutlich.

**Langfristige Entwicklung der Staatsquote in Deutschland.** In Abb. 12.2 ist die Entwicklung der Staatsquote in Deutschland über einen sehr langfristigen Zeitraum dargestellt.

Zu den Schlüssen, die aus Abb. 12.2 möglich sind, gehören unter anderem folgende.

1. Die Geschichte der deutschen Wirtschaft ist langfristig von einer wachsenden Staatsquote gekennzeichnet. Das liegt zum einen an der Erkenntnis, dass Marktergebnisse nicht unfehlbar sind und die staatlichen Instrumentarien einer Gegensteuerung im Laufe der Zeit erweitert und perfektioniert wurden. Ein zweiter Grund ist das über den langen Vergleichszeitraum gestiegene staatliche Engagement im sozialen Bereich.
2. In der Staatsquote werden Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik sichtbar. Zwischen den Staatsquoten von 15,1 % 1910 und 22,4 % 1925 liegen die Weltwirtschaftskrise, KEYNESsche Theorie und KEYNESianische Wirtschaftspolitik – mit Nachfrageorientierung, Konjunkturprogrammen und mehr Staat.
3. Hinter dem nochmals deutlichen Anstieg von 1925 auf 1938 steckt die Fortführung KEYNESscher Nachfragepolitik im „Dritten Reich“ – hier gepaart mit hohen Staatsausgaben und Staatsverschuldung für die Rüstungsproduktion im 2. Weltkrieg.
4. Folgerichtig erklärt sich der Rückgang der Staatsquote über die Etappen 1950 und 1960 auf Werte um 30 %. Hier wird auch die an anderer Stelle erklärte Politik der Deut-



**Abb. 12.2** Langfristige Entwicklung der Staatsquote in Deutschland (Quellen: Bundesministerium der Finanzen [2021a](#), [2021b](#))

schen Bundesbank deutlich, nach der eine Finanzierung von Staatsdefiziten durch die Zentralnotenbank ausgeschlossen wird.

5. Der in den 1960er- und 1970er-Jahren sichtbare Anstieg der Staatsquote ist Ausdruck einer stark nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, wie wir sie in Kap. 9 (auch im Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz) erklärt haben.
6. Der seitdem erfolgte moderate Rückgang um rund 5 % bis heute ist Ausdruck eines verstärkten Returns zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Mit dem Leitmotiv: „So viel Staat wie nötig und nicht wie möglich“. Wir haben hierzu in Kap. 9 auch auf die kontroverse Diskussion dazu hingewiesen.
7. Dieser Trend wurde durch den „Notfall“ Corona Pandemie und Einschränkungsmaßnahmen 2020 mit einem deutlich stärkeren finanziellen Engagement des Staates durchbrochen. Wie wir in Tab. 12.1 gesehen haben in Deutschland, wie in nahezu allen anderen Ländern auch.

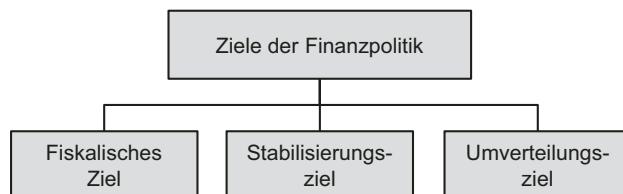
### 12.1.2 Ziele der Finanzpolitik

Kap. 10 hat die Finanzpolitik als einen Teil der Konjunkturpolitik eingestuft. Diese Zuordnung, die Frage, wie Finanzpolitik Gleichgewichtsindikatoren beeinflussen kann, soll auch hier im Mittelpunkt stehen. Die Sicht, dass wissen wir, ist aber nicht vollständig, weil die Finanzpolitik neben der so verstandenen Fiskalpolitik weitere Ziele verfolgt. Wir wollen deshalb mit dem Blick auf die Finanzpolitik als Ganzes beginnen. Abb. 12.3 fasst die wichtigsten Ziele der Finanzpolitik zusammen.

Wir haben schon bei der Konjunkturpolitik im Kap. 10 ansatzweise die vermeintlich widersprüchliche Verwendung der Begriffe der Wortstämme „Finanz“ und „Fiskal“ aufgegriffen. Bevor wir zur Kommentierung der drei in Abb. 12.3 enthaltenen Ziele kommen, soll hier, um Missverständnissen von vornherein das Wasser abzugraben, noch einmal klar Position bezogen werden.

#### Exkurs

„fiscus“ bedeutet im Lateinischen ursprünglich „Korb“. Über die Stationen Geldkorb – Geldkasse – Staatskasse – Staatshaushalt ist das Wort heute Allgemeingut, wenn es um „Öffentliche Hand“, „Steuerbehörden“ oder dergleichen geht.



**Abb. 12.3** Ziele der Finanzpolitik

Ein scheinbarer Widerspruch entsteht nun durch folgendes: Das fiskalische Ziel – wir nehmen das hier vorweg – ist die Einnahmesicherung für die Ausgabefinanzierung. Im Sinne einer staatlichen Buchhaltung. So auch in Abb. 11.3 angesiedelt. Fiskalpolitik aber ist, dazu haben wir uns in Kap. 10 bekannt, der konjunktur- oder stabilitätspolitische Teil der Finanzpolitik. Das, was in Tab. 10.3 nicht auf das fiskalische Ziel, sondern auf das daneben platzierte Stabilisierungsziel gerichtet ist. Diese Begriffsverwendung finden wir im Jahresgutachten des Sachverständigenrates wie auch im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Also autorisiert.

Der vermeintliche Konflikt kann sich nur so auflösen: Fiskalpolitik ist die Gesamtheit aller fiskalischen und monetären Maßnahmen des Staates im Dienste gesamtwirtschaftlicher Ziele. Mit anderen Worten: Das fiskalische Ressort (Einnahmen-Ausgaben-Steuerung) soll, wenn es um die Finanzpolitik als Konjunkturpolitik geht so agieren, dass diese Ziele erreicht werden. Und das heißt nicht immer oder sogar selten, dass Einnahmen und Ausgaben übereinstimmen, sondern in konjunkturpolitischem Interesse abweichen. Es ist ein Balancieren zwischen Gaspedal und Bremse durch die im Allgemeinen für ein gleichmäßiges Tempo (fiskalisches Ziel) verantwortliche Haushaltspolitik. Je nach den Gegebenheiten der Straße. Fiskalpolitik ist konjunkturpolitische Komponente der übergreifenden Finanzpolitik. Und nicht vorrangig gerichtet auf das fiskalische Ziel einer Einnahme-Ausgabe-Gleichheit. Wir unterscheiden somit zwischen fiskalischem Ziel und Fiskalpolitik. „Fiskalpolitik“ ist eine Übersetzung von „fiscal policy“ aus dem Englischen. „Fiscal policy“ bezeichnet von je her den konjunkturorientierten Teil der Finanzpolitik. Auch aus diesem Grund muss man die eingebürgerten deutschen Begriffe „Fiskalische Funktion“ und „Fiskalpolitik“ akzeptieren, aber ihre unterschiedliche Bedeutung genau beachten.

**Fiskalisches Ziel:** Das fiskalische Ziel ist das in der Geschichte älteste Anliegen staatlicher Finanzpolitik. Jeder Staat muss, um seine Ausgaben zu decken, Einnahmen in gleicher Höhe erzielen. Eine solche traditionelle Haushaltspolitik und damit Finanzpolitik ist kassenorientiert. Wie ein genau rechnender Familienvater oder der Buchhalter eines Unternehmens muss auch der Staat darauf achten, dass sich seine Ausgaben und Einnahmen per Saldo ausgleichen. Ein guter Staatshaushalt ist aus dieser Sicht nur der, der in jedem Jahr streng ausgeglichen ist. Auch wenn in der modernen Finanzpolitik weitere Ziele hinzukommen, ist das fiskalische Ziel nicht altmodisch. Es ist auch heute, gerade angesichts einmaliger Herausforderungen und Krisen und bei Hinzukommen weiterer – teilweise anders gerichteter – Ziele grundsätzlich nicht in Frage zu stellen. Auf Dauer kann der Staat wie auch der Einzelne nur das ausgeben, was er einnimmt. Wir wissen, dass sich beide nicht immer daran halten. Beim Staat werden wir noch genauer darauf zu sprechen kommen. Bei den Haushalten übrigens ergeben Umfragen in Deutschland, dass nur eine geringe Zahl von ihnen über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führt – wir wissen aber, dass ein nicht unbeträchtlicher Anteil von ihnen verschuldet ist.

### Exkurs

Mit Blick auf die Historie des fiskalischen Ziels fallen einem der Hofstaat Ludwig XIV. und Versailles ein. Und das Klischee von Prasserei und Schulden. Das muss bei genauem Hinschauen differenzierter betrachtet werden. Ludwigs erster Finanzminister Fouquet machte hohe Schulden, schloss die Lücke durch staatliche Anleihen bei Privatleuten auf hohe Zinsen und wirtschaftete in die eigene Tasche. Bei seiner Verhaftung hinterließ er hohe Schulden und offene Rechnungen. Von da an nahm sich Ludwig selbst stärker der Staatsfinanzen an. Er führte rote, in Leder gebundene Haushaltsbücher, in die er persönlich sorgfältig alle Ausgaben und Einnahmen eintrug und aufrechnete. Diese Zeit wird mit

einem konsolidierten Haushalt verbunden. Die Finanzen Frankreichs gehörten zu den gesündesten Europas. 1664 betragen die Einnahmen des französischen Staates 63.602.796 Livres. Die Ausgaben auf der anderen Seite 63.071.008 Livres. Auf der Ebene der Staatsfinanzen nahezu ein Ausgleich. Der Bau des Schlosses und der Gärten von Versailles führte zu keinen Schulden. Seine Kosten betragen 25 Millionen Livres, etwa 1 % der aufgerechneten Staatshaushalte in den Baujahren. Ein Rückfall in das alte System des Schuldenmachens kam aus anderer Richtung. Ludwig begann Kriege zu führen. 1706, einem Jahr im Spanischen Erbfolgekrieg, wuchsen die Staatsausgaben auf 220 Millionen Livres. Diesen standen nur 50 Millionen Livres Einnahmen gegenüber. Dem neuen Finanzminister, Michele Camillart, blieb nichts übrig, als auf ähnliche Art wie sein Vorgänger wieder Schulden zu machen. Eine Schlussfolgerung, die sich später hundertfach bestätigte: Kriege schaden dem Staatshaushalt in seinem fiskalischen Ziel mehr als die Verschwendungen an alle Prachtbauten.

Quelle: Kampmann (2009)

**Stabilitätsziel:** Das Stabilitätsziel macht die Finanzpolitik zum Teil der Konjunkturpolitik. „Stabilität“ meint hier nicht Stabilität des Staatshaushaltes im engeren Sinne, sondern Stabilität im Sinne von gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht, im Sinne des Stabilitätsgesetzes. Beides schließt einander nicht aus, kann aber durchaus in verschiedene Richtungen weisen. Sich zum Stabilitätsziel der Finanzpolitik zu bekennen, heißt, wie KEYNES und seine Nachfolger dem Staat mit seiner Haushaltspolitik eine aktive Rolle bei der Dämpfung konjunktureller Schwankungen einzuräumen. Da im Konjunkturverlauf die private Nachfrage die bestehenden Produktionskapazitäten (Angebot) im Boom überfordert und in der Krise unterfordert, muss der Staat, vor allem mit seiner Nachfrage, in entgegengesetzter Richtung schwanken. Er muss **antizyklisch**, ausgleichend, reagieren. Sich so bewegende Ausgaben eines Staates können logischerweise nicht jährlich mit den Einnahmen (unterstellen wir nicht ebenso schwanken können Steueraufkommen) übereinstimmen. Hier besteht, denken wir in Jahresscheiben, ein potentieller Konflikt zwischen Stabilitätsziel und fiskalischem Ziel. Würde ein Staat in der Krise – bei geringer privater Nachfrage – ausschließlich fiskalisch handeln, hieße das: Die Einnahmen der Haushalte und Unternehmen und damit die Steuern sind geringer, also muss der Staat seine Ausgaben nicht nur konstant halten, sondern sie sogar nach unten anpassen. Zu einer geringeren privaten Nachfrage käme eine geringere Staatsnachfrage – die Krise würde nicht abgebremst, sondern verschärft. Die Weltwirtschaftskrise war Anlass für KEYNES, ein Gegensteuern des Staates in der Krise zu fordern. Selbst um den Preis einer zeitweiligen Verschuldung. Eine um der Nachfrageverstärkung willen in Kauf genommene Staatsverschuldung wird **deficit spending** genannt.

Eines müssen wir bereits hier anmerken. Wenn wir das durch die Fiskalpolitik zu verfolgende Stabilitätsziel als antizyklischen Ausgleich schwankender privater Nachfrage verstehen und akzeptieren, heißt das: Im wirtschaftlichen Aufschwung, wenn die private Nachfrage steigt, soll sich der Staat mit seinen Aktivitäten tendenziell zurückziehen. Die Defizite im Haushalt, die in der Krise befürwortet werden, müssen im Boom durch analoge Einnahmeüberschüsse ausgeglichen oder angespart werden. Damit hat die Befürwortung von antizyklischer Haushaltspolitik nichts zu tun mit der Bewertung struktureller Haushaltsdefizite, bei denen der Staat dauerhaft und unabhängig von der jeweiligen Konjunkturphase Schulden macht.

**Umverteilungsziel:** Dem „reinen“ Prinzip des klassischen Liberalismus entspräche der Leitsatz: Wer viel leistet, soll viel bekommen, wer wenig leistet, soll wenig bekommen. Verstehen wir als „bekommen“ den Bezug von Einkommen, so würde dem jede Umverteilung durch den Staat widersprechen. Unberücksichtigt bliebe, dass Leistung nicht nur aus unterschiedlichem Leistungswillen, sondern auch aus unterschiedlicher Leistungsfähigkeit entspringt. Und dass die menschliche Gesellschaft nicht nach dem Gesetz des Dschungels funktionieren soll, nach dem der Stärkere den Schwächeren frisst und sich so, nach Darwin, durchsetzt. Deshalb ist die Anerkennung einer gerechten und sozialen Einkommensverteilung als gesamtwirtschaftliches Ziel direkt verbunden mit dem Umverteilungsziel staatlicher Finanzpolitik. Es wird kaum jemand geben, der das im Grundsatz bestreitet. Der bestreitet, *dass* hier ein Ausgleich stattfinden muss. Eine Frage, die die Wirtschaftspolitik trennt, wie kaum eine andere, ist aber die nach dem *wieviel*. Wir haben darauf bereits in Kap. 5 bei den Grundprinzipien der Marktwirtschaft verwiesen.

Eine staatliche Umverteilung kann sehr vielschichtig sein und hat viele Hebel des Ansatzen. Sie kann zwischen Unternehmen und Haushalten (z. B. Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen), zwischen geringen und hohen Einkommen (progressive Besteuerung), zwischen der Befriedigung von Grund- und Luxusbedürfnissen oder zwischen Alt und Jung (Generationenvertrag/Rentenentwicklung) erfolgen. Grob vereinfacht, stellt sich mit Blick auf die unveränderliche Summe erwirtschafteten Primäreinkommens in einer Volkswirtschaft die Frage: Wem entzieht der Staat Mittel im Rahmen seiner Einnahmepolitik und an wen gelangen diese Mittel im Rahmen seiner Ausgabepolitik. Umverteilung mit dem Ziel, soziale Gerechtigkeit zu üben, darf dabei den marktwirtschaftlichen Mechanismus, Leistungsprinzip und Motivation nicht außer Kraft setzen und möglichst wenig stören.

---

### Beispiel

Sehen wir von verschiedenen Sektoren der Wirtschaft und vielen Einzelheiten ab. Nehmen wir sehr vereinfacht an, es gibt in der Volkswirtschaft nur zwei Einkommensbezieher. Den leistungsstarken Herrn A und den leistungsschwachen Herrn B. Das gesamte Volkseinkommen beträgt 100. Herr A erbringt eine Leistung von 70, Herr B eine Leistung von 30. Nimmt der Staat von Herrn A 20 und von Herrn B 10, und gibt er von diesen 30 danach 10 an Herrn A und 20 an Herrn B, so ergibt sich nach der Umverteilung per Saldo: A verbleiben 60, B hat 40. Wir nehmen an, beide sind damit zufrieden. Geht der Staat in seiner sozialen Zielstellung, in seinem Umverteilungsverständnis, weiter, nimmt von A 30 und von B 10 und verteilt im Anschluss davon 10 an A und 30 an B. Dann ist die Nettoumverteilung von 10 auf 20 gestiegen. Herr A und Herr B haben nun im Ergebnis beide 50. Herr A wird unter diesen Bedingungen nicht mehr bereit sein, sich für ursprünglich 70 weiter so ins Zeug zu legen. Er hat keinen Anreiz, mehr zu leisten, als Herr B. Im Ergebnis sinken Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen. Der Staat kann weniger einnehmen und umverteilen. Es geht am Ende sowohl Herrn A als auch Herrn B schlechter, als vorher. ◀

Das Beispiel ist bewusst simpel gewählt. Es verdeutlicht aber Möglichkeiten und Grenzen der Umverteilung erwirtschafteter Einkommen durch den Staat. Die erste Variante wäre diskutabel, die zweite nicht. Sie ginge zu weit und wäre kontraproduktiv.

## 12.2 Einnahmen und Ausgaben des Staates

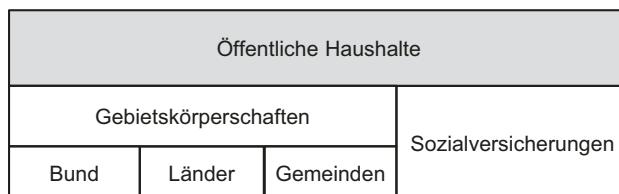
Ein Ruderer verfügt zum Steuern über zwei Ruder, die er wahlweise unterschiedlich stark anzieht, um das Boot in die eine oder die andere Richtung zu bewegen. Der Staat hat zur Durchsetzung seiner finanzpolitischen Ziele ebenfalls zwei Ruder: seine Einnahmen und seine Ausgaben.

Wir wollen im Folgenden die innere Struktur von Staatseinnahmen und Staatsausgaben, ihr Verhältnis zueinander und ihre Planung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland betrachten. Hier machen wir einen Unterschied zur Geldpolitik. Dort stand Europa, die EZB, im Mittelpunkt, und wir haben davor einen Abstecher nach Deutschland, zur Deutschen Bundesbank, gemacht. Jetzt soll die Methodik andersherum sein. Gegenstand ist die deutsche Finanzpolitik, und am Ende werfen wir einen Blick auf Europa. Das ist inhaltlich und methodisch sinnvoll und so gewollt. Es ist Beleg dafür, wie unterschiedlich die europäische Integration in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik fortgeschritten ist.

### 12.2.1 Strukturen und Proportionen

Wer ist der Staat? Spätestens, wenn wir über Höhe, Struktur und Proportionen staatlicher Einnahmen und Ausgaben reden wollen, müssen wir uns darüber im Klaren sein. Sonst kann es leicht passieren, dass wir uns in der Statistik für ein und dieselbe Position über sehr unterschiedliche Werte wundern, je nachdem, was die Bezugsgröße ist. Aufklärung gibt es dann, wenn wir beachten, worauf genau sich Angaben zu Einnahmen, Ausgaben oder auch Schulden beziehen. Da sich in der Statistik verschiedene haushaltspolitische Definitionen des Staates finden, sollen diese hier zunächst in Abb. 12.4 zusammenfassen und zueinander ins Verhältnis gesetzt werden.

Die am weitesten gefasste und wohl am meisten benutzte Definition, wenn vom „Staatshaushalt“ die Rede ist, sind die **öffentlichen Haushalte**, auch als Gesamthaushalt bezeichnet.



**Abb. 12.4** Der Staat aus der Sicht der Finanzpolitik

**Gebietskörperschaften** sind der Bund, die 16 Bundesländer und die mehr als 10.000 Gemeinden. Im Rahmen des föderalistischen Systems sind die Finanzministerien der Länder in ihrer Haushaltswirtschaft selbstständig. Die jährlichen Haushaltspläne werden durch Bundesregierung, Länderregierungen, Städte- und Gemeindeverwaltungen aufgestellt und von den jeweiligen Volksvertretungen (Bundestag, Landesparlamente, Städte- und Gemeindetage) verabschiedet. Wenn wir also im Fernsehen einer Haushaltsdebatte im Bundestag folgen, dann geht es dort im engeren Sinne um den Bundeshaushalt. Wenn wir am nächsten Tag in der Zeitung ganz andere Zahlen finden, dann können sich diese ihrerseits auf die öffentlichen Haushalte oder auf die Haushalte der Gebietskörperschaften beziehen. Die vieldiskutierte Staatsverschuldung bezieht sich meist auf alle öffentlichen Haushalte, wird aber auch als Begriff gebraucht, wenn von der Verschuldung des Bundes die Rede ist. 2020 betrug der Anteil des Bundeshaushalts am Haushalt der Gebietskörperschaften rund 35 %, am Öffentlichen Gesamthaushalt rund 25 %.

**Sozialversicherungen** sind eine staatlich geregelte und von selbstverwalteten Trägern organisierte Fürsorge für existentielle Lebensbereiche. Zu ihren Bestandteilen gehören die gesetzliche Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung), die gesetzliche Krankenversicherung (Krankenkassen) oder die Arbeitslosenversicherung (Bundesagentur für Arbeit). Es handelt sich im Prinzip um sich selbst finanzierende Systeme, bei denen die Einzahlungen nach dem Solidarprinzip durch alle für die Risikoabsicherung der Betroffenen (Krankheit, Arbeitslosigkeit) oder beitragsabhängig (Rente) erfolgen. Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungssysteme gehen in die Position der öffentlichen Haushalte ein. Sie gleichen sich jährlich mindestens aus und weisen zuletzt eher deutliche Einnahmeüberschüsse auf. 2019 betrugen die Gesamteinnahmen der Sozialversicherungen 722.628 Mio. €, die Ausgaben 715.298 Mio. €. Der Finanzierungssaldo betrug + 7730 Mio. € und war damit wie in den Vorjahren ein Überschuss. Quelle: Statistisches Bundesamt (2021). Natürlich lassen sich Einzelüberschüsse nicht zwischen den Sozialversicherungssystemen transferieren. Ihre Träger sehen sich aber in unterschiedlichem Maße der Diskussion über die Verwendung der Überschüsse ausgesetzt. Hauptforderung der Kritiker ist in der Regel die Senkung der Beitragssätze. Das Gegenargument der Träger besteht in der Notwendigkeit, in stabilen Zeiten für Notlagen vorzusorgen. Weil man sonst mit Beitragssenkungen von heute das Minus von Morgen organisere. Der im Corona-Jahr 2020 erstmals notwendige negative Finanzierungssaldo von – 36.235 Mio. € (Einnahmen: 742.302 Mio. €, Ausgaben: 778.538 Mio. €) scheint für die zweite Argumentation zu sprechen. Quelle: Statistisches Bundesamt ([2021c](#))

Nach dieser notwendigen Ansprache der verschiedenen Haushaltsbegriffe wollen wir im Folgenden unter Staatshaushalt in der Regel den öffentlichen Gesamthaushalt, in einigen Fällen, mit besonderem Hinweis, den Bundeshaushalt verstehen. Tab. 12.2 zeigt die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte 2020 nach den wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen. Dabei sehen wir schon: Die Strukturierung der Positionen in der Statistik erfolgt in der Regel nach Sachpositionen. Im Unterschied, wie wir noch sehen werden, zur Planung des Haushalts nach Ressorts – der institutionellen Zuordnung wegen.

**Tab. 12.2** Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Haushalte 2020 (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a)

## Öffentliche Haushalte 2020 in Mrd. €

Einnahmen (bereinigt)		Ausgaben (bereinigt)		Saldo
Insgesamt:	1482	Insgesamt:	1679	- 190
darunter:		darunter:		
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	1308	Transferausgaben	693	
Sonstige Einnahmen	174	Sachaufwand	462	
		Personal	321	
		Zinsausgaben	28	
		Sachinvestitionen	70	
		Sonstige Ausgaben	105	

Vereinfachend und einschließlich „steuerähnliche Abgaben“, die im engeren Sinne nicht als Steuern gelten. Das erklärt den Vergleich zum ausgewiesenen Steueraufkommen in Tab. 12.6

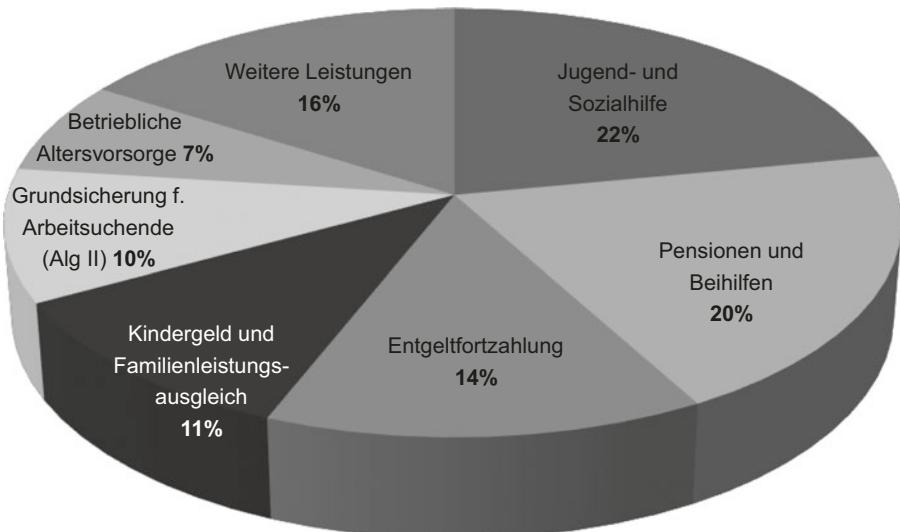
Einige Positionen und Werte sollen im Folgenden kommentiert werden.

1. Noch 2019 (+ 45 Mrd. €) und in den Vorjahren wies der deutsche Gesamthaushalt einen positiven Saldo aus. Das stand in Übereinstimmung mit der Finanzpolitik von Schuldenbremse und „schwarzen Null“ und leistete einen jährlichen Beitrag zum Abbau der Gesamtverschuldung. Der negative Saldo von – 190 T € 2020 ist Ausdruck der notwendigen staatlichen Unterstützungsprogramme für Unternehmen und private Haushalte, um den negativen Wirkungen der Corona-Einschränkungen zu begegnen.
2. Im Einnahmebereich ist die Position Steuern („Steuern und steuerähnliche Abgaben“) alternativlos. In Deutschland werden insgesamt rund vierzig Einzelsteuern erhoben. Ihr Anteil an den Einnahmen öffentlicher Haushalte geht aus Tab. 12.2 mit 88 % hervor. Vereinfachtes Fazit ist: Die Steuereinnahmen sind die einzige nennenswerte Aufkommensquelle öffentlicher Haushalte in Deutschland. Sie sind für jede Aktivität des Staates von lebenswichtiger Bedeutung. Es wird für den interessierten Steuerzahler nachvollziehbar, dass Heerscharen von Finanzbeamten dafür unterwegs sind, um dem Staat dieses ihm gesetzlich zustehende Aufkommen zu sichern. Wenn die Steuern wichtigste Finanzierungsquelle für die Staatsausgaben sind, dann liegt es nahe, dass, ähnlich wie die bereits definierte Staatsquote auch die Steuerquote ein Ausdruck staatlicher Aktivitäten in der Wirtschaft ist. Die Steuerquote misst den Anteil des gesamten Steueraufkommens an „einer ökonomischen Größe“ – in der Regel am BIP. Sie betrug in Deutschland 2020 23 %. Das liegt im europäischen Vergleich im mittleren Korridor und hat sich seit den 1960er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts kaum verändert.
3. Neben den „Steuern und steuerähnlichen Abgaben“ verbleiben 12 % der Staatseinnahmen für die sonstigen Einnahmen. Hierzu zählen unter anderem Einnahmen aus Veräußerung von Vermögen, wirtschaftliche Überschüsse staatlicher Betriebe oder Bilanzgewinne der Deutschen Bundesbank. Vernachlässigen wir diese 12 % und gehen vereinfachend von einem ausgeglichenen Haushalt aus, so müssten Steueraufkommen und Staatsausgaben gleich sein. Ihr Verhältnis zum BIP, die Steuerquote und die Staats-

quote beträfe das ebenfalls. Tatsächlich weist die Statistik aber für die Jahre 2019 und 2020 eine Steuerquote von 24 % bzw. 23 % und eine Staatsquote von 45 % bzw. 52 % aus. Der Grund, warum die Steuerquote nur etwa bei der Hälfte der Staatsquote liegt, ist, dass von der Position in Tab. 12.2 „Steuern und steuerähnliche Abgaben“ nur etwa die Hälfte Steuern in dem eigentlichen Sinne (Abschn. 12.3) sind und als solche in die Steuerquote eingehen. Zur Differenz, der Sozialabgabenquote (2019 17 %) gehören Straf-, Ordnungs- und Bußgelder (zweckgebundene Abgaben), Spielbankabgaben, Fremdenverkehrsabgaben oder Rundfunkabgaben.

4. Die größte Ausgabenposition in Tab. 12.2 sind mit 41 % die Transferleistungen. Hier gehen unter anderem die Aktivitäten des Staates ein, mit der er seine Umverteilungsfunktion wahrnimmt – die **Sozialleistungen**. Dazu zählen in der Position „Transferausgaben“ einseitige Sozialtransfers. Sozialleistungen insgesamt beziehen in manchen Darstellungen die sich aus den Einnahmen selbst finanzierenden Leistungen des Sozialversicherungssystems ein. Rechnen wir diese heraus (was etwa die Hälfte aller Sozialleistungen ausmacht) sind wir kompatibel zu Tab. 12.2. Von Transferleistungen in Höhe von 693 Mrd. € sind mehr als die Hälfte Sozialleistungen in engerem Sinne. Abb. 12.5 gibt einen Überblick über die wichtigsten Sozialleistungen in diesem Rahmen.

Neben den Sozialtransfers zählen zur Ausgabenposition „Transferleistungen“ auch Subventionen für die Wirtschaft – so zum Beispiel für die Landwirtschaft, die Werftindustrie und (auslaufend) für den Steinkohlebergbau. Auch Subventionen sind staatliche Leistungen ohne Gegenleistungen. Sie betreffen vor allem strukturbestimmende Zweige und sind auch auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen gerichtet. Solange es sich



**Abb. 12.5** Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2019 (Quelle: Sozialpolitik Aktuell 2019, eigene Berechnungen)

um Erhaltungssubventionen handelt, weisen Kritiker auf die Gefahr hin, mit Steuermitteln internationale Wettbewerbsnachteile zu kaschieren und Strukturanzapassungen zu erschweren. Wichtig ist deshalb der Trend zu Innovationssubventionen, wie er in der Werftindustrie vollzogen wird und wie er vor allem in den staatlichen Förderprogrammen zur Digitalisierung zum Ausdruck kommt.

5. Die zweitgrößte Ausgabenposition sind 2018 nach den Transferausgaben mit 28 % die Sachaufwendungen. Neben den auch in Betrieben üblichen Positionen wie Mieten, Betriebskosten, Gebäudereinigung, Büromaterial, PKW oder Arbeitskleidung gehen in die Sachaufwendungen des öffentlichen Gesamtaufwandes die Ausstattung der Bundeswehr und anderer Schutz- und Sicherheitsorgane ein.
6. Zinsausgaben machen 2 % aller Staatsausgaben aus. Das sind immerhin 28 Mrd. €. In diesem Betrag wird der Preis für die aufgelaufene Staatsverschuldung insgesamt sichtbar. In Abschn. 12.4 werden wir aber auch sehen, dass die seit 2014 erreichten Jahresüberschüsse in den öffentlichen Haushalten seitdem bereits zu einer Reduzierung dieser Zinslast geführt hat.
7. Von den Investitionen, darunter in Baumaßnahmen (3 %), bildet der Straßenbau den Hauptverwendungszweck. Schulen, Infrastruktur und Medien, Sportstätten und Bäder sind weitere Adressaten.

### 12.2.2 Der Staatshaushalt

Wir hatten eingangs darauf verwiesen, dass die statistische IST-Darstellung öffentlicher Haushalte gewöhnlich in der Struktur nach Sachpositionen erfolgt. Tab. 12.2 gibt das wieder. Wird dagegen vom Staatshaushalt im engeren Sinne gesprochen, so ist damit die Vorschau auf künftige Einnahmen und Ausgaben gemeint. Mit Hilfe des **Haushaltplanes** (Staatshaushalt, Etat, Budget) werden die geplanten Ausgaben an den prognostizierten Einnahmen ausgerichtet und verbindlich vorgegeben. Haushaltspläne werden getrennt durch Bund, Länder und Gemeinden aufgestellt. Sie sind jahresbezogen und institutionell gegliedert. Damit können sie für die jeweiligen Verantwortungs- und Ausgabenbereiche adressiert vorgegeben werden. Dabei stellt die Vorgabe der Ausgaben im Haushaltspunkt eine nicht zu überschreitende Obergrenze dar. Die Haushaltsprinzipien machen klar, dass die Statistik zwar eine zusammengefasste IST-Darstellung aller öffentlichen Haushalte vornimmt, dass aber eine solche Zusammenfassung, was die Haushaltspunktung betrifft, nicht erfolgen kann.

Bevor wir uns die Struktur des Bundeshaushaltes für die wichtigsten Ressorts anschauen, ist ein Blick auf seine aktuelle strategische Ausrichtung aufschlussreich. Tab. 12.3 erfasst die Eckdaten des Bundeshaushalts 2021 (Entwurf) und der Finanzplanung für die folgenden Jahre. Damit erkennen wir im Überblick, wie sich Corona-Krise und staatliche Überbrückungshilfen auf Höhe und Proportionen des Bundeshaushalts auswirken. Wir wollen Tab. 12.3 in einigen ausgewählten Punkten kommentieren.

**Tab. 12.3** Eckdaten des Bundeshaushaltes 2022 und für die Folgejahre (Quelle: Bundesministerium der Finanzen 2021 b, eigene Berechnungen)

Mrd. €	Nachtrag	Eckwert	Finanzplanung		
	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Ausgaben</b>	<b>547,7</b>	<b>419,8</b>	<b>397,5</b>	<b>402,7</b>	<b>403,4</b>
Veränderungen zum Vorjahr	+ 51,3 %	- 23,4 %	- 5,3 %	+ 1,3	+ 0,2 %
<b>Einnahmen</b>	<b>547,7</b>	<b>419,8</b>	<b>379,5</b>	<b>402,7</b>	<b>403,4</b>
davon Steuereinnahmen	284,0	308,2	322,2	335,0	347,4
<b>Nettokreditaufnahme</b>	<b>240,2</b>	<b>81,5</b>	<b>8,3</b>	<b>11,5</b>	<b>10,0</b>

1. Das haushaltstechnische, mit einer Buchhaltung vergleichbare, Herangehen führt zu einer jederzeitigen Übereinstimmung zwischen Ausgaben und Einnahmen. Wie groß die Lücke ist, zeigt die letzte Zeile der Nettokreditaufnahme, die damit rechnerisch Bestandteil der Einnahmen, Einnahmequelle, ist.
2. Das haushaltstechnische, mit einer Buchhaltung vergleichbare, Herangehen führt zu einer jederzeitigen Übereinstimmung zwischen Ausgaben und Einnahmen. Wie groß die Lücke ist, zeigt die letzte Zeile der Nettokreditaufnahme, die damit rechnerisch Bestandteil der Einnahmen, Einnahmequelle, ist. Im Unterschied zu Tab. 12.2 meinen Steuereinnahmen hier Steuern im engeren Sinne und nicht einschließlich „steuerähnlicher Abgaben“.
3. Mit dem 2020 wird die seit 2014 andauernde Erwirtschaftung von Haushaltsüberschüssen durch die außergewöhnlichen Herausforderungen der Corona-Krise unterbrochen. Das setzt sich 2021 und in den Folgejahren – ab 2023 stark abgeschwächt – fort. Ohne dass bis 2025 bereits ein Turnaround in den Überschussbereich erwartet wird. Von 2020 bis 2025 wird damit voraussichtlich eine gesamte Neuverschuldung des Bundes von rund 500 Mrd. Euro erreicht.
4. Aus der Politik geplanter Rückführung der jährlichen Neuverschuldung wieder in Richtung Null ergibt sich mit Notwendigkeit, dass der Wert, zu dem die Ausgaben die Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) übersteigen, von Jahr zu Jahr geringer werden muss. Das kann potentiell entweder über eine Verringerung der Ausgaben oder über eine Erhöhung der Einnahmen erfolgen.
5. Die Ausgaben steigen im Nachtrag für 2021 um 24 % gegenüber ihrem Ist-Wert 2020 an, gehen danach bis 2023 um wieder knapp ein Viertel zurück und verstetigen sich in den Folgejahren auf diesem Sockel. Die tatsächlichen Einnahmen des Bundes ergeben sich aus den Ausgaben in Tab. 12.3 gleichgesetzten abzüglich der darin enthaltenen Nettokreditaufnahme. In dieser Form gehen sie 2021 (wie schon 2020) vor dem Hintergrund Corona-bedingter Wirtschaftseinbrüche deutlich zurück. Was sich vor allem und erklärlicherweise aus der Minderung der Steuereinnahmen ergibt. Korrespondierend mit einer erwarteten Erholung der Wirtschaft in der nach-Corona-Zeit erhöhen sich die geplanten Bundeseinnahmen wieder – über 10 % 2022 und nochmals 15 % 2023 auf ein dann etwa gleichbleibendes und in der Nähe der Ausgaben liegendes Niveau.

6. Alles in allem ergibt sich die hohe Nettoneuverschuldung des Bundes 2020 und 2021 sowohl aus einem Ansteigen der Ausgaben zur Unterstützung von Wirtschaft und privaten Haushalten in der Corona-Krise als auch aus einem Rückgang der Einnahmen durch geringere Steueraufkommen aufgrund geringerer Wirtschaftsleistungen der Betriebe und geringerer Einkommen der privaten Haushalte. Diese Ursachen sind temporärer Natur, weshalb sich Ausgaben und Einnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung in einem ähnlichen Maße auf ihre Ausgangssockel zurückbewegen.

Tab. 12.4 zeigt nun, wie sich im Entwurf des Bundesetats für 2021 die Ausgaben auf die wichtigsten Ressorts verteilen.

Die Entstehung des Bundeshaushaltes ist ein komplexer Prozess, der sich in mehreren zeitlichen Etappen vollzieht und durch gesetzliche Bestimmungen geregelt ist. Im Mittelpunkt steht dabei das Haushaltsgesetzgesetz.

Haushaltsgesetzgesetz	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltungsrechts des Bundes und der Länder	HGrG	8/19/1969	BGBI.I 1273
-----------------------	---	------	-----------	----------------

Den Entwurf des Haushaltplanes des Bundes erarbeitet der Bundesfinanzminister. Der Entwurf wird von der Bundesregierung in den Bundestag eingebracht und schließlich, nachdem es den Bundesrat passiert hat, als **Haushaltsgesetz** verabschiedet. Dieser letzte Schritt liegt in der Regel erst während der ersten Hälfte des laufenden Haushaltjahres. Machen sich Änderungen noch vor der Verabschiedung im Bundestag erforderlich, werden diese in Form eines Ergänzungshaushaltes vorgenommen, Liegen sie zeitlich danach, handelt es sich um einen Nachtragshaushalt.

**Tab. 12.4** Die Ausgaben des Bundes 2021 und 2022 nach Einzelplänen. (Quelle: Statista 2021e)

Ausgaberessorts Bund 2021	Anteil 2021 (HH)	Anteil 2022 (HH-Entwurf)
Arbeit und Soziales	30,1 %	38,5 %
Allgemeine Finanzverwaltung	23,5 %	10,1 %
Verteidigung	8,6 %	11,7 %
Gesundheit	8,0 %	4,0 %
Verkehr und digitale Infrastruktur	7,5 %	8,0 %
Bildung und Forschung	3,8 %	4,6 %
Inneres, Bau und Heimat	3,3 %	4,4 %
Bundeschuld	2,8 %	3,9 %
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2,4 %	2,9 %
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	2,3 %	2,6 %
Wirtschaft und Energie	1,9 %	2,3 %
Finanzen	1,6 %	2,0 %
Sonstige	4,2 %	5,0 %
<b>Gesamt</b>	<b>100 % (547,7 Mrd. €)</b>	<b>100 % (419,8 Mrd. €)</b>

Von der jährlichen Haushaltsplanung zu unterscheiden ist die **mittelfristige Finanzplanung**. Wir kennen sie im Vorgriff bereits aus Tab. 12.3. Die mittelfristige Finanzplanung bezieht sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren und ist ein ergänzendes Instrument zum traditionellen jährlichen Haushaltsplan. Die mittelfristige Finanzplanung ist für Bund, Länder und die kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden) ebenfalls gesetzlich geregelt. Sie wird jährlich gleitend fortgeschrieben und schließt den Vorzug ein, dass bei der Finanzierung von mehrjährigen Projekten auch die Erfassung und Berücksichtigung der Folgekosten möglich ist. Gleichzeitig kann das Einnahme- und Ausgabeverhalten des Staates besser dem Konjunkturzyklus angepasst werden. Die mittelfristige Finanzplanung trägt im Unterschied zum Staatshaushalt keinen verbindlichen Charakter. Ihr kommt aber eine wichtige Orientierungsfunktion für die spätere Haushaltssplanung des jeweiligen Jahres zu. Wieweit sie dieser Aufgabe gerecht wird, ist allerdings umstritten.

---

## 12.3 Steuern

### 12.3.1 Aufkommensquelle Steuern

Für private Haushalte und Unternehmen sind Steuern ein Kostenfaktor. Ein Betriebswirt lernt und muss wissen, wie er im Rahmen geltender Gesetze die Steuerbelastung möglichst gering hält. Aus Sicht des Staates ist der Blickwinkel genau umgekehrt. Hier sind die Steuern Aufkommensquelle. Wir wissen aus Tab. 12.2, von welch hoher Bedeutung. Ebenso sind die Steuereinnahmen der Boden, auf dem der Staat erst in der Lage ist, Finanzpolitik zu betreiben. Ebenso wie die Finanzpolitik verfolgt so auch die Steuerpolitik neben dem fiskalischen Ziel ein Stabilisierungsziel und ein Umverteilungsziel.

► **Steuern** sind Geldleistungen, die ein öffentliches Gemeinwesen auf gesetzlicher Grundlage in einseitig festgelegter Höhe und ohne individuelle Gewährung von Gegenleistungen steuerpflichtigen Haushalten und Unternehmen auferlegt.

Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen Steuern und nicht zu ihnen gehörenden Gebühren ist die Einseitigkeit der Leistung, die nicht vorgesehene direkte Gegenleistung. Deutlich wird der Unterschied im Vergleich von Umsatzsteuern beispielsweise zu den Rundfunkgebühren. Den Weg meines als Umsatzsteuer gezahlten Geldes kann ich nur schwerlich nachverfolgen, und erst recht nicht Art und Umfang der Leistung, in der es wieder zu mir zurückkehrt. Ein Zahler von Rundfunkbeiträgen (GEZ) erhält dafür den Empfang von Rundfunk oder Fernsehen als zuordenbare Gegenleistung. Und wenn er in seiner Wohnung weder Radio, TV oder Computer hat und damit solche Leistungen nicht in Anspruch nehmen kann und will, braucht er nicht zu zahlen. Bei Steuern reicht es aus, dass der Tatbestand (Steuertatbestand) erfüllt ist, an den das Gesetz sie knüpft.

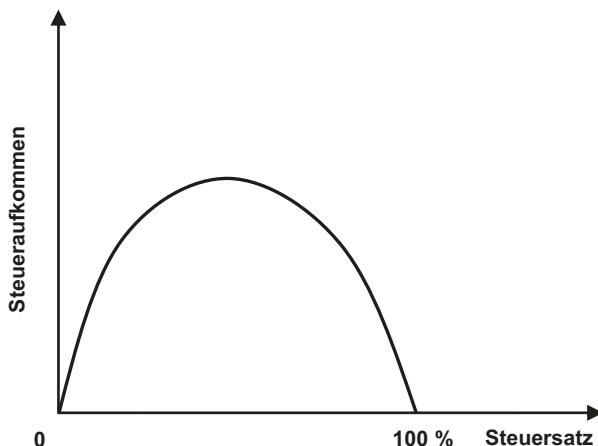
Unabhängig, davon, welches Ziel der Gesetzgeber mit der Steuer im Auge hat, muss er das Verhalten des Steuerzahlers vorauskalkulieren. Nehmen wir an, der Staat verfolgt das

rein fiskalische Ziel, ein größtmögliches Steueraufkommen zu erzielen, um seine Ausgaben finanziert zu können. Sehen wir dabei von allen wirtschaftspolitischen Aspekten ab und konzentrieren uns allein auf das Verhalten des Steuerzahlers. Muss der Staat, um ein Maximum an Steuereinnahmen zu erzielen, den Steuersatz (Prozentsatz der Bezeichungsgrundlage der Steuer) so hoch wie möglich ansetzen? Antwort darauf gibt das Modell der **LAFFER – KURVE** in Abb. 12.6. Durch sie wird das Steueraufkommen in Abhängigkeit vom Steuersatz dargestellt.

Was sagt der Kurvenverlauf aus? Betrachten wir als Beispiel die Besteuerung des Gewinns eines Unternehmens. Beträgt der Steuersatz Null, so ergibt sich mit mathematischer Logik ein Steueraufkommen von ebenfalls Null. Werden auf der anderen Seite 100 % des Gewinns besteuert, entfällt spätestens an dieser Stelle der Anreiz für das Unternehmen, zu wirtschaften. Die Folge ist keine Flucht aus der Steuer, sondern eine Flucht aus dem Steuertatbestand. In jedem Fall wäre bei einem maximalen Steuersatz das Steueraufkommen ebenso wie bei einem Null-Steuersatz gleich Null. Wie sieht es aber zwischen diesen beiden Extrempunkten aus? Zunächst kann mit steigendem Steuersatz das Steueraufkommen rasch wachsen. Steigt der Steuersatz weiter, werden immer mehr Steuerpflichtige in immer stärkerem Maße dem Steuertatbestand – hier der Erzielung von Gewinn – ausweichen. Sie vermeiden ihn, minimieren weniger konsequent die Kosten oder suchen Alternativen. Solange es (noch – vgl. Abschn. 12.6) international unterschiedliche Unternehmensbesteuerung gibt, in der Verlegung der Produktion ins Ausland. Das Steigen der Kurve schwächt sich ab und beginnt nach dem Scheitelpunkt – im Modell bei einem angenommenen Steuersatz von 50 % – zu fallen. Ab hier fällt der abnehmende Steuertatbestand stärker ins Gewicht als der sich weiter erhöhende Steuersatz.

Theoretisch ließe sich mit der LAFFER-Kurve ein optimaler Steuersatz bestimmen, bei dem das Steueraufkommen des Staates seinen höchsten Wert erreicht. Von angebotsorientierten Nationalökonomien wie Arthur B. LAFFER (geb. 1940) wurde dessen Modell in die Wirtschaftspolitik von US-Präsident Ronald Reagan eingebbracht. Die Grundidee

**Abb. 12.6** LAFFER-Kurve



von Reagens bis 1983 abgeschlossener 25-prozentigen Einkommensteuersenkung war, sich – um im Bild zu bleiben – auf der LAFFER-Kurve aus der rechten Hälfte nach links dem Scheitelpunkt zu nähern und damit das Steueraufkommen zu erhöhen. In Wirklichkeit sanken jedoch die Steuereinnahmen des amerikanischen Staates, was zur Ausweitung des Haushaltsdefizits führte. Es kam zu dem bekannten Phänomen der Hochzinsära in den USA zu Beginn der 1980er-Jahre. Das alles spricht nicht gegen die grundsätzliche Richtigkeit von Modellen, aber gegen die Unfehlbarkeit ihrer vielen Abstraktionen in der praktischen Umsetzung.

Steuern werden, und da setzen wir wieder an der Grundidee der LAFFER-Kurve an, grundsätzlich auf solche Sachverhalte erhoben, auf die die Steuerpflichtigen schlecht verzichten können. Bei denen die Elastizität der Reaktion auf Steuererhöhungen folglich möglichst gering ist. Musste man früher für das Überschreiten eines Flusses Brückenzoll entrichten, konnte man dem nur entgehen, indem man ins Wasser stieg und schwamm. Oder seinen Weg nicht fortsetzte. Viele unserer heutigen Verbrauchsteuern beziehen sich auf Genussmittel, auf die der Konsument nur schwer verzichten kann – Kaffee, Bier, Schaumwein oder Zucker. Auch die Erhöhung der Mineralölsteuer müsste weit auf der Kurve nach rechts rücken, bis die Leute ihre Autos stehen ließen.

Verfolgt der Staat mit seiner Steuerpolitik nicht nur fiskalische, sondern auch Stabilisierungs- und Umverteilungsziele, so muss er die Möglichkeit der **Steuerüberwälzung** in Betracht ziehen. Die findet statt, wenn ein steuerpflichtiger Produzent die Möglichkeit nutzt, die Steuerlast über den Preis auf den Konsumenten ganz oder teilweise zu übertragen. Die Möglichkeit, das zu tun, ist legal. In welchem Maße sie umsetzbar ist, hängt vom Angebot-Nachfrage-Verhältnis am jeweiligen Markt ab. Eine „Negativ-Umwälzung“ kann in diesem Sinne dann stattfinden, wenn eine Steuererleichterung für einen Hersteller nicht an den Kunden über einen entsprechend niedrigeren Preis weitergegeben wird.

---

### Beispiel

Ein gängiger Gegenstand von Steuerüberwälzung durch den Preis ist die Mehrwertsteuer. Im Januar 2007 stieg sie von 16 % auf 19 %. Zu entrichten ist die Mehrwertsteuer durch das Unternehmen, den Produzenten. Zum Beispiel durch ein Restaurant. Für dieses stiegen im konkreten Fall analog die Kosten und damit die Preiskalkulation. Hat ein Menü 2016 noch 20,00 € gekostet, war (unter sonst gleichen Umständen) die Regel ab 2017 eine Veränderung der Speisenkarte von  $20,00 \text{ €} : 1,16 \times 1,19 = 20,52 \text{ €}$ . Das fand nicht 1:1, wohl aber tendenziell statt. Corona-bedingt wurde nun vom 01.07.2020 bis 30.06.2021 der Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie von 19 % auf 7 % gesenkt. Die analoge Rechnung ergibt:  $20,52 \text{ €} : 1,19 \times 1,07 = 18,45 \text{ €}$ . Wer die Preise beobachtet hat, dem wurde deutlich, dass so etwas den wenigsten Restaurants in den Sinn gekommen ist. Nun muss man eines in Rechnung stellen: Im Normalfall sollen Mehrwertsteuersenkungen wirklich vor allem dazu dienen, den Verbraucher zu entlasten. Im Falle Corona war aber das erklärte Ziel der Regierung, mit der Mehrwertsteuersenkung die wirtschaftlichen Folgen für die Unternehmen abzufedern – vor allem für die Betriebe.

Gleichzeitig trifft aber auch zu, dass sich durch Corona die Einkommensverhältnisse für die Verbraucher, in unserem Falle die potentiellen Gäste, verschlechtert haben. Auch nach Wiederöffnung im Mai 2020 war in den Restaurants (offensichtlich auch deshalb) ein zurückhaltender Besucherverkehr zu beobachten. In wenigen Fällen war die Geschäftsstrategie zu erkennen, geringere Preise und Ergebnisse pro Stück (Mahlzeit) durch mehr Kunden und Umsätze über zu kompensieren. Auf dem Wege einer Optimierung von Ergebnis pro Stück und der damit möglichen Maximierung des Gesamtergebnisses. Wir erinnern uns an die Unternehmenstheorie in Kap. 8. ◀

Die Vielfalt der Steuern in Deutschland ist groß. Verschiedene Unterscheidungskriterien der Steuern führen zu unterschiedlichen Wegen, sie zu klassifizieren. Tab. 12.5 gibt einen Überblick über die wichtigsten von ihnen.

Bevor wir uns dem Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland zuwenden, ist es zweckmäßig, die Klassifikation der Steuern nach Erhebungsebenen und die dort angesiedelten Steuerarten etwas genauer zu betrachten.

Gemeinschaftssteuern sind Steuern, deren Aufkommen nach festgelegtem Schlüssel auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt wird. Sie machen, wie aus Tab. 12.6 deutlich wird,

**Tab. 12.5** Steuerklassifikation

Unterscheidungskriterium	Klassifikation
Steuerobjekt	Einkommensteuern, Vermögenssteuern Ertragssteuern, Verbrauchssteuern und andere
Steuersubjekt	Haushaltssteuern, Unternehmenssteuern
Umwälzbarkeit über den Preis	direkte und indirekte Steuern
Ebene der Steuererhebung	Gemeinschaftssteuern, Bundessteuern Ländersteuern, Gemeindesteuern, Zölle

**Tab. 12.6** Steuereinnahmen nach Erhebungsebenen und Steuerarten (ohne Zölle). (Quelle: Deutsche Bundesbank 2021, eigene Berechnungen)

Steuerebene/Steuerart	1919 (Mrd. €)	1920 (Mrd. €)
<b>I</b> <b>Gemeinschaftssteuern</b>	<b>595</b>	<b>544</b>
<b>1</b> <b>Einkommensteuer</b> Lohnsteuer (65 %), Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer u. a.	344	321
2 Umsatzsteuer	243	219
3 Sonstige	8	4
<b>II</b> <b>Bundessteuern</b> Energiesteuer (36 %), Soli-Zuschlag, Tabaksteuer, Stromsteuer, Versicherungssteuer, KFZ-Steuer, Alkoholsteuer, u. a.	<b>110</b>	<b>106</b>
<b>III</b> <b>Ländersteuern</b> Grunderwerbsteuer (58 %), Erbschaftsteuer, Wettsteuer u. a.	<b>26</b>	<b>28</b>
<b>IV</b> <b>Gemeindesteuern</b> Gewerbesteuer, (74 %), Grundsteuern	<b>72</b>	<b>61</b>
<b>Gesamt</b>	<b>803</b>	<b>739</b>

mit knapp dreiviertel den höchsten Anteil am Gesamtsteueraufkommen aus. Unter den Gemeinschaftssteuern dominieren wiederum die Einkommensteuern den Umfang. Sie sind mit mehr als vierzig Prozent des Gesamtaufkommens die wertmäßig wichtigste Steuerart.

Tab. 12.6 enthält nicht die Einnahmen aus Zöllen. Diese sind definitorisch auch Steuern. Zölle (insbesondere Einfuhrzölle) sind eine Bundessteuer. Ihr Aufkommen lag 2019 und 2020 bei jeweils 5 Mrd. €. Zuständig für die Erhebung und Verwaltung von Zöllen sind Deutschland wie auch die anderen Mitgliedsstaaten der EU. Zolleinnahmen sind in einem zweiten Schritt an die EU weiterzuleiten. Sie sind eine der wenigen direkten Aufkommensquellen des EU-Haushaltes.

### 12.3.2 Finanzausgleich

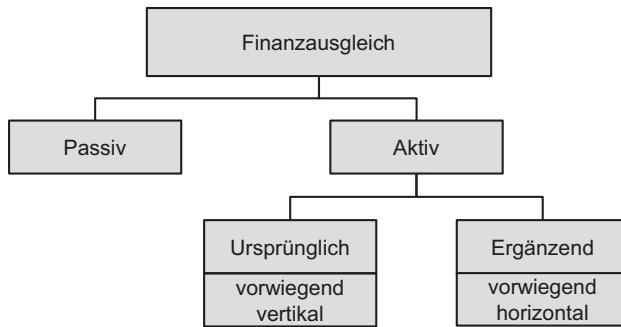
Wie wir gesehen haben, gliedert sich der Staatshaushalt in eine Reihe verschiedener Haushalte der einzelnen Gebietskörperschaften auf. Jeder dieser Haushalte muss mit seinen Aufkommen (vor allem an Steuern) diejenigen Ausgaben finanzieren, die ihm aus den durch ihn zu erbringenden Leistungen entstehen. Es leuchtet ein, dass es von der Verteilung der Steuereinnahmen zum einen und von der Verteilung der Aufgaben auf die Gebietskörperschaften zum anderen abhängt, wie diese jeweils mit der Kombination aus Einnahmen und Ausgaben in ihrem Haushalt zurechtkommen. Im Einzelfall und im Zeitverlauf ist es nicht immer möglich, dass dort, wo die Ausgaben anfallen, gestrichen Korn auch die Einnahmen zu platzieren. Es wäre denkbar, dass der eine Haushalt aus dem Vollen schöpfen kann, während der andere trotz strengster Sparsamkeit nicht hinkommt. Da im föderalistischen System jedem Bürger ein gleicher Anspruch auf staatliche Leistung zukommt, bedarf es eines Ausgleichsmechanismus. Ein solcher Mechanismus wird im Grundgesetz (Artikel 106 und 107) prinzipiell geregelt.

Wir kennen den Finanzausgleich vor allem aus der politischen Diskussion um ihn. Im Mittelpunkt stand dabei aber meist der „Länderfinanzausgleich“, der ab 2020 durch neue Regularien ersetzt wurde.

Der Mechanismus des Finanzausgleichs im erweiterten Sinne (vgl. Abb. 12.7) ist mehr als der Länderfinanzausgleich, der als „horizontaler Finanzausgleich“ Bestandteil des Gesamtmechanismus ist. Er hat über viele Jahrzehnte die Geschichte des deutschen Finanzwesens mitgeprägt und war nie unumstritten. Auch, weil durch seine Kenntnis andere Instrumente und Diskussionen besser zu verstehen sind, ist er Teil von Abb. 12.7.

Die Elemente von Abb. 12.7 sind auch als Stufen einer zeitlichen und logischen Reihenfolge zu verstehen.

Der **passive Finanzausgleich** ist die Verteilung der staatlichen Aufgaben im Sinne des Grundgesetzes auf Bund, Länder und Gemeinden. Das ist der erste, dauerhaft bestehende Sockel, auf dem die notwendigen Ausgaben und in der Folge die Einnahmen und möglicherweise notwendigen Finanzausgleiche aufsetzen. Der **aktive Finanzausgleich** sichert die Verteilung des finanziellen Aufkommens, der Steuern, so, dass sie der Aufgabenverteilung entspricht. Der **ursprüngliche aktive Finanzausgleich** ist vorwiegend vertikal.



**Abb. 12.7** Finanzausgleich

Das heißt, er erfolgt zwischen Bund und Ländern. Der vertikale Finanzausgleich ist im Grundgesetz (Artikel 106) geregelt und besteht im Wesentlichen a) in der Aufteilung der Steuerarten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und b) in der Aufteilung der großen Gemeinschaftssteuern wie Einkommensteuer und Umsatzsteuer auf diese Gebietskörperschaften. Das alles bleibt. Der ergänzende, der horizontale Finanzausgleich – der Länderfinanzausgleich – ist das so nicht mehr existente corpus delicti.

**Prinzip des Länderfinanzausgleichs:** Der Länderfinanzausgleich dient dem Föderalismus - einer angemessenen ausgeglichenen regionalen Verteilung finanzieller Mittel.

*„Es ist sicherzustellen, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird.“*

Quelle: Grundgesetz

Erst, wenn mit der passiven und ursprünglichen aktiven Harmonisierung von Einnahmen und Ausgaben nicht alles erreicht wurde, war als Feinsteuering Stufe Drei des Finanzausgleichs aufgerufen – der Länderfinanzausgleich. Der lag zuletzt bei 2 – 3 Prozent des Steueraufkommens von Ländern und Gemeinden. Vergleichsweise gering und filigran, aber wie so oft bei solchen Rechnungen auf gesamtvolkswirtschaftlicher Ebene: mit 10 Mrd. Euro respektabel in seiner absoluten Höhe. Im Prinzip ging es darum, die pro Einwohner (verbliebenen) unterschiedlichen Steueraufkommen der Länder, die auf ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungskraft beruhten, auszugleichen. Ziel war es, in jedem Bundesland einen gleich großen Finanzbedarf pro Einwohner Rechnung zu tragen. Die Steuerkraft ausgleichsberechtigter Länder sollte 91 %, später 95 % des Durchschnitts aller Bundesländer nicht unterschreiten. Leitmotiv war: Reiche Bundesländer helfen armen – Autonomie durch Solidarität. Das finanzielle Autonomie-Prinzip wird in seiner Bedeutung verständlich mit Blick auf die Geschichte. In der Weimarer Republik erfolgte eine zentralistische Umverteilung. Die Länder waren „Kostgänger des Reiches“. In der Bundesrepublik Deutschland können wir die Entwicklung des dezentralen Länderfinanzausgleichs in drei Phasen unterteilen.

**Erste Phase (1950 – 1989):** Als erste Phase kann der Länderfinanzausgleich zwischen den alten Bundesländern vor der deutschen Einheit verstanden werden. Hier waren die

Unterschiede in Wirtschaftskraft und pro-Kopf-Steueraufkommen vergleichsweise gering. Das Ausgleichsvolumen lag in den 1980er-Jahren bei rund 1 Milliarde Euro. Traditionelle „Geber-Länder“ waren u. a. Baden-Württemberg und Hessen. Zu den „Nehmer-Ländern“ gehörten Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, das Saarland und – bis Ende der 1980er-Jahre auch Bayern.

**Zweite Phase (1990 – 2019):** Mit der deutschen Wiedervereinigung ist die Zahl der Bundesländer von 11 auf 16 gestiegen. Was aber wichtiger war: das wirtschaftliche Leistungsgefälle zwischen den Bundesländern wurde deutlich höher als vorher. Und damit die potentielle Höhe eines Länderfinanzausgleichs. Auch wenn Hoffnung in eine schnelle wirtschaftliche Angleichung zwischen Ost und West bestand, drohte das ganze System des Länderfinanzausgleichs Schlagseite zulasten der alten Bundesländer zu bekommen. Deshalb wurde der Mechanismus für die neuen Bundesländer von 1990 bis 1994 (Artikel 7 des Einigungsvertrages) ausgesetzt und dort durch Programme des Bundes ausgeglichen. Deshalb liegen die jährlichen Werte bis 1994 insgesamt weiter bei 1 bis 2 Milliarden Euro. Mit Einsetzen des Mechanismus für alle Bundesländer ab 1995 erhöhte sich das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs auf 5 bis 8 Milliarden Euro. Zuletzt, 2019, betrug es 11 Milliarden Euro. „Geber-Länder“ waren alle alten Bundesländer außer Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und – später – auch Nordrhein-Westfalen. Neben diesen zählten alle neuen Bundesländer zu den „Nehmer-Ländern“. Die steigende Zahl der Ausgleichssummen bis 2019 und die sich zementierende Kopflastigkeit ist a) kein Beleg für die Angleichung der Wirtschaftskraft zwischen alten und neuen Bundesländern, aber auch nicht zwischen den alten. Und sie ist b) der Grund zunehmender politischer Diskussionen und Klagen. Deshalb kam die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs 2020 in seiner bisherigen Form folgerichtig.

**Dritte Phase (ab 2020):** Formal entfällt der Mechanismus des direkten horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern. Die Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden im neuen System, und zwar nahezu vollwertig, durch eine Steuerung der Anteile an der Umsatzsteuer im Rahmen der Gemeinschaftssteuern ausgeglichen. Damit wird Artikel 107 des Grundgesetzes weiterhin Rechnung getragen. Die Form ist weniger geräuschvoll und setzt anstatt an der Steuerkraft nunmehr an der Finanzkraft der Länder an. Damit wird auf neue Art der Anspruch aller Bürger auf gleiche staatliche Leistungen gewahrt. Was aber wie beim alten Länderfinanzausgleich kein Werkzeug zur realen Angleichung der Wirtschaftskraft zwischen den Bundesländern, sondern ein therapeutisches Instrument, eine „Reparaturwerkstatt“, ist. Darüber hinaus kann abgewogen werden, ob der Preis für den geräuschloseren Weg der Umsatzsteuerverteilung ein Schritt zurück von Autonomie in Richtung „Kostgänger“ der Zentrale (s. o.) ist.

---

## 12.4 Finanzpolitik und Konjunktur

Bisher haben wir die Finanzpolitik vor allem aus Sicht ihres fiskalischen Ziels und ihres Umverteilungsziels kennengelernt. Dabei wurde deutlich, dass dem Ausgleich der Ausgaben durch entsprechend hohe Einnahmen eine unverändert hohe Bedeutung zukommt.

Sehen wir im Folgenden die Finanzpolitik als Bereich der Konjunkturpolitik, in ihrer Stabilisierungsfunktion, kommt es gleichzeitig darauf an, dass der Staat mit seinen Einnahmen und Ausgaben zu hohe oder zu niedrige Nachfrage der privaten Wirtschaft im Konjunkturverlauf ausgleicht. Noch vor den uns bekannten Forderungen des Stabilitätsgeistes ist die konjunkturpolitische Option der Finanzpolitik bereits im Grundgesetz enthalten.

*„Durch Bundesgesetz ... können Bund und Länder gemeinsam geltende Grundsätze für das Haushaltrecht, für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufstellen.“*

Quelle: Grundgesetz

In Abschn. 12.2 wurde bereits darauf verwiesen, dass die mittelfristige Finanzplanung aufgrund ihrer zeitraumbezogenen Nähe zum Konjunkturzyklus zumindest eine für die Konjunkturpolitik sehr wichtige ergänzende Rolle zum Staatshaushalt spielt. Und wir haben eine auch an Geldwertstabilität, Wachstum, Beschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht ausgerichtete antizyklische Finanzpolitik als „fiscal policy“ bezeichnet.

### 12.4.1 Fiscal policy

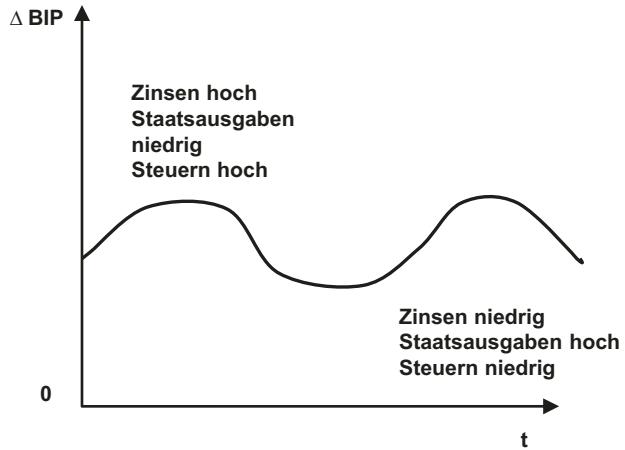
In einer keynesianisch orientierten Finanzpolitik kann der Staat sowohl über seine Einnahmen als auch über seine Ausgaben konjunkturelle Schwankungen „ausbremsen“. Faustregel ist, in der Krise eine expansive und im Boom eine kontraktive Haushaltspolitik zu praktizieren.

Eine **expansive Haushaltspolitik** verlangt, dass der Staat seine Ausgaben erhöht und seine Einnahmen (Steuereinnahmen) drosselt. Eine solche Politik auf die Situation einer Konjunkturkrise übertragen, heißt: Die gegenüber den Produktionskapazitäten zu geringe private Nachfrage wird durch verstärkte staatliche Nachfrage (Konjunkturförderprogramme, Vorziehen und Erhöhung öffentlicher Aufträge) zumindest teilweise ausgeglichen. Gleichzeitig können zurückgehende Steuerbelastungen (begrenzte Möglichkeiten bei stabilem Gesetzesrahmen) gewisse zusätzliche Freisetzung privater Nachfrage schaffen.

Das Wesen einer **kontraktiven Haushaltspolitik** besteht in einer Zurücknahme staatlicher Nachfrage und in einer Erhöhung der Steuereinnahmen. Damit schafft der Staat im Boom folgende Situation: Die Schere zwischen überhitzter privater Nachfrage und dem an seine Kapazitätsgrenzen gelangenden Angebot wird nicht noch durch vermeidbare staatliche Nachfrage vergrößert. Staatliche Aufträge werden, soweit möglich, verschoben. Ein, im gesetzlichen Rahmen mögliches, Anziehen der Steuerschraube kann einen Teil der überschüssigen privaten Nachfrage binden. Analog zur antizyklischen Geldpolitik in Kap. 11 ergänzt Abb. 12.8 das einfache Modell aus Abb. 11.9 durch eine antizyklische Finanzpolitik. Es entsteht das Idealbild einer im Konjunkturverlauf konzertierten antizyklischen Geld- und Finanzpolitik.

Das Idealbild von Abb. 12.8 wird in der praktischen Wirtschaftspolitik so klinisch sauber kaum zu beobachten sein. Grund ist, dass solche vereinfachten Modelle von vielen

**Abb. 12.8** Kombinierte antizyklische Geld- und Finanzpolitik



anderen Einflussfaktoren und Aufgaben absehen, die zum Teil andere Maßnahmen, als die abgebildeten, erfordern.

Wenn der Staat in der Krise die Ausgaben erhöht und die Einnahmen verringert, entsteht eine konjunkturpolitisch bedingte Finanzierungslücke, die durch (zeitweilige) Kreditaufnahme geschlossen werden müsste. Der Begriff hierfür ist „deficit spending“. Dabei kann es wiederum zu ungewollten Wirkungen kommen, die dem ursprünglichen konjunkturpolitischen Ziel entgegengesetzt sind. Solche Wirkungen werden als „crowding-out-Effekt“ bezeichnet.

► Der **crowding-out-Effekt** besteht darin, dass bei einer kreditfinanzierten Erhöhung der Staatsnachfrage die Gesamtnachfrage nach Krediten und damit die Kreditzinsen steigen. Was dem Modell in Abb. 12.8 in der Talsohle seiner Kurve entgegenwirkt. Private Nachfrage wird verdrängt.

Der Staat hätte im beschriebenen Fall konjunkturbelebende Effekte seiner eigenen Nachfrageerhöhung durch das Zurückdrängen privater Nachfrage wieder zunichtegemacht. Eine Lösung besteht, wie wir sehen werden, in der Nutzung gegenüber der Kreditaufnahme alternativer Finanzierungsmöglichkeiten. Mit ihnen wird auch ein Trennstrich zwischen temporärer konjunkturpolitischer Einnahme- und Ausgaberegulierung und chronischer Neuverschuldung gezogen, die ihrerseits langfristig die Gesamtverschuldung (wie sie Thema von Abschn. 12.5 sein wird) erhöht.

### 12.4.2 Finanzpolitische Mittel der Stabilisierung: Konjunkturausgleichsrücklage

Träger antizyklischer staatlicher Finanzpolitik sind im engeren Sinne Bund und Länder. Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden fallen für eine wirkungsvolle Abschwächung konjunktureller Schwankungen weitgehend aus.

Gehen wir modellhaft von einem mittelfristig ausgeglichenen Haushalt aus, so muss nach dem Stabilisierungsziel einem Überhang der Ausgaben über die Einnahmen in der Krise ein ebenso großer Überhang der Einnahmen über die Ausgaben im Boom folgen oder vorausgehen. Eine solche antizyklische Finanzpolitik auf gesamtwirtschaftlicher Ebene lässt sich leicht aus der Sicht eines einfachen Familienetats verstehen. Viele von uns handeln danach. Wir müssen auf die Höhen und Tiefen des Lebens gleichermaßen eingerichtet sein. In guten Zeiten (Boom) legt man etwas zurück, um es in schlechten Zeiten (Krise) zusätzlich zu den geringer gewordenen Einnahmen ausgeben zu können. Ein Sparstrumpf – hier unter dem Bett des Staates.

Diesem gedanklichen Modell folgt die Einrichtung der Konjunkturausgleichsrücklage, wie sie im Stabilitätsgesetz vorgesehen ist.

► Die **Konjunkturausgleichsrücklage** sind bei der Deutschen Bundesbank zurückgelegte unverzinsliche Guthaben von Bund und Ländern, die im Boom aus maximal 3 % der jährlich erzielten Steuereinnahmen entstehen.

Vor allem Weiteren: Zurücklegen kann man nur etwas, was man vorher gespart hat. Baut ein Staat infolge von Faktoren, die nichts mit Konjunktur zu tun haben, durch jährliche Neuverschuldung die Gesamtverschuldung ständig auf, ist es schwer, in dieser Gemengelage eine Konjunkturausgleichsrücklage zu bilden oder zu erkennen.

Das finanztheoretische Prinzip der Konjunkturausgleichsrücklage ist kaum umstritten, wohl aber seine mögliche konjunkturpolitische Wirksamkeit. Die Rahmenbedingungen der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte haben das ihre getan, um das zu bestätigen. In einer **ersten Phase**, seit dem Stabilitätsgesetz 1967 bis 2013, lagen die jährlichen Haushaltsdefizite zwar immer deutlich im Maastricht-Korridor von 3 % des BIP, es waren aber eben immer Defizite, die die Gesamtverschuldung aufbauten. Im Rahmen dieser Gesamtrendenz wurden zu Beginn der 1970er-Jahre Konjunkturausgleichsrücklagen aufgebaut und Ende der 1970er-Jahre wieder abgebaut. Danach spielten sie nur noch eine geringe Rolle. Nach dem Übergang zu leichten Haushaltsüberschüssen ab 2014, einer **zweiten Phase**, gab es für eine Konjunkturausgleichsrücklage formal bessere Bedingungen. Diese erübrigten sich jedoch mit der verfassungsmäßigen Einführung der Schuldenbremse (Beschränkung der jährlichen Neuverschuldung auf 0,35 des BIP) ab 2016. In einer **dritten Phase** (seit 2020) wurde die Schuldenbremse angesichts der außergewöhnlichen Umstände der Corona-Krise ausgesetzt. Allein die Neuverschuldung des Bundes lag 2020 bei rund 130 Mrd. € und wird 2021 bei 240 Mrd. € erwartet. Beträge nicht nur über dem Limit der Schuldenbremse, sondern auch über der Maastricht-Grenze. In einer solchen Situation außergewöhnlicher Haushaltsbelastungen zur Schadensminimierung in Wirtschaft und Gesellschaft überlagern oder verdrängt strukturelles Krisenmanagement klassische Instrumente der Konjunkturpolitik.

Die bisher mäßigen Erfolge der fiscal policy im Konjunkturverlauf nährt die monetaristische Forderung nach Abbau staatlicher, finanzpolitischer Eingriffe in den Konjunkturverlauf, nach Reduzierung der Staatsquote und danach, die gesamtwirtschaftliche Stabilisierungsfunktion der Geldpolitik und damit der Zentralnotenbank zu überlassen.

Gleichwohl enthält das Grundgesetz die Forderung an die Haushalte von Bund und Ländern, bei Einhaltung der Haushaltsdisziplin den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.

*„Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelung zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung vorsehen.“ „Abweichungen der tatsächlichen Kreditaufnahme von der ... zulässigen Kreditobergrenze werden auf einem Kontrollkonto erfasst.“*

Quelle: Grundgesetz

Das ist verfassungsseitig geforderte fiscal policy, und das ist die Beschreibung des Grundgedankens der Konjunkturausgleichsrücklage. Wie bei der Bewertung vieler Gesetze bleibt die Frage unbeantwortet: Ist die Regel falsch, oder hat man sich nur nicht daran gehalten?

### 12.4.3 Öffentliche Finanzen in der Corona-Krise

Es leuchtet ein, dass die Finanzpolitik, blicken wir auf ihre aktuelle Praxis, durch die in der jüngeren Geschichte einmalig schweren wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise betroffen ist. Das findet in den bisherigen Abschnitten dieses Kapitels seinen Niederschlag, und das wird sich im letzten Abschnitt zur Staatsverschuldung fortsetzen. Hier wollen wir den Versuch unternehmen, ausgewählte Fakten und Erkenntnisse zu öffentlichen Finanzen und Finanzpolitik in der Pandemie-Krise in übersichtlicher Form zusammenzufassen.

**Pandemie-Krise und Konjunktur:** Der Konjunkturverlauf bildet den Rahmen für die Finanzpolitik – als fiscal policy. Das Corona-bedingte Herunterfahren der Wirtschaft stieß 2020 auf eine Phase im Konjunkturzyklus, die sich – auch ohne Corona – der Talsohle näherte. Nach der Konjunkturkrise 2012/13 – nach etwa 5 Jahren – kündigte sich die nächste Depression an. Auf eine Wachstumsrate von 2,6 % im Boom 2017 folgte deren Sinkflug auf 1,3 % 2018 und auf 0,6 % 2019. Der ohnehin vorhandene konjunkturpolitische Handlungsbedarf wurde durch die einmaligen Krisenfolgen um ein Vielfaches verstärkt. Die Finanzpolitik des Staates hat 2020 mit dem Einsatz erheblicher Haushaltsmittel die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Möglichkeiten stabilisieren können. Dabei ist es müßig, auf die Konjunktur gerichtete und auf die strukturelle Krise gerichtete Maßnahmen zu unterscheiden. Die Instrumente liegen nicht in zwei verschiedenen Schubladen. Sie sind potentiell die gleichen.

**Auswirkung auf Haushalt und Defizite:** Der Preis der außergewöhnlichen Stabilisierungsmaßnahmen war nach einem Überschuss des Gesamthaushaltes von + 1,5 % zum BIP noch 2019 ein Defizit von – 4,8 % 2020 mit einem Ausblick auf mehr als – 8 % 2021. (Quelle Bundesministerium der Finanzen, 2021) Das sind erstmals seit 2014 überhaupt wieder Defizite – Defizite über der EU-Obergrenze von 3 %, und erst recht über der

ab 2016 selbstaufgerlegten Schuldenbremsen-Grenze von 0,35 %. Alles war legitimiert, da die Notfallklauseln im EU-Vertrag (Artikel 122) und im Grundgesetz (Artikel 115) aktiviert und die Begrenzungen vorübergehend außer Kraft gesetzt wurden. Wie lange, und ob eine Rückkehr in den Korridor überhaupt realistisch ist, darüber wird gestritten. Die Überziehung eines ausgeglichenen Haushalts um rund 5 % des BIP bedeuten ein Volumen von etwa 130 Mrd. €. Zu den Faktoren dieses Defizits zählen durch den Wirtschaftseinbruch gesunkene Steuereinnahmen, steigende Ausgaben für Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld, aber vor allem die noch näher zu beschreibenden Corona-Maßnahmen. Nach übereinstimmender Einschätzungen des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Deutschen Bundesbank wird sich das Defizit in 2021 weiter erhöhen und danach bis 2023 schrittweise stärker auf 1 % sinken. Entlastende Faktoren sind auslaufende Corona-Maßnahmen, Konjunkturerholung und wieder steigende Erträge aus Steuern. Gegenläufig wirken eine im Konjunkturverlauf notwendige expansive Finanzpolitik sowie steigende Ausgaben für Renten, Gesundheit, Pflege sowie für Digitalisierung. (Quellen: Sachverständigenrat 2021, Deutsche Bundesbank 2020)

**Staatliche Corona-Maßnahmen:** Finanzpolitische Maßnahmen des Staates erfolgten zur Unterstützung der Wirtschaft, aber auch der privaten Haushalte und des Gesundheitswesens. Es wird geschätzt, dass diese Maßnahmen in ihrer Gesamtheit den überwiegenden Anteil des insgesamt rund 5 % zum BIP betragenden Gesamtdefizits öffentlicher Haushalte 2020 ausmachen.

„Finanzpolitische Corona-Maßnahmen zielen auf die Unterstützung von Gesundheitssystem, Unternehmen und privaten Haushalten sowie die Konjunkturstabilisierung in der Krise ab.“

Quelle: Deutsche Bundesbank (2020)

Bei aller Einmaligkeit und Größe der Herausforderungen – auch hier dennoch ein Bekenntnis zur fiscal policy. Wollen wir die Corona-Maßnahmen übersichtlich strukturieren, so bieten sich zwei verschiedene Unterscheidungskriterien an: a), das nach Adressaten der Maßnahmen (Unternehmen, Haushalte und Gesundheitswesen) und b) nach ausgabe- und einnahmewirksamen Maßnahmen. Da der Hauptteil der Maßnahmen ausgabewirksam ist, entscheiden wir uns hier für primär die Adressatenvariante:

- Corona-Maßnahmen für Unternehmen:
  - Sofort- und Überbrückungshilfen an Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler
  - Entlastung der Unternehmen bei Sozialbeiträgen auf KuG (bis Ende 2021)
  - Ausgleich für Verluste bei öffentlichen Personenverkehrsunternehmen
  - Senkung der Umsatzsteuersätze im 2. Halbjahr 2020
  - Verschieben von Einnahmen auf der Zeitachse nach hinten
  - Kreditprogramme mit staatlichen Garantien (dar. KfW-Kredite)
  - Eigenkapitalhilfen
- Corona-Maßnahmen für private Haushalte:
  - Verlängerung der Ansprüche auf Arbeitslosengeld I
  - Lockerung der Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosengeld II

- Unterstützung von Eltern durch Kinderbonus
- *Corona-Maßnahmen für das Gesundheitssystem:*
  - Schutzausrüstung, Intensivkapazitäten und Corona-Tests, später Impfungen
  - Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser für nicht belegte Betten (wegen Covid 19)

Die hohen Ausgaben für Kurzarbeitergeld selbst sind keine „neue“ Corona-Maßnahme, sondern die Nutzung eines bestehenden bewährten Instruments der Arbeitsplatzsicherung (im Interesse von Unternehmen und Haushalten) in der Corona-Krise. Es findet sich deshalb nicht in der Auflistung der Maßnahmen, hat aber 2020 eine nie gekannte Dimension erreicht – im Nutzen für Unternehmen und Beschäftigte wie auch in den ausgabeseitigen Belastungen des Staates.

---

#### Beispiel

Während der Finanzkrise gab es im Jahr 2009 3 Millionen Anträge auf Kurzarbeitergeld. Allein zwischen März und Mai des Corona-Jahres 2020 waren es knapp 12 Millionen Anträge. Im Höhepunktmonat Mai 2009 waren 1 Million Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 26 % in Kurzarbeit. Im Höhepunktmonat April 2020 waren es 6 Millionen Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 50 %.

Quelle: Sachverständigenrat (2021) ◀

---

## 12.5 Staatsverschuldung

„Ausgabefreudigkeit macht süchtig. Es gibt weder gute noch schlechte Schulden. Es gibt nur Schulden.“

(Otto Graf Lambsdorff)

Ein mit der Finanzpolitik am häufigsten assoziiertes Wort ist das der Staatsverschuldung. Das Wort „Schulden“ ist in der Umgangssprache negativ besetzt. Dabei heißt es zunächst nichts anderes, als dass ein temporärer Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen zu späteren Zahlungsverpflichtungen führt. Dass jemand durch Aufnahme von Kredit und Übernahme von Verbindlichkeiten Fremdkapital für etwas nutzt, das ihm wichtig ist. Das gilt für Unternehmen und private Haushalte – und auch für den Staat. Das wusste natürlich auch der liberale ehemalige Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Sein Zitat ist ein polemisch zugesetztes – und richtiges – Plädoyer für Haushaltsdisziplin.

„Kreditaufnahme durch den Staat“ kann sich auf Bund, Länder und Gemeinden wie auch auf Sozialversicherungen beziehen. Oft wird aber Staatsverschuldung im statistischen Ausweis auf die Gebietskörperschaften oder noch enger auf den Bund konzentriert.

Ursachen, Art, Befristung und Höhe von Krediten, die ein Staat aufnimmt, können vielfältig sein. Nicht alle sind im engeren Sinne gemeint, wenn landläufig über die Staatsver-

schuldung befunden wird. Wir wollen uns deshalb zunächst einen Überblick darüber verschaffen, aus welchen Beweggründen sich der Staat für eine Kreditaufnahme entscheidet.

### 12.5.1 Ursachen und Arten der Staatsverschuldung

Eine erste Ursache der Kreditaufnahme durch den Staat ist kurzfristiger Natur. Sie liegt, ähnlich wie bei Unternehmen, in der Überbrückung vorübergehenden Auseinanderfalls von Ausgaben und zu ihrer Finanzierung notwendiger Einnahmen innerhalb eines Haushaltjahres. Unter Bedingungen, die einen Ausgleich beider Seiten am Ende des Jahres gewährleisten. Solche Kredite heißen Überbrückungskredite oder **Kassenkredite**. Sie dürfen durch Bund und Länder bei der Deutschen Bundesbank aufgenommen werden. Wir wissen aus Kap. 11 (Bundesbank als „Bank des Staates“), dass der Umfang solcher Kassenkredite (Kreditplafonds) und ihre Laufzeit durch das Bundesbankgesetz stark limitiert sind. Gemeinden nehmen Kassenkredite nicht bei der Bundesbank, sondern bei ihren Hausbanken, also Kreditinstituten, auf.

Eine zweite Ursache, die den Staat zur Kreditaufnahme bewegt, kennen wir aus dem zurückliegenden Abschnitt. Es ist die bewusste Inkaufnahme eines mittelfristigen, aber vorübergehenden Defizits mit dem Ziel, den konjunkturellen Aufschwung zu fördern und damit auftragsgemäß die gesamtwirtschaftliche Stabilität zu fördern. Wir kennen diese Politik unter dem Begriff **deficit spending**. Ist sie lupenrein, so wird die in der Krise aufgenommene konjunkturelle Verschuldung im nächsten Boom durch einen Überschuss der Einnahmen (Steuern) über die Ausgaben wieder ausgeglichen. Oder es wird durch die im vorangegangenen Boom aufgefüllte Konjunkturausgleichsrücklage finanziert.

Beide bisher vorgestellten Arten öffentlicher Kredite, die Kassenkredite und die Konjunktur-Ausgleichs-Kredite, sind nicht gemeint, wenn es um das Problem gewachsener und aufgelaufener Staatsverschuldung geht. Das eigentliche Problem der Verschuldung eines Staates ist seine **strukturelle Verschuldung**. Sie entsteht langfristig und ergibt sich daraus, dass über viele Jahre hinweg verfestigte Größen und Strukturen von Einnahmen und Ausgaben nicht mehr zueinander passen. Es entsteht und wächst ein strukturelles Defizit, das weder kurzfristig noch im Boom wieder zurückgeführt wird.

#### Kommentierung

*Blicken wir auf das Jahr 2019 mit einem Einnahmeüberschuss der öffentlichen Haushalte von + 45 Mrd. €, so ist dieser ebenso wenig geeignet, so beschriebene strukturelle Defizite zu belegen, wie die Haushalte seit 2014 davor. Ebenso wenig repräsentativ für strukturelle Verschuldung ist das einmalige und ausgabelastige und alternativlose Krisenmanagement in der Pandemie-Phase. Zusammen mit den Haushaltzzahlen in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2009 haben wir im Krisenmanagement vielleicht sogar eine neue, vierte, Form bei der Unterscheidung von Staatsverschuldung.*

Also müssen die Wurzeln der hier interessierenden strukturellen Staatsverschuldung in Deutschland in unausgeglichenen Haushalten früherer Jahre liegen. Was wir uns später noch genauer anschauen wollen. Haushaltslücken, egal ob es sich um konjunkturelle Verschuldung (mit Ausnahme Ausgleichsrücklage) oder strukturelle neu- und Gesamtverschuldung handelt, darf der Staat ausschließlich am öffentlichen Geld- und Kreditmarkt ausgleichen. In der Regel durch Ausgabe staatlicher Wertpapiere (z. B. Anleihen, Obligationen, Schatzbriefe), die von Unternehmen oder Haushalten erworben werden können. Diese sind, das können wir bereits hier feststellen, damit auch die Hauptgläubiger eines verschuldeten Staates. (Solange diese staatlichen Schuldenaufnahmen in Form von Wertpapieren nicht durch die Zentralnotenbank von ihnen aufgekauft und übernommen werden – vgl. Kap. 11). Und für diese Kreditaufnahme gelten die Obergrenzen aus dem EU-Vertrag (3 % des BIP für Neuverschuldung, 60 % des BIP für Gesamtverschuldung) sowie des Grundgesetzes (0,35 % des BIP für Neuverschuldung), Tab. 12.7 gibt einen Überblick über den Anteil der Kreditarten an der öffentlichen Gesamtverschuldung Ende 2017 in Höhe von rund 2 Billionen Euro.

Die Bedingungen, zu denen der Staat am offenen Markt Kredite aufnimmt, sind die gleichen, die auch für allen anderen Kreditnehmer gelten. Das betrifft vor allem die Zinsen. Das ist ein besonderer Vorteil für den hierbei relativ resistenten Staat in Hochzinsphasen. Bei den seit mehreren Jahren geltenden Niedrig-, Null- und Negativzinskonstellationen können wir diesen Lehrsatz auf Wartestellung legen.

### 12.5.2 Neuverschuldung und Gesamtverschuldung

Wir haben zurückliegend aus der Differenz jährlicher Einnahmen und Ausgaben die Neuverschuldung oder in den letzten Jahren den Jahresüberschuss abgeleitet. Das ist ein Bruttowert, den man mit den im Haushaltsjahr fälligen und zurückgezahlten Krediten verrechnen muss. Im Ergebnis ergibt sich der gebräuchliche Begriff der **Nettoneuverschuldung**. Die Nettoneuverschuldung (oder der Nettoneuüberschuss) ist der Wert, um den die über alle Jahre aufgelaufene Gesamtverschuldung weiter aufgebaut oder abgetragen wird. Ein Blick in die deutsche Haushaltsgeschichte zeigt, dass Nettoneuverschuldungen über eine lange Zeit die Regel waren, und erst durch eine starke Stabilitätsorientierung der deutschen Finanzpolitik in den Jahren zwischen 2014 und 2019 umgekehrt

**Tab. 12.7** Anteil von Kreditarten an Gesamtverschuldung per 31.12.2019 (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021b)

Kreditierungsart	Anteil an Gesamtverschuldung Öffentlicher Haushalte Ende 2019
Wertpapiere (Geld- und Kapitalmarkt)	70 %
Kredite bei Geschäftsbanken u. a.	25 %
Kassenkredite	2 %
Schulden beim öffentlichen Bereich	3 %

werden konnten. Für die gesamtwirtschaftliche Stabilität ist weniger der Tatbestand einer Nettoneuverschuldung an sich, sondern vor allem deren Höhe entscheidend. Diese hat großen Einfluss darauf, wie sich Geldmenge und damit Geldwertstabilität entwickeln. Und ob private Investitionen in unerwünschtem Maße zurückgedrängt werden. Sowohl Inflationsgefahr als auch der crowding-out-Effekt gehören zu den destabilisierenden Wirkungen einer Nettoneuverschuldung.

Tab. 12.8 zeigt im Überblick die jährlichen Finanzierungssalden öffentlicher Haushalte (Nettoneuverschuldung oder Nettoüberschuss) und ihr Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt über einen langfristigen Zeitraum.

Was sind wichtige Aussagen aus Tab. 12.8?

1. Die Geschichte der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts, bis auf wenige einzelne Jahre, von Konstellationen geprägt, bei denen die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. Sie befinden sich damit, das geht aus Tab. 12.10 hervor, in Gesellschaft mit den meisten entwickelten Industrieländern nach dem 2. Weltkrieg.
2. Die Höhe der Defizite war bis Anfang der 1970er-Jahren (Ära „Wirtschaftswunder“) moderat und stieg nach einem stabilitätsseitigen Wendepunkt (nach der ersten Ölpreiskrise) deutlicher an. In den Anteilen am BIP wird das kaum sichtbar, weil sich dieses zeitgleich ebenfalls deutlich erhöhte.

**Tab. 12.8** Finanzierungssaldo öffentlicher Haushalte (Quellen: Statistisches Bundesamt 2019, Bundeszentrale für politische Bildung 2020, Statista 2021f, eigene Berechnungen)

Jahr	Finanzierungssaldo in Mrd. €	Anteil am BIP in Prozent
1950	- 1	- 2,0
1955	+ 1	+ 1,1
1965	- 5	- 2,1
1970	- 4	- 1,2
1975	- 34	- 6,2
1980	- 27	- 3,4
1985	- 19	- 1,9
1990	- 27	- 2,1
1995	- 61	- 3,2
2000	+ 19	+ 0,9
2005	- 56	- 2,4
2010	- 75	- 2,9
2015	+ 29	+ 1,0
2016	+ 26	+ 0,8
2017	+ 62	+ 1,9
2018	+ 54	+ 1,6
2019	+ 45	+ 1,5
2020	- 161	- 4,8

3. Da wir uns in Tab. 12.8 bis 2015 in 5-Jahresschritten vorwärtsbewegen, wird nicht ein Zusammenhang deutlich, der in den Jahresverläufen der Neuverschuldung mit den Konjunkturzyklen besteht. Alle Jahre als Balkendiagramme nebeneinander würden zwar nicht wechselnde Defizite und Überschüsse, aber eine wellenförmige Schwankung in der Höhe der Defizite sichtbar machen. Das ist empirischer Ausdruck realer fiscal policy bei wachsender struktureller Gesamtverschuldung.
4. Was deutlich zu erkennen ist, ist die Reaktion der öffentlichen Haushalte auf einmalige Herausforderungen oder Krisen in der wirtschaftlichen Entwicklung. Es gibt Ausbrüche in der Höhe der Defizite: 1995 (Folgen der deutschen Einheit/61 Mrd. €), 2010 (Finanz- und Wirtschaftskrise 2007– 2009/75 T€) und 2020 (Corona-Krise/161 T€).
5. Interessant ist der Bezug auf das Neuverschuldungskriterium der EU mit einer Obergrenze von 3 %. Bis auf wenige Ausnahmen (z. B. 1975 und in der Corona-Krise) haben die deutschen öffentlichen Haushalte diesem Kriterium genügt, auch als es das noch gar nicht gab.
6. Bei der Betrachtung von Tab. 12.8 wird der Anspruch des Ziels der „schwarzen Null“ in der deutschen Finanzpolitik und der Erfolg bei seiner Umsetzung ab 2014 deutlich. Getragen wurden diese Anstrengungen nicht von sportlichem Ehrgeiz, sondern von der Einsicht in die destabilisierenden Wirkungen permanenter jährlicher Neuverschuldung. Dies bestehen zum einen in einem ständigen Aufbau der Gesamtverschuldung in nur schwer wieder abbaubare Dimensionen und die daraus folgenden Zinsbelastungen. Sie bestehen zum anderen, und das vor allem, in einer Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wegen Geldmengenwachstum, Inflationsgefahr und Strangulierung privater Kreditnachfrage für private Investitionen.
7. Die Unterbrechung der Überschussserie der letzten Jahre durch Corona und den Vorrang der akut notwendigen Hilfen für die Wirtschaft hat Ausnahmeharakter. Wir kennen aus dem vorherigen Abschnitt das Ziel und die Projektion, das in seiner Höhe bisher einmalige Haushaltsdefizit bis 2023 durch die erläuterten Rahmenbedingungen wieder in Richtung Null zurückgeht.

Es ergibt sich mit mathematischer Logik, dass eine jährliche Nettoneuverschuldung die Gesamtverschuldung um ihren Betrag aufbaut und ein jährlicher Nettoüberschuss des Staatshaushaltes die Gesamtverschuldung um seinen Betrag abbaut. Im Gegensatz zur zeitraumbezogenen Neuverschuldung (1 Jahr) ist der Ausweis der Gesamtverschuldung zeitpunktbezogen. Gesamtverschuldung zum 31.12. eines Vorjahres plus Nettoneuverschuldung/minus Nettoüberschuss des Berichtsjahres gleich Gesamtverschuldung zum 31.12. des Berichtsjahres. Dabei ist egal, wann ein Kredit aufgenommen wurde und wann er wieder zurückzuzahlen ist. Wichtig ist nur, dass zum Zeitpunkt der Erfassung eine Verbindlichkeit (Schuld) besteht.

Nachdem die Währungsreform 1948 den deutschen Staat weitgehend von seinen Schulden befreit hatte, waren Neuverschuldung (Tab. 12.8) und damit Gesamtverschuldung anfangs sehr gering. Wie sie seitdem im langfristigen Trend permanent und deutlich gestiegen ist, zeigt Tab. 12.9.

**Tab. 12.9** Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte (Quellen: Statistisches Bundesamt 2019 und 2021b, Bundeszentrale für politische Bildung 2020, eigene Berechnungen)

Jahresende	Gesamtverschuldung in Mrd. €	Anteil am BIP in Prozent
1950	9574	20,1
1955	21.357	23,2
1965	44.697	19,2
1970	64.210	17,8
1975	130.008	23,6
1980	238.897	30,3
1985	388.436	39,5
1990	538.334	41,2
1995	1.018.767	53,8
2000	1.210.918	57,4
2005	1.489.853	65,1
2010	2.011.677	78,4
2015	2.020.704	66,2
2016	2.006.813	63,5
2017	1.967.265	60,0
2018	1.914.050	56,5
2019	1.899.168	55,1
2020	2.079.168	65,1

Der Aufbau der Gesamtverschuldung ist eine logische Konsequenz im langfristigen Trend generierter jährlicher Haushaltsdefizite. Die Entwicklung verläuft bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts nicht linear, sondern als aufsteigende Kurve. Hat es von 1950 bis zur Überschreiten der 1-Billionen-Euro-Grenze 1995 45 Jahre gebraucht, waren es für die zweite Billion bis 2010 nur noch 15 Jahre. Der Umkehrtrend seit 2014 zeigt nicht nur eine langsamer steigende, sondern eine hinter dem Scheitelpunkt abfallende Kurve. Eine Unterbrechung erfolgt, wie bereits erklärt, mit Einsetzen der Corona-Krise 2020. Ebenso wie die öffentlichen Haushalte in Deutschland beim jährlichen Finanzierungssaldo bis auf Ausnahmen im europäischen Konvergenzkorridor (3 % des BIP) liegt, ist das auch bei der Gesamtverschuldung. Die höchste Überschreitung des 60 %-Kriteriums gab es 2010 infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 mit 78,4 %.

Um zu einigen weiteren Aussagen hinsichtlich der Gesamtverschuldung zu gelangen, soll Tab. 12.10 einen Blick auf den europäischen Vergleich ermöglichen.

Tab. 12.10 erlaubt zur Gesamtverschuldung folgende weitere Kommentierungen.

1. Deutschland liegt im Vergleich der Gesamtverschuldung ausgewählter Mitgliedsstaaten des Euro-System im unteren Bereich. Sichtbar ist ein Trend höherer Gesamtverschuldung in südeuropäischen EU-Mitgliedsländern. Griechenland, Italien, Portugal und Spanien liegen mit ihrer Schuldenquote im dreistelligen Bereich. Das heißt, die Gesamtverschuldung ist höher als das gesamte jährliche Bruttoinlandsprodukt.

**Tab. 12.10** Gesamtverschuldung in Europa (Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung 2021, Deutsche Bundesbank 2017)

Land	Schuldenquote (Bruttonschulden zu BIP) <sup>1)</sup>		Zinsquote 2017 (jährliche Zinsen zu BIP)
	2019	2020	
Deutschland	55,1	65,1	1,4
Frankreich	97,6	115,7	1,9
Griechenland	180,5	205,6	3,2
Italien	134,6	153,8	4,0
Niederlande	48,7	54,5	1,1
Österreich	70,5	83,9	2,1
Portugal	116,8	133,6	4,2
Spanien	95,5	120,0	2,8

<sup>1)</sup>vgl. Tab. 12.9

2. Das EU-Konvergenzkriterium von maximal 60 % Anteil der Gesamtverschuldung am BIP erfüllen in Tab. 12.10 2019 nur die Niederlande und Deutschland, 2020 nur noch die Niederlande. Ebenso, wie die Schuldenquote in Deutschland, ist sie auch in den anderen EU-Staaten 2020 in Folge der Corona-Krise gestiegen. In Griechenland wird sie 2020 mit 206 % und in Italien mit 154 % ausgewiesen.
3. Die Zinslast schwankt zwischen 1 und 4 % des BIP und hängt natürlich mit der Schuldenquote zusammen. Das sieht auf den ersten Blick gering aus, relativiert sich jedoch beim zweiten auf die absoluten Beträge. Hinter einem Prozent des BIP stecken in Deutschland 33 Mrd. €, in Portugal 3 Mrd. €. Hohe Zinsbelastungen des Staates haben für die Wirtschaft eine destabilisierende Wirkung. Sie führen a) zur Eindämmung anderer Ausgaben, b) zu neuen Kreditaufnahmen oder c) zu einer Tendenz der Deckung über Steuererhöhung. Letzteres stellt die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung in Frage. Führen dagegen Zinsbelastung zur Neuverschuldung so sind die bereits aufgezeigten Gefahren Inflation und Eindämmung privater Kreditnachfrage.

Beim Blick auf Tab. 12.10 ergibt sich schließlich eine grundsätzliche Frage. Eine Frage, die wir hier lediglich anreißen können. Wo sind Grenzen immer weiter steigender Gesamtverschuldung und was passiert jenseits von ihnen? Solange ein sich verschuldender Staat am Geld- und Kapitalmarkt mühelos neue Kredite erhält, sind die Gesamtschulden (abgesehen von den Zinsen) für die gesamtwirtschaftliche Stabilität ein geringeres Problem als jährliche Haushaltsdefizite. Existentielle Probleme erwachsen dann, wenn ein Staat seine Schulden nicht mehr bedienen kann (Zinsen und Tilgung). Oder wenn auch nur die Gläubiger beginnen, an dieser Fähigkeit zu zweifeln. Ein Vertrauensverlust in die Kreditwürdigkeit eines Staates kann dazu führen, dass er keine neuen Kredite mehr bekommt. Da er sich am offenen Markt verschuldet, kann er eine Kreditvergabe an ihn nicht verordnen. In eine solche Situation drohenden Staatsbankrotts war Griechenland infolge

---

langjährigen Schuldenaufbaus und aus ergänzendem Anlass der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007– 2009 gelangt.

### **Exkurs**

Im Herbst 2012 waren die Staatsschulden Griechenlands in einer Höhe von 300 Mrd. Euro aufgelaufen. Die Zahlungsfähigkeit war akut gefährdet. Es kam zu Vertrauensverlust von Gläubigern und Bevölkerung. Anstelle eines „Grexit“ verhinderten zwei Rettungspakete von EU und IWF und Schuldenschnitte zu Lasten privater Gläubiger (darunter Geschäftsbanken) einen Bankrott des griechischen Staates. Die Rettungspakete waren von Auflagen zu rigoroser Sparpolitik (darunter Lohnkürzungen und Steuererhöhungen) verbunden, die ihrerseits zu Streiks und innenpolitischen Spannungen führten.

---

## **12.6 Nationale und europäische Aspekte der Finanzpolitik**

### **12.6.1 Sockel und Rahmen europäischer Finanzpolitik**

Frage: Was braucht ein Staatswesen, um Finanzpolitik betreiben zu können? Antwort: Einen Haushalt. Es bedarf staatlicher Einnahmen und Ausgaben, um fiskalische, Stabilisierungs- und Umverteilungsziele verfolgen zu können. Hier stoßen wir auf eine zwittrige Situation und ein eindeutiges Verhältnis. Es gibt auf der einen Seite einen eigenständigen Haushalt der EU. An ihm sind nicht nur die 19 Euro-Länder, sondern alle 27 EU-Mitgliedsstaaten beteiligt. Setzt man „eigener Haushalt“ mit der Eigenschaft eines Staates gleich, so ist die EU in diesem kleinen Sinne ein „Staat“. Wie klein dieser „Sinn“ ist, zeigt sich im quantitativen Vergleich. Der EU Haushalt hatte 2020 ein Volumen von 154 Milliarden Euro. Das sind etwa 2 Prozent der Summe der nationalen Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten. Allein das Volumen der öffentlichen Haushalte in Deutschland macht knapp das Zehnfache des EU-Haushaltes aus.

Das führt schon aus rein quantitativer Sicht zu einem Primat nationalstaatlicher Haushalte und einer ergänzenden Rolle des europäischen. Die Kausalität ist aber eine andere. Die nationale Finanzpolitik dominiert nicht, weil das Volumen nationaler Haushalte dominiert, sondern umgekehrt: Das Volumen nationaler Haushalte dominiert, weil die nationale Haushaltspolitik dominiert. Es gibt keine Wirtschaftsregierung der EU. Die Kompetenz für die Wirtschaftspolitik und in ihr für die Finanzpolitik liegt in erster Linie bei den Mitgliedsstaaten. Wir hatten uns diesem Thema bereits bei der Konjunkturpolitik (Kap. 10) und von der anderen Seite, bei dem Ausnahmefall Geldpolitik unter Kap. 11, zumindest für die Mitgliedsstaaten des Eurosysteins, genähert. So nennt der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) unter den Zuständigkeiten, die ausschließlich bei der EU liegen, neben Zollunion, Binnenmarkt, Handelspolitik und Fischereipolitik die „Währungspolitik für die Mitgliedsstaaten, deren Währung der Euro ist.“ (AEUV, Artikel 3). Aber nicht die Finanzpolitik.

Im Umkehrschluss heißt das: Die Integration und gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Volkswirtschaften erfordert eine Koordinierung vorwiegend nationaler Wirtschaftspolitik. Eine solche Koordinierung ist Leitsatz in allen grundlegenden Verträgen der EU.

*„Die Mitgliedsstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat ....“*

Quelle: AEUV

Der Paragraf ist 2009 aus dem Vorgänger des AEU-Vertrages, dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Union (EG-Vertrag/Maastricht) übernommen worden, der seinerseits 1992 den EWG-Vertrag (1957/Rom) ablöste. Unter Kap. 10 (Konjunktur) haben wir den dort vergleichbaren Artikel 103 zitiert, der sich noch auf die Konjunkturpolitik im engeren Sinne bezieht. Finanzpolitik wird in den Grundsatzverträgen selten explizit, sondern meist als Teil der Wirtschaftspolitik verstanden.

Nun ist „Koordinierung“ ein weites Feld und die Möglichkeit seiner Auslegung in dieser Form sehr breit. In den Grundsatzverträgen der EU steht für die Umsetzung der zitierten Leitlinie die **Offene Methode der Koordinierung**. Sie bezieht sich potentiell auf alle Politikbereiche, bei der die EU keine eigene Kompetenz (Gesetzgebung, eigene Rechtsgrundlagen) hat, vergleichsweise stark auf die Sozialpolitik. Zu den Instrumenten der offenen Methode der Koordinierung gehören die Verständigung auf Leitlinien, der Austausch bewährter Praktiken („Best Practice“), Festlegen von Zielindikatoren und von benchmarks zu ihrer Erreichung, konzertierte Aktionspläne sowie ein System von Überwachung, Evaluation und gegenseitigen Lernens. Die Instrumente gehen auf den Europäischen Rat von Lissabon 2000 zurück und sind in ihrer Wirksamkeit umstritten. Ihre Befürworter heben die Möglichkeit hervor, durch Vermeidung „harter Gesetzgebung“ Spielraum für Erfahrungsaustausch und Reformen zu schaffen. Und in einem schrittweisen Prozess aus der Koordinierung von heute den Kompetenzanspruch von morgen zu machen. Gegner kritisieren vor allem diese „weiche Komponente“ der Koordinierung, das Konzept der „freiwilligen Konvergenz“ oder des „sanften Zwangs zu Freiwilligkeit“ mit Blick auf die Herausforderungen äußerer Rahmenbedingungen. In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 wurden mit Blick auf die Finanzpolitik die Grenzen eines solchen Koordinierungsmechanismus deutlich. Im Ergebnis stand die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit einer Verstärkung präventiver und korrekter Sanktionen, zum Beispiel bei der Nichteinhaltung von Konvergenzindikatoren für die volkswirtschaftliche Stabilität.

Kommen wir zurück zur europäischen Finanzpolitik und ihrem dualen Charakter. Es bietet sich an, im Folgenden beider Komponenten – die kleine ergänzende eines gemeinsamen Haushalts und die große dominierende – einzelstaatlicher Finanzpolitik der EU-Mitgliedsländer in Koordination – in dieser Reihenfolge zu betrachten.

## 12.6.2 EU-Haushalt

Entsprechend AEU-Vertrag (Artikel 314) wird der Haushalt der EU jährlich auf Vorschlag der Europäischen Kommission von Europäischem Parlament und EU-Rat beschlossen. Das ist ein Prozess der mit den Beschlüssen der nationalen Haushalte, dem Zusammen-

wirken von Exekutive und Legislative, vergleichbar ist. Das betrifft auch die Ergänzung des einjährigen Haushaltsplanes in einen mittelfristigen Finanz-Rahmenplan. Der EU-Haushalt ist immer auszugleichen. Anders als bei den nationalen Haushalten, darf das nicht durch Zuhilfenahme von Krediten (Verschuldung) erfolgen – auch nicht im Rahmen gesetzter Grenzen.

Die **Einnahmen** des EU-Haushaltes können nicht wie die der nationalen Haushalte auf Steuern zurückgreifen. Einnahmequelle des EU-Haushaltes sind vor allem (rund 99 %) Eigenmittel. Dazu gehören

1. Traditionelle Eigenmittel: Zölle und Abgaben  
hierzu gehören Einnahmen aus gemeinsamen Außenzöllen
2. Mehrwertsteuereigenmittel: Anteil der EU-Länder auf ihre MwSt.-Einnahmen  
Regelsatz ist 0,30 %, ermäßiger Satz 0,15 %
3. Bruttonationaleinkommen (BNE) – Eigenmittel: Differenz zu Einnahmebedarf

Nach Feststellung der Differenz aus traditionellen und Mehrwertsteuereigenmitteln zum Gesamtbedarf werden die BNE-Eigenmittel berechnet. Sie bilden am Ende mit rund 70 % der Hauptaufkommensquelle des EU-Haushalts und 2020 einen Anteil von 0,9 % des Bruttonationaleinkommens.

Da die EU-Mitgliedsstaaten über unterschiedliche Wirtschaftskraft verfügen (die sich sowohl im BNE als auch im Mehrwertsteueraufkommen ausdrückt), ist natürlich ihr Anteil an den Einzahlungen in den EU-Haushalt verschieden.

Die **Ausgaben** des EU-Haushaltes sind vor allem auf Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedsländern der EU gerichtet. Die größten Bereiche sind dabei Agrarpolitik, Forschung und Technologie sowie Strukturpolitik. Im neuen Haushaltszeitraum 2021 bis 2027 mit einem Volumen von 1074,3 Mrd. € (Preisbasis 2018) ist die Europäische Kommission ausnahmsweise ermächtigt, Kredite in Höhe bis zu 750 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufzunehmen. Grund sind die außerordentlichen Aufgaben bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise.

Zu profilprägenden Ausgabeprojekten zählen u. a.

- *der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)*

Der EGFL beinhaltet Einkommensbeihilfen für Landwirte und Marktmaßnahmen (Interventionskäufe, Lagerhaltung u. a.).

Das Volumen in der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 beträgt 99 Mrd. € und liegt damit 11 % unter dem Budget der letzten jährlich 40 Mrd. €, davon 95 % Einkommensbeihilfen. Die Einzahlungen Deutschlands betragen rund 10 Mrd. €, die Rückflüsse rund 5 Mrd. €.

- *der Europäische Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)*
- Der ELER beinhaltet Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

In der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 stellt der EU-Haushalt 78,8 Mrd. €, davon 6,9 Mrd. € für Deutschland, zur Verfügung.

- *der Europäische Sozialfonds (ESF)*

Der ESF ist das wichtigste arbeitsmarktpolitische Instrument der EU.

Seine Ziele sind a) Beschäftigung, b) soziale Integration und c) Bildung.

Das Fördervolumen beträgt in der neuen Periode 2021 bis 2027 („ESF Plus“) 99 Mrd. € und liegt damit 11 % unter dem letzten Budget 2014 bis 2020. Für Deutschland stehen 6,5 Mrd. € zur Verfügung.

- *der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*

EFRE ist der bedeutendste unter den europäischen Strukturfonds. Seine Aufgabe ist die Unterstützung für ärmere und strukturschwache Regionen im Rahmen wirtschaftlicher Aufholprozesse. Sein Volumen beträgt 2021 bis 2027 192 Mrd. €.

- *das Programm für ein digitales Europa*

Ziel ist die Förderung der digitalen Transformation Europas. Geplant sind Investitionen in künstliche Intelligenz, Hochleistungsrechner und digitale Kompetenz.

Im Finanzplan der EU 2021 – 2027 ist das Programm mit 7,5 Mrd. € enthalten.

Da sich die Ausgabestruktur nach Mitgliedsländern anders als die Struktur der Einnahmen zusammensetzt, entsteht das Thema der Transfers. Bevor wir uns dem zuwenden, vermittelt Tab. 12.11 noch einmal einen Gesamtüberblick über die einnahme- und ausgabe- seitige Beteiligung der Mitgliedsländer am EU-Haushalt.

Der Blick auf den Inhalt von Tab. 12.11 lässt für uns folgende Schlüsse zu.

1. Wir betrachten hier den Teil von Finanzpolitik, der sich auf den Europäischen Haushalt, nicht auf die Koordinierung der bedeutend größeren Einzelhaushalte bezieht. Lassen sich die drei Ziele der Finanzpolitik – das fiskalische, das Stabilisierungs- und das Umverteilungsziel auf die Haushaltspolitik der EU, die nicht auf eigene Steuereinnahmen zurückgreifen kann, übertragen? Weil der EU-Haushalt (in der Regel) immer ausgeglichen sein muss und Lücken nicht durch Kreditaufnahme schließen darf, wirkt das fiskalische Ziel resoluter, als in den nationalen Haushalten. Da ein bedeutender Teil des EU-Haushalts in die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den Mitgliedsländern fließt, hat auch das Stabilisierungsziel in der europäischen Finanzpolitik seinen Platz. Mit Blick auf die Proportionen von EU-Haushalt und nationalen Wirtschaftsindikatoren allerdings nur einen kleinen, ergänzenden. Schwieriger ist es mit dem Umverteilungsziel, verstanden als sozial geprägte Umleitung von Steuereinnahmen durch den Staat. Durch den europäischen Haushalt können keine Steuereinnahmen umgeleitet werden, aber die Beiträge der Mitgliedsstaaten. Weniger zwischen den Akteuren in den Volkswirtschaften, sondern *zwischen* den Volkswirtschaften. Mit dem Ziel von Integration, Angleichung und Stärkung der Gemeinschaft.
2. Dieses Umverteilungsprinzip wird in Tabelle Tab. 12.11 gestützt durch den Vergleich von Spalte 1 und Spalte 2 zu Spalte 3. Der Anteil der drei Haupteinzahler Deutschland, Frankreich und Italien an den Beiträgen aller EU-Mitglieder beträgt 2019 exakt 50 %. Mit Ausnahmen finden sich links im oberen Teil der Tabelle die Länder mit den wirtschaftsbedingt höchsten Beiträgen und im unteren Teil die kleineren oder wirtschaft-

**Tab. 12.11** Einzahlungen und Saldenanteile der Mitgliedsländer am EU Haushalt (Quelle: Statista 2021a, 2021b, 2021f, eigene Berechnungen)

Land	Einzahlung in Mrd. € 2019	Anteil	Einnahme-Ausgabe-Saldo in Mrd. € 2019
Deutschland	25,82	20,9 %	- 14,47
Frankreich	21,01	17,0 %	- 6,76
Italien	14,96	12,1 %	- 4,06
(Großbritannien)	(14,05)	(11,4 %)	(- 6,82)
Spanien	10,22	8,3 %	+ 0,73
Niederlande	5,33	4,3 %	- 2,97
Polen	4,21	3,4 %	+ 12,00
Belgien	3,86	3,1 %	- 0,57
Österreich	3,15	2,6 %	- 1,21
Schweden	3,04	2,5 %	- 1,44
Dänemark	2,41	2,0 %	- 1,02
Finnland	2,02	1,6 %	- 0,56
Irland	2,00	1,6 %	- 0,03
Portugal	1,72	1,4 %	+ 2,57
Tschechien	1,72	1,4 %	+ 3,52
Rumänien	1,70	1,4 %	+ 3,38
Griechenland	1,52	1,2 %	+ 3,86
Ungarn	1,09	0,9 %	+ 5,08
Slowakei	0,75	0,6 %	+ 1,53
Bulgarien	0,49	0,4 %	+ 1,70
Kroatien	0,45	0,4 %	+ 1,61
Slowenien	0,41	0,3 %	+ 0,51
Litauen	0,37	0,3 %	+ 1,16
Luxemburg	0,36	0,3 %	+ 0,02
Lettland	0,25	0,2 %	+ 1,11
Estland	0,23	0,2 %	+ 0,92
Zypern	0,18	0,1 %	+ 0,07
Malta	0,11	0,1 %	+ 0,14
<b>Gesamt</b>	<b>123,43</b>	<b>100,0 %</b>	<b>0</b>

lich schwächeren Länder mit den geringeren Beiträgen. Auf der rechten Seite der Tabelle, bei den Nettogebbern und -nehmern finden wir im oberen Teil in der Regel Ausgabeüberschüsse und im unteren Teil Einnahmeüberschüsse. Das korrespondiert mit dem oben angesprochenen interstaatlichen Umverteilungsziel und soll später unter „Transferzahlungen“ und „Europäischer Länderfinanzausgleich“ noch einmal thematisiert werden.

3. Spalte 3 in Tab. 12.11 weist unter den 28 Ländern 11 „Geber-Länder“ und 17 „Nehmer-Länder“ auf. Dieses Bild entspricht den Aufkommens- und Verwendungskriterien des EU-Haushalts und hat sich in dieser Form auch durch die Schritte der EU-Erweiterung

so herausgebildet. Die Vergrößerung des Leistungsgefälles der beteiligten Wirtschaften sind der Preis für gestiegene Größe und gewachsenes globales Gewicht der EU.

4. Tab. 12.11 enthält Großbritannien. Was richtig ist, da sich die Zahlen auf das Jahr 2019 beziehen. Wir sehen, dass das Vereinigte Königreich neben Deutschland, Frankreich und Italien zu den größten „Geberländern“ in der EU zählte. Was wohl eines von vielen Argumenten für die Brexit-Befürworter war. Mit dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU zum 01.01.2021 ergibt sich aus Tab. 12.11 im EU Haushalt eine Finanzierungslücke von rund 11 Mrd. Euro. Lösungsmöglichkeiten werden in der EU nicht erst mit dem Brexit, sondern bereits lange vorher und kontrovers diskutiert. Potentiell gibt es drei Möglichkeiten. Erstens die Erhöhung der Beiträge der verbleibenden 27 Mitgliedsländer (z. B. durch Anheben des Eigenmittelsatzes von derzeit 1 % des Bruttonationaleinkommens auf die Obergrenze von 1,2 %). Zweitens die Ausgabenreduzierungen und drittens ein Mix. Gegen eine Ausgabenreduzierung sprechen neue gemeinsame Herausforderungen aus Klimawandel, Digitalisierung und Bewältigung der Corona-Auswirkungen.

### 12.6.3 Europäischer Finanzausgleich

Finanzausgleich ist, wenn Menschen in administrativ definierten Regionen mit unterschiedlicher Produktivität den gleichen Anspruch auf staatliche Leistung haben oder erhalten.

In Deutschland mit einer und derselben Währung bedarf es dafür entweder horizontaler Transfers oder der Akzeptanz von Ungleichheit. Die deutsche Einheit war ein historisches Ereignis, das ein bestehendes Produktivitätsgefälle in Deutschland erweiterte und verstärkte. Mit einer gemeinsamen Währung konnte das Gefälle nicht mehr durch Austauschverhältnisse zwischen D-Mark und Mark der DDR kompensiert werden. Werden mit Einführung einer gemeinsamen Währung Pufferwirkungen des Wechselkurses genommen, aber Produktivitätsunterschiede nicht über Nacht beseitigt (was die Regel ist), dann steht die Frage nach Finanzausgleich. In Deutschland wie in Europa.

Transportieren wir den Gedanken nach Europa. Hier gaben Währungen und Wechselkurse die Möglichkeit, Unterschiede zu kompensieren. Mit der Einführung des Euro ging das nicht mehr. Genauso wenig, wie in Deutschland mit der Einführung der D-Mark. Nur, und das ist der wichtige Unterschied, in einer anderen Dimension und nicht innerhalb eines einheitlichen Staatswesens. Ging es bei der deutschen Währungsunion um die Gleichschaltung von Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg, muss die europäische Währungsunion Produktivitätsgefälle zwischen Frankreich und Portugal ausgleichen.

Soll auch in diesem Rahmen gleicher Anspruch, und sei es tendenziell, gewährleistet werden, bedarf es eines europäischen Länderfinanzausgleichs, Transferzahlungen zwischen EU-Mitgliedern. Wie das gegenwärtig funktioniert, haben wir mit Tab. 12.11 und ihrer Kommentierung gezeigt. In Literatur und Fachpresse findet hierzu eine breite Dis-

kussion statt. Beginnend damit, ob Finanzausgleich und Transferzahlungen in Europa überhaupt dasselbe sind, ob es bei Transfers nur um das „wie“ und „wieviel“, oder um das „ob“ überhaupt geht, was dabei vertikal und was horizontal ist. Wenn wir bei letzterem bleiben, so findet eine Umverteilung über den EU-Haushalt auf die Länder statt. Also vertikal und nicht, vergleiche die Geschichte des Länderfinanzausgleichs, horizontal – als Ausgleichszahlung zwischen den Ländern. Es gibt in Europa keinen institutionalisierten Länderfinanzausgleich.

Kritiker von europäischen Transfers berufen sich auf dauerhafte Finanzströme von Stark zu Schwach, von Reich zu Arm, von Nord nach Süd. Das stößt auf politische, gesetzliche und wirtschaftliche Grenzen.

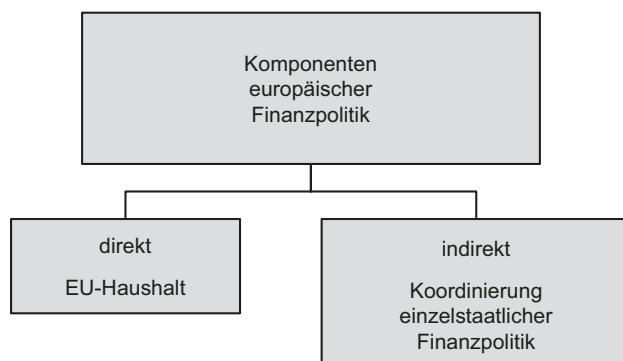
*„Wahrscheinlich wäre der Finanzbedarf für dauerhafte Transfers ... ohnehin aus ökonomischen und politischen Gründen nicht zu decken. Die Vorstellung von nahezu unbegrenzter und unkontrollierter Umverteilung in der Europäischen Union ist unrealistisch und löst Ängste aus. Diese fördern die Tendenz, sich von notwendigen Reformschritten zu distanzieren oder gar den europäischen Integrationsprozess grundsätzlich abzulehnen.“*

Quelle: Becker (2018)

Wir platzieren uns in dieser Diskussion, indem wir die Verringerung von Unterschieden in Wirtschaftskraft und Wohlstand auch durch mittelfristige Umverteilung in angemessenem Rahmen als Voraussetzung für europäische Integration verstehen.

#### 12.6.4 Europäische Dimension der Koordinierung nationaler Finanzpolitik

Die zweite Komponente europäischer Finanzpolitik ist neben der kleinen, direkten über den eigenen Haushalt der EU die große indirekte: die Koordinierung in einzelstaatlicher Kompetenz stattfindenden Finanzpolitik im Sinne der europäischen Verträge (vgl. Abb. 12.9).



**Abb. 12.9** Komponenten europäischer Finanzpolitik

Europäische Geldpolitik, das wissen wir aus Kap. 11, liegt in Zuständigkeit des ESZB und der EZB und hat daher supranationalen Charakter. Im Gegensatz dazu stehen alle übrigen Bereiche der Wirtschaftspolitik, darunter die Finanzpolitik. Hier besteht nationale Kompetenz der EU-Mitgliedsländer. Aus dieser Dualität ergibt sich natürlicherweise Spannungs- und Konfliktpotential. Da ein Übergang zu einer Zentralisierung europäischer Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu einem „fiskalischen Föderalismus“, in absehbarer Zeit weder realistisch noch Ziel ist, kann der Weg der wirtschaftspolitischen Harmonisierung nur in stärkerer und wirksamerer Koordinierung bestehen. Diese Zielstellung, das haben wir zu Beginn dieses Abschnitts gesehen, adressieren die europäischen Verträge überwiegend an die Wirtschaftspolitik insgesamt, in die die Finanzpolitik als einer ihrer Bereiche eingebettet ist.

Zu den **Elementen** einer verstärkten Koordinierung der Finanzpolitik gehören unter anderem:

- Überwachung der Haushaltsdisziplin entsprechend europäischer Konvergenzkriterien;
- Abgestimmtes Reagieren auf Konjunkturschwankungen, Synchronisierung nationaler Konjunkturverläufe, Bekämpfung von Überhitzung oder Depression der Wirtschaft;
- Vermeidung schädlichen Steuerwettbewerbs in der EU, Abstimmung in einzelstaatlicher Verantwortung liegender Steuersysteme und Steuerpolitik;
- Vermeidung negativer wirtschaftlicher Übertragungseffekte („spill overs“) der nationalen Finanzpolitik großer Mitgliedsländer auf die Gemeinschaft.

Zu den Herausforderungen einer erfolgreichen Koordinierung der Finanzpolitik zwischen den EU-Mitgliedsländern gehört das komplexe Geflecht nationaler und europäischer Abstimmungsebenen und Zuständigkeiten. Auf zwischenstaatlicher Ebene liegt die Zuständigkeit für finanzpolitische Koordinierung u. a. bei folgenden Gremien.

Die **EU-Kommission** erarbeitet maßgeschneiderte Vorschläge („länderspezifische Empfehlungen“) für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung bei Wahrung solider Haushalte für einzelne Mitgliedsstaaten.

Der **Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN-Rat)** ist ein Gremium aus Wirtschafts- und Finanzministern der EU-Mitgliedsstaaten und zuständig für die Abstimmung der Wirtschaftspolitik, in Steuerfragen und bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen.

Die **Eurogruppe** ist ein informeller Kreis aus den Finanzministern der Länder, deren Währung der Euro ist. Sie transformieren die Beschlüsse des ECOFIN-Rates auf die spezifischen Rahmenbedingungen des Euro-Gebietes, was in der Regel eine noch erweiterte und stringenter Auslegung beinhaltet.

Das wichtigste Instrument der Koordinierung der Finanzpolitik zwischen den EU-Staaten ist der **Stabilisierungs- und Wachstumspakt (SWP)**. Er wurde 1997 geschlossen mit dem Gründanliegen, Stabilität und Solidität der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten, weil sie wichtige Voraussetzungen für das Funktionieren der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sind. Dauerhaft festgeschrieben wurden u. a. die Maastrichter Konvergenzkriterien von 1992 mit den Obergrenzen für Neuverschuldung von 3 % des

BIP und für Gesamtverschuldung von 60 % des BIP. Eine erste Reform des SWP erfolgte 2005 mit dem Ziel, in wirtschaftlich guten Zeiten finanzpolitisch besser für wirtschaftspolitisch schlechte Zeiten vorzusorgen. In der folgenden Belastungsprobe der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009 und den Staatsschuldenkrisen in EU-Ländern (Griechenland, aber auch Irland, Spanien und Portugal) wurden die weiter bestehenden Schwachstellen des Paktes deutlich. Sie betrafen vor allem fehlende Sanktionierungsregelungen. Hierauf reagierte die umfassende Reform und Neufassung des Stabilisierungs- und Wachstumspaktes 2011. Wir haben bereits an anderer Stelle kurz auf die Sanktionierungsregeln hingewiesen und wollen das hier noch einmal ausführlich tun:

1. *Starke Reduzierung der Neuverschuldung.* Die Obergrenze von 3 % des BIP wird relativiert und mittelfristig ein völlig ausgeglichener Haushalt als Zielwert vorgegeben. Die deutsche „Schuldenbremse“ ist Beleg einzelstaatlicher Umsetzung.
2. *Abbau der Gesamtverschuldung auf die 60-%-Vorgabe.* EU-Länder mit höherer Schuldenstandsquote müssen jährlich ein Zwanzigstel der bestehenden Überschreitung des Limits, der 60%-Marke, abbauen.
3. *Sanktionsverfahren.* Für die Nichteinhaltung der unter 1 und 2 genannten Vorgaben treten Sanktionsverfahren in Kraft, die sowohl präventiver als auch korrekter Natur sein können.

Die bereits angesprochene Aussetzung finanzpolitischer Vorgaben für massive Ausgleichszahlen während der Corona-Krise erschwert eine Einschätzung der bisherigen Wirksamkeit des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Eine wichtige Aufgabe der EU-Mitgliedsländer wird eine schrittweise Konsolidierung ihrer Haushaltspläne sein. Damit der Ausnahmestatus der öffentlichen Finanzen 2020 und 2021 ein solcher bleibt und eine Rückkehr zu den Vorgaben des Paktes realistisch ist. Eine Alternative dafür besteht nicht.

Koordinierung der Finanzpolitik in Europa passiert nicht unabhängig von der in der Welt. Manchmal ist sie nicht einmal deren Lokomotive. 2020 und 2021 haben sich auf Initiative der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G 20, im Rahmen der OECD 132 Staaten auf eine **Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung** geeinigt. Bundesfinanzminister, Olaf Scholz, bezeichnet sie aufgrund ihrer Bedeutung als „Weltsteuerrevolution“. Hauptinhalt der am 10./11. Juli 2021 in Venedig durch die Finanzminister der G 20 beschlossenen Reform ist die weltweite Vereinbarung über Mindeststeuern auf Unternehmensgewinne (15 %), um Steuerwettbewerb zwischen Staaten zu begrenzen, Abwanderung von Unternehmen in Niedrigsteuerregionen einzuschränken und ein Vorbeischleichen am Fiskus zu erschweren. Eine erste Säule betrifft die Anwendung der Unternehmensbesteuerung nicht nur an ihrer physisch vorhandenen Produktionsstätte, sondern vor allem mit Blick auf wenig daran gebundene Digitalkonzerne auch auf Regionen der Inanspruchnahme ihrer Dienstleistung. Die zweite Säule bildet die globale Besteuerung multinationaler Konzerne mit mehr als 750 Mio. Euro Jahresumsatz auf oder über dem Sockel von 15 %. Die Vereinbarung, als eine deren Initiatoren die US-

amerikanische Finanzministerin, Janet Yellen, gilt, wird mehrheitlich als Erfolg auf dem Weg zu einer fairen, weltweiten Kooperation im Wirtschafts- und Finanzbereich. Bedenken kommen zum einen aus theoretischer Sicht, aus der Sorge um Einschränkung von Steuerhoheit und Wettbewerb. Sie kommen zum anderen von praktischen länder-egoistischer Seite. Vorzugswise von daher, wo bisher mit niedriger Gewinnbesteuerung von Unternehmen, mit dem Unterlaufen internationaler Normen, Standortvorteile aus wirtschaftlicher Ansiedlung erzielt werden. Als „bockige vier“ gelten Estland, Irland, Ungarn und Zypern – allesamt EU-Mitgliedsländer. Quelle: Ramthun, Zastiral, (2021) Gegenwärtig gibt es in der Unternehmensbesteuerung ein Gefälle von Deutschland (31 %) über Frankreich 27,5 %, geplant 25 %), und USA 21 % (geplant 28 %) bis zu Irland (12,5 %) und Ungarn (9 %). Quelle: Ramthun, (2021)

#### I. Themenprägende Begriffe

- Staatsquote
- Ziele der Finanzpolitik
- Öffentliche Haushalte
- Staatshaushalt
- Steuern
- Finanzausgleich
- Fiscal policy
- deficit spending
- Konjunkturausgleichsrücklage
- Staatsverschuldung
- Nettoneuverschuldung
- Gesamtverschuldung
- EU-Haushalt
- Koordinierung der Finanzpolitik in Europa
- Konvergenzkriterien
- Stabilitätspakt

---

#### II. Fragen zur Überprüfung

- Welcher Zusammenhang besteht zwischen Staatsquote und Finanzpolitik?
- In welchem Verhältnis stehen wirtschaftspolitische Grundpositionen und Staatsquote?
- Worin bestehen die Ziele der Finanzpolitik?
- Was sind die öffentlichen Haushalte im föderalistischen System Deutschlands?
- Nach welchen Kriterien unterscheiden sich Steuern in welche Arten?
- Was war Grundidee des Länderfinanzausgleichs, und wie wird sie heute umgesetzt?
- Welche Rolle spielt die Fiscal policy bei der Umsetzung der Ziele der Finanzpolitik?
- Was ist das Prinzip der Konjunkturausgleichsrücklage?

- Welchen Einfluss hat die Staatsverschuldung auf das wirtschaftliche Gleichgewicht?
- Was sind die beiden Komponenten europäischer Finanzpolitik?
- Worin besteht die Einnahme- und Ausgabestruktur des EU-Haushalts?
- Welche Ziele und Grenzen hat die Koordinierung der Finanzpolitik der EU-Staaten?
- Wie ist der Einfluss von Finanzkrise und Corona-Krise auf den Stabilitätspakt?

---

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Becker, P. (2018) *Die EU auf dem Weg in eine „Transferunion“?*, Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Bundesministerium der Finanzen (2021a) *Entwicklung der Staatsquote*, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Datenportal/Daten/offene-daten/haushalt-oeffentliche-finanzen/s12-entwicklung-der-staatsquote/s12-entwicklung-der-staatsquote.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Bundesministerium der Finanzen (2021b) *Bundshaushalt 2022 und Finanzplanung für die Folgejahre*, [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\\_Finanzen/Bundshaushalt/2022/bundshaushalt-2022-und-finanzplan-bis-2025.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundshaushalt/2022/bundshaushalt-2022-und-finanzplan-bis-2025.html) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Bundesministerium der Finanzen (2021c) *Entwicklung der öffentlichen Finanzen* [https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche\\_Finanzen/Stabilitaetspolitik/Entwicklung\\_Oeffentliche\\_Finanzen/entwicklung\\_oeffentliche\\_finanzen.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Stabilitaetspolitik/Entwicklung_Oeffentliche_Finanzen/entwicklung_oeffentliche_finanzen.html) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020) *Soziale Situation in Deutschland*, <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61867/oeffentliche-finanzen> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021) *Öffentlicher Schuldenstand*, <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70570/oeffentlicher-schuldenstand> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Deutsche Bundesbank (2017) *Zur Entwicklung der staatlichen Zinsausgaben in Deutschland und anderen Ländern des Euroraumes*, in: Monatsbericht Juli 2017, S. 66
- Deutsche Bundesbank (2021) *Öffentliche Finanzen in Deutschland*, in: Monatsbericht Mai 2021, S. 58\* – 59\*
- Deutsche Bundesbank (2020) *Perspektive der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023*, in: Monatsbericht Dezember 2020, S. 17–38
- Kampmann, U. (2009) *Das rote Haushaltbuch des Sonnenkönigs*, <https://www.moneymuseum.com/de/archiv/versailles-kein-beispiel%2D%2D346?&slbox=true> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Ramthun, C., Zastiral, S. (2021) *Die Mindeststeuer-Show*, in Wirtschaftswoche 28 / 2021, S. 34
- Ramthun, C. (2021) *Paradies bleibt Paradies*, in: Wirtschaftswoche 18 / 2021, S. 28
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2021) *Jahresgutachten 2020/21*, S. 64 – 66, S. 100
- Sozialpolitik aktuell (2019) *Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2020* [https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/abbII2.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/abbII2.pdf) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

- Statista (2021a) *Europäische Union: Nationale Beiträge der Mitgliedsstaaten zum Haushalt im Jahr 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155196/umfrage/die-zehn-wichtigsten-beitragszahler-im-eu-haushalt-2010/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021b) *Europäische Union: Operative Haushaltssalden der Mitgliedsstaaten im EU-Haushalt im Jahr 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/38139/umfrage/nettozahler-und-nettoempfängerländer-in-der-eu/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021c) *Staatsquoten der USA, Chinas, Russlands und Frankreichs, USA – Staatsquote bis 2026 | Statista China – Staatsquote bis 2026 | Statista Russland – Staatsquote bis 2026 | Statista Frankreich – Staatsquote bis 2026 | Statista* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/158267/200578/200591/umfrage/staatsquote-in-den-usa/china/russland/frankreich/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021d mit Bezug auf Quelle 1997) *Historische Staatsquoten ausgewählter Länder weltweit in den Jahren 1890 bis 1993*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249719/umfrage/historische-staatsquoten-ausgewaehler-laender-im-vergleich/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021e) *Geplante Ausgaben im Bundeshaushalt nach Ressorts 2022* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/873165/umfrage/geplante-ausgaben-im-bundeshaushalt-nach-ressorts/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021f) *Öffentlicher Gesamthaushalt, Finanzen des Öffentlichen Gesamthaushalts in Deutschland bis 2020 | Statista* (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021a) *Gesamtkatalog 2021, Stand: Juli 2021*, Fachserie 14, Reihe 2: Finanzen und Steuern, [https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Ausgaben-Einnahmen/Publikationen/\\_publikationen-innen-kassenergebnisse.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Ausgaben-Einnahmen/Publikationen/_publikationen-innen-kassenergebnisse.html) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021b) *Gesamtkatalog 2021, Stand Juli 2021, Fachserie 14, Reihe 5: Finanzen und Steuern – Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts – Fachserie 14 Reihe 5.2 – 2. Vierteljahr 2021 – Statistisches Bundesamt (destatis.de)* (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021c) *Sozialversicherungen insgesamt, Sozialversicherung insgesamt – Statistisches Bundesamt (destatis.de)* (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2019) *Statistisches Jahrbuch 2019 Deutschland und Internationales*, S. 332, 333

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Beck, H., Prinz, A. (2011) *Staatsverschuldung*, München: C. H. Beck Verlag
- Bundesministerium der Finanzen (2015) *Das System der öffentlichen Haushalte*, [das-system-der-oeffentlichen-haushalte-anl.pdf \(bundesfinanzministerium.de\)](https://www.bundesfinanzministerium.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF/Basiswissen/Finanzwissen/Finanzwissen-System-der-oeffentlichen-haushalte-anl.pdf?__blob=publicationFile&v=1) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Busch, B. (2008) *Zur Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union*, in: Beiträge zur Ordnungspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 31, Köln: Deutscher Instituts-Verlag
- Italian G 20 Presidency (2021) *Third Finance Ministers and Central Bank Governors meeting, Communiqué' 9-10 July 2021*
- Schmölders, G. (2014) *Finanzpolitik*, Berlin: Springer Verlag
- Wenzel, H.-D., Geppert, T., Kächelein, H., Lackebauer, J. (2008) *Finanzpolitik in Europa*, Bamberg: BERG-Verlag



## Zusammenfassung

Zur Außenwirtschaft gehören der Austausch von Gütern (Außenhandel und Dienstleistungshandel) und von Kapital (Kapitalverkehr) zwischen Inland und Ausland. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch eine hohe Außenwirtschaftsintensität gekennzeichnet. Das heißt, dass weltwirtschaftliche Prozesse starken Einfluss auf die deutsche Wirtschaft besitzen und die deutsche Wirtschaft ihrerseits internationale Wirtschaftsprozesse mitbestimmt. Die Warenstruktur des deutschen Außenhandels wird durch den Austausch von Produktionsgütern dominiert. Die wichtigsten Positionen im Dienstleistungshandel sind Transport und Tourismus. Haupthandelspartner Deutschlands sind die USA, China, Frankreich und die Niederlande. Die Zahlungsbilanz zeichnet alle Transaktionen des internationalen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs einer Volkswirtschaft auf. Die Außenwirtschaftspolitik verfolgt das Ziel außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und damit des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz. Der Wechselkurs ist der Preis einer ausländischen Währungseinheit, ausgedrückt in inländischer Währung.

Von Ausnahmen abgesehen, haben wir die Volkswirtschaft bisher als geschlossenen Mechanismus betrachtet und ihre wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland vernachlässigt. Das entspricht dem klassischen Vorgehen der Volkswirtschaftslehre und ändert sich beim Schritt von der „geschlossenen Volkswirtschaft“ zur „offenen Volkswirtschaft“. Den Inhalt dieses Schrittes macht die Außenwirtschaft aus.

► **Außenwirtschaft** ist die Gesamtheit aller ökonomischen Transaktionen zwischen inländischen und ausländischen Wirtschaftssubjekten. Dazu zählen die Transfers von Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Im Falle des Verkehrs von Waren (Export und Import) sprechen wir von **Außenhandel**. Auf gleiche Weise entstehen die Begriffe des **Dienstleistungshandels** zwischen Inland und Ausland und des **Kapitalexports und -imports**. Kapital wird in diesem Zusammenhang immer als Geldkapital verstanden. Genauer wollen wir diese Prozesse im Zusammenhang mit der Zahlungsbilanz in Abschn. 13.2 betrachten.

Außenwirtschaftliche Transaktionen vollziehen sich nicht neben der Volkswirtschaft oder unabhängig von ihr. Die Außenwirtschaftstheorie ist die Anwendung der allgemeinen Volkswirtschaftslehre auf die Erklärung der besonderen Sachverhalte, die sich aus Auslandstransaktionen inländischer Wirtschaftssubjekte ergeben. Als Betrachter sitzen wir dabei, bildlich gesprochen, inmitten der Volkswirtschaft und schauen auf deren Beziehungen zum Ausland. Das unterscheidet den Begriff der „Außenwirtschaft“ vom Begriff „Weltwirtschaft“.

### **Exkurs**

Als Weltwirtschaft werden wirtschaftliche Beziehungen zwischen Volkswirtschaften und ihren Akteuren verstanden, die sich aus internationaler Arbeitsteilung ergeben und durch internationale Bewegung von Gütern, Kapital und Arbeit gekennzeichnet sind. Die weltwirtschaftliche Betrachtungsweise ist „volkswirtschaftsneutral“. Der Betrachter befindet sich, um im Bild zu bleiben, zwischen oder über den Volkswirtschaften.

Außenwirtschaft ist so die Brücke von der Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft. Wie lange bei zunehmender Globalisierung eine Brücke als Verbindung ausreicht, gehört zu den Fragestellungen von Kap. 14. Wir wollen uns hier an die Rolle der Außenwirtschaft in der Volkswirtschaft halten und damit der Logik des Buches folgen.

Von welchem Gewicht, von welchem praktischen Wert die Lehrsätze der Außenwirtschaftstheorie sind, hängt von der Einbeziehung der Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung ab oder umgekehrt: vom Einfluss weltwirtschaftlicher Prozesse auf die Volkswirtschaft. Die deutsche Wirtschaft, das wissen wir, ist sehr stark mit den Wirtschaften anderer Länder verbunden. Wie stark, soll der folgende Abschnitt zeigen.

---

## **13.1 Deutsche Außenwirtschaft in Europa und der Welt**

### **13.1.1 Außenhandel und Außenwirtschaft**

Die Außenwirtschaft, so haben wir definiert, umfasst im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung den Austausch einer Volkswirtschaft mit dem Ausland – den Austausch von Waren, von Dienstleistungen und von Kapital. Beim Wirtschaftskreislauf (Kap. 3) wurden Güter- und Geldkreislauf unterschieden und unter dem Güterbegriff Waren (materielle

Güter) und Dienstleistungen zusammengefasst. Die Zahlungsbilanz, das werden wir sehen, trennt zunächst Waren und Dienstleistungen und fasst beide erst in der Leistungsbilanz zusammen. Der Außenhandel wird von vornherein als Summe des Austauschs von Waren, nicht aber von Dienstleistungen und Kapital verstanden. Eine solche Klarstellung ist wichtig, weil wir hier – wie in anderen Fällen – auch auf andere und widersprüchliche Definitionen treffen können.

### ► Außenhandel

- ist Austausch von Waren einer Volkswirtschaft mit dem Ausland;
- unterscheidet sich von der Außenwirtschaft durch den Leistungs- und Kapitalverkehr;
- setzt sich zusammen aus Export, Import einschließlich Transithandel;
- bildet die Ergänzung einer offenen Volkswirtschaft zum Binnenhandel.

#### Exkurs

Transithandel ist keine dritte gesonderte Form des Außenhandels neben Export und Import und geht als Bestandteil beider in die offizielle Außenhandelsstatistik („Spezialhandel“) ein. Im Ausweis des „Generalhandels“ werden Transite ausgeklammert. Bei Transithandel ist das Inland Transitland. Transithandel (Durchfuhrhandel, Dreiecksgeschäft) findet statt, wenn Inländer von Ausländern A Waren importieren, um sie an dritte Ausländer B zu exportieren. Wir unterscheiden den ungebrochenen Transithandel (klassische Form) und den gebrochenen Transithandel (Lagergeschäft). Im ersten Fall gelangt die Ware körperlich direkt von Ausländer A an Ausländer B, ohne Berührung mit dem Inland zu haben. Im zweiten Fall nimmt die Ware von Ausländer A den Weg über den Inländer an Ausländer B.

## 13.1.2 Die deutsche Wirtschaft in der Weltwirtschaft

Die Intensität, mit der die deutsche Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft verflochten ist, misst sich an verschiedenen Kriterien. Dazu gehören solche, die den Anteil der deutschen Wirtschaft an weltwirtschaftlichen Prozessen widerspiegeln und solche, aus denen der Einfluss internationaler Prozesse auf die deutsche Wirtschaft sichtbar wird.

Ein wichtiger Indikator der ersten Gruppe ist der **Anteil eines Landes am Welthandel**. Ein wichtiger Indikator der zweiten Gruppe, des Einflusses der Weltwirtschaft auf die nationale Wirtschaft, ihre internationale Verflechtung, ist die **Exportquote**. Tab. 13.1 fasst beide Größen für 2020 zusammen. Bezugsbasis zum BIP ist dabei (das ist wichtig) der Export von Waren.

Die Spalten 1 und 2 vergleichen den deutschen Export und seinen Anteil am Weltexport mit den anderen zehn größten Exportnationen 2020. Spalte 3 zeigt das Verhältnis des Exports zum BIP, die Exportquote, und damit den Einfluss der Weltwirtschaft auf die nationale Wirtschaft. Tab. 13.1 bezieht sich bei Anteil am Welthandel und bei Exportquote bewusst auf dieselben Länder. Ihre Reihenfolge ist der Rang nach Exportumfang und dessen Anteil am Weltexport. Aus der letzten Spalte (Exportquote) wird deutlich, dass hier andere Relationen gelten. Beides wollen wir kommentieren.

**Tab. 13.1** Die zehn größten Exportnationen. (Quelle: Statista 2021a, b, c, d, eigene Berechnungen)

Rang	Land (2020)	Export in Mrd. US-\$	Anteil am Weltexport	Exportquote
1	China	2591,1	14,7 %	124,2 %
2	USA	1431,6	8,1 %	6,8 %
3	Deutschland	1380,0	7,8 %	43,8 %
4	Niederlande	674,5	5,5 %	77,9 %
5	Japan	641,4	3,6 %	12,7 %
6	Honkong	548,8	3,1 %	157,0 %
7	Südkorea	512,5	2,9 %	31,4 %
8	Italien	496,1	2,8 %	29,5 %
9	Frankreich	488,4	2,8 %	27,9 %
10	Belgien	419,3	2,4 %	80,6 %

1. Von 195 Ländern der Welt vereinigen die ersten zehn 2020 genau die Hälfte des gesamten Weltexports auf sich.
2. Es handelt sich bei den 10 größten Exportnationen durchgängig um entwickelte Industrieländer. Um solche, wie die USA, Deutschland oder Japan, die es schon lange sind. Oder um solche, wie China oder Südkorea, die es inzwischen geworden sind. Daran wird der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand eines Landes und seiner Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung deutlich.
3. Bis zum Jahr 1990 war Deutschland vor den USA und Japan an erster Stelle und galt als „Exportweltmeister“. 1991 übernahmen die USA diesen Platz und haben ihn inzwischen an China abgegeben. Das zeigt die Dynamik in Weltwirtschaft und Welt Handel. Gleichzeitig bleibt Deutschland bei 1 % Anteil an der Weltbevölkerung und 8 % Anteil am Weltexport eines der außenhandelsintensivsten Länder.
4. Wir verzichten bei der Exportquote auf ein eigenes Ranking, weil die größten Exportländer trotz ihres starken Einflusses auf den internationalen Handel aufgrund ihrer hohen inländischen Wirtschaftsleistung hierbei nicht auf den ersten Plätzen zu finden sind.
5. Spitzensreiter bei den Exportquoten sind neben dem in der Tabelle ausgewiesenen Hongkong Länder wie Luxemburg (214,5 %), Malta (143,8 %) oder Irland (131,1 %). Das weist auf einen Zusammenhang der Exportquote mit zwei gegenläufigen Faktoren hin. Erstens ist die Exportquote tendenziell hoch, wenn der wirtschaftliche Entwicklungsstand hoch ist. Zweitens ist die Exportquote tendenziell niedrig, wenn hinter dem Export ein großes Land mit einer großen Wirtschaft und einem hohen BIP als Vergleichswert steht. Unsere Beispiele zeigen, dass aus beiden Kriterien entwickelte Stadtstaaten oder kleine Länder als Spitzensreiter hervorgehen. Hinzu kommt dabei, dass aufgrund geringer natürlicher Ressourcen (Bodenschätze, Landwirtschaft) ein vergleichsweise hoher Importbedarf besteht, der seinerseits für seine Finanzierung entsprechende Exporte braucht.
6. Die Exportquote Deutschlands liegt bei mehr als 40 % des BIP und damit unter vergleichbaren Industriestaaten relativ hoch. Sie bringt zum Ausdruck, dass knapp die

Hälften der in Deutschland produzierten Güter für den Konsum im Ausland hergestellt und über entsprechende Importe in anderer Form für den inländischen Verbrauch zur Verfügung gestellt werden.

7. Es bleibt mit Blick auf die Punkte 5 und 6 eine Frage: Wenn die Exportquote den Anteil der Exporte am BIP ausdrückt – wie kann es dann sein, dass diese Quote bei den angesprochenen kleinen Ländern teilweise deutlich über 100 % liegt? Die Exportquote Hongkongs von 157,0 % in Tab. 13.1 setzt sich 2020 aus einem Export von 548,8 Mrd. US-\$ und einem BIP von 349,5 Mrd. US-\$ zusammen. Die Antwort liegt im angesprochenen Transithandel, der für die genannten kleinen Länder stärker ins Gewicht fällt, als für die großen. Transite werden als Bruttowerte in der Export- und Importstatistik eines Landes erfasst. Es handelt sich bei den Exporten aber um Güter, die nicht im Inland, sondern im Ausland produziert wurden und so nicht in den Wert des BIP eingehen.

Neben den beschriebenen güterwirtschaftlichen Indikatoren für den Grad der internationalen Verflechtung eines Landes, für die Bedeutung seiner Wirtschaft für die Weltwirtschaft (und umgekehrt), müssen wir auch die monetäre Verflechtung auf internationaler Ebene ansprechen. Dazu gehört der **Anteil der Währung eines Landes an den Weltdevisenreserven**. Er drückt aus, wieviel von den Reserven an fremder Währung bei den Zentralnotenbanken aller Länder der Welt gehalten werden. Tab. 13.2 vermittelt einen Überblick über die Struktur der Weltdevisenreserven 1991 und 2020.

Aus Tab. 13.2 wird die langfristig stabile Rolle des US-Dollar als weltweite Leitwährung sichtbar. Die Bedeutung der D-Mark als zweitwichtigste internationale Reservewährung hat im Betrachtungszeitraum der Euro übernommen. Bei weltweiten Devisenreserven von insgesamt 12 Milliarden US-Dollar bedeuten 20 % Anteil des Euro einen Betrag von 2,4 Milliarden US-Dollar, die durch die Zentralbanken in Euro gehalten werden. Die Rolle einer Währung als internationale Devisenreserve ist Ausdruck des Vertrauens der Weltwirtschaft in die Wirtschaft des Landes, das diese Währung emittiert. Im Falle des Euro bedeutet das Vertrauen in die europäische Wirtschaft, in ihr System und in ihre gemeinsame Währung.

**Tab. 13.2** Weltdevisenreserven. (Quelle: Deutsche Bundesbank 1991; Statista 2020a)

Platz	Anteil an den internationalen Devisenreserven		
	Währung	1991	Währung
1	US-Dollar	55,8 %	US-Dollar
2	D-Mark	18,5 %	Euro
3	Japanischer Yen	10,6 %	Japanischer Yen
4	Private ECU	4,7 %	Britisches Pfund
5	Britisches Pfund	3,6 %	Chinesischer Renminbi
6	Französischer Franc	3,3 %	Kanadischer Dollar
7	Schweizer Franken	1,8 %	Australischer Dollar
8	Holländischer Gulden	1,1 %	Schweizer Franken
9	Sonstige	0,6 %	Sonstige

<sup>1</sup>Erstes Quartal 2020

Die Stabilität einer Währung als Reservewährung ist auch aus folgendem Grund wichtig. Stellen wir uns vor, das Vertrauen in den Euro sinkt und Zentralbanken beginnen, in Größenordnungen ihre Euro-Reserven auf dem Markt gegen andere Währungen zu veräußern. Dann würde die umlaufende Geldmenge (Angebot) an Euro steigen. Sein Preis, der Wechselkurs und mit ihm der Geldwert würden sinken. Was Inflation begünstigen würde. Das Szenarium zeigt, dass ein hoher Status der eigenen Währung als Reservewährung eine zusätzliche Verpflichtung der Wirtschaft zu Stabilität ist.

### 13.1.3 Struktur des deutschen Außenhandels

Warum führt ein Land gerade diese Güter aus und jene Güter ein? Zwei Gründe gibt es hierfür. Gründe, die allgemein auch als Bestimmungsfaktoren des Außenhandels bezeichnet werden: die Nichtverfügbarkeit an bestimmten Gütern aus natürlichen und technologischen Gründen sowie Kostenunterschiede bei der Güterproduktion.

*Erstens – Nichtverfügbarkeit* Gäbe es keinen Außenhandel, würden wir in Deutschland keinen Kaffee trinken. Ein Äthiopier hätte kein iPad, ein Schweizer kein Benzin und ein Krankenhaus in Haiti schwereren Zugang zu moderner Medizintechnik. Und ein Ungar könnte sich nicht am Meer erholen. Wobei letzteres aber genau genommen nichts mit Außenhandel, sondern in Form von Tourismus mit Dienstleistungshandel zu tun hat. So wohl unterschiedliche natürliche Voraussetzungen (Klima, Bodenschätze) als auch technologisch bedingte Produktionsmöglichkeiten führen dazu, dass kein Land auf der Welt in der Lage ist, alle Güter für seinen Konsum selbst bereitzustellen. Das trifft für kleinere Länder in noch stärkerem Maße zu, als für große wie China, die USA oder Russland. Und es geht hier noch nicht um den Aufwand für die Bereitstellung, sondern um deren grundätzliche Möglichkeit.

Deutsche Importe, die auf natürlicher Nichtverfügbarkeit beruhen, waren 2019 unter anderem 85 Millionen Tonnen Rohöl, 1,2 Millionen Tonnen Kaffee oder 500 Tausend Tonnen Baumwolle. Tab. 13.3 zeigt einen Überblick über Deutschlands größte Rohöl-lieferanten.

Auch zwischen hochentwickelten Industrieländern haben Arbeitsteilung und Spezialisierung dazu geführt, dass nicht jedes Land über die technologischen Voraussetzungen zur Herstellung aller benötigten Güter verfügt. Eine Spezialisierung kann zwischen Warengruppen wie auch innerhalb von Warengruppen bestehen.

---

#### Beispiel

In jedem Land der Welt fahren Autos. Die Produktion von Autos konzentriert sich weitgehend auf Hersteller-Länder wie Deutschland, USA, Italien, Frankreich, Japan und Südkorea. Ähnlich ist es bei Schienenfahrzeugen, deren Produktion vor allem in Län-

**Tab. 13.3** Die wichtigsten Rohöl-Lieferanten Deutschlands. (Quelle: Statista [2021e](#))

Land	Import 2019 (Mio. Tonnen)	Anteil
Russland	27,09	31,9 %
Großbritannien	10,22	12,0 %
Norwegen	9,70	11,4 %
Libyen	8,33	9,8 %
Kasachstan	6,33	7,4 %
Nigeria	5,24	6,1 %
Sonstige (dar. Irak, Saudi-Arabien, Ägypten, Algerien, Venezuela, Dänemark, Kuwait, Iran, Mexiko, Polen)	18,09	21,4 %
<i>Gesamt</i>	84,80	100,0 %

[Die wichtigsten Rohöl-Lieferanten Deutschlands]

Quelle: Statista ([2021e](#))

dern wie China, USA, Kanada, Deutschland, Japan oder Südkorea beheimatet ist. Aber auch Züge und Straßenbahnen fahren überall auf der Welt. Beispiel für Spezialisierung, technologische Verfügbarkeit und Handel zwischen ganzen Warengruppen. Die Darstellung muss aber relativiert werden. Die hinter den Beispielen stehenden Hersteller verfügen über ein weltweit verzweigtes Produktionsnetz, mit dem die Kerntechnologie Eingang in Produktion und Export dritter Länder findet. VW-Produktion in São Bernardo geht in die brasilianische Exportstatistik ebenso ein, wie Bombardier-Waggon-Herstellung in Görlitz oder Tesla-Produktion in Grünheide in die deutsche. Gleichzeitig gibt es auch Einfuhr und Ausfuhr innerhalb von Warengruppen. Das ist beim oben beschriebenen Auto-Beispiel ebenso der Fall wie bei der Herstellung von Werkzeugmaschinen oder Schiffen. ◀

*Zweitens – Kostendifferenzen* Diese Quelle von Arbeitsteilung und Spezialisierung haben wir bereits in den Kap. 1 und 2 kennengelernt. Es ist die Erklärung und Befürwortung von Freihandel zwischen verschiedenen Ländern, an der sich der klassische Liberalismus orientiert. Eine sinnvolle Arbeitsteilung besteht danach auch dann, wenn sich jeder Partner auf diejenige Produktion spezialisiert, für die er, könnte er potentiell auch alles, bessere Voraussetzungen als der andere hat. Wir haben das in Kap. 2 mit Bezug auf die wichtige Rolle der Arbeitsteilung in dem Werk von Adam SMITH „Wohlstand der Nationen“ an Zahlenmodellen gezeigt. Die SMITHsche Theorie gilt allgemein, aber eben auch für die internationale Arbeitsteilung zwischen Ländern, bei der der Außenhandel Vermittler ist. Jedes Land konzentriert sich auf solche Güter deren Produktion vergleichsweise kostengünstig ist. Das kann hier die eine und dort die andere sein. SMITH erklärt diese Vorteilhaftigkeit, die Nutzung **absoluter Vorteile**, an seinem berühmten Beispiel, bei dem sich England auf die Herstellung von Tuch und Portugal auf die Herstellung von Wein spezialisiert und beide mit der bewusst überschüssigen Produktion Außenhandel betreiben. Im Ergebnis erhöht sich die Menge verfügbarer Güter, der „Wohlstand der Nation“ mehrt sich für beide. Nach der Theorie der **komparativen Vorteile** von David RICARDO ist Außenhandel für zwei

Länder auch dann vorteilhaft, wenn das eine Land gegenüber dem anderen bei der Produktion aller Güter Kostenvorteile besitzt, sich beide Länder aber auf die Produktion spezialisieren, bei denen die Vorteile komparativ („vergleichsweise“ zu anderen Produktionen) am größten, beziehungsweise die Rückstände am geringsten sind.

### Exkurs

Ein Element des Nord-Süd-Konflikts besteht in einer statischen Betrachtungsweise bestehender Kostendifferenzen. Wachstum, Wohlstand und wirtschaftliche Angleichung erwachsen nicht aus der Konservierung bestehender Strukturen. Wenn England = Tuch und Portugal = Wein im Modell von SMITH zur Vorlage für Nord = Technik und Finalprodukte und Süd = Rohstoffe, Niedriglohnarbeit und Zulieferung werden, führt das zur Zementierung und Erweiterung wirtschaftlicher Niveauunterschiede in der Welt. Strukturangleichung und Wachstum erfordern wettbewerbsfähige industrielle Strukturen. Die Lehrsätze der absoluten und komparativen Vorteile gelten. Aber sie bedürfen gezielter Strukturpolitik, um aus Kostennachteilen von heute Kostenvorteile von morgen zu machen.

Im Ausweis der **Warenstruktur** des Außenhandels Deutschlands (Tab. 13.4) wie auch dem anderer Länder ist die Wirkung einzelner Bestimmungsfaktoren des Außenhandels nur eingeschränkt ablesbar. Das erklärt sich aus dem hohen Aggregationsgrad der Erfassung wie auch aus der Überlagerung verschiedener Wirkungen.

Wovon ist Güterstruktur des deutschen Außenhandels gekennzeichnet?

1. Die Güterstruktur des Außenhandels kann in der **Statistik** unterschiedlichen Kriterien folgen. Zu den beiden wichtigsten gehören die Struktur nach industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings | MIGS) und die nach Handelswaren (nach Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken). Wir haben uns in Tab. 13.4 für die erste entschieden. Sie entspricht der Klassifikation der EU und ist verwendungsorientiert. Wir werden in der folgenden Kommentierung die Brücke zwischen beiden Systemen schlagen, indem wir die wichtigsten Handelswaren (Güterabteilungen) des deutschen Exports und Imports den Hauptgruppen in Tab. 13.4 zuordnen.
2. Wir kennen aus Kap. 2 die Einteilung der Güter in Produktionsgüter und Konsumgüter. Produktionsgüter gehen nicht direkt in den Konsum (Gebrauch oder Verbrauch), son-

**Tab. 13.4** Warenstruktur des deutschen Außenhandels 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a, eigene Berechnungen und Strukturierung)

Warengruppe	Export 2020		Import 2020	
	Mrd. €	Anteil	Mrd. €	Anteil
Investitionsgüter	508,1	42,2 %	314,7	30,7 %
Vorleistungsgüter	373,3	31,0 %	297,1	29,0 %
Verbrauchsgüter	201,8	16,7%	190,0	18,5 %
Gebrauchsgüter	39,8	3,3 %	48,9	4,8 %
Energie	20,7	1,7 %	63,8	6,2 %
Landwirtschaftsgüter	10,7	0,9 %	33,4	3,2 %
Sonstige	50,6	4,2 %	77,7	7,6 %
<i>Gesamt</i>	<i>1205,0</i>	<i>100,0 %</i>	<i>1025,6</i>	<i>100,0 %</i>

dern in einen neuen Produktionsprozess ein. Das sind in Tab. 13.4 vor allem Investitionsgüter, Vorleistungen und Energie. Damit machen **Produktionsgüter** insgesamt rund 75 % des deutschen Exports und 70 % des deutschen Imports aus.

3. Bestandteil der Gruppe „**Investitionsgüter**“ und eine der wichtigsten deutschen Handelswaren im Export sind „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ – also **Autos**. Sie machen mit 187 Mrd. € mehr als ein Drittel des Investitionsgüterexports und rund 15 % des gesamten deutschen Exports aus.

Hier wird deutlich, wie wichtig die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autohersteller beim Übergang zu alternativen Antriebssystemen ist. Weitere wichtige „Handelswaren“ der Hauptgruppe „Investitionsgüter“ im deutschen Export sind Maschinen, chemische Erzeugnisse, Datenverarbeitungsgeräte und optische Erzeugnisse.

*Nun mag sich mancher fragen, was Autos bei den Produktionsgütern zu suchen haben, wo sie doch auch privat genutzt werden und damit doch Konsumgüter (Gebrauchsgüter) sind. Wir haben in Kap. 2 hervorgehoben, dass viele Güter, darunter auch Autos, sowohl als Gebrauchsgüter als auch als Investitionsgüter dienen können. Da die Statistik nicht im Einzelfall zwischen beiden Zuordnungen trennen kann, entscheidet sie sich durchgängig für die zweite.*

4. Auch im deutschen **Import** sind die **Investitionsgüter** die wichtigste Position. Schauen wir in die wichtigsten „Handelswaren“, dann sind es mit Datenverarbeitungsgeräten, Autos und chemischen Erzeugnissen dieselben wie im Export. Wir erinnern uns an den weiter vorn erfolgten Hinweis auf Arbeitsteilung, Spezialisierung und Handelsaustausch innerhalb ein und derselben Warengruppe.
5. Der Anteil an **Vorleistungsgütern** ist im deutschen Export und Import mit rund 30 % nahezu gleich. Vorleistungsgüter sind Zulieferungen (Rohstoffe oder Halbfertigerzeugnisse), die in einen finalen Produktionsprozess eingehen. Hierzu zählen Erze, Metalle, Farben, Chemiefasern, Gummi und Kunststoffe, Textilveredlung, elektronische Baulemente, Batterien, Akkumulatoren oder Kabel.
6. Die dritte Produktionsgüterposition, die **Energie**, unterscheidet sich im deutschen Export und Import sowohl bezüglich der Höhe als auch der Warenpositionen. Das Importvolumen beträgt mit mehr als 6 % fast das Vierfache vom Export. Hier sind wir beim Außenhandelskriterium der natürlichen Voraussetzungen und damit beim Import von **Erdöl und Erdgas**. Mit 45 Mrd. € macht das Importvolumen von Erdöl und Erdgas den Hauptteil der Energieimporte, aber insgesamt „nur“ 4 % des deutschen Gesamtimports aus.
7. Die Brücke zum Konsumbereich schlagen die beiden Hauptgruppen Gebrauchsgüter und Verbrauchsgüter. Ihr Anteil liegt im Export und im Import bei jeweils 20 %. Warengruppen bei **Gebrauchsgütern** sind u. a. Unterhaltungselektronik, Möbel, Haushaltsgeräte oder Musikinstrumente. Zu den **Verbrauchsgütern** im deutschen Export und Import gehören Lebensmittel und Getränke, Tabakwaren, Bekleidung, Kosmetik oder pharmazeutische Erzeugnisse.

8. Die Warengruppe der Landwirtschaftsgüter liegt im Export bei einem und im Import („natürliche Voraussetzungen“) bei 3 %. Sie hat ergänzenden Charakter zu den Verbrauchsgütern und umfasst Warengruppen wie Getreide, Obst, Gemüse, Milch, Milcherzeugnisse oder Wein.
9. Insgesamt ist der deutsche Export (Kraftwagen, Maschinen allein 30 %) stärker auf Gütergruppen konzentriert, als die Importe (Datenverarbeitungsgeräte, Kraftwagen – die beiden größten Warengruppen – zusammen mit 22 %).

Die Warenstruktur des Exports auf der einen und des Imports auf der anderen Seite sind erheblich für die Entwicklung von Ausfuhrpreisen und Einfuhrpreisen und ihr Verhältnis zueinander. Angenommen, es steigen, wie in den 1970ern, die Preise für wichtige Rohstoffe (Erdöl) schneller als die Preise für die zu ihrer Finanzierung notwendigen Fertigwaren, so folgt: Ein Land, das Rohstoffe importiert und dafür Fertigwaren exportiert, wird jährlich mehr Maschinen für eine gleiche Menge Erdöl liefern müssen, um den Handel wertmäßig auszugleichen. Steigen umgekehrt die Rohstoffpreise weniger stark als die für Fertigwaren (Beispiel: kurzzeitig während der Corona-Krise 2020), wird der Rohstofflieferant, vor allem wenn er keine Alternative zur bisherigen Warenstruktur hat, umgekehrt vor dem gleichen Problem stehen.

### **Exkurs**

Die Sowjetunion besaß Anfang der 1970er-Jahre trotz großer Bemühungen zur Stärkung von Industrie und Technologie die Exportwarenstruktur eines Entwicklungslandes. Investitionsgüter spielten eine geringe Rolle. Die Exporte in die westlichen Länder, aber auch in den RGW, waren geprägt von einem hohen Anteil von Erdöl und Erdgas. Eine dringend notwendige Veränderung der Exportpolitik und Exportstruktur erfolgte mit Blick auf die rasante Erdölpreisentwicklung nur halbherzig. Zu verführerisch war die Aussicht, mit dem Erdölexport immer mehr Geld zu verdienen und damit mehr im Preis zurückbleibende Importe sichern zu können. Erdölpreisentwicklung als Opium der Strukturpolitik. Die Lage änderte sich in den 1980er-Jahren dramatisch. Der Erdölpreis sank von 1980 bis 1986 von mehr als 30 \$/Barrel auf fast die Hälfte. Es gibt nicht wenige Ökonomen, die die Krise der sowjetischen Wirtschaft und den Zerfall der UdSSR Ende der 1980er mit dieser Entwicklung und verfehlten Strategie in Zusammenhang bringen.

Das Verhältnis, in dem sich die Exportpreise und die Importpreise eines Landes entwickeln, wird als „Terms of Trade“ bezeichnet.

- Die **Terms of Trade** sind der Quotient aus dem Preisindex für Exportwaren und dem Preisindex für Importwaren eines Landes, multipliziert mit 100.

Steigen die Exportpreise schneller als die Importpreise, ergeben die Terms of Trade einen Wert, der größer als 100 ist. Steigen die Importpreise schneller als die Exportpreise, liegen die Terms of Trade unter 100. Tab. 13.5 zeigt die Entwicklung der Terms of Trade im deutschen Außenhandel.

Fazit aus Tab. 13.5: 2018 musste Deutschland mehr Güter exportieren, um eine gleiche Menge an Importgütern zu bezahlen, als 2015. 2020 waren es weniger. Hier wirkt der

**Tab. 13.5** Terms of Trade im deutschen Außenhandel. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021b)

Jahr	Exportpreisindex 2015 = 100	Importpreisindex 2015 = 100	Terms of Trade
1970	41,2	43,7	94,3
1980	67,0	82,7	81,0
1990	81,7	84,9	96,2
2000	88,4	91,8	96,3
2014	99,4	105,2	94,5
2015	100,0	100,0	100,0
2016	99,0	96,7	102,4
2017	100,7	100,1	100,6
2018	101,9	102,7	99,2
2019	102,4	101,7	100,7
2020	101,7	97,3	104,5

**Tab. 13.6** Länderstruktur des deutschen Außenhandels 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a, eigene Berechnungen)

Platz	Anteile der Haupthandelspartner am deutschen Export und Import 2020			
	Export		Import	
	Land	Anteil	Land	Anteil
1	USA	8,6 %	China	11,3 %
2	China	8,0 %	Niederlande	8,6 %
3	Frankreich	7,6 %	USA	6,6 %
4	Niederlande	7,0 %	Polen	5,7 %
5	Großbritannien	5,6 %	Frankreich	5,5 %
6	Polen	5,3 %	Italien	5,3 %
7	Italien	5,0 %	Schweiz	4,4 %
8	Österreich	5,0 %	Tschechien	4,2 %
9	Schweiz	4,7 %	Österreich	3,9 %
10	Belgien	3,6 %	Belgien	3,6 %

zwischenzeitliche Rückgang der Rohstoffpreise in der Corona-Krise. Die 1970er- und 1980er-Jahre waren durch ein schnelleres Wachstum der Rohstoffpreise gegenüber den Fertigwarenpreisen geprägt. Und damit für Deutschland von einer schnelleren Verteuerung der Importpreise gegenüber den Exportpreisen – von terms of trade unter 100.

Nachdem wir die Güterstruktur des deutschen Außenhandels kennengelernt haben, wollen wir uns seine **Regionalstruktur** – seine Länderstruktur – anschauen. Tab. 13.6 zeigt die jeweils zehn größten Handelspartner Deutschlands im Export und im Import.

Auch hier wollen wir den Inhalt von Tab. 13.6 um einige Kommentare ergänzen.

- Zu den deutschen Außenhandelspartnern gehörten 2020 240 Länder. Auf Platz 240 im Export die Kokosinseln mit zweitausend US-\$ und im Import Tuvalu und die Sandwichinseln mit je eintausend US-\$ Niger. Die zehn größten Handelspartner machen im Export und im Import jeweils 60 % aus. Die restlichen 40 % verteilen sich auf 230 weitere

Partner. Das bedeutet eine hohe **Konzentration** an der Spitze und eine starke **Streuung** im restlichen Teil und damit insgesamt.

2. Unter den zehn größten Handelspartnern befinden sich, bis auf Ausnahmen, im Export und im Import dieselben Länder. Das spricht dafür, dass das Export-Import-Verhältnis, die **Handelsbilanz**, nicht nur insgesamt, sondern auch für einzelne Länder tendenziell ausgeglichen ist. Das ändert nichts an bilateralen Außenhandelssaldos, die nach Ländern unterschiedlich sind. Die größten Exportüberschüsse weist Deutschland gegenüber den USA (+36 Mrd. €), Frankreich (+34 Mrd. €) und Großbritannien (+32 Mrd. €) auf. Für die Trump-Regierung war das US-Handelsbilanzdefizit einer der Anlässe, um im Rahmen der „America first“-Politik Importe aus Deutschland durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen zu drosseln. Der größte deutsche Importüberschuss besteht mit 20 Mrd. € gegenüber China.
3. Außenhandelsbeziehungen wachsen **langfristig stabil** und werden in ihrer regionalen Struktur durch außenpolitische oder wirtschaftspolitische Faktoren nicht von einem zum anderen Jahr über den Haufen geworfen. Die regionale Entfernung mag aus Sicht der Transportaufwendungen ein Faktor sein, ändert aber nichts daran, dass sich unter den 10 größten Export- und Import-Partnern Deutschlands mit den USA und China zwei große Länder aus anderen Kontinenten befinden. Mit dem Trend verstärkten Wissens- und Technologietransfers gegenüber materialaufwendigen Lieferungen wird sich der regionale Faktor weiter abschwächen.
4. Den Handel Deutschlands mit den **EU-Mitgliedsstaaten** wollen wir uns nachfolgend noch genauer anschauen. Hier stellen wir zunächst fest, dass sich unter den 10 größten deutschen Export- und Importpartnern 6 bzw. 7 EU-Länder befinden. Da sich die Zahlen aus Tab. 13.6 auf 2020 beziehen, ist dabei Großbritannien nicht mehr inbegriffen.

Der Handel Deutschlands mit EU-Mitgliedsstaaten zählt statistisch zum Außenhandel, weist aber durch Binnenmarkt und Zollfreiheit auch Merkmale von Binnenhandel auf. Durch Bedingungen wie Zollfreiheit und (im Eurobereich) Entfall des Wechselkursrisikos bieten sich im Intra-EU-Handel günstigere Voraussetzungen für eine überdurchschnittliche Entwicklung. Die Struktur deutscher Exporte nach Ländergruppen zeigt Tab. 13.7.

**Tab. 13.7** Deutscher Export 2020 nach Ländergruppen. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021a; Statista 2020b, eigene Berechnungen)

Ländergruppe		Anteil
<b>Europa</b>		<b>68 %</b>
darunter EU gesamt	53 %	
davon Euro-Zone	37 %	
<b>Asien</b>		<b>17 %</b>
<b>Amerika</b>		<b>12 %</b>
<b>Afrika</b>		<b>2 %</b>
<b>Australien und Ozeanien</b>		<b>1 %</b>
<b>Gesamt</b>		<b>100 %</b>

## 13.2 Die Zahlungsbilanz

### 13.2.1 Definition und Aufbau

Die Zahlungsbilanz gibt Auskunft über Ausmaß und Struktur aller wirtschaftlichen Beziehungen, die Wirtschaftssubjekte im Inland mit dem Ausland eingehen. Die Betonung liegt auf „alle“, denn die Zahlungsbilanz beinhaltet damit mehr als das, was wir bisher zum Außenhandel, zu Export und Import, kennen. Erinnern wir uns an Kap. 9. Dort hatten wir festgestellt, dass außenwirtschaftliches Gleichgewicht zwar als Übereinstimmung von Export und Import einfach und praktikabel darstellbar ist, dass es aber umfassender und genauer über das, wenn auch kompliziertere, Zahlungsbilanzgleichgewicht repräsentiert wird.

► Die **Zahlungsbilanz** ist die wertmäßige Aufzeichnung aller ökonomischen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern in einer Periode, in der Regel während eines Jahres.

Wir wollen diese, wie immer kurze, Definition mit einigen Kommentaren vertiefen und erweitern.

1. Die Zahlungsbilanz ist eine **gesamtwirtschaftliche Bilanz**. In ihr werden ausschließlich aggregierte Größen erfasst. Es gibt weder eine Zahlungsbilanz für Schleswig-Holstein noch für den Maschinenbau.
2. Definition und damit **Erfassungsbereich** der Zahlungsbilanz stützen sich auf die Inländer- und Ausländerdefinition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (vgl. Kap. 4). Danach sind Inländer Wirtschaftssubjekte (natürliche und juristische Personen), die ihren Sitz im „Inland“ haben. Definiert wird „Inland“ im Weiteren mit „innerhalb einer Volkswirtschaft“ oder „innerhalb eines Landes“. Selten mit „innerhalb eines Staatsgebietes“ und gar nicht mit „innerhalb des Geltungsbereiches einer Währung“. Bis zur Einführung des Euro war das Haarspaltere, denn alle Lesarten stimmten überein. Mit dem Euro als gemeinsame Währung ist zumindest der Gedanke daran berechtigt. Weil eben die europäische Integration in ihren verschiedenen Bereichen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit stattfindet. Im Mittelpunkt der Kommunikation steht weiterhin die Zahlungsbilanz für Deutschland, erstellt durch die Deutsche Bundesbank. Ergänzend und zusammenfassend wird durch die EZB eine Zahlungsbilanz für das Euro-Gebiet veröffentlicht. Wir werden uns im Folgenden an der Zahlungsbilanzdefinition für die deutsche Volkswirtschaft orientieren. Dafür gibt es folgende Gründe. *Erstens*. Im Euro-Raum gibt es eine gemeinsame Geldpolitik aber nationale Kompetenzen für Wirtschafts- und mit ihr für Außenwirtschaftspolitik. Und Steuerungsinstrument für diese ist unter anderem die Zahlungsbilanz. *Zweitens*. Die Zahlungsbilanz ist eine wichtige Komponente der Volkswirtschaftlichen Gesamt-

rechnung, die wiederum nach wie vor auf das Gebiet der Volkswirtschaft definiert als die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, bezogen ist.

3. Die deutsche Zahlungsbilanz wird in der **Währung** erstellt, die für das Erfassungsgebiet, gilt. Das ist für Deutschland, unabhängig von Punkt 2, der Euro. Im internationalen Vergleich, vor allem in den Balance of Payments and International Investment Position Statistics (BOP/IIP) des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfolgt eine Umrechnung in US-Dollar. Die Deutsche fdBundesbank richtet sich (ebenso wie die EZB für die Euro-Zahlungsbilanz) mit der Struktur der Zahlungsbilanz weitgehend an den Richtlinien des IWF aus, dessen Mitglied sie ist.
4. Die Zahlungsbilanz ist keine Bilanz im Sinne der zeitpunktbezogenen Gegenüberstellung von Soll und Haben, beispielsweise per 31.12. eines Jahres. Sie zeichnet alle für sie relevanten **Vorgänge des Jahres** (in Monatsschritten) auf, unabhängig von möglichen sachlichen Verknüpfungen zu vorherigen oder künftigen Zeiträumen.
5. Zu klären ist schließlich noch der Begriff der **ökonomischen Transaktionen**, auf den die Definition der Zahlungsbilanz Bezug nimmt. Wir haben schon unter Abschn. 13.1 betont, dass Außenwirtschaft den Außenhandel, den Export und Import von Waren, im erweiterten Sinne von Waren und Leistungen, einschließt, aber auch über ihn hinausgeht. Eine vergleichbare Breite hat die Formulierung „alle ökonomischen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern“. Wir könnten also auch umformulieren und sagen: Die Zahlungsbilanz ist die wertmäßige Widerspiegelung aller Außenwirtschaftsbeziehungen eines Landes. Dem entspricht der grundlegende Aufbau der Zahlungsbilanz. Er stützt sich auf die Struktur der „ökonomischen Transaktionen“. Abb. 13.1 illustriert das.

Wie aus Abb. 13.1 ersichtlich, besteht die Zahlungsbilanz aus mehreren Teilbilanzen. Die beiden wichtigsten Säulen sind die **Leistungsbilanz** und die **Kapitalbilanz**. Der Inhalt der Zahlungsbilanz wird in der Regel tabellarisch erfasst. Jede Außenwirtschaftliche Transaktion ist, wie bei der doppelten Buchführung im Betrieb, zweimal vertreten. Einem Wertstrom vom Inland in das Ausland (Passivseite) steht ein Wertstrom vom Ausland in

Z a h l u n g s b i l a n z								
Leistungs- bilanz		Vermögens- änderungsbilanz		Kapitalbilanz				Statistisch nicht aufglieder- bare Trans- aktionen
Handel	Dienst- leistungen	Primär- ein- kommen	Sekundär- ein- kommen	Direkt- investi- tionen	Wert- papier- anlagen	Finanz- derivate	Übriger Kapital- verkehr	Währungs- reserven

**Abb. 13.1** Aufbau der Zahlungsbilanz

das Inland (Aktivseite) gegenüber. Außenwirtschaft ist wie jedes Wirtschaften Geben und Nehmen. Wie eine betriebliche Bilanz muss deshalb auch die Zahlungsbilanz am Ende buchungstechnisch immer ausgeglichen sein. Dieser formale Ausgleich, das werden wir noch sehen, darf nicht verwechselt werden mit einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz im Sinne des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Tab. 13.8 unterlegt die Grundproportionen der Zahlungsbilanz, die wir aus Abb. 13.1 kennen, mit konkreten Werten des Jahres 2018. Nach ihrer Betrachtung wollen wir die einzelnen Bestandteile der Zahlungsbilanz, ihren Inhalt und ihre Proportionen näher kommentieren.

**Tab. 13.8** Die deutsche Zahlungsbilanz 2018. (Quelle: Monatsbericht der Deutsche Bundesbank 2021; Statistisches Bundesamt 2021a, vereinfachte Darstellung, eigene Berechnungen)

Teilbilanz		Saldo aus Ausfuhr/Einnahmen und Einfuhr/Ausgaben 2020 in Mrd. €
<b>I Leistungsbilanz</b>		<b>+232</b>
I	1 Handelsbilanz	+189
	1.1 Export von Waren	1190 <sup>1</sup>
	1.2. Import von Waren	1001 <sup>1</sup>
I	2 Dienstleistungsbilanz	+2
	2.1 Export von immateriellen Leistungen	272
	2.2 Import von immateriellen Leistungen	270
I	3 Primäreinkommen	+93
	Entgelte und Vermögenserträge	
I	4 Sekundäreinkommen	-52
	Einseitigen Zahlungen	68
<b>II Vermögensänderungsbilanz</b>		<b>-5</b>
II	1 Nichtproduziertes Sachvermögen und Schenkungen	
<b>III Kapitalbilanz</b>		<b>-228</b>
III	1 Direktinvestitionen	+1
	Inländern im Ausland, Ausländer im Inland	
III	2 Wertpapieranlagen	-43
	Inländer im Ausland, Ausländer im Inland	
III	3 Finanzderivate	-99
	Anlagen Inländern Ausland, Ausländer Inland	
III	4 Übriger Kapitalverkehr	-87
	Inland in Ausland, Ausland in Inland	
III	5 Währungsreserven	
	Zuflüsse/Abflüsse an Euro	-
<b>IV Saldo statistisch nicht aufgliederbarer Transaktionen</b>		<b>-1</b>
<b>Gesamt</b>		<b>0</b>

<sup>1</sup>Generalhandel, d. h. ohne Transit. Die Werte der offiziellen Außenhandelsstatistik (Spezialhandel – mit Transit) sind die aus anderen Tabellen bekannten: Export: 1205 Mrd. €, Import: 1025 Mrd. €

### 13.2.2 Die Leistungsbilanz

Zur Erklärung der Leistungsbilanz sei noch einmal an Abschn. 13.1 – an die Definitionen von Außenwirtschaft und Außenhandel erinnert. Wir haben dort den Außenhandel als Austausch von Waren – bewusst nur von Waren und nicht auch von Dienstleistungen – verstanden. Der Hinweis ist wichtig, weil uns diesbezüglich auch anderslautende und missverständliche Definitionen begegnen. Wir kennen den Güterbegriff als Summe von materiellen Gütern (auch Sachgüter oder Waren) und immateriellen Gütern (darunter Dienstleistungen). Eingang in die Außenhandelsstatistik, in Exporte und Importe, finden allein materielle Güter, die Waren. Außenhandel ist Warenhandel. Wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit der Außenhandelsdefinition des statistischen Bundesamtes, die ihrerseits mit der Zahlungsbilanzstatistik, der Trennung von Handelsbilanz und Dienstleistungsbilanz im Rahmen der Leistungsbilanz, korrespondiert.

*„Gegenstand der Außenhandelsstatistik ist der grenzüberschreitende Warenverkehr Deutschlands mit dem Ausland. Dies bedeutet, alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischer Strom werden erfasst und nachgewiesen. Das betrifft auch den Handel mit Waren, die unentgeltlich oder auf ausländische Rechnung ein- bzw. ausgeführt werden (Transit, A.F.). Dienstleistungen aller Art sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik.“*

Quelle: Statistisches Bundesamt (2019)

Diesem Prinzip folgt die Leistungsbilanz. Sie gliedert sich in die Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz, in die Bilanz der Primäreinkommen und in die Bilanz der Sekundär-einkommen.

Die **Handelsbilanz** konzentriert sich, das haben wir bereits hervorgehoben, auf den grenzüberschreitenden Warenverkehr – den Außenhandel. Transithandel ist hierin nicht eingeschlossen. Die Handelsbilanz hat, wie wir in Tab. 13.8 sehen, den wertmäßigen Hauptanteil. Ihr Anteil an allen Transaktionen der deutschen Leistungsbilanz beträgt 2020 mehr als zwei Drittel.

In der **Dienstleistungsbilanz** sind Positionen enthalten, die sehr vielfältig und unterschiedlich sind. Als Dienstleistungen lassen sich alle wirtschaftlichen Güter zusammenfassen, die nichtmaterieller Natur sind. Zu ihren Kriterien zählen neben Nichtmaterialität solche wie Nichtlagerungsfähigkeit oder das Erfordernis synchronen Kontakts zwischen Lieferer und Empfänger. Tab. 13.9 fasst die wichtigsten Positionen der Dienstleistungsbilanz zusammen.

Eines der langjährig markantesten Merkmale der deutschen Dienstleistungsbilanz ist der Ausgabeüberschuss im Reiseverkehr. Tab. 13.9 sagt hier – auf den Punkt gebracht – aus, dass deutsche Urlauber im Ausland doppelt so viel Geld ausgeben, wie ausländische Touristen in Deutschland. Eine empirische Konstellation, die nicht verwundert. Noch 2019 rangierte der Reiseverkehr noch vor dem Transport umsatzmäßig an erster Stelle der Dienstleistungspositionen. An keiner von ihnen wird die Auswirkung der Corona-Beschränkungen 2020 so deutlich wie am Tourismus. Die Einnahmen aus ausländischem Tourismus in Deutschland gehen von 37 Mrd. € auf

**Tab. 13.9** Positionen der deutschen Dienstleistungsbilanz 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2021c, vereinfachte Darstellung, eigene Berechnungen)

Position der Dienstleistungsbilanz	Anteil Einnahmen 2020	Anteil Ausgaben 2020
Transport	17 %	20 %
Lizenzen und Patente	12 %	5 %
Telekommunikation und Informatik	11 %	14 %
Finanzdienstleistungen	9 %	6 %
Reiseverkehr	7 %	13 %
Versicherungen	4 %	3 %
Instandhaltung und Reparatur	4 %	4 %
Fertigungsdienstleistungen	3 %	2 %
Sonstige unternehmensbezogene DL(darunter Forschung, Beratung, technische DL)	29 %	31 %
Weitere	4 %	2 %
<b>Gesamt</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>

[Positionen der deutschen Dienstleistungsbilanz 2020]

19 Mrd. € (auf 51 %) und die Ausgaben deutscher Touristen im Ausland von 83 Mrd. € auf 36 Mrd. € (auf 43 %) zurück.

Gegenstand der Bilanz der **Primäreinkommen** sind Arbeitsentgelte und Vermögenseinkommen (Zinsen und Dividenden). Den mit Abstand größten Anteil an den Primäreinkommen haben die Vermögenseinkommen. Der traditionelle Einnahmeüberschuss bei dieser Position in der deutschen Leistungsbilanz besagt: Deutsche Anleger investieren mehr Geld im Ausland als ausländische Anleger in Deutschland. Das ist eine für ein entwickeltes Industrieland typische Proportion.

**Sekundäreinkommen** sind in der deutschen Leistungsbilanz auf der Einnahmeseite gegenüber den Primäreinkommen bedeutend geringer, auf der Ausgabeseite halten sich beide fast die Waage. Quellen von Sekundäreinkommen sind *laufende* Einnahmen und Ausgaben ohne jeweilige Gegenleistungen (Schenkungscharakter). Den größten Anteil haben private Überweisungen von Arbeitsentgelten von „Gastarbeitern“ an ihre Familien. Hier verlassen größere Beträge Deutschland, als hereinkommen. Die zweite Position sind staatliche Übertragungen in der internationalen Zusammenarbeit.

Die Leistungsbilanz weist die Übertragung von Waren, Dienstleistungen (und Einkommen) in einer Periode aus. Sie ist derjenige Teil der Zahlungsbilanz, der die Wertsumme aller realwirtschaftlichen Vorgänge zwischen Inländern und Ausländern erfasst. Ihr Saldo ist identisch mit dem **Außenbeitrag** einer Volkswirtschaft, den wir im Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus Kap. 4 kennen. Der Außenbeitrag ist somit eine Brücke zwischen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und Zahlungsbilanzstatistik. Ist der Saldo der Leistungsbilanz oder der Außenbeitrag, positiv, so wirkt das erhöhend auf die saldierte Summe aller aufgelaufenen Forderungen und Verbindlichkeiten des Landes gegenüber dem Ausland. Diese Summe nennen wir Nettoauslandsvermögen.

- Das **Nettoauslandsvermögen** ist der Saldo aus kumulierten Forderungen und Verbindlichkeiten aller Wirtschaftssubjekte eines Landes gegenüber dem Ausland zu einem Stichtag, in der Regel per Jahresende.

Unter den entwickelten Industrieländern gehört Deutschland zu den größten internationalen Gläubiger-Ländern. Das Nettoauslandsvermögen betrug 2020 1,9 Billionen Euro. Es ist in den vergangenen 20 Jahren um mehr als das Siebenfache gestiegen, was vor allem aus permanenten Überschüssen der Leistungsbilanz – und innerhalb dieser der Handelsbilanz – resultiert. Eine solche Entwicklung steht für Exportkraft, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstums- und Beschäftigungspotential. Oft wird als Pro-Argument auch eine Vorsorge für Zeiten genannt, in denen wegen der demografischen Entwicklung das Wertschöpfungspotential sinkt. Aber es sind andererseits 1,9 Billionen Euro, für die über den gesamten Zeitraum ihres Entstehens im Inland Güter produziert wurden, die im Ausland in die Produktion oder den Konsum geflossen sind und damit im Inland nicht zur Verfügung standen. Das deutsche Nettoauslandsvermögen unterliegt auch Wertverlusten, die sich aus Schwankungen internationaler Marktpreise und Wechselkurse ergeben können. Die Stimmen der Kritiker des hohen deutschen Nettoauslandsvermögens überwiegen. Die Welt am Sonntag titelt „Politisch ist das Auslandsvermögen der Deutschen Dynamit“ und schreibt:

*„Das deutsche Auslandsvermögen hat 2018 einen Rekordstand von knapp 2 Billionen Euro erreicht. Doch Ökonomen fordern, die deutsche Haltung zu den Beteiligungen und Forderungen jenseits der Grenze zu überdenken, die eine der größten derartigen Positionen weltweit darstellen.“*

Quelle: Eckert, Zschäpitz (2018)

Die Außenhandelspolitik muss hier langfristig auf ein ausgewogenes Verhältnis achten. Veränderungen in Richtung eines geringeren Nettoauslandsvermögens ist ein schrittweiser und langfristiger Prozess.

Ist der beschriebene Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten nicht positiv, sondern negativ, handelt es sich um **Nettoauslandsverschuldung**. Eine solche kennzeichnet die Situation auch entwickelter Industrieländer, allem voran der USA. Globale Herausforderung ist sie aber vor allem mit Blick auf ihr ständiges Anwachsen unter Schwellen- und Entwicklungsländern. Zu den Ursachen der hohen Auslandsverschuldung zählen dort rückständige, von natürlichen Faktoren abhängige Wirtschaftsstrukturen, aber auch eine schwache Rolle des Staates (Steuerpolitik), Missmanagement, Korruption und Kriege. Die Folge sind mangelndes Wachstum und Gleichgewicht, soziale Missstände (Armut, Hunger) und fehlende wirtschaftliche Handlungsspielräume. Die bisherigen Erfolge umfangreicher Gegenaktivitäten von UNO, IWF, Weltbank und koordinierten Geberländern sind gering.

Bei der Diskussion um Nettoauslandsverschuldung ist es wichtig, zwischen ihr und der Staatsverschuldung, auch wenn in Ländern wie den USA beide im Fokus stehen, zu unterscheiden. Nettoauslandsverschuldung bezieht sich auf Forderungen und Verbindlichkeiten

„aller Wirtschaftssubjekte“, nicht (allein) des Staates. Träger von Export und Import, zumindest in einer Marktwirtschaft, ist vor allem die Privatwirtschaft und hier der Unternehmenssektor.

### Exkurs

In der DDR gab es keine nennenswerte Staatsverschuldung im definitorischen Sinne, weil Geldbedarf nicht durch Kreditaufnahme, sondern durch Erweiterung der Geldmenge, durch die „Notenpresse“, gedeckt wurde. Wie wir aus Kap. 5 wissen, auf Kosten verdeckter Inflation, Geldüberhang und Warenmangel. Anders sah das bei der Nettoauslandsverschuldung aus. Die zwar in einer Zentralverwaltungswirtschaft und bei Außenhandelsmonopol auch durch den Staat (rund 50 Außenhandelsbetriebe) zu vertreten, aber anderer Natur waren. Vor allem gegenüber dem Teil des Auslandes, mit dem der Handel in frei konvertierbarer Währung erfolgte, dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“. Fremde Währung, die nicht in die eigene umtauschbar war, konnte man nicht drucken. Ende 1989 betrug die Nettoauslandsverschuldung der DDR 20 Mrd. Valutamark (1:1 zur D-Mark). Dahinter standen eine Bruttoverschuldung von 49 Mrd. VM und Liquiditätsreserven von 29 Mrd. VM. Quelle: Deutsche Bundesbank (1999). Die Nettoauslandsverschuldung der DDR hatte sich durch überwiegende Leistungsbilanzdefizite aufgebaut und war trotz politischer Strategie zu ihrem Abbau bis zum Schluss ein Indikator für wirtschaftliche Schwäche und Abhängigkeit.

### 13.2.3 Die Vermögensänderungsbilanz

Die **Vermögensänderungsbilanz** ist eine eigenständige Position in der deutschen Zahlungsbilanz – in ihrer Größe nicht mit den Positionen der Leistungsbilanz zu vergleichen. Auf den ersten Blick ähnelt ihr Inhalt den Sekundäreinkommen. Auch hier geht es um Zahlungen privater und staatlicher Akteure ohne erkennbare Gegenleistung, also mit Schenkungsstatus. Der entscheidende Unterschied ist, dass es sich bei der Vermögensänderungsbilanz nicht um wiederkehrende, sondern um einmalige Übertragungen handelt. Beispiele sind im privaten Bereich Erbschaften oder einmaliger Schenkungen, im staatlichen der Schuldenerlass gegenüber Entwicklungsländern, Entwicklungshilfe oder Katastrophenunterstützung. „Nichtproduziertes Sachvermögen“ sind natürliche Ressourcen (Land, Wasser) oder Fischereirechte.

### 13.2.4 Die Kapitalbilanz

Der Kapitalverkehr zwischen Inländern und Ausländern bildet das bilanzielle Gegenstück zum Leistungsverkehr. Der Saldo der Kapitalbilanz entspricht (sehen wir von Vermögensänderungen und nichtaufgliederbaren Transaktionen ab) mit umgekehrten Vorzeichen dem Saldo der Leistungsbilanz. Das führt letztlich, wie wir in Tab. 13.8 gesehen haben, zu einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz.

Zu den **Direktinvestitionen** zählen Beteiligung von Inländern an ausländischen Unternehmen oder Beteiligung von Ausländern an inländischen Unternehmen unter bestimmten

anteilseitigen und stimmrechtlichen Voraussetzungen. Bis 2019 zeigte die Kapitalbilanz bei den Direktinvestitionen das für Deutschland typische Bild: Für Unternehmensbeteiligungen geht mehr Geldkapital ins Ausland, als aus dem Ausland in die eigene Wirtschaft fließt. Das ist für diesen Bereich ein Nettokapitalexport, was so viel heißt wie: Kapital fließt per Saldo aus der Volkswirtschaft ab. In der Kapitalbilanz führt ein solcher Netto-Mittelabfluss zu einem negativen Vorzeichen. Dieser Grundgedanke setzt sich bei den anderen Teilbilanzen der Kapitalbilanz fort. Allerdings zeigt Tab. 13.8 für die Direktinvestitionen 2020 ein etwa ausgeglichenes Verhältnis. Diese für die deutsche Zahlungsbilanz untypische Situation ist vor allem auf das erste Halbjahr und die dort durch die Corona-Krise verursachte Unsicherheit deutscher Kapitalanleger im Ausland zurückzuführen.

Die **Wertpapieranlagen** sind im weiteren Sinne auch Investitionen. Sie unterscheiden sich von den Direktinvestitionen dadurch, dass das Geldkapital nicht „direkt“ in Unternehmensanteile fließt, sondern über Wertpapiere, zum Beispiel Aktien oder Anleihen. Wertpapieranlagen bilden neben den Direktinvestitionen eine gesonderte Teilbilanz der Kapitalbilanz. Kaufen Inländer ausländische Wertpapiere, fließt, ähnlich wie bei einer Direktinvestition, Geldkapital aus Deutschland in das Ausland ab. Kaufen Ausländer deutsche Wertpapiere, ist es umgekehrt. Tab. 13.8 zeigt hier, anders als bei den Direktinvestitionen, ein stärkeres Engagement deutscher Anleger im Ausland als ausländischer Anleger im Inland. Es fließt auch hier per Saldo Geldkapital in das Ausland ab. Allerdings aus den bereits genannten Gründen weniger – weniger als die Hälfte – gegenüber dem Vorjahr.

**Finanzderivate** und Mitarbeiteraktienoptionen sind die dritte Teilbilanz der Kapitalbilanz. Finanzderivate („derivare“ lateinisch = „ableiten“) bestehen aus spekulativen kurzfristigen Finanzkontrakten, die auf regulären Wertpapieren basieren. Mitarbeiteraktienoptionen sind zusätzliche Vergütungsformen, die insbesondere der Mitarbeiterbindung dienen. Haben sie grenzüberschreitenden Charakter, sind sie Bestandteil der Kapitalbilanz. Weil sie auf Aktien als Wertpapiere bezogen sind, ansonsten gibt es durchaus auch inhaltliche Verbindungen zu Primäreinkommen (Entgelte) in der Leistungsbilanz.

**Übriger Kapitalverkehr** umfasst grenzüberschreitende Handelskredite und Bankeinlagen.

Betrachten wir die Kapitalbilanz bis hierher, das heißt ohne ihre Position der Währungsreserven, so führt uns diese Sicht auf die Begriffe des Kapitalexports und des Kapitalimports. Um **Kapitalexport** handelt es sich, wenn gegenüber dem Ausland die Forderungen zunehmen oder die Verbindlichkeiten abnehmen. Kapitalexporte sind demnach Direktinvestitionen von Inländern im Ausland, der Kauf ausländischer Wertpapiere durch Inländer oder die Vergabe von Handelskrediten beim Export. **Kapitalimport** führt seinerseits zur Abnahme der Forderungen oder zur Zunahme der Verbindlichkeiten des Inlands gegenüber dem Ausland. Das geschieht durch Direktinvestitionen von Ausländern im Inland, den Kauf inländischer Wertpapiere durch Ausländer oder die Aufnahme eines Handelskredites in Verbindung mit Importgeschäften.

Wie Tab. 13.10 zeigt, stehen damit Güterexporte ebenso wie Kapitalimporte in der Zahlungsbilanz auf der Aktivseite. Sie besitzen das Vorzeichen „Plus“ (Credit). Dagegen werden Güterimporte und Kapitalexporte auf der Passivseite der Zahlungsbilanz gebucht. Sie besitzen das Vorzeichen „Minus“ (Debet).

Nehmen wir vereinfachend an, der gesamte Kapitalverkehr würde nur aus Handelskrediten und der Leistungsverkehr nur aus Warenhandel bestehen. Ein Land exportiert im Wert von 100 und importiert im Wert von 50. Auf der Creditseite käme zum Wert von 100 in der Leistungsbilanz ein Wert von 50 (Kreditinanspruchnahme im Import) in der Kapitalbilanz hinzu. Die rechte, die Debet-Seite, setzt sich aus 50 (Import) in der Leistungsbilanz und 100 (Kreditvergabe für Exporte) in der Kapitalbilanz zusammen. Unter dem Strich erschienen links und rechts 150, die sich zu einem Saldo von Null ausgleichen. Die Zahlungsbilanz wäre ausgeglichen, weil ein Leistungsbilanzsaldo mit positivem Vorzeichen durch einen Kapitalbilanzsaldo mit negativem Vorzeichen ausgeglichen wird. Ein Bild, das wir aus Tab. 13.8, wenn auch vollständiger und komplexer, kennen.

Genau aber diese Vollständigkeit und Komplexität setzt ein Fragezeichen hinter unser im Interesse der Verständlichkeit sehr einfaches Beispiel. Was ist, wenn zu der Reduzierung des Kapitalverkehrs auf Handelskredite weitere Kapitaltransaktionen hinzukommen? Einen, der ausländische Wertpapiere kauft oder Unternehmensanteile jenseits der Grenze erwirbt, interessieren bei seinem Tun nicht die Proportionen der Zahlungsbilanz. Seine Entscheidung, ob er sein Geld im Inland oder lieber im Ausland anlegt, ist abhängig von seinen Verwertungserwartungen. Diese hängen von Faktoren ab wie wirtschaftliches Umfeld, Zinsen, Steuern, Wechselkurstrends u. a. Die Wirtschaftsakteure können in ihrer Entscheidung über den Ort ihrer Kapitalanlage unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht auf direktem Wege beeinflusst werden. Die Politik kann ihre Steuerung nur indirekt, über die Gestaltung der Rahmenbedingungen vornehmen. Da dies nie punktgenau erfolgen wird, bleibt unsere oben gestellte Frage vakant.

Unter der Annahme des Hinzukommens aller weiteren in Leistungsbilanz und Kapitalbilanz möglichen Transaktionen ist es leicht vorstellbar, dass zwischen linker und rechter Seite, zwischen Credit und Debet eben doch eine Differenz verbleibt. Ist dann die Zahlungsbilanz nicht ausgeglichen? Die Antwort lautet: Doch. Die Begründung liegt in der Devisenbilanz, die wir deshalb bisher bewusst ausgespart haben. Sie bildet gewissermaßen den „Puffer“ für solche Abweichungen. Abweichungen zwischen dem Saldo der Leistungsbilanz und dem umgekehrten Saldo der Kapitalbilanz. Sie führt zum letzten Ausgleich, indem sie wie ein Überlaufgefäß wirkt. Wir können uns die Devisenbilanz wie einen Topf vorstellen, in dem, sagen wir bis zur Hälfte, Devisen (fremde Währungen) liegen. Haben wir (ohne Devisenbilanz) einen Überschuss der lin-

**Tab. 13.10** Güter- und Kapitalverkehr in der Zahlungsbilanz

Credit (Plus)	Debet (Minus)
Güterexporte	Güterimporte
Kapitalimporte	Kapitalexporte

ken Zahlungsbilanzseite, so ist die Einnahmeseite aus internationalen Transaktionen größer, als die Ausgabeseite. Es kommen per Saldo Devisen ins Land. Der Topf füllt sich über die Hälfte hinaus. Ist die linke Zahlungsbilanzseite größer, so werden mehr Devisen ausgegeben, als hereinkommen. Der Topf leert sich. Wir hatten in Kap. 9 außenwirtschaftliches Gleichgewicht vereinfacht als einen ausgeglichenen Außenbeitrag verstanden. Gleichzeitig aber darauf verwiesen, dass eine exaktere Definition das Zahlungsbilanzgleichgewicht ist – wenngleich komplexer und komplizierter zu beschreiben. Jetzt können wir das. Bildlich gesprochen, herrscht Zahlungsbilanzgleichgewicht, wenn der Topf der Devisenbilanz immer gleich voll ist. Oder genauer ausgedrückt: wenn die Zahlungsbilanz bei ausgeglichener Devisenbilanz ausgeglichen ist. Insofern lassen sich außenwirtschaftliches Gleichgewicht auf Zahlungsbilanzgleichgewicht und dieses wiederum auf Devisenbilanzgleichgewicht reduzieren. Vermieden werden muss, dass unser Topf überläuft oder leer ist. Die deutsche Devisenbilanz (vgl. Tab. 13.8) mit gegen Null gehenden Werten weist darauf hin, dass dieses so verstandene Gleichgewicht praktisch in hohem Maße gegeben ist.

Die **Devisenbilanz** widerspiegelt die Zunahme oder Abnahme der Währungsreserven bei der Zentralnotenbank. Die Währungsreserven oder genauer: Nettowährungsreserven, werden auch als Nettoauslandsposition der Zentralnotenbank bezeichnet. Da die Werte der Devisenbilanz abhängig sind von umgekehrt lautenden, aber gleich hohen Salden zwischen Leistungsbilanz und Kapitalbilanz (ohne Devisenbilanz), finden wir auch die Definition der Nettoauslandsposition als Saldo der Leistungsbilanz.

Die deutschen Währungsreserven umfassen konkret Bestände an ausländischer Währung, Edelmetallen (Gold), Sonderziehungsrechten und Reservepositionen im IWF. Sie werden durch die Deutsche Bundesbank verwaltet. Tab. 13.11 gibt einen Überblick über die Währungsreserven ausgewählter Länder 2020.

Die deutschen Währungsreserven weisen in ihrer Entwicklung Stabilität auf. Im Weltmaßstab sind sie dagegen in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Einen hohen Anteil daran haben Entwicklungs- und Schwellenländer. Ein Blick auf Tab. 13.11 zeigt, dass es keinen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft eines Landes und Höhe der Währungsreserven gibt – etwa nach dem Bild gefüllter Schatztruhen im Merkantilismus. Das von der deutschen Bundesbank verfolgte Kriterium ist „Angemessenheit“.

### 13.2.5 Zahlungsbilanzgleichgewicht und Außenwirtschaftspolitik

Wir haben gesehen, dass ein Land auf Dauer nicht durch permanenten Aufbau oder Abbau seiner Nettowährungsreserven einen Überhang der linken oder rechten Zahlungsbilanzseite ohne sie ausgleichen kann. Überwiegen Exporte und Kapitalimporte, kommt im Gegenzug zu ins Land gelangenden Devisen immer mehr inländische Geldmenge in Umlauf. Während sich durch den Exportüberhang die verfügbare Gütermenge verringert. Die Nachfrage (Geldmenge) steigt, das Angebot (Güter) sinkt. Wir wissen, dass das Ergebnis dieser Konstellation Preisniveauerhöhung und Inflation sind. Im zweiten Fall, eines Über-

**Tab. 13.11** Währungsreserven im Ländervergleich. (Quelle: Statista 2020c)

Land	Währungsreserven 2020 in Mrd. US-\$
China	3243,3
Japan	1383,2
Schweiz	961,8
Russland	568,9
Indien	505,7
Saudi-Arabien	447,4
Honkong	445,9
Südkorea	410,8
Brasilien	348,8
Singapur	312,5
Deutschland	253,2
Thailand	241,6
Frankreich	211,3
Großbritannien	207,4
Mexiko	197,1
Italien	195,5
Israel	151,8
Tschechien	151,4
USA	131,7

hanges von Importen und Kapitalexporten, verringern sich die Nettowährungsreserven. Sind sie ganz aufgebraucht, entsteht für die Wirtschaft internationale Zahlungsunfähigkeit.

Wir haben das Ziel außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bereits mit Zahlungsbilanzgleichgewicht und einer stabilen Höhe der Nettowährungsreserven in Verbindung gebracht. Und gesehen, dass damit etwas anderes gemeint ist, als die buchhalterische Null unter dem Strich. Hier wollen wir das Zahlungsbilanzgleichgewicht noch einmal komplex betrachten. Aus verschiedenen Sichtweisen lässt sich Zahlungsbilanzgleichgewicht in unterschiedlicher Form, aber mit gleichem Inhalt verstehen. Eine Zahlungsbilanz befindet sich im Gleichgewicht, wenn

- Saldo der Leistungsbilanz und Saldo der Kapitalbilanz (ohne Devisenbilanz) mit umgekehrten Vorzeichen übereinstimmen;
- die Summe aus Güterexport und Kapitalimport gleich ist der Summe aus Güterimport und Kapitalexport;
- der Saldo der Devisenbilanz gleich Null ist, oder
- die Nettowährungsreserven der Zentralnotenbank gleich groß bleiben.

Die Frage nach dem „wie“, wie eine Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten ist, stellt sich für die Wirtschaftspolitik analog zur Erreichung anderer gesamtwirtschaftlicher Ziele wie Geldwertstabilität, Beschäftigung oder Wachstum. Sind die Marktkräfte allein nicht in

der Lage, Gleichgewichtsstörungen zu verhindern oder von allein zu beseitigen, bedarf es flankierender Aktivitäten staatlicher Wirtschaftspolitik. In diesem Falle der Außenwirtschaftspolitik.

Die Außenwirtschaftstheorie kennt mehrere Marktmechanismen, die in der Lage sind, die Proportionen der Zahlungsbilanz zu beeinflussen. Zu ihnen zählt der Wechselkurs, der Thema des folgenden Abschnitts sein wird.

Die **Außenwirtschaftspolitik** eines Landes fasst alle staatlichen Maßnahmen im Bereich außenwirtschaftlicher Beziehungen seiner Wirtschaftssubjekte zusammen. Ihre Teilziele und Instrumente sind breit gefächert. Sie können auf die Wirtschaftsstruktur, auf Wachstum und Beschäftigung oder den Schutz inländischer Produktion gerichtet sein und gleichzeitig mit der Außenpolitik korrespondieren. Die deutsche Außenwirtschaftspolitik liegt in der Hauptzuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Außenwirtschaft ist Wirtschaft und Außenwirtschaftspolitik ist Wirtschaftspolitik. Das schließt vielfältige Verbindungen zu anderen Ressorts wie Finanzpolitik, Außenpolitik oder Entwicklungspolitik ein.

**Liberale Außenwirtschaftspolitik** setzt allein auf die Wirksamkeit der Marktmechanismen und lehnt staatliche Einflussnahme auf das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz ab. Ihr Ziel sind die Freizügigkeit im internationalen Waren-, Leistungs- und Kapitalverkehr und der Abbau von Schranken, die dem entgegenstehen. Basis solcher Außenwirtschaftspolitik ist die Freihandelslehre von Adam SMITH. Eine praktische Grundvoraussetzung ist die freie Konvertierbarkeit der inländischen in ausländische Währungen.

### **Exkurs**

Nach dem 2. Weltkrieg war ein Schritt zur Liberalisierung des internationalen Handels die 1947 erfolgte Gründung des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Gründungsziele waren die Schaffung von Regeln für den internationalen Warenaustausch, der Abbau von Zöllen und anderen internationalen Handelshemmnissen sowie die Erleichterung von Ausfuhr und Einfuhr von Waren. Deutschland trat dem GATT 1951 bei. 1995 wurde als Nachfolgerin des GATT die WTO (World Trade Organization, Welthandelsorganisation) gegründet. Neben der Fortführung der liberalen Grundprinzipien des GATT erfolgte eine Erweiterung der Regelungen für den Handel, unter anderem auf Dienstleistungen und Urheberrechte. Eine der wichtigsten Prinzipien der WTO ist das der Meistbegünstigung. Damit verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, alle Handelsvorteile, die sie einem Partner einräumen, auch jedem anderem WTO-Mitglied zuzugestehen. Heute hat die WTO 164 Mitgliedsländer, unter ihnen neben Deutschland auch die USA, Russland und China sowie alle Industrieländer und die meisten Entwicklungsländer. Eine der Herausforderungen der WTO sind Tendenzen von Protektionismus (vgl. Handelspolitik der US-Regierung unter Trump) oder Trends zur Regionalisierung. Ein Beispiel für die Verbindung von Freihandel und Regionalisierung ist das in seiner Größe einmalige Freihandelsabkommen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) vom 15.11.2020. Ihm gehören 15 Asien-Pazifik-Staaten an. Unter ihnen China, Japan, Australien, Neuseeland oder Südkorea. Das Abkommen ist ein Bekenntnis zu offenen Handelswegen wie auch eine Reaktion auf die Handelspolitik der USA und Tendenzen von Protektionismus und Separatismus im internationalen Handel.

**Gelenkte Außenwirtschaftspolitik** ist die interventionistische Alternative zur liberalen Außenwirtschaftspolitik. Sie kennt sowohl marktkonforme als auch marktinkonforme Instrumente. Zu den marktkonformen Instrumenten gehören die **Exportförderung** und die Festlegung von **Importzöllen**. Es handelt sich dabei in beiden Fällen um Eingriffe in den Preismechanismus, wie wir sie schon aus Kap. 7 (Preisbildung) kennen. Durch Zugriff auf die Preise können Exporte oder Importe in Menge und Wert und damit die Proportionen der Leistungsbilanz beeinflusst werden. Zu exportfördernden Maßnahmen gehören auch die sogenannten „**Hermes-Bürgschaften**“ – Deckung von Risiken durch Exportkreditversicherung zu Gunsten von Exporteuren durch den Bund.

Ein marktkonformes Instrument gelenkter Außenwirtschaftspolitik im monetären Bereich ist die **Wechselkurspolitik**. Durch die Zentralnotenbank werden mit dem Ziel der Stabilisierung des Wechselkurses und der Zahlungsbilanz Devisen nachgefragt, wenn die eigene Währung aufwertet und der Kurs gedrosselt werden soll. Eigene Währung kommt dafür in Umlauf und die Geldmenge steigt. Sind die eigene Währung und ihr Kurs zu schwach, kann umgekehrt verfahren werden. Devisen werden auf dem Markt angeboten und dafür eigene Währung abgezogen. Ihre Menge sinkt, ihr Preis, der Wechselkurs steigt. Solche Operationen der Zentralnotenbank heißen **Interventionen**. Sie können die Währungsreserven aufstocken oder abbauen.

### Exkurs

Gegenüber früheren durch den IWF vorgegebenen Bandbreiten der Wechselkurse und Interventionspflicht der Zentralnotenbanken, liegen Interventionen am Devisenmarkt heute in deren eigenem Ermessen („Managed Floating“). Interventionen können dezentral durch nationale Zentralnotenbanken in „offener Stellvertretung“ der EZB, durch die EZB selbst oder multilateral, in Abstimmung der EZB mit anderen Zentralnotenbanken erfolgen. Dafür stehen dem Europäischen Währungssystem insgesamt mehr als 800 Mrd. € an Währungsreserven zur Verfügung. Die meisten von ihnen werden von den nationalen Zentralnotenbanken verwaltet, etwa 70 Mrd. € durch die EZB selbst. Ob die EZB zur Beeinflussung des Euro-Kurses zum US-Dollar (ohne bedeutende Ausschläge) intervenieren soll, ist unter Ökonomen umstritten. Unter anderem wird infrage gestellt, ob eine nachhaltige Beeinflussung globaler Wechselkursproportionen nicht die dafür vorhandenen Währungspotentiale überfordert. Viele Zentralnotenbanken, darunter die EZB oder die FED (USA) sind in ihrer Interventionspolitik zurückhaltend.

Im Rahmen der 3. Stufe der EWWU und des Wechselkursmechanismus II bestehen für EU-Mitglieder, die nicht dem Euro-System angehören, Vorgaben für die Orientierung ihrer Wechselkurse am Euro. Festgelegt sind, wie im früheren Europäischen Währungssystem I, ein Leitkurs sowie ein oberer und unterer Interventionspunkt. Jenseits seiner Grenze besteht Interventionspflicht der jeweiligen nationalen Zentralnotenbank (Tab. 13.12).

Natürlich können die Konturen der Zahlungsbilanz auch mit marktkonformen Mitteln der allgemeinen Wirtschaftspolitik beeinflusst werden. Erhöht die Zentralnotenbank die Leitzinsen und führt das zu einem allgemeinen Anstieg des Zinsniveaus im Land, so zieht das Geld an, fördert den Kapitalimport und wirkt aktivierend auf die Zahlungsbilanz. Die Hochzinspolitik der USA in den 1980er-Jahren war ein Mittel, um hohe Leistungsbilanzdefizite durch Kapitalimport zu finanzieren.

**Tab. 13.12** Wechselkurskorridore. (Quelle der Wechselkurstabellen: EZB 2020)

Land	Leitkurs	Oberer	Unterer
		Interventionspunkt	
Dänemark	1 EUR = 7,46038 DKK	1 : 7,62824	1 : 7,29252
Bulgarien	1 EUR = 1,95583 Lew	1 : 2,24920	1 : 1,66246
Kroatien	1 EUR = 7,53450 Kuna	1 : 8,66468	1 : 6,40433

Im Unterschied zu den gezeigten marktkonformen Instrumenten einer gelenkten Außenwirtschaftspolitik stellen die nichtmarktkonformen Instrumente direkte, dirigistische Eingriffe in außenwirtschaftliche Prozesse dar. Zu ihnen gehören im Warenhandel **Verbote oder Mengenbeschränkungen (Kontingente)** von Exporten oder Importen. Hiermit können auch Zahlungsbilanzproportionen beeinflusst werden. In Deutschland und der EU bilden diese Instrumente allerdings Ausnahmen und dienen anderen Zielen. Diese können im Import dem Schutz öffentlicher Sicherheit, von Umwelt, Gesundheit oder Kultur dienen. Kontrolle von Waffenexporten oder Einfuhrverbote von Rauschgift sind Beispiele nichtmarktkonformer Instrumente, zu denen unbestritten Konsens besteht. Auch wirtschafts- und außenpolitische Motive können zu Eingriffen wie den beschriebenen führen. Sanktionen, Embargos für den Export bestimmter Technologien in bestimmte Länder sind Beispiele dafür. Außenpolitisch begründete Sanktionen (z. B. der EU gegenüber Russland) sind hinsichtlich ihrer Eignung für das Erreichen beabsichtigter Ziele umstritten.

Ein monetäres Instrument marktinkonformer Außenwirtschaftspolitik ist die **Devisenbewirtschaftung**. Sie ist die staatliche Beaufsichtigung und Steuerung des gesamten Zahlungs-, Kredit- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland und erfordert unter anderem eine Nicht- oder beschränkte Konvertierbarkeit der eigenen Währung. Durch Devisenbeschränkung wird versucht, der Tendenz einer chronisch defizitären Zahlungsbilanz entgegenzuwirken. Es gab Devisenbewirtschaftung in den ehemaligen Staatshandelsländern und gibt sie heute noch in einigen Entwicklungsländern.

Während die Devisenbewirtschaftung alle Teile der Zahlungsbilanz erfasst, hat der Staat darüber hinaus die Möglichkeit, in den **Kapitalverkehr** zwischen Inland und Ausland einzugreifen. Durch Beschränkung des Erwerbs inländischer Wertpapiere durch Ausländer, Beschränkung der Kreditaufnahme von Inländern im Ausland oder Beschränkung der Führung ausländischer Konten bei inländischen Kreditinstituten kann er erforderlichenfalls spekulativen Zuflüsse oder Abflüsse von Devisen abwehren. Ursprünglich bestehende Möglichkeiten gelangen in Deutschland seit den 1980er-Jahren nicht mehr zur Anwendung. Der grenzüberschreitende Kapitalverkehr ist seit dieser Zeit voll liberalisiert. Mit dem Maastrichter Vertrag von 1994 sind jegliche Formen grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs in der EU verboten. Im Interesse liberalisierter und effizienter europäischer Finanzmärkte.

Der gesetzliche Rahmen für die deutsche Außenwirtschaftspolitik ist das **Außenwirtschaftsgesetz**. In ihm sind grundsätzlich liberale Elemente mit Lenkungsmechanismen verbunden.

Außenwirtschaftsgesetz	AWG	28/04/1961	BGBI. I 481
------------------------	-----	------------	-------------

*„Der Güter-, Dienstleistungs-, Kapital-, Zahlungs- und sonstige Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland sowie der Verkehr mit Auslandswerten und Gold zwischen Inländern (Außenwirtschaftsverkehr) ist grundsätzlich frei. Er unterliegt den Einschränkungen, die auf Grund dieses Gesetzes vorgeschrieben werden.“*

Quelle: AWG

Wie viele Wirtschaftsgesetze (vergleiche Kartellgesetz) beruft sich das Außenwirtschaftsgesetz auf den liberalen politischen Grundsatz und sieht seine Aufgabe darin, erlaubte Abweichungen von ihm, die Ausnahmen, zu regeln. Die Beschränkungsmöglichkeiten des Außenwirtschaftsgesetzes beziehen sich vor allem auf die Erfüllung zwischenstaatlicher Vereinbarungen, die Abwehr schädlicher Wirkungen aus fremden Währungsgebieten sowie den Schutz der Sicherheit und der auswärtigen Interessen. Die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) dient der Umsetzung der Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes.

### 13.3 Der Wechselkurs

In Kap. 11 haben wir festgestellt, dass Geld als Rechenmittel Ungleiches gleich machen kann und Bezugsgröße der Preise ist. Es braucht dafür die Währung als „Uniform“, als Wertmaßstab. Solange sich es dabei nur um eine Währung handelt, ist die Sache einfach. Die Währung hat sich aber, wenn der Vergleich erlaubt ist, entwickelt, wie die Sprache. Historisch und nicht global, sondern regional. Daher gibt es heute, ebenso wie viele Sprachen, viele Währungen. Und je globaler die Welt wird, umso mehr berühren sie sich. So wie ein Wörterbuch oder eine Übersetzungs-App die Brücke zwischen den Sprachen schlägt, kann das der Wechselkurs zwischen den Währungen.

Die praktische Notwendigkeit einer solchen „Übersetzung“ wird deutlich, wenn im Export der inländische Preis einer Ware in Einheiten der Währung im Käuferland angeboten werden muss. Oder wenn ein Importeur auf dem Weltmarkt eine Ware zum Preis in einer fremden Währung kauft und sie zu Hause in Landeswährung weiterverkaufen möchte. Ist ein Audi, der in Deutschland 70 Tausend Euro kostet, auf dem US-amerikanischen Markt zu einem niedrigeren oder zu einem höheren Dollarpreis zu bewerten? Oder ist für einen Touristen auf den Malediven eine Fischmahlzeit für 370 Rufiyaa (der dortigen Währung) billig oder teuer? Die Antwort liefert der Wechselkurs. Er ist die Übersetzung zwischen den Zahnrädern der inländischen und ausländischen Geldwirtschaft.

#### 13.3.1 Das Wesen des Wechselkurses

Aus den verschiedenen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland ergibt sich Nachfrage nach ausländischer Währungseinheiten (Devisen) auf der einen und ihr Angebot auf der anderen Seite. Im Gegenzug gelangt inländische Währung auf den Markt oder wird

von diesem „abgesaugt“. Per Saldo steigen oder fallen die Devisenreserven. Auf der anderen Seite steigt oder fällt die im Umlauf befindliche Geldmenge der eigenen Währung. Ein so entstehendes und sich ständig veränderndes Verhältnis von Nachfrage an und Angebot von Devisen ergibt, wie wir aus Kap. 7 wissen, den Marktpreis. Das gilt auch für den **Devisenmarkt**, auf dem sich Devisennachfrage und Devisenangebot – und das in Bezug auf jede Währung – kreuzen. Der entstehende Marktpreis am Devisenmarkt hat die spezielle Form des Wechselkurses.

► Der **Wechselkurs** ist der Preis einer (ausländischen) Währungseinheit, ausgedrückt in Einheiten einer anderen (inländischen) Währung.

So, wie Autos, Computer, Bücher oder Grundstücke ihren Preis in inländischer Währung haben, so haben ihn auch Devisen. Der Wechselkurs, der Preis, beispielsweise des US-Dollar liegt per 24.08.2021 bei 0,85 Euro. Ein Dollar kostet 0,85 Euro. Fällt der Wechselkurs des Dollar, so sinkt sein Preis in Euro. Der Euro hat in diesem Falle aufgewertet, der Dollar abgewertet. Steigt der Wechselkurs des Dollar, so hat der Euro abgewertet. Im oben definierten Sinne ist der Wechselkurs identisch mit dem Devisenkurs.

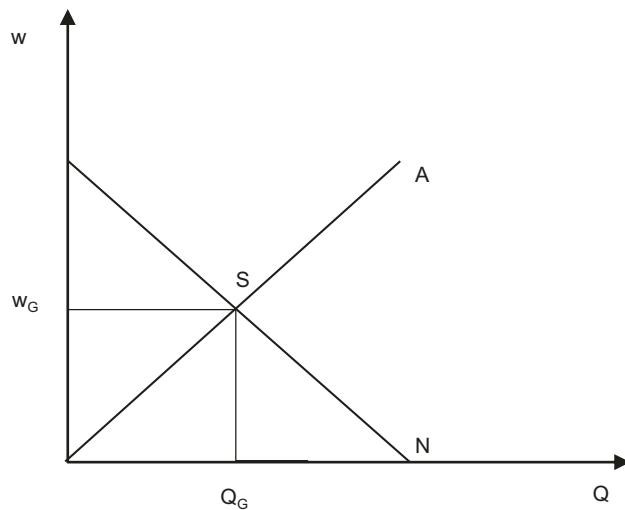
### Exkurs

Von Devisenkursen zu unterscheiden sind Notenkurse (oder „Sortenkurse“). Letztere kommen zur Anwendung beim Umtausch von Bargeld am Bankschalter oder Bankautomaten. Für Bezahlung mit Geld- oder Kreditkarte in fremder Währung gilt hingegen der Devisenkurs. Sowohl beim Devisenkurs als auch beim Notenkurs unterscheiden wir zwischen Ankaufskurs (Geldkurs) und Verkaufskurs (Briefkurs). Entscheidend für den Käufer einer Währung ist der Briefkurs. Die Differenz zwischen Briefkurs und Geldkurs („Spread“) kann als Marge für den Wechselaufwand verstanden werden. Sie ist beim Devisenkurs geringer als beim Notenkurs.

Der wichtigste Markt, auf dem der Preis für Devisen entsteht, ist die Devisenbörse . Auf ihr bildet sich der Wechselkurs als amtlicher Mittelkurs heraus. Der amtliche Mittelkurs ist das arithmetische Mittel zwischen dem niedrigen Kurs, zu dem Devisen aufgekauft werden (Geldkurs) und dem höheren Kurs, zu dem sie verkauft werden (Briefkurs).

Um der Entstehung des Devisenmarktgleichgewichts auf die Spur zu kommen, müssen wir uns noch genauer mit der Frage beschäftigen, aus welchen Quellen das Devisenangebot gespeist wird und welche Verwendungszwecke die Devisennachfrage bestimmen. Dazu erinnern wir uns der in der Zahlungsbilanz insgesamt erfassten Transaktionen. Devisen kommen ins Land, wenn Exporte durch das Ausland bezahlt werden oder Ausländer ihr Geld im Inland anlegen (Kapitalimport). Devisen verlassen das Land, wenn sie für die Bezahlung von Importen benötigt werden oder durch inländische Anleger im Ausland eingesetzt werden (Kapitalexport). Sind Güterexporte und Kapitalimporte (Devisenangebot) gleich groß wie Güterimporte und Kapitalexporte (Devisennachfrage), so herrscht Devisenmarktgleichgewicht. Wir wissen aus dem vorangegangenen Abschnitt, dass derselbe Zustand auch für das Zahlungsbilanzgleichgewicht gilt. Gleichgewicht der Zahlungsbilanz ist in diesem Sinne gleichzusetzen mit Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt.

**Abb. 13.2** Gleichgewichtskurs am Devisenmarkt



### 13.3.2 Wechselkurs und Zahlungsbilanzgleichgewicht

Da der Wechselkurs ein Preis ist, gelten für seine Entstehung auf dem Devisenmarkt die Grundaussagen der Gleichgewichtspreisbildung. Abb. 13.2 erinnert uns an das „Preiskreuz“ in Kap. 7. Abgebildet wird, wie sich der Wechselkurs  $w$ , bleiben wir beim Beispiel des Preises eines US-Dollars in Euro, als Schnittpunkt der Dollarnachfragekurve  $N$  und der Dollarangebotskurve  $A$  herausbildet.

Im Schnittpunkt  $S$  von Abb. 13.2 stimmen Nachfrage nach US-Dollar und Angebot an US-Dollar überein. Die Dollarmenge  $Q_G$  wechselt zum **Gleichgewichtskurs**  $w_G$  die Hände. Es herrscht **Devisenmarktgleichgewicht**. Es ergibt sich das Fazit aus Tab. 13.13.

Wir wissen nun, dass zwischen Wechselkurs und Zahlungsbilanz eine Beziehung besteht. Was passiert aber, wenn eine Zahlungsbilanz ins Ungleichgewicht geraten ist? Kann der Wechselkurs, kann Wechselkurspolitik, hier helfen?

Wir wollen annehmen, aus irgendeinem Grund steigen die Importe und alle anderen Umstände bleiben gleich. Nehmen wir weiter den US-Dollar als stellvertretend für „Devisen“. Es ergibt sich folgende Kettenreaktion:

*Erste Stufe* Der gestiegene Import erhöht die Nachfrage nach Dollar.

*Zweite Stufe* Eine erhöhte Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot erhöht den Preis. In unserem Beispiel ist das der Dollar-Preis, sein Wechselkurs. Der Dollar wertet auf. Im Gegensatz wertet der Euro ab. Eine in passive Richtung rutschende Zahlungsbilanz führt zur Abwertung der eigenen Währung. Umgekehrt führt eine Aktivierung zur Aufwertung.

*Ein paralleler und für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wichtiger Effekt entsteht für die eigene Währung. Mit einer Verschiebung des Zahlungsbilanzgleichgewichts*

**Tab. 13.13** Zahlungsbilanzgleichgewicht und Devisenmarktgleichgewicht

Zahlungsbilanzgleichgewicht	Güterexport + Kapitalimport	Güterimport + Kapitalexport
=	=	=
Devisenmarktgleichgewicht	Devisenangebot	Devisennachfrage

**Tab. 13.14** Wechselkursänderung im Export

Zeitpunkt	Wechselkurs	Amerikanischer Autopreis in US-\$	Deutscher Exportpreis in US-\$	Deutscher Inlandspreis in €
1	1 € = 2 US-\$	40	40	20
2	1 € = 1 US-\$	40	20	20

verschieben sich Nachfrage nach oder Angebot an eigener Währung, damit das inländische Preisniveau und dessen Stabilität. Ergebnis können Inflation oder Deflation sein. Wir erinnern uns an Kap. 9 und Zielkonformität im magischen Viereck. Zahlungsbilanzstabilität und Wechselkursstabilität bedeuten unter sonst gleichen Umständen Preisniveaustabilität. Umgekehrt bei Instabilität.

*Dritte Stufe* Die Abwertung der eigenen Währung in unserem Beispiel verbilligt die Exporte in ausländischer Währung und erhöht damit die (Kosten-) Konkurrenzfähigkeit der Exporteure auf den internationalen Märkten. Tab. 13.14 verdeutlicht, wie das geschieht. Wir nehmen im Modell an, Deutschland exportiert in die USA Autos, und deren Qualität sei unverändert und völlig identisch mit der US-amerikanischer Autos. Und wir erfinden für die Illustration geeignete Wechselkurse.

Tab. 13.14 verdeutlicht folgendes. Zum Zeitpunkt 1 kostet 1 Euro 2 Dollar. Die Umrechnung des deutschen Autopreises von Euro in Dollar lässt den deutschen Exporteur am amerikanischen Markt genauso teuer anbieten wie seine amerikanische Konkurrenz. Der Wettbewerb scheint ausgeglichen. Gehen wir davon aus, dass Käufer im Zweifelsfall einheimische Autos bevorzugen, hat der Deutsche nur wenige Absatzchancen. Nachdem sich zum Zeitpunkt 2 der Wechselkurs verringert, der Euro auf die Hälfte abwertet, verbilligen sich die exportierten Autos (bei gleichbleibender inländischer Konstellation) um die Hälfte. Der Verkäufer kann auf dem amerikanischen Markt zum halben Preis verkaufen und unterbietet damit seine dortigen Konkurrenten deutlich. Es entsteht ein Nachfragesog nach deutschen Autos.

*Vierte Stufe* Der Export steigt. Er gleicht damit tendenziell die in der ersten Stufe angenommene Importerhöhung wieder aus und führt die Zahlungsbilanz zurück ins Gleichgewicht. Die Wechselwirkung erfolgt allein aus dem eigenen Potential der Marktkräfte und ohne staatliches Zutun. Wir bezeichnen sie als **Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus flexibler Wechselkurse**.

Die zurückliegende Betrachtung war vereinfachend auf das Verhältnis eigene Volkswirtschaft (Inland) und Summe aller übrigen Wirtschaftsgebiete (Ausland) gerichtet. Wie weiter ist es mit dem modellierten Marktmechanismus, wenn es auf der Welt weit mehr Länder mit starken Zahlungsbilanzungleichgewichten als solche mit einer gleichgewichtigen Zahlungsbilanz gibt? Wir müssen für die Beantwortung eine Reihe einschränkender Faktoren aufzeigen. Sie stellen nicht den Grundsatz des Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus in Frage, wohl aber seine völlige und unbedingte Heilkraft. Zu den Einschränkungen gehören unter anderem:

- Der Mechanismus unseres 4-Stufen-Modells funktioniert so lupenrein nur für die Leistungsbilanz. Vollziehen sich in der Kapitalbilanz entgegengesetzte Abläufe, so kann die Wirkung des Wechselkurseffektes auf die Zahlungsbilanz eingeschränkt sein.
- Es hängt von der Elastizität der Reaktion der Auslandsnachfrage auf die Entwicklung der Exportpreise ab, wie stark sie sich letztlich in einer wirklichen Exporterhöhung niederschlägt.

Der Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus flexibler Wechselkurse findet in der Wirtschaftspolitik, vor allem in der Wechselkurspolitik, Beachtung. Intervenieren Zentralnotenbanken am Devisenmarkt, erfolgt das zumeist mit Blick auf die Zahlungsbilanz. Interventionen sind ein Instrument zur Schließung der Lücke, die sich zwischen dem Mustermodell und der Praxis der angesprochenen Einschränkungen auftut.

### 13.3.3 Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses

Es gibt wohl kaum eine wirtschaftliche Größe, die nicht für das folgende Jahr und darüber hinaus prognostiziert wird. Auch in offiziellen Einschätzungen, wie dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates oder der Jahresprojektion im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Die Vorschau richtet sich auf Größen wie Wachstumsrate, Inflation, Außenbeitrag, Investitionen, Bruttolöhne und -gehälter. Weitaus seltener („nicht“ wäre falsch) finden wir Versuche, die Wechselkursentwicklung vorherzusagen. Und wenn, dann wiederum lieber verbal zum Trend oder Pro und Contra. Sehr selten treffen wir auf den Mut oder Leichtsinn, sich auf konkrete Zahlen festzulegen. Es mag wohl an der Vielzahl der Einflussfaktoren des Wechselkurses und deren Unberechenbarkeit liegen, dass seine Entwicklung zwar in Erwartungen bei Devisenspekulationen vorweggenommen, kaum jedoch wissenschaftlich bestimmt wird. Wir wollen diesen Einflussfaktoren nachgehen. Hier zunächst noch anonym aus dem Vergleich von Inland und Ausland. Später am Beispiel des wichtigsten aller Währungspaare, dem Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar.

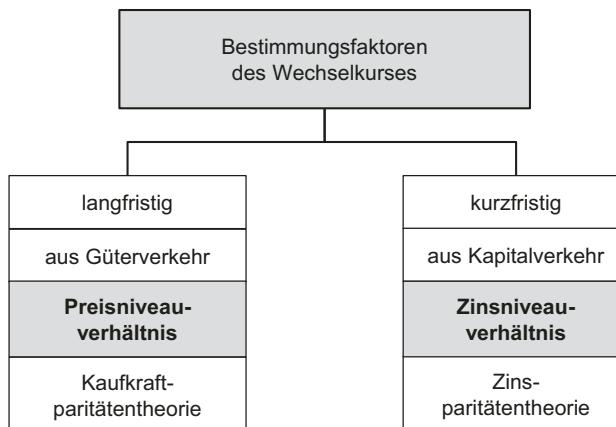
Ungeachtet der Mannigfaltigkeit der Einflüsse, die kurzfristige Schwankungen und langfristige Entwicklungen des Wechselkurses bestimmen, münden sie am Ende alle in der Nachfrage nach Devisen und im Angebot an Devisen. Beide führen ja zum Gleich-

gewichtskurs am Devisenmarkt. Schwanken sie, schwankt der Kurs. Wir wissen auch, dass Nachfrage und Angebot auf dem Devisenmarkt durch den Güterverkehr (Leistungsbilanz) und den Kapitalverkehr (Kapitalbilanz) bestimmt werden. Gehen wir in der Kausalkette noch einen Schritt zurück, so stoßen wir auf die beiden elementaren Größen, die über die Zahlungsbilanz den Wechselkurs beeinflussen. Devisenangebot und Devisennachfrage werden, soweit sie dem Güterverkehr entstammen, durch das Preisniveauverhältnis des Inlands zum Ausland, die **Kaufkraftparität**, bestimmt. Soweit sie dem Kapitalverkehr entstammen, ist ihr wichtigster Bestimmungsfaktor das Zinsniveauverhältnis zwischen Inland und Ausland, die **Zinsparität**. Abb. 13.3 stellt die beiden grundlegenden Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses in den Mittelpunkt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Die **Kaufkraft** der Währungen des Inlandes und des Auslandes als Bestimmungsfaktor des Wechselkurses hat in früheren Theorien eine größere Rolle gespielt als heute. Wohl auch deshalb, weil der internationale Güterverkehr wirtschaftsgeschichtlich früher ausgeprägt war als der Kapitalverkehr. In der **Kaufkraftparitätentheorie** von Gustav CASSEL (1866–1945) sowie klassischer Nationalökonomie schon hundert Jahre vor ihm war die Kaufkraft der allseitig bestimmende Einflussfaktor des Wechselkurses. Heute ist umstritten, ob sich der Einfluss der Kaufkraft auf die Entwicklung des Wechselkurses überhaupt noch empirisch nachweisen lässt.

Nach der klassischen Kaufkraftparitätentheorie ist die Entwicklung des Wechselkurses w zwischen den Währungen des Inlandes und des Auslandes von der Entwicklung des Verhältnisses des Inlandspreisniveaus  $P_i$  zum Auslandspreisniveau  $P_a$  abhängig.

$$w = \frac{P_i}{P_a} \quad (13.1)$$



**Abb. 13.3** Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses

Steigt das Preisniveau im Inland schneller als im Ausland, kaufen die Inländer lieber ausländische Güter, weil sie billiger sind. Die Ausländer reduzieren dagegen aus dem gleichen Grund ihre Bezüge von inländischen Lieferern. In der Folge sinkt der Export, und es steigt der Import. Das Devisenangebot (aus Export) bleibt hinter der Devisennachfrage (für Import) zurück. Der Wechselkurs (als Preis der ausländischen Währung, ausgedrückt in Einheiten der inländischen), tendiert nach oben, die eigene Währung wertet ab. Auf demselben Weg führen Inflationstendenzen im Ausland bei stabilem Preisniveau im Inland zur tendenziellen Aufwertung der eigenen Währung.

Wir haben bereits auf die Unvollständigkeit der Kaufkrafterklärung für den Wechselkurs und das zunehmende Gewicht des Kapitalverkehrs und der Zinsparitäten verwiesen. Und darauf, dass vor 150 Jahren die Proportionen zwischen Güterverkehr und Kapitalverkehr andere waren, als heute. Dabei sollte man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und den Güterverkehr gegenüber dem Kapitalverkehr als Auslaufmodell verstehen. Zum Teil ist zu lesen, dass inzwischen nur ein geringer Teil der jährlichen Devisenbewegungen auf die Bezahlung von Gütern zurückzuführen ist. Schauen wir auf die deutsche Zahlungsbilanz in Tab. 13.8, so stecken hinter den ausgewiesenen Salden Transaktionen aus dem Land heraus und in das Land hinein, von denen etwa 85 % der Leistungsbilanz entstammen. Ein Grund, warum sich die Entwicklung des Preisniveauverhältnisses kaum in der Wechselkursentwicklung nachweisen lässt, ist verstärkte Verselbstständigung und Abkopplung des Kapitalverkehrs vom Güterverkehr. Und das kurzfristig stärker als langfristig. Würden wir eine Kurve der Entwicklung des Wechselkurses zwischen Euro und US-Dollar über eine Kurve der Entwicklung des Preisniveauverhältnisses zwischen Europa und den USA in den letzten fünf Jahren legen, könnten wir (anders als beim Zinsniveauvergleich) wenig Synchronität feststellen. Nur für einen langfristigen Zeitraum wird davon ausgegangen, dass sich der Wechselkurs nicht völlig vom Preisniveau loslösen kann. Die Kaufkraftparität gilt deshalb als langfristiger Bestimmungsfaktor des Wechselkurses.

Derjenige Teil von Devisenangebot und Devisennachfrage, der aus dem internationalen Kapitalverkehr erwächst, wird vor allem durch das Verhältnis des inländischen Zinsniveaus zu dem im Ausland bestimmt. Hierauf basiert die **Zinsparitätentheorie**. Unter sonst gleichen Umständen werden Kapitalanleger ihr Geld dorthin fließen lassen, wo sie die höchsten Renditen erwarten. Und das ist dort, wo die Zinsen höher sind als anderswo. Ist das Zinsniveau im Inland höher als im Ausland, wird das fremde Kapital ins Land ziehen und eigenes Kapital im Land bleiben. Der Kapitalimport übersteigt in der Tendenz den Kapitalexport. Damit ist das Devisenangebot größer als die Devisennachfrage. Der Wechselkurs (Preis der ausländischen Währung, ausgedrückt in Einheiten der eigenen) sinkt, die eigene Währung wertet auf. Bei hohen Zinsen im Ausland und niedrigen Zinsen im Inland befindet sich umgekehrt die eigene Währung im Abwertungstrend. Da die Zinsen schneller auf Änderung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Daten reagieren als die Preise, sprechen wir im Falle der Zinsparität von einem kurzfristigen Bestimmungsfaktor des Wechselkurses.

Weder Kaufkraftparität noch Zinsparität erklären allerdings hinreichend das Phänomen täglich schwankender Kurse am Devisenmarkt. Tatsächlich werden Angebot und Nachfrage dort sehr kurzfristig von einem weiteren Faktor beeinflusst: von den **Erwartungen** der Marktteilnehmer. Nehme ich an, der US-Dollar wird steigen, kaufe ich ihn heute billig, um ihn morgen teurer zu verkaufen. Damit steigt die Nachfrage nach Dollar, ohne dass sich in der realen Wirtschaft bereits irgendetwas verändert hätte. Hegen viele Marktteilnehmer gleiche Erwartungen, wird die nur angenommene Dollarkursentwicklung real und zum Selbstläufer. Misstraut man umgekehrt der Entwicklung des Dollar am Devisenmarkt und stößt ihn ab, multipliziert sich die ganze Kette in die andere Richtung.

Erwartungen sind subjektiver Natur. Gleichwohl besitzen sie keine völlige Eigenständigkeit. Sie beziehen sich in der Regel auf die Veränderung derjenigen Größen, die den Wechselkurs ökonomisch bestimmen. Wird im Inland eine hohe Inflationsrate oder eine Leitzinssenkung der Zentralnotenbank erwartet, ist mit einer Flucht aus der Währung und mit ihrer Abwertung zu rechnen. Die Erwartungsphantasien der Devisenmarktteilnehmer gehen aber noch weiter. Sie erfassen auch die politischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf die Einflussfaktoren haben. Kriege, politische Krisen, Attentate auf Politiker, Regierungswechsel oder selbst Pressekonferenzen eines Sprechers der Regierung oder der Zentralnotenbank können kurzfristige Auf- und Abwertungen hervorrufen. Das gilt natürlich für Rahmenbedingungen in den Ländern der Hauptwährungen stärker als anderswo. Wir werden noch sehen, welche Auswirkungen aktuell die Corona-Pandemie und der Umgang mit ihr oder der Regierungswechsel in den USA Anfang 2021 auf den Euro-Dollar-Kurs haben.

Und es kommt schließlich ein vierter Faktor hinzu: Die ungewollte, aber vor allem die gewollte Einflussnahme der Geldpolitik der Zentralnotenbank auf die beschriebenen Faktoren mit dem Ziel, ihrer **Beeinflussung und Steuerung**. Es ist weder der Wille der Wirtschaftspolitik, die eigene Währung abstürzen noch ihren Kurs ins Unermessliche steigen zu lassen. Im ersten Fall verteuren sich die Importe, es entsteht Inflation, und das wirtschaftliche Image (wir hatten über die Bedeutung von Vertrauen gesprochen) nimmt Schaden. Ein deutlich steigender Kurs fördert ein solches Image. Er verteuert aber die Exporte im Ausland, schwächt damit Wachstum und Beschäftigung in der eigenen Wirtschaft und birgt Deflationsgefahr. Je nachdem, wie sie die Prioritäten setzt, kann hier die Geldpolitik handeln.

Bevor wir dazu kommen, soll – der Vollständigkeit halber – noch auf einen Umstand hingewiesen werden. Wir haben es, wenn wir von den Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses sprechen, stillschweigend unterstellt, dass wir weniger seine absolute Größe, sondern seine Veränderung meinen. Tatsächlich ist auch nur diese für die Bewertung wirtschaftlicher Entwicklung und als Maßstab für die Wirtschaftspolitik von Bedeutung. Ob ein Sockelkurs 1:1, 1:10 oder 1:100 beträgt, ist historisch gewachsen, um am Ende subjektive Festlegung eines Maßstabes. Womit wir wieder am Anfang dieses Abschnitts sind – bei der Funktion des Geldes als Recheneinheit. Setze ich das Komma sowohl beim Wechselkurs als auch bei den Preisen gleichermaßen eine Stelle nach links oder nach rechts, ist nichts passiert.

**Exkurs**

Bis 2004 war die Türkei Weltrekordhalter, was die nominell höchste Banknote betraf. Es war ein Schein, auf dem der Betrag von 20 Millionen türkischer Lira zu lesen war. 30 Jahre Inflation waren vorausgegangen. Mit Beginn des Jahres 2005 machte die Türkei den Schnitt und strich hinter Währung und Preisen 6 Nullen weg. Aus 1.000.000 alter türkischer Lire wurde 1 neue türkische Lira. (Kurs 24.08.2021: 1 EUR = 9,88 TRY). Der Effekt solcher Aktionen ist die Einsparung von Rechenaufwand. Die Inflation wird damit optisch gestoppt, aber nicht in ihrer Substanz. Vergleichbar ist die Streichung von 3 Nullen bei der italienischen Lira („Lira Nuova“) vor ihrem Übergang in das Euro-System.

### 13.3.4 Euro-Dollar-Kurs im Spiegel seiner Bestimmungsfaktoren

Nach dem währungsneutralen Blick auf die Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses sollen diese nun in ausgewählten Punkten an der Entwicklung des Wechselkurses zwischen den beiden wichtigsten Währungen auf der Welt, dem US-Dollar und dem Euro, gespiegelt werden. Wir wollen und können keine Börsenanalyse ersetzen, sondern lediglich zeigen, wie die zurückliegend theoretischen Aussagen aus der aktuellen Wechselkurspraxis herauszulesen sind. In Abb. 11.6 (Kapitel Geld und Geldpolitik) haben wir unter dem Aspekt der Geldpolitik die langfristige Entwicklungskurve des Euro-Dollar-Kurses abgebildet.

Was kennzeichnet die jüngste Entwicklung des Euro-Dollar-Kurses, wie widerspiegeln sich in ihm ausgewählte Bestimmungsfaktoren, wie sind Bewertung und Prognosen?

**Aktuelle Entwicklung** Der Euro-Dollar-Kurs beträgt zum 24.08.2021 1 : 1,18. Er liegt damit auf dem Durchschnittswert des Jahres 2018 und war zwischendurch 2019 auf 1 : 1,12 und 2020 auf 1 : 1,14 gesunken. Dabei hatte es im Verlaufe des Corona-Jahres 2020 eine starke Bewegung beispielsweise vom Tiefpunkt von 1 : 1,09 in den Frühjahrsmonaten April und Mai bis auf 1 : 1,22 im Dezember gegeben. Die im Durchschnitt der Jahre 2020 und 2021 vorhandene relative Konstanz geht mit stärkeren Schwankungen über kürzere Zeiträume einher. Langfristig werden empirische Zusammenhänge zwischen der Höhe des Wechselkurses und der Exportentwicklung (in umgekehrter Richtung) sichtbar. Blicken wir zurück auf Abb. 11.6, so sehen wir einen Höchststand des Euro-Kurses zum US-Dollar mit 1 : 1,47 im Jahr 2008. Die aufgrund Verteuerung hemmende Wirkung auf den Export wird in dessen Steigerung gegenüber 2007 von nur 2 % sichtbar. Demgegenüber sank der Kurs von 1,33 2014 rapide auf 1,11 2015. Das Exportwachstum 2015 betrug 6 %.

**Kaufkraftparität** Wie bereits festgestellt, gibt es demgegenüber wenig statistischen Nachweis von Synchronität zwischen Kaufkraftparität und Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar. Unter anderem aufgrund eines Wiederanstiegs der Rohstoffpreise hat sich die Inflationsrate in Deutschland im 1. Halbjahr 2021 von nahe Null auf beträchtliche 3,8 % im Juli erhöht. In den USA vollzog sich diese Entwicklung auf noch höherem Sozialen, von etwa 1 % auf 5,4 %. In der Wechselkursentwicklung schlägt sich das nur schwer

sichtbar niedrig. Würde die EZB oder die Fed zur Eindämmung der Inflation mit einer Erhöhung der Leitzinsen reagieren, sähe das möglicherweise anders aus.

**Zinsparität** Der Einfluss der Zinsparität auf den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ist im Verlauf ihrer Entwicklung deutlicher nachweisbar. Die Faustregel, je höher der Zins, desto höher der Kurs, stimmt in der Tendenz. Das wird durch Tab. 13.15 belegt.

**Zinsparität und Zinspolitik** Wir hatten auf die wirtschaftspolitisch begründete Einflussnahme der Politik auf die Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses hingewiesen. Am Beispiel von Tab. 13.15 erklärt sich der Zinseinfluss auf den Wechselkurs des Euro zum Dollar in erster Instanz und die dahinter stehende wirtschaftspolitische Strategie in zweiter. Bis 2014 befanden sich die Leitzinsen in Europa und in den USA, vor allem mit dem Ziel der Ankurbelung der Wirtschaft nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009, auf gleichermaßen niedrigem Niveau knapp über Null. Diesem Niveau entsprach ein Kurs von Euro zu US-Dollar von 1 : 1,33. In den Folgejahren führte die EZB diese Niedrigzinspolitik fort. Der Leitzins steht seit 2016 bis heute bei Null. Im Gegensatz dazu erhöhte die Fed ihre Leitzinsen bis zum Höchstwert von 2,50 % im Jahr 2018. Im Ergebnis sank der Kurs auf 1 : 1,18 1918 und 1 : 1,12 1919. Bei unverändertem Null-Leitzins der EZB ging die US-Notenbank bis 2020, begründet durch negative Folgen von Corona-Pandemie und den Handelskrieg mit China mit ihrem hohen Leitzins bis auf 0,25 % zurück. Die Zinsschere zwischen Euro und US-Dollar schloss sich. Der Euro wertete danach tendenziell auf.

**Prognosen** Wir hatten bereits auf die Kompliziertheit von Wechselkursprognosen als einer „Gleichung mit vielen Unbekannten“ hingewiesen. Die meisten, vor allem verbalen, Einschätzungen gehen davon aus, dass sich die Rahmenbedingungen für die zuletzt deutliche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar fortsetzen. Gründe hierfür sind weiter erwartete niedrige Leitzinsen in den USA und der dort bestehende politische Wille, damit dem Wirtschaftswachstum die Priorität vor einer Reduzierung der Inflationsrate zu geben. Voraussagen, die noch Ende 2020 den Euro bis Ende 2021 in einem Korridor zwischen 1 : 1,30 und 1 : 1,40, teilweise sogar darüber gesehen haben, scheinen sich nicht zu bewahrheiten. Andere Prognosen gehen von einer Beibehaltung

**Tab. 13.15** Zins- und Wechselkursentwicklung. (Quelle: Statista (2020d, 2021f, g) und Tab. 11.6)

Jahr	Leitzins Euroraum	Leitzins USA	Kurs Euro-Dollar
2014	0,05	0,25	1 : 1,33
2015	0,05	0,50	1 : 1,11
2016	0	0,75	1 : 1,11
2017	0	1,50	1 : 1,13
2018	0	2,50	1 : 1,18
2019	0	1,75	1 : 1,12
2020	0	0,25	1 : 1,14

oder sogar einem leichten Sinken des Kurses in 2021 aus. Per Saldo lassen sich aus den Argumenten leichte Vorteile für den Euro erkennen. Und die Bestätigung der Unsicherheit von Wechselkursprognosen.

#### Exkurs

Die Ausnahme bilden deshalb punktgenaue und langfristige Vorhersagen, wie wir sie in der Kursprognose der „Economic Forecast Agency“ finden. Danach beträgt der Euro-Dollar-Kurs

Dezember 2021	1 : 1,38
Dezember 2022	1 : 1,34
Dezember 2023	1 : 1,22
Dezember 2024	1 : 1,41

Quelle: Economic Forecast Agency ([2021](#))

**Handlungsbedarf der EZB** Die EZB gibt kein offizielles Wechselkursziel aus und verhält sich in ihrer Interventionspolitik, wie wir an anderer Stelle angemerkt haben, eher zurückhaltend. Dennoch besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass sie bei einem Eintritt des Euro-Dollar-Kurses in den Korridor zwischen 1 : 1,30 und 1 : 1,40 aktiv werden müsste und würde. Argument ist, eine weitere Schwächung der europäischen Exportindustrie nicht zuzulassen und Wachstum und Beschäftigung der Wirtschaft zu schützen. Grundregel wäre dann bei einem Ziel der Senkung des eigenen Währungskurses, US-Dollar selbst auf dem Devisenmarkt zu kaufen und dafür Euro in Umlauf zu bringen. Würde sich umgekehrt die beschriebene Entwicklung zugunsten des US-Dollar vollziehen, wäre von der Fed ähnliches zu erwarten.

*„Die Geldpolitik von Zentralbanken ist ein wichtiger Einflussfaktor für den Wechselkurs. Zwar sind Wechselkurse keine Zielgröße der Geldpolitik des Eurosystems, jedoch ist das durch die Geldpolitik maßgeblich mitbestimmte Zinsumfeld zentral für die Wechselkursentwicklung des Euro.“*

Quelle: Deutsche Bundesbank ([2020](#))

**Wechselkurspolitik als Instrument der Wirtschaftspolitik** Es gibt für die Währungen der großen Industrienationen keine Reglementierung für ihre Wechselkurse. Im Gegen teil: Zu den offiziellen Verlautbarungen der G7 gehört ein Bekenntnis gegen Wechselkursmanipulationen und für sich frei am Markt herausbildende Wechselkurse. Gleichzeitig wird anerkannt, dass unkontrollierte Wechselkursschwankungen außerhalb bestimmter Grenzen der wirtschaftlichen Stabilität schaden und koordiniertes Handeln erfordern. In der Praxis wird vor allem dann davon abgewichen, wenn außergewöhnliche Bedingungen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 oder Corona die nationale Wirtschaftspolitik vor besonderen Handlungsbedarf stellen. Eingriffe in die Wechselkursentwicklung erfolgen in der Mehrzahl in Richtung Abwertung mit dem Ziel der Stärkung von Export- und Wirtschaftskraft. So gilt der japanische Yen traditionell als unterbewertet.

*„Ein schönes Beispiel vom amerikanisch-japanischen Wettbewerb am Automarkt aus eigenem Erleben liefert in seiner Autobiografie Lee Iacocca, ehemaliger Präsident von Ford und späterer Sanierer des Chrysler-Konzerns.“*

*„Ein weiterer großer Vorteil der Japaner ist die künstliche Schwäche des Yen. Ihre Währungsmanipulation reicht aus, um andere in die Knie zu zwingen. Ihre Banken und ihre Industrie haben sich verschworen, den Yen niedrigzuhalten, damit der Preis ihrer Exportwaren für westliche Absatzmärkte attraktiv bleibt .... Jeder will genau wissen, wie Japan das macht. ... Wenn etwas wie eine Ente watschelt und wie eine Ente quakt, so weiß ich, sind die Chancen, dass es sich tatsächlich um eine Ente handelt, recht hoch. Wenn unser Zins von 10 % auf 22 % steigt und zurück auf 10 % fällt und wenn während all dieser Schwankungen der Yen unverändert auf 240 zum Dollar steht, weiß ich, dass in Tokio irgendetwas nicht stimmt.“*

Quelle: Iacocca (1987)

**Einfluss von Erwartungen in die Rahmenbedingungen** Wir haben die Erwartungen der Marktteilnehmer in die politische und wirtschaftliche Gesamtentwicklung als einen der Einflussfaktoren auf den Wechselkurs bezeichnet. Auch das zeigt sich in den Diskussionen zum Euro-Dollar-Kurs an Beispielen. So war nicht nur die Corona-Krise selbst von Einfluss auf den Wechselkurs, sondern auch die Erwartungen in die dagegen gerichteten staatlichen Maßnahmen (Konjunkturpakete, Leitzinsen, Fallzahlen und Impferfolge). Ein abwertender Dollar 2020 wird auch der zu diesem Zeitpunkt weniger berechenbaren Wirtschaftspolitik der USA und der schweren Voraussagbarkeit des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen zugeschrieben. Und es gibt Hinweise darauf, dass eine Konkretisierung der Vergemeinschaftung der Schulden der Euro-Länder im Ergebnis der Pandemie-Krise zu einer nachhaltigen Schwächung des Vertrauens in den Euro und damit seines Wechselkurses, seiner Stärke, führen würde.

### 13.3.5 Flexible und fixe Wechselkurse, Konvertierbarkeit

Solange wir wie zuletzt über den Euro und den US-Dollar sprechen, gehen wir berechtigt von frei konvertierbaren Währungen mit flexiblen Wechselkursen aus. Verallgemeinern wir die Aussagen, wie davor im Modell von Inland (inländische Währung) und Ausland (ausländische Währung), dann muss auf vereinfachende Annahmen hingewiesen werden, die diese Modelle beinhalten. Flexible Wechselkurse und freie Konvertierbarkeit einer Währung, Voraussetzung für den klassischen Wechselkursmechanismus, gelten für wichtige entwickelte Industrieländer, aber weitaus nicht für alle Länder und Währungen der Welt. Deshalb wollen wir uns abschließend mit davon abweichenden Varianten und damit befassen, welche Umstände zu ihrer Priorisierung führen.

Zunächst ist zwischen flexiblen und festen Wechselkursen zu unterscheiden.

- **Flexible Wechselkurse** bilden sich durch das ungehinderte Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot auf dem Devisenmarkt (Floating) heraus. Sie sind in ihrem Charakter Marktpreise.

Der Euro ist zum Beispiel mit dem US-Dollar, dem Yen oder dem Schweizer Franken durch flexible Wechselkurse verbunden.

Die eigentliche Bedeutung einer freien Bildung des Wechselkurses am Devisenmarkt besteht darin, dass über das ungehinderte Reaktionsvermögen des Wechselkurses Zahlungsbilanzungleichgewichte tendenziell ausgeglichen werden. Wir haben das am Modell des Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus flexibler Wechselkurse demonstriert. Verschuldet sich ein Staat permanent, führt das zu Inflation und Importüberschuss. Im Falle eines flexiblen Wechselkurses wertet die eigene Währung dann automatisch ab und bringt die Zahlungsbilanz zurück ins Gleichgewicht. Der wichtigste **Vorteil** flexibler Wechselkurse besteht darin, dass er ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in verschiedenen Ländern währungsseitig harmonisiert. Entfällt dieser „Puffer“ beim Verzicht auf unterschiedliche Währungen, bedarf es als Voraussetzung einer bereits erfolgten Harmonisierung, die ihn nicht mehr braucht. Im Falle eines funktionierenden Wechselkursmechanismus kann sich die Zentralnotenbank auf den Kern ihrer Geldpolitik, die Sicherung der Stabilität von Preisniveau und Währung, konzentrieren. Darüber hinaus sind die Bedingungen für einen liberalisierten internationalen Kapitalverkehr bei flexiblen Wechselkursen besser als bei festen. Der **Nachteil** flexibler Wechselkurse (oder der Preis für ihre Vorteile) besteht vor allem darin, dass ihre Unberechenbarkeit ein Hindernis für den internationalen Handels- und Zahlungsverkehr darstellt. Eines der Argumente für die gemeinsame europäische Währung ist der Entfall dieser Risiken. Trotz verschiedener Absicherungsmöglichkeiten ist das Kursrisiko im Falle flexibler Wechselkurse eine Hemmschwelle dafür, dass sich Partner im internationalen Wirtschaftsverkehr so aktiv verhalten, wie auf ihrem eigenen Binnenmarkt. Flexible Wechselkurse und regionale Wirtschaftsintegration sind daher auf Dauer nur schwer vereinbar. Der europäische Integrationsprozess folgt dieser Erkenntnis.

Der Mechanismus flexibler Wechselkurse funktioniert zwischen Nachfrage und Angebot nach den Prinzipien des Marktes. Das gilt sowohl für die liberale Variante, in der die Zentralnotenbank die Finger völlig aus dem Spiel lässt (freies oder „sauberes“ Floating) oder für die gelenkte Variante, in der die Zentralnotenbank durch Interventionen Geldpolitik und Außenwirtschaftspolitik miteinander verbindet (kontrolliertes oder „schmutziges“ Floating). Auch diese zweite Variante ist marktkonform, weil sie nicht in die Wechselkurse eingreift, sondern Angebot und Nachfrage über ihre Bestimmungsfaktoren (z. B. Zinsen) beeinflusst. In der realen Praxis ist das „schmutzige Floating“ die Regel, das „saubere“ die Ausnahme.

Die Alternative zu flexiblen Wechselkursen sind feste Wechselkurse.

- **Feste Wechselkurse** sind zwischenstaatlich fixierte Wechselkurse. Die Zentralnotenbanken sind verpflichtet, durch Interventionen dafür zu sorgen, dass das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt dem festgelegten Wechselkurs entspricht oder sich in seinem Korridor bewegt.

In der Regel sind feste Wechselkurse keine völlig starren Kurse. Der Kurs, der sich am Devisenmarkt herausbildet, darf vom festgesetzten Leitkurs innerhalb eines festen Korridors abweichen. Es versteht sich, dass im Falle permanent ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung die Zentralnotenbank nicht dauerhaft und unbegrenzt am Devisenmarkt in die gleiche Richtung intervenieren und damit den Festkurs stützen kann. Bevor sich die Währungsreserven erschöpfen oder durch ständige Devisenkäufe im eigenen Land Inflation entsteht, wird eine offizielle Veränderung des Leitkurses unvermeidlich. Es wird offiziell unfreiwillig nachvollzogen, was der flexible Wechselkurs sofort und laufend erledigt hätte. Die Vorteile flexibler Wechselkurse sind die Nachteile fester Wechselkurse und umgekehrt.

Für feste Wechselkurse gibt es in der Währungsgeschichte mehrere Beispiele. In der Regel bestehen sie nicht aus bilateralen Vereinbarungen, sondern sind Wechselkursysteme aus Währungen mehrerer Länder. Erfolgt die Bewegung der Wechselkurse mehrerer Währungen innerhalb von Bandbreiten, was die Praxis ist, so sprechen wir von **Blockfloating**. In der Wirtschaftsgeschichte gibt es für solche Systeme einige Beispiele.

---

### Beispiel

Das internationale Währungssystem von Bretton Woods sah 1944 ein weltweites System fester Wechselkurse zwischen den Währungen der 44 Teilnehmerländer vor. Leitwährung war der US-Dollar, dessen Wert auf 35 US-\$ für 1 Unze Gold festgelegt und durch die US-Notenbank durch Gold-An- und Verkäufe gehalten wurde. Die übrigen Länder orientierten ihre Wechselkurse am Kurs zum US-. Die Bandbreite des Korridors betrug plus minus 1 %. Deutschland trat dem Bretton Woods System 1949 bei. Der fixe Kurs der D-Mark zum US-Dollar lag zunächst bei 1 US-\$ = 4,20 DM, später 1 US-\$ = 4,00 DM. Nach der Außerkraftsetzung des Bretton-Woods-Systems 1973 gingen viele Teilnehmerwährungen in ein System nicht reglementierter, flexibler Wechselkurse über. Die D-Mark stieg während der Folgejahre bis 1980 auf einen Marktkurs von 1 US-\$ = 1,82 DM. ◀

---

### Beispiel

Im nahtlosen Übergang, aber unabhängig vom US-Dollar, trat Deutschland dem gemeinsamen Wechselkurssystem der EG, dem Europäischen Währungsverbund (vgl. Kap. 11) und mit ihm der „Währungsschlange“, dem gemeinsamen Wechselkursystem, bei. Darin waren die Wechselkurse der beteiligten Währungen untereinander in einem festen Verhältnis mit einem Korridor von plus minus 2,5 % zu halten. In einem Blockfloating konnten sie mit diesem Spielraum gegenüber dem US-Dollar frei schwanken. 1979 wurde der Europäische Währungsverbund durch das Europäische Währungssystem (EWS) abgelöst. Die Regeln fester Währungsparitäten zur Europäischen Währungseinheit ECU mit einem Korridor von plus minus 2,5 % blieben erhalten. Mit der dritten Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde

der Schwankungskorridor der Wechselkurse auf plus minus 15 % erweitert. Nach der Einführung des Euro 1999 war für die Länder mit der gemeinsamen Währung das EWS Geschichte. Man kann die beschriebene Entwicklung der Wechselkurssysteme zwischen den Währungen der EU-Länder und auch die Konvergenzriterien für wirtschaftliche Stabilität als Vorstufe einer letztlich gemeinsamen Währung verstehen. Als Generalprobe oder Warming Up. – für eine neue Qualität, bei der es zum Abpuffern von Ungleichgewichten keinen Wechselkurs mehr gibt. Nicht einmal einen mit Bandbreite. Von den EU-Mitgliedern, die den Euro nicht eingeführt haben, orientieren, wie wir aus Kap. 11 wissen, Dänemark, Bulgarien und Kroatien ihre Wechselkurse im bisherigen Korridor am Euro. ◀

Sowohl flexible als auch feste Wechselkurse setzen eines voraus: Konvertierbare Währungen, die am Devisenmarkt angeboten und nachgefragt werden.

► **Konvertierbarkeit** (im Sinne voller Konvertierbarkeit) einer Währung ist das für alle in- und ausländischen Wirtschaftssubjekte geltende Recht, diese Währung ohne jede Einschränkung in ausländische Währungen umzutauschen.

Eine beschränkte Konvertierbarkeit bedeutet Einschränkung des Umtauschrechts auf bestimmte Verwendungszwecke (z. B. Zahlungen für Warenlieferungen oder Tourismus), Personen, Institutionen oder ausgewählte Tauschwährungen.

Von weltweit insgesamt mehr als 160 offiziellen Währungen gelten der US-Dollar und der Euro als die beiden Leitwährungen. Als Währungen, die weltweit über nationale oder regionale Währungsräume hinweg als Zahlungsmittel genutzt werden.

Zu Währungen mit freier, unbeschränkter Konvertierbarkeit zählen neben dem US-Dollar und dem Euro der Australische Dollar, der Bahrain Dinar, der Kanadische Dollar, die Dänische Krone, der Hongkong Dollar, der Kenianische Schilling, der Kuwait Dinar, der Neuseeländische Dollar, die Norwegische Krone, das Britische Pfund Sterling, der Singapur Dollar, der Südafrikanische Rand, der Saudi-Arabische Real, die Schwedische Krone, der Schweizer Franken, der Dirham der vereinigten Arabischen Emirate.

Weiteren etwa 20 Währungen, darunter dem Kubanischen Peso, dem Nordkoreanischen Won, dem Brasilianischen Real oder der Indischen Rupie wird eingeschränkte Konvertierbarkeit konstatiert. Zu dieser Gruppe wurde auch bis vor kurzem der Chinesische Renminbi gezählt. Mit seinem Aufstieg zu einer der wichtigsten Währungen der Welt wurde die Anwendung des Chinesischen Renminbi weiter liberalisiert. 2021 wird er eher der Gruppe frei konvertierbarer Währungen zugerechnet. Vielfach wird er als neue oder eine der Weltleitwährungen gesehen.

### Exkurs

Chinesischer Renminbi (RMB) ist die offizielle Bezeichnung der chinesischen Währung. Der Chinesische Yuan (CNY) ist keine andere Währung, sondern ein anderer Name für die gleiche Währung. Er ist die technische Bezugsgröße in internationalen Währungsverzeichnissen und auch der Maßstab für die Preise im täglichen Leben. Preise auf der Speisekarte eines Restaurants in China werden wir

in Yuan und nicht in Renminbi finden. Darüber hinaus ist die Benutzung des Begriffes Yuan auch außerhalb Festlandschinas (der VR China) **üblich**. Zum Beispiel für den taiwanesischen Dollar. Der Wechselkurs des Euro zum Renminbi/ Yuan beträgt per 24.08.2021 1 : 7,61.

Nach konvertierbaren Währungen mit flexiblen oder festen Wechselkursen und eingeschränkt konvertierbaren bleibt aus Wechselkurssicht der Blick auf **nichtkonvertierbare Währungen**. Sie definieren sich über das Gegenteil von Konvertierbarkeit. Es gibt keinen rechtlichen Anspruch und keine Möglichkeit, sie überhaupt oder ohne große Einschränkungen, in ausländische Währungen umzutauschen. Wir kennen nichtkonvertierbare Währungen aus den ehemaligen Staatshandelsländern, aber auch heute noch aus einer Reihe von Entwicklungsländern. Gründe für Nichtkonvertierbarkeit der Währung sind staatliche Außenhandels- oder Außenwirtschaftsmonopole oder auch eine chronische Devisenknappeit mit der Notwendigkeit zentraler Steuerung von Aufkommen und Verwendung.

In Ländern mit nichtkonvertierbaren Währungen gibt es eine währungsseitige Trennung zwischen Binnenhandel und Außenhandel (bzw. Außenwirtschaft). Auch Staaten mit nichtkonvertierbaren Währungen unterhalten Außenwirtschaftsbeziehungen, auch zu Staaten mit konvertierbaren Währungen. So gibt es für Länder mit nicht konvertierbarer Währung neben dem inländischen Zahlungskreis in Binnenwährung den internationalen in konvertierbarer Währung. Der Staat braucht damit Einnahmen an Devisen (in konvertierbarer Währung) aus dem Export, um seine Importe mit Devisen (in konvertierbarer Währung) bezahlen zu können. Für die Rentabilitätsbewertungen werden Umrechnungsverhältnisse zwischen der Binnenwährung gegenüber konvertierbaren Währungen benötigt. Diese sind keine Wechselkurse im definierten Sinne, weil sie nicht als freier Preis am Devisenmarkt entstehen. Sie sind dennoch notwendig, um internationale Güterpreise in inländische Preise umzurechnen und den an der Außenwirtschaft beteiligten Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Kosten und Erlöse miteinander zu vergleichen. In der Regel orientiert sich der Umrechnungssatz einer nichtkonvertierbaren Währung zur Auslands-währung an der Kaufkraftparität. Das heißt, am Verhältnis zwischen inländischem und ausländischem Preisniveau.

### Exkurs

In der DDR war die Inlandswährung, die Mark der DDR, nicht konvertierbar. Berechnungsbrücke zum internationalen Markt war die Valutamark. Die Valutamark orientierte ihren Wechselkurs mit 1:1 an der D-Mark und überbrückte das internationale Preisniveau zum inländischen Preisniveau, sozusagen als flexibler Puffer, mit dem sogenannten „Richtungskoeffizienten“. Dieser betrug Ende der 1980er-Jahre 4,40. Das heißt, im gewogenen Durchschnitt betrug der Preis in Mark der DDR das 4,40-fache des vergleichbaren Preises in Valutamark und damit in D-Mark. (vgl. Kap. 5). Dem entsprach etwa der durchschnittliche Kurs in privaten Wechselstuben. Dagegen betrug der offizielle Umtauschkurs im Tourismus zwischen Mark der DDR und D-Mark 1:1.

**I. Themenprägende Begriffe**

- Außenwirtschaft
- Außenhandel
- Exportquote
- Warenstruktur des Außenhandels
- Regionalstruktur des Außenhandels
- Terms of Trade
- Zahlungsbilanz
- Leistungsbilanz
- Kapitalbilanz
- Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus flexibler Wechselkurse
- Nettoauslandsvermögen und Nettoauslandsverschuldung
- Außenwirtschaftspolitik
- Wechselkurs
- Flexible und feste Wechselkurse
- Konvertierbarkeit

**II. Fragen zur Überprüfung**

- Worin unterscheiden sich die Blickwinkel von Außenwirtschaft und Weltwirtschaft?
- Was sind die Gründe dafür, dass Außenhandel stattfindet?
- Was sind Terms of Trade und wie wirken sie auf die Rentabilität des Außenhandels?
- Aus welchen wichtigsten Teilbilanzen besteht die Zahlungsbilanz?
- Was ist Zahlungsbilanzgleichgewicht?
- Welche Rolle spielt der Wechselkurs für das Zahlungsbilanzgleichgewicht?
- In welchem Zusammenhang steht das Nettoauslandsvermögen zur Zahlungsbilanz?
- Was sind die gesetzlichen Grundlagen deutscher Außenwirtschaftspolitik?
- Was ist der Wechselkurs und durch welche Faktoren wird er bestimmt?
- Worin unterscheiden sich flexible und feste Wechselkurse?

---

**Literatur****Literaturverzeichnis**

Deutsche Bundesbank (1991) *Geschäftsbericht für das Jahr 1991*

Deutsche Bundesbank (1999) *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt (M), August 1999, S. 58, 59*

Deutsche Bundesbank (2020) *Der Einfluss der Geldpolitik auf den Wechselkurs des Euro*, in: Monatsbericht 09/2020, S. 19

- Deutsche Bundesbank (2021) *Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2020*, in: Monatsbericht März 2021, S. 29
- Eckert, D., Zschäpitz, H (2018) *Politisch ist das Auslandsvermögen der Deutschen Dynamit*, in: Die Welt am Sonntag, 01.07.2018, <https://www.welt.de/finanzen/article178536148/Deutsches-Auslandsvermoegen-ist-politisches-Dynamit.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Economic Forecast Agency (2021) *Euro Dollar Prognose für 2021, 2022–2025*, <https://kursprognose.com/euro-dollar-prognose> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Europäische Zentralnotenbank (2020) *Euro-leitkurse und obligatorische Interventionskurse des bulgarischen Lew und der kroatischen Kuna im WKM II*, Pressemitteilung 13.07.2020 Euro-Leitkurse und obligatorische Interventionskurse für den bulgarischen Lew und die kroatische Kuna im WKM II (bundesbank.de) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Iacocca, L. (1987) *Eine amerikanische Karriere*, Frankfurt/M.; Berlin: Ullstein, S. 388
- Statista (2020a) *Zusammensetzung der weltweiten Devisenreserven im 1. Quartal 2020 nach Währungen*, <https://Devisenreserven.weltweit-Zusammensetzung.nach.Währungen.2020> | Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1041765/umfrage/zusammensetzung-der-weltweiten-devisenreserven-nach-waehrungen/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2020b) *Wert der Exporte aus Deutschland nach Ländergruppen im Jahr 2020*, <https://Exporte.aus.Deutschland.nach.Ländergruppen.2020> | Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/158303/umfrage/deutsche-exporte-und-importe-2010-nach-laendergruppen/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2020c) *Währungsreserven ausgewählter Länder weltweit im Juni 2020*, <https://Währungsreserven.ausgewählter.Länder.weltweit.im.Juni.2020> | Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157870/umfrage/waehrungsreserven-ausgewaehlerlaender/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2020d) *Leitzinsentwicklung der US-Zentralbank Fed von 2001 bis 2021*, <https://Leitzins.der.Zentralbank.der.USA.bis.2021> | Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/419455/umfrage/leitzins-der-zentralbank-der-usa/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021a) *IWF Prognose: Top 10 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP)*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/981746/umfrage/ranking-der-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt-in-der-zukunft/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021b) *Bruttoinlandsprodukt von Südkorea/Honkong*, Südkorea – Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2026 | Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14404/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-suedkorea/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021c) *Die 20 größten Exportländer weltweit im Jahr 2020*, Rangliste der größten Exportländer weltweit | Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37013/umfrage/ranking-der-top-20-exportlaenderweltweit/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021d) *Europäische Union: Exportquoten in den Mitgliedsstaaten im Jahr 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/7060/umfrage/anteil-der-exporte-von-waren-am-bip-in-den-eu-laendern/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021e) *Deutscher Rohölimport: Hauptlieferanten von Deutschland bis 2019*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2473/umfrage/rohoelimport-hauptlieferanten-von-deutschland/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021f) *Jährliche Entwicklung des Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1999 bis 2020*, <https://Durchschnittlicher.Dollarkurs.bis.2020> | Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200194/umfrage/wechselkurs-des-euro-gegenueberdem-us-dollar-seit-2001/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021g) *Entwicklung des Zinssatzes der EZB für das Hauptrefinanzierungsgeschäft von 1999 bis 2021*, <https://Leitzins.der.EZB.-Entwicklung.bis.2021> | Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-dashauptrefinanzierungsgeschäft-seit-1999/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

- Statistisches Bundesamt (2021a) *Gesamtkatalog 2021, Stand Juli 2021*, Fachserie 7, Reihe 1, Außenhandel , S. 33, 34, 35, 65, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Publikationen/Downloads-Aussenhandel/zusammenfassende-uebersichten-jahr-vorlaeufig-pdf-2070100.pdf> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021b) *Gesamtkatalog 2021. Stand Juli 2021, Preise, Terms of Trade* , S. 17–34, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Einfuhrpreisindex-Ausfuhrpreisindex/Publikationen/Downloads-Ein-und-Ausfuhrpreisindex/einfuhr-und-ausfuhrpreise-pdf-5614001.pdf> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021c) *Ausfuhr und Einfuhr von Dienstleistungen 2021*, [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt (2019) *Deutschland und Internationales*, S. 439

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021) *Die WTO-Abkommen*, BMWi – Die WTO-Abkommen
- Deutsche Bundesbank (2019) *Parallelen in der Wechselkursentwicklung bedeutender Währungen*, in: Monatsbericht Juli 2019, S. 17–38
- Deutsche Bundesbank (2021) *Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2020*, in: Monatsbericht März 2021, S. 17
- Jarchow, H., Rühmann, P. (2000) *Monetäre Außenwirtschaft, Teil I: Monetäre Außenwirtschaftstheorie*, Göttingen: Verlag Vanenhoeck & Ruprecht
- Jarchow, H., Rühmann, P. (2000) *Monetäre Außenwirtschaft, Teil II: Internationale Währungspolitik*, Göttingen: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht
- Rose, K., Sauernheimer, Karlhans (2006) *Theorie der Außenwirtschaft*, München: Verlag Vahlen
- Statistisches Bundesamt/DESTATIS (2017) *Deutscher Außenhandel. Export und Import im Zeichen der Globalisierung*
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 741–864
- Woll, A. (2011) *Volkswirtschaftslehre*, München: Vahlen, S. 539–628



## Exkurs: Megatrends und Volkswirtschaftslehre

14

### Zusammenfassung

Ziel dieses Kapitels ist es, große wirtschaftliche Phänomene und Prozesse unserer Zeit (Megatrends) an klassischen Lehrsätzen der Nationalökonomie zu spiegeln. Für die weitere Entwicklung der europäischen Integration gibt es unterschiedliche Szenarien. Welches eintrifft, wird von der Entwicklung der Produktivität ihrer Mitglieder abhängen. Das betrifft den Vergleich zur globalen Konkurrenz wie auch die Angleichung ihres internen Niveaus. Die zunehmende, wenn auch von Rückschlägen unterbrochene, weltwirtschaftliche Verflechtung führt zur zunehmenden Normalität des Bezugs von Sektoren-, Kreislauf- und Marktmodellen von der nationalen auf die globale Ebene. Digitalisierung und Produktivitätssteigerung führen in dem Maße nicht zu Stellenabbau, indem sie Wachstumspotentiale in einen höheren Produktionsausstoß umsetzen kann. Demographischer Wandel wird in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten den Fachkräftemangel verstärken, soweit nicht mögliche Instrumente einer Gegenstrategie greifen. Der Einfluss der Zuwanderung auf die Fachkräftesituation in Deutschland ist bei qualifizierten Spezialisten ein direkter und unbeschränkt gewollter. Die Flüchtlingspolitik vereinbart humanitäre Verpflichtungen mit wirtschaftlich Möglichen. Qualität der Umwelt beeinflusst das Gleichgewicht der Wirtschaft. Umgekehrt ist eine starke und gleichgewichtige Wirtschaft Voraussetzung für eine lebenswerte Umwelt. Krisen und einmalige Herausforderungen für die Wirtschaft dürfen nicht zum Dauerzustand deklariert und zur Begründung eines permanent verstärkten staatlichen Einflusses erhoben werden.

Ist die Volkswirtschaftslehre zeitlos? Nein. Die meisten ihrer Leitsätze gelten zwar seit mehr als zweihundert Jahren. Und man sollte sich hüten, sie vor dem Eindruck von uns gerade übermäßig erscheinenden Ereignissen über den Haufen zu werfen. Aus einem Kilometer Höhe sieht die Welt anders aus, als 20 Zentimeter über dem Boden. Aber die Wirtschaftstheorie blieb von der Wirtschaftsgeschichte auch nie unberührt. Große wirtschaftsgeschichtliche und gesellschaftspolitische Einschnitte wie der Frühkapitalismus, die Weltwirtschaftskrise, die Neuordnung Deutschlands und Europas nach dem 2. Weltkrieg oder nach dem Ende des Ostblocks hinterlassen Spuren im Theoriengebäude. Sie lassen Neues entstehen und die Gewichtung zwischen Bestehendem sich verändern. Es wäre einmalig, wenn die großen Entwicklungen unserer Tage – Digitalisierung, Klimawandel, Globalisierung, demographischer Wandel oder Migration – hier eine Ausnahme machen würden. Akut und schnell ist immer zuerst die Politik gefragt. Sie setzt nicht wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit außer Kraft. Aber sie greift in Ausnahmesituationen im gesellschaftlichen Interesse stärker in deren Räderwerk ein, als marktwirtschaftlichen Grundmodellen zu entnehmen ist. Förderprogramme zur Digitalisierung, Zuwanderungsbeschränkungen, Kohleausstiegsgesetz oder die stark diskutierten Lockdowns während Corona sind Belege hierfür.

Einer der Unterschiede zwischen Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften wie der Volkswirtschaftslehre ist wohl folgender: In der Naturwissenschaft geht die Theorie der Praxis voraus. Die Dampfmaschine konnte erst eingesetzt werden, nachdem sie erfunden war. Dem ersten Telefonat musste die Erfindung des Telefons vorausgehen. In der Wirtschaft hingegen mussten große Veränderungen ohne vorherige konzeptionelle Vorbereitung bewältigt werden. Ihre Interpretation und theoretische Aufbereitung erfolgte im Nachhinein. Die Praxis war Impuls für die Theorie. Frühkapitalismus in England (SMITH, MARX), Weltwirtschaftskrise (KEYNES) sind Beispiele dafür. Auch die Politiker Osteuropas konnten sich auf wenig theoretisches Fundament, auf keine Blaupause, zur nicht immer glatt verlaufenden Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft stützen. Und ebenso ist es heute. Die Corona-Krise trifft auf eine Verkettung langfristiger Trends, die auch ohne sie die Wirtschaft nachhaltig beeinflusst hätten, und führt alles in allem zu einer noch komplexeren Gemengelage.

*„Die deutsche Volkswirtschaft war bereits vor der Pandemie mit vielfältigen langfristigen Veränderungen konfrontiert. Der Strukturwandel, ausgelöst durch den technischen Fortschritt, den demografischen Wandel und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, ist eine große Herausforderung, bietet aber zugleich Chancen. Die Wirtschaftspolitik ist gefordert, die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise gemeinsam zu bewältigen, die ökonomische Resilienz in Deutschland und in Europa zu erhöhen und das Wachstumspotential zu stärken.“*

Quelle: Sachverständigenrat (2021)

Die folgenden Abschnitte widmen sich solchen herausfordernden Prozessen. Das ist für ein Lehrbuch, von dem Antworten und nicht Fragen erwartet werden, nicht selbstverständlich. Und es wird im Folgenden auch um Fragen oder Behauptungen (Thesen) gehen. Und

es wird von Fall zu Fall unterschiedlich sein, ob wir von zeitlich Begrenztem (Beispiel Digitalisierung oder Zuwanderung), regional Begrenztem (Beispiel Demographie) oder unbegrenzt Dauerhaftem (Beispiel Globalisierung oder Klima) reden. Anspruch dieses Kapitels ist es selbstverständlich nicht, zu jedem der Themen der Flut von Fachbeiträgen einen weiteren hinzuzufügen. In der gebotenen Knaptheit geht es vor allem um eine Frage. Welche nachhaltigen Veränderungen und Erkenntnisse können sich aus aktuellen Phänomenen wie europäischer Integration und weltwirtschaftlicher Globalisierung, aus Digitalisierung, Klimawandel, demographischem Wandel, Migration oder Krisenmodus ergeben? Was folgt daraus für Volkswirtschaft, Wirtschaftspolitik und Volkswirtschaftslehre? Was nicht dasselbe ist.

Die Zeit des Erscheinens dieses Buches ist Aufgabe und Chance, in Ansätzen zur Beantwortung dieser Fragen beizutragen. Eine Möglichkeit, das zu tun, wäre die Ansiedlung des jeweiligen Neuen in einzelnen der zurückliegenden Kapitel. In einigen Fällen haben wir das, zurückhaltend, getan. Vor allem aber folgt dieses Buch einer zweiten Variante: Ziel dieses letzten Kapitels ist die kompakte und zusammenhängende Darstellung aktueller Prozesse und Erscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft und die Überprüfung ihrer Relevanz für ausgewählte Themen dieses Buches. Hier betreten wir auch Neuland. Ein solches Anliegen kann für ein Lehrbuch nur ein Ausflug sein. Entsprechend steht das Thema unter dem Titel „Exkurs“.

Noch eines vorweg. Dieses Kapitel befasst sich mit „Herausforderungen“. Der Sprachgebrauch der letzten Jahre hat ihm ein gewisses Negativimage verliehen. Im Begriffspaar „Chance und Herausforderung (zugleich)“ ist „Chance“ das Gute, und Herausforderung wird als die bessere Umschreibung von „Problem“ benutzt. Das soll hier definitiv nicht so verstanden werden. Allein die völlig unterschiedlichen Dimensionen der genannten Themen verbieten eine Uniformierung und fordern Wertneutralität. Einige und wichtige Brücke zwischen Ihnen ist hier die Frage: Ergeben sich aus den betrachteten Prozessen Ansatzpunkte dafür, dass das, was wir bisher über die Volkswirtschaft wissen und lehren, zu überdenken, zu präzisieren und zu ergänzen ist? Wir sind damit nicht die ersten.

Im letzten Kapitel der letzten Ausgabe seiner „Volkswirtschaftslehre“ wirft SAMUELSON einen Blick auf solche neuen Perspektiven. Vor dem Einstieg in Themen wie Staatsverschuldung, wirtschaftliche Stabilisierung oder Wachstum und Wohlstand wahrt er beim Blick auf Erprobtes und Neues Augenmaß. Danach bleiben auch nach technologischem Wandel und grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftsstruktur sichere Arbeitsplätze, steigende Produktivität und niedrige Inflationsrate strategisches Ziel. Aber:

„Während unsere Hauptaufgabe darin besteht, die etablierten Lehrmeinungen vorzustellen, zeigt doch die Erfahrung, wie wichtig es ist, auch für alternative Ansichten offen zu sein.“

Quelle: Samuelson (2017)

---

## 14.1 Europa

„Wer an Europa zweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen.“

(Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission)

### 14.1.1 Status

Im Internet gibt es eine Europa-Karte, die im animierten Zeitraffer die Grenzveränderungen auf unserem Kontinent in den vergangenen Jahrhunderten zeigt. Das bunte Auf und Ab vermittelt das Bild einer Weihnachtsillumination. Es gibt auch das Gleichnis eines nahezu durchgängig schwarz gefärbten Kontinents, der sich aus einer weißen Europa-Karte mit der Einzeichnung aller bisherigen Grenzverläufe ergibt. Begleiter solcher Grenzveränderungen waren Kriege. Vom Dreißigjährigen Krieg über den Holländischen Krieg, die Napoleonischen Kriege und den deutsch-französischen Krieg bis hin zu zwei verheerenden Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen. Der Frieden in Nachkriegseuropa, die in der jüngeren Geschichte längste Friedensphase, ist ein hohes Gut. Seine Bewahrung steht an der Spitze aller Ziele des europäischen Integrationsprozesses.

Die Friedenssicherung in Europa ist Leitziel in den europäischen Grundlagenverträgen. Daneben geht es um die Entwicklung einer politischen Wertegemeinschaft, um wirtschaftliche Kraft und sozialen Wohlstand, eine gemeinsame innere und äußere Sicherheit und eine starke außenpolitische und außenwirtschaftliche Position.

Schritte auf dem Weg zum heute erreichten Stand sind die Römischen Verträge 1957 zur Gründung der EWG, die Einheitliche Europäische Akte von 1986, der EG-Vertrag von 1992 und die Verträge von Maastricht 2009 (EU-Vertrag und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). 1999 begann mit der Einführung des Euro als gemeinsame Währung die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion. Wir haben das in den zurückliegenden Kapiteln, insbesondere im Zusammenhang mit der Geldpolitik, der Finanzpolitik und der Außenwirtschaftspolitik thematisiert.

Der heutige Stand der europäischen Integration ist in verschiedenen Feldern differenziert und durch ein unterschiedliches Tempo gekennzeichnet. Im Bereich der Wirtschaft gibt es eine koordinierte Politik in ihrer Entscheidung eigenständiger Staaten. Das schließt die Finanzpolitik ein. Demgegenüber ist die Geldpolitik seit der Einführung des Euro gemeinsame Politik aller Staaten des Euro-Systems. Ob dieser Status Quo ein Endstand oder eine Zwischenetappe ist, bleibt unklar. Es gibt momentan keinen Zeitplan für weitere Integrationsschritte (wie die drei Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion) in Richtung einer grundsätzlichen gemeinsamen Politik in allen Bereichen bei langfristiger staatlicher Verschmelzung. Auch keine expliziten Bekenntnisse dazu.

### 14.1.2 Strategie

Die EU-Kommission sieht als strategische Prioritäten der Jahre 2019 bis 2024 den europäischen grünen Deal, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, ein Europa für das digitale Zeitalter, die Förderung der europäischen Lebensweise, ein stärkeres Europa in der Welt und neuen Schwung für die Demokratie in Europa. Quelle: Europäische Kommission (2019).

In eine vergleichbare Richtung orientiert die deutsche Wirtschaftspolitik.

„Ein Kernanliegen der Bundesregierung ist die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.“

Quelle: Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (2021)

Zu den dafür aufgezeigten Wegen gehören die technologische und digitale Souveränität Europas die Erreichung von Klima- und Energiezielen, ein Kapitalmarktpaket zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung und ökologische Resilienz.

Zusammengefasst läuft damit die Strategie zur weiteren europäischen Integration dar auf hinaus, dass bestehende Strukturen auf einem vergleichsweise erreichten Stand der Verteilung gemeinsamer und einzelstaatlicher Kompetenzen auf die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit ausgerichtet werden. Das ist offensichtlich auch mehrheitsfähig in der EU und widerspiegelt eine (zunehmend) differenzierte Sichtweise der Mitglieder auf substanziale Schritte im Gefüge der Gemeinschaft.

Visionäre Szenarien finden wir eher in der Wirtschafts- und Politikforschung – und eher auf der Ebene abstrakter Möglichkeiten. Im Unterschied zu den uns bekannten, praktisch konkret terminierten und von Konsens getragenen Schritten, wie wir sie aus der Wirtschafts- und Währungsunion kennen.

Das Centrum für angewandte Politikforschung in München bietet ein 5-Szenarien-Modell für die EU-Entwicklung an. Ein **erstes Szenarium**, das EU-pessimistischste und integrationsfernste, endet mit der Auflösung der EU und der Währungsunion und mündet in einem ungebundenen System – vergleichbar mit dem nach Bretton Woods in den 1970er-Jahren. Zwischenstufen sind zunehmende Handlungsunfähigkeit, Interessenkolliktionen unter den Mitgliedern, Rückverlagerungstrends an die EU übertragener Handlungskompetenzen und Bodenverlust gegenüber den USA und China bei der Reaktion auf globale Herausforderungen. Ein **zweites Szenarium** in Richtung „aufwärts“ gleicht in Bezug auf eine gesamte, große und inhomogene EU dem ersten. Im Unterschied zu ihm und außerhalb bestehender Verträge entschließen sich hier aber einige dominierende (zentraleuropäische) Staaten zu einem Kerneuropa. Ziel ist eine Vertiefung und Effektivierung im Rahmen einer Zusammenarbeit in ihrer Entscheidung souveräner Staaten. Der verbleibende Teil der bisherigen EU wird durch den Beitritt weiterer Mitglieder größer, reduziert seine Zusammenarbeit auf die grobe Koordinierung nationaler Wirtschaftspolitik und nicht auf die Etablierung einer Wirtschaftsunion. Das **dritte Szenarium** besteht, vereinfacht gesagt, in der Fortführung des gegenwärtigen Status quo. So, wie es aus der vorgenannten offiziellen Strategie hervorgeht: Die Meisterung neuer Aufgaben mit den herkömmlichen Mitteln. Gesucht und gefunden wird der kleinste gemeinsame Nenner, der aufgrund verstärkter Interessenunterschiede durch die EU-Osterweiterung zunehmend schwer zu finden bzw. auf einem limitierten Sockel anzusiedeln ist. In einem **vierten Szenarium** bildet auch hier ein Kern aktiver Mitgliedsstaaten den Mittelpunkt. Aber keinen, sich von der äußeren Hülle abgrenzenden, sondern den Gravitationsraum für ein nach außen offenes System. Das System besteht aus potentiell allen interessierten Staaten und verfolgt das Ziel einer überstaatlichen politischen Union Europas. Europäische Kommission und Europäisches Parlament verfügen über stärkere exekutive und legislative Befugnisse als heute (oder in Variante 3). Die Strukturen des offenen Gravitationsraumes

ermöglichen, Erfüllung der Kriterien vorausgesetzt, den Zugang weiterer neuer Mitglieder. Diese können sich je nach Fähigkeit und Interesse von den Außenbahnen des Systems zum Kern bewegen. Das **fünfte Szenarium** schließlich ist die optimistischste, die Maximalvariante der europäischen Integration. Mit der Perspektive des Status Europas als Supermarkt in der Welt. Voraussetzung ist die Akzeptanz der bisherigen Entwicklung und Erfolge der EU durch alle Mitgliedsstaaten und ihre Bevölkerungen. Weitreichende Kompetenzen aller Politikbereiche werden auf die europäische Zentrale verlagert. Das führt zu wirtschaftlicher und sozialer Niveauangleichung, was wiederum Basis für weitere Zentralisierung ist. Auf ihrem Weg der „Staatwerdung“ zieht die Attraktivität einer EU-Mitgliedschaft auch Staaten außerhalb Europas an. Quelle: Centrum für angewandte Politikforschung (2003).

### 14.1.3 Integration

Integration ist ein sehr allgemeiner Begriff, der weit über Wirtschaft, Europa oder – im aktuellen Sprachgebrauch am üblichsten: Einbeziehung Zugewanderter in die Gesellschaft – hinausgeht. Integration kommt aus dem Lateinischen „integratio“, was „Wiederherstellung eines Ganzen“ bedeutet. Auch in diesem Verständnis ist die europäische Integration nicht allein auf der Welt. Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte Beispiele für Integration und für Desintegration. Beispiele für den totalen Weg bis zum „Ganzen“ und Beispiele für eine Zwischenstufe als Endziel.

Weder Integration noch für Desintegration treffen in der Geschichte auf Blaupausen. Beispiele für Desintegration sind Auflösung von Staatengebilden wie das der UdSSR oder Jugoslawiens. Auch der Auseinanderfall des Ostblocks mit all seinen Komponenten, darunter des RGW als ökonomische, gehört dazu. Bemerkenswert, dass einige ehemalige RGW-Mitglieder wie Ostdeutschland, Ungarn oder Polen heute wieder Partner sind – in der EU.

Ein Beispiel für „Zwischenstand als Endziel“ ist die bereits vorgestellte asiatisch-pazifische Freihandelszone (RCEP). Sie ist ein großer Beitrag zur Erleichterung des Handels der Teilnehmerländer, zur Stärkung ihrer Wirtschaft und zur Position der gesamten Region in der Weltwirtschaft. Das allein steht für sich selbst. China und Australien werden nie das Ziel eines gemeinsamen staatlichen Überbaus haben. Die Europäische Freihandelszone (EFTA) von 1960 hatte ähnliche Effekte, aber sie war von Beginn an die Etappe eines weiterführenden europäischen Integrationsprozesses.

Am bemerkenswertesten im Vergleich zur Europäischen Integration ist wohl (neben der Einmündung deutscher Kleinstaaten in einem Zentralstaat 1871) die amerikanische Variante. Die Entwicklung der unabhängigen ehemaligen britischen Kolonien im Osten Nordamerikas über die kurze Zwischenphase unabhängiger Staaten zum föderalistischen Bundesstaat, zu den Vereinigten Staaten von Amerika, denen im Zuge der Westexpansion weitere Staaten beitraten. Nach den Unabhängigkeitskriegen erklärten 1776 13 ehemalige britische Kolonien ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. In der Phase danach bildeten

sie einen losen Staatenbund mit einer übernationalen Institution mit wenig Entscheidungsgewalt und wenig Erfolg. Das führte 1787 zu einer neuen Verfassung und zur Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika als einem föderalistischen Bundesstaat mit wichtigen zentralen Kompetenzen in der Außenpolitik, Geldpolitik oder Finanzpolitik bei separaten Rechtsräumen der Staaten mit eigener Exekutive, Judikative und Legislative.

Wenig im Mittelpunkt stehen die 11 Jahre zwischen Unabhängigkeitserklärung und den Vereinigten Staaten. Genau das war aber die Phase in der Integration auf dem Territorium der heutigen USA, die in einigem (nicht in allem) mit der heutigen Phase der europäischen Integration vergleichbar ist. Beachtenswert ist die Erkenntnis, dass einem supranationalen Überbau der unabhängigen Staaten mit wenig Entscheidungskompetenz auf Dauer wenig Wirksamkeit beschieden war. Zu den Unterschieden in den Rahmenbedingungen zählen sicherlich die viele Jahrhunderte alte Geschichte der europäischen Nationen und die damit verbundene nationale Identifikation ihrer Bevölkerungen. Dazu zählen sicherlich auch die Verfestigung bestehender wirtschaftlicher Strukturen der europäischen Länder und ihre Verbindung zu den jeweiligen Währungen. Währungen als Symbol von nationalem Image sind ein nicht zu unterschätzender Faktor. In den ehemaligen britischen Kolonien in Nordostamerika war das Pfund Sterling verboten. Gehandelt wurde vor allem mit dem spanischen Real oder holländischen Gulden. Nach der Unabhängigkeit entstand aus dem deutschen Wort „Taler“ eine „Dollar“ genannte Währung, die den Handel zwischen den Staaten verband. Mit Gründung der USA 1787 (als Rechengeld bereits 1785) wurde der US-Dollar eingeführt. Der geldpolitische Übergang war unvergleichbar einfacher als die Europäische Währungsunion. Dazu kam in den USA der Vorteil, dass die Geldpolitik und die einheitliche Währung von Beginn an integraler Bestandteil einer einheitlichen Wirtschaftspolitik und nicht, wie heute in Europa, gemeinschaftliche Enklave innerhalb eines Systems einzelstaatlicher, wenngleich koordinierter, Entscheidungskompetenz ist. Dass das keine idealen Rahmenbedingungen sind, sehen wir an besonderen Herausforderungen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 oder der Pandemiekrise. Worauf wir schon an anderer Stelle hingewiesen haben.

Hier setzen unsere ersten Fragen an, auf die wir im Fazit zurückkommen wollen. **Erstens.** Kann ein Integrationsprozess, der den schrittweisen Übergang einzelstaatlicher Kompetenzen auf Gemeinschaftsebene vorsieht, auf halbem Wege stehen bleiben? **Zweitens.** Ist es, wenn das Schrittmaß verschiedener Wirtschaftspolitiken bei der Integration unterschiedlich sein muss, richtig, Geldpolitik und gemeinsame Währung als erste voran zu schicken? **Drittens.** Braucht es nicht klarerer und einheitlichere Zielvorgaben der europäischen Politik dazu, welches Endziel eigentlich verfolgt wird und welche Etappen dorthin definiert werden? Und noch eine **vierte Frage**. Schauen wir noch einmal auf das oben vorgestellte vierte Szenarium – das „Gravitationsszenarium“. Und vergleichen wir einen Moment lang das sich vor unseren Augen ergebende Bild mit der Astronomie, mit der Entstehung unseres Sonnensystems. Verdichtete Gaswolken gerieten in Berührung, zogen sich an, verdichteten sich weiter. Dort, wo die Gravitation genügend groß war, ging die Verdichtung in Richtung Klein zu Groß weiter, und es entstanden Planeten. Dort, wo es nicht reichte, verblieben als Nebenprodukt der Planetenentstehung übrig gebliebene

Bausteine unseres Planetensystems. So jedenfalls eine (neben der „Kollisionsvariante“) Theorie über die Entstehung des Asteroidengürtels zwischen Mars und Jupiter. Gibt es Parallelen von der naturwissenschaftlichen Integration zur gesellschaftlichen? Zurück zur letzteren und zur Frage: Besteht auf dem Weg von Integrationsprozessen zwischen Staaten ein Punkt, bis zu dem ohne eine politische Lokomotivfunktion die Zentrifugalkräfte überwiegen und alles wieder auseinandertrifft? Und nach dessen Passieren die Gravitationskräfte überwiegen und der Prozess eine – vorwiegend marktgesteuerte – Eigendynamik erhält. Und noch die Zuspitzung. Wenn es einen solchen Weg gibt, an welcher Stelle auf ihm sind wir derzeit mit Europa?

Gibt es überhaupt eine Integrationstheorie? Wenn wir googeln, finden wir den Begriff. Aber vor allem aus der mathematischen Analysis und der Migrationsforschung. Weniger bis überhaupt nicht im Sinne unserer hier angestellten Überlegungen. Dass ein integrationstheoretischer Ansatz in der klassischen Nationalökonomie kaum vorkommt, liegt wohl daran, dass ihre Rahmenbedingungen aus Nationalstaaten mit klar definierten Volkswirtschaften bestanden, die über den angestrebten Freihandel miteinander in wirtschaftlichen Kontakt traten. Denken wir an England und Portugal bei Adam SMITH. Das damalige Konstrukt der Kolonien verfolgte andere als Integrationsziele. Es ging um Vormachtstellung in der Welt, die Gewinnung von Rohstoffen und natürlichen Produkten und führte zu Arbeitskräftemigration. Die nachgesagte Vernachlässigung seiner nordostamerikanischen Kolonien durch Großbritannien wird als Basis für die beschriebene Unabhängigkeit, den Staatenbund und die Entstehung der Vereinigten Staaten betrachtet.

Brauchen wir eine oder mehr Integrationstheorie – vor allem, aber nicht nur, in der Makroökonomie? Als ein Korsett, als Leitplanken für die Integrationspolitik, die mit kurzfristigem praktischen Handlungsbedarf in der Mehrzahl aller Fälle Neuland betritt?

#### **14.1.4 Produktivität und Wechselkurs**

Zurück zum Bild des Weges der Integration mit dem Punkt, jenseits dessen Eigendynamik eintritt. Kann man in dieses Bild auch die Produktivität der beteiligten Länder einbeziehen? Etwa in dem Sinne, dass bis zu dem Punkt unterschiedliche Produktivität eine den Integrationsprozess behindernde und erschwerende Komponente ist, und dass nach seiner Überwindung umgekehrt der fortschreitende Integrationsprozess zum Motor von Produktivitätsangleichung wird?

Der Rahmen der Integration von alten und neuen Bundesländern war die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Gefolge der deutschen Einheit. Insgesamt eine Integration, die sich stark von der europäischen unterscheidet, weil hier auf einen Schritt Geldpolitik, Finanzpolitik inkl. Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik oder Sozialpolitik einheitliche Staatspolitik in föderalistischer Form wurden. Und welche die in der europäischen Integration für jeden Schritt zu schaffenden Voraussetzungen im deutschen Sonderfall gewissermaßen im Nachhinein, unter dem Dach eines einheitlichen Staatsgebildes „nachreichte“ oder besser: das zu tun bemüht war. Vergleichbar ist, dass es sich bei beiden

Integrationen um Teilnehmer (in Europa Staaten, in Deutschland Bundesländer) mit unterschiedlicher Produktivität handelt. Die vorher bei unterschiedlichen Währungen durch die uns bekannte Pufferfunktion des Wechselkurses ausgeglichen werden konnte. Das betraf in Europa alle heutigen Euro-Länder, in Deutschland die Gruppen der alten und neuen Bundesländer. Will man nach Wegfall des Gleichgewichtspotentials des Wechselkurses („Feile“) dennoch bestehende Produktivitätsunterschiede sozial ausgleichen, bleiben noch als „Sandpapier“ der Finanzausgleich oder noch geräuschlosere Instrumente. Finanzausgleich ist aus dieser Sicht ein Mittel zur Schließung von Produktivitätslücken, die nach dem Übergang zu einer einheitlichen Währung verblieben sind.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Produktivitätsentwicklung in den deutschen Bundesländern nach der Einheit und messen wir die Produktivität, wie in der Statistik vereinfachend üblich, am BIP je Einwohner. Dann ergeben sich folgende Schlüsse: **Erstens**, die Produktivitätsunterschiede von 1991 sind bisher nicht ausgeglichen. Sie reichten 1991 von Hamburg mit rund 35 T € bis Thüringen mit etwa 6 T € – knapp das Sechsfache. **Zweitens**. Die Produktivitätsunterschiede, ihre Spannen, haben sich insgesamt deutlich verringert. 2013 beträgt das Pro-Kopf-Einkommen von Hamburg (an der Obergrenze) mit etwa 54 T € gegenüber Thüringen (an der Untergrenze) mit 23 T € nur noch knapp das Zweieinhalfache. **Drittens**. Deutlich ist die Produktivitätsangleichung vor allem zwischen alten und neuen Bundesländern. Sie ist aber auch, wenngleich schwächer, innerhalb der alten und neuen Bundesländer zu erkennen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015)

Wie fällt ein Blick nach Europa aus? Wir konzentrieren uns auf die Produktivität im Euro-Gebiet.

Tab. 14.1 vermittelt eine Reihe wichtiger Erkenntnisse zur Produktivitätsentwicklung in der Zeit, im Vergleich untereinander und im globalen Kontext.

1. Wenn wir aus der Entwicklung des BIP/Kopf der Bevölkerung allgemeine und tendenzielle Aussagen über die Produktivitätsentwicklung ableiten, erscheint das zulässig, ist aber vereinfacht und vernachlässigt folgende Umstände: a) Produktivität ist, das wissen wir aus Kap. 2, das Verhältnis aus Produktionsergebnis zum Aufwand an eingesetzten Produktionsfaktoren. In Tab. 14.1 betrachten wir potentiell nur den Faktor Arbeit und damit im engeren Sinne die Arbeitsproduktivität. b) Auch Im engeren Sinne bezieht die Arbeitsproduktivität das erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf die die an seiner Erstellung Beteiligten, den Erwerbstätigen, und nicht an der Gesamtbevölkerung. Ändert sich ihr Verhältnis im Betrachtungszeitraum geraten Unschärfe in die Aussagen. c) Da dem Ausweis des BIP immer die laufenden Preise des jeweiligen Jahres zugrunde liegen und das Preisniveau in der Regel steigt, enthalten die Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens in den Ländern neben deren realer Entwicklung auch die Preiskomponente. Was die Raten in der Tendenz höher ausweist als bei deren Herausrechnung.
2. Insgesamt ist die Produktivität der Euro-Zone im Betrachtungszeitraum gestiegen. Von 2010 bis 2018 (auch für 2019) gilt das bis auf die Ausnahme Griechenlands ungeteilt

für alle Euro-Staaten. Tab. 14.1 enthält deshalb bewusst die Spalte für 2018, um die Regelentwicklung zu zeigen und ebenso bewusst die Spalte 2020. Zum einen, weil es die aktuellsten Werte sind, und zum anderen, weil es die sehr unterschiedliche Wirkung zeigt, mit der sich die Corona-Krise auf die einzelnen Länder der EU-Zone niederschlägt. Während das BIP/Kopf in einigen wenigen Ländern (Luxemburg, Irland, Estland, Litauen) 2020 gegenüber 2018 sogar noch gestiegen ist, hat es sich bei anderen Ländern Italien, Spanien, Zypern, Griechenland) sogar gegenüber dem Basisjahr 2010 verringert.

3. Das, was wir oben schon für die Bundesländer in Deutschland konstatiert haben, trifft auch für die Teilnehmerländer am Euro zu: Die Produktivitätsgefälle zu Beginn der Betrachtung wurden über einen längeren Zeitraum nicht aufgehoben und bestehen fort.
4. Ähnlich wie in Deutschland ist aber die Spanne des Produktivitätsgefälles geringer geworden. Betrug das Pro-Kopf-Einkommen Luxemburgs (1. Rang) 2010 mit 108.832 US-\$ das 10-fache des Letztplatzierten (Lettland mit 10.695 US-\$) war das im selben Vergleich 2018 nur noch das 6-fache.

**Tab. 14.1** Produktivitätsentwicklung in den Euro-Staaten. (Quelle: Statista 2021o; Statistisches Bundesamt 2021a, eigene Berechnungen)

Rang 2010)	EU-Staat	BIP/Einwohner			Zuwachs zu 2010	
		2010	2018	2020	2018	2020
1	Luxemburg	108.832	114.432	115.870	+5,1 %	+6,5 %
2	Niederlande	47.172	53.106	52.292	+12,6 %	+10,9 %
3	Irland	45.689	76.099	85.352	+66,6 %	+86,8 %
4	Finnland	44.489	49.845	48.678	+12,0 %	+9,4 %
5	Österreich	44.987	51.509	48.222	+14,5 %	+14,5 %
6	Belgien	42.630	46.724	44.585	+8,6 %	+4,6 %
7	Frankreich	41.019	42.878	38.806	+4,5 %	-5,4 %
8	Deutschland	40.631	48.264	45.737	+18,9 %	+12,6 %
9	Italien	34.059	34.260	31.669	+0,6 %	-7,0 %
10	Spanien	30.639	30.796	27.001	+0,5 %	-11,9 %
11	Zypern	28.237	28.340	26.676	+0,4 %	-5,5 %
12	Griechenland	27.302	20.408	17.659	-25,5 %	-35,3 %
13	Slowenien	23.706	26.234	25.091	+10,7 %	+5,8 %
14	Portugal	21.559	23.186	22.412	+7,5 %	+4,0 %
15	Malta	19.746	31.058	28.078	+57,3 %	+42,2 %
16	Slowakei	16.104	19.582	19.118	+21,6 %	+18,7 %
17	Estland	14.836	22.990	23.302	+55,0 %	+57,1 %
18	Litauen	11.044	19.143	19.961	+73,3 %	+80,7 %
19	Lettland	10.695	18.032	17.590	+68,8 %	+64,5 %

Im Vergleich:

<i>Großbritannien</i>	36.120	42.558	44.100	+17,8 %	+221 %
<i>USA</i>	47.284	62.606	63.400	+32,4 %	+34,1 %
<i>China</i>	4382	9608	17.200	+119,3 %	+292,5 %

5. Damit ist der Zuwachs bei Ländern mit niedrigerem Niveau größer als bei denen mit hohem. Oder, was das Gleiche ist: Der Zuwachs bei neu beigetretenen Staaten ist auf niedrigem Sockel größer als der bei den Etablierten.
6. Innerhalb all dessen ist signifikant ein Zurückbleiben der Produktivität einiger südeuropäischer, mediterraner Euro-Länder, darunter klassischer EU-Mitglieder. Das Produktivitätswachstum Italiens, Spaniens, oder Zyperns hat im letzten Jahrzehnt stagniert. Griechenland verzeichnet 2018 sogar einen Rückgang um ein Viertel der Produktivität von 2010. 2020 ist es sogar knapp ein Drittel.
7. Ein Vergleich der Produktivitätsentwicklung der Euro-Zone im globalen Wettbewerb fällt mit den USA negativ aus. Und das sowohl, was die absolute Höhe des Pro-Kopf-Einkommens betrifft, als auch seinen Zuwachs. Im Vergleich zu China trifft die gleiche Aussage für den Zuwachs zu, wobei sich dort, wie wir in Tab. 14.1 sehen, die absolute Bezugsbasis noch auf geringem Niveau, vergleichbar mit dem unteren Ende des Euro-Staaten-Korridors, befindet.

Eine Analyse der Deutschen Bundesbank kommt zu dem Ergebnis, dass das Produktivitätswachstum im Euroraum in den letzten Dekaden nachgelassen hat und auch Indikatoren wie Arbeitslosenquote und Beschäftigungsquote in den letzten eineinhalb Jahrzehnten niedriger ausfielen als in anderen fortgeschrittenen Wirtschaften. Eine Lösung wird in Strukturreformen gesehen, die länderkonkret in Auswertungen von OECD und Europäischer Kommission empfohlen werden.

*„Die zuletzt eher rückläufige Reformdynamik lässt in diesem Zusammenhang Zweifel aufkommen, ob das für eine Umsetzung von Reformen günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld in angemessener Weise genutzt wurde. Die Verantwortung hierfür liegt zuvorderst auf der nationalen Ebene ....“*

Quelle: Deutsche Bundesbank (2019)

Gehen wir von Europa zum abstrakten Modell. Ideale Bedingungen bestehen dann, wenn

- a. das gesamte Produktivitätsniveau im Integrationsraum steigt;
- b. sich innerhalb dieses Trends die Produktivitätsunterschiede verringern;
- c. das Produktivitätsniveau im Integrationsraum schneller steigt als außerhalb.

In einem solchen Fall motiviert das Integrationsmodell zum Bleiben oder Beitreten. Wir erkennen Konturen des oben beschriebenen Szenariums 4, des „Gravitationsszenariums“.

Führt demgegenüber ein gleichbleibendes oder wachsendes Produktivitätsgefälle zu gleichbleibenden oder wachsenden Nettotransfers von Ländern mit hoher zu Ländern mit niedriger Produktivität, von Reich zu Arm, und führt das Motiv, Nehmerland zu sein, zum Beitritt und das Motiv, nicht mehr Geberland zu sein, zum Austritt, so ist im Modell die Folge: Es treten zunehmend Länder mit unterdurchschnittlicher Produktivität der Integration bei und immer mehr Länder mit hoher Produktivität aus. Die Gesamtproduktivität sinkt. Die Integration wird für gegenwärtige und künftige Mitglieder unattraktiv. Der Weg führt zu Variante 1 oder 2 der oben genannten Szenarien.

Gehen wir wieder zur konkreten Integration in Europa. Es wird deutlich, dass die vorgestellten Szenarien keine fiktiven, auswählbaren Modelle sind, sondern von einer Reihe realer Faktoren abhängen. Ein wichtiger von ihnen sind die genannten Komponenten der Produktivitätsentwicklung. Der Beitritt der Slowakei, Estlands, Litauens oder Lettlands in das Euro-System oder die Ost-Erweiterung der Europäischen Union bei späterem Austritt Großbritanniens senken tendenziell die Produktivität im Integrationsraum und erhöhen die Anforderungen an ihre Erhöhung und Angleichung.

### 14.1.5 Brexit

Im Lichte der bisherigen Betrachtungen ist der Brexit, das Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union, für den Integrationsprozess in der EU eine immer mögliche Option und kein Dilemma – aber ein Rückschlag.

Basis des per 01.01.2021 wirksamen Austritts war der Abschluss des dafür erforderlichen Vertragswerkes zwischen der EU-Kommission und Großbritannien am 24.12.2020. Damit verlässt das Vereinigte Königreich unter anderem den EU-Binnenmarkt und die Zollunion. Von politischer Seite wurde die Zuversicht betont, auf neuer Grundlage die breiten gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen fortzusetzen. Und es ging in den Medien detailliert und umfassend um Vor- und Nachteile für beide Seiten. Um Folgen für Kultur und Medien, um die Verkomplizierung des Transportverkehrs, um Fischereirechte oder Arbeitsmigration. Jeder dieser Punkte und weitere sind wichtig, können hier aber nicht Gegenstand sein. Uns soll es allein um eine kurze Einordnung des Brexits in das entwickelte System von Integrationsmodellen gehen.

Tab. 14.2 zeigt die Wirkung des Brexits auf einige wichtige Eckzahlen des bisherigen Integrationsgebiets der EU.

Bildet man ein ungefähres Mittel aus den nicht vergleichbaren Kriterien in Tab. 14.2, so verlässt mit dem Brexit ein Potential von rund 10 % der bisherigen Gemeinschaft die EU. Und wie wir aus dem Vergleichswert in Tab. 14.1 erkennen, ein weit über dem bisherigen EU- Durchschnitt liegendes Produktivitätspotential.

### 14.1.6 Doppelter Föderalismus

Föderalismus ist ein Zusammenschluss politischer Einheiten zu einem Ganzen, bei dem die zusammengeschlossenen Einheiten ein Maß an Selbstbestimmung behalten. Oben haben wir Integration als „Wiederherstellung eines Ganzen“ definiert. Die Verbindung ist auffällig. Der Unterschied besteht darin, dass der föderale Zusammenschluss das Bestehen eines bestimmten Maßes an Autonomie bedingt. Integration kann das, muss es aber nicht. Oder: Föderation kann Durchgangsstadium eines integrativen Prozesses hin zum Zentralstaat sein.

**Tab. 14.2** Eckzahlen des Brexit. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2019, Statista [2021a](#), eigene Berechnungen)

Kriterium	EU vor Brexit	Brexit	EU nach Brexit	Reduzierung
Zahl der Mitglieder	28	1	27	0,4 %
Bevölkerung	513 Mio.	67 Mio.	446 Mio.	13,1 %
Fläche	4243 T km <sup>2</sup>	243 T km <sup>2</sup>	4000 T km <sup>2</sup>	5,7 %
BIP	18.222 Mrd. \$	2829 Mrd. \$	15.393 Mrd. \$	15,5 %
Intra-EU-Handel	3289 Mrd. \$	187 Mrd. \$	3102 Mrd. \$	5,7 %
Beitrag EU-HH	121,90 Mrd. €	14,05 Mrd. €	107,85 Mrd. €	11,05 %

Aktuell befindet sich die EU in einem Entwicklungsstadium, das man als föderale Struktur mit dominierender Selbstbestimmung ihrer Einheiten (der Staaten) bezeichnen kann. Mit offener Perspektive, ob das Maß an Selbstbestimmung bleiben, sich verstärken oder ganz zurücktreten wird. Im EU-Mitgliedsstaat Deutschland haben wir ein föderalistisches System mit Autonomie der Einheiten (Bundesländer) bei Dominanz des Ganzen.

Die Mitgliedsländer der EU besitzen vielfältige Proportionen zwischen Föderalismus und Zentralismus. Für Deutschland sind gegenwärtig für bestimmte Entscheidungen zwei föderalistische Ebenen zu passieren – die nationale Ebene niederer Ordnung mit einer geringeren Ausprägung der dezentralen Autonomie und die europäische Ebene höherer Ordnung mit einem dominierenden Maß an dezentraler Selbstbestimmung. Praktische Beispiele zeigen, dass die hierbei zu erlangenden Mehrheiten ein komplizierter und Zeit in Anspruch nehmender Prozess ist. Dabei gilt es zu vermeiden, dass besonders in unvorhersehbaren Krisensituationen die notwendige Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird.

### Beispiele

Während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 wurde die Schwerfälligkeit beim Treffen wichtiger finanzpolitischer Entscheidungen kritisiert. Was aber weniger an der EU, sondern am System, nämlich daran liegt, dass sich die EU-Mitglieder finanzpolitische Entscheidungen weiter allein selbst vorbehalten. „Fast zwei Wochen haben die EU-Regierungen gebraucht, um sich nach dem 700 Milliarden-Dollar-Hilfspaket der USA auf ein gemeinsames Rettungspaket für den angeschlagenen Finanzmarkt zu einigen ... In der Tat haben die Regierungen der EU-Mitgliedsländer in den vergangenen Jahren peinlich darauf geachtet, dass alle wichtigen Fragen der Finanzwirtschaft unter die nationale Verantwortung fielen.“ Quelle: Berger ([2008](#)) Und: „Die ungarische Regierung lehnt im Moment eine Annäherung an die Währungsunion ab und will von einer fiskalischen Zusammenarbeit mit der EU nichts wissen.“

Quelle: Forkas ([2011](#))

Im Umgang mit der **Flüchtlingskrise** 2015 wurden komplizierte und ineffiziente Entscheidungswege in mehreren Hierarchien sichtbar. In Deutschland betrifft das zum einen Verhältnis von Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern. Aber zum anderen auch die Abstimmung zwischen zuständigen Bundesinstanzen – dem Bundesminis-

terium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Fortsetzung folgte auf europäischer Ebene beim Streit um die Aufnahme von Flüchtlingen und den Hürden bei der Reformierung des EU-Asylregelwerkes.

Eines der jüngsten Beispiele betrifft die EU-Abstimmungs- und Entscheidungsabläufe bei der gemeinsamen Impfstoffbestellung in der **Corona-Krise** (2020/2021). Bekannt geworden ist hier das Zitat der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, im Interview mit der Süddeutschen Zeitung. „Natürlich: Ein Land kann ein Schnellboot sein. Und die EU ist mehr ein Tanker.“

Quelle: von der Leyen (2021) ◀

All das zeigt einen momentanen Widerspruch zwischen berechtigten Erwartungen in die EU und ihr zugewiesenen Aufgaben auf der einen und ihre dafür vorhandene geringe Ausstattung mit zentraler europäischer Entscheidungskompetenz auf der anderen Seite. Die Übertragung der Corona-Impfstoffbestellung an die EU war ein wichtiges politisches Signal. Die umständliche Umsetzung liegt weniger an der Mentalität handelnder Personen, sondern ist systemischer Natur.

## Fazit

Wir haben den Blick nach vorn, zum Teil in Neuland, mit Fragen verbunden. Sind Fragen suggestiv, so können sie im Umkehrschluss auch Thesen sein – eine Behauptung, die allerdings des Ansatzes eines Beweises bedarf. Fragen sind gut, sind aber nicht Endziel, sondern Mittel zum Zweck. Der neudeutsche Begriff des „Hinterfragens“ ist oft als passiv, nichtkonstruktiv und sich selbst aus der Pflicht nehmend belegt und suggeriert die Person des ewigen Zweiflers. Die hier gestellten Fragen sollen, soweit möglich, in den Versuch von Antworten münden. In Thesen, die Leitsätze mit dem Ansatz von Begründung, aber natürlich keine Lehrsätze sind. Thesen sind die Fortsetzung oder die mutigere Form von Fragestellungen. Die Begründungen der folgenden Zusammenfassung sind in den zurückliegenden Erörterungen enthalten.

1. Die gegenwärtige Strategie der EU besteht vornehmlich darin, auf einem vergleichsweise konservierten Stand ihrer bisherigen Entwicklung und mit den dazugehörigen Instrumenten den Herausforderungen – Klimawandel, Migration, Finanzmärkte, Pandemiekämpfung, technologischer Wandel und globaler Wettbewerb – zu begegnen. Es bedarf, analog zu den Phasen ihrer bisherigen Entwicklung, einer klaren Strategie der EU mit Ziel und Etappen. Zur Orientierung aller Beteiligten und für eine wichtige Voraussetzung – die Identifikation der Menschen.
2. Parallele und unterschiedlich ausgeprägte föderalistische Entscheidungsstrukturen auf staatlicher und auf überstaatlicher Ebene mit Koordinierung weitgehend einzelstaatlicher Politikfelder können eine Zwischenetappe mit zeitweilig erschwerten Abstimmungs- und Entscheidungswegen sein. Langfristig kann für die Wettbewerbsfähigkeit

Europas entweder eine konsequente weitere Zentralisierung oder eine Dezentralisierung mit Entscheidungs- und Entfaltungsspielraum vor allem der Hauptleistungsträger unter den Ländern sein.

3. Vielfach wird als Treppe einer Integration wie der europäischen eine schrittweise Vergemeinschaftung zunächst aller anderen Politikfelder, darunter der Finanz- und Steuerpolitik, befürwortet. Und am Ende, als Krönungsschritt, die gemeinsame Geldpolitik mit der gemeinsamen Währung. Grundgedanke ist dabei: Wenn in allen Bereichen Harmonisierung hergestellt ist, kann man die Sicherungsleinen – dezentrale Geldpolitik, eigene Währungen und Wechselkurse – kappen. Die gemeinsame Geldpolitik in der Euro-Zone ist Realität. Das ist ein weiterer Grund dafür, mit den anderen Schritten zu folgen. Eine Frage der Szenarien ist es dabei, ob das Ziel der zunehmenden Übereinstimmung zwischen EU-Mitgliedern und Mitgliedern des Euro-Systems bei Vermeidung einer auf längere Zeit zweigeteilten EU priorisiert wird. Oder ob dieses als Preis für die Vermeidung allzu großer Produktivitätsgefälle im einheitlichen Währungsraum hingenommen wird – nach dem Prinzip des vorgestellten Gravitationsszenarios.
4. Für eine erfolgreiche Integration in der EU ist die Entwicklung der Produktivität ihrer Mitglieder von Bedeutung. Langfristig gilt es, eine Produktivitätsentwicklung zu gewährleisten, die erstens insgesamt stärker ist, als die der globalen Konkurrenz, und die zweitens eine schrittweise Angleichung der Niveaus zwischen den einzelnen Mitgliedern ausweist. Von dieser Maxime müssen sich alle Aktionsfelder – von der Technologiepolitik, dem Finanzausgleich über Bildungspolitik bis hin zur Aufnahmepolitik in die EU leiten lassen.
5. Vorteile und Nachteile der Zugehörigkeit zu einer Integrationsgemeinschaft wie der EU werden von den potentiellen Mitgliedern zunächst weniger aus globalen, sondern vor allem aus nationalstaatlichen Erwägungen bewertet. Um die erforderliche Produktivitätsentwicklung in der Gemeinschaft zu gewährleisten, müssen solche Kriterien mehr sein als Vorteile für „Nehmer-Länder“ und Nachteile für „Geber-Länder“. Und nicht Motiv für Ein- und Austritte. Das erfordert a) die Definition solcher Vorteile, b) ihre Bewahrung oder Schaffung und c) ihre Kommunikation.
6. Für die deutsche Volkswirtschaft sind die beschriebenen Entwicklungsszenarien von Bedeutung, weil von ihnen wichtige Rahmenbedingungen abhängen. Eine konsequente weitere Integration macht ihre bestehenden Grenzen immer mehr durchlässig in Richtung europäischer Grenzen. Das betrifft Wirtschaftskreislauf und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ebenso wie Steuersysteme oder eine europäische Zahlungsbilanz. Für die Wirtschaftspolitik ist für diesen Fall die schrittweise Abgabe von Kompetenzen an Europa verbunden. Dazu gehören Wettbewerbspolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Finanzpolitik, Staatsverschuldung und Finanzausgleich. Entgegengesetzt wäre die Entwicklung bei einem Dezentralisierungsszenario.
7. Die Volkswirtschaftslehre selbst wird von der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Struktur in Europa oder an anderen Stellen der Welt in ihren Kernaussagen nicht unmittelbar betroffen. Die Beschäftigung mit der Entwicklung in der EU führt aber zur Frage nach einem verallgemeinerten theoretischen Fundament. Die Schaffung

oder der Ausbau einer Integrationstheorie können hierfür hilfreich sein. Nach Aufbereitung aller bestehenden Erfahrungen zählen zu möglichen Elementen einer Integrationstheorie Entwicklungsschritte und Szenarien, globale und einzelstaatliche Motive, das Verhältnis von Politik und Wirtschaft oder von regionaler Integration und Globalisierung.

---

## 14.2 Weltwirtschaft und Globalisierung

### 14.2.1 Status

Um zu geeigneten Aussagen zu gelangen, wollen wir hier die Besonderheit der europäischen Integration (Thema von Abschn. 14.1) weitgehend außer Acht lassen. Diese steht sozusagen als Metaebene zwischen Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Letztere beide stehen, ob mit oder ohne regionale Zwischenebene, im Zuge der Globalisierung in zunehmend enger Verbindung. Dabei befindet sich die Volkswirtschaft, das wissen wir aus Kap. 13, nicht neben oder unter der Weltwirtschaft, sondern ist Teil von ihr. Je nach Stärke prägt eine Volkswirtschaft die Weltwirtschaft mit und unterliegt andererseits ihren Einflüssen.

► Die **Weltwirtschaft** umfasst alle zwischen den Volkswirtschaften bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Dazu gehören der Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit. Ergebnis ist die internationale Verflechtung zwischen den Volkswirtschaften und ihren Akteuren. **Globalisierung** (in ihrer wirtschaftlichen Komponente) ist der langfristige Trend der Zunahme dieser Verflechtungen. Rahmen dieses Prozesses ist Globalisierung im weiteren Sinne – die internationale Verflechtung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Wir haben schon in Kap. 13 auf den unterschiedlichen Betrachtungsstandpunkt von Außenwirtschaft und Weltwirtschaft hingewiesen. Außenwirtschaft blickt aus der Sicht der Volkswirtschaft auf das Ausland als Ganzes. Die Weltwirtschaft betrachtet die Beziehungen zwischen allen Volkswirtschaften, wobei der Betrachter irgendwo zwischen ihnen sitzt. Vergleichbar sind die Begriffspaare Außenwirtschaft und Weltwirtschaft auf der einen und Außenhandel und Welthandel (als ein wichtiger Teil von ihnen) auf der anderen Seite.

Globalisierung ist ein allein auf die Weltwirtschaft bezogener Prozess. Er kann mit Integration verglichen werden, solange man diese als Zunahme von Verflechtungen und nicht als Weg zu einem gemeinsamen Ganzen versteht. Integration kann (muss nicht) als Endziel die völlige Auflösung der Teile im gemeinsamen Ganzen beinhalten. Das ist bei der Globalisierung, sieht man von der sehr theoretischen Variante einer Weltregierung mit einheitlicher Weltpolitik ab, praktisch ausgeschlossen.

Soweit wir von Volkswirtschaften sprechen, hat die Globalisierung eine starke makroökonomische Komponente. Blicken wir auf die handelnden Akteure, wird auch die Mikroökonomie berührt. Wesentliche mikroökonomische Komponente der Globalisierung ist die zunehmende weltweite Integration verschiedener regionaler Teilmärkte zum Weltmarkt. So, wie wir den allgemeinen Marktbegriff aus Kap. 6 kennen, ist es auch mit dem Weltmarkt. Er bezieht sich immer auf Nachfrage und Angebot in Bezug auf ein bestimmtes Gut.

► Der **Weltmarkt** ist das Zusammentreffen von internationaler Nachfrage und internationalem Angebot in Bezug auf Welthandelsgüter. Er bringt volkswirtschaftliche Binnenmärkte in Verflechtung und Abhängigkeit zueinander.

Die Preise, die aus dem Zusammentreffen von internationaler Nachfrage und internationalem Angebot hervorgehen, sind Weltmarktpreise. Wie beim Binnenmarkt ist auch (oder erst recht) beim Weltmarkt das körperliche oder räumliche Zusammentreffen von Nachfragern und Anbietern keine Voraussetzung.

Gegenstand der Volkswirtschaftslehre ist Gesamtmechanismus einer Volkswirtschaft. Solange es Volkswirtschaften gibt, ist damit die Weltwirtschaft kein Gegenstand der Volkswirtschaftslehre. Da aber über die volkswirtschaftliche Kategorie der Außenwirtschaft weltwirtschaftliche Einflüsse auf die Volkswirtschaft ausstrahlen und das bei zunehmender Globalisierung immer stärker, sind weltwirtschaftliche Prozesse Thema dieses Kapitels.

Tab. 14.3 vermittelt einen Überblick über die wichtigsten Proportionen der Weltwirtschaft vor der Corona-Krise.

Welche Erkenntnisse ergeben sich aus Tab. 14.3?

**Tab. 14.3** Eckdaten Weltwirtschaft. (Quellen: Statista ([2021b,c, d, 2021i, m](#)), eigene Berechnungen, gerundete Werte)

Land	BIP 2019		Export 2019		Währungen in Weltdevisenreserven 2019	
	Mrd. \$	Anteil	Mrd. \$	Anteil	Mrd. \$	Anteil
Ländergruppe						
USA	21.433	25 %	1646	9 %	7216	61 %
China	14.402	16 %	2499	13 %	237	2 %
Japan	5080	6 %	706	4 %	710	6 %
EU	15.631	18 %	2635	14 %		
(EURO-Gebiet)	(13.366)	(15 %)	(2388)	(13 %)	2484	21 %
(Deutschland)	(3862)	(4 %)	(1489)	(8 %)		
Sonstige	31.004	35 %	11.403	60 %	1183	10 %
Welt	87.550	100 %	18.889	100 %	11.830	100 %

1. Die Weltwirtschaft stützt sich auf drei wirtschaftliche Machtzentren: die USA, die EU und China. Diese sind auch regional über die Welt verteilt. Was die Ost-West-Komponente betrifft. Nicht in Bezug auf Nord-Süd.
2. An der Spitze der Weltwirtschaft stehen nach wie vor die USA. Die größte Entwicklung in diese Gruppe hinein weist China auf. Das vor allem im BIP und im Export. Eine Anerkennung dieser Position im Anteil der eigenen Währung an den Weltdevisenreserven ist stark von Erwartungshaltungen und Vertrauen abhängig und erfolgt offensichtlich zeitverzögert.
3. Die EU weist weltweit den höchsten Export in Drittländer auf und liegt in der Bruttowertschöpfung 2019 vor China auf Platz 2. Im Corona-Jahr 2020 haben hier China und Europa die Plätze getauscht. Die EU nimmt diese vorderen Positionen allein durch das gebündelte Potential ihrer Mitglieder ein. Ein Verbleib in dieser Position oder deren Stärkung ist, das wird deutlich, stark vom Erfolg des künftigen europäischen Integrationsprozesses (vgl. Abschn. 14.1) abhängig. Jedes Land allein hätte eine deutlich schwächere Position in der Weltwirtschaft.
4. Das betrifft am wenigsten, aber auch, Deutschland. Im Export liegt es knapp hinter den USA auf Rang 3. Die deutsche Bruttowertschöpfung beträgt gegenüber den USA 18 %, gegenüber China 27 %. Und gegenüber Japan 76 %.
5. Bei den Weltdevisenreserven dominiert traditionell der US-\$ mit mehr als 60 %. Der Anteil des Euros an den Weltdevisenreserven (mit rund 20 % zweitstärkste Reservewährung) entspricht etwa dem der früheren D-Mark.

Was ist heute **das Neue an der Weltwirtschaft** und ihrer Wirkung auf die Volkswirtschaften? Was ist in diesem Zusammenhang mit „Herausforderungen“ gemeint?

Zunächst soll die Antwort damit beginnen, dass die Weltwirtschaft und ihre immer engere Verflechtung – die Globalisierung – nicht nur und nicht zuerst Drohpotential für Volkswirtschaften wie die deutsche, sondern vor allem Chancen beinhalten. Dazu gehören u. a.

- Wirtschaftliche Verflechtungen bedeuten gegenseitige Abhängigkeit. Gegenseitige Abhängigkeit erschwert politische und militärische Spannungen.
- Weltwirtschaft und Globalisierung verstärken die Handelsbeziehungen und sind damit potentielle Quellen für Wachstum und Beschäftigung.
- Weltwirtschaft und Globalisierung sind, nicht von allein, aber wenn sie dazu genutzt werden, Grundlage für eine Angleichung des Entwicklungsniveaus auf der Welt.
- Weltwirtschaft und Globalisierung fördern internationalen Technologie- und Wissenstransfer und machen Innovationen schneller weltweit zugänglich.
- Weltwirtschaft und Globalisierung erhöhen das Güterangebot und den Wettbewerb und senken damit tendenziell die Preise. Da die Trennung zwischen Weltmarktpreisen und Binnenpreisen geringer wird, spiegelt sich dieser Effekt auch in den Volkswirtschaften wieder.

Bleibt der Blick auf die **aktuellen, die neuen, „Herausforderungen“**. Genau betrachtet, bestehen Bedrohungen aus der Weltwirtschaft für die Volkswirtschaften weniger aus ihrer weiteren Verstärkung, sondern aus Faktoren, die sie gegenwärtig hemmen und damit die genannten Vorteile in Frage stellen. Studien belegen einen Rückgang des weltweiten Exportbooms, ein Nachlassen internationaler Investitionen und Produktionsverflechtungen. Die volkswirtschaftlichen Chancen bestehen nicht in der Abschottung vor weltwirtschaftlichen Entwicklungen, sondern im Erkennen und Beseitigen dessen, was sie gegenwärtig hemmt. Quelle: Bundesministerium der Wirtschaft/BMWi (2019)

Eine **erste** aktuelle Herausforderung von Weltwirtschaft und Globalisierung sind gewachsene Spannungen im internationalen Handel, die aus politischen Spannungen und globalen Unsicherheiten resultieren. Dazu tragen auch Veränderungen in der Architektur der Weltwirtschaft durch die neue, gewichtigere Position Chinas bei. Gedämpft positive Erwartungen werden hier in die neue Regierung in den USA gesetzt. Allerdings gibt es zunehmende Signale der Regierung von Joe Biden, unter dem Slogan „Buy American“ den Protektionismus der Vorgängerregierung Trumps fortzusetzen. (vgl. Heissler 2021)

Aus globalen Unsicherheiten resultiert als **zweiter** Faktor eine ins Stocken gekommene Handelsliberalisierung. Der Einfluss der WTO ist begrenzt. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 verstärken sich protektionistische Tendenzen. Der weitere Abbau von Zöllen stockt, neue Handelshemmnisse werden aufgebaut.

In diesem Gesamtrahmen führen besonders Liberalisierungstendenzen wie das bereits genannte Freihandelsabkommen RCEP **drittens** zu einer weiteren Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts in den asiatisch-pazifischen Raum. Hier finden wir auch die höchsten Raten wirtschaftlichen Wachstums. Damit sind zweifellos tendenziell Wettbewerbsnachteile für die Volkswirtschaften anderer Regionen der Welt verbunden. Dort wird einerseits eine Reform und Wiederbelebung der WTO für illusorisch gehalten, aber durchaus alternative Modelle einer neuen Welthandelsordnung diskutiert. (Vgl. Dieter 2021)

Ein vergleichsweise junger, den Welthandel hemmender, **vierter** Faktor ist die Unterbrechung internationaler Lieferketten durch die Corona-Beschränkungen.

„Die Corona-Pandemie hat Verwundbarkeit von Lieferketten in Krisensituationen ebenso wie Risiken einseitiger Abhängigkeit in Lieferbeziehungen offenbart.“

Quelle: Bundesregierung (2021)

Ein **fünftes** restriktives Merkmal der aktuellen Weltwirtschaft besteht in Folgendem: Innerhalb der Volkswirtschaften, verstärkt im Zuge der Digitalisierung, nehmen der Dienstleistungshandel und damit die Unabhängigkeit von geografischer Nähe zwischen Angebot und Nachfrage zu. Das widerspiegelt sich nicht adäquat in der Struktur des Welthandels, für den das aus naheliegenden Gründen besonders wichtig wäre. Auch hier fehlt die spürbare Fortsetzung früherer WTO-Aktivitäten in diesem Bereich.

Die skizzierte Situation bedeutet nicht das Ende oder gar die „Rückabwicklung“ der Globalisierung, aber ihre derzeitige Verlangsamung. Damit verbunden ist eine Verlangsamung der o. g. belebenden Wirkungen der Weltwirtschaft für die Volkswirtschaft.

### 14.2.2 Strategie

Wissenschaft und Politik Deutschlands setzten in ihren Bewertungen an den beschriebenen Globalisierungshindernissen an.

*„Die Intensivierung des internationalen Handels hat global und in Deutschland zu großen Effizienz- und Wohlfahrtssteigerungen geführt und die weltweite Armut merklich reduziert. Auf aggregierter Ebene ergeben sich fast ausschließlich positive Effekte der Globalisierung, die bei einer Rückführung der Globalisierung und Abschottung der nationalen Märkte gegenüber dem globalen Wettbewerb auf dem Spiel stünden.“*

Quelle: Sachverständigenrat (2018)

Die Strategie der deutschen Politik besteht folglich nicht im Rückzug aus der Weltwirtschaft, sondern in der Überwindung dieser Hindernisse. Mit dem Ziel, die Potentiale für Wachstum und Stabilität in der Volkswirtschaft freizulegen. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Überwindung protektionistischer Tendenzen im Welthandel und einer Wiederbelebung des „multilateralen, regelbasierten Handelssystems der WTO“.

*„Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Corona-Pandemie, die internationale Lieferketten beeinträchtigt hat, setzt sich die Bundesregierung für offene Märkte und ein regelbasiertes weltweites Handelssystem mit der WTO im Zentrum ein .... Die Bundesregierung unterstützt die EU-Vorschläge zur Modernisierung der WTO mit dem Ziel, die WTO als Zentrum eines regelbasierten Handelssystems zu stärken. Ergänzend dazu strebt die Bundesregierung den Abschluss von Freihandelsabkommen an ....“.*

Quelle: Bundesregierung (2021)

Der letztgenannten Strategie folgend, hat die EU in den letzten Jahren eine Reihe von Freihandelsabkommen, vor allem mit Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes, abgeschlossen. Dazu gehören Japan, Singapur und Vietnam. Verhandlungen mit Australien und Neuseeland haben 2020/2021 begonnen.

### 14.2.3 Wirtschaftskreislauf

In Kap. 1 wurde die Definition der Volkswirtschaft an der räumlichen Gliederung wirtschaftlicher Beziehungen nach Staatsgebieten orientiert. Die so verstandene Volkswirtschaft hat Bestand, vor dem Hintergrund der europäischen Integration (Abschn. 14.1) für einen voraussichtlich noch langen Zeitraum und vor dem Hintergrund der Globalisierung (Abschn. 14.2) – bei allen Tendenzen zunehmender Verflechtung – wohl für eine lange Zeit.

Der auf Nationen, auf Staaten, ausgerichtete Volkswirtschaftsbegriff wird (mittelfristig) keiner europäischen Volkswirtschaft und keiner globalen Volkswirtschaft Platz machen. Die Grenzen der auf Staatsgebiete ausgerichteten Volkswirtschaft werden aber durchlässiger. Bereiche von Wirtschaftspolitik werden vereinheitlicht (Geldpolitik, Euro),

andere koordiniert. Bisher allein der nationalen Volkswirtschaft vorbehaltene Instrumente wie die Zahlungsbilanz werden durch ihr europäisches Pendant ergänzt (vgl. Kap. 13).

Bei der Erklärung von Sektoren der Wirtschaft und Wirtschaftskreislauf (Kap. 3) setzt die klassische Volkswirtschaftslehre am Modell der geschlossenen Volkswirtschaft an und ergänzt dieses in einem zweiten Schritt um den Sektor Ausland in einer offenen Volkswirtschaft. Für volkswirtschaftliche Sektoren- und Kreislaufmodelle werden vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Verflechtungen und Globalisierung die offene Volkswirtschaft mit dem Sektor Ausland die Regel und die geschlossene Volkswirtschaft lediglich eine methodische Zwischenstufe der Erklärung sein. Ein Einschmelzen weltwirtschaftlicher Einflüsse in die inländischen Sektoren kann es aus den unterschiedlichen Ansätzen der Kategorien „Volkswirtschaft“ und „Weltwirtschaft“ wohl nicht geben.

#### 14.2.4 Märkte

Neben ihrer makroökonomischen Dimension für den Wirtschaftskreislauf hat die Globalisierung wesentlichen Einfluss auf mikroökonomischer Ebene. Insbesondere auf Markt und Wettbewerb (Kap. 6), Preisbildung (Kap. 7) und in der Folge auf Haushalts- und Unternehmenstheorie (Kap. 8).

Für die Mikroökonomie sind die Grenzen zwischen Inland und Ausland weniger relevant als für Makroökonomie oder Wirtschaftspolitik. Nachfrage, Angebot, Markt, Preis, Grenznutzen, Kosten und Gewinne sind in den Modellen ihrer Erklärung in aller Regel so abstrakt, dass sie beide Komponenten potentiell einschließen. Dabei müssen wir uns aber über die in diesen Modellen zugrunde gelegten Unterstellungen einig sein.

Der **Markt** wird als hoch abstrakter Begriff verstanden,

- der nicht an einen bestimmten Ort gebunden und nicht eingeschränkt ist;
- dessen Teilnehmer über uneingeschränkte Informationen über Nachfrage und Angebot verfügen und darauf reagieren – uneingeschränkt verstanden als weltweit, global;
- dessen gehandelte Güter unbegrenzt mobil sind und keinen Transportaufwand verursachen.

Ein sehr praktisches Beispiel für die mikroökonomische Dimension der Globalisierung sind Direktinvestitionen zwischen Inland und Ausland, die wir aus Zahlungsbilanz/Kapitalbilanz in Kap. 13 kennen, die in beiden Richtungen zunehmen, und die mehrheitlich zu positiven Effekten für Produktivität und Innovation führen. Zu ihnen gehören die Übernahme deutscher Unternehmen durch ausländische Investoren und Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland.

### Exkurs

Zu den Auswirkungen und Ergebnissen grenzüberschreitender Unternehmensübernahmen liegt eine aktuelle und umfangreiche Analyse der deutschen Bundesbank vor. Danach haben sich laut UNCTAD die globalen Investitionsbestände von 1,5 Billionen € 1990 auf 31 Billionen € Ende 2019 erhöht. Deutsche Direktinvestitionen im Ausland bestehen in diesem Rahmen zu 42 % in der EU, zu 34 % in Amerika und zu 14 % in Asien. Ausländische Investitionen in Deutschland kommen zu 59 % aus der EU, zu 20 % aus Amerika, und zu 12 % aus Asien. Die Studie verweist darauf, dass sich die meisten Auslandsengagements aus der Sicht der beteiligten Unternehmen auszahlen. Und dass sich mit Bezug auf die Gesamtwirtschaft öffentliche Befürchtungen, ausländische Übernahmen deutscher Firmen zu Arbeitsplatzverlusten führten, oder im Ausland engagierte deutsche Firmen im Inland dafür Stellen streichen würden, sich höchstens in Einzelfällen bewahrheiten und oft zum Gegen teil führen. Im Ergebnis, in Übereinstimmung mit Gutachten des Sachverständigenrates und mit Blick auf Markt und Staat in dem beschriebenen Prozess gelangt die Studie zu der Feststellung: „Angesichts dieser überwiegend positiven Effekte der weltweiten Vernetzung und der inzwischen erreichten hohen Relevanz von grenzüberschreitenden Firmen für die beteiligten Volkswirtschaften sollten nationale Regierungen nur mit Bedacht in den freien Kapitalverkehr eingreifen: Das Bestreben, sensible heimische Infrastruktur vor Manipulationen aus dem Ausland zu schützen, oder der Wunsch, spezialisierte Unternehmen im Bereich der Hochtechnologie in Einzelfällen aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus als schützenswert einzustufen, darf nicht als Vorwand für unge rechtfertigte protektionistische Eingriffe in die Investitionsfreiheit dienen“. Quelle: Deutsche Bundesbank (2021)

Kehren wir zurück zur mikroökonomischen Theorie. Das oben mit seinen Abstraktionen beschriebene Marktmodell beschreibt in seiner klassischen Form die Begegnung von Nachfrage und Angebot nicht irgendeinen, durch die Volkswirtschaft begrenzten Binnenmarkt, sondern den uneingeschränkten Weltmarkt. Und das für Waren, Leistungen wie auch für Kapital. Das abstrakte Marktmodell ist das Modell des Weltmarktes. Nicht der Weltmarkt ist die Erweiterung von regionalem oder Binnenmarkt, sondern letztere sind eingeschränkte Formen des Weltmarktes. Einschränkungen in diesem Verständnis basieren auf Einschränkungen in den Modellannahmen. So richtig diese Erkenntnis ist, so relativ ist ihre Bedeutung, wenn es diese Einschränkungen in der realen Praxis gibt. Worin bestehen diese Einschränkungen und in welchem Verhältnis stehen sie zur Globalisierung?

Eine **erste Gruppe** von Einschränkungen des globalen Marktmodells besteht unabhängig von Staats- und damit volkswirtschaftlichen Grenzen. Es handelt sich um Faktoren, wie Verfügbarkeit von Marktinformationen oder Transportaufwendungen. Nehmen wir theoretisch an, der Markt mit allen Nachfragern und Anbietern befindet sich in einem Punkt. Dann sind die verfügbaren Informationen gleich Hundert und der Aufwand für Transport gleich Null. Je weiter diese Annahme regionaler Nähe aufgelöst und je größer der Radius von Nachfrage und Angebot wird, umso mehr entfernt sich tendenziell die Informationsfülle von Hundert abwärts und umso mehr bewegen sich die Transportaufwendungen von Null aufwärts.

Das klassische Marktmodell kennt das freie Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot – ohne Zutun des Staates. Das ist schon innerhalb einer Volkswirtschaft nicht uneingeschränkt so und im internationalen Handel erst recht nicht. Eine **zweite Gruppe** von Modelleinschränkungen entsteht somit durch staatliches Handeln diesseits und jenseits von

Landesgrenzen. So unterscheiden wir Binnenhandel und Außenhandel, Binnenmarkt und Weltmarkt. Die Einschränkungen im internationalen Handel sind vor allem Zölle und andere Handelsbeschränkungen. Sie beeinflussen Nachfrage, Angebote und Preise. In dem Maße, wie es sie gibt, unterscheiden sich Binnenmarkt und Weltmarkt sowie Binnenpreise und Weltmarktpreise. Je weniger es sie gibt, umso mehr rücken beide Seiten zusammen.

Die Globalisierung hat auf die erste Gruppe von Einschränkungen des abstrakten Marktmodells keinen Einfluss. Informationsdefizite und Transportaufwendungen sind unabhängig von Ländergrenzen. Wir wollen hierauf im Folgenden unter dem Thema „Raumwirtschaft“ eingehen. Dennoch gibt es auch für diese Gruppe eine Tendenz rückläufigen Einflusses. Mit der technologischen, vor allem der digitalen, Entwicklung optimiert sich die Basis für umfassende internationale Informationssysteme. Und mit dem zunehmenden Anteil von Dienstleistungen und Technologie an Güterproduktion und Handel verringert sich tendenziell die Bedeutung von Transportentfernungen und Transportaufwendungen.

Auf das Zurückdrängen der zweiten Beschränkungsgruppe, von Zöllen und Handelsbarrieren, hat die Globalisierung einen sehr direkten Einfluss. Sie ist stark, wenn ihr das gelingt und sie ist schwach, wenn sie daran scheitert. Je stärker die Globalisierung zur Liberalisierung internationaler Handelsbeziehungen führt, umso mehr rücken Binnenmärkte und Weltmärkte zusammen. Das gilt ebenso für Binnenpreise und Weltmarktpreise.

Eine ähnliche Tendenz besteht für die Kategorien der Haushalts- und Unternehmenstheorie. Kosten, Erlöse und Gewinne sind mikroökonomische Kategorien der Volkswirtschaftslehre mit Brückencharakter zur Betriebswirtschaftslehre. Die Modelle in Kap. 8 abstrahieren wie die des Marktes und des Preises von Grenzen und unterschiedlichen Bedingungen zwischen Inland und Ausland. Auch hier wird die Sache komplizierter, wenn man unterschiedliche Gegebenheiten wie Gehälter, Steuern oder Wechselkursrisiken einbezieht. Solche Unterschiede werden auch mit der Globalisierung bleiben. Sie können durch Koordinierung und Harmonisierung partiell verringert werden. Beispielsweise durch eine berechenbare Wechselkurspolitik. Zunehmende internationale Verflechtungen auf Unternehmensebene verringern das Gewicht von Grenzen, vor allem für die Kategorien der Unternehmenstheorie. Sie sind ein Element der Globalisierung, das sich nicht nur auf Volkswirtschaften, sondern auch auf Unternehmen bezieht. Das betrifft eine wachsende internationale Standortvielfalt vor allem größerer Betriebe wie auch eine zunehmende Vielfalt inländischer und ausländischer Eigentumsanteile. Das ist auch Gegenstand der Standorttheorie.

In letzter Zeit zunehmend wird unter den auf staatliche Einflüsse zurückzuführenden Hemmnissen einer uneingeschränkten und marktseitig beförderten Globalisierung auch die wachsende Verflechtung der Gelpolitik der Zentralnotenbanken (Institutionen staatlicher Politik, wenngleich in der Mehrzahl unabhängig von der Regierung) mit der Finanzpolitik, insbesondere mit der Finanzierung wachsender Staatsschulden diskutiert. Wir haben das in diesem Buch bisher stark auf Europa bezogen, aber es findet weltweit, global, statt.

### Exkurs

Im 19. Jahrhundert hatten die Zentralbanken im Rahmen des Goldstandards ihrer Währungen die Wechselkurse stabil zu halten. Mit den großen Inflationen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelangte das Ziel, die Geldpolitik vor allem in den Dienst eines stabilen Preisniveaus zu stellen, an vorderste Front (vgl. Kap. 11 „Geld und Geldpolitik“). Die geldpolitische Unabhängigkeit von Weisungen der Regierung ist in den Statuten der meisten Zentralbanken geregelt. Praktisch werden sie vor dem Hintergrund von Krisen und mit Berufung auf diese immer wieder in Frage gestellt. „In der geldpolitischen Praxis kann von einer Regelbindung allerdings keine Rede mehr sein. Es regiert der geldpolitische Freestyle. Und die Zentralbanken avancieren zu Virtuosen des Ausnahmezustands, um sich als Krisenretter in Serie auszuzeichnen.“ Was zur Verwaltung und Verantwortung von Verlusten führt. Das betrifft die EZB in Europa wie die Fed in den USA. Quelle: Fischer (2021)

## 14.2.5 Raumwirtschaftstheorie

Wir siedeln Raumwirtschaftstheorie und Standorttheorie hier im Zusammenhang mit der Globalisierung an. Das liegt, wie bereits angesprochen, daran, dass sich mit der Globalisierung ihre Position innerhalb des Systems der Wirtschaftstheorien verändert und in ihre Bedeutung erhöht.

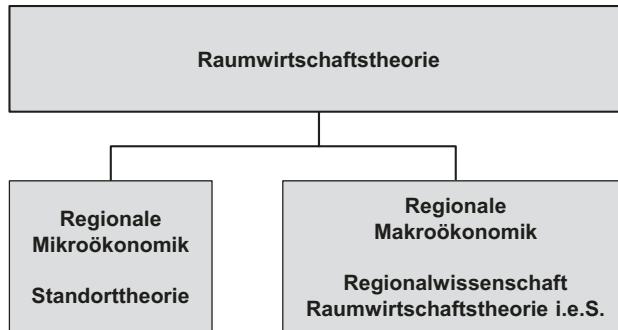
Raumwirtschaftstheorie (Raumwirtschaftslehre, Raumwirtschaft) ist der Oberbegriff der im Folgenden betrachteten Theorien.

- Die **Raumwirtschaftstheorie** untersucht und erklärt die räumliche (regionale) Verteilung von Wirtschaftssubjekten und Produktionsfaktoren und ihre wechselseitigen Beziehungen.

Die Raumwirtschaftstheorie wird allgemein als Teilgebiet der Volkswirtschaftslehre, mitunter auch als regionales Gegenstück zur Außenwirtschaftstheorie (Inland-Ausland), verstanden. Wir schließen uns dem hier an – nicht aber ohne den folgenden Hinweis. In Kap. 1 ist Gegenstand der Volkswirtschaftslehre die Volkswirtschaft, die sich ihrerseits mit dem Bezug auf die „räumliche Gliederung des Wirtschaftens nach Staatsgebieten“ abgrenzt. Genau diesen Bezug nimmt die Raumwirtschaftstheorie nicht vor. Ihre Kriterien, die Kriterien von Wirtschaftsräumen oder Wirtschaftsstandorten, sind andere als Staatsgrenzen. An dieser Überlegung knüpfen deshalb Auffassungen an, nach denen die Raumwirtschaftslehre nicht Teilgebiet in der Volkswirtschaftslehre, sondern als eigenständige Wirtschaftswissenschaft neben ihr angesiedelt ist. Das naturwissenschaftliche Pendant der Raumwirtschaftslehre ist die Wirtschaftsgeographie, ihrerseits Teilgebiet der Geographie.

Abb. 14.1 vermittelt eine Übersicht über die Kategorien der Raumwirtschaftstheorie und ihre Strukturierung. Die mikroökonomische Komponente der Raumwirtschaftstheorie ist die Standorttheorie. Die makroökonomische Komponente ist die Regionalwirtschaftstheorie bzw. die Raumwirtschaftstheorie im engeren Sinne.

Die **Standorttheorie** ist die historisch ältere Disziplin. Sie geht zurück auf Heinrich von THÜNEN (1783–1850), der seine Lehre anhand der Standortwahl eines Landwirtschaftsbetriebes entwickelte. Für die Weiterentwicklung der Standorttheorie für Industrieunternehmen steht Alfred WEBER (1868–1958).



**Abb. 14.1** Raumwirtschaftstheorie

Während am Ansatz von WEBER noch seine einseitige Orientierung an Kostenfaktoren (Transportkosten, Arbeitskosten, Einsparungen durch räumliche Konzentration) und Vernachlässigung von Erlös- und Gewinnfaktoren bemängelt wird, unterscheiden wir heute ein ganzes System von Standortfaktoren. Das heißt, von Kriterien, von denen sich Unternehmen bei der Standortwahl für Neugründung oder Erweiterung leiten lassen. Die **harten Faktoren** beeinflussen unmittelbar die Wirtschaftlichkeit der Produktion. Wollen wir sie in sich noch einmal untergliedern, so kann das in folgender Struktur erfolgen:

- Natürliche Gegebenheiten, Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren
  - Verfügbare Flächen
  - Gewässer (z. B. bei Kühlmittelbedarf für Kraftwerke oder für Bootsbau, Fischverarbeitung)
  - Rohstofflagerstätten
  - Klima (z. B. im Agrarbereich oder Tourismus)
  - Arbeitskräftepotential, Qualifikationsstruktur
- Infrastruktur
  - Verkehrsanbindung
  - Kommunikationsnetz (z. B. Breitbandverfügbarkeit) und Forschungsansiedlungen
  - Energieversorgung
- Kosten- und ertragsseitige Faktoren
  - Grundstückspreise, Mietkosten
  - Arbeitskosten (Lohnniveau)
  - Transportkosten (Entfernung zu Zulieferern und Kunden)
  - Einfuhrzölle
  - Höhe von Steuern und Abgaben
  - Staatliche Fördermittel
  - Preis- und Zinsniveau
- Markt- und kundenseitige Faktoren
  - Regionale Verteilung und Zahl potentieller Kunden

- Soziale Struktur, Kaufkraft (bei Konsumgüterproduktion)
  - Regionale Ansiedlung von Wettbewerbern
  - Marktzutrittsbedingungen
  - Freiheit des Kapitalmarktes
- e. Staatliche Auflagen, sonstige Faktoren
- Umweltschutzauflagen
  - Genehmigungsverfahren
  - Arbeitsrechtliche und tarifliche Rahmenbedingungen

Messen wir die Faktoren an den volkswirtschaftlichen Kategorien „Inland“ und „Ausland“, so werden wir bei der überwiegenden Mehrzahl keinen und bei einem verbleibenden Rest nur einen indirekten Bezug finden. Zu letzteren gehören Faktoren wie Zölle, Steuern und Abgaben, Arbeitsrecht, Umweltauflagen, Zinsniveau, Kapitalmarkt, staatliche Fördermöglichkeiten und Genehmigungsverfahren. Mit Einschränkungen auch Arbeitskosten, die sich auch innerhalb einer Volkswirtschaft regional unterscheiden können. Wichtig ist aber auch bei diesen Faktoren: Sie sind Kriterien für Standortentscheidungen nicht in Abwägung zwischen Inland und Ausland, sondern um ihrer selbst willen. Dass sie oft mit Unterschieden zwischen Inland und Ausland verbunden sind, ist in diesem Falle ein abgeleiteter Umstand.

Tendiert ein Unternehmen wegen des Zinsniveaus zu einer Ansiedlung im Ausland und erhöht die nationale Zentralnotenbank während des Entscheidungsprozesses die Zinsen über das ausländische Niveau hinaus, wird sich das Unternehmen unter sonst gleichen Umständen für eine Ansiedlung im Inland entscheiden. Nicht, weil es das Inland ist, sondern weil dort höhere Renditen zu erwarten sind. Das Beispiel verdeutlicht gleichzeitig die Erkenntnis, dass ein Staatswesen mit der Gestaltung beeinflussbarer Faktoren die Unternehmensansiedlung hemmen oder fördern kann.

Neben den harten Faktoren kennt die Standorttheorie auch **weiche Faktoren**. Nehmen wir an, alle harten Faktoren halten sich zwischen mehreren möglichen Standorten die Waage, dann können die weichen Faktoren das Züglein an ihr sein. Zu den weichen Faktoren zählen u. a. Kooperationsbereitschaft von Behörden, Image des Standortes, medizinische Versorgung, Wohn- und Einkaufsmöglichkeiten oder Bildungsangebote.

Eine vielbeachtete Standortentscheidung ist die Unternehmensansiedlung von **Tesla** im Brandenburger Grünheide. Die Automobilfabrik soll Ende 2021 in Betrieb gehen. Vorgesehen ist eine Produktionskapazität von bis zu 50.000 Fahrzeugen. Wir wollen die Strukturentscheidung an einigen der genannten Faktoren spiegeln.

---

### Beispiel

Von den natürlichen Faktoren sind vor allem die geeignete **Fläche** und das vorhandene **Arbeitskräftepotential** relevant. Das Land Brandenburg verfügt über in Quantität und Qualität geeignete Bewerber. Es besteht ein erprobtes Netz der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Das im Aufbau befindliche Mitarbeiterpotential kann durch Pendler von

jenseits der naheliegenden Grenze zu Polen ergänzt werden. Die für die arbeitsmarktpolitische Koordinierung zuständige Arbeitsagentur Frankfurt (O) hat eine spezielle Projektgruppe gebildet, um gemeinsam mit Tesla geeignete Arbeitsuchende für die Vermittlung oder vorherige Weiterbildung auszuwählen. Ein eher weicher, aber wichtiger Faktor.

Ein weiteres Kriterium der Entscheidung gerade für Grünheide ist die Infrastruktur, die **Verkehrsanbindung**. Dazu zählen die unmittelbare Nähe der Autobahn, der Flughafen Berlin-Brandenburg (BER), die Eisenbahnverbindung von Berlin nach Frankfurt (O) und weiter nach Polen.

Kosten- und ertragsseitige Faktoren spielen bei jeder Standortentscheidung eine Rolle, hier aber nicht die vorrangige. Bei den **Arbeitskosten** (Löhne und Gehälter) wird Tesla eher über dem regionalen Branchenniveau liegen und damit einen Konkurrenzfaktor für Dritte sein.

Bei den markt- und kundenseitigen Faktoren spielen die regionalen Wettbewerber kaum eine Rolle. Für diese (zum Beispiel Mercedes Benz Werk Berlin in Marienfelde) ist die Ansiedlung von Tesla eher umgekehrt eine anzunehmende Herausforderung im Wettbewerb bei der Entwicklung von Autos mit alternativen Antriebssystemen. Stärker ins Gewicht fällt wohl der Blick auf die Nähe potentieller **Kunden**. Das Werk in Grünheide ist nach Storey County und Buffalo (beide USA) und Shanghai (China) die erste Gigafactory in Europa. Die Kundennähe wird hier nicht nach Ländern und Gemeinden, sondern kontinental definiert. Auch in Deutschland wächst die potentielle Nachfrage nach alternativen Antriebssystemen durch Verkehrswende, Umweltpolitik und wachsender Akzeptanz (drei Viertel) in der Bevölkerung.

Die beschriebenen Standortvorteile überkompensieren Herausforderungen bei **Umweltauflagen** und **Genehmigungsverfahren**. ◀

Wir haben bei den Standortfaktoren bemerkt, dass sie grundsätzlich standortbezogen und nicht inland-ausland-bezogen sind. Dass einige von ihnen aber dennoch indirekt diesen Grenzen folgen, weil sie durch einzelstaatliche Entscheidungen in den Volkswirtschaften beeinflusst werden. Verbinden wir das mit dem Thema dieses Abschnitts der Globalisierung, so ergibt sich: Je weiter die Globalisierung fortschreitet und je mehr in diesem Zusammenhang durch Staatsgrenzen getrennte Standortfaktoren entfallen (Zölle) oder sich annähern (Preise, Steuern, Zinsen, Umweltauflagen etc.) umso unwichtiger werden (auch indirekt) Ländergrenzen. Umso stärker orientieren sich Standortentscheidungen länderneutral an ihren hierfür geltenden Kriterien. Eine freiere Entscheidung unter diesen Umständen kann tendenziell zu mehr Effizienz von Ansiedlungen und Produktionen und damit zu einer Erhöhung gesamtwirtschaftlicher Produktivität führen. Ein globaler Faktor für eine Angleichung der Standortkriterien ist der Wettbewerb einzelstaatlicher Standpolitik um die Ansiedlung von Investoren und Produktionen.

Werfen wir nach Standorttheorie und Standortpraxis einen Blick auf die makroökonomische Komponente der Raumwirtschaftstheorie, die **Regionalwissenschaft**. Eines hat sie mit ihrem mikroökonomischen Pendant, gemein. Beide betrachten Wirtschaftsstandorte

oder Wirtschaftsräume unabhängig von Staatsgebieten, die Kriterium für die Abgrenzung von Volkswirtschaften sind. Die Regionalwirtschaftslehre kann sich dabei auf unterschiedliche Aggregationsebenen, in der Regel unterhalb der Volkswirtschaft, beziehen. Das können Landesteile (Ost- und Westdeutschland, Nord- und Südalitalien), Ballungsgebiete und ländliche Gebiete oder auch Stadtregionen sein. Immer geht es um die Feststellung regionaler wirtschaftlicher Niveauunterschiede. Ergebnis, und das ist für die hier gestellten Fragen wichtig, kann das Herunterbrechen uns auf volkswirtschaftlicher Ebene bekannter makroökonomischer Erscheinungen auf Regionen sein. Zum Beispiel Regionalisierung des volkswirtschaftlichen Kreislaufmodells oder Ausweis eines „Brutto-Regionalprodukts“.

Wie in anderen Fällen wird auch bei den Regionalwissenschaften ein Zweig der Wirtschaftstheorie von einer adäquaten Wirtschaftspolitik begleitet – hier der Regionalpolitik. Wirtschaftliche Förderung und Angleichung von Regionen in Deutschland sind Bestandteil von europäischer, Bundes- und Landespolitik.

*„Regionen unterscheiden sich – in ihrer wirtschaftlichen Struktur und ihren Rahmenbedingungen für Wachstum. Das Ziel der Regionalpolitik ist es, wirtschaftliche Nachteile schwächer entwickelter Gegenden auszugleichen und so gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Regionalpolitik begreift sich als Standortpolitik von und für Regionen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Gleichbehandlung von Regionen mit ähnlich gelagerten Problemen und vergleichbaren wirtschaftlichen Defiziten. Eine koordinierte und gezielte Regionalpolitik ist Voraussetzung für die ausgewogene Entwicklung eines Landes.“*

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ([2020b](#))

---

### Beispiel

In Deutschland nutzt die Wirtschaftspolitik zur regionalen Schwerpunktsetzung wie auch zur Überwindung regionaler Niveauunterschiede verschiedene Programme und Instrumente. Dazu zählen die Bildung von Clustern und Wachstumskernen (in Brandenburg werden 15 regionale Wachstumskerne gefördert), Förderprogramme für ländliche Räume (zum Beispiel in Bayern, Brandenburg oder Niedersachsen) oder das Strukturfördergesetz Kohleregionen (Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen). ◀

Eine wichtige Erkenntnis aus der Gegenüberstellung mikro- und makroökonomischer Raumwirtschaftslehre mit Bezug auf die Globalisierung ist: Mit zunehmender Globalisierung wachsen grenzübergreifende Freiräume und Bedeutung von Standortentscheidungen (Mikroökonomik). Die Standorttheorie ist einzelwirtschaftlich ausgerichtet, geht aber gleichzeitig über die Grenzen der Volkswirtschaft, sozusagen „nach oben“ hinaus. Demgegenüber bricht die makroökonomische Regionalwirtschaft volkswirtschaftliche Erkenntnisse und Instrumente auf regionale Ebene herunter. Sie ist damit ein wichtiges Gelegenstück der Globalisierung – die Regionalisierung.

*Dieses Verständnis von Regionalwissenschaft als makroökonomische Komponente der Raumwirtschaftslehre, mit Blick von volkswirtschaftlicher Ebene „nach innen“ entspricht üblichen Definitionen, bedarf aber eines erklärenden Hinweises. Googlen wir statt „Regionalwissenschaft“ den Begriff „Regionalwissenschaften“ (im Sinne von: „Mein Kind studiert Regionalwissenschaften“), dann werden wir durch den Wechsel auf Plural auf einen anderen Inhalt stoßen. Als Regionalwissenschaften oder Regionalstudien wird dann (mit Blick nach oben oder außen) die Beschäftigung mit Gesellschaft, Kultur, Geschichte und Wirtschaft von Ländergruppen bzw. Weltregionen verstanden. Zum Beispiel Skandinavienvissenschaften, Lateinamerikawissenschaften oder Nahostwissenschaften.*

## Fazit

Die sich aus der aktuellen Entwicklung von Weltwirtschaft und Globalisierung ergebenen neuen Ansätze für die Volkswirtschaftslehre wollen wir im Fazit zusammenfassen.

1. Durch ihren Betrachtungswinkel ist Weltwirtschaft, im Unterschied zur Außenwirtschaft, kein Gegenstand der Volkswirtschaftslehre im engeren Sinne. Da aber über die volkswirtschaftliche Kategorie Außenwirtschaft weltwirtschaftliche Einflüsse auf die Volkswirtschaft einwirken und das bei zunehmender Globalisierung verstärkt, muss die Volkswirtschaftslehre die Entstehung und Wirkung solcher Einflüsse einschließen.
2. Die erfolgreiche Integration in der EU ist für deren Mitglieder, einschließlich Deutschlands, Grundlage dafür, neben den USA und China den weltwirtschaftlichen Machtblöcken zuzugehören.
3. Weltwirtschaftliche Verflechtungen und Globalisierung sind für die Volkswirtschaften mehrheitlich eine Chance für Wachstum und Stabilität. Gefahren entspringen nicht der Globalisierung, sondern den Faktoren, die sie beschränken und stoppen können.
4. Für volkswirtschaftliche Sektoren- und Kreislaufmodelle werden durch weltwirtschaftliche Verflechtung und Globalisierung die offene Volkswirtschaft die Regel und das klassische Modell der geschlossenen Volkswirtschaft lediglich eine methodische Zwischenstufe der Erklärung sein.
5. Das klassische Marktmodell mit seinen Abstraktionen ist nicht das eines begrenzten Binnenmarktes, sondern des barrierefreien Weltmarktes. Es gibt marktbeschränkende Faktoren unabhängig von volkswirtschaftlichen Grenzen und solche, die durch grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalverkehr (Zölle, Handelsbeschränkungen) entstehen. In dem Maße, wie es sie gibt, unterscheiden sich Binnenmarkt und Weltmarkt. Je weniger es sie gibt, umso mehr rücken beide zusammen.
6. Je weiter die Globalisierung fortschreitet, und je mehr damit durch Staatsgrenzen definierte Standortfaktoren entfallen, zurücktreten oder sich annähern, umso unwichtiger werden für Standortentscheidungen Ländergrenzen und umso länderneutraler werden sie getroffen. Hieraus können höhere Effizienz angesiedelter Produktionen und tendenziell ein höheres Produktivitätsniveau erwachsen. Der Wettbewerb einzelstaatlicher

Standortpolitik um Investoren kann eine Triebkraft für Angleichung von Rahmenbedingungen für Standortfaktoren sein.

7. Mit der Globalisierung wachsen grenzüberschreitende Freiräume für Standortentscheidungen und damit die Bedeutung der mikroökonomischen Standorttheorie. Sie ist einzelwirtschaftlich ausgerichtet, geht aber über die Grenzen der Volkswirtschaft „nach oben“ hinaus. Demgegenüber bricht die makroökonomische Regionalwissenschaft volkswirtschaftliche Erkenntnisse und Instrumente auf regionale Ebene herunter. Sie ist damit ein wichtiges Gegenstück der Globalisierung – die Regionalisierung.

## 14.3 Digitalisierung

### 14.3.1 Status

Adam SMITH hat von 1723 bis 1790 gelebt. Den Beginn der 1. industriellen Revolution wird etwa mit dem Jahr 1800 verbunden. Das heißt, SMITH hat nicht eine der nunmehr vier industriellen Revolutionen miterlebt. Dennoch ist sein „Wohlstand der Nationen“ auch heute noch die Bibel des klassischen Liberalismus. Die Volkswirtschaftslehre wurde nicht mit jeder industriellen Revolution umgeschrieben. Das wertet die heutige Digitalisierung nicht ab. Sie ist ein weltweiter Wirtschaft, Arbeitswelten und Gesellschaft prägender Prozess, der über Wachstum, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in den kommenden Jahrzehnten entscheidet. Ob und wie er in den Mantel der bisherigen Volkswirtschaftslehre passt und wo er Ergänzungen und Präzisierungen zulässt, wollen wir in diesem Abschnitt untersuchen.

Zunächst zur Begrifflichkeit. Den Rahmen bilden die großen Revolutionen in der Geschichte der Industrie. In der gebotenen Kürze zusammengefasst, sind das:

1.	industrielle Revolution	„Dampfmaschine“, „Webstuhl“	ab 1800
2.	industrielle Revolution	„Elektrizität“, „Fließband“	ab 1890
3.	industrielle Revolution	„Elektronik“, „PC“	ab 1970
4.	industrielle Revolution	„Internet“, „Digitalisierung“	ab 2000

*„Die Politik kam auf die Idee, die 4. Revolution der industriellen Entwicklung in Kurzform Industrie 4.0 zu nennen. Vorab sei gesagt, dass man sich vor mehreren hundert Jahren keine Agenda gemacht hat, auf der Industrie 1.0, Industrie 2.0, Industrie 3.0 und Industrie 4.0 abzuhaken ist.“*

Quelle: Frick (2017)

Indem wir Digitalisierung definieren, wollen wir gleichzeitig ihr Verhältnis zu Industrie 4.0 bestimmen. Wir schicken dabei voraus, dass es neben der hier im Folgenden verwandten auch eine technische Variante gibt, nach der Digitalisierung die Umwandlung analoger Werte in digitale Formate ist.

► **Digitalisierung** ist der zunehmende Einsatz digitaler und vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und allen Bereichen der Gesellschaft. Soweit dieser Einsatz in der Produktion erfolgt, sind Digitalisierung und Industrie 4.0 synonyme Begriffe. Im weiteren Sinne geht Digitalisierung über Industrie 4.0 hinaus.

„Automatisierung“ oder „Künstliche Intelligenz“ sind Prozesse und Anwendungen, die nicht neben Digitalisierung stehen, sondern auf ihrer Basis möglich werden. Als wichtigster Grundbaustein der Digitalisierung gilt das Internet.

Dass sich grundlegend neue Produktionstechnologien auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen insgesamt auswirken, haben Industrie 4.0 und Digitalisierung mit ihren Vorgängern gemein.

Es hat wohl länger gedauert, bis die Technologie des ersten mechanischen Webstuhls 1785 von England den letzten Winkel der Welt erreicht hat, als das beim Internet 1989 der Fall war. Dass sich technologische Innovationen heute immer schneller über den Erdball verteilen, gehört zur Globalisierung. Beim Internet ging es so schnell, dass kaum einer den Namen seines Erfinders, des Amerikaners Tim Bernes-Lee, kennt. Bei James Watt und der Dampfmaschine war das noch anders. Hier haben wir eine von vielen Verknüpfungen zwischen den Themen dieses 14. Kapitels. *Globalisierung beschleunigt und internationalisiert Digitalisierung. Digitalisierung ihrerseits ist – mit schneller, weltweiter Verfügbarkeit von Informationen – eine Voraussetzung für Globalisierung.*

Es gibt eine Vielzahl von Methoden und Indizes, um den Stand der Digitalisierung zu messen. Ihre detaillierte Vorstellung und Auswertung ist nicht Gegenstand dieses Kapitels. Ziele und Inhalte sind verschieden: Wie sind Unterschiede zwischen Branchen oder Regionen (Ländern, Bundesländern)? Wo liegt der Mittelstand? Wie stark sind Startups? Wie ist der Stand von Digitalisierung in den öffentlichen Verwaltungen (E-Gouvernement), wie in Schule, Aus- und Weiterbildung? Wo steht Deutschland bei schnellem Internet und Breitband? Wir wollen uns hier auf einige wenige Punkte zum aktuellen Status beschränken.

1. Deutschland steht in internationalen Gesamtbewertungen der Digitalisierung im Vorderfeld, aber nicht an der Spitze. In führenden Positionen sind international die USA sowie eine Reihe von südostasiatischen und skandinavischen Ländern.
2. Der Stand der Digitalisierung ist in Ballungsgebieten höher, als in Flächen- oder ländlichen Bereichen. In Deutschland weisen unter den Bundesländern Berlin, Hamburg und Bremen die höchsten Werte auf. Im internationalen Maßstab sind das Singapur oder Luxemburg. Wirtschaftliche und infrastrukturelle Ballung sind offensichtlich ein optimaler Rahmen für Digitalisierung. Größer sind die Herausforderungen in Flächenländern und im ländlichen Bereich.
3. Traditionellen digitalen Nachhole-Bedarf hat Deutschland in Bereichen wie schnelles Internet (einer Lebensader für Digitalisierung), Breitband-Internetzugängen, bei technischen und qualifizierungsseitigen Voraussetzungen in öffentlichen Verwaltungen und Schulen. In der Wirtschaft kommen große Unternehmen schneller voran als der Mittel-

stand. Gleichzeitig ist ein Digitalisierungsschub im Ergebnis der Corona-Eindämmungsverordnungen, zum Beispiel in der betrieblichen und privatschulischen Weiterbildung, zu registrieren.

4. Wie bei allem in einer Marktwirtschaft kann man auch Digitalisierung nicht anordnen. Der Staat kann und muss Rahmenbedingungen schaffen, dass Möglichkeiten und Motivation der Unternehmen zu Digitalisierung verstärkt werden. Dazu gehören auch selbstverständlich Investitionen in die Förderung technischer und forschungsseitiger Rahmenbedingungen. Dieses Prinzip gilt im Übrigen auch auf betrieblicher Ebene. Von der Unternehmensführung müssen klare Signale, Leitlinien und Rahmenbedingungen kommen. Die Erfahrung zeigt, dass aber der Erfolg der betrieblichen Digitalisierung davon abhängt, ob daraus eine Eigendynamik entsteht – sozusagen der Motor anspringt. Impulse für geeignete Technologien müssen aus der Produktion, für die Nutzung sozialer Medien im Vertrieb aus dem Marketing, für die Digitalisierung der Buchhaltung aus dem Rechnungswesen und für digitale Weiterbildung aus der Personalabteilung kommen.

### 14.3.2 Strategie

Die deutsche Digitalisierungsstrategie basiert auf wissenschaftlichen Gutachten. Zu deren Bewertung gehören u. a. folgende Punkte.

**Erstens** wird ein Rückstand Deutschlands gegenüber der Weltspitze konstatiert. Handlungsbedarf besteht dabei nicht nur bei den staatlichen Aktivitäten, wo Deutschland im internationalen Mittelfeld liegt. Der Anteil von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), als eigene Branche gewertet, beträgt in Deutschland 2017 3,7 % des BIP. Die Vergleichswerte liegen in Südkorea bei 9,3 %, in Japan bei 5,7 % und in den USA bei 5,9 %. Aber der Schwerpunkt des Handlungsbedarfs liegt bei den Unternehmen. Forschungs- und Entwicklungsausgaben für den IKT-Bereich betragen in Deutschland anteilig 9 %, in den USA 30 % und in Südkorea 52 %. Quelle: Sachverständigenrat (2021).

**Zweitens** gibt es einen Innovationsschub im Bereich der Digitalisierung durch die Corona-Krise und die mit ihr verbundenen Einschränkungen.

*„Die Digitalisierung hilft in vielen Bereichen, die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern. So konnten viele Unternehmen durch einen technologieunterstützten Wechsel ins Homeoffice ihren Geschäftsbetrieb trotz Abstands- und Hygieneregeln aufrechterhalten. Gleichzeitig hat die Pandemie Defizite in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitswesens und des Bildungssystems aufgezeigt.“*

Quelle: Sachverständigenrat (2021)

Bezogen auf das Anliegen dieses Kapitels zeigt sich ein weiterer Zusammenhang zwischen aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft. *Die Corona-bedingte Krise legt zum einen Defizite bei der Digitalisierung offen und führt zum anderen, gegenwärtig mit unterschiedlichen Ergebnissen, notbedingt zu Leistungssprüngen.*

**Drittens** knüpft an diese Erkenntnisse die Digitalisierungspolitik der Bundesregierung an.

*„In der Pandemie wurde zudem besonders deutlich, wie wichtig eine leistungsfähige digitale Infrastruktur für eine erfolgreiche krisenfeste Wirtschaft ist.“*

Quelle: Bundesregierung (2021)

Strategische Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik sind a) die flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigem Festnetz (Breitband) und b) das Mobilfunkförderungsprogramm des Bundes. Dabei haben die Unternehmen selbst eine maßgebliche Eigenverantwortung. Staatliche Förderung soll sich auf diejenigen Bereiche konzentrieren, in denen Wirtschaftlichkeit allein durch das Setzen auf den Markt nicht gegeben ist.

### 14.3.3 Digitalisierung, Produktivität und Beschäftigung

Nähern wir uns dem Zusammenhang schrittweise. Industrielle Revolutionen sind Quantsprünge in der Technologie, die außergewöhnliches Potential für Produktivitätssteigerungen freisetzen. Produktivität ist, wie wir aus Kap. 2 wissen, das Verhältnis aus der Menge an produzierten Gütern zur Menge der dafür eingesetzten Produktionsfaktoren. Brechen wir das auf den Produktionsfaktor Arbeit herunter, so ist Arbeitsproduktivität das Verhältnis aus produzierter Gütermenge und der dafür eingesetzten Menge an Arbeit. Unter sonst gleichen Umständen – der dafür erforderlichen Menge an Stellen oder Beschäftigten. Auf dieser hohen Abstraktionsstufe drängt sich zunächst der Schluss auf, dass industrielle Revolutionen mit einem besonderen Schub an Arbeitslosigkeit oder zumindest mit der Potenz dazu verbunden sind.

Von der ersten industriellen Revolution fehlen uns belastbare Arbeitsmarktdaten. Aber das Phänomen der Maschinenstürmerei ist Beleg dafür, dass die Arbeiter in den Veränderungen schon eine Gefährdung ihrer Existenz sahen. Nun schlägt es sich auf einen Webstuhl leichter ein, als auf das Internet, aber auch gegenwärtig werden die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt – vor allem aus qualitativer, aber auch aus quantitativer Sicht – diskutiert. Und zwar kontrovers.

Einig sind sich alle Studien und Prognosen, dass die Digitalisierung in großem Umfang bisherige Stellen durch Maschinen ersetzt wird. Die Kommunikation von selbst lernenden Maschinen untereinander führt zum Bild der menschenleeren Werkhalle. Die Schlüsse sind sehr vielfältig und widersprüchlich. Es gibt wenig Belegbares. Einigkeit besteht darin, dass der Wegfall von Stellen auf der einen Seite zur Schaffung neuer auf der anderen Seite führt. Unterschiedlich sind die Prognosen darüber, in welchem Maße und unter welchen Voraussetzungen. Wir wollen hierzu einige Betrachtungen anstellen.

Mehrheitlich laufen die Prognosen darauf hinaus, dass durch Digitalisierung neue **Arbeitsplätze** geschaffen werden, aber weniger, als entfallen. Dabei ist das Spektrum der Gewichtung groß. Fachbeiträge titeln allein für Deutschland von „Digitalisierung gefähr-

det Millionen von Jobs“ über „Digitalisierung kostet über drei Millionen Jobs“ bis zu „Digitalisierung schafft rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze“. Wir wollen einen ausgewogenen Beitrag vorstellen. Unter Berufung auf eine Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schreibt die Wirtschaftswoche:

*„Bis 2030 werden zwar 490.000 Stellen in der Industrie wegfallen. Aber dafür werden auch 430.000 neue Stellen geschaffen: Jobs, die nur in Zusammenarbeit mit neuen Robotern möglich sind. Gabelstapler-Fahrer werden zum Beispiel IT-Fachleute weichen, die in den Warenlagern intelligente Flurförderfahrzeuge programmieren.“ „Allerdings: Vor allem gering qualifizierte Jobs sind in Gefahr, die neuen Jobs sind vor allem für Fachkräfte.“*

Quelle: Menn (2016)

Genau der letzte Teil des Zitats ist der springende Punkt. Dort liegt der Hase im Pfeffer. Nehmen wir des klareren Blickes wegen kurz vereinfachend an, die Prognose sei völlig ausgeglichen. 490.000 Stellen entfallen und 490.000 werden neu geschaffen. Es werden 490.000 Gabelstapelfahrer weniger gebraucht und 490.000 Programmierer mehr. Die einen verschwinden aber nicht im Boden oder jenseits der Grenze und die anderen tauchen nicht von dort auf. Bedeutsamer als Zahlenspiele über Stellenzahlen plus und minus sind die neuen **Stellenprofile** und die dafür erforderlichen **Kompetenzprofile**.

Hier kommt der **Qualifizierung** der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine unvergleichlich hohe Bedeutung zu. Die Erfahrung zeigt, dass die notwendigen Anpassungen von Berufsbildern und Studiengängen an neue Arbeitswelten und die dafür notwendige Profilierung des Lehrpersonals erst in den Anfängen steckt und viel zu langsam vorankommt. Das gilt auch für Grundlage all dessen – das Wissen darum, worin eigentlich der Weitebildungsbedarf besteht. Von den Betrieben selbst wie auch von mit ihnen zusammenarbeitenden Verbänden und Bildungsinstituten. Diesen Prozess zu fördern, ist eine wichtige strategische Aufgabe aller an der Digitalisierung beteiligten gesellschaftlichen Akteure.

Und noch ein ganz grundsätzlicher Aspekt. Selbst wenn alle qualifizierungsseitigen Voraussetzungen geschaffen sind: Lassen sich, um im Bild zu bleiben, Gabelstapelfahrer zu Programmierern umschulen? Sind alle Schulabgänger in der Lage, den Anforderungen neuer Berufsbilder und -profile zu genügen? Wir kennen bereits heute aus der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpaxis den Begriff „Mismatch“. Damit ist die Nichtübereinstimmung zwischen den Anforderungsprofilen der Stellen in den Unternehmen mit den Profilen der dafür zur Verfügung stehenden Personen gemeint. Ist das alles durch kluge Qualifizierung überbrückbar oder gibt es objektive Grenzen? Tritt gerade im Gefolge einer industriellen Revolution ein latent bestehender Umstand besonders zutage? Eine (wachsende) Schere, zwischen dem beschleunigten Entwicklungstempo des technologischen Fortschritts und den Stellenanforderungen auf der einen und der in natürlichen Grenzen verlaufenden Entwicklung menschlicher Qualifikations- und Leistungspotentiale auf der anderen Seite? Führt beschleunigter technischer Fortschritt zu **Überforderung**? Zumindest partiell? Eine nicht beantwortete Frage, die weit über den Bereich der Wirtschaft hinausgeht. Die es aber wert ist, dass ihr nachgegangen wird.

Der Anteil infolge von Digitalisierung entfallender Stellen wird in der Industrie (aber auch hier nach Branchen unterschiedlich) höher sein als in der arbeitsintensiveren Dienstleistungsbranche. Das kann zu einer Beschleunigung des ohnehin wachsenden Anteils der **Dienstleistungen** an der Beschäftigung führen. Nicht an der Wertschöpfung, weil diese in der Industrie eher durch eine Verschiebung zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gekennzeichnet ist. Da die Proportionen von Industrieproduktion und Dienstleistungen in den Bundesländern unterschiedlich sind, werden das folglich auch die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Stellenentwicklung sein.

Moderate Einschätzungen beschäftigungspolitischer Konsequenzen werden durch einen Blick auf die langfristige Entwicklung der **Arbeitslosenquoten** im Zusammenhang mit den beiden letzten industriellen Revolutionen mehr gestärkt als in Frage gestellt. Zu Beginn von Industrie 3.0 Anfang der 1970er gingen die Arbeitslosenquoten gegenüber den 1960ern (bei nahezu Null) auf 5 % und bis 1985 auf knapp 10 % nach oben. Als Begründung hierfür finden wir aber ausschließlich den Verweis auf die Ölkrise und die Energie- und Rohstoffverknappung. Der Anstieg der gesamtdeutschen Arbeitsquote in den 1990er-Jahren stand im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung. Und von 2006 bis 2019 ist sie von 13 % auf fast 5 % stetig gesunken. Die seit 2020 wieder gestiegene Arbeitslosigkeit ist Ergebnis der Corona-Eindämmungsmaßnahmen. Arbeitsplatzverluste infolge von Industrie 3.0 und Industrie 4.0 werden in der Arbeitslosenstatistik nicht durch andere Faktoren überlagert, sie finden überhaupt keine Erwähnung.

Ein **erster** Faktor, der zu einer nicht vorhandenen oder gedämpften Wirkung der Digitalisierung auf die Beschäftigung führt, ist ihr wirtschaftliches Wachstumspotential. Die Annahme, dass nicht mehr nötige Tätigkeiten durch neue ersetzt werden, ist einseitig. Gehen wir zurück auf unsere Definition der Produktivität als Verhältnis der Menge hergestellter Güter zum dafür notwendigen Faktoreinsatz. Die Einseitigkeit der Arbeitsplatzvernichtungshypothese besteht darin, dass sie automatisch von einer Produktivitätskonstellation ausgeht, bei der die hergestellte Gütermenge konstant und die Faktoreinsatzmenge variabel ist. Bei steigender Produktivität als sinkend oder sich von Arbeit auf Kapital verlagernd. Ein Ergebnis industrieller Revolutionen und damit auch der Digitalisierung ist aber **Wachstum**. Und in dessen Gefolge Wohlstand und Beschäftigung. In der Gleichung wird bei steigender Produktivität der Nenner (Faktoreinsatzmenge, Arbeit, Beschäftigung) umso weniger kleiner, als der Zähler (Menge der produzierten Güter) größer wird. Wenn von 100 Gabelstaplerfahrern künftig nur noch 50 gebraucht werden und die anderen 50 auf Programmierer umschulen müssen, so ist das eine statische Betrachtung. Wächst die Wirtschaft, dann werden im Lager nicht mehr 100, sondern vielleicht 160 Arbeitskräfte gebraucht. Davon 80 Programmierer und 80 Gabelstapelfahrer. Das sind zwar nicht 100, aber es verändert die Situation. Das Problem ist dann weniger, wohin die 20 überzähligen Gabelstapelfahrer gehen, sondern woher die 80 Programmierer kommen, die es vorher überhaupt noch nicht gab.

Ein **zweiter** dämpfender Faktor ist die **Demographie** – das Thema des nächsten Abschnitts. Nehmen wir vereinfachend an, die Volkswirtschaft besteht aus 100 Arbeitskräften und davon werden netto 20 durch Digitalisierung freigesetzt. Gleichzeitig reduziert sich

die Zahl der erwerbsfähigen Personen von 100 auf 80, so hätten sich zwei gegenläufige Prozesse ausgeglichen. Das wird im praktischen Leben keine mathematische Gleichung sein, aber die Tendenz ist real. Es wird bis 2035 ein kaum merklicher Rückgang der deutschen Gesamtbevölkerung vorausgesagt, aber eine mit etwa 10 % spürbare Verringerung der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 66). Grund ist die demographische Entwicklung, eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Und es sind mit rund 5 Millionen mehr, als die negativsten Schätzungen an Digitalisierungs-Freisetzung vorhersagen.

Ungeachtet all dessen wollen wir noch auf eine Beobachtung hinweisen, die als **Produktivitätsparadoxon** bekannt ist. Es handelt sich darum, dass der immer als selbstverständlich unterstellte Produktivitätsschub von Industrie 4.0 eigentlich nicht wirklich messbar ist. Das ist weltweit so und führt zu entsprechenden Debatten. Dem amerikanischen Nobelpreisträger Robert M. SOLOW (geb. 1924) wird in diesem Zusammenhang der Satz zugeschrieben: „*Computer finden sich überall – außer in Produktivitätsstatistiken*“. Als Gründe werden u. a. Verzögerungen zwischen Einsatz und Wirkung von IT-Technik, Aufwand für die Etablierung neuer Technologien (inkl. Forschung), Veränderungen in der Gewinnverteilung wie auch Managementfehler genannt.

„Doch ein in der Wirtschaftsgeschichte häufiges Merkmal industrieller Revolutionen ist bisher in den meisten Branchen ausgeblieben: die Steigerung der Arbeitsproduktivität. ... Das heutige Produktivitätsniveau in der Industrie entspricht in etwa dem des Jahres 2011. ... Das entscheidende Manöver sehen Forscher darin, dass die Unternehmen zu einseitig auf IT-Lösungen setzen, obwohl Produktivitätsfortschritte in erster Linie auf besseren Prozessen beruhen.“. Und mit Berufung auf eine Studie des Fraunhofer-Instituts: „Die Digitalisierung ineffizienter Prozesse führt zu ineffizienten digitalisierten Prozessen.“

Quelle: Horn (2021)

#### 14.3.4 Digitalisierung, Wirtschaftsstrukturen und Branchen

Die Volkswirtschaft gliedert sich in Branchen. Deren Struktur wird unterschiedlich definiert. In Kap. 4 zeigt Tab. 4.6 die Entstehungsstruktur des BIP im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die hier auf ihre volkswirtschaftliche Dimension hin beleuchteten Megatrends wirken sich alle auf ihre Weise auf die Branchen der Volkswirtschaft und ihre Akteure aus. Und das in unterschiedlicher Stärke und teilweise in unterschiedlicher Richtung. Das führt zu verschiedenen Konsequenzen für einzelne Branchen und damit tendenziell auch zu Veränderungen in ihrer Struktur. Nehmen wir als Beispiel die Tourismusbranche. Aus den Abschnitten „Europa“ und „Globalisierung“ wissen wir, dass die dort vorgestellten Trends (z. B. gemeinsame europäische Währung) grundsätzlich den Tourismus und seine Branche fördern. Im noch folgenden Abschnitt „Krisenmodus“ belegen wir, dass der Tourismus und seine Branche bis zur Näherung der Nulllinie und existentieller Bedrohung zu den größten Verlierern der Pandemie-Krise gehören. Und hier werden wir im Folgenden differenzierte Einschätzungen dazu treffen, wie sich der Touris-

mus und seine bisher bekannte Branche (das ist in diesem Falle ein Unterschied) im Ergebnis der Digitalisierung entwickelt. Ein Bild, wie hier beispielhaft am Tourismus beschrieben, finden wir in allen Branchen – nur in jeder anders.

Erweitern wir den Blick zunächst zeitlich und branchenseitig und blicken zurück in die 1970er- und 1980er-Jahre. Zeitungen steckten früh im Briefkasten, mit seinen Reiseplänen ging man ins Reisebüro, Schuhe, Bücher, Kosmetik oder Küchengeräte wurden an der Ladenkasse bezahlt, bestenfalls nach Katalog im Versandhaus bestellt. Zum Musikhören gab es Schallplatten, Kassetten oder CDs. Bücher blätterte man und der Puls wurde beim Laufen mit Uhr und Finger genommen. Wenn überhaupt. Für eine Diplom- oder Hausarbeit ging man in die Bibliothek und hat sich Fachbücher auf den Lesetisch gekarrt. An alldem hat sich auch durch den PC aus Industrie 3.0 Anfang der 1970er-Jahre nicht viel geändert. Für das gezeichnete Bild stehen Einrichtungen und Namen. Deichmann, der Otto-Versandkatalog, der Tagesspiegel oder die Frankfurter Allgemeine, Schallplattenlabels wie Ariola oder die Staatsbibliothek. Das ist an der Oberfläche vielfach auch heute noch so. Geändert hat sich etwas an den sich darunter vollziehenden Prozessen und, nach vorn geblickt, für das Konsumentenverhalten und für die Perspektive der Branche. Wir wollen uns diese Prozesse, ihre Ursachen und teilweise offenen Zukunftsszenarien näher anschauen. Natürlich gilt auch das, was wir hier am Konsumgüterbeispiel gezeigt haben, alles auch für die Produktionsmittelherstellung – den Autobau, die Chemie oder die Elektrotechnik-Elektronik. Dass wir uns hier vor allem auf die Konsumgüterbranchen stützen, hat Gründe, die am Ende deutlich werden.

Bei der Beantwortung der Frage, welche Effekte der Digitalisierung für die Branchen der Wirtschaft entstehen und welche Unterschiede es dabei gibt, wählen wir drei Ansätze:

*Erster Ansatz – Wachstumsimpulse* Weiter oben wurde im Zusammenhang mit dem Produktivitätsmodell eine Variante dargestellt, nach der ein Produktivitätsschub durch Digitalisierung nicht oder nicht vorrangig in Stellenabbau, sondern in Produktionserhöhung mündet. Für Wachstums- und Beschäftigungsimpulse sprechen viele Expertisen. Sind diese Impulse nach Branchen unterschiedlich, was anzunehmen ist, so führen unterschiedliche Wachstumsimpulse der Digitalisierung nach Branchen zu einer Verschiebung der bestehenden Branchenstruktur. Hierin besteht ein erster, ein elementarer Ansatz der Erklärung von Auswirkungen der Digitalisierung auf die Branchenstruktur. Auf empirische Zusammenfassungen dieser These treffen wir selten. In allgemeinen Prognosen zu Wachstumsraten nach Branchen überlagern sich verschiedene Faktoren und es überwiegt teilweise der Wiedererholungseffekt nach den Corona-Einschränkungen, beispielsweise in der Gastronomie und im Tourismus. Indirekt können wir Schlüsse aus Darstellungen verschiedener Index-Bewertungen des Digitalisierungsgrades nach Branchen ziehen. Relativierende Voraussetzung ist die Annahme, dass sich mit Notwendigkeit viel Digitalisierung in hohem Wachstum und wenig Digitalisierung in geringem Wachstum niederschlägt. Außer Acht bleiben unterschiedliche Rahmen und Prozesse sowie das uns bekannte Produktivitätsparadoxon. Tab. 14.4 zeigt ein Digitalisierungs-Ranking nach Branchen.

**Tab. 14.4** Digitalisierungsgrad 2020 nach Branchen. (Quelle: Wirtschaftsdienst 2020)

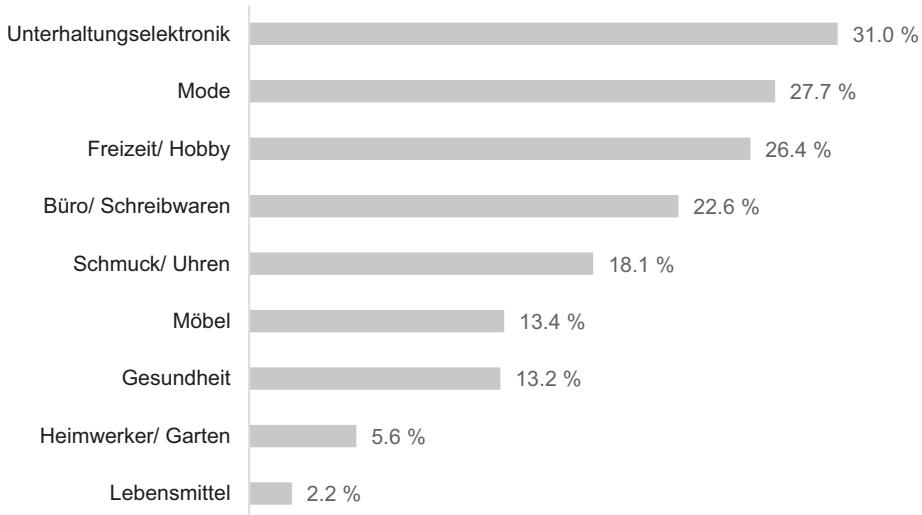
Branche	Index 2020
IKT	273,0
Fahrzeugbau	193,0
Elektrotechnik und Maschinenbau	144,3
Unternehmensnahe Dienstleister	135,0
Grundstoffe, Chemie und Pharma	99,4
Verkehr und Logistik	75,3
Handel	74,9
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	66,7
Tourismus	64,4
Sonstiges produzierendes Gewerbe	55,6

Grundlage von Tab. 14.4 ist ein Digitalisierungsindex 2020 nach Branchen in Indexpunkten, denen ein gewichteter Durchschnitt aller Branchen = 100 zugrunde liegt.

Tab. 14.4 zeigt eine Spanne von 173 Prozentpunkten über dem Durchschnitt und 44 Prozentpunkten darunter. Erwartungsgemäß liegt die Informations- und Kommunikationstechnologie mit Abstand an erster Stelle. Ihre Besonderheit liegt unter anderem darin, dass sie nicht nur Digitalisierung für sich selbst betreibt, sondern dabei Lokomotive für die gesamte Wirtschaft sein muss und ist. Sie ist Zulieferer für IT-Anwendungen in anderen Branchen. Den danach folgenden Branchen über dem Durchschnitt von 100 wird eine überdurchschnittliche Forschungs- und Innovationsintensität bescheinigt, den darunterliegenden eine geringere. Unterschieden werden muss bei einer Wertung aber offensichtlich zwischen dieser, eher subjektiven und beeinflussbaren Komponente einerseits und objektiven Branchenspezifika andererseits. Offensichtlich ist es bei unternehmensnahen Dienstleistern wie Steuerberatern oder Online-Marketing-Anbietern leichter, Arbeit durch Technik oder Analoges durch Digitales zu ersetzen, als bei der Textil- oder Papierherstellung (sonstiges verarbeitendes Gewerbe) oder im Tourismus. Zumaldest, solange zu seinen Komponenten noch Meer, Wälder, Basiliken und Einkaufsmeilen gehören und diese nicht (wir haben diese Vision an anderer Stelle zitiert) durch virtuelle Reiseerlebnisse via 3-D-Brille ersetzt werden. Wir kommen auf dieses für die Perspektive von Branchen grundsätzliche Thema an anderer Stelle wieder zurück.

*Zweiter Ansatz – Global Player* Wir wollen die Erklärung dieses gedanklichen Ansatzes mit dem Beispiel des Einzelhandels beginnen und zunächst ein paar Fakten sortieren.

Der deutsche Einzelhandelsumsatz betrug im repräsentativen Vor-Corona-Jahr 2019 423 Mrd. Euro. Der Anteil des Onlinehandels (E-Commerce) betrug daran 8,9 % (38 Mrd. €), bei auch weiter steigendem stationärem Einzelhandel sind die Wachstumsprognosen für den Online-Handel höher. 2023 soll dessen 11,5 % betragen. Quelle: Statista (2021f) Die Anbieterkonzentration im Online-Handel ist sehr groß. Von 38 Mrd. €



**Abb. 14.2** Anteil des Online-Handels an Sparten des deutschen Einzelhandels 2019. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft 2020)

2019 entfielen 21 Mrd. € auf die zehn Größten. Davon wiederum realisierte Amazon mit 10 Mrd. € ein Viertel des gesamten deutschen Online-Handels. Es folgen Anbieter wie Otto, Zalando oder auf Unterhaltungselektronik spezialisierte Akteure wie Mediamarkt oder Saturn. Der Anteil des Online-Handels an einzelnen Handelssparten ist sehr unterschiedlich. Abb. 14.2 zeigt diesen im Jahr 2019.

Wichtiger als der Anteil des Online-Handels ist die Struktur seiner Akteure. Vereinfacht gesagt, gibt es im Online Handel drei Anbietermodelle: *Erstens. Global Player*, die aus dem Informations- und Kommunikationsbereich kommen und branchenübergreifend agieren, besetzen selbst Marktsegmente und verdrängen kleinere, ehemals stationäre Anbieter. Nimmt man zu den 25 % Online-Marktanteil von Amazon mit Otto und Zalando noch zwei weitere (wenngleich stärker auf Handel spezialisierte) Anbieter hinzu, so liegt der Anteil dieser drei bereits bei 40 %. Für die Mehrzahl kleinerer, bisher vorwiegend stationär anbietender Handelsunternehmen gibt es neben dem genannten Modell die potentiellen nachfolgenden Anbietervarianten zwei, drei und vier. *Zweitens.* Ein Unternehmen nutzt bestehende Online-Plattformen der Großen als „Marktplatz“ für seine eigenen Angebote. Hierfür gibt es Kooperationsbereitschaft. Amazon beispielsweise wirbt für den Vertriebsweg über „Amazon“, zum Beispiel über die Plattform „Handmade“, mit der Erreichbarkeit eines großen Kundenkreises und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Für den Produzenten liegen Vorteile auf der Hand. Andererseits entstehen Abhängigkeiten. *Drittens.* Das Unternehmen nutzt, da Eigenentwicklungen in der Regel zu teuer sind, eine der vielfältig angebotenen Komplettlösungen von darauf spezialisierten Anbietern – Woo Commerce, BigCommerce, shopify, Volusion, Quickstart Online und anderer. *Viertens.* Der Handelsbetrieb ignoriert Online-Varianten und setzt allein auf traditionelle stationäre

Angebote. Spätestens mit dem Online-Boom während und infolge der Corona-Krise wäre das in den meisten Fällen gleichbedeutend mit Verabschiedung vom Markt.

Ob das Rennen zwischen stationärem und Online-Handel zugunsten des einen oder anderen ausgeht oder was anzunehmen ist, langfristig ein Mix bestehen wird, darüber gibt es wenig klare Prognosen. Das auch deshalb nicht, weil künftige Proportionen zwischen den beiden Alternativen davon abhängen, welche Argumente sich durchsetzen. Das wird an ihrer Stärke, Kommunikation und vor allem Akzeptanz beim Kunden liegen.

Für stationären Handel sprechen unter anderem:

- individuelle Begleitung und Beratung des Kunden
- direkter Kontakt zur Ware
- kein Terminaufwand bei Anlieferung der Ware, weniger Retouraufwand
- „Shopping-Erlebnis“ – inklusive Atmosphäre, Gastronomie und Events

Zu den Vorteilen des Onlinehandels zählen:

- Größeres und vollständigeres Warenangebot
- keine Öffnungszeiten, 24 Stunden-Einkaufsmöglichkeit
- kein Anfahrtsweg, bequemes Einkaufsumfeld zu Hause
- bessere Preisvergleichsmöglichkeiten.

Ein Argument für stationären Handel sind dessen verpackungs- und transportschonende Eigenschaften. Das hat weniger direkte Kundenrelevanz, steht aber in Verbindung zu *Klimawandel und Umweltschutz*.

Entscheidend im Wettbewerb der Argumente wird sein, wie eigene Vorzüge gestärkt und Nachteile minimiert werden. Amazon steht im Ruf einer äußerst hohen Kundenorientiertheit, Lieferzuverlässigkeit und Kulanz. Das setzt auch Maßstäbe für eine hohe Verkaufskultur im stationären Einzelhandel, der seinerseits ebenfalls zunehmend Lagerkapazitäten verringert und die Bestellkomponente erhöht (Beispiele: Buchhandel, Apotheken).

### **Exkurs**

Führt man diesen Gedanken weiter, dann ist die Konkurrenz von stationärem Einzelhandel und Bestell- und Lieferanbietern keine (oder nicht nur) Frage von Analog und Digital, sondern auch eine der Logistik. Ein Buchkäufer will schnell und unkompliziert an seine Ware kommen. Ein Buch muss heute im stationären Handel in vielen Fällen ebenso bestellt werden, wie im Online-Versand. Man muss nur in den Laden gehen, es bestellen und zum Termin (wenn er gehalten wird) abholen. Angenommen, die Lieferfrist wäre dann noch deutlich länger als die extrem kurze im Online-Handel, der in der Regel noch per E-Mail über die jeweilige Transportstation der Ware informiert, würde es schwer, das durch intensive Kundenberatung auszugleichen.

Was wir hier am Beispiel des Einzelhandels erklärt haben, trifft vergleichsweise auch auf den Tourismus (stationäre Reisebüros, parallele eigene Online Portale oder neue

Marktakteure wie Amazon Echo mit „Alexa“), das Banking, Presse und Medien, die (private) Aus- und Weiterbildung, das Bibliothekswesen („Google“) und andere Branchen zu.

Es ergibt sich eine kardinale Frage künftiger Branchenstruktur, deren Beantwortung stark von den digitalen Selbstheilungskräften traditioneller Anbieter, von ihrem Erfolg bei der Nutzung von Digitalisierung für eigene Geschäftsprozesse und Vertriebswege abhängt. Dort, wo das gelingt, wird die Branchenstruktur weitgehend bestehen bleiben, sich durch einen gewachsenen Grad an Digitalisierung auszeichnen und weiter durch traditionelle Anbieter und ihr langjähriges Image geprägt sein. Global Player werden nicht ohne Wirkung sein, dann mehr als Kooperationspartner denn als Verdrängungswettbewerber. Marktkonzentration und Wettbewerbsbeschränkungen wären ein geringeres Risiko als in anderen Szenarien.

Gelingt das nicht, und dafür gibt es keinen Freibrief oder staatlichen Schutz, wird sich in der Leistungsstruktur für die Nachfrager, die Kunden, nichts ändern. Wohl aber in der institutionellen, der Branchenstruktur, auf der Anbieterseite. Im Extremfall entsteht folgendes Szenario. Branchengrenzen werden nicht mehr der Struktur hergestellter Produkte und erbrachter Leistungen folgen, innerhalb derer der Übergang zu digitalen Technologien erfolgt. Es wird vielmehr der Konzentrationsprozess zu großen von Global Playern der Informations- und Kommunikationstechnologie geprägten Branchen erfolgen, die sich unter einem Gesamtdach möglicherweise nach Produkt- und Leistungsgruppen (Handel, Tourismus, Banken/Versicherungen, Gesundheitsmanagement etc.) strukturieren und spezialisieren.

Das gilt vor allem für den Dienstleistungsbereich. Bei der Produktion von Hafenkränen oder CNC-Maschinen ist der Wettbewerb auch durch digitale technologische Innovationen geprägt, aber weniger durch einen direkten Marktzutritt von Global Playern wie Amazon, Google oder Facebook. Bei der Herstellung von Produktionsgütern gibt es eine andere Branchenwirkung der Digitalisierung, einen dritten Ansatz unserer Erklärung.

*Dritter Ansatz: Mega-Cluster* Eine im Zuge der Digitalisierung festgestellte Tendenz betrifft das Aufbrechen klarer Branchenstrukturen von innen heraus. Bei der Bildung von Clustern, verstanden als Netzwerke von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen und anderen Akteuren, überschreiten große Unternehmen zunehmend ihre bisherigen Angebotsprofile und Branchenstrukturen. Ziel ist die Erringung oder Stärkung einer Technologieführerschaft in der Erkenntnis, dass a) solche Technologieführerschaft zunehmend branchenübergreifenden Charakter trägt und b) dadurch eine Gegenkraft gegen das Eindringen ebenfalls branchenübergreifenden Technologieführer in den Markt (vgl. „zweiter Ansatz“) geschaffen werden kann. Wenn man so will, eine „technologische Flucht nach vorn“. Besonders starke Tendenzen zu Mega-Clustern weisen Automobilindustrie, Maschinenbau und die Energiewirtschaft auf. Autohersteller bauen nicht mehr nur Autos, sondern profilieren sich zu Mobilitätsdienstleistern mit Anspruch auf Leistungen in der Strominfrastruktur für Elektroantriebe, der elektronischen Parkplatzsuche oder bei Selbstfahrsystemen. Sie agieren damit in Marktsegmenten, die traditionell der Energiewirtschaft oder der Informations- und Kommunikationsbranche zugerechnet werden. Informations-

konzerne weiten ihre Aktivitäten, wie gezeigt, vor allem in Bereiche des Dienstleistungssektors aus. Energiekonzerne engagieren sich im Verkehr oder der Immobilienwirtschaft.

Mega-Cluster sind ein weiterer Faktor, der Branchenstrukturen verändert oder verwischt. Die Folgen für Markt und Wettbewerb können unterschiedlich sein. Zum einen erhöht sich der Wettbewerb durch das branchenübergreifende Agieren in Marktsegmenten neuer Anbieter. Gleichzeitig wird zu verfolgen und zu verhindern sein, wie bzw. dass dieser Prozess (wie auch der zweitgenannte Global Player-Ansatz) zu einer Konzentration am Anbietermarkt mit monopolistischer Tendenz führt.

### 14.3.5 Berufe und Bildung

In der Bildung ist Deutschland Nettoexporteur. Das bezieht sich insbesondere auf die Berufsausbildung, deren Basis, das duale System, in der Welt eine hohe Wertschätzung erfährt. Deutsche Bildungsanbieter, darunter Bildungswerke der deutschen Wirtschaft, unterhalten Ausbildungsstätten für technische Berufe in China oder entwickeln zusammen mit russischen Großunternehmen Berufsbilder, die deutsche duale Ausbildungskonzepte mit den spezifischen Bedingungen der russischen Wirtschaft verbinden.

In Deutschland gibt es 2020 324 duale Ausbildungsberufe. Ihre Zahl hat sich seit 1970 auf fast die Hälfte reduziert. Das widerspiegelt einen Trend von zu starker Spezialisierung hin zu einem Grad an Generalisierung, der die notwendige Einsatzbreite gewährleistet. Die meisten dieser Berufe – zum Beispiel Bankkaufmann/-frau, Fachinformatiker/-in, Feinoptiker/-in, Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit, Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen, Industriekaufmann/-frau, Mechatroniker/-in, Veranstaltungskaufmann/-frau oder Versicherungskaufmann/-frau – haben Branchenbezug. Das gilt auch für die meisten Studiengänge, zumindest auf Bachelor-Ebene.

Damit ist die Frage, ob und wie sich Berufsbilder in Folge der Digitalisierung verändern, wenn sich Branchen verändern, durchaus berechtigt. Aber nicht nur deshalb, sondern auch wegen der veränderten Anforderungsprofile einer digitalisierten Wirtschaft selbst. Oft wird damit, wie gut Bildung auf Digitalisierung vorbereitet ist, vor allem die Seite der technischen Ausstattung, von E-Learning oder hybriden Unterrichtsformen in den Mittelpunkt gerückt. Und, was den Stand des Schulsystems betrifft, kritisiert. Weniger im Mittelpunkt stehen Faktoren, die mindestens genauso wichtig oder wichtiger sind. Es geht dabei darum, dass neue Lernformen auch einer neuen Lehrmethodik bedürfen, die nicht von allein kommt. Und dass es, in welcher Form auch immer, um die Vermittlung neuer *Inhalte* geht. Es geht darum, Absolventen von Bildungsgängen auf die Anforderungen neuer Arbeitswelten vorzubereiten. Und diese sind nicht allgemein, sondern zumindest branchenkonkret. Hier liegt die wichtigste Herausforderung der Digitalisierung an die allgemeine, die berufliche und die Weiterbildung. Und hier liegt der größte Teil des Weges noch vor uns.

1. Dass Digitalisierung die Berufswelt nicht in den Titeln, sondern in den Inhalten ändert, ist die Regel, aber es gibt auch in einigen Fällen Neuentwicklungen. Diese tragen mit ihrer Geburtsstunde den aktuellen Arbeitsmarktanforderungen Rechnung. Was bei der schnelllebigen Entwicklung Anpassungsbedarf in ein paar Jahren ebenfalls einschließt. Kaufmann/-frau im E-Commerce (13.12.2017) ist ein neues Berufsbild in der Handelsbranche. Berufsabsolventen erhalten ein Profil, dass sie für eine Fachtätigkeit im Online-Handel qualifiziert. Ob bei großen spezialisierten Online-Händlern oder in ergänzenden Online-Shops, über die inzwischen alle namhaften traditionellen Einzelhandelsunternehmen verfügen. Von Galeria Kaufhof über IKEA und Hornbach bis REWE. Im Falle E-Commerce hat man sich nicht für eine Implementierung neuer Inhalte in ein bestehendes Berufsbild, sondern für die Entwicklung eines neuen, eigenständigen, entschieden. Neben einer Reihe inhaltlicher Parallelen zum/zur Kaufmann/-frau im Einzelhandel (u. a. bei den Warenkenntnissen) ist vor allem die Kommunikation mit dem Kunden (Online, Telefon) eine andere als im stationären Handel. Ein zweites Beispiel für neu entstandene Berufe ist Kaufmann/-frau für Digitalisierungsmanagement (28.02.2020). Dieser neue Beruf erweitert den Kreis der klassischen und inzwischen neu geordneten IT-Berufe. Absolventen besitzen die Fähigkeit, die Digitalisierung von Geschäftsprozessen im eigenen Unternehmen oder bei einem IT-Dienstleister für dritte Unternehmen zu managen.
2. Eine zweite Form der Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen ist die inhaltliche Neuausrichtung (Neuordnung) bestehender Berufsbilder. Ein Beispiel hierfür ist Kaufmann/-frau für Groß- und Außenhandelsmanagement (19.03.2020/leichte Veränderung zum alten Titel „Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel“). Inhalt der Neuorientierung sind unter Anderem elektronische Geschäftsprozesse, darunter E-Commerce und Projektorientierung. Es handelt sich hier um eine aktualisierte Fortschreibung des Vorgängerberufs „Kaufmann im Groß- und Außenhandel“ in seiner letzten Fassung von 2006. Ein zweites Beispiel ist die wie in den anderen drei klassischen IT-Berufen erfolgte Neuorientierung im Beruf Fachinformatiker/-in (28.02.2020). Erweiterungen wurden hier unter anderem bei Daten- und Prozessanalyse sowie digitaler Vernetzung vorgenommen. Auch das klassische Berufsbild Bankkaufmann/-frau (05.02.2020) wurde an aktuelle Erfordernisse angepasst. Das dazu nicht nur die Digitalisierung gehört, zeigen erweiterte Komponenten wie Kundenorientierung und Beratungskompetenz.
3. Es gibt Berufsbilder, wo eine Anpassung an aktuelle Rahmenbedingungen noch bevorsteht oder gerade erfolgt. Dazu gehört der Beruf Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen in seiner letzten Fassung vom 25.06.2001. Inzwischen gibt es umfangreiche Erfahrungen, Konzepte und Literatur zur Digitalisierung im Gesundheitswesen („E-Health“). Wichtig dabei sind u. a. die digitale Erfassung und Auswertung von Gesundheitsdaten, digitale Diagnoseprogramme, die elektronische Gesundheitskarte (eGK/2015), die elektronische Patientenkarte (ePK/2021) sowie künstliche Intelligenz in Versorgung und Pflege. Auch über Digitalisierung hinausgehende Themen wie „medizinische Versorgung in strukturschwachen ländlichen Gebieten“ sowie Erfahrungen und Aufgaben

des Gesundheitswesens rund um Pandemiekrisen sind potentielle neue Ausbildungsinhalte. Handlungsbedarf besteht auch für die Neuorientierung im Beruf Tourismuskaufmann/-frau in seiner letzten Fassung vom 19.05.2011. Wir haben den Tourismus an anderer Stelle als eine Branche bezeichnet, deren Perspektive stark vom Wettbewerb zwischen stationärer und Online-Komponente abhängt. Das erfordert für Auszubildende und künftige Fachkräfte zum einen, sich mit digitalen Instrumenten im Tourismus wie Online-Reiseplanung (Digital Customer Journey) oder digitaler Reisebuchung vertraut zu machen. Da hier, ähnlich wie im Einzelhandel, auf Online Komponenten eingestellte klassische Marktakteure mit Online-Global-Playern konkurrieren, gewinnt künftig auch das Wissen um Kundenpräferenzen bei der Wahl zwischen Web-Tourismus und persönlicher Beratung eine größere Bedeutung. Ähnlich wie beim neu gefassten Beruf Bankkaufmann/-frau ist hierzu eine noch höhere Beratungskompetenz von Bedeutung. Das Leitbild von Reisebüros „Träume verkaufen“, muss sich in künftigen Rahmenlehrplänen wiederspiegeln. Auch im Berufsbild Veranstaltungskaufmann/-frau (Stand 25.06.2001) hat die Praxis die Ausbildungspläne überholt. Es gibt vielfältig dokumentierte Erfahrungen zur Digitalisierung in der Event-Branche. Hierzu zählen Informationstransparenz zu geplanten Veranstaltungen, digitales Ticketmanagement, digitaler Zugang zu Präsentationen sowie das während der Corona-Lockdowns profilierte Format virtueller Events.

Das Prozedere bei der Entwicklung neuer oder Innovation bestehender Berufe ist komplex. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ist die bundesweit zuständige Instanz für die Erforschung und Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die erfolgt in Koordinierung und Abstimmung mit Unternehmen, Sozialpartnern und staatlichen Stellen und mündet am Ende in durch Bundeswirtschaftsministerium, Fachministrien und Bildungsministerium eingebrachten Gesetzesvorlagen.

---

### Beispiel

In der Vergangenheit war die Ausbildung im Beruf „Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel“ eine wichtige Fachkräftebasis auch für den Versandhandel. Der Eigentwicklung von E-Commerce zu einer Wachstumsbranche wurde dieses Berufsprofil nicht mehr gerecht. Es kam noch vor 2010 zu ersten Initiativen zur Schaffung eines neuen Berufsbildes „Kaufmann/-frau im E-Commerce“. Um einen neuen Ausbildungsberuf zu schaffen, braucht es zunächst den Nachweis eines entsprechenden Qualifizierungsbedarfs in der Wirtschaft. Das ist ein mehrstufiger, komplexer und interaktiver Prozess zwischen Unternehmen, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, Bund, Ländern und dem BiBB. Nach zehn Jahren Entwicklungszeit konnte im Ausbildungsjahr 2018/2019 das neue Berufsbild erstmals an den Start gehen. Insider bewerten das als eine durch ergebnisorientierte Zusammenarbeit aller Akteure möglichen Rekordzeit.

Quelle: IHK für Oberfranken Bayreuth (2018) ◀

Angesichts der schnellen Entwicklung der Arbeitswelten durch Digitalisierung und der Qualifikationsanforderungen an Fachkräfte ergibt sich folgende Forderung: Es muss gelingen, die unbestritten positiven Merkmale des Systems der Ausbildungsberufe – bundesweite Einheitlichkeit, Stabilität und Transparenz besser mit Flexibilität und Wirtschaftsnähe zu verbinden. Innovationsanforderungen ergeben sich auch für Hochschulstudiengänge und die berufliche Weiterbildung. Hier ist der prozedurale Rahmen weniger kompliziert. Der Preis sind womöglich Abstriche klassischen Ausbildungsmerkmalen. Digitalisierung und sich schnell verändernde Arbeitswelten erfordern von der Bildungspolitik, zwischen beiden Seiten – einheitliche langfristig stabile Standards und flexible Anpassungsfähigkeit – ein ausgewogenes Verhältnis zu finden. Und neben den inhaltlich-qualitativen Faktoren auch von einem jetzt und künftig notwendigen „Mehr“ an Bildung aus quantitativer Sicht auszugehen.

In Abhängigkeit von den skizzierten Szenarien der Branchenentwicklung wird sich im Ergebnis der Digitalisierung die Aus- und Weiterbildung verändern. Gegenwärtig wird mehrheitlich davon ausgegangen, dass der Haupttrend nicht die Ablösung alter durch neue Berufe, sondern die konsequente Innovation bestehender Berufe, ihrer theoretischen und fachpraktischen Inhalte, sein wird.

Bei alldem ist eine unabdingbare Voraussetzung, dass das Lehrpersonal auf allen Ebenen, von den Lehrern über die Ausbilder, Dozenten und Trainer bis zu den Hochschulprofessoren, in diesem Prozess Schritt hält: „Qualifizierung der Qualifizierenden“.

### Beispiel

„Q 4.0“ ist ein Netzwerkprojekt, das durch das Bundesbildungsministerium gefördert und durch das Institut der Wirtschaft Köln (IW) koordiniert wird. Akteure sind die Bildungswerke der deutschen Wirtschaft, die in Zusammenarbeit mit Branchenverbänden und Unternehmen Qualifizierungskonzepte für Ausbilder in den Betrieben entwickeln. Ziel ist die bundesweite Anpassung der Qualifikation von Ausbildern an den digitalen Wandel. Im Mittelpunkt stehen digitale Fachkompetenz, Lehr- und Lernmethodik. ◀

Die oben betonte Notwendigkeit, bei alldem auch und vor allem neben medientechnischer und methodischer Profilierung die inhaltliche Neuausrichtung der Berufsbilder einzubeziehen, muss Maßstab aller Projekte wie dem im Beispiel vorgestellten sein. Das ist natürlich besonders schwer, solange – wie wir gesehen haben – sich die Ausbildungsberufe selbst noch in einer nach oben offenen Bewegung befinden. Hier kann das eine nicht auf das andere warten. Notwendig ist ein schrittweiser und wechselseitiger Prozess von inhaltlicher Entwicklung der Berufe auf der einen und permanenter Anpassung des Fachprofils der Ausbilder auf der anderen Seite.

### Fazit

1. Die Digitalisierung steht in **Wechselwirkung zu anderen Megatrends**. Erstens. Globalisierung beschleunigt und internationalisiert Digitalisierung. Digitalisierung ihrer-

seits fördert den weltweiten Daten- und Informationstransfer und dient damit der Globalisierung. *Zweitens*. Digitalisierung ist eine wesentliche Voraussetzung für alternative Arbeits-, Kommunikations- und Lernformen. Gleichzeitig verleiht die existentielle Notwendigkeit dieser Alternativen der Digitalisierung einen gesamtgesellschaftlichen Schub. *Drittens*. Auf dem Arbeitsmarkt können Digitalisierung und demographischer Wandel ausgleichende Wirkungen aufweisen. Ein potentieller Netto-Stellenabbau durch Digitalisierung kann sich mit dem Rückgang der Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter und damit rückläufiges Angebot an Arbeit saldieren.

2. Die Erklärung von Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung hat eine quantitative und eine qualitative Komponente. Bei der **quantitativen Betrachtung** geht es um den Saldo, die Schere, aus entfallenden und neu benötigten Arbeitsplätzen. Dass sich in den Arbeitslosenquoten von Industrie 3.0 in den 1970er-Jahren und von Industrie 4.0 in der Gegenwart keine ursächlichen Zusammenhänge mit Technologie- und Produktivitätssprüngen zeigen, hat vor allem zwei potentielle Ursachen. *Erstens* führt Produktivitätssteigerung in dem Maße nicht zu Stellenabbau, indem sie Wachstumspotentiale in einen höheren Produktionsausstoß umsetzt. *Zweitens* beinhaltet die mengenmäßige Verringerung des Produktionsfaktors Arbeit infolge des demographischen Wandels (vgl. Punkt 1) Ausgleichspotential.
3. Hinter der Nettoentwicklung der Stellenzahl infolge von Digitalisierung stehen größere Bruttozahlen von Abbau und Neubedarf. Die Wandlung des einen in das andere ist die **qualitative Seite**. Sie betrifft die notwendige Übereinstimmung der Kompetenzprofile aus abgebauten alten Stellen mit den durch Digitalisierung neu entstehenden Profilen. Zwischen Unternehmen kann es dabei Verschiebungen und Transfers geben. Für die Volkswirtschaft handelt es sich um gegebene Größen.
4. Die wichtigste Brücke von bestehenden Angebotsprofilen am Arbeitsmarkt und den Nachfrageprofilen der Wirtschaft ist die **Qualifizierung**. Das war sie schon immer, ist es aber angesichts von Digitalisierung und neuen Arbeitswelten in einer völlig neuen Dimension. In dieser muss sie Gegenstand neuer Wege der Bildungspolitik sein.
5. Eine unbeantwortete Frage ist, ob es durch den besonderen Technologieschub einer industriellen Revolution – und das möglicherweise von Level zu Level verstärkt – eine Schere zwischen dem beschleunigten Wachstum von Anforderungsniveaus der Wirtschaft auf der einen Seite und der in natürlichen Grenzen verlaufenden Entwicklung menschlicher Qualifikations- und Leistungspotentiale auf der anderen gibt. Führt beschleunigter technischer Fortschritt zu ansatzweiser **Überforderung**? Einer qualitativen Überforderung des Produktionsfaktors Arbeit durch den von ihm selbst hervorgebrachten Produktionsfaktor Kapital? Gibt es Grenzen für den Brückenschlag durch Qualifizierung?
6. Bei der Antwort auf die Frage, ob und wie Digitalisierung zur **Veränderung bestehender Branchendefinitionen und Branchenstrukturen** führt, gibt es vor allem drei verschiedene Ansätze. *Erstens*: Die Wachstumsimpulse der Digitalisierung sind in den einen Branchen geringer und in anderen stärker. Das führt automatisch zu einer Verschiebung in der Branchenstruktur. *Zweitens*: Wie innerhalb von Branchen, vor allem

im Dienstleistungsbereich, das künftige Verhältnis von traditionellen Marktführern und digitalen Global Playern als neuen Wettbewerbern sein wird, hängt vom Erfolg bisheriger Anbieter bei der Digitalisierung ihrer eigenen Geschäftsprozesse und Vertriebswege ab. *Drittens:* Vor allem bei der Herstellung von Produktionsgütern erweitern große Unternehmen ihre Netzwerke (Cluster) aus der bisherigen eigenen Branche heraus und in andere Branchen hinein. Die entstehenden Megacluster können bisherige Branchengrenzen verwischen oder neu definieren.

7. Der elementarste Aspekt potentieller Einflüsse der Digitalisierung auf die Branchenstruktur ist wohl der oben genannte „zweite“ – der Wettbewerb zwischen traditionellen Akteuren und (vor allem) aus der IKT-Branche in den Markt eintretender **Global Playern**. Dort, wo die Integration der Digitalisierung in bisherige Geschäftsmodelle gelingt, wird die bestehende Branchenstruktur bei gewachsenem Grad an Digitalisierung weitgehend bestehen bleiben. Global Player werden nicht ohne Wirkung sein, dann mehr als Kooperationspartner den als Verdrängungswettbewerber. In Branchen, in denen das nicht gelingt, kann im Extremfall folgendes Szenario entstehen: Branchengrenzen werden nicht mehr der Struktur hergestellter Produkte und erbrachter Leistungen folgen, sondern einem Konzentrationsprozess zu großen, von Global Playern der Informations- und Kommunikationstechnologie geprägten Branchen, folgen. Diese können sich intern nach Produkt- und Leistungsgruppen analog der bisherigen Branchen strukturieren und spezialisieren.
8. Der Perspektive von Branchenstrukturen folgt die Perspektive des Systems von Ausbildungsberufen, die überwiegend branchenbezogen sind. Angesichts großer und schneller Veränderungen in der Wirtschaft durch Digitalisierung muss es gelingen, die klassischen Vorteile des **Systems der Ausbildungsberufe** (Einheitlichkeit, Stabilität und Transparenz) mit Flexibilität und Wirtschaftsnähe zu verbinden.
9. Es wird davon ausgegangen, dass Digitalisierung nicht (vor allem) zu Abschaffung bestehender und Schöpfung neuer Berufe führt, sondern zu einer inhaltlichen Ausrichtung bestehender Berufsbilder an den Anforderungen veränderter Arbeitswelten. Dabei muss die oft dominierende technische und methodische Komponente um die wichtigste, die **inhaltliche Komponente** ergänzt werden. Neben oder vor Lernplattformen, E-Learning und Hybriden geht es um innovative Lehrpläne in Allgemeinbildung, Ausbildung, Hochschulstudium und Weiterbildung, die diese neuen inhaltlichen Anforderungen abbilden. Entsprechende Proportionen braucht die Qualifizierung von Lehrkräften auf allen Ebenen für die Umsetzung dieser Aufgaben.

---

## 14.4 Demographischer Wandel

Demographischer Wandel ist im Unterschied zu Globalisierung, Digitalisierung oder Klimawandel ein für Deutschland „Mega“ aber weltweit kein oder kein einheitlicher Trend.

**Tab. 14.5** Entwicklung der Weltbevölkerung nach Kontinenten. (Quelle: UN 2015, eigene Berechnungen)

Kontinent/Region	1950		2015		2050		Zuwachs
	Mrd.	Anteil	Mrd.	Anteil	Mrd.	Anteil	
Afrika	0,2	8 %	1,2	16 %	2,5	26 %	1150 %
Asien	1,4	56 %	4,4	60 %	5,3	54 %	279 %
Südamerika/Karibik	0,2	8 %	0,6	8 %	0,8	8 %	300 %
Nordamerika	0,2	8 %	0,4	6 %	0,4	4 %	100 %
Ozeanien	.	.	.	.	0,1	1 %	.
Europa	0,5	20 %	0,7	10 %	0,7	7 %	40 %
<i>Welt</i>	<i>2,5</i>	<i>100 %</i>	<i>7,3</i>	<i>100 %</i>	<i>9,8</i>	<i>100 %</i>	<i>292 %</i>

Bevor wir zur Situation in der deutschen Volkswirtschaft kommen, deshalb erst ein Überblick über die demographische Situation und Entwicklung in der Welt und in ihren Teilen.

#### 14.4.1 Weltbevölkerung, Wachstumsdifferenzen, Migration

Man sagt, die Zahl der Weltbevölkerung ist von 300 Millionen zu Christi Geburt bis heute auf 8 Milliarden und damit auf das 25-fache gestiegen. Sie soll 2050 etwa bei 10 Milliarden liegen. Damit vorab: Das, was wir in Deutschland als eine der großen wirtschaftlichen Herausforderungen im Folgenden näher betrachten werden, der Rückgang der Zahl und das Steigen des Alters der arbeitsfähigen Bevölkerung ist nicht das Problem der Welt. Für sie ist die Herausforderung das Tempo des Wachstums ihrer Bevölkerung insgesamt und seiner unterschiedlichen Verteilung auf die Kontinente und Regionen. Tab. 14.5. macht das deutlich.

Die Zahl der Weltbevölkerung steigt, wenngleich langsamer, und es bestehen große regionale Zuwachsunterschiede. Tab. 14.5 zeigt ein sich verlangsamendes Bevölkerungswachstum in Asien auf insgesamt hohem Niveau, eine relative Stagnation in Europa und eine Explosion in Afrika auf mehr als das Zehnfache von 1950 bis 2015.

Messen wir diese Entwicklung an den bis hierher kennengelernten Sätzen der Volkswirtschaftslehre, dann erinnern wir uns zunächst an den Zusammenhang der Produktionsmenge (Output) und den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital (Input). Problemlos ist jeder Bevölkerungszuwachs, wenn im Einklang mit ihm eine adäquate Erhöhung der produzierten und zu verteilenden Güter steht.

Für den anderen Fall konstruieren wir ein Szenarium mit einer Reihe von Abstraktionen. Wir haben in einer Region A zum Zeitpunkt 1 einen Produktionsausstoß von 300 bei jeweils 100 Einheiten der eingesetzten Faktormengen an Arbeit, Boden und Kapital. Wir verstehen den Output von 300 als die verfügbare Wirtschaftsleistung und gehen vereinfachend davon aus, dass alle erzeugten Güter dem Konsum zufließen. Und wir nehmen weiter vereinfachend an, die Zahl der Bevölkerung sei gleich der Zahl der beschäftigungs-

fähigen Bevölkerung – dem Produktionsfaktor Arbeit. Dann stehen einer Bevölkerung von 100 Konsumgüter von 300 zur Verfügung, was zu einem Basislebensstandard A1 führt. Jetzt gehen wir davon aus, dass bis zu einem Zeitpunkt 2 die Bevölkerung von 100 auf 200 gestiegen ist. Und wir nehmen an, dass für die Güterproduktion ein konstantes Faktoreinsatzverhältnis besteht, der Produktionsfaktor Kapital als konstant und der Produktionsfaktor Boden (betrachten wir ihn als landwirtschaftliche Anbaufläche) unveränderbar ist. Dann kann der Zuwachs an Bevölkerung (= Produktionsfaktor Arbeit) nicht zu einem ergebniswirksamen Einsatz des Faktors Arbeit im Korridor zwischen 100 und 200 und damit nicht zu einem höheren Produktionsausstoß führen. Die gleiche Menge produzierter Güter (300) muss nun auf eine Bevölkerung von 200 anstatt von 100 verteilt werden. Die Konsummöglichkeit pro Einwohner halbiert sich. Bleiben wir bei unserer vereinfachenden Annahme „Konsumgüter = Lebensmittel“, röhrt hieraus die tendenzielle Gefahr des Hungers, wie wir ihn leider in vielen Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, beklagen.

Alle Anstrengungen der Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus auf der Welt, von Wirtschaftshilfe über Abbau von Handelshemmnissen und Technologie-transfer bis hin zu Spenden und der Eindämmung von Kriegsberden sind darauf gerichtet, diese bewusst vorgenommene theoretische Konstruktion, diese Spirale, zu durchbrechen. Das ist in dem Maße möglich, wie im Modell vorgenommene Abstraktionen und Annahmen aufgehoben oder relativiert werden können. Da die Begrenzung des Faktors Boden real ist, liegt die Lösung vor allem in der Qualität der eingesetzten Faktormengen (dazu gehört Bildung), Technologien zu ihrem veränderten Einsatzverhältnis und im Faktor Kapital – moderner Produktionsausstattung.

Bildeten wir für eine entwickelte Region B mit keinem oder negativem Bevölkerungswachstum ein alternatives Szenario ab, dann würde eine sonst mögliche Erhöhung des Produktionsausstoßes vor allem durch die begrenzte Einsatzmenge des Faktors Arbeit limitiert. Wie im vorangegangenen Beispiel auch hier unter einer Vielzahl vereinfachender Annahmen. Das Maß, in dem diese Annahmen außer Kraft gesetzt werden können, ist auch hier der Schlüssel zum Erfolg.

Soweit negative Modellwirkungen in der realen Praxis bestehen bleiben, entsteht mit zunehmender Globalisierung und Mobilität ein Ausgleichstrend im Sinne verbundener Gefäße in der Physik. Ein solcher Trend kann ein Herd wirtschaftsbedingter Migrationsprozesse sein. Migration in ihrer weltwirtschaftlichen Dimension ist nicht Gegenstand dieses Buches. Diese Einführung soll lediglich die Brücke schlagen zu den folgenden Abschnitten „Demographischer Wandel“ und „Zuwanderung“ aus der Sicht der Volkswirtschaft.

#### 14.4.2 Status

Beziehen wir den allgemeinen Begriff des demografischen Wandels (Veränderung in Zahl und/oder Zusammensetzung der Bevölkerung) auf die deutsche Volkswirtschaft, so bestehen „Herausforderung“ oder (nationaler) Megatrend in zwei parallel und in der Konse-

**Tab. 14.6** Demographische Entwicklung in Deutschland. (Quellen: Statista 2021k, m; Statistisches Bundesamt 2019, 2020b, c, eigene Berechnungen)

Jahr	Bevölkerung in Mio.	Erwerbspersonen in Mio.	Erwerbspersonen zur Bevölkerung	Durchschnittsalter
<b>2011</b>	80,3	43,9	54,7 %	43,9
<b>2012</b>	80,5	44,2	54,9 %	44,1
<b>2013</b>	80,8	44,4	55,0 %	44,2
<b>2014</b>	81,2	44,7	55,0 %	44,3
<b>2015</b>	82,2	44,9	54,6 %	44,2
<b>2016</b>	82,5	45,3	54,9 %	44,3
<b>2017</b>	82,8	45,8	55,3 %	44,4
<b>2018</b>	83,0	46,2	55,7 %	44,4
<b>2019</b>	83,2	46,5	55,9 %	44,5
<b>Prognose</b>				
<b>2030</b>	83,1	40,0	48,1 %	
<b>2040</b>	80,7	37,7	46,7 %	
<b>2050</b>	77,6	35,8	46,1 %	
<b>2060</b>	74,4	33,3	44,8 %	

quenz gleichgerichteten Prozessen: Erstens in einer Verringerung der Zahl der Bevölkerung und zweitens in der Zunahme ihres Alters und der damit verbundenen Verringerung der Zahl von Menschen im arbeitsfähigen Alter (Erwerbspersonen). Zu dem bekannten Bild gehört, dass aufgrund von Überalterung die Zahl der Erwerbspersonen schneller sinkt, als die der Bevölkerung. Und dass damit der Anteil der Erwerbspersonen an einer sich reduzierenden Bevölkerung sinkt.

Tab. 14.6 zeigt, dass das alles richtig ist. Aber nicht in der Vergangenheit und nicht in der Gegenwart. Aber in der Zukunft. Das macht die Herausforderung nicht geringer. Aber es ist wichtig, darauf hinzuweisen. Um das zum Teil anzutreffende Missverständnis zu vermeiden, wir stünden schon mittendrin im Abwärtstrend. Wichtig bei der Bewertung der Entwicklung von Gesamtbevölkerung und Erwerbsbevölkerung ist ihr Zusammenhang. Theoretisch wäre denkbar, dass ein Rückgang der Einwohnerzahl in exakt gleicher Höhe ausgeglichen würde durch einen aus Verjüngung folgenden erhöhten Anteil von Erwerbspersonen an der Bevölkerung. Das war in Deutschland bisher nicht relevant und wird künftig nicht zutreffen. Sondern das Gegenteil.

Die komprimierte Information aus Tab. 14.6 soll durch folgende Kommentierung ergänzt werden.

1. In den vergangenen zehn Jahren gibt es keine signifikanten Tendenzen in den oben aufgezeigten Richtungen. Im Gegenteil, die deutsche Bevölkerung wächst zwischen 2011 bis 2019 leicht, aber konstant. Dem ging seit 2005 ein Rückgang voraus, aber ein ebenfalls sehr leichter. Ähnlich konstant entwickeln sich die Zahl der Erwerbspersonen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Aus unserem heutigen Betrachtungswinkel heißt das in aller Deutlichkeit: *Demographischer Wandel ist kein Phänomen, in dem*

*wir heute leben.* Dass er in vielen anderen Ländern und Regionen der Erde sowieso keines oder ein völlig anders geartetes ist, hatten wir schon festgestellt.

2. Das Blatt wendet sich mit Blick nach vorn. Und da es zu der sich abzeichnenden Entwicklung kein kurzfristiges Bremspedal und keine leichten Kompensationslösungen gibt, ist der demographische Wandel für Deutschland von hoher Relevanz und gehört in dieses Kapitel.
3. Alle oben beschriebenen Szenarien treten ein. Beginnend mit dem kommenden Jahrzehnt und sich fortsetzend in den nächsten. Sicherlich lässt sich über die Treffgenauigkeit von Prognosen für die nächsten vierzig Jahre streiten. Aber der Trend stimmt. Nach den Annahmen in Tab. 14.6 wird sich bis 2060
  - die deutsche Bevölkerung um 6,8 Millionen auf rund 90 %;
  - die Zahl der deutschen Erwerbspersonen um 13,2 Millionen auf 72 %;
  - der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung um knapp 10 Prozent verringern.
4. Wenn man alle anderen Rahmenbedingungen als konstant annehmen, Arbeitslosigkeit und Migration außer Acht lassen bei all dem ein Nullwachstum unterstellen würde, hätten wir 2030 eine Fachkräftelücke von 6,6 Millionen, 2040 von 8,8 Millionen, 2050 von 10,7 Millionen und 2060 von 13,2 Millionen. Selbst, wenn man für konstantes Pro-Kopf-Einkommen und lineare Fortsetzung des Wohlstandes den Bevölkerungsrückgang von 8,8 Millionen gegenrechnet, verbleibt eine Schere von 4,4 Millionen.

In unserer Annahme zur wachsenden Fachkräftelücke sind wir stillschweigend davon ausgegangen, dass wir bei einem gegenwärtigen Sockel starten, bei dem Nachfrage und Angebot auf dem Fachkräftemarkt übereinstimmen. Das ist aber nicht so. Misst man den Fachkräftemangel vereinfacht an der Zahl unbesetzter Stellen (hier gibt es weitere Faktoren), so liegt er gegenwärtig bereits bei mehr als einer Million.

Die vorgenannten fiktiven Fachkräftelücken für die nächsten Jahrzehnte sind theoretische Werte, die sich aus Tab. 14.6 unter allen genannten Annahmen und Abstraktionen errechnen. Wirkliche Prognosen zum Fachkräftemangel liegen zum Teil niedriger, führen aber unter dem Strich zur gleichen Situation. *Welche Wege gibt es vor diesem Hintergrund der nächsten Generation zu ersparen, weniger zu haben und schlechter zu leben, als wir heute?*

#### 14.4.3 Fachkräftemangel und Fachkräftequellen, Fachkräftestrategien

Die bisher genannten Zahlen sind Aggregate und stellen den volkswirtschaftlichen Durchschnitt dar. Nehmen wir den gegenwärtig mit bundesweit etwa einer Million definierten Fachkräftemangel, so ist dieser sowohl nach Regionen, mehr aber noch nach Branchen und Berufsfeldern unterschiedlich. Großen Nachfrageüberhang besteht bereits heute in der Pflege, in Gastgewerbe und Hotellerie, in Verkehr und Spedition und im Handwerk. Im Brennpunkt stehen auch die Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik zusammenfassenden „MINT-Berufe“.

Dass das oben beschriebene Szenarium im Blickfeld der deutschen Wirtschaft ist, zeigt die Einschätzung des ehemaligen deutschen Arbeitgeberpräsidenten Ingo Kramer.

*„Gelingt es uns nicht, die dramatische Entwicklung zumindest abzubremsen und Fachkräftelücken zu schließen, sind unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland bedroht. Viele Investitionen und Innovationen werden ausbleiben, wenn nicht genügend motivierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Besonders ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist jedoch auf die Innovationskraft seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir leben von den Erfindungen und der Tatkraft der Menschen.“*

Quelle: Kramer ([2015](#))

Führen wir die Botschaft Kramers auf unsere volkswirtschaftliche Produktionsgleichung  $O = f(A, B, K)$  zurück, so heißt das. *Erstens: Der Produktionsfaktor Boden (hier: Bodenschätzung)* ist begrenzt und kann weder mengenmäßig noch in der Faktorkombination für einen ausfallenden Teil des Faktors Arbeit einspringen. Kapital kann das auch nicht – mehr noch: Es wird ein sehr wichtiger Zusammenhang deutlich – der zwischen dem Produktionsfaktor Arbeit und dem Produktionsfaktor Kapital. Sachkapital steht oder liegt, in welcher Menge auch immer, nicht einfach da. Für eine wettbewerbsfähige Wertschöpfung muss es ständig dem technischen Fortschritt folgen. Notwendig dafür ist Investition in Innovation. Und diese Innovation kann nur vom Faktor Arbeit kommen. Wird dieser geringer, gleiche Qualität und Intelligenz vorausgesetzt, verringert sich das Potential für die marktfähige Entwicklung des Faktors Kapital. Und noch mehr wird deutlich: Im Verständnis des Zitats braucht technologische Innovation den Faktor Arbeit. Das futuristische Szenarium, dass irgendwann Maschinen (Kapital) sich selbst erneuern und weiterentwickeln und der Mensch überflüssig ist, wird damit ausgeschlossen. Trotz Digitalisierung, maschinelner Kommunikation und Interaktion und trotz künstlicher Intelligenz.

Kommen wir zurück zur Frage, welche Möglichkeiten und Wege es gibt, um trotz demographischen Wandels Einbußen an Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu vermeiden. Ein Füllhorn ist es nicht. Wir wollen einen Blick auf mögliche Quellen eines Ausgleichs und daran geknüpfte Strategien werfen. Es geht dabei um potentielle Varianten, die wir wertungsfrei darstellen wollen. Zu ihnen gehören die folgenden.

*Erstens – Qualifizierung* Die Aufgabe besteht darin, durch qualitative Verbesserungen des Produktionsfaktors Arbeit dessen mengenmäßigen Rückgang abzufedern und mit weniger Input den gleichen Effekt zu erzielen. Dazu bietet das gesamte Bildungssystem – von der allgemeinbildenden Schule über wirtschaftsnahe Berufsorientierung und an neuen Arbeitswelten orientierte Berufsausbildung bis hin zu Studium und am Bedarf der Wirtschaft orientierte Weiterbildung – Zugriffsmöglichkeiten. Es kommt auf effizientere Nutzung demographisch begrenzter Quellen hinaus, deren Erschließung auch systemische Bewegung erfordert. Das schließt mehr Transparenz, Einheitlichkeit oder zumindest Koordinierung innerhalb des deutschen Bildungssystems ein. Und es betrifft mehr noch als die regionale Komponente die der verschiedenen Formate und institutionellen Zuständigkeiten.

### Exkurs

In Deutschland gibt es derzeit für verschiedene Bildungsebenen und -formate folgende institutionelle Zuständigkeiten: Die **allgemeine Schulbildung** liegt in Zuständigkeit der Bildungsministerien der Bundesländer. Länderübergreifende Koordinierung der Schulpolitik erfolgt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Kultusministerkonferenz. Die **Berufsorientierung**, eine immer wichtigere Brücke des Übergangs zwischen Schule und Beruf, entspricht nicht den Erfordernissen und spielt sich zuständigkeitsseitig „zwischen den Fronten“ ab. Ein stärkerer Ansatz muss bereits in der allgemeinbildenden Schule bestehen. Teile der Aufgabe liegen bei den Sozialpartnern sowie bei den Berufsinformationszentren der Arbeitsagenturen. Bildungsministerien der Bundesländer initiieren unter Einbeziehung europäischer Mittel Förderprogramme – mit von Land zu Land unterschiedlichen Konzepten. Die Vermutung von Reserven in Einheitlichkeit und Erfahrungstransfer drängt sich auf. **Berufsausbildung** folgt bundesweit einheitlichen, durch Bundesinstitut für Berufsbildung und Kultusministerkonferenz koordinierte Vorgaben von Ausbildungsordnungen. Institutionell ist die Berufsausbildung (dual durch Berufsschule und Betrieb) wie die allgemeinbildende Schulausbildung den Bildungsministerien der Bundesländer und in seiner zentralen Koordinierung dem BMBF zugeordnet. Das **Hochschulstudium** liegt zentral in Zuständigkeit von BMBF (wie Schule und Ausbildung) sowie des Wissenschaftsrates. In den Bundesländern gibt es unterschiedliche und wechselnde Zuständigkeiten. In Berlin ist das Wissenschaftsressort (Hochschulen) aktuell direkt der Senatskanzlei zugeordnet. In der Vergangenheit gehörte es wechselnd zur Senatsschulverwaltung oder zu einem eigenen mit Forschung kombinierten Ressort. Von Bedeutung ist im Hochschulbereich das Prinzip der wissenschaftlichen Autonomie. Am diffusesten ist die Zuordnung bei der immer wichtiger werdenden **beruflichen Weiterbildung**. Hier liegen Zuständigkeiten und Finanzierung bei Bund, Ländern, Betrieben, Sozialpartnern, Arbeitsagenturen oder Jobcentern und – zum Beispiel bei Integrationskursen und Berufssprachkursen – beim BAMF. Akteure sind hier eine Vielzahl vor allem privater Bildungsträger, die in ihrem Kern eine vergleichsweise hohe Qualität und Wirtschaftsnähe aufweisen und gegenwärtig um Transparenz und einheitliche Standards ringen. Für diesen Bereich gibt es im Unterschied zu den anderen keine eindeutige institutionelle Zuordnung.

Das immer wichtiger werdende Prinzip „Ein Leben lang lernen“, die zunehmende Durchlässigkeit zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem sowie innerhalb der verschiedenen Komponenten des Bildungssystems zeigen Reserven und Handlungsbedarf als Grundlage für die Qualität des Ergebnisses, des Outputs, auf.

**Zweitens – Erhöhung des Arbeitsvolumens** Ansätze in dieser Richtung laufen darauf hinaus, einen Rückgang der Zahl potentieller Kandidaten für eine Beschäftigung (Erwerbspersonen) durch Intensität und Effektivität ihres Einsatzes zu kompensieren. Die Palette von Vorschlägen ist breit. Sie umfasst unter anderem:

- a. Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch späteren Renteneintritt – gesetzlich (gegenwärtig stufenweise von 65 auf 67) oder freiwillig (Umdenken in Betrieben).
- b. Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch früheren Eintritt ins Erwerbsleben – weniger Klassenwiederholung und Warteschleifen, effektivere (kürzere) Studiendurchläufe. Dazu gehört auch eine Entschlackung von Lehrplänen im Zuge ihrer Fortschreibung.

c. Verlängerung der Wochenarbeitszeit. In den 1970er-Jahren wurde die gesetzliche Wochenarbeitszeit schrittweise auf 40 Stunden gesenkt. Sie beträgt heute branchenspezifisch 36 bis 40 Stunden. Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsort (Homeoffice) werden hier als förderliche Voraussetzungen gewertet.

**Drittens – Familienfreundlichere Arbeitsbedingungen** Hierzu zählen Elternzeit, Teilzeit oder Freistellung zur Pflege kranker Kinder. Trotz veränderter Familienmodelle betrug die Erwerbstätigkeitsquote 2019 in Deutschland bei Männern 80,5 %, bei Frauen bei 72,8 %. Quelle: Statistisches Bundesamt ([2021b](#)). Eine Erhöhung der Quote, vor allem bei Frauen, kann Arbeitspotentiale freisetzen.

**Viertens – Höherer Fachkräfteeffekt aus Bildungsgängen** Hierzu gehören

- a. Verringerung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen (bei Wahrung von Qualitätsstandards). In Deutschland betrug die Auflösungsquote von Ausbildungsvorträgen (nicht identisch mit Ausbildungsabbrüchen) 2019 26,9 %. Ein Viertel und in den letzten Jahren tendenziell steigend. Die Studienabbrücherquote bei Bachelorstudiengängen liegt mit 27 % auf vergleichbarer Höhe. Bei ausländischen Studierenden ist sie mit rund 40 % deutlich höher.
- b. Höherer Verbleib ausländischer Studienabsolventen in Deutschland. Von den 60 % erfolgreicher ausländischer Studienabsolventen entscheiden sich wiederum weniger als die Hälfte für eine Karriere in Deutschland. Quelle: Stifterverband für die deutsche Wirtschaft ([2020](#)). Damit stehen gegenwärtig weniger als ein Drittel ausländischer Studienanfänger an deutschen Hochschulen der deutschen Wirtschaft als Fachkräfte zur Verfügung.

**Fünftens – „Matching-Management“** Am Ausbildungs- und am Arbeitsmarkt stehen unbesetzten Stellen nicht vermittelte Bewerber gegenüber. Eine rein mathematische Saldierung funktioniert nicht, da vorhandene und gesuchte Profile nicht zusammenpassen oder nicht zusammenfinden. Eine professionelle Beratung und begleitende Vermittlung durch Arbeitsagenturen, Bildungs- und Vermittlungsträger und Unternehmen kann, gegebenenfalls durch anpassende Qualifizierung, auf direktem Wege beitragen, die Fachkräfte-lücke zu verkleinern.

**Sechstens – Vereinbarkeit von gesundheitlicher Einschränkung mit Beschäftigung** In Deutschland leben 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen. Quelle: Statistisches Bundesamt ([2020a](#)). Viele Behinderungen haben keine Auswirkung auf die Leistungsfähigkeit in bestimmten Berufsbereichen. Individuelle Diagnostizierung, Beratung, Erprobung und Berufswegplanung ermöglicht über geförderte Beschäftigung hinaus eine teilweise Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt. Hier können sich besondere Fähigkeiten und Motivation der Menschen mit bestehenden Fachkräfteengpässen treffen. Das gilt

auch für die berufliche Rehabilitation, wobei hier bereits heute durch betriebliches Gesundheitsmanagement eine Beendigung oder Unterbrechung der Beschäftigung vermieden werden kann.

*„Die bereits bestehenden und zukünftigen Fachkräfteengpässe erfordern verstärkte Anstrengungen zum Erhalt der Erwerbsfähigkeit der Belegschaft sowie zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderung.“*

Quelle: Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ([2015](#))

*„Wie auch der Sachverständigenrat betont, ist die Sicherung der Fachkräftebasis eine der zentralen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Fachkräftemangel ist – nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung – ein strukturelles Problem der deutschen Wirtschaft, das in zahlreichen Branchen und Regionen ein Wachstumshemmnis darstellt.“*

Quelle: Bundesregierung ([2021](#))

**Siebtens – Zuwanderung** Wenn eine Volkswirtschaft aus eigener Kraft einen Rückgang ihrer Bevölkerung und Erwerbsfähigen nicht verhindern kann, richtet sich natürlich einer der ersten Blicke über die Grenzen nach draußen. Deshalb ist die Migration in jedem Falle ein Faktor, der im Ensemble mit den anderen dazu dienen kann, zumindest mittelfristig den Fachkräftemangel zu verringern. Da das Thema der Zuwanderung spätestens seit 2015 für Deutschland ein komplexes ist, widmet sich ihm der nachfolgende Abschn. [14.5](#) gesondert. Dabei werden wir auch sehen, dass unterschieden werden muss zwischen dem zunehmend globalen Wettbewerb von Volkswirtschaften und Unternehmen um Spezialisten und Fachkräfte auf der einen Seite und der primär humanitär geprägten Willkommenskultur gegenüber Migranten und Geflüchteten auf der anderen. Hier ist die Erschließung von Fachkräfteeffekten ein Sekundärziel, das mittelfristiger und stufenweiser Qualifizierungs- und Integrationsanstrengungen bedarf.

## Fazit

1. In dem Maße, in dem in der Welt oder in einigen ihrer Regionen Bevölkerungswachstum durch Begrenzung der anderen Produktionsfaktoren nicht zu adäquater Produktionserhöhung führt, verringern sich Pro-Kopf-Einkommen und Wohlstand. Gibt es andere Regionen, in denen ein sich eher verringender Faktor Arbeit die Produktionsbegrenzung darstellt, ergibt sich, je stärker Globalität und je größer Mobilität, eine potentielle von Wirtschaftsmigration.
2. Das für die deutsche Volkswirtschaft signifikante Szenario demographischen Wandels besteht aus wachsendem Alter und sinkender Zahl der Bevölkerung bei schneller sinkender Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Auch, wenn bereits gegenwärtig Fachkräftemangel besteht, ist diese Entwicklung in der Vergangenheit nicht nachweisbar – dafür aber umso deutlicher in den Prognosen für das kommende und die nächsten Jahrzehnte.

3. Finden sich für eine Entwicklung, wie die aufgezeigte, keine Gegenmittel, so stünde einer geringer gewordenen Bevölkerung ein noch geringer gewordenes Bruttoinlandsprodukt für die Verteilung zur Verfügung. Konsequenz wäre ein Rückgang von Pro-Kopf-Einkommen, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.
4. Aus der Sicht der volkswirtschaftlichen Produktionsfunktion heißt das: Der Faktor Boden ist in Deutschland, vor allem in seiner Form von Rohstoffvorkommen stark begrenzt und kann einen ausfallenden Teil des Faktors Arbeit (auch aus technologischen Gründen) nicht ausgleichen. Auch Sachkapital kann das nicht. Im Gegenteil: Seine wettbewerbsfähige Innovation setzt den Faktor Arbeit, und zwar auf einem hohen Qualifikationsniveau, voraus. Dieser kausale Zusammenhang wird auch nicht auf der erreichten Ebene der Automatisierung durch eine interaktive Eigendynamik der Maschinen (innovative Selbstreproduktion des Produktionsfaktors Kapital) ersetzt.
5. Potentielle strategische Elemente zur Wahrung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit bei demographischem Wandel in der deutschen Volkswirtschaft sind a) Qualifizierung, b) Erhöhung des Pro-Kopf-Arbeitsvolumens, c) familienfreundlichere Arbeitsbedingungen, d) höherer Fachkräfteeffekt aus Bildung, e) „Matching – Management“, f) Brücken zwischen gesundheitlicher Einschränkung und Beschäftigung sowie g) Zuwanderung.

---

## 14.5 Zuwanderung

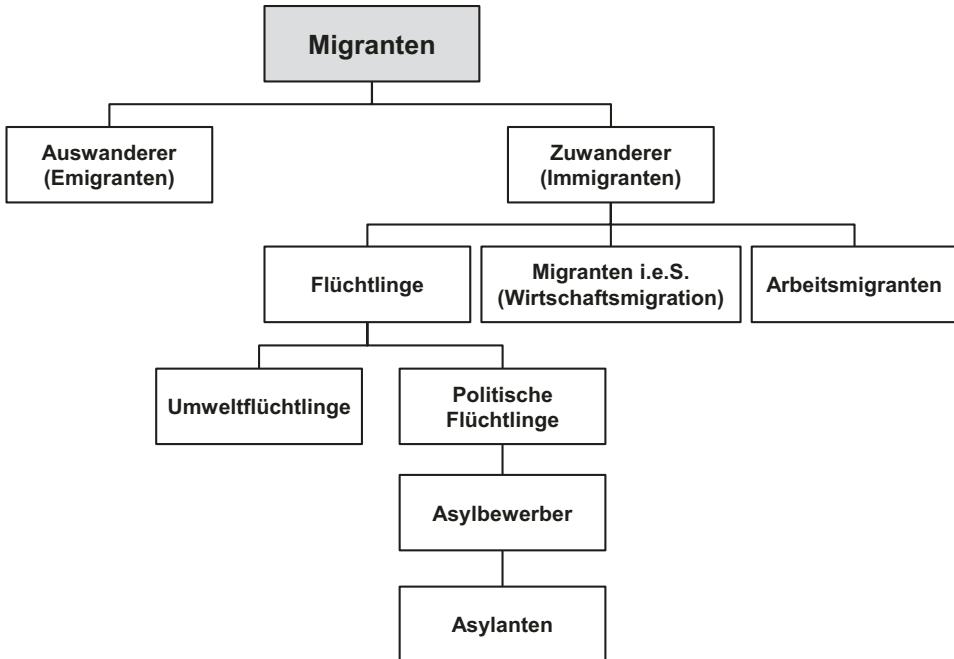
### 14.5.1 Begrifflicher Rahmen

Der Titel dieses Abschnitts ist „Zuwanderung“. Warum nicht „Migranten“, „Flüchtlinge“, „Asylbewerber“ oder „Asylanten“? Tatsächlich gibt es eine Menge von Begriffen, die sich auf Ähnliches beziehen, dennoch nicht das Gleiche sind. Die verschieden definiert und gern verwechselt werden. Für die Transparenz dieses Abschnitts ist es wichtig, dass wir uns auf ein begriffliches System verständigen. Abb. 14.3 bildet hierfür die Grundlage.

Wir verstehen „Migranten“ als den Oberbegriff.

► **Migration** ist die auf Dauer angelegte regionale Veränderung des Lebensmittelpunktes von Menschen oder Menschengruppen. Sie kann innerhalb eines Staatsgebietes oder grenzüberschreitend erfolgen. Ist sie grenzüberschreitend, gehören zu ihr das Verlassen eines Landes (Auswanderung/Emigration) und das Aufsuchen eines Landes (Einwanderung/Immigration).

Unserer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise aktueller Trends entsprechend, verstehen wir im Folgenden Migration a) als grenzüberschreitend und b) als Einwanderung/Immigration. Daraus folgt der Begriff „Zuwanderung“ im Titel dieses Abschnitts.



**Abb. 14.3** Begriffssystem Migration

### Exkurs

Der oft benutzte Begriff „Migrationshintergrund“ greift breiter und ist genauer. Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes hat eine Person Migrationshintergrund, „wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde“. Dazu zählen zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen. Vertriebene des 2. Weltkrieges haben einen besonderen Status.

Das Verständnis von Migration als Oberbegriff ist das verbreitetste. Es schließt ein, dass auch die Personengruppe der Flüchtlinge zur Gruppe der Migranten gehört und nicht neben ihr steht. Das ist in Definitionen und Statistiken, auf die wir treffen, nicht immer einheitlich und eindeutig. Auch der traditionelle Name „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) suggeriert hier eher ein Nebeneinander beider Gruppen.

**Flüchtlinge**, im engeren Sinne verstanden als politische Flüchtlinge, verlassen ihr Land wegen schwerwiegender Gefahr für Leib und Leben und können aus diesen Gründen nicht in ihr Land zurückkehren. Gründe der Verfolgung im Heimatland können die politische Meinung, Religion oder die Zugehörigkeit zu ethnischen Minderheiten sein. Der genaue Flüchtlingsstatus ist in der *Genfer Flüchtlingskonvention von 1951* (mit Zusatzprotokoll von 1967) geregelt. Nach deren Artikel 1 ist ein Flüchtlings eine Person, die „aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Nationalität, Zugehörigkeit zu ei-

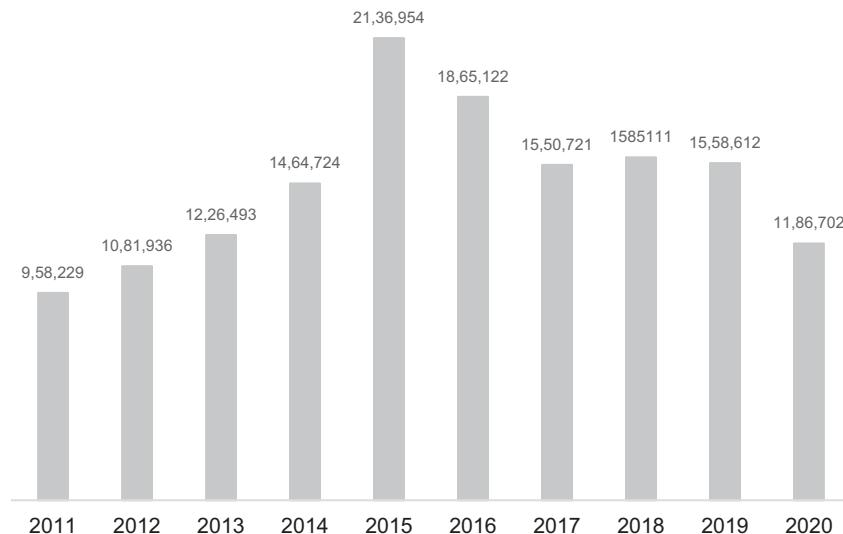
*ner bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt ....“.* Asylbewerber suchen den offiziellen Status als Flüchtling. Asylanten besitzen diesen. Im weiteren Sinne werden auch Menschen als Flüchtlinge bezeichnet, die wegen Kriegen, Umwelt- oder Naturkatastrophen ihr Herkunftsland verlassen.

**Migranten im engeren Sinne** sind eine von Flüchtlingen unterschiedene Gruppe. Der Grund ihrer Einreise sind vor allem demographische (vgl. Abschn. 14.3) oder wirtschaftliche Gründe. Wirtschaftsmigranten suchen in einem neuen Land die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Für sie ist (wie für Flüchtlinge) in der Regel Unterstützung beim Erlernen der Sprache, bei der Suche nach Arbeit und bei der Integration in die Gesellschaft notwendig. Ein Beitrag zum Schließen der Fachkräftelücke kann aus dieser Gruppe erst mittelfristig und mit Investition gesellschaftlichen Aufwandes erfolgen. Ihre Aufnahme (im Einzelfall) folgt wie die von Flüchtlingen primär humanitären und nicht wirtschaftlichen Motiven.

Das ist anders bei **Arbeitsmigranten**. Arbeitsmigration ist die Zuwanderung qualifizierter und hochqualifizierter Fachkräfte und damit ein wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor. Für die deutsche Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik ist sie eine strategische Säule zur Deckung des Fachkräftebedarfs. In vielen Branchen wie der Gastronomie oder Pflege sind ausländische Fachkräfte bereits eine wichtige Basis von Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit. Eine besondere Gruppe von Arbeitsmigranten sind hochqualifizierte **Spezialisten**, zum Beispiel in der ITK-Branche. Im Zuge der Globalisierung ist hier ein grenzüberschreitender weltweiter Wettbewerb zwischen Staaten und Unternehmen entbrannt. Vor rund 20 Jahren wurde in Deutschland zur Anwerbung ausländischer Spezialisten und dem Beispiel der US-amerikanischen Greencard folgend, die „Bluecard“ geschaffen. Deutschland zu einem attraktiven Lebensmittelpunkt ausländischer Spezialisten zu machen, ist bis heute Ziel der Wirtschafts- und Zuwanderungspolitik. Der Erfolg ist umstritten. Verwiesen wird auf das hinsichtlich Nicht-Befristung und späterer Einbürgerungsmöglichkeit attraktivere US-amerikanische Arbeitsvisum. Andere Wettbewerbsbedingungen sind Arbeitskonditionen, Entwicklungsperspektiven und persönliches Umfeld (Wohnen, Kultur). Daneben wird angloamerikanischen Ländern ein Wettbewerbsvorteil durch ihre Weltsprache Englisch bescheinigt. Ein zusätzlicher in einer Reihe vieler Gründe, die deutsche Sprache nicht noch weiter zu verkomplizieren.

### 14.5.2 Statuts

Abb. 14.4 zeigt die Entwicklung der Zuwanderungszahl nach Deutschland von 2011 bis 2020. Die Zahl der Zuwanderung (brutto) beträgt von 2011 bis 2020 14,6 Millionen. Bekanntermaßen liegt der Höhepunkt 2015, dem Jahr der Flüchtlingskrise. Die Zahl betrug da 2,1 Millionen. Vorher gab es jährliche Zahlen im Korridor von 1,0 bis 1,5 Millionen mit leicht steigender Tendenz. Auf dieses Niveau sind die Werte in den Folgejahren bis 2020 ebenfalls schrittweise wieder zurückgegangen.



**Abb. 14.4** Zuwanderung nach Deutschland von 2011 bis 2020. (Quelle: Statista 2021h)

**Tab. 14.7** Migration und Asylbewerbung: Herkunftsländer. (Quelle: Statista 2021i; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF 2021)

Ausländer in Deutschland 2020		Asylbewerber in Deutschland 2020	
Land	Zahl	Land	Zahl
1	Türkei	1	Syrien
2	Polen	2	Afghanistan
3	Syrien	3	Irak
4	Rumänien	4	Türkei
5	Italien	5	Nigeria
6	Kroatien	6	Iran
7	Bulgarien	7	Somalia
8	Griechenland	8	Eritrea
9	Afghanistan	9	Georgien
10	Russland	10	Ungeklärt

In Deutschland hatten nach Angaben des BAMF 2019 21,2 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Das ist rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung. Wiederum je rund die Hälfte davon sind deutsche und ausländische Staatsbürger.

Dass es einen Unterschied macht, ob wir über Ausländer in Deutschland insgesamt oder über Flüchtlinge/Asylbewerber reden, macht eine Übersicht der jeweils wichtigsten Herkunftsländer in Tab. 14.7 deutlich.

Der Vergleich des Herkunftsländer-Rankings zwischen den Kriterien „Ausländer in Deutschland“ und „Asylbewerber in Deutschland“ in Tab. 14.7 zeigt die Unterschiede in den oben definierten Begriffen. Gleichzeitig wird deutlich, wie in der größeren Gruppe in

Deutschland lebender Ausländer die verschiedenen Teilgruppen ihre Spur hinterlassen. Polen, Italien oder Griechenland sind klassische Herkunftsländer für Arbeitsmigration. Neu hinzugekommen sind Wirtschaftsmigranten, die u. a. durch Länder wie Rumänien oder Bulgarien repräsentiert werden. Und die rechte Rangfolge der Flüchtlingsländer führt schrittweise dazu, dass sich Herkunftsländer wie Syrien und Afghanistan inzwischen auch auf den vorderen Rängen bei den in Deutschland lebenden Ausländern befinden. Eine statistische Differenzierung nach den einzelnen Migrationsformaten macht wenig Sinn, weil klare Zuordnungen oft schwer und damit Grenzen fließend sind.

### 14.5.3 Zuwanderung, Arbeitsmarkt, Fachkräftemarkt

Wie wir gesehen haben, liegt der Migrationsanteil bei einem Viertel der deutschen Bevölkerung und die Zuwanderung in den letzten 10 Jahren bei rund 15 Millionen Menschen. Bei einer aktuell mit 1 Million bezifferten und bis 2030 auf 6 Millionen wachsenden Fachkräftelücke sind das durchaus relevante Proportionen. Zuwanderung, betrachten wir sie zunächst rein quantitativ, kann eine für Demographie, Wachstum und Wohlstand in Deutschland wichtige Quelle sein. Wie sich die Effekte zum Aufwand auch im Zeitverlauf wirklich stellen, ist nur bei genauerem Blick auf Strukturen und Profile zu beantworten.

Beginnen wir mit der **Altersstruktur**. Tab. 14.8 vergleicht die Altersstruktur der deutschen Gesamtbevölkerung mit dem Teil, der einen Migrationshintergrund hat.

Aus Tab. 14.8 geht hervor, dass 2019 nur reichlich ein Drittel der deutschen Bevölkerung unter 35 Jahre alt ist. Bei dem Teil mit Migrationshintergrund ist es genau die Hälfte.

Neben der arbeitsmarktrelevanten Gesamtzahl von Zuwanderung ist auch deren Altersstruktur ein Faktor, der negativen Tendenzen der demographischen Entwicklung in Deutschland, in diesem Falle der Überalterung, entgegenwirkt. Der Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung und hebt damit den Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Im Dezember 2020 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland insgesamt bei 5,9 %, beim Teil der ausländischen Bevölkerung betrug sie mit 14,6 % weit mehr als dem Dop-

**Tab. 14.8** Altersstruktur Bevölkerung und Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2019. (Quelle: Statista 2021g; Statistisches Bundesamt 2021c, eigene Berechnungen)

Altersgruppe	Anteil Bevölkerung 2019	Anteil Migrationshintergrund 2019
unter 5	5 %	7 %
5–20	14 %	20 %
21–35	18 %	23 %
36–45	12 %	16 %
46–55	15 %	14 %
56–65	15 %	10 %
66 und älter	21 %	10 %
Gesamt	100 %	100 %

pelte. Die Arbeitslosenquote ist signifikant für das Verhältnis von Beitrag zur Wertschöpfung und sozialer Teilhabe. Zu den Gründen für das Delta zählen unter anderem:

1. In Deutschland sind 2017 14 % der Bevölkerung ohne einen beruflichen Abschluss. Bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil mit 27 % etwa doppelt so hoch. Allein für die Gruppe der Flüchtlinge noch bedeutend höher. Fachkräftemangel ist Mangel an Bewerbern mit Berufsabschluss. Beschäftigungschancen für Menschen ohne Berufsabschluss sind selbst bei hohem Nachfrageüberhang am Arbeitsmarkt schlecht.
2. Viele ohne (anerkannten) Beruf Zugewanderte verfolgen nach ihren Sprachkursen das Ziel einer schnellen Arbeitsaufnahme, um für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können. Eine zum Beruf führende dreijährige Ausbildung oder zweijährige Umschulung ist da in vielen Fällen zu lang. Die Gefahr erneuter Arbeitslosigkeit ist bei Hilfsarbeit aber größer.
3. Auch nach Integrations- oder Berufssprachkursen weisen viele Zuwanderer nach wie vor beschäftigungsrelevante Sprachdefizite in Deutsch auf. Erfahrungen zeigen, dass in der Hierarchie der Einstellungskriterien von Unternehmen das Beherrschene der Sprache vor sozialen Kompetenzen und Fachkompetenzen rangiert.
4. Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitserlaubnis und Befristungen sind Faktoren, die aus der Sicht einstellender Unternehmen (sowohl in Arbeit als auch in Ausbildung) Planungsunsicherheit hervorrufen.
5. Die Arbeitslosenquote ist bei Menschen mit Migrationshintergrund während der Corona-Pandemie schneller gestiegen, als im Gesamtmaßstab. Das liegt daran, dass überdurchschnittlich viele von ihnen in besonders betroffenen Branchen, zum Beispiel in der Gastronomie, tätig sind oder waren.

Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sieht in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung 2019 die Situation nüchtern, aber für die Zukunft optimistisch: Die Vision des ehemaligen Daimler-Chefs Dieter Zetsche, Zuwanderung könnte zu einem neuen deutschen Wirtschaftswunder führen, war nicht realistisch und hat übertriebene Erwartungen geweckt. Das betrifft auch die Zeitschiene. Brücker geht davon aus, dass von Zuwanderern nach fünf Jahren ungefähr jeder zweite am Arbeitsmarkt erfolgreich ist. Zu den Branchen mit den meisten Erfolgsschancen zählen dabei die Gastronomie, das Schutz- und Sicherheitsgewerbe, Reinigung, Pflege und Bau- gewerbe. Quelle: Brücker (2019) Da das Berufswahlverhalten Zugewanderter sich kaum von dem deutscher Bewerber unterscheidet, führen – das ist die Erfahrung vermittelnder Arbeitsagenturen und Jobcenter – die Bemühungen um eine Arbeitsaufnahme oft an diesen Branchen vorbei.

#### 14.5.4 Strategie

Wir haben zu Beginn dieses Abschnitts, im definitorischen Teil, die unterschiedliche Bewertung von Flüchtlingspolitik und dem Ziel der Fachkräftegewinnung aus Drittländern hervorgehoben. Das zeigt sich auch in der Strategie der deutschen Politik. Im ersten Fall vor allem der Außen- und Innenpolitik – durch das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium. Im zweiten Fall vor allem der Wirtschaftspolitik – durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Die Politik legt Wert auf diese Differenzierung und wir wollen auch hier dieser Zwei-Säulen-Strategie folgen.

Leitlinie der deutschen Flüchtlingspolitik ist die Vereinbarung humanitärer Verpflichtungen mit der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft.

*„Die Bundesregierung möchte Flucht- und Migrationsbewegungen im Sinne ihrer nationalen und europäischen Interessen sowie unter Beachtung ihrer internationalen und humanitären Verpflichtungen aktiv steuern und gestalten. Sie berücksichtigt dabei stets die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit Deutschlands. Sie verfolgt zudem insbesondere das Ziel, die Ursachen der Migration deutlich zu reduzieren und dabei das Ausmaß irregulärer Migration und Flucht weltweit spürbar zu begrenzen.“*

Quelle: Bundesregierung (2016)

Damit gilt das Prinzip „so viel wie erforderlich und verkraftbar“ und nicht „so viel wie möglich“. Das klingt selbstverständlich, ist aber wichtig zur Unterscheidung gegenüber dem Wettbewerb um die Gewinnung von Fachkräften aus Drittländern.

Die Prioritäten sind bei der Anwerbung von Fachkräften anders. Während die Flüchtlingspolitik einer Autofahrt gleicht, bei der Steuer, Gas und Bremse in ausgewogenem Maße bedient werden, überwiegt bei der Fachkräftestrategie das Gaspedal. Bei der Einbeziehung der Option „Drittländer“ schließt dabei der Fachkräftebegriff Menschen mit verwertbaren Berufsabschlüssen, Spezialisten und Experten ein.

*„Die Bundesregierung hat unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie eine Strategie zur gezielten Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten erarbeitet. Sie definiert erstmalig einen kohärenten Ansatz zur Förderung der Fachkräftegewinnung und positioniert Deutschland damit als attraktives Einwanderungsland im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte.“*

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020a)

Zu Schritten bei der Umsetzung dieser Strategie zählen das seit 01.03.2020 geltende „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ (FEG) – unter anderem mit Wegfall der Vorrangprüfung – sowie Anpassungen des „Gesetzes zur verbesserten Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“.

Wir haben an verschiedenen Stellen dieses Buches – zuletzt in Abschn. 14.1 – festgestellt, dass eine gemeinsame oder abgestimmte EU-Politik vor allem in Krisenphasen auf zu wenig Vorbereitung, Pragmatismus, Handlungsschnelligkeit, Effizienz und Konsensfähigkeit trifft. Das war so in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009, in der Flücht-

lingskrise 2015–2016 und in der Corona-Krise 2020–2021. Erinnern wir uns an das von der Leyensche Tankerbeispiel. In der Flüchtlingskrise zeigte es sich, dass der bisherige im „Gemeinsamen Europäischen Asylsystem“ (GEAS) formulierte Mindeststandard einer Harmonisierung und kurzfristige Maßnahmen nicht ausreichten. Bis heute gibt es große Unterschiede zwischen den EU-Ländern im Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden sowie in der sich in Kapazitäten ausdrückenden Aufnahmefähigkeit. Flüchtlinge werden weiter sehr unterschiedlich innerhalb der EU verteilt. Eine Voraussetzung für spürbare Fortschritte ist eine weitere politische Integration der EU und ein schrittweiser Übergang von nationaler auf zentrale Entscheidungskompetenz. Wir erinnern uns an die Entwicklungsszenarien in Abschn. 14.1. Die für eine erfolgreiche gemeinsame Flüchtlingspolitik relevanten Politikbereiche – Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik – liegen in einzelstaatlicher Entscheidungskompetenz und sind als solche Gegenstand von Koordinierung. Diese, das haben bisherige Erfahrungen gezeigt, funktioniert bei ebenem Gelände besser, als wenn es in die Berge geht.

## Fazit

1. Vergleicht man die Zahlen der Zuwanderung mit der Entwicklung des Fachkräftebedarfs, so sind diese (zunächst quantitativ) ein wichtiger, dem demographischen Wandel entgegenwirkender Faktor. Und damit potentielle Quelle für Fachkräftegewinnung, Wachstum und Wohlstand.
2. Dieser Umstand gewinnt an Bedeutung, weil die Altersstruktur der Zuwanderer niedriger (jünger) ist, als die der Gesamtbevölkerung. Das erhöht den Anteil von Personen im beschäftigungsfähigen Alter.
3. Die Arbeitslosenquote ist signifikant für das Verhältnis von Beitrag zur Wertschöpfung und sozialer Teilhabe. Arbeitslosigkeit ist beim ausländischen Teil der Bevölkerung höher als insgesamt. Zu den Gründen gehören a) der niedrigere Anteil von Berufsabschlüssen, b) schneller Einstieg ohne Beruf bei höherer Gefahr erneuter Arbeitslosigkeit, c) Sprachdefizite, d) Planungsunsicherheit der Unternehmen durch Aufenthaltsstatus, e) Beschäftigung in von Corona besonders betroffenen Branchen.
4. Der Effekt der Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Gesellschaft ist ein mittelfrisriger. Er setzt Investitionen in Sprache, berufliche Qualifizierung und Integration voraus. Je größer er ist, desto stärker kann Zuwanderung zur zeitlich verzögerten Fachkräftequelle werden.
5. Der internationale Wettbewerb entwickelter Länder und ihrer Unternehmen um Fachkräfte und Spezialisten wächst mit Globalisierung und internationaler Mobilität von Arbeitskräften.
6. Die Strategie der deutschen Politik ist auf eine Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland im Werben um Fachkräfte und Experten aus Drittländern ausgerichtet. Der internationale Wettbewerb wird bekennend angenommen. Innere Voraussetzungen werden verbessert. Das uneingeschränkte Ziel der Anwerbung von Fachkräften aus

Drittländern ist inhaltlich und von seiner politischen Ansiedlung zu unterscheiden von der Flüchtlingspolitik.

7. Die deutsche Flüchtlingspolitik folgt (bei mittelfristigen wirtschaftlichen Perspektiven) zunächst politischen und humanitären Motiven. Ziel sind hier die Verbindung internationaler Verantwortung und Verpflichtungen mit aufnahmeseitig Machbarem sowie die Beseitigung von Ursachen für Flüchtlingsströme.
  8. Wie in anderen Krisenphasen sind auch in der Flüchtlingskrise wirksamen europäischen Initiativen durch einzelstaatliche Entscheidungskompetenz in den relevanten Politikbereichen Grenzen gesetzt. Koordinierungs- und Harmonisierungsansätze reichen nicht aus. Defizite bestehen in Pragmatismus, Effizienz, Handlungsschnelligkeit und Konsensfähigkeit. Kernthema ist die unterschiedliche Aufnahmefähigkeit der EU-Länder und damit die ungleiche Verteilung von Asylbewerbern in Europa.
- 

## 14.6 Klimawandel und Umwelt

### 14.6.1 Begrifflicher Rahmen

In Fachliteratur, Medien und Politik begegnen wir auch hier einer Vielzahl von Begriffen, die miteinander in enger Verbindung stehen, aber nicht dasselbe meinen. Deshalb wollen wir, ähnlich wie im vorherigen Abschnitt, an den Anfang eine kurze Verständigung dazu setzen.

Unter **Natur** wird zusammengefasst, was nicht vom Menschen geschaffen wurde. Dieses Verständnis reicht vom Apfel, den wir auf dem Wanderweg finden und den Lamas in den südamerikanischen Anden über Bodenschätze und Eisberge vor Grönland bis hin zu Wind, Sturm und Hagel. Nehmen wir die Definition ganz abstrakt, schließt sie auch das schwarze Loch in der Mitte unserer Galaxis ein. Oft und für hier relevanter wird der Naturbegriff aber auf seine biologische Komponente, die Pflanzen- und Tierwelt auf der Erde eingegrenzt. Hier knüpft auch das Verständnis vom **Naturschutz** als der Bewahrung der biologischen Vielfalt an.

Nahe bei dem Naturbegriff liegt der der **Umwelt**. Im weiten Sinne ist Umwelt all das, was mit konkreten Lebewesen (Pflanzen, Tiere, Menschen) in kausalen Beziehungen steht. Das ist zum einen eine Einengung des Naturbegriffs, weil der Bezug immer auf den direkten regionalen Kontakt besteht. Ein Monsun in Südostasien gehört nicht zur Umwelt einer Wolfsfamilie in den Karpaten. Zum anderen ist es eine Erweiterung des Naturbegriffs insoweit, als im allgemeinsten Verständnis auch Dinge in Korrelation stehen, die menschgemacht und damit nicht Teil der Natur sind. Denken wir an „Soziale Umwelt“ oder „Arbeitsumwelt“. Im engeren Sinne und für uns hier geeigneter, ist der Bezug des Umweltbegriffs auf alles Natürliche, das in kausalem Zusammenhang zu Lebewesen steht. So verstanden, ist Umwelt ein Teil der Natur. Derjenige, der direkt in Verbindung zu konkreten Lebewesen steht, auf die der Umweltbegriff bezogen wird. An diesem Verständnis knüpft auch der Begriff **Umweltschutz** an. Er schließt die Gesamtheit aller Maßnahmen ein, die die Um-

welt schützen, um die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Der Zielbezug auf das gesundheitliche Wohl des Menschen ist damit ein Merkmal des Umweltschutzes.

Unter **Klima** verstehen wir meteorologisch ermittelbare durchschnittliche Prozesse in der Erdatmosphäre. **Klimawandel** ist die weltweit auftretende längerfristige Veränderung des Klimas. Im engeren Sinne bezieht er sich auf Abkühlung oder Erwärmung der Erdatmosphäre über unterschiedlich lange Zeiträume. „Klimawandel“ lässt dabei zunächst offen, ob er sich aus natürlichen Zyklen ergibt oder menschengemacht ist. Wie wir wissen, eine kardinale Frage. Der **Klimaschutz** richtet sich auf die zweite Komponente und wird sehr konkret definiert. *Er besteht aus allen Maßnahmen, die der durch Menschen verursachten globalen Erwärmung entgegentreten mit dem Ziel, die Folgen einzudämmen oder zu verhindern.*

**Ökologie** ihrerseits ist eine Wissenschaft – eine Teilwissenschaft der Biologie. Ihr Gegenstand ist die Beziehung zwischen Lebewesen und ihrer Umwelt. Ökologie liegt damit dicht beim Umwelt-Begriff, greift aber auch auf die Interaktion verschiedener Prozesse über. Zum Beispiel auf die Wechselwirkung von Klimawandel und Biodiversitätswandel (Aussterben von Arten durch Erderwärmung). Am Inhalt von Ökologie und Umwelt knüpft auch das **Ökosystem** an. Es ist die Gemeinschaft lebender Organismen mit nicht lebenden Komponenten ihre Umwelt. Bleibt dieses System ohne von außen einwirkende Störungen unverändert, herrscht **ökologisches Gleichgewicht**.

Die meisten dieser Begriffe sind keine Kategorien der Wirtschaftswissenschaft. Wollen wir aber globale Entwicklungen und Herausforderungen in einen wirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Kontext stellen, dann ist ihre Systematik eine Voraussetzung.

## 14.6.2 Status

**Was hat sich verändert?** Langfristig leben wir in einer Zwischeneiszeit mit einem seit 10.000 Jahren relativ stabilen Klima. Nach einem zunächst leichten Anstieg um 0,6 Grad Celsius in den ersten 5000 Jahren gingen die Temperaturen bis zur mittelalterlichen „kleinen Eiszeit“ wieder auf den Ausgangswert zurück. Geringe Schwankungen dazwischen folgen natürlichen Ursachen (z. B. Vulkanausbrüchen). Die seit der Industrialisierung, aber vor allem seit dem Beginn unseres neuen Jahrhunderts, erfolgten Veränderungen fallen in ihrer Höhe völlig aus dem natürlichen Rahmen und sind trotz Widerlegungsversuchen von Klimaskeptikern menschengemacht. Quelle: Paeger Consulting (2021). Folgen wir einem Trend, der auf dem Durchschnitt der Jahre von 1850 bis 1900 beruht, so ranken sich die Temperaturen bis 1900 selbstverständlich um diese Nulllinie. Seit den 1930er-Jahren liegen sie dauerhaft darüber, übersteigen sie 1980 um 0,4 Grad Celsius und Ende der 1990er bereits um knapp 1 Grad Celsius. Zwischen 2010 und 2020 liegen die Temperaturen bis zu 1,3 Grad Celsius über dem Basistrend. (Quelle: Umweltbundesamt 2021). Das übersteigt in erdgeschichtlich kurzer Zeit die Entwicklung der letzten 10.000 Jahre deutlich. Bildet man von 1880 bis 2020 ein Ranking der weltweit wärmsten Jahre (Abweichung vom Durchschnitt

diese Zeitspanne nach oben), so liegen unter den sechs wärmsten der insgesamt 140 Jahre 2016 (+0,99 °C), 2020 (+0,98 °C), 2019 (+0,95 °C), 2015 (+0,93 °C) und 2017 (+0,91 °C) und 2018 (+0,83 °C). (Quelle: Statista 2021). Ohne verschärzte Klimaschutzmaßnahmen wird damit gerechnet, dass die Temperaturen bis Ende dieses Jahrhunderts um 4 bis 5 Grad Celsius ansteigen. Das wäre eine unvergleichlich höhere Zunahme als bei allen bekannten natürlichen Klimaveränderungen mit unabsehbaren Konsequenzen.

**Was sind die Ursachen?** Hauptursache dieser als „Klimawandel“ bezeichneten Situation ist die Anreicherung der Erdatmosphäre mit Treibhausgasen (insbesondere Kohlendioxid CO<sub>2</sub>, und Methan). Solche Gase tragen zum Treibhauseffekt bei, indem sie einen Teil der vom Boden abgegebenen Wärmestrahlung absorbieren, die sonst ins Weltall entweichen würde. Die zunehmende Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre wird insbesondere durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe zur Energiegewinnung, durch Entwaldung in großen Regionen der Erde sowie durch eine Zunahme von Fleischverbrauch und Viehwirtschaft bewirkt.

**Was sind die Folgen?** Die Folgen der Erderwärmung sind vielfältiger als ihre Ursachen. Zu ihnen gehören geologische (Abschmelzen der Polkappen und Steigen des Meeresspiegels), meteorologische (extreme Wetterverhältnisse: Unwetter, Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren), gesundheitliche (Hitzeotote), biologische (ökologisches Gleichgewicht, Aussterben von Tierarten) und ökonomische (Gefährdung naturbezogener Branchen wie Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Tourismus). Insbesondere für Entwicklungsländer mit einem hohen Anteil an landwirtschaftlicher Produktion sind mit fortgesetztem Klimawandel Produktionsrückgänge, Hunger und Rückschläge bei der Angleichung ihres Entwicklungsniveaus verbunden.

### 14.6.3 Klima, Umwelt und Volkswirtschaftslehre

Wir haben in den zurückliegenden Kapiteln in verschiedenen Zusammenhängen natürliche Kategorien wie Klima, Umwelt oder Boden als relevant für die Volkswirtschaft und damit auch für die Lehre von ihr kennengelernt. In Übereinstimmung mit dem Anliegen dieses Kapitels wollen wir hier schauen, wie außergewöhnliche Änderungen in der Natur, in Klima und Umwelt, Einfluss auf bisher aus der Volkswirtschaftslehre Bekanntes haben oder neue Belege für dessen Gültigkeit liefern können.

**Produktionsfaktor Boden** Wir kennen den Produktionsfaktor Boden aus Kap. 2 als vielfältig und damit in seinem Verständnis im weiteren Sinne als identisch mit dem, was wir hier als „Natur“ definiert haben. Zumdest, soweit es sich auf unseren Planeten Erde bezieht. Boden als Immobilie, als landwirtschaftliche Nutzfläche, als Quelle für nicht erneuerbare und für erneuerbare (nachhaltige) Rohstoffe. Oder mit Klima, Vegetation, Luft und Wasser als mehr oder weniger geeigneter Rahmen für Tourismus. Welche Konsequenzen

hat Klimawandel für einzelne dieser Komponenten? Im Extremfall müssten wir von zwei alternativen Szenarien ausgehen. *Erstens*: Klimawandel, verstanden als menschengemachter, wird durch konsequentes Gegensteuern auf seinen Ausgangspunkt zurückgedreht oder wirksam gebremst. *Zweitens*. Bemühungen kommen nicht zustande oder zeigen zu wenig Wirkung und es bleibt im apokalyptischen Sinne nichts mehr so, wie es war. Wir wählen hier einen Mittelweg. Mit Blick auf die erste Variante „realistisch“. Mit Blick auf die zweite Variante „ziel- und hoffnungstragen“. Als Immobilie für Sachkapital und Produktion bleibt der Faktor Boden weiter begrenzt und im Übrigen unberührter als alles andere. Als landwirtschaftliche Nutzfläche, dem historisch ältesten Verständnis von „Boden“, bleibt die flächenmäßige Begrenzung. Die Gefahren für seine Qualität, für seine Ertragsfähigkeit, werden mit dem Klimawandel größer. Als Rohstoff- und Energiequelle behält der Faktor Boden im Zuge des Klimawandels natürlich seine Bedeutung. Unabhängig von allen Maßnahmen zu Energieeffizienz. Entscheidend ist aber weniger, zumal bei steigender Weltbevölkerung, die Menge an benötigten Rohstoffen und benötigter Energie insgesamt. Es geht um grundlegende Veränderungen in ihrer Struktur. Und es ist zu unterscheiden zwischen Boden als Energiequelle und Boden als Rohstoffquelle. Für die künftige Energiegewinnung gibt es zwei Gründe für den Wechsel von fossilen Brennstoffen (Kohle, Erdöl, Erdgas) hin zu erneuerbaren Quellen (Wind, Sonne, Wasser, Atomkraft, Wasserstoff). Zum einen die bereits genannte schädliche Wirkung auf Treibhauseffekt und Erwärmung. Und zum anderen – selbst ohne all das – wegen ihrer Endlichkeit. Weil es sie irgendwann nicht mehr gibt. Bei nichtenergetischen Rohstoffen (z. B. Erze) steht der zweite Grund gleichermaßen. Auch ihre Vorkommen sind irgendwann aufgebraucht. Hier helfen aber nicht alternative Energiequellen, sondern alternative, rohstoffsparende oder nachhaltige Rohstoffe nutzende Technologien. Insgesamt verstärkt der Klimawandel eine objektiv (quantitativ) abnehmende Tendenz des Faktors Boden im Ensemble der Produktionsfaktoren bei gleichzeitigem Wandel in seiner inneren Struktur von „Einmaligkeit“ zu „Nachhaltigkeit“. Eine langfristige und durch Klimawandel beschleunigte Verschiebung im Gewicht der Produktionsfaktoren erhöht – bei weiter relativer Begrenztheit des Faktors Arbeit – die künftige Bedeutung des Produktionsfaktors Kapital. Damit die neuer Technologien und damit die von Digitalisierung. Wenn Klimawandel Gefahr und Chance zugleich ist, dann ist die Beschleunigung ohnehin erforderlicher Umorientierung im Bereich der Rohstoffe und Energieträger auf Nachhaltigkeit ein Beispiel für „Chance“.

Immer, wenn wir in diesem Kapitel auf kausale volkswirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Megatrends stoßen, wollen wir darauf verweisen. *Hier handelt es sich um den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Digitalisierung. Klimawandel erhöht die Bedeutung des Faktors Kapital im Faktoreinsatzverhältnis. Digitalisierung kann aus Sicht von Technologie und Faktoreinsatzverhältnis Wirkungen des Klimawandels auf den Faktor Boden abfedern. Und sie ist eine wichtige Voraussetzung von zur erfolgreichen Energiewende notwendiger Kommunikation.*

*Ein zweiter Zusammenhang besteht zwischen Klimawandel und Zuwanderung. Da die Menschen im globalen Süden schon mehr unter dem Klimawandel leiden, als in den Industriekulturen, wird es zu einem Anstieg der Zuwanderung in die Industriekulturen führen.*

triestaaten des Nordens, entsteht hier eine zusätzliche Quelle von Migration und Flüchtlingsbewegung.

**Gesamtwirtschaftliche Ziele** Wir haben im Kap. 9 das „magische Viereck“ (Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht) als Orientierungsgröße der Wirtschaftspolitik kennengelernt. Und ihre Ergänzung durch die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung im magischen Sechseck begründet. Der Klimawandel gefährdet alles, aber von sechs gesamtwirtschaftlichen Zielen zuallererst und direkt die lebenswerte Umwelt. Wenn das, was am meisten gefährdet ist, am ehesten an Bedeutung gewinnt, so folgt daraus mit Notwendigkeit die Aufwertung des Umweltziels und ein Trend vom Viereck zum Sechseck.

Setzen wir aber, gerade mit den Erfahrungen aus dem Klimawandel, das Umweltziel (und in der Folge auch das Verteilungsziel und weitere diskutierte Indikatoren) ins Verhältnis zu den vier klassischen Zielen, so ergibt sich eine Frage. Steht das ökologische Ziel einer lebenswerten Umwelt in einem ursächlichen Verhältnis zu den wirtschaftlichen Zielen Wachstum, Beschäftigung, Geldwertstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht? Ist sie deren Voraussetzung oder Folge oder beides? Wir haben gesehen, dass Klimawandel das Gefüge der Produktionsfaktoren beeinflussen und damit Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und wirtschaftliches Gleichgewicht insgesamt gefährden kann. Qualität der Umwelt beeinflusst Gleichgewicht der Wirtschaft. Wie ist es umgekehrt? Um wirksam gegen Klimawandel vorzugehen, bedarf es finanzieller Mittel und für diese Wirtschaftskraft. Egal, ob direkt seitens der Unternehmen oder indirekt durch den Staat. Wirtschaftliches Gleichgewicht im „magischen Viereck“ ist somit seinerseits Voraussetzung für wirksame Eindämmung des Klimawandels. Damit gibt es keinen Widerspruch und keine Alternative zwischen Ökologie und Ökonomie. Das hat zwei Konsequenzen. *Erstens*. Eine lebenswerte Umwelt steht in Zielkonformität zu den ökonomischen Zielen. So, wie Wachstum Beschäftigung und Beschäftigung Wachstum fördert, stehen beide auch im Verhältnis zur Umwelt. Das Umweltziel steht damit nicht neben den vier gesamtwirtschaftlichen Zielen, sondern auf Augenhöhe mit ihnen. Das spricht zusätzlich für eine Erweiterung vom Viereck- zum Sechseck-Modell. *Zweitens*. Es gibt eine positive Korrelation zwischen einer lebenswerten Umwelt und wirtschaftlicher Stärke und Stabilität als ihrer notwendigen Basis. Das entkräftet die These, Klimaschutz ist am besten durch Nullwachstum und Konsumverzicht zu haben. Das ist der quantitative Aspekt und ändert nichts an den Konsequenzen aus Klimawandel für Faktoren des Wachstums und ihre Struktur.

Angesprochen auf die „Degrowth-Bewegung“, die angesichts von Klimawandel und Resourcenknappheit die Abkehr von Wachstumszielen fordert, verneint der französische Ökonom und Nobelpreiskandidat Philippe AGHION die damit erhofften Wirkungen mit einem Beispiel. „Dafür war Corona ein interessantes Lehrstück. Als wir in Frankreich im März und

*April 2020 den strengen Lockdown hatten, sank das BIP um 30 Prozent. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen gingen aber nur um acht Prozent zurück. Das belegt im Kampf gegen den Klimawandel die Grenzen der Degrowth-Theorie ...“*

Quelle: Aghion (2021)

**Markt und Staat** Eine sehr wichtige, grundsätzliche und über den Klimawandel hinausgehende Frage ist: *Reichen bei Herausforderungen wie Megatrends oder Krisen die Kräfte des Marktes aus, um Trends voranzubringen (Globalisierung, Digitalisierung) oder gegenzusteuern (demographischer Wandel, Klimawandel, Krisen)? Kommt dem Staat in solchen „Ausnahmesituationen“ eine überdurchschnittlich aktive Rolle zu, oder sollte er besser die Finger herauslassen, weil es der ungestörte Marktmechanismus besser kann?* Eine aus der Sicht der Volkswirtschaftslehre durchaus relevante Frage. Die breite Spanne an Meinungen hierzu schlägt den Verallgemeinerungs-Bogen von der Bewertung in der Situation des Klimawandels über generelle Krisenbewältigung bis hin zum neoliberalen Modell der Marktwirtschaft generell. Bevor wir auf das Meinungsspektrum kommen, zuvor noch einige Prämissen. *Erstens.* Wir sprechen über das Verhältnis von Markt und Staat bei der Verhinderung oder Eindämmung eines menschengemachten und als solchen anerkannten Klimawandels. Auseinandersetzung mit Klimaleugnern (z. B. der ehemalige US-Präsident Trump) sind hier nicht Thema. *Zweitens.* Klimawandel ist ein globales Phänomen. Sprechen wir hier von Markt und Staat, so schließt das staatlicherseits international gemeinsames Handeln voraus, was, wie wir wissen, eine noch ungleich größere Herausforderung ist, bei der die Effekte des kleinsten gemeinsamen Nenners oft nicht ausreichen. Auch die Diskussion darüber wollen wir hier ausklammern.

Schauen wir uns zunächst einige unterschiedliche Bewertungsnuancen an. Auch wenn sie nicht repräsentativ für alle Meinungen sind, zeigt sich, dass es kaum um die alleinige Heiligsprechung der Marktkräfte und das Leugnen staatlicher Verantwortung beim Klimaschutz geht, sondern um deren Akzentuierung.

*„Die größte Krise der Menschheit fällt mit dem Aufstieg einer Ideologie zusammen, die es unmöglich macht, gegen sie anzugehen. In den späten 1980er-Jahren, als klar wurde, dass der menschengemachte Klimawandel eine Gefahr für den blauen Planeten und seine Bewohner ist, befand sich die Welt im festen Griff einer extremen politischen Doktrin, deren Grundsätze die Art von Intervention verbieten, die notwendig wäre, die Entwicklung aufzuhalten.“ (Gemeint ist das Erstarken angebotsorientierter Wirtschaftspolitik mit weniger Staat. Im Unterschied zu anderen Zitaten finden wir hier auch eine Verschmelzung von wirtschaftlicher und ideologischer Sichtweise. A.F.)*

Quelle: Wochenzeitschrift „Der Freitag“/„The Guardian“ (2012)

*„Es geht um das Setzen richtiger Rahmenbedingungen, die Reaktion erfolgt umgehend. Märkte sind gestaltbar, aber es gibt sie immer. ... Das sollte bedenken, wer sich mit Umweltpolitik befasst. Gebote und Verbote lähmen, führen in die Sackgasse und am Ende funktioniert*

*das befahlene Wenige schlechter. Denn Eingriffe und Vorschriften allein treiben diejenigen in den leisen Widerstand, die wir jetzt brauchen: Erfinder und Entrepreneure, Unternehmer, Erneuerer und Weltverbesserer. ... das war das Konzept von Ludwig Erhard, manche nannten es ‚Wirtschaftswunder‘ ... Zeit und Herausforderungen mögen sich geändert haben, die Menschen und ihre Triebfeder nicht.“*

Quelle: Tichy, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung (2020)

Wir wissen aus Kap. 5, dass im Mittelpunkt der sozialen Marktwirtschaft die individuelle Freiheit der Marktteilnehmer steht. Die Orientierung ihres Handelns am eigenen wirtschaftlichen Vorteil ist Voraussetzung für einen funktionsfähigen Marktmechanismus. Dem Staat kommt es zu, hierfür einen Ordnungsrahmen sowie Bedingungen dafür zu schaffen, dass das Handeln der Individuen und gesamtwirtschaftliches Interesse übereinstimmen. Punktuelle Eingriffe bei Marktversagen (wenn die Marktergebnisse zu gesamtgesellschaftlich unerwünschten Ergebnissen führen) sind die Ausnahme, ungestörtes Wirken der Marktkräfte die Regel. Das wird auch grundsätzlich nicht durch globale Herausforderungen und internationale Krisen außer Kraft gesetzt, auch wenn es dem Staat dort oft mehr in den Fingern juckt, direkt zuzugreifen. Es kann aber weder die Digitalisierung nur durch staatliche Förderprogramme vorangebracht werden, wenn Unternehmen nicht wirtschaftliche Vorteile aus eigenen Investitionen ebenso spüren, wie Nachteile, wenn sie das nicht tun. Noch kann der Staat Energiewandel, Kohleausstieg, Elektroautos oder Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes administrieren, wenn die beteiligten Akteure dafür keinen ökonomischen Anreiz haben. Da dies beim Klimawandel wie auch in anderen Fällen kein Automatismus ist, erscheint eine temporäre Erhöhung staatlicher Aktivitäten – zum Beispiel mit Finanzierung als Initialzündung oder begleitend – als mit dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft vereinbar. Folgt ein Kohlekonzern unter sonst gleichen Umständen dem Prinzip der Gewinnmaximierung, hält er länger an der Nutzung in überschaubarer Zeit noch vorhandener fossiler Brennstoffe fest, als bei Berücksichtigung globaler Klimaprognosen und staatlich begleiteten Ausstiegsszenarien. Und es wäre nicht im Interesse der notwendigen Versorgungssicherheit, wenn dafür alternative Industrien nicht mit finanziellem Rückenwind in den ökonomischen Selbstlauf gebracht würden. Wir sehen im Anschluss, wie sich die politische Strategie in diesem Kontext platziert.

#### 14.6.4 Strategie

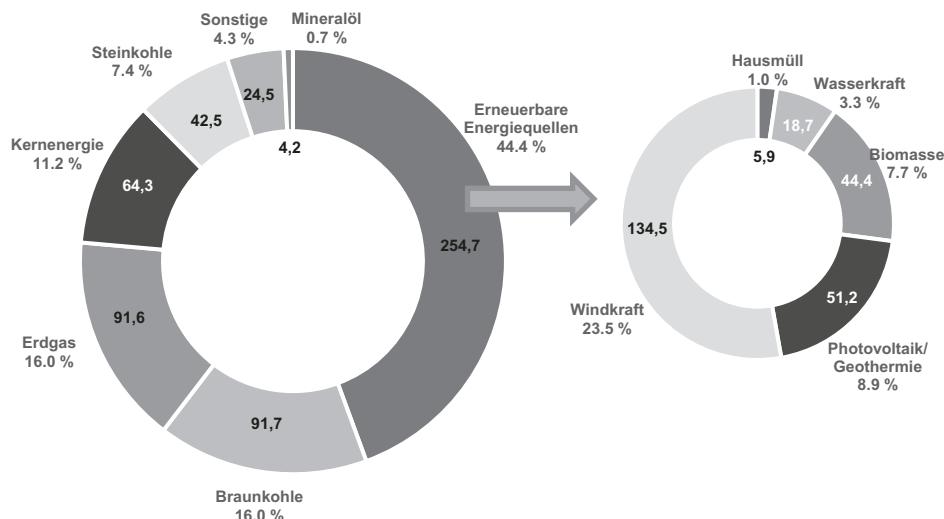
Die international wichtigste Vereinbarung zum Klimaprotokoll ist das auf der UN-Klimakonvention beruhende Pariser Abkommen. Es wurde 2016 von 195 Ländern unterzeichnet und ist internationale Basis auch der deutschen Klimapolitik. In Nachfolge des Koyota-Protokolls ist eines der wichtigsten Ziele des Pariser Abkommens die Begrenzung der menschengemachten globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten.

Im direkten Zusammenhang mit dem Klimaziel des Pariser Abkommens steht das zentrale Ziel deutscher Klimapolitik, bis 2050 Treibhausneutralität und auf dem Weg dorthin

bis 2030 eine Senkung der Treibhauseffekte um mindestens 55 % gegenüber 1990 zu erreichen. Daran ist die Energiepolitik ausgerichtet, zu deren wichtigsten Elementen der Kohleausstieg bis 2038 gehört. Die Anforderung an dafür zu erschließende alternative, nachhaltige Energiequellen verstärkt sich durch den bis 2022 geplanten Atomausstieg als ein weiteres Element deutscher Energiepolitik. Einem Element, das nicht der Klimapolitik, sondern Sicherheitsüberlegungen entspringt, die sich durch die Reaktorkatastrophe vom 11.03.2011 in Fukushima in der deutschen Politik verstärkt haben. Dieser Teil der Energiepolitik ist nicht unumstritten, zumal damit die rein am Klimawandel orientierte Energiewende zusätzlich beschleunigt werden muss. Und weil europäische Nachbarländer weiter oder wieder auf Atomenergie setzen.

Abb. 14.5 zeigt die Quellenstruktur der Bruttostromerzeugung in Deutschland 2020.

Aus der beschriebenen Energiepolitik und der Ausgangssituation 2020 (Abb. 14.5) geht unter sonst gleichen Umständen hervor: Der aktuell bei 44 % liegende Anteil erneuerbaren Energien muss ersatzweise mindestens um 11 % bis 2022 (Atomausstieg) und um weiterer 23 % bis 2038 (Kohleausstieg) wachsen. Das ist die Konsequenz und Herausforderung für die deutsche Energiepolitik. Den höchsten Anteil an erneuerbaren Energien hat 2020 mit etwa der Hälfte die Windkraft. Ein wichtiges Element der Zukunftsstrategie ist eine Energiequelle, die in den Statistiken des Jahres 2020 noch keine Rolle spielt – Wasserstoff.



**Abb. 14.5** Bruttostromerzeugung in Deutschland 2020. (Quelle: Bundesregierung 2021, eigene Berechnungen)

*„Gasförmige und flüssige Energieträger werden in Europa und Deutschland langfristig ein bedeutender Teil des Energiesystems bleiben. Daher müssen Optionen entwickelt werden, die derzeitigen fossilen Energieträgern durch klimaneutrale Alternativen zu ersetzen. Nach aktuellem Kenntnisstand führt der Weg über grünen Wasserstoff, Power-to-X-Verfahren und synthetische Kraftstoffe ...“*

Quelle: Sachverständigenrat (2021)

*„Wasserstoff kommt eine zentrale Rolle bei der Energiewende als Alternative zu fossilen Energie- und Rohstoffen zu. ... Daher ist es Ziel der Bundesregierung, grünen Wasserstoff zu nutzen, für diesen einen zügigen Markthochlauf zu unterstützen sowie entsprechende Wertschöpfungsketten zu etablieren.“*

Quelle: Bundesregierung (2021)

### **Exkurs**

Wenig bestritten ist, dass in einer künftigen klimaneutralen Wirtschaft „Wasserstoffökonomie“ nicht ausgeklammert werden kann. Gleichzeitig gibt es relativierende Studien (z. B. Bloomberg New York oder das Potsdamer Institut für Klimaforschung, die den globalen Aufbau einer globalen Infrastruktur für grünen Wasserstoff mit 9 Billionen Euro beziffern und dessen Effizienz bei der Erreichung von Klimaneutralität gegenüber der direkten Verwendung von Strom nach Branchen unterschiedlich bewerten. Quelle: Fischer, Hajek, Stölzel (2021)

Nachdem wir uns bei der Klimastrategie das „was“ angesehen haben, wollen wir jetzt nach dem „wie“ fragen. Was sind die wichtigsten Prämissen der deutschen Klimapolitik bei der Erreichung der verfolgten Ziele mit den priorisierten Mitteln?

*„Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung dieser Generation. Gleichzeitig bleibt eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unabdingbare Grundlage für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“ Es „muss die Energie- und Klimapolitik ... marktwirtschaftlichen Instrumenten Vorrang geben. Ziel ist, dass Deutschland klimaneutral wird und zugleich weiterhin ökonomisch und sozial prosperiert.“*

Quelle: Bundesregierung (2021)

*„Eine Stärkung marktorientierter Instrumente und die Abschaffung direkter und indirekter Subventionen fossiler Energieträger gewährleisten verlässliche politische Leitplanken und senkt Risiken für Investoren .... Der im nationalen Emissionshandelssystem festgelegte Preispfad setzt ein glaubwürdiges und verbindliches Signal und bietet für Investoren und Haushalte Planungssicherheit. Der vorhersehbare Anstieg des CO<sub>2</sub> – Preises ermöglicht es Haushalten und Unternehmen, sich an steigenden Kosten anzupassen.“*

Quelle: Sachverständigenrat (2021)

Hier finden wir eine komprimierte Bestätigung markttheoretischer Bewertungen in der Wirtschaftspolitik – in diesem Falle der deutschen Klimapolitik. Prämissen sind dabei:

- a. Klimaschutz. Wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel gehören alternativlos zu den wichtigsten Voraussetzungen für unsere Zukunft und damit zu den zentralen Zielen der Politik.
- b. Die Klimaziele können nicht auf Kosten anderer gesamtwirtschaftlicher Ziele erreicht werden. Klimaschutz braucht Wachstum und nicht dessen Verzicht.
- c. Energiewende muss die Versorgungssicherheit wahren. Konzepte zum Abbau fossiler Energiequellen erfordern ebenso schlüssige Konzepte für ihre Ablösung durch nachhaltige Energiequellen.
- d. Die Ziele des Klimaschutzes können nicht gegen den Markt, sondern nur durch Nutzung und Lenkung seiner Kräfte erreicht werden. „Hochfahren“ von Wasserstoff als Energiequelle oder von Elektromobilität als Verkehrsbasis meint, zukunftsfähige Energiequellen und Verfahrungen so in den Markt zu begleiten, dass die steigende Nachfrage nach ihnen auf wirtschaftlichen Interessen basiert.
- e. Aufgabe des Staates sind initiale, auch finanzielle, Aktivitäten bis zur eigenständigen Marktfähigkeit, die Schaffung begleitender Rahmenbedingungen für die erforderlichen Entwicklungen (Beispiel CO<sub>2</sub> – Preisentwicklung) sowie im Übrigen eine Harmonisierung staatlicher Instrumente mit den Kräften des Marktes. Das deckt sich mit strategischen Orientierungen zur Einstellung der Wirtschaft auf andere große Trends – zum Beispiel die Digitalisierung.

Wichtigste gesetzliche Grundlage für die deutsche Klimapolitik ist das Bundes-Klimaschutzgesetz von 2019 in seiner novellierten und im Anspruch erhöhten Form von 2021. Das Klimaschutzprogramm 2030 stellt einen Arbeitsplan zur Umsetzung des Gesetzes mit möglichen Korrekturen dar. Wesentliche technologische und finanzielle Maßnahmen enthält das Konjunktur- und Zukunftspaket – zum Beispiel zur Marktfähigkeit der Wasserstoffwirtschaft oder der E-Mobilität sowie zur CO<sub>2</sub> – Preisentwicklung für die Sektoren Verkehr und Wärme.

Wenn wir zuvor auf die Zielkonformität von Ökonomie und Ökologie verwiesen haben, so schließt das auf deren mittelfristigem Weg „Impfnebenwirkungen“ ein. Die Deutsche Bundesbank analysiert die Wirkungen des Klimapakets von 2019, insbesondere der Besteuerung/Preisaufschläge CO<sub>2</sub> (z. B. Erhöhung Luftverkehrssteuer) und damit die Erhöhung der Energiepreise auf andere Gleichgewichtsindikatoren. Im Ergebnis werden wachstumsdämpfende und inflationserhöhende Wirkungen konstatiert, denen der Staat ausgabeseitig entgegenwirken kann (vgl. Deutsche Bundesbank 2019).

## Fazit

1. Der **Produktionsfaktor Boden** bleibt als Immobilie für Sachkapital unabhängig von Klimawandel weiter begrenzt. Als landwirtschaftliche Nutzfläche ist er durch Klimawandel in Qualität und Ertragsfähigkeit gefährdet. Als Rohstoff- und Energiequelle behält der Faktor Boden seine Bedeutung. Klimawandel ändert, soll Versorgung gewährleistet werden, weniger an der Menge von Energie und Rohstoffen, sondern erfordert grundlegende Veränderung in der Struktur ihrer Quellen.

2. Bei der Notwendigkeit einer Umorientierung von Einmaligkeit zu Nachhaltigkeit ist zu unterscheiden zwischen Boden als Energiequelle und Boden als Rohstoffquelle. Für beide gilt das vom Klima unabhängige Ultimatum ihrer Endlichkeit. Bei der Abkehr von fossilen Energieträgern kommt die notwendige Einschränkung der schädlichen Wirkung ihrer Verbrennung auf Treibhauseffekt und Erderwärmung hinzu. Dass hier aus doppelter Sicht eine beschleunigte Umorientierung auf **Nachhaltigkeit** erforderlich wird, gehört zu den aus Klimawandel entspringenden Chancen für die Wirtschaft.
3. Es besteht aus volkswirtschaftlicher Sicht ein Zusammenhang zwischen Klimawandel und anderen Megatrends – zum Beispiel der **Digitalisierung**. Natürliche Begrenztheit der Faktoren Boden und (mengenmäßig) Arbeit sowie Klimawandel erhöhen die Bedeutung des Sachkapitals im Faktoreinsatzverhältnis. Das wird durch den Klimawandel verstärkt. Digitalisierung kann aus Sicht von Technologie und Faktoreinsatzverhältnis begrenzende Wirkungen des Klimawandels auf den Faktor Boden abfedern.
4. Klimawandel gefährdet alle **gesamtwirtschaftlichen Ziele** und mit ihnen das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht. Zuerst und am direktesten aber das Ziel einer lebenswerten Umwelt. Wenn das, was am meisten gefährdet ist, am ehesten an Bedeutung gewinnt, so folgt daraus die Aufwertung des Umweltziels und eine Verstärkung des Trends vom magischen Viereck zum magischen Sechseck.
5. Qualität der Umwelt beeinflusst Gleichgewicht der Wirtschaft. Umgekehrt ist wirtschaftliches Gleichgewicht Voraussetzung für eine lebenswerte Umwelt. Wirtschaftliche Stärke ist eine Voraussetzung für die wirksame Eindämmung des Klimawandels. Es besteht **Zielkonformität**. Nullwachstum und Konsumverzicht sind nicht das Heilmittel gegen Klimawandel. Wohl aber eine Veränderung der Struktur in den Quellen von Wachstum und Wohlstand.
6. Zum Verhältnis von **Markt und Staat** gibt es beim Klimawandel eine genauso konträre Diskussion wie bei anderen großen Herausforderungen unserer Zeit. Bei aller Nuancierung steht fest: Die grundlegende Priorität des Marktmechanismus bei begleitender Gestaltung von Rahmenbedingungen durch den Staat und ausnahmsweise direkten Eingriff bei Marktversagen gilt auch für den Klimawandel. Klimaschutz ist nicht gegen die wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Akteure, ohne den funktionieren Mechanismus zwischen Nachfrage, Angebot und Preis, zu haben. Wichtig ist es für den Staat, mit zeitlich begrenzter Bündelung finanzieller Mittel zur Initialzündung für den Marktmotor in Richtung gesellschaftlich und global erforderlicher Entwicklungen beizutragen.
7. Diesem Grundsatz entsprechen die **Prämissen** der deutschen Wirtschafts-, Klima- und Energiepolitik. Zu diesen Prämissen gehören:
  - Die Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen gegen Klimawandel wird anerkannt. Internationale Klimaabkommen sind Handlungsrahmen für nationale Klimapolitik.
  - Klimaziele können nicht auf Kosten anderer wirtschaftlicher Ziele erreicht werden.
  - Energiewende muss Versorgungssicherheit wahren. Abbaukonzepte auf der einen Seite, müssen von Ablösekonzepten auf der anderen begleitet werden.
  - Die Ziele des Klimaschutzes können nicht gegen den Markt, sondern durch Nutzung und Lenkung seiner Kräfte erreicht werden.

## 14.7 Volkswirtschaft im Krisenmodus

Die Volkswirtschaftslehre erklärt den wirtschaftlichen Gesamtmechanismus – in guten wie in schlechten Zeiten. Ihre Erkenntnisse werden durch Krisen nicht außer Kraft gesetzt. Dennoch gewinnen wir in tiefen wirtschaftlichen Erschütterungen Erfahrungen über die Reaktion dieses Mechanismus und seine Begleitung durch den Staat. So, wie wir das auch in Bezug auf andere aktuelle Phänomene getan haben, wollen wir hier die Volkswirtschaft im Krisenmodus an ausgewählten Erkenntnissen der Volkswirtschaftslehre spiegeln.

### 14.7.1 Gegenstand

Es gibt keine Krisentheorie als Zweig der heutigen Nationalökonomie. Der Begriff ist weitgehend MARX vorbehalten, der über die Schritte – technischer Fortschritt – Erhöhung der Produktivkraft (Arbeitsproduktivität) – Verschiebung des Faktoreinsatzes von Arbeit zu Kapital – tendenzieller Fall der Profitrate – Akkumulation und Zentralisation des Kapitals als Versuch, dem entgegenzuwirken – Verelendung der Arbeiter – auf die Krise des kapitalistischen Systems als Folge dieses Prozesses schloss.

Hierum geht es uns an dieser Stelle ebenso wenig, wie um die Krise als wiederkehrende Phase des Konjunkturzyklus oder „Tälern“ zwischen technologisch bedingten langfristigen Wachstumswellen (Kap. 10). Thema sind hier wirtschaftliche Krisen, die

- a. ihre Quellen in einmaligen, globalen und nicht vorhersehbaren Ereignissen oder Entwicklungen haben;
- b. von überdurchschnittlich starken Wachstumseinbrüchen gekennzeichnet sind;
- c. Instabilität in der gesamten Wirtschaft mit Instabilität in anderen Bereichen der Gesellschaft (als Ursache oder als Folge) verbinden.

Zweifellos entsprechen die Finanz- und Wirtschaftskrise (2007–2009) und die Corona-Krise (2020–2021) lückenlos diesen Kriterien. Die vorherigen beiden Krisen dieser Dimension lagen ebenfalls dichtauf und sind 100 Jahre her. Eine von ihnen hatte wie die Corona-Krise eine Pandemie als Quelle: die spanische Grippe (1918–1920). Die zweite mit ihren Wurzeln in der Wirtschaft ist die Weltwirtschaftskrise (1929–1933). Tab. 14.9 gibt einen vergleichenden Überblick über die aus sehr unterschiedlichen Ursachen erfolgten Wachstumseinbrüche.

Da die reguläre Gesamtrechnungsstatistik nur bis auf 1925 zurückgeht, greift der Wachstumswert für die Spanische Grippe auf aufwendige Forschungsarbeiten des US-Ökonomen Robert BARRO (geb. 1944) von 2020 zurück. Quelle: Losse (2021) Die Werte beziehen sich nicht wie die anderen auf das BIP/BNE für Deutschland, sondern sind internationale Schätzungen.

Halten wir zunächst einige Aussagen fest, die aus Tab. 14.9 möglich werden:

**Tab. 14.9** Große Wirtschaftskrisen der Geschichte im Vergleich. (Quellen: Statistisches Bundesamt 2009, 2019, eigene Berechnungen, Wachstum: Deutschland, preisbereinigt)

Krise	Kern-Dauer	Quelle	Wachstum
Spanische Grippe	1918–1920	Pandemie unter Weltkriegs-Heimkehrern mit Wurzeln wahrscheinlich in USA	1920 –7,0 %
Weltwirtschaftskrise	1929–1933	Kreditfinanzierter Aktienkauf   Schwarzer Freitag 15.10.1929 an New Yorker Börse)	1930 –1,4 % 1931 –7,7 % 1932 –7,5 %
Finanz- und Wirtschaftskrise	2007–2009	Kreditfinanzierte Immobilienkäufe in den USA Platzen der „Blase“	2009 –5,6 %
Corona-Krise	2020–2021	Pandemie mit Wurzeln in China	2020 –4,6 %

1. Sehen wir von den Jahren des 2. Weltkrieges ab, so gab es im betrachteten Zeitraum in Deutschland neben den vier Krisen keine (inkl. Erdölkrisen in den 1970ern) mit einem realen Negativwachstum von mehr als einem Prozent.
2. Während zwischen Pandemie- und Wirtschaftskrise im vorigen und in diesem Jahrhundert jeweils nur etwa 10 Jahre lagen, beträgt die Zeit dazwischen rund 100 Jahre. In beiden Fällen gibt es keinerlei ursächliche Zusammenhänge. Die Analogie scheint Zufall zu sein.
3. Alle vier Krisen waren durch die Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik nicht langfristig im Vorfeld zu erkennen. Ihre Wirkungen zeigten sich jeweils innerhalb kürzester Zeit. Das ist für die beiden Pandemien, die im Falle der Spanischen Grippe 15 bis 100 Millionen und im Falle von Corona bisher weltweit rund 4,5 Millionen Menschen das Leben kosteten, verständlich. Aber auch in beiden Wirtschaftskrisen entluden sich in kürzester Zeit Spannungen an den Finanzmärkten, die in ihrer Dimension so nicht vorausgesagt worden waren.
4. Den stärksten und längsten Produktionseinbruch weist die Weltwirtschaftskrise aus. Erstaunlich ist die Analogie im Produktionsrückgang durch die beiden Pandemien. Diese wird noch stärker, wenn wir für 2020 den EU-Wert von –7,4 % hinzuziehen.

### 14.7.2 Gesamtwirtschaftliche Symptome

Krisen zeigen sich direkt und unmittelbar am Rückgang der Produktion, an den Wachstumszahlen. Sie werden auch am ehesten durch diese dokumentiert. Produktionsrückgänge in der Krise sind etwas, was sich durch im Laufe der Jahrzehnte perfektionierte staatliche Instrumente der Gegensteuerung am wenigsten beeinflussen lässt. In dem Maße, wie Globalisierung ein wirtschaftlicher Wachstumsfaktor ist, führt ihre Einschränkung in Krisen, zum Beispiel durch die Unterbrechung internationaler Lieferketten, zu verstärkten

Wirkungen. Wie andere Gleichgewichtsindikatoren auf Krisensituationen reagieren, wollen wir anhand der Beispiele von Tab. 14.9 prüfen.

Bevor wir das tun, muss angesichts zahlenmäßiger Vergleiche noch einmal darauf hingewiesen werden, dass keine der Krisen wie die andere ist. Das gilt besonders für den Unterschied zwischen den beiden Pandemiekrisen auf der einen und den beiden Wirtschaftskrisen auf der anderen Seite. Bei den ersten erwachsen die wirtschaftlichen Folgen aus externen, gesundheitlichen Quellen. Im zweiten Fall führen Kräfte aus dem Markt (Finanzmarkt) selbst zu gesamtwirtschaftlichen Folgen.

**Beschäftigung** In den Krisenjahren von Tab. 14.9 finden wir exorbitante und länger anhaltende Arbeitslosenquoten nur in der Weltwirtschaftskrise. Die statistisch unsichersten Werte für die Zeit der Spanischen Grippe (1918–1920) liegen bei knapp 4 %. Dass dort dieser Wert geringer ist als die Auswirkung auf die Produktion, mag auch daran liegen, dass die Zahlen der Kriegstoten (2 Millionen) und der Grippetoten (knapp 0,5 Millionen) volkswirtschaftliche Dimensionen besaßen. Zumal es sich nahezu durchgängig um Menschen im beschäftigungsfähigen Alter handelte. Hier sehen wir einen Umstand, auf den wir bei allen wirtschaftlichen Auswirkungen der Spanischen Grippe treffen und der diese auch von der heutigen Corona-Pandemie unterscheidet: Es überlagern sich die Folgen des Krieges mit den Folgen der Pandemie. Die **Weltwirtschaftskrise** (1929–1933) hatte die größten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in der deutschen Geschichte, steht für Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und den wirtschaftsgeschichtlichen Hintergrund der Lehre von KEYNES. Die Arbeitslosenquoten stiegen von 13 % 1929 bis zu 30 % 1932 und klangen dann bis 1937 langsam ab. Hierzu dienten in den ersten Jahren des dritten Reiches Konjunkturförderprogramme nach KEYNES`chem Modell (Autobahnbau, Wohnungsbau), in die der Staat bis 1935 mehr als 6 Milliarden Reichsmark investierte.

Auch wenn die **Finanz- und Wirtschaftskrise** (2007–2009) hundert Jahre später ebenfalls als Weltwirtschaftskrise und als die größte seit den 1930er-Jahren gilt, verlaufen die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt mit Arbeitslosenquoten von 8 bis 9 % vergleichsweise moderat. Das gilt für Deutschland und ist nicht pauschal auf andere Länder (vergleiche Griechenland) übertragbar. Arbeitsmarktkonsequenzen in der großen Weltwirtschaftskrise waren drastischer, *erstens*, weil es sich um längere und stärkere Wirtschaftseinbrüche handelte und *zweitens*, weil der Staat über ungleich weniger Erfahrungen und Instrumente der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verfügte wie heute. In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 reagierte der deutsche Staat zum einen mit dem klassischen Instrument der Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Nachfrage. Allein die Konjunkturpakete I und II besaßen ein Volumen von mehr als 50 Milliarden Euro. Hinzu kam mit der Kurzarbeit ein Instrument, das als Puffer zwischen Produktionsrückgängen und Arbeitslosigkeit zu verstehen ist. Eine 1:1-Übersetzung durch rückläufige Aufträge wird durch staatliche Finanzierung oder Teilfinanzierung von Arbeitsplätzen vermieden. Die betreffenden Menschen behalten den Status der Beschäftigung; den Betrieben wird er-

möglichst, bei Wiederanstieg der Auftragslage weiter auf sie zurückzugreifen. Die Kurzarbeiterzahl betrug im Rekordmonat der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 (Februar 2009) 720-tausend.

Die **Corona-Krise ihrerseits** hat 10 Jahre später völlig andere Ursachen. Die wirtschaftlichen Wirkungen sind aber vergleichbar und so auch die Instrumente zu ihrer Bekämpfung. Zum Einsatz gelangten ein Paket zur konjunkturellen Belebung und kostenseitigen Entlastung der Unternehmen, das sich im Falle Corona in einen größeren Rahmen staatlicher Aktivitäten (Haushalte, Gesundheitswesen) einordnet. Einen über 2007–2009 noch weit hinausgehenden Einsatz fand die Kurzarbeit. Mit 7,5 Millionen im Spitzenmonat April 2020 übersteigt sie den Höchstwert in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 um mehr als das Zehnfache. Nur so erklärt sich eine unspektakuläre Entwicklung der Arbeitslosenquoten von 5,9 % 2020 und prognostizierten 6,0 % 2021.

**Geldwertstabilität** In Kap. 9 haben wir festgestellt, dass die Geldwertstabilität tendenziell Wachstum und Beschäftigung entgegengerichtet ist. Übersteigt bei hohem Wachstum die Nachfrage das Angebotspotential, reguliert sich das Gleichgewicht gesamtwirtschaftlich über das Preisniveau – über Inflation. In der Krise der **Spanischen Grippe** ist dieser Trend deshalb nicht erkennbar, weil er durch Kriegsfinanzierung und der Reparationszahlungen in Folge des 1. Weltkrieges überlagert wird. Der Zeitraum der „Großen Inflation“ erstreckt sich von 1914 bis 1923, ist gekennzeichnet von „Gelddrucken“ und endet mit der Hyperinflation und dem Zusammenbruch des Währungssystems 1923. Mitten auf dieser Strecke liegt der Produktionsrückgang während der Spanischen Grippe, deren deflatorische Wirkung im reißenden Strom der kriegsverursachten Inflation untergeht. Das ist anders zur **Weltwirtschaftskrise** (1929–1933). Hier führt eine durch hohe Arbeitslosigkeit zurückgehende Nachfrage zu Überangeboten der Unternehmen und damit zu einem Rückgang des Preisniveaus (Deflation). Dieser als „Hyperdeflation“ bekannte Trend wurde verstärkt durch eine Reduzierung der Geldmenge, die sich aus den durch die USA eingeforderten Kreditrückzahlung Deutschlands und einer nur teilweise erforderlichen Golddeckung der deutschen Währung ergab. Der Preisindex für Konsumgüter in den USA sank von 1929 bis 1933 um 25 %. Quelle: Pfister (2019). Nicht in dieser Heftigkeit, aber doch sichtbar, werden die Produktionsrückgänge während der **Finanz- und Wirtschaftskrise** (2007–2009) und der **Corona-Krise** (2020–2021) von Deflationstendenzen begleitet. Die Inflationsrate 2009 von 0,3 % wird eingebettet von 2,6 % 2008 und 1,1 % 2010. Die Inflationsrate 2020 von 0,5 liegt zwischen 1,4 % 2019 und prognostizierten 1,9 % 2021. Zahlenquelle: Handelsblatt (2021). Die Tendenz zu geringen Inflationsraten in den betrachteten Krisen wird in ihrem Ausweis dadurch eingedämmt, weil in genau diesen Situationen der Staat mit einer verstärkten Ausgabepolitik wirksam wird. Diese erhöht die Staatsverschuldung, damit die Geldnachfrage und damit tendenziell das Preisniveau. Die genannten Zahlen haben so den Charakter eines Saldos.

**Außenwirtschaftliches Gleichgewicht** Handelt es sich um eine globale Krise, wie die hier betrachteten, so liegt es nahe, dass sich die unterschiedliche Wirkung auf Export-

Import-Salden in der Summe aller am Welthandel beteiligten Länder ausgleicht. Im Einzelfall dürften sich negative Effekte für exportintensive Länder von positiven Effekten für Länder mit einem geringen Exportanteil an der Wertschöpfung unterscheiden. Die Entwicklung des deutschen Außenhandelssaldos belegt das deutlich. Wegen der Verfügbarkeit von Werten konzentrieren wir uns hier auf die beiden jüngsten Krisen. In der **Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009** verringerte sich die Außenhandelsbilanz (Export-Import) gegenüber dem Vorjahr von +22,8 % 2007 auf –8,7 % 2008 und auf –22,2 % 2009, um 2010 wieder auf +11,7 % zu steigen. Quelle: Statistisches Bundesamt (2019). In der **Corona-Krise** sank der deutsche Exportüberschuss von +224,0 Mrd. Euro 2019 auf +179 Mrd. Euro 2020. Quelle: Statista (2021m)

Es wird deutlich, dass in extremen wirtschaftlichen Krisensituationen die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren analog stärker reagieren, als in normalen Zeiten. Das sind die immer geltenden Selbstheilungskräfte des Marktes – vergleichbar mit der Fieberreaktion des Körpers, um eine Krankheit zu vertreiben. Wird das Fieber zu hoch und gefährdet es die Existenz des Körpers, braucht es fiebersenkender Medikamente – gewissermaßen von außen. Diese Funktion erfüllen in der Wirtschaft staatliche Steuerungsmaßnahmen mit dem Ziel, negative wirtschaftliche und soziale Folgen der Krise abzuschwächen. Zurückliegend haben wir gesehen, dass die staatliche Wirtschaftspolitik den aktuellen Krisen erfahrener und wehrhafter gegenübertritt, als sie das hundert Jahre vorher zu tun in der Lage war. Während zum Beispiel der Staat durch Sparmaßnahmen die Folgen der Weltwirtschaftskrise (1929–1933) noch verschlimmerte, wurde (in Deutschland) die Gesamtsituation in der Finanz- und Wirtschaftskrise (2007–2009) durch eine expansive staatliche Ausgabepolitik entschärft. Die ungleichen Voraussetzungen betreffen auch den Vergleich der beiden Pandemien. Neben den Instrumenten zur Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen gibt es heute auch weitaus bessere medizinische Mittel zur Bekämpfung der ihnen vorausgehenden Erkrankungen. Auch wenn Quellen, Art und Verlauf der Spanischen Grippe zu mehr Ansteckung und Todesfällen führten als bei Corona, wäre der Pandemieverlauf ohne Tests, Impfstoffen und Intensivbehandlung auch heute noch schwerer als ohnehin schon. Die Bekämpfung der Spanischen Grippe musste sich vor allem auf homöopathische Mittel beschränken. Vergleichbar waren aber bereits schon Präventivmaßnahmen wie Mund-Nasen-Schutz-Masken, Quarantäne, Schulschließungen und Verzicht auf öffentliche Veranstaltungen.

Insgesamt zeigt sich gegenüber der Spanischen Grippe und der Weltwirtschaftskrise in den jüngeren beiden Wirtschaftskrisen ein geringeres Ausschlagen gesamtwirtschaftlicher Indikatoren. Das ist neben unterschiedlicher Stärke der Quellen und der durch den Krieg ohnehin geschwächten Wirtschaft auch ein Resultat eines in hundert Jahren entwickelten und gereiften Instrumentariums der Gegensteuerung.

### 14.7.3 Krise, Markt und Staat

Wir wollen uns bei den folgenden Überlegungen nicht nur, aber vor allem auf Fakten und Beispiele der Corona-Krise konzentrieren. In der Regel gelten die gewonnenen Erkenntnisse für Wirtschaften in der Krise aber generell.

**Unternehmenskonzentration** In Kap. 6 haben wir die Gesetze des Marktes sowie den Umstand kennengelernt, dass eine zu starke Unternehmenskonzentration zu mit der Marktwirtschaft unvereinbaren Einschränkungen des Wettbewerbs führen kann. Richten wir den Blick wieder auf die hier im Mittelpunkt stehenden Wirtschaftskrisen, so bietet sich zunächst folgender logische Schluss an: Je schlechter es der Wirtschaft geht, desto eher steht die Existenz kleinerer, schwächerer Anbieter am unteren Rand der Umsatz- und Mitarbeiterskala auf dem Spiel. Große Unternehmen haben unabhängig von der Krise in der Regel größere Reserven zum Überleben in der wirtschaftlichen Talsohle. Hinzu kommen heute bei Struktur bestimmenden Großunternehmen (vorübergehende) Staatsbeteiligungen. Ist das in den großen Krisen nachweisbar? Ja. Wir wollen uns auf zwei von ihnen konzentrieren.

Es ist belegt, dass im Umfeld der Weltwirtschaftskrise (1929–1933) ein zunehmender Trend zu Marktmacht und Wettbewerbsbeschränkung zu beobachten war. Kartellbildung, Fusionen und Unternehmenskonzentration nehmen gegenüber vorherigen Zeiträumen zu. In Deutschland betraf das insbesondere die Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie. Ähnliche Tendenzen zu Marktmacht ergeben sich in der Corona-Krise. Hier im Unterschied zur Weltwirtschaftskrise vor allem in der neuen Branche der Digitalwirtschaft.

*„All das wird Auswirkung auf den Wettbewerb haben. Zu erwarten ist, dass es insgesamt und in einzelnen Wirtschaftsbereichen zu einem Konzentrationsanstieg mit der Folge einer abnehmenden Wettbewerbsintensität kommen wird. Die Marktmacht der großen Digitalunternehmen wird zunehmen ...“*

Quelle: Monopolkommission (2020)

Entsprechend agiert das Bundeskartellamt auf Basis seines auch in Krisen unveränderten Auftrages – des Wettbewerbsschutzes. Das wird in einem Interview mit dessen Präsidenten im Januar 2021 deutlich.

*„Das Virus hat in vielen Branchen eine unfreiwillige Marktkonsolidierung in Gang gesetzt. Die Unternehmen werden je nach Branche völlig unterschiedlich aus der Krise herauskommen. Es besteht die Gefahr, dass es hier und da zu strukturellen Veränderungen der Wirtschaft kommt und in einigen Bereichen die Wettbewerbsintensität sinkt. ... Corona macht die großen Plattformen und Digitalgiganten noch mächtiger. Die Digitalwirtschaft bleibt daher ganz oben auf unserer Agenda.“*

Quelle: Mundt (2021)

Damit lässt sich schlussfolgern: Große Wirtschaftskrisen führen generell zu einer (vorübergehenden) Unternehmenskonzentration und eingeschränktem Wettbewerb. Haben die Krisen ihre Wurzeln in der Wirtschaft selbst, so überwiegt der Trend einer gleichmäßigen Verteilung der Konzentration über die Branchen. Entspringen die Wirtschaftskrisen externen Faktoren (z. B. Pandemien), so sind der Überträger von Produktionsrückgängen und Konzentrationsprozessen staatlich administrierte Lockdown-Entscheidungen. Diese wirken sich auf verschiedenen Branchen unterschiedlich aus und führen so notwendigerweise auch zu einer unterschiedlichen Konzentrationsverteilung in der Wirtschaft.

**Impfstoffe – der spezielle Markt** Eine zweite Erkenntnis aus dem 6. Kapitel ist, dass

- a. sich Nachfrage und Angebot am Markt über den Preis regulieren;
- b. die Elastizität entscheidet, wie sehr die Nachfrage das in Extremfällen akzeptiert;
- c. das alles modellmäßig nur im Polypol, bei unbeschränktem Wettbewerb, funktioniert.

Wie spiegelt sich das im bisher einmaligen Markt für Corona-Impfstoffe wider?

Der Markt für Corona-Impfstoffe ist ein **beschränktes Nachfragemonopol**. Einer geringen Zahl von Anbietern steht ein Nachfrager, der Staat, gegenüber. Zugelassene Anbieter in Deutschland (das heißt, es gibt medizinisch begründete Marktzutrittsbeschränkungen) sind per Juli 2021:

- BioNTech/Pfizer
- Moderna/NIAID
- Johnson & Johnson/Janssen
- AstraZeneca

Dass diese Angebotssituation innerhalb eines Jahres und damit schneller als für möglich gehalten entstanden ist, ist ein Musterbeispiel für den Marktmechanismus – für die Reaktion des Angebotes auf Veränderungen oder hier das völlige Neuentstehen der Nachfrage.

Weltweit besteht angesichts der Dringlichkeit ein Wettbewerb sowohl auf der Anbieterseite (mehr als 100 Forscherteams suchen nach Corona-Impfstoffen) als auch auf der staatlichen Nachfrageseite. Die Angebotsseite ist bei Corona-Impfstoffen eine privatwirtschaftliche. Sie folgte den Gesetzen des Marktes und lenkt nach den Gesetzen der Unternehmenstheorie die Forschungs- und Produktionskapazitäten dorthin, wo die höchsten Gewinne zu erwarten sind. Und wo durch vertragliche Vereinbarungen die Nachfrage manifestiert und der aufwendige Aufbau von Produktionskapazitäten wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Die Unternehmenstheorie kennt keine ethischen Erwägungen, einmalige Prioritäten oder regionale Vorrangigkeiten (Land des Unternehmenssitzes). Das muss ein Nachfrager (Staat) wissen. Und am Beispiel des Corona-Impfstoff-Marktes zeigt sich die Schwäche einer bei Wirtschaftskreislauf und Markt vorgenommenen Abstraktion. Staat ist nicht Staat. Differenzen ergeben sich bereits durch den Föderalismus innerhalb einer Volkswirtschaft und erst recht international mit Blick auf Europa und die Welt. Eines der

wichtigsten Phänomene am Corona-Impfstoffmarkt war/ist bei einem am Anfang generellen Nachfrageüberhang die wenig abgestimmte Differenzierung des Sektors Staat. Es gab einen internationalen Verteilungskampf um den Corona-Impfstoff, bei dem

- globalisierte Märkte durch staatliche Zugriffe auf Produzenten außer Kraft geraten (USA: BioNTech/Pfizer, Großbritannien: AstraZeneca);
- europäische Nachteile auf Verhandlungsschwächen (Verbindlichkeit, Preisflexibilität, Abstimmungskomplikationen unter den Mitgliedern) zurückgeführt werden.

Gleichzeitig wird diskutiert, ob der Staat neben seiner dominierenden Rolle auf der Nachfrageseite in einem Ausnahmefall wie dem Corona-Impfstoff nicht auch (noch) mehr Eigenengagement auf der Anbieterseite zeigen sollte. Insgesamt führt die Besonderheit und Einmaligkeit des Impfstoff-Marktes zu hoher Dynamik im traditionellen Streit darum, ob es der Markt oder der Staat besser kann. In der Literatur zeigt sich die ganze Bandbreite. Vom „Versagen des Neoliberalismus“ bis zur „Überlegenheit marktwirtschaftlicher Innovations- und Wettbewerbsprozesse über Zwangsbewirtschaftung“. Thomas Fricke, ehemaliger Chef-Ökonom der Financial Times Deutschland, sucht im „Spiegel“ Ausgewogenheit.

*„Natürlich ist die Suche nach Impfstoffen in diesen Wochen ein großartiges Beispiel dafür, was Wettbewerb zwischen Forschern in Privatbesitz bewirken kann. So schnell sind Impfstoffe noch nie entwickelt worden, sagen die Fachleute. Das als Beleg dafür zu deuten, dass der Markt (fast) immer besser ist, erweist sich bei näherem Hinsehen als etwas steile These. Immerhin haben etwa die (ohne Zweifel großartigen) BioNTech-Forscher vom Staat im Herbst (2020, A.F.) 375 Millionen Euro bekommen. ... Auch das aktuelle Drama, dass in der EU viel zu wenig Impfstoffe bestellt wurden, taugt nur bedingt für simple Amtsschimmel-Häme. Erstens spricht ja nicht viel dafür, dass Beamte in den USA oder Großbritannien, wo alles schneller geht, geborene Dynamiker sind. Zweitens ist offenbar so wenig bestellt worden, weil die EU-Verantwortlichen eben genau Wettbewerb und die günstigsten Preise wirken lassen wollten – also den Markt; was in diesem Fall absurd war.“*

Quelle: Fricke ([2021](#))

Dass hier die EU offenbar ein hausgemachtes Problem hat, darauf weist deren ehemaliger Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in einem Interview der Wirtschaftswoche hin.

*„Wenn es um die Preise geht, dann gibt es hier in der EU-Kommission eine innere Bremse. Die Kommission wird systematisch von den Mitgliedsstaaten beschuldigt, das Geld zum Fenster rauszuwerfen. Da stellt sich ein Reflex ein, nicht zu viel auszugeben. Das ist das Ergebnis einer jahrelang maßlos übertriebenen Kritik an der Haushaltsführung der Kommission.“*

Quelle: Juncker ([2021](#))

Einer solchen Kritik ist ein privater Nachfrager auf einem existentiell wichtigen Markt in seinem Preisverhalten nicht ausgesetzt.

Bleiben wir noch bei der Rolle des Staates in der Krise – hier am Beispiel der Corona-Krise. Wenn in Krisenzeiten besondere Belastungen auf den Unternehmen der Wirtschaft

liegen und von ihnen Besonderes erwartet wird, richtet sich natürlich der Blick mit den gleichen Erwartungen an den Staat – an seine Beispielwirkung. Wie diese ausfällt, davon hängt oft die Bewertung des Verhältnisses zwischen den Akteuren in einer Wirtschaft unter besonderen Belastungen ab. Das wird in einem Editorial des Chefredakteurs der Wirtschaftswoche, Beat Balzli, deutlich.

*„Die Politik verschärft den Lockdown zur Bekämpfung der Corona-Krise. Sie stellt Unternehmer an den Pranger, weil sie angeblich ihre Mitarbeiter nicht ins virusfreie Home-Office entlassen. Doch in den eigenen Amtsstuben regiert oft eine archaische Präsenzkultur, werden in den Gesundheitsämtern die Coronainfektionen teilweise noch gefaxt oder über Weihnachten gleich liegengelassen. ... Corona bläht die Macht der Staatswirtschaft auf und verstärkt zusätzlich den Regulierungsdruck auf die private Wirtschaft. ... Wenn der öffentliche Sektor trotz jahrelang boomender Steuereinnahmen nicht erfüllt, was er vom privaten Sektor verlangt, leidet die Glaubwürdigkeit massiv.“*

Quelle: Balzli (2021)

Es ist unbestritten, dass der Staat in den Gang von Gesellschaft und Wirtschaft, in seiner Verantwortung für die körperliche Unversehrtheit seiner Bürger, während der Corona-Pandemie stärker eingreifen muss, als ihm das in marktwirtschaftlichen Modellen zu kommt. Temporäre Eingriffe in Grundrechte, um andere existenziellere zu schützen. Umstritten waren hingegen zu jeder Zeit Ausmaß und Dauer solcher Eingriffe. Auch in Deutschland gab es unter anderem mit Blick auf die Forderung der Politik „keine Privilegien für Geimpfte“, Warnungen vor Verfassungswidrigkeit und dem Weg in die Diktatur. Da diese eher im Focus stehen, sollen sie hier nicht weiter vorgestellt werden. Interessanter ist, dass es auch andere Schlüsse gibt. Zum Beispiel die der Professorin für Neuere und Neueste Geschichte, Hedwig Richter.

*„Es stimmt nicht, dass der Kapitalismus unbezähmbar ist und wir ihm ausgeliefert wären. Menschen können ihn mäßigen, wenn es sein muss und sie sind in der Lage, krasse Einschränkungen zu akzeptieren. Die Politik hat in der Pandemie-Krise der Gesundheit, der körperlichen Unversehrtheit die Priorität vor der Ökonomie eingeräumt. Das ist eine Ermutigung für die Zukunft, in der wir klüger mit dem Klimawandel umgehen müssen.“*

Quelle: Richter (2020)

Spätestens im letzten Teil wirft die zitierte Aussage eine grundsätzliche Frage auf. Eine Frage, die wir mit Blick auf die Spiegelung an wirtschaftswissenschaftlichen Lehrsätzen in diesem Kapitel im Auge behalten wollen. Muss der Staat in außergewöhnlichen Situationen nur einmalig seine Instrumente schärfen? Stellt sich uns nicht in unserer heutigen Zeit ein ganzes Geflecht immer neuer Herausforderungen entgegen? Wird Außergewöhnliches nicht zum Dauerzustand oder zu solchem gemacht? Geben nicht ein Wandel und eine Krise den nächsten die Klinke in die Hand? Darf sich daraus ein Dauer-Anspruch des Staates auf vermehrte Eingriffe ableiten? Schließen sich an Corona-Lockdowns bald Flug- und Reisebeschränkungen gegen den Klimawandel an? Werden aus einmaligen Situationen dauerhafte? Sind die Selbstheilungskräfte des Marktes dem Gewicht der neuen Her-

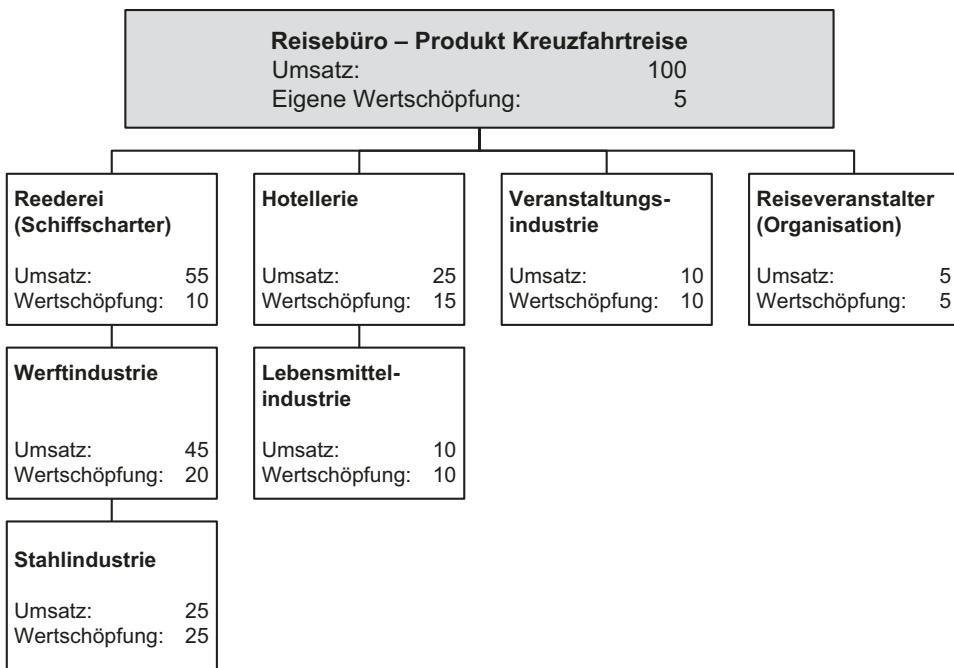
ausforderungen weniger gewachsen als dem der alten? Überschätzen wir manches nur durch die Brille der historischen Nähe? Oder gewinnt der Staat in den Modellen der Volkswirtschaftslehre – von Wirtschaftskreislauf und Preisbildung über Konjunktur und Beschäftigung bis hin zur Theorie und Praxis der sozialen Marktwirtschaft tatsächlich an Gewicht? Müssen wir das Verhältnis von Markt und Staat neu definieren? Dir Fragen sind so gestellt, dass sie eine Beantwortung mit „nein“ suggerieren. Aber dieser Abschnitt zum Krisenmodus einer Volkswirtschaft ruft zumindest nach begründenden Argumenten in beiden Richtungen.

#### 14.7.4 Lieferketten

Erinnern wir uns an Kap. 4 und die Unterscheidung der Wertschöpfungsrechnung von der Umsatzrechnung. Wertschöpfungsrechnung basiert auf Wertschöpfungsketten. Tab. 4.2 hat einen Umsatz des Rohstoffproduzenten A (30), einen Umsatz des Produktionsgüterproduzenten B ( $30 + 15 = 45$ ) und einen Umsatz des Konsumgüterproduzenten C ( $30 + 15 + 20 = 65$ ) zu einer Bruttowertschöpfung (Umsatz) von 140 hochgerechnet. Die Wertschöpfung hingegen ist der eigene Leistungsbeitrag auf jeder Stufe – das heißt  $30 + 15 + 20 = 65$ . Rohstoffproduzent, Produktionsmittelproduzent und Konsumgüterproduzent bilden eine **Lieferkette**. Nachfrage, Produktion und Beschäftigung auf der dritten Stufe sind Voraussetzung für die Auslastung auf der zweiten Stufe und diese wiederum für die Auslastung auf der ersten Stufe. Das gilt auch im negativen Fall von oben nach unten. Wird ein Konsumgut nicht (mehr) nachgefragt, braucht niemand die Maschine zu dessen Produktion und in der Folge niemand das Eisenerz für deren Herstellung. Damit sind wir bei Lieferketten in der Krise und einer negativen Kettenreaktion von oben nach unten.

Es kann bei der Vielzahl hergestellter Produkte auch durch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung keine totale Übersicht über das Netz an Lieferketten geben. Solange sie sich von unten nach oben addieren, sind sie schon wichtig. Wenn sie sich in der Krise aber von oben nach unten subtrahieren, wird noch mehr über sie nachgedacht. Trotzdem zeigen Entscheidungen zu Lockdowns in der Corona-Krise, dass die Rückwärts-Folgewirkungen in den Lieferketten zwar am Ende im BIP sichtbar werden. Es ist aber nicht jede einzelne Konsequenz von Entscheidungen für eine Branche wertmäßig exakt in andere Branchen zurückzuverfolgen. Wir wollen das hier an einem Modell illustrieren. Was für die Folgen eines Lockdowns gilt, gilt seinem Wesen nach auch für Auswirkungen anderer Krisen auf die Volkswirtschaft und ihre Branchen. Mit dem Einfluss von Krisen auf die Wirtschaft wird es wichtiger, Lieferketten zu verfolgen und zu quantifizieren. Vorwärts und rückwärts.

Abb. 14.6 liefert den Modellansatz einer Lieferkette mit dem Finalprodukt „Reise“ und damit der Finalbranche „Tourismus“. Es ist bekannt, dass der Tourismus neben der Gastronomie und der Veranstaltungswirtschaft zu den durch Corona am meisten betroffenen Branchen zählt. Weniger diskutiert und bekannt sind die Folgewirkungen. Das Lieferkettenmodell greift prägende Elemente heraus und verzichtet auf Vollständigkeit.

**Abb. 14.6** Lieferketten

Der Netto-Umsatz auf der finalen Stufe beträgt 100. Soviel kostet die Kreuzfahrtreise. Der Betrag setzt sich neben der Wertschöpfung im Reisebüro (5) aus der Wertschöpfung horizontal und vertikal in der Lieferkette zusammen. Jeder Wertschöpfungsbetrag verkörpert Auftragsvolumen und Arbeitsplätze. Gehen wir von der realistischen Variante aus, es werden infolge der Corona-Lockdowns nur noch 20 % der bisherigen Reisen verkauft, und hinter jeder der insgesamt 100 Einheiten Wertschöpfung steht ein Arbeitsplatz. Dann sind von der Reduzierung auf der finalen Stufe „Reisebüro“ neben 4 eigenen Arbeitsplätzen 8 bei der Reederei, 12 in der Hotellerie, 8 in der Veranstaltungsindustrie, 4 beim Reiseveranstalter, 16 in der Werftindustrie, 8 in der Lebensmittelindustrie und 20 in der Stahlindustrie betroffen. Der Rückgang beim Verkauf von Reisen um 80 % kostet im stark vereinfachten Modell 80 von 100 Arbeitsplätzen in sieben verschiedenen Branchen. Sowohl für Wachstums- als auch für Krisenszenarien sind auf Lieferketten basierende Verflechtungen von Branchen in einer Volkswirtschaft von Bedeutung. Verstärkte Input-Output-Modellierungen nach Branchen sowie deren Unterlegung mit realen Werten können dabei zunehmend hilfreich sein.

*„Zwar machen die vom Lockdown direkt betroffenen Branchen nur rund 13 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIPs) aus. Gleichwohl wachsen die ökonomischen Kollateralschäden, je länger die Schließungen von Hotels und Gaststätten, Kulturbetrieben und Ge-*

*schäften dauern. Laut Wollmershäuser kostet ein Lockdown die deutsche Wirtschaft rund 2,5 Milliarden Euro an Wertschöpfung – pro Woche.“*

Quelle: Fischer, Haerder, Heissler, Hielscher, Losse, Petring, Kiani-Kress, Reimann (2021)

Die zurückliegend gezeigte Bedeutung von Lieferketten für Modelle zusammenhängender Wertschöpfungsprozesse war die „**von oben nach unten**“. Zurückgehende Nachfrage beim Anbieter von Endprodukten reißt Lücken in die Produktion und deren Kapazitäten bei den Zulieferern auf den Vorstufen. Deutlich wurde das am Beispiel der Auswirkung von Corona-Lockdowns vor allem 2020. Im Jahr 2021 zeigten sich die gleichen Zusammenhänge. Aufgrund der wieder anziehender Nachfrage bei inzwischen geschrumpften Produktionskapazitäten aber in die andere Richtung – „**von unten nach oben**“. Diese Konstellation und die zeitverzögerte Reaktion des Angebots führt zu Engpässen und in der Folge Preiserhöhungen bei Rohstoffen und Zuliefererzeugnissen. Und damit zu Bremswirkungen für den Aufschwung. Beispiele sind Holz für die Bauindustrie, Gummi für die Reifenproduktion, Steuergeräte für die Autoindustrie, Mikrochips für die Computerherstellung oder Container (hier gibt es allerdings auch logistische Probleme) für den Transport.

## Fazit

1. Seit der Industrialisierung war die deutsche Wirtschaft von vier großen Krisen betroffen, die globalen Charakter haben und von jährlichen Wachstumsrückgängen von mehr als einem Prozent gekennzeichnet sind. Zwischen der Spanischen Grippe und der Weltwirtschaftskrise liegen ebenso nur rund zehn Jahre wie zwischen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009 und der Corona-Krise. Beide Krisenpaare (je einmal wirtschafts- und Pandemie- gemacht) liegen rund 100 Jahre auseinander. Für diese Symmetrie gibt es keinerlei ursächliche Zusammenhänge. Sie ist Zufall.
2. In extremen wirtschaftlichen Krisensituationen reagieren die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren analog stärker als in normalen Zeiten. Hierin werden die immer geltenden Selbstheilungskräfte des Marktes sichtbar. Sie sind in der Krise mit der Fieberreaktion des Körpers, um eine Krankheit zu vertreiben, vergleichbar. Staatliche Gegensteuerungsmaßnahmen können – wie fiebersenkende Medikamente – negative wirtschaftliche und soziale Folgen großer Krise verhindern oder abschwächen. Ein Vergleich zeigt, dass die staatliche Wirtschaftspolitik den aktuellen Krisen erfahrener und wehrhafter gegenübertritt, als sie das hundert Jahre vorher zu tun in der Lage war.
3. Große Wirtschaftskrisen führen tendenziell zu einer Unternehmenskonzentration und eingeschränktem Wettbewerb. Haben die Krisen ihre Wurzeln in der Wirtschaft selbst, überwiegt eine gleichmäßige Verteilung der Konzentration über die Branchen. Entspringen die Wirtschaftskrisen externen Faktoren (z. B. Pandemien), so sind der Überträger von Produktionsrückgängen und Konzentrationsprozessen staatlich administrierte Lockdown-Entscheidungen. Diese wirken sich auf verschiedenen Branchen unterschiedlich aus und führen so notwendigerweise auch zu einer unterschiedlichen Konzentrationsverteilung in der Wirtschaft.

4. Am Spezialfall des Impfstoffmarktes in der Corona-Krise entzünden sich – für die Nachfrage- wie für die Angebotsseite – konträre Diskussionen über die besseren Fähigkeiten von Staat oder Markt und davon abgeleitet über deren notwendiges Verhältnis. Der überwiegenden Antwort, dass in außergewöhnlichen Krisen ein einmaliges, außerordentliches und vorübergehendes staatliches Engagement gerechtfertigt und notwendig ist, muss sich die Einsicht anschließen: Es darf nicht Außergewöhnliches zu Normalem werden. Ein mit einem Geflecht von Wandeln und globalen Herausforderungen begründeter Daueranspruch des Staates auf verstärkte Eingriffe würde bisherige Lehrsätze zum Marktmechanismus in Frage stellen und dessen Wirksamkeit auf „gute Zeiten“ reduzieren.
5. Sowohl für Wachstums- als auch für Krisenszenarien sind auf Lieferketten basierende Verflechtungen von Branchen in einer Volkswirtschaft von Bedeutung. Input-Output-Modelle sowie deren Unterlegung mit realen Werten können dabei hilfreich sein. Das gilt für die Verfolgung und Quantifizierung von Lieferketten – vorwärts und rückwärts.

#### I. Themenprägende Begriffe

- Megatrends
- Europäische Integration
- Weltwirtschaft, Globalisierung
- Raumwirtschaftstheorie
- Digitalisierung
- Produktivitätsparadoxon
- Matching und Mismatch
- Kompetenzprofile
- Demographischer Wandel
- Fachkräftemangel
- Migration und Zuwanderung
- Gesamtvolkswirtschaftliches Umweltziel
- Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–2009
- Pandemiekrise
- Impfstoffmarkt
- Lieferketten

#### II. Fragen zur Überprüfung

- Worin bestehen potentielle Vorteile einer europäischen Integration für die Mitglieder?
- Welche Faktoren die europäische Integration verzögern oder verhindern?
- Was bedeutet eine zunehmende Globalisierung für volkswirtschaftliche Modelle?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen Integration in der EU und Globalisierung?
- Worin bestehen potentielle Konsequenzen aus Digitalisierung für die Beschäftigung?

- Welche Rolle kommt der Qualifizierung im technologischen Wandel zu?
  - Wie kann Digitalisierung die Struktur der Wirtschaft nach Branchen verändern?
  - Welche Strategien können einem verstärkten Fachkräftemangel entgegenwirken?
  - Worin unterscheiden sich globaler Wettbewerb um Fachkräfte und Flüchtlingspolitik?
  - Wie reagieren gesamtwirtschaftliche Gleichgewichtsindikatoren im Krisenmodus?
  - Wie funktionieren Markt und Staat in großen Krisen und welche Positionen gibt es dazu?
- 

## Literatur

### Literaturverzeichnis

- Aghion, P. (2021) *Neue schöpferische Zerstörung*, in: Wirtschaftswoche 16/2021, S. 36 ff.
- Algieri, F., Emamoullidis, J.A., Maruhn, R. (2003) *Europas Zukunft*, Centrum für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, S. 4–13
- Berger, A. (2008) *Die EU in der Finanzkrise*, Die EU in der Finanzkrise (Archiv) (deutschlandfunk.de), S. 1 (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Balzli, B. (2021) *Wie glaubwürdig ist der Staat noch?* In: Wirtschaftswoche 4/2021, S. 3
- Brücker, H. (2019) *380.000 Flüchtlinge haben schon einen Job*, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 06.08.2019, <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/85-Prozent-der-Fluechtinge-sind-Spezialisten-auch-ohne-Ausbildung> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF (2021) *Aktuelle Zahlen. Asylanträge und Entscheidungen nach den zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten im Berichtsjahr 2020*, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-dezember-2020.pdf> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021) *Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2021*, S. 7, 25, 90
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020a) *Fachkräfte für Deutschland*, BMWi – Fachkräfte für Deutschland (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019) *Weltwirtschaft im Wandel*, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2019/12/kapitel-1-3-weltwirtschaft-im-wandel.html> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020b) *Wirtschaft in den Regionen stärken*, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/regionalpolitik.html> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Bundesregierung (2016) *Strategie für Migration und Entwicklung*, S. 3
- Bundesregierung (2021) *Jahreswirtschaftsbericht 2021*, S. 64, 74, 79, 84
- Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände/BDA (2015) *Fachkräftemangel bekämpfen – Wettbewerbsfähigkeit sichern*, S. 5 (Vorwort des Präsidenten Ingo Kramer), S. 35
- Der Freitag/The Guardian (2012) *Klimawandel als Marktversagen* 06.12.2012, <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/klimawandel-als-marktversagen> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Deutsche Bundesbank (2019) *Strukturreformen im Euroraum*, in: Monatsbericht 10/2019, S. 99
- Deutsche Bundesbank (2019) *Zu den Auswirkungen des Klimapakets auf Wirtschaftswachstum und Inflationsrate*, in: Monatsbericht 12/2019, S. 30–31
- Deutsche Bundesbank (2021) *Grenzüberschreitende Unternehmensübernahmen: Auswirkungen der Internationalisierung auf Unternehmen in Deutschland*, in: Monatsbericht Juli 2021, S. 15 ff.

- Dieter, H. (2021), *Der Weg zu einer neuen Handelsordnung – notfalls ohne China*, in: Wirtschaftswoche 33/2021, S. 40
- Fischer, K., Hajek, S., Stölzel, T. (2021) *Grün ist die Hoffnung*, in: Wirtschaftswoche 20, S. 14 ff.
- Fischer, M., (2021) *Geld, Macht, (Markt)*, in: Wirtschaftswoche 34/2021, S. 14 ff.
- Fischer, M., Haerder, M., Heissler, J., Hielscher, H., Losse, B., Petring, J., Kiani-Kress, R., Reimann, A. (2021) *Der Boom kommt irgendwann*, in: Wirtschaftswoche 13/2021, S. 19
- Forkas, Z. (2011) *Ungarn und die Euro- und Finanzkrise*, Friedrich Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/id/08730.pdf>. S. 1 (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Frick, T. W. (2017) *Industrie 1.0 bis 4.0 – Industrie im Wandel der Zeit*, Von Industrie 1.0 bis 4.0 – Industrie im Wandel der Zeit (industrie-wegweiser.de) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Fricke, T. (2021) *Staat oder Markt: Wer versagt hier mehr?* In: Spiegel, 12.02.2021, Thomas Fricke: Impfdrama und Lockdown – Staat oder Markt: Wer versagt hier mehr? | Der andere Blick auf Boom und Krisen (neuewirtschaftswunder.de) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Heissler, J. *Trumps treuester Follower* (2021) in: Wirtschaftswoche 35/2021
- Horn, A. (2021) *Das Paradoxon der digitalen (Un-) Produktivität*, in: Wirtschaftswoche 24/2021, S. 41
- IHK Oberfranken Bayreuth (2018) *Wie entsteht ein neuer Ausbildungsberuf?/Zehn Jahre von der Idee bis zur Umsetzung: Kaufmann/-frau im E-Commerce*, Wie entsteht ein neuer Ausbildungsberuf?/Zehn Jahre von der Idee bis zur Umsetzung: Kaufmann/-frau im E-Commerce – verbaende.com (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Institut der deutschen Wirtschaft (2020) *Online-Handel in Deutschland*, Veröffentlichung vom 14.05.2020, Online-Handel in Deutschland boomt – iwd.de (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Juncker, J.-C. (2021) *Ich bin der Ratzinger von der Leyens*, in: Wirtschaftswoche 11/2021, S. 36
- Losse, B. (2021) *Euphorische Überreibungen*, in: Wirtschaftswoche 6/2021, S. 37
- Menn, A. (2016) *Wie Industrie 4.0 die Welt verändert*, in Wirtschaftswoche, 07.09.2016 <https://wiwo.de/technologie/digitale-welt/industrielle-revolution-deutsche-fabriken-werden-produktiver/14513854-2.html> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Monopolkommission (2020) *Dreiundzwanzigstes Hauptgutachten der Monopolkommission/Wettbewerb 2020*, Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21540 vom 03.08.2020, S. 8
- Mundt, A., *Wir dürfen nicht großzügig sein*, in: Wirtschaftswoche 4/2021, S. 37
- Paeger Consulting (2021) *Der Klimawandel*, <https://www.oekosystem-erde.de/html/klimawanel.html> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Pfister, U. (2019) *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932*, Uni Münster, [https://www.wiwi.uni-muenster.de/wisoge/sites/wisoge/files/downloads/skripte/deutsche\\_wirtsch/s07\\_ww-krise.pdf](https://www.wiwi.uni-muenster.de/wisoge/sites/wisoge/files/downloads/skripte/deutsche_wirtsch/s07_ww-krise.pdf) (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Richter, H. (2020) *Wir sind durch die Angst vorsichtiger geworden. Das ist positiv*. in: Berliner Zeitung, 30.12.2020, S. 5
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2021) *Jahresgutachten 2020/2021*, S. 1, 3, 230, 231, 267, 305
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2018) *Jahresgutachten 2017/2018*, S. 6
- Samuelson, P.A. (2017) *Volkswirtschaftslehre*, München: FinanzBuch Verlag, S. 939
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015) *25 Jahre Deutsche Einheit*, S. 35
- Statista (2021a) *Europäische Union: Nationale Beiträge der Mitgliedsstaaten zum Haushalt im Jahr 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155196/umfrage/die-zehn-wichtigsten-beitragszahler-im-eu-haushalt-2010/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021b) *Die größten Volkswirtschaften weltweit nach BIP 2019*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt/> (letztes Zugriffsdatum: 18.10.2021)

- Statista (2021c) *Größte Exportländer weltweit 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37013/umfrage/ranking-der-top-20-exportlaender-weltweit/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021d) *Weltweites Bruttoinlandsprodukt*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159798/umfrage/entwicklung-des-bip-bruttoinlandsprodukt-weltweit/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021e) *Weltweite Devisenreserven – Anteil nationaler Währungen bis 2019*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/232562/umfrage/verteilung-der-weltweiten-waehrungsreserven/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021f) *Prognose zum Online-Anteil am Umsatz im Einzelhandel in Deutschland bis 2023*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/38846/umfrage/anteil-des-online-handels-am-einzelhandel/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021g) *Bevölkerung Deutschlands mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/730159/umfrage/migrationshintergrund-der-bevoelkerung-ind-deutschland-nach-alter/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021h) *Zuwanderung nach Deutschland bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28347/umfrage/zuwanderung-nach-deutschland/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021i) *Bruttoinlandsprodukt (BIP) in EU und Euro-Zone bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021j) *Anteil der Ausländer in Deutschland nach Herkunftsland von 2018 bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1221/umfrage/anzahl-der-auslaender-in-deutschland-nach-herkunftsland/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021k) *Prognose Einwohnerzahl von Deutschland von 2019 bis 2060*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1446/umfrage/bevoelkerungsvorausberechnung-deutschland/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021l) *Wärmste Jahre weltweit seit Beginn der Messung bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157755/umfrage/klimawandel-die-weltweit-waermsten-jahre-seit-1880/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021m) *Außenhandelsbilanz von Deutschland bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37793/umfrage/exportueberschuss-in-deutschland-seit-1999/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021n) *Bevölkerung Deutschlands nach relevanten Altersgruppen 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1365/umfrage/bevoelkerung-deutschlands-nach-altersgruppen/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statista (2021o) *Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den EU-Ländern 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/188766/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-den-eu-laendern/> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015) *25 Jahre Deutsche Einheit*, S. 35
- Statistisches Bundesamt (2011) *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland mit internationaler Statistik*, S. 727, 728, 730
- Statistisches Bundesamt (2019) *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland und Internationales*, S. 26, 31, 332, 333, 358, 428, 652, 654, 674, 675
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2009) *Rezessionen in historischer Betrachtung* Räth, R. in: *Wirtschaft und Statistik* 3/2009 [https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2009/03/rezession-betrachtung-032009.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2009/03/rezession-betrachtung-032009.pdf?__blob=publicationFile) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2020a) *7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen leben in Deutschland*, in: Pressemitteilung Nr. 230 vom 24. Juni 2020, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20\\_230\\_227.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_230_227.html) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2020b) *Durchschnittsalter auf Grundlage des Zensus 2011 nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit*, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-zensus-geschlecht-staatsangehoerigkeit.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2020c) *Erwerbspersonenvorausberechnung 2020*, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbsttaetigkeit/Publikationen/Downloads-Erwerbsttaetigkeit/erwerbspersonenvorausberechnung5124208209004.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2021a) *G 20 Staaten BIP pro Einwohner/-in 2020*, [https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Grafik/BIP\\_je\\_Einwohner.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Grafik/BIP_je_Einwohner.html) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2021b) *Erwerbstägenquoten 1991 bis 2020*, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbsttaetigkeit/Tabellen/erwerbsttaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Statistisches Bundesamt DESTATIS (2021c) *Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund und Altersgruppen* <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-alter.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Stifterverband für die deutsche Wirtschaft *Hochschulbildungsreport 2020*, in Kooperation mit Mc. Kinsey&Company, S. 14–25, <https://www.stifterverband.org/hochschul-bildungs-report-2020-bericht-2015> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Tichy, R. (2020) *Editorial in: Wohlstand für Alle. Klimaschutz und Marktwirtschaft* Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung, S. 3, [https://www.ludwig-erhard.de/wp-content/uploads/Ludwig-Erhard-Stiftung-2020\\_Wohlstand-für-Alle\\_Klimaschutz-und-Marktwirtschaft.pdf](https://www.ludwig-erhard.de/wp-content/uploads/Ludwig-Erhard-Stiftung-2020_Wohlstand-für-Alle_Klimaschutz-und-Marktwirtschaft.pdf) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Umweltbundesamt (2021) *Trends der Lufttemperatur*, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/trends-der-lufttemperatur> unter Bezug auf Quelle: Met Office Hadley Centre, Climate Research Unit; Modell HadCRUT.5.0.1.0. (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- UN-DESA, Population Division (2015) *World Population Prospects: The 2015 Revision*, Lizenz:cc by-nc-nd/3.0/de/zitiert in: Bundeszentrale für politische Bildung (2015), <https://www.un.org/en/development/desa/publications/world-population-prospects-2015-revision.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- von der Leyen, U. (2021) *Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 04.02.2021*, zitiert in: ntv, <https://www.n-tv.de/politik/Von-der-Leyen-raeumt-Impfstoff-Versaumnisse-ein-article22339748.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Wirtschaftsdienst (2021) *Digitalisierung der Branchen in Deutschland – eine empirische Erhebung*, in: Analysen und Berichte, 101. Jahrgang, 2021, Heft 3, S. 181–185, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/3/beitrag/digitalisierung-der-branchen-in-deutschland-eine-empirische-erhebung.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

## Weiterführende Literaturempfehlungen

- Beck, H., Prinz, A. (2020) *Corona-Pandemie: Eine makroökonomische Analyse*, [https://rsweb.beck.de/docs/librariesprovider75/default-document-library/beitrag-beck-prinz-wist-09-2020.pdf?sfvrsn=8a42e043\\_0](https://rsweb.beck.de/docs/librariesprovider75/default-document-library/beitrag-beck-prinz-wist-09-2020.pdf?sfvrsn=8a42e043_0) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)

- Brück, M., Crocoll, S., Goffart, D., Guldner, J., Hoyer, N. (2021) *Die neuen 68er. Der Rente droht der Kollaps* in: Wirtschaftswoche 31/2021, S. 16 ff.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018) Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2018, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/monitoring-report-wirtschaft-digital-2018-kurzfassung.pdf> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- CISCO Systems GmbH (2020) *Deutschland hat sich verbessert, andere Länder sind schneller, Cisco Digital Readiness Index 2019*, [https://www.cisco.com/c/dam/global/de\\_de/solutions/executive-perspectives/digital-readiness-index-2019.pdf](https://www.cisco.com/c/dam/global/de_de/solutions/executive-perspectives/digital-readiness-index-2019.pdf) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (2019) *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019*, herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
- Dullien, S., Stephan, S., Theobald, T. *Transatlantischer Handelskonflikt und die deutsche Wirtschaft: Auf die Dauer kommt es an*, in: Wirtschaftsdienst 2020, Heft 7, <https://link.springer.com/article/10.1007/s10273-020-2694-3> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Engels, B. Lage und Trends im deutschen Online – Handel, in: IW-Report 33/2019, <https://www.iwkoeln.de/studien/barbara-engels-christian-rusche-lage-und-trends-im-deutschen-onlinehandel.html> (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Fischer, M. (2020) *Scheiden tut weh. Deglobalisierung infolge des Machtkampfes zwischen den USA und China*, in: Wirtschaftswoche 43/2020, S. 36 ff.
- Fischer, M. (2021) Undenkbar. Zur Debatte über einen Schuldenschnitt in der Euro-Zone, in: Wirtschaftswoche 8/2021, S. 40 f.
- Haerder, M., Heissler, J., Petring, J., Wettach, S. (2021) *Beziehungsstatus: Es ist kompliziert. Geopolitik*, in: Wirtschaftswoche 14/2021, S. 28 ff.
- Michels, E. (2010) *Die „Spanische Grippe“ 1918/1920*, Institut für Zeitgeschichte, Jahrgang 58 (2010) Heft 1, [https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010\\_1\\_1\\_michels.pdf](https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1_1_michels.pdf) (letztes Zugriffssdatum: 18.10.2021)
- Schöler, K. (2005) *Raumwirtschaftstheorie*, München: Verlag Vahlen
- Statistisches Bundesamt Destatis (2019) *Bevölkerung im Wandel*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

---

# Stichwortverzeichnis

## A

Aftalion, A. 265

Aghion, P. 500

Akzelerator 265

Angebot 172

Determinanten 160, 172

Gesetz des Angebots 174

Arbeitslose 35

Arbeitslosenquote 3, 237

Arbeitslosigkeit

frictionelle 239

konjunkturielle 240

strukturelle 240

Arbeitsproduktivität 32, 123, 243, 280,

441, 465

Arbeitsteilung 23, 39, 40, 42, 64, 66,

112, 126, 188, 230, 292,

388, 393

Ausschließlichkeitsbindung 144

Außenbeitrag 61, 82, 84, 85, 242, 247, 248,

403, 408, 417

Außenhandel 85, 120, 187, 263, 388, 392,

396–398, 402, 428

Außenwirtschaft 387, 388

Außenwirtschaftsgesetz 412

Außenwirtschaftspolitik 400, 408, 410

## B

Bank 53, 302

Bankensystem 6, 7

zweistufiges 295

Böhm-Bawerk, E.v. 17

Bücher 209

Bundesbank 224, 248, 300, 505

Bundesbankgesetz 299, 300, 305

## C

Cassel, G 105

Ceteris paribus 9, 160, 161, 171, 182

Clark, J.M. 138

Club of Rome 232

Coase, R.H. 112

Colbert, J.B. 14

Corona-Krise 37, 186, 241, 263, 273, 308, 335,

353, 354, 366, 373, 397, 406, 434,

446, 464, 495, 507, 510, 514

Cournot, A.A. 189

Cournotscher Punkt 189

crowding-out-Effekt 364, 371

## D

Deficit spending 347, 369

Demographie 64, 316, 435, 467, 492

Demographischer Wandel 478, 479

Depression 260, 266, 366, 382

Devisen 121, 180, 243, 298, 303

Devisenbewirtschaftung 412

Devisenbilanz 408

Devisenbörse 414

Devisenmarkt 335, 414

Devisenmarktgleichgewicht 415

Dienstleistungsbilanz 402

Digitales Zentralbankgeld 325, 327

- Digitalisierung 31, 38, 62, 113, 137, 209, 217, 230, 241, 270, 292, 320, 353, 367, 462, 468, 477, 506
- Diskontpolitik 334
- E**
- ECU 307, 312, 426
  - Eigentumsform 102
  - Einkommen 9, 24, 37, 50, 55, 70, 71
    - aus unselbständiger Arbeit 86
    - aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 86
  - Elastizität 11, 358, 513
    - der Nachfrage 164, 167
    - des Angebots 177
    - Kreuzpreiselastizität 168
  - Erhard, L. 114
  - Erlös 175, 198, 210, 428
  - Ersparnis 10, 36, 53, 71, 179, 263
  - Ertragsgesetz 198, 203
  - Erwerbslose 237
  - Erwerbslosenquote 282
  - Erwerbsperson 10, 35, 39, 238, 239, 248
  - Erwerbsquote 238
  - Eucken, W. 102, 105, 132
  - Euro 77, 89, 134, 206, 264, 295, 299, 306, 308, 311, 320, 325
  - Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) 309
  - Europäische Zentralbank (EZB) 53, 248, 276, 286, 295, 308, 309, 323
  - Eurosysteem 309, 327, 332, 375, 423
  - Eurozone 6, 319
  - Expansion 15, 223, 260, 263, 438
  - Export 14, 61, 82, 121, 139, 187, 241, 388, 397
  - Exportquote 389
- F**
- Fachkräftemangel 225, 483
  - Faktorentgelte 50, 84
  - Finanzausgleich 359, 360, 380, 441
  - Finanzplanung, mittelfristige 356
  - Finanzpolitik 342, 356, 362, 375, 381, 410, 436, 455
  - Fiscal policy 363
  - FISHER'sche Verkehrsgleichung 63
  - Fisher, I. 63
  - Fiskalismus 274
  - Föderalismus 305, 361, 382, 444, 513
- Friedman, M. 275
- Fusion 107, 138, 141, 512
- G**
- Galbraith, J.K. 29, 107
  - Gebietskörperschaften 350
  - Geld 291
    - Bargeld 319, 325
    - Geldarten 319
    - Geldfunktionen 293
    - Geldkreislauf 62
    - Geldmarkt 335
    - Geldmenge 319, 330, 335
    - Geldmengendefinitionen 323
    - Geldmengenmultiplikator 323
    - Geldmengenziel 325
    - Geldpolitik 291, 310, 311, 313, 314, 325, 329
    - Geldwert 219
    - Geldwertstabilität 219, 308, 314, 332, 510
    - Giralgeld 320
    - Zentralbankgeldmenge 319, 324
  - Gesamtrechnung, volkswirtschaftliche 69
  - Gesetz
    - der Massenproduktion 209
    - von Angebot und Nachfrage 182
  - Gewinn 206, 209
    - Gewinnmaximum 211
    - Gewinnschwelle 211
  - Gini, C. 149
  - Gini-Koeffizient 149, 151
  - Gleichgewicht
    - außenwirtschaftliches 241, 399, 510
    - stabiles 236
  - Gleichgewicht, gesamtwirtschaftliches 218
  - Globalsteuerung 279
  - Gossen, H.H. 195
  - Gossensche Gesetze 195–197
  - Grenznutzen 194
  - Güterkreislauf 56, 62
  - Gut 26, 194
- H**
- Handelsbilanz 242, 398, 402
  - Haushalt 345
    - öffentlicher 348, 349
    - privater 58
  - Haushaltsgrundsätzgesetz 355

Haushaltsplan 353, 356

Hawtrey, G. 263

Historische Schule 16

## I

Import 388

Industrielle Revolution 462

Inflation 216

angebotsinduzierte 220

importierte 220

Inflationsmessung 220

monetäre Ursachen 220

nachfrageinduzierte 220

offene 223

realwirtschaftliche Ursachen 220

Ursachen 219, 223

verdeckte 223

Wirkungen 223

Inländerkonzept 76, 89

Inlandskonzept 75, 78, 84, 89

Inlandsprodukt 74

Entstehungsrechnung 79

nominales 90

Pro-Kopf-Einkommen 93

reales 90

Verteilungsrechnung 85

Verwendungsrechnung 81

Isoquante 198, 201

## J

Jahresgutachten 247

Jahreswirtschaftsbericht 246

Jevons, W.S. 17

Justi, J.H.G.v. 14

## K

Kapital 36

Geldkapital 36

Kapitalbilanz 400

Kapitalexport 406

Kapitalimport 406

Kapitalmarkt 335

Realkapital, Sachkapital 36

Kartell 138

Kartellgesetz 140

Kassenkredit 369

Kaufkraft 219, 222

Kaufkraftparitätentheorie 418

Keynes, J.M. 17, 55, 236, 269

Keynesianismus 17

Klassischer Liberalismus 15

Klima 496

Klimawandel 496

Kondratieff, N.D. 257

Kondratieff-Zyklen 256

Konjunktur 255

Ausgleichsrücklage 364

Erklärungen 262

Indikatoren 256

Phasen 260

Politik 275, 276

Konkurrenz 135

Konsum 82

Konsumentenrente 179

Konvergenztheorie 105

Konvertierbarkeit 424

Konzentrationskoeffizient 149

Konzern 138

Kosten 206

fixe 207

Gesamtkosten 207

Stückkosten 207, 208

Transaktionskosten 111

variable 207

Kostenvorteil 394

absoluter 393

komparativer 393

Kreditinstitut“ 53

Kreditwesengesetz 53

Kreislaufaxiom 54

Krise 495, 496

Finanzkrise 507

konjunkturelle 260

Wirtschaftskrise 494, 507

## L

Laffer, A. 357

Laffer-Kurve 357

Laissez faire 111

Landeszentralbanken 304

Lassalle, F. 15

Leistungsbilanz 402

Leistungsprinzip 108

Leitzins 313, 332

Leitzinspolitik 332

Leontief, W. 71

List, F. 16  
 Lockdown 235, 513  
 Lohn 222, 228  
     Nominallohn 222  
     Reallohn 222  
 Lohn-Preis-Spirale 224  
 Lombardkredit 334  
 Lorenz, M.O. 150  
 Lorenz-Kurve 150

**M**

Magisches Sechseck 250  
 Makroökonomie 4  
 Malthus, T.R. 15  
 Markt 125, 128  
     Arten 127  
     Faktormärkte 128  
     Formen 128, 129, 131  
     freier 130  
     geschlossener 130  
     Gütermärkte 128  
     Käufermärkte 130  
     offener 130  
     regulierter 130  
     Typen 128  
     Verkäufermärkte 130  
     vollkommener und unvollkommener 129  
 Marktpreismechanismus 178, 180  
 Marktwirtschaft 108  
     reine 108  
     soziale 113  
 Marx, K. 16, 55, 113, 507  
 Maximalprinzip 43  
 Menger, C. 17  
 Merkantilismus 13  
 Migration 35  
 Mikroökonomie 4, 5  
 Mill, J.S. 15  
 Mindestreserve 322, 336, 337  
 Mindestreservenpolitik 336  
 Minimalprinzip 43  
 Mixed economies 105  
 Modell 8  
 Monetarismus 274  
 Monopol 132, 134  
 Monopolkommission 143, 148, 152  
 Müller-Armack, A. 114, 284  
 Multiplikator 263  
 Mun, T. 14

**N**

Nachfrage 24, 160–162, 169, 271  
     der Determinanten 161  
     Gesetz der Marktnachfrage 161, 170  
 Nationaleinkommen 75, 76  
 Nettoauslandsvermögen 403, 404  
 Nutzen 23, 195  
     Gesamtnutzen 196, 198  
     Grenznutzen 197, 198

**O**

Ökonomisches Prinzip 43  
 Offenmarktpolitik 335, 338  
 Oligopol 132, 134  
 Opportunitätskosten 23

**P**

Petersen, T. 74  
 Petty, W. 15  
 Phillips, A.W. 244  
 Phillips-Kurve 244  
 Physiokratie 14  
 Pigou, A.C. 265  
 Planungsform 102  
 Planungsformen 102  
 Polypol 132, 137  
 Preis 160, 178, 179, 181, 182, 189  
     Gleichgewichtspreis 180, 181  
     Höchstpreis 184  
     Marktpreis 182–184  
     Mindestpreis 187  
     Monopolpreis 189  
     Preisbindung 144  
     Preisempfehlung 144  
     Preisindex 220, 221  
     Preisniveau 222  
     Preisniveaustabilität 220, 251, 300  
 Primärverteilung 88  
 Privateigentum 15, 103, 109, 114  
 Privatisierung 103  
 Produktion 31  
 Produktionsfaktor 30, 31  
     Arbeit 34  
     Boden 32  
     Kapital 36  
     limitationales Faktoreinsatzverhältnis 201  
     substitutionales Faktoreinsatzverhältnis 202  
 Produktionsfunktion 199

Produktivität 32

Produzentenrente 179

Property Rights 110

## Q

Quesnay, F. 14, 55

## R

Randers, J. 233

Raumwirtschaftstheorie 456, 460

Reagonomics 271

Refinanzierungspolitik 334

Rezession 260

Ricardo, D. 15

Roscher, W. 16

## S

Sachverständigenrat 247

Samuelson, P.A. 19, 31, 66, 111, 256, 268, 435

Say, J.B. 15, 263

Saysches Theorem 263

Schattenwirtschaft 95

Schmoller, F.v. 17

Schumpeter, J. 257

Sektor 48

Ausland 53

Banken 53

private Haushalte 50

Staat 51

Unternehmen 49

Sekundärverteilung 88

Smith, A. 15, 19, 40, 109

Solow, R.M. 244

Sozialversicherung 352

Staat 352

Gesamtverschuldung 370, 372, 383

Nettöneuverschuldung 370, 372

Staatshaushalt 353

Staatsquote 344

Staatsverschuldung 369

Strukturelle Verschuldung 369

Stabilitätsgesetz 245

Stabilitätspakt 317

Stackelberg, H.v. 131

Stagflation 261

Standorttheorie 458, 459

Steuer 359

Steuerarten 359, 361

Steuerquote 351

Steuerüberwälzung 358

Stromgröße 70

Syndikat 139

## T

Tableau economique 14

Terms of Trade 396

Thatcherismus 271

Tinbergen, J. 107

Transformation, marktwirtschaftliche 122

Treuhändanstalt 122, 123

Turgot, A.R.J. 14

## U

Umwelt, Umweltschutz 496

Unsichtbare Hand 15, 108

Unternehmenskonzentration 149

## V

Vermögensänderungsbilanz 405

Volkseinkommen 77

Volksvermögensrechnung 70

Volkswirtschaft 2

Volkswirtschaftslehre 7

## W

Wachstumspfad 259

Wachstum, Wirtschaftswachstum

Quellen des Wachstums 229

Währung 415

konvertierbare 427, 428

nichtkonvertierbare 428

Währungsreserve 411

Währungsunion 297, 299, 302, 309

Walras, L. 17

Warenkorb 221

Wechselkurs 415

fester (fixer) 424, 426

flexibler 424

Wert 26

Wertpapierpensionsgeschäft 336

Wertschöpfung 73, 74

- Wettbewerb 136  
  funktionsfähiger 137  
Wettbewerbsbeschränkungen 138  
Wettbewerbsfreiheit 108  
Wettbewerbspolitik 142  
Wirtschaft 22  
Wirtschaftskreislauf, erweiterter 57  
Wirtschaftsordnung 99, 101  
Wirtschaftspolitik 276  
  angebotsorientierte 271  
  nachfrageorientierte 271  
Wirtschaftssystem 101  
  idealtypisches 102  
Wirtschaftsverfassung 101  
Wissenschaftlicher Sozialismus 15, 18
- Wohlstand 89  
Woll, A. 7, 31, 233
- Z**  
Zahlungsbilanz 402  
Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus 416  
Zentralbankrat 304  
Zentralnotenbank 3, 134, 274, 296, 297,  
  299, 300  
Zentralverwaltungswirtschaft 102  
Ziel, gesamtwirtschaftliches 215, 500  
Zinsen 331, 332  
Zinsparität 418, 422  
Zinspolitik 276, 332, 422  
Zuwanderung 490, 492